ften
reins
politik
96
M.

<36625396240018

Untersuchungen
über die
Lage des Handwerks
in Deutschland
mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie.

Siebenter Band.

Königreich Preußen.

Dritter Teil.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1896.

Schriften

des

Vereins für Socialpolitik.

LXVIII.

Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland. Siebenter Band.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1896.

Untersuchungen

über die

Lage des Handwerks

in Deutschland

mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit
gegenüber der Großindustrie.

Siebenter Band.

Königreich Preußen.

Dritter Teil.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1896.

Vorwort.

Von den vierzehn Arbeiten dieses Bandes sind wieder die drei ersten aus dem Seminar des Herrn Professors Sombart in Breslau hervorgegangen; fünf weitere wurden durch Herrn Professor Schmoller angeregt (Nr. IV, V, VI, VIII und IX), je eine durch Herrn Professor Sering in Berlin (VII), durch Herrn Professor G. Cohn in Göttingen (XII) und durch mich (XIV); drei gehen auf die Initiative ihrer Verfasser zurück. Das geographische Gebiet, welches sie umfassen, ist ein ziemlich enges: sechs Untersuchungen beziehen sich auf Berliner, drei auf Breslauer, zwei auf Posener Gewerbe; zwei umfassen größere Teile des Regierungsbezirks Potsdam, und eine führt uns nach einem entlegenen ostfriesischen Dorfe. Die großstädtischen Verhältnisse treten wieder stark in den Vordergrund; dazu kommt die Darstellung zweier bereits früher in ihren städtischen Erscheinungsformen behandelter Gewerbe für suburbane Verhältnisse; zweimal werden Gruppen von Kleinstädten für die Betrachtung zusammengefaßt. Abgesehen von der letzten Nummer handelt es sich überall um monographische Darstellung einzelner Gewerbe, und zwar wurden die Bäckerei und das Barbiergewerbe je zweimal, die Buchdruckerei, Buchbinderei, das Schneider-, Kürschner-, Färber-, Tischler- und Drechslergewerbe, endlich die Bauhandwerke der Maler, Klempner und Steinsetzer je einmal untersucht.

Da der vorliegende Band später erscheint, als bei Beginn des Druckes vorausgesehen werden konnte, so halte ich es für nötig hier zu bemerken, daß die Untersuchung über das Schneidergewerbe in Breslau bereits gedruckt war, als der große Ausstand der Konfektionsarbeiter begann.

Schließlich muß ich noch mit einigen Worten auf die in der Vorrede zum vierten Bande erwähnten Angriffe der Deutschen Handwerker-

zeitung zurückkommen. Dieselben haben sich inzwischen wiederholt (Nr. 51 vom 21. Dezember 1895, S. 697 f.); diesmal aber werden sie eingeleitet durch folgendes sehr bezeichnende Eingeständnis:

„Unser Standpunkt diesen sogenannten Untersuchungen gegenüber ist ja bekannt. An sich betrachtet, sind es für die Ausarbeiter zweifellos belehrende Arbeiten; ferner bleibt diesen Arbeiten die Aufmerksamkeit auch der spätesten Handwerksgeschlechter gesichert, die andernfalls geradezu vernagelt sein müßten, wollten sie nicht die ungeheure Schädigung, die dem Handwerk durch diese Veröffentlichungen erwachsen muß, erkennen und sie an ihren Urhebern bei passender Gelegenheit heimzuzahlen eingedenk bleiben. . . . In der That — die geradezu selbstmörderische Vertrauensseligkeit, welche viele Handwerksmeister diesen jüngsten Aposteln der Sociologie gegenüber an den Tag legen, muß das Erstaunen jedes auch nur einigermaßen kaufmännisch gebildeten Menschen mit Notwendigkeit hervorrufen. Von der Grundbedingung des Gedeihens jedes gewerblichen Unternehmens, der möglichsten Geheimhaltung der eigenen Bezugsquellen, Verbindungen, des Absatzgebietes, Kredits u. s. w., scheinen alle diese ehrenwerten Meister keine Ahnung zu haben. Wann wird man sich denn endlich darüber klar werden, daß diese Veröffentlichungen lediglich dem Kapitalismus höchst beachtenswerte Fingerzeige dafür bieten, wo es für ihn noch etwas zu ramschen und zu schmusen giebt. Fußen auch einzelne dieser Arbeiten ersichtlich — z. B. die über das Berliner Tischlergewerbe — weit mehr auf den Angaben von Holzhandlungen, Krankenkassenberichten, dem Material der Berufsgenossenschaften u. s. w., als auf Angaben aus Tischlerkreisen, so bleiben doch noch so viel rein gewerbliche Mitteilungen daraus auszuscheiden, daß wir unsere bereits in Nr. 40 ausgesprochene Warnung lediglich wiederholen müssen."

Es wird unsere Mitarbeiter gewiß sehr beruhigen, zu vernehmen, daß nicht die bei solchen Untersuchungen unvermeidlichen Ungenauigkeiten und Mißverständnisse ihnen den Groll der „Deutschen Handwerkerzeitung" zugezogen haben, sondern die wahrheitsgetreue Darstellung der thatsächlichen Verhältnisse. Daß aber der Standpunkt des Berliner Blattes in den Kreisen einsichtiger Handwerker keineswegs geteilt wird, beweist uns ein längerer Aufsatz, in welchem sich das Organ der Leipziger Innungen: „Die Stimme des Handwerks" (Monatsbeilage zum „Vaterland", 1896, Nr. 2) über die drei ersten Bände unserer Sammlung u. a. folgendermaßen ausspricht:

„Die Verfasser der einzelnen Arbeiten sind natürlich keine Handwerker oder Gewerbsleute, sondern Gelehrte von mehr oder weniger ausgeprägter wissenschaftlicher Durchbildung. Man darf aber deshalb nicht etwa annehmen, daß die Arbeiten abseits von der gewerblichen Praxis, lediglich in der Studierstube entstanden sind; im Gegenteil haben sich die Verfasser keine Mühe verdrießen lassen, in den technischen Betrieb und inneren Geschäftsgang, wie in die historische Entwicklung der von ihnen behandelten Gewerbe möglichst tief einzudringen, und wenn diese oder jene Arbeiten Mängel aufweisen, so liegt dies sicher weniger an ihren Verfassern, als an unangebrachter Zugeknöpftheit der befragten Handwerker."

Private Äußerungen von Sachverständigen, welche mir inzwischen noch mehrfach zugekommen sind, lauten ähnlich, und es darf wohl auch in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß schon im vorigen Sommer die Bunzlauer Töpfer-Innung den einmütigen Beschluß gefaßt hat, dem Bearbeiter ihres Gewerbes im I. Bande dieser Sammlung ihren Dank aussprechen zu lassen. Ueber die Arbeit des Herrn Dr. Steinitz heißt es in dem betreffenden Schreiben des Obermeisters: „Dieselbe hat außerordentlich gefallen und auf allen Seiten das lebhafteste Interesse hervorgerufen; es wurde namentlich anerkannt und lobend hervorgehoben, daß alle Bemerkungen, die Zeit von Anfang der 70er Jahre bis heute betreffend, vollkommen den Thatsachen entsprechen und daß Sie sich durch Herausgabe dieser Arbeit um die Töpferei außerordentlich verdient gemacht haben."

So dürfen wir denn diesen Band mit der Zuversicht hinausgehen lassen, daß die Bemühungen unserer Mitarbeiter auch in den Kreisen der Beteiligten immer allgemeineres Verständnis finden und daß auch sie schließlich einsehen, wie wenig eine Verschleierung der Wahrheit in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse liegt.

Leipzig, den 14. Mai 1896.

Karl Bücher.

Inhaltsverzeichnis zum siebenten Bande.

I.

Das Schneidergewerbe in Breslau.

Von

Dr. August Winter.

Einleitung.

Die Schneiderei ist eins der ältesten und wichtigsten Handwerke. Hervorgegangen aus dem letzten Gliede eines in der alten Bauernwirtschaft im Hausfleiß ausgeführten Arbeitsprozesses (Leinbau, Hecheln, Spinnen, Weben, Bleichen, Zuschneiden und Nähen), war sie in Deutschland, auch in dem erst seit dem 12. Jahrhundert germanisierten Schlesien, durch mehr als ein halbes Jahrtausend, im großen und ganzen bis zur Mitte dieses Jahrhunderts, ein guter, teilweise blühender Erwerbszweig. Heute ist die Schneiderei, wie fast alle anderen Handwerke, in einer tiefgehenden Umbildung begriffen. Dieser Umwandlungsprozeß in der Produktion unserer Kleidung und in der Stellung der in der Kleiderproduktion beteiligten Personen ist zwar noch nicht abgeschlossen; aber da alle die Umbildung bedingenden Faktoren deutlich zu Tage liegen, läßt sich die Entwicklungstendenz im Schneidergewerbe und ihr vorläufiges Ziel ziemlich sicher angeben. Was bei so manchem Handwerk klar geworden ist, zeigt sich vielleicht am deutlichsten in der Schneiderei: der Handwerker hat in den Dienst des kapitalistischen Unternehmers treten und Arbeiter[1] werden müssen,

[1] In bezeichnender Weise nennt sich bereits heute die Mehrzahl der für Konfektionsgeschäfte arbeitenden Schneider und Schneiderinnen sehr richtig Konfektions-arbeiter und -Arbeiterinnen; überhaupt ist ja mit der Umbildung der handwerksmäßigen in die moderne kapitalistische Produktion eine Umwandlung der Namen der früheren Handwerker zu konstatieren.

wenn er es nicht selbst zum Unternehmer gebracht hat; heute ist die Zeit, da der arme und tüchtige Schneidergeselle durch Fleiß, Umsicht und Sparsamkeit noch handwerkerbeherrschender Unternehmer werden konnte, längst vorüber; er bringt es im günstigsten Falle nur noch zum verhältnismäßig anständig bezahlten Angestellten des großen Unternehmers.

Die Ursachen, die diesen Zustand herbeigeführt haben, sind nicht immer dieselben, die in anderen Gewerben wirksam gewesen sind und es noch sind; vor allem hat in der Schneiderei die Entwicklung der Technik, die zwar nicht unbedeutend ist, nicht, oder vielleicht richtiger, noch nicht jene Wirkung gehabt, die sich fast überall sonst zeigt: die Vereinigung der vorher räumlich getrennten Arbeiter an einem Platze, in der Fabrik. Aber die Folgen der seit ungefähr 4 Jahrzehnten mit immer größerer Schnelligkeit sich vollziehenden Revolution der Schneiderei sind für die Arbeiter und Arbeiterinnen in diesem Gewerbe dieselben, ja noch schlimmere, als für die Angehörigen anderer Gewerbe. Hausindustrie mit allen ihren traurigen Begleiterscheinungen in potenzierter Form, Überhandnehmen der Frauenarbeit, Schwitzarbeit, Lehrlingszüchterei und andere Dinge, die im Laufe der Untersuchung zu erörtern sind, kennzeichnen den heutigen Stand der Schneiderei. Nach dem Zeugnis der begeistertsten Innungsmeister, die nie an eine Besiegung des Handwerks „durch die Juden" glauben wollten, ist das alte Schneiderhandwerk nur noch in spärlichen Resten vorhanden. Auf dem Lande[1] tritt freilich einstweilen der Rückgang des Handwerks gegenüber dem Großbetriebe in der Konfektion, dem Magazin und dem Maßgeschäft — das sind die Konkurrenten des alten Kleinmeisters — in etwas milderer Form als in der Großstadt auf; im wesentlichen aber ist der Entwicklungsgang derselbe, hier wie dort.

Die Schneiderei ist innerhalb der in diesen Untersuchungen behandelten Handwerke eins der wichtigsten, und doch sind die in ihr zu Tage tretenden Erscheinungen vielleicht weniger bekannt, als in anderen Gewerben. Es hat der jahrelangen und nachhaltigsten Agitation eines Teiles der in der Schneiderei beschäftigten Arbeiter bedurft, ehe sich das öffentliche Interesse dem Kampfe zwischen Konfektion und handwerksmäßiger Schneiderei zuwandte.

Wenn wir im folgenden die Arbeits- und Lebensbedingungen der in der Schneiderei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen etwas ausführlicher

[1] Die Zustände in der Schneiderei schlesischer Kleinstädte und des platten Landes sind in der folgenden Darstellung ebenfalls berücksichtigt worden, soweit uns diese Zustände aus eigener Erfahrung bekannt sind.

behandeln, als für den Zweck dieser Untersuchungen eigentlich nötig ist, so möge das damit begründet werden, daß der ganze Umfang der Ausbeutung, zumal der Mädchen und Frauen, noch lange nicht genügend bekannt ist. Die mancherlei Organisationen im Schneidergewerbe haben zwar manches zur Aufklärung über die in der Schneiderei herrschenden Zustände gethan, allein gerade diejenigen Organisationen, welche die Hauptbeteiligten am Kampfe zu sein glaubten, die Innungen, haben das wenigste geleistet. Aufhebung der alles verschuldenden Gewerbefreiheit und Expatriierung der Juden ist ihr einziges Heilmittel, das auf ihre Ansichten über die Entstehung der Krise und ihre Abhilfe einen genügend sicheren Schluß zuläßt.

Breslau und Schlesien sind nun ein besonders günstiges Untersuchungsgebiet. Schlesien ist die Provinz der geringsten durchschnittlichen Tagelöhne, und es ist bekannt, daß der standard of life des schlesischen Proletariates so ziemlich der niedrigste in ganz Deutschland ist. Schlesien, vor allem Breslau, war also der Ort, wo kapitalkräftige, in der Konfektion bewanderte Unternehmer ihre Geschäfte gründen und zu der Blüte bringen konnten, die zwar auf dem Elend der Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen beruht, aber doch den Neid der anderen Gewerbe erregt. Gegenwärtig sind in Breslau zusammen mit den handwerksmäßig und in Maßgeschäften Thätigen ungefähr 25—30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Schneiderei beschäftigt.

Um übrigens gleich hier ein ungefähres Bild von den Leistungen Breslaus im gesamten Schneidergewerbe und dessen Anhängseln zu geben, mögen hier einige Zahlen Platz finden, die der letzten Ausgabe des Breslauer Adreßbuches entnommen sind.

Breslau hat 105 Herren- und Knabengarderobemagazine; 8 davon betreiben nur Engrosgeschäfte, 4 haben nur Arbeitergarderobe; Damenkonfektionsgeschäfte giebt es 41, Mantelfabriken 19, Kindergarderobehandlungen 14, Kleiderhandlungen 36, Mode- und Schnittwarenhandlungen 157 (en gros: 3), Leinwand- und Wäschehandlungen 160 (nur en gros: 14, nur Versand: 1), Posamentenhandlungen 232, Tuchwarenhandlungen 108 (nur en gros: 2), Knopffabriken 13, Knopfhandlungen 17, Handlungen für Schneiderbedarfsartikel (für Aufhängeketten, Schweißblätter u. s. w.) 15. Tuchmacher giebt es 8 (1 Tuchfabrik gehört der Tuchmacherinnung), Tuchscherer 19, Tuchhändler 66 (nur en gros: 3).

Das im folgenden zum Teil verwandte Material zur Darstellung der Lage des Breslauer und schlesischen Schneidergewerbes wurde gesammelt

durch Besuche und Nachfragen in großen Konfektionsgeschäften, Magazinen, Maßgeschäften, bei Handwerksmeistern, Konfektionsarbeitern, vor allem bei den Vorständen und Mitgliedern der vorhandenen Organisationen[1].

Das gesamte Gebiet der Näherei und Schneiderei darzustellen, war weder angängig noch, wie man annehmen darf, nötig. Zunächst mußte ausgeschlossen werden die gesamte Wäschefabrikation, für die übrigens Breslau kein bedeutender Platz ist. Als ziemlich nahe verwandte Zweige erwiesen sich die Herstellung der Herren- und Knabengarderobe, der Kindergarderobe, und die der Damenmäntel, Umhänge, Capes u. s. w. Die Fabrikation der genannten Gegenstände, sowie einiges über die Herstellung der Damenkostüme bilden den Gegenstand der nachstehenden Untersuchung.

1. Geschichtliches.

Wie die Handwerker des alten slavischen Breslau überhaupt, so sind auch die Schneider in den ältesten Zeiten unfrei gewesen. Noch vor der Einführung des deutschen Rechtes wurden deutsche Handwerker von Klostergeistlichen herangezogen; sie arbeiteten in den Arbeitshäusern der Klöster. So sind in der Bestätigungsurkunde des Klosters Trebnitz vom Jahre 1224 ausdrücklich scamna sartorum erwähnt, und aus dem Kloster Grüssau wird von Handwerkern, darunter auch von Schneidern, berichtet (1299). Mit dem Aufblühen der Städte entstanden zwischen den Klosterhandwerkern und den städtischen mancherlei Konkurrenzstreitigkeiten. Wie die Handwerke selbst, so sind auch die Innungen von Deutschen nach Schlesien gebracht worden; wir dürfen annehmen, daß bereits im 13., spätestens aber im 14. Jahrhundert in den meisten damals bestehenden Städten und Städtchen Schneiderinnungen bestanden haben. Unter anderen werden im ältesten Striegauer Stadtbuch aus dem 14. Jahrhundert unter den Meistern der zünftigen Handwerke auch die Schneider genannt; dort betrug das Innungsgeld (für Schneider und Schuster) $1^{1}/_{3}$ Fierdung.

Ein bedeutsames Ereignis, das die frühe Wichtigkeit des Schneiderhandwerkes illustriert, ist der am 14. Juni 1361 in Schweidnitz abgehaltene schlesische Schneidertag[2]. Vertreten waren: Schweidnitz, Striegau,

---

[1] Die beste Auskunft erhielten wir von Herrn Liepelt, dem Vorsitzenden der Breslauer Zahlstelle des Verbandes deutscher Schneider und Schneiderinnen. Am schwierigsten war es, über die Lage der am schlechtesten gestellten Schneider Genaues zu erfahren; das Elend verkriecht sich in versteckte Höhlen.

[2] Vergl. darüber Cod. dipl. Sil. VIII, No. XXXV.

Reichenbach, Landeshut, Jauer, Bunzlau, Löwenberg, Lauban, Hirschberg, Breslau, Neumarkt, Liegnitz, Haynau, Goldberg, Lüben, Münsterberg, Strehlen, Frankenstein, Glatz, Ohlau, Brieg, Oppeln, Namslau, Oels, Bernstadt. Eine wie gute Verbindung zwischen den Innungen der verschiedenen Städte, und welches Interesse für die Sache muß man voraussetzen, wenn bereits damals eine so gute Beschickung des Schneidertages stattfinden konnte! Die Verhandlungen der Delegierten und die uns erhaltenen Beschlüsse befassen sich vorwiegend mit dem Verhältnis der Meister zu den Gesellen und Lehrlingen, den „knechten" und „lerknechten", und mit Bestimmungen über den Kleiderhandel. In Bezug auf diesen heißt z. B. der 17. Beschluß: „kein verkoufler (Händler mit alten Kleidungsstücken) soll neue gewand schneiden zu kleidern, diese einige Tage tragen und dann auf dem markte feil haben." Eine ähnliche Bestimmung enthalten die Rechte des Schneiderhandwerks zu Striegau vom 27. Juli 1352[1]. Bereits im 14. Jahrhundert also waren die Kleidertrödler die Todfeinde der Schneider; durch ihre Zunftorganisationen haben sie sich ihrer Übergriffe auf das Gebiet der Neuproduktion bis in dieses Jahrhundert hinein erwehrt.

Die überall üblich gewesenen Streitigkeiten zwischen dem Rat der Stadt und den Zünften, unter denen die der Schneider nie die ruhigste gewesen ist, sind natürlich auch in Breslau mehrfach vorgekommen; sie interessieren uns indes hier nicht. Einen gewissen Abschluß der Innungsentwicklung und der angedeuteten Streitigkeiten bezeichnet die vom Kaiser Sigismund 1420 bestätigte neue Zunftordnung für alle Handwerker; die Zunftordnung der Schneider ist leider nicht erhalten geblieben. Sonstige handschriftliche Nachrichten über die Schneiderinnung des 15. bis 18. Jahrhunderts finden sich im Breslauer Stadtarchiv; es sind da besonders zu nennen die catalogi civium, die libri magni und Ant. Kretschmers „Breslographia". Nach diesen Quellen sind einige der wichtigsten Bestimmungen die folgenden:

1. Auf den Kauf zu arbeiten, d. h. mit Lieferung des Rohstoffes durch den Meister, war den Schneidern durch Statut vom 16. Juni 1505 verboten.

2. Durch den Kaiser Rudolf II. erhielten 1597 die Schneider „das ausschließliche Recht, mit neuen Kleidern zu handeln", aber, wie Kretschmer hinzufügt, kein Schneider hatte neue fertige Kleider zu verkaufen.

3. In der Meisterprüfung im 16. Jahrhundert mußte der Kandidat

[1] Abgedruckt im cod. dipl. Sil. VIII, No. XXVII.

„über 32 Arten Kleider auf Befragen Red und Antwort geben und einen Riß darüber anzufertigen wissen."

Später bestand das Meisterstück bei Mannschneidern in der Anfertigung eines Mannskleides mit Ärmeln in der Weste, bei Frauenschneidern[1] in der Anfertigung eines Schnürleibes und eines Manteaukleides. Außerdem mußte der eine wie der andere 20 verschiedene Kleidungsstücke für die verschiedenen Stände auf die Tafel zeichnen können.

Das letzte Privilegium der Breslauer Schneiderinnung stammt aus dem Jahre 1753.

Konkurrenzstreitigkeiten zwischen städtischen Innungsschneidern und Klosterschneidern sind nach einzelnen in den ‚libri magni' verzeichneten Bestimmungen (Definitionen) auch noch im 16. und 17. Jahrhundert vorgekommen. So hatte die Äbtissin von St. Clara mit den Ältesten der Schneider wegen der Störer ihres Gewerbes, die sich auf der Äbtissin Gut vor St. Niclas (Tschepine) aufhielten, eine Vergleichung getroffen. Dieser Revers war aber hinter dem Rücken des Rates ausgestellt worden und den Stadtprivilegien zuwider; deshalb erklärte ihn der Rat für ungültig[2]. Ferner erhielt der Abt von St. Vincenz auf dem Sande das Recht, sechs Schneider, davon zwei zechmäßig zu halten; der Abt auf dem Sande durfte zwei, die Äbtissin zu St. Clara vier und der Meister zu St. Matthias zwei Schneider halten[3].

Ähnliche Bestimmungen finden wir in den libri definitionum.

Nachweise über die Zahl der Meister am Ende des 15. bis zum Ende des 17. Jahrhunderts finden sich in den catalogi civium, wo alle Innungen in ihrer herkömmlichen Reihenfolge verzeichnet, neu eintretende Innungsmeister nachgetragen und gestorbene gestrichen wurden. Da deshalb diese Bücher immer über einen längeren Zeitraum berichten, kann für die Berechnung immer nur das Jahr in Betracht kommen, in dem der alte Katalog abgeschlossen und ein neuer angelegt wurde. Die anscheinend ziemlich sorglose Führung dieser Bücher im 17. Jahrhundert läßt übrigens die Möglichkeit von Irrtümern zu. Nach diesen Katalogen gab es in Breslau

---

[1] In Breslau waren Mannschneider und Frauenschneider vollständig verschiedene Handwerker; Frauenkleider durften nicht etwa von Frauenspersonen angefertigt werden, nur ganz ausnahmsweise wurde das in Berlin durch Friedrich II. einer Anzahl französischer Schneiderinnen gestattet.

[2] Am 18. Febr. 1581; lib. magn. II, 108b.

[3] Am 12. Aug. 1616; lib. magn. III, 19b.

1470 etwa 40[1] Schneidermeister, 1525 etwa 75, 1550 etwa 110, 1575 etwa 110, 1590 etwa 120, 1596 etwa 110, 1606: 82, 1640: 60, 1672: 73.

Bis zum letzten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts bewegte sich demnach die Entwicklung des Schneiderhandwerks in aufsteigender, von da ab, zumal in der Zeit des dreißigjährigen Krieges, in absteigender Linie; bei gar manchen Namen aus den schlechten Jahren steht der Vermerk „verzogen nach . . .“

Die Entwicklung des Breslauer Schneidergewerbes im 18. Jahrhundert scheint im ganzen eine ruhige gewesen zu sein. Nur am Ende dieses Jahrhunderts, 1793, zeigten sich bedenkliche Spuren von Unzufriedenheit und Erhebungslust. Aus einem unbedeutenden Anlaß, aus der Verhaftung eines „unbotmäßigen“ ungarischen Schneidergesellen durch den Rat, entstand jene „Schneiderrevolte,“ an der sich zuletzt sämtliche 3000 Handwerksgesellen Breslaus, darunter 330 Schneidergesellen, durch Arbeitseinstellung und tumultuarisches Treiben beteiligten. Der Aufruhr wurde „kalmiert,“ d. h. 37 Tote und 41 Verwundete lagen am 30. April 1793 auf dem Pflaster.

2. Die Entwicklung der Konfektion.

Das 19. Jahrhundert ist, so wie für manches andere Gewerbe, auch für die Schneiderei, die Zeit, in der die jahrhundertelang mit peinlicher Sorgfalt konservierten Zustände in wenigen Jahrzehnten vollständig revolutioniert werden, die Zeit schmerzlicher Zersetzung des Alten und energisch vorangehender Neubildungen sowohl auf dem Gebiete der Produktion, wie in der socialen Stellung der Produzenten. Das Kapital bemächtigte sich der Produktion und schuf den selbständigen Schneidermeister zum abhängigen Maß- oder Konfektionsarbeiter um. Die die Phasen dieser Entwicklung bezeichnende Gesetzgebung konnte diese nicht hindern, sie gab ihr lediglich offiziell Ausdruck.

Beim schlesischen Bauer des Gebirgshinterdorfes, der Grafschaft Glatz z. B., herrschten noch bis in die letzten Jahrzehnte, herrschen gelegentlich wohl auch heute noch die alten Sitten. Der Bauer kauft im Tuchladen des nächsten Städtchens oder des benachbarten Großdorfes 6 Ellen breites oder 8 Ellen schmales Tuch, und bestellt den Gevatter Schneider, in der Regel eine lustige Person, auf einen Tag, für den im Kalender ein günstiges,

[1] Ein anderes Verzeichnis der Innungsmeister, anscheinend aus dem Ende des 15. Jahrhunderts, giebt 47 Meister an.

in diesem Falle „weiches“, Zeichen steht, zu sich ins Haus. Der Schneider kommt auf die Stör, erhält Kost, Schnaps und „kleines“ Tagelohn, nimmt mit einem Papierstreifen Maß, zeichnet, schneidet zu und näht den ganzen Anzug von Anfang bis zu Ende.

Die Reste einer derartigen Kleiderproduktion kommen nicht mehr in Betracht. Wichtiger könnte jene Art der Kleiderbeschaffung erscheinen, bei welcher der Konsument den Schneidermeister aufsucht oder sich kommen läßt, ihm entweder den selbst gekauften Stoff übergiebt oder ihn nach den vom Schneidermeister vorgelegten Mustern auswählt, und den Meister das Bestellte in dessen eigener Werkstatt anfertigen läßt. In der That kommt diese Art der Herstellung noch häufig genug nicht nur auf dem Lande und in der Kleinstadt, sondern auch noch in der Großstadt vor; freilich nicht so häufig mehr, als man oft glaubt, weil den Konsumenten in der Regel verborgen bleibt, daß der Schneidermeister, der sie bedient, gar nicht selbst in der eigenen Werkstatt, sondern „außer dem Hause“ durch von ihm abhängige Schneider den Auftrag ausführen läßt. Indes davon später.

Zunächst müssen wir die technischen und sonstigen Vorbedingungen zur Entwicklung der Konfektion, d. h. der Massenanfertigung von Kleidungsstücken auf Lager festzustellen suchen.

Wie bereits oben angedeutet wurde, ist die Entwicklung der Technik in der Schneiderei zwar recht bedeutend, sie hat indes bisher nicht vermocht, auf die Vereinigung der zerstreut arbeitenden Schneider in einem großen Arbeitsplatze hinzuwirken, d. h. der mechanischen Fabrik vorzuarbeiten. Die Erfindung der Nähmaschine war ohne Zweifel von sehr bedeutendem Einfluß auf die Schneiderei, von noch viel bedeutenderem auf die Näherei[1], auf die Wäscheproduktion. In der eigentlichen Schneiderei, besonders in der Herstellung der Herren- und Knabengarderobe, auch in der Mäntelproduktion, ist aber doch bisher die Maschine nichts weiter als ein allerdings wichtiges Hilfsmittel, dessen man sich nur zu einigen Arbeitsprozessen bedient. Der Antrieb und die Bewegung der Maschine, zwar für den weiblichen Organismus auf die Dauer äußerst schädlich, erfordert nicht viel Anstrengung, so daß eine motorische Kraft, z. B. eine Dampf-

[1] Auf diesem Gebiete haben wir auch in Deutschland seit langem mechanische Fabriken; das bekannteste Beispiel einer solchen Fabrik ist vielleicht die von Marx (Kapital I, S. 427) genannte Hemdenfabrik der Herren Tillie zu Londonderry, Irland, die 1000 Fabrikarbeiter und 9000 auf dem Lande zerstreute Hausarbeiter beschäftigt.

maschine[1], kaum notwendig wird. Ferner hat der motorische Antrieb der Maschinen bisher den Arbeitern nicht die Annehmlichkeiten gebracht, die man erhofft hatte. Er bringt eine gleichmäßige Bewegung hervor; der Schneider aber braucht bald ein schnelles, bald ein langsames Tempo; komplizierte Riemenscheibenstellungen würden die Übertragung der motorischen Kraft auf die Maschine kaum nach seiner individuellen Neigung einrichten, und so haben die Schneider oft ihre Maschinen von der mit Dampf getriebenen Welle abgenommen und sie lieber selbst angetrieben und getreten, wie in der Werkstatt der Breslauer Militärbekleidungsdepots. Dazu kommt, daß die verhältnismäßig niedrigen Anschaffungskosten der Maschine, die modernen Zahlungsbedingungen und der Umstand, daß eine Maschine für eine Werkstatt mit 5—6 Arbeitern ausreicht, dazu führten, daß sich die Schneider selbst die Maschinen anschafften. Auf diese Weise hat die Einführung der Maschine geradezu zur weiteren Erhaltung der Isolierung der Schneider in ihren Werkstätten gedient.

Bedeutender ist selbstverständlich die Nähmaschine für die Schnelligkeit der Produktion und die Masse der von den einzelnen Arbeitern hergestellten Produkte. Nur mit Hilfe der Nähmaschine ist es möglich geworden, daß heute eine so gewaltige Zahl von Kleidungsstücken in der Saison von wenig Wochen hergestellt und — bei der geringen Haltbarkeit moderner Stoffe — konsumiert wird; auch auf die Preisgestaltung unserer Kleidung hat natürlich die Maschinenarbeit einen ganz bedeutenden Einfluß.

Am wichtigsten aber ist bei der Einführung der Maschinenarbeit das, daß sie die Heranziehung ungelernter oder binnen wenigen Tagen oder höchstens Wochen angelernter Arbeitskräfte zur Produktion ermöglicht hat. Freilich kommt auch hier wieder in erster Linie die Wäschefabrikation in Betracht, bei der so viele Tausende und Zehntausende von Frauen und Mädchen beteiligt sind, die vom eigentlichen Schneiderhandwerk nichts verstehen und, da sie die Sachen gewöhnlich zugeschnitten erhalten, auch nichts zu verstehen brauchen. Aber gerade dadurch, daß so viele Mädchen und Frauen durch Wäschenähen in kurzer Zeit die Arbeit an der Maschine erlernen, werden sie in den Stand gesetzt, ohne große Schwierigkeit zur eigentlichen Schneiderei als Maschinistinnen überzugehen und dort durch die Billigkeit ihrer Arbeit die Arbeitskraft der gelernten Schneider zu verbilligen oder gar überflüssig zu machen. Auch andere Dinge, manche viel-

[1] 1882 gab es in Schlesien, und zwar nur im Regierungsbezirk Liegnitz, drei große Betriebe in der Schneiderei, die Dampfkraft und Gas oder Heißluft zum Antrieb der Maschinen verwandten.

leicht in höherem Maße als die Nähmaschine, haben dazu geführt, daß jetzt Personen in der Kleiderfabrikation beschäftigt werden, die nur eine kurze Anlernzeit und nicht mehr eine so lange Lehrzeit wie der ehemalige Schneiderlehrling durchzumachen brauchen. Dahin gehört vor allem die besonders bei der Arbeit auf Lager übliche leichte Art der Arbeit, bei der allerdings auch die Haltbarkeit der Sachen leidet, und die große Gleichmäßigkeit der Kleidung durch alle Schichten der Bevölkerung. Die alten Trachten sind bis auf kleine Reste ausgestorben, die verschiedenen Stände der Bevölkerung unterscheiden sich weniger als früher; für den Schneider giebt es nicht mehr so viel zu lernen als ehedem, und das, was er lernt, braucht er nicht mehr so sorgfältig wie früher auszuführen.

Abgesehen von diesen Umständen ist natürlich die auch in der Schneiderei weit gediehene Arbeitsteilung maßgebend gewesen dafür, daß ungeübte und ungelernte Arbeitskräfte, vor allem Mädchen und Frauen, so massenhaft zur Schneiderarbeit herangezogen wurden. Wir haben jetzt nicht nur besondere Hosenschneider, Westenschneider, Rockschneider, Hosen- und Westenschneiderinnen, Mäntelnäherinnen, Arbeiterinnen „auf“ Umhänge, auf Capes, Babymäntel, Arbeiter und Arbeiterinnen auf Kindergarderobe, besondere Arbeitergruppen für die einzelnen Teile eines Arbeiteranzuges, sondern in jeder dieser Gruppen haben wir noch eine ganze Anzahl verschiedener Arbeitskategorien. Da giebt es Maschinenschneider oder Maschinisten und Maschinistinnen, Bügler und Büglerinnen, Stepperinnen, Handnäher und -Näherinnen, und auch unter diesen wieder giebt es eine Anzahl Scheidungen. So näht bei der Westenfabrikation die eine Arbeiterin nur das Futter fest, die andere macht nur Knopflöcher, die dritte näht nur Knöpfe, die vierte nur Schnallen an, die fünfte macht nur Taschen, und so geht es ins einzelne bei fast jeder der genannten Arbeiterkategorien — vorausgesetzt, daß es sich um Arbeit auf Lager, um Konfektionsartikel handelt. Selbstverständlich giebt es in der Maßarbeit, in der Arbeit auf Bestellung, selbst in der feinsten, auch ab und zu eine recht weitgehende Arbeitsteilung, sie geht aber nie so weit als in der Lagerarbeit.

Daß bei einer solchen Methode der Arbeit die Produktion namentlich der minderwertigen, aber auch der mittleren Artikel ganz oder wenigstens überwiegend in die Hände nicht gelernter und schlecht bezahlter Arbeiter gelangen muß, ist auf den ersten Blick klar. Nur die Herstellung wirklich guter Sachen ist dem gelernten Schneider geblieben; auf diesem Gebiete können Frauen, Mädchen und ungelernte Arbeiter nicht mit ihm konkurrieren. Aber da sich das Produktionsgebiet feiner Sachen, an und für sich schon nicht bedeutend, immer mehr verringert, muß auch der gelernte, tüchtige

Schneider herabsteigen zur Produktion von Mittel- und Lagerware; hier aber drückt ihn die Konkurrenz der billigen Arbeitskraft zu Boden.

Die schlesische und insbesondere die Breslauer Schneiderei leidet außerdem noch darunter, daß minderwertige und lohndrückende Arbeitskräfte aus polnischen Gebieten, aus Oberschlesien, Posen und Russ.-Polen, zuströmen. Die Lebenshaltung der Schneider wird dadurch noch tiefer als in sonstigen Gegenden herabgedrückt, und die Organisationsfähigkeit der Arbeiter muß dabei eher ab- als zunehmen.

Die wichtigste Arbeit des Schneiders, die mancher Lehrling trotz drei- und mehrjähriger Lehrzeit nie ordentlich lernte, war und ist, wenigstens in einem Teile der Schneiderei, heute noch das Maßnehmen und das Aufzeichnen der gemessenen Maße auf den Stoff, das Zuschneiden. Diese Arbeit gab ja auch dem Schneider ihren Namen. In der handwerksmäßigen Schneiderei und in einem Teile der hausindustriellen Maßarbeit, nämlich da, wo der Geschäftsinhaber bei einer Bestellung denjenigen hausindustriellen Meister oder Zwischenmeister herbeiruft und Maß nehmen läßt, dem er den Auftrag zukommen lassen will, hat das Maßnehmen im ganzen seine alte Stellung behauptet. Im übrigen ist Maßnehmen und Zuschneiden eine Thätigkeit für sich geworden, die in einem Falle, in der feinen Maßarbeit, von einem besonderen Zuschneider[1], im anderen, in der Lagerarbeit, von einem Zuschneider und einer Maschine besorgt wird. In der Konfektion hat nämlich eine ganz besondere Art der Maßbestimmung Eingang gefunden, die sich aus der Notwendigkeit ergab, die anzufertigenden Anzüge für Käufer zu machen, die man noch gar nicht kannte. Die Längen und Breiten der Anzugsteile, um zunächst von der Herren- und Knabenkleidung zu sprechen, können nicht an den individuellen Körpermaßen des Käufers, aber auch nicht gut an einer Zahl Modellknaben und -Männer bestimmt werden; sie werden deshalb nach den mathematischen Verhältnissen der Körperteile normal gebauter Knaben und Männer der verschiedenen Lebensalter bestimmt. Bereits in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts ist diese Methode des Maßnehmens vereinzelt angewandt worden; doch hat sie sich erst seit den 60er Jahren allgemeine Geltung verschafft. Nach dem Lebensalter der Käufer unterscheidet man Knaben-, Burschen- und Herrenanzüge und bei allen diesen Kategorien wieder eine gewisse Anzahl „Größen". Es leuchtet ein, daß nach dieser Methode hergestellte Anzüge nur normal gebauten Menschen passen und daher nie so gut „sitzen" können, wie

---

[1] Die Zuschneider haben oft nichts zu thun mit dem Herausschneiden der auf den Stoff gezeichneten Teile; das besorgt der „Rausschneider".

ein Anzug aus einem feinen Maßgeschäft, der vielleicht ein halb Dutzend mal anprobiert worden ist; indes die Masse der Kunden darf nicht nach tadellosem Sitz, sondern muß nach der größten Billigkeit fragen. Übrigens ist es mit dem Sitz der Konfektionsanzüge durchaus nicht so schlecht bestellt, wie man gewöhnlich glaubt; nur der verwöhnte Geschmack des wohlhabenden Publikums kann große Unterschiede zwischen Maß- und Konfektionsarbeit entdecken. Auch fängt man bereits an, Garderobe für anormal gebaute Männer auf Lager herzustellen. So leistet ein Breslauer Magazin nicht unbedeutendes in der Herstellung von sogenannter Bauchgarderobe, d. h. von Anzügen für korpulente Herren.

Der Zuschneider des Konfektionsgeschäftes, der vielleicht, um diese Maßnehmemethode zu erlernen, auf einer Schneiderakademie „Anatomie studiert" hat, ist bloß mit dem Aufzeichnen der Maße auf den Stoff beschäftigt, der je nach seiner Dicke in mehr oder weniger Lagen aufgerollt auf langen Tafeln liegt. Das Ausschneiden der Teile erfolgt durch die Zuschneidemaschine.

Diese Maschine, ein Radmesser, am Ende einer zweiarmigen, leicht beweglichen, horizontal liegenden Eisenstange, das sich sehr schnell dreht und nach den Linien der Zeichnung durch die Stofflagen geführt wird, hat die Arbeit des Zuschneidens gewaltig erleichtert und verkürzt. 10, 20, 30 und mehr Lagen Zeug oder Stoff werden auf einmal in die bestimmten Teile zerschnitten.

In der Herstellung der Damenkleidung geht es ähnlich zu. Bei feinen, nach Maß zu arbeitenden Sachen kann die Schneiderin noch ihre Gewandtheit und Sicherheit im Maßnehmen und Zuschneiden verwerten, besonders in der feinen Taillenarbeit. Sonst aber, in mittleren und billigeren Sachen, in der Mantelbranche, wo sich die Kundinnen fast aller Kreise auf den Kauf fertiger Sachen eingerichtet haben, ist von schwierigem Maßnehmen und Zuschneiden keine Rede mehr. Je nach der herrschenden Mode übergiebt der Konfektionär dem Meister oder der Meisterin die Maße für die gerade in ihrer Werkstatt zu fertigenden Sachen; die Meisterin macht sich ihre „Schnitte", und nach diesen zuzuschneiden, dazu gehört auch nicht die geringste Fähigkeit zur Schneiderei. Merkwürdigerweise wird die Zuschneidemaschine in der Damenkonfektion nicht angewandt.

Da es bei der Herstellung der jetzt modernen, enganliegenden Damenmäntel und -Jaquettes vor allem auf die Taille ankommt, werden nach dieser auch die einzelnen Modelle bestimmt. Sachen für ganz schlanke Damen gehören in die Rubrik „Gelbstern"; Mäntel und Jaquettes für schlanke und normale Damen nennt man „normal", für starke und sehr starke Damen

arbeitet man nach den Modellen „Grünstern" und „Rotstern". Die einzelnen Abteilungen haben noch verschiedene Unterabstufungen: einfach gelb, doppeltgelb &c. Zum Anprobieren der gelieferten Sachen haben die Damenkonfektionsgeschäfte Modelldamen, vulgo Probiermamsells, deren Taillen den genannten Maßen entsprechen. Da es bei der natürlich schlechten Bezahlung dieser Mädchen weder grünsternige noch viel weniger rotsternige unter ihnen giebt, werden diese durch „normale" ersetzt, die Pelzjacken anziehen müssen.

Die bereits angedeutete Gleichmäßigkeit der modernen Herren- und Damenkleidung und die vor allem in der Herrenkleidung zu Tage tretende Einfachheit des Schnittes haben viel dazu beigetragen, die Teilung der Arbeit zu erleichtern und die ehemals wichtigen Eigenschaften des Schneiders zu degradieren. Bei der modernen Kleiderproduktion können nur ganz wenige tüchtig durchgebildete Schneider als Zuschneider oder Konfektionäre oder als Schneider für feine Maßarbeit unterkommen; die große Masse der Schneider muß sich mit Teilarbeit begnügen, zu deren Betriebe sie durchaus nicht mehr 3 Jahre, ja nicht einmal 1 Jahr lang zu lernen brauchen. Die Entwicklung der Mode kann die Vereinfachung der Produktion sehr fördern; denn sobald es weniger als heute darauf ankommt, die Taille eines Damenkleides genau der Körperform entsprechend, und den Rock oder Frack der Herrenkleidung am Körper eng anliegend zu arbeiten, d. h. sobald die Mode wieder einmal weite, bauschige Kleider bevorzugt, die sich wenig oder gar nicht an die Körperformen anschmiegen, ist es für den Schneider nicht mehr nötig, „Anatomie" zu studieren. Die jetzt gesuchte Fertigkeit des Schneiders, genau und richtig Maß zu nehmen, exakt zuzuschneiden und noch genauer zu nähen, wird dann überflüssig, und damit fällt ein Grund, der bis jetzt noch viele davon abhält, fertige Lagerware im Magazin zu kaufen; das Maßgeschäft müßte im Gange einer derartigen Entwicklung zu Gunsten der Konfektion liquidieren.

Zu den modernen Errungenschaften auf dem Gebiete der Technik der Schneiderei gehören noch drei Maschinen, die auch, abgesehen von einer, bei uns bereits ziemlich weit verbreitet sind: die Knopflochmaschine, die Stickmaschine und die Bügelmaschine; für Militärkleidung kommt noch eine vierte, eine besondere Art Stickmaschine, in Betracht.

In der Herren- und Knabenkonfektion verlangen bereits die meisten Unternehmer von ihren (hausindustriellen) Arbeitern, daß sie die Knopflöcher der zu fertigenden Anzüge mit der Maschine nähen oder nähen lassen. Die Anschaffungskosten einer solchen Maschine betragen etwa 500 M.; eine Maschine reicht für eine ganz bedeutende Anzahl Werkstätten aus. Alle die Zwischenmeister, die es nicht zur Anschaffung einer Knopflochmaschine bringen

konnten, schicken ihre Sachen zu einem Kollegen, der gegen eine Entschädigung von 2 Pfg. pro Knopfloch das Ausstoßen und Umnähen der Knopflöcher übernimmt und die Knopflochseide liefert[1]. Bereits jetzt haben wir so viele Knopflochmaschinen in Breslau, daß manche der angeschafften sich nicht rentieren.

Die Arbeitsersparnis bei der Anwendung dieser Maschine ist ganz bedeutend. Maschinenknopflöcher sehen gut aus, und die Umnähung hält so fest wie die mit der Hand gefertigte. Freilich geht jetzt mit dem Hin- und Herschaffen der Sachen von der Werkstatt zur Maschine und zurück viel Zeit verloren; in einem großen fabrikmäßig eingerichteten Betriebe würden die Vorteile der Maschine bedeutend mehr zur Geltung kommen.

Eine nur in der Damenkonfektion gebrauchte Maschine ist eine besondere Art Näh- oder Stickmaschine, mittels der man die früher mit der Hand auf die Jaquettes, Mäntel, Umhänge rc. aufgenähten Posamenten aufnäht. Diese Posamenten waren früher und sind zum Teil noch jetzt so hergestellt, daß sie ein bestimmtes fertiges Muster bilden, das nur von der Schneiderin mit der Hand aufgenäht zu werden braucht. Mit der Maschine dagegen werden lose Posamentenstreifchen mit entsprechender Führung des Stoffes unter der Nadel so aufgenäht, daß sie erst eine gewisse Figur ergeben. Die Schneiderin, die dies besorgt, ist auf eine Figur eingerichtet, die sie hundertmal wiederholt, sodaß sie in der Führung des Stoffes so geübt ist, daß sie einer Zeichnung der zu nähenden Figur, nach der sie den Stoff zu führen hat, nicht bedarf. Bekannter ist vielleicht diese Art der Näherei an der auf Jahrmärkten rc. für billiges Geld besorgten Namenstickerei auf Taschentücher.

Zu der Herstellung der Buchstaben- und Figurenzüge und Zahlen auf den Schulterklappen der Uniformröcke und -Mäntel wird eine der eben genannten ähnliche Maschine gebraucht. In wenigen Sekunden bringt ein Arbeiter mit dieser Maschine die Stickarbeit fertig, zu der ein Handarbeiter mindestens zehnmal so viel Zeit brauchte. Allerdings steht hier die Maschinenarbeit einstweilen der Handarbeit etwas an Haltbarkeit nach[2].

---

[1] Eine nähere Beschreibung dieser Maschine siehe in: Herzberg, Das Schneidergewerbe in München, S. 26, 27.

[2] Nicht unwichtig verspricht ferner die Bügelmaschine zu werden, die bis jetzt in Deutschland nur vereinzelt, in Breslau meines Wissens noch gar nicht angewandt wird. Das Handhaben des 20—30 Pfund schweren Bügeleisens, das jetzt nur die Arbeit eines kräftigen Mannes sein kann — Mädchen ruinieren sich dabei in kurzer Zeit — wird bei der Bügelmaschine, bei der das Eisen an einer Eisenstange schwebt und mit Leichtigkeit auf dem darunter liegenden Stoff hin- und hergeschoben werden kann, zur Arbeit, die ein Kind verrichten kann.

Trotz dieser Entwicklung der Technik haben wir, abgesehen von anderen Ländern und kleinen Anfängen bei uns, noch keine mechanischen Fabriken in unserer Kleiderproduktion, noch keine großen von den Unternehmern in der Maß- und besonders in der Konfektionsbranche eingerichteten Werkstätten. Erst jetzt beginnt ein namhafter Teil der Arbeiterschaft in der Konfektion eine planmäßige und energische Agitation für die Einführung von „Betriebswerkstätten“ durch die Unternehmer. Was in anderen Industrien von selbst, zum Teil gegen den Wunsch der Arbeiter sich durchgesetzt hat, die Ersetzung der handwerksmäßigen oder hausindustriellen Arbeit durch die Fabrik, wird hier als bewußte Forderung von Arbeitern — freilich nicht von den noch übrigen Handwerkern — ausgesprochen[1].

In unseren Strafanstalten, in denen die von den Militärbekleidungsämtern ausgehenden Aufträge ausgeführt werden, haben wir zwar auch Großbetriebe, ähnlich wie in der Schuhmacherei, wo man ja schon seit langem vom „eisernen Schuhmacher“ spricht; allein über ihre genauere Organisation ist schwer etwas zu erfahren.

Nach Zeitungsberichten haben wir auch in Deutschland und im benachbarten Böhmen wirkliche Fabrikbetriebe in der Schneiderei: in Seifhennersdorf in Sachsen und in Warnsdorf in Böhmen, also, was nicht unwichtig ist, auf dem Lande. Indes soll hier der einzige Vorteil der Fabrikarbeit für die Arbeiter darin bestehen, daß sie die Gegenstände nicht in ihren eigenen elenden Wohnungen anzufertigen brauchen[2].

Ebenso wichtig, vielleicht noch wichtiger als die genannten technischen Vorbedingungen zur Entwicklung der modernen Formen der Schneiderei

---

[1] Daß übrigens die technische Entwicklung des Schneidergewerbes in Nordamerika und Großbritannien weiter ist als in Deutschland, bezeugt ein hervorragender Kenner dieses Faches, Friedrich Lessner. Nicht nur die Teilung der Arbeit, sondern auch die Anwendung der Maschinen ist dort weiter gediehen als bei uns. „In Chicago, sowie in Glasgow wird heute bereits die Schneiderei mit Dampf betrieben, und in sehr kurzer Zeit wird es zu den Seltenheiten gehören, daß Kleider auf Bestellung angefertigt werden“; (vergl. „Neue Zeit“ 1894/95, Bd. II, S. 150 ff.). Kleiderfabriken, die diesen Namen wirklich verdienen, giebt es bereits in Amerika, in England und in Schottland, und die Einrichtung von Fabriken hat bereits ihre guten Wirkungen, die Verkürzung der Arbeitszeit u. a., nach sich gezogen. Am bekanntesten ist wohl das „Royal Army Clothing Depot“ in Pimlico bei London, in dem billige, aber auch die feinsten Sachen angefertigt werden, das wöchentlich 11000 Röcke herstellt und 2000 Arbeiter, 1700 weibliche und 300 männliche Arbeiter (Männer und Knaben) beschäftigt.

[2] Über eine Berliner Kleiderfabrik vgl. Timm, Soc. Centalbl. IV. Jahrg. Nr. 21.

sind die allgemeinen socialen, die in der Entwicklung der Gesellschaft, hier vor allem der des letzten Jahrhunderts, liegen.

Da ist auf den ersten Blick klar, daß zwischen dem Entstehen und Umsichgreifen des Kapitalismus, zunächst des industriellen, dann aber auch des agrarischen, und der Proletarisierung der Volksmassen einerseits und der Umwandlung des handwerksmäßigen Betriebes der Schneiderei zur modernen Kleiderfabrikation durch große Unternehmer und zum modernen Kleiderhandel andererseits ein enger Zusammenhang besteht. Der Bürger und Bauer der alten Zeit konnte noch ein Kunde des Schneidermeisters sein; der Proletarier der Großstadt war bereits früher auf den Trödler angewiesen. So wie diesem ergeht es jetzt dem Proletarier überhaupt; er ist nicht mehr imstande, seine Anzüge beim Handwerksmeister machen zu lassen; er braucht billigere Quellen. Die Verbilligung der Stoffe genügte nicht; im Gegenteil, je billiger und schlechter der Stoff, desto mehr Anzüge braucht er, und einen desto größeren Teil der Produktionskosten bildet der Arbeitslohn für den Schneider, dessen Löhne keineswegs genau entsprechend der Qualität der Stoffe steigen und fallen.

Unternehmer kamen den Bedürfnissen des Proletariats, zunächst in den Großstädten, entgegen. Großstädtische Händler veranstalteten Auktionen fertiger Kleider, die durch die Niedrigkeit der Preise zum Kaufe reizten; sie bezogen die Jahrmärkte, gründeten Magazine, Verkaufsläden, und gewöhnten so den auf billige Sachen angewiesenen Käufer an ihre Waren.

Daß das zunächst für die großen Städte zutrifft, wird jeder zugeben; weniger bekannt dürfte es sein, daß auch in Kleinstädten und auf dem Lande der Kauf fertiger Kleider schon ganz bedeutende Fortschritte gemacht hat. Es wäre aber merkwürdig, wenn es nicht so wäre. Wir haben ein an Zahl sehr bedeutendes und in seiner Lage noch tief unter dem städtischen Proletariate stehendes ländliches Proletariat, das noch mehr als das städtische, auf billige Einkäufe angewiesen ist. Deshalb haben wir nicht nur in allen Mittel- und Kleinstädten, sondern vielfach bereits auf den Dörfern Verkaufsläden mit fertigen Kleidungsstücken, namentlich mit Arbeitergarderobe, die bereits ein besonderer Zweig in der Konfektionsindustrie geworden ist. Es ist durchaus irrtümlich, wenn man annimmt, daß in der Schneiderei auf dem Lande noch wesentlich die Zustände des alten Handwerks herrschen.

Besonders ein Umstand hätte hier schon längst Bedenken erregen sollen: das rapide Verschwinden der alten Volkstrachten. Aus den Städten und Städtchen waren sie schon längst verschwunden; nur noch die Dienstmädchen vom Lande trugen in manchen Gegenden die Trachten ihrer Heimat.

Heute giebt es nur in sehr zurückgebliebenen Gegenden einige spärliche Reste der alten Trachten, und zwar, wie es scheint, nur da, wo, wie in einigen Kreisen Oberschlesiens, die volkstümlichen Kleidungsstücke von vornherein billig und einfach waren, während sie da, wo sie kostspieliger waren als unsere moderne Konfektionsware, wie im Braunauer Ländchen oder in der Grafschaft Glatz, eher geschwunden sind. Der wichtigste Faktor nämlich, der bei der Verdrängung einiger alter und zum Teil schöner Volkstrachten in Betracht zu ziehen ist, ist der billige Preis der jetzt in so ungeheuren Massen aufs Land geschleuderten Konfektionswaren. So lange die Preise der für die Volkstrachten gebrauchten Stoffe, auf deren Herstellung sich die betreffenden Industrien gar nicht mehr gern einlassen, und die Herstellungskosten der alten Volkskleidung nicht ebenso billig oder billiger werden als die in die Augen stechenden, städtisch aussehenden und „spottbilligen" Sachen des Magazins, werden die „Vereine für Erhaltung der Volkstrachten" kein Glück haben.

Daneben ist freilich zuzugeben, daß die Entwicklung des Verkehrs Konfektionswaren und moderne Kleidung auch nach Gegenden gebracht hat, für die jenes materielle Interesse nicht vorlag. Das moderne Verkehrswesen, die überall so bequeme Verbindung zwischen Provinz und Großstädten — die Großstädte sind bis jetzt noch die Hauptorte der Konfektionsindustrie — ist ja überhaupt von hervorragendem Einfluß auf die Entwicklung in der Beschaffung der Kleidung gewesen. Die Konfektionsindustrie, auch ein Teil der großen Maßgeschäfte, arbeitet überwiegend oder ausschließlich für den Export; die Provinz, das Land, wird von der Großstadt aus mit Waren versorgt. Von Berlin gehen für viele Millionen Mark Damenkonfektionsartikel in alle Welt, und die in Stettin, Breslau, Bielefeld angefertigte Arbeitergarderobe versorgt viele Gegenden Deutschlands. Bis in die kleinste Stadt, bis ins Dorf selbst können die Produkte des Kleiderfabrikanten in Massen geschickt werden, ein Zustand, der ohne die gegenwärtige Ausbildung des Eisenbahnwesens undenkbar wäre, ein Zustand aber auch, der mit dem Fortbestehen des alten isoliert arbeitenden Handwerksmeisters unvereinbar ist.

Das Vorhandensein eines großen, in beträchtlichem Umfange arbeitslosen Proletariats ist aber nicht nur für die Konsumtion, sondern auch von Jahr zu Jahr mehr für die Produktion der Konfektionswaren von maßgebender Bedeutung geworden. Das Überangebot von Händen, zunächst von gelernten Schneidern und Schneiderinnen, dann von ungelernten Arbeitern, die bei der Arbeitsteilung und Vereinfachung der Technik in der Schneiderei an der Produktion teilnehmen oder gar die gelernten

Arbeiter überflüssig machen konnten, hat eine Verbilligung der Arbeit herbeigeführt, die geradezu unerhört ist. Und die jetzt schon so beispiellos niedrigen Löhne der Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen drohen noch niedriger zu werden, weil die Konfektionsindustrie nach dem Beispiel anderer Industrien „aufs Land" geht. Das ländliche Proletariat konkurriert in vielen Gegenden schon ganz fühlbar mit dem städtischen in der Herstellung billiger Konfektionssachen, namentlich Arbeitergarderobe. Arbeiteranzüge, Drillanzüge, Sachen aus Englisch und Hamburger Leder, Baumwoll- und Lodensachen werden bereits in bedeutendem Umfange auf dem Lande hergestellt[1]; aus der Nähe von Breslau, aus Hundsfeld und Bohrau, werden wöchentlich ganze Wagenladungen fertiger Sachen eingeliefert. Daß aber die auf dem Lande wohnende Konfektionsarbeiterin — meist arbeiten dort nur Frauen und Mädchen — in der Konkurrenz mit ihren städtischen Kollegen und Kolleginnen siegt, liegt auf der Hand.

Dieses Überangebot von Händen ist eine der wichtigsten Ursachen für die eigentümliche Organisation der Konfektion nicht nur, sondern auch der Maßschneiderei: für das Zwischenmeisterwesen und die Hausindustrie, zwei Dinge, die zum Fluche der gesamten Schneiderei geworden sind. Solange der Schneidermeister immer noch, wie früher der Handwerksmeister, seine Werkstatt selbst einrichtet, überhebt er den Unternehmer der Mühe, für Werkstätten oder große Betriebsräume zu sorgen. Die Inhaber von Maßgeschäften lassen gewöhnlich nur einen Teil ihrer Aufträge in der eigenen Werkstatt ausführen; je größer diese Geschäfte sind, desto mehr vergeben sie die Arbeit an auswärts wohnende Meister und Zwischenmeister; manche Maßgeschäfte haben überhaupt keine eigene Werkstatt oder höchstens eine für Reparaturen. Die Inhaber von Garderobegeschäften aber, die zehn- und hundertmal so viel als ein großes Maßgeschäft produzieren lassen, haben meist überhaupt keine Werkstatt.

Nun ist es für die Unternehmer lästig und bei einem gewissen Umfange des Geschäftes unmöglich, mit Hunderten von kleinen Meistern, die zu Hause allein oder nur mit der Frau zusammen arbeiten, zu verhandeln. Ein Meister, der eine große Werkstatt mit Gesellen, Lehrlingen und Lehrmädchen hat, außerdem einen Teil der Aufträge des Geschäftes an kleinere Schneidermeister, allein lebende Frauen und Mädchen vergiebt, kann eine

---

[1] Besonders in der Umgegend von Bielefeld, wo Frauen und Mädchen meilenweit vom Lande kommen, um sich Arbeit aus der Garderobefabrik zu holen. Ähnliches wird aus den Gegenden des Taunus, des Spessart und aus Württemberg und Baden berichtet.

große Menge Aufträge auf einmal vom Geschäft übernehmen, das sich deshalb lieber an ihn allein, als an zehn oder zwanzig kleine Meister halten wird.

Auf diese Weise ist das Zwischenmeistertum entstanden, das in der gegenwärtigen Kleiderproduktion eine so hervorragende Rolle spielt. Fast alle Konfektionswaren, Herren- wie Damensachen, werden in Zwischenmeisterwerkstätten, von Leuten, die unter dem Zwischenmeister, nicht unter dem Unternehmer stehen, hergestellt. Je mehr Aufträge ein Zwischenmeister übernehmen kann, desto größer ist sein Verdienst, desto mehr aber wird er auch, da er bei Beaufsichtigung einer großen Werkstatt mit 20, 30 und mehr Leuten nicht mehr selbst arbeiten kann, zum Sweater, Schwitzmeister, der im günstigsten Falle die Rolle des Meisters in der Fabrik spielt und von den vom Geschäft bezahlten Löhnen, vom Schweiße der unter ihm für den Unternehmer Arbeitenden, einen nicht zu großen Teil für sich behält.

Sobald aber die Entwicklung des Zwischenmeisters soweit gediehen war, daß er vom selbst mitarbeitenden Hausindustriellen zum beaufsichtigenden, oft lediglich nur antreibenden Werkstattleiter geworden war, entstand die Möglichkeit, daß nun auch Leute an diese Stelle traten, die von der Schneiderei nichts mehr verstanden. Und soweit sind wir bereits seit Jahren: Leute aus allen möglichen Berufsklassen, vom Erdarbeiter bis zum Vertreter der sogenannten liberalen Berufe, haben sich als Zwischenmeister etabliert [1].

Die Lage der Zwischenmeister, welche in vielen Fällen als eine neue Art Unternehmer gelten können, die allerdings von mächtigeren Unternehmern abhängig sind, ist, wenn sie einigermaßen große Werkstätten haben, nicht übel. Nach Lange [2], dessen Ermittelungen mit den gegenwärtigen Verhältnissen noch im wesentlichen übereinstimmen, verdient eine Breslauer Meisterin (in der Damenkonfektion betreiben vorzugsweise Frauen das Geschäft als Zwischenmeisterinnen) mit nur 2 Mädchen 30—40 Mk. in der Woche, mit 5 bis 6 Arbeiterinnen aber schon 80—100 Mk. Im ganzen behalten Meister und Meisterin $^1/_3$ bis $^2/_3$ des Betrages der von den Fabrikanten gezahlten

[1] Da, wo die Entwicklung des Großbetriebes in der Schneiderei schon weiter als bei uns gediehen ist, wie in England und Nordamerika, hat sich zwischen Unternehmer und Zwischenmeister oder „Schwitzbossern“ noch eine neue Zwischenperson eingeschoben, eine Art Kommissionär, der von dem Geschäftsinhaber einen großen Auftrag — mehrere tausend Anzüge einer bestimmten Sorte — übernimmt und sich gegen Zahlung einer hohen Konventionalstrafe verpflichtet, den Auftrag bis zu einem gewissen Termin auszuführen, d. h. durch Zwischenmeister ausführen zu lassen.

[2] Hausindustrie in Schlesien, Schriften Bd. XLII, S. 51 ff.

Stücklöhne für sich; ihre Arbeiter und Arbeiterinnen wissen in der Regel nicht, welche Löhne die Fabrik bezahlt.

Die Entwicklung der Breslauer Konfektion in den letzten drei Jahrzehnten läßt sich übrigens mit ziemlicher Deutlichkeit aus den Berichten der Breslauer Handelskammer erkennen, auf die hiermit verwiesen wird. Zu tadeln ist an den Berichten die alleinige Betonung der Damenkonfektion bei fast gänzlicher Ignorierung der Herrenkonfektion; erst in den neuesten Berichten, seit 1892, wird auch diese berücksichtigt. Aus den Berichten geht im allgemeinen hervor, daß die Breslauer Konfektionsindustrie trotz der ungünstigen Lage der Stadt und trotz mancherlei Zollschwierigkeiten im Verkehr mit Rußland und Österreich von Jahr zu Jahr mächtig aufgeblüht ist. Bereits 1865 bestanden hier 10 große Damenkonfektionsgeschäfte, und schon damals hatten große Geschäfte 50—60 Meister mit 7—800 Arbeitern und Arbeiterinnen. Daß die Handwerker durch die Großbetriebe eher Nutzen als Schaden hatten, konnte damals noch glaublich erscheinen; jetzt ist es allerdings klar, daß die Konfektion das Handwerk „gelegt" hat.

Gegenwärtig steht die deutsche Konfektionsindustrie in geschäftlicher Beziehung glänzend da; freilich baut sich die Blüte dieser Industrie auf dem Elend einiger Hunderttausend Arbeiter und Arbeiterinnen auf. Die für die Konfektion wichtigsten Plätze in Deutschland sind: Berlin, Stettin, Breslau, Liegnitz, Görlitz, die sächsische und schlesische Lausitz, Erfurt, Herford, Bielefeld, Elberfeld-Barmen, Krefeld, Worms, Mainz, Speier, Frankfurt a. M., Offenbach, München u. s. w. In der Damenmantelbranche ist Berlin der Hauptort des Weltmarktes geworden; von hier aus wird sehr viel nach England und Amerika exportiert. Das größte Geschäft in dieser Branche ist das Haus Mannheimer. In Breslau befindet sich das zweitgrößte Geschäft dieser Art in Deutschland; es ist die Firma Breslauer.

Anderes, auch zahlenmäßiges Material über den Umfang und die Bedeutung der Konfektionsindustrie findet sich in Timms Aufsätzen im „Soc. Centralblatt" und in seiner Broschüre: das „Sweating-System".

Das größte Herren- und Knabenkonfektionsgeschäft in Breslau beschäftigt etwa 200 Zwischenmeister; die tägliche Produktion beläuft sich hier auf 1000 bis 1800 Anzüge, je nach der Saison. In derartigen Zahlen geht es weiter, und daß ein einziges dieser Riesengeschäfte Hunderte, ja Tausende von handwerksmäßigen Schneidern lahm legen muß, liegt auf der Hand.

Die Inhaber jener glänzenden Geschäfte sind nicht selten self made men im wahrsten Sinne des Wortes, Leute, die „mit dem Ränzel auf dem Rücken" nach der Großstadt gekommen sind. Der „Konfektionär", das

Organ der Konfektionsindustriellen, hebt das gelegentlich rühmend hervor. Sowohl dieses Blatt, wie auch die in Zeitungen ab und zu erscheinenden Berichte über die Konfektionsengrosgeschäfte geben übrigens die glänzende Lage der Konfektionsindustrie offen zu; um die Kehrseite der Medaille kümmern sie sich freilich blutwenig.

Wie in Berlin, haben auch in Breslau die Konfektionsindustriellen bestimmte Gegenden der Stadt bei ihrer Etablierung bevorzugt. Die Damenkonfektionsgeschäfte, eines glänzender ausgestattet als das andere, konzentrieren sich vorwiegend um den Ring und die Ohlauerstraße, die Herrengarderobefabriken um den Blücherplatz und die Karlstraße; die kleineren Geschäfte und die Magazine liegen hauptsächlich an der Albrechtstraße und der Schmiedebrücke, in unmittelbarer Nähe des Ringes.

Die Breslauer Damenkonfektion macht gerade in diesem Jahre wieder ein Jahr der gesegneten Ernte durch; die bestehenden Geschäfte werden erweitert, neue entstehen; die Ausstattung der Verkaufsräume wird immer glänzender und kostspieliger. Die Zwischenmeister können nicht genug liefern, die Arbeiterinnen nicht genug arbeiten. Sonntagsarbeit ist in diesen Tagen — im November 1895 — die Regel, ebenso die 18stündige Arbeitszeit.

Die Damenkonfektionsgeschäfte sind meist offene Geschäfte, d. h. sie haben außer den Lagerräumen für Stoffe und Waren auch Verkaufslokalitäten; unter den Herrenkonfektionsgeschäften haben wir viele, die kein Verkaufslokal haben und nur en gros, meist nach auswärts verkaufen; man nennt sie auch, da sie sich meist in den oberen Etagen befinden, Etagengeschäfte. Nur die wenigsten Geschäfte der Damenkonfektion haben eine eigene Werkstatt. Soweit solche vorhanden sind, dienen sie zur Ausführung ganz feiner Maßarbeit und zur Vornahme von Änderungen und Reparaturen an feinen Mänteln, Jaquettes oder Umhängen. So besitzt das größte Breslauer Damenmäntelgeschäft, das ein Geschäftspersonal von 135 Damen und Herren beschäftigt (Verkäufer, Verkäuferinnen, Lageristen, Konfektionäre, Modelldamen, Schneiderinnen ꝛc.) eine von nur ungefähr 10 Schneiderinnen besetzte Werkstatt.

In den großen Provinzialstädten Schlesiens, in Beuthen (O.-Schl.), Königshütte, Ratibor, Schweidnitz, Liegnitz, Gr.-Glogau, Görlitz befinden sich auch bereits ganz ansehnliche Konfektionsgeschäfte, doch überwiegt noch der Import fertiger Kleidungsstücke aus der Großstadt, also das Magazinwesen. Zum Teil kommen aber auch in diesen und den kleinen Städten Geschäfte vor, die sowohl Konfektionswaren anfertigen lassen oder bloß vertreiben, als auch Maßgeschäfte sind. Die Specialisierung der Betriebe ist hier noch nicht soweit gediehen, wie in der Großstadt. Bis jetzt ließen die

in den Provinzialstädten errichteten Konfektionsgeschäfte nicht selten einen großen Teil ihrer Produkte von Breslauer Zwischenmeistern und -Meisterinnen „anbauen“; in der Provinz glaubte man nicht die nötige Anzahl Hände, vor allem nicht genug Mädchenkräfte zu finden. Seit man aber darauf ausgeht, die Produktion von der Großstadt mehr und mehr aufs Land zu verlegen, ist es nicht unwahrscheinlich, daß auch die Provinzialgeschäfte in die Höhe kommen und den haupt- und großstädtischen erfolgreich Konkurrenz machen.

3. Der Produktionsgang in der Konfektion.

In der Konfektionsindustrie werden meist nur deutsche Stoffe verarbeitet; nur bei guten Sachen, die den in Maßgeschäften erzeugten nahe stehen, werden englische Fabrikate bevorzugt. Diese sind namentlich in Bezug auf Musterneuheiten maßgebend; in Bezug auf Haltbarkeit stehen ihnen die besseren deutschen Stoffe nicht nach.

Die Breslauer Konfektion ist am leistungsfähigsten in Sachen mittlerer Qualität in der Damenkonfektion und in Sachen mittlerer und geringer Qualität in der Herrenkonfektion, besonders in Arbeitergarderobe. Zur Herstellung der ganz billigen Damenmäntel und -Jaquettes verfügt Breslau nicht über genug ganz billige Mädchenkräfte, obwohl sich kaum denken läßt, wie die Löhne der Konfektionsarbeiterinnen an anderen Orten, z. B. in Berlin, noch niedriger sein können, als in Breslau.

Während bei Maßarbeit und in der alten handwerksmäßigen Schneiderei bei allen Stücken im ganzen gleichmäßig gut gearbeitet wird, herrscht in der Konfektion die Regel, daß die auf die Herstellung aufgewandte Mühe desto geringer ist, je geringer die Qualität der verarbeiteten Stoffe ist. Nun scheint es zwar nicht ganz richtig, auf Stoffe der allerschlechtesten Qualität sehr gute und teure Arbeit zu verwenden, weil dann die Arbeitslöhne einen zu großen Teil der Produktionskosten ausmachen würden; aber die aus schlechten Stoffen bei schneller und schlechter Arbeit hergestellten Sachen werden gerade durch diese Art der Arbeit noch schlechter, als sie es ohnedies wären. Und so werden in der That in der Konfektion Unmassen von Waren hergestellt, die mehr zum Ansehen als zum Tragen gemacht sind. „Das Publikum will nun einmal alles äußerst billig haben; wir müssen diesen Wunsch erfüllen,“ so lautet die Begründung für die Herstellung schlechter Stoffe und Sachen. Nebenbei bemerkt: die Anschaffung dieser ganz schlechten und allerdings, wenn auch nur scheinbar ganz billigen Sachen — es giebt neue Herrenanzüge für 6 Mk. — schädigt

das kaufende Publikum ganz bedeutend, da diese Sachen sehr schnell verschleißen, und ein Anzug für 20 Mk. gewöhnlich nicht halb so lange Zeit getragen werden kann, als ein Anzug für 40 Mk. Indes die geringe Kaufkraft und der Zwang, bar zu bezahlen, erklären es, daß so viele Käufer nur Sachen der elendesten Qualität zu verhältnismäßig viel zu hohen Preisen kaufen. Für die Konfektionsarbeiter hat die Herstellung der ganz schlechten Sachen das Mißliche, daß sie mit großer Vorsicht arbeiten müssen, weil die Stoffe nicht selten nur mit Not das Nähen aushalten. Damensachen schlechter Qualität werden gewöhnlich mit allerlei glänzendem und billigem Putz überhäuft, der das Fadenscheinige des Stoffes verbergen soll.

Ein bedeutender Teil der Lagerware wird aus sogenannter Kunstwolle hergestellt, d. h. aus Stoffen, die aus den Abfällen in Tuchfabriken und Garderobefabriken erzeugt sind. Durch die starke Nachfrage nach billigen Stoffen ist die Produktion von Kunstwolle sehr gesteigert worden und sehr profitabel. In England, das uns auch hierin voraus ist, betrug schon 1862 die Kunstwolle ein Drittel des ganzen Wollverbrauches der englischen Industrie[1].

Der Produktionsgang ist im wesentlichen derselbe bei Damen- wie bei Herrenkonfektionssachen; der Hauptunterschied besteht darin, daß Herrensachen bereits im Geschäft mit der Maschine zugeschnitten werden, Damensachen nicht. Im Geschäft wird genau berechnet, wie viel Mäntel oder Jaquettes einer bestimmten Sorte aus einem Ballen Stoff herausgeschnitten werden können; der Zwischenmeister (oder die Zwischenmeisterin) hat darauf zu achten, daß er auch die bestimmte Anzahl Stücke herausschneidet. Kommt er mit dem Stoffe nicht aus, so muß er das fehlende zukaufen; bleibt ihm etwas übrig, ein Fall, der immer seltener vorkommen soll, so soll er zwar den Rest abgeben, thut es natürlich aber nicht, sondern macht daraus irgend ein Stück für seine Privatkundschaft oder verkauft ihn samt den verwertbaren Abfällen an eine Resterhandlung oder einen kleinen Handelsmann. In derselben Weise werden Futterstoffe, Kloth ꝛc. vom Geschäft ausgegeben. Knöpfe, Ösen, Posamenten, soweit sie noch in ganzen fertigen Mustern verwandt werden, werden nach der Anzahl der abzuliefernden Stücke berechnet. In die Lieferung der kleineren Zuthaten: Zwirn, Seide, Nadeln, Öl ꝛc. teilen sich bald Zwischenmeister und Arbeiter, bald bleibt sie den Arbeitern allein überlassen.

---

[1] Nach Marx, Kapital III, 1, S. 78. Auch aus den Überresten gestrickter Waren, aus Garnabfällen von Spinnereien und Webereien wird Lumpenwolle, Shoddy, gewonnen. Oft wird sie mit guter Wolle vermischt.

Die von der Meisterin oder dem Meister zugeschnittenen Teile werden aneinander geheftet und teils mit der Hand, teils mit der Maschine genäht. Die Rumpfarbeiterinnen machen die Mäntel oder Jaquettes bis zum Einsetzen der Ärmel, des Kragens und der Brustüberschläge im Rohen fertig. Mit Ausnahme der ganz billigen Sachen werden die Nähte mit Kloth übernäht. Die Brustüberschläge und die Ränder der Vorderteile, an die Knöpfe und Knopflöcher angebracht werden, werden durch untergelegte und mit Kloth übernähte Steifleinwand gesteift. Nachdem der Kragen, die Brustüberschläge und die Ärmel an- und eingesetzt und die Knopflöcher, hier noch mit der Hand, angebracht sind, wird das Stück geplättet und dann garniert, d. h. mit Posamenten, Perlenschnüren rc. versehen.

Bei der Rücklieferung der fertigen Sachen wird jedes Stück vom Konfektionär an der Modelldame sorgfältig geprüft[1]; alle fehlerhaften Stücke wandern in die Werkstatt zurück und müssen von den Schneiderinnen, die die betreffenden Stücke gearbeitet haben — um dies zu erkennen, hat jedes Mädchen der Werkstatt ein bestimmtes Zeichen, das auf einem dem Stück angehängten Papierzettel vermerkt wird — ausgebessert werden. Besonders in Zeiten schleppenden Geschäftsganges wird diese Prüfung mit peinlichster Strenge betrieben.

Unangenehm sowohl für die Geschäfte als auch für die Arbeiter ist die Modellzeit, d. h. die Zeit vor der eigentlichen Saison, in der sich die Meisterinnen und ihre Mädchen auf die Neuheiten, die jetzt in der Regel von Berlin ausgehen, einrichten müssen. Diese Zeit liegt im Winter (für die Sommersachen) in der Zeit um Weihnachten herum, im Sommer (für die Wintersachen) im Juli. Einige Berliner Damenkonfektionsgeschäfte, die Zeichner angestellt haben, lassen Neuheiten entwerfen; ab und zu machen auch tüchtige Zwischenmeister neue Modelle, die sie den Geschäften anbieten; im übrigen sieht jedes Geschäft, wie es zu irgend welchen neuen Modellen kommen kann, sei es auch durch bloße Nachahmung der im Schaufenster der Konkurrenten ausgestellten Sachen. Die Breslauer Geschäfte begnügen sich in der Regel damit, die Berliner Modelle in ihrer Garnitur zu verändern und sie dann umzutaufen. Der Geschmack der Schlesierinnen und Polinnen, die der Breslauer Markt zu berücksichtigen hat, soll viel Aufputz bevorzugen.

Auf die Arbeit an diesen Modellen müssen sich die Werkstätten erst einrichten, da sie gewöhnt sind, in jeder Saison nur ein oder einige wenige

[1] Im Herbst 1895 hatte die Produktion ein so schnelles Tempo angenommen, daß die Konfektionäre nicht mehr Zeit zu dieser Prüfung hatten.

Modelle in Hunderten und Tausenden von Exemplaren herzustellen; die Arbeit an den Modellen, die der Reisende auf die Reise nehmen soll, muß besonders gut sein. Massenhafte Änderungen und Verbesserungen, sehr akkurate Arbeit, die strenge Kritik der Konfektionäre machen die Modellzeit zu einer Zeit geringen Verdienstes und vieler Mühe.

Davon, wie die Neuheiten „gehen", hängt das Geschäft des Unternehmers ab. Der vorsichtige Unternehmer wartet die Nachrichten seiner Reisenden ab, ehe er mit der Massenproduktion beginnt; die Modelle, die am leichtesten Absatz finden, läßt er in großer Menge herstellen. Wenn er im Vertrauen darauf, daß seine Neuheiten Erfolg haben werden, diese eher in Massen anbauen läßt, als die Bestellungen einlaufen, so kann er, was bei den vor 2 Jahren plötzlich aufgetauchten und rasch wieder verschwundenen Capes mehrfach vorgekommen ist, sein ganzes Geschäft ruinieren, da die fertig gestellten aber nicht absetzbaren Waren wertlos werden. Ähnlich soll es manchem Unternehmer mit den „Gigerljaquettes" gegangen sein.

Die Geschäfte in der Damenkonfektion Breslaus arbeiten außer für den lokalen Markt hauptsächlich für den Export. Sie versorgen einen großen Teil Ostdeutschlands, haben aber auch nach Mittel- und Süddeutschland Absatz; nach dem Auslande, abgesehen von kleineren Posten, die nach Österreich und nach Russisch-Polen gehen, liefern die Breslauer Konfektionäre nicht. Die Produktenmenge der Geschäfte ist äußerst verschieden. Das größte Geschäft am Platze produziert jährlich etwa 200 000 „Piècen", d. h. Damenmäntel und Jaquettes. Für Breslau würde schon die Hälfte der Jahresproduktion dieses Geschäftes allein ausreichen. Die Preise der Sachen schwanken zwischen 5 und 150 Mk. Für Damen von ganz apartem Geschmack werden gelegentlich noch viel teurere Stücke hergestellt.

Selbständige Schneider und Schneiderinnen, die Damenmäntel und -Jaquettes herstellen, giebt es wohl kaum noch in Breslau. In der Mantelbranche ist der Kauf fertiger Sachen auch bei der feinen Kundschaft durchaus die Regel, und selbst wenn eine Dame nach Maß arbeiten lassen will oder, wegen abnormer Körpergestalt, muß, läßt sie ihre Mäntel und Jaquettes in einem Konfektionsgeschäft machen, das zu diesem Zwecke eine eigene Werkstatt unterhält. Selbst die in der Konfektion thätigen Schneiderinnen beziehen in der Regel ihre Jaquettes und Mäntel aus einem Geschäft, da es sich nicht lohnen würde, den zur Herstellung eines einzigen Stückes nötigen Stoff einzukaufen, und da sie auch nicht alle Arbeiten selbst verstehen.

Mit der Damenmäntelkonfektion ist oft die Herstellung der sogenannten Babymäntel verbunden, der kleinen mantelartigen meist mit Pelerine ver-

sehenen Gewänder für Mädchen und Knaben im Alter von 3 bis 6 Jahren.

In der Herrenkonfektion werden die anzugebenden Stücke mit Ausnahme der Röcke im Geschäft zugeschnitten; bei den Zwischenmeistern kann also von „Sparen“ an Stoff oder „Schmuhmachen“ nicht viel die Rede sein. In den Werkstätten der Zwischenmeister greift eine immer weiter gehende Teilung der Arbeit um sich, wie es oben dargestellt ist. Nur bei ganz billigen, aus sehr leichten Stoffen hergestellten Knabenanzügen, die fast ganz mit der Maschine hergestellt werden, hat jene Arbeitsteilung nicht Platz gegriffen; hier macht ein Arbeiter die Anzüge bis zum Bügeln fertig, und zwar gewöhnlich „nach dem Dutzend“.

Bei der Ablieferung[1] werden die Sachen ebenso wie in der Damenkonfektion einer Prüfung unterworfen.

Auch die Breslauer Herrenkonfektion ist hauptsächlich auf den Export angewiesen. Billige Sachen und Arbeitergarderobe bilden ihr Hauptgebiet, und eine Zeit lang waren die Breslauer Sachen neben den Stettiner Waren die billigsten in Deutschland. Der Verkauf geschieht, wie in der Damenkonfektion, durch Reisende und durch Kauf am Ort durch hiesige und auswärtige Magazineure.

Eine Breslauer Firma läßt nur Uniformen verfertigen, und zwar hauptsächlich für Eisenbahn- und Postbeamte und für Schutzleute. Für dieses Geschäft arbeiten allein in Breslau etwa 100 Meister, außerdem hat es in einigen kleinen Provinzialstädten noch eine bedeutende Anzahl Arbeiter; 16 Zuschneider, Lageristen, Verkäufer 2c. bilden das Personal dieses Hauses in Breslau, das in Kiel, Hamburg, Frankfurt a./M. Filialen hat. 8 Reisende sind stets auf der Tour; der Jahresumsatz zählt nach Millionen.

Äußerst wichtig für die Produktion neuer Kleider ist von jeher der Wechsel der Jahreszeiten gewesen, die „Saison“. Gegenwärtig hat jedoch der Saisonbetrieb in der Schneiderei ein ganz anderes Aussehen bekommen, als er ehedem hatte. Niemals ist der Unterschied zwischen Tief- und Hochstand der Produktion in der Schneiderei so bedeutend gewesen, als heute in der Konfektion, ferner fallen Flut und Ebbe der Arbeit auf andere Zeiten als früher. Absehen wollen wir dabei noch davon, daß wir entsprechend der

[1] In neuerer Zeit lassen manche Geschäfte die fertigen Sachen durch ihre eigenen Wagen aus den Werkstätten abholen, wie sie auch die Stoffe den Meistern zuschicken. Das geschieht jetzt in der Herren- wie in der Damenkonfektion. Die Meister resp. ihre Arbeiter müssen indes diesen Transport bezahlen; pro Stück werden ihnen dafür einige Pfennige vom Lohn abgezogen.

gegenwärtigen Stofffabrikation auch mehr „Saisons" als früher haben, außer der Winter- und Sommersaison noch Frühjahrs- und Herbstsaison mit den dafür passenden Sachen.

Die Entwicklung der Schneiderei zum scharf ausgeprägten Saisongewerbe hängt vor allem zusammen mit ihrer Entwicklung zur Exportindustrie. Der alte Handwerksmeister erhielt „zu den Feiertagen" im Frühjahr, zu Ostern und zu Pfingsten, die meisten Aufträge; im ganzen hatte er jahraus jahrein zu thun, und nach einem bekannten Liedchen[1] war es ein Zeichen schlechter Zeiten, wenn die Schneider feierten. Der moderne Garderobe- und Mantelfabrikant aber rechnet nach Tausenden und Hunderttausenden von Aufträgen, die alle in wenig Wochen zu erledigen sind. Um Aufträge für die Sommersachen zu erhalten, schickt er seine Reisenden schon um Weihnachten herum, mindestens noch im Laufe des Januar, in die Provinz oder über See. Zu Frühlingsanfang sollen die Sommersachen an den Bestellorten sein. Vor dem Einlauf der Bestellungen auf Vorrat zu arbeiten, geht nicht an. Erst nachdem er über den Geschmack der Kunden im allgemeinen klar ist, kann er anfangen zu produzieren. Diese Produktion muß aber mit äußerster Schnelligkeit betrieben werden, damit nicht etwa die Befriedigung der Kunden sich verspätet, oder ein Konkurrent ihm den Rang streitig macht. Da wird dann in wenigen Wochen alles, was eine Nadel führen oder sonstwie in der Konfektion thätig sein kann, aufgeboten. Sonntagsarbeit, Nachtarbeit, 18—20stündiger Arbeitstag genügen kaum, die Bedürfnisse der Konfektionäre zu befriedigen. Wie in der Fabrik die Maschinen in immer rasendere Geschwindigkeit versetzt werden, geht es hier mit den menschlichen Maschinen. Auf die fabelhafte Anstrengung folgt die Stille, die Erschlaffung. Die Magazine der Provinz sind für ein halbes Jahr gefüllt; die Reisenden setzen nichts mehr ab, die Produktion hört auf, oder es wird höchstens noch für den lokalen Markt gearbeitet, der ja zuletzt an die Reihe kommen kann. Wie zwerghaft erscheint neben Betrieben, welche die ungeheure Schwankung zwischen der Produktion von 100000 „Pièces" in kaum 2 Monaten und einer Ruhe von ungefähr 4 Monaten auszuhalten vermögen, der Handwerksmeister der alten Zeit!

[1] Wenn die Schneider spazieren gehen,
Die Kaufleut' in der Thüre stehn,
Und die Huren spinnen,
Ist kein Geld zu gewinnen.

4. Das Magazinwesen[1].

Der Betrieb eines Engrosgeschäftes der Konfektionsindustrie, das hauptsächlich auf den Export angewiesen ist, und der Vertrieb der Konfektionssachen en détail sind Dinge, die sich desto schwerer vereinigen lassen, je größere Ausdehnung das Geschäft hat. In der Damenkonfektion, wo die Befriedigung des auswärtigen Marktes von der des lokalen zeitlich ziemlich scharf geschieden ist, kann dasselbe Geschäft sowohl en gros als en détail arbeiten. In der Herrenkonfektion aber, wo die Saisonunterschiede nicht ganz so scharf sind, wo auch nach der eigentlichen Saison, in der Zeit des Konsums, noch große Bestellungen einlaufen, geht das schon kaum mehr.

Da treten denn die Magazine ein, d. h. diejenigen Handlungsgeschäfte, die Konfektionswaren aus den Garderobe- und Mäntelfabriken entnehmen und in ihren Geschäftsräumen dem kaufenden Publikum anbieten. Selbstverständlich giebt es unter den Geschäften dieser Art viele solche, die einen Teil ihrer Waren ebenso wie die großen Konfektionshäuser von kleinen Schneidermeistern oder von Zwischenmeistern herstellen, ja, die auch ab und zu Maßarbeit durch die von ihnen beschäftigten Schneider anfertigen lassen. Ebenso wie diese haben wir aber auch solche Kleidergeschäfte als Magazine bezeichnet, die alle ihre Waren von Schneidermeistern und Zwischenmeistern herstellen lassen, die aber alles, was sie produzieren, im eigenen Geschäft an einzelne Kunden verkaufen; ihr Geschäft bleibt Detailgeschäft. Bei gutem Geschäftsgange entwickeln sich aus diesen Magazinen mit eigener Produktion große Konfektionsgeschäfte, und viele der bestehenden Garderobefabriken sind durch dieses Stadium des Kleiderhandels hindurchgegangen[2].

Entsprechend dem Bedürfnisse, dem der Handel mit fertigen Kleidern überhaupt dient, waren in den Magazinen bis in die neueste Zeit hinein fast nur Waren „schlechter und billiger" Qualität aufgestapelt, „Stapelwaren". Dieser Umstand und die Thatsache, daß die Inhaber dieser Geschäfte ausnahmslos, wie es scheint, Juden waren und sind, die den Mann vom Lande gar oft übers Ohr hieben, hat es verschuldet, daß die Magazine arg verrufen waren, die nur der aufsuchte, der dazu gezwungen war.

---

[1] Unter Magazin verstehen wir das en détail verkaufende Geschäft, das aus Lagerraum und Verkaufslokal besteht (oft nur aus einem Laden, der zugleich Lager ist), das aber mit einem unter demselben Unternehmer stehenden Engrosgeschäft verbunden sein kann.

[2] Die Kleiderhandlungen der Provinzial-, besonders der Kleinstädte, sind fast ausnahmslos nur Magazine.

Das ändert sich gerade in diesen Jahren. Je mehr das, was man als Mittelstand bezeichnet, sich als zum Proletariat gehörig herausstellt, von dem es allenfalls eine besondere, obere Schicht bildet, mit anderen Worten, je weniger der sogenannte Mittelstand es noch dazu bringt, teure Anzüge beim Schneidermeister oder im Maßgeschäft zu kaufen, desto mehr wird er ins Magazin gedrängt, mag er einstweilen auch noch antisemitisch sein. So wird nach und nach die ganze Masse des unteren Beamtentums, soweit es nicht Uniformen trägt, — nach und nach auch dieses —, das zahlreiche gebildete Proletariat, kurz alles, was sich zu den „besseren" Kreisen rechnet, aber nichts besitzt, zur Kundschaft des Magazins. Für diese Kundschaft muß das Magazin bessere Konfektionswaren auf Lager haben, und so ist die Qualität der Konfektionswaren stetig gestiegen. Da aber die besseren Waren auch bessere Arbeit verlangen, haben die Konfektionsarbeiter auch bereits verschiedene Lohntarife für gewöhnliche und bessere Konfektion aufgestellt. Je mehr das Publikum, das einstweilen noch beim Schneidermeister arbeiten läßt, sein altes Vorurteil gegen die Magazine ablegen muß, desto mehr wird es zum Abnehmer des Magazins. Aber auch die Maßgeschäfte verlieren an Absatz zu Gunsten der Magazine, da die bessere Konfektionsware der billigeren Maßgeschäftsware sehr nahe steht, aber bedeutend billiger ist. In Provinzialstädten allerdings sind die Konfektionswaren noch immer das, was in der Tischlerei die „Berliner Möbel" sind, d. h. billige, aber auch schlechte Sachen, deren Konsumenten hauptsächlich die Proletarier vom Lande sind.

In der Großstadt, wie in Breslau, ist auch bereits eine gewisse Scheidung zwischen den besseren und gewöhnlichen Magazinen bemerkbar. Die sogenannten „Klunkergeschäfte", die vorzugsweise mit Landkundschaft zu thun haben, sind oft noch unreell. Bessere Geschäfte dagegen, die sich einen festen Kundenkreis am Platze selbst erwerben wollen, dürfen sich auf Betrügereien nicht einlassen.

Zur Illustration der Preislage der in großen Magazinen zum Verkauf stehenden Waren entnehmen wir einem Preiskurant einer derartigen Breslauer Firma folgende Preisminima und -Maxima:

Herrenanzüge[1]	7.50—45.00	Mk.
Jünglings- und Konfirmandenanzüge .	5.00—40.00	„
Knabenanzüge	1.50— 9.50	„
Knaben-Schuwaloffs	3.00—10.00	„
Herren-Sommer-Paletots	6.00—40.00	„

[1] Der teuerste ist ein „Herren-Gehrock-Anzug von Kammgarn, Dürener Ware, mit Seidenfutter".

Herren-demi-Paletots	10.00—40.00	Mk.
Herren-Schuwaloffs	10.00—35.00	„
Herren-Havelocks	9.00—30.00	„
Herren-Radmäntel und Ulster	10.00—25.00	„
Knaben-Sommer- und demi-Paletots .	2.00—10.00	„
Herren-Joppen	4.00—20.00	„
Herren-Beinkleider	1.00—20.00	„
Herren-Westen	1.25— 6.00	„
Herren-Schlafröcke	7.00—30.00	„
Frack	14.00—45.00	„

Bei Anfertigung nach Maß in diesen Geschäften erhöht sich der Preis um 10 %; Handwerksmeister jedoch müssen für die Anfertigung der genannten Gegenstände 33⅓ % — 50 % mehr verlangen, wenn sie bestehen wollen.

Für die Preisberechnung eines billigen Stoffanzuges, wie man ihn in unseren Magazinen erhält, mag folgendes Beispiel dienen:

Stoff zu Jaquette, Hose und Weste: 3 m à 2,25 Mk.	6.75 Mk.
Zwischenmeisterlohn: 2.00 + 0.70 + 0.70 Mk. . .	3.40 „
Zuthaten: Ärmelfutter, Zanella, Leinen, Taschenfutter, Knöpfe ꝛc.	3.85 „
Produktionskosten	14.00 Mk.

Zuzüglich der allgemeinen Geschäftsunkosten beträgt der Engros-Verkaufspreis 16.50—17.00 Mk., während der Kunde des kleinen Händlers oder Magazineurs 22—25 Mk. bezahlen muß.

Der Handwerksmeister, der den Stoff im Kleinen kauft, höhere Löhne bezahlen muß und höhere allgemeine Geschäftsunkosten hat, muß nach Aussagen solcher Meister mindestens 30 Mk. dafür erhalten, wenn er auch nur einigermaßen auf seine Rechnung kommen will.

Bei der Billigkeit der Magazinwaren gegenüber denen des Maßgeschäftes muß noch in Betracht gezogen werden, daß der Magazineur weder Reisende noch gut besoldete Angestellte, wie Zuschneider, Buchhalter, zu bezahlen hat, daß er keine großen und glänzend eingerichteten Verkaufslokalitäten und Lagerräume braucht, sondern alle seine Waren gewöhnlich im Laden hängen hat, an den manchmal ein zweiter, kleiner Raum anstößt, und daß er fast nur gegen Barzahlung verkauft. Sowohl Schneidermeister als Maßgeschäftsinhaber haben viel Verluste durch Kredit auf lange Zeit und gänzlichen Ausfall der Zahlungen; diese Verluste wirken preiserhöhend.

Der Umfang der Magazine ist verschieden, im ganzen scheint ihr durchschnittlicher Umsatz sich verringert zu haben, weil ihre Zahl allzu stark gestiegen ist. In Breslau giebt es eine ganze Anzahl Magazine mit 100000 Mk. und mehr Jahresumsatz. Der Rückgang, über den viele Geschäftsinhaber klagen, soll darin liegen, daß, wenn auch die Produktion besserer Konfektionssachen zunimmt, die große Menge der Käufer doch von Jahr zu Jahr billigere Anzüge zu kaufen wünscht und natürlich auch bekommen muß. So kann trotz einer Vergrößerung des Geschäftes der Gewinn ein kleinerer werden.

Daß die Konkurrenz der Magazine untereinander in der That sehr groß ist, zeigen die Auswüchse des Reklamewesens gerade in dieser Branche. Bereits die Namen der Geschäfte „Goldene 74" u. a. sollen das Publikum locken; die Inserate dieser Geschäfte sind nicht selten von Gedichten einer ganz eigenen Sorte begleitet; die Käufer werden manchmal gratis gegen Unfall, wohl gar in Lebensversicherungen versichert; es giebt auch bereits Konfektionswaren für „nur einen Preis"; an den Thüren der Geschäfte stehen junge Leute, die jeden, der nur einen Blick auf das Schaufenster wirft, mit sanfter Gewalt ins Geschäft ziehen u. s. w. Lauter Dinge, die sehr viel dazu beitragen, diese Geschäfte in den Augen des besseren Publikums zu diskreditieren.

Zu den Magazinen im wahren Sinne des Wortes kann man auch diejenigen in Groß- und Kleinstädten zahlreichen Geschäfte rechnen, die neben fertigen Herren- und Damenkleidern auch allerhand andere Artikel führen, Engrosgeschäfte, wie das von Fuchs und Henel in Breslau, deren Engroscharakter sich nicht auf einen Artikel in ungezählten Exemplaren, sondern mehr auf eine große Vielheit der Artikel stützt. Die vielen Modewarenhandlungen, Geschäfte für Herrenartikel, auf dem Lande jene großen Geschäfte, die neben Kolonialwaren auch alle anderen nur irgend denkbaren Artikel für den Gebrauch des Landbewohners führen, sind und werden immer noch Konkurrenten des Handwerkers in Stadt und Land.

Eine nicht unwichtige Rolle spielt endlich der Handel mit alten Kleidungsstücken, zumal in der Großstadt. In Breslau kaufen kleine, meist jüdische Händler, Geschäftsleute mit oder ohne eigenen Laden, hausierend die noch verwendbaren getragenen Sachen ein und setzen sie bei Leuten, die diese Sachen tragen wollen, oder bei größeren Geschäften ab, die sowohl die kleineren Altwarengeschäfte am Orte versorgen, als auch nach der Provinz exportieren. Breslauer Engroshändler in alten Sachen versorgen besonders das arme Oberschlesien, vor allem den Industriebezirk mit alter, billiger Kleidung. Diese Geschäfte, die aber auch andere „Altwaren" vertreiben,

haben sogar Reisende. Die Preise der getragenen Sachen sind sehr verschieden. Sie schwanken zwischen wenigen Pfennigen und 15—20 Mk., die man z. B. für einen feinen, wenig getragenen Anzug oder Überzieher bezahlt.

In Breslau sind einige Straßen zwischen Oder und Ring mit derartigen Geschäften stark besetzt. Neben alten Sachen führen manche auch Arbeitergarderobe. Alte Uniformen, von Soldaten nach der Dienstzeit verkauft, und Offiziersequipierungen bilden die Zugstücke im Schaufenster. Der Kundenkreis dieser Geschäfte besteht aus den schlechtest gelohnten Arbeitern. Die zusammengekauften Sachen werden durch Flickschneider oft erst in einen verkaufsfähigen Zustand gebracht. Nur gut erhaltene Sachen, sogenannte Monatsgarderobe, d. h. im feinen Maßgeschäft hergestellte und nur kurze Zeit von feinen Leuten getragene Kleider, werden verkauft, wie sie eingekauft werden.

Einen großen Umfang nimmt ferner das Leihwesen an. Da borgt sich nicht nur der arme Hochzeitsgast sondern auch der Bräutigam den Frack und den schwarzen Anzug zur feierlichen Handlung. Auch bunte Anzüge werden massenhaft von jenen Geschäften ausgeliehen, die mit Altwaren handeln. Selbst von Leuten der besseren Stände werden die „Frackleihinstitute“ viel in Anspruch genommen, und in der Ballsaison können diese Kleidergeschäfte gar nicht alle Wünsche befriedigen.

Daß nicht nur die weitaus überwiegende Mehrzahl der Magazine, sondern auch fast alle großen Konfektionshäuser, sowie eine Anzahl großer Maßgeschäfte in den Händen von Juden sind, ist Thatsache. Seine Erklärung findet dies darin, daß viele und vor allem die ersten dieser Geschäftsleute aus der Gruppe der früheren kleinen Kleider*händler* hervorgegangen sind, aus einer Gruppe, die fast durch und durch aus Juden bestand, und die ja, soweit es heute noch kleine Kleiderhändler mit alter Ware und Arbeitergarderobe giebt, auch heute noch durchweg aus Juden besteht. Jetzt, da die jüdischen Geschäftsleute beinahe die gesamte Kleiderfabrikation monopolisiert haben, ist es für andere natürlich sehr schwer, gegen die alten Geschäfte aufzukommen. Nur in der Maßbranche sucht mancher besser situierte Schneidermeister, der vielleicht außer seinem eigenen Vermögen auch die Mitgift seiner Frau in einem Geschäft festzulegen wagt, noch mit Glück gegen seine Konkurrenten aufzukommen; denn ein großer Teil gerade der vornehmen Kundschaft ist selbst antisemitisch und vermeidet den Besuch jüdischer Häuser.

Der Antisemitismus der Schneider, selbst vieler der dem socialdemokratischen Verbande angehörigen, findet hierin zum Teil seine Erklärung.

Nach dem Urteile jüdischer Magazineure befinden sich die genannten Geschäfte deshalb lediglich in jüdischen Händen, weil niemand außer den Juden die gewaltige Arbeit und die vielen Unannehmlichkeiten, die diese Geschäfte mit sich bringen, übernehmen mag. Die fieberhafte Thätigkeit der Unternehmer in der Saison, das müßige Herumstehen der Magazineure in den Läden u. a. lassen allerdings die Arbeit dieser Leute als nicht gerade annehmlich erscheinen.

Die Produktion fertiger Damenkleider, die früher in Breslau ziemlich stark betrieben worden ist, hat abgenommen; auch von auswärts scheinen nicht allzuviel Waren dieser Branche eingeführt zu werden. Bedeutend ist hier nur noch der Kauf fertiger Konfirmationskleider und leichter Sommerkleider. Im übrigen lassen die Frauen und Mädchen, soweit sie sich ihre Kleider nicht selbst anfertigen (die weit verbreitete Selbstanfertigung hat vielleicht den Handel mit fertigen Damenkleidern am meisten getroffen), bei einer Schneiderin arbeiten, der sie den im Modewarengeschäft gekauften Stoff übergeben. Für das feinere Publikum giebt es zahlreiche „Ateliers" für Damenbekleidung, die aber auch feine „Kostüme", meist nach Pariser Mustern, auf Lager halten.

Zur Gründung eines feinen Damenschneiderateliers gehört nicht weniger Kapital als zur Gründung eines Herrenmaßgeschäftes eines „marchand tailleur." Die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Ateliers müssen tüchtige Leute sein; ihre Löhne sind jetzt freilich auch bereits niedrig.

Das Geschäft der allein oder mit wenigen Gehilfinnen arbeitenden Damenschneiderinnen, um auch diese hier zu streifen, scheint besser zu gehen, als das der kleinen selbständigen Maßschneider.

5. Die Maßgeschäfte.

Wie sich aus dem einen Stande der zünftigen Handwerksmeister im Laufe der Jahre die Konfektionsarbeiter und Zwischen- und Schwitzmeister entwickelt haben, haben wir bereits gesehen; diejenigen Schneider, die, noch nicht vom Kapital unterjocht, ihre Selbständigkeit bewahrt haben, werden wir später betrachten; hier handelt es sich um diejenigen Gewerbetreibenden in der Schneiderei, die sich durch Glück, Intelligenz und Kapital vom Handwerker zum Unternehmer aufgeschwungen haben, um die Inhaber derjenigen besonders in größeren Städten häufigen, vollständig kaufmännisch eingerichteten und geleiteten Geschäfte, in denen das zahlungsfähige Publikum nach Maß Anzüge, Überzieher u. s. w. von fast nur guter Qualität herstellen läßt, wo aber die bestellten Sachen nicht oder nur zum

kleineren Teile in der eigenen Werkstatt des Geschäftsinhabers, meist von hausindustriellen Schneidern, gelegentlich wohl auch von Zwischenmeistern hergestellt werden, die einen Teil der ihnen vom Geschäft übertragenen Arbeiten anderen überlassen.

Von den Konfektionsgeschäften unterscheiden sich die Maßgeschäfte streng; ihr Hauptunterschied von ihnen ist in ihrem Namen ausgedrückt. Weniger streng unterscheiden sie sich dagegen von größeren Handwerksbetrieben, aus denen sie selbst meist hervorgegangen sind. Es giebt viele Maßgeschäftsinhaber, die sich mit einer gewissen leicht verständlichen Vorliebe als Handwerker und Schneidermeister bezeichnen. Sie sind auch in der That noch meist gelernte Schneider — was bei den Konfektionsindustriellen nur ausnahmsweise vorkommt —, nehmen auch vielleicht, wenn sie nicht auf der Reise sind, selbst Maß, schneiden zu und beaufsichtigen ihre Werkstatt. Und doch kann man ihre Betriebe nicht als handwerksmäßige gelten lassen, da alles sonstige: das Lager, die Geschäftsräume, das Wohnen der in der Geschäftswerkstatt Arbeitenden außer dem Hause, die Beschäftigung von Hausindustriellen, die kaufmännische Leitung und das Reisegeschäft die Betriebe dieser „Meister" als kapitalistische Unternehmungen kennzeichnet.

Ein mittleres Maßgeschäft in Breslau hat ungefähr folgenden Umfang. Der Stoffverbrauch beträgt pro Jahr etwa 3000 m; die Preise der Stoffe schwanken zwischen 8 und 22 Mk. pro m. Die Einrichtung des Lagers bei der Gründung eines solchen Geschäfts, wenn es sich nicht nach und nach aus einem großen Handwerksbetriebe entwickelt hat, verlangt ungefähr 30 000 Mk. Schon aus diesen Zahlen geht hervor, daß auch der noch so geschickte, aber mittellose Schneidermeister nicht im entferntesten an eine erfolgreiche Konkurrenz mit einem solchen Maßgeschäfte denken kann[1]. Der Inhaber des Maßgeschäftes braucht von der Schneiderei nicht allzuviel zu verstehen, dazu hat er seinen gewöhnlich gut bezahlten, aber auch tüchtigen Geschäftsleiter resp. Zuschneider. Die meisten Maßgeschäfte beschränken sich

[1] Wenn Dr. Fr. von Schönebeck (Lage des Kleingewerbes in der Kölner Schreinerei, Schrift. LXII, S. 292) meint, daß ein Maßschneider gegenüber einem Tischler in der Etablierung eines Geschäfts im Vorteil ist, da er nur einige Werkzeuge und eine Nähmaschine dazu braucht, so stimmt das jetzt für Breslau durchaus nicht mehr. Ein Maßschneider, der mit einiger Aussicht auf guten Geschäftsgang anfangen will, muß ein wohl sortiertes Lager, deshalb also eine große Wohnung haben, genau so wie ein Möbeltischler ein großes Holzlager braucht. Ein Stofflager aber auch nur von 5000 Mk. hat zwar bequem in einem mittelgroßen Schranke Platz, die Erfahrung hat aber gezeigt, daß Maßschneider mit einem so geringen Lager nicht weit kommen.

auf feine und teure Stoffe; verschiedene von ihnen liefern keinen Anzug unter 70 Mk.

Ihre Rohstoffe beziehen die Maßgeschäfte zur Hälfte aus England, weil für ihre feine Kundschaft vor allem die Neuheit der Muster wichtig ist. Man nennt die „neuesten Neuheiten“ gewöhnlich „wilde Sachen“. Sehr viel virginische, aber auch australische Wollen sind in den englischen, aber auch in deutschen Stoffen verarbeitet. Feine Tuche und Kammgarne werden meist aus der Rheinprovinz bezogen; Aachen und Burtscheid sind die wichtigsten Bezugsorte.

Die Maßgeschäfte haben meist eine eigene, aber nicht sehr große Werkstatt. Hier sitzen 7 bis 10, bald mehr, bald weniger tüchtige Arbeiter, die besonders eilige Aufträge, Reparaturen und Änderungen besorgen. Alle Röcke, deren ein Mittelgeschäft jährlich etwa 1000 anfertigen läßt, werden von dem angestellten Zuschneider, die anderen Sachen meist von den für das Geschäft arbeitenden (hausindustriellen) Schneidern zugeschnitten. 20 bis 25 Rockarbeiter, 2 Hosen- und 2 Westenschneider mit einer Anzahl Mädchen kommen auf eines dieser Geschäfte. Hosen läßt es jährlich etwa 1500 Paar anfertigen. Daß ein Schneider für ein Geschäft vollauf beschäftigt wird, kommt nur selten vor.

Auch die Maßgeschäfte haben ihre Saison; sie dauert ungefähr 6 Wochen und reicht von Ende März bis Anfang Mai. Doch ist hier unter Saison etwas anderes als in der Konfektion zu verstehen. Ganz still wie in der Konfektion steht ein Maßgeschäftsbetrieb nie; andererseits ist auch in der Saison von einer so fieberhaft gesteigerten Thätigkeit wie in der Konfektion, besonders in der Damenkonfektion, nicht die Rede. Die Maßgeschäfte arbeiten vorwiegend für den lokalen Markt, und wenn sich auch im Frühjahr, zwischen Ostern und Pfingsten, ein erhöhter Bedarf und eine Beschleunigung der Produktion ganz naturgemäß einstellen, so ist hier doch der Unterschied zwischen Flut und Ebbe in der Arbeit ein weit geringerer als in der Konfektion.

Die meisten Maßgeschäfte lassen reisen; bei den kleineren und mittleren Betrieben, besorgt in der Regel der Chef selbst das Reisen, d. h. er besucht in einer bestimmten Gegend, in einem nicht gerade umfangreichen Umkreise, seine Kunden und sucht durch deren Empfehlungen neue Kunden zu gewinnen. Diese Kunden gehören durchgängig den besser situierten Kreisen an. Das Reisen fällt meist in die etwas stille Zeit des Hochsommers. In einem uns besonders bekannten Geschäfte reist der Geschäftsinhaber fast nur nach Rußland. Die Angehörigen des russischen Adels und der aufkommenden russischen Bourgeoisie sind für ihn die besten

Kunden; selbst der russische Tuchfabrikant kauft vom deutschen Geschäft den Stoff für seinen Anzug und läßt ihn auch in Deutschland machen.

Die Unkosten eines Maßgeschäftes sind nicht unbedeutend. Der Geschäftsinhaber, der feine Kundschaft haben will, muß darauf sehen, sich in einer „feinen Gegend“ niederzulassen; die Mieten für die notwendigen Lokalitäten, Laden, Lager, Werkstatt, Bureau resp. Privatzimmer, sind also hoch. Ferner muß mindestens ein tüchtig durchgebildeter und zuverlässiger Gehilfe des Chefs angestellt werden, der unter 3000 Mk. Jahresgehalt (bei freier Garderobe) kaum zu haben ist. Endlich sind auch die Arbeitslöhne für wirklich feine Sachen bedeutend höher als für mittlere oder gar schlechte Stapelware.

Ein wichtiger Vorzug der Maßgeschäfte gegenüber den einzeln arbeitenden Schneidermeistern und ihre stärkste Seite in der Konkurrenz mit diesen besteht darin, daß sie unbedingt gute und immer moderne Arbeit liefern; für etwaige Fehler der Ausführung und Änderungen kommen sie selbst auf. Beim Schneidermeister, zumal bei dem auf dem Lande, ist der Kunde nie sicher, für sein gutes Geld auch einen wirklich tadellosen Anzug zu erhalten. Daher hat sich auch gerade die gute Kundschaft der Provinz nach der Großstadt in die feinen Maßgeschäfte gezogen, und der Schneidermeister auf dem Lande hat auf zwei Seiten verloren: die arme Kundschaft kauft fertige Sachen im Magazin; die wohlhabende bestellt ihre Sachen im großen Maßgeschäft der nächsten Stadt oder Großstadt.

6. Handwerk und Innung.

Daß die in den vorhergehenden Abschnitten geschilderte Entwicklung der Schneiderei das Schneider*handwerk* und die dieses vertretende Innung aufs schwerste geschädigt hat, liegt auf der Hand.

Mittellose Schneidergesellen, die sich in einer Stadt wie Breslau „selbständig“ machen, d. h. heiraten und eine eigene Werkstatt, eine Stube mit einigen Möbeln, einer Nähmaschine, einigen Bügeleisen u. s. w. einrichten, verzichten jetzt gewöhnlich schon von Anfang an darauf, nur von Kundenarbeit leben zu wollen; sie richten sich von vornherein darauf ein, für ein Konfektionsgeschäft oder gar unter einem Zwischen- oder Schwitzmeister zu arbeiten. Gute Kundenarbeit können sie oft auch gar nicht herstellen; denn beide, Mann und Frau, haben nur Konfektionssachen gearbeitet nud die Frau versteht sich nur auf einen kleinen Kreis der Schneiderarbeiten. Als Kundenschneider brauchten sie eine geräumige Wohnung, die viel Miete kosten würde, mehrere Maschinen für die Gesellen, kurz mehr Geld, als sie haben.

Auf dem Lande geht es mit der Gründung eines Schneiderbetriebes zwar im allgemeinen leichter als in der Stadt, da die Mieten dort niedriger sind als hier, und doch hat das Handwerk auch in der Kleinstadt und auf dem Dorfe schon längst seinen goldenen Boden verloren. Besonders überall da, wo der Großgrundbesitz vorherrscht, wo also die Scheidung der Klassen in Landproletarier und Agrarkapitalisten scharf ausgeprägt ist, findet nach vielen eigenen Erfahrungen und mannigfachen Erkundigungen der Schneidermeister nur noch ein dürftiges Auskommen. Am besten steht es mit dem Handwerk noch da, wo eine mittlere, vom modernen Verkehrswesen nicht sehr berührte Bauernschaft den Kern der Landbevölkerung bildet, wie das etwa noch im größten Teile der Grafschaft Glatz der Fall ist. Aber auch hier geht das Handwerk offenbar zurück.

Auch der Schneider, der tüchtig in seinem Fache ist und einiges Kapital zur Gründung eines Betriebes hat, vermag sich heute nur schwer zu halten. Die meisten dieser Leute, die sich einige Zeit von spärlicher Kundenarbeit genährt haben, sind nach und nach entweder zu Konfektionsarbeitern, obwohl sie dem Uneingeweihten gegenüber noch immer als selbständige Meister erscheinen, oder, im günstigsten Falle, zu Zwischenmeistern geworden.

Nur dann, wenn ein Schneiderbetrieb in seiner Einrichtung und seinem Umfange einem Maßgeschäft sich nähert, kann er hoffen, sich zu halten, zu vergrößern und selbst zu einem wirklichen Maßgeschäft zu werden. In den Städten wie auf dem Lande richten sich daher die Meister dementsprechend ein: sie haben ein wenn auch noch so kleines Stofflager, Musterkarten, besuchen ihre Kunden, statt auf deren Besuch zu warten, bezahlen viel für Reklamezwecke, kurz, modernisieren sich und suchen von altmodischen Handwerkern zu modernen Unternehmern emporzusteigen.

Die Preise für die Anfertigung sind bei Schneidermeistern meist niedriger als im Maßgeschäft, aber höher als die Konfektionsarbeiterlöhne.

Geschäftlich werden die Handwerksmeister dadurch sehr geschädigt, daß sie noch nach altem Brauche Kredit geben und dadurch nicht unbeträchtliche Verluste erleiden. Gerade die Kundschaft der Handwerksmeister ist, was das Zahlen betrifft, nicht sehr zuverlässig. Die Kundschaft des Maßgeschäftes, die auch Kredit verlangt, ist doch meist zahlungsfähig und bringt dem Geschäftsinhaber wenig Verluste durch gänzlichen Ausfall der Zahlung.

Ein anderer für das Handwerk empfindlicher Übelstand, der sich aus der Anschaffung fertiger Kleider entwickelt hat, liegt darin, daß jetzt weniger Flickarbeit für die Handwerker abfällt als früher. Zwar sind die heute getragenen Stoffe im allgemeinen weit leichter und verschleißen

deshalb weit eher als die früher gebrauchten; aber deshalb wird durchaus nicht etwa mehr als früher repariert. Es wäre unwirtschaftlich, an einen billigen Lageranzug ebensoviel Reparaturkosten zu wenden als an einen teueren Anzug, der beim selbständigen Meister oder im Maßgeschäft hergestellt ist. Die modernen leichten Stoffe halten überhaupt nicht so viele Reparaturen aus als die früher getragenen. Das gilt sowohl für Manns- wie für Frauenkleidung; für diese umsomehr, je schneller hier der Wechsel der Mode ist, der bei Herrensachen weniger ins Gewicht fällt. Das Magazin, das seine Waren vom Konfektionshause kauft, ohne daß Reparaturflecke zugegeben werden, kann seinen Kunden auch keine geben, so daß aus diesem Grunde schon das Flicken erschwert wird. Um diese Schwierigkeit zu heben, haben sich auf den Breslauer Marktplätzen Fleckhändlerinnen etabliert, die dort die von Schneidern gekauften „Peter-“ oder „Schmuhflecke“ verkaufen.

Die Vertretung der Handwerkerinteressen, auch in der Schneiderei, liegt den Innungen ob, deren gegenwärtige Agitation so geräuschvoll wie resultatlos zu verlaufen scheint. Die Innungsmeister sind immer noch der Meinung, daß sie durch die Gewerbefreiheit ruiniert worden sind und verstehen nicht, daß die Gesetzgebung weder den Gang der Dinge wesentlich und für längere Zeit ändern, noch etwas, das sich mit Notwendigkeit durchsetzt, hindern kann, und daß sie im ganzen nur den Gang der Entwicklung begleitet und ihm offiziell Ausdruck giebt.

Hardenbergs Edikt vom 2. November 1810, um auf diesen Punkt hier zurückzukommen, hatte freilich weniger die „Befreiung der Produktion von den Fesseln des Zunftzwanges,“ als vielmehr die Erhöhung der Steuerkraft des Landes zum beabsichtigten Zweck, förderte jene aber doch. Die Breslauer Schneiderinnung, die ein nicht unbedeutendes Vermögen besaß, hielt sich zwar auf ihrer mäßigen Höhe; aber außerhalb der Innung etablierten sich die neuen Meister in immer größerer Zahl. 1849, vor der reaktionären Verordnung vom 9. November, hatte die Innung nur 83 Meister und 47 Witwen als Mitglieder, im ganzen 130; Breslau aber hatte damals bereits über 100000 Einwohner.

Schon in den zwanziger Jahren hatte der Kleiderhandel und das Magazinwesen den Schneidern, den Innungsmeistern sowohl wie den auf Gewerbeschein arbeitenden, stark Konkurrenz gemacht. Im Jahre 1830 kamen Unruhen der Schneider und Tischler, denen die Konkurrenz der Kleider- und Möbelmagazine das Durchkommen erschwerte, vor. Die Meister blieben allerdings im Hintergrunde und schickten die Gesellen vor. Der wichtigste Tag jener Unruhen war der 27. September 1830. So wie heute, waren auch damals schon die Juden die Hauptkonkurrenten der Handwerker.

Von 1850 ab erhob sich natürlich wieder die Innung. Nach einem „Verzeichnis sämtlicher Mitglieder der löblichen Schneidermeisterinnung nach deren Receptionsjahren“ waren von den 344 Meistern des Jahres 1862 150 im Jahre 1850 aufgenommen worden. Zusammen mit den Witwen, die Schneiderbetriebe führten, betrug 1862 die Anzahl der Innungsmitglieder 403; 1863 waren in der Innung 356 Meister und 64 Witwen, im ganzen 420, 1864: 358 und 63. Von dieser Zeit ab ist sie bis auf etwa 270 Mitglieder (1895) gesunken; die von ihr vor zehn Jahren abgezweigte neue Innung hat jetzt etwa 70 Mitglieder. Die Innung hat demnach, da Breslau jetzt 372 000 Einwohner hat, wenig Bedeutung mehr.

Der durch die Verordnung von 1849 künstlich geschaffene Zustand konnte sich nicht lange halten; überall fielen die Innungsschranken, auch in Preußen. Mit der Neueinrichtung kleiner Schneiderbetriebe durch junge Meister ohne Hilfskräfte ging es rasch vorwärts. Die Etablierung, heute in den meisten Fällen ein unglücklicher Schritt des jungen Schneiders, war in den sechziger und siebenziger Jahren noch vorteilhafter. Die an Zahl und Ausdehnung zunehmenden Konfektionsgeschäfte konnten die Arbeit der Meister, welche nicht Kundenarbeit genug hatten, gut verwerten, und da die Anfertigung der Konfektionswaren damals noch nicht so sehr wie heute Saisonarbeit war, sicherte sie den Schneidern meist fürs ganze Jahr Arbeit. Von 1861—1875 hat in Breslau die Anzahl der Betriebe um 2434, die Zahl der in der Schneiderei beschäftigten Personen aber nur um 1532 zugenommen.

In Breslau existieren gegenwärtig 2 Innungen; die eine (alte) ist die Fortsetzung der seit dem 13. Jahrhundert bestehenden, die andere (neue) ist vor ungefähr 10 Jahren entstanden; beide zusammen zählen etwa 340 Mitglieder, sodaß von den nach dem Adreßbuche rund 1600 Breslauer „Schneidermeistern“, unter denen aber viele Zwischenmeister und Konfektionsarbeiter stecken, nur ein starkes Fünftel einer Innung angehört.

Die alte Innung erhebt ein Eintrittsgeld von 15 Mk. und verlangt als Bedingung der Aufnahme die Beibringung eines polizeilichen Führungszeugnisses; das Quartalgeld beträgt 0,15 Mk. Sie besitzt noch ein ganz respektables Vermögen, ein eigenes Grundstück in der Stadt (Kupferschmiedestraße 9) und hat jährlich ca. 1600 Mk. Legatzinsen zu vergeben. Warum gründet sie mit diesem Vermögen nicht ein genossenschaftliches Maßgeschäft?

Der alte Geist der Zunft ist längst verflogen. Der Vorstand der Innung klagt darüber, daß sich, ganz abgesehen von den nicht zur Innung gehörigen Schneidermeistern, auch die Innungsmeister nicht mehr an die alten Satzungen halten, daß sie nicht selten die Ausbildung ihrer Lehr-

linge vernachlässigen, sie ohne Gesellenstück entlassen, und vor allem darüber, daß sie immer mehr zu „Judenknechten", d. h. zu Konfektionsarbeitern oder Zwischenmeistern für Konfektionsgeschäfte sich herabdrücken lassen. Darüber allerdings, daß jene Meister doch nur dem Zwange der Not gehorchen, wenn sie für ein Konfektionsgeschäft arbeiten, und daß sie bei der Übernahme von Lagerarbeit gar nicht mehr in der Lage sind, die Lehrlinge richtig und sachgemäß auszubilden, ja daß sie fast notgedrungen auf die bloße Ausbeutung der Lehrlingskräfte angewiesen sind, sagt der Innungsmeister, der noch bei Kundenarbeit sein Brot und vielleicht noch etwas mehr verdient, nichts. Noch mehr betrübt und zornig aber ist der ehrsame Meister der alten Innung darüber, daß in der neuen Innung selbst Juden Mitglieder geworden sind. Nun bringt der alles ruinierende Jude sogar die Innung unter seine direkte Botmäßigkeit! Als ob er das überhaupt noch nötig hätte.

Die Ausbildung der Lehrlinge, um diese hier zu besprechen, läßt nach der Ansicht vieler fast alles zu wünschen übrig. In Breslau soll die geringe Fachbildung der Schneider geradezu auffällig sein; hierher kommen aus Polen, Posen, Oberschlesien und aus der sonstigen Provinz ganze Scharen von Gesellen, mit denen wenig anzufangen ist, d. h. die feine Maßarbeit nicht liefern können. Das mag richtig sein, ist aber weder schwer erklärlich, noch sehr beklagenswert. Nicht um tüchtige Schneider heranzubilden, hält der Meister Lehrlinge, sondern lediglich, um billige Arbeitskräfte zu haben; die Lehrlingszüchterei steht gerade in der Schneiderei in voller Blüte. Ferner nahmen bei der geschilderten modernen Produktion der Kleider diejenigen Betriebe, in denen die Lehrlinge in ihrem Fache vollständig ausgebildet werden können, an Zahl immer mehr ab; die Schneiderlehrlinge werden mehr und mehr zu Teilarbeitern. Zur vollständigen theoretischen und praktischen Ausbildung der Schneider haben wir ferner bereits eine ganze Menge Institute, Schneiderakademien u. s. w., in denen die jungen Leute besonders zum Dienst in und zur Leitung von Konfektionsgeschäften, aber auch für Maßgeschäfte vorgebildet werden, also eine Vorbildung erhalten, die ihnen der Handwerksmeister so wie so nicht geben kann. Die Konfektionsindustrie braucht nun einmal eine große Menge Teilarbeit; es hätte wenig Zweck, wenn alle Lehrlinge vollständig ausgebildet werden sollten: alle könnten als Maßarbeiter, Konfektionäre oder selbständige Meister doch nicht durchkommen. Wenn übrigens die Inhaber der Maßgeschäfte so besonders laut über die geringe Vorbildung der jungen Kräfte klagen, so steckt hinter diesen Klagen ein leicht verständliches materielles Interesse; wirklich tüchtige Arbeiter, die gut und schnell arbeiten, fordern immer noch gute Löhne und müssen sie auch erhalten, da sie durch weniger tüchtige Arbeiter nicht ersetzt werden

können. Wird, etwa infolge der Agitation der Innungen, eine gehörige Ausbildung aller Lehrlinge durchgesetzt, so kann die Folge nur die sein, daß auch die Löhne der tüchtigen Maßarbeiter auf das Niveau derer der Konfektionsarbeiter sinken. Wie wenig die Lehrlingsausbildung durch die gegenwärtigen Innungen zu bedeuten hat, geht daraus hervor, daß z. B. im Jahre 1890 bei der alten Innung 30, bei der neuen 9 Gesellenprüfungen vorgenommen wurden.

Das Wandern der jungen Gesellen hat entweder ganz aufgehört oder erfüllt doch nicht mehr seinen ehemaligen Zweck. Noch viele ziehen freilich aus der Provinz, wo sie noch eher als in der Großstadt eine harmonische Ausbildung erhalten, nach dieser, müssen hier aber meist zur Konfektionsarbeit greifen und kommen nur dann, wenn sie sehr tüchtig sind, in der Werkstatt eines Maßschneiders unter. Der frühere Zug der Junggesellen nach Westdeutschland hat abgenommen, da gerade dort die früher hohen Löhne die Konfektionsindustriellen veranlaßt haben, ihre Arbeit zum größten Teil aufs Land zu geben. Die Arbeitsvermittelung für zureisende Schneidergesellen geschieht schon längst nicht mehr auf der Innungsstube durch den Altgesellen, sondern durch die Zeitungen, und etwa sonst vorhandene Arbeitsnachweisstellen der Gewerkschaften oder der Gewerkvereine.

7. Armeebekleidung; Schneiderarbeit in Strafanstalten.

Nicht unwichtig ist, wie sich das Kriegsministerium, das jährlich so gewaltige Massen von Kleidungsstücken herstellen läßt, zur modernen Entwicklung der Schneiderei stellt.

Gegenwärtig macht die ganze Organisation der Militärschneiderei eine Umbildung durch, in der deutlich zu Tage tritt, daß man dem Großbetriebe gegenüber dem Kleinbetriebe den Vorzug giebt. Die früher bestehenden Regiments- und Bataillonswerkstätten sind teils aufgehoben, teils erheblich beschränkt worden; vielfach besorgen sie nur noch Reparaturarbeiten. Die Herstellung der nötigen neuen Uniformen, Mäntel u. s. w. konzentriert sich jetzt in den sogenannten Bekleidungsämtern der Armeecorps. Das sind entweder große Etablissements unter militärischer Leitung, wo Hunderte von Ökonomiehandwerkern arbeiten, oder Centralstellen, bei denen die einzelnen Teile der Corps ihre Bedürfnisse angeben, und die nach den eingelaufenen Bestellungen die Aufträge in den dem Ministerium des Innern unterstehenden Strafanstalten ausführen lassen. Jedem Armeecorps sind zu diesem Zwecke eine gewisse Anzahl von Strafanstalten zugewiesen. In diesen wird mit den modernsten technischen Mitteln, mit Zuschneide-

maschinen, mathematischer Maßbestimmung, kurz, wesentlich so wie bei Konfektionssachen, gearbeitet. Die in den Werkstätten fertig gestellten Sachen gehen direkt an die einzelnen Truppenteile.

In der Werkstatt des Breslauer Bekleidungsamtes saßen im Winter 1894/95 nur 10 Schneider. Zum Aufnähen der auf den Schulterklappen befindlichen Buchstaben, Figuren und Zahlen werden besondere Stickmaschinen verwendet. Bügelmaschinen fehlen; dagegen besitzt die Anstalt eine Krämpmaschine und besorgt das Einkrämpen der Tuche selbst, weil die Decateure, denen man das früher überließ, zu hohe Preise dafür verlangten. In der Werkstatt werden die meisten Sachen, sowohl die auswärts fertig zu stellenden, als auch die meist von Breslauer Hausindustriellen [1] anzufertigenden Leinwand- und Drillichsachen, mit der Maschine geschnitten. Die Halsbinden werden meist in Militärgefängnissen, z. B. in Neisse, hergestellt.

Nur deutsche Fabrikate, Tuche, Leinwand, Drillich, werden verarbeitet; für Militärtuche giebt es besondere Fabriken. Die Tuchmacherinnungen — auch in Breslau giebt es noch eine; sie geht aber stetig zurück — können zwar mit den Fabriken nicht konkurrieren, weder inbezug auf den Preis noch auf die Qualität ihrer Produkte, müssen aber auf Anordnung des Kriegsministeriums bei allen Submissionen mit einem bestimmten Prozentsatze der ausgeschriebenen Lieferungen berücksichtigt werden; auch hier sind jedem Armeecorps einige bestimmte Tuchmacherinnungen zugewiesen, deren Offerten es berücksichtigen muß. Die Leitung des Breslauer Amtes beklagt sich über die schlechte Qualität der von den Innungen hergestellten Tuche, die vielfach überhaupt nicht einmal vorschriftsmäßig hergestellt seien.

Eine andere Art Handwerkerschutz wird dadurch betrieben, daß man in Militärbekleidungsanstalten nur Kommißsachen herstellen läßt unter vollständigem Ausschluß von Offiziers- und Extrasachen. Man bedenkt aber dabei nicht, daß davon der Handwerker wenig oder nichts hat, da sowohl die Offiziere, als die Mannschaften, die sich Extrasachen anschaffen, ihren Bedarf fast nur in Uniformmaßgeschäften oder gar in Magazinen decken, die bereits Lagerwaren haben.

Im übrigen ist die Konkurrenz der Strafanstalten dem Handwerk gegenüber nicht bedeutend. Zur Ausführung guter Maßarbeit eignen sich die Insassen jener Anstalten nur in den seltensten Fällen; für schlechte Konfektionswaren aber werden von den Konfektionsindustriellen meist so niedrige Löhne gezahlt, daß die Leiter dieser Anstalten derartige Arbeit

[1] In der hausindustriellen Herstellung von Drillich- und Leinwandsachen bevorzugt man Frauen und Witwen von Soldaten und läßt sie im Accordlohn auf einen Tagesverdienst von 1,00 Mk. bis 1,20 Mk. kommen.

nicht mehr annehmen können; ferner mögen die Anstalten die von den Unternehmern meist geforderte eigene Lieferung der Zuthaten nicht übernehmen.

Im städtischen Arbeitshause in Breslau werden ebenfalls Schneider beschäftigt. Auch hier vermeidet man es, den Handwerkern Grund zu Klagen über Konkurrenz zu geben. Wenn irgend möglich, beschäftigt man die eingelieferten Arbeiter mit Erd- und Feldarbeiten und läßt sie in der Anstalt meist nur für den eigenen Bedarf dieser arbeiten, was aber nur ein Vierteljahr dauert; in der übrigen Zeit werden andere Arbeiten, z. B. im Winter 1894/95 Eisenbahner- und Schutzmannsuniformen im Auftrage einer großen Firma, hergestellt. Die Zahl der beschäftigten Schneider schwankt zwischen 10 und 30.

Die Näharbeit der im Arbeitshause untergebrachten Frauen und Mädchen ist ebenfalls auf das notwendigste beschränkt worden, freilich ohne den freien Näherinnen viel zu nutzen nud nicht ohne ein anderes Gewerbe, die Wäscherei, empfindlich zu schädigen. Da nämlich eine Wäscherin in der Anstalt durch ihre Arbeit ebensoviel einbringt, als fünf Näherinnen, werden die weiblichen Insassen fast nur mit Waschen, und nur dann mit Näharbeit beschäftigt, wenn die durch das fortwährende Waschen angegriffenen Hände einer Erholung und Abwechselung bedürfen. Auf 100 Wäscherinnen kommen etwa 30 Näherinnen, welche die Wäsche der Anstalt nähen und ausbessern, für Müllereien und andere Geschäfte Säcke nähen, reparieren u. s. w.

In der Schneiderwerkstatt wird noch mit äußerst primitiven Einrichtungen gearbeitet, was im Korrektionshause in Schweidnitz und in anderen schlesischen Strafanstalten nach den Aussagen Sachkundiger durchaus nicht mehr der Fall ist; die wenigen Schneider sitzen auf dem kreisrunden, in der Mitte mit einem Loch versehenen Tische; eine alte Maschine steht ihnen zur Verfügung. Und doch sind Schneider (und Schuhmacher) in den Jahren 1889/90, 1890/91, 1891/92 bei Arbeiten für Fremde auf einen Tagesverdienst von 70 Pf., 75 Pf. und 84 Pf. gekommen.

8. Statistisches; Lage der Konfektionsarbeiter.

Hier ist zunächst zu bemerken, daß alle statistischen Angaben über die Zustände im Breslauer Schneidergewerbe nur mangelhaft sein können. Eine vollständige private Statistik dieses Gewerbes ist ganz unmöglich; die offizielle hat wenig Wert. Die Zahlen der letzten Berufszählung sind uns noch nicht bekannt; aber wären sie es auch, so würden sie schwerlich mehr

verwendbar sein, wie die der vorletzten für ihre Zeit. Denn gerade im Schneidergewerbe entgehen sehr viele Personen dem Zähler, oder sie werden nicht in ihrer Eigentümlichkeit aufgefaßt; Handwerker, Hausindustrielle und Arbeiter können nicht immer auseinandergehalten werden, weil sie vielfach ineinander übergehen und die Handwerker u. s. w. selbst oft falsche Angaben machen.

Wie viele männliche Personen in Breslau als Gehilfen in der Schneiderei anzusehen sind, ist unsicher. In der Ortskrankenkasse sind etwa 1600 als Mitglieder eingeschrieben; ob in freien Hilfskassen mehr oder weniger als in jener eingeschrieben sind, konnte nicht genau ermittelt werden, ebensowenig, wie viele keiner Krankenkasse angehören. Nimmt man an, daß in den freien Hilfskassen ebensoviele als in der offiziellen Ortskasse eingeschrieben sind, so würden wir über 3000 männliche Gehilfen erhalten; zählen wir dazu die ca. 1600 im Adreßbuch angegebenen und wohl meist als „selbständig" zu betrachtenden Schneidermeister, so erhalten wir mit Lehrlingen und Gehilfen, die in Krankenkassen überhaupt nicht eingeschrieben sind, rund 5000 männliche in Schneiderei und Konfektion beschäftigte Personen. Diese Zahl ist zwar sehr ungenau, stimmt aber mit Angaben von Vorständen hiesiger Organisationen überein.

Noch schlimmer steht es mit der Ermittelung der in Schneiderei und Konfektion beschäftigten Frauen und Mädchen, die im Schneidergewerbe bedeutend überwiegen. Besonders 3 Gruppen von weiblichen in der Schneiderei beschäftigten Personen sind es, deren Zahl sich nicht ermitteln läßt. Erstens die in Haushaltungen von Schneidern gehaltenen Dienst-, Kinder- oder Laufmädchen, die neben allen möglichen Arbeiten auch einen großen Teil des Tages Schneiderarbeit verrichten oder doch sonstwie, beim Wareabliefern, Stoffholen, Besorgen von Zuthaten u. s. w. in Schneiderbetrieben als Hilfspersonen thätig sind, aber immer nur als Dienstmädchen zum persönlichen Dienst ihrer Herrschaft gezählt werden. Zweitens die Verwandten von Konfektionsarbeiterinnen, ihre Schwestern und Mütter, die nicht wie die eigentliche Werkstattarbeiterin unter der Aufsicht eines Meisters, sondern zu Hause als Gehilfinnen einer Werkstattarbeiterin fast ebensoviel oder mehr als diese arbeiten. So arbeiten nicht nur Hunderte, sondern Tausende von Frauen und Mädchen einen bald größeren, bald kleineren Teil des Tages und der Nacht an den Sachen, die ihre Tochter oder Schwester aus der Werkstatt mit nach Hause gebracht hat; gezählt aber werden diese Personen, die sich oft recht lange Arbeitstage mit Konfektionsarbeit beschäftigen, nicht als Konfektionsarbeiterinnen, sondern als „Hausfrauen" u. s. w., wie wir uns in vielen Fällen bei Gelegenheit der 1895er Berufszählung überzeugt

haben. Drittens gehören zu den durch die Statistik schwer faßbaren Arbeiterinnen die auch recht zahlreichen Angehörigen der Frauen und Mädchen aus dem unbemittelten „Mittelstande", dem unteren und mittleren Beamtentum und aus den auf gleicher Stufe der Lebenshaltung stehenden Kreisen. Personen dieser Sphäre treiben oft die Schneiderei nur deshalb, um das knappe Haushaltungsgeld zu vermehren oder den Etat für Putz und sonstige Liebhabereien zu erhöhen; vielfach aber haben sie, besonders da, wo es sich um Beamtenwitwen mit vielen Töchtern handelt, in der Schneiderei neben einer schmalen Pension die wichtigste Einnahme. Als Schneiderinnen oder Konfektionsarbeiterinnen werden diese Personen meist deshalb nicht gezählt, weil sie sich schämen, sich als solche anzugeben.

Deshalb sehen wir uns auf eine ungefähre Schätzung angewiesen. In der Ortskrankenkasse der Gewerbegehilfinnen sind 5000—6000 Schneiderinnen und Konfektionsarbeiterinnen als Mitglieder eingeschrieben. In den freien Hilfskassen sind nach der Ansicht der Kassenbeamten ungefähr ebenso viele eingeschrieben; darnach beliefe sich die Zahl der in Krankenkassen eingeschriebenen Arbeiterinnen auf 10 000 bis 12 000. Über die Zahl der Konfektionsarbeiterinnen, die nicht Mitglieder einer Kasse sind[1], kann man verschiedener Meinung sein. Für Berlin nimmt Joh. Timm an, daß weniger als die Hälfte der Arbeiterinnen in Krankenkassen versichert sind. Nehmen wir für Breslau, wo wir freilich keinerlei Gründe haben, den Drang der Arbeiterinnen nach Krankenversicherung für stärker zu halten, als er in Berlin zu sein scheint, an, daß die Hälfte der Schneiderinnen in einer Krankenkasse sind, so kommen wir auf eine Gesamtzahl von 20—24 000 Frauen und Mädchen, im ganzen also auf 25 000 bis 30 000 im Schneidergewerbe beschäftigte Schneidermeister und Arbeiter. Die in Maßgeschäften, Konfektionsgeschäften und Magazinen beschäftigten Personen sind hier noch nicht mit einbegriffen.

Der bei weitem größte Teil dieser Arbeiter seufzt unter einem harten Joch; besonders die in der Konfektion beschäftigten Frauen und Mädchen führen meist ein reines Sklavendasein. Im allgemeinen ergiebt sich dies bereits aus G. Lange's Darstellung der Hausindustrie in Schlesien (Schriften Bd. XLII, S. 92), und aus Cuno Frankensteins Schrift über die Lage der Arbeiterinnen in unseren Großstädten. Im einzelnen werden das die folgenden Darlegungen beweisen.

---

[1] Um die Kosten für die Krankenkasse zu sparen, nehmen manche Geschäftsinhaber und Zwischenmeister nur solche Arbeiter und Arbeiterinnen an, die in freien Hilfskassen sind; die Arbeiter aber, die sich solchen Geschäftsinhabern gegenüber als Mitglieder freier Hilskassen angeben, entgehen vielfach der Versicherung überhaupt.

Ihren klarsten Ausdruck findet die Lage der Konfektionsarbeiter zunächst in ihren Löhnen. Auffallend ist hier zunächst die große Verschiedenheit der Lohnsätze; auch für Breslau paßt, was Ch. Booth von den Londoner Schneiderlöhnen sagt: „of every branch enumerated it is difficult to find two of the same branches, who are paid at the same rate“. Eine Einteilung der Arbeiter nach verschiedenen Lohnklassen ist deshalb äußerst schwierig, wo nicht unmöglich.

Daß die Löhne der Konfektionsarbeiter im allgemeinen sehr niedrig, zum Teil beispiellos niedrig sind, wird allgemein zugegeben; Einzelheiten darüber sind jedoch wenig bekannt. Und doch ist die Niedrigkeit der Schneiderlöhne nichts Neues. So waren nach des Gewerberates Frief Lohnuntersuchungen im Jahre 1865 bereits die Schneider die ersten, die Wochenlöhne von weniger als 5 Mk. erzielten. Später hat das Breslauer statistische Amt Untersuchungen über die im Schneidergewerbe herrschenden Lohnverhältnisse nach Erhebungen bei Innungen und Krankenkassen angestellt, die noch ungünstiger ausfielen.

Die letzte Orientierung über die gegenwärtigen Lohnverhältnisse im einzelnen giebt der nachstehende Lohntarif, der die von den gewerkschaftlich organisierten Schneidern im Jahre 1894 aufgestellten, aber nicht bewilligten Forderungen enthält. Die wirklich gezahlten Löhne sind durchgehends um die Hälfte oder ein Drittel niedriger als die geforderten[1].

(Siehe Tabelle auf nebenstehender Seite.)

Die Arbeitszeiten für die verschiedenen Stücke sind sehr verschieden, sie schwanken zwischen wenigen Stunden und vielen Tagen. Tüchtige Arbeiter und Arbeiterinnen brauchen zur Anfertigung einer Hose, je nach der Qualität der Arbeit, 3—10 Stunden, für Jaquettes 6—18 Stunden, für gute Westen, die 1,50 Mk. Arbeitslohn bringen, 12 Stunden, für „große Arbeit“ (bessere Röcke, Fracks, Überzieher), die 6—12 Mk. in der Woche bringt, 3—4 Tage, für Waffenröcke (bei der Anfertigung von Militärextrasachen) 24—30 Stunden, für 30 Pfg.-Hosen 4—5 Stunden; bei „guter großer Arbeit“ bis fünf Tage für ein Stück, für Damenmäntel (1,20 Mk. Lohn) 10 Stunden, für Damenmäntel (0,80 Mk. Lohn) 7 Stunden u. s. w.

Die höchsten Wochenlöhne für Arbeiter schwanken zwischen 6 und 27 Mk., für Arbeiterinnen zwischen 5 und 18 Mk., die mittleren zwischen

---

[1] Allerdings sind auch im letzten Jahre wieder von den Konfektionsindustriellen den Arbeitern bedeutende Abzüge gemacht worden, sodaß die angegebene Reduktion der geforderten Löhne ein immer noch zu günstiges Bild der wirklichen Lage ergiebt.

Arbeits-Lohn der Engros-Geschäfte für Herren- und Knaben-Konfektion.

Lohnklasse I	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Hohenzollern-Mäntel	6	—	6	50	7	—
Kaiser-Mäntel	4	—	4	50	5	—
Havelock	4	—	4	50	5	—
Ueberzieher mit Plüsch oder Seide gef.	4	50	5	25	6	—
Frack	5	—	5	50	6	—
Rock, zweireihig	4	—	4	50	5	—
Rock, einreihig	3	75	4	25	4	75
Jaquette, zweireihig	3	—	3	50	4	—
Jaquette, einreihig	2	25	2	75	3	50
Loden-Joppen	2	25	2	50	3	—
Militär-Hose	1	25				
Hosen m. Hintertasche, doppelte Knöpfe rc.	1	—	1	25	1	50
Weste	1	—	1	25	1	50
Burschen-Anzüge, Größe 36—42 . .	2	75	3	—	3	50
Knaben-Anzüge " 7—12 . .	2	25	2	50	3	—
Knaben-Paletot " 7—12 . .	1	75	2	—		
Kinder-Anzüge " 1—6 . .	1	50	1	75	2	—
Kinder-Paletot " 1—6 . .	1	50	1	75	2	—

Lohnklasse II		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Hohenzollern-Mäntel	inkl. Burschen.	4	50	5	—	5	50		
Kaiser-Mäntel		2	50	3	—	3	50		
Havelock		2	75	3	25	3	75		
Ueberzieher mit Woll-Futter . .		2	50	2	75	3	—	3	50
Ueberzieher ohne Futter . . .		2	—	2	25	2	75		
Frack		3	75	4	—	4	50		
Rock, einreihig		2	75	3	—	3	50		
Jaquette, zweireihig		2	—	2	25	2	50		
Jaquette, einreihig		1	25	1	50	1	75		
Loden-Joppen		1	50	1	75	2	—		
Einfache Stoff-Hosen		0	50	0	60	0	75	0	90
Einfache Weste		0	50	0	60	0	75	0	90
Militär-Hose		1	—						
Burschen-Anzüge, Größe 36—42 .		2	—	2	25	2	50		
Knaben-Anzüge " 7—12 .		1	60	1	80	2	—		
Knaben-Paletot " 7—12 .		1	25	1	50				
Kinder-Anzüge " 1—6 .		0	75	1	—	1	20		
Kinder-Paletot " 1—6 .		0	75	1	—	1	20		
Arbeitssachen wie Zeug-Jaquette .		0	60	0	80	1	—		
Zeug-Hosen per Dutzend . . .		2	—	2	50	3	—		
Zeug-Westen per Dutzend . . .		2	—	2	50	3	—		

„Die Abstufung des Tarifs bedeutet je nach der Qualität und Arbeit, wie sie an einzelnen Stücken mehr verlangt wird, als z. B. Extra-Taschen, bei Mänteln Doppel-Kragen oder Kapuzen rc., bei Überziehern, Röcken, Jaquettes und Westen Stoßkante oder Borte, Klappenbesatz rc. je eine Stufe höher, Sommer-Überzieher werden bezahlt wie Winter-Überzieher.

In Lohnklasse II ist die 1. Stufe ausschließlich für Burschensachen, einfach gearbeitet, berechnet. Für Maßarbeit ohne Probe werden 50 Proz., mit Probe 75 Proz. mehr gezahlt."

4 und 24, resp. 3 und 12 Mk.[1] die niedrigsten zwischen 0 und 15, resp. 0 und 10 Mk., d. h. für schlechte, ungeübte und mit wenig lohnender Arbeit beschäftigte Arbeiter betragen die höchsten, mittleren und niedrigsten Löhne 6, 5, 4 Mk., für die tüchtigsten 27, 24, 15 Mk., für schlechtgelohnte Arbeiterinnen 5, 3, 0 Mk., für die tüchtigsten 18, 12, 10 Mk. Die Verschiedenheiten richten sich hauptsächlich nach der Saison.

Die „flotte" Zeit liegt in den Monaten März, April, Mai, September, Oktober, November; vor und nach diesen Monaten wird wenig, in den Monaten Januar und Juli oft gar nichts gearbeitet. So bilden also die eigentlichen Sommer- und die eigentlichen Wintermonate die „stille", schlechte Zeit. Im Interesse der Unternehmer liegt es, diese flotte Zeit der Produktion immer mehr zu beschränken.

Die tägliche Arbeitszeit der Konfektionsarbeiter ist verschieden, je nachdem die Arbeit sich häuft oder nicht. Wenn C. Frankenstein in der angeführten Schrift davon spricht, daß „eine durchschnittlich 10-stündige Arbeitszeit (ausschließlich der Arbeitspausen) der Arbeiterinnen in Großstädten als feststehend" anzusehen sei, so irrt er in Bezug auf die wichtigste Kategorie der Arbeiterinnen, die Konfektionsarbeiterinnen, vollständig. Höchstens könnte eine 10-stündige Arbeitszeit so herausgerechnet werden, daß man die wochen- und monatelange stille Zeit ohne alle Arbeit mit in Anrechnung setzt, was doch sehr irreführend wäre. Eine durchschnittlich 10-stündige Arbeitszeit wäre so übel nicht; aber das ist ja gerade das Wichtige in der Beschäftigung der Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen und das für diese so Harte, daß sie lange Zeit nur notdürftig oder gar nicht beschäftigt sind und wenig oder gar nichts verdienen, dann aber wieder einige Wochen und Monate so angestrengt arbeiten müssen, daß sie sich aufreiben. In der Hochsaison ist, namentlich in der Damenkonfektion, eine 16—18-stündige Arbeitszeit für Sonn- und Wochentage die Regel. Daß den Tag über gearbeitet wird, ist selbstverständlich; die Nachtarbeit richten die einen so ein, daß sie abends bis höchstens 10 Uhr arbeiten, um um früh 3 oder 4 Uhr aufstehen und arbeiten zu können, andere so, daß sie nachts bis 12, 2 Uhr und noch länger arbeiten und erst um 6 oder 7 Uhr aufstehen. Und trotzdem ist es einer tüchtigen Konfektionsarbeiterin, die, um einen besonderen Fall herauszugreifen, mit ihrer Mutter und zwei Schwestern Jaquettes näht — in der

[1] Bei der Errichtung der Arbeiterinnen-Krankenkassen (Ges. v. 4. Dez. 1884) wurde für die Arbeiterinnen ein Wochenverdienst von 9 Mk. angenommen, und die Beiträge wurden darnach normiert. Daß diese Annahme falsch ist, ergiebt sich aus den angegebenen Zahlen; sie paßt weder für heute, noch paßte sie für 1884.

Werkstatt einer Zwischenmeisterin arbeitet sie täglich ca. 12 Stunden ohne Mittagspause, Mutter und Schwestern arbeiten zu Hause — nur selten möglich, auf einen Wochenverdienst von 24 Mk. zu kommen. Auf die Person kommt, wenn wir die zwei mitarbeitenden Schwestern, die nebenbei den Haushalt besorgen, als eine volle Arbeiterin rechnen, ein Wochenverdienst von 8 Mk., ein Tagesverdienst von ca. 1,15 oder ein Stundenlohn von ca. 7 Pfg., wenn wir einen durchschnittlichen 16=stündigen Arbeitstag annehmen! Diese Löhne sind aber Bruttolöhne! Bei diesen Lohnangaben ist indes zu beachten, daß die Zwischenmeister 1/3 bis 2/3 der vom Geschäft gezahlten Löhne für sich behalten. Als Schwitzer im üblen Sinne des Wortes darf man aber nicht alle Zwischenmeister betrachten. Die Interessen der kleinen Zwischenmeister, die z. T. auch bereits ihre Lage erkennen, sind mit denen der Arbeiter durchaus identisch; ihnen geht es oft genau so schlecht, wie den Arbeitern, und als Mitglieder des gewerkschaftlichen Verbandes bekunden sie vielfach ganz offen das Bewußtsein von ihrer Interessengemeinschaft mit den Arbeitern. Die kleinen Meister fühlen die Herrschaft der Unternehmer, da sie Lohnherabsetzungen nicht immer auf ihre Leute abwälzen können, was den großen Schwitzmeistern leicht gelingt.

Trauriger, als die Lage der kleinen Zwischenmeister ist die der allein arbeitenden kleinen Meister, deren einziger Gehilfe gewöhnlich die Frau ist. Leute dieser Art sind gezwungenerweise die ärgsten Feinde ihrer Kollegen, da sie von den Unternehmern um jeden Preis Arbeit übernehmen müssen und dadurch die Löhne herabdrücken. Die große Zahl dieser Schneider hat es vor allem den Unternehmern möglich gemacht, Jahr für Jahr die niedrigen Löhne weiter herabzusetzen. Es ist durchaus irrig, wenn G. Lange (a. a. O. S. 92) meint, daß die Konfektionsarbeiter und sonstigen Angehörigen des Schneidergewerbes „infolge der bedeutenden Konkurrenz, die sich zahlreichere größere, mittlere und kleinere Konfektionsgeschäfte machen, namentlich in der Saison, wo durch ihre Mitwirkung größere Aufträge schnellstens ausgeführt werden, den Arbeitgebern ihre Bedingungen zu stellen“ imstande seien. Ebenso ist zu optimistisch, um das bei dieser Gelegenheit zu berücksichtigen, was G. Lange von der Verwertung der etwa in der stillen Zeit ausgeführten Muster erwähnt, die der Erfinder den Unternehmern anbietet. Die ihrer Zahl nach nicht im mindesten ins Gewicht fallenden Meister, die den Geschäften etwas Neues vorlegen können, sind durchaus nicht immer diejenigen, welche die danach erteilten Aufträge erhalten; der Erfinder muß froh sein, wenn er für seinen Entwurf überhaupt etwas Besonderes erhält, oder wenn er ihn in mehreren Geschäften unterbringen kann.

Für das Verhältnis zwischen Unternehmer und kleinen Meistern ist

die scharfe Kontrolle bezeichnend, welche die Unternehmer über ihre Meister ausüben. Da wird bald der Eintritt in den „Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen“, bald alle sonstige Agitation für die Sache der Konfektionsarbeiter verboten, bald wird es aufs strengste und wohl gar mit dem Verluste der Arbeit bestraft, wenn ein Meister einen Anzug für einen mühsam gefundenen Privatkunden anfertigt. Auch über die Moral der Schneider wachen die Unternehmer: statt am Sonnabend zahlen sie am Montag die Löhne aus, weil die Arbeiter sonst doch alles am Sonntag „verjubeln“ würden.

Als Jahresverdienst geben hausindustrielle nur mit der Frau arbeitende Konfektionsschneider 12—1500 Mark an, d. h. sie arbeiten, um diese Summe zu verdienen, wenn sie Glück haben, immer Arbeit bekommen und nie krank werden, so viel, als ihr Organismus nur irgend erlaubt. Für einzelne Leute mag das im Notfalle hinreichen, um Nahrungs-, Kleidungs- und Wohnungskosten zu bestreiten. Sobald mehrere Kinder da sind, welche die Frau an der Arbeit hindern und Kosten verursachen, verringern sich die Einnahmen, während die Ausgaben wachsen und das Elend ist da.

Wie schon bemerkt, kehren die Unternehmer gerade gegen diese allein arbeitenden Schneider ihre unangenehmsten Seiten hervor. Bei Ablieferungen, die meist die Frau besorgt, läßt man sie oft viele Stunden lang warten, und giebt ihr dann nicht selten nur nach vielem Bitten und wenn sie sich Abzüge gefallen läßt, neue Arbeit. Besonders am Monatsanfang, wenn die Unternehmer selbst Zahlungen gehabt haben, regnet es Abzüge und Zurückweisung der Sachen. Als Kuriosum mag erwähnt werden, daß die Inhaberin eines der größten Herrengarderobegeschäfte aus Aberglauben nie einem Schneider Geld giebt, wenn sie nicht bereits an demselben Tage selbst Geld einkassiert hat!

Die Maßarbeiter, mögen sie in der Werkstatt des Maßgeschäftsinhabers oder beim Zwischenmeister oder allein zu Hause arbeiten, bringen es zwar im ganzen noch immer zu höheren Löhnen als die Konfektionsarbeiter; in sehr guten Zeiten kommt es noch vor, daß ein geschickter Arbeiter auf 30 Mark in der Woche, oder daß ein mit der Frau zusammen arbeitender Schneider auf einen Jahresverdienst von 1500—2000 Mk. kommt; aber in den letzten Jahren sind mit dem Rückgange der Maßgeschäfte auch die Maßarbeitslöhne gefallen, sie stehen denen der Arbeiter für bessere Konfektion bereits sehr nahe[1].

[1] Auch hierin folgen wir den englischen Zuständen, wo es nach Booths Schilderung mit den früher gut gestellten West-End-Schneidern so bergab geht, daß sich ihre Lebenslage der der East-End-Schneider nähert, deren Elend ja allbekannt ist.

Die Lage der Zuschneider und Konfektionäre ist im ganzen eine ziemlich vorteilhafte; besonders in feinen Maßgeschäften, wo man tüchtige Kräfte unbedingt braucht, werden gute Arbeiter sehr gut bezahlt. Die Gehälter oft noch sehr junger Konfektionäre und Zuschneider variieren zwischen 1500 und 5000 Mk., auch höhere Gehälter kommen vor. Die Breslauer Konfektionäre und Zuschneider, deren es ca. 100 giebt, sind organisiert, ihr Verein hat ca. 20 Mitglieder und ist ein Zweigverein eines über ganz Deutschland sich erstreckenden Verbandes, der ein eigenes Organ hat und neben der fachlichen Fortbildung der Mitglieder Stellenvermittlung zum Zwecke hat. Um die Interessen der Schneider und Schneiderinnen kümmern sie sich nicht, sie rechnen sich nicht mehr zu den Arbeitern.

Noch besser als diesen geht es den tüchtigen Reisenden, besonders in der Damenkonfektion; Reisende, von denen man allerdings einen Umsatz von 100000 Mk. verlangt, erhalten bis 20000 Mk. Gehalt.

Entsprechend den Lohnverhältnissen sind die Wohnungsverhältnisse der großen Masse der Schneider und Schneiderinnen recht traurige. Die Mietspreise selbst für die meist im 4., 5. Stock oder im Souterrain liegenden kleinen Wohnungen der allein arbeitenden „Schneidermeister" sind für diese viel zu hoch. Eine heizbare Stube (ist sie groß, ohne, ist sie klein, mit Alkoven oder einem Vorraum oder Entree) kostet durchschnittlich 84—90 Mk., eine größere Wohnung, für kleine Zwischenmeister geeignet, mit zwei Stuben, von denen eine heizbar ist, und die eine besondere Küche oder ein Entree hat, kostet 90—180 Mk., im Durchschnitt 169 Mk.[1]

Der äußere Eindruck, den die zugleich als Werkstätten und Schlafzimmer dienenden Wohnungen der kleinen Meister machen, gleicht völlig dem, den der englische Fabrikinspektor Mr. Lakeman schildert: „Wenn man in diese Werkstätten geht, so sieht man zunächst ein schmutziges Bett, auf das die fertigen Kleider gelegt werden; kleine Kinder, oft völlig nackt, liegen auf dem Boden, oder den Betten; Bratpfannen und schmutziges Küchengerät, aller Art Lebensmittel liegen auf dem Bett, unter dem Bett, über dem Bett, kurz überall. Kleider hängen auf Leinen, die von einer Wand zur anderen gespannt sind; Aschenteile wirbeln in der Luft. Die Atmosphäre ist so dick, daß man krank wird, wenn man eine Nacht dort zugebracht hat. Die Kranken werden zugedeckt mit den Kleidern, an denen die Kollegen arbeiten."

Die Raumverhältnisse der Zwischenmeisterwerkstätten mögen folgende Zahlen veranschaulichen. Für 12 beliebig ausgewählte Werkstätten ergab

[1] Vergl. G. Lange a. a. O.

sich als Luftraumminimum für den Arbeiter 2,06 cbm, als Maximum 10,8 cbm, als Durchschnitt 7,57 cbm. So bei Werkstätten für Konfektionsarbeiter. Bei Werkstätten für Maßarbeiter ergab sich als Luftraumminimum 2,1 cbm, als Maximum 9,43 cbm und als Durchschnitt 6 cbm. Das Minimum bleibt in beiden Fällen hinter dem der Londoner Schneider zurück (3,25 cbm)[1], während freilich der Durchschnittsluftraum der Londoner Schwitzhöllen mit 4,82 cbm schlechter war, als der Breslauer ist. Das so bescheidene Luftraumminimum nach Mr. Asquith's Novelle zum englischen Fabrikgesetze (7,42 cbm) wird nur von der Hälfte der Werkstätten erreicht.

Unverheiratete Schneider und Schneiderinnen, soweit sie nicht bei ihren Eltern wohnen, sind auf Schlafstellen angewiesen; zu diesen gehören nach G. Lange (a. a. O.) 75—80 % aller. Das Schlafstellenwesen aber ist trotz mancher wohlgemeinten Polizeivorschriften eine wichtige Quelle vieler physischer und moralischer Schäden. Die Schlafstellen werden von meist selbst armen Leuten, besonders oft von Witwen, vermietet, die aus dem Vermieten eines oder mehrerer ihrer Zimmer mindestens so viel herausschlagen wollen, daß die Summe der Schlafgelder die Miete für die ganze Wohnung deckt. Es giebt geradezu Massenquartiere, von deren Existenz manchmal die Polizei nichts zu wissen scheint. Je nach den besonderen Bedingungen bezahlt jedes Mädchen und jeder Bursche pro Monat 2,50 Mk. bis 5 Mk. Schlafgeld; der am häufigsten vorkommende Satz ist 4 Mk. Dafür dürfen sich die Schlafgänger die Nacht über, während der eventuell abgehaltenen Mittagspausen und des Sonntags aufhalten[2]. Auch die Mehrzahl der bei den Eltern wohnenden Mädchen und Burschen zahlen Schlaf- und Kostgeld, 4 Mk. gewöhnlich pro Woche; das Verhältnis der Eltern zu den arbeitenden Kindern ist hier längst zu einem vorwiegend geschäftlichen geworden.

---

[1] Vergl. Marx, Kapital III, 1 S. 68.

[2] Da diese Schlafstellen schon ihrem Namen nach nicht als Wohnung gemietet sind, arbeitet manches Mädchen, das in einer eigenen Wohnung arbeiten könnte, aber die Miete für eine eigene Stube nicht bezahlen kann, beim Zwischenmeister. Könnte sie zu Hause arbeiten und dürfte sie keinen Platz in der Werkstatt des Zwischenmeisters beanspruchen, so würde sie für ihre Arbeit etwas höhere Preise erzielen. Statt dessen aber muß sie, weil sie in der Werkstatt einen Platz einnimmt, den eine ungeübte und schlecht oder gar nicht zu entlohnende, für den Werkstelleninhaber also sehr willkommene Arbeiterin einnehmen könnte, an den Meister eine Platzgebühr bezahlen. Diese beträgt bis zu 10 % des Lohnes und ist verhältnismäßig desto höher, je niedriger der Verdienst der Arbeiterin ist.

Die Schlafgänger sind gewöhnlich auch die Kostgänger ihrer „Schlafmütter." Die Kost besteht meist früh aus einer Art „Kaffee," eigentlich Cichorienbrühe, mit Brot; von diesem Frühstück nehmen die Kostgänger, wenn sie sich das erlauben dürfen, einen Teil zu einem 10-Uhr-Frühstück mit. Mittags giebt es Gemüse, mit oder ohne Rindfleisch, sogenanntes Lappenfleisch, „Braten" höchstens Sonntags, nachmittags Kaffee mit Brot, abends Brot, das in guten Zeiten mit einigen Wurstscheiben belegt wird und zu dem „eine Halbe," eine Art Dünnbier, getrunken wird. Für diese Kost, die sich natürlich nur gut und mittelmäßig bezahlte Schneidergesellen und Schneiderinnen erlauben dürfen, werden täglich 0,40 bis bis 0,60 Mk. berechnet.

Dementsprechend kann der Gesundheitszustand der Breslauer Schneider und Schneiderinnen kein günstiger sein. Die unmenschlich lange Arbeitszeit in höchst ungesunden Räumen, schlechte Ernährung, die sitzende Lebensweise, die Arbeit an der Maschine, das sehr anstrengende Bügeln u. s. w. machen auch die festesten Körper mürbe.

Nach den Berichten des Allerheiligenhospitals ist unter den Behandelten kein Gewerbe so zahlreich vertreten, als die Schneider, mit selbstverständlicher Ausnahme der Personen in den Rubriken „persönliche und häusliche Dienste" und „Lohnarbeit aller Art." Ungefähr 400 Schneider und Schneiderinnen und deren Angehörige sind in den letzten Jahren jährlich behandelt worden, von denen ungefähr der sechste Teil gestorben ist. Nach einer Gesamtübersicht über die zehn Jahre von 1882/83 bis 1892/93 sind Schneider und Schneiderinnen im Allerheiligenhospital

in den Jahren	behandelt worden	gestorben
1882—1883	419	71
1884—1885	411	57
1886—1887	387	66
1887—1888	387	63
1888—1889	338	58
1889—1890	319	38
1890—1891	437	58
1892—1893	388	46.

Nach einem alten Verzeichnis der Innung sind in den Jahren 1822 und 1823 in demselben Hospital verpflegt worden: 65 resp. 74 Schneidergesellen.

Die im vorstehenden gemachten allgemeinen Angaben finden ihre Bestätigung und willkommene Ergänzung durch eine private Enquete, die im Winter 1893—94 von der hiesigen Zahlstelle des „Verbandes

deutscher Schneider und Schneiderinnen" veranstaltet worden ist. Obgleich weder die Aufstellung der in den Fragebogen enthaltenen Fragen noch die Beantwortung dieser Fragen überall einwandsfrei erscheint, giebt doch die große Zahl der verwendbaren Fragebogen ein ungefähres Bild von der Lage der Breslauer Schneiderei[1].

18 Fragebogen sind von Arbeitern beantwortet, die in Maßgeschäftswerkstätten oder bei Handwerksmeistern arbeiten. 5 der Geschäftsinhaber sind Kaufleute, 13 Innungsmeister. In der kleinsten Werkstatt beträgt die Arbeiterzahl: 1—2, in der größten: 18; im ganzen wurden von diesen 18 Geschäften 158 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die Hälfte der Arbeiter ist verheiratet. „Im Hause," d. h. in der Werkstatt des Geschäftsinhabers, arbeiten 98 Arbeiter, die übrigen „außer dem Hause," d. h. in ihrer eigenen Wohnung. Lehrlinge sind 10 beschäftigt, Lehrmädchen: keine. Die Lehrzeit dauert 2—4 Jahre. In 14 Werkstätten sind Nähmaschinen den Arbeitern zur freien Benutzung überlassen, in den übrigen nicht; hier müssen sich die Arbeiter Maschinen und Maschinisten auf ihre eigenen Kosten halten. Die Zuthaten werden vom Geschäft geliefert nur in 2 Fällen. Die Lohnauszahlung ist sehr verschieden: „Sonntags," „nach der Ablieferung," „Sonnabends," bald regelmäßig, bald unregelmäßig. Oft werden Abzüge gemacht, besonders in der stillen Zeit. Auf Zeitlohn wird nur in einem Falle gearbeitet; Kost oder Logis beim Geschäftsinhaber oder Meister kommt nicht mehr vor. Die übliche Arbeitszeit in der Werkstatt beträgt mindestens 12 Stunden, „8—12 Stunden" ist die niedrigste, „12—16 Stunden" die höchste Angabe. Nachtarbeit kommt in 12 Fällen vor; Extravergütung dafür nur einmal. Die Frage nach Sonntagsarbeit ist 16 Mal mit ja beantwortet. Arbeitspausen finden in 2 Fällen überhaupt nicht statt, d. h. die Arbeiter essen bei der Arbeit das mitgebrachte Butterbrot oder trinken ihren Kaffee; in anderen Werkstätten giebt es Pausen „nach Belieben," 1, $1^1/_2$ Stunden. Überstunden sind 7 Mal angegeben, in 1 Falle werden sie mit 0,25 Mk. Aufschlag bezahlt. Nach den Angaben über die Werkstätten sind 3 Werkstätten „nicht hell," 3 „ziemlich hell," die übrigen hell. Das Licht kommt

[1] Diese Fragebogen wurden uns bereitwilligst vom Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle des Verbandes zur Verfügung gestellt; ca. 160 Fragebogen sind ausgegeben worden; die Antworten von 85 ausgefüllten Bogen sind auf einer Tabelle zusammengestellt. Ein Teil der ausgefüllten Bogen scheint auf dem Amte der Breslauer Gewerbeinspektion abhanden gekommen zu sein. Als orientierende Übersicht soll ein Auszug aus der Tabelle hier Platz finden.

überall von der Seite. Der Bügelofen ist in 8 Werkstätten in diesen selbst. Die Werkstatt ist zugleich Wohnung in 2, zugleich Schlafraum in 3 Fällen. Die Arbeiter wechseln oft in 7, Kündigung findet statt in 3, keine Kündigung in 8 Fällen. Eine Hausordnung muß von den Arbeitern unterschrieben werden in 2 Fällen. Die Behandlung der Arbeiter von seiten der Prinzipale wird verschieden zensiert: „gut," „befriedigend," „leidlich," „nach Laune," „mangelhaft." Über die Zuschneider wird mehr geklagt als über die Geschäftsinhaber selbst. In der Werkstatt werden meist nur Röcke gearbeitet, andere Sachen außer dem Hause. Die Löhne sind äußerst verschieden. Als Tagelohnangabe findet sich 2,50 Mk., im übrigen werden pro Stück 5, 6 .... bis 18 Mk, bezahlt. Für ein „großes" Stück sind mindestens 24 Stunden Arbeitszeit nötig; an einem Stücke, das den höchsten Lohnsatz einbringt, muß 5 Tage gearbeitet werden; das entspricht einem Tagelohnsatze von 3,60 Mk. Die halbfertigen Sachen werden 1, 2, 3mal und öfter anprobiert; in 1 Falle wird die zweite Probe mit 1 Mk. besonders vergütet. Die Wochenverdienste schwanken zwischen 0 Mk. (sehr schlecht), 4 Mk. (schlecht), 10 Mk. (mittelmäßig), 20 Mk. (gut) [1].

Die zusammengestellten Resultate von 59 Fragebogen über Werkstätten, in denen Lagerarbeit, Konfektion, hergestellt wird, ergeben folgendes Gesamtbild:

Die Geschäftsinhaber [2] sind Kaufleute in 20 Fällen, gelernte Schneider in 39 (Innungsmeister in 5), Frauen, Schneiderinnen, in 7 Fällen. 49 Fragebogen sind ausdrücklich als aus Zwischenmeisterwerkstätten stammend bezeichnet, demnach sind 10 von Arbeitern ausgefüllt, die in Werkstätten von Konfektionsgeschäften selbst, oder von kleinen Schneidermeistern thätig sind, die allein zu Hause für ein Geschäft arbeiten. „Arbeiter im Hause" sind meist sehr wenig, fast immer unter 5, vorhanden; im ganzen werden 200 gezählt; es entfallen also im Durchschnitt 3,4 Arbeiter auf eine Konfektionswerkstatt, während auf eine Maßwerkstatt durchschnittlich 5,5 Arbeiter kamen. 1 Konfektionshaus beschäftigt im ganzen 70 Arbeiter (davon im Hause nur 8), 66 davon sind verheiratet. Arbeiterinnen über 16 Jahre werden in allen gezählten Betrieben 180 angegeben; für ein einziges Geschäft unter einem Zwischenmeister arbeiten in einem Falle

---

[1] Die bunte Reihenfolge der Angaben entspricht der der Fragebogen und der Tabelle; ebenso im folgenden.

[2] Dieser Ausdruck scheint von den Ausfüllern in verschiedener Bedeutung aufgefaßt worden zu sein, bald bedeutet er den Inhaber des großen Konfektions- oder Garderobegeschäftes, bald den großen Zwischenmeister.

30 Schneiderinnen, in einem anderen 15, in einem dritten 14, sonst befinden sich immer nur weniger als 10 Arbeiterinnen in einer Werkstatt. 42 von den 180 Arbeiterinnen sind verheiratet; von jenen 30 zusammenarbeitenden aber nur 1! Arbeiterinnen unter 16 Jahren sind 14, Lehrlinge ebenfalls 14, Lehrmädchen 10. Die Lehrzeit beträgt bei Lehrlingen 3—4 Jahre, bei Lehrmädchen 4 Wochen bis ein Vierteljahr. Lohn wird während der Lehrzeit nicht gezahlt[1]. Die Lehrgeldangaben schwanken zwischen 30 und 80 Mk.

Maschinen sind in den Werkstätten zur freien Benutzung der Arbeiter fast immer vorhanden, in einem Falle deren 3 für 18—30 Arbeiter (je nach der Saison). Maschinisten wurden 3, Maschinistinnen 19 gezählt; deren Lohn beträgt pro Tag 1,50 Mk. bis 2 Mk., pro Woche 6—9—12 Mk.; pro Stück erhalten sie 6—8—10 Pfg. Die Zuthaten werden vom Geschäft nur in 7 Fällen frei geliefert. Die Maschinenzuthaten (Öl, Garn, Nadeln) werden entweder vom Zwischenmeister oder vom Arbeiter bezahlt. In 20 Geschäften[2] wird neben der überwiegenden Lagerarbeit auch Maßarbeit gefertigt. Die Lohnzahlungen sind sehr verschieden, bald am Anfange, bald in der Mitte, bald am Ende der Woche, oft „unregelmäßig;“ die Frage nach der „prompten“ Zahlung ist meist mit „ja“ beantwortet, nur wenige „unbestimmt“ und „nein“ finden sich. Abzüge in der stillen Zeit in 16 Fällen. In 15 Fällen ist Arbeit „auf Woche“ angegeben, höchstwahrscheinlich ist aber hier nur gemeint, daß der Lohn wöchentlich ausgezahlt wird. In Kost und Logis beim Zwischenmeister ist kein Arbeiter. Die Arbeitszeit in der Werkstatt beträgt 10, 12, 14... bis 18 Stunden. Nachtarbeit ist 30 mal angegeben, Extravergütung dafür aber nur 7 mal; Sonntagsarbeit 40 mal; besondere Angaben darüber lauten: „früh 7 bis nachmittag 4 Uhr,“ „9 Stunden,“ „3 Stunden,“ „den ganzen Tag,“ „bis Mittag“. Pausen verschieden, höchstens 1½ Stunden. Überstunden in 23 Fällen, sie dauern bis 11 Uhr nachts. Die Werkstätten sind meist hell, in 2 Fällen arbeitet man bei Oberlicht. Der Bügelofen steht Jahr aus Jahr ein in der Werkstatt in 37 Fällen, in vielen anderen nur im Winterhalbjahre. Die Werkstatt ist zugleich Wohnung in 18 Fällen, zugleich Küche in 24, zugleich Schlafraum in 19 Fällen. Die Arbeiter

---

[1] Das stimmt allerdings nicht mit der vielfach geübten Praxis, den Lehrmädchen bei langer Lehrzeit ein geringes Wochenlohn, bis 3 Mk., zu geben.

[2] Auch hier scheinen manche Ausfüller die Werkstatt, in der sie arbeiten und das Geschäft, für das in dieser Werkstatt gearbeitet wird, nicht auseinandergehalten zu haben.

werden häufig gewechselt in 21 Fällen, Kündigung ist eingeführt in 8 Werkstätten. Schlechte Behandlung der Arbeiter durch die Principale kommt sehr oft vor; einige der Prädikate lauten: „nach Gunst,“ „grob,“ „launig,“ „miserabel;“ höchstens die Hälfte der Noten ist „gut.“ Ähnlich ist die Behandlung von seiten der Zuschneider.

9. Die Arbeiterorganisationen und ihre Agitation; Schluß.

Die ihrer Stärke und ihrer Agitation nach wichtigste Arbeiterorganisation ist die gewerkschaftliche. Zu ihr gehören reine Arbeiter und Arbeiterinnen, kleine allein arbeitende Meister, sowie auch kleine und mittlere Zwischenmeister. Der „Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen“, so nennt sich jetzt diese Organisation, steht durchaus im Gegensatz zum Unternehmer, und entfaltet gerade jetzt eine gewaltige durch ganz Deutschland gehende Agitation zur Erkämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen; sein Organ ist die „Fachzeitung für Schneider.“ Die Breslauer Zahlstelle dieses Verbandes umfaßt nur etwa 300 Mitglieder. Diese geringe Zahl erklärt sich vor allem daraus, daß die große Masse der Konfektionsarbeiter bereits viel zu arm ist, als daß sie sich an Organisationen, mögen die Beiträge zu ihr auch noch so gering sein, beteiligen könnte; ferner wirkt das Überwiegen der einstweilen noch wenig genossenschaftlichen Geist besitzenden Frauen und Mädchen unter den Arbeitern nachteilig auf die Beteiligung ein, ebenso die Thatsache, daß gerade in Breslau viele Arbeiter und Arbeiterinnen Polen sind. Nicht zuletzt kommen hier auch die vielfachen Schikanen der Unternehmer gegen Mitglieder des Verbandes und das Verhalten der Polizei den Gewerkschaften überhaupt gegenüber in Betracht.

Die Gewerkvereinsorganisation der Schneider in Breslau ist etwas schwächer, sie hat nur ca. 200 Mitglieder. Sie befindet sich unter der Leitung behäbiger Zwischenmeister, die bei den jetzigen Zuständen auf ihre Rechnung kommen, unternimmt zwar gelegentlich eine einem Angriff ähnliche Operation gegen die Unternehmer, steht aber im übrigen noch auf dem Boden der „Harmonie“ und vermeidet es sorgfältig, mit dem Verbande zusammenzugehen.

Bereits hieraus, aber noch mehr aus dem von den genannten Organisationen getrennten Vorgehen der Innungen ergiebt sich die leidige Thatsache, daß die Schneider trotz der Notwendigkeit, geschlossen dem Unternehmertum gegenüberzutreten, uneinig sind und einen Teil ihrer Kräfte in ihrer eigenen Bekämpfung vergeuden.

Es ist höchst interessant zu beachten, wie gerade diejenige Schneider-

organisation, die sich durch viele Jahrhunderte einer geachteten und privilegierten Stellung zu erfreuen hatte, von allen heutigen Organisationen der gegenwärtigen Situation am verständnislosesten gegenübersteht und deshalb in der modernen Schneiderbewegung kaum mehr in Betracht kommt. Die Innung geht daran vollends zu Grunde, daß sie sich, teils aus eigener Verblendung, teils irregeführt von handwerk- und mittelstandrettenden Leuten, die ein politisches Interesse an der Gewinnung der Handwerker haben, an ein nie mehr zu verwirklichendes Ideal, eine neue Blüte des Handwerks, anklammern und so die thatsächlichen Verhältnisse aus den Augen verloren haben.

Der Innungsmeister verlangt nichts mehr und nichts weniger, als wieder zu „seinem guten alten Rechte" zu kommen. Die Mittel dazu sind nach der bekannten Schablone: Innungszwang, Befähigungsnachweis, und — last not least — Expatriierung mindestens aller im Schneidergewerbe arbeitenden Juden. Es giebt keine fanatischeren Antisemiten, als die der Innung angehörigen Schneidermeister, die wir auf unseren Werkstattbesuchen kennen gelernt haben.

Da niemand den Innungsmeistern die genannten Forderungen glatt bewilligt, sind sie in der Mehrheit einer geradezu trostlosen Resignation verfallen. Da wollen sie sich gar sträuben, Staatskredit anzunehmen; er könnte ihnen auch wenig nützen, weil sie bei ihrer Abgeneigtheit gegen Genossenschaften, die natürlich nach dem Muster der größten Privatunternehmergeschäfte eingerichtet sein müßten, solche Darlehen lediglich zu Unterstützungen verwenden könnten; Kunden könnten sie sich dafür noch immer nicht kaufen, darauf aber käme es an. Sie können es durchaus nicht einsehen, daß sie, wenn sie Geld genug in der Hand hätten, doch genau so, vielleicht besser, als die verhaßten Juden arbeiten und so den Teufel mit Beelzebub austreiben könnten. Sie stehen noch auf dem Boden der Beschlüsse des Schweidnitzer Schneidertages vom Jahre 1361, wo den „verkouflern" verboten wurde, neue Kleider zu verkaufen!

Auf die zukünftige Gestaltung der Schneiderei scheint deshalb weniger die Handwerkerbewegung, als vielmehr die vom Verbande und seinen Organen getragene Schneiderbewegung, die als ein Teil der Arbeiterbewegung überhaupt zu bezeichnen ist, von Einfluß zu sein[1]. Die wichtigste For-

[1] Arbeiterbewegungen in der Schneiderei beschränken sich nicht nur auf Deutschland; in England und Nordamerika nehmen sie noch bedeutendere Dimensionen an, als bei uns. Beim Streik der New-Yorker Schneider (Herbst 1894) waren 20000 Schneider beteiligt. Das Unternehmersyndikat (ob in Deutschland ein derartiges Syndikat be-

derung, welche die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft an die Unternehmer stellt, ist die Einrichtung von „Betriebswerkstätten," d. h. die Einrichtung großer, gesunder Arbeitsräume, die unter der Gewerbeinspektion stehen, und die der Heim- und Schwitzarbeit ein- für allemal ein Ende bereiten sollen, mit anderen Worten, die Einführung der Fabrik, in der allerdings noch vieles mit der Hand gearbeitet werden soll. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sollen in diesen Werkstätten, nicht zu Hause, arbeiten, alle Maschinen, Zuthaten, Unterhaltungskosten sollen die Unternehmer übernehmen. Es ist klar, daß derartige Einrichtungen, wenn sie sich ermöglichen ließen, ohne die Preise der Produkte allzusehr zu erhöhen, für die Arbeiter von der segensreichsten Wirkung wären, und es ist dringend zu wünschen, daß, wenn nicht durch eine der größten Firmen oder auch durch mehrere zusammen, auf andere Weise ein ehrlich gemeinter und energischer Versuch mit einer solchen neuen Kleiderfabrik gemacht wird. Ob die Kräfte des Verbandes dazu ausreichen, einen solchen Versuch zu erzwingen oder selbst zu machen, erscheint fraglich.

Im übrigen hat die Forderung nicht viel Freunde. Die Innungsschneider und die Gewerkvereine haben sich gegen sie ausgesprochen. Man fürchtet für die — „Freiheit" der Schneider! Statt sich als das zu bezeichnen, was er ist, als Arbeiter, und sich als Arbeiter unter den Schutz der Gewerbeordnung und des Arbeiterschutzes zu stellen, zieht es so mancher Schneider vor, sich als Meister zu gerieren und sich durch den Unternehmer so wie bisher behandeln zu lassen. Die Gegner der Betriebswerkstätten wünschen nämlich, daß es älteren Frauen, Familienmüttern, Kindern, feinfühligen Damen, die es unangenehm empfinden würden, im Arbeitssaale neben Berufsarbeitern zu sitzen, und — was sie nicht sagen — ihnen selbst, die von Schwitzarbeit oder Lehrlingszüchterei leben, auch fernerhin gestattet sein soll, nach ihrem Belieben in ihrer eigenen Wohnung zu arbeiten, d. h. alle die Dinge zuzulassen, die bisher so gründlich aufgeräumt haben mit der Freiheit und Selbständigkeit des Handwerkers.

Der Verband hat seine Forderung den Konfektionsunternehmern bekannt gegeben und für den — höchstwahrscheinlichen — Fall, daß sie sie ablehnen, für den 1. Februar 1896 einen großen Streik angesagt.

Es ist klar, daß die Annahme der Forderung den Arbeitern wenig

---

steht, ist nicht bekannt; wenn keins besteht, ist es wahrscheinlich, daß sich jetzt ein solches bildet), das auf Zuzug von Paris und London gehofft hatte, mußte die Arbeiterforderungen im wesentlichen bewilligen.

nützen würde, wenn es der Unternehmerschaft gestattet bliebe, die eventuellen Mehrkosten der Produktion durch Lohnabzüge einzuholen. Daher betrifft die zweite Forderung des Verbandes einen Normallohntarif, der von einer von der Konferenz der deutschen Konfektionsschneider eingesetzten Fünferkommission ausgearbeitet worden ist. Der Tarifentwurf lehnt sich an den Lohntarif des ehemaligen Berliner genossenschaftlichen Konfektionshauses „Solidarität" an; für einzelne Orte, wie für Breslau und Stettin, sollen Ermäßigungen eintreten, für andere, wie für Leipzig, Frankfurt a. M., Erhöhungen. Für Submissionsarbeiten staatlicher und kommunaler Behörden soll ein besonderer Tarif für Militär- und Beamtenuniformen gelten.

Eine andere nicht unwichtige Forderung der Gewerkschaft ist die, daß die Staats- und Kommunalbehörden ihre Kleiderlieferungen in eigener Regie unter den stipulierten Forderungen der Gewerkschaft oder nur von solchen Unternehmern anfertigen lassen, deren Werkstätten den sanitären Anforderungen entsprechen, und die ihre Arbeiter zu den von der Gewerkschaft festgesetzten Forderungen beschäftigen[1].

Die ebenfalls aufgestellte Forderung, alle Schneiderhöhlen und Schwitzhöllen durch Fabrikinspektionsbeamte beaufsichtigen zu lassen, würde wenig nützen. Ein derartiges Beaufsichtigungssystem würde, wenn es wirksam sein sollte, sehr viele Beamte erfordern, und ein Teil der Werkstätten, namentlich die schlechtesten, würden sich doch der Aufsicht zu entziehen wissen; die Beamten würden getäuscht werden, und die schlecht bezahlten Arbeiter selbst würden, aus Furcht die Arbeit zu verlieren, das Eingreifen der Beamten zu verhindern suchen.

So sieht es denn mit der Hoffnung auf bessere Arbeitsverhältnisse in der Schneiderei nicht eben gut aus. Daß die Gewerkschaft in dem bevorstehenden Kampfe siegen wird, ist wenig wahrscheinlich. Da sich ihre Bewegung als Arbeiterbewegung darstellt, hat sie auch die konservativ-antisemitischen Freunde des Handwerks und Gegner der jüdischen Konfektionsindustriellen zu ihren Gegnern gemacht. Anders aber aufzutreten, als sie aufgetreten ist, war nach dem Geist der Gewerkschaften unmöglich. Die Handwerkerforderungen, auf die man übrigens nur teilweise ernstlich ein-

[1] Bei uns sieht eine solche Forderung sehr radikal aus, während in England der Gewerkschaftsrat in allen Lieferungsverträgen eine Klausel mit dem Verbot des sweating einfügt und die Lieferanten verpflichtet, die zu liefernden Kleidungsstücke in der eigenen Werkstätte anfertigen zu lassen. Jeder Verstoß gegen diese Bedingung zieht eine Geldstrafe von nicht weniger als 100 £ für jeden einzelnen Fall nach sich. Zur Erreichung solcher oder auch nur ähnlicher Bestimmungen fehlt bei uns bis jetzt so gut wie alle Aussicht.

gehen kann, werden weder auf die Dauer das Handwerk retten, noch auf die Gestaltung der viel wichtigeren Arbeiterverhältnisse Einfluß haben.

Daß, wie Gustav Mayer (a. a. O.) glaubt, „die bessere technische Ausbildung das einzige Mittel sei, viele Gruppen des Handwerks am Leben zu erhalten", werden wenige glauben [1].

Die Großbetriebsentwicklung in Maßschneiderei und Konfektion wird ihren Weg weiter gehen und damit die Proletarisierung der noch von Kundenarbeit lebenden Meister. Ein verständiger Arbeiterschutz muß zur Kräftigung der Arbeiterorganisationen, besonders der Gewerkschaft, der volle Bewegungsfreiheit gewährt werden muß, beitragen, sodaß diese in den Stand gesetzt wird, den Kampf gegen die Unternehmerschaft erfolgreich zu führen. Wenn es dem Verbande gelingen sollte, die Einführung der Betriebswerkstätten zu erzwingen, dann hätte die Arbeiterschaft im Schneidergewerbe einen guten Schritt auf dem Wege ihrer Emancipation gemacht, und die Handwerksmeister würden dann doch wohl lieber auskömmlich gestellte Arbeiter als schwer um die Existenz ringende Handwerker sein wollen.

---

[1] Vergl. oben S. 40/1.

II.

Die Kürschnerei in Breslau.

Von

Dr. Schiller.

Einleitung. Die Kürschnerei als Ganzes.

Die Kürschnerei wird zur Gruppe der Bekleidungsgewerbe gerechnet. Am meisten verwandt ist sie mit der Schneiderei, wenigstens was den Arbeitsprozeß und die Verwertung der Produkte anbetrifft. Andererseits steht die Kürschnerei insofern der Gerberei nahe, als die Rohstoffe, welche die Kürschnerei für ihre Zwecke bearbeitet, Tierhäute sind, die entfleischt, dauerhaft und geschmeidig gemacht werden, um sie zu Gebrauchsgegenständen verarbeiten zu können. Das Charakteristische der Kürschnerei ist jedoch, daß die an den Häuten haftenden Haare nicht wie bei der Gerberei abgestoßen, sondern daß die Felle mit den Haaren gegerbt werden. Man nennt diese Thätigkeit des Kürschners, weil es sich um einen Vorprozeß gegenüber dem eigentlichen Verarbeitungsprozeß handelt, Zurichten oder Zubereiten. Hand in Hand mit dem Zurichten geht bei manchen Fellen das Färben.

Das Kürschnerhandwerk zerfällt sonach in zwei technisch voneinander gesonderte Prozesse: das Veredeln der Rohstoffe, die Zurichterei und Färberei, und das Verarbeiten der so zubereiteten Felle zu Gebrauchsgegenständen, die eigentliche Kürschnerei. Ehemals vereinigte der Kürschner beide Thätigkeiten in seiner Person, er richtete die Felle selbst zu, färbte sie, wenn dies nötig war, und verarbeitete sie. Heute ist die Zurichterei und Färberei in den größeren Städten in der Regel von der eigentlichen Kürschnerei getrennt.

Nach der Verschiedenheit der zur Verarbeitung kommenden Rauchwaren[1] wird die Kürschnerei auch in Grobkürschnerei und Galanteriekürschnerei eingeteilt. Die Grobkürschnerei verarbeitet als hauptsächlichsten Rohstoff Lamm- und Schaffelle, und zwar zu gewöhnlichen Pelzen, Fußsäcken, Pelzmützen, Pelzhandschuhen u. s. w. Die Galanteriekürschnerei fertigt die feineren Gebrauchsartikel und verarbeitet meist wertvollere Felle. Die Grobkürschnerei wird hauptsächlich in den kleineren Städten ausgeübt, deren Kundschaft zum großen Teil von der umwohnenden Landbevölkerung gebildet wird. Hier ist der Schafpelz im Winter für den Bauer ein unentbehrliches Kleidungsstück und daher das am meisten begehrte Produkt. In den kleinen Städten richtet der Kürschner auch noch selbst die Schaffelle zu, die er von dem großstädtischen Rauchwarenhändler kauft, oder die ihm von dem Besteller in rohem Zustande übergeben werden. In den größeren Städten, also auch in Breslau, tritt die Grobkürschnerei gegenüber der Galanteriekürschnerei sehr in den Hintergrund. Sie wird hier von einem Magazin, das die Lieferung von Schafpelzen, z. B. für die im äußeren Dienst angestellten Eisenbahnbeamten, übertragen erhalten hat, im großen ausgeübt, und daneben in der Regel noch von den kleinen Meistern, die nicht kapitalstark genug sind, um wertvollere Produkte fertigen zu können.

Nur in losem Zusammenhange mit der Kürschnerei steht die Stoffmützenfabrikation, die indessen heute die Haupteinnahmequelle des kleineren Meisters bildet.

Die Kürschnerei ist ein sogenanntes Saisongewerbe. Die Saison fällt in die Monate Oktober, November und Dezember; in dieser Zeit hauptsächlich verkauft der Kürschner seine Produkte. Die folgenden Wintermonate bilden die Nachsaison, in welcher sich auch noch vereinzelte Käufer melden. In den Frühling und den Herbst fällt die Zeit für den Einkauf der Rohstoffe und für die Zurichtung derselben. Die Sommermonate werden hauptsächlich von der Produktion auf Vorrat und von der Konservierung der Pelzwaren ausgefüllt.

A. Historische Entwicklung der Kürschnerei.

1. Vom Mittelalter bis zum Jahre 1810.

Wie die meisten Handwerke war auch die Kürschnerei in Breslau im Mittelalter zunftmäßig organisiert. Die Kürschnerinnung ist zweifellos eine

[1] Man bezeichnet mit dem Ausdruck „Rauchware“ rohe und zugerichtete Felle, im Gegensatz zu „Pelzwaren“, worunter die fertig gestellten Produkte verstanden werden.

der ältesten Innungen der Stadt. Man wird nicht fehlgehen, wenn man behauptet, sie habe, wie die wichtigsten Innungen Breslaus, bereits vor 600 Jahren bestanden. Neben den Bäckern und Kretschmern haben sich besonders die Kürschner hervorgethan in allen Fragen, bei denen es galt, die Rechte der Bürger wahrzunehmen [1]. Diese bedeutende Rolle, welche die Kürschner in dem mittelalterlichen Breslau spielten, läßt auf eine angesehene Stellung und auf großen Reichtum schließen. Und in der That müssen die Kürschner damals wegen der Kostbarkeit der meisten Rauchwaren zu den kapitalkräftigsten Handwerkern und den reichsten Bürgern der Stadt gehört haben. Auch der Zahl der Innungsmitglieder nach standen sie den größten Innungen kaum nach. Ein Verzeichnis der Breslauer Kaufmannschaft und der Zechen aus dem Jahre 1499 giebt die Zahl der Kürschner auf 92 an, während z. B. die Bäcker 118, die Kretschmer 94, die Schuster und Rohgerber 96, die Schneider 93, die Fleischer 92 Innungsmitglieder zählten [2]. Die Zahl von 92 Kürschnern ist im Verhältnis zu der damaligen Zahl der Einwohner und der anderen Handwerker ganz enorm, wenn man sie mit heutigen Verhältniszahlen vergleicht. Eine Erklärung für diese bedeutende Ausdehnung des Kürschnerhandwerks ist darin zu suchen, daß Breslau bis in das 18. Jahrhundert hinein einen blühenden Handel mit Pelz- und Rauchwaren, insbesondere mit einheimischen und ausländischen Schaffellen, hauptsächlich nach Rußland, Böhmen und Polen betrieb. Auch mag die damals herrschende Mode der Kürschnerei günstiger gewesen sein; wenigstens wurden im Mittelalter sehr viele Kleidungsstücke mit Pelz verbrämt oder gefüttert getragen. Diese Arbeiten durften nur von Kürschnern verrichtet werden; den Schneidern war es verboten, irgend ein Kleidungsstück mit Pelz zu füttern oder zu besetzen, ebenso wie kein Kürschner einen Stoffüberzug für einen Pelz herstellen durfte [3].

In jene Zeit fallen auch die rigorosen Vorschriften bezüglich der Reellität der Produkte. So war z. B. das Färben der Felle, welches man damals schon kannte, als unehrlich verschrieen, und um einem Betruge in dieser Hinsicht vorzubeugen, mußte jeder Innungsgenosse das ihm zur Verarbeitung übergebene Pelzwerk und die gefertigten Produkte dem Altmeister vorlegen. Man ersieht hieraus, daß damals neben dem eigentlichen Handwerke das Lohnwerk mit Materiallieferung seitens der Kunden bestand.

[1] Vergl. hierüber: Weiß, Chronik der Stadt Breslau. 1888.

[2] Weiß, a. a. O. S. 726.

[3] Ebenso wie das folgende den alten Innungsbüchern, Protokollen und Statuten der Kürschnerinnung aus dem Archiv der Stadt Breslau entnommen.

Der Kreis der Innungsmeister war ein enggeschlossener. Er wurde nur durch die Gesellen, die bei einem Breslauer Meister gelernt und vor der Breslauer Innung ihre Meisterprüfung abgelegt hatten, ergänzt. Ein fremder Geselle, der sich am Ort niederlassen wollte, mußte nach einer Verordnung der Ratmannen aus dem Jahre 1516 10 Jahre auf der Wanderschaft gewesen sein und dann noch 2 Jahre bei einem hiesigen Meister gearbeitet haben. Jeder Meister durfte nur einen Lehrjungen und zwei Gesellen halten, damit er nicht über die anderen Meister hinauswachse.

In einer Verordnung der Ratmannen aus dem Jahre 1610 ist von „Partirern" die Rede, die ihren Bedarf an Pelzwaren nur bei den in Breslau angesessenen Kürschnern decken durften. Partirer oder Partkrämer waren in einer von den „Kaufleuten" abgesonderten Innung organisierte Krämer, die mit allen möglichen Gebrauchsgegenständen, unter anderem auch mit Pelzwaren handelten.

Im 18. Jahrhundert beginnen Klagen über den Hausierhandel, der besonders von Soldaten mit Mützen getrieben wurde, und über die „allzustark einreißende Pfuscherei". Daß damals der Handel mit Pelzwaren speciell in Breslau ein blühender gewesen sein muß, und daß besonders auch ein ziemlich bedeutender Exporthandel stattfand, geht aus einer Eingabe der Kürschnerinnung an den König vom Jahre 1777 hervor, in welcher die Innung bittet, eine Verfügung an die General-Accise und Zoll-Administration zu erlassen, des Inhalts, daß die Plombierung, Stempelung und Siegelung der Pelzwaren, welche zu Steuerzwecken neu angeordnet worden war, aufgehoben werde. In dieser Eingabe behaupten die Kürschner, daß bisher nur eine Siegelung solcher Waren stattgefunden habe, die in die kleineren Provinzstädte gingen, daß aber eine Siegelung aller Waren ihren Ruin bedeute, weil die Waren, die nach Rußland, Polen, Böhmen und den deutsch-österreichischen Ländern exportiert würden, an der Siegelung als deutsche Waren erkannt würden, während sie bisher als „ausländische" gegolten hätten.

Wie es um die Mitte und gegen Ende des 18. Jahrhunderts bei den Kürschnern in Breslau aussah, davon geben die alten Innungsstatuten und Protokolle der Quartalsverhandlungen ein ziemlich genaues Bild. Damals hatten die Kürschner fast ohne Ausnahme einen eigenen Laden oder wenigstens eine Verkaufsbude auf den Hauptplätzen der Stadt, in welchen sie ihre Produkte feilhielten. Sie wurden deshalb zu den kramenden Handwerkern gerechnet. Die Waren wurden größtenteils auf Vorrat gearbeitet, selten auf Bestellung. Außer von den Handwerkern wurden Kürschnerwaren

auch vereinzelt bereits von Krämern feilgehalten, welche sie jedoch von den am hiesigen Ort angesessenen Kürschnermeistern beziehen mußten. Dagegen stand es den Kaufleuten, Krämern und Juden frei, mit rohen Fellen zu handeln. Den Störern konnte das Handwerk verboten werden. Der Handel mit Rauchwaren war bereits stark centralisiert. Leipzig, Frankfurt a. O. und Braunschweig bildeten mit ihren Messen die Hauptmärkte für in- und ausländische Felle, und zwar nahm Leipzig bereits eine unverkennbar dominierende Stellung ein. Für russische Rauchwaren waren Breslau und Groß-Glogau die Hauptmärkte und zwar für Krimmsche Lammfelle und Grauwerk. Für nordische Rauchwaren war Danzig, für amerikanische Hamburg der Haupteinfuhrhafen. Auf den Leipziger Messen fanden sich Kaufleute mit Rauchwaren aus allen Ländern zusammen. Hier kauften die Kürschner die Felle ein und zwar zum größten Teil in rohem Zustande[1].

Die rohen Felle richtete der Kürschner selbst zu[2]. Er bediente sich zu diesem Zweck zunächst einer Tonne, in welcher die Felle, um das an ihnen haftende Aas zu lockern, mit den Füßen einige Stunden lang getrampelt wurden. Magere Felle, wie z. B. die der Hasen, kleiner sibirischer Eichhörnchen, wurden vorher mit einer Fettigkeit eingerieben, um sie geschmeidiger zu machen. Größere Felle und solche, an denen sich viel Fleisch und Fett befand, wurden auf dem sogenannten Rumpelbaum zuerst abgefleischt. In manchen Städten, so z. B. in Dresden, bedienten sich die Kürschner bereits an Stelle der Trampeltonne, einer Walke, die mit der Hand in Bewegung gesetzt wurde. Nachdem die Felle getrampelt waren, wurden sie zum Teil auf der Fleischseite mit einer Beize, die meist aus Kleie und Salzwasser bestand, bestrichen und in diesem Zustand eine Zeit lang liegen gelassen. Es entwickelte sich dann ein Gärungsprozeß, der das Abstoßen der Fleischteile auf der Gerbebank erleichterte. Um aus den Haaren Fett- und Schmutzteile zu entfernen, wurden die Felle, untermischt mit Sägespähnen, Kleie oder Häcksel, darauf in einer Tonne, in welche an Stelle des Bodens ein kupfernes Becken eingelassen war und unter welches glühende Kohlen gelegt wurden, abermals eine Zeit lang getreten. Schließlich wurden die Felle in der sogenannten Läutertonne, die an zwei in den Böden befestigten Bolzen wie ein Kaffeebrenner aufgehängt war, unter-

---

[1] Vergl. Krünitz, Ökonomisch-technologische Encyklopädie, 57. Teil. S. 1 ff. und Lomer, Der Rauchwarenhandel. Leipzig 1864.

[2] Vergl. über die Technik der Kürschnerei am Ende des vorigen Jahrhunderts: Krünitz a. a. O. S. 28 ff.

mischt mit heißem Sand, eine Weile gedreht. Den Abschluß bildete das Kämmen und Ausklopfen. Einzelne Felle, die besonders wollreich waren, z. B. Schaffelle, wurden, ehe sie in die Trampeltonnen kamen, eine Zeit lang in fließendes Wasser gelegt und dann mit dem Wollkamm ausgekämmt.

Minderwertige Felle und solche von ungleichmäßiger Farbe der Haare wurden von den Kürschnern, nachdem sie zugerichtet waren, gefärbt oder geblendet, ohne daß dieses Verfahren wie im 15. Jahrhundert für unreell angesehen wurde. Unter Färben verstand man das Eintauchen der Felle in die Farbe, unter Blenden nur das Bestreichen der Haarspitzen mit Farbe. Die Kunst des Färbens und Blendens wurde von denjenigen Meistern, welche sie gut verstanden, geheim gehalten, und der Kürschner, der sie nicht verstand, mußte entweder seine Felle zum Färben und Blenden einem anderen Meister übergeben, oder sie bereits gefärbt und geblendet einkaufen.

Die Thätigkeit des Kürschners bei der eigentlichen Kürschnerei, d. h. dem Verarbeiten der Felle zu Pelzfuttern, Pelzbesätzen, Kragen, Muffs, Mützen u. s. w., bestand hauptsächlich in dem Zuschneiden der Felle und in dem Zusammennähen derselben. Zum Zuschneiden bediente sich der Kürschner eines dreikantigen Messers, mit welchem er das Fell, das er hohl in der linken Hand hielt, auf der Fleischseite zerteilte. Die einzelnen Teile der Felle wurden sodann, wenn das zu fertigende Produkt nicht aus einem Stück bestand, mit einer starken Nähnadel vermittelst einer überwendlichen Naht, die auf die Fleischseite zu liegen kam, zusammengenäht. Die Stoffüberzüge zu Pelzen fertigte der Schneider, während das Einfüttern von Kragen, Muffs, Mützen u. s. w. dem Kürschner selbst zufiel.

Die auf diese Weise gefertigten Produkte verkaufte alsdann der Kürschner, und zwar hatte er, wie schon gesagt, dafür fast stets ein Ladengeschäft oder eine Verkaufsbude. Zum Betriebe seines Handwerks bedurfte er wegen der Kostbarkeit sehr vieler Rauchwaren eines ziemlich bedeutenden Kapitals. Krünitz sagt: „Mit ein paar tausend Thalern Vorschuß wird er nicht weit kommen und keinen sonderlichen Vorrat von Zobel- und Hermelinpelzen in seinem Laden aufzeigen können“ [1]. Zobelfelle standen damals in Sibirien selbst bis zu 50 Rubel oder 54 Thlr. 4 Gr. und noch höher im Preise; in Deutschland wurden die schlechtesten mit 12 bis 16 Thlrn., die besten mit mehr als 100 Thlrn. bezahlt. Nerze kosteten 40 bis 45 Thlr. pro Zimmer, gleich 40 Stück; schwarze Fehen das Hundert 25 Thlr. Seeottern kosteten in Kamtschatka selbst bis 37 Thlr.

[1] Krünitz a. a. O. S. 4.

pro Stück. Kaninchenfelle, die heute wohl den größten Prozentsatz der zur Verarbeitung gelangenden Rauchwaren bilden, wurden damals nur zu Futtern für Damenpelze und Jacken gebraucht. Nur die allerbesten wurden auch zu Pelzbesätzen verarbeitet[1].

Neben fertigen Pelzwaren handelte der größere Kürschner auch mit rohen und zugerichteten Fellen, die er an die kleineren Kürschner des Ortes und an die Kürschner der benachbarten kleineren Städte absetzte. Er bildete somit ein kommerzielles Zwischenglied zwischen dem Leipziger Rauchwarenhändler und dem kleinen Meister. Dies war in erster Linie eine Folge der Centralisation des Rauchwarenhandels; daneben aber auch eine Folge der schwindenden wirtschaftlichen Gleichheit der zünftigen Innungsmeister. Zwischen dem großen Kürschner und dem kleinen Handwerksmeister gähnte bereits eine Kluft: nur der große Kürschner, der Vermögen genug besaß, konnte selbst nach Leipzig oder Frankfurt fahren und dort seine Rauchware einkaufen.

Bemerkt mag noch werden, daß bereits gegen Ende des vorigen Jahrhunderts in der Kürschnerei weibliche Arbeitskräfte Verwendung fanden. Krünitz erwähnt u. a., daß bei dem Verfertigen von Pelzmützen der äußere Überzug von Tuch oder Sammet gewöhnlich von einer Arbeiterin zugeschnitten und zusammengenäht wurde[2]. Zum Zusammennähen von Fellen, wozu heute meist weibliche Arbeitskräfte benutzt werden, scheinen sie damals noch nicht verwendet worden zu sein. Die Sitte, während des Sommers dem Kürschner die in Gebrauch befindlichen Pelzsachen zur Aufbewahrung zu übergeben, um sie gegen Mottenfraß zu schützen, ist zu jener Zeit gleichfalls schon üblich gewesen[3].

In der Innung herrschte gegen Ende des 18. Jahrhunderts bereits ein freierer Zug. Als Innungsmeister konnte jeder aufgenommen werden, der seinen Lehrbrief vorlegte und nachwies, daß er drei Jahre gewandert sei. Jeder Meister konnte soviel Gesellen und Lehrlinge halten, als er wollte. Die Lehrlinge mußten drei Jahre lernen und ein Lehrgeld bezahlen. Nach diesen drei Jahren mußten sie drei weitere Jahre auf Wanderschaft gehen. Die Gesellenherberge diente in erster Linie als Arbeitsnachweisbureau. Die Innung unterstützte verarmte Meister und Witwen und trug zu den Begräbniskosten gestorbener Meister bei. Erwähnt sei

---

[1] Vergl. hierüber Krünitz a. a. O. S. 5, 11, 15 ff. und über Preise und Lohnverhältnisse die Kürschnertaxen von Königsberg und Dresden. S. 84 ff.

[2] Krünitz a. a. O. S. 50.

[3] Krünitz a. a. O. S. 57.

noch, daß neben anderen Mißbräuchen, insbesondere Kartelle der Innungsmeister zur Erzielung hoher Preise für einzelne Produkte an der Tagesordnung waren.

Um noch einmal die Lage der Kürschnerei am Ende des vorigen Jahrhunderts zusammenzufassen, so läßt sich folgendes feststellen: Aus dem wirtschaftlich gleichen Niveau der mittelalterlichen Handwerker hat sich bereits eine Elite von Meistern emporgehoben, die zwar selbst noch Handwerker sind und mitproduzieren, die aber den Betrieb ihres Handwerks über den Durchschnitt ausgedehnt haben durch Einstellen einer größeren Zahl von Arbeitskräften, durch Einkäufe bedeutender Massen von Rohstoffen, durch Halten größerer Lokalitäten u. s. w. Sie produzieren nicht allein größere Mengen von Gebrauchsartikeln, sondern richten auch die Felle in bedeutenderen Quantitäten zu, färben und blenden sie, soweit dies nötig ist, und verkaufen sie zum Teil wieder an kleinere Meister. Sie sind die Stammväter der modernen Pelzwarenmagazine.

Daneben existiert als zweiter Typus der kleinere Handwerksmeister. Er hat auch noch einen eigenen kleinen Laden oder eine Verkaufsbude und arbeitet in der Regel mit einem oder zwei Gesellen. Das Absatzgebiet seiner Produkte ist rein lokal. Er fertigt meist billigere Waren, da er nicht Vermögen genug besitzt, um teure Felle einkaufen zu können. Die Felle, die er verarbeitet, kauft er zum Teil roh, zum Teil zugerichtet von dem größeren Handwerksmeister.

Als dritter handelt mit Kürschnerwaren bereits vereinzelt der Krämer, der die Produkte aber fertig von den am Ort angesessenen Kürschnermeistern kaufen muß. Da jedoch im Sommer kein oder nur ein sehr geringer Bedarf an Kürschnerwaren besteht, so muß er notwendigerweise auch noch mit anderen Produkten handeln.

2. Von 1810 bis zur Neuzeit.

Die Einführung der Gewerbefreiheit im Jahre 1810 änderte an diesen Zuständen nur wenig; sie verstärkte nur die schon vorhandene Tendenz der Entwicklung: dem größeren unternehmungslustigen Meister bahnte sie die Wege zu einer immer weiteren Ausdehnung seines Betriebes, den kleinen Meister drückte sie noch weiter unter das Durchschnittsniveau herab. Die Konkurrenz steigerte sich nur unbedeutend, da die Notwendigkeit eines größeren Kapitals die Gründung neuer Kürschnergeschäfte erschwerte. Dagegen bewirkt das mit immer größerem Erfolg sich bahnbrechende Princip

der Arbeitsteilung, daß die Kürschnerei, wenigstens in den größeren Städten, allmählich in ihre beiden technisch voneinander gesonderten Arbeitsprozesse auseinanderfällt. Die Zurichterei beginnt sich von der eigentlichen Kürschnerei zu trennen. Die lose, rein historische, durch keine technische Notwendigkeit bedingte Verbindung beider Prozesse mußte mit der Zunahme der Produktion von Gebrauchsgegenständen zu einer solchen Trennung führen. Der große Handwerksmeister, den Vorteil der Arbeitsteilung erkennend — einer Arbeitsteilung in der roheſten Form, deren Vorteil in die Augen sprang — zog sich einzelne Lehrlinge und Gesellen nur für die Zurichterei heran. Andererseits warf sich der kleine Meister, der nicht Vermögen genug besaß, um einen eigenen Laden aufthun zu können, der Zurichterei in die Arme. So entsteht der kleine Zurichter, der aber nicht kapitalstark genug ist, um als selbständiger Handwerker, wie etwa der Gerber, auftreten zu können. Er kauft nicht etwa rohe Felle von dem Rauchwarenhändler, um sie zuzurichten und für seine Kasse weiter zu verkaufen. Er wird vielmehr Heimarbeiter des Kürschners, der ihm die Felle zum Zurichten übergiebt.

Die Gewerbenovelle von 1849, die auch für die Kürschner Innungszwang einführte, konnte diese Zustände nicht mehr zurückschrauben. Vielmehr beginnt gerade um die Mitte dieses Jahrhunderts, unbekümmert um alle entgegenstehenden Normen, die moderne Umgestaltung des Kürschnerhandwerks.

Den Anstoß hierzu gab der Aufschwung, den der Rauchwarenhandel durch die rationelle Ausbeutung weiter Länderstrecken und durch die Entwicklung des modernen Verkehrs nahm. Nordamerika und Rußland sind an diesem Aufschwung am meisten beteiligt; daneben kommen Südamerika und Australien in Betracht. Während in Rußland der Pelzhandel größtenteils in den Händen der Regierung liegt, wird Nordamerika von großen Privatgesellschaften, der Hudsonsbay-Compagnie, der St. Louis Fur Trade-Compagnie, der Rocky Mountains Fur Trade-Compagnie, der Alaska Commercial-Compagnie u. s. w. ausgebeutet[1].

Die Haupthandelsplätze für Rauchwaren sind heute London, Nishni Nowgorod und Leipzig, und zwar London für amerikanische, Nishni Nowgorod für russische Rauchwaren; Leipzig spielt zwischen beiden die vermittelnde Rolle.

Die Hudsonsbay-Compagnie bringt ihre sämtlichen Rauchwaren nach

[1] Vergl. über den Rauchwarenhandel: Lomer, Der Rauchwarenhandel; Cubäus, Das Ganze in der Kürschnerei; Zeitschrift des Leipziger Meßverbandes, Heft 3, 4/5, 9 pro 1894.

London und verkauft sie in zwei großen Auktionen, und zwar im Januar Bisam und Biber, die übrigen Rauchwaren sämtlich im März in ihren eigenen Warenhäusern. Die anderen amerikanischen Gesellschaften senden ihre Waren, soweit sie dieselben nicht in Amerika selbst verkaufen, entweder direkt an Londoner und Leipziger Kommissionshäuser, oder lassen sie ebenfalls im Wege des öffentlichen Ausgebots durch die großen Londoner Firmen verwerten.

Die aus Südamerika und Australien kommenden Felle werden gleichfalls entweder in London oder Leipzig verkauft. Australien, das erst seit kaum einem Menschenalter als Produktionsland für Rauchwaren in Betracht kommt, spielt heute schon eine sehr bedeutende Rolle im Rauchwarenhandel und wird voraussichtlich im Laufe der Jahre noch viel ertragsfähiger werden.

Für russische Rauchwaren ist einer der größten Austausch- und Einkaufsplätze, namentlich für Lammfelle, im südlichen Rußland Orenburg. Hier oder in Samarow werden die Felle gewöhnlich den ersten Operationen des Sortierens und Halbgarmachens unterzogen, da die Lammfelle, um sie besser zu konservieren, gewöhnlich halbgebeizt in den Handel gebracht werden. Die meisten Rauchwaren kommen von hier auf den Meßplatz für sibirische Waren, den kleinen Ort Irbit, wo im Februar und März die berühmte Messe stattfindet. Von dort geht der größte Teil der sibirischen Waren weiter nach Nishni Nowgorod, dem größten Meßplatz der Welt, wo auch die russischen Rauchwaren zusammenströmen. Ein bedeutender Teil derselben gelangt demnächst nach Leipzig.

Amerika bedient sich für den Einkauf der russischen Rauchwaren meist des Weges über Leipzig. Denn Leipzig ist heute der Ort, der durch seine eminent entwickelten Hilfsindustrien, die Zurichterei und Färberei, in sehr vielen Artikeln London überlegen geworden ist, und große Mengen von Rauchwaren, die es in rohem Zustande übernommen, veredelt wieder in alle Welt hinausschickt. Daher sind gewisse Specialitäten, namentlich Feh und russische und persische Lammfelle, nur auf dem Wege über Leipzig zu beziehen.

Um einen ungefähren Begriff von den Quantitäten von Fellen zu geben, welche im Rauchwarenhandel eine Rolle spielen, seien hier an der Hand von Eubäus einige Zahlen genannt.

Der Import einzelner Fellsorten von seiten der Hudsonsbay Co. gestaltete sich in verschiedenen Zeitperioden wie folgt:

	1729	1829	1890
Biber	62 160	30 248	71 300
Rotfüchse	130	1 602	12 145
Weißfüchse	—	443	2 863
Kreuzfüchse	—	461	2 814
Kittfüchse	—	4 800	316
Nörze	—	14 479	33 871
Ottern	340	10 860	9 081
Vielfraße	330	381	2 223
Wölfe	140	1 358	2 559
Zobel	12 480	82 268	71 918.

Im Durchschnitt hat Amerika jährlich nach Europa in den letzten Jahren nach ungefährer Schätzung folgende Rauchwaren exportiert:

	nach London	nach Leipzig
Bären	12 000	1 000
Bison	3 000 000	1 000 000
Biber	100 000	10 000
Dachse	5 000	—
Füchse, rote	70 000	15 000
„ Kreuz-	5 000	500
„ Silber-	2 000	50
„ blaue	3 000	—
„ weiße	5 000	—
„ Kitt-	10 000	2 000
„ Gris-	25 000	10 000
Iltis, virg.	20 000	1 000
Luchse	50 000	1 000
Luchskatzen	6 000	2 000
Nörze	100 000	20 000
Opossum	150 000	25 000
Ottern	20 000	4 000
Seehunde	150 000	—[1]
Seeottern	2 000	200
Schuppen	500 000	150 000
Skunks	150 000	100 000
Zobel	100 000	5 000

[1] Die Seehundfelle werden sämtlich in London zu dem sogen. Sealskin verarbeitet. Vergl. weiter unten.

Australien liefert jetzt jährlich 1½ Millionen Oppossum, 140 000 Walaby, 140 000 Wombat und 5 Millionen Kaninchen; Südamerika exportiert ungefähr 1 Million Nutriabiber[1].

Es kommen noch die russischen Rauchwaren hinzu, die an Quantität die amerikanische Produktion übertreffen. Auf den russischen Märkten kommen zum Verkauf approximativ:

Feh	7 000 000
Füchse, rote	100 000
" weiße	60 000
" Silber-	3 000
Hermelin	400 000
Marder	200 000
Seeotter	300
Nörze	50 000
Zobel	100 000.

Die Anzahl der verschiedenen Lammfellsorten, als Astrachaner, Krimer, Ukrainer, Persianer, Schirasfelle, und die der Hasen ist je nach der Ernte außerordentlich verschieden; jedenfalls aber beträgt sie auch mehrere Millionen.

Auch die sogenannten Landwaren, d. h. die Rauchwaren des mittleren Europas, weisen ganz ansehnliche Zahlen auf. Man rechnet:

Edelmarder	30 000 Stück
Steinmarder	60 000 "
Füchse	150 000 "
Iltis	130 000 "
Otter	12 000 "
Hauskatze	200 000 "

Außerdem bringen Frankreich und Belgien ungefähr 4 Millionen Kaninchen, zugerichtet und gefärbt, Polen und Galizien ½ Million auf den Markt.

Die Schaf- und Lammfelle, welche Österreich, Deutschland, Italien, Türkei, Griechenland, Spanien und Frankreich liefern, werden auf 2 Millionen geschätzt.

Mit der gesteigerten Produktion von Rauchwaren entwickelte sich Leipzig zunächst zum Hauptmarkt Deutschlands, der von allen größeren Kürschnern und Rauchwarenhändlern Deutschlands besucht wurde. Dem gegenüber

[1] Vergl. Kürschner-Zeitung, XI. Jahrg., Nr. 3, S. 40.

sanken die Messen von Frankfurt a. O., Braunschweig und andere zu geringer, fast nur provinzieller Bedeutung herab. Lomer berechnete im Jahre 1864 den Gesamtwert der durchschnittlichen jährlichen Zufuhren von Rauchwaren nach Leipzig auf 6 131 500 Thlr., und zwar waren an dieser Summe beteiligt: amerikanische Rauchwaren mit 2 622 500 Thlrn., mitteleuropäische mit 2 127 000 Thlrn., russische und asiatische mit 138 200 Thlrn. Nach einer im Jahre 1878 gelegentlich des Erlasses des Reichskanzlers, eine allgemeine Eingangsabgabe betreffend, veranstalteten Enquete bezifferte sich der Gesamtumsatz des Rauchwarenhandels in Leipzig bereits auf 40 Mill. Mk. pro Jahr, wovon allerdings auf das deutsche Geschäft ein minimaler Prozentsatz entfällt, was darin seinen Grund hat, daß Deutschland kein besonders pelzkonsumierendes Land ist.

Der bedeutende Aufschwung des Rauchwarenhandels und die Centralisation desselben in Leipzig führte zunächst zu einer Umgestaltung der Fellveredelungsindustrien. An dieser Stelle begann zuerst der Großbetrieb einzusetzen: er griff die Zurichterei und Färberei, die mit der eigentlichen Kürschnerei nur noch in losem Zusammenhange standen, heraus und revolutionierte die Technik durch Einführung des maschinellen Betriebes. In der That lagen hier alle Bedingungen für den Großbetrieb vor. Die ungeheuren Massen konformer Rohstoffe, die eine einheitliche, höchstens nach der einzelnen Fellsorte verschiedene Bearbeitung vertrugen, ja sogar teilweise nötig machten, die plumpe Unbeholfenheit der handwerksmäßigen Technik, die mit großen körperlichen Anstrengungen verbunden war, die bedeutende Vergeudung von Zeit und Materialien, die mangelnde Gleichmäßigkeit des handwerksmäßig hergestellten Produkts, die besonders in der Färberei hervortrat: alle diese Verhältnisse schrien ja geradezu nach der Großindustrie.

So entstand in der Umgebung Leipzigs eine Reihe im großen Maßstabe betriebener Zurichtereien und Färbereien. Ihre Stellung zu dem Rauchwarenhändler und Kürschner ist genau dieselbe, wie die des kleinen Zurichters. Der Kürschner übergiebt ihnen die Felle, die er in rohem Zustande von dem Rauchwarenhändler gekauft hat, und empfängt sie zugerichtet und, soweit dies nötig ist, gefärbt wieder zurück. Diese Stellung der großen Zurichtereien erscheint auf den ersten Blick unnatürlich. Das Natürliche wäre, daß der große Rauchwarenhändler zugleich Inhaber einer Zurichterei und Färberei wäre, oder daß der Inhaber einer solchen die rohen Felle von dem Rauchwarenhändler kaufte und sie dann als fertig zur Verarbeitung auf den Markt brächte, also ein Zwischenglied zwischen dem Rauchwarenhändler und dem Kürschner darstellte. Der Umstand indes, daß die Rauchwaren besonders aus Gründen der Reellität zum

weitaus größten Teil in rohem Zustande gekauft werden, hat zu der Entwicklung der Zurichtereien und Färbereien in jener eigentümlichen Richtung geführt.

Gleichzeitig mit der Revolutionierung der Hilfsindustrien schreitet die Umgestaltung der eigentlichen Kürschnerei in der bereits eingeschlagenen Richtung fort. Der große Kürschner hängt die eigene Handwerksarbeit an den Nagel und legt den Schwerpunkt seiner Thätigkeit in die kaufmännische Leitung seines Geschäftes, welches zum Pelzwarenmodemagazin wird. Der kleine Kürschner sinkt immer tiefer in das Proletariat herab; er hat kaum mehr die Mittel, um sich einen winzigen Laden mieten zu können. Ein anderer Teil ordnet sich gezwungen oder freiwillig dem Magazininhaber unter und wird Heimarbeiter. Neben diese drei Typen tritt seit etwa 20 Jahren die Großindustrie, und zwar in der Form des Manufakturbetriebes.

B. Die heutigen Zustände in der Kürschnerei in Breslau.

1. Allgemeines und Topographisches.

Den im vorigen Abschnitt geschilderten Entwicklungsgang hat im allgemeinen auch die Kürschnerei in Breslau genommen. Bei der centralen Stellung Leipzigs ist indessen Breslau, wie alle anderen Städte, speciell Deutschlands, mehr oder weniger von Leipzig abhängig geblieben, insbesondere soweit es sich um den Rauchwarenhandel und die Veredelungsindustrien handelt.

Die Anfänge der modernen Pelzwarenmagazine lassen sich in unserer Stadt bis in den Beginn dieses Jahrhunderts zurückverfolgen. Sie arbeiteten mit einer größeren Anzahl Gesellen und beschäftigten daneben vorwiegend weibliche Arbeitskräfte, welche die Felle zusammennähten und die Futterarbeiten besorgten. Bereits um die Mitte dieses Jahrhunderts bestanden mehrere große Magazine, von denen einige noch heute in Blüte stehen. Allerdings sind die kleinen Kürschnergeschäfte noch in der überwiegenden Mehrzahl vorhanden. Im Laufe der Zeit jedoch, besonders durch den Fremdenverkehr aus Polen begünstigt, entwickeln sich immer mehr Magazine, während die kleinen Kürschnergeschäfte abnehmen, und die Zahl der Heimarbeiter stetig wächst. Mit der fortschreitenden Ausdehnung der Stadt und mit dem Aufschwunge des Rauchwarenhandels seit der Mitte dieses Jahrhunderts ist indessen auch die Zahl der Kürschner im Steigen

begriffen. Nach Ysselstein gestaltet sich bis zum Jahre 1861 das Zahlenverhältnis folgendermaßen[1]:

	Kürschner	Gehilfen
1822	77	—
1825	77	—
1828	78	—
1831	77	—
1834	69	—
1837	87	92
1840	74	94
1843	76	99
1846	71	100
1849	81	106
1852	86	126
1855	92	120
1858	115	159
1861	120	152

Heute giebt es in Breslau ungefähr 130 Kürschner, d. h. Meister, die ein offenes Geschäft haben oder als Heimarbeiter beschäftigt sind. Die Letzteren bilden die überwiegende Mehrzahl, da die Zahl der kleinen Kürschnergeschäfte 25 kaum übersteigt. Diese sind fast durchweg im Innern der Stadt belegen und zum größten Teil in Hausfluren eingerichtet. In den Vorstädten findet man nur selten ein Kürschnergeschäft. Neben diesen kleinen Geschäften existieren etwa 15 Pelzwarenmagazine, die zum Teil sehr elegant ausgestattet sind. Sie liegen nur im Innern der Stadt und zwar in den am meisten frequentierten Straßen, vorzugsweise am Ring, in der Albrechtstraße und auf der Schmiedebrücke. Eines dieser Magazine ist in erster Linie Versandmagazin; seine Produkte werden zu 9/10 nach auswärts, besonders in die Provinz, und nur zu 1/10 am Orte selbst abgesetzt. Ein anderes Magazin fertigt, wie bereits erwähnt wurde, als Specialität Schafpelze für Eisenbahnbeamte, deren Lieferung ihm im Wege der Submission übertragen worden ist. Die Schaffelle, aber nur diese, richtet das Magazin in einer eigenen Zurichterei zu. Die Großindustrie ist in Breslau durch eine Pelzwarenfabrik vertreten, die früher mit einer Kaninfärberei verbunden war.

Kürschnerwaren werden ferner von den größeren Versandmagazinen

[1] Ysselstein: Lokalstatistik der Stadt Breslau. 1866.

für Bekleidungsgegenstände und von Konfektionsgeschäften geführt. Außerdem verkauft eine ganze Reihe von im Innern der Stadt belegenen Damen-, Hut- und Posamentiergeschäften, sowie fast alle größeren Geschäfte, die mit Bekleidungsgegenständen für Damen handeln, im Winter Kürschnerartikel, insbesondere Muffs, Barette und Damenkragen, während die Konfektionsgeschäfte vorwiegend mit Mänteln, Jaquettes und Pelerinen handeln, die entweder ganz aus Pelz hergestellt, oder mit Pelz gefüttert sind.

Die Zurichterei ist sehr schwach vertreten. Es existieren im ganzen kaum mehr als zehn kleine Zurichter, die als Heimarbeiter von den Kürschnern beschäftigt werden. Eine Zurichterei mit fabrikmäßiger Anlage ist erst im Entstehen begriffen. Die Zurichter wohnen in den Vorstädten, meist in der Nähe des fließenden Wassers.

Die Rauchwarenhändler kommen für das eigentliche Handwerk nur insoweit in Betracht, als sie auch Kürschnerwaren fertigen lassen und verkaufen, oder selbst ihre Rauchwaren ganz oder zum Teil zurichten und färben. Das letztere ist nur bei einer großen Rauchwarenhandlung der Fall, die besonders Lamm- und Schaffelle zurichtet und färbt. Dagegen halten die meisten Rauchwarengeschäfte auch fertige Kürschnerwaren feil, die sie hausindustriell herstellen lassen und zum größten Teil an die Kürschner, zum geringen Teil an die Konsumenten selbst absetzen.

2. Die Innung und ihre wirtschaftliche Bedeutung.

Die Kürschner Breslaus sind, soweit sie überhaupt organisiert sind, in der Kürschnerinnung vereinigt, die, wie schon erwähnt, ein sehr beträchtliches Alter aufweist. Ihr Zweck beschränkt sich nach dem letzten Statut vom 1. April 1884 hauptsächlich auf die Abhaltung von Meister- und Gesellenprüfungen und auf die Errichtung bezw. Fortführung einer Kranken- und Sterbekasse für die Innungsmeister und deren Frauen. Aufgenommen kann jeder Großjährige werden, der das Kürschnergewerbe innerhalb des Innungsbezirks selbständig betreibt, sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, nicht in der freien Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist, sich eines ehrenhaften Lebenswandels und ordnungsmäßigen Geschäftsbetriebes befleißigt, wenn er entweder 1. bei einer Innung nach ordnungsmäßiger Lehrlingszeit und abgelegter Gesellenprüfung ausgeschieden, mindestens 5 Jahre als Geselle im Kürschnergewerbe beschäftigt gewesen und die Meisterprüfung vor der Innung abgelegt hat, oder 2. einer anderen bestehenden Kürschnerinnung als Mitglied angehört hat. Das Eintrittsgeld beträgt 15 Mk. für die Innungskasse und 15 Mk. für die Sterbekasse; als

Beiträge werden sodann vierteljährlich 50 Pf. für die Innungskasse und 4 Mk. für die Sterbekasse erhoben. Der letztere Beitrag fällt indessen fort, wenn im ganzen 100 Mk. eingezahlt worden sind. Bei dem Tode des Meisters erhält alsdann die Witwe 200 Mk. ausgezahlt. Alle Vierteljahre findet eine ordentliche Sitzung der Innungsmeister statt, auf welcher die Angelegenheiten des Handwerks beraten werden sollen, meistens aber nur die Beiträge eingezogen und die laufenden Geschäfte erledigt werden. Die Meisterprüfungen werden von einer besonderen Kommission abgenommen; der Geselle hat zu diesem Zwecke unter Kontrolle der Prüfungsmeister einen Pelz vollständig anzufertigen, ein Futter herzustellen und je nach Wahl einen Muff oder eine Mütze zu machen.

Neben dem Vorstand und der Kommission zur Abhaltung von Meisterprüfungen besteht ein Ausschuß für das Gesellen- und Herbergswesen. Zuwandernde Gesellen, welche bei Innungsmeistern Beschäftigung suchen wollen, haben sich zunächst in der Herberge zu melden. Wenn sie sich hier vorschriftsmäßig legitimirt oder erklärt haben, daß sie sich, falls sie bei einem Innungsmeister in Arbeit treten, den Ordnungen der Innung unterwerfen wollen, so erhalten sie eine Bescheinigung, auf Grund deren allein sie von Innungsmeistern in Arbeit genommen werden dürfen. Mitglieder der Innung, welche Gesellen suchen, haben dies dem Obermeister anzumelden; ihre Namen und Wohnungen werden sodann in ein auf der Herberge ausgehängtes Verzeichnis eingetragen. Jeder Innungsmeister, der Gesellen in Arbeit nimmt, hat diese dem Obermeister anzumelden, der sie in die Gesellenrolle einträgt. In der Herberge findet jeder zuwandernde Geselle, der sich vorschriftsmäßig legitimirt, Aufnahme und, sofern er mittellos ist, für 24 Stunden freies Unterkommen und Beköstigung. Den Innungsmeistern gegenüber werden die Gesellen von einem Ausschuß von 5 Mitgliedern vertreten.

Das Lehrlingswesen wird vom Innungsvorstand überwacht; eines der Mitglieder hat von Zeit zu Zeit sich von der Art ihrer Beschäftigung Kenntnis zu verschaffen und sich einmal im Jahre zu überzeugen, ob die Lehrlinge den ihrer Lehrzeit entsprechenden Stand der Ausbildung haben. Die Dauer der Lehrzeit beträgt mindestens 3 Jahre; ein Lehrgeld wird selten gezahlt. Die Innungsmeister, die Lehrlinge halten, haben diese zur Lehrlingsrolle anzumelden. Sie sind zur Beobachtung der Vorschriften des § 126 der Gewerbeordnung verpflichtet und haben die Lehrlinge zum Besuch der hiesigen Fortbildungsschule und des öffentlichen Gottesdienstes anzuhalten. Eine Fachschule existiert nicht, und zwar aus dem Grunde, weil die meisten Felle zu kostbar sind, um zerschnitten zu werden.

Fragt man, was die Innung in wirtschaftlicher Hinsicht leistet, so lautet die Antwort: garnichts. An ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten, das, wenn überhaupt etwas, einzig und allein imstande ist, den kleinen Handwerksmeister zu heben, denkt niemand. Eine Rohstoffgenossenschaft zum Beispiel würde gewiß bedeutende Vorteile bringen; aber es fehlt an Geld, an Mut und an der nötigen Einsicht, um eine solche zu gründen. In der Beschränkung der Gewerbefreiheit und der Einführung des Befähigungsnachweises sehen die Meister allein die Mittel, die eine Verbesserung ihrer Lage herbeiführen können.

Der einzige Schritt, den die Innung in wirtschaftlicher Hinsicht neuerdings gethan hat, ist eine Petition an die Regierung vom Jahre 1894 des Inhalts, der Innung die Vorrechte aus § 100e und f der Gewerbeordnung zu verleihen, wonach nur Innungsmeister Lehrlinge halten dürfen, und diejenigen Arbeitgeber, welche der Innnung nicht angehören, verpflichtet sein sollen, zu den von der Innung getroffenen Einrichtungen (besonders der Gesellenherberge und der Sonntagsschule) in gleichem Maßstabe beizutragen, wie die Innungsmeister und deren Gesellen. Diese Petition ist abschläglich beschieden worden mit der Motivierung, daß in Breslau die außerhalb der Innung stehenden Kürschnermeister und Gehilfen in der Mehrzahl seien, daß erkennbare Erfolge auf dem Gebiete des Lehrlingswesens bisher nicht erzielt worden seien, daß es an dem vorgeschriebenen einheitlichen Formular zur Abschließung von Lehrverträgen fehle, und daß das Eintrittsgeld für die Innung in keinem Verhältnis zu den Beiträgen stehe.

Infolge der geringen wirtschaftlichen Bedeutung der Innung sind die meisten Kürschner, und zwar die jüngeren und intelligenteren, nicht Mitglieder derselben. Die auf Grund der genannten Petition an alle nicht zur Innung gehörigen Meister gerichteten Aufforderungen zum Beitritt sind gänzlich ohne Erfolg geblieben. Der weitaus größte Teil der Innungsmeister wird von den alten Heimarbeitern gebildet, und wer von den größeren Kürschnern Innungsmeister ist, ist dies nur aus Pietät, ohne ein Interesse an der Innung als solcher zu haben. Daher vermindert sich die Zahl der Mitglieder von Jahr zu Jahr; die alten Meister sterben und neue treten nicht mehr ein. Während die Anzahl der Breslauer Kürschnermeister überhaupt seit 1870 ungefähr dieselbe geblieben ist, hat die Zahl derjenigen, die Innungsmitglieder sind, stetig abgenommen; sie betrug 1870 ungefähr 75 und ging 1880 auf etwa 60 zurück. Heute sind von 129 Meistern nur 52 und von 163 Gehilfen nur 73 Innungsmitglieder. Die

Zahl der Lehrlinge hat im allgemeinen sehr abgenommen; 1894 waren 6, 1895 nur 4 Lehrlinge bei Innungsmeistern in der Lehre.

3. Produktionstechnik.

a. Die Zurichterei.

In der Zurichterei überwiegt heute der maschinelle Betrieb. Nur der kleine hausindustrielle Zurichter bedient sich noch des handwerksmäßigen Verfahrens, das wenig von dem, wie es am Ende des vorigen Jahrhunderts üblich war, abweicht. Er verrichtet hierbei folgende Manipulationen:

1. Das Abstoßen des Aases, d. h. das Abschaben der noch am Leder hängenden Fleisch- und Fettteile von dem trockenen Fell;

2. das Fleischen, d. h. das Abschaben des noch übrig gebliebenen Aases von dem naßgemachten Fell;

3. das Bäkeln, d. h. das Auseinandertreiben der Poren des halbtrockenen Leders;

4. das Läutern;

5. das Abziehen, d. h. das Entfernen der noch am Leder haftenden Fasern und das Glätten desselben.

Diese fünf Verrichtungen werden an den Fellen aller fleischfressenden Tiere vorgenommen. Die Felle der Pflanzenfresser, die stets ein zähes, strammes Leder haben, müssen in der Regel noch gebeizt werden. Zu diesem Zwecke werden sie mit einer alkalischen Lösung imprägniert, welche bewirkt, daß die Felle, ohne zu verderben, eine Zeit lang in nassem Zustande liegen können. Dieselben werden sodann mit Weizenkleie oder Gerstenschrot bestrichen, um das Leder weich und geschmeidig zu machen[1].

In der maschinellen Zurichterei werden die Vorbereitungen für das Zurichten: das Abstoßen des Aases, das Einwässern, das Fleischen, das Bestreichen mit der Beize und das Bäkeln, auch heute noch mit der Hand besorgt; die Versuche, das Abfleischen auf maschinellem Wege vorzunehmen, sind als gescheitert zn betrachten. Im Großbetrieb ist jedoch auch hier eine strikte Arbeitsteilung durchgeführt, welche die Arbeit produktiver macht. An die Stelle des Trampelns ist das Walken getreten. Die Walke, die schon früher in der Tuchmacherei und Lederfabrikation angewendet wurde, wird durch mechanische Kraft, Dampf oder Wasser, getrieben. Jeder Hammer

---

[1] Über das technische Verfahren im einzelnen vergl. König in diesen Unters. Bd. 63, S. 315 ff.

der Walke macht 100 bis 150 Hub in der Minute; dadurch wird natürlich ein viel bedeutenderer Effekt erzielt, als beim Trampeln mit den Füßen. Zudem können in der Walke viel mehr Felle zu gleicher Zeit gewalkt werden, als früher in der Tonne getrampelt werden konnten. Nach dem Walken unterliegen die Felle noch mehreren Behandlungen mit der Hand und gelangen dann in die Läutertonnen, deren Rotationsbewegung ebenfalls durch mechanische Kraft erzeugt wird. Nach sechsstündigem Läutern kommen die Felle in die Schütteltonnen, die mit weitmaschigem Draht versehen sind und die Felle von den anhaftenden Sägespänen reinigen.

Mit der Zurichterei geht stets die Färberei Hand in Hand. Bei der Färberei handelt es sich darum, hellen und ungleichmäßig gezeichneten Fellen eine dunkele gleichmäßige Farbe zu geben. Um die Haare für die Aufnahme der Farbe vorzubereiten, werden sogenannte Tötungen angewendet, alkalische Verbindungen, welche die Haare entfetten und den hornartigen Überzug derselben soweit erweichen, daß die Farbe leicht eindringen kann; die Tötungen sind von verschiedener Beschaffenheit, je nach der Farbe, welche die Haare erhalten sollen. Am häufigsten wird Ätzkali und Bleioxyd oder Kalkwasser angewendet. Die Hauptrolle in der Pelzfärberei spielen die braunen und schwarzen Farben. Zu ihrer Herstellung werden hauptsächlich Galläpfel gebraucht. Diese werden gebrannt, fein gemahlen und mit Eisen- oder Kupferoxyd vermischt. Zu den schwarzen Farben wird außerdem Blauholz gebraucht.

Das Färben geschieht auf zwei verschiedene Arten. Entweder werden die Farben mit Bürsten oder Pinseln auf die Felle aufgetragen (Streichverfahren), oder die Felle werden in die Farbe eingetaucht, so daß das Leder mit gefärbt wird (Tunkverfahren).

In der maschinellen Färberei werden die Galläpfel in eisernen Trommeln gebrannt, gemahlen und mit den Metallsalzen von besonderen Reibmaschinen zu einem flüssigen Brei verrieben. Die Tunkfarben werden in Kesseln mit kontinuierlicher Dampfheizung gekocht. In Maschinen, die mit Bürsten versehen sind, werden die Streichfarben aufgetragen. Schließlich gelangen die Felle in die Schütteltonnen und in die großen Spül- und Waschtonnen, die in fließendem Wasser rotieren und die Felle reinigen.

Die Färberei spielt heute in der Kürschnerei eine sehr bedeutende Rolle. Erst durch sie werden viele Fellsorten für die Verarbeitung brauchbar gemacht, so insbesondere Kanin-, Hasen-, Lamm- und Schaffelle; andere wieder werden, bevor man sie färbt, „gerupft", d. h. von den langen Oberhaaren befreit, so daß nur die weiche Unterwolle stehen bleibt. Durch die Verrichtungen des Rupfens und Färbens wird aus diesen Fellen ein Produkt

hergestellt, das an Eleganz und Feinheit sich mit dem natürlichen Fell nicht vergleichen läßt, und für welches unsere Mode reiche Verwendung findet. Es unterliegt diesem Verfahren besonders das Fell eines amerikanischen Seehundes, aus welchem auf diese Weise der kostbare Sealskin hergestellt wird, in neuester Zeit besonders auch Bisam, der seitdem als Sealbisam einen der gesuchtesten Rohstoffe bildet. Andere Felle werden an Stelle des Rupfens geschoren und dann gefärbt; dies ist besonders beim Kanin der Fall, dessen Gebrauchswert hierdurch bedeutend gesteigert wird.

Die Zurichterei und Färberei hat überall, wo sie in großem Maßstabe betrieben wird, die Herstellung von Specialitäten gezeitigt. Sealskin wird nirgends so gut wie in London hergestellt. Lyon und Brüssel sind unerreicht im Färben und Scheren von Kanin und Hasen. In Leipzig werden, wie schon erwähnt, vornehmlich Feh, Lamm- und Schaffelle zugerichtet und gefärbt.

b. Die eigentliche Kürschnerei.

Bevor die Verarbeitung der Felle zu Gebrauchsgegenständen erfolgt, unterliegen sie meist noch einigen Verrichtungen, die entweder gleich vom Zurichter oder vom Kürschner besorgt werden. Es sind dies das *Anbracken*[1] und das *Strecken*.

Das Strecken geschieht mit dem Streckholz oder Streckeisen, mit welchem das auf einem Tisch liegende Fell nach allen Seiten auseinandergetrieben wird. Runde Felle werden dadurch gestreckt, daß sie über gut geglättete Brettchen von dünnem Holz oder über dreiteilige Scheiden, die Haare nach innen gewendet, aufgespannt werden.

Hat der Kürschner die Felle en gros eingekauft, so muß er sich zunächst der Arbeit des *Sortierens* unterziehen. Das Sortieren kann zum Zwecke des Weiterverkaufs oder zum Zwecke des eigenen Bedarfs geschehen. Wird zum Zwecke des Weiterverkaufs sortiert, so werden nach der Qualität zunächst drei verschiedene Sorten gemacht, die als Prima, Sekunda, Tertia, oder als Prima, Halbwuchs und Schwarten bezeichnet werden. Sodann werden verschiedene Qualitäten nach der Größe und Farbe gebildet. Vorausgesetzt wird stets, daß in erster Linie nur Ware einer Gegend zum Sortieren gelangt. Wie weit man in der Genauigkeit des Sortierens gehen kann, zeigt ein Blick auf die Preisverzeichnisse der Rauchwarenhandlungen.

---

[1] Über dieses *König* a. a. O. S. 318.

Lomer zählt z. B. 55 Sorten zubereiteter Nörze und 45 Sorten amerikanischer Zobel auf.

Werden die Felle zum eigenen Gebrauch sortiert, so müssen in erster Linie die für den einzelnen Pelzgegenstand, der gerade hergestellt werden soll, passenden Felle und in zweiter Linie möglichst gleichartige ausgewählt werden. Es geht hieraus hervor, daß der Kürschner, der größere Quantitäten von Rauchwaren einkaufen kann, einen bedeutenden Vorteil vor dem genießt, welcher sich beim Einkauf einschränken muß; denn je größer die Anzahl der Felle ist, desto gleichartiger und schöner kann das Fabrikat ausfallen.

Die Hauptthätigkeit des Kürschners besteht im Zuschneiden und Nähen der für einen bestimmten Gegenstand sortierten Felle. Das Zuschneiden ist die schwierigste Verrichtung des Kürschners. Sie erfordert genaueste Kenntnis der specifischen Eigenschaften der einzelnen Fellarten bezüglich der Länge, Dichtigkeit und Feinheit des Haares, der Zeichnung und der Elasticität des Leders. Zunächst muß sich der Kürschner darüber klar sein, in welcher Weise und aus wie vielen Fellen das zu fertigende Produkt zusammengesetzt oder wie es aus dem einzelnen Fell herausgeschnitten werden soll. Je nach den Eigentümlichkeiten der einzelnen Fellsorten werden auch die Schnitte in verschiedener Weise in die Felle gelegt.

Die Schnittflächen der Felle werden sodann durch eine überwendliche Naht miteinander vereinigt. Sind aber die Haare der beiden Felle, die aneinander genäht werden sollen, von ungleichmäßiger Länge, so wird das sogenannte Auftreten angewendet. Man legt zu diesem Zwecke die Felle derart aneinander, daß die kurzhaarige Seite ein wenig über die langhaarige übersteht und näht sie nun zusammen.

Das Nähen geschieht auch heute noch größtenteils mit der Hand, obwohl seit etwa 15 Jahren eine Pelznähmaschine existiert, eine kleine Werkzeugmaschine, die nach dem System der Handschuhnähmaschine konstruiert ist. Sie wird mit den Füßen, wie eine gewöhnliche Nähmaschine in Bewegung gesetzt. Die Maschine liefert so viel, wie sechs Näherinnen, sie erfordert aber eine geübte Arbeiterin zur Bedienung und ist im wesentlichen, da sie zu viel Leder faßt, nur zur Fertigung gröberer Arbeit, besonders zur Herstellung von Pelzfuttern, zu verwenden. Daraus ist es zu erklären, daß z. B. in der Fabrik auf 100 Näherinnen nur 6 Nähmaschinen kommen, und daß manche Magazine gänzlich ohne Maschine arbeiten.

Die genähten Felle werden gefüttert und die Pelzwaren schließlich auf verschiedene Weise fertig gestellt.

Zur Herstellung der Stoffmützen bedient sich der Kürschner einer

Mützennähmaschine, die gleichfalls mit den Füßen in Bewegung gesetzt wird. Ohne diese Maschine kann heute ein Kürschner, der Mützen fertigt, nicht konkurrieren. Die genähten Mützen werden zum größten Teil sodann auf Holzformen gespannt, angefeuchtet und in Öfen getrocknet. Schließlich werden sie gefüttert, mit Verzierungen und häufig mit einem Schirm versehen, der aus Pappe oder Leder, neuerdings auch aus Cellulose, hergestellt ist.

4. Betriebsverhältnisse.

a. Anlagekosten.

Die Neuanlage eines Kürschnergeschäftes ist insofern nicht ganz billig, als der Kürschner einen gewissen Vorrat von Rauchwaren haben muß, die mit Ausnahme der gewöhnlicheren Sorten einen ziemlich hohen Wert repräsentieren. Das Anlagekapital, welches von einem kleinen Kürschnergeschäft benötigt wird, ist daher auch relativ ein weit geringeres als das, welches zur Errichtung eines Pelzwarenmagazins erforderlich ist, weil die kleinen Geschäfte nur billige Rauchwaren verarbeiten.

Für ein kleines Kürschnergeschäft sind als Minimum ungefähr 1000 Mk. Anlagekapital nötig, und zwar: 100 Mk. für Ladeneinrichtung, 100 Mk. für Werkzeuge und Formen, 100 Mk. für eine Mützennähmaschine, ohne welche der kleine Meister nicht bestehen kann, und 700 Mk. für Felle, und zwar besonders für Katzen, Kanin, Hasen, Nutriabiber, Opossum, Waschbär, Lamm- und Schaffelle.

Dagegen erfordert die Errichtung eines Durchschnittsmagazins mindestens 30 000 Mk., und zwar: 5000 Mk. für Ladeneinrichtung, 1000 Mk. für Werkzeuge, 4000 Mk. für Tuche und 20 000 Mk. für Rauchwaren. Die letztere Summe erscheint nicht zu hoch gegriffen, wenn man erwägt, daß, um nur einige Beispiele zu nennen, nach dem Preisverzeichnis von Heinrich Lomer in Leipzig pro 1895—96 schwarze Bären bis 250 Mk., Eisbären bis 450 Mk., Biber bis 70 Mk., Chinchilla bis 25 Mk., Virgin. Iltis bis 70 Mk., Virgin. Ottern bis 135 Mk., Seeottern bis 1800 Mk., Skunks bis 11 Mk., Nörze bis 15 Mk., amerik. Zobel bis 30 Mk., sibirische Zobel bis 250 Mk., Tiger bis 650 Mk. per Stück kosten.

b. Rohmaterial.

Als Rohmaterial kommen in der Kürschnerei hauptsächlich Felle, Futter und Bezugstoffe in Betracht.

Die wertvolleren Fellsorten werden in der Regel roh, die billigeren bereits zugerichtet und gefärbt von dem Kürschner gekauft. Der Wert der Rauchwaren richtet sich nach ihrer Brauchbarkeit, Qualität, d. h. Dichtigkeit und Feinheit des Haares, nach ihrer Seltenheit, Größe, Farbe und nach der Mode.

Je nach der Jahreszeit, in welcher die Pelztiere erlegt werden, sind ihre Farben verschiedenartig. Es ist bekannt, daß im Frühjahr die Tiere ihr Winterhaar verlieren; das Sommerfell ist dünn, kurzhaarig und meist dunkler gefärbt, als das Winterfell. Wird das Tier erlegt, bevor das Sommerkleid vollkommen abgelegt ist, so sind die Felle öfters von ungleichmäßiger Struktur und Farbe. Im Winter ist das Haar am dichtesten, und das Fell daher am wertvollsten. Um Neujahr ungefähr ist das Fell ausgewachsen, von da an verschlechtert es sich wieder allmählich; es bilden sich neue durchsprießende Haare oder auch abgeriebene Stellen (nachgefallene Felle). Schließlich geht, wenn es wärmer wird, die Behaarung in ganzen Flocken herunter, bis das Sommerkleid von allen Anhängseln des Winters befreit ist.

Ebenso wie der Wechsel der Jahreszeiten ist der Unterschied der Gegend, des Klimas und des Futters der Tiere von großem Einfluß auf die Veränderungen der Felle. Dieser Unterschied ist oft schwer zu erkennen, und doch beeinträchtigt er den Wert der Felle bedeutend. Im allgemeinen haben die Tiere, die in rauhen Gegenden mit reichlichem Futter leben, die besten Felle.

In dritter Linie hängt die Güte der Felle von der Art und Weise ab, wie sie konserviert worden sind. Die Felle müssen frisch abgezogen, ausgespannt und lufttrocken gemacht sein. Werden sie zu großer Wärme ausgesetzt, so „verbrennt" das Leder, d. h. es schrumpft zusammen und wird brüchig. Wird dagegen das Fell zu langsam getrocknet und nicht richtig ausgespannt, dann „verstinkt" es, d. h. es entwickelt sich ein Fäulnisprozeß, dessen Folge ist, daß die Haare des Felles ausfallen.

Bei allen Tieren sind die Haare an den verschiedenen Teilen des Felles von ungleicher Dichtigkeit und Farbe. Der Rücken ist in der Regel am dichtesten behaart und von der dunkelsten Farbe, während die Seiten und der Bauch heller gefärbt und weniger stark behaart sind. Diese Kenntnis ist für die Technik des Zuschneidens von der allergrößten Wichtigkeit.

Die Preise für Rauchwaren schwanken außerordentlich, je nachdem die Ausbeute war, und die Mode das eine oder andere Fell bevorzugt. Der Rauchwarenhandel ist daher immer mit einem mehr oder weniger

großen Risiko verbunden. An ihm beteiligen sich neben den eigentlichen Rauchwarenhändlern auch die größeren Kürschner. Denn die Kürschnerei ist von dem Rauchwarenhandel nicht zu trennen, wenn auch der große Rauchwarenhandel neben der Kürschnerei besteht. Die meisten Kürschner kaufen von den Sammlern, den Landleuten und Jägern die einheimischen Wild- und Landwaren auf, zu denen Füchse, Edel- und Steinmarder, Iltis, Dachse, Hasen, Kanin, Katzen, Lamm- und Schaffelle gehören. Diese Felle, die zum Teil verarbeitet, zum Teil weiterverkauft werden, lassen die Kürschner, soweit sie sie verarbeiten, in der Regel noch von kleinen Zurichtern zubereiten. Im übrigen kauft der Magazininhaber die Rauchwaren zum größten Teil in Leipzig in rohem Zustande und läßt sie dann in den maschinellen Zurichtereien in der Nähe von Leipzig zurichten. Der kleine Kürschner dagegen bezieht seine Rauchwaren fast stets bereits zugerichtet und zwar von den hier angesessenen Rauchwarenhändlern.

Neben den Fellen braucht der Kürschner zur Herstellung der Pelzwaren, je nachdem die Felle nach außen oder innen getragen werden, Futter- und Bezugstoffe. Der Kürschner benutzt zu Bezügen für Herrenpelze verschiedene Tuche, die er von den Tuchgeschäften kauft; zu Bezügen für Damenpelze werden Sammet, Seide, Peluche, Damassees, seltener Tuche und Cheviots benutzt. Als Futter für Kragen, Pelerinen, Muffs, Barette u. s. w. wird Seide, Halbseide und Atlas gebraucht. Als Zwischenfutter kommen Watte, Federn und Roßhaar in Betracht; ganz billige Artikel werden auch mit Heu gefüttert.

In der Mützenfabrikation werden als hauptsächlichste Rohstoffe Seide, Peluche, imitierter Krimer und verschiedene Tuche verwendet; als Futter wird Gaze, Halbseide und Wollatlas benutzt. Die Kürschner kaufen diese Stoffe zum großen Teil in hiesigen Resthandlungen.

c. Arbeitskräfte.

Die männlichen Arbeiter, auch die in der Großindustrie beschäftigten, sind fast durchweg gelernte Kürschner, welche die Gesellen-, häufig auch die Meisterprüfung abgelegt haben. Daneben wird ungefähr die doppelte Anzahl weiblicher Arbeitskräfte beschäftigt. Diese eignen sich wegen ihrer manuellen Geschicklichkeit besonders zum Nähen und Einfüttern der Felle. Sie werden in der Regel von einem Gesellen oder Heimarbeiter in kurzer Zeit angelernt.

Die Arbeiter werden entweder in den Arbeitsräumen des Arbeitgebers, oder in ihren eigenen Wohnungen als Heimarbeiter beschäftigt. Der Heim-

arbeiter repräsentiert meist den Typus des Sweaters: er beschäftigt neben seiner Frau und seinen Kindern, wenigstens in der Hauptsaison, mehrere Näherinnen, die er selbst ablohnt.

Die Arbeiter zerfallen in solche, die Pelzwaren, und solche, die Mützen herstellen; die letzteren wieder in Arbeiter für Seidenmützen, Studenten-, Militär-, Kindermützen u. s. w.

Die Teilung der Arbeit in der Pelzkürschnerei ist in der Regel derartig, daß die männlichen Arbeiter die Felle sortieren, spannen, zuschneiden und die Produkte schließlich fertig stellen, während die weiblichen Arbeiter sie nähen und füttern.

Neben den gelernten Kürschnern wird in der Kürschnerei auch eine Anzahl gelernter Schneider und Schneiderinnen beschäftigt, zum Teil in den Werkstätten der Arbeitgeber, zum Teil als Heimarbeiter, und zwar Herrenschneider zur Herstellung der Bezüge für Herrenpelze und Schneiderinnen zur Herstellung der Damenpelzbezüge.

Die Zahl der in den einzelnen Betrieben beschäftigten Arbeiter ist wie folgt verschieden. Die Fabrik beschäftigt ungefähr 100 weibliche und 50 männliche Arbeiter, eine Anzahl Reisender, Buchhalter, Comptoirdiener u. s. w. und daneben eine sehr große Zahl Heimarbeiter. Die Magazine beschäftigen 2 bis 6 Gesellen und die doppelte Anzahl Nähmädchen, daneben meist einen Herrenschneider und eine Schneiderin und 10 bis 20 Heimarbeiter. Mehr Arbeitskräfte hat ein Magazin in der Regel nur, wenn es vorwiegend Versandmagazin ist. Der kleine Meister arbeitet stets ohne Gesellen, wohl aber beschäftigt er in der Hochsaison meist eine Näherin und mehrere Heimarbeiter, besonders zur Herstellung von Mützen.

Die Stellenvermittelung geschieht durch Zeitungsannoncen und durch die Gesellenherberge, und zwar bürgert sich die erstere Art immer mehr ein.

Die Lohnverhältnisse sind nach den Betrieben verschieden. Die Fabrik zahlt nur Accordlöhne, und zwar sowohl den in ihren Räumen beschäftigten Arbeitern wie den Heimarbeitern. Die Magazine und die Kleinmeister zahlen in der Regel den in der Werkstatt beschäftigten Arbeitern Zeitlöhne, den Heimarbeitern natürlich Accordlöhne. Die Lohnsätze der Fabrik sind durchschnittlich um ein Bedeutendes niedriger, als diejenigen des Magazins und des Kleinmeisters. Um ein Beispiel zu nehmen: das Einfüttern eines Muffs wird von der Fabrik mit 3 Pf. bezahlt, während der kleine Meister dafür 30 Pf. ausgiebt. Infolge dieser niedrigen Lohnsätze verdient der Kürschner in der Fabrik höchstens 10 bis 15. Mk. pro

Woche, während das Magazin 15 bis 36 Mk. Wochenlohn zahlt. Ebenso differieren die Lohnsätze für Nähmädchen. In der Fabrik besteht ein eigentümliches Lohnsystem insofern, als selbst die in den Räumen des Fabrikanten beschäftigten Mädchen nicht von diesem, sondern von den Gesellen, unter welchen sie arbeiten, abgelohnt werden. Die Nähmädchen verdienen auf diese Weise in der Regel bloß 3 bis 5 Mk. pro Woche, nur sehr geschickte bringen es bis auf 7 Mk., während sie vom Magazin bis 12 Mk. Lohn erhalten.

Die Arbeitszeit beträgt meist 12 bis 13 Stunden mit 1 bis 1½stündiger Mittagspause; in der Saison werden stets Überstunden gemacht, so daß in der Regel 15 Stunden herauskommen.

Da die Saison für die Kürschnerei in den Winter fällt, so ist die Arbeitsgelegenheit im Winter eine bedeutend größere als im Sommer. Im allgemeinen decken sich im Winter Arbeitsnachfrage und Arbeitsangebot, während im Sommer ein Teil der Arbeiter ohne Arbeit ist. Sie müssen daher, um den Sommer aushalten zu können, entweder im Winter sparen, oder in einer anderen Branche Beschäftigung suchen. Dieser Mangel an Arbeitsgelegenheit im Sommer ist der Hauptgrund für die schlechte Lebenshaltung der Kürschnergesellen und Heimarbeiter.

Ebenso ist die sociale Lage der Gesellen schlecht. Allerdings ist die Selbständigmachung des einzelnen heute durch den Wegfall des Befähigungsnachweises erleichtert; andererseits aber ist sie wieder durch das Kapitalerfordernis und die mißliche wirtschaftliche Lage des Kleinmeisters ungemein erschwert. Die Gesellen bleiben daher ihr Leben lang Gesellen, oder werden — und dies ist in der Regel der Fall, wenn sie heiraten — Heimarbeiter.

5. Absatzverhältnisse.

Die in Breslau gefertigten Kürschnerwaren werden hauptsächlich am Ort und in der Provinz abgesetzt; über die Provinz hinaus liefern nur die großen Magazine und die Fabrik. Für den lokalen Bedarf arbeiten die Fabrik, das Magazin und der kleine Kürschner. Der Letztere ist nur auf den Absatz am Ort angewiesen, während das Magazin einen großen Teil seiner Produkte an die Provinz abgiebt, und, wenn es Versandmagazin ist, sein Absatzgebiet über ganz Deutschland ausdehnt. Während das Konfektionsgeschäft meist Reisende unterhält, die die Mittelstädte Deutschlands besuchen und die Produkte an Zwischenhändler absetzen, schickt das Pelzwarenmagazin an die Konsumenten Preisverzeichnisse, auf Grund

deren die Bestellungen erfolgen; er vermeidet also den Zwischenhändler. Ein hiesiges Pelzwarenmagazin versendet jährlich gegen 75 000 Kataloge über ganz Deutschland. Die Großindustrie wendet sich nur an den Zwischenhändler, sie liefert bis Holland und Frankreich, und zwar belegt sie vornehmlich Nichtkürschnergeschäfte mit ihren Produkten. Die Vermittelung der Bestellungen geschieht durch Reisende. Der Export von Pelzwaren nach Österreich und Frankreich ist insofern erschwert, als die dortigen Zölle dreimal so hoch sind, wie die unserigen; infolgedessen werden nach Österreich und Frankreich wenig oder gar keine Pelzwaren exportiert.

Neben den lokalen Erzeugnissen kommen besonders die Produkte der Berliner und Wiener Großindustrie auf den hiesigen Markt. Sie werden in erster Linie von Nichtkürschnergeschäften, z. B. von Damenhut-, Posamentier-, Trikotagen- und Kurzwarengeschäften vertrieben, daneben aber auch, und zwar von Jahr zu Jahr mehr, von kleinen Kürschnergeschäften und kleineren Pelzwarenmagazinen.

Die Zurichterei beschränkt sich auf den lokalen Bedarf, ohne diesen indessen entfernt decken zu können. Der weitaus größte Teil der hier zur Verarbeitung gelangenden Rauchwaren wird, soweit er nicht bereits zugerichtet eingekauft wird, in Leipzig zugerichtet. Nur Lamm- und Schaffelle werden auch in Breslau in größeren Quantitäten zubereitet und gefärbt. Mit diesem Produkt ist Breslau auch auf der Messe in Leipzig vertreten, wo die Felle größtenteils an deutsche Zwischenhändler oder Kürschner weiter verkauft werden.

Das Absatzgebiet der Mützenfabrikation ist an den lokalen Bedarf gebunden.

6. Die Lage der Kürschnerei.

Die heutige wirtschaftliche Lage der Kürschner in Breslau ist keine sehr glänzende. Es ist nach den Zeiten des Aufschwungs im Rauchwarenhandel und der Umgestaltung der Produktionstechnik in der Zurichterei und Färberei eine Periode der Stagnation eingetreten. Zwar sind seit den letzten 20 Jahren einzelne Geschäfte zum Teil aus kleinen Anfängen zu großen Magazinen emporgeblüht, aber die große Mehrzahl ist auf derselben Stufe stehen geblieben, auf der sie schon vor 20 Jahren stand, oder zurückgegangen.

Für die Lage des einzelnen Kürschnermeisters sind zunächst die individuellen Umstände, die in der Person des Handwerkers, in dem Renomee und in der Lage des Geschäftslokals liegen können, maßgebend. Es macht natürlich einen bedeutenden Unterschied, ob ein Meister über kaufmännische

Umsicht, Warenkenntnis, technische Geschicklichkeit und Kapital verfügt, oder ob er unintelligent und schwerfällig ist und, ohne viel vom Handwerk zu verstehen, nur mit geringen Mitteln sein Geschäft betreibt. Auch der Ruf und die Lage des Geschäfts spielen eine bedeutende Rolle. Ein altes bewährtes Geschäft, welches im Innern der Stadt liegt, hat einmal den Kreis der festen Kunden, die seit Jahren an derselben Stelle kaufen, weil sie von der Reellität überzeugt sind, und außerdem lockt es aus der Menge der Menschen, die sich in größerer Zahl an ihm vorbeibewegen, als an den Geschäften in den Vorstädten, stets neue Kunden an.

Neben den individuellen Verhältnissen wird die Lage des Handwerkes durch eine Reihe allgemeiner Umstände bedingt, die, unabhängig von der Person des einzelnen Meisters, entweder das ganze Gewerbe oder einzelne Typen desselben betreffen.

Seit den siebziger Jahren macht sich ein allgemeiner Rückgang der Preise fast aller Pelzwaren geltend, obwohl sich die Produktionskosten keineswegs vermindert, sondern eher erhöht haben. Zwar sind die Rauchwaren, abgesehen von den jährlichen Schwankungen, mit wenigen Ausnahmen im Preise ziemlich gleich geblieben, aber die Arbeitslöhne sind in die Höhe gegangen. Früher erhielt ein Geselle 10 bis 15 Mk. Lohn pro Woche, heute sind 18 Mk. das Minimum, welches ein Arbeiter, der etwas versteht, beansprucht. Die Folge davon ist, daß der Verdienst des Kürschners bedeutend herabgesunken ist. Er beträgt heute 30 bis 40 Prozent weniger als vor 20 Jahren. Ein Kaninmuff kostete damals 3 bis 5 Mk., während heute ein gleichwertiger 2 bis 3 Mk. kostet, ein Iltismuff 20 bis 30 Mk., heute 12 bis 18 Mk., ein Nerzmuff 25 bis 50 Mk., heute 15 bis 30 Mk., ein Zobelmuff 40 bis 80 Mk., heute 30 bis 50 Mk.

Diesen Rückgang der Preise empfindet der Kürschner um so schwerer, als er darauf angewiesen ist, im Winter soviel zu verdienen, daß er den Sommer über leben kann. Früher war dies leicht möglich, jetzt müssen selbst bessere Magazingeschäfte im Sommer zu dem Verkauf von Mützen und Hüten greifen — einzelne handeln sogar mit Schlipsen —, um die hohen Ladenmieten zahlen und ihren Unterhalt bestreiten zu können. Nur ganz wenige große Magazine sind auf den Verkauf solcher Sommerartikel nicht angewiesen.

Sodann kommen die Bedarfsverschiebungen in Betracht, welche durch die besseren Heizungsanlagen und die vollkommenen Verkehrseinrichtungen herbeigeführt worden sind [1]. Was heute an Pelzen und Pelz=

[1] Über diese König a. a. O. S. 320.

mützen weniger getragen wird, wird an Stoffmänteln und Hüten mehr verbraucht; der Mehrbedarf kommt der Schneiderei und Hutmacherei zu gute. Indessen hat die Mode für teilweisen Ersatz des Minderverbrauchs in der Kürschnerei durch Schaffung einer Reihe von neuen eleganten Produkten Sorge getragen, die fast durchweg in erster Linie Luxusartikel sind, was schon daraus hervorgeht, daß sie zum Teil auch im Sommer getragen werden.

Als Konkurrenzindustrie kommt hauptsächlich die Schneiderei in Betracht, und zwar in Form des Magazingeschäftes für Damenkonfektion. Es hat seit Anfang der siebziger Jahre allmählich eine Verschmelzung der Damenkonfektion mit der Kürschnerei stattgefunden, und je mehr im Laufe der Jahre die Mode in der Damenkonfektion Pelzwaren und Pelzbesätze in Aufnahme brachte, um so mehr machte sich der Konfektionär die Kürschnerei in seinem Produktionskreis dienstbar. Zuerst begnügte er sich damit, die Damenmäntel und Jacketts mit Pelzbesätzen zu versehen, die er von einzelnen hausindustriellen Kürschnern herstellen ließ. Heute dagegen haben alle größeren Damenmäntel- und Ausstattungsgeschäfte zum Teil eigene Kürschnerwerkstätten, zum Teil beschäftigen sie eine sehr große Anzahl Kürschner als Heimarbeiter. Sie fertigen nicht nur Mäntel mit Pelzbesätzen, sondern besonders Schulterkragen, Pelerinen und Capes, die ganz aus Pelz hergestellt sind, ja sogar Damenpelze und Pelzjacketts, Produkte, die man früher ausschließlich im Kürschnergeschäft kaufte. In den Berichten der Breslauer Handelskammer beginnen die Klagen über die Konkurrenz der Konfektionsgeschäfte im Jahre 1874. In dem Bericht dieses Jahres heißt es, daß gefärbter Waschbär und Hasenfelle als Ersatz für den teueren Skunks von den Konfektionsgeschäften zum Nachteil des Publikums und der Kürschner in Aufnahme gebracht werden. Seit dem Jahre 1874 stelle die schwindelhafte Spekulation aus verbrannten und unausgewachsenen Fellen, die als „Schwarten“ ausrangiert werden, Pelzwaren her, die auf dem Wege von Auktionen, hinter denen sich der Spekulant leicht verstecken könne, an das Publikum abgesetzt würden. Der Bericht von 1875 verzeichnet die Thatsache, daß sich die Konfektionäre immer mehr dem Verkauf von Pelzwaren zuwenden und mit schlechten, gefärbten Waren dem Kürschner Konkurrenz machen. Daß diese Konkurrenz keine gering zu schätzende ist, kann man daraus ersehen, daß ein großes Konfektionsgeschäft jährlich für ungefähr 50 000 Mk. Kürschnerwaren umsetzt.

Der hauptsächlichste Grund indessen für die gedrückte Lage ist im Schoße des Gewerbes selbst, und zwar in der erbitterten gegen=

seitigen Konkurrenz zwischen den einzelnen Formen des selbständigen Betriebes zu suchen.

Es wurde bereits mehrfach erwähnt, daß sich heute in der Kürschnerei drei scharf voneinander gesonderte Typen selbständiger Betriebe gegenüberstehen, die Fabrik, das Magazin und der Kleinmeister, deren wirtschaftlicher Charakter und deren Lage wesentlich voneinander verschieden sind.

Die Fabrik stellt sich bei dem Fehlen fast aller Maschinen und dem Überwiegen der Handthätigkeit als ein Manufakturbetrieb dar, und zwar repräsentiert sie diejenige Grundform desselben, die das Produkt in einer Reihe einander folgender Verrichtungen bildet, welche an ein und demselben Gegenstande vorgenommen werden. Die Arbeitsteilung ist noch wenig durchgeführt. In der Regel spannt ein Arbeiter die Felle auf und schneidet sie zu, die Mädchen nähen und füttern sie, und ein anderer Arbeiter stellt dann den Pelzgegenstand fertig. Die Pelznähmaschine findet verhältnismäßig selten Anwendung. Dies hat seinen Grund einmal darin, daß sie nicht genug leistet und außerdem in den niedrigen Lohnsätzen für Näherinnen. Die Thätigkeit des Arbeiters ist insofern eine handwerksmäßige, als er, abgesehen von den Arbeiterinnen an den Nähmaschinen, nie zum Teil oder Bediener einer Maschine wird. Neben den gelernten Kürschnern beginnt die Großindustrie in der letzten Zeit auch jugendliche Arbeiter einzustellen, die nicht gelernte Kürschner sind, die aber von den gelernten Arbeitern für eine bestimmte Arbeitsverrichtung herangebildet werden. Wenn diese jugendlichen Arbeiter einmal ihre Handgriffe verstehen, leisten sie fast ebensoviel wie gelernte Kürschner und können trotzdem mit einem niedrigeren Lohnsatz abgefunden werden. Als Heimarbeiter beschäftigt die Großindustrie neben den gelernten Kürschnern vornehmlich weibliche Arbeiter, welche die Produkte gewöhnlich zugeschnitten oder bereits genäht erhalten und sie nähen oder einfüttern müssen.

Das Eigentümliche eines derartigen Großbetriebes ist Massenproduktion und Massenabsatz. Für die Massenproduktion eignen sich nur geringwertige Waren, die wegen ihrer Billigkeit auf einen weiten Abnehmerkreis rechnen dürfen. Da die besseren Rauchwaren aber alle verhältnismäßig teuer sind, so ist die Produktion des Großbetriebes in der Qualität nach oben hin eng begrenzt. Wirklich gute und haltbare Felle werden selten, teuere und feine nie verarbeitet. In der Regel huldigt die Großindustrie dem Princip, daß es nicht sowohl auf die Güte, als auf die Billigkeit der Produkte ankommt. Drei Faktoren haben insbesondere diesen Grundsatz begünstigt: das Fehlen einer überlegenen maschinellen Technik, die Konkurrenz und das Suchen nach einem Zwischenhändler.

Als die Großindustrie einsetzte, fand sie bereits das Magazin und den kleinen Kürschner als fertige, historisch gewordene Typen vor. Um mit beiden erfolgreich konkurrieren zu können, mußte sie entweder besser oder billiger produzieren. Besser produzieren als der Handwerker, konnte sie nicht, weil sie sich nicht auf eine neue vorteilhafte Technik stützen konnte. Sie mußte also den Tauschwert der Produkte zu vermindern suchen, indem sie billiger produzierte.

Durch Einkäufe größerer Massen von Rohstoffen, durch weitergehende Ausnützung der Arbeitskräfte, durch Herabdrücken der Lohnsätze gelang es wohl dem Großbetrieb, ein Produkt herzustellen, das billiger war, als es der Handwerker zu fertigen vermochte; allein die hohen Spesen für Reisende, die bedeutenderen Ausgaben für Mieten, für Beleuchtung und Heizung und der prozentuale Zuschlag, den der Zwischenhändler auf das Produkt legte, hoben diesen Vorteil beinahe wieder auf. Damit allein konnte also die Großindustrie den Handwerker nicht aus dem Felde schlagen. Sie mußte um jeden Preis ein noch billigeres Produkt auf den Markt werfen, und kaufte, um ein solches fertigen zu können, das Billigste an Rauchwaren auf, was überhaupt zu haben war. Verbrannte und verstunkene Felle, gefärbte Hasen und Kanin, daneben Katzenfelle, bilden außer den Krimerimitationen, die sich wegen ihrer gleichmäßigen Form ganz besonders zur Massenproduktion eignen, den größten Teil der von der Großindustrie verwendeten Rohstoffe. Mit dem Steigen der Nachfrage nach billigen Rauchwaren begann deren Durchschnittsqualität zu sinken. Felle, an deren Verarbeitung früher niemand gedacht hatte, weil sie die darauf verwendete Zeit und Arbeit nicht lohnten, werden in Massen auf den Markt gebracht, von der Großindustrie gekauft und verarbeitet. In der Regel kommen solche Qualitäten schon zugerichtet und gefärbt auf den Markt, weil sie in rohem Zustande ganz unansehnlich sind. Daraus fertigt dann die Großindustrie ein Produkt, das an Billigkeit und Erbärmlichkeit unerreicht dasteht, insbesondere Pelzgalanterieartikel wie Muffs, Boas, Kragen, Pelerinen, Baretts, Mützen.

Mit diesen Produkten war es nun auch nicht schwer, einen Bundesgenossen für den Vertrieb zu finden. Es konnte dies in erster Linie nur ein Nichtkürschner sein. In der That waren bald alle möglichen Geschäfte, die mit Bekleidungsgegenständen für Damen handeln, bereit, den Detailhandel zu übernehmen. Bedingung hierfür war nur, daß das Produkt an Billigkeit die Waren der Kürschnergeschäfte übertraf; nur dann konnte es möglich sein, das Publikum, das gewöhnt war, Pelzsachen bei dem Kürschner zu kaufen, anzulocken. Daß das Produkt nicht hält, kümmert das Geschäft

wenig, es übernimmt für die Waren keine Garantie und ist auch nicht auf den Verschleiß von Kürschnerwaren allein angewiesen.

Man würde jedoch dem Großbetrieb Unrecht thun, wenn man behauptete, er fertige nur schlechte Waren. Die teureren Produkte, insbesondere diejenigen aus gutem, imitierten Krimer und aus französischem Kanin, repräsentieren einen hohen Gebrauchswert. Diese Artikel aber fertigt der Handwerker ebenso gut und ebenso billig.

Das Pelzwarenmagazin ist wie andere Magazine in der Regel ein elegant ausgestattetes Geschäft mit einem reich sortierten Warenlager, das neben fertigen Pelzwaren auch mit rohen und zugerichteten Fellen handelt. Der Inhaber ist gelernter Kürschner, er produziert aber nie selbst mit, sondern beschränkt sich auf die kaufmännische Leitung des Geschäftes. Das Magazin arbeitet hauptsächlich auf Vorrat, nur Pelze werden in der Regel auf Bestellung gefertigt.

Im Sommer ist das Magazin mit dem Aufbewahren von Pelzsachen, welche ihm anvertraut werden, um sie gegen Mottenfraß zu schützen, und mit dem Arbeiten auf Vorrat beschäftigt.

Das Magazin fertigt die teuersten und feinsten Pelzsachen bis herab zur guten Mittelware. Infolgedessen wird es von der Konkurrenz des Großbetriebes, der ja in der Hauptsache billige und geringwertige Artikel liefert, wenig getroffen. Dagegen hat es unter dem allgemeinen Rückgang der Preise, der durch den Großbetrieb hervorgerufen ist, zu leiden.

Das Absatzgebiet des Magazins ist meist die Stadt und die Provinz. Die Handelskammerberichte klagen über den abnehmenden Fremdenverkehr in Breslau, der sich in der Pelzwarenbranche sehr fühlbar mache. In früheren Jahren kauften besonders viele Polen hier, die es jetzt infolge der bequemeren Verbindung mit Berlin vorziehen, ihre Einkäufe in Berlin zu machen.

Das Magazin mit kaufmännischem Kopf und handwerksmäßigem Leib entspricht am meisten den Anforderungen des zahlungsfähigen Publikums und dem heutigen Stande der Technik und Geschäftsorganisation im Kürschnergewerbe. Der Magazininhaber verbindet, weil er selbst gelernter Handwerker ist, kaufmännische Umsicht und Intelligenz mit genauer Warenkunde und Geschäftskenntnis.

Die Lage des Magazins ist, trotzdem es Kapital und Kredit hat, die Rohstoffe im großen einkauft, gute Konjunkturen ausnützen und schlechte leichter übersehen kann, aus zwei Gründen keine günstige. Einmal hat es, wie schon erwähnt, unter dem Druck zu leiden, den die Fabrik indirekt auf die Preise aller Pelzwaren ausübt, und ferner macht ihm gerade das

Konfektionsgeschäft, soweit es Pelze, Pelzjacketts, Pelzkragen, Pelerinen u. s. w. fertigt und verkauft, die schärfste Konkurrenz. Nur die großen Magazine mit einem Kapital von 100 000 Mk. und mehr, die auch vermöge der Zahl ihrer Arbeitskräfte weit über den Rahmen des eigentlichen Handwerks hinausreichen, haben über die ungünstige Lage nicht zu klagen. Sie sind meist mit großen Lieferungen gewisser Specialitäten beauftragt, oder verstehen durch ausgedehnte Reklame ihren Kundenkreis über die Provinz hinaus zu erweitern; sie allein fertigen auch jene teueren, kostbaren Pelzwaren, die das Konfektionsgeschäft nicht herstellen kann oder will.

Weniger von der Konkurrenz des Magazins als von der des Großbetriebes getroffen wird der Kleinmeister. Sein Geschäftslokal besteht in der Regel nur in einem Flur oder Durchgang eines im Innern der Stadt belegenen Hauses. Ein paar Holzregale, Schränke und Kisten bilden das ganze Mobiliar. Für einen solchen Durchgang muß der Kürschner immerhin noch 300 bis 500 Mk. Miete zahlen.

Er verkauft durchgehends nur wenig teure Pelzwaren; in erster Linie billigere Muffs, Kragen, Baretts, Mützen, selten einmal einen gewöhnlichen Pelz, eine Pelzjacke, oder einen Fußsack. Einen Teil dieser Produkte fertigt der kleine Meister selbst unter Zuhilfenahme seiner Famlie oder einer Näherin. Dagegen giebt er wie erwähnt in der Hochsaison öfters Heimarbeitern Beschäftigung, besonders Frauen, die das Einfüttern von Muffs, Baretts und Mützen besorgen. Eine solche Frau arbeitet in der Regel für mehrere kleine Meister. Da der Kleinmeister von dem Vertrieb von Pelzsachen allein nicht bestehen kann, so handelt er neben geringwertigen Pelzwaren vorwiegend mit Stoffmützen, die er größtenteils hausindustriell herstellen läßt. Zu den Mützen liefert er den Stoff und die Zuthaten, die der Heimarbeiter mit Zuhilfenahme seiner Familie oder von Näherinnen unter Anwendung der gewöhnlichen Nähmaschine verarbeitet. Im Sommer bildet der Verschleiß von leichten Stoffmützen die Haupteinnahme. Eine solche Mütze kostet 1 bis 2 Mk., der Kleinmeister verdient dabei 30—50 Pf. Neben diesem Mützenhandel nährt er sich größtenteils durch Flickarbeit und durch das Konservieren im Gebrauch befindlicher Pelzsachen.

Die Lage des Kleinmeisters ist hauptsächlich aus dem Grunde eine schlechte, weil er vor allem von der Konkurrenz der Großindustrie in ihrer ganzen Schwere getroffen wird. Sie nimmt ihm die Kunden und drückt die Preise. Gerade die Produkte, auf deren Herstellung und Verschleiß der Kleinbetrieb angewiesen ist, fertigt wie wir sahen die Großindustrie auch und belegt damit alle möglichen Nichtkürschnergeschäfte, die den Verkauf als gute Nebenerwerbsquelle betrachten, nie aber ausschließlich darauf

angewiesen sind. Der Kleinmeister ist daher gezwungen, um mit Not und Mühe konkurrieren zu können, entweder selbst schlechte Waren zu kaufen oder zu produzieren, oder die Preise für seine Waren erheblich herunterzuschrauben.

So bleibt ihm, wie gesagt, als hauptsächlichste Erwerbsquelle der Handel mit Stoffmützen, die Flickarbeit und das Konservieren von Pelzsachen. Aber auch hier trifft ihn die Konkurrenz. Aufträge für das Konservieren teuerer Pelzsachen hat fast nur das Magazin, und auch die bessere Flickarbeit, insbesondere das Umändern und Modernisieren von Pelzen, wird größtenteils von dem Magazin verrichtet. Andererseits hat sich des Verkaufs von Stoffmützen der Hausierhandel bemächtigt, der besonders von Frauen auf den Wochenmärkten ausgeübt wird.

So von allen Seiten gefährdet, fristet der kleine Kürschnermeister kümmerlich sein Dasein und beneidet den Heimarbeiter, der für das Magazin beschäftigt ist. Denn wenn diesem auch die alte Selbständigkeit des Handwerksmeisters fehlt, und er auch keinen Anteil am Unternehmergewinn hat, so hat er doch meist einen Abnehmer für seine Arbeit und einen leidlich sicheren Verdienst. Zudem braucht er nicht, wie die kleinen Meister, seine Zeit im Laden mit dem Warten auf Kunden zu vertrödeln; er braucht keine Ladenmiete zu zahlen und hat nicht zu fürchten, daß seine Produkte verderben oder unmodern werden.

Unter diesen Verhältnissen ist es kein Wunder, wenn allmählich immer mehr kleine Geschäfte von dem Magazin aufgesogen werden, trotzdem die Produktion und der Verkauf von Kürschnerwaren in Breslau zweifellos in der letzten Zeit wieder zugenommen haben. Die Gründe für eine solche Zunahme sind besonders in folgenden Umständen zu suchen.

Einmal ist die zur Zeit herrschende Mode der Kürschnerei günstig. Pelzbesätze werden an sehr vielen Damenmänteln und Jacketts getragen. Für Kragen und Fichus sind ganz neue Façons aufgekommen, die wegen ihrer Größe eine Menge Felle erfordern. Capes und Pelerinen werden vielfach ganz aus Pelz hergestellt oder mit Pelz gefüttert. Fördernd auf die Produktion wirkt ferner der häufige Wechsel der Mode ein, wenn derselbe andererseits auch wieder gewisse Nachteile hat. Erwähnt sei noch, daß um die deutsche Mode gegenüber der ausländischen, speciell der französischen, erfolgreich zur Geltung zu bringen, sich im Jahre 1880 in Leipzig ein „Verein deutscher Kürschner“ gebildet hat, der im Jahre 1894 bereits über 500 Mitglieder zählte. Er veranstaltet jährlich während der Ostermesse eine Ausstellung von Neuheiten, aus welcher eine Prüfungskommission

die Moden zu wählen hat. Die gewählten Muster und Modelle werden in Abbildungen und Beschreibungen veröffentlicht[1].

Vor allem aber hat der Konsum von Pelzwaren infolge der Verbilligung fast aller Produkte zugenommen. Heute zahlt man z. B. für Katzenmuffs und Muffs aus imitiertem Krimer 50 Pf. bis 1 Mk., gefärbte Hasenmuffs kosten 80 Pf. bis 1,50 Mk., Barette aus imitiertem Krimer werden für 1 Mk. angeboten, bessere aus gefärbtem Kanin kosten 2 bis 3 Mk. Zu dieser Verbilligung hat, wie bereits erwähnt, die Großindustrie in erster Linie beigetragen, dadurch, daß sie selbst billige Produkte liefert und die Preise für teuere herabdrückt. Daneben aber ist insbesondere das Aufkommen neuer Rauchwaren und Imitationen von Einfluß auf die Verbilligung der Pelzwaren gewesen; genannt seien hier die billigen, aber freilich auch ganz unhaltbaren, gefärbten Hasenfelle, die geschorenen und gefärbten Kanin, imitierte Bären, Skunks und Sealskin und die vielen Arten von Krimerimitationen, die heute sogar aus Baumwolle hergestellt werden.

Die Zunahme der Produktion von Kürschnerwaren kommt indessen beinahe ausschließlich dem Großbetrieb und dem Magazin zu gute; der kleine Kürschner geht dabei fast leer aus.

Aus dem Gesagten ersieht man, daß auch in der Kürschnerei, wie in vielen anderen Handwerken, heute die Macht des Groß-Kapitals den eigentlichen Handwerksmeister allmählich verdrängt, mag es nun der Kapitalist auf Massenanfertigung und Massenabsatz billiger Gebrauchsartikel im Großbetriebe absehen, oder als Inhaber eines reich ausgestatteten Magazins die Anfertigung und den Detailvertrieb wertvollerer Produkte im Auge haben. Es läßt sich heute der allgemeine Zug nicht aufhalten, der dahin geht, die kleinen selbständigen Betriebe zu verdrängen und an ihre Stelle eine geringe Zahl großer kapitalstarker Unternehmungen zu setzen. Eine Beschränkung der Gewerbefreiheit kann diese Entwicklung vielleicht aufhalten, eine dauernde Hilfe aber wird sie dem Handwerksmeister kaum bringen können.

[1] Vergl. Zeitschrift des Leipziger Meßverbandes, Heft 3.

III.

Das Bäckergewerbe in Breslau.

Von

Ernst Reinhardt.

1. Einleitung. Statistisches.

Zu den ältesten Gewerben der Stadt Breslau gehört auch das Bäckergewerbe [1]. Bereits wenige Decennien nach Gründung der Stadt zu deutschem Recht (1241) wird dasselbe in Urkunden erwähnt und auch die Errichtung der Innung fällt in dieselbe Zeit (1270). Das Recht, das Gewerbe auszuüben, die „Backgerechtigkeit", war an den Besitz einer Brotbank geknüpft. Die Zahl der Brotbänke, unter denen wir uns kleine, aber feste Verkaufsstätten auf dem Marktplatz vorzustellen haben, betrug anfänglich 16, später 48, zuletzt 78. Ein Ratsdekret aus dem Jahre 1711 genehmigte auf Wunsch der Bäcker, daß diese Zahl künftighin nicht überschritten würde, was auch Kaiser Karl VI. in dem großen Innungsprivilegium der Bäcker vom 3. August 1734 bestätigte. Neben den 78 Bankinhabern gab es, wie Zimmermann mitteilt, noch 30 Bäcker, welche ihr Gewerbe ohne den Besitz einer Brotbank ausüben konnten, aber nicht Brot und Semmeln, sondern nur Kuchen backen durften. Sonach zählte man im ganzen 108 Bäcker, welche Zahl bereits im Jahre 1403 erreicht worden war und bis 1811 unverändert fortbestand. Erst die Einführung der Gewerbe-

[1] H. Markgraf, Die öffentlichen Verkaufsstätten Breslaus. Zeitschr. des Vereins f. Gesch. u. Altertum Schlesiens. 18. Bd. 1884. S. 178 ff. — Friedr. Alb. Zimmermann, Beschreibung der Stadt Breslau im Herzogtum Schlesien. Brieg 1794. S. 372 u. 373.

freiheit in Preußen in den Jahren 1810 und 1811 führte eine Änderung des bisherigen Zustandes herbei: die Gerechtigkeiten der 78 Brot- und Bäckerbänke (à 4230 Thaler) wurden abgelöst und den bisherigen Inhabern dieser Privilegien Obligationen ausgestellt, welche bis zur völligen Ablösung mit 4 1/2 Prozent verzinst wurden; der Gewerbebetrieb aber wurde jedermann auf Grund eines nach Erfüllung gewisser Bedingungen vom Polizeipräsidenten zu erteilenden Gewerbescheines gestattet.

Um die Entwicklung des Breslauer Bäckergewerbes nach Einführung der Gewerbefreiheit zu verfolgen, steht uns ein verhältnismäßig reichhaltiges statistisches Material zur Verfügung. Für die ersten zwei Drittel des 19. Jahrhunderts geben die von dem bekannten preußischen Statistiker J. G. Hoffmann 1819 eingerichteten Handwerkertabellen die genaue Zahl der Meister und somit im wesentlichen auch der Betriebe an; für die Jahre 1858 bis 1870 ist in der folgenden Zusammenstellung die Zahl der Censiten nach den Gewerbesteuerlisten eingestellt, während die Zahlen von 1873 an durch Auszählung der Breslauer Adreßbücher gewonnen sind.

Im Jahre	Zahl der Bäckermeister	Zahl der Einwohner	Einwohner auf einen Meister	
			überhaupt	abzüglich der Konsumvereins-Mitglieder
1790	108	60 187	557	—
1821	146	81 815	560	—
1822	142	83 848	590	—
1825	146	87 497	599	—
1828	141	90 020	638	—
1831	128	89 509	699	—
1834	128	91 401	714	—
1837	122	94 540	775	—
1840	122	97 664	800	—
1843	121	103 204	853	—
1846	129	112 194	869	—
1849	136	110 702	814	—
1852	131	121 052	924	—
1855	137	127 090	927	—
1858	147	135 661	923	—
1861	153	145 589	951	—
1864	163	163 919	1005	—
1870	205	204 218	996	—
1873	224	222 747	994	—
1874	246	230 986	939	783

Im Jahre	Zahl der Bäckermeister	Zahl der Einwohner	Einwohner auf einen Meister	
			überhaupt	abzüglich der Konsumvereins-Mitglieder
1875	261	239 050	916	750
1876	278	246 286	886	712
1878	276	260 895	945	700
1880	277	273 293	986	704
1881	270	279 672	1035	723
1882	282	285 465	1012	693
1883	290	290 265	1000	687
1884	303	294 162	970	652
1885	307	299 701	976	665
1886	315	305 028	968	652
1887	323	311 037	963	634
1888	329	319 042	969	629
1889	358	327 722	915	574
1890	347	335 186	966	600
1891	344	342 054	994	631
1892	347	349 250	1006	633
1893	367	356 524	971	597
1894	375	365 747	975	604
1895	389	372 687 [1]	958	—

Der Tabelle selbst sind nur wenige Worte hinzuzufügen. Von 1790 bis 1821 hat sich die Zahl der Bäcker in gleichem Tempo mit der Einwohnerzahl vermehrt. Nach 1825 geht die Zahl der Bäcker etwas zurück, obwohl gleichzeitig die Bevölkerung fast regelmäßig zunimmt, erreicht 1858 wieder den alten Stand und steigt seit diesem Jahre stetig mit Ausnahme eines kleinen Rückgangs während der Jahre 1890—1892. Das Verhältnis der Bäcker zur Einwohnerzahl sollen die in den Spalten 4 und 5 wiedergegebenen Zahlen veranschaulichen. Seit 1821 ist die Zahl der Konsumenten, welche durchschnittlich die einzelne Bäckerei zu versorgen hat, eine immer größere geworden; 1840 betrug sie 800, 1864 über 1000, nach dem Durchschnitt der Jahre 1880 bis 1894 aber 980. Indessen entsprechen für die Zeit nach 1874 die Zahlen der vierten Spalte auf dem Gebiete der Brotproduktion keineswegs den wirklichen Verhältnissen. Wie schon hier bemerkt sei, hat die großartige Entwicklung der 1874 errichteten Brotfabrik des Breslauer Konsumvereins eine gänzliche Verschiebung innerhalb dieses

[1] Vorläufiges Ergebnis der Zählung vom 2. Dez. 1895.

Produktionsgebietes hervorgerufen, indem die Brotfabrik mehr und mehr die Brotproduktion den handwerksmäßigen Bäckereien entriß. Die Zahlen der fünften Spalte sollen nun den Verlust der Bäcker an Brotkonsumenten darstellen. Zu diesem Zweck ist von der Einwohnerzahl eine der Mitgliederzahl des Konsumvereins entsprechende Seelenzahl — nach dem Vorgange von Lexis[1] die vierfache Mitgliederzahl — in Abzug gebracht und alsdann das Verhältnis der Bäcker zu der derart reduzierten Einwohnerzahl berechnet worden. Danach ergiebt sich, daß seit dem Jahre 1874 die Zahl der Brotkonsumenten, welche im Durchschnitt auf einen Backbetrieb entfallen, erheblich zurückgegangen ist.

Die Errichtung der Brotfabrik des Breslauer Konsumvereins bildet in der Geschichte des Bäckergewerbes einen Wendepunkt. Bis dahin war seit sechs Jahrhunderten die alleinige Betriebsform der Breslauer Bäckerei das Handwerk in Verbindung mit der Lohnbäckerei. Das Produktionsgebiet war das traditionelle: die Bäcker erzeugten neben Brot die verschiedenen Arten von Weizengebäck wie Semmeln, Kipfel, Kuchen u. s. w., befaßten sich jedoch im Gegensatz zu heute nicht mit der Herstellung von Konditorwaren; dafür gab es von den Bäckereien streng gesonderte Konditoreien. Mit dem Jahre 1874 änderte sich indessen die Sachlage; in der Dampfbäckerei des Konsumvereins erwuchs dem Handwerk ein gefährlicher Konkurrent; es entspann sich um einen sehr wichtigen Teil des bisherigen Produktionsgebietes, die Schwarzbrotbäckerei, ein erbitterter Kampf zwischen Handwerk und Fabrik, welcher mit einer schweren Niederlage des ersteren endete. Die Folge davon war eine völlige Verschiebung der Produktionsverhältnisse: in die Brotproduktion mußte sich das Handwerk nunmehr mit der neuen Betriebsform teilen; für den erlittenen Ausfall aber suchte es teilweisen Ersatz durch Erweiterung des Produktionsgebietes, indem viele Bäcker zur Erzeugung von Konditorwaren übergingen. Da die Existenz der Konsumbäckerei auf die Entwicklung des Bäckergewerbes von großem Einfluß ist, empfiehlt es sich, eine Schilderung derselben den weiteren Erörterungen voranzuschicken.

2. Die Brotfabrik des Konsumvereins.

Der Breslauer Konsumverein, dessen ausschließlicher Zweck es ist, seinen Mitgliedern unverfälschte Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände von guter

---

[1] Lexis, Der Breslauer Konsumverein und die Kleinhandelspreise. In den Schriften d. Vereins f. Socialpol. 37. S. 181 ff.

Qualität zu möglichst billigen Preisen gegen sofortige Barzahlung zu beschaffen und ihnen Gelegenheit zu geben, aus dem dabei erzielten Überschuß Kapital zu sammeln, steht, wie schon Lexis[1] bemerkt, sowohl hinsichtlich seiner Mitgliederzahl als auch seiner Betriebserfolge unter den gleichartigen Genossenschaften Deutschlands an erster Stelle. Am Schlusse des Jahres 1894 zählte er 34 790 Mitglieder, welche mit ihren Familien eine Bevölkerung von fast 140 000 Seelen, also weit über ein Drittel der Gesamteinwohnerschaft der Stadt (365 750) ausmachten. Die beste Übersicht von der Entwicklung des Vereins werden die folgenden Zahlen geben:

Jahr	Mitgliederzahl	Umsatz ℳ	Bruttoertrag ℳ	Nettoertrag ℳ	Dividende %	Guthaben der Mitglieder ℳ
1866	420	36 783	3 855	1 734	5,0	3 389
1867	1 041	95 083	10 577	4 725	5,8	10 550
1870	2 760	369 931	44 422	26 569	6,6	53 037
1875	10 771	1 871 474	240 810	145 400	7,0	352 286
1880	19 557	3 871 627	576 489	389 813	9,2	898 455
1885	23 894	5 202 371	822 228	571 711	10,2	1 080 210
1890	31 727	8 273 812	1 343 686	945 979	10,7	1 620 908
1894	34 790	8 659 272	1 531 575	1 084 788	11,0	2 217 094

Von den 34 790 Mitgliedern (unter denen 3223 weibliche) waren im Jahre 1894 nur 11 085 unselbständige Arbeiter, Gesellen, Handlungsgehilfen, Dienstboten, Unterbeamte und dergleichen, während die übrigen 23 705 sich aus selbständigen Handwerkern, Fabrikanten und Kaufleuten, aus Rentnern, Pensionären und Angehörigen der gelehrten Berufszweige zusammensetzen. Die Mehrzahl der Mitglieder gehört also dem Kleinbürgertum und dem Mittelstande an.

Der Konsumverein hatte bereits 1871 mit dem Betrieb einer eigenen Bäckerei begonnen, die sich als handwerksmäßiger Betrieb größeren Umfangs (10 Gesellen) charakterisierte. Allein schon 1874 errichtete man eine Dampfbäckerei, welche wiederholt, besonders in den letzten Jahren, erweitert wurde und die heute die größte Bäckerei Deutschlands, vielleicht des gesamten europäischen Festlands ist.

Eine detaillierte Schilderung des fabrikmäßigen Produktionsprozesses

[1] a. a. O. S. 181.

kann unter Verweisung auf die betreffenden Ausführungen von Arnold[1] und Grieshammer[2] unterbleiben; hier kommt es mehr darauf an, von der Größe und Leistungsfähigkeit der Bäckerei, die nur Brotbäckerei ist, ein anschauliches Bild zu gewinnen.

Der besonders aus hygienischen Gründen wichtige Grundsatz, daß bei der Brotbereitung die menschliche Hand möglichst wenig mit dem Teig in Berührung kommen soll, hat in der Konsumbäckerei eine weitgehende Verwirklichung gefunden. Das Mischen des Mehles geschieht in drei selbstthätigen Mehlmischmaschinen, deren jede in zwei Stunden 150 Centner (7500 kg) Mehl mischt. Eine nochmalige Reinigung des Mehles erfolgt in drei Mehlsiebmaschinen. Der eigentliche Backprozeß vollzieht sich in einem 52 m langen und 16 m breiten zu ebener Erde gelegenen Arbeitssaal. In demselben stehen drei Teigknetmaschinen, von denen jede gegen 200 kg Mehl faßt und in kürzester Zeit (8—10 Minuten) zu Teig verarbeitet. Der Antrieb der genannten Arbeitsmaschinen sowie der Maschine für die elektrische Beleuchtung erfolgt durch eine Dampfmaschine von 52 Pferdekräften, neben welcher eine ältere Maschine von 45 Pferdekräften in Reserve steht. Das Backen des Brotes geschieht in 17 großen Wasserheizungs-Etagenbacköfen mit zusammen 34 ausziehbaren Backherden von je 1,82 × 3,25 m nutzbarer Backfläche (System Wieghorst). In der Regel sind nur 16 Backöfen im Betriebe. In der Bäckerei wird, von einer zwölfstündigen Pause am Sonntag abgesehen, Tag und Nacht, im ganzen 156 Stunden in der Woche gearbeitet. Außer zwei Backmeistern waren im Jahre 1894 64 Bäckergesellen beschäftigt, deren tägliche durch größere Pausen nicht unterbrochene Arbeitszeit acht Stunden beträgt. Es sind immer 20 bis 22 Bäcker gleichzeitig thätig, und zwar bedienen 2 die Mehlmisch- und Siebmaschinen, 3 die Knetmaschinen; mit dem Abteilen, Wiegen und nochmaligem leichten Durchwirken des Teiges sind an zwei Arbeitstischen je 4 Bäcker beschäftigt, während 8 Personen die Besorgung der Öfen obliegt.

Zur Verarbeitung gelangen in der Konsumbäckerei im Durchschnitt täglich 250 Ballen (à 100 kg) Roggenmehl, welches wöchentlich von einer Anzahl hiesiger Mühlen per Kasse gekauft wird. Im Gegensatz zu den Bäckern verkauft der Konsumverein sein Brot nach Gewicht und setzt den Brotpreis wöchentlich entsprechend dem Mehlpreis, unter Zuschlag der Produktionskosten, fest. Gebacken werden meist vierpfündige Brote, daneben

---

[1] Das Münchener Bäckergewerbe. 1895. S. 30—32.

[2] Die Bäckerei und Konditorei in Leipzig. Schriften d. Ver. f. Socialpolitik. Bd. 63. S. 389—391.

in geringerer Anzahl solche zu 3 und 2 Pfund. Der Verkaufspreis eines Pfundes Brot betrug im letzten Jahre $8^1/_4$ bis 9 Pfennig. Eine genaue Produktionskostenberechnung kann Verfasser leider nicht mitteilen, da die Direktion eine Bekanntgabe derselben nicht wünscht. Nach den Angaben eines hiesigen Mühlenindustriellen, der selbst Lieferant des Konsumvereins ist, betragen die Backspesen etwa 4 Mark pro Ballen. Rechnet man den Preis für 1 Ballen Roggenmehl mit 16 Mk., sowie 2 Mk. für die am Schluß des Geschäftsjahres zu verteilende und nach dem Durchschnitt der letzten Jahre mit 10 % angenommene Dividende zu den Backspesen hinzu, so ergiebt sich für das aus einem Ballen Mehl gebackene Brot, d. s. 132 kg, ein Verkaufspreis von 22 Mk. oder von 16,66 Pf. für 1 kg Brot; thatsächlich kostete ein Brot im Gewicht von 2 kg im Januar 1895 34 Pf., im Juli 33 Pf.

Der Verkauf des Brotes erfolgt ausschließlich in den Verkaufsstellen des Vereins, von denen 49 in der Stadt, 5 aber in benachbarten Dörfern liegen. In diese Verkaufsstellen wird das Brot dreimal täglich mittels 12 großer Brotwagen gefahren. Der einzelne Lagerhalter, der den ungefähren Brotbedarf in seiner Verkaufsstelle kennt, bestellt für den nächsten Tag eine dem entsprechende Menge Brot im Kontor, welches der Bäckerei die Gesamtmenge des täglich herzustellenden Brotes angiebt. Diese Einrichtung ermöglicht es, daß die Produktion ziemlich genau der Konsumtion entspricht, manchmal eher hinter dem täglichen Bedarf zurückbleibt.

Folgende den Geschäftsberichten des Vereins entnommenen Zahlen mögen die stetige Zunahme und den gegenwärtigen Stand der Produktion veranschaulichen:

(Siehe Tabelle auf umstehender Seite.)

3. Die handwerksmäßigen Betriebe der Gegenwart.

A. Arten.

Der alte Unterschied zwischen Los- oder Weißbäckern und Fest- oder Schwarzbäckern war in Preußen und damit auch in Breslau bereits im Jahre 1752 gesetzlich aufgehoben worden. Trotzdem hat er thatsächlich fortbestanden und besteht auch noch heute. Wir werden mit der Annahme nicht fehlgehen, daß es auch nach 1752 in Breslau Bäcker gegeben hat, die ausschließlich Brot erzeugten, während andere sich nur mit der Herstellung von weißer Ware befaßten; die Regel war jedoch, daß der Bäcker beide Kategorien von Backwaren in nennenswerter Menge herstellte. Mit

Jahr	Jährlicher Umsatz in Stück à 4 Pfund	Durchschnittliche Tages-produktion in kg	Zahl der Bäcker
1874	602 845	3 300	10
1875	628 731	3 445	10
1877.	1 053 845	5 770	18
1879	1 438 133	7 880	19
1881	2 379 720	13 040	24
1883	2 659 604	14 570	25
1884	2 885 500	15 810	26
1885	—	24 000[1]	—
1889	—	30 000[1]	30
	Juli — Dezember		
1892	6 412 072 kg	—	67
	wöchentlich		
1893	215 003 kg	—	65
1894	—	60 000[1]	64

dem Aufblühen der Konsumbäckerei, besonders infolge des gewaltigen Anwachsens der Produktion nach Erweiterung der Fabrik im Beginn der achtziger Jahre, verschwindet jedoch der letzt genannte Typus eines Breslauer Bäckers mehr und mehr; in vielen Kleinbetrieben, wie wir in Zukunft kurz statt „handwerksmäßige Betriebe" sagen wollen, sinkt die Brotproduktion auf ein Minimum herab, in einigen hört sie ganz auf und nur ein im Verhältnis zur Gesamtzahl der Kleinbetriebe geringer Bruchteil bleibt im Vollbesitz seines bisherigen Produktionsgebietes. Als typisch für eine Breslauer Bäckerei kann jedoch dieser Rest des Vollhandwerks nicht gelten.

Die Kleinbetriebe, deren es gegenwärtig 375 giebt, lassen sich nun in etwa folgende Arten teilen: a. Brotbäckereien, b. Feinbäckereien, c. gewöhnliche Weiß- und „gemischte" Bäckereien.

a. Die Brotbäckereien backen vorwiegend Schwarzbrot und für den Bedarf der allernächsten Umgebung etwas Weizengebäck. Mit wenigen Ausnahmen liegen diese Bäckereien, deren es 15 bis 20 giebt, der niedrigen Mieten wegen an der Peripherie der Stadt. Sie beschäftigen 4 und mehr

[1] Diese Zahlen sollen nur die Grenze der Leistungsfähigkeit der Bäckerei bezeichnen; thatsächlich war die Tagesproduktion geringer.

Hilfspersonen, meist Gesellen, selten Lehrlinge und verarbeiten täglich 5 Ballen, meistens aber 12 bis 15 Ballen Roggenmehl, daneben 1/4 Ballen Weizenmehl.

Die weiße Ware und ein kleiner Teil des Brotes wird im Laden an Kunden aus der Nachbarschaft verkauft, der größte Teil mittels Wagen in allen Stadtteilen abgesetzt. Abnehmer sind größere Restaurationen, besonders vielbesuchte Vergnügungslokale in und vor der Stadt, Kranken- und Gefangenenanstalten, vereinzelt auch Private, vielfach aber Zwischenhändler: die sog. Bäudler, d. s. Inhaber kleiner, meist im Keller gelegener Viktualien- oder Vorkosthandlungen. Einige Schwarzbrotbäcker lassen während der Marktzeit ihren Wagen auf einem der Marktplätze einige Stunden halten und daselbst durch den Kutscher Brot verkaufen.

b. Unter Feinbäckereien sind Bäckereien zu verstehen, welche die Herstellung von feinem Weizengebäck als Specialität betreiben. Nebenbei backen sie auch bessere Qualitäten Schwarzbrot und Konditorwaren aller Art; mit einer Feinbäckerei ist sogar eine Konditorei verbunden. Einige bezeichnen sich als „Wiener", „Karlsbader" oder „Dresdener" Bäckerei; doch sind diese Bezeichnungen unzutreffend und dienen nur zur Reklame. Die Feinbäckereien, deren 12 bis höchstens 15 zu zählen sind, liegen meist in der inneren Stadt oder der überwiegend von der besser situierten Einwohnerschaft bewohnten Südvorstadt. In der Regel sind 3 bis 6 Hilfspersonen in denselben thätig. Verarbeitet wird Weizenmehl, darunter auch ungarisches.

Der Absatz erfolgt teils durch Verkauf in dem mit der Werkstatt verbundenen Laden, — von der Einrichtung und Ausstattung einiger Verkaufsstätten für feine Backwaren gilt dasselbe, was Maroussem in seiner Schrift über die Pariser Bäckerei[1] von den Bäckerläden in französischen Großstädten sagt: Le magasin est devenu souvent une salle elegante, aux peintures claires et aux cuivres bien tenus —, teils geschieht der Verkauf in Filialen, in welche täglich mehrmals die Waren mit kleinen Handwagen gefahren werden; teils wird direkt ins Haus geliefert. In den Läden geschieht der Verkauf durch Ladenmädchen; das Austragen besorgen Lehrlinge oder Haushälter. Die Abnehmer sind bessere Privatkundschaft, große Hotels, feine Wein- und Bierlokale. Die größte Feinbäckerei liefert auch für den königlichen Hofhalt bei dessen Anwesenheit in Breslau das Backwerk.

c. Die übrigen Kleinbetriebe sind entweder gemischte Bäckereien

[1] L' alimentation à Paris (Publikation des office du travail), Paris 1893, S. 18.

oder bloße Weißbäckereien. Die ersteren haben neben Weißbäckerei noch in nennenswertem Umfang Brotbäckerei, während die letzteren vorwiegend Weizengebäck mittlerer und geringerer Qualität herstellen. Die gemischten Bäckereien sind meistens Betriebe, welche trotz der Konsumbäckerei im Vollbesitz ihres Produktions- und Absatzgebietes geblieben sind, während man unter den gewöhnlichen Weißbäckereien Betriebe zu verstehen hat, die entweder ihre bisherige Brotproduktion an die Konsumbäckerei verloren oder sich von vornherein auf die Erzeugung von Weizengebäck beschränkt haben.

Die größeren dieser Bäckereien beschäftigen 3 und mehr Hilfspersonen, die kleinen Weißbäckereien, die täglich $1/2$ bis höchstens 1 Centner Mehl verarbeiten, eine oder gar keine. Das Absatzgebiet dieser Bäckereien ist ein engeres als das der Brot- oder Feinbäckereien, welche ihre Waren in der ganzen Stadt absetzen. Teils werden die Backwaren durch Angehörige des Meisters im Laden verkauft, teils den Kunden ins Haus geliefert, zu einem erheblichen Teil aber an Zwischenhändler weitergegeben.

Zur Zeit sind die Bäckereien noch in der ganzen Stadt gleichmäßig verteilt, je nachdem in den einzelnen Häusern Bäckereianlagen vorhanden sind. Es ist jedoch zu beobachten, daß die Bäcker jetzt mehr nach den Vorstädten ziehen, da einerseits auf den Hauptstraßen der inneren Stadt die Mieten sehr gestiegen sind, auch manches ältere Haus mit Bäckereianlage einem eleganten Neubau weichen mußte, in den man aus guten Gründen keine Bäckerei legt, andererseits in den Vorstädten die Bevölkerung infolge der großen vier- bis fünfstöckigen Häuser mehr zusammengedrängt wohnt. Beispielsweise gab es auf der Hauptverkehrsstraße Breslaus, der Schweidnitzerstraße, vom Ring bis zum Zwingerplatz, vor 40 Jahren noch acht Bäckereien, während heute auf dieser Straße nur noch eine Bäckerei zu finden ist.

Gemeinsames Kennzeichen der geschilderten Bäckereien ist die Handwerksmäßigkeit ihres Betriebes sowohl in technischer wie ökonomischer Hinsicht. Technisch charakterisieren sich diese Betriebe als Handwerk durch die einfache, traditionelle Gestaltung des Arbeitsprozesses, der sich unter Zuhilfenahme einfacher Arbeitsmittel ohne irgend wie erhebliche Arbeitsteilung vollzieht, ökonomisch durch ihre Produktion für ein beschränktes, fest begrenztes Absatzgebiet (Kundenproduktion). Wenngleich beide Charakteristika für alle Kleinbetriebe zutreffen, so scheidet doch einer aus der Reihe der „handwerksmäßigen" Betriebe insofern aus, als der Produktionsleiter desselben sich wesentlich von einem Handwerksmeister unterscheidet. Der Inhaber einer Brotbäckerei, welche 3 Bäckergesellen beschäftigt, ist kein gelernter Bäcker, sondern ein Kaufmann, der niemals bei der Backarbeit thätig ist,

sondern nur die kaufmännische Seite des Geschäfts, dessen Firma im Handelsregister eingetragen ist, besorgt. Was Maroussem[1] für Paris als des öfteren vorkommend hinstellt — souvent aujourd'hui le patron est un commerçant, un marchand issu même parfois de professions étrangères —, das ist in Breslau in diesem einen Betriebe verwirklicht. Während beim Handwerk die technisch ausführende Arbeitskraft des Meisters, die Verwertung des persönlichen Vermögens die erste Rolle spielt, ist in dem gedachten Betriebe die Verwertung eines Sachvermögens Zweck der Produktion. Auch in socialer Hinsicht besteht eine Verschiedenheit zwischen diesem Betriebe und dem eines Handwerkers, indem die eine Wesenheit des Handwerks bildende Homogenität der bei der Produktion thätigen Personen (Meister und Gesellen) in dem ersteren fehlt. Einen solchen Betrieb, der seine Produktion im Gegensatz zu der Mehrzahl der Handwerker auf eine kalkulatorische Basis stellt, kann man nicht unzutreffend als kleinkapitalistische Unternehmung bezeichnen, kleinkapitalistisch deshalb, weil das in die Produktion gesteckte Vermögen im Vergleich zu dem einer anderen kapitalistischen Unternehmung ein recht bescheidenes ist.

B. Betriebselemente.

a. Produktionsprozeß und stehende Betriebsmittel.

Auf den Produktionsprozeß der Kleinbetriebe einzugehen erscheint unnötig, da derselbe sich noch heutigen Tages in der seit Jahrhunderten üblichen Weise vollzieht. Es genügt daher hier auf die anschauliche Schilderung in der Krünitzschen[2] ökonomischen Encyklopädie sowie auf die Ausführungen von Arnold[3] in seiner Studie über das Münchener Bäckergewerbe zu verweisen. Die einzige Neuerung ist die Teigteilmaschine[4], deren Zweck es ist, größere Stücke Weizenteig durch einen einzigen Druck in kleinere genau zu teilen. Mit dieser Maschine, die zur Zeit der Wiener Weltausstellung (1873) von Hailfinger erfunden, nachher besonders von der Maschinenfabrik Herbst & Comp. in Halle a. S. verbessert wurde, arbeiten 360 Breslauer Bäcker.

Die Backöfen[5] sind noch größtenteils nach der alten Konstruktion ge-

[1] L'alimentation à Paris. S. 19.

[2] Ökonom. Encyklopädie. Dritter Teil. Berlin 1774. S. 334 ff.

[3] Das Münchener Bäckergewerbe. S. 28, 29.

[4] Enyrim, Das Bäckergewerbe der Neuzeit. 5. Auflage. Weimar 1887. S. 164 f.

[5] Enyrim a. a. O. S. 182 ff.

baut, d. h. es sind Öfen, bei denen das Feuer im Backraum selbst brennt und die infolgedessen einen stetigen Betrieb nicht gestatten. Nur wenige Bäckereien haben Öfen mit indirekter Feuerung. Diese Öfen, deren Bau und Konstruktion die weit über Schlesien hinaus rühmlich bekannte Firma H. Doberschinsky in Breslau als Specialität betreibt, haben mancherlei Vorzüge. Da der Feuerungsraum getrennt vom Backherd liegt, so kann der letztere fortwährend zum Backen benutzt werden; es wird nachgeheizt, wenn die Hitze im Ofen nachläßt, was aber erst nach 16—18 Stunden der Fall ist. Da wegen der indirekten Feuerung das Ausräumen der Kohlen aus dem Backraum in Fortfall kommt, so bleibt der Backherd viel reinlicher als bei einem Ofen mit Innenheizung, bei welchem der Herd vor dem Backen „abgelöscht" und „gekehrt" werden muß. Der größte Vorteil ist aber der, daß der Ofen als Etagenofen gebaut werden kann. Es liegen alsdann zwei Backräume über einander, unter, zwischen und über denen die Heizkanäle sich hinziehen. Dem Bäcker stehen gleichzeitig zwei Öfen mit verschiedenen Backtemperaturen zur Verfügung. Im unteren Ofen, der heißer als der obere ist, werden Brot und Semmeln gebacken, im oberen das Fein- und Buttergebäck, Kuchen und Konditorgebäck.

Wenn die Öfen mit indirekter Feuerung in den Breslauer Bäckereien bis jetzt wenig Eingang gefunden haben — es giebt deren höchstens 12 — so liegt der Grund einmal in dem hohen Preise derselben. Ein Ofen mit Innenheizung kostet je nach der Größe 800—1200 Mk., ein Ofen mit indirekter Feuerung 2000—3000 Mk. Berücksichtigt man aber, daß ein Ofen mit Innenheizung jährlich nicht unbedeutende Reparaturkosten verursacht und daß ein Umbau nach kürzerer Zeit als bei einem Ofen mit indirekter Feuerung erforderlich ist, so vermindert sich die obige Preisverschiedenheit bedeutend. Durchschlagender ist indessen der Grund, daß in vielen Bäckereien wegen des geringen Umfangs der Produktion die Rentabilität eines Ofens mit indirekter Feuerung ausgeschlossen ist. Dazu kommt noch der Umstand, daß die Öfen in der Regel im Eigentum des Hausbesitzers stehen, der selten gewillt sein wird, eine nicht unbedeutende Summe hierin anzulegen, besonders wenn er, wie dies bei der Kleinheit der Betriebe und dem öfteren Wechsel der Betriebsinhaber der Fall ist, keine genügende Garantie für entsprechende und regelmäßige Verzinsung dieser Kapitalsanlage hat.

Die übrigen Bäckereiutensilien wie Backtröge, Schragen, Schieber, Formen u. s. w. repräsentieren einen verhältnismäßig geringen Wert. Meist sind sie Eigentum des Bäckers, zuweilen gehören sie als Inventar dem Hauseigentümer.

b. Rohstoffe.

Der wichtigste Rohstoff, welchen der Bäcker verarbeitet, ist das Mehl; außerdem kommen Hefe, Butter, Eier, Milch, Gewürze aller Art und das Heizmaterial in Betracht. Wie deckt nun der Breslauer Bäcker seinen Bedarf an diesen Rohstoffen?

Das Mehl beziehen die Bäcker meistens aus Breslauer Mühlen, mit denen einige Mühlen in anderen Orten Mittelschlesiens konkurrieren. Ein Bezug aus den übrigen Teilen der Provinz sowie aus anderen Gegenden kommt auch vor, bildet aber die Ausnahme. In größeren Weiß- und Feinbäckereien wird zur Herstellung des feineren Gebäcks zum Teil ungarisches Weizenmehl verwendet, welches Budapester und Szegediner Mühlen liefern. Der Bezug erfolgt direkt von der Mühle oder von einem Mehlgeschäfte und zwar hat jeder Bäcker stets mehrere Mühlen bezw. Mehlgeschäfte zu seinen Lieferanten, deren Vertreter ihn wöchentlich oder alle 14 Tage einmal besuchen. Der Bäcker kauft fast niemals für den sofortigen Bedarf, sondern macht Abschlüsse für die nächsten Monate und nimmt nach Bedarf ab.

Nur wenige Bäcker sind in der Lage, gegen bare Zahlung kaufen zu können; die meisten nehmen ihr Mehl auf Kredit, der ihnen infolge einer großen Konkurrenz unter den (über 60) Mehlhändlern sehr leicht und auf längere Zeit gewährt wird. Durchschnittlich ist der Kredit auf 2 Monate bemessen, jedoch werden größtenteils 3, manchmal auch 4 Monate daraus. Bei Barzahlung innerhalb 14 Tagen wird für den Ballen ein Skonto von 25 Pf. gewährt. Gewöhnlich kauft jeder Bäcker sein Mehl für sich ein; nur bei dem Bezug von ungarischem Mehl kommt es bisweilen vor, daß einige Meister sich vereinigen und eine Wagenladung kaufen, um den Vorteil der billigeren Fracht bei Wagenladungen zu genießen.

Zur Herstellung des gewöhnlichen Backwerks wird Bierhefe verwendet, während das feinere Gebäck ausschließlich mittels Preßhefe hergestellt wird. Erstere wird aus den hiesigen kleineren Brauereien, letztere aus den Niederlagen auswärtiger Preßhefefabriken bezogen oder von Händlern den Bäckern ins Haus geliefert. Je nach der Größe des Bedarfs werden Butter und Eier entweder von Engroshändlern oder auf den Wochenmärkten gekauft. Ein wichtiges Ursprungsland für Butter und Eier ist Galizien. Milch wird von den Gütern der Umgegend, welche dieselbe täglich nach der Stadt bringen, Zucker, Salz und Gewürze von hiesigen Spezereiwarenhändlern bezogen.

Von Brennmaterialien kommt heutzutage besonders die Kohle in Betracht, da fast alle Bäckermeister jetzt den Backofen mit Kohle heizen,

während früher nur mit Holz gefeuert wurde. Kleine Bäcker, die über wenig Raum zur Aufbewahrung verfügen, kaufen die Kohle centnerweise von hiesigen Händlern, größere beziehen sie waggonweise. Holz wird nach Bedarf von Händlern gekauft.

c. Arbeitskräfte.

In den Kleinbetrieben sind außer den Betriebsinhabern noch über 1000 Gesellen und Lehrlinge thätig; dazu kommen noch eine Anzahl nur mit dem Verkauf der Backwaren beschäftigte, meist weibliche Personen. Die Verteilung der Gesellen und Lehrlinge auf die einzelnen Betriebe ist nach Angaben der ersten Innung folgende; es hatten

Gesellen:	Betriebe:	Lehrlinge:	Betriebe:
0	50	0	29
1	208	1	180
2	85	2	139
3	25	3	20
4 und mehr	6	4 und mehr	6

Nach dieser Zusammenstellung gab es gegen 480 Gesellen und 540 Lehrlinge, zusammen gegen 1020 Hilfspersonen. Meistens sind 3 Arbeiter in einem Betriebe thätig; eine höhere Zahl beschäftigten nur die Brot- und die Feinbäckereien.

Die Löhne sind durchweg Zeitlöhne, neben welchen stets Beköstigung und Wohnung gewährt wird. Ein eben ausgelernter Geselle erhält wöchentlich 4—6 Mk., ein Backstubenarbeiter 7—10 Mk., ein Ofenarbeiter 9—12 Mk. und ein Werkmeister 14—15 Mk. Die Lehrlinge erhalten wöchentlich 50 Pf., gegen Ende der Lehrzeit 1 Mk. Eine Nebeneinnahme bilden Trinkgelder, welche die Lehrlinge für das Austragen des Gebäcks, die Gesellen für das Besorgen von Hausbäckerei und Braten [1] erhalten. Besonders zu Weihnachten ist diese Einnahme nicht unbedeutend [2]. Die

---

[1] Wer keinen Küchenofen hat, schickt seinen Braten zum Bäcker und zahlt dafür 15—20 Pf.

[2] Prußog (Obermeister der I. Innung) in den Verhandlungen der Kommission für Arbeiterstatistik, Nr. 4, S. 8, linke Spalte: „Bei uns bekommt das ganze Backgeld der Geselle. Er hat 60 bis 80 Mk. zu Weihnachten Backgeld und ich sage ihm: Behalten Sie sich das und geben Sie dem zweiten Gesellen und dem Jungen etwas ab. Wenn ein tüchtiger Werkmeister eine tüchtige Stelle hat, so sagt er sich: ich habe zu Weihnachten Weihnachtsgeschenke und 50 bis 80 Mk. Backgeld."

Verkäuferinnen in größeren Bäckereien erhalten vierteljährlich 36—45 Mk. Lohn; außerdem wird Beköstigung, freie Wohnung und Wäsche gewährt. Von der socialen Lage der Arbeiter wird in einem besonderen Abschnitt die Rede sein.

d. Kapitalerfordernis[1].

Unter den Anlagekosten einer Bäckerei nimmt der Preis für den Backofen die wichtigste Stelle ein. Da derselbe in der Regel im Eigentum des Hausbesitzers steht, der Bäcker das Anlagekapital desselben nur in Gestalt der Miete zu verzinsen hat und da auch sonst das eine oder andere der Bäckereiutensilien zum Inventar gehört, so braucht ein Breslauer Bäcker im allgemeinen kein oder nur ein geringes Anlagekapital. Nur zur Anschaffung einer Teigteilmaschine sind einige Mittel erforderlich. Eine 20- oder 30teilige Maschine aus der Fabrik von Herbst & Komp. kostet ab Halle 390 Mk., eine 50teilige 420 Mk., eine kleine auf den Arbeitstisch zu stellende Maschine nur 175 bis 225 Mk. Die Fabrik gewährt bei Barzahlung innerhalb 8 Tagen nach Empfang der Maschine 4 % Skonto und um minder bemittelten Bäckern die Anschaffung zu ermöglichen, monatliche Ratenzahlungen von 20 bis 30 Mk., behält sich allerdings bis zur völligen Abstoßung des Kaufpreises der Maschine das Eigentumsrecht an derselben vor. Die Anschaffungskosten der sonstigen Bäckereiutensilien sind sehr geringe.

Höher ist das Betriebskapital, welches nach Art, Größe und vor allem nach der örtlichen Lage der Bäckerei verschieden ist und dessen wesentlichsten Bestandteil der Mietzins bildet. Unter der Annahme, daß der Bäcker in der Lage ist, alles bar bezahlen zu können, beträgt nach den Angaben der I. Innung[2] das Kapitalerfordernis für eine große Bäckerei, die 5 und mehr Leute beschäftigt, 6000 Mk., für eine mittlere, in der mindestens 2 Gesellen arbeiten, 3000 Mk. und für eine kleine Bäckerei, die nur einen oder gar keinen Gesellen beschäftigt, 1000 Mk. Da jedoch im Breslauer Bäckergewerbe eine Kreditwirtschaft sondergleichen eingerissen ist, so ist thatsächlich ein viel geringeres Betriebskapital ausreichend, und es genügen z. B. für eine mittlere Bäckerei in besserer Lage 1600—1800 Mk., für eine kleine Weißbäckerei in den Vorstädten 500—600 Mk. Es kommt ja

---

[1] Vergl. hierzu Arnold a. a. O. S. 44, 45.

[2] Die I. Innung stellte dem Verfasser für diese Arbeit einen umfangreichen, schriftlichen Bericht zur Verfügung; dem Innungsvorstand sei auch an dieser Stelle wärmster Dank ausgesprochen.

nur darauf an, die Miete für das erste Quartal zu bezahlen und eventuell das Inventar zu vervollständigen; das Mehl wird auf Kredit bezogen, der dem Bäcker von den Mehlhändlern förmlich ins Haus getragen wird[1]; die Ausgaben für die übrigen Rohstoffe sind unbedeutend; manchmal werden auch sie auf Kredit entnommen.

Eine Berechnung der Produktionskosten eines Kleinbetriebes kann leider nicht mitgeteilt werden. Die Antwort auf die zur Aufstellung einer solchen Berechnung notwendigen Fragen wurde vielfach abgelehnt. In der Regel sind die Bäcker auch gar nicht im stande, die nötigen Angaben zu machen, da selten Buch geführt wird und noch seltener Ausgaben für Bäckerei und Haushalt getrennt werden. Schon bei der Festsetzung der Miete für die Bäckerei stößt man auf Schwierigkeiten. Backstube, Laden und Wohnräume bilden namentlich in den Bäckereien der Vorstädte ein Ganzes; wieviel soll nun auf Laden und Werkstatt, wieviel auf die Wohnung gerechnet werden? Ähnlich steht es mit manchen Rohstoffen. Von der gekauften Kohle werden sowohl der Backofen wie die Wohnräume geheizt, aus derselben Petroleumkanne werden die Lampen für Wohnräume, Laden und Werkstatt gefüllt; von der Butter, Milch u. s. w., die für die Bäckerei gekauft sind, nimmt auch die Frau Meisterin für ihre Kochzwecke. Umgekehrt werden die für den Haushalt entnommenen Backwaren dem Geschäft nicht bezahlt. Bei dieser die Kleinbetriebe charakterisierenden Wirtschaftsführung muß von der Aufstellung von Budgets, wie sie Arnold von einigen Münchener Bäckereien mitteilt, Abstand genommen werden.

Nach dem Innungsbericht hat ein Bäckermeister, welcher durchschnittlich täglich zwei Ballen Mehl verbäckt, ein jährliches Einkommen von etwa 2400 Mk. oder wöchentlich über 46 Mk. Eine Bäckerei mit einem derartigen Umfang der Produktion ähnelt in mancher Hinsicht der von Arnold[2] geschilderten „Bäckerei mit zwei Gehilfen", welche aus der Bäckerei eine Wocheneinnahme von 60 Mk. zu verzeichnen hat.

4. Produktion und Absatz. Konkurrenzverhältnisse.

A. Die Brotbäckerei.

Während bis in die Mitte der 1870er Jahre auf dem Gebiete der Broterzeugung für die städtischen Bäcker nur die Konkurrenz der Landbäcker

---

[1] Oldenberg, Maximalarbeitstag im Bäckergewerbe. S. 125.

[2] a. a. O. S. 54.

bestand, kam seitdem die Brotfabrik des Konsumvereins hinzu. In welchem Umfang gegenwärtig die städtischen Handwerker, die Landbäcker und die Konsumbäckerei an der Deckung des Breslauer Brotbedarfs beteiligt sind, läßt sich zahlenmäßig nicht feststellen. Nur soviel läßt sich auf Grund längerer Beobachtungen sagen, daß die städtischen Bäcker die Broterzeugung immer mehr an die Fabrik verloren haben, während der Anteil der Landbäcker an der Deckung des Brotbedarfs im wesentlichen der gleiche geblieben ist.

Um ein Bild von dem durchschnittlichen Verlust der städtischen Bäckereien an Brotkonsumenten zu erhalten, vergegenwärtige man sich nochmals die Zahlen der Spalte 5 der oben (S. 101) abgedruckten Tabelle. Wie dieselben gewonnen sind, ist bereits mitgeteilt worden; es ist dabei unterstellt, daß alle Konsumvereinsmitglieder ihr Brot auch aus der Vereinsbäckerei und nicht von den Bäckern beziehen, welche Annahme für die Gegenwart mehr zutrifft als für die ersten Jahre nach der Eröffnung der Fabrik. Während 1870 und 1873 auf beiden Produktionsgebieten noch gegen 1000 Konsumenten auf eine Bäckerei entfallen, sinkt auf dem Gebiete der Broterzeugung in den folgenden 20 Jahren die durchschnittliche Konsumentenzahl auf 600 herab; auf dem der Weißbäckerei bleibt sie im wesentlichen konstant. Danach hat durchschnittlich jede Bäckerei etwa 40 Prozent ihrer Brotkonsumenten verloren. In Wirklichkeit ist in vielen Bäckereien der Verlust ein viel größerer, während man bei den großen handwerksmäßigen Schwarzbrotbäckereien und den gemischten Bäckereien von einem Verlust nicht reden kann.

Diese Verschiebung der Produktionsverhältnisse erklärt sich aus der technischen wie ökonomischen Überlegenheit der Brotfabrik in Verbindung mit der Eigenart des Konsumvereins.

Zunächst ist die Konsumbäckerei in technischer Hinsicht den Kleinbetrieben überlegen. Ein sehr anstrengender und zeitraubender Teil der Backarbeit, das Kneten des Teiges, ist der Menschenhand abgenommen. Die Knetmaschinen verarbeiten nicht nur ein viel größeres Quantum Mehl als dies mit der Hand geschehen kann, sondern sie verrichten diese Arbeit auch in viel kürzerer Zeit. Dies bedeutet eine Ersparung von Arbeitskräften und Arbeitslöhnen. Der kontinuierliche Betrieb gestattet es auch, die einzelne Arbeitskraft voll auszunutzen; während im Kleinbetrieb die Arbeitszeit mehrmals durch Pausen unterbrochen wird, in denen man den Gärungsprozeß abwartet, wegen des geringen Umfangs der Produktion in den meisten Betrieben aber nicht anderweitig thätig sein kann, wird in der Konsumbäckerei in dieser Zeit an dem nächsten Quantum Mehl bezw. Teig ge-

arbeitet. Die Einführung der Maschinen und des kontinuierlichen Betriebes sowie eine weitgehende Arbeitsteilung haben eine erhöhte Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters zur Folge. In einer größeren handwerksmäßigen Bäckerei wurden von 7 Gesellen täglich 2000 kg Brot hergestellt, auf den einzelnen Arbeiter entfallen sonach etwa 285 kg; in der Konsumbäckerei erzeugen 63 Bäcker täglich 30 000 bis 36 000 kg Brot, auf jeden Arbeiter entfallen sonach 476—571 kg. Die Leistungsfähigkeit des Arbeiters in der Konsumbäckerei ist also doppelt so groß als in dem erwähnten Kleinbetrieb. Infolge des ununterbrochenen Betriebes und der Benutzung von Etagenöfen ist die Ausnützung der Heizkraft eine bessere; die Konsumbäckerei hat gegenüber den Kleinbetrieben den Vorteil eines verhältnismäßig geringeren Aufwandes an Brennstoffen [1].

Der Konsumverein kauft wie alle seine Waren, so auch das Mehl im Großen ein und natürlich gegen Kasse. Infolgedessen stellt sich für den Verein der Preis um 1,50 Mk. bis 2 Mk. pro Ballen niedriger als für den kleinen Bäcker, der nur geringe Mengen Mehl und zwar immer auf Kredit von längerer Dauer bezieht. Bei einem täglichen Verbrauch von 225 bis 275 Ballen bedeutet das eine tägliche Ersparnis von 337,50 bis 412,50 Mk.

Wenn nun bei einer Privatbrotfabrik die mancherlei Vorteile der Großproduktion in der Regel durch Nachteile beim Absatz — Kosten für Verkaufsstellen, für den Transport — teilweise aufgehoben werden [2], so ist dies bei der Konsumbäckerei nicht der Fall; hier sind im Gegenteil die Absatzverhältnisse die denkbar günstigsten. Der Verkauf des Brotes erfolgt mit den übrigen Waren in denselben Läden und verursacht außer der Anschaffung und Unterhaltung von 12 Brotwagen und Pferden sowie dem Lohn für deren Kutscher keine Unkosten.

Diese technischen wie ökonomischen Vorteile, die ihren Ausdruck in niedrigen Produktionskosten finden, sind es aber nicht allein gewesen, welche dem Konsumbrot zum Siege über das handwerksmäßig erzeugte Schwarzbrot verhalfen; viel hat dazu die Eigenart des Vereins beigetragen. Nachdem die Fabrik aus den Kinderschuhen getreten war, als die Klagen über „kleistriges" Brot verstummten, weil es gelungen war, dank der verbesserten Konstruktion der Öfen ein gut ausgebackenes Brot zu liefern, haben viele Vereinsmitglieder, die bis dahin ihr Brot vom Bäcker kauften, ihren Bedarf in den Verkaufsstätten des Vereins gedeckt. Auch die Bequemlichkeit veran=

[1] Arnold a. a. O. S. 39.

[2] Schmoller, Zur Gesch. der deutschen Kleingew. 1870. S. 414.

laßte vielfach dazu; man kann es niemand verdenken, wenn er sich sagt: jetzt habe ich alle Einkäufe für meinen Haushalt im Konsumverein gemacht, soll ich wegen eines einzigen Brotes noch in einen anderen Laden gehen? Schließlich ist noch zu berücksichtigen, daß die Mitglieder des Konsumvereins meist zu der Schicht der Bevölkerung gehören, welche viel Brot konsumiert.

Waren und sind denn die Kleinbetriebe nicht im stande, dieser Entwicklung entgegenzutreten? Die Frage ist einfach mit Nein zu beantworten. Zwar ist zuzugeben, daß die Bäcker sich den Vorteil des billigen Rohstoffbezuges [1] zu eigen machen könnten, daß sie ohne großen Aufwand, d. h. vor allem mit derselben Heizkraft und Ofenfläche mehr Brot backen könnten; allein es fehlt ihnen das Wichtigste: der Absatz. Denn abgesehen davon, daß die Brotfabrik den städtischen Bäckern viele Tausende von Kunden entzogen hat, in die Deckung des Brotbedarfes der nicht Konsumbrot essenden Bevölkerung müssen sich die städtischen Bäcker mit den Landbäckern teilen.

Die Konkurrenz der Landbäcker ist sehr alt; seit dem 14. Jahrhundert bestanden zwei freie Brotmärkte, die an jedem Montag und Donnerstag stattfanden und auf denen die Landbäcker Brot verkaufen durften, sofern sie sich nach den städtischen Taxen in Ansehung des Preises und des Gewichtes richteten. Leider liegen über Entwicklung und Umfang der Landbäckerei keinerlei Nachrichten vor und auch für die Gegenwart fehlen zuverlässige Angaben. Dank dem Entgegenkommen der Steuerbeamten, welchen die Kontrolle der Einfuhr und Erhebung der Schlacht-, Wild- u. s. w. -steuern obliegt, war es dem Verfasser möglich, einige Zahlen über die Einfuhr von Brot zu erhalten. Die genannten Herren notierten während einer Woche die einpassierenden Wagen, Stückzahl der Brote und die meisten auch die Gewichtsmenge desselben. An den 10 in Betracht kommenden Thoren wurden wöchentlich über 30000 Stück Brot mit einem Gewicht von über 76000 kg eingeführt; die tägliche Einfuhr betrug 10000—11000 kg, also ein Drittel von dem, was der Konsumverein täglich bäckt.

---

[1] Ein Versuch nach dieser Richtung wurde vor einigen Jahren von einem hiesigen Mühlenbesitzer unternommen. Derselbe erklärte sich bereit, den Bäckern das Mehl zu demselben Preis wie dem Konsumverein zu liefern, wenn er von den Bäckern wie vom Konsumverein bar bezahlt würde. Die Bestellung und Bezahlung sollte durch die Innung erfolgen, er aber wollte dem einzelnen Bäcker das Mehl vors Haus fahren. Der wohlgemeinte Vorschlag wurde aber von den Bäckern mit der Begründung abgelehnt, daß der betreffende Mühlenbesitzer an ihren „Feind“, den Konsumverein, liefere; wer aber mit ihrem Feinde in Geschäftsverbindung stehe, von dem dürfe man keine Waren beziehen. — Recht bezeichnend für die Intelligenz eines großen Teiles der Handwerker.

Die Landbäckereien liegen in Dörfern, die höchstens 3 Meilen von der Stadt entfernt sind. Sie sind Betriebe mit mehreren Gesellen; einige stehen in Verbindung mit einer Mühle, einige mit einem größeren Gute. Sie produzieren ausschließlich Schwarzbrot, welches sie täglich oder mehrmals wöchentlich nach der Stadt fahren. Ihre Abnehmer sind teils Privatkunden, teils Zwischenhändler; viele Landbäcker fahren auch mit ihren Brotwagen während der Marktstunden auf einen der Marktplätze und lassen daselbst Brot verkaufen. Die niedrigeren Produktionskosten in den Dörfern werden durch die Kosten des Absatzes — Unterhalten von Wagen und Pferd, sowie Lohn für den verkaufenden Kutscher — teilweise aufgehoben; immerhin werfen die Geschäfte, welche durchweg in größerem Umfang als eine städtische Bäckerei betrieben werden, einigen Nutzen ab.

Soweit nicht der Konsumverein und die Landbäcker den Brotbedarf decken, kommt das städtische Handwerk in Betracht, vor allem die schon geschilderten Schwarzbrotbäckereien, die ein der Qualität nach dem Konsumbrot entsprechendes Brot herstellen, während für die kleine Zahl derjenigen, die ein weniger kräftiges, feineres Brot zu essen gewohnt sind, die besseren gemischten und die Feinbäckereien sorgen. Alle diejenigen aber, die ihr Brot aus keiner der bisher genannten Arten von Bäckereien beziehen, kaufen dasselbe in den sonstigen Kleinbetrieben, soweit solche Brot backen.

Die wirtschaftliche Lage ist nun in den einzelnen Betrieben keineswegs die gleiche. Während die Brotbäckereien sich eines großen und sicheren Absatzes erfreuen, tobt in den übrigen Kleinbetrieben ein unsinniger Konkurrenzkampf. Soweit die Bäcker nicht auf die Broterzeugung überhaupt verzichtet haben, suchen sie durch Druck auf die Preise Absatz zu gewinnen oder zu behaupten. Die kleinen Meister und die Anfänger sind hierbei die schlimmsten. Um Kunden zu erlangen, wird zu Preisen verkauft, bei denen ein Verdienst fast ausgeschlossen ist.

Gewöhnlich ist der Gang der Dinge folgender. Der Anfänger kauft von einem Bäcker aus der Nachbarschaft ein Brot, wiegt es und stellt für denselben Preis ein schwereres Brot her, womit er eine Anzahl Kunden anlockt. Damit nun die in derselben Stadtgegend wohnenden Bäcker ihre Kundschaft nicht verlieren, sind sie genötigt, ihr Brot ebenfalls schwerer zu machen oder entsprechend zu verbilligen. Dabei wird der Nutzen immer kleiner, während die Produktionskosten dieselben bleiben. Dies geht nun so fort bis zu einer gewissen Grenze, bei welcher der Nutzen ausbleibt, die Pleite aber eintritt. Daß ein Bäcker sein Brot bedeutend unter den Preisen des Konsumvereins verkauft, kommt nicht selten vor; beispielsweise verkaufte ein Bäcker das Pfund Brot mit $7^1/_7$ Pfennig, während zu der=

selben Zeit ein Pfund Konsumbrot $8^{1}/_{2}$ Pfennig kostete; ein anderer verkaufte das Pfund mit $7^{1}/_{2}$ Pfennig, während im Konsumverein der Preis 9 Pfennig betrug. Man vergegenwärtige sich nur den niedrigen Einkaufspreis des Mehles und die niedrigen Produktionskosten des Konsumvereins und man wird sich sagen, daß bei einem derartigen Geschäftsgebaren an einen Verdienst überhaupt nicht zu denken ist. Von diesem gegenseitigen Unterbieten hat zudem nur ein Teil des Publikums Vorteil; die Differenz wandert in die Taschen der Zwischenhändler, die außerdem noch einen 10 bis 20 Prozent betragenden Rabatt erhalten und das Brot zu dem üblichen Preise verkaufen. Der Inhaber einer größeren Brotbäckerei sagte: die Konkurrenz des Konsumvereins sei ja sehr drückend; da aber die Brotpreise desselben auf einer genauen Kostenberechnung beruhten, so sei dessen Wettbewerb weniger gefährlich als jener der kleinen Meister, die ihre Ware ohne Rücksicht auf die Kosten zu jedwedem Preise losschlagen.

B. Die Weiß- und Feinbäckerei.

Nicht viel günstiger als auf dem Gebiete der Brotproduktion liegen die Verhältnisse in der Weißbäckerei, zu der auch die Feinbäckerei gehört. Abgesehen von einigen Schwarzbrotbäckereien befassen sich eigentlich sämtliche Kleinbetriebe mehr oder weniger mit der Herstellung der sogenannten weißen Ware.

Eine exceptionelle Stellung unter den Weißbäckereien nehmen die Feinbäckereien ein. Die relativ gute wirtschaftliche Lage derselben ist dem Umstande zuzuschreiben, daß sie sich im Gegensatz zu den meisten Kleinbetrieben eines gesicherten Absatzgebietes, einer guten Kundschaft erfreuen. Infolge der geringen Zahl der Betriebe besteht unter ihnen fast keine Konkurrenz. Da ein großer Teil der Ware in den mit der Betriebsstätte verbundenen Läden oder in den Filialen verkauft wird, auch die Abnehmer in der Regel den zahlungsfähigen Kreisen der Bevölkerung angehören und da direkt an die Konsumenten, nicht an Zwischenhändler verkauft wird, so haben die Feinbäcker neben dem Vorteil eines raschen Kapitalumsatzes den weiteren, daß der ganze Nutzen ihnen zufließt. — Produziert werden in diesen Betrieben neben der feinen Backware (Buttergebäck) noch Konditorwaren, verkauft außerdem Schrotbrot, Grahambrot, Wiener Mehl, vereinzelt auch Kaffee, Thee und Zuckerwaren.

Die Betriebsinhaber sind durchweg kapitalkräftige Personen, meist Eigentümer des Hauses, in dem die Werkstatt sich befindet. Ihre Rohstoffe beziehen sie gegen bare Zahlung oder kurzfristigen Kredit und die meisten

führen auch ordnungsmäßig Buch über Einnahmen und Ausgaben. Diesen Umständen ist es im wesentlichen zuzuschreiben, daß die Inhaber der Feinbäckereien vorwärts gekommen sind und es zu einem gewissen Wohlstand gebracht haben.

Das Gesagte gilt großenteils auch von einigen größeren gemischten und Weißbäckereien, nicht aber von der Masse der Kleinbetriebe. Die Gewinnung und Behauptung eines Absatzgebietes ist für dieselben die Lebensfrage. Wenn von den Bäckern geklagt wird, daß der Konsumverein ihnen den Absatz entrissen habe, so trifft dies für die Weißbäckerei überhaupt nicht zu. Der wahre Grund dafür, daß der Kampf um das Absatzgebiet auch hier ein so heftiger geworden ist, dürfte vornehmlich in der schon bei Behandlung der Lage der Brotbäckerei erwähnten Schleuderkonkurrenz der eigenen Berufsgenossen zu suchen sein, zu der allerdings noch einige Belastungen und Erschwerungen des Absatzes hinzutreten. Bei der Weiß- speciell Semmelbäckerei greift leider in bedeutendem Umfang der Zwischenhandel Platz. Nicht genug, daß es in jedem Straßenviertel mehrere Bäcker giebt, auch noch in allen Viktualienkellern werden Backwaren, allerdings nur Brot und Semmeln, nicht Kuchen, verkauft. Natürlich geht dem Bäcker dadurch ein erheblicher Teil seines Nutzens verloren; denn bei Entnahme von Backwaren werden bei Beträgen über 3 Mk. 20 Prozent, bei geringeren 10 bis 15 Prozent Rabatt gewährt. Außerdem muß der Bäcker dem Zwischenhändler die Semmeln ins Haus liefern.

Aber auch, soweit noch ein direkter Absatz an Privatkunden besteht, verursacht derselbe nicht geringe Unkosten. In der Regel erhalten ständige Kunden 10 Prozent Rabatt oder deren Dienstmädchen eine Freisemmel und Sonntags ein Stück Kuchen; zu Weihnachten besteht die Unsitte, daß die Bäcker ihren Kunden einen Striezel (Stollen) senden. Außerdem ist es üblich geworden, das Gebäck den Kunden frei ins Haus zu liefern. Der Inhaber einer mittleren Bäckerei gab an, daß ihm der Absatz an die Privaten gegen 400 Mk. Spesen verursache, darunter allein 180 Mk. für das Austragen der Semmeln, das eine Frau besorgt, die dafür täglich 50 Pf. erhält.

Nicht zu unterschätzen sind die Einnahmeverluste, welche die Bäcker seit Einführung der Sonntagsruhe zu verzeichnen haben. Während früher am Sonntag die Einnahme am größten war — namentlich für diejenigen Bäcker, deren Läden in Straßen liegen, durch welche Sonn- und Feiertags ein starker Verkehr nach Vergnügungsorten stattfindet, da vielfach die Spaziergänger ihren Kaffeekuchen vom Bäcker mitnahmen — ist dies seit Einführung der Sonntagsruhe nicht mehr der Fall. Der Bäckerladen ist nur

wenige Stunden geöffnet und man ist genötigt, seinen Bedarf beim Konditor zu decken, den das Gesetz zu den Gast- und Schankwirten zählt und der — allerdings rechtlich unzulässig — selbst während der Gottesdienststunden über die Straße verkauft. Außerdem sollen die Restaurateure der Vergnügungsetabissements jetzt mehr Kuchen backen als früher, denselben auch außer dem Hause verkaufen und sogar Bestellungen auf Backwaren von Privaten annehmen.

Daß infolge der übergroßen Konkurrenz, besonders aber durch die Kosten des Absatzes der Verdienst der einzelnen Bäcker sehr geschmälert wird, ist selbstverständlich; manche geben an, daß ihre Tageseinnahmen um 30 bis 40 Prozent, Sonntags um 50 Prozent und mehr zurückgegangen sind. Um nun einigermaßen für den Ausfall Ersatz zu schaffen, gehen viele Bäcker zur Erzeugung von Konditorwaren über, was für sie mancherlei Vorteile hat. Zunächst ist der Verdienst hierbei am höchsten, sodann bedarf es zu ihrer Herstellung keiner neuen Arbeitskräfte, da die vorhandenen infolge des geringen Umfangs der Brotproduktion nicht voll beschäftigt sind. Um die Produktion kennen zu lernen, stellt ein Meister für einige Zeit einen Konditorgehilfen ein und sieht ihm die Herstellung ab. Manche Meister waren so verständig, auch ihre Lehrlinge in der Konditorwarenerzeugung zu unterweisen; könnten dieselben erst die Elemente, dann hätten sie immer Aussicht, später einmal als Gehilfen in eine Konditorei eintreten zu können und sich daselbst zu vervollkommnen. So sehr auch das Streben der Bäcker, ihre Produktion vielseitig zu gestalten, anzuerkennen ist, so darf doch nicht unerwähnt bleiben, daß das von den Bäckern erzeugte Konditorgebäck den Ansprüchen eines verwöhnten Gaumens schwerlich genügen dürfte.

Eine früher für den Bäcker nicht zu verachtende Einnahmequelle der Lohnbäckerei ist heute dem Versiegen nahe. Die modernen Küchenöfen[1] gestatten sehr bequem das Backen von Kuchen aller Art; außerdem ist die Hausbäckerei überhaupt zurückgegangen, da man ja in den vielen Läden sich Kuchen kaufen kann. Nur an den hohen Festen, besonders zu Weihnachten, sind die Einnahmen aus der Hausbäckerei noch bedeutend, in der übrigen Zeit betragen sie kaum 1 Mk. täglich.

Ebenso kann der Detailverkauf von Mehl und Preßhefe, sowie der in einer Bäckerei vorkommende Ausschank von Kaffee keinen lohnenden Ersatz für die aus der eigentlichen Bäckerei fehlende Einnahme gewähren.

Wenn wir nach den bisherigen Ausführungen zu dem Resultate kommen

[1] Vergl. A. Voigt in diesen Unters. Bd. 64, S. 23.

müssen, daß in der Schwarzbäckerei infolge der Fortschritte der Konsumbäckerei, in der Weißbäckerei infolge der Schleuderkonkurrenz der kleineren Betriebe und ungünstiger Absatzbedingungen der Bäckergewinn kein hoher sein kann, so drängt sich uns die Frage auf: wie kommt es, daß trotzdem in Breslau eine so große Anzahl von Bäckereien besteht und daß dieselben immer noch ihren Mann ernähren? Die Frage ist mit dem Hinweis darauf zu beantworten, daß infolge des niedrigen Standes der Mehlpreise und der großen Konkurrenz unter den Mühlen und Mehlhändlern die Etablierung neuer Bäckereien sehr leicht ist, indem dieselbe kein nennenswertes Betriebskapital mehr erfordert. Freilich ist die Lebensdauer eines solchen Betriebes öfters eine nur kurze; allein es finden sich immer wieder Gesellen, welche an Stelle eines bankerotten Betriebsinhabers eintreten. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die stete Zunahme der Bevölkerung der Entwicklung des Gewerbes Vorschub leistet, daß niedrige Mieten die Errichtung von Bäckereien begünstigen, daß die Lebensgewohnheiten der meisten Bäcker und ihrer Familien bescheidene sind und daß die Ausgaben auf das notwendigste beschränkt werden. So ist es immerhin dem Bäcker möglich, auch bei niedrigem Gewinn seine Existenz zu fristen. Diejenigen, welche bei genügender technischer Vorbildung ihre Unkosten sich berechnen, über Außenstände und eigene Schulden ordnungsmäßig Bücher führen, möglichst bar einkaufen und den Zwischenhandel mit den „Bäudlern“ meiden oder nur nebenbei betreiben, sind immer noch vorwärts gekommen und haben es, wenn auch ihre Umsätze nicht groß sind, zu einigem Wohlstand gebracht. Ein Teil der Bäcker befindet sich dadurch in besserer Lage als viele Berufsgenossen, daß sie Eigentümer des Hauses sind, in dem die Werkstatt sich befindet, und infolgedessen den Mietssteigerungen seitens der Wirte nicht ausgesetzt sind. Die Zahl der hausbesitzenden Bäcker beträgt 115, also fast ein Drittel der Gesamtzahl. Bei einigen Bäckern erklärt sich ein gewisser Wohlstand auch aus Gründen, die mit der Bäckerei in keinem Zusammenhang stehen, wie glücklichen Spekulationen in Grundstücken, Wertpapieren, auch in Mehl, Lotteriegewinn u. dergl.

Zum Schluß dieses Abschnitts seien einige, das Breslauer Bäckergewerbe treffend charakterisierende Äußerungen eines Mühlenbesitzers (Großindustriellen) mitgeteilt, die Verfasser einer ihm erteilten schriftlichen Auskunft desselben entnimmt:

„Nach meinen langjährigen Erfahrungen gilt beim Bäcker wie bei anderen lebensfähigen Gewerben der Spruch: Wie man's treibt, so geht's.

„Es ist wohl wahr, daß der Breslauer Konsumverein den hiesigen Bäckern beim Verkauf von Roggenbrot (Weizenbäckerei hat der Konsumverein nicht) eine mächtige

Konkurrenz bereitet und seine Brotpreise niedrig sind; aber sie sind noch derartig, daß der Bäcker damit konkurrieren resp. dabei seine Unkosten decken und einen kleinen Gewinn darüber erzielen kann. Der Konsumverein macht seine Einkäufe von Brotmehl ausschließlich per Kasse, hält sich von jeder Spekulation fern, deckt seinen Bedarf bei renommierten Mühlen von Woche zu Woche, liefert vermöge seiner vorzüglichen Einrichtungen ein gutes Brot, verkauft dasselbe nach Gewicht, fixiert die Preise wöchentlich auf Basis der jeweiligen Mehlpreise und verkauft nur gegen Barzahlung.

„Wohl wegen dieser gesunden Principien ist auch die Bäckerei des Konsumvereins von den kleinsten Anfängen zu großer Bedeutung gelangt und dürfte wohl zu den größten Bäckereien des Kontinents gehören. Dabei wirft die Bäckerei einen guten Nutzen ab.

„Diejenigen der hiesigen Bäcker, welche genau nach dem Rezept des Konsumvereins arbeiten, d. h. umsichtig beim Einkauf von Mehl und tüchtig im Verbacken desselben sind, keinen Kredit nehmen und geben, sind vorwärts gekommen und werden auch in der Zukunft ihre Rechnung finden.

„Die Weizenbäckerei, welcher, wie bereits erwähnt, vom Konsumverein keine Konkurrenz bereitet wird, liegt im allgemeinen günstiger als die Roggenbäckerei. Das Gros des Publikums, welches größeren Bedarf an Weißgebäck (Semmel, Zwieback, Kuchen, Brezel, Striezel u. s. w.) hat, rekrutiert sich aus den Wohlhabenderen, die beim Kauf nicht so ängstlich auf den Sparpfennig achten müssen, wie das im allgemeinen die Käufer von Roggenbrot thun. Die Bäcker sind auch dadurch, daß sie das Weißgebäck nicht nach Gewicht zu verkaufen genötigt sind, nicht so der Kontrolle des Publikums unterworfen wie beim Roggenbrot, wo sie außer der Konkurrenz ihrer Kollegen noch die des Konsumvereins zu bekämpfen haben.

„Wenn aber trotzdem so viele Bäcker notleidend sind und häufig Zahlungseinstellungen bei ihnen vorkommen, so sind meiner Meinung nach folgende Ursachen daran Schuld.

„Es etablieren sich häufig Bäckergesellen als Meister, bevor sie geprüft haben, ob das Lokal, worin sie ihr Gewerbe ausüben wollen, in einer Gegend liegt, in der eine Bäckerei existenzberechtigt ist und unterliegen bald der Konkurrenz. Auch kommt es häufig vor, daß ein Bäckergeselle nicht die sittliche Befähigung hat ein Gewerbe selbständig zu betreiben. Als Geselle war er genötigt, um seine Stelle nicht zu verlieren, pünktlich an der Arbeitsstätte zu erscheinen und seine Arbeit zur Zufriedenheit des Meisters zu verrichten. Als selbständiger Gewerbetreibender glaubt er die Arbeit seinen Gesellen oder Lehrlingen überlassen zu können und seinem Vergnügen leben zu dürfen und in Schankstätten und Spiellokalen sich die Zeit vertreiben zu können.

„Mitunter tritt Vermögensverfall ein, weil der Bäcker ohne genügendes Kapital ist und zumeist auf Kredit seine Einrichtungsgegenstände und die Materialien für sein Gewerbe, z. B. Mehl, Butter, Zucker entnommen hat, bei Verfall der Rechnungen von seinen Gläubigern gedrängt wird, seinen Kredit verliert und zur Betriebseinstellung genötigt wird. Öfters liegen die Ursachen eines Mißerfolges außerhalb des Rahmens des Bäckereibetriebes. Mir sind Fälle bekannt, daß Bäcker Spekulationen in Mehl oder in Wertpapieren, Grundstücken u. s. w. unternommen haben und dadurch zu Grunde gegangen sind.

„In meinem Verkehr mit hiesigen Bäckern bestimme ich die Abnahmefrist des gekauften Mehles auf längstens 2 Monate vom Tage des Kaufes und Zahlung per Kasse. Obwohl die Bäcker sich schriftlich zur Annahme dieser Bedingungen erklären, sind viele von ihnen nicht zuverlässig in der Erfüllung der Kontrakte, indem sie die Abnahme manchmal auf viele Monate hinausziehen und auch nach Monaten erst bezahlen. Diese Übelstände verleiden den größeren hiesigen Mühlen den Verkehr mit den Bäckern überhaupt, zumal der geringe Nutzen, den eventuell das Geschäft bringt, nur ganz koulante und präcise Abwicklung des Geschäfts zur Voraussetzung hat."

5. Arbeiterverhältnisse. Innungswesen.

Unter Hinzurechnung der Bäckergesellen des Konsumvereins beträgt die Zahl der Bäckereiarbeiter in Breslau fast 1100, die vorwiegend in den Kleinbetrieben beschäftigt sind.

Die Arbeitszeit ist entsprechend der Größe des Betriebes und der Zahl der beschäftigten Personen naturgemäß eine verschiedene. Nach dem Innungsbericht beträgt sie in den meisten Betrieben einschließlich der durch die Gärung bedingten Pausen 10 bis 12 Stunden, in einigen Betrieben dauert sie länger, in vielen kleinen, die nur Weißbäckerei bescheidenen Umfangs haben, noch nicht 8 Stunden. In der Konsumbäckerei arbeitet der Bäckergeselle 8 Stunden, beim Übergang in eine andere Schicht natürlich einige Stunden länger.

Die Löhne der Gesellen in den Kleinbetrieben sind bereits mitgeteilt; sie werden wöchentlich, in einigen Betrieben vierzehntägig gezahlt. Nach den Angaben der Ortskrankenkasse vom Januar 1893 betrug der Jahresarbeitsverdienst 720 Mk., für über 16 Jahre alte Lehrlinge 360 Mk. Kost und Wohnung sind hierbei in Geld veranschlagt. Die Gesellen der Kleinmeister müssen bei diesen wohnen, auch wenn sie verheiratet sind. Im letzteren Falle dürfen sie jedoch außer am Sonntag noch an einem Nachmittag und Abend in der Woche ihre Familie besuchen. Unter freier Kost wird in der Regel Beköstigung zu sämtlichen Mahlzeiten verstanden; indessen ist es in einer Reihe von Betrieben üblich, daß der Geselle zweites Frühstück und Abendbrot sich selbst zu besorgen hat. Die Lehrlinge haben stets volle Beköstigung. Die in der Konsumbäckerei beschäftigten Gesellen verdienen je nach der Art der Beschäftigung und der Länge der Dienstzeit 16—22 Mk. pro Woche; außerdem bekommt jeder Geselle 5 kg Brot, aber keiner hat freie Station.

Die Lage der Konsumbäcker ist in vieler Hinsicht besser als die der bei den Handwerkern beschäftigten Gesellen. Die Arbeitszeit ist keine lange, die Arbeit selbst ist körperlich weniger anstrengend, da eine weitgehende

Verwendung von Maschinen stattfindet, und vor allem viel gesünder als bei einem Kleinmeister, da sich der ganze Backprozeß in einem hohen luftigen und hellen Saal vollzieht, während die Werkstatt des Kleinmeisters meist im Keller liegt und infolge der Kleinheit der Räume die ungesundesten Temperaturen aufweist. Nicht nur daß im Arbeitssaal der Konsumbäckerei die größte Sauberkeit herrscht, auch am eignen Körper hat sich der Bäcker derselben zu befleißigen. Bevor er an die Arbeit geht, muß er sich in einen geräumigen, in der kalten Jahreszeit geheizten, Saal begeben und sich daselbst einer gründlichen Reinigung unterziehen, vor allem die Hände tüchtig waschen. Zu diesem Zweck sind an der einen Längsseite des Saales 20 Waschbecken mit je einem Hahne für warmes und kaltes Wasser angebracht, außerdem gehört zu jedem Seife, Holzwolle zum Reiben und ein Handtuch. Erst nachdem der Bäcker sich gründlich gereinigt und seine weiße Fabrikkleidung, die sehr oft gewaschen wird, angezogen hat, darf er an die Arbeit gehen, während welcher das Rauchen verboten ist. Über die Innehaltung der Reinlichkeitsvorschriften wachen die beiden Backmeister sehr scharf und jeder, der sich denselben nicht fügt, wird ohne weiteres entlassen. Derartige vom hygienischen Standpunkte so anerkennenswerte Einrichtungen fehlen in den meisten Kleinbetrieben, obwohl sich hierin auch mit kleinen Mitteln schon viel erreichen ließe. Es ist nicht gerade notwendig, daß das Becken, in dem Meister, Geselle, Lehrling u. s. w. sich die Hände waschen, während eines ganzen Vormittags, wie Verfasser dies in einer Bäckerei zu beobachten Gelegenheit hatte, mit demselben nach und nach grau gewordenen Wasser gefüllt bleibt, oder daß ein Handtuch eine Woche lang im Gebrauch bleibt. Solche Zustände bilden jedoch ebenso wie die von Bebel[1] an den Breslauer Bäckereien gerügten Unsauberkeiten die Ausnahme; im allgemeinen muß man den Breslauer Meistern nachsagen, daß sie im Gegensatz zu früher jetzt sehr auf Sauberkeit in der Werkstatt halten und auch bestrebt sind, ihren Arbeitern menschenwürdige Schlafräume zu gewähren, soweit es in ihren Kräften steht.

Der Arbeitsnachweis ist durch Statut und Herausgabe einer gedruckten Sprechmeisterordnung von seiten der ersten Bäckerinnung geregelt. Der Stellenvermittler (Sprechmeister) ist angestellter Beamter der Innung und hat im Innungshause sein Bureau. Selbst in den späten Abendstunden ist er verpflichtet, wenn es durchaus notwendig ist, Gesellen zu den Meistern zu schicken. Die Gesellen haben für die Stellenvermittlung nichts zu zahlen.

---

[1] Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien. Stuttgart 1890. S. 36, 37.

Die Lehrzeit dauert nach den Statuten beider Innungen mindestens 3 Jahre. Es kommt jetzt sehr selten vor, daß eine längere Lehrzeit verabredet wird. Lehrgeld wird im allgemeinen nicht erhoben; meist kann es nicht gezahlt werden, weil die Lehrlinge fast ausnahmslos Söhne armer Eltern sind. Aus der Stadt Breslau stammen die wenigsten derselben; die meisten kommen aus der Provinz, besonders aus Oberschlesien. Zur Fortbildung in ihrem Berufe steht den Lehrlingen eine von der ersten Innung aus ihren Mitteln errichtete und unterhaltene einklassige Fachschule zur Verfügung. In derselben wird einmal wöchentlich zweistündiger Unterricht erteilt. Die Kosten betragen jährlich ungefähr 400 Mk. Unterrichtsgegenstände sind[1]: Fragen über die täglich in der Brot- und Semmelbäckerei vorkommenden Arbeiten; die Getreidearten und die Bestandteile der verbrauchten Sorten; die Krankheiten des Weizens und des Roggens; die im Mehle vorkommenden Insekten; der Kleber und die Stärke des Mehles; graphische Kleber- und Backfähigkeitstabelle für Weizenmehle; Erklärung, was man unter Diastase des Sauers versteht; kurze Anweisung zur Führung und Herstellung der Butterbäckerei. Diese Fachschule wird von 50—60 Lehrlingen besucht. Außerdem besteht eine vom Magistrat errichtete gewerbliche Fortbildungsschule, zu welcher beide Bäckerinnungen Beiträge geben. Unterrichtsgegenstände sind: Deutsch, Rechnen und Freihandzeichnen.

Eine umfassende Organisation der Bäckerarbeiter hat bisher nicht stattgehabt; es besteht, von einigen geselligen Klubs abgesehen, in Breslau nur ein Verein arbeitender Bäckergesellen unter dem Namen Bäckergesellenschaft, früher Bäckergesellenbrüderschaft. Der Innungsbericht sagt von dem Verein, daß er bisher segensreich gewirkt habe, da der Gesellenvorstand zu der Meisterschaft gehalten habe, „natürlich nur, weil die alte Innung die Interessen der Gesellen gepflegt und unterstützt hat und die Gesellen bisher gegen fremde, socialdemokratische Einflüsse fernzuhalten (so!) im stande war."

Gegenwärtig bestehen in Breslau zwei Innungen der Bäcker, von denen die erste im Jahre 1270, die zweite aber erst 1885 gegründet wurde. Die Mitgliederzahl beider Innungen war (nach Angaben der Verwaltungsberichte des hiesigen Magistrats) in den letzten Jahren folgende:

---

[1] Verw.-Ber. d. Magistrats pro 1886/89. S. 368.

Jahr	I. Innung	II. Innung
1886	227	30
1889	244	92
1891	255	51
1894/95	332	25

Im Jahre 1894 wurde der Versuch gemacht, beide Innungen zu vereinigen; er scheiterte indessen hauptsächlich wegen finanzieller Schwierigkeiten.

Die alte Innung, die außer den städtischen Meistern noch eine Anzahl Bäcker aus dem Landkreise Breslau umfaßt, hat Grundbesitz und sonstiges Vermögen und vergiebt verschiedene Stipendien. Im wesentlichen gewährt sie ihren Mitgliedern nachstehende Vorteile und stellt sich folgende Aufgaben: Förderung der gemeinsamen gewerblichen Interessen der Mitglieder sowie Pflege der Standesehre; Gewährung eines Sterbegeldes an Innungsmitglieder und deren Frauen; Reiseunterstützung an verarmte Meister und wandernde Bäckergesellen; Regelung des Gesellen- und Lehrlingswesens, unentgeltlicher Arbeitsnachweis für Gesellen, Unterstützung des Herbergswesens; Regelung der Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge, Unterhaltung der Fachschule; Schutz der Gesellen und Lehrlinge bei Streitigkeiten zwischen Meistern und Gesellen oder Lehrlingen. Als Eintrittsgeld verlangt die erste Innung 5 Mk. und 1,20 Mk. jährlichen Beitrag. Die zweite Innung erhebt 6 Mk. Eintrittsgeld und 2 Mk. jährlichen Beitrag; dieselbe gewährt ihren Mitgliedern Sterbegelder, den Gesellen Unterstützung auf Reisen und unentgeltlichen Arbeitsnachweis. Die erste Innung gehört dem Centralverband gewerbtreibender Bäckermeister Deutschlands Germania an, welcher seinen Sitz in Berlin hat und über 24000 Meister aus ganz Deutschland zu seinen Mitgliedern zählt. Von demselben ist eine einheitliche Regelung des Gesellen- und Lehrlingswesens durch Einführung von Arbeitsbüchern und Lehrbriefen geschaffen worden, was für Meister, Gesellen und Lehrlinge nicht ohne Wert ist. Gesellen, welche bei Meistern gelernt haben, deren Innung diesem Verbande angehört, erhalten in ganz Deutschland auf ihrer Wanderschaft Geldunterstützungen und unentgeltlichen Arbeitsnachweis.

6. Ergebnis.

Wenn wir das Ergebnis der Untersuchung kurz zusammenfassen, so können wir etwa folgendes sagen: Die Existenz der Brotfabrik des Breslauer Konsumvereins ist auf die Gestaltung der Breslauer Bäckereiverhältnisse von

weitgehendem Einfluß gewesen, welcher in einer Verschiebung des Produktionsgebietes der Kleinbetriebe und in einer Verschlechterung der Lage derselben sich äußert. Die Broterzeugung ist mehr und mehr den Kleinbetrieben entrissen worden; zumal auch die zahlreichen Landbäcker bedeutende Mengen Brot nach Breslau liefern. In den meisten Kleinbetrieben ist die Einnahme aus der Brotbäckerei nur noch eine minimale; nur wenige haben dieselbe zu behaupten vermocht, betreiben sie dann aber in größerem Maßstabe und rationeller als der gewöhnliche Bäcker.

Sonach bleibt den Kleinbetrieben als hauptsächlichstes Arbeitsfeld die Weiß- und Feinbäckerei. Wenn hier auch keine Konkurrenz eines fabrikmäßigen Großbetriebes besteht, so liegen deshalb die Verhältnisse doch nicht durchweg günstig. Der höhere Nutzen, den im allgemeinen die Weißbäckerei abwirft, wird in vielen Betrieben durch den Zwischenhandel erheblich geschmälert, wenn nicht ganz verzehrt, in fast allen aber durch in neuerer Zeit entstandene ungünstige Absatzbedingungen sowie durch Preisdruck seitens einer durch die leichte Krediterlangung entstandenen Schleuderkonkurrenz beeinträchtigt.

Für den Verlust der Broterzeugung an die Fabrik sowie für die ungünstigen Absatzverhältnisse in der Weißbäckerei bildet die Erzeugung von Konditorwaren, zu der mehr und mehr die Kleinbetriebe übergehen, kaum einen Ersatz. Daher fristen viele Weißbäckereien ein kümmerliches Dasein. Nur diejenigen, welche von vornherein stärker gerüstet in den Konkurrenzkampf gehen, sei es, daß sie Eigentümer der Betriebsstätte sind, sei es, daß sie vermöge größerer Kapitalkraft ihren Betrieb über den traditionellen Umfang hinaus erweiterten, sowie die Produzenten der besseren Qualitäten, die Feinbäcker, befinden sich in gesicherter wirtschaftlicher Lage, die letzteren deshalb, weil bei ihnen wegen der geringen Zahl der Betriebe von einer Konkurrenz kaum die Rede sein kann.

Mit der steten Vergrößerung des Konsumvereins wird in Zukunft den Kleinbetrieben noch mehr als bis jetzt die Brotproduktion entzogen werden und an die Vereinsbäckerei übergehen. Für den Bedarf derer, die aus irgend welchen Gründen dem Verein nicht angehören bezw. dem Vereinsbrot keinen Geschmack abgewinnen, werden die großen Schwarzbrotbäcker, die Landbäcker und für den verwöhnten Gaumen die Feinbäcker sorgen. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß im Laufe der Zeit der eine oder andere Betrieb aus den beiden ersten Kategorien zur fabrikmäßigen Produktion übergeht; Ansätze dazu sind bei einer Landbäckerei schon vorhanden. Eine wesentliche Besserung der Verhältnisse in der Weißbäckerei ist nur zu erwarten, wenn es gelingt, das Hauptübel, an dem sie krankt, die Zer-

splitterung in viele kleine Betriebe, zu beseitigen. Dazu ist indessen wenig Aussicht, da infolge der für sie äußerst günstigen Kreditverhältnisse sich immer mehr Bäcker etablieren. Tritt hier einmal ein Umschwung ein, dann wird mit der Verminderung der Zahl der Betriebe auch die Lage des einzelnen eine bessere werden; der vergrößerten Produktion würden im wesentlichen dieselben allgemeinen Unkosten gegenüberstehen; die nicht genügende Ausnützung des stehenden Kapitals (Öfen, Heizkraft) würde verschwinden.

Unter den bestehenden Verhältnissen müssen wir aber die Frage nach der Lebensfähigkeit für die meisten Kleinbetriebe verneinen und können sie nur für diejenigen bejahen, die ihre Produktion entweder auf eine festere technische und zugleich kaufmännische Basis stellten, wie die Feinbäckereien, oder über den traditionellen Umfang erweiterten (große Schwarzbrotbäckereien, größere gemischte und Weißbäckereien) und dadurch in den Stand gesetzt wurden, sich mancherlei Vorteile des Großbetriebes, wie billigen Rohstoffbezug, stärkere Ausnützung des stehenden Kapitals, zu Nutze zu machen.

IV.

Das Bäckergewerbe in Berlin.

Von

Eduard Lehweß.

1. Allgemeiner Charakter der Berliner Bäckerei.

Aus der Gruppe der Nahrungsmittel-Industrien hat in letzter Zeit speciell das Bäckergewerbe das allgemeine Interesse in Anspruch genommen. Allerdings äußerte sich dieses Interesse der Allgemeinheit von jeher durch behördliche Maßregeln, denen unser Gewerbe seit seinem Bestehen mehr unterworfen war als irgend ein anderes. Unter der Herrschaft der Gewerbefreiheit traten derartige Äußerungen der Polizeigewalt notgedrungen in den Hintergrund; heute aber stehen neue gesetzliche Eingriffe dem Bäckergewerbe bevor, die Frage des Maximalarbeitstages ist für dasselbe nur noch eine Frage der Zeit; ja es ist der Ruf nach einer Kommunalisierung der Bäckerei, nach einem Bäckereistaatsmonopol zum politischen Schlagwort [1] geworden. Wenn hier auch auf letztere Frage nicht einzugehen ist, so werden doch die weiter unten bei Besprechung der Brotfabriken folgenden Ausführungen zur Aufklärung über die Möglichkeit eines Bäckereimonopols vielleicht etwas beitragen. Heute liegt jedenfalls die Frage der Regelung der Arbeitszeit

[1] So in einer anonymen, dem Bund der Landwirte jedenfalls nicht fernstehenden Broschüre: „Brotwucher und seine Bekämpfung", Berlin, Herbst 1895. Für Österreich behandelt dieselbe Frage V. Till: Die Umwandlung des Getreides in Brot. Graz 1894. Der Bauer und sein Brot. Graz 1892. Das Jahr 1910. Bruck a. M. 1890.

bei weitem näher, und eine Untersuchung über die Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit von Klein- und Großbetrieb in einem Gewerbe, das nach der Volkszählung von 1890 von allen in der Genuß- und Nahrungsmittel-Gruppe Beschäftigten allein 40 Prozent [1] in Anspruch nimmt, dürfte wohl auf ein weiteres Interesse rechnen dürfen.

Länger als das Mahlen des Getreides blieb das Brotbacken der Hauswirtschaft erhalten. Das Beuteln und Zerschroten, das Kneten in der Mulde erfolgt dann meist durch die Frauen, die auch das Brot in einem primitiven Ofen backen. Noch jetzt findet sich die Hausbäckerei auf dem Lande in Norwegen allgemein, und ein deutscher Bäcker in der isländischen Hauptstadt Rejkjavik beklagte sich mir gegenüber bitter über das zähe Festhalten der Einwohner an der althergebrachten Sitte.

Das Aufkommen einer berufsmäßigen Bäckerei ging natürlich Hand in Hand mit der fortschreitenden Kulturentwicklung, und in dem Maße, in dem das steigende Zusammendrängen der Familien eine immer weitergehende Berufsteilung schaffen mußte, nahm die Hausbäckerei ab. Während die Familie sich früher das Brot auf 14 Tage hinaus buk, bietet ihr die Berufsbäckerei den Vorteil, täglich, ja heute in Berlin z. B. dreimal täglich frisches Brot zu bekommen [2]. Abgesehen von dieser Annehmlichkeit fehlen in den Städten schon längst die für die Hausbäckerei notwendigen Voraussetzungen. In Landdistrikten kann der Gemeindebackofen der Entwicklung des Bäckerhandwerks hinderlich sein; aber auch hier ist bei uns in Deutschland die Hausbäckerei stark zusammengeschwunden. In England hält man den Namen „householdbread“ für besonders wirksam zum Verkauf eines guten Brotes, ohne daß die Hausbäckerei mehr ausgeübt wird als in Deutschland. Barberet in seinem Buche „Le travail en France“ hebt hervor, daß der Pariser

---

[1] Allerdings hat hier, wie bei den meisten Zählungen, eine Trennung von Bäckerei und Konditorei nicht stattgefunden. Wie schwer es überhaupt nach einer so langen Ära der Gewerbefreiheit halten würde, bestimmte Grenzen von Bäckerei und Konditorei festzuhalten, darüber vergleiche man die Aussagen der vor die Kommission für Arbeiterstatistik geladenen Bäckermeister; auch Mayer in seinem Buche über „Die Aufhebung des Befähigungs-Nachweises“ und ebenso Vinçard, Alimentation, Paris 1863, S. 92 ff. liefern recht interessante Beiträge zu dieser Frage, die augenscheinlich nicht klarer gestellt wird, wenn man als Kennzeichen die Anwendung von Butter, Eiern und Zucker u. s. w. festsetzt.

[2] Der „Zeitgeist“, 27. Okt. 1894 berichtet, daß auf vielen Schildern Wiener Bäckereien sechsmal frisches Gebäck angekündigt wird. — Wo bleibt gegenüber dieser modernen Konkurrenz die jenes Pariser Bäckermeisters, von dem gesagt wird, er habe unter Ludwig XVI. aus Konkurrenzrücksichten die Nachtarbeit eingeführt?

Arbeiter außerordentliches Gewicht auf die gute Qualität, vorzüglich auf die Weiße des Brotes lege und daß er eine Preiserhöhung von einem Sou per Kilo anstandslos zahlen würde, ohne je zur Hausbäckerei zurückkehren zu wollen. Bei dem letzten Bäckerstreik in Amsterdam wurde infolge der Preiserhöhung des Brotes um einen Cent wieder das Hausbacken für Arbeiterfamilien zur Sprache gebracht und zugleich empfohlen, nach schottischem Vorbilde mehr Haferbrei statt Brotes zu geben[1].

In Berlin jedenfalls ist die Hausbäckerei eine äußerst seltene Erscheinung, und auch die Lohnbäckerei, d. h. das Übergeben selbstgefertigter Teigwaren an den Bäcker zum Ausbacken, besteht fast nur noch in der Form der Kuchenbäckerei zur Zeit der großen Feste. Von dieser Ausnahme abgesehen, erfolgt die Brotversorgung Berlins durch einen regulären Bäckerstand.

Wenn wir jetzt hier kurz die Formen betrachten, in denen der Brotvertrieb in Berlin stattfindet, so wollen wir für den Großbetrieb die bekannte „Zehn-Mann-Grenze“, die so verzweifelt an das Haufenbeispiel des Sophisten Protagoras erinnert, bei Seite lassen und wollen den Begriff des Kleingewerbes für unsere Untersuchung dahin präcisieren[2], daß es charakterisiert wird durch ein Ensemble von ökonomischen Bedingungen, die in der Zugänglichkeit des Meisterstandes für die Abhängigen kulminieren.

Dahin gehören: geringe Kapitalien, überwiegende Handarbeit, einfaches Arbeitszeug, ein handwerksmäßig gebildeter Meister, der an der ausführenden Arbeit Teil nimmt, ein beschränktes Arbeitsgebiet und die Unmöglichkeit der Warenstapelung. Das so charakterisierte Kleingewerbe finden wir, um es gleich auszusprechen, in Berlin bei weitem überwiegend (die zahlenmäßigen Belege weiter unten). Nahe der Peripherie, speciell im Norden und Osten zeigt sich die kleine Bäckerei noch in recht bescheidener Form. Der Meister arbeitet dort der Regel nach mit einem Gesellen und einem, wo es angeht, auch mehreren Lehrlingen, oft auch nur mit Lehrlingen; sein Hilfspersonal ist fast ausnahmslos in Kost und Logis bei ihm. Der höchst einfach und anspruchslos eingerichtete, meist auch außerordentlich beengte Verkaufsraum, enthält nur die zum Auslegen der Backwaren nötigen Stellagen, die gerade auf den täglichen Konsum eingerichtet sind. Hier schaltet gewöhnlich die Frau oder eine andere Hausangehörige, verkauft die Ware, regelt die Höhe des Kundenkredites u. s. w. Doch tritt hier bereits

[1] Amsterdamsche Courant, Jahrg. 1894, Nr. 2036 und 2040.

[2] Vergl. „La petite industrie“, Paris 1893, Tome I und „Salaires et durée du travail dans l'industrie française“, Paris 1892, Tome I.

eine Komplikation des Betriebes durch das Verlangen der Kunden ein, die Backwaren ins Haus gebracht zu bekommen, und sobald der Absatz nur ein etwas umfassenderer wird, so daß das eigentliche Backpersonal das Austragen nicht mehr erledigen kann, muß die Backware durch Hilfskräfte (ältere Frauen, meist jedoch Schulkinder) ausgetragen, ja bei größerem Umsatz eine Ausfahr=Möglichkeit beschafft werden.

Je mehr wir uns den besseren Straßenzügen nähern, desto größer ist der Unterschied in Betrieb und Ausstattung der Bäckereien. Während wir heute selbst in der zuerst geschilderten Betriebsform neben der Brotbäckerei die sogenannte „Wiener“ oder Feinbäckerei haben und auch dort neuerdings das Bestreben zu erkennen ist, in der Ladenausstattung dem Kunden etwas zu bieten, treten die feinen Kuchen= und Konditorwaren hier stark in den Vordergrund. Die Ausstattung der Verkaufslokale ist eine oft geradezu luxuriöse. Die Anzahl der Gebäckarten von Brot= sowohl wie von Kuchenteig ist hier schon eine erstaunlich große, und jeder dieser Betriebe hat seine Specialitäten, wie Hörnchen, Salzstangen, Kaiserbrötchen u. s. w. Der Meister ist nicht mehr selbst beim Backen mitthätig; oft ist er nicht einmal ein gelernter Bäcker, sondern wohnt meist nur dem Expedieren der fertigen Waren früh morgens bei, wobei er von den Verkäuferinnen, zu denen manchmal sogar eine Kassiererin kommt, unterstützt wird. Die Zahl der Hilfskräfte mag hier durchschnittlich 3—5 sein, die meistens nur auf halbe Kost sind und bei den der teueren Miete wegen so arg beschränkten Räumlichkeiten oft nicht mehr beim Meister wohnen. Die Öfen sind der Regel nach neuester Konstruktion, eine Teigteilmaschine wird in keinem solchen Betriebe fehlen, während allerdings keine derartige Bäckerei eine Knetmaschine aufzuweisen hat. Im Rahmen dieses Betriebsbildes bewegt sich gut die Hälfte aller Berliner Bäckereien und auch die ungefähr 150 Betriebe, welche im Durchschnitt vielleicht mit 10 Mann arbeiten, unterscheiden sich nicht wesentlich davon.

So können im ganzen nur 4 der eigentlichen Bäckereien gezählt werden, die 20 und mehr Personen beschäftigen. Es sind dies — bis auf eine — alteingesessene Berliner Bäckerfirmen, die sich ihren bewährten Ruf ebenso wie ihren treuen Kundenkreis zu bewahren und immer weiter auszubreiten verstanden haben, die auch die Ausdehnung des Betriebes den notwendigen modernen Formen angepaßt, Knetmaschinen angeschafft und für ein gut organisiertes Betriebspersonal gesorgt haben. Nur ein Neuling ist unter diesen großen Betrieben, der allerdings einen in Berlin einzig dastehenden Fall von Konzentration des Kapitals darstellt. Es ist dies ein Bäckermeister, der seine Backwaren durch etwa 20 weibliche Hilfskräfte in ebenso

viel getrennten Verkaufsstellen vertreibt und durch ausnehmend billige Preise die mit ihm konkurrierenden Bäcker zu unterbieten sucht. Da die Verwaltung eine Vereinfachung dadurch erhält, daß ein Verschicken der Ware gar nicht stattfindet, da ferner die Hilfskräfte verhältnismäßig schlecht entlohnt zu werden scheinen, so kann das Gelingen eines solchen Unternehmens um so weniger verwundern, als der betreffende Bäcker seine Verkaufsstellen sämtlich im Norden in einer Gegend errichtet hat, wo die Verweigerung des Austragens nicht ein Verlieren der Kunden bedeutet, wo vielmehr das Publikum einige Häuser weiter gehen würde, selbst um nur Bruchteile eines Pfennigs zu ersparen.

Im übrigen ist von einer Konzentration der Betriebe verhältnismäßig wenig zu spüren, denn es mögen rund 100 Bäckermeister sein, die zwei, vielleicht auch hier und da drei Geschäfte in einer Hand vereinigen.

Weitaus häufiger erfolgt der Vertrieb der Backware durch die Niederlagen bei Mehl- und Vorkost-Händlern, die neben der sogen. „weißen" Ware hauptsächlich Brot führen. Der Verdienst dieser Niederlagen besteht in einem nicht unerheblichen Rabatt. Sie erhalten 5 Brötchen im Werte von 12½ Pf. für 10 Pf., resp. 7 Roggenbrote im Werte von 3,50 Mk. für 3 Mk., was bei Weißbrötchen einen Prozensatz von 20, bei Schwarzbrot von 14²/₇ ausmacht. Die steigende Konkurrenz hat diesen Prozentsatz bereits erheblich vergrößert, so daß bei Weißbrot ein Rabatt bis 30 Proz., bei Schwarzbrot bis 20 Prozent nicht mehr zu den Seltenheiten gehört. Diese Gewinnsätze erscheinen um so höher, wenn man den Umstand in Betracht zieht, daß die Bäcker fast ausnahmslos die Verpflichtung haben, die übrig gebliebene Ware zurückzunehmen, die sie dann den Centner für 3 bis höchstens 4 Mk. an arme Leute oder Schweinezüchter loszuschlagen gezwungen sind.

Ein eigentlicher Großbetrieb zeigt sich heute in Berlin höchstens bei den im nächsten Abschnitt noch zu betrachtenden Brotfabriken, die in geringer Anzahl existieren, meist mit vervollkommneten Maschinen arbeiten, nur Roggenbrot anfertigen und den Vertrieb teils durch Ausfahren mittels Wagen an die Privatkundschaft direkt, teils durch Niederlagen in den einzelnen Stadtteilen erzielen. Eine besonders für die Brotfabriken, schließlich aber für jeden Berliner Bäcker gefährliche Betriebsform ist die der sogenannten „Landbrotbäckerei", die durch die weit verbreitete Vorliebe für „Landbrot" außerordentlich unterstützt wird. Abgesehen davon, daß solches „Landbrot" aus[1] Hinterpommern, Ostpreußen und Posen nach Berlin eingeführt und

---

[1] Allgem. Bäcker- und Konditor-Zeitung vom 21. Nov. 1894.

besonders in den ärmeren Stadtteilen abgesetzt wird, vergrößert sich mit jedem Tag die Zahl der Vorortbäcker, die mit geringeren Steuern, Mieten und Löhnen arbeiten und die Berliner Bäcker mit ihrer Konkurrenz erheblich drücken. So sollen in Mariendorf über 100, in Britz 16, in Reinickendorf, Pankow, Zehlendorf u. s. w. zahlreiche, schwunghaft betriebene „Landbrotbäckereien" existieren, die natürlich nicht für den dortigen Kundenkreis arbeiten. Gerade wie wenn man gegen zwei nebeneinander gestellte Billardkugeln eine dritte prallen läßt und die zuerst getroffene nach dem Gesetz der Elastizität die zweite laufen macht, so drängt der „Landbrotbäcker" den in der Peripherie wohnenden Bäcker zur Ausdehnung seines Absatzgebietes, um so die ihm gewordene Konkurrenz durch die Konkurrenz, die er wiederum dem Bäcker in der Mitte der Stadt bietet, wett zu machen.

2. Brotfabriken.

Ist eine der Hauptgrundlagen für die Fortexistenz der Kleinbetriebe im Bäckergewerbe das beschränkt lokale Absatzgebiet der Waren, so kann nur der ausgedehnte und sichere Absatz eine gesunde Basis für die Brotfabrik bilden, die selbstverständlich mit den dazu notwendigen Kapitalien fundiert sein muß. In dieser Weise haben sich nun drei Arten von Brotfabriken entwickelt: die private, meist in Form der Aktiengesellschaft, die staatliche, gewöhnlich für Spitäler, Militär u. s. w. produzierende, und die Brotfabrik auf genossenschaftlicher Basis.

Gleich bemerken wollen wir hier, wie überaus vorteilhaft der Großbetrieb die Rückentwicklung der Arbeitsteilung, d. h. das erneute Zusammenfassen der im Laufe der Entwicklung getrennten Betriebe der Bäckerei und Müllerei sich hat vollziehen lassen. Er hat so den kapitalkräftigen Großbäcker zum Mitproduzenten seines eigenen Mehls gemacht.

Die Anordnung der drei Abarten der Brotfabrik ist zugleich eine Reihenfolge der Bedeutung nach. Über die Privatbrotfabrik sagt schon Schmoller[1], „daß bei ihr bedeutende Kosten für Verkaufsstellen, für den Transport entstehen, welche teilweise die Ersparnisse der Massenproduktion aufwiegen können. Die Einrichtung besonderer Brotwagen, welche herumfahren, den Familien den täglichen Bedarf ins Haus zu liefern, lohnt nur in großen Städten. Und dann kostet eine solche Organisation nicht bloß viel, sie widerstreitet auch vielfach den Gewohnheiten und Bedürfnissen.

---

[1] Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im XIX. Jahrhundert. Halle 1870, S. 414.

Viele wollen nicht so fest bestellen, sondern selbst einkaufen. Jede Hausfrau wünscht das Gebäck jederzeit frisch zu bekommen. Dieses lokale Bedürfnis ist neben der Zähigkeit aller Gewohnheiten, neben dem meist noch mangelnden Kapital und den früher und bis in die neueste Zeit mangelnden Kenntnissen in den Kreisen der gewerbsmäßigen Bäcker die Hauptursache davon, daß bis jetzt die Brotfabriken so wenig Terrain erobert haben, und daß die althergebrachte professionsmäßige Bäckerei in der Hauptsache noch unbestritten herrscht." Und für das, was Schmoller vor 25 Jahren gesagt, hat die Entwicklung — zumal hier in Berlin — den vollständigsten Beweis geliefert, am augenscheinlichsten vielleicht in dem Schicksal der „Berliner Brotfabrik-Aktien-Gesellschaft", von der Schmoller noch von Viebahn die jährliche Absatzsumme von 15 000 000 Pfund übernommen hat.

Wenn Dr. H. Losch[1] in seinem 1892 erschienenen Buche die „nationale Produktion und die nationale Berufsgliederung" der Bäcker mit auf dem Florieren der Berliner Brotfabrik (deren Aktien nach ihm über 200 notieren und deren Dividende 14 Prozent beträgt), aufbauen will, so scheint er vollständig zu übersehen, daß von dieser Fabrik bereits nach dem Beschluß vom Dezember 1887 (!) die Brotfabrikation vollständig eingestellt wurde. Der derzeitige Direktor führte damals aus, die Fabrik, im Teuerungsjahre 1856 aus philanthropischen Motiven gegründet, habe sich so recht eigentlich nie rentiert und in den letzten Jahren sogar mit Schaden gearbeitet; die Einnahmen seien lediglich der Dampfmühle, besonders seit der Verbesserung des Jahres 1872, zu verdanken.

Daß die Schwierigkeiten für die Existenz privater Brotfabriken in Berlin noch keineswegs verschwunden sind, kann man daraus ersehen, daß eigentlich nur zwei, und davon die eine ganz neuesten Datums bestehen; die größere derselben zeigt auch die Verbindung mit einer Dampfmühle. Der Betrieb, in dem nach den mir gemachten Angaben 10 Bäckerarbeiter durchschnittlich arbeiten, hat neben den bereits angeführten Schwierigkeiten der Privat-Brotfabrik noch besonders unter der hohen Miete zu leiden. Die zweite ist neueren Datums, hat sich, trotzdem sie sich in Moabit befindet, mit Rücksicht auf die Vorliebe der Berliner Hausfrau den vielversprechenden Namen „Thalmühle" beigelegt und verkauft dementsprechend nur „Landbrot" aus Moabit. Wie weit diese neue Unternehmung erfolgreich sein wird, läßt sich bei der kurzen Zeit ihres Bestehens nicht sagen. Ebensowenig hat die Fabrik Pruß & Co. und andere einschlagen wollen,

[1] Nationale Produktion und nationale Berufsgliederung. Leipzig 1892, S. 10.

sodaß heute noch außer den geschilderten Ausnahmen der „Landbrotbäcker" einen großen Teil der Roggenbrot-Versorgung an sich genommen hat.

Selbst in London haben die Brotfabriken den Mittelbetrieben gegenüber verhältnismäßig großen Boden nicht gewinnen können. J. B. Stevenson, Feaist, Nevil u. s. w. sind zwar Bäckereien von Bedeutung (mit vielleicht durchschnittlich 200 Personen); doch erfährt man nichts genaues über ihre Rentabilität. Dagegen weiß man z. B., daß die Aktien der „Aerated Bread Co." weit unter pari gehandelt wurden und ihr gegenwärtiger Stand von 200 sich erst erreichen ließ, als man die ins Wanken geratene Brotfabrik durch Errichtung von Kaffeehäusern zum Vertriebe ihres Gebäcks gefestigt hatte. Nebenbei gesagt hängt der Name dieser Fabrik mit der besonderen Backmethode zusammen, bei der die Auflockerung des Teiges durch Einführung von Kohlensäure erzielt wird, das sogen. System „Dauglish", das die ihm prophezeite Verbreitung über diesen Betrieb hinaus allerdings nicht gefunden zu haben scheint. Auch in Paris ist mir keine private Brotfabrik von wirklich größerem Umfange bekannt, ausgenommen die Firmen, welche die Lieferungen an Magazine, wie den „Bon marché", der gegen 5000 Personen beschäftigt, auszuführen haben, oder etwa die Bäckerei, welche die bekannten Etablissements Duval mit Brot versorgt.

Sobald die Absatzmenge eine ganz bestimmte ist, die Lieferung nur an wenige, womöglich nur an einem Ort zu besorgen ist, sind die Vorteile der Brotfabrikation augenscheinliche. Da mir die Leistungen hiesiger Militär-Bäckereien nicht bekannt sind, so möchte ich, um ein hierher gehöriges Beispiel zu erwähnen, einen kurzen Blick auf die „boulangerie centrale de l'administration générale de l'assistance publique à Paris" werfen, die allgemein als Musteranstalt betrachtet wird. Die betreffenden Daten wurden mir in der zuvorkommensten Weise von Herrn Peyron, directeur de l'assistance publique à Paris, zur Verfügung gestellt. Die Bäckerei, um die Mitte des 17. Jahrhunderts gegründet, hat die Brotversorgung für sämtliche Hospitäler in Paris (etwa 35 000 Personen) und führte bereits Anfang der fünfziger Jahre mechanische Knetmaschinen mit motorischer Kraft und die Patentöfen (System Roland) ein; sie verband 1856 mit ihrer Bäckerei einen Mühlenbetrieb, der sie in den Stand setzte, täglich etwa 25 000 kg Brot zu fabrizieren, von denen 10 000 an die Hospitäler geliefert und die übrigen in städtischen Verkaufslokalen weit unter der Taxe verkauft wurden. Man war stetig bemüht, die Einrichtungen zu verbessern, und heute arbeitet der Mühlenbetrieb mit 13 Paar Mühlen für Weizen-, und 2 Paar Mühlen für Roggenmehl; jede dieser Mühlen mahlt

pro Stunde 130—140 kg Getreide und geht von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit einem Personal von 14 Personen.

Die eigentliche Bäckerei umfaßt 13 Öfen und 9 mechanische Kneter mit einem Bedienungspersonal von 41 Mann. Der Getreideeinkauf geschieht im Wege der öffentlichen Ausschreibung und einer außerordentlich genauen Kontrolle. Das eigentliche Bäckerpersonal von 36 Leuten ist in 3 Brigaden eingeteilt, jede aus 6 Posten bestehend. Die erste arbeitet von 6 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags, die zweite von 2—10 Uhr nachmittags, die dritte von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Jeder Posten umfaßt 2 Arbeiter, einen brigadier de four, einen pétrisseur, 2 Hilfsleute, einen Ofen und eine Knetmaschine und liefert in 8 Stunden regelmäßig 6 Öfen des runden 2 Kilo-Brotes (dieses Brot trägt den Namen „Jocko"), d. h. 420 Brote oder 840 kg. Sonntags, wo der Betrieb nicht aussetzt, ist die Arbeit der 3 Brigaden so eingerichtet, daß jede am ersten Sonntag 16 Stunden arbeitet, am zweiten 8, am dritten garnicht. Mit dem Transport des Brotes befaßt sich die Bäckerei nicht, da die Hospitäler es abholen lassen.

Die Verwaltung der Anstalt untersteht einem technisch und kaufmännisch geschulten Direktor. Bei besonders wichtigen Angelegenheiten, wie z. B. beim Mehleinkauf, der im Submissionswege geschieht, muß er sich von einem Kommissär der administration de l'assistance publique und einem Kollegium von Sachverständigen beraten lassen. Die Beschäftigung in dieser Bäckerei mit ihren hellen luftigen, gesunden Räumen ist eine sehr gesuchte, und so stehen einer durch irgend welche Umstände jährlich gewöhnlich freiwerdenden Stelle oft über 100 Bewerbungen gegenüber.

Wir kommen jetzt zu den Genossenschafts-Bäckereien, bei denen wir verschiedene Bildungen zu unterscheiden haben. Oft sind solche Bäckereien errichtet rein im Interesse der Mitglieder eines Konsumvereins, häufiger sind sie von Bäckerarbeitern in ihrem eigenen Interesse gegründet und somit eigentlich Arbeiter-Produktiv-Genossenschaften.

Gehen wir zuerst auf die Genossenschafts-Bäckereien der Konsumenten ein, indem wir vorzugsweise die Schulze'schen [1] Ausführungen benutzen, die sich auf den Bäckereibetrieb in Konsumvereinen beziehen.

Die rechnerischen Resultate entnimmt Schulze-Delitzsch einer kleinen Bäckerei, die in dem als Unterlage dienenden Quartal einen Werkführer und 2 Gesellen beschäftigte, also einen Kundenkreis mit Backwaren versorgte, der der Mitgliedschaft eines mittelgroßen Vereins entsprechen dürfte.

[1] Blätter für Genossenschaftswesen, Jahrgang 1875, S. 243 ff.

1. Leistung; diese Bäckerei produzierte für eigene Rechnung:

a. Weizenbackwaren im Betrage von 7110,29 Mk.

b. Roggenbrot = = = 4022,70 =

Von sogen. „Hausbäckern“, welche das Mehl anderswo kaufen und den Teig vorbereitet zur Bäckerei bringen, wurde an Backgeld vereinnahmt 135,23 Mk. Da dieses Backgeld etwa 8 1/3 Prozent des Wertes der Ware ausmacht, so entspricht die Hausbäckerei einer Produktion von 1622,76 Mk.

Summa der Leistung 12 755,75 Mk.

2. Bruttonutzen; zu den produzierten Weizenbackwaren im Betrage von . . . . 7110,29 Mk.
kosteten das Mehl und die Zuthaten an Milch, Butter u. s. w. . . . . 5350,87 Mk.

blieb also Brutto-Überschuß 1759,42 Mk.

Zu dem produzierten Roggenbrot im Betrage von 4022,70 =
kostete das Back- und Streumehl . . . . . 3167,59 =

blieb also Brutto-Überschuß 855,11 Mk.

= 21,2 Prozent des Verkaufswertes der Brote. Zählt man zu diesen Überschüssen noch das vereinnahmte Backgeld hinzu, so erhält man im ganzen 2740,76 Mk. als Brutto-Ergebnis des Quartals, das durchschnittlich 21,5 der Gesamtproduktion ausmacht.

3. Geschäftsunkosten setzen sich pro Quartal folgendermaßen zusammen:

a. Miete für die Bäckerei und die damit verbundene Wohnung des Werkführers	163,50 Mk.
b. Löhne, und zwar wöchentlich für den Werkführer 24 Mk., für jeden Gesellen 18,375 Mk. . . .	789,75 =
c. Brennmaterial (böhmische Braunkohle)	192,35 =
d. Beleuchtung (Gas)	74,25 =
e. Kosten für das Austragen der Weizenbackwaren in die Häuser der Kunden	597,61 =
f. Transport von Roggenbrot und von einem kleinen Teil der Weizenbackwaren nach den Verkaufsstellen	40,23 =
g. Einrichtungskosten, Reparaturen, Diversa . . .	63,79 =
h. Abschreibung auf Inventar	30,— =
Summa der Geschäftsunkosten	1951,48 Mk.

gleich 15,3 Prozent der Gesamtproduktion. Bäckereien, namentlich größere, welche nur Roggenbrot backen, arbeiten mit weniger als der Hälfte dieser Durchschnittskosten.

4. Reingewinn: Die Geschäftsunkosten vom Bruttogewinn abgezogen ergeben einen Reingewinn von 789,28 Mk. Verteilt man letzteren Betrag auf die für eigene Rechnung produzierten Waren, so stellt sich der Reingewinn auf 7,1 Prozent derselben. Wir haben indessen besonderes Gewicht darauf zu legen, auf welcher Basis diese Resultate beruhen, und so wenden wir uns nun zu folgenden

5. Kalkulationen: In denselben muß man bestimmte Erfahrungssätze und Regeln kennen, resp. durch praktische Versuche sich dieselben bilden. Für die Roggenbrotbäckerei gelten als solche; aus 100 Pfund Roggenmehl 0 und 1, zu gleichen Teilen gemischt, entstehen je nach der Wasserannahme-Fähigkeit des Mehls 150—156 Pfund Teig; vom Teig gehen durch das Ausbacken 10—11 Prozent verloren; 100 Pfund Mehl geben danach 135—140 Pfund ausgebackenes Brot.

Die Kalkulation für die Weizenbrotbäckerei zerfällt in die der Wasser-, Milch- und Butterware und bietet gerade für den genossenschaftlichen Betrieb infolge der vielen variablen Bestandteile manche Schwierigkeit.

6. Die Kontrolle der Bäckerei ist sehr leicht. Der Werkführer hat jedes eingehende Mehlquantum anzuerkennen. Mit jedem Monatsschlusse macht man Inventur. Die Revision pro Oktober in obiger Bäckerei führte zu folgendem Resultat: Aus 29 500 Pfund Roggenmehl sind 9022 Stück Brote (à 50 Pf.) mit einem Gesamtgewicht von 40 997 Pfund gebacken worden, demnach 139 Pfund Brot aus 100 Pfund Mehl. — Hat man in der Weizenmehl-Bäckerei nur ein und dieselbe Gebäcksorte fertigen zu lassen, so läßt sich eine Kontrolle in derselben Weise wie bei der Brotbäckerei durchführen. Schwieriger gestaltet sie sich allerdings, sobald eine Menge verschiedener Sorten mit den verschiedensten Zuthaten-Verhältnissen zu gleicher Zeit produziert werden muß. Es lassen sich dann verschiedene Wege einschlagen; am besten jedoch teilt man dem Werkführer jeden Tag die Quantitäten von Mehl und Zuthaten zu, die er bis zum nächstfolgenden Tage gebraucht. Im übrigen mag der Vereinsvorstand, so oft nur angängig, Inventur vornehmen und dem Werkführer so wenig wie möglich Gelegenheit geben, unreell zu sein, indem man ihn die Backwaren nicht selbst verkaufen, sondern an die Lagerhalter, Austrägerinnen u. s. w. abliefern läßt, die ihm darüber Quittung zu erteilen haben.

Diese Erörterungen, die uns die Roggenbrot-Bäckerei als ein besonders

geeignetes Feld auch für die Konsumvereine erscheinen lassen (Weizenmehl-Bäckerei brachte hier wegen des Austragens einen bedeutend kleineren Reingewinn), haben wir in dieser Ausführlichkeit gegeben, da sie vielfach durch die günstigen Resultate bestätigt werden, die der Geschäftsbetrieb des neuen Konsumvereins in Magdeburg uns bietet. Im Jahre 1874, in dem der Verein mit 1 Backmeister und 7 Gehilfen arbeitete, ergab sich folgender Umsatz:

	Umsatz			Nutzen absolut			in Prozent
	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	
Brotbäckerei . .	51 321	3	1	6124	17	8	11,93
Weißbäckerei . .	13 486	—	7	872	11	11	6,47

Im Jahre 1891 arbeitete derselbe Verein bereits mit 11 Backöfen und beschäftigte 55 Gesellen, die gelohnt wurden:

2	Obergesellen	zu 25,— Mk.	wöchentlich.
15	Gesellen	" 21,— "	
1	"	" 20,50 "	
34	"	" 20,— "	
3	"	" 19,— "	

Die Arbeitszeit ist eine zehnstündige; Überstunden werden bezahlt. Verarbeitet wurden: 27 341 Centner Roggenmehl und 14187 Centner Weizenmehl.

Mit diesen günstigen Resultaten harmonieren auch die Äußerungen[1] auf dem Verbandstage der Konsumvereine, in denen es u. a. heißt, daß alle diejenigen Vereine, die diesen Geschäftszweig aufgenommen, darin einig waren, daß der Betrieb der Brotbäckerei bei nur einigermaßen verständiger Leitung einen guten Erfolg erwarten lasse. Nicht so leicht ist die Bäckerei der Weißwaren, die viele Kosten verursacht und keinen so regelmäßigen Nutzen erübrigt. Die Kontrolle sei nur mit großen Schwierigkeiten durchzuführen, weil es nicht möglich ist, festzustellen, wie viele Backwaren aus einem gewissen Mehlquantum herzustellen sind. Ebenso lauteten auf dem Konsumvereins-Verbandstage zu München[2] die Mitteilungen aller jener Vereine, die eigene Bäckerei führten, übereinstimmend günstig.

[1] Blätter für Genossenschaftswesen, 1873, S. 233.
[2] a. a. O. 1877, S. 135.

Die gleichen Erfolge hat auch die zweite Art der von uns genannten Genossenschaften aufzuweisen unter der Voraussetzung, daß die zur Errichtung gerade von Produktiv-Genossenschaften unumgänglich notwendige genossenschaftliche Schulung vorhanden ist, was man allerdings von Berlin nach den Ergebnissen der Genossenschafts-Bäckereien wird schwerlich behaupten können. Was aber auf diesem Gebiete vorzugsweise im Interesse der arbeitenden Klassen geleistet werden kann, wollen wir hier, wenn auch nur kurz und beispielsweise andeuten. Neben den stereotypen „braven Pionieren von Rochdale" werden stets als glänzende Beispiele des Genossenschafts-Gedankens die belgischen Bäckereien genannt, die in der That ganz außerordentliche Leistungen aufzuweisen haben. Die stärkste ist heute die Bäckerei „la maison du peuple" in Brüssel, die im Semester vom 1. Sept. 1893 bis 28. Februar 1894 eine Einnahme von 545 446,63 Frs. zu verzeichnen hatte. Zur Verarbeitung kamen in dieser Zeit 1 444 000 kg Mehl zu 213 157 Frcs., d. h. im Durchschnitt 21,75 Frs. auf 100 kg, so daß sich die Kostenaufstellung nach dem letzten Rechenschaftsbericht folgendermaßen darstellt:

Mehl	0,160	Frs. per Brot
Hefe	0,008	= = =
Backarbeit	0,013	= = =
Gebäudekosten	0,013	= = =
Futter für Pferde und Hunde .	0,007	= = =
Allgemeine Unkosten	0,007	= = =
Amortisierung u. s. w. . . .	0,008	= = =
Socialistische Propaganda . .	0,004	= = =
	0,22	Frs. das Brot.

Diesem billigen Preis, der natürlich auf die Preisverhältnisse in der ganzen Stadt einen Druck ausübte, entspricht auch der Umsatz, der, wie ich selbst aus den Geschäftsbüchern entnommen habe, in der Woche vom 1.—6. Oktober 1894 105 519 kg Brot betrug. Einen annähernd gleichen Umsatz hat die Bäckerei des „Vooruit" in Gent, die nach Angaben von Pyfferoon[1] zusammen mit dem „Volksbelang" (einer dortigen klerikalen Gegengründung, gleichfalls auf genossenschaftlicher Basis) täglich 35 000 kg Brot umsetzt. Ähnliche Bäckereien bestehen noch in Antwerpen, Leuwen, Luik, Brügge, Eecloo, Deynze. Fast alle haben mehr oder weniger aus-

[1] Les boulangeries coopératives particulièrement en Belgique, Paris 1892. S. 6.

gesprochen socialistische Tendenz. Wie ich mich aber z. B. in Brüssel überzeugen konnte, unterstützen das Kleinbürgertum und selbst die höheren Stände, lediglich von ihrem Vermögensinteresse geleitet, diese Arbeitergründung und dadurch, wenn auch unbeabsichtigt, die socialistische Propaganda, den Zweck, dem die Bäckergenossenschaft nur als Mittel dient.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei der „Arbejderes Fälles-Bagerie i Kjöbenhavn“ [1], die im Jahre 1887, ihrem ersten Verwaltungsjahre, mit noch nicht 10 000 Kronen balanciert, während der letzte mir vorliegende Rechenschaftsbericht vom 30. August 1893 bis 29. Juni 1894 für die erst seit kurzem eingerichtete Müllerei einen Umsatz von 140 746,95 Kronen, für die Bäckerei 212 185,18 Kronen, zusammen über 350 000 Kronen aufweist.

Merkwürdigerweise ist weder in London noch in Paris die Einrichtung solcher Bäckereien in diesem Umfange gelungen, wenn wir auch für beide Städte — der Vollständigkeit wegen — einige Betriebe nennen wollen. In London sind es hauptsächlich die Genossenschafts-Bäckereien in Battersea, Woolwich, Shoreditch u. s. w. Die letzte, die sich ganz besonders der Unterstützung der „Baker Union“ zu erfreuen hat, will nicht recht gedeihen, da man gleich das ganze Pulver auf einmal verschoß und Achtstundentag, verhältnismäßig sehr hohen Lohn und billiges Brot miteinander vereinen wollte.

In Paris geschah der erste Versuch mit der Gründung der Bäckergenossenschaft vom Jahre 1874, die ein Jahr lang die gesamte Bäckermeisterschaft von Paris in Atem hielt und sie zwang, das kg Brot um 1 Sou billiger zu verkaufen. Da im ganzen Seine-Departement ungefähr 2½ Millionen Personen mit durchschnittlich je einem halben kg täglichen Brotkonsums sind, so rechnet Barberet [2], daß durch Bestehen der Genossenschaftsbäckerei für die gesamte Bevölkerung eine Ersparnis von 75 000 Frs. täglich eintrat, d. h. 27 000 000 Frcs. für das Jahr 1874. Doch schloß bereits Ende dieses Jahres die Bäckerei mit 20 000 Frs. Deficit ihren Betrieb. Aus dem Jahre 1884 stammt dann ein Projekt gebliebener Versuch von Backarbeitern, die Cérès mit einem Kapital von 200 000 Frs. zu gründen. Gegenüber der geschlossenen Macht des Pariser Meister-Syndikats war eine solche finanziell ungenügend fundierte Gründung aussichtslos. Unter den

---

[1] Nach in meinem Besitz befindlichen Rechnungsabschlüssen, die ich ebenso, wie eine Besichtigung der auch in hygienischer Beziehung vorzüglich eingerichteten Anstalt der Freundlichkeit des Herrn Abgeordneten J. Jensen verdanke.

[2] Le travail en France, I, S. 470 ff.

heute noch bestehenden Bäckereien, die auf dem Princip der Kooperation beruhen, sind zu nennen: Boulangerie coopérative de la Moissonneuse, La Bellevilloise, La Revendication.

Noch weniger Erfolg haben die Genossenschafts-Bäckereien in Berlin aufzuweisen. Zur Zeit bestehen zwei verhältnismäßig schwache Betriebe, beide socialistische Gründungen, die aber vielleicht zum Teil durch schlechte Geschäftsführung, hauptsächlich jedoch durch das mangelnde Solidaritätsgefühl der Genossen sich auch nicht annähernd in dem Maße, wie die oben geschilderten entfaltet haben. In beiden ist eine zwölfstündige Arbeitszeit eingeführt; doch scheint in der Genossenschafts-Bäckerei „Vorwärts" bei dem schwachen Umsatz (monatlich 14—15 000 Brote) thatsächlich nur zehn Stunden gearbeitet zu werden. Maschinelle Einrichtungen besitzt die letztere Bäckerei gar nicht; jeder der in ihr beschäftigten 7 Arbeiter (auch Geschäftsleiter und Kassierer) bezieht nach den mir gemachten Angaben einen Wochenlohn von 27 Mk.

Die zweite Genossenschafts-Bäckerei, deren schlechte Lage auf mangelhafte, ja sogar ungetreue Geschäftsleitung zurückgeführt wurde, arbeitet mit einer der oben beschriebenen Knetmaschinen (System Roland) an 4 Öfen und erreicht einen durchschnittlichen Absatz von 7—800 Sack Mehl monatlich. Zum Ausfahren der Brote sind 5 Wagen im Betrieb. Der Lohn der Bäckerarbeiter beträgt 24 Mk. wöchentlich. Trotzdem heute die Leitung eine bessere zu sein scheint, hat sich doch die Genossenschafts-Bäckerei nicht recht entwickeln wollen, da, wie wir schon oben angedeutet haben, eine thatkräftige Unterstützung der Genossen um so weniger stattfindet, als die Berliner Parteiführer — ich erinnere an die letzte Genossenschafts-Debatte auf dem Parteitag der Socialdemokratie — derartigen Versuchen nicht gerade sehr günstig gegenüberstehen.

Eine „bürgerliche Vereinsbäckerei", die im christlich-socialen Sinne der zuletzt geschilderten socialdemokratischen Genossenschafts-Bäckerei Konkurrenz machen sollte und deswegen in dasselbe Haus nach der Müllerstraße verlegt wurde, hatte noch weniger Erfolg wie jene und mußte schon nach halbjährigem Bestehen den Konkurs anmelden[1].

[1] Über die Erfolge, die in England durch die Gewinnbeteiligung der Arbeiter im Bäckereibetrieb erreicht wurden, vergl. Report by Mr. D. P. Schloss: On profit sharing, London 1894.

3. Der Mehlbezug.

Beim Mehl wünscht der Bäcker eine möglichst vollkommene Trennung der Schale von dem mehligen Kern, d. h. ein möglichst kleienfreies Mehl und eine mehlfreie Kleie zu erhalten, und man kann wohl behaupten, daß die heutige Müllerei dieser Aufgabe nach Möglichkeit gerecht wird. Es liegt nicht im Rahmen dieser Arbeit, die Fortschritte der Mahltechnik mit der offenbaren Entwicklung zum Großbetriebe der Mühlenindustrie in Beziehung zu bringen. Nur für die hier in Betracht kommenden Berliner Mühlen entnehmen wir dem Statist. Jahrbuch der Stadt Berlin folgende Angaben (für das Jahr 1877 aus dem Bericht der Berliner Kaufmannschaft):

Die Berliner Mühlen erzeugen vorzugsweise Roggenmehl; Weizenmehl wird hier noch wenig vermahlen, der Bedarf wird meist durch Zufuhren aus der Mark, Posen, Schlesien, in den feinsten Qualitäten aus Österreich-Ungarn gedeckt. Stellen wir aus den Berichten die Zahlen über die Höhe der erzielten Mehlerzeugung zusammen, so erhalten wir das Bild eines gleichmäßig steigenden ansehnlichen Roggenmehlverbrauchs, während Weizenmehl nur in ganz geringem Maße (etwa 8000 Tonnen) zum Vermahlen kommt.

1877	80 000	Tonnen	1881	77 000 [1]	Tonnen
1878	83 000	=	1882	120 000	=
1879	126 000	=	1883	153 000	=
1880	106 000	=	1884	165 000	=

Nach dem letzten mir vorliegenden Bericht vom Jahre 1892 haben die Dampfmühlen Berlins etwa 200 000 Tonnen Getreide vermahlen, worunter sich aber jetzt ein nicht unerheblicher Prozentsatz Weizen befindet. Das neuerdings stark anwachsende Vermahlen größerer Quantitäten in den Berliner Mühlen dient lediglich den Bestrebungen, den Terminhandel in Weizenmehl an der hiesigen Produktenbörse zu fundieren. Wie weit derartige Bestrebungen zu unterstützen, wo die Grenzen eines gesunden, den Verhältnissen des inländischen Marktes vermöge ihrer nivellierenden Wirkungen zuträglichen Mehlterminhandels zu finden, in wie weit die Auswüchse spekulativer Differenzgeschäfte zu bestrafen seien, ist hier nicht zu entscheiden.

Wir können uns an dieser Stelle mit dem Hinweis begnügen, daß

[1] Der Rückgang wird auf die Einführung der Getreidezölle zurückgeführt.

zwar ein größerer Mehleinkauf auf Termin für kapitalkräftigere Bäckereien schon oft sich als äußerst vorteilhaft herausgestellt (man denke nur an das Teuerungsjahr 1890), daß dagegen eine ungünstige Konjunktur auch ganz gut fundierte und rentable Bäckereibetriebe zum Schaden des nationalen Wohlstandes vernichtet hat. Für den kleineren Meister jedenfalls kommt das Mehltermingeschäft, soweit es wenigstens ein auf wirkliche Lieferung zielendes und kein bloßes Differenzgeschäft ist, verschwindend wenig in Betracht. Direkter Verkehr mit der Mühle [1] findet nur in den seltensten Fällen statt; ja sogar zwischen dem großen Mehlhändler und dem Bäcker steht oft erst wieder ein Mehlagent. Von ihm kauft der Bäcker das Mehl in verhältnismäßig kleinen Quantitäten entweder gegen Kassa, wobei ihm ein Skonto von 3 Prozent sogar noch bei Zahlung nach 2, 4, ja auch 6 Wochen gewährt wird, oder, und zwar ist dies bei der überwiegenden Mehrzahl gerade der Kleinbetriebe der Fall, der Bäcker, dem die zum Mehleinkauf nötigen Kapitalien fehlen, gerät in Abhängigkeit vom Mehlhändler.

Da es unmöglich ist, über diesen viel besprochenen Punkt eine konkrete statistische Darstellung zu erhalten, so muß ich mich damit begnügen, die von mir über diese Frage bei Mehlhändlern sowohl wie bei Bäckern eingeholten zahlreichen Auskünfte dahin zusammenzufassen, daß eine derartige Misere [2] thatsächlich existiert. Sie ist allerdings nicht allein und ursprünglich dem Kapitalmangel des Bäckermeisters zuzuschreiben, sondern beruht in gleicher Weise auf dem unpünktlichen Einlaufen der Kundenzahlungen und dem bereits oben erwähnten Rabattsystem, wie auch ganz besonders auf dem durch die starke und gewiß nicht immer saubere Konkurrenz der Mehlagenten beförderten Kreditgeben an notorisch zahlungsunfähige Bäckermeister. Diesem Umstand ist auch die Entstehung so mancher kleiner Betriebe zuzuschreiben, deren Begründung ohne jedwedes lokale Bedürfnis einfach durch „Einsetzen" des Bäckermeisters seitens des Mehlhändlers erfolgt ist und die wahrlich nicht zur gedeihlichen Entwicklung des Bäckerhandwerks beizutragen geeignet sind. Vielleicht hätte ich, um alle Schattierungen des Mehlbezuges zu erwähnen, bei dem gegen Barzahlung kaufenden Bäcker-

[1] In Berlin versuchte eine Mühle, deren einer Inhaber früher als Mehlagent einen festen Kundenkreis bereits versorgte, unter Umgehung der Mehlagenten an Bäcker abzusetzen; doch soll diese Praxis den gewünschten Erfolg nicht aufzuweisen gehabt haben.

[2] Die Müllerei hat mit ihren Forderungen 90 Prozent aller Pariser Bäckereien in Abhängigkeit. La petite industrie, Tome I, Paris 1893, S. 42.

meister den Typus jenes in der Peripherie von Berlin recht zahlreich vertretenen Kleinmeisters erwähnen müssen, der nicht leben und nicht sterben kann und der abends die „Tageslosung" zusammenzählt, um dann vielleicht auf einem Hundewagen sich seine paar Sack Mehl, seinen Zucker, Butter u. s. w. im Dunkel des Abends zusammen zu holen, um bei seinen durch Kreditunfähigkeit erzwungenen Kassazahlungen, statt einen Skonto zu erhalten, noch einen starken Aufschlag für schlechtere Qualität zu bezahlen.

Die Qualität des Mehles — ich meine hier die mehr oder minder gute Ausführung der einzelnen Marken — spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle für den Betrieb der Bäckerei, und es wird vielfach darüber geklagt, daß einer nur leider zu großen Anzahl von Bäckern die Urteilsfähigkeit hierfür infolge mangelhafter Ausbildung fast gänzlich abgeht[1]. Wie weit hier sogenannte Hausmittel wirklich geeignet sind, dem Bäcker die für die gute und innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zu vollziehende Bereitung des Brotes notwendige Kenntnis der Mehlqualität zu verschaffen, lassen wir dahin gestellt sein. Doch meinen wir, daß die sprichwörtliche Entschuldigung „Brauen und Backen gerät nicht immer" in demselben Maße ihre Berechtigung verliert, in dem der Bäcker sich daran gewöhnt, sich über die Fortschritte des Backprozesses auch theoretisch zu informieren.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die Bedingungen, unter denen der Mehleinkauf der Bäcker vor sich geht, so finden wir thatsächlich schlimme Verhältnisse vorherrschend bei den ganz kleinen kreditschwachen Betrieben, die auf teueren und schlechten Einkauf angewiesen sind. Die großen Betriebe haben bei ihren bedeutenden Abschlüssen mit jeder Schwankung des Marktes stark zu rechnen, die ihnen vielleicht bei höchsten Getreidepreisen einen

[1] In Paris hat das Syndikat der Bäckermeister seit einer Reihe von Jahren diesem Übelstande abzuhelfen gewußt, indem es ein Syndikatslaboratorium für seine Mitglieder zur Ausführung unentgeltlicher Untersuchungen über die Qualität des Mehles einrichtete. Diesem Zwecke dienen 12 kleine Knetmaschinen (System Deliry), die durch einen einzigen Motor bewegt werden, so daß eine gleichmäßige Verarbeitungsweise der Proben garantiert zu sein scheint. Ein Steinkohlenofen und natürlich alle zur Brotbereitung sowohl wie zur wissenschaftlichen chemischen Analyse des Mehls notwendigen Instrumente vervollständigen die Ausstattung dieses Laboratoriums. Die Mehlanalysen umfassen: 1. die Brotzubereitung, 2. die Gewichtsbestimmung des Klebers, 3. die Gewichtsbestimmung der Feuchtigkeit, 4. die Ausdehnungsfähigkeit des Klebers mit dem Aleurometer von Roland, 5. Klassifikation des Brotes nach der Weiße. Der von dem Syndikat zu diesem Zwecke angestellte Fachmann hat außerdem den Bäckern Vorträge mit Projektionen zu halten über die Natur des Getreides, seine chemische Zusammensetzung, seinen Nährwert und seine verschiedenen Veränderungen, bevor es zu Brot verwandelt wird.

billigen Mehleinkauf sichert, die ihnen ein andermal aber ebensogut die hohen Preise des Abschlusses abnötigt, wenn auf dem Markt bereits das Mehl viel niedriger steht. Gerade der gut geleitete Mittelbetrieb wird in seinen Mehleinkaufspreisen am leichtesten mit dem Kornpreise Schritt halten und dem gut ausgebildeten Bäckermeister wird bei seinen kürzeren Abschlüssen auch die Kenntnis der Ausgiebigkeit des Mehles zu gute kommen, die den kaufmännisch geschulten Leitern größerer Betriebe nicht selten abgeht.

4. Der Produktionsprozeß und die Verbreitung der modernen Technik.

Technisch wird das Brot definiert [1] als ein Mehlteig, der durch Kohlensäure schwammartig aufgetrieben und durch schnelle Erhitzung (Backen) von einem Teile des Wassers und dem durch die Gärung entstandenen Alkohol befreit, erhärtet und in seiner chemischen Beschaffenheit verändert worden ist.

Zu diesem Zweck muß das Mehl mit Wasser zu einem Teige vermengt werden, der so gewonnene Teig muß eine Gärung durchmachen, muß geknetet, in die gewünschten Formen geteilt und endlich gebacken werden. Diese verschiedenen Stadien der Brotbereitung wollen wir jetzt der Reihe nach betrachten.

Die Gärung erreicht der Bäcker, indem er der aus Mehl und Wasser gebildeten Teigmasse die Hefe zusetzt, die gewöhnlich den Brauereien entnommen wird, soweit nicht die sogenannte Preßhefe Anwendung findet, wie es in neuerer Zeit allerdings fast allgemein geschieht. Da die Hefe durch die Spaltung des Zuckers in Kohlensäure und Alkohol einen Substanzverlust hervorruft, suchte man ihre Verwendung zu umgehen und die zur Lockerung des Teiges erforderliche Kohlensäure auf andere Weise zu erzeugen und kam so zur Verwendung der Backpulver, die unter dem Namen „Hefepulver" (yeast powder) zuerst in England und Amerika in den Handel kamen. Das bekannteste dieser Backpulver ist das von Horsford 1861 in Vorschlag gebrachte und nach ihm benannte, um dessen Einführung und Verwendung in Deutschland sich Liebig — allerdings erfolglos — sehr viel Mühe gegeben hat, da er der Ansicht war, auf diese Weise dem Organismus die Phosphorsäure zuzuführen, die bei der Vermahlung des Getreides in der Kleie für die Ernährung verloren geht.

---

[1] Buch der Erfindungen, Bd. V, S. 40.

Endlich müssen wir noch ein Verfahren erwähnen, bei dem die zur Lockerung des Teiges erforderliche Kohlensäure außerhalb des Teiges bereitet und ihm in Form einer Lösung in Wasser beigebracht wird. Diese Beimengung erfolgt unter Druck in einer Atmosphäre von Kohlensäure; sowie der Druck aufgehoben wird, tritt die Kohlensäure in Form von Gasblasen auf und lockert den Teig. Die Vorzüge dieses Verfahrens bestehen erstens in der großen Reinlichkeit, da weder das Mehl noch der Teig mit Menschenhänden in Berührung kommt, zweitens in der bedeutenden Ersparnis an Zeit, da zur Bereitung des Brotes 1½ Stunden vollständig ausreichen, drittens in der Vermeidung von Störungen durch ungleichförmigen Verlauf der Gärung und endlich viertens in der billigeren Herstellung dieses Brotes, da die Ausgaben für Hefe u. s. w. wegfallen und da auch alle Handarbeit vermieden ist. Allerdings hat dieses durch das sogen. „Dauglish-System" hergestellte, gänzlich säurefreie Brot an sich einen faden Geschmack, der nur durch Zusatz einer größeren Kochsalzmenge verbessert werden kann.

Die nächste Verarbeitung, der die auf einem dieser Wege gewonnene Teigmasse unterworfen werden muß, ist das Kneten. Diese Thätigkeit erfordert besonders gegen Ende der Teigbildung, wenn die Masse schon eine zähe Beschaffenheit angenommen hat, zu ihrer Fertigstellung einen großen Kraftaufwand. Durch Einführung von Maschinen würde man hier nicht nur den Arbeiter erheblich entlasten und die Arbeitszeit ganz bedeutend verkürzen, sondern gleichzeitig auch den Forderungen gerecht werden, welche die Konsumenten an die Sauberkeit in der Backstube zu stellen berechtigt sind.

Es ist erstaunlich, daß man noch nicht energischer gegen ein Verfahren aufgetreten ist, von dem K. Marx[1] mit treffender Ironie sagt, „zwar wisse der Bibelfeste, daß der Mensch berufen sei, sein Brot im Schweiße seines Angesichtes zu essen, aber nicht in seinem Brot ein gewisses Quantum Menschenschweiß, getränkt mit Eiterbeulenausleerung, Spinnweb, schwarzen Käferleichnamen und fauler deutscher Hefe, abgesehen von Alaun, Sandstein und sonstigen angenehmen mineralischen Ingredienzen". Nicht appetitlicher sind andere Schilderungen wie die von Waet[2], der sich gleichfalls gegen das Kneten mit der Hand ausspricht. Er sagt: „In einem gewöhnlich allen hygienischen Vorschriften hohnsprechenden Raume wird unser hauptsächlichstes Nahrungsmittel hergestellt, durchtränkt mit dem übelriechenden Schweiße von Körpern, die eine überaus harte Arbeit nur allzu oft krank gemacht

[1] Kapital I, S. 235.

[2] Le pain à bon marché, Paris 1875, S. 15 ff.

hat.“ Oder hören wir Barral[1], der in seinem außerordentlich umfangreichen und gründlichen Buche über Getreide und Brot folgendes äußert: „Wenn man hier auf Einzelheiten eingehen wollte, wenn man die widerlichen („dégoutants“) Manipulationen konstatiert, die man heute bei der Herstellung eines so allgemein verbreiteten Konsumtionsgegenstandes anwendet, so muß man sich schämen über die Barbarei, die in der Herstellung des Brotes herrscht. Nackte Menschen mit Schweiß bedeckt, oft mit Hautausschlägen behaftet oder gar mit Krankheiten, deren Namen wir hier nicht nennen wollen, tauchen so zu sagen die obere Hälfte ihres Körpers in die Teigmasse.“ „Im 19. Jahrhundert giebt es noch Bäckereien“, ruft er am Schlusse seiner Ausführung über diesen Punkt aus, „wo der Kneter[2] das Brot nicht nur mit den Händen, sondern mit den Füßen knetet[3].“

Angesichts dieser Umstände war man natürlich eifrig bemüht, Knetmaschinen zu konstruieren. Lange Zeit hat man nicht das Rechte finden können. In neuerer Zeit ist man jedoch im Besitze vervollkommneter Konstruktionen, die auch zufriedenstellend arbeiten trotz dem alten Einwand: „die Maschine kann nicht herausfühlen, wo genug und wo nicht hinreichend geknetet ist.“ Das Brot aus Maschinenteig zeigt sogar meistens eine gleichmäßigere Porosität, was stets das Zeichen einer guten Beschaffenheit des Teiges ist. Eine mit 3 Pferdestärken betriebene Maschine liefert wöchentlich 1200—1400 Centner Teig, das ist die Arbeit von 48 kräftigen Handknetern.

Die Einrichtung der Maschine, von der verschiedene Systeme im Gebrauch sind, ist dem Princip nach die ursprüngliche geblieben, die sie schon von einem der ersten Konstrukteure, dem Franzosen Roland, erhalten hat und die darauf beruht, den Teig durch spiralig gekrümmte, gegenseitig gestellte Eisenflügel hin- und herschieben und durchkneten zu lassen. Nach Aussage des Erfinders einer gleichfalls bewährten französischen Knetmaschine, Lebaudy[4], soll die Maschinenarbeit ersetzen: 1. die délayage du levain, d. h. das Mischen des Wassers und der Hefe; 2. die Beimengung der Hefe zu Mehl und Wasser, sodaß die Hefe in kleinsten Partikeln zur Verteilung kommt; 3. die Knetung, die mit außerordentlicher Energie sämtliche Teile des Teiges sich zu vermischen und ineinander zu gehen

---

[1] Barral, J. A., Le blé et le pain, Paris 1863, S. 633.

[2] Bezeichnend ist der Name Kneter im Französischen: geindre kommt vom lateinischen gemere, franz. gémir, seufzen.

[3] In Deutschland besonders noch in Westfalen in Gebrauch.

[4] L. Lebaudy, Le pétrissage méchanique en boulangerie, Paris 1868.

zwingt. Der Erfinder behauptet, daß seine Maschine zum Kneten von 400 kg Teig nur 10 Minuten Zeit gebrauche, während 2 Mann 40 Minuten zum Kneten derselben Quantität bedürfen. Unter den neueren Verbesserungen hat hier die Vorbecker Maschinenfabrik eine auch dem Kleinbetrieb leicht zugängliche Maschine geliefert. Durch die einander entgegengesetzten und sich kreuzenden Schraubenwindungen werden hier die Teigmassen fortwährend verschoben und immer zerschnitten und verteilt; sie werden ferner stetig gegen einander gepreßt und durcheinander gedrückt, so daß die Knetung eine vollkommene zu sein scheint. Vielfach werden auch die Knetmaschinen von Werner & Pfleiderer in Cannstatt gerühmt; dieselbe Firma bringt u. a. eine einschaufelige Patent-Knetmaschine mit Handbetrieb in den Handel, die für das Kleingewerbe bestimmt ist.

Den gekneteten Teig in die zum Verbacken notwendige Form zu bringen ist die nächste Aufgabe des Bäckers. Gewöhnlich ist es aus der Erfahrung bekannt, wie viel Brot eine gegebene Teigmenge bei dem üblichen Backverfahren liefert. Um jedoch gleich schwere Brotlaibe zu erhalten, ist es nötig, gleiche Teigmengen in Brotform auszuwirken. Vielfach wird diese Abmessung des Teiges nur nach dem Augenmaß besorgt, und wenn dies auch bei langjähriger Übung ziemlich genau geschehen kann, wird es doch nicht zu vermeiden sein, daß das Gewicht der Brote manchmal bedeutend differiert. Das Verfahren, jedes Teigstück mittels der Wage auf ein bestimmtes Gewicht zu bringen, ist zu zeitraubend, als daß es allgemein Eingang finden könnte.

Um diese Thätigkeit schnell, sauber und genau auszuführen, sind allgemein Teigteilmaschinen im Gebrauch, die auf dem Princip beruhen, daß das abgewogene Teigquantum durch einen gleichmäßigen auf dasselbe ausgeübten Druck auf einer runden Platte gewöhnlich in 50 gleich schwere Stücke verteilt wird. Diese runde Platte ist durch ein System in derselben versenkbarer Messer in eine gewisse Anzahl von Segmenten, welche jedoch alle genau denselben Flächeninhalt besitzen, geteilt. Durch Drehung eines Hebels werden die Messer gehoben und durchdringen dann die Teigmasse, indem sie dieselbe in eine Anzahl gleich dicker Stücke von gleicher Fläche zerschneiden, die dann auch gleiches Gewicht besitzen werden. Nach Zurückziehung der Messer liegen diese Stücke einzeln auf der Platte, werden abgehoben und ausgewirkt. Daß allerdings ein geübter Bäcker den Teig ungefähr in derselben Zeit und gleichfalls genau zu teilen im stande ist, davon habe ich mich selbst öfters überzeugt. Um größere Quantitäten von Teig, wie dies in Brotfabriken erforderlich wäre, zu teilen, sind geeignete

Konstruktionen noch nicht geliefert worden, obwohl eine derartige Vorrichtung für größere Betriebe sehr erwünscht wäre.

Nachdem die so ausgewirkten Teigstücke entsprechend aufgegangen sind, wird zum Ausbacken geschritten. Durch das Backen wird erst aus dem Teige ein Nahrungsmittel bereitet, und von der Art des Backens ist die Beschaffenheit desselben im höchsten Grade abhängig. Aber auch die Konstruktion des Backofens spielt dabei eine wesentliche Rolle; denn es ist durchaus nicht gleichgültig, in welcher Weise die eingeschossenen Brote von der Hitze des Ofens getroffen werden, da insbesondere die Rindenbildung dadurch beeinflußt wird. Zur richtigen Durchführung des Backprozesses ist es daher nötig, daß der Ofen beim Einschießen der Brote die richtige Temperatur besitze, aber auch, daß die Wärme nicht auf einmal, sondern nach und nach abgegeben werde.

Die gewöhnlichen Backöfen, wie sie noch auf dem Lande anzutreffen sind, besitzen noch ganz die Einrichtung, wie sie an Backöfen, welche in Pompeji aufgefunden wurden, zu sehen ist, und sie sind auch im stande, den gewöhnlichen Anforderungen Genüge zu leisten. Diese alten Öfen bestehen aus einem von Backsteinen aufgeführten Raume mit flacher Sohle, die, um sie übersehen zu können, nach hinten etwas ansteigt. Die Öfen werden dadurch geheizt, daß man im Innern derselben, im Backraum selbst, Holz verbrennt, dessen Reste, Kohlen und Asche vor dem Einschieben des Brotes wieder entfernt werden müssen. Die Wärme wird von dem den Backraum umgebenden Mauerwerk aufgenommen und während des Backens vom Gewölbe aus durch Strahlung und von der Sohle aus durch unmittelbare Leitung zum Teil an das Gebäck abgegeben. Die zu backenden Brote werden auf Schiebern meistens einzeln in den Ofen eingeführt und später ebenso wieder herausgeholt. Bei dieser Art und Weise zu backen sind folgende Übelstände unvermeidlich:

1. großer Wärmeverlust, infolgedessen Verbrauch von außerordentlich viel Brennmaterial, weil erst nach Entfernung des Feuers und der Asche und zwar durch die Wärme des erhitzten Gemäuers im Feuerraum selbst gebacken wird und so die Öfen über die zum Backen erforderliche Temperatur erhitzt werden müssen;

2. häufige Unterbrechung des Betriebes, da die jedesmalige Heizung geraume Zeit beansprucht; die Unterbrechung macht um so empfindlicher sich geltend, je flotter der Betrieb ist;

3. ungleichmäßiges und deshalb nicht genügend verläßliches Backen, da es selbst bei der größten Aufmerksamkeit nicht immer gelingen wird, die

Wärme der Öfen genau zu kontrollieren, und selbst wenn die Heizung in der richtigen Weise besorgt wird, es nicht zu verhindern ist, daß eine ungleichmäßige Abkühlung stattfindet;

4. unbequeme Beschickungsart, da Brot für Brot einzeln auf den Schieber gesetzt und in den Ofen eingeführt, dann einzeln wieder herausgeholt und vom Schieber entfernt werden muß.

Diese älteste Art von Öfen, die weiter nichts als Holz brauchen konnten, nur absatzweises Backen gestatteten und auch die Sauberkeit stark beeinträchtigten, haben bereits im vorigen Jahrhundert Bemühungen um besser konstruierte Öfen erzeugt. Seitdem sind mancherlei Konstruktionen aufgetreten, so daß große Anstalten für Massenbäckerei reichliche Auswahl haben. Bevorzugt scheinen die von dem Pariser Bäcker Rolland herrührenden kreisrunden Öfen zu sein, deren Sohle aus einer mit Ziegeln belegten eisernen Scheibe besteht, die auf einem Zapfen ruhend, durch eine Kurbel drehbar ist. So ist ein kontinuierlicher Betrieb erreicht, da man jederzeit jeden Teil des Kreises vor das Mundloch bringen kann. Ein anderes System verfolgte ein Engländer Bertan, welcher in Brooklyn auf Long-Island einen Ofen von 6 m Länge, 5 m Breite und 10 m Höhe konstruiert hat, in dem halbstündlich $32 \times 60 = 1920$ Brote gebacken werden können. Es leuchtet ein, daß bei einem unausgesetzten Betriebe wesentliche Ersparungen an Arbeitskraft und Heizmaterial sich machen lassen.

Aber die Hauptvorteile der neueren Ofeneinrichtungen, die Feuerung von außen und der dadurch ermöglichte fortlaufende Betrieb neben verringertem Aufwand für Feuerungsmaterial, lassen sich auch schon bei einfachen, weniger kostspieligen Konstruktionen erreichen, wie sie für den kleinen Bäcker passen und auch Eingang gefunden haben. Der gewöhnlich flachgewölbte Ofenraum ist dann mit einem System von Heizkanälen umzogen, in welchem die Feuerluft gewöhnlich so zirkuliert, daß sie unterhalb der Sohle nach hinten zieht, dann oberhalb der Decke nach vorn zurückkehrt und hernach in den Schlot entweicht. Öfter sind die umgebenden Hohlräume von zweierlei Art, indem Zugkanäle mit Räumen abwechseln, in denen die erhitzte Luft stillsteht und so die Wärme noch besser abgeben kann. Schieber, um die Hitze zu regeln und nach beliebigen Gegenden zu dirigieren, finden sich an dergleichen Öfen immer. Viele Großbäckereien halten sich an solche einfachen Backapparate, da die vorerwähnten großen Kunstöfen immer mit Mängeln behaftet und öfters da, wo man sie hatte, wieder abgeschafft worden sind.

Recht beliebt geworden ist dagegen der in Hamburg erfundene Wighorst'sche Ofen mit Wasserheizung. Auf demselben Princip beruhend und für

den Kleinbetrieb ganz besonders geeignet scheinen mir die von der Vorbecker Maschinenfabrik hergestellten Wasserheizungsöfen zu sein. Auch bei diesen Öfen ist der Heizraum vom Backraum vollständig getrennt. Die Erwärmung des letzteren wird durch schmiedeeiserne mit Wasser gefüllte und an beiden Enden zusammengeschweißte Röhren bewirkt, welche, über und unter dem Herde in zwei Ebenen verteilt liegend, die ganze Länge des Backraumes einnehmen und an dem einen Ende in dem mit Chamottesteinen bekleideten Feuerraume erhitzt werden. Die Wärme ist im Backraum gleichmäßig verteilt und wird durch ein vorn am Ofen befindliches Pyrometer genau verzeichnet. Die Dampfspannung in den Heizröhren wird durch ein Manometer gemessen. Pyrometer und Manometer gestatten demnach eine doppelte Kontrolle über Ofenhitze und Dampfdruck. Der Ofen ist allseitig von Mauerwerk umgeben und dadurch vor Abkühlung bewahrt. Das Ausströmen der Wärme wird insbesondere noch durch einen vor dem Ofen angebrachten, durch ein Gegengewicht balancierten und deshalb leicht zu handhabenden Schieberverschluß, welcher als schlechter Wärmeleiter konstruiert ist, in der wirksamsten Weise verhindert. Der eiserne Herd des Ofens ist mittels 6 Rollen auf einem Schienengeleise beweglich, welches vor dem Ofen soweit verlängert ist, daß der Herd aus dem Ofen herausgezogen und vor dem Ofen besetzt werden kann. Diese Öfen haben natürlich den Vorzug des ununterbrochenen Betriebes, der sowohl Ersparnis an Brennmaterial durch von Zeit zu Zeit zu wiederholendes Nachlegen ermöglicht als auch das Heizen und Backen zu gleicher Zeit nebeneinander gestattet. Da die Temperatur jederzeit genau zu kontrollieren ist und stets auf gleicher Höhe erhalten werden kann, auch das Brot nicht nach und nach in den Ofen kommt, sondern mit dem Herde auf einmal in den Backraum eingeführt wird, bedarf es nur einiger Aufmerksamkeit, um stets ein gleich gutes Brot und auch die Brote jedes einzelnen Gebäcks in ganz gleicher Qualität zu erhalten.

Nachdem wir so die einzelnen Stadien der Brotbereitung betrachtet, und uns mit den Hilfsmitteln des modernen Bäckerhandwerks bekannt gemacht haben, werden wir jetzt die Frage beantworten müssen, wie weit insbesondere das Berliner Bäckerhandwerk sich die moderne Technik dienstbar gemacht hat und in welchem Maße die kleinen Betriebe im Vergleich zu den großen von den Reformen berührt werden. Wenn wir am Eingang unserer Untersuchung unter den Merkmalen des Kleingewerbes überwiegende Handarbeit und einfaches Arbeitszeug angeführt haben, so treffen diese beiden Bedingungen für das Bäckerhandwerk heute noch in einem Maße zu, das weder für die Grundform des Kleingewerbes notwendig, noch für das

Bäckerhandwerk als solches erwünscht ist. Gewiß hat man lange Zeit vom Bäckergewerbe mit Recht sagen dürfen, wie es vor 25 Jahren noch Liebig aussprach, daß es seit Jahrhunderten von den Fortschritten der Technik nicht berührt worden sei. Während allerdings die alte Backmethode im wesentlichen durch nichts besseres ersetzt ist, hätte eine allgemeine Verbreitung der Knetmaschine einen zweifellos segensreichen Einfluß auf das Gewerbe ausgeübt. Von einer solchen Verbreitung ist leider weder anderswo noch speciell in Berlin etwas zu spüren. Die dürftigen statistischen Ausweise und das Zusammenregistrieren von Bäckereien, Konditoreien und Bonbonfabriken geben uns keine klare Übersicht über die Verbreitung der Knetmaschine in Deutschland. Die Erhebung der Kommission für Arbeiterstatistik ergab für Deutschland 258 Betriebe mit Knetmaschinen; davon entfallen auf Großstädte 43. In Berlin genießen jedenfalls nur 4 Brotfabriken und 3 große Bäckereien die Vorzüge des schnellen und sauberen Arbeitens der Knetmaschine. Zweifellos stehen nur wenige der Berliner Bäckermeister noch auf dem vom Handwerkertage 1862 vertretenen Standpunkte, daß zur Hebung der Kleingewerbe die Maschinen nach Kraft und Thätigkeit möglichst hoch besteuert werden möchten. Wenn trotzdem die Angehörigen eines Handwerks, in dem sicherlich nicht weniger Intelligenz als in anderen vorhanden ist, fast gar nicht und so schwer zur Einführung einer so notwendigen und nützlichen verbesserten Technik schreiten wollen, so dürfen wir wohl mit Recht die Ursachen in schwerwiegenden Bedenken suchen, die aber bei näherer Betrachtung dennoch nicht als unüberwindlich sich herausstellen dürften.

Um zuerst die Preisfrage zu erörtern, stellen wir nachfolgend die Berechnung für die teuersten, allerdings auch sehr gerühmten Maschinen der Cannstatter Fabrik von Werner & Pfleiderer auf, und zwar bezieht sich diese Aufstellung auf „Universal"-Knet- und Mischmaschinen für mittlere und größere Betriebe, die durch motorische Kraft zu bewegen wären.

	I	II		III		IV	
Fassungsraum in Mehl kg	45—120	100—230		170—400		230—570	
„ „ Teig „	70—180	150—350		250—600		350—850	
Leistung per Tag in kg Brot	3000—6000	5—10 000		7—15 000		10—20 000	
Raumbedarf Länge mm	1730	1920	1950	2200	2230	2550	2570
Raumbedarf Breite „	1650	1900	2000	2370	2400	2370	2400
Raumbedarf Höhe „	1820	2400	2400	2820	2820	2820	2820
Betriebskraft in Pferdest.	1—3	1½—4		2½—6		3½—6½	
Bruttogewicht ca. kg	1400	2100	2500	3200	3500	3300	3600
Preis. Riemenbetrieb Mk.	1725	1980	2475	2620	3210	2935	3575

Die erste dieser Maschinen würde eine für Mittelbetriebe recht brauchbare sein, da der Fassungsraum im Durchschnitt bequem einen Schuß Schwarzbrot aufzunehmen imstande ist. Die Zahlungsbedingungen sind bei fast allen Fabriken so gestellt, daß bei Bestellung 1/3, bei Versand das zweite Drittel und der Rest gegen 3 Monats-Accept vom Tag der Faktura zahlbar sind.

Zu diesen selbst für Mittel- und größere Betriebe verhältnismäßig hohen Anschaffungskosten gesellen sich noch die Kosten der Betriebskraft[1]. Wieweit sich hier Gas, Petroleum, Benzin ꝛc. der Elektrizität gegenüber ferner werden behaupten können, wollen wir hier nicht weiter erörtern, sondern mehr Gewicht darauf legen, daß für den Bäckermeister augenscheinlich in höherem Maße als die Anschaffungskosten der — besonders in Großstädten wie Berlin — außerordentliche Raummangel der Anschaffung der Maschinen im Wege steht. Wesentlich spricht natürlich auch der Umstand mit, daß eine Ersparnis an Arbeitskräften durch Aufstellung einer Knetmaschine nicht immer zu erwarten ist. Und wenn auch bei größeren Betrieben vielleicht ein oder zwei Mann entbehrlich würden, so kann das Wegfallen dieser so gering entlohnten Hilfskräfte nur knapp die Betriebskosten und die Amortisationsquote einer Knetmaschine decken. Nicht zu unterschätzen ist endlich bei der Abneigung der Bäckermeister das psychologische Moment, daß es ja auch vordem ohne Maschine ging, daß auch so der Betrieb noch rentabel sei und daß die Einführung der Maschine eine Neuerung sei, deren Verallgemeinerung vielleicht eine Umgestaltung des althergebrachten Gewerbes in fabrikmäßigen Großbetrieb beschleunigen könnte.

Für Kleinbetriebe versucht man gleichfalls den maschinellen Knetprozeß einzuführen und die in den Handel gebrachten Knetmaschinen für Hand-

---

[1] Wie billig motorische Kraft im Verhältnis zur menschlichen Arbeitsleistung zu stehen kommt, zeigen folgende Zahlen, die E. Klaußen, Die Kleinmotore, Berlin 1891, giebt:

Nach Engel stellt sich menschliche Arbeit pro Pferdekraft und Stunde auf	4,—	Mk.
1 Pferdekraft Motor (eincylindr. liegender Gasmotor, System Otto) . .	0,2543	=
4 = = = = = = = . .	0,1623	=
1 = Petroleum-Motor Grob & Co. (mit Petroleum-Zoll) . . .	0,199	=
4 = = = = = . . .	0,111	=
1 = = = (ohne Petroleum-Zoll) . . .	0,157	=
4 = = = = . .	0,083	=
Von einer Centralstelle elektr. Kraft	0,125	=
Dampfmaschine von 150 Pferdestärken	0,053	=

betrieb sind, wie man aus nachfolgender Preisaufstellung (Werner & Pfleiderer, Cannstatt) ersieht, natürlich wesentlich billiger.

	I	II	III
Fassungsraum[1] in Teig kg	20—30	30—50	40—65
Tägliche Leistung in kg Brot	300—500	400—600	500—750
Raumbedarf der Maschinen:			
Länge mm	1000	1200	1400
Breite „	560	560	700
Höhe „	900	900	1000
Brutto-Gewicht ca. kg	130	150	200
Preise: Handbetrieb Mk.	170	200	230

Trotz der relativ nicht hohen Anschaffungskosten und des Vorzuges der Sauberkeit scheint uns aber durch Einführung der Knetmaschinen mit Handbetrieb keiner der beiden von uns im Auge behaltenen Zwecke auch nur annähernd erreicht zu werden. Weder tritt eine wesentliche Erleichterung für den Arbeiter noch anscheinend eine gute und gleichmäßige Bearbeitung des Teiges ein[2]. Eine allgemeine Einführung der Knetmaschine, die besonders dem Mittelbetriebe in seiner heutigen Lage zu gute käme, hätten wir speciell nach den in Großstädten gemachten Erfahrungen erst nach weitgreifenden Änderungen in Bezug auf die Räumlichkeiten der Bäckerei zu erwarten — eine Lebensfrage des Bäckerhandwerks, auf die wir noch in anderem Zusammenhang zu sprechen kommen werden.

Die übrigen von uns noch erwähnten technischen Hilfsmittel haben leichter Eingang gefunden. Die Teigteilmaschine bei ihrem verhältnismäßig billigen Preise, größerer Sauberkeit und der Möglichkeit genauerer Kontrolle der Teigmenge durch den Meister ist in Berlin fast allgemein in Gebrauch, und das Fehlen einer geeigneten Teigteilmaschine für Brote läßt hier sogar den Mittelbetrieb vor der stets im Größeren betriebenen Brotfabrik bevorzugt erscheinen.

[1] Das angegebene Fassungsvermögen bezeichnet das Quantum Teig, das in den einzelnen Maschinen auf einmal in 5—10 Minuten bereitet werden kann, und zwar bezieht sich die kleinere Zahl auf festere, weniger leicht zu verarbeitende Teige, während die größere Zahl für weichere Teige zutreffend ist.

[2] Diese ungleichmäßige Bearbeitung wird gewöhnlich auf das Konto der Arbeiter gesetzt, welche die Leistung der Maschine durch bald schnelleres, bald langsameres Drehen angeblich beeinträchtigen, da sie sich im allgemeinen mit dieser Drehthätigkeit nicht befreunden können.

Die Backöfen neuerer Konstruktion haben sich sowohl in größeren als auch in den kleineren Betrieben allmählich eingebürgert, wenn uns auch oft selbst in größeren Brotbäckereien gerade für diesen Zweig der Bäckerei mit Rücksicht auf den Geschmack des Brotes die Vorzüge der alten Öfen trotz ihrer teuereren Holzfeuerung betont wurden.

5. Arbeiterverhältnisse.

Eine der wichtigsten Eigentümlichkeiten der Nahrungsmittel-Industrie und ganz besonders des Bäckergewerbes offenbart sich in der Sonderstellung der in ihr beschäftigten Arbeiter. Schon Engel bemerkt nach der Pariser Volkszählung von 1860: „Wie sehr diese für den Magen arbeitenden Gewerbe immer für den Konsumenten bereit und darum vielfach die Nacht thätig sein müssen, ergiebt sich daraus, daß fast nur in den Nahrungsgewerben das früher allgemein übliche Wohnen der Gesellen beim Meister sich erhalten hat. Von den 36 176 bei den Meistern wohnenden Arbeitern fallen 23 580, d. h. 65 Prozent, auf die Nahrungsgruppe, während die ganze Nahrungsgruppe von allen Arbeitern der Stadt Paris nur 9 Prozent beschäftigt, d. h. 38 859 von 410 084." Bestätigt finden wir diese Angaben bei Laspeyres, der bei der Vergleichung der Wohnungsart für die männlichen Pariser Arbeiter nach der Zählung von 1847 feststellt, daß 3738 von 7107 aller in der Nahrungsmittelgruppe beschäftigten Arbeiter, d. h. 53 Prozent, noch beim Meister wohnen, während sonst im Durchschnitt dies nur noch bei 4 Prozent der Fall ist.

In Berlin sind nach der Zählung vom 1. Dezember 1871 [1] von den 45 500 beim Brotherrn wohnenden selbstthätigen Arbeitnehmern (mit Ausschluß der Gruppe persönliche Dienstleistungen) 15 839, d. h. 28,73 Prozent der beim Brotherrn wohnenden, Angehörige der Nahrungsmittelgruppe, während von der Gesamtheit der selbsthätigen Arbeitnehmer, d. h. von 231 812 nur 4,4 Prozent, oder 10 226 Arbeitnehmer, dieser Gruppe angehören. Es ginge zu weit, wollte man aus diesen Zahlen eine Begründung für die oft erbärmliche Lage der Arbeiter im Bäckergewerbe herleiten. Ohne Zweifel trägt aber zu diesen Mißständen das soeben geschilderte Verhältnis erheblich bei, da bei der täglich steigenden Hausrente der Meister naturgemäß an den den Angestellten zur Benutzung zu überlassenden Räumlichkeiten in jeder Weise zu sparen sucht. Diesem leicht erklärlichen Be-

[1] Resultate der Volkszählung und Volksbeschreibung vom 1. Dezember 1871 Berlin 1874.

streben ist nun allerdings in zahlreichen Bäckereien in einer Weise Rechnung getragen worden, die kaum glaubliche Zustände hervorgebracht hat. Räume, in denen am Tage ein oder mehrere Gesellen schlafen, während zur Nacht in denselben Betten die Mädchen liegen, Räume in denen nicht selten auch Backmaterial, wie Mehl, Hefe, Zucker zc., aufbewahrt wird, sind noch nicht in dem Maße anstößig, daß sie nicht von einem Innungsmeister, der zugleich Stadtverordneter ist, in der Stadtverordnetenversammlung[1] zur Sprache gebracht werden könnten. Man kann sich danach ohne Detailschilderungen ein Bild von den „Wohnräumen" machen, deren Zustand einer Beschreibung fast nicht fähig ist[2].

In Berlin gestalten sich nach den 291 bearbeiteten Fragebogen[3] der Reichs-Enquete die Wohnungsverhältnisse der Gesellen und Lehrlinge in Bäckereien und Konditoreien so, daß in 266 Betrieben (91,5 Prozent) sämtliche Gehilfen und Lehrlinge beim Meister Wohnung hatten, in 11 nur die Lehrlinge, in 11 nur ein Teil derselben und in 3 keine. Von 627 Gehilfen hatten 591 (94,2 Prozent) beim Meister Wohnung, 382 vollständige und 236 teilweise Kost. Sämtliche 210 Lehrlinge wohnten beim Meister; 203 hatten vollständige und 7 teilweise Kost.

In den wenigen Betrieben, die umfangreich genug sind, ein gesondertes Weiß- und Schwarzbrot-Bäckerpersonal zu haben, schlafen oft nur die Weißbrotbäcker beim Meister. In ganzer Kost sind die Gesellen vorzugsweise bei Kleinmeistern, während sonst halbe Kost, d. h. Morgenkaffee, Nachmittagskaffee und Mittagessen, das Gewöhnliche ist.

Bei den Verhandlungen der Kommission für Arbeiterstatistik ist die wichtige Frage der Wohnräume, auf die wir bei der nachfolgenden Erwägung einer etwaigen sanitären Regulierung der Bäckereien zu sprechen kommen, weniger in den Vordergrund gerückt worden als die der Arbeits-

---

[1] Bäcker- und Konditor-Zeitung, Stuttgart, XXI, 1886.

[2] Die Bäckerzeitung in Wien, Organ der Bäckerarbeiterschaft Österreich-Ungarns, bringt zu diesem Punkte ständig reichhaltiges Material unter der Rubrizierung: „Aus den Marterbuden." Hier werden alle Beschwerden über Nicht-Einhaltung der Sonntagsruhe, schlechte Behandlung und sonstige „Martern", die an den Arbeitern begangen werden, registriert und den respektiven magistratischen Bezirksämtern oder Bezirkshauptmannschaften, Gewerbebehörde, I. Instanz per Post zugestellt „damit es die Öffentlichkeit erfährt, wie wir gemartert werden und ob die Behörden dagegen etwas thun; denn bisher können wir sagen, daß die Erledigungen auf unsere Eingaben so minimal, so unbedeutend in jeder Beziehung sind, daß sie die Arbeit nicht wert waren, welche wir uns damit gemacht haben."

[3] Erhebungen über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien, Teil I, Berlin 1893, S. 54.

dauer. Nach den Angaben der Kommission hatten in den deutschen Bäckereien eine Arbeitszeit bis zu

	12 St.	12—14 St.	14—16 St.	16—18 St.	unbestimmt
	%	%	%	%	%
Nach Angabe der Meister	59,4	28,4	8,3	2,0	1,0
" " " Gesellen	47,0	28,9	17,7	4,3	1,1
Durchschnitt beider Angaben	53,3	28,6	13,2	3,1	1,05

Die jetzt folgenden Tabellen sind gleichfalls den Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik entnommen, und zwar zeigt Tabelle I die Anzahl der befragten Betriebe und die Verteilung der in ihnen beschäftigten Arbeiter, Tabelle II und III bringt den Anfang und Schlußtermin der Arbeit, während Tabelle IV und V die eigentliche Arbeitsdauer sowohl mit Einschluß wie nach Abzug der Pausen angiebt: dabei sind stets die Zahlen für Berlin mit den für das Deutsche Reich ermittelten verglichen:

(Siehe Tabellen auf umstehender Seite.)

Die Angaben dieser Tabellen sowohl wie zahlreich angestellte persönliche Erkundigungen bestätigen also in vollem Umfange das, was der von den Bäckermeistern so arg verketzerte Bebel[1] in seiner Enquete für Berlin über Arbeitsdauer, Nachtarbeit und Sonntagsruhe geschrieben hat: „In der großen Mehrzahl der Berliner Bäckereien beginnt die Arbeitszeit $9^1/_2$ und 10 Uhr nachts, in einer geringen Zahl Betriebe beginnt sie $8^1/_2$ und auch schon um 8 Uhr. Das Ende der Arbeitszeit liegt in den meisten Bäckereien zwischen 10 und 12 Uhr vormittags, in einzelnen Fällen endigt sie erst um 1 und selbst um 2 Uhr nachmittags. Sonnabend Abend beginnt die Arbeit häufig früher und endigt nicht selten Sonntag Vormittag oder Nachmittag später als in der Woche. Ein voller Ruhetag von 24 Stunden ist den Berliner Bäckergehilfen und Lehrlingen so gut wie unbekannt, obwohl sie gerade vor den hohen Festtagen viele Überstunden zu leisten haben und ein voller Ruhetag nach den gehabten Strapazen ein Gebot der Menschlichkeit wäre."

Dem entsprechen auch die Angaben in dem statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin. In den amtlichen Mitteilungen aus den Jahresberichten der mit der Aufsicht der Fabriken betrauten Beamten heißt es: „Eine Arbeitszeit von 12—17 Stunden haben ferner verschiedene Schlächtereien, Bäckereien 2c., während andere Anlagen derselben Industrie auch unter 12 Stunden, einzelne sogar eine sehr geringe Arbeitszeit haben." Gewöhn=

[1] Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien, Berlin 1890, S. 34.

Tabelle I.

	Zahl der Bäckereien, für die Fragebogen bearbeitet sind	Zahl der in diesen Betrieben bei Herstellung der Waren beschäftigten männl. Personen				
		überhaupt	darunter			
			Werkführer	Gesellen	Lehrlinge	ungelernte Arbeit.
Deutsches Reich absolute Zahl	4551	10,979	1221	6029	3440	289
Berlin " "	291	881	149	478	210	44
Deutsches Reich relative "	—	—	11,1%	54,9%	31,4%	2,6%
Berlin " "	—	—	16,9%	54,26%	23,84%	5%

Tabelle II.

	Zahl der Betriebe, in denen Gesellen beschäftigt sind	Zahl der Betriebe in denen die Arbeit beginnt					
		vor 8 Uhr abends	um 8 Uhr und zwischen 8 u. 10 Uhr abends	um 10 Uhr und zwischen 10 u. 12 Uhr nachts	um 12 Uhr und zwischen 12 u. 2 Uhr nachts	um 2 Uhr und zwischen 2 u. 5½ Uhr nachts	zu unbestimmter Zeit
Deutsches Reich absolute Zahl	4108	65	650	1033	1483	869	8
Berlin " "	269	—	167	97	4	1	—
Deutsches Reich relative "	—	1,6%	15,8%	25,1%	36,1%	21,2%	0,2%
Berlin " "	—	—	62,8%	36,6%	1,49%	0,37%	—

Tabelle III.

	Zahl der Betriebe, in denen die Arbeit endigt			
	vor 8 Uhr morgens	um 8 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags	nach 12 Uhr mittags	zu unbestimmter Zeit
Deutsches Reich absolute Zahl	184	2740	1140	44
Berlin " "	6	249	12	2
Deutsches Reich relative "	4,5%	66,7%	27,7%	1,1%
Berlin " "	2,23%	92,56%	4,46%	0,75%

Tabelle IV.

	Zahl der Betriebe, in denen die Arbeit mit Einschluß der Pausen dauert					
	12 Stunden und weniger	mehr als 12—14 Stunden	mehr als 14—16 Stunden	mehr als 16—18 Stunden	mehr als 18 Stunden	Unbestimmte Zahl von Stunden
Deutsches Reich absolute Zahl	2493	1047	433	82	10	43
Berlin " "	91	135	36	5	—	2
Deutsches Reich relative "	60,7%	25,5%	10,5%	2%	0,2%	1,1%
Berlin " "	33,83%	50,19%	13,38%	1,86%	—	0,76%

Tabelle V.

	Zahl der Betriebe, in denen die Arbeit nach Abzug der Pausen dauert					
	10 Stunden und weniger	mehr als 10—12 Stunden	mehr als 12—14 Stunden	mehr als 14—16 Stunden	mehr als 16 Stunden	Unbestimmte Zahl von Stunden
Deutsches Reich absolute Zahl	1914	1282	652	199	18	43
Berlin " "	57	113	75	20	2	2
Deutsches Reich relative "	46,6%	31,2%	15,9%	4,8%	0,4%	1,1%
Berlin " "	21,16%	42,2%	27,88%	7,44%	0,75%	0,75%

lich heißt es in den Angaben der Gewerbedeputationen für die einzelnen Jahre, die Arbeitszeit sei unbestimmt, Sonntagsarbeit regelmäßig ꝛc. Der Bericht von 1885 zeigt aber z. B. eine Arbeitszeit von 9 Uhr abends bis 1 Uhr mittags, also 16stündig, und eine 15stündige Arbeitszeit dürfte man in Berlin für Kleinbetrieb sowohl als für Großbetrieb als das Gewöhnliche anzusehen haben.

Diese überaus lange Dauer der Arbeit erscheint aber um so bedenklicher, weil sie Nachtarbeit ist. Die Nachtarbeit verdankt ihren Ursprung (vielleicht ums Jahr 1800) den verfeinerten Ansprüchen der Konsumenten und der gesteigerten Konkurrenz der Produzenten, und die Klage der Bäcker hierüber ist ebenso alt wie die Forderung der Abschaffung[1] berechtigt ist.

[1] Ich möchte hier darauf hinweisen, wie in einer neueren socialistischen Utopie

In einem Buche über die Pariser Arbeiter[1] heißt es: „Die Nacht wird uns zum Tage, der Tag zur Nacht. Unser Arbeitsraum ein Loch, ein Gefängnis, dessen brennende verderbliche Luft binnen kurzem alles Leben in uns vernichtet. Unsere Sonne ist eine qualmende Lampe, deren vergiftender Rauch die langwierigen Krankheiten herbeiführen hilft, denen so viele von uns erliegen, bevor sie gelebt haben.“ So und ähnlich lauten die Klagen der Bäckereiarbeiter überall da, wo Nachtarbeit vorhanden ist, und dies ist heute fast überall der Fall.

Die Gesamtheit der von uns erwähnten Umstände kann auf die Gesundheit der Bäckergesellen nur einen ungünstigen Einfluß haben. Dies zeigen die Berichte der Ortskrankenkasse der Bäcker und der Central-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. Der letzteren gehörten im Jahre 1893 angeblich durchschnittlich 1150 Mitglieder an, während der Ortskrankenkasse im Laufe des Jahres 1894 durchschnittlich 2846 angehörten.

Die Zahl der Erkrankungen giebt leider keinen Aufschluß über die größere oder geringere Gesundheitsschädlichkeit der Kleinbetriebe, doch scheinen mir nach den zahlreichen angestellten Erkundigungen die Arbeiterverhältnisse im Groß- und Kleinbetrieb in keiner Beziehung einen wesentlichen Unterschied aufzuweisen.

Die Gefährdung der Gesundheit der Arbeiter gerade in Bäckerbetrieben hat jedenfalls die Reichskommission für Arbeiterstatistik im Auge gehabt, als sie in Hinsicht auf § 120 e G.O. das bekannte Gutachten vom Reichsgesundheitsamt einforderte, gegen das Dr. Oldenberg[2] in seinem Buch über den Maximalarbeitstag polemisiert. Daß die bekannten Bäckerkrankheiten, wie das X-Bein (genu vulgum), die Bäckerkrätze[3] ꝛc., auf die Schädigungen im Gewerbe zurückzuführen sind, ist zweifellos. Ich will mich hier

---

die Abschaffung der Nachtarbeit geschildert ist: „Da das frische Brot erst 6 Uhr abends fertig ist, so bedient man sich beim Frühstücksimbiß verschiedenerlei Sorten von Zwieback und Brot, das, weil es mit Roggen vermengt ist, nicht so bald vertrocknet. Überdies meistens ein leckeres warmes Gericht, welches aus Brot zubereitet wird, das vom vorhergehenden Abend übrig geblieben ist.“ Im Jahre 1999. Übers. aus dem Holländ. von J. Rotter, Seifhennersdorf 1894.

[1] Pierre Vinçard, Les ouvriers de Paris, alimentation. Paris 1863.

[2] Der Maximalarbeitstag im Bäcker- und Konditor-Gewerbe. Leipzig 1894.

[3] Vielfach umstritten ist in englischen medizinischen Kreisen die Frage, ob die dem Brote etwa anhaftenden Krankheitsträger durch den Backprozeß zerstört werden. Man glaubt dort nicht recht an die sterilisierende Wirkung des Backofens, da ja das Brot im Innern nur bis zu einem mäßigen Grade erhitzt wird. The baker & confectioner, Vol. V., No. 3, London 1894.

begnügen, zu den zahlreichen Belegen, die man über diese Frage bei Oldenberg findet, noch einige weitere, mir nicht unwichtig scheinende, hinzuzufügen. So äußerte Adelmann[1], der die Verhältnisse in einem „Institute" für kranke Gesellen der Künstler und Handwerker in Würzburg 1786 bis 1802 behandelt, über die Bäckerkrankheiten u. a.:

„Flechte": bei diesem Gewerbe endemisch, trotzdem leichte und nicht sichtbare Fälle zweifellos verschwiegen bleiben.

„Ödeme": Durch das viele Stehen chronische Entzündungen besonders häufig an den Füßen; jedoch bin ich überzeugt, daß kaum die Hälfte deswegen die Hilfe des Instituts nachsuchen, bis sie durch Heftigkeit und Hartnäckigkeit der Krankheit dazu gezwungen werden.

In den Jahren 1866—1874 hat Dr. Corlieu[2], der Kassenarzt der société St. Honoré, einer Bäckergesellen-Vereinigung von etwa 1200 Mitgliedern, folgende ungeheure Zahl von Krankheitsfällen behandelt:

595 Bronchitis acuta,
166 Bronchitis chronica,
176 Pneumonie,
76 Phthisis,
68 Pleuritis,
200 Rheumatismus,
93 Panaritium,
76 Krankheiten des Sehorgans,
71 Krankheiten der Haut;

häufig sind auch Fälle von Angina und Laryngitis zur Beobachtung gekommen[3].

---

[1] Krankheiten der Künstler und Handwerker, Würzburg 1803.

[2] La santé de l'ouvrier boulanger par Dr. Corlieu, médecin de la société St. Honoré, Paris 1874.

[3] Endlich wollen wir hier noch Soyka citieren, der in Eulenburgs Encyklopädie im Anschluß an Hirts Einteilung der Gefährlichkeit der verschiedenen Staubarten, wobei Hirt erwähnt, daß am vegetabilischen Staub nur 13,3 Prozent an Phthise erkrankt seien, folgendes ausführt: „Durch Staub wird Phthise nicht hervorgerufen, sondern nur vermittelt; der Staub wirkt disponierend oder das Vehikel für die Tuberkelbacillen abgebend. Vegetabilischer Staub ruft sehr leicht hartnäckige Katarrhe hervor; jedoch bieten nicht nur Pulmones, sondern auch cutes dem Staub einen Angriffspunkt (Hautkrankheiten!) und ebenso das Auge (Clepharitis, coniunctivitis). — Hohe Temperaturen, wie sie der geschlossene überheizte Backraum aufweist, stören die Wärmeökonomie, disponieren also gleichfalls krankhaft. Aufrechte Stellung sei im allgemeinen zuträglich, besonders bei etwas gleichzeitiger Bewegung; trotzdem varices, chronische Fuß-Geschwüre und Ödeme an den unteren Extremitäten. — In

Zugleich mögen hier für die Berliner Bäckergesellen einige Daten folgen, die, ohne bei dem lückenhaften Material ein ganzes Bild bieten noch zu weitgehenden Schlüssen Raum geben zu können, dennoch im allgemeinen uns die gesundheitlichen Schädigungen dieses Gewerbes zeigen. Es betrug nach den einjährigen Ergebnissen der Bäcker und Konditoren in den Berliner Ortskrankenkassen:

	Die durchschnittliche Gesamtzahl der Mitglieder	Zahl der Erkrankten	Prozent der Mitgliederzahl	Gonorrhoe, Ulkus molle und vener. Krankheiten, konstitutionelle Syphilis	Chronische Hautkrankheiten	Wunden, Frakturen, Verbrennen und Erfrieren	Panaritium, Furunkel und Phlegmone	Chronische Krankheiten der Verdauungsorgane	Chron. Nerven-, rheumatische u. Gehirn-Krankheiten	Chron. Gelenk- u. Muskel-Rheumatismus	Tuberkulose u. Phthisis	Chronischer Bronchial-[1] Katarrh
Konditoren	431	161	37,1	20	6	16	17	17	4	14	9	13
Bäcker	1435	1156	80,6	125	84	76	103	84	16	76	37	95

Bei sämtlichen Berliner Ortskrankenkassen sind im Durchschnitt 57,7 Prozent der Mitgliederzahl erkrankt; wir sehen also die Konditoren mit 37,1 Prozent bei weitem unter, die Bäcker mit 80,6 Prozent dagegen stark über dem Durchschnitt. Das Bäckerpersonal wird in dieser Prozenthöhe nur von 4 Gruppen übertroffen: den Mechanikern (84,8 Prozent), den Fabrikarbeiterinnen (80,0 Prozent), den Maschinenbauarbeitern (88,2 Prozent) und den Brauern (105,5 Prozent). Dabei litten 10 Prozent der erkrankten Bäcker an Geschlechtskrankheiten.

Bei einem Gewerbe, das so langandauernde und anstrengende Arbeit erfordert, könnte man wohl mit Recht ein Äquivalent in Gestalt hoher Löhne[2] voraussetzen. Um den Zusammenhang von Lohn und Leistung

---

jeder Lichtquelle seien auch Wärmestrahlen enthalten, und zwar im Sonnenlicht 50 Prozent, im elektrischen Licht 80 Prozent, im Öl und Gas 90 Prozent, im Petroleum 94 Prozent dunkle Wärmestrahlen, die nach Janssen hauptsächlich von der cornea absorbiert werden und zur Kongestionierung Anlaß geben können.

[1] Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß die Rubrizierung unter „chron. Bronchialkatarrh“ oft nur eine euphemistische Bezeichnung der Krankenkassenärzte für Phthisis darstellt.

[2] In Paris währt die Arbeitszeit der Bäckergesellen durchschnittlich mindestens ebenso lang wie die ihrer Berliner Kollegen. Doch ist die dortige Bäckergesellenschaft mit ihrer langen Arbeitszeit im ganzen einverstanden, da sie dem verarbeiteten

zu würdigen, wäre das Bäckerpersonal hierbei vielleicht folgendermaßen zu klassifizieren: Der erfahrenste (älteste) Bäckergeselle, der den Betrieb leitet, ist der Werkmeister. Bei kleineren Betrieben, wo der Meister selbst den Werkmeister repräsentiert, tritt an seine Stelle der Schießer, d. h. der Arbeiter, der das Brot in den Ofen zu schieben und zu backen hat. Dann unterscheidet man noch oft den ersten und zweiten Gehilfen, und endlich schließt der Lehrjunge, mit dem wir uns noch im besondern zu beschäftigen haben werden, die Bäcker-„Hierarchie“ [1] ab. Etwaiges Hilfs- und Austragepersonal steht mit unserer Untersuchung nur mittelbar in Zusammenhang. Diese Abstufung in der Stellung der einzelnen Bäckerarbeiter drückt sich auch im Lohn aus.

Es betrug in Berlin der Lohn für

Bäcker (wöchentlich mit Kost) in Mark:

		1880	1881
	höchster	12,—	15,—
	mittlerer	10,—	10,—
	niedrigster	7,—	5,—
Konditoren (monatlich mit Kost):			
	höchster	90,—	60—75
	mittlerer	45,—	36—45
	niedrigster	24,—	21—24.

Quantum nach und zwar recht gut entlohnt wird. Nach Dictionnaire Jouvet „Boulangerie patisserie“ art. „Salaires“ und den Angaben der „Office du travail“ stellen sich die Pariser Löhne pro Woche wie folgt:

Brigadier (Schießer)	45—49	Frs.
Premier aide (1. Geselle)	45	„
Deuxième aide (2. Geselle)	38	„

Die Brigade von 2 Mann hat 4, die Brigade von 3 Mann 7 fournées (Schuß 45—80 Stück 2 kg Brote) täglich zu liefern. Supplementär-Schüsse werden mit je 1 Franc pro Mann und Schuß berechnet. Außerdem steht jedem Arbeiter ein 2 Pfundbrot und $^1/_4$ Liter Weißwein zu, was üblicherweise in bar mit 40 cs. für Brot und 20 cs. für Wein ausgeglichen wird.

[1] In den Bestimmungen betreffend die Militärbäckerabteilungen heißt es: § 1, II: „Die Militärbäcker werden eingeteilt in Oberbäcker 1. Klasse (Sergeanten), Oberbäcker (Unteroffiziere), Schießer (Gefreite) und Bäcker (Gemeine).“

Für 1885 giebt der Bericht der Gewerbedeputation folgende Sätze:

		Lohn in Mk. höchster	mittlerer	niedrigster	tägliche Arbeitszeit
Angaben der Germania	Werkmeister	16,—	12,—	9,—	unbestimmt
	Kneter	11,—	9,5	7,5	
	Geselle	8,—	6,5	5,—	
Angaben der Concordia	Werkmeister	20,—	15,—	10,—	9 Uhr abends bis 1 Uhr mittags
	Kneter	15,—	12,—	9,—	
	Geselle	9,—	7,—	5,—	

Diese Löhne können noch heute als die gewöhnlichen betrachtet werden; doch finden wir nicht selten Werkmeister, die bis 30 Mark gelohnt werden. Ein wesentlicher Unterschied der Lohnverhältnisse entsteht infolge der verschiedenen Größe der Betriebe gewöhnlich nicht.

Sehr ungünstig für die Lage der Bäckerarbeiter ist die Möglichkeit der täglichen Kündigung, d. h. daß nach Berliner Gebrauch jeden Vormittag bis 10 Uhr „aufgesagt" werden kann, was natürlich angesichts der Anzahl der in Berlin befindlichen Arbeitslosen für den Bäckergesellen sehr ins Gewicht fällt.

Obwohl uns keine Statistik über die in Berlin vorhandenen Arbeitslosen vorliegt, so können wir doch die Zahl von 2000, das wäre etwa ein Drittel aller im Berliner Bäckergewerbe Beschäftigten, als richtig annehmen, um so mehr, als dies von dem Verbandspräsidenten Kunze sowohl wie von einem socialdemokratischen Bäckermeister in ihren Aussagen vor der Kommission bestätigt wurde. Ein anderes Hilfsmittel, diese Zahl als die mutmaßlich richtige zu erkennen, giebt uns der letzte Berliner Volkszählungsbericht (1890) an die Hand. Die abhängigen Selbstthätigen der Gewerbeklasse der Bäcker, Konditoren ꝛc. betragen 7177, während von den einzelnen selbständigen Gewerbetreibenden nur 4852 Arbeiter angegeben werden. Die Differenz dieser beiden Angaben beträgt 2352. Freilich ist zu berücksichtigen, daß die beiden Angaben der Berufs-, bez. Gewerbestatistik nicht ganz homogene Zahlen liefern konnten, was jedoch für unser Gewerbe kaum eine größere Fehlerquelle darstellen dürfte.

Für die große Anzahl der Arbeitslosen würde jedenfalls auch die bestorganisierte Arbeitsvermittelung nicht imstande sein, Stellung zu schaffen. In den Innungsnachweisen finden wir eine bedeutend größere Anzahl von Bewerbern, als zu vergebende Stellen vorhanden waren. Es gab:

Jahr	Germania bes. Stellen	Concordia Stellensucher		bes. Stellen
1888	3610	4339	2460	2300
1889	5150	5496	2700	2524
1890	4230	4440	2200	1720
1891	3813	4543	2300	1500
1892	3447	4344	Angaben fehlen.	

Die Einschreibegebühr beträgt bei beiden Verbänden 50 Pfennige. Neben diesem besteht noch ein Arbeitsnachweis des Deutschen Bäckergesellenverbandes, der aber in Anbetracht der schwachen Organisation und der Uneinigkeit der Gesellen einerseits, der Abneigung der Meister andererseits, nur wenig benutzt zu werden scheint. Allerdings wurde mir von vielen Seiten gesagt, daß die von den Innungen angegebenen Zahlen der Stellenvermittlung durch den Sprechmeister den Thatsachen nicht entsprächen, um so weniger, da auch viele Innungsmeister bei weitem häufiger ihren Arbeitsbedarf durch Vermittlung der privaten Kommissionäre[1] deckten. Die Zahl dieser Vermittler, die in den Gesellenorganen stereotyp mit dem Namen Blutsauger belegt werden, wird in Berlin auf 35—40 angegeben, und da der Meister in keinem Falle etwas zu zahlen hat, der Sprechmeister ihm oft wegen der Spenden der Arbeitslosen nicht ganz unparteiisch, auch für gute Versorgung der Meister mit Arbeitskräften nicht sehr interessiert zu sein scheint, so wendet er sich lieber an den Kommissionär. Die Gebühren, die der Vermittler von seinen Opfern zu ziehen weiß, sind hoch, doppelt hoch in Anbetracht der sauren Arbeit, mit der sich die Leute ihren Lohn zu erwerben haben. Eine Vermittlungsgebühr unter 3 Mark für eine gewöhnliche Stelle und unter 10 Mark für einen Ofenposten (d. i. Werkmeister resp. Schießer) kommt wohl kaum vor, und es soll keine Seltenheit sein, daß für eine bessere Werkmeisterstelle 30 Mark und noch mehr gezahlt werden.

Aus einem Rapport des Jahres 1849[2] geht hervor, daß die damaligen 12 Kommissionäre in Paris ein jährliches Einkommen von 120 000

[1] Diese Kommissionäre sind hier in Berlin nach den mir gemachten Angaben fast ausnahmslos alte Bäckerarbeiter, die gewöhnlich mit einer Anzahl Meister auf Du und Du stehen, die sie dann bei einem Trunk auf die Notwendigkeit hinweisen, den Gesellenwechsel durch sie, die Kommissionäre, und nicht durch den Sprechmeister besorgen zu lassen.

[2] Barbaret a. a. O., S. 392.

Francs aus den Löhnen der Bäckerarbeiter herauszupressen verstanden. Diese ungeheure Summe wird vielleicht nicht in dem Maße befremdlich erscheinen, wenn man bedenkt, daß ein Pariser Bäcker, allerdings bei angestrengter Überarbeit, oft über 3500 Francs jährlich zu verdienen imstande ist.

In London, besonders in den schlechteren Stadtteilen, verbinden die Schlafstellenwirte diese Eigenschaft mit der eines Stellenvermittlers; sie halten den Mann in ihrer Spelunke, bis er den letzten baren Heller ausgegeben hat, ja womöglich bei ihnen in Schulden geraten ist, um ihn dann in einem Betriebe unterzubringen. Ist er dann etwas gekräftigt und in die Höhe gekommen, so weiß der pfiffige Gauner den Mann wieder aus der Stelle zu bringen und das Spiel beginnt von neuem, bis jener an seinem Aufkommen verzweifelnd sich der Schar der „Unemployed“ anschließt.

Dem Anschein nach laborieren also andere Großstädte ebenso wie Berlin an dem Kommissionär-Unwesen, dessen Abschaffung ein bedeutender Schritt für die Verbesserung in den Verhältnissen des Bäckergewerbes wäre. Ob die von den Innungen vielleicht zu erwartenden Reformen, wie die Abschaffung der heute bestehenden lästigen Bestimmung, daß der Sprechmeister die einzelnen Arbeiter genau nach der Reihe ihrer Anmeldung zu berücksichtigen habe, oder die Errichtung noch eines zweiten Innungssprechbureaus[1] zur Lösung dieser Frage führen würde, scheint mir sehr zweifelhaft. Die Annahme eines Beschlusses aber, der sämtlichen Meistern den Bezug von Arbeitskräften durch Inanspruchnahme der privaten Vermittler untersagte, ist gänzlich aussichtslos. Daß endlich in der nächsten Zeit die vollständige Übernahme der Arbeitsvermittlung durch städtische Arbeitsämter erfolgen werde, ist nicht zu erwarten, so daß schließlich eine Linderung dieser Übelstände nur von einem friedlichen entgegenkommenden Zusammenarbeiten von fachgewerblich fest organisierten Meistern und Gesellen zu erhoffen wäre.

Es ist nicht zu verwundern, daß die Berliner Bäckergesellen versuchten, ihre Lage zu verbessern. Über diese Bestrebungen, die allerdings sämtlich erfolglos blieben, berichten die Berliner städtischen Jahrbücher von 1869, 1871 und 1872 ausführlich. Es handelte sich um Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung der Nachtarbeit, bessere Wohnräume, höhere Löhne ꝛc.

---

[1] Die Einrichtung eines zweiten Sprechbureaus ist inzwischen kürzlich im Anschluß an die weiter unten genannte Bäckerabteilung des Vereins christlicher junger Männer erfolgt, und man scheint auch gleichfalls mit dem erwähnten strengen Festhalten an der Reihenfolge der Anmeldungen brechen und mehr die individuellen Wünsche berücksichtigen zu wollen.

Ebenso resultatlos wie diese Kämpfe verlief auch der 1889 versuchte Streik, der kurzer Hand durch das Eingreifen der Militärbäcker vereitelt wurde. Der Hauptgrund für das Fehlschlagen dieser Bestrebungen scheint mir jedoch in gerade denselben bedauernswerten Umständen gesucht werden zu müssen, deren Abschaffung eben diese Kämpfe erzielen wollten. Ich will damit sagen, daß die Bäckergesellen, denen die 23000 Innungsmeister wie ein rocher de bronce gegenüberstehen, zu einer straffen Organisation, deren es eben in unseren Berufskämpfen bedarf, infolge ihrer unglücklichen Lage vollkommen unfähig sind. Und dies zeigt sich deutlich an den Mitgliederzahlen der Fachvereine, von denen z. B. der „Verband socialdemokratischer Bäcker-Vereine" im Jahre 1893 799 Mitglieder zählte und eine Zeitung in einer Auflage von 400 Exemplaren herausgiebt[1]. Überhaupt ist die Organisation der Bäckerarbeiter in Berlin eine unglaublich beschränkte. Nur etwa 100 von den 6000 Bäckerarbeitern gehören dem sozialdemokratischen Fachverein und nur 81 der Bäckerabteilung des Vereins christlicher junger Männer an.

Will man dem entgegenhalten, daß in England und speciell in Schottland die Bäckergesellen trotz derselben elenden Verhältnisse relativ so große Errungenschaften zu verzeichnen haben (in Schottland kann man die Nachtarbeit wohl für abgeschafft ansehen; in England ist die Arbeitszeit in den Bäckereien im allgemeinen sehr vermindert und eine Periode straffer Backhäuser-Inspektionen begonnen worden), so beweist dies eben nur, daß dort die Masse des Volkes in richtiger Würdigung der Sachlage sich gesagt hat: „Tua res agitur" und der ganzen Bewegung ihre Sympathien in vollstem Maße entgegenbringt.

6. Lehrlingshaltung und Lehrlingausbildung.

Wenn ich die beiden Überschriftsworte, die eigentlich Synonyma sind oder es wenigstens sein sollten, trennte, so geschah dies absichtlich, da sie sich in unserem Gewerbe sicherlich in den meisten Fällen nicht decken und das herbe Urteil Oldenbergs rechtfertigen, die Lehrlingsverhältnisse seien eine partie honteuse der deutschen Bäckerei.

---

[1] Wie wenig auch diese 799 organisierten Bäcker zu leisten imstande sind, geht aus dem letzten mir vorliegenden Rechenschaftsbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hervor. In der Zeit vom 1. März 1892 bis 31. Dez. 1894, d. h. also in elf Quartalen sind die Bäcker nur 2 Quartale Beitrag zu leisten imstande gewesen und ihr Fachblatt „Deutsche Bäcker Zeitung" hat sich aus einem wöchentlichen Organ zu einem 14tägigen zurückentwickelt.

Die Berliner Innungen haben in den letzten Jahren über ihre Lehrlingsverhältnisse folgende Daten gegeben:

Jahrgang	Meister		Lehrlinge		Eingeschriebene		Ausgeschriebene		Lehrlingsbesuch der Fachschule		Auf einen Meister kommen Lehrlinge	
	Germania	Concordia	Germania	Concordia	Germania	Concordia	Germania	Concordia	Germania	Concordia	Germania	Concordia
1886	656	307	480	350	—	—	—	—	—	—	0,78	1,14
1887	700	287	590	305	—	—	—	—	—	—	0,84	1,06
1888	723	272	720	320	256	101	162	61	146	86	1,—	1,18
1889	759	280	784	330	218	92	146	62	160	96	1,03	1,18
1890	765	275	2400[1]	300	290	152	181	75	160	106	—	1,09
1891	815	337	2600[1]	375	305	151	173	78	226	94	—	1,11
1892	890	340	830	350	—	—	—	—	201	70	0,93	1,03
1893	864	339	855	325	—	—	203	69	—	—	0,90	0,96

Die Kommission für Arbeiterstatistik[2] rechnet für Großstädte aus, daß 52,6 Prozent der Bäckereibetriebe Lehrlinge halten. In den Berliner Innungen sind durchschnittlich mehr Lehrlinge als Meister vorhanden. Dabei ist zu beachten, daß den außerhalb der Innung stehenden Bäckermeistern die Lehrlingshaltung untersagt ist. Die Verteilung der Lehrlinge im einzelnen auf Groß- und Kleinbetrieb ist natürlich in der Weise vor sich gegangen, daß für die größeren Betriebe bei den verhältnismäßig so geringen Löhnen der sogenannten „Vierten" die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Lehre für den Meister sowohl wie für den Lehrling weggefallen ist. In einem Berliner Mittelbetrieb findet man in weitaus den meisten Fällen, wie auch in der obigen tabellarischen Übersicht bestätigt wird, 2 Lehrlinge.

Über das durchschnittliche Alter, über die Dauer der Lehrzeit und über die Dauer der Arbeitszeit der Berliner Bäckerlehrlinge im Vergleich zu den deutschen giebt die nachstehende Tabelle[3] Aufschluß:

---

[1] Diese Zahlen sind den städtischen Jahrbüchern (für das Jahr 1890, S. 298, für das Jahr 1891, S. 266) entnommen, doch muß hier durchaus ein Fehler vorliegen; wahrscheinlich sind Gesellen und Lehrlinge zusammengeworfen.

[2] a. a. O. S. 70.

[3] a. a. O. S. 48 ff.

	Zahl der Betriebe, welche mit Lehrlingen arbeiten	Zahl der Betriebe, in denen die Lehrzeit dauert			Zahl der Lehrlinge in diesen Betrieben		Zahl der Betriebe, in denen die Arbeit der Lehrlinge mit Einschluß der Pausen dauert					
		weniger als 2 und 2 Jahre	mehr als 2—3 Jahre	mehr als 3—4 Jahre	über 16 Jahre	unter 16 Jahre	12 Stunden und weniger	mehr als 10—12 Stunden	mehr als 12—14 Stunden	mehr als 14—16 Stunden	mehr als 16 Stunden	Unbestimmte Zahl von Stunden
in Deutschland absolute Zahl	2276	401	1622	249	3440	1821	1031	720	349	115	34	27
in Berlin absolute Zahl	140	8	66	66	210	91	36	68	26	6	2	2
in Deutschland relative Zahl	—	17,60	71,30	10,90	47,1	52,9	45,30	31,60	15,30	5,10	1,50	1,20
in Berlin relative Zahl	—	5,70	47,15	47,15	72,1	27,9	25,71	48,57	18,57	4,29	1,43	1,43

Die Kommission stellte also fest, daß in Berlin die tägliche Dauer der Arbeit bei fast 75 Prozent der Lehrlinge eine mehr als 10—12stündige ist, während im Reiche nur 55 Prozent eine so lange Arbeitszeit haben. Die Dauer der Lehrzeit beträgt in Berlin bei etwa 50 Prozent der Lehrlinge 3—4 Jahre, während in Deutschland nur ungefähr der zehnte Teil der Lehrlinge eine mehr als dreijährige Lehrzeit durchzumachen hat. Man wird sicherlich nicht fehlgehen, wenn man durchschnittlich für die Berliner Lehrlinge eine ebenso lange Arbeitszeit wie für die Gesellen annimmt. Dabei fallen die großen Schädigungen noch besonders ins Gewicht, denen die Berliner Lehrlinge durch das Austragen der Waren am frühen Morgen ausgesetzt sind[1].

Die Folge dieser Verhältnisse ist natürlich der Umstand, daß heute in Berlin in keinem einzigen Falle mehr Lehrgeld gezahlt wird, daß sogar im Gegenteil der Meister eine Ausgabe nicht scheut, um einen guten und kräftigen Lehrling zu erhalten. Dies legt leider die Vermutung nahe, daß das Lehrlingshalten weder in der Absicht noch mit dem Effekt einer wirklichen Ausbildung geschieht, und es berührt ganz eigenartig, wenn man

[1] In vielen Fällen erfolgt das Austragen in Berlin auch durch Schulkinder, die ihrer Beschäftigung vor dem Schulbesuch von 4 resp. 5—7 Uhr nachgehen müssen. Ihre Bezahlung besteht gewöhnlich in 4 bis 5 Mk. monatlich und täglichem Gratisgebäck im Werte von 10—15 Pf., sodaß sich eine Entlöhnung von 9—10 Mk. monatlich ergiebt.

Bestrebungen zu Tage treten sieht, wie die der österreichischen Meister, die an das Handelsministerium petitionieren, das Bäckergewerbe in die Kategorien einreihen zu wollen, wo die Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter gestattet ist, „da ja der § 95 der G.=O. doch nicht eingehalten werde".

Bei so traurigen Verhältnissen kann der Fortbildungsunterricht den ermüdeten Bäckerlehrlingen wenig bieten, um so weniger, als überhaupt weder die Fortbildungsschulen noch die Innungsfachschule der „Germania" für einen ausreichenden fachgewerblichen Unterricht eingerichtet zu sein scheinen.

Diese Lücke wird auch in einem unlängst in der Innungszeitung ergangenen Aufruf zur Gründung der ersten Bäckerschule in Deutschland anerkannt. Nachdem auf die gute fachtechnische Ausbildung anderer Gewerbe hingewiesen ist, kommt der Verfasser des Aufrufs, F. W. Weber, auf die dem Bäcker notwendigen Kenntnisse zu sprechen. Derselbe muß zur ordnungsmäßigen Ausübung seines Gewerbes neben der Fertigkeit in der zur Brotbereitung nötigen Handarbeit ganz bedeutende Kenntnisse in den Backführungen der verschiedenen Brotgattungen besitzen. Er muß bei jeder Backführung die Stärke, Wasserwärme, Festigkeit und Reife des Vorteiges, die Wasserwärme, Festigkeit, Anreife und Hauptreife des Teiges aus den verschiedenen Verhältnissen bestimmen können. Ferner muß er in der Behandlung des Sauerteiges, der Hefe, der Milch, des Mehles, der Brennmaterialien ꝛc. gründlich unterrichtet und mit der Heizung der verschiedenen Backofen=Systeme vertraut sein. Dann muß er die in der Backführung so häufig vorkommenden Unregelmäßigkeiten durch geeignete Gegenmaßregeln ausgleichen können. Außerdem kommen in der Bäckerei noch so viele beachtenswerte Punkte vor, daß wir sie unmöglich alle aufzählen können. Wie wir sehen, ist die Backtheorie durchaus nicht so einfach, und die alte Bäckerregel: „Der Bäcker lernt nie aus", ist jedenfalls ein wahrer Spruch.

Hier soll nun die Fachschule helfen. Sie stellt sich die Aufgabe, in 2—3 Monaten (je nach Wunsch und Befähigung der Besucher) die wissenschaftliche und praktische Ausbildung von Fachleuten zu bewerkstelligen. Sie wird den Besucher in den Backführungen sämtlicher Brotgattungen und Hilfswissenschaften der Bäckerei aufs eingehendste unterrichten, sie wird ihn mit den modernen Bäckereieinrichtungen bekannt machen und ihm eventuell in den Elementarkenntnissen nachhelfen. Die Fachschule wird über die Backchemie (Backpulverbrot, Kaltwasseranwendung, Analysen ꝛc.) und die Gesamtbäckerei wichtige Vorträge bringen und den Besucher über alle auf das Bäckergewerbe sich beziehenden gesetzlichen Bestimmungen belehren. Schließ=

lich wird sie den Schüler auch in dem kaufmännischen Teile des Bäckergewerbes ausbilden. Die Fachschule hat also den Zweck, den Besucher in kürzester Zeit zum vollendeten Bäcker heranzubilden.

Nicht nur daß das 100—150 Mark für 2 resp. 3 Monate betragende Schulgeld schon so wie so viele von einer derartigen Anstalt ausschließt, so scheint mir überhaupt diese Schule keineswegs die Forderung Büchers[1] zu erfüllen, die er in seiner „Gewerblichen Bildungsfrage" aufgestellt hat: „Eine gründliche Fachbildung ist bei Festhaltung der seitherigen Form des Lehrlingswesens innerhalb der Werkstätte nicht zu erzielen. Es ist eine Form der gewerblichen Ausbildung zu suchen, welche ohne Preisgebung der produktiven Zwecke den Unterricht zur Hauptsache macht und damit eine genügende Fachbildung ermöglicht." Wie weit die dem Bäcker unumgänglich notwendige Fachbildung durch Lehrwerkstätten oder andere Einrichtungen erreicht werden kann, darf aber erst dann in Frage kommen, wenn Verbesserungen im Betriebe auf einen gesunden, kräftigen und darum auch bildungsfähigen Nachwuchs rechnen lassen.

Auch in England agitiert man heute mehr denn je für technische Ausbildung der Bäcker, und in einer großen Bäckerversammlung sprach der Vorsitzende, Sidney Webb, die Hoffnung aus, daß die baker-union selbst mehr Gewicht auf diesen Punkt legen würde. Hier aber scheint mir diese Strömung von dem Gedanken getragen zu sein, die immer mehr fortschreitende Arbeitsteilung führe dazu, das Lehrlingswesen vollständig durch technische Ausbildung zu ersetzen[2].

In Paris scheinen bereits früher[3] die Gesellen ihre Lehrzeit gewöhnlich in der Provinz durchgemacht zu haben, und heute sind Lehrlinge in den Pariser Bäckereien äußerst selten zu finden, höchstens in der sogenannten „Wiener Bäckerei", fast stets ohne Lehrkontrakte, sondern meist als Gehilfen zweiter Ordnung (petite main); häufiger sind Lehrlinge nur in den Pariser „pâtisseries". In Paris ist auch durch diesen Umstand das für die Berliner Lehrlinge und so auch für das ganze Bäckergewerbe überaus schädliche Austragen der Backware vermieden, da ein besonderes Trägerpersonal existiert.

---

[1] K. Bücher: Die gewerbliche Bildungsfrage und der industrielle Rückgang. Eisenach 1877, S. 37.

[2] Palgrave Dictionary of political economy, London 1894, Bd. I, S. 46.

[3] P. Vinçard, Les ouvriers de Paris, Paris 1863.

7. Die Berliner Bäckerinnung. Statistisches.

Bis zum Jahre 1761 bestanden in Berlin sechs Bäckergewerke[1], in denen sich sozusagen die Entstehungsweise der Stadt widerspiegelte: Berlin (die alte Stadt), Cölln, Friedrichswerder, Dorotheenstadt, Friedrichstadt, Königstadt. Der Stadtteil Friedrichswerder zerfiel damals in Alt- und Neustadt, hatte aber nur ein Gewerk; außerdem bestand noch ein besonderes „französisches Gewerk“. Diese Gewerke waren jedoch insofern kombiniert, als nach einem feststehenden Turnus die Altmeister der einzelnen Gewerke der Reihe nach abwechselnd das Obermeister-Amt führten, welchem alle sechs Gewerke unterstanden. Werder und Dorotheenstadt vereinigten sich im Laufe der Zeit zu einem Gewerke, so daß deren Zahl bis 1826 fünf betrug; 1826 vereinigten sich die Gewerke vom linken Spreeufer (Cölln, Werder, Dorotheenstadt und Friedrichstadt) zu einem Gewerk unter der Bezeichnung „Friedrichstädter Gewerk“, die Gewerke vom rechten Spreeufer (Berlin, Königstadt) zu dem Gewerk „Berlin“. Als im Jahre 1845 eine neue Gewerbeordnung die Gewerke aufhob und Innungen an deren Stelle setzte, verschmolzen die beiden Gewerke „Berlin“ und „Friedrichstadt“ zu der noch jetzt bestehenden, mit Korporationsrechten ausgestatteten „Bäcker-Innung zu Berlin“. Der alte Stamm der Berliner Bäckermeister gehört auch heute noch dieser Innung „Germania“ an, die im Jahre 1894: 864, im Jahre 1895: 824 Mitglieder zählte und über ganz Deutschland in Form eines allerdings lockern „Germania-Innungsverbandes“[2] mit etwa 23000 Mitgliedern verbreitet ist.

---

[1] E. Kolbe: Das Mehlhaus. Ein Beitrag zur Geschichte des Berliner Bäckergewerbes.

[2] Die Fachpresse der Bäckermeister besteht, soweit mir bekannt, aus folgenden Blättern in Berlin:

Bäcker- und Conditorzeitung	5500 Aufl.	2 mal	wöchentlich
Bäckerzeitung (Organ der „Germania“) . .	2000 =	1 =	=
Concordia (Organ für die gesamte Backindustrie)	1200 =	2 =	monatlich
Die Conditorei	1200 =	2 =	=
Hartmanns Deutsche Offerten-Zeitung für B. und Condit.	6000 =	3 =	=
Generalanzeiger für die Bäcker und Conditoren	— =	3 =	=

Außerhalb Berlins nenne ich nur noch die auch in Berlin stark verbreitete „Stuttgarter Allgemeine Bäcker- und Conditorzeitung“, die mit einer Auflage von 6600 wöchentlich erscheint. — Specielle französische Bäcker-Fachzeitschriften existieren nur zwei: „Le boulanger français“ und „Le conseiller de la boulangerie“, neben denen verschiedene andere (z. B. „Le meunier“, „Le blé“, „Le marché francais“, „La mercuriale des halles et marchés“) die Bäckerei betreffende Mitteilungen bringen. — Die Londoner Meister dagegen besitzen eine reiche Bäckerpresse, so „Baker & Confectioner“

Schon in der Mitte der siebziger Jahre machte sich eine starke Strömung in der Berliner Bäckerschaft gegen die Germania bemerkbar, die 57 Thaler Einschreibegeld forderte, ohne entsprechende Gegenleistungen bieten zu können. Diese Verhältnisse und das immer mehr hervortretende Bestreben der Bäckerinnung Germania, die außerhalb der Innung stehenden Meister zu Bäckermeistern zweiter Ordnung zu stempeln, führte damals zur Gründung eines Bäckerverbandes, der unter den Auspicien der neuen Innungsgesetzgebung 1881 zur Bäckerinnung „Concordia" ausgebildet wurde. Die Concordia zählte 1894: 339, 1895: 321 Mitglieder, trotzdem sie sich nicht im Genusse der Privilegien der Gewerbeordnung § 100 e und f befindet. Beide Innungen haben eigene, hervorragend schöne Innungshäuser, deren Höhe allerdings, wie böse Zungen behaupten, durch die Höhe der darauf lastenden Hypotheken noch übertroffen werden soll. — Außerhalb der beiden Innungen stehen nach dem im Verlag der Germania erscheinenden Namensverzeichnisse der Bäckermeister von Berlin 1894/95 noch 128, resp. 223 Bäcker. Dies ergiebt also:

	1894	1895
Germania	864	824
Concordia	339	321
keiner Innung angehörig	128	223
	1331	1368[1].

Um speciell einen Überblick über die Entwicklung der Bäckerei in Berlin im Verhältnis zur Einwohnerzahl im Laufe des 19. Jahrhunderts zu erhalten, ist die auf umstehender[2] Seite befindliche Tabelle entworfen worden. Wir sehen dort vom Anfang unseres Jahrhunderts an die Bäckermeister bis 1890 sich über das Fünffache vermehren, während gleichzeitig die Einwohnerzahl Berlins fast auf das Neunfache stieg, was eine allmähliche Ausdehnung der Betriebe anzeigt. Daß im Durchschnitt eine Vergrößerung der einzelnen Betriebe stattgefunden hat und daß das langsamere Anwachsen der Meister keinen erheblichen Ausfall von Arbeitspersonal nach sich gezogen hat, beweist die fast zehnfache Vermehrung der Gehilfenschaft. Im ganzen hat also die Vermehrung der Zahl der im Bäckergewerbe Thätigen mit der der Einwohnerzahl fast gleichen Schritt gehalten.

(illustr.), „Bakers Record", „Bakers Times", „British Baker & Confectioner" (illustr.) und „National Association Review".

[1] Zum Vergleiche diene die dem Berliner Adreßbuch für 1895 entnommene Anzahl von 1489 Bäckern.

[2] Bis 1875 aus den Berliner Volkszählungsberichten für 1875. Vergl. Schmoller a. a. O. S. 416.

Jahr	Meister	Gehilfen	Meister u. Gehilfen zusammen	Auf 100 Meister kommen Gehilfen	Einwohner	Auf einen Meister kommen Einw.	Auf 1 in der Bäckerei beschäft. Person kommen Einw.
1801	249	500	749	200	176 709	710	236
1810	217	458	675	211	162 971	751	241
1813	245	418	663	171	178 641	729	269
1816	241	524	765	217	197 717	820	260
1819	196	482	678	246	201 138	1026	297
1822	220	495	715	225	209 146	951	291
1825	205	511	716	249	220 277	1075	308
1828	216	552	768	255	236 830	1096	308
1831	221	677	898	306	248 682	1125	277
1834	228	741	969	325	265 122	1163	274
1837	236	784	1020	332	283 722	1202	278
1840	241	868	1109	360	322 626	1338	291
1843	264	975	1239	369	349 110	1322	282
1846	280	996	1276	356	396 535	1416	311
1849	294	1032	1326	351	412 445	1403	311
1852	300	1066	1366	355	421 487	1405	309
1855	310	1052	1362	339	434 234	1400	319
1858	324	1192	1516	368	458 612	1415	303
1861	413	1438	1851	348	547 199	1325	296
1867	668	2206	2874	330	703 171	1053	296
1871	709	2553	3262	360	824 419	1135	253
Zunahme 1801:1871	284,7%	510,6%	408,8%	180%	466,5%	159,9%	107,2%

Die nun folgenden Zahlen nach den Volkszählungsberichten:
Bäcker und Konditoren zusammen:

1875	1012	3933	4945	389	964 514	953	195
1880	1211	4864	6075	402	1 123 850	928	185
1885	1323	5536	6859	418	1 315 664	955	195
1890	1329	4852[1]	6181	365	1 578 794	1188	255
Zunahme							
1801:1890	533,9%	970,4%	825,2%	182,5%	893,4%	168,7%	108%
1875:1890	131,3%	123,4%	125%	93,8%	163,7%	124,9%	130,8%

[1] Ich verweise hier auf S. 168, wo ich bereits den Unterschied zwischen der von den Meistern angegebenen Zahl 4852 und der von den Arbeitnehmern selbst angegebenen 7177 zu erklären versuchte.

Einen genaueren Einblick in die Größengestaltung der Betriebe gewähren die Berufsaufnahmen der letzten Volkszählungen. Es gab

Betriebe	1885	1890	Zunahme Prozent
ohne Gehilfen	184	242	31,5
mit 1 Gehilfen	130	180	38,4
" 2 "	279	317	13,6
" 3 "	296	313	5,8
" 4 "	221	236	6,8
" 5 "	102	115	12,7
" 6—10 "	93	136	46,2
" 11—20 "	15	23	53,3
" 21—50 "	3	9	200,0
Zusammen Betriebe	1323	1571	18,7
Zusammen abh. Personen	5536	7177	29,6

Nach Geschlecht und Arbeitsstellung gliedern sich die letzteren folgendermaßen:

	1885		1890	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Angestellte und Beamte	37	209	51	19
Gehilfen	761	—	783	496
Gesellen	3471	—	4472	—
Arbeiter	67	14	149	10
Lehrlinge	974	3	1167	30
Zusammen	5310	226	6622	555
	5536		7177	

Am raschesten haben von 1885—1890 die größten Betriebe zugenommen. Auch die kleinsten Betriebe (Alleinbetriebe und solche mit je 1 Gehilfen) haben sich noch rascher vermehrt als die Bevölkerung, welche im genannten Zeitraum um 20 Prozent wuchs. Dagegen sind die Betriebe mit 2—5 Gehilfen hinter dem Wachstum der Einwohnerzahl zurückgeblieben.

Immer sind die Kleinbebetriebe noch bei weitem überwiegend. Es betrugen die Betriebe mit 1—5 Hilfspersonen, da wir diese zweifellos zum Kleinbetrieb zu rechnen haben,

1885 = 84,1 Prozent aller Betriebe,
1890 = 93,4 " " "

Eine Ergänzung zu diesen Ausführungen bietet eine Zählung, die unter Benutzung der Gewerbesteuerrollen und Zugangslisten von der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern zu Berlin angestellt worden ist. Danach sind im Januar 1895 in Berlin 1482 [1] Bäckereien und Konditoreien zur Gewerbesteuer veranlagt worden, die sich auf die 4 Steuerklassen wie folgt verteilen:

Klasse:	I	II	III	IV
Betriebe:	4	5	192	1281

Da bekanntlich zur

Klasse I	die Betriebe mit einem jährl. Ertrage von Mk.	50 000 u. mehr,
= II	= = = = = = = =	20 000—50 000,
= III	= = = = = = = =	4 000—20 000,
= IV	= = = = = = = =	1 500— 4 000

gehören, so scheinen 1281, d. h. 86,4 Prozent aller Betriebe, mit einem jährlichen Ertrage von durchschnittlich 2500 Mark zu arbeiten und nur 9 Betriebe, d. h. 0,6 Prozent, mit einem Ertrage von mehr als 20 000 Mark.

8. Rentabilität der Bäckerei. Getreide- und Brotpreise.

Wenden wir uns jetzt zur Frage der Rentabilität einer Bäckerei, so kann uns die soeben gegebene Steuertabelle einen Anhaltspunkt insofern gewähren, als der steueramtliche Satz einen Reingewinn von 2 Mark pro 100 kg Roggen, von 5 Mark pro 100 kg Weizen berechnet, wenn auch die Verteidiger des Bäckerei-Monopols diesen Satz als einen bei weitem zu niedrigen erklären. Ebensowenig wie diese Sätze als ganz feststehend für Groß- und Kleinbetrieb, für einfache und luxuriöse Ladenausstattung, für je nach der Gegend teuerere oder billigere Ladenmiete gelten können, ebenso variieren die Fabrikationskosten [2], die man in Berlin im Durchschnitt auf 7 Mark pro 100 kg Roggen, auf 8 Mark pro 100 kg Weizen annehmen kann.

---

[1] Da diese Zahl mit der dem Berliner Adreßbuch entnommenen (1489) ziemlich übereinstimmt, so kann man annehmen, daß steuerfreie Betriebe in Berlin nicht in Betracht kommen, dagegen werden in dieser Schätzung die Filialen als besondere Betriebe — wie auch im Adreßbuch — gezählt.

[2] Eine englische Berechnung entnehme ich einer Preisarbeit über das beste System der Brotbereitung von W. T. Callard (National Association Review, September 1894, London):

Jedenfalls hat die Frage der Fabrikationskosten und des Reingewinnes beim Bäckergewerbe, die eben für jeden Fall unter Berücksichtigung aller Umstände einzeln beantwortet werden muß, die Grundlage zu bilden für die Beurteilung der in der Öffentlichkeit so häufig erhobenen Anklage, die Bäcker trieben die Preise künstlich in die Höhe; die Brotpreise gingen mit den Mehlpreisen nicht mit; infolge Übersetzung des Gewerbes lebten die Bäckermeister auf Kosten des nationalen Wohlstandes, da eine geringere Anzahl Bäckereibetriebe bei verminderten Produktionskosten billigeres[1] Brot liefern könnte.

Für diese letzte Behauptung ist es angebracht, zu vergleichen, wie in anderen modernen Großstädten das Verhältnis der Bäckermeister zur Einwohnerzahl sich gestaltet:

	Jahr	Bäckermeister	Einwohner	Auf 1 Bäcker Einw.
Berlin	1890	1329	1 578 794	1188
Paris	1883	1836	2 334 000	1271
London	1891	ca. 4000	ca. 4 500 000	ca. 1100
Amsterdam	1893	ca. 400	ca. 420 000	ca. 1050.

Über den Hauptvorwurf, der gewissermaßen den Gedanken von Bäckerkartellen hervorrufen könnte, existiert eine reiche Litteratur[2]. Wie in Paris der Getreidepreis, der reine Brotherstellungspreis und der Brotverkaufspreis von 1859 bis 1893 sich zu einander verhalten haben, ergiebt die folgende

---

Rohmaterial	65	Prozent	269,10	pence
Abeitslöhne	15	=	62,10	=
Feuerung	2	=	8,28	=
Hefe	1	=	4,14	=
Zinsen, Steuern, Abnutzung	7	=	28,98	=
Reingewinn	10	=	41,40	=
			414,00	pence.

Also der 4=Pfund=Laib Brot (= 3,6 Pfund) $4^1/_2$ d. — In Paris rechnet man, daß der Bäcker durchschnittlich auf 2 kg Brot, die auf etwa 70 cts. zu stehen kommen, 25 Prozent Generalunkosten aufschlägt und der amtliche Pariser Steuersatz rechnet 10,20 Francs Fabrikationsunkosten auf 100 kg Mehl.

[1] Diesen Ruf nach billigerem Brot finden wir überall in der alten, wie in der neuen Welt, und erst unlängst fand in New=York eine bemerkenswerte Versammlung zur Erreichung billigerer Brotpreise statt (New=York Herald, 7. Nov. 1894).

[2] Vergl. Dr. H. Maurus, Allgemeine Teuerung, Heidelberg 1874. Die Pariser Brotpreisverhältnisse behandelte Jolocs in Schmollers Jahrb. N. F. IX, S. 1161, die Berliner Verhältnisse E. Hirschberg, Statistik der Brotpreise, Berlin 1893.

Jahr	Jährlicher Durchschnittspreis von 100 kg Mehl Frs.	Jährl. Durchschnittspreis von 1 kg Brot incl. aller Unkosten nach der Berechnung der Boulangerie Scipion[1] Frs.	Durchschnittlicher Jahres-Marktpreis von 1 kg Brot Frs.
1859	22,1557	0,2531	0,2845
1860	29,3428	0,3180	0,3458
1861	34,2108	0,3915	0,4237
1862	32,0145	0,3575	0,3737
1863	27,1140	0,3291	0,3383
1864	24,4868	0,2805	0,3115
1865	23,4662	0,2710	0,2973
1866	27,0733	0,3003	0,3442
1867	38,4875	0,4246	0,4528
1868	39,4532	0,4277	0,4673
1869	28,2035	0,3838	0,3530
1870	28,1032	0,3150	0,3956
1871	38,8170	0,4443	0,4879
1872	32,2721	0,4286	0,4350
1873	36,1213	0,3986	0,4654
1874	32,5413	0,3620	0,4333
1875	25,2514	0,2968	0,3484
1876	27,9990	0,3007	0,3671
1877	32,1207	0,3416	0,4025
1878	32,0590	0,3564	0,3979
1879	30,9750	0,3314	0,3816
1880	32,3000	0,3501	0,3937
1881	31,4950	0,3464	0,3912
1882	30,5860	0,3415	—[2]
1883	28,1850	0,3240	0,3604
1884	24,7060	0,2914	0,3079
1885	23,7150	0,2739	0,3314
1886	23,5810	0,2793	0,3350
1887	25,6780	—[2]	0,3515
1888	26,9210	0,2876	0,3652
1889	26,3270	0,2989	0,3650
1890	26,5770	0,2977	0,37
1891	28,4100	0,3109	—[3]
1892	25,7500	0,2920	—[3]
1893	22,4514	—[3]	—[3]

[1] Vergl. über sie in dem Abschnitt über Brotfabriken S. 138 f.

[2] Zahlen fehlen in der Statistik.

[3] Zahlen noch nicht publiziert.

Tabelle, die mir in zuvorkommendster Weise von der „Direction de l'assistance publique à Paris“ zur Verfügung gestellt wurde.

Leider ist eine so vollständige Tabelle gerade über die Berliner Brotpreise nicht erhältlich; doch hat Dr. E. Hirschberg in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik unlängst einiges Material gegeben, nach dem die Berliner Brotpreise im Laufe des Jahres 1894 folgende Bewegung durchgemacht haben:

Durchschnittspreis für 1 kg

1894	Roggen	Roggenbrot
Januar	12,59 Pf.	21,16 Pf.
Februar	12,27 „	20,87 „
März	11,91 „	20,94 „
April	12,09 „	20,62 „
Mai	11,46 „	20,61 „
Juni	12,06 „	20,65 „
Juli	11,88 „	20,39 „
August	11,72 „	20,30 „
September	11,76 „	20,16 „
Oktober	10,82 „	20,11 „
November	11,29 „	19,76 „
Dezember	11,44 „	19,57 „

Obwohl die Preise schon im Anfang des Jahres ziemlich niedrig gestanden hatten, sind sie danach im Laufe des Jahres doch noch weiter gesunken. Im ganzen beträgt der Preisrückgang von Januar bis Dezember 1894 bei Roggen 1,15 Pf., bei Roggenbrot noch etwas mehr, 1,59 Pf. pro kg, da die Brotpreise die Mehlpreissteigerung der letzten 2 Monate nicht nur nicht mitgemacht haben, sondern sogar im Gegenteil noch weiter heruntergegangen sind.

Noch deutlicher zeigt sich das Schritthalten der Getreidepreise mit den Mehlpreisen bei einer Betrachtung der letzten 4 Jahre, die derselben Quelle entnommen ist:

Es kostete 1 kg

im Jahre	Roggen	Roggenbrot
1891	21,12 Pf.	31,66 Pf.
1892	17,60 „	29,52 „
1893	13,37 „	21,89 „
1894	11,77 „	20,43 „

Natürlich kann der Gang der Brotpreise dem der Getreidepreise nicht ganz folgen, da eben die Preise nicht nur durch diesen einen Faktor, sondern durch die Summe aller Produktionsaufwendungen bestimmt werden.

9. Reformen. Die Zukunft.

Bis zu welchem Maße und in welcher Weise die Produktionsbedingungen auf den für das Bäckerhandwerk denkbar günstigsten Stand zu bringen und zu erhalten sind, das ist eben die Existenzfrage für unser Gewerbe. Gleich beim Rohstoffbezug hätten die Reformen zu beginnen, und wir freuen uns, hier die Thatsache registrieren zu können, daß sie in Berlin bereits begonnen haben. Seit dem 1. März 1895 hat die hiesige Germania-Innung den Hefebezug[1] in eigene Regie genommen, und schon 3 Wochen nach Beginn dieser Maßregel waren rund 500 Berliner Bäckermeister am Bezuge beteiligt. Der tägliche Absatz betrug 20 Ctr., was bei 3 Pf. Vergütung für jedes Pfund jährlich eine Summe von 21 000 Mark ergiebt. Rechnet man hiervon die Innungsbeiträge mit 10 000 Mark sowie 7300 Mark Rückvergütung an solche Bäcker, die mehr wie 2 Pfund täglich beziehen, so bleiben am Jahresschluß noch 3700 Mark übrig, über welche die Generalversammlung zu disponieren hätte. Sind aber alle Mitglieder der Innung am Hefebezuge beteiligt, so stellt sich das Exempel noch viel günstiger, und es bleibt eine Dispositionssumme von netto 9000 Mark zur Verfügung der Generalversammlung. Außer diesem pekuniären Vorteil bietet nach Aussage der Innung die eigens eingesetzte Hefekommission die weitgehendste Garantie für besonders gute Beschaffenheit der Hefe.

Auch die zweite Berliner Innung, die Concordia, hat den gemeinsamen Hefebezug eingerichtet.

Das Zwischenhändlerwesen auch bei dem Mehlbezug auszuscheiden hat das Berliner Bäckergewerbe bis jetzt noch nicht versucht; doch trägt sich der Obermeister der Bäcker-Innung Germania nach seiner Aussage mit dem Gedanken, eine Art Mehldepot-Haus zu schaffen, um wenigstens auf diese Weise den Bäckermeistern den Bezug vom Mehlmarkte zu erleichtern.

Wie sehr die eigentliche Produktion durch Einführung der verbesserten Technik gehoben werden könne — allerdings vielleicht ohne Ersparnis an Betriebskapital — ist weiter oben bereits verschiedentlich be-

[1] Die äußerst günstigen Erfahrungen, die u. a. die Münchener und Augsburger Bäckerinnung mit gemeinsamem Hefebezug machten, sind ausführlich geschildert bei Dr. Ph. Arnold, Das Münchener Bäckergewerbe, Stuttgart 1895. Über die weniger günstigen Ergebnisse in Leipzig vergl. Grieshammer in diesen Untersuchungen, Schr. des Ver. für Soc. LXIII, S. 391. Der Bearbeiter für Karlsruhe in denselben Untersuchungen des Ver. f. Soc. berichtet über die Mehllager resp. Mehbezugsversuche in genossenschaftlicher Regie der dortigen Bäckermeister. A. a. O. Bd. LXIV, S. 26 f.

tont worden. An Stelle einer Geldersparnis würde aber zweifellos eine Zeitersparnis eintreten, und dieser Umstand ist von ungeheuerer Wichtigkeit für die Einführung des Maximalarbeitstages für Bäckereien und Konditoreien.

Wie wenig diese etwaige Regelung den Kleinmeister empfindlicher zu treffen droht als den Großbetrieb, hat schon Dr. Oldenberg in seinem Buche über den Maximalarbeitstag[1] des weiteren ausgeführt. Zu betonen ist nur, daß oft eine Verschiebung der ganzen Diskussion versucht wird, indem man hier eine Anerkennung einer Normalarbeitszeit im allgemeinen sehen will und daß man demgemäß Gegengründe aufführt, die bei der infolge der Natur ihrer Ware[2] zum reinen Lokalgewerbe prädisponierten Bäckerei in keiner Weise zutreffen.

Angesichts der wirklich schreienden Mißstände, die in Bezug auf die Sauberkeit[3] in unseren Bäckereien fast allgemein herrschen, ist es im höchsten Grade zu bedauern, daß man nicht in derselben Weise wie in England vorzugehen sich entschließen konnte, d. h. eine strenge sanitäre

---

[1] Im Gegensatz zu dem deutschen, so überaus verklausulierten Entwurf der Kommission für Arbeiterstatistik seien hier die 6 kurzen Paragraphen der neuesten englischen Vorlage über den Maximalarbeitstag wiedergegeben:

Art. I, Titel: Bakers, Act 1894.

Art. II. Innerhalb eines Zeitraums von 24 Stunden darf kein Angestellter länger in einem Backhaus als 8 Stunden beschäftigt werden außer bei Fällen von erlaubter Überarbeit oder Unglücksfällen.

Art. III. Innerhalb eines Zeitraumes von 24 Stunden soll niemand die Arbeit vor 4 Uhr morgens beginnen.

Art. IV. Erlaubnis zur Überarbeit wird unter den Bedingungen der gewöhnlichen Fabrikgesetzgebung erteilt.

Art. V enthält die Strafbestimmungen.

Art. VI bezeichnet als Backhaus im Sinne des Gesetzes jeden Ort, wo Brot, Kuchen oder Biskuits zu Verkaufszwecken hergestellt werden.

[2] Die Transportfähigkeit des Brotes, das z. B. aus der Mark nach Berlin gebracht wird, ist doch wahrlich eine recht geringe im Vergleich zu der unserer Weltmarktprodukte. Daß allerdings in die französischen Grenzdepartements du Nord & du Pas de Calais in den ersten 9 Monaten des Jahres 1888 nicht weniger als 7 336 611 kg Brot aus Belgien gebracht wurden, beruht auf der Steueranomalie, die von einem gleichen Quantum Mehl resp. Brot 8 Frs. resp. 2,20 Frs. Steuern fordert (La réforme sociale, Paris 1888, S. 589).

[3] Erst am 13. Dez. 1894 fand eine Verhandlung wegen Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz statt, die einen drastischen Beleg hierfür bietet. Der angeklagte Bäcker sollte sogenanntes „Fußmehl“ zur Herstellung von Backware verwandt haben. Der Staatsanwalt führte aus, daß der „allgemeine Gebrauch“ in den Backstuben als Milderungsgrund nicht angesehen werden könne.

Beaufsichtigung zugleich mit der Verkürzung der Arbeitszeit zu verlangen. Daß durch derartige einschneidende Maßregeln das Handwerk vernichtet würde, ist eine völlig haltlose Behauptung. Zweifellos ist das Bäckerhandwerk eines von jenen Arbeitsgebieten, auf welchen eine dauernde Konkurrenz zwischen Groß- und Kleinbetrieb sehr wohl möglich ist[1]. „Es ist wahr, der erstere hat in den verhältnismäßig geringeren Anlagekosten, in dem billigeren Ankauf des im Großen bezogenen Rohmaterials, in dem rationelleren, kaufmännischen Betrieb unleugbare Vorteile; aber diese werden beim Handwerk sicher oft genug aufgewogen durch die Möglichkeit sorgsamer Ausnutzung der Rohstoffe, durch die Detailkenntnisse des Kleinmeisters in den einzelnen Arbeitsverrichtungen, durch sein ständiges Mitarbeiten und Beaufsichtigen der Arbeiter."

Und wenn auch der Kleinmeister durch die zu erwartenden Neuerungen im Gewerbe gezwungen wird, früher oder später die Knetmaschine einzuführen, wenn er früher oder später polizeilich aus seinen gesundheitsschädlichen Untergrundsräumen ans Tageslicht getrieben wird, wird dann der Kleinbetrieb im Bäckerhandwerk verschwinden können?

Wir sagen nein, und die bisherige Entwicklung[2] des Bäckergewerbes in Paris, London und überall da, wo nicht bloß eine einzige Brotsorte und zwar ganz besonders eine Roggenbrotsorte konsumiert wird, berechtigt uns zu dieser Antwort.

Im Bäckerhandwerk sind auch heute noch die zum Kleinbetrieb notwendigen Vorbedingungen gegeben, wenn auch der Kleinmeister gezwungen sein wird, seine Forterxistenz neben dem Großbetrieb — der allerdings auf einzelnen Gebieten wie dem des Roggenbrotbackens einer Weiterentwicklung entgegengeht — nicht mehr durch Vorbringen veralteter Forderungen, sondern durch den Übergang in kaufmännisch gut geführte, wie sie Professor Schmoller bezeichnet, „modernisierte Mittelbetriebe" zu erringen.

---

[1] Vgl. Bücher, a. a. O. S. 32.

[2] Die vollständige Trennung von Schwarz- und Weißbrotbäckerei, die dem Bearbeiter des Bäckergewerbes für Leipzig in den bereits öfter erwähnten Untersuchungen des V. f. S. vorschwebt, kann somit nach unseren Ausführungen nur in ganz beschränktem Maße (Großstädte!) und nur in einer vielleicht sehr entfernten Zukunft als möglich angesehen werden, wofür auch die Ausführungen der Karlsruher Arbeit (S. 21) einen Beleg geliefert haben.

V.

Das Berliner Malergewerbe.

Von

Dr. Karl Thieß.

1. Vorbemerkung.

An gedrucktem Material standen für diese wie für alle Berliner Handwerks-Untersuchungen die mannigfachen Erhebungen des Statistischen Amts der Stadt Berlin zu Gebote, die über Berufs- und Gewerbestatistik, über Löhne und Arbeitsbedingungen, über den Wechsel der Arbeitsgelegenheit, über Bauthätigkeit und Wohnverhältnisse mannigfache Daten bringen. Für die Geschichte des Malergewerbes bietet eine Reihe von kunstgeschichtlichen Arbeiten manches, wenn auch sehr spärliches und zerstreutes Material. Über die sehr einfache und gleichmäßige Technik erfahren wir aus der älteren Zeit auch in der Encyklopädie von Krünitz nichts besonderes, für das 19. Jahrhundert stand ein älteres Lehrbuch und die mündliche Auskunft des Fachschulleiters zur Verfügung.

Den Hauptteil des Materials mußten überhaupt mündliche Umfragen erbringen, die durchweg auf bereitwilliges und verständnisvolles Entgegenkommen trafen. Von seiten der Innung hat sich der Obermeister der Erhebung mit großem Interesse angenommen, und auch der Vorsteher des Arbeitsnachweises der Innung wie die Leiter der Fachschule haben wertvolle Auskünfte erteilt. Außerdem wurde eine Reihe größerer und kleinerer Betriebe der Stubenmalerei, ferner Specialbetriebe für Schilder- und Giebelmalerei aufgesucht, deren Leiter bezw. Angestellte ohne jede Ausnahme mit Interesse und Verständnis die gewünschten Erklärungen und Auseinandersetzungen gaben. Ergänzend traten die Aussagen der Vertreter

der Ortskrankenkasse und der Leiter des Fachvereins und seines Arbeitsnachweises hinzu. Diese Arbeiter kennen durch die langjährige Arbeit in den verschiedensten Betrieben, teilweise auch durch eigene Erfahrungen als Selbständige die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gewerbes gleichfalls sehr genau, und da sie, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend, von ganz anderen wirtschaftspolitischen Grundanschauungen an die Fragen herangingen, so erleichterten ihre Aussagen es ungemein, durch Gegenüberstellen dieser und der Meisterantworten das Subjektive aus beiden auszuscheiden, und zu einer möglichst unparteiischen Darstellung und Beurteilung zu gelangen. Umgekehrt konnten die Angaben der Arbeiter über die Arbeiterverhältnisse durch Befragung der Meister kontrolliert werden.

Über die speciellen Verhältnisse des Großbetriebes gab der Vertreter der größten Berliner Malerwerkstatt, über die Wechselbeziehungen zwischen Kunst und Handwerk gaben einige Kunsthandwerker und Künstler bereitwillig Auskunft.

2. Geschichte und Statistik.

Die Beschreibung des Malergewerbes bietet um deswillen eine besondere Schwierigkeit, weil bei einer Gesamtbetrachtung desselben eine klare Scheidung zwischen handwerksmäßiger und künstlerischer Malerei oft nur äußerst schwierig und bisweilen gar nicht durchzuführen ist. Schon seit im Mittelalter die Malerei als selbständiges Handwerk zuerst aufgetreten ist, finden wir, in Deutschland wenigstens, alles, was wir jetzt als Kunst zu bezeichnen und als etwas vom Malergewerbe völlig gesondertes zu betrachten pflegen, durchaus im Rahmen des Handwerks, und bis in die neueste Zeit haben die Wechselbeziehungen zwischen beiden Zweigen der Malerei nie ganz aufgehört; ja die Gegenwart hat sie durch die verstärkte Benutzung der Kunst für gewerbliche Zwecke und durch Pflege einer kunstgewerblichen Ausbildung eher wieder vermehrt als vermindert. Wir müssen daher manche dieser Übergangsstufen in die Untersuchung über das Handwerk einbeziehen, soweit sie gewerblich, nicht künstlerisch, in Betracht kommen.

Die Entstehung eines besonderen Malerhandwerks und besonderer Malerzünfte in deutschen Städten fällt in eine Zeit, wo Berlin und überhaupt das Land Brandenburg diese Entwicklung noch nicht mitmachen konnten. So lange die Malerei nur einige handwerksmäßige Arbeiten umfaßte, wurde sie wohl allgemein von andern Handwerkern: Maurern, Glasern, Sattlern u. a. mitbesorgt. Als aber die Buch-, Wand- und Tafelmalerei

aus den Händen der Kleriker in die bürgerlicher Meister überging, da schlossen sich diese zu Innungen zusammen, zogen auch die rein handwerksmäßigen in ihr Fach schlagenden Arbeiten an sich und gewannen in größeren Innungsverbänden, zu denen eine ganze Reihe verwandter Gewerbe gehörte, eine führende Stellung. Die erste bekannte derartige Vereinigung in Deutschland[1] bildeten deutsche Künstler, die Karl IV. an seinen Hof berufen hatte, im Jahre 1348 zu Prag[2]. Die Zeche war ursprünglich eine religiöse Verbindung, eine St. Lukas-Brüderschaft; sie umfaßte anfangs die Maler und „Schilter", später auch die Glaser, dann auch Bildschnitzer, Goldschläger, Pergamentmacher, Illuminatoren, Buchbinder und Spiegler. In anderen Städten sind später auch Armbruster, Drucker, Formschneider, Sattler und Tischler mit den Malern in einer Zunft vereinigt, deren Zusammensetzung im einzelnen sehr wechselt. Diese Zünfte bewirkten, daß mit dem Aufblühen der deutschen Malerschulen das gesamte Handwerk eine künstlerische Ausbildung erhielt. Als Meisterstück wird in Prag noch 1454 nur „ein ellenlanges Stück, gut gemalt", verlangt, aber bereits 1490 finden wir in der Deutschen Malerzeche zu Krakau als Meisterstück vorgeschrieben: 1. Ein marienbild mit einem kyndel, 2. Ein Crucifixo, 3. Sant Jorgen auf dem rosse[3]. Und 1516 wird in Straßburg noch weit detaillierter verlangt[4]:

> ein Marien byld von öly farben mit eym Kindel in sitzende oder stende;
>
> Item Ein Crucefix mit eym gestrenge, als Marien, Johannes und andere frowen, darby die Juden zu Roß und fuß inn einer lanttschafft von lymfarben;
>
> Item für das dritt ein Marienbild oder Engel oder sonst ein junges byld mit gewant das gesnytten ist, soll er fassen, gronderen, verguldeu und mit lassieren und ander zierung Elen hoch ungevärlich.

Die künstlerische Ausbildung wurde ganz handwerksmäßig erworben; die Bestimmungen über Lehr- und Wanderjahre entsprechen genau den in anderen Innungen üblichen. Nach 3 Lehrjahren kamen 4 Wander-

---

[1] Für Paris hat Springer schon eine frühere Entwicklung des Malerhandwerks vor dem Aufschwunge der Kunst nachgewiesen; dort haben sich die Maler von den Sattlern abgezweigt, und ihre ursprünglichste Thätigkeit war das Bemalen der Sättel (vergl. Geering, Handel und Industrie der Stadt Basel, Basel 1886).

[2] Pangerl, Das Buch der Malerzeche in Prag, Wien 1878.

[3] Bucher, Zunft- und Verkehrsordnungen der Stadt Krakau, Wien 1889.

[4] Pangerl, a. a. O.

jahre, welche die Gesellen, außer an die Stätten der jeweilig führenden deutschen Schulen, nach Italien, Frankreich und den Niederlanden führten. Die bedeutendsten Künstler des 15. und 16. Jahrhunderts haben alle auf diese Weise ihre Ausbildung erhalten, voran Albrecht Dürer[1], und sie haben als Meister in ihrer Werkstätte ihrerseits wieder junge Handwerksgenossen ausgebildet. Ja eine Festsetzung der Straßburger Zunft vom Jahre 1516, daß auch die Meister das neue Meisterstück nachmachen sollten, widrigenfalls sie nur 1 Knecht und 1 Knaben halten dürften, läßt vermuten, daß die Betriebe damals durchschnittlich schon mit mehreren Hilfskräften arbeiteten.

An dem seit 1450 erfolgenden schnellen Aufschwung der deutschen Malerei, der künstlerisch durch das Aufkommen einer nationalen Kunstrichtung und technisch durch die Erfindung einer neuen Maltechnik, welche die Verwendung von Ölfarben ermöglichte, herbeigeführt wurde, nahm Berlin und überhaupt Brandenburg nur äußerst geringen Anteil. Die herrschenden Schulen, die kölnische (Lochener), dann die schwäbische (Holbein), die fränkische (Dürer), die sächsische (Cranach) saßen in anderen Teilen Deutschlands[2]. Berlin weist an Kunstdenkmälern aus dem 15. Jahrhundert nur die Votivtafel für den Grafen von Hohenlohe, gefallen am Kremmer Damm, und den Totentanz in der Marienkirche auf. Im nächsten Jahrhundert stehen die Votivgemälde und Herrscherbildnisse in Berlin ganz unter dem Einfluß der sächsischen Schule und zeigen keinerlei selbständige lokale Entwicklung[3]. Daher erklärt es sich wohl auch, daß in Berlin keine Malerzunft entstehen konnte, da in der weder großen noch reichen Stadt die handwerksmäßige Malerarbeit zu jener Zeit nicht zur Ernährung besonderer Handwerker ausreichte. (Wenigstens war in der zugängigen Litteratur keine Nachricht von einer älteren Innung zu finden; auch die Bemühungen der jetzt bestehenden Malerinnung, Nachweise über die Geschichte ihres Gewerbes zu erhalten, sind vergeblich gewesen, und die Sammlungen des Märkischen Provinzial-Museums, in dem sonst die ungedruckten Innungsprivilegien aufbewahrt werden, enthalten über die Maler nichts.)

Auch die spätere Zeit des Verfalls der deutschen Malerei brachte für Berlin keine handwerksmäßige Ausübung der Kunst. Denn seitdem der Hof zu Berlin die Malerei zu begünstigen anfing, waren es nicht die Virtuosen, bürgerliche Künstler, welche die Kunstfertigkeit durch Werkstatt-

---

[1] Springer, Albrecht Dürer. Berlin 1892.

[2] Janitschek, Geschichte der deutschen Malerei. Berlin 1890.

[3] Bormann, Bau- und Kunstdenkmäler von Berlin. Berlin 1893.

unterricht und Wanderung fortpflanzten, sondern die Akademiker, besondere, meist ausländische Hofmaler, die den Vorteil davon hatten. Schon um die Mitte des 16. Jahrhunderts begann in Berlin der italienische Einfluß den sächsischen zu verdrängen, und dieser mußte wieder unter dem großen Kurfürsten dem holländischen weichen. Seit der Gründung der Berliner Akademie im Jahre 1696 stand die Berliner Malerei unter dem überwiegenden Einfluß der französischen Maler, und Berlin wurde in Deutschland die Hauptstätte für die Pflege ausländischer Kunst. Die eigentümliche und bedeutende Art Chodowieckis blieb ohne Nachfolge, und nur vereinzelt fanden sich unter den namhafteren Malern des vorigen Jahrhunderts solche, die aus dem deutschen Handwerk hervorgegangen waren. Die Ausländer waren natürlich von vornherein in privilegierter Stellung und ohne jede Verbindung mit dem Handwerk. Ihre Schüler — A. Pesne hat deren in Berlin allein 38 gehabt[1] — hatten ebenfalls zu der handwerksmäßigen Ausbildung keine Beziehungen.

Diese Lage war einer Organisation des Handwerks nicht günstig, besonders nicht in Kurbrandenburg, das schon 1669 die Kassierung aller Zünfte beim Reichstag beantragte[2]; und so trieben in Berlin die gewerblichen Maler, Anstreicher, Lackierer zu einer Zeit, wo an anderen Orten besonders auch in diesem Gewerbe die Betonung der Zunftschranken sehr übertrieben wurde[3], ihr Gewerbe als „freie Kunst". Sie wurden demnach auch nicht von der infolge der Reichszunftordnung vom 16. August 1731 ins Werk gesetzten gewerblichen Reformgesetzgebung in Preußen betroffen. Freilich war die Bezeichnung „Freie Kunst", ursprünglich für die angesehensten kunstgewerblichen Großbetriebe, z. B. Druckereien, in Kraft, für ein Handwerk in den Augen der Zünftler schon längst zu einer verächtlichen geworden. Um die Wende des Jahrhunderts spricht die große „Ökonomisch-technologische Encyklopädie"[4] mit Befremden davon, daß die Maler in einigen Städten, z. B. in Berlin, ihr Gewerbe ohne jeden Zwang mit Ausnahme der Lehrlingsvorschriften ausüben. Der Zusammenhang zwischen

[1] Humbert, Nachrichten von verschiedenen Künstlern.

[2] Koch, Beiträge zur Geschichte des deutschen Handwerks, Leipzig 1880.

[3] „Das Bemalen der geschnitzten Bilder durften die Bildschnitzer nicht selber besorgen, sondern mußten mit dieser Arbeit die Maler betrauen. Den Malern im eigentlichen Sinne des Wortes stand außer dem auf einer fremden Tafel ausgeführten Bilde das Malen der Uhrblätter, das Vergolden der Hähne, Knöpfe und Fahnen auf Häusern und Türmen ausschließlich zu. Das Anstreichen des Holzwerks mit Öl- oder Leimfarben besorgten die Ypser oder Tüncher, welche überdies noch befugt waren, die Außenwände der Häuser mit Figuren auszuzeichnen" (Koch, a. a. O.).

[4] Krünitz, Band 82, Artikel „Mahler", Berlin 1801.

Kunst und Handwerk wird hier so wenig empfunden, daß der Verfasser es bedauert, daß für die Maler (Handwerker), die mit den Künstlern nichts weiter als den Namen gemeinsam hätten, nicht eine andere Bezeichnung gewählt würde. „Eigentlich sollte man den Namen eines Malers nur demjenigen geben, welcher das äußerliche Ansehen der natürlichen Gegenstände durch eine richtige Zeichnung und kluge Austeilung der ihnen zukommenden Farben auf die Fläche der Leinwand, oder einer anderen Materie, überzutragen weiß; allein der Sprachgebrauch begreift hierunter auch alle diejenigen, die sich bloß mit dem Anstreichen, Lackieren und ähnlichen Arbeiten beschäftigen, und die, wenn sie sich bis zu Figuren erheben, spottweise mit dem Namen Klecker, Sudler, Gurkenmaler ꝛc. belegt werden."

Auch in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts verlief die Entwicklung von Kunst und Handwerk vollständig getrennt. Die Zahl der Handwerker wuchs mit der raschen Bevölkerungszunahme Berlins, der zunehmenden Bauthätigkeit und der vermehrten Verwendung von Malerarbeit in den Gebäuden sehr stark. Und da die Verhältnisse dieses Handwerk wirtschaftlich nicht anders lagen wie in anderen Gewerben, so ist es erklärlich, daß die größer gewordene Zahl der Meister sich mit Erfolg bemühte, eine jenen ähnliche Organisation zu erlangen. Im Anfang der vierziger Jahre werden die darauf bezüglichen Gesuche der Aufsichtsbehörde unterbreitet, und am 6. Februar 1846 wurde die „Innung der Stubenmaler", jetzt „Malerinnung", begründet. Sie zählte bei der Begründung 86 Mitglieder und war einige Wochen später auf 111 angewachsen. In den nächsten 30 Jahren machte sie nur geringe Fortschritte; erst seit den achtziger Jahren hat sie einen sehr bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen. Sie war unter den ersten, die sich nach dem Reichsgesetz vom 18. Juli 1881 betreffend die Abänderung der Reichsgewerbeordnung umgestalteten. Seit dieser Zeit stieg ihre Mitgliederzahl schnell. Diese betrug

Ende	1882	153	Ende	1889	412
„	1883	249	„	1890	430
„	1884	263	„	1891	428
„	1885	273	„	1892	443
„	1886	315	„	1893	449
„	1887	348	1. April	1894	449
„	1888	392	1. „	1895	460

Nach den Berliner Volkszählungen gab es 1885: 287 Innungsmeister mit 976 Arbeitern, 1890: 388 Meister mit 1703 Arbeitern. Die Maler=

innung hat sich in der Zwischenzeit am stärksten von allen größeren Berliner Innungen vermehrt. 1890 sind, nach der Differenz mit den Angaben der Innung zu schließen, schon etwa 10 % der Mitglieder außerhalb des Stadtbezirks wohnhaft. Diese mitgeteilten Zahlen und der Einfluß auf das ganze Gewerbe, den sie repräsentieren, stellen sich in Wahrheit als noch viel bedeutender heraus, als es bei einem Vergleich mit den Zahlen der Berufsstatistik der Fall zu sein scheint. Denn die Berufsstatistik zählt natürlich auch alle möglichen kleinen Einzel- und Specialbetriebe, die nur gelegentlich Selbständigen, aus Mangel an genügenden Unterscheidungsmerkmalen in vielen Fällen — namentlich in den älteren Zahlen — auch einen Teil der Künstler mit, so daß von den dort als selbständige Maler Aufgeführten sehr viele für die Innung gar nicht in Betracht kommen können. In Innungskreisen nimmt man an, daß von den eigentlichen Stubenmaler-Geschäften jetzt nur noch etwa 50 außerhalb der Innung stehen. Die bald als Gehilfen, bald als Selbständige arbeitenden Maler gehören großenteils zu der innerhalb der modernen Arbeiterbewegung stehenden „Vereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher." Die Innung hat eine mannigfaltige Thätigkeit entfaltet. Sie schließt nach § 1 ihrer Statuten „die Fächer der Zimmer-, Dekorations-, Schrift- und Schildermalerei" in sich. „Ihr Bezirk umfaßt den Gemeindebezirk von Berlin." Sie hat die Privilegien aus § 100e der Reichsgewerbeordnung, also namentlich das Vorrecht, daß nur Innungsmeister Lehrlinge halten dürfen, erworben, sie unterhält eine gut funktionierende Sterbekasse für ihre Mitglieder und eine vorzügliche Fachschule, und sie gehört seit 1885 zum Berliner Innungsausschuß, der die zünftlerische Partei der Handwerker zusammenfaßt — 46 von den 68 Berliner Innungen gehören dazu — und in welchem der Vertreter der Malerinnung eine hervorragende Rolle spielt.

Die letzten 1½ Jahrhunderte der Entwicklung können nur zum Teil, weniger als bei den meisten größeren Gewerben in Berlin, durch die Zahlen der Berufsstatistik veranschaulicht werden. Die Berufsstatistik ist, wie schon erwähnt, den Malern nicht besonders günstig. Freilich haben wir aus dem vorigen Jahrhundert eine Reihe von Zahlen, aber dann sind die Maler fast 100 Jahre hindurch stets mit den verwandten Gewerben zusammengezählt, so daß ihre Zahlen nicht einzeln gegeben werden können. Die meisten Zahlen genügen dann wieder nach einer Richtung hin nicht, nämlich um die in den letzten Jahrzehnten fortschreitende Differenzierung der Malerei zu erkennen, und bedürfen in dieser Hinsicht der anderweiten Ergänzung. Es ist ferner zweifelhaft, ob die Kunst überall vom Gewerbe genau geschieden ist. Das Kunstgewerbe in seinen verschiedenen Zweigen

und die einfache handwerksmäßige Verrichtung konnten hier gar nicht auseinandergehalten werden. Die folgenden Zahlen giebt die Berliner Berufsstatistik für Maler an:

Jahr	Selbständige	Abhängige	Überhaupt Selbstthätige	Auf 1 Selbständigen kommen Abhängige	Auf 10000 Einwohner kommen Selbstthätige
1729	48	9	57	0,19	7,96
1730	47	14	61	0,30	8,43
1755	121	29	150	0,24	11,84
1765	128	30	158	0,24	12,63
1784	155	10	165	0,06	11,38
1875	958	3252	4210	3,39	43,65
1880	1166	3123	4289	2,68	38,16
1882	1160	3638	4798	3,14	40,69
1885	1066	4413	5479	4,14	41,64
1890	1216	6070	7286	4,99	46,15

Jede der beiden Zahlengruppen, die des vorigen, wie die unseres Jahrhunderts, zeigt für sich im Verhältnis zur Bevölkerung die ziemlich stabilen Zahlen eines auf ein notwendiges Bedürfnis gerichteten rein lokalen Gewerbes. Die Vermehrung und Vergrößerung der Betriebe von 1784 bis 1875 ist offenbar der allgemein gesteigerten Verwendung der Malerarbeit bei den Bauten und Häusern zuzuschreiben. Die Betrachtung der letzten 20 Jahre allein ergiebt, daß das Jahr 1875 noch infolge der ungemein starken Berliner Bauthätigkeit zu Beginn der siebziger Jahre außerordentlich hohe Zahlen hat, die dann naturgemäß etwas zurückgehen. Von 1880 zu 1890 ist aber wieder ein sehr erheblicher Fortschritt in Vermehrung (auch relativ im Vergleich zur Bevölkerung) und noch mehr in Vergrößerung der Betriebe zu erkennen. Die Vermehrung der Betriebe beruht nur zum Teil auf dem vermehrten Bedürfnis nach neuen Wohnungen, zum Teil dagegen auf der spekulativen Überspannung der Bauthätigkeit, und wird so, wie sich nachher zeigen wird, die Ursache der gegenwärtigen fast beispiellosen Arbeitslosigkeit im Gewerbe. Die durchschnittliche Vergrößerung der Betriebe entsteht nur zum Teil durch das Vordringen der Großbetriebe, zum Teil aber auch durch die allmähliche Vergrößerung handwerksmäßiger Betriebe. Da die moderne Bauspekulation immer ausschließlicher große Mietskasernen herstellt, und an diesen großen Gebäuden stets mehr Arbeiter zugleich schaffen müssen als an den kleinen,

da ferner der Übergang von den primitiven zu den großen Fassadengerüsten die gleichzeitige Beschäftigung mehrerer Arbeiter erleichtert, so ist die Erweiterung vieler Handwerksbetriebe um 1 oder 2 Gehilfen sehr natürlich. Die Vergrößerung der Handwerksbetriebe liegt vor allem bis 1875, auch noch bis 1882, der Steigerung der Durchschnittsgröße zu Grunde; seit 1882 hat das Vordringen des Großbetriebes, das in den mitgeteilten Zahlen noch durchaus nicht voll zum Ausdruck gelangt, den größten Anteil daran.

Um bei der Vergrößerung der durchschnittlichen Arbeiterzahl den Einfluß der Großbetriebe und die Einwirkung einer Erweiterung der Handwerksbetriebe im einzelnen näher zu erkennen, können wir die Zahlen der Gewerbestatistik zu Hilfe nehmen. Freilich ist dabei zu beachten, daß am Termin der letzten Zählung nicht viel über 1/3 der vorhandenen und unter 3/4 der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter in Stellung waren, daß also die Zahlen von 1890 den Kleinbetrieb viel zu stark erscheinen lassen.

Über die Betriebsgröße ergiebt die Gewerbestatistik das folgende. Es sind vorhanden Betriebe mit . . . Arbeitern:

	0	1—5	6—10	11—20	21—50	über 50	zusammen
1882	709	490	35		25	3	1262
1890	660	428	84	34	8	2	1216

Im letzteren Jahre haben diese Betriebe Angestellte:

	—	991	654	508	275	185	2613

zusammen also, wenn man für jeden Betrieb einen mitarbeitenden Selbständigen rechnet, Personen:

1890	660	1419	738	542	283	187	3829
in %	17,2	37,1	19,3	14,1	7,4	4,9	100,0

Unter den Selbständigen ohne Gehilfen waren 1890: 4, unter den Arbeitgebern 5 weiblichen Geschlechts. — Wir sehen also, daß die Alleinbetriebe sich, obwohl der Sommerzählung von 1882 die Winteraufnahme von 1890 gegenübersteht, von 56 auf 54 Prozent aller vermindert, die Kleinbetriebe[1] von 39 auf 35 Prozent abgenommen haben. Die Betriebe mit 6 bis 50 Arbeitern sind dagegen relativ auf das doppelte, von 5 auf

[1] Im allgemeinen pflegt man die Maschinenverwendung und den Kapitalaufwand zur Unterscheidung zwischen Groß- und Kleinbetrieben heranzuziehen, aber diese Merkmale sind schwer statistisch zu erfassen, deshalb soll hier der allgemeinen Unterscheidung nur die Arbeiterzahl zu Grunde gelegt werden, und sie kann das im Malergewerbe um so eher, als in ihm Maschinen keine erhebliche Rolle spielen, und die aufgewandte Kapitalmenge der beschäftigten Arbeiterzahl ziemlich parallel geht.

10 Prozent angewachsen. In Wirklichkeit muß die Vergrößerung der Betriebe noch viel erheblicher gewesen sein, denn die hier benutzten Zahlen sind für 1882 im Juni, wo die Beschäftigungsziffer etwas über dem Durchschnitt steht, für 1890 dagegen im Dezember gewonnen, und in letzterem Monate haben die größeren Betriebe aus Mangel an Arbeit vielfach über die Hälfte ihrer Arbeiterschaft zeitweilig entlassen, die Beschäftigungsziffer steht über 25 Prozent unter dem Durchschnitt. Daraus erklärt es sich auch, daß das letztere Jahr einen ganz großen Betrieb (mit über 50 Arbeitern) weniger nachweist. — Vergleicht man die Leistungsfähigkeit der nach Größenklassen geschiedenen Betriebsgruppen und nimmt für diese vorläufig den Maßstab der in ihnen thätigen Personenzahl, so ergiebt sich für den Dezember 1890, daß die Alleinbetriebe $^1/_6$ der ganzen Gewerbsleistung, die Kleinbetriebe (bis 5 Arbeiter) über $^1/_3$, die mit 6 bis 10 Arbeitern noch $^1/_5$, die mittleren $^1/_7$ bezw. $^1/_{14}$ (mit 11 bis 20 bezw. 20 bis 50 Arbeitern) und die Großbetriebe noch nicht $^1/_{20}$ der ganzen Gewerbsleistung erbringen. Danach sind 1890 die großindustriellen Betriebe in der Malerei noch selten, selbst wenn man ihre Zahl und Leistungsfähigkeit im Sommer um ein mehrfaches höher schätzt, und die handwerksmäßigen Klein- und Mittelbetriebe überwiegen noch durchaus; gleichzeitig ist aber auch die auf Vergrößerung der Betriebe hindrängende starke Tendenz unverkennbar, und diese Tendenz hat in den letzten Jahren, über welche noch keine Statistik vorliegt, weitere große Fortschritte gemacht. Die statistischen Zahlen der letzten Zählungen gelten aber keineswegs für einen ganz einheitlichen Gewerbszweig, etwa nur für die Stubenmalerei, wie wesentlich noch in der Mitte des Jahrhunderts. Die Kunstgewerbeschule und die Malerschule haben in den letzten Jahrzehnten das Malerhandwerk großenteils zu einem Kunsthandwerk mit vielen Specialthätigkeiten ausgebildet, sie haben namentlich die Dekorationsmalerei als einen wichtigen Teil des Gewerbes zu hoher Blüte erstehen lassen; neuerdings haben die Bedürfnisse der Reklame die Schilder- und Firmenmalerei hervorragend gefördert, und manche Arbeiten, die zwischen Kunst und Handwerk mitten inne liegen, sind jetzt entstanden oder ausgedehnt. Ja selbst der ursprüngliche Zusammenhang zwischen beiden tritt jetzt wieder mehr hervor; verschiedene hervorragende Kunstmaler in Berlin, Professoren an der Kunstakademie, sind in der Berliner Malerinnung als Lehrlinge ein- und ausgeschrieben, und einige von ihnen verfechten die Meinung, jeder Kunstmaler sollte einmal für einige Zeit bei einem Handwerksmeister in die Lehre gehen, da die handwerksmäßige Technik in manchen Dingen besser sei als die akademische. Andererseits kommt es auch vor, daß akademisch gebildete Künstler, Söhne

von Handwerkern, großen Malerwerkstätten vorstehen, so der Inhaber eines der größten Berliner Betriebe.

Um von der zahlenmäßigen Beteiligung der einzelnen Betriebszweige einen Begriff zu geben, setzen wir die Zahl der im Adreßbuch von 1895 für jeden Zweig angegebenen Handwerker bezw. Künstler hierher. Zwar sind die absoluten Zahlen nicht richtig, weil das Adreßbuch nicht nur die Selbständigen, sondern alle Handwerker mit eigener Wohnung, gleichviel ob selbständig oder abhängig, mitteilt, und weil andererseits manche Betriebe in mehreren Rubriken wiederkehren. Immerhin können die Zahlen das Verhältnis der einzelnen Gewerbszweige in allgemeinen Umrissen wiedergaben. Das Adreßbuch nennt unter 9 verschiedenen Bezeichnungen 683 Kunstmaler, die also nur vereinzelt und versehentlich in unsere Berufsstatistik gekommen sein können, auf der anderen Seite 184 Schilder- und Schriftmaler und 1309 Stuben- und Dekorationsmaler, das Gros des Handwerks. Künstlerisch betriebene Arten des Kunstgewerbes finden wir 7 mit 179 Malern, von denen das bei den Künstlern gesagte gilt. Es sind das die Emaille-, Leder-, Majolika-, Muster-, Porzellan-, Theaterdekorations- und Wappenmalerei. Überwiegend handwerksmäßig betrieben werden folgende Zweige: Glasmalerei (66), Holzmalerei (16), Malerei für Kunstgewerbe (125), Marmormalerei (6), Rouleauxmalerei (18), Schablonenmalerei (4), Sgraffitomalerei (4 Maler).

3. Arbeitsgebiet und Technik des Gewerbes[1].

Mit der Aufzählung der zum Malergewerbe gehörenden Einzelbranchen ist gleichzeitig auch das ganze Arbeitsgebiet des Handwerks einigermaßen umgrenzt. Die gesamte Arbeit des Gewerbes hat das gemeinsame, daß sie die Gegenstände der Arbeit (Flächen von Backsteinbauten, Kalkwände, Holz, Eisen, an Bauten, Möbeln u. a.) mit Flüssigkeiten mit oder ohne Farbe — Farben, Lacken und Firnissen — überzieht, um denselben durch einen festen, dauernden, in Formen und Farben konstanten Überzug eine größere Widerstandsfähigkeit gegen die Witterungseinflüsse zu geben oder zur Erreichung eines dekorativen Zweckes, eines besseren Ansehens beizutragen, oder um beide Zwecke gleichzeitig zu erreichen. Mit den Fortschritten der Berliner Bauspekulation und dem vermehrten Streben nach

[1] Vergl. dazu: Tormin, Der erfahrene Gehilfe für Haus- und Stubenmaler und Firmenschreiber. Weimar 1869.

einem höheren Mietswert der Gebäude ist in den letzten Jahrzehnten die möglichst gleichzeitige Erreichung beider Zwecke die Regel geworden; bei allen Anstrichen verlangt man jetzt Nützlichkeit des Anstrichs verbunden mit Schönheit der Farben.

Die Technik der einfachen Anstricharbeit ist eine sehr alte, einfache und gleichmäßige. Vor dem Anstreichen werden die Wände, Möbel u. s. w. mit Besen oder Pinseln gereinigt. Dann werden die Flächen mit Schabern, dreieckigen Klingen aus Eisenblech oder Stahl, und Eisen verschiedener Form geebnet. Bei Neuanstrichen müssen alte Leimfarben (ebenso bei Erneuerungsarbeiten, Tapeten) abgekratzt werden, weil diese sonst abblättern würden, eine langwierige und kostspielige Arbeit. Demnächst werden die Flächen mit Waschschwämmen oder alten Pinseln abgewaschen, Ritzen, Löcher und Lücken werden ausgekittet, dann werden die Flächen noch mit Bimstein abgerieben, und feuchte Wände eventuell durch besondere Verfahren abgetrocknet. Die Vorbereitungen zum Streichen fallen freilich in Berlin, vorzüglich bei Neubauten, immer mehr den Maurern zu, die namentlich die erstgenannten Arbeiten, das Ebnen der Wände, auch das Abkratzen alter Farben, das Abwaschen jetzt fast regelmäßig besorgen.

Bei den Farben sind hauptsächlich Leim- und Ölfarben zu unterscheiden. Erstere sind mit Wasser gerieben und zwecks Erlangung von Haltbarkeit mit Leim angemacht. Sie werden verwandt, wo die Luft und die Witterungseinflüsse nicht frei einwirken, also im Innern, und wo sie nicht lange zu halten brauchen. Sie geben reiche Farben, sind geruchlos, und billig herzustellen. Früher wurde bei diesen Farben zuerst ein Leimgrund von weißer Farbe ein- oder zweimal aufgetragen, um die Lebhaftigkeit der Farben zu erhöhen. Dann erst wurde die Farbe aufgetragen. Davon ist man jetzt in Berlin zurückgekommen; man trägt entweder zuerst einen Firnißgrund oder sofort die gewünschte Farbe auf und macht mit dieser soviel Anstriche, wie die erstrebte Solidität des Anstrichs und Intensität der Farbe erfordert.

Die Ölfarben werden mit Leinölfirniß in bestimmten Anteilen versetzt, zur Verdünnung wird für Anstriche im Innern häufig Terpentinöl zugesetzt. Die Ölfarben sind sehr haltbar, sie werden für Außenfassaden, Küchen u. s. w. verwandt. Zu besserer Dekoration im Innern der Gebäude sind neuerdings die Wachsfarben gebräuchlich geworden, die noch dauerhafter als die Ölfarben und ohne deren unangenehmen Glanz sind; auch Temperafarben (Mischung von Eigelb, Öl und Essig) und Kaseïnfarben (Präparat aus weißem Käse) sind für dekorative Zwecke in Verwendung. Milchfarben werden in Berlin gar nicht mehr benutzt.

Kalkfarben dagegen, die mit Kalkmilch angemacht sind, werden ihrer Billigkeit wegen — sie kosten nur den vierten oder fünften Teil des Ölanstrichs, halten sich allerdings auch nur 2—3 Jahr — in Berlin viel verwandt, namentlich zu Hinterfassaden, die nicht teuer werden sollen. Sie sind neuerdings auch für die Vorderfassaden der Berliner Neubauten sehr gebräuchlich geworden, nach der einen Aussage, weil die Feuchtigkeit der Neubauten einen Ölanstrich bald zerstören würde, nach der anderen, weil die Bauspekulanten möglichst billig arbeiten wollen und deshalb den definitiven Anstrich ihrem Käufer überlassen. Erst nach 1—3 Jahren wird der erste Anstrich durch einen definitiven Ölfarbenanstrich ersetzt, welcher alsdann bei guter Ausführung und gutem Material durchschnittlich 8 bis 10 Jahre hält.

In Berlin haben jetzt die Hausbesitzer meist gelernt, den Anstrich zu rechter Zeit regelmäßig erneuern zu lassen. Freilich könnten die gewöhnlichen Ölanstriche noch häufiger, etwa alle 6 Jahr, statt jetzt alle 10 Jahr erneuert werden, und die billigen Kalkanstriche an den Hinterhäusern sollten noch erheblich öfter ersetzt werden. Indes reicht auch die jetzige Praxis einigermaßen aus. Dadurch wird jede größere Reparaturarbeit am Hause erspart, während, wenn der Neuanstrich zu lange unterbleibt, die Farbe abblättert, die Wand leidet und alsdann auch ein neuer Abputz (Maurerarbeit) nötig wird. Diese Gewöhnung trägt zur Vermehrung der Malerarbeit vieles bei.

Als Instrumente zum Malen sind in dem Lehrbuch von 1869 sechs Pinselarten von verschiedener Größe und aus verschiedenen Haaren genannt. Jetzt giebt es in Berlin vielleicht 50 Arten von Haar- und Borstpinseln, die im Preise zwischen 6 Mk. und einigen Pfennigen schwanken. Jeder Handwerker muß verschiedene Streichpinsel, Faustpinsel, Strichzieher und Malpinsel verwenden.

Die Farbenauswahl und die Maltechnik wird innerhalb des ganzen Handwerks zunehmend rationeller gestaltet: eine „Deutsche Gesellschaft zur Beförderung rationeller Malverfahren" in München will unter Künstlern Gelehrten, Gewerbetreibenden u. s. w. das Interesse und die Kenntnis der neuen Malverfahren verbreiten, neue Verfahren prüfen und begutachten; sie wirkt durch ihre Monatsschrift auch auf das Handwerk ein. Zwar das „mineralische Malverfahren", das ihr Chemiker für die Bemalung von Außenwänden erfunden hat, ist erst vereinzelt angewendet worden und hat sich nicht sehr bewährt. Aber daneben stellt die Gesellschaft die Malerfarben chemisch rein her und hat damit auch auf die Güte der übrigen Farben, die neuerdings nicht mehr von Künstlern und Handwerkern selbst,

sondern von besonderen Fabrikanten zubereitet werden und von diesen vielfach gefälscht wurden, sehr verbessert. Noch unmittelbarer und durchgreifender wirkt seit zwei Jahren auf das Handwerk das neu begründete Maler-Materialien-Untersuchungsamt in Kiel, welches hauptsächlich die Farben- und Lacklieferanten auf die Güte ihrer Produkte hin kontrolliert. Das Amt ist von den Kieler Malern begründet und jetzt vom Deutschen Malerbund übernommen. Seine Thätigkeit wird von Berliner Meistern sehr anerkannt, und die Innung empfiehlt ihren Mitgliedern dringend den allgemeinen Anschluß.

Zu den primitiven Arbeiten des Handwerks gehörte früher allgemein das Reiben der trocken gekauften Farben. Dies füllte die für Bauarbeiten nicht geeignete Winterzeit aus und bildete in dieser Zeit die Beschäftigung der Meister und ihrer Lehrlinge. Es war aber äußerst ungesund, und die Beschäftigung mit den pulverisierten, vielfach Giftstoffe enthaltenden Farben führte zu häufigem Auftreten der Berufskrankheit, der Maler- oder Bleikolik, einer Vergiftung. Das Farbenreiben geschieht jetzt durchweg nach einem neuen Verfahren in den großen Farbenfabriken, die es durch Maschinen billiger, besser und weniger gesundheitsgefährlich besorgen, vor dem Verkauf an die Maler. Dadurch ist das Auftreten der Bleivergiftung viel seltener geworden; freilich ist nun der Winter für noch mehr Geschäfte ganz arbeitslos geworden, und der Charakter des Handwerks als Saisongewerbe tritt jetzt noch schroffer hervor.

Eine andere Thätigkeit des Gewerbes hat sich erst zum Teil von ihm losgelöst, das ist das Anbringen der Gerüste an den Häusern beim Streichen der großen Außenflächen. Die früher üblichen kleinen Gerüste, welche von den Malern z B. an einem Fenster befestigt wurden, die Stangengerüste und die einfach angelehnten Leitern haben technisch vollkommeneren Gerüsten weichen müssen, die über die ganze Breite des Gebäudes gehen. Die ersteren gestatten nicht ein einheitliches Anstreichen der ganzen Fläche, sondern nötigen zu Absätzen, welche sich später in der Farbe voneinander abheben und somit minderwertig sind. Außerdem erfordert die Arbeit mit unvollkommenen Gerüsten auch mehr Arbeitszeit und erlaubt nicht die gleichzeitige Anstellung vieler Arbeiter und die in der Großstadt so wichtige möglichste Beschleunigung der Arbeiten. Von den großen Gerüsten waren anfangs die Hängegerüste allgemein üblich, die, am Dache befestigt, allmählich heruntergelassen wurden. Jetzt sind diese unter dem Druck der immer sich verschärfenden sicherheitspolizeilichen Bestimmungen und der großen Verantwortlichkeit bei nicht genügender Sicherung vielfach durch feste, aus Leitern, Balken und Brettern hergestellte stehende Gerüste, die die ganze

Wandfläche einnehmen, ersetzt worden. Die Leiterrüstungen sind im vorigen Jahrzehnt in Mitteldeutschland aufgekommen und haben sich in Berlin schnell eingebürgert. Die Baupolizei erlaubt jetzt für große Arbeiten nur noch in Ausnahmefällen die Verwendung anderer Rüstungen. Die Gerüste wurden früher vielfach von den Malern gekauft und selbst angebracht, indes erwies sich dies Verfahren mehr und mehr, namentlich für größere Gerüste, als unsicher und unwirtschaftlich. Denn die Maler waren in der Anbringung der Gerüste nicht so geübt wie Specialarbeiter, deshalb dauerte die Arbeit länger und das Risiko war größer als bei Specialbetrieben für Gerüstanbringung. Auch mußten die Geschäfte zum Transportieren der Gerüste Gespanne, zum Aufbewahren besondere teure Räumlichkeiten, bei deren Fehlen sie bald verderben müssen, zum Anbringen am Dache Dachdecker halten, deren Arbeitskraft sie nicht voll ausnutzen konnten. Aus diesen Gründen ist jetzt die Anbringung der Gerüste an neu entstandene Specialgeschäfte, Dachdecker[1] oder Kapitalisten, denen eine Menge von Gerüsten gehören, übergegangen, und von diesen werden dieselben verliehen und gleichzeitig angebracht. Selbst bei kleineren Rüstungen, für Stuben u. s. w., setzt sich diese Arbeitsteilung fortlaufend mehr durch, und sie wird im ganzen Malergewerbe für durchaus zweckmäßig befunden.

Die letztere Arbeit bezieht sich zumeist auf die Außenwand der Gebäude. Im Innern streichen die Maler jetzt außer Decken und Wänden die Thüren, Fenster und Fußböden ausschließlich. Während früher vereinzelt auch die Tischler und Glaser diese Arbeit mitbesorgten und in kleinen Städten eine solche Verschiebung der Arbeiten noch jetzt häufig vorkommt, hat das in Berlin ganz aufgehört. Die Lackiererarbeiten für Bauten und Wohnräume werden von Malern besorgt, während das Wagen- und Metalllackieren ein besonderes, fernliegendes Gewerbe ist. Auch vereinzelte beim Malen der Zimmerwände vorkommende Vergoldungen werden von Malern besorgt, während sonst das Vergolden Sache eines ganz getrennten Handwerks ist. Nicht sehr häufig kommt es vor, daß größere Malermeister sich einen besonderen Vergolder für dergleichen Arbeiten anstellen. Stuckateur- und Stubenbohnerarbeit ist in Berlin von der Malerei völlig getrennt. Kunstgewerbliche Malerarbeit an Bauten ist das Dekorieren der Wände, das Marmorieren, die Maserung der Thüren, die Sgraffitomalerei (auf schwarzem Untergrund), und das neuerdings sehr verbreitete Bemalen der Außenwände mit Inschriften und bildlichen Reklamen. In der Ausschmückung der

---

[1] Nach dem Berliner Adreßbuch für 1895 bestehen jetzt 21 Specialgeschäfte für Maurer- und Malerrüstungen.

Wände von Restaurationen, von Treppenhäusern u. s. w. konkurrieren vielfach die kunstgewerblich ausgebildeten Handwerker und die Akademiker miteinander. Doch fällt ersteren der größere Teil von solchen sich immer mehr verbreitenden Arbeiten zu. Ferner betreiben jetzt, seitdem das Gewerbe durch seine gute Fachschulbildung einen so erheblichen Aufschwung genommen hat, manche tüchtige Stubenmaler auch Glas-, Holz-, Schablonen- und Schildermalerei. Die letzteren Arbeiten, die sonst meist einem besonderen Zweig des Handwerks zufallen, bringen etwas Werkstattarbeit in das Handwerk, die mit Abschaffung des Farbenreibens fast ganz aufgehört hatte. Sonst benutzten nur noch größere Geschäfte die Werkstatt zur Anfertigung von Entwürfen, Zeichnungen u. s. w. Aber auch die Werkstattarbeit ist Kundenarbeit; auf Vorrat wird im ganzen Malergewerbe nicht gearbeitet.

Maschinen und großgewerbliche Betriebsweisen sind für die Hauptmasse der Malerarbeit noch nicht erfunden. Für ganz vereinzelte Arbeiten sind sie seit langem vorhanden und dienen zur Beschleunigung und Verbilligung der Arbeit. Verzierungen an Decken und Wänden werden vermittelst Schablonen oder Pausen in ganz einfacher Weise aufgezeichnet. Indes ist die Handarbeit wertvoller, und mit der besseren technischen Ausbildung der Handwerker geht die Schablonenmalerei zurück. — Die künstliche Maserung des Holzes, die ihm das Aussehen von Eichenholz giebt, wird vielfach durch Überrollen der frisch gestrichenen Flächen mit einer entsprechend präparierten Gummirolle oder durch Abziehbilder bewirkt. Aber auch diese Arbeit kann sich mit der Handarbeit nicht messen und geht daher gleichfalls zurück. Und endlich werden vereinzelt Bilder auf Schildern, Möbeln, Geräten oder Wänden in der Weise hergestellt, daß Abziehbilder (auf Papier) einfach auf die betreffenden Flächen geklebt und das Papier abgezogen wird. Einen nennenswerten Umfang hat dies Verfahren nur in der Schildermalerei angenommen. Eine größere Ausdehnung dieser bescheidenen Anfänge vereinfachter Technik gilt in Handwerkerkreisen nicht als nahe bevorstehend oder überhaupt wahrscheinlich. Im Gegenteil drängt der verwöhnte großstädtische Geschmack und die gute Ausbildung der Berliner Arbeiter solche in Kleinstädten mehr gebräuchlichen primitiven Methoden in Berlin immer weiter zurück.

Der Einführung der Maschinen in anderen Gewerben analog wirkt die Ausbildung des Specialistentums. Früher machte ein Maler die ganze Wand, die Blumen, Arabesken u. s. w. sowohl wie die einfach gestrichene Fläche. Jetzt führt sich die Gewohnheit ein, für die feineren Ausschmückungsarbeiten besondere einseitig ausgebildete Arbeiter zu beschäftigen, Specialisten für Deckenschmuck, Wandbilder, Treppenausschmückung u. s. w., die in ihrer

Specialarbeit eine weit überlegene Geschicklichkeit erlangen. Die nicht geschmückten Teile der Wände werden alsdann durch ungelernte Arbeiter gestrichen. Durch diese neue Arbeitstechnik droht einem großen Teil der gelernten Arbeiter die Verdrängung, sie erkennen das und haben für die Specialisten die Bezeichnung „Konturier=Maschinen" erfunden. In der That wirken diese wie Maschinen auf Verdrängung der gelernten Arbeit und auf Begünstigung des Großbetriebs, der allein solche Specialarbeiter lohnend beschäftigen kann. So weit Specialisten nicht zur Verwendung kommen, bemüht man sich seit Jahren, die Arbeiten zu vereinfachen, die Decken werden gern einfach geweißt und etwas vergoldet, nicht mehr gemalt. Auch das spart gelernte Arbeit.

4. Die Nachfrage nach Malerarbeit.

Die Nachfrage nach Malerarbeit, ihr Absatzgebiet gestaltet sich für das gesamte Malergewerbe, bei dem es sich ganz überwiegend um den Absatz von Arbeit handelt und die Materialien eine geringe Rolle spielen, vorwiegend lokal; und speciell in Berlin mit seiner hohen gewerblichen Entwicklung und seinem großen Bedarf an Malerarbeit spielen weder auswärtige Geschäfte noch auswärtige Aufträge eine große Rolle. Im allgemeinen arbeiten Berliner Maler für Berliner Bauten und Häuser. Die Größe des Bedarfs an Malerarbeit hängt also zur einen Hälfte von dem Umfang der Bauthätigkeit in Berlin ab. Darüber giebt für die letzten Jahrzehnte die Berliner Statistik ein deutliches Bild. Polizeilich genehmigt wurden:

Jahr	Neubauten von					Reparaturen und Umbauten	überhaupt Bauten
	Vorderhäusern	Seitengebäuden	Quergebäuden	kleineren Bauten	Fabrik-Gebäuden		
1869	326	376	151	·	47	·	2473
1870	300	235	212	1037	156	636	2576
1871	454	575	212	1630	144	774	3789
1872	839	1058	690	2596	204	944	6331
1873	810	920	380	3070	196	700	6076
1874	1039	1088	520	3223	105	581	6556
1875	1092	971	576	3430	32	177	6278
1876	699	810	334	3251	101	101	5296

Jahr	Neubauten von					Reparaturen und Umbauten	überhaupt Bauten
	Vorderhäusern	Seitengebäuden	Quergebäuden	kleineren Bauten	Fabrik-Gebäuden		
1877	801	872	412	2777	24	78	4964
1878	497	579	153	2013	10	36	3288
1879	370	467	192	2103	16	32	3180
1880	493	612	234	1330	32	330	3031
1881	543	738	289	1926	27	245	3768
1882	548	624	254	2181	53	179	3839
1883	675	920	381	2290	63	104	4433
1884	683	1061	580	3083	67	175	5649
1885	872	1286	646	3375	67	242	6488
1886	1025	1608	820	3424	48	291	7216
1887	525	657	408	2310	44	303	4247
1888	1056	1365	890	2579	54	246	6190
1889	1191	1580	1083	3159	62	unter kl.	7075
1890	802	1143	730	2700	40	Bauten	5418
1891	731	1072	649	2379	33	177	5066
1892	505	730	448	1766	23	246	3729
1893	563	765	521	2037	25	275	4202

Seit der Mitte des Jahrhunderts steigen die Ziffern der Bauthätigkeit in Berlin rasch. In den fünfziger Jahren wächst die Zahl der Neubauten von 1000 auf 2000, bis 1865 vorübergehend auf 4000. Einige Jahre steht sie dann auf etwa 2500, um alsdann, wie die Tabelle zeigt, rasch emporzuschnellen. Von da ab beträgt die Zahl in Perioden großer Bauthätigkeit: 1872—75, 1885—86, 1888—89 ca. 6000—7000, in Perioden geringer Baulust immerhin noch 3000—4000. Wenn man die Vorderhäuser, in denen die meiste Malerarbeit gebraucht wird, für sich allein betrachtet, so ergiebt sich eine ganz analoge Bewegung. In guten Jahren werden 1000 bis 1200, in schlechten kaum halb so viel Vorderhänser gebaut.

Der Anteil der Malerarbeit an der Gesamtheit der Neubauten ist genau noch nicht statistisch festgestellt worden. Durchschnittlich ist jetzt nach Schätzungen der Maler an einem Berliner Neubau für ca. 5000 Mark Malerarbeit, an einem öffentlichen Gebäude mehr, z. B. an einer Markthalle für ca. 15 000 Mark. Doch werden die Preise vielfach unter die genannte normale Bezahlung gedrückt, infolge der Konkurrenz und wegen der später zu besprechenden unrationellen Preisbestimmungsmethoden.

Die obige Statistik der Neubauten zeigt, daß ihre Zahl großen und plötzlichen Schwankungen unterworfen ist. Deshalb ist auch der Anteil der Neubauten an der Beschäftigung der Maler kein stets gleicher. Bei lebhafter Bauthätigkeit liegt hier ihr Hauptverdienst, bei verringerter überwiegen die Erneuerungsarbeiten an fertigen Gebäuden. Auch dieser Teil der Arbeit hat sich stark vermehrt, da die Berliner Häuser an Zahl und Größe stets erheblich zunehmen. Bewohnte Grundstücke — die für die Malerarbeit vor allem in Betracht kommen — waren in Berlin vorhanden

mit Wohnungen

Zählung von	1—5	6—10	11—20	21—30	31—50	über 50	überhaupt
1861	3790	3410	3315	668	136	11	11 330
1864	4000	3475	4112	963	171	16	12 737
1867	3872	3560	4569	1337	287	31	13 656
1871	3736	3504	4886	1765	538	49	14 478
1875	4010	3890	5790	2134	723	90	16 637
1880	3992	4116	6388	2749	1103	125	18 473
1885	3793	3844	6726	3321	1683	248	19 615
1890	3657	3810	7317	4083	2345	402	21 614

Die Zahl der vorhandenen Häuser wächst naturgemäß ständig ohne große Schwankungen und ohne Rückschläge. In der ganzen Zeit nimmt allerdings nicht so sehr die Zahl wie die durchschnittliche Größe der Häuser zu, so daß der Wert der Malerarbeit an jedem ein stets größerer wird. Während die Gesamtzahl der bewohnten Grundstücke sich in 30 Jahren nicht einmal verdoppelt hat, haben sich die Grundstücke mit über 20 Wohnungen um über 700, die mit über 30 Wohnungen um nahezu 1800, die mit über 30 Wohnungen um etwa 3550 Prozent vermehrt. Die Menge der Erneuerungsarbeiten geht freilich der Zahl der Gebäude nicht genau parallel. Die wirtschaftliche Konjunktur, die allgemeine Wohlhabenheit, die größere oder geringere Schwierigkeit, Wohnungen zu vermieten, ferner der jeweilige Baustil, beeinflussen die Neigung, die Malerarbeiten erneuern zu lassen. Der Einfluß dieser Momente ist nicht zahlenmäßig festzustellen. Im großen Ganzen und besonders für längere Perioden kann man die Arbeitsgelegenheit für Erneuerungsarbeiten als einigermaßen parallel mit der Zahl und Größe der vorhandenen Grundstücke annehmen. Somit können die Erneuerungsarbeiten eine stetig wachsende Zahl von Malern beschäftigen, können aber, wenn eine lebhafte Bauperiode die Zahl der Maler rasch gesteigert hat und ihr Ende viele arbeitslos macht, diesen keine genügende

Ersatzarbeit bieten, sodaß in solchen Zeiten, z. B. auch in der Gegenwart, das Handwerk sehr übersetzt ist.

Die Vorderfassaden der Häuser brauchen und erhalten auch gewöhnlich etwa alle 10 Jahre einen neuen Ölanstrich. Die Hinterhäuser werden häufig vernachlässigt, ihr Kalkanstrich wird manchmal überhaupt nicht wieder erneuert oder ersetzt. Die Fenster müssen mindestens alle drei Jahre einmal gestrichen werden. Im Innern besteht für Anstriche überhaupt keine feste Norm. Thüren, Fußböden werden bisweilen nur alle 20 Jahr, in manchen Fällen aber auch in jedem Jahr gestrichen. — Die Erneuerung der Fassade kostet bei einem Berliner Haus von durchschnittlicher Größe etwa 200—300 Mk., für die übrigen, unregelmäßigen Arbeiten sind Durchschnittspreise schwer zu bestimmen.

Die Malerarbeit in Berlin wird nahezu ausschließlich von Berliner Geschäften verrichtet. Es kommt äußerst selten vor, daß ein auswärtiges Geschäft in Berlin Aufträge übernimmt. Dagegen kommt es häufiger vor, daß Berliner Geschäfte außerhalb der Stadt Aufträge erhalten. Wenn auch im Verhältnis zu der Berliner Arbeit die auswärtige im ganzen gering ist, so spielt sie doch für manche Geschäfte, namentlich für die größeren, eine Rolle. Größere Aufträge werden von Berlin auch im Ausland, in Rußland, England, Österreich und im Orient, gelegentlich ausgeführt. Die nähere Umgegend läßt sowohl an öffentlichen wie an kleineren Privatbauten die Malerarbeit zuweilen von Berliner Geschäften ausführen. So hat die größte Berliner Firma die Malerarbeiten für das Reichsgerichtsgebäude in Leipzig übernommen. Auch am Rhein und in Westfalen arbeiten die Großbetriebe zuweilen. Dagegen arbeiten sie in den Bädern selten oder gar nicht; auch Berliner Gesellen finden dort, wo die Arbeit in die sonst arbeitslose Zeit des Winters fällt, wenig Beschäftigung, höchstens 20 bis 25 Leute in den Ostseebädern. — In Berlin wohnen die Handwerker über die ganze Stadt hin gleichmäßig verteilt, auch in deu Vororten. Jedoch ist ihre Kundschaft nur in den seltensten Fällen und nur für kleine Erneuerungsarbeiten nach Stadtteilen abgegrenzt und auf die Gegend ihrer Wohnung beschränkt. Meist verteilt sie sich über die ganze Stadt und die Vororte.

Von fremden Gewerben, die konkurrierend in das Gebiet der Malerarbeit eingreifen, ist in Berlin, soweit es sich um die Haus- und Stubenmalerei handelt, nur die Dachdeckerei zu nennen. Bei Erneuerung des Fassadenanstrichs wendet sich der Hausbesitzer oftmals statt an den Maler an den Dachdecker, der die Gerüste dazu anbringen muß. Dieser übernimmt dann nicht gar selten selber die Malerarbeit, anstatt sie an einen

Maler weiter zu vergeben. Dadurch entsteht dem Malergewerbe eine Konkurrenz, die ungelernte und minderwertige Arbeit liefert.

Weit weniger unbestritten ist das Gebiet der Schildermalerei. Die Firmenschilder fallen, soweit sie gemalt werden, in das Gebiet der Malerei, die Herstellung der Holz- oder Blechschilder fällt dem Tischler bezw. Schlosser zu. Die Metallbuchstaben gehören ins Handwerksgebiet des Klempners, die Holzbuchstaben in das des Tischlers, die Glasbuchstaben in das des Glasers. Aus allen diesen Handwerken hat sich eine besondere „Firmenschilderbranche" entwickelt, der sich, da sie spekulativ betrieben werden muß und ihre Kunden nur mit Mühe gewinnt, auch Kaufleute mehrfach mit Erfolg zugewandt haben. Indes wird die Malerarbeit natürlich auch jetzt noch stets von gelernten Malern (Gehilfen) gemacht. Die Chefs der Firmenschilderbranche sind zum großen Teil ebenfalls Maler, die dann auch Holz- und Glasbuchstaben, Rouleaux, Blechschilder, die sie von Special-Geschäften beziehen, für eigene Rechnung anbringen. Daneben haben Fabrikanten von Metall- und Glasbuchstaben ihre Geschäfte in ähnlicher Weise ausgedehnt, sie beschäftigen in diesem Falle auch Maler, und noch mehr sind Kaufleute, Kapitalisten an die Spitze derartiger Geschäfte getreten. Mit letzteren teilen sich die Schildermaler auch in die Leitung der neu entstandenen Geschäfte für Anbringung von Giebelreklamen.

Weitaus die meisten der Bauten, in denen die Maler zu thun haben, werden von besonderen Bauunternehmern hergestellt; Bauten privater Bauherren zum eigenen Gebrauch für Geschäft oder Wohnung sind daneben in Berlin sehr selten geworden, und auch solche Privatbauten werden jetzt oft einem Bauunternehmer, der als Honorar einen bestimmten Prozentsatz von den gesamten Baukosten erhält, zur Ausführung übertragen. Die Auftraggeber der Maler sind also bei Neubauten meist Bauunternehmer, bei Wohnungen Hausbesitzer. Daß Maler selber Häuser bauen, und ebenso andererseits Maurer, Tischler u. s. w., und diese sich dann „in Gegenarbeit" die Kundschaft gegenseitig zuwenden, wie solche Verhältnisse z. B. aus Süddeutschland berichtet werden, kommt in Berlin äußerst selten vor. Einmal hat früher ein Konsortium von verschiedenen Handwerkern einige Häuser gebaut. Das hat sich aber nicht bewährt, und das Konsortium hat sich bald aufgelöst. Wenn ein Maler sich auf das Häuserbauen legt, dann giebt er zumeist sein Malerhandwerk auf. Die Arbeit der Meister geschieht ausnahmslos auf Bestellung mit eigenen Werkzeugen, Materialien und unter Verauslagung der Kosten. Ein spekulativer Zug, ein Aufsuchen und Monopolisieren von Bestellungen tritt bei den Geschäften für Giebelreklame hervor. Die Schildermaler mieten die gesamten Giebel- und Wandflächen,

die ihnen zur Anbringung von Geschäftsreklamen geeignet erscheinen, und veranlassen dann die großen Firmen, dort durch sie Reklameinschriften oder Bilder anbringen zu lassen. Hier tritt also zu der bestellten Arbeit der Schrift- und Schildermalerei noch ein Geschäft, das der Annoncen-Acquisition der Zeitungen sehr ähnlich sieht. Ein ärmerer Meister bekommt gelegentlich Geld vorgeschossen, aber niemals werden Materialien seitens des Auftraggebers geliefert.

Dagegen kommt es wohl gelegentlich einmal vor, daß ein Haus- oder Fabrikbesitzer sich die Malerarbeit von Malergesellen anstatt von Meistern machen läßt, daß ein Bauunternehmer oder Maurermeister sich Malergesellen hält; diesen werden dann Werkzeuge und Materialien geliefert. Diese Arbeitsverwendung liegt nahe bei einem Gewerbe, dessen Leistungen zum allergrößten Teil in Arbeit bestehen, und so lange es ein selbständiges Malerhandwerk giebt, haben die Meister das selbständige Arbeiten der Gesellen zu bekämpfen; schon im Mittelalter war ein strenges Verfahren gegen die Malergesellen festgesetzt, die selbständig in Schlösser, Kirchen und Klöster zögen und dort Arbeit übernähmen. Indessen galt solche ohne sachverständige Aufsicht geleistete Arbeit und gilt noch heute allgemein für sehr minderwertig, deshalb hat sie auch keine größere Ausdehnung erlangt; nur gelegentlich werden auch kleine Erneuerungsarbeiten für Private von Gehilfen in arbeitsfreier oder arbeitsloser Zeit ausgeführt. Vereinzelte Malergesellen werden in großen Tischler- und Glaserbetrieben zum Anstreichen einfacher Küchenmöbel, Fenster u. a. verwandt, viele sind auch in der langen arbeitslosen Zeit genötigt, ungelernte Arbeit zu übernehmen.

5. Der Umfang der einzelnen Betriebe.

Der Vergleich der Winterzählung von 1890 mit der Sommeraufnahme von 1882 ließ mehr ahnen als klar erkennen, welch entschiedene Fortschritte zum Großbetrieb im Malergewerbe stattgefunden haben. Die Erfahrung der Handwerker und die Erkundung der gegenwärtigen Betriebsverhältnisse bestätigen, daß seit etwa 12 Jahren der Großbetrieb durchaus siegreich vorgedrungen ist und gewaltig an Boden gewonnen hat, nicht nur durch Aneignung der dem Gewerbe neu zuwachsenden Arbeiten, sondern auch in geschäftlich ungünstigen Zeiten durch Verdrängung der Kleinbetriebe. In der Saison von 1882 bestanden nur 3 Geschäfte mit über 50, nur 28 mit über 10 Arbeitern. Im Sommer

1895 giebt es für Stuben- und Dekorationsmalerei etwa 20 Geschäfte mit über 50 Arbeitern. Das größte Geschäft hat durchschnittlich 250—300, im Höchstfalle 600, im Winter gelegentlich auch nur 150 Arbeiter. Dann folgen 4 bis 5 Geschäfte, für die eine durchschnittliche Arbeiterzahl von etwa 100 bis 200 Leuten genannt wird, sodann etwa 15 Geschäfte, deren durchschnittliche Arbeiterzahl auf etwa 50 oder 60 Köpfe geschätzt wird.

Mehrere Geschäfte mit 20 bis 50 Arbeitern bilden den Übergang zu den zahlreichen Betrieben, die 10 bis 15 Mann und zuweilen einige mehr beschäftigen. Neben ihnen kommen dann auch kleinere Betriebe in allen Abstufungen vor, bis zu den Alleinbetrieben. Eine feste Grenze zwischen den einzelnen Kategorien kann man unmöglich ziehen, weder persönlich noch sachlich. Es kommt vor, daß ein Meister Jahre lang 1 bis 2 Arbeiter beschäftigt; dann aber erhält er einen größeren Auftrag und arbeitet nun plötzlich mit 40 bis 50 Leuten.

An der Spitze aller überhaupt in Berlin vorkommenden Geschäfte für Stuben- u. s. w. Malerei steht ein gelernter Maler. Ein Betrieb unter ausschließlicher Leitung eines Kaufmanns ist bisher nicht vorgekommen, er soll auch nach Meinung der Gewerbegenossen unmöglich sein, da die Fachkenntnis in der Leitung nicht zu ersetzen sei. Handelsgesellschaften für die Leitung der Geschäfte sind nicht häufig, doch kommen sie vor, und dann findet sich auch in einigen Fällen ein Kaufmann neben einem Maler als Chef. Produktivgenossenschaften von Handwerkern oder von Arbeitern bestehen zum Betrieb des Malergewerbes nicht. Die Arbeiter haben 1889 während ihres Streiks vorübergehend eine solche eingerichtet; doch hat diese den Streik nicht überlebt und hat keine zwei Monate gearbeitet. Meister und Gesellen bezweifeln stark, daß eine Genossenschaft jemals aufkommen und gedeihen kann.

Das Personal ist ganz überwiegend gewerblich. Der größte Betrieb beschäftigt 6 Kaufleute, die übrigen großen Geschäfte 1 oder 2. In mittleren oder kleineren Betrieben besorgt der Meister die wenigen kaufmännischen Geschäfte selber. Die größten Geschäfte haben auch 1 oder 2 Techniker für die Messungsarbeiten. Gehilfen anderer Gewerbe sind im Malergewerbe selten. In Großbetrieben sind vereinzelt Lackierer beschäftigt, etwas mehr Vergolder (im größten Geschäft 8—9). Sonst bilden die große Masse der Arbeiter die gelernten Gehilfen, unter denen in größeren Betrieben die Parliere und die Specialisten eine bevorzugte Stellung einnehmen. Zu ihnen treten in vielen größeren wie kleineren Betrieben in erheblicher Zahl die ungelernten Arbeiter, die Anstreicher, für die einfachsten Arbeiten. Lehrlinge sind in den allermeisten Betrieben vorhanden, im größten Geschäfte allein 25, in Großbetrieben treten ihnen die Volontäre zur Seite, die kein

Kostgeld erhalten, dafür aber nur 2 statt 4 Jahre zu lernen brauchen und mehr für die besseren Arbeiten vorgebildet werden.

Das oben über die Technik ausgeführte ergab, daß die alte schon beim Zunfthandwerk geläufige Technik, die ausschließliche Verwendung von Handarbeit, sich unverändert erhalten hat. Daraus folgt, daß die Vorteile des Großbetriebs nicht in der überlegenen Technik des fabrikmäßigen Betriebs, sondern nur in der kapitalistischen Wirtschaftsweise und in der größeren Arbeitsökonomie der Manufaktur zu suchen sind. Die Überlegenheit äußert sich daher auch nicht darin, daß der Großbetrieb manche Zweige der Arbeit monopolisiert hat. Im Gegenteil übernehmen auch heute noch alle Betriebe, der kleinste wie der größte, der Art nach die gleichen Arbeiten. Auch der kleinste Meister, der in der Regel ohne Gehilfen arbeitet, übernimmt ganze Neubauten, Fassaden u. s. w. Betriebe, die, ähnlich wie in andern Handwerken die Reparaturbetriebe, nur kleine Arbeiten, etwa nur das Anstreichen von Fenstern, Möbeln u. s. w. besorgten, giebt es im Malergewerbe nicht. Allerdings fällt der größere Teil der einen Arbeiten größeren, der anderen Arbeiten kleineren Betrieben zu.

Den Großbetrieben verschafft ihre überlegene Kapitalkraft die umfangreichsten, ihre überlegene Arbeitsteilung die besten und bestbezahlten Aufträge. Sie haben schon gegenwärtig nach ihrer eigenen und nach Meinung der Arbeiterschaft den größeren Teil der gesamten Arbeiten des Gewerbes erobert. Die Großbetriebe führen die meisten behördlichen und privaten (nicht spekulativen) Neubauten aus, bei denen große Auslagen erforderlich sind, deren Bezahlung aber dafür absolut sicher ist; ihnen fallen die betreffenden auswärtigen Arbeiten, die allerdings, wie erwähnt, nicht sehr erheblich sind, fast ausschließlich zu. Sie haben auch, da die geschicktesten Kunsthandwerker unter ihren Arbeitern zu finden sind, vorzugsweise die Erneuerungsarbeiten in den besseren Häusern der westlichen Stadtteile zu machen. Daneben aber führen sie genau wie die Kleinmeister auch die geringsten Teilaufträge aus; nur von Spekulationsarbeiten halten sie sich meist durchaus und principiell fern.

Für alle ihre Geschäfte bringen sie die gewöhnlichen Vorteile der Großbetriebe mit: vor allem ihr großes Kapital, das ihnen die umfangreichsten Arbeiten, bei denen erhebliche Auslagen zu machen sind, und zwar eine Menge von Aufträgen gleichzeitig zu übernehmen gestattet. Ferner ermöglicht ihnen ihre bessere kaufmännische Übersicht und Kenntnis des Marktes, die besseren und vorteilhafteren Arbeiten auszusuchen und sich bei Zeiten zu sichern, unsichere Aufträge abzulehnen, zur Erzielung späterer Vorteile auch einmal mit geringem oder ohne Gewinn zu arbeiten, dafür aber die

günstigen Gelegenheiten, höhere Gewinnquoten zu nehmen, zu ergreifen. Sie können weiter ihre Arbeitskräfte, Werkzeuge und Materialien vorteilhafter ausnutzen, die letzteren auch billiger kaufen, sowie für einzelne Verrichtungen besonders geschickte Specialarbeiter anstellen, die im Verein mit Anstreichern oder Gehilfen die Arbeiten besser und schneller, dadurch auch billiger ausführen als die Arbeiter der kleineren Betriebe. Da sie ihre Leute regelmäßiger beschäftigen, brauchen sie geringere Löhne zu zahlen. Deshalb und wegen des billigeren Einkaufs können sie zu verhältnismäßig billigen Preisen arbeiten.

Der wichtigste von all diesen Vorteilen ist der überlegene Kapitalbesitz. Soweit die kleineren und mittleren Betriebe mit genügendem Kapital arbeiten, können sie sich gelegentlich bei günstiger Konjunktur in Großbetriebe umwandeln und nehmen auch sonst an manchen Vorteilen des Großbetriebs teil; andere ersetzen sie durch die specifischen Vorteile des Kleinbetriebs, vor allem durch die Mitarbeit oder durch die intensivere Beaufsichtigung des Meisters. Letztere können die Großbetriebe nicht voll ersetzen. Denn wenn auch auf jeder ihrer Arbeitsstellen der höher bezahlte Parlier die Aufsicht führt und auch dieser wieder durch obere Beamte der Betriebe inspiziert wird, wenn auch bei vielen Geschäften die Parliere die Einzelarbeiten im Accord übernehmen und so ihrerseits lebhaft an der billigeren Ausführung interessiert werden, so ist es doch nicht zu verkennen, daß in ersterem Falle ein Mehrverbrauch von Zeit und Materialien, in letzterem eine schlechtere Qualität der Arbeit die notwendige Folge ist. So kommt es, daß zwischen Großbetrieben und kapitalkräftigen mittleren und kleineren Betrieben heftige Konkurrenzkämpfe an der Tagesordnung sind, während die Arbeiten der ganz kleinen Meister sich wenig mit dem Arbeitsgebiet der Großbetriebe berühren. Die gutsituierten mittleren und kleineren Betriebe beteiligen sich namentlich an den behördlichen Arbeiten, die kleineren vor allen an städtischen Aufträgen und führen für diese einen derartigen Preisdruck herbei, daß sich die großen Firmen vielfach an den Ausschreibungen der Stadt gar nicht mehr beteiligen. Bei Erneuerungsarbeiten ist die Konkurrenz weniger stark; die größten Geschäfte haben ihre feste Kundschaft für teure künstlerische Arbeiten; die mittleren Betriebe haben fast sämtlich einen festen Kundenkreis für einfachere Erneuerungsarbeiten. Auswärtige Arbeiten machen die letzteren fast gar nicht und auch von Spekulationsarbeiten halten sie sich nach Möglichkeit fern.

Die kleinen Meister ohne genügendes eigenes Kapital sind ebenfalls von zwei Seiten hart bedrängt. Für die solideren Erneuerungsarbeiten haben sie unter der Konkurrenz der größeren und mittleren Betriebe

mit ihrer gesicherten Kundschaft und ihrer besseren Arbeit zu leiden, und zweitens wird ihnen das übrigbleibende Arbeitsfeld von den „Pfuschern" hart bestritten, d. i. von Leuten, die bald als Arbeiter, bald selbständig arbeiten, je nachdem sich ihnen Gelegenheit zum Arbeiten und lohnendem Verdienst bei der einen oder anderen Beschäftigung bietet. Solche Gelegenheitsarbeiter sind, um Aufträge zu erhalten, meist genötigt, die Löhne sehr zu drücken, besonders in Zeiten, wo, wie in der Gegenwart, das Angebot der Malerarbeit die Nachfrage weit übersteigt. Sie sind deshalb bei den Innungsmeistern sehr verhaßt. Wenig bestritten werden den kleinen Geschäften die Arbeiten an Neubauten für Bauunternehmer, deren Erträge sehr unsicher sind und bei denen häufig große Ausfälle unvermeidlich werden. Diese bleiben ihnen überlassen, weil die sonst überlegenen soliden Firmen sich auf das Risiko nicht einlassen, und sie können ohne Kapitalien übernommen werden, weil schon die große Gefahr die Handwerker nötigt, wöchentlich Bezahlung zu verlangen. Kann der Bauunternehmer die Wochenrate nicht zahlen, so kann häufig auch der Meister den Lohn nicht auszahlen. Durch das Überwiegen solcher Arbeiten ist die Existenz der kleinen Meister stets unsicher, sie stehen immer dicht am Zusammenbruch. Dieser Zustand wirkt in manchen Fällen korrumpierend, und es kommt vor, daß Maler ebenso wie Bauunternehmer nur eine Weile Geld zu verdienen suchen, auf ehrliche Bezahlung der Löhne und Materialien von vornherein nicht bedacht sind. Solchen Meistern wird durch die Gewohnheit, die Materialien auf Kredit zu entnehmen, auch die Beteiligung an größeren Aufträgen, Submissionen u. s. w. ermöglicht, bei denen sie dann die Preise unter die Kosten drücken. Die Nachteile der Kapitallosigkeit können nur in seltenen Fällen überwunden werden, wenn dem Meister die Erlangung einer guten Kundschaft alsbald gelingt. Vereinzelt mag die Tüchtigkeit des Meisters und seine angestrengte Mitarbeit, der Wert seiner eigenen Arbeit, den er bei Einschränkung seiner Ausgaben großenteils einsetzen kann, das Fehlen des Kapitals ersetzen. Aber das ist nicht mehr die Regel.

Bisher ist der Wettbewerb zwischen den einzelnen Betriebsgrößen ein völlig unbeschränkter. Wohl hat die Innung nach Kräften versucht, Einfluß auf das ganze Gewerbe zu gewinnen, sie hat für ihre Mitglieder das ausschließliche Recht der Lehrlingshaltung erworben, auf dessen Beobachtung seitens der Innung durch fortlaufende Ermahnungen, Zuwiderhandelnde anzuzeigen, geachtet wird. Dadurch sind auch die größten Betriebe genötigt, der Innung beizutreten. Doch erfahren diese dadurch nach eigener Aussage keinerlei Hemmung. Der Druck, der gegen zahlreiche Lehrlingshaltung dadurch geübt wird, daß jeder Innungsmeister zwei Lehrlinge in

der Fachschule frei hat, für jeden weiteren aber 3 Mk. bezahlen muß, wird von ihnen kaum empfunden, ebensowenig der Zwang, ihre Lehrlinge der Gesellenprüfung der Innung zu unterwerfen. — In der Innung stehen Vertreter der solideren Mittel- und Kleinbetriebe an der Spitze, welche die Gesetzgebung namentlich zu Maßregeln gegen das jetzige Submissionswesen (das dem Großbetrieb günstig sei), gegen den Bauschwindel, gegen das übermäßige Kreditgeben (das die unsoliden kleinen Geschäfte fördere) und gegen das selbständige Arbeiten von Nicht-Innungsmeistern (Arbeitern) anrufen möchten.

Neben den Stuben- und Dekorationsmalern nehmen die Schrift- und Schildermaler, von denen die geschicktesten gleichzeitig Wappen- und Fahnenmaler sind, eine einigermaßen abgesonderte Stellung ein. Zwar können tüchtige Stubenmaler auch Schilder machen, jedoch übernehmen sie solche Arbeiten seltener. Bisweilen finden sie es zweckmäßig, derartige Arbeiten zwar anzunehmen, sie aber ihrerseits wieder von Schildermalern besorgen zu lassen. — Die Zahl der professionellen Schildermaler in Berlin wird auf etwa 50 geschätzt. Neuerdings ist den Schildermalern in Berlin eine besondere Specialität zugewachsen, die Bemalung von öffentlich sichtbaren äußeren Wandflächen freistehender Häuser mit Geschäftsreklamen. Diese führte zuerst im Jahre 1889 der „Berliner Lokalanzeiger" ein, der ganze Giebel (etwa 80) in blauer Farbe mit Abonnementseinladungen bemalen ließ. Seitdem haben mehrere neue und alte Geschäfte diese Branche aufgegriffen und sie dadurch, daß sie selbst an Stelle der anzeigenden Geschäfte die Wandflächen mieten, monopolisiert. Das neue Geschäft ist anfangs von der Polizei und den Behörden in mannigfacher Weise behindert worden, die ihm gegenüber ästhetische Interessen wahrnehmen zu müssen glaubten. Auch jetzt ist es noch Störungen von dieser Seite ausgesetzt.

In dieser Branche kommen nicht so erhebliche Geschäfte vor wie in der Stuben- u. s. w. Malerei. Die größten Betriebe beschäftigen etwa 20—30 Arbeiter. Deren giebt es bloß 3 oder 4. Die mittleren Geschäfte, ebenfalls nur wenige, haben durchschnittlich 8—12 Arbeiter; die kleineren, die ganz überwiegend vorkommen, fangen ohne Gehilfen an, arbeiten erst allein, dann mit 1 oder 2 Lehrlingen und schließlich auch mit 1 oder 2 Gehilfen. Für ganz kleine Betriebe besteht eine vollständige Trennung von Stuben- und Schildermalerei nicht. Kleinmeister und Arbeiter machen vorkommendenfalls beide Arten von Arbeiten, wie sich ihnen die Gelegenheit bietet. Arbeiter übernehmen namentlich in der Schildermalerei sehr häufig selbständig kleine Aufträge.

In den älteren Geschäften sind die Chefs Maler, doch haben sich

neuerdings auch Fabrikanten und Händler von Metallbuchstaben und andere der Malerei angenommen und lassen Schilder und Giebelreklamen von eigenen Gehilfen anbringen. Drei größere und einige mittlere und kleinere Geschäfte haben Kaufleute zu Chefs. Eine Aktiengesellschaft für Giebelmalerei, die im Frühjahr 1894 gegründet wurde, ist bald wieder eingegangen, ohne je selbst gearbeitet zu haben. Andererseits bringen aber auch die Maler Metall- und Holzbuchstaben an, die sie von den wenigen großen Specialfabriken, die dafür bestehen, entnehmen, so vor allem zwei mittlere Geschäfte mit je etwa 10 Arbeitern. Unter den Schildergeschäften bestehen einige Handelsgesellschaften, und zwar in der Weise, daß der eine Gesellschafter Kaufmann oder Fabrikant, der andere Maler ist. — Die Zusammensetzung der Arbeiterschaft ist in dieser Branche eine etwas gemischtere. Größere Geschäfte beschäftigen Klempner und Schlosser für Herstellung der Blechschilder, während die kleineren diese bei anderen Meistern arbeiten lassen. Ferner haben viele Geschäfte besondere „Anmacher" für die Schilder, die sich aus den Schlossern und Klempnern rekrutieren. Einige Geschäfte finden es auch hier noch vorteilhafter, die Hängegerüste selbst zu besitzen und von einem eigenen Dachdecker anbringen zu lassen, während in der Stuben- u. s. w. Malerei auch die größten Geschäfte die Specialgeschäfte für Rüstungen in Anspruch nehmen. Außer dem gewerblichen Personal haben die größeren Betriebe noch 1 bis 3 (auf je 10 Arbeiter 1) Kaufleute und für die Gewinnung von Aufträgen besondere Reisende. Einer der größten Betriebe beschäftigt 10 Maler, 2—3 Schlosser, 3 Klempner und Anmacher, 2 Lackierer, 2 Vergolder, 1 Zeichner, 2 Kaufleute, 1 Reisenden.

Die sonstigen Specialbetriebe kunstgewerblicher Art, die in der Statistik mit Zahlen aufgeführt sind, sind durchweg Klein- und oft Einzelbetriebe, deren wirtschaftliche Verhältnisse sich je nach den Fähigkeiten ihrer Inhaber ganz individuell gestalten und von der allgemeinen Lage des Malergewerbes nicht abhängig sind.

6. Produktionskosten und Kapitalbeschaffung.

Die Produktionskosten des Malergewerbes bestehen zum größten Teil in der Verauslagung der Ausgaben des Meisters und der Löhne der Gehilfen. Alles andere kommt daneben erst in zweiter Linie; die Pinsel und die übrigen Werkzeuge erfordern eine einmalige Ausgabe von wenigen Mark, und auch die laufende Erneuerung fällt in ihren Kosten gar nicht ins Gewicht.

Größer ist die Ausgabe für die Farben, Lacke und Firnisse, die durchweg von großen Fabriken oder Handelsgeschäften gekauft werden. Die Kosten der Farben sind durchschnittlich ungefähr gleich einem Drittel der Löhne, also der hauptsächlichsten Auslage. Die dafür bestehenden Fabriken und Handlungen gewähren den Handwerkern Kredit, nach Meinung der Innung sogar viel zu viel Kredit, weil durch diesen die Maler verlockt werden, auch ihrerseits ihren Kunden den unwirtschaftlichen und gefährlichen langen Kredit weiter zu gewähren, und weil dadurch das Aufkommen unsolider Geschäfte, welche in betrügerischer Absicht oder aus Unbedacht die Arbeiten unter den Selbstkosten machen, begünstigt würde. Der Großbetrieb kann direkt in den großen Fabriken kaufen; der Handwerker ist jetzt auf die Zwischenhändler, Kaufleute, angewiesen. Ein genossenschaftlicher Einkauf der Maler, den die Innung 1894 einzurichten versuchte, ist bisher noch nicht zustande gekommen, weil er nicht den hohen Kredit gewähren konnte wie die Kaufleute, und weil der Geschäftsverkehr mit dem Kaufmann sehr bequem ist (er läßt alle soliden Handwerker durch Reisende besuchen, um Bestellungen entgegenzunehmen).

Die Großbetriebe haben durch den Masseneinkauf direkt bei den Fabriken Vorteile. Auch die kleinen Handwerksmeister haben früher, vor einem Vierteljahrhundert, allgemein bei den Fabrikanten gekauft, Ocker im Harz bei den Gruben, Bleiweiß in Holland und am Rhein, Zinkweiß in Schlesien, Lacke in Holland, Kreide auf der Insel Rügen u. s. f. Alles wurde auf Kredit genommen; dadurch entstanden so vielseitige Kreditverhältnisse und Unkosten, daß es den kleinen Geschäften allgemein als ein großer Fortschritt erschien, alle Bedarfsartikel gemeinsam in einigen großen Berliner Specialgeschäften kaufen zu können. Im allgemeinen kaufen sie bei ihrem Kaufmann nicht teuer; nur die Überschuldeten haben den Nachteil, daß sie die teuersten Preise für die schlechtesten Waren geben müssen.

Werkstätten im eigentlichen Sinne des Wortes kommen, wie erwähnt, im Malerhandwerk nur selten vor. Dagegen werden von jedem etwas größeren Geschäft besondere und ziemlich erhebliche Räumlichkeiten zur Aufbewahrung der Leitern, der Materialien und des Handwerkszeuges gebraucht, obschon, wie wir ausgeführt, die großen Fassadengerüste nicht mehr vom Maler gehalten werden. Daraus erklärt es sich, daß nach der Berliner Wohnungsstatistik von 1890 etwa 300 Maler Wohnungen mit besonderen Gewerberäumen inne haben. Diese Gewerberäume dienen auch zur Aufnahme der Arbeiter, die sich in der Regel, wenn sie nicht an einem größeren Bau längere Zeit beschäftigt sind, hier am Morgen versammeln,

um ihre Aufträge und ihr Arbeitsgerät entgegenzunehmen. Die Gewerberäume liegen vielfach im Keller. Über 3/5 der Wohnungen mit Gewerberäumen haben bei den Malern eine Miete von 300—1200 Mk. jährlich zu zahlen, und die Wohnungen zu diesen Preisen sind bei den Malern relativ weit häufiger als im Baugewerbe oder bei den gesamten Gewerbetreibenden mit Gewerberäumen überhaupt. Die Miete für die Gewerberäume ist also bei den Malern durchschnittlich geringer als in anderen Gewerben.

Aus alle dem ergiebt sich, daß, um ein kleines Geschäft mit einem oder wenigen Gehilfen anzufangen, fast gar kein Betriebskapital notwendig ist. Ein Kapital von etwa 500 Mk. reicht zur sicheren Einrichtung eines ständigen Geschäfts vollkommen aus. Das Haupterfordernis für einen Anfänger ist eigentlich nur ein guter und sicherer Auftrag, bei dem fortlaufend Zahlung zu erhalten ist. Freilich bleibt die dauernde Rentabilität der kleinen Betriebe ohne Kapital stets gering, und oft ist der Betrieb überhaupt nicht haltbar. Die geringen Sachkosten werden bis zum Einlaufen der ersten Einnahmen gestundet. Wer dagegen größere, z. B. behördliche Arbeiten übernehmen will, mit vielen Leuten und bei nachträglicher Zahlung, der braucht ein ziemlich erhebliches Kapital, denn die Löhne können nicht gestundet werden. Daß kleine Meister ein solches Kapital (im größten Betriebe zuweilen 12000 Mk. Lohnsumme pro Woche) vom Bauunternehmer zwecks Übernahme der Arbeiten an einem großen Bau vorgeschossen erhalten, kommt nur selten vor, und dann, um die Preise zu drücken.

Ein größerer Betrieb, der erhebliche Auslagen hat, braucht ein bedeutendes Betriebskapital oder einen ergiebigen Produktionskredit, besonders deshalb, weil er, wie später dargelegt werden soll, seinen Auftraggebern oft und lange Kredit gewähren muß. Die ganz großen Geschäfte haben erhebliche eigene Kapitalien, und das bildet, wie erwähnt, ihren Hauptvorteil gegenüber der Konkurrenz der kleineren. Sonst nehmen große und kleine Geschäfte vor allem den Kredit der Lieferanten in Anspruch. Seltener gehören sie einem der kleineren Berliner Vorschußvereine an. Kreditgenossenschaften der Maler sind nicht ins Leben gerufen worden, auch wird zur Zeit, d. h. im Sommer 1895, ein Eintreten der Innung, um den Mitgliedern den Kredit der neuen preußischen Central-Genossenschaftskasse zuzuwenden, für sehr bedenklich gehalten.

7. Arbeiterverhältnisse.

Im Malergewerbe arbeiten außer den Meistern Lehrlinge, Malergehilfen und Anstreicher, d. i. ungelernte Arbeiter. Die Lehrlingshaltung

ist einigermaßen gleichmäßig über die Betriebe verteilt; die Innung benutzt ihr Privileg der Lehrlingshaltung, um die Lehrlinge streng zu beaufsichtigen, und durch sachverständige Lehrer, Fachschule und Gesellenprüfung für eine tüchtige Ausbildung zu sorgen. Über die Lehrlingshaltung der letzten Jahre ergiebt der Bericht der Innung an die städtische Gewerbedeputation das folgende. Lehrlinge waren

	vorhanden am Jahresschluß	eingeschrieben im Jahre	ausgeschrieben im Jahre
1882	177	.	.
1883	188	132	38
1884	197	63	33
1885	240	91	31
1886	263	105	48
1887	336	143	47
1888	360	128	76
1889	410	139	59
1890	450	128	70
1891	395	162	89
1892	442	.	.
1893	436	.	76
1894	680	150	120

Nach diesen Zahlen ist in den letzten Jahren der größere Teil der angenommenen Lehrlinge ordnungsmäßig ausgebildet worden — die Zahl der bestandenen Gesellenprüfungen ist bisweilen noch um ein weniges höher als die der Ausschreibungen — und das unter Aufsicht der Innung in einer Weise, die für den handwerksmäßigen Betrieb und das spätere Selbständigwerden ebensogut vorbereitet als für die gut bezahlten Arbeiterstellen der großen Betriebe. Die Lehrzeit währt 4 Jahre, und zwar wohnen die Lehrlinge in den allermeisten Fällen nicht mehr beim Meister, infolge der beschränkten Raumverhältnisse der Handwerker in der Großstadt, sondern erhalten dafür im ersten Jahre 4 Mk., in den drei folgenden Jahren 5, 6 und 7 Mk. Kostgeld. Verkürzt wird die Lehrzeit nur in seltenen Fällen bei ganz besonderer Befähigung, um 1/2 Jahr verlängert bei Nichtbestehen der Gesellenprüfung, das z. B. 1893/94 in 13 von 76 Fällen vorkam.

Ein Hauptbildungsmittel der Malerlehrlinge ist die vorzügliche Fachschule der Innung, die 1882 von dieser gegründet ist und durch Beiträge des Staats, der Stadt und der Innung, sowie durch das Schulgeld erhalten wird. Da die Innung stets empfiehlt, nur solche Lehrlinge anzu-

nehmen, welche wenigstens die Fähigkeiten der 2. Klasse der Gemeindeschule haben, so ist von vornherein ein höherer Schulbildungsgrad allgemein gegeben, und der Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule nicht mehr notwendig. Die Schule hat 1. eine allgemeine Nachmittagsklasse für die vier Wintermonate (November bis Februar, wochentäglich von 5 bis 8 Uhr), 2. eine Sonntagsklasse im Sommer (von 8 bis 12 Uhr) für geschicktere Lehrlinge (Figurenzeichnung), 3. eine Tagesklasse im Winter (von 2 Uhr ab) für die besten Maler (Buntmalerei, die sich beim Lampenlicht nicht ausführen läßt). An der ersten Klasse müssen alle Lehrlinge des Gewerbes, die nicht eine gleichwertige Schule (z. B. Berliner Handwerkerschule) besuchen, teilnehmen, Gesellen dürfen sich gegen Zahlung eines Lehrgeldes von 9 Mk. pro Semester anschließen. Kosten und Besuch der Schule waren in den letzten Jahren wie folgt:

	Kosten		Teilnehmer, davon		
	der Innung Mk.	überhaupt Mk.	Lehrlinge	Lehrlinge bei Nichtinnungsmeistern	Gesellen
1882	600	.	65	1	—
1883	1640	.	146	2	—
1884	950	.	165	—	—
1885	1268	.	170	—	—
1886	1200	.	204	—	2
1887	1443	7650	263	—	2
1888	1539	.	288	1	3
1889	1500	.	319	1	3
1890	1500	.	354	2	7
1891	1500	.	331	—	8
1894	1500	13290	361	—	9

Von manchen Lehrlingen wurden statt der Fachschule die Malerklassen der Berliner Handwerkerschule und des Kunstgewerbe-Museums besucht.

Gelernte Malergehilfen sind die auf die beschriebene Art in Berlin Ausgebildeten und die gleichfalls handwerksmäßig geschulten Zugewanderten. Die Zahl der bei Innungsmeistern beschäftigten Gehilfen wird Ende der achtziger Jahre auf 2500 geschätzt; das wären mit den ca. 450 Lehrlingen 49 Prozent der 1890 gezählten 6070 Abhängigen, unter welch letzteren übrigens noch sehr viele Anstreicher — nach Schätzungen der Arbeiter etwa $^1/_3$ der Gesamtzahl — sich befinden. Jetzt wird der weitaus größte Teil der Gehilfen bei Innungsmeistern beschäftigt sein.

Die Berliner Arbeiterschaft des Gewerbes ist in der „Vereinigung der

Maler, Lackierer und Anstreicher Deutschlands" organisiert. Die Vereinigung erstreckt sich über ganz Deutschland und hat ihren Sitz in Hamburg. Sie ist, nachdem das Socialistengesetz 1881 die früheren Organisationen zerstört hatte, 1884 als Gauverband, 1888 als Vereinigung gegründet worden. Die Lackierer sind hinein genommen, weil sie in kleineren Orten mit den Malern zusammenfallen; in Berlin nehmen sie eine mehr abgesonderte Stellung auch im Verein ein. Durch ihren Gesamtvorstand gehört auch der Berliner Zweigverband der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an, dagegen ist er gegenwärtig (Sommer 1895) in der Berliner Gewerkschaftskommission nicht vertreten. Die Vereinigung hat in Berlin 1300 bis 1400 Mitglieder, sie unterhält einen Arbeitsnachweis, eine Winterfachschule, gewährt den Arbeitslosen Reiseunterstützung und wirkt sonst für die wirtschaftlichen und Bildungsinteressen ihrer Mitglieder. Wo man die außerhalb der Organisation stehenden Arbeiter heranziehen will, wie z. B. bei dem für das Frühjahr 1896 geplanten Generalstreik, oder wo man politische Themata berührt, da beruft man durch den in öffentlicher Volksversammlung gewählten „Vertrauensmann der Maler Berlins" allgemeine Malerversammlungen ein und läßt durch diese die Forderungen der Arbeiter aufstellen.

Die durchschnittlichen Wochenlöhne waren nach Angabe der Innung (J.) oder der Ortskrankenkasse (G.), wobei wir hier auch gleich die Anstreicherlöhne vorweg nehmen[1] — wie folgt:

Jahr	Gehilfen				Anstreicher			
	J.		G.		J.		G.	
	fester Lohn	Accordverdienst	fester Lohn	Accordverdienst	fester Lohn	Accordverdienst	fester Lohn	Accordverdienst
Mai 1882	19,50	.	20	.	15	.	18	.
Juli 1883	24	.	22,50	.	.	.	18	.
Febr. 1884	18	.	21	.	.	.	18	.
Mai 1885	24	.	21	25	19,50	.	.	.
Mai 1886	24	.	20	.	15	.	13,50	.
Mai 1887	24	.	.	.	.	.	.	.
Sept. 1888	27	40	18	.	20	28	15	.
Sept. 1889	27	36	21	30	24	30	18	.
Sept. 1891	24	30	18	.	19,50	.	15	.
Jan. 1895	15—27	.	15	.	12—20	.	12,50	.
Aug. 1895	25,50	.	24	24	21	.	21	21

[1] Lohnerhebungen des Statistischen Amts der Stadt Berlin, für das letzte Jahr durch mündliche Nachfrage ergänzt.

Das Maß der Abweichung von Meister- und Gesellenzahlen ist zugleich ein Maßstab für die Schwankungen der Löhne nach den verschiedenen Betrieben, während eine weitgehende Übereinstimmung in den Zahlen eine relative Gleichförmigkeit und Stetigkeit bekundet.

Gegenwärtig beträgt der Normallohn für Gehilfen 27 Mk., doch wird jetzt nach Aussage der Arbeiter in sehr vielen Fällen 25,50 Mk., von manchen Geschäften, namentlich den größten, auch 24 Mk. und weniger gezahlt. Auf der anderen Seite steigt der Lohn für gute Arbeiter aber auch bis 45 Mk., und Specialisten erhalten noch höhere Bezahlung: 50—70 Mk., „vollendete Künstler" in den größten Betrieben noch darüber. Die Anstreicher erhalten ganz überwiegend 21 Mk., bei reger Nachfrage nach Arbeit aber für kurze Zeit auch 22,50 Mk. und noch etwas darüber. Die höchsten Löhne werden in den mittleren und den gut fundierten kleineren Geschäften gezahlt, die in ihrer Arbeiterzahl je nach ihren Aufträgen am meisten wechseln und bei denen daher die Stellen unsicher sind. Die größeren Geschäfte zahlen etwas niedrigere Löhne, dafür ist aber die Beschäftigung bei ihnen dauernder. Deshalb werden sie von der Mehrzahl der Arbeiter, die in ihnen auch die vielseitigste und instruktivste Thätigkeit finden, bevorzugt und sind so in der Lage, die besten Arbeiter für sich zu gewinnen. Die ganz kleinen Meister, die selber nicht so viel verdienen, daß sie hohe Löhne zahlen können, müssen sich im Bedarfsfall mit dem überschüssigen und vielfach minderwertigen Teil der Arbeiterschaft begnügen. Bei ihren Risikobauten kommt es auch oft genug vor, daß die Arbeiter manche Woche ihren Lohn nicht ausgezahlt erhalten können und schließlich einige Wochenlöhnungen ganz verlieren.

Accordlöhne werden nach Aussage der Arbeiter ungefähr bei der Hälfte der Neubauten gezahlt, während die andere Hälfte in festem Lohn vergeben wird. Bei privaten Arbeiten werden einige wenige Arbeiten von Specialarbeitern in Accord gelohnt, für das Streichen von Thüren, Fußböden u. a. kommt Accordzahlung vor, doch ist fester Lohn hier durchaus die Regel, nur Fenster werden meist in Accord gestrichen. Für Erneuerungsarbeiten im Innern bewohnter Räume lassen sich die Arbeiter nicht auf Accordlöhnung ein, weil sie hier nicht regelmäßig und fortlaufend arbeiten können. Die Accordlöhnung wird von den kleinen und mittleren Betrieben begünstigt und mit Vorliebe da verwandt, wo man für die gleichen Löhne erhöhte und verlängerte Arbeitsleistungen erzielen will, während die ganz großen Geschäfte meist ausschließlich feste Löhne zahlen.

Außer dem Accordlohn würde die Gewinnbeteiligung als Entlohnungsart der Maler nahe liegen. Das klassische Beispiel eines erfolgreichen

Gewinnbeteiligungssystems hat eine Malerwerkstatt geliefert. Der Pariser Maler Leclaire führte 1842 in seiner großen Häusermalerei die Gewinnbeteiligung in weitem Umfange ein. Das System besteht in dem mehrere hundert Arbeiter umfassenden Geschäft bis heute, es erspart an Aufsichtskräften und Materialien, vermehrt Fleiß und Sorgfalt der Arbeiter und die Gewinne des Geschäfts. Der erste Inhaber starb als reicher Mann, die Arbeiter seines Geschäfts sind eine vielbeneidete Elite. Trotz dieser allseitig günstigen Erfolge, und obschon diese oftmals speciell auf die Eigenart des größeren Malergeschäfts zurückgeführt wurden, hat das System in Berlin keine Nachahmung, auch keine Sympathie unter den Malermeistern gefunden. Sie fürchten, dadurch nur ein unnötiges Risiko und unnötige Mühe ohne entsprechende Gewinne auf sich zu nehmen. Die Ersparnisse an Materialien, namentlich Farben, werden nicht gewürdigt, obschon einige Berliner Großbetriebe notorisch durch Nachlässigkeit und Unehrlichkeit von Angestellten jetzt einen sehr beträchtlichen Schaden haben.

Die Löhne sind bei den Malern wie überhaupt im ganzen Berliner Baugewerbe heftig umstritten. Im Jahre 1889 versuchten die Arbeiter durch einen großen Generalstreik einen Minimallohn von 30 Mk. für Maler und 27 Mk. für Anstreicher durchzusetzen. Aber der Streik ging verloren, die Löhne blieben auf ihrem vorigen Stand, und seither sind sie eher herunter- als heraufgegangen. Nunmehr beabsichtigen die Arbeiter, die Zeit im Frühjahr 1896, in dem die Berliner Gewerbeausstellung voraussichtlich sehr viel Malerarbeit bringt, zu einem neuen großen Streik zu benutzen. Bereits im Frühjahr 1895 hatten sie einen Accordtarif ausgearbeitet, der auf einem Minimallohn von 30 Mk. fußte. Als Arbeitszeit ist in diesem Tarif die bisher übliche neunstündige beibehalten. Die Arbeitszeit wird bereits seit 1882 ziemlich übereinstimmend im Sommer auf 11 Stunden (7—6 Uhr) mit 2 Stunden Pause und im Winter mit Pausen auf 8 bis 9 Stunden (kürzestens von 8—4 Uhr) angegeben. Der zu verlangende Lohnsatz ist indes noch nicht endgültig beschlossen, vielmehr soll jetzt ein Minimalsatz, der für Maler und Anstreicher gemeinsam gilt, wahrscheinlich 27 Mk., aufgestellt werden. Seine Festsetzung soll später erfolgen, vorläufig wird im Vereine, in Versammlungen und Werkstätten mit Eifer für den Streik agitiert und ein Streikfonds gesammelt. — Die Kündigungsfrist ist im Malergewerbe fast vollständig abgeschafft. Von beiden Seiten kann das Arbeitsverhältnis jeden Tag gelöst werden, und die kleinen Geschäfte machen unbeschränkten Gebrauch davon. Die größeren halten als Tag der Entlassung meist noch den Sonnabend fest.

Die Lohnerhöhung bedeutet gegenüber früheren Zeiten, wie sie sich

in den Wochenlöhnen ausdrückt, noch nicht notwendig eine entsprechende Erhöhung des Jahresverdienstes, weil die arbeitslose Zeit des Jahres für den Einzelnen größer geworden ist. Die Feststellung der Arbeitslosigkeit ist das notwendige Korrelat zum Verständnis der Löhne. Für ihre Erkenntnis haben wir mehrere Annäherungswerte in statistischen Zahlen. Zunächst in den Volks- und Gewerbezählungen.

Der ungefähre Umfang der winterlichen Arbeitslosigkeit ist einem Vergleich der Berufs- und der Gewerbestatistik bei den Winterzählungen zu entnehmen. Abhängige Maler sind in Berlin

	gezählt	als in Malerbetrieben beschäftigt angegeben
1. Dezember 1875	3252	1353
" 1890	6070	1375.

Aber auch am 4. Juni 1882 scheint noch Arbeitslosigkeit genug vorhanden zu sein, denn da lauten die entsprechenden Zahlen:

3638	2123.

Für die neuere Zeit giebt die Mitgliederzahl der Krankenkassen das Schwanken der Arbeitsgelegenheit nach Monaten wieder, da die Arbeiter, falls sie Arbeit haben, diesen angehören müssen, bei Arbeitslosigkeit dagegen so gut wie immer aus Ersparnisrücksichten austreten. Die Mitgliederzahl der Ortskrankenkasse der Maler, die bis vor kurzem (neuerdings sind einige Scheuerfrauen u. a. aus Malerwerkstätten einbezogen) nur männliche Mitglieder hatte, war nun die folgende:

Monat	Zahl der Mitglieder	Auf 100 Mitglieder im Jahresdurchschnitt kommen im nebenstehenden Monat: Maler	Berl. gewerbl. Arb. überh., männlich	Maurer
Anfang Januar 1893	2605	67	94	99
" Februar "	2885	74	95	98
" März "	3069	79	96	96
" April "	3510	90	97	93
" Mai "	4419	114	102	102
" Juni "	4406	113	102	105
" Juli "	4612	119	103	108
" August "	5646	145	103	105
" September "	5670	146	103	103
" Oktober "	4683	121	103	102
" November "	3945	102	104	98
" Dezember "	2884	74	101	97
" Januar 1894	2185	56	97	88
Jahresdurchschnitt 1893	3886	100	100	100

Nicht geringer waren die Schwankungen im folgenden Jahre.

1894	Mitglieder	Auf 100 im Jahresdurchschnitt
1. Januar	2185	57
1. Februar	2936	77
1. März	3136	83
1. April	3747	99
1. Mai	4617	122
1. Juni	4806	127
1. Juli	4272	113
1. August	5099	135
1. September	5603	148
1. Oktober	4352	115
1. November	3098	82
1. Dezember	2826	74
31. "	2562	68
Jahresdurchschnitt	3788	100

Die Schwankungen sind also in beiden Jahren ganz außerordentlich erheblich, sie sind relativ noch weit größer als bei dem durch seine große Arbeitslosigkeit besonders bekannten Maurergewerbe. Allerdings sind die Zahlen der Ortskrankenkasse nicht unbedingt für das ganze Gewerbe maßgebend, da für Maler außer dieser Kasse in Berlin noch mehrere Zahlstellen der über ganz Deutschland verteilten „Freien Hilfskasse" bestehen, der ein wenn auch kleinerer, so doch immerhin beträchtlicher Teil der Arbeiterschaft angehört. Letztere Kasse bietet, seit den Hilfskassen seitens der Regierung ihre Position dadurch erschwert worden ist, daß sie zur Ansammlung eines hohen Reservefonds angehalten werden, bei höheren Beiträgen auch nur die gleichen Leistungen. Ihre Beliebtheit bei den Arbeitern geht in jene Zeit zurück, wo während des Socialistengesetzes die freien Kassen ein Zufluchtsort für die Bethätigung und Sammlung der Arbeiterpartei waren. Von daher halten noch viele alte und festangestellte Arbeiter an ihr fest, obschon jetzt auch die Ortskrankenkasse überwiegend in den Händen der socialistischen Arbeiter ist. Außerdem wird die Hilfskasse von vielen Arbeitgebern begünstigt, weil sie zu ihr keine Beiträge zu zahlen brauchen. Manche Meister nehmen aus diesem Grunde nur solche Arbeiter an, die der freien Hilfskasse angehören. Wegen der Mitgliedschaft jener alten Arbeiter hat die Hilfskasse relativ etwas geringere Arbeitslosigkeit. Die Ortskrankenkasse hat dagegen meist die jüngeren zugewanderten Arbeiter zu Mitgliedern, die zum Teil regelmäßig im Winter ohne Arbeit sind und den Winter dann in ihrer Heimat zubringen.

Demnach stellt sich also im ganzen Gewerbe die relative Arbeitslosigkeit etwas niedriger, die absolute aber — in der einen Kasse sind allein im Januar 3500 Arbeiter weniger beschäftigt als im September — noch bedeutend höher, als aus den vorstehenden Tabellen ersichtlich ist.

Die Thatsache der sehr großen Arbeitslosigkeit bestätigt auch die Statistik der beiden Arbeitsnachweise nach Monaten. Während früher der Nachweis der Innung gesondert und in kleinerem Umfang bestand, ist er seit dem Sommer 1894 dem Berliner „Centralverein für Arbeitsnachweis" eingegliedert und führt eine genaue Statistik.

		Es haben sich gemeldet		Es haben Arbeit erhalten	
		Maler	Anstreicher	Maler	Anstreicher
Juli	1894	471	182	343	95
August	=	456	120	283	105
September	=	393	113	373	109
Oktober	=	403	96	189	37
November	=	81	4	30	2
Dezember	=	24	2	16	2
Januar	1895	100	27	8	4
Februar	=	103	29	22	3
März	=	257	74	161	34
April	=	389	124	295	97
Mai	=	332	114	325	95
Juni	=	395	99	252	86
Juli	=	463	121	542	158
August	=	583	147	445	103

Daneben besteht für die Mitglieder der Vereinigung der Maler u. s. w. ein besonderer von den Arbeitern eingerichteter Nachweis, dessen Zahlen die große Arbeitslosigkeit des Winters gleichfalls erkennen lassen. Der Nachweis hat Stellen vergeben an

1894 im	Maler	Anstreicher	Nicht besetzt wurden Stellen
Januar	5	2	—
Februar	21	4	—
März	107	25	5
April	397	72	20
Mai	123	31	6
Juni	84	15	—
Juli	290	38	—
August	184	32	—

1894 im	Maler	Anstreicher	Nicht besetzt wurden Stellen
September	314	81	—
Oktober	187	19	—
November	19	—	—
Dezember	9	—	—

In den meisten Monaten hatten sich noch erheblich mehr Arbeitsuchende gemeldet, als Stellen zu vergeben waren. Die Zahlenreihen der Arbeitsvermittlung ergeben ebenso wie diejenigen der Ortskrankenkasse das Vorhandensein einer starken Arbeitslosigkeit im Winter, und die ständige Gefahr der Arbeitslosigkeit macht hier wie im ganzen Baugewerbe hohe Löhne zu einer Notwendigkeit, und hindert ihr starkes Herabsinken. Die Momente, welche die Arbeitslosigkeit mildern können, sind in Berlin von minimalem Einfluß. Es kommt verschwindend wenig vor, daß Berliner Maler in Badeorten, wo die Arbeiten in den Winter fallen, eine Winterbeschäftigung in ihrem Berufe finden. Vereinzelte können wohl zu Zeiten ungelernte Arbeit verrichten; durch Notstandsarbeiten, Schneeschippen, Schlittschuhanschnallen, Zettelverteilen, finden einige eine Nebeneinnahme, durch Handel mit Weihnachtsbäumen und Hausieren verschaffen sich einige andere etwas Verdienst; aber bei der großen Masse von arbeitslosen ungelernten Arbeitern in Berlin ist Winterarbeit überhaupt schwer zu haben und wird außerdem meist sehr schlecht bezahlt. Auch erschwert das ausgeprägtere Selbstbewußtsein der gelernten Arbeiter und ihre größere Sorgfalt für Anzug und Aussehen ihnen die Annahme gewöhnlicher Arbeit sehr. „Wer in anständigen Kleidern kommt, wird bei Notstandsarbeiten zurückgewiesen, und wer zerlumpt geht, der ist in seinem eigenen Gewerbe drunter durch.“ So kommt es, daß die gelegentliche Winterarbeit einen für das ganze Gewerbe fühlbaren Einfluß nicht hat.

In gleicher Weise für die Mitglieder des Malerhandwerks nachteilig und deshalb auch in der Richtung auf eine ausgleichende Lohnsteigerung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse wirksam ist die Gefährlichkeit des Berufs. Nach dem Ausweis der Ortskrankenkassen sind 1893 von je 100 Mitgliedern

	erkrankt	gestorben	Krankheitstage pro Mitglied
Maler	62,6	1,38	14,93
Maurer	46,3	1,14	12,44
Durchschnitt aller männl. gewerbl. Arbeiter	40,0	1,17	9,68

Der Vergleich der Maler mit dem Durchschnitt der gewerblichen Arbeiter zeigt, daß ihre Gesundheitsverhältnisse sehr schlechte sind, und der

Vergleich mit den Maurern zeigt weiter, daß nicht nur die allgemeinen Verhältnisse des Bauhandwerks die Schuld daran tragen. Die Berufskrankheit der Maler steht trotz der Abschaffung des Farbenreibens unter den Krankheitsursachen noch immer oben an. Von den 2511 Erkrankten litten 638 an Bleivergiftung, 538 an Lungenleiden, 438 an Rheumatismus, 141 an Influenza und 771 an verschiedenen Krankheiten.

Gegen ein übermäßiges Sinken der Löhne wirkt auch die Leichtigkeit, mit der ein Malergehilfe selbständig werden kann. Nach Meinung der Innung hat heut noch jeder strebsame Gehilfe Aussicht, Meister zu werden; Betriebskapital ist dazu erwünscht, aber nicht unbedingt erforderlich, jedenfalls kann das kleine Kapital für Geräte bald erspart werden. Ausbildung und Tradition verweisen den Gehilfen auf diesen Weg. Nach 4 Lehrjahren, 3—5 Gesellenjahren, also im Alter von etwa 24—25 Jahren etabliert sich auch heute noch wie zur Zeit der Zünfte eine große Zahl der Gewerbsgenossen. Die Zahl der bei der Berliner Innung abgelegten Meisterprüfungen beträgt jährlich etwa 50—100. Eine große Anzahl der älteren gelernten Arbeiter in Berlin ist schon längere oder kürzere Zeit selbständig gewesen und dann freiwillig wieder in ihr Arbeitsverhältnis zurückgekehrt. Diese Thatsache und die Möglichkeit ihrer Verallgemeinerung gestatten es den größeren Betrieben nicht, mit niedrigen Löhnen sich einen tüchtigen Arbeiterstamm zu erhalten. Die Meister behaupten, wenn gegenwärtig tüchtige Gesellen nicht Meister würden, so geschähe es deshalb, weil sie ein ebenso hohes oder höheres Einkommen durch Lohn verdienen, als sie als Meister haben würden, und zwar bei geringerem Risiko und weniger Arbeit. Die Gehilfen erkennen diese Darlegung als richtig an. Manche Gesellen kommen in der That auf 1200 Mk. Jahreseinkommen — die Berufsgenossenschaft nimmt 1000 Mk. im Durchschnitt an — ein Einkommen, das dem der kleinen Meister entsprechen würde. Das ist ein im Vergleich zu den Lebensbedürfnissen kaum ausreichendes, im Vergleich zu der Lage der meisten anderen Arbeiter und der untergehender Kleinmeister aber noch günstiges Einkommen.

Indes steht ein Einkommen von 1200 Mk. für den Arbeiter schon weit über dem Durchschnitt. In einem Großbetriebe werden 1000—1100 Mk. als Durchschnitt angegeben. Ein Arbeiter, der 1894 einen Wochenlohn von 27 Mk. verdiente und das ganze Jahr hindurch in Arbeit war, hat eine Jahreseinnahme von 1268 Mk. gehabt, das ist also so ziemlich das höchste, was ein tüchtiger Arbeiter erreichen kann. Ein anderer Arbeiter hat 1894 bei 27 Mk. pro Woche und 32 Wochen Arbeit 768 Mk. verdient, ein dritter bei 24 Mk. pro Woche und voller Beschäftigung 1120 Mk.

Zur besseren Beurteilung der Höhe dieser Einnahmen diene hier die Ausgabenberechnung einer jener Arbeiterfamilien, fleißiger und strebsamer Leute, die billig leben und keine ungewöhnlichen Ausgaben hatten. Die Ausgaben betragen für Mann, Frau und 2 Kinder

Wohnungsmiete	270,00	Mk.
Steuern	12,00	"
Zeitung	13,20	"
Kleidung, Schuhe u. s. w.	140,00	"
Kost (15 Mk. pro Woche)	780,00	"
Feuerung	25,00	"
Licht	10,40	"
Zusammen	1250,60	Mk.

Die Einnahme deckt also im günstigsten Falle, wenn keine Krankheiten, Arbeitslosigkeit, Lohnausfälle hinzutreten, gerade die Ausgaben, in denen keine Aufwendungen für Vergnügen und Erholung enthalten sind. In allen anderen Fällen muß bei Arbeitern und den Kleinmeistern, die in gleicher Vermögenslage sind, das Gleichgewicht im Haushalt durch Arbeiten der Frau, oft genug auch durch Frühstück- oder Zeitungaustragen der Kinder, bei vorübergehenden Notfällen durch Stunden der Miete und Versetzen der Einrichtung hergestellt werden.

Nicht nur die leichte Etablierungsmöglichkeit hält die Einnahmen der gelernten Arbeiter und der kleinen kapitallosen Meister auf ungefähr dem gleichen Niveau, sondern auch die Erscheinung, daß jede der beiden Kategorien auch gelegentlich in das Arbeitsgebiet des anderen übergreift. Kleine Meister übernehmen Aufträge nicht nur von direkten Kunden, sondern auch von anderen größeren Geschäften, die gerade sehr beschäftigt sind oder die planmäßig Arbeiten übernehmen, um sie an kleinere Handwerker billiger weiter zu vergeben, und sie arbeiten so in einer Mittelstellung zwischen Selbständigkeit und Abhängigkeit. Umgekehrt drängen sich auch Abhängige gelegentlich zu solchen Arbeiten. Und wenn der Zufall einem Gehilfen die Gelegenheit bietet, einen Bau oder einen Neuanstrich selbständig zu übernehmen, so greift er sehr häufig zu, giebt seine Stellung auf und sucht sich nach Beendigung der Arbeit eine neue. Noch mehr aber bemühen sich die Gehilfen bei Arbeitslosigkeit um solche Aufträge und nehmen dann auch mit einer sehr geringen Bezahlung vorlieb, um nur über die arbeitslose Zeit hinweg zu kommen. Die leichte Möglichkeit derartiger selbständiger Thätigkeit drückt die Gewinne der Kleinmeister durchweg auf und bisweilen unter das Niveau des Gesellenlohns, sie bildet aber andererseits gegen das zu weite Herabgehen der Löhne immerhin einen gewissen Schutz.

Die Anstreicher, die nach den Arbeitsnachweis-Tabellen in ziemlich erheblicher Zahl vorkommen — die Ortskrankenkasse schätzt, daß $^2/_3$ der Arbeiter gelernte Gehilfen, $^1/_3$ Anstreicher sind — sind die ungelernten Arbeiter des Gewerbes. Ihre Löhne sind bisher bedeutend geringer als die der Gehilfen. Sie kommen aus allen möglichen anderen Berufen und werden für die einfachsten Arbeiten des Anstreichens verwandt. Nach Aussage des Innungsobermeisters beschäftigen ordentliche Meister, die auf sorgfältige Arbeit halten, überhaupt keine Anstreicher. Auch manche größeren Geschäfte, die bei ihrem Kundenkreis auf gute Ausführung der Arbeit sehen müssen, stellen sie nur in geringer Zahl an. Andererseits wirkt aber neuerdings der Preisdruck und die verschärfte Konkurrenz dahin, bisweilen Anstreicher als Gehilfen zu beschäftigen für Arbeiten, die eigentlich besondere Geschicklichkeit erfordern und die von ihnen minderwertig ausgeführt werden. In jeder Art und Größenklasse der Betriebe kommen sie vor. Die Ausbildung der Specialarbeiter in Großbetrieben wirkt hinwiederum dahin, daß die Gehilfen zum kleinen Teil in sehr gut bezahlte Kunsthandwerker verwandelt, zum größeren aber allmählich zu Anstreichern herabgedrückt werden. Die Arbeiter erkennen die Gefahren einer solchen Degradierung in Stellung und Einkommen sehr wohl. Die Anstreicher sind schon lange in die Vereine der Maler aufgenommen, und ihre Interessen werden als solidarisch mit denen der Maler angesehen. Jetzt beabsichtigen die Gehilfen die Bestrebung, sie auf das niedrige Lohnniveau der Anstreicher herabzudrücken, dadurch zu parieren, daß sie in einer großen Lohnbewegung gleiche Minimallöhne für Gehilfen und Anstreicher fordern, also die Löhne der letzteren ihren eigenen anpassen wollen.

8. Die Stellung der Handwerker zu ihren Kunden.

Die Arbeiten, die im Malergewerbe auszuführen sind, sind schon im 3. Abschnitt angegeben worden. Die Erneuerungsarbeiten an fertigen Gebäuden, Fassadenanstriche und Arbeiten im Innern, werden von den Hausbesitzern den ihnen bekannten Firmen übertragen. Hier bildet sich für eine große Zahl namentlich mittlerer Meister eine feste Kundschaft und eine sichere Einnahmequelle heraus. Hier kommt die Zahlung sofort nach Vollendung der Arbeit noch etwas häufiger vor, auch Abschlagszahlungen, die schon vorher gegeben werden, kommen vor. Die Preise werden durch Übereinkommen zugleich mit der Art der Ausführung festgesetzt. Sie sind in den letzten Jahren infolge der verschärften Konkurrenz und der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem wie in fast sämtlichen Gewerben im

allgemeinen zurückgegangen. Normalpreise sind seitens der Innung oder sonstwie nicht aufgestellt worden und würden auch keinen Zweck haben, da die Ausführung und demnach der Preis jeder einzelnen Arbeit zahlreiche Unterschiede zulassen. Freilich giebt es auch viele Kunden, welche die alte Unsitte, die Handwerker sehr lange auf Bezahlung warten zu lassen, hier ebenfalls zur Anwendung bringen. Ihnen gegenüber ist der Meister, der nicht auf ihre Kundschaft gänzlich verzichten will, wehrlos; er muß es ganz ihrer Koulanz überlassen, wann sie zahlen wollen. Es gilt schon für günstig, wenn die Zahlung noch im laufenden Jahre erfolgt. Aber dafür ist das Geld wenigstens verhältnismäßig sicher.

Weit weniger in den Bahnen der alten Handwerksgebräuche bewegt sich dagegen die Art, in welcher die Arbeiten an Neubauten vergeben werden. Da ist bei größeren, insbesondere bei behördlichen Bauten die Form der Submission allgemein gebräuchlich, und sie zerstört fortwährend alle Ansätze einer gleichmäßigen Preisbildung und einer bestimmten Kundschaft. Sie erfordert eine genaue kaufmännische Berechnung der Kosten und eine Übersicht über die Lage der Nachfrage. In diesem Punkte ist der Handwerker den Inhabern größerer Betriebe wenig gewachsen. Wenn kapitalkräftigere Handwerksbetriebe zusammenbrechen, so haben sie meist dadurch Schaden genommen.

Die Staatsbehörden fordern gewöhnlich eine kleine Zahl von Gewerbtreibenden zur Beteiligung an der Submission auf und erteilen dann regelmäßig dem Mindestfordernden den Zuschlag. Die städtischen Submissionen sind, da meist eine größere Anzahl von Firmen, namentlich auch kleinere, aufgefordert werden, thatsächlich so gut wie unbeschränkt, der Magistrat kann zwar unter den drei Mindestgeboten eins aussuchen, doch erhält auch hier der Mindestfordernde regelmäßig den Zuschlag. Die Forderungen sind in jedem Fall außerordentlich von einander abweichend. Deshalb wird von allen, welche die Arbeit erhalten wollen, von vorn herein die niedrigste ihnen möglich erscheinende Forderung gestellt. Und trotzdem gehen die Gebote so sehr auseinander, daß das niedrigste oft 50, bisweilen 75 Prozent niedriger ist als das höchste. Die niedrigen Gebote werden einmal von den großen Firmen abgegeben, deren Betrieb auf solche Arbeiten besonders zugeschnitten ist, und die sie deshalb billiger leisten können. Zuweilen machen die großen Betriebe auch absichtlich so niedrige Angebote, daß sie nicht auf ihre Kosten kommen. Sie wollen dann entweder kleine Konkurrenten aus dem Felde schlagen oder zur Winterzeit ihre Leute überhaupt nur, bei den niedrigsten Löhnen und Gewinnen, beschäftigen. Oder sie meinen einer Behörde oder ihrem Leiter mit der billigen Ausführung einen

Gefallen zu thun, sie wollen sich dadurch die Anwartschaft auf die fest und besser bezahlten Erneuerungsarbeiten der gleichen Behörde sichern. Aber auch die kleineren Geschäfte tragen, soweit sie sich an den Submissionen beteiligen, zum Preisdruck viel bei. Manchen fehlt die Übersicht und Überlegung, um die Selbstkosten richtig abzuschätzen, sie müssen infolgedessen schließlich unter den eigenen Kosten arbeiten, haben schwere Verluste und gehen nicht selten zu Grunde. Andere Geschäfte arbeiten mit Absicht so billig, sie wissen, daß sie die Arbeiten nicht zum ausbedungenen Preise machen können und haben von vorn herein nicht die Absicht, die Materialien und Löhne richtig zu bezahlen. Alles das drückt die Preise, und die Folge davon ist, daß schlechtere Arbeit geleistet, schlechteres Material verwandt wird, als ausbedungen ist. Gerade Malerarbeit läßt mehr als jede andere die größten Unterschiede in Güte der Materialien, Solidität der Ausführung und Geschicklichkeit der Arbeit zu, ohne daß die Unterschiede sofort allzusehr ins Auge springen. So erklärt es sich beispielsweise, daß ernsthafte Forderungen für die Malerarbeiten an einer Brücke, wo der Anstrich also vor allem wichtigen Sicherheitszwecken dient, zwischen 4100 und 860 Mk. schwanken konnten, bei einem städtischen Krankenhaus zwischen 37600 und 19000 Mk., an einem staatlichen Gebäude zwischen 43000 und 18000 Mk. u. s. w. Nur in ganz krassen Fällen tritt das Ungenügende der Submissionsarbeit ans Licht. So mußten z. B. bei einer Markthalle die Malerarbeiten wegen schlechter Ausführung dreimal inhibiert und schließlich dem Unternehmer abgenommen und einem anderen übertragen werden, der sie dann um 5000 Mk. teurer lieferte.

Werden die größeren Geschäfte durch den Preisdruck der Submissionen sehr geschädigt, so haben die kleinen unter den Mißbräuchen, die bei Privatbauten der Bauunternehmer eingerissen sind, noch weit empfindlicher zu leiden. Die Mißbräuche sind so schlimm, daß große und auch gut situierte kleinere Geschäfte Arbeiten an solchen Bauten principiell nicht annehmen.

Von soliden Bauunternehmern und privaten Bauherren wird in der Weise bezahlt, daß jeder Gegenstand, jede Wand, Fassade, Decke, Fenster u. a. einzeln und zwar wieder je nach der Güte der Ausführung verschieden berechnet wird. Die Innung sucht diese Bezahlungsart mit aller Kraft zu fördern und bekämpft in jeder Weise die daneben noch übliche Sitte, die sämtlichen Maler- und Anstreicherarbeiten bei Neubauten auf dem Submissionswege oder freihändig zu einem festen Satze für den Quadratmeter oder Quadratfuß der bebauten Grundfläche zu berechnen. Diese Berechnungsmethode ist bei Maurerarbeiten üblich und auch angebracht, denn der Maurer kann im voraus übersehen, wie viel Material und Arbeit er zu

einem Bau von bestimmter Grundfläche und Höhe brauchen wird. Nun ist aber diese Methode durch die Bequemlichkeit der Bauunternehmer auf die Malerarbeiten übertragen worden, wohin sie durchaus nicht paßt, da zwei gleich große Häuser je nach der Ausstattung der Decken, Zimmer u. a. ganz verschiedene Mengen Malerarbeit brauchen können. Die Voranschläge auf Grund dieses Systems sind fast stets zu niedrig und haben schon manchen Handwerker wirtschaftlich zu Grunde gerichtet. Begünstigt wird das genannte unwirtschaftliche Verfahren durch die gewerbsmäßigen Bauspekulanten, die auf diese wie auf jede andere Weise die Preise der Arbeiten herunterzudrücken suchen.

Die Bezahlung geschieht bei soliden Neubauten so, daß etwa $^{2}/_{3}$ während der Bauausführung gezahlt werden und $^{1}/_{3}$ in einer Handwerkerhypothek eingetragen wird. Das letztere wird bei Regelung der Feuerkasse beglichen, doch kommt es auch häufig vor, daß die Hypotheken Jahre lang stehen bleiben müssen. Besonders bei zweifelhaften Bauunternehmungen muß oft ein sehr langer Kredit gewährt werden, und vielfach ist überhaupt keine Bezahlung zu erlangen. Giebt es ja doch in Berlin eine ziemlich verbreitete ungesunde Bauspekulation, welche die Nichtbezahlung der Handwerker bei den von vorn herein in Aussicht genommenen Konkursen der als Unternehmer vorgeschobenen Strohmänner zu einem förmlichen System ausgebildet hat. Bei solchen Konkursen kommen die Maler am schlechtesten weg; ihre Arbeiten sind die letzten an dem Neubau, sie haben erst die wenigsten Raten der Abschlagszahlungen bekommen, sie stehen in der Handwerkerhypothek an letzter Stelle und fallen dort in der Regel ganz aus. Dagegen wird auch kaufmännische Einsicht und Vorsicht hier mehr Erfolge erzielen als bei den anderen Bauhandwerkern. Denn bis ein Neubau Malerarbeiten braucht, kann sich ein vorsichtiges Geschäft lange informiert haben, ob es sich um ein Schwindelunternehmen handelt, und kann sich eventuell von der Beteiligung zurückhalten. Deshalb sind bei den Malern die größeren und überhaupt die gut fundierten Geschäfte wenig an den Verlusten beteiligt.

Aber die kapitallosen Kleinmeister sind teils diesen kaufmännischen Anforderungen nicht gewachsen, oder aber die Beschäftigungslosigkeit und die Not sprechen lauter als die Geschäftsklugheit, und so kommt es, daß die Bauspekulation viele von ihnen wirtschaftlich zu Grunde richtet. Der besonders krasse Fall der Schädigung eines Handwerkers durch die Spekulation, der im Sommer 1894 in Berlin das größte Aufsehen erregte und den kräftigsten Anstoß zu der Bewegung für die Vorrechte der Bauhandwerker gab, betraf einen Maler. Der hochgeachtete Innungsmeister Seeger

wurde durch die Bauspekulation vollständig zu Grunde gerichtet und mit Frau und 4 Kindern zum Selbstmord getrieben, weil er sich trotz allen Fleißes und aller Vorsicht infolge des Ausfalls mehrerer Forderungen außer stande sah, seine Gläubiger und seine Arbeiter zu befriedigen. Infolge dieses Falles entstand eine lebhafte Agitation, welche den Handwerkerforderungen bei Neubauten in irgend einer Weise Vorrang und Sicherheit zu verschaffen suchte. Aber bisher ist aus den mannigfachen dahinzielenden Vorschlägen noch keiner auf allgemeine Zustimmung gestoßen und der Verwirklichung näher gebracht.

9. Einkommens- und sociale Verhältnisse.

Entsprechend der Organisation des Gewerbes, in dem die kleinen Betriebe der Zahl nach noch ganz überwiegen, überwiegen auch die mäßigen und geringen Einkommen. Der Geschäftsverdienst geht der Beschäftigung und der Roheinnahme einigermaßen parallel und beträgt etwa 20—30 % davon, selten mehr oder weniger. Die Einnahmen der Großbetriebe weichen unter sich und von den anderen so weit ab, daß dafür keine allgemeingültigen Zahlen genannt werden können. Als Typen der Handwerkerbetriebe und ihrer Einnahmen stellt der Obermeister der Innung die folgenden auf:

1.	mittlerer Betrieb mit Arbeit für	10 000	Mk.	verdient ca.	2500	Mk.
2.	kleiner " " " "	7 500	"	" "	1500	"
3.	ganz kleiner " " " "	5 000	"	" "	1000	"

Im Vergleich damit sei noch einmal daran erinnert, daß die Einnahme eines älteren tüchtigen Gesellen 1000—1200 Mk. beträgt, sowie daß der Bedarf einer Arbeiterfamilie mit über 1200 Mk. ermittelt war. Eine Meisterfamilie, deren Haupt diese Einnahme nicht erreicht, ist in noch mißlicherer Lage als die Arbeiter, weil die ängstlich gehütete „Standesehre" dem Meister die Verrichtung ungelernter Arbeit, seiner Frau und seinen Kindern einen lohnenden Nebenverdienst noch weniger gestattet.

Der Verdienst wird kleiner oder verschwindet, wenn die Roheinnahme ausbleibt, wenn also der Bauunternehmer nicht zahlt; in diesem Falle gehen auch die Barauslagen verloren und das Geschäft geht häufig zu Grunde. Durch solche Ursachen kommt es wohl, daß z. B. im Jahre 1893: 11 Mitglieder der Berliner Innung ihren Beitrag für die Berufsgenossenschaft nicht zahlen konnten und die Zwangsvollstreckung fruchtlos blieb. Noch bezeichnender für die unsichere Stellung der kleinen kapitallosen Handwerker ist es, daß eine lange Reihe von Zwangsvollstreckungen, welche die

Ortskrankenkasse, um die Arbeitgeberbeiträge zu erhalten, veranlaßte, fruchtlos bezw. unausführbar waren, 1893 bei 89, 1894 bei 55 Firmen. Diese Zahlen lassen sowohl die Lage der kleinen Meister als die der bei ihnen arbeitenden Arbeiter als sehr bedenklich erscheinen.

Diesen traurigen Verhältnissen stehen jedoch auch wieder Fälle gegenüber, daß das Handwerk ein sicheres, behagliches und befriedigendes Auskommen gewährt. Es kommt in Berlin noch ziemlich oft vor, daß die Söhne der Maler wieder Maler werden, ein Zeichen, daß das Gewerbe noch vielfach wirtschaftlich befriedigt. Gerade die Söhne der Meister sind auch durch ihre angeborene Geschicklichkeit oft in der Lage, ihr Gewerbe zum Kunsthandwerk zu gestalten und dann ein höheres Einkommen vermöge des Kunstwerts ihrer Leistungen zu erzielen. Zwar ein so hohes Einkommen, wie in alten Zeiten, als die Handwerker in ihren Leistungen Künstler waren[1], wird jetzt innerhalb des Handwerks nicht mehr erzielt. Wohl aber werden Handwerkersöhne ziemlich häufig Künstler und treten dadurch in bessere wirtschaftliche und sociale Verhältnisse. Überhaupt giebt die nie ganz unterbrochene stete Wechselwirkung zwischen Handwerk und Kunst dem Malergewerbe ein erhöhtes sociales Bewußtsein, führt ihm tüchtige Kräfte zu und findet schon in manchen Äußerlichkeiten einen sofort sichtbaren Ausdruck. Die Bemühungen, im Aussehen, Tracht und Auftreten die Zugehörigkeit zu einem der Kunst verwandten Gewerbe zu Ausdruck zu bringen, heben namentlich den jüngeren selbständigen Maler sehr deutlich von seinen Altersgenossen in anderen Gewerben ab.

Allerdings ist es neuerdings auch im Malergewerbe in der Mehrzahl der Fälle so, daß der Sohn nicht in das Handwerk des Vaters eintritt. Der Ersatz für diesen Ausfall kommt einmal durch Söhne von andern Handwerkern, vor allem aber durch Arbeiterkinder. Ein Aussuchen der Lehrlinge nach Stand und Wohlhabenheit der Eltern findet seitens der Meister nicht statt, im Gegenteil kommen die Malerlehrlinge schon seit Jahrzehnten vor allem aus den ärmsten Gesellschaftsklassen. Diese Abstammung läßt ihnen auf keinen Fall eine unsichere selbständige Existenz wünschenswerter erscheinen als eine Arbeiterstelle mit gleichem Einkommen. — So läßt schon die Zusammensetzung der Lehrlinge den kleineren und abnehmenden Teil mehr für die Selbständigkeit, den größeren für abhängige Stellungen geeignet erscheinen.

---

[1] Lucas Kranach der Ältere erhielt für sein Altargemälde in Weimar 571 Fl., das sind nach den Roggenpreisen umgerechnet 8881,50 Mk. (Koch, Beiträge zur Geschichte des Deutschen Handwerks).

Die alte Sitte, daß der Handwerker im eigenen Hause wohnt, hat sich namentlich bei den älteren Geschäften noch mehrfach erhalten. Außerdem werden die Inhaber der Großbetriebe häufiger Hausbesitzer, da sie in fremdem Hause nicht leicht die geeigneten Räume für ihre Geräte und Vorräte finden. Auch durch Übernahme bei Zwangsversteigerungen gerät manches neue Haus in den Besitz eines Malers, der seine Forderung nicht ausfallen lassen will. Die große Mehrzahl der Meister aber hat in Berlin nur eine beschränkte Mietswohnung inne.

In der Berliner Wohnstatistik sind die Maler mit dem wirtschaftlich gleichartigen Gewerbe der Stuckateure zusammengeworfen, die Zahlen der Wohnstatistik werden daher für die Maler absolut zutreffender, wenn man sie um genau den zehnten Teil, den Anteil der Stuckateure, reduziert. Im einzelnen genau ist die Scheidung natürlich nicht durchzuführen, aber die Stuckateure werden wesentlich die gleiche Verteilung nach der Wohnungsgröße wie die Maler, höchstens eine etwas stärkere Vertretung der mittleren Gruppen haben. Für den Vergleich der Zahlen unter sich wird also durch eine Reduktion nichts wesentliches geändert. Bei der Zählung von 1885 sind für jedes Gewerbe die Wohnungen und ihre Bewohnerzahl nach Stockwerken und Zimmerzahl gruppiert, mit Unterscheidung der Selbständigen und der Gehilfen mit eigener Wohnung. Leider ist diese Auszählung 1890 nicht wiederholt worden. Die Wohnungen der selbständigen Maler und ihre Bewohnerzahl verteilen sich, wie folgt (W. = Wohnungen, B. = Bewohner):

	Erdgeschoß und Halbstock		I. Stock und mehrere		II. u. III. Stock		IV. u. V. Stock		Keller	
	W.	B.	W.	B.	W.	B.	W.	B.	W.	B.
Ohne heizb. Zimmer	1	5	1	3	1	2	1	7	2	8
Mit 1 " "	47	173	67	260	147	54	51	212	30	130
" 2 " "	69	305	115	538	237	1051	49	236	17	83
" 3 " "	38	181	85	421	129	649	12	62	5	26
" 4 " "	23	120	25	127	26	137	3	18	—	—
" 5 " "	3	18	9	49	11	79	—	—	1	8
" 6 u. mehr "	1	4	8	55	5	37	—	—	—	—
Überhaupt	182	806	310	1453	556	2496	116	535	55	255

Die Wohnungsverhältnisse bestätigen das über die Gruppierung der Betriebe nach Größe und Kapital Gesagte. Die 13 ganz großen Wohnungen und die 100 mit 4 oder 5 heizbaren Zimmern entsprechen ungefähr den

Zahlen für die großen und die gutsituierten mittleren Betriebe. Etwa 1/5 der Meister haben mittlere Wohnungen mit 3 heizbaren Zimmern, über 1/8 aber kleinere mit nur 2, und über 1/4 haben Wohnungen mit nur 1 heizbaren Zimmer, in dem je 4 bis 5 Leute wohnen. 6 Meister haben überhaupt kein heizbares Zimmer. Fast 1/20 von allen wohnt im Keller, doppelt so viel im IV. oder V. Stock. Dabei ist wohl zu beachten, daß jene Zahlen schon 10 Jahre alt sind und aus einer Zeit stammen, wo die Entwicklung der Großbetriebe erst in ihrem Anfange war. Heut werden die wenigen Gutsituierten noch reichlicher leben, dagegen durch ihre Konkurrenz eine noch größere Zahl in die ärmlichsten Verhältnisse herabgedrückt sein. Über die Hälfte der Gewerbegenossen lebte also schon damals in beschränkten oder in ärmlichen Verhältnissen. Besonders zeigt sich das auch durch einen Vergleich mit den Wohnungen der Gehilfen, die in vielen Fällen besser sind als die der Meister.

Die Wohnungen der abhängigen Maler und ihre Bewohnerzahl verteilen sich wie folgt (diese Tabelle ist auch bei der Beurteilung der Arbeiterverhältnisse für sich heranzuziehen):

	Erdgeschoß und Halbstock		I. Stock und mehrere		II. u. III. Stock		IV. u. V. Stock		Keller	
	W.	B.	W.	B.	W.	B.	W.	B.	W.	B.
Ohne heizb. Zimmer	5	12	4	11	4	10	5	14	1	3
Mit 1 „ „	153	557	271	1029	645	2439	406	1560	106	422
„ 2 „ „	43	191	71	321	226	1085	132	627	26	136
„ 3 „ „	4	21	4	23	21	127	9	41	1	5
„ 4 „ „	2	11	—	—	5	33	—	—	—	—
„ 5 „ „	—	—	—	—	1	6	—	—	—	—
„ 6 u. mehr „	—	—	1	11	—	—	—	—	—	—
Überhaupt	207	792	351	1395	902	3700	552	2242	134	566

Im Durchschnitt sind die Gehilfenwohnungen natürlich kleiner, weil hier die großen Einkommen fehlen. Nur vereinzelte Specialisten und Vorarbeiter (48) haben Wohnungen mit 3 und mehr Zimmern inne. Dagegen haben fast 1/4 Aller Wohnungen mit 2 heizbaren Zimmern, und während 348 Meister weniger als 2 heizbare Zimmer bewohnen, haben 546 Gehilfenfamilien größere Wohnungen inne — das beste Zeichen für die verminderte Rentabilität des kapitallosen Kleinbetriebs. Auch dabei ist zu beachten, daß in den letzten 10 Jahren durch die Fortschritte des regelmäßiger arbeitenden Großbetriebs wahrscheinlich noch mehr Gehilfen in die bessere

Lage aufgestiegen sind. Die Wohnungen ohne heizbare Zimmer und die Kellerwohnungen sind bei den Gehilfen relativ nur etwa um die Hälfte häufiger als bei den Meistern.

Für 1890 ist eine entsprechende Auszählung nicht vorhanden, die Auszählung der Wohnungen nach Berufen und Mietwertklassen unterscheidet nicht zwischen Selbständigen und Abhängigen. Sie ist daher weniger verwendbar, doch kann die Wohlhabenheit des Malergewerbes danach einigermaßen mit der der anderen Gewerbe verglichen werden. 3888 Wohnungen von Malern ohne Gewerberäume und 322 mit Gewerberäumen sind 1890 aufgenommen. Von je 100 Wohnungen

	mit Gewerberäumen der			ohne Gewerberäume der		
	Maler	Bauhandwerker überh.	Gewerbetreibenden überh.	Maler	Bauhandwerker überh.	Gewerbetreibenden überh.
Mietwert	gehören der nebenstehenden Jahresmietwertklasse an					
bis 150 Mk.	—	0,4	0,5	4,5	4,1	6,5
150 - 300 -	2,8	3,9	3,4	61,7	62,5	47,0
300 - 450 -	10,3	9,0	8,8	22,5	18,5	21,8
450 - 600 -	20,8	15,5	11,9	5,8	5,6	8,6
600 - 900 -	35,4	25,0	19,7	4,2	4,9	7,7
900 - 1200 -	16,5	13,3	14,6	0,9	1,8	3,2
1200 - 1800 -	9,3	14,4	17,4	0,3	1,5	2,9
1800 - 2400 -	3,4	7,1	9,3	0,1	0,7	1,2
2400 - 3000 -	0,9	4,4	5,0	0,0	0,2	0,5
3000 - 6000 -	0,3	5,2	6,9	—	0,2	0,5
über 6000 -	0,3	1,8	2,5	—	0,0	0,1

Bei den Wohnungen mit Gewerberäumen sind die mit 300—900 Mk. Miete nicht nur absolut am höchsten, sondern auch weit über dem Bauhandwerker- und dem allgemeinen Durchschnitt vertreten. Wohnungen mit über 1800 Mk. Miete sind sehr selten. Die Wohnungen ohne Gewerberäume liegen bei den Malern zu fast 7/8 in der Preislage von 150 bis 450 Mk., ebenfalls in überdurchschnittlicher Zahl. Nur 10 Prozent gehen bis zur doppelten Höhe, nur 1 Prozent noch über 900 Mk. hinaus, während im übrigen Baugewerbe und im Durchschnitt der Gewerbtreibenden jene teuren Wohnungen häufiger sind.

Maßregeln zur Verbesserung und Sicherung der wirtschaftlichen Lage der Meister sind wenige zu nennen. Die Innung unterhält für ihre Mitglieder eine Sterbekasse, aus der beim Tode eines Mitgliedes pro Mitglied

1 Mk., also im ganzen etwa 450 Mk. an die Hinterbliebenen gezahlt wird. Die Fachschule der Innung, die Bemühungen, die Mitglieder zum Anschluß an das Materialien-Untersuchungsamt in Kiel zu veranlassen, sind schon erwähnt. Am meisten wird seitens der Maler von wirtschaftspolitischen Maßnahmen für die Besserung ihrer Lage erwartet. Wenn auch das Lehrlingsprivileg viel dazu beiträgt, die Innung zusammen zu halten, so zeigt doch die allgemeine Beteiligung und das Interesse der Meister für die Innung — trotz der nicht unerheblichen Kosten: Jahresbeitrag 6 Mk., Eintrittsgeld 10 Mk., dazu Prüfungsarbeit im Wert von mindestens 60 Mk. und Prüfungsgebühr von 10 Mk. — daß sie die Zustände ihres Gewerbes für besserungsfähig halten und daß sie zu dem Wirken der Innung nach dieser Richtung hin Zutrauen haben.

10. Die wirtschaftliche Lage des Handwerks und seine Aussichten.

Wiederholen wir, was sich aus den Einzelausführungen der vorhergehenden Abschnitte über die gegenwärtige Lage des Handwerks ergiebt, so erhalten wir folgendes Bild. Dem Malergewerbe ist sein ursprüngliches Arbeitsgebiet in Berlin größtenteils erhalten geblieben. Durch Zurückdrängung der vereinzelten Malerarbeiten von Tischlern und Glasern ist es sogar noch mehr gesichert worden. Nur die Anstricharbeiten der Dachdecker schränken das Arbeitsgebiet des Gewerbes empfindlich ein. Die Konkurrenz der Firmenschilder-Fabriken auf dem Gebiete der Schildermalerei wird durch entsprechende Übergriffe der Schildermaler in das Arbeitsgebiet dieser Fabriken ausgeglichen. Die Lostrennung von Nebenarbeiten, des Farbenreibens und Gerüsteanbringens hat sich als hygienisch bezw. wirtschaftlich heilsam herausgestellt.

Weiter hat das Gewerbe fast den gesamten lokalen Absatz behauptet. Die Konkurrenz auswärtiger Maler ist gar nicht nennenswert und wird durch weit umfassendere Arbeiten Berliner Firmen im In- und Ausland beträchtlich überholt. Das Arbeitsfeld in der Stadt hat sich mit deren Wachstum und größerer Wohlhabenheit in den letzten Jahrzehnten ständig vermehrt, allerdings entsprechend den Schwankungen der Bauthätigkeit bald schneller, bald langsamer, und da die Vermehrung der Gewerbtreibenden sich zumeist dem schnelleren Tempo angepaßt hat, so ist das Gewerbe in ruhigen Zeiten übersetzt, die Arbeitslosigkeit für Meister und Gehilfen sehr groß. Der Art nach haben sich die Arbeiten durch Hinzutreten vieler kunstgewerblicher Ausschmückungsarbeiten, durch Vervollkommnung des Firmen-

schilderwesens und durch Einführung der Giebelreklamen in neuester Zeit vermehrt.

In früheren Zeiten kannte das Gewerbe ausschließlich einen handwerksmäßigen Kleinbetrieb. Ein fabrikmäßiges Arbeiten mit Verwendung von Maschinen ist dem Gewerbe noch heute fremd. Dagegen hat der Großbetrieb starke Fortschritte gemacht und steht den kleineren Betrieben schon jetzt als ebenbürtiger Faktor gegenüber. Nicht Maschinenanwendung, sondern vor allem ihr großer Kapitalbesitz hat den großen Betrieben ihren Vorsprung in der Konkurrenz mit den kleinen gegeben. Dazu tritt die Anstellung von Specialarbeitern und das bessere Ineinandergreifen der Arbeiten, sodann die kaufmännische Betriebsführung. Für die auswärtigen Aufträge, die staatlichen Submissionen und die besten Privatarbeiten ist der Großbetrieb überlegen.

Neben ihm halten sich bisher eine größere Anzahl Mittel- und Kleinbetriebe, die Kapital genug haben, um alle für sie vorteilhaften Arbeiten übernehmen und gegebenenfalls ihren Betrieb beliebig erweitern zu können, in ungeschwächter Kraft. In der Auswahl der günstigsten Arbeiten, in ihrer festen Kundschaft für private Aufträge, im Fleiß und Geschick des Meisters liegt ihre Kraft.

Ihnen folgt eine noch größere Zahl kapitalloser Kleinmeister. Sie sind neben gelegentlichen kleinen Aufträgen auf die Spekulationsarbeiten angewiesen, welche wegen ihrer Unsicherheit niemand übernimmt, der Kapital zu verlieren hat. Sie haben meist nur einen kleinen und unsicheren Verdienst. Vereinzelten, besonders geschickten und gescheiten Meistern dieser Gruppe gelingt es, durch verdoppelte Arbeit und Anstrengung oder durch die kunstgewerbliche Qualität ihrer Leistungen feste Kundschaft und allmählich Kapital zur Vergrößerung des Betriebs zu erlangen, so namentlich in der Schildermalerei. Die neu hinzugekommenen kunstgewerblichen Arbeiten teilen solche selbständigen Kunsthandwerker mit den kapitalistischen Betrieben, welche besondere Kunsthandwerker mit hohen Löhnen einstellen können. Die meisten Kleinmeister haben zu solchem Aufsteigen keine Aussicht. Ihre Einnahme bleibt in zahlreichen Fällen hinter der der Gehilfen zurück, ihre wirtschaftliche Lage ist schlechter als bei jenen, und ihr Betrieb bricht nicht selten zusammen. Zwischen ihnen und den Arbeitern ist keine feste Grenze mehr, weil viele Maler je nach Gelegenheit und Aussichten bald als Abhängige, bald als Selbständige arbeiten. Diese „Pfuscher" drohen das Arbeitsgebiet der Kleinmeister noch mehr zu occupieren.

Die Arbeiter des Malergewerbes haben kein hohes Einkommen, aber immerhin behaupten sich ihre Löhne auf überdurchschnittlicher Höhe (im

Vergleich zu anderen Gewerben), und ihre Lage ist günstiger wie die vieler Kleinmeister. Sie hoffen auch, in kurzem ihre Löhne noch erhöhen zu können. Neben $^{2}/_{3}$ gelernten Arbeitern stehen $^{1}/_{3}$ ungelernte; beide Gruppen sind gemeinsam organisiert, und in ihren Lohnkämpfen wechseln sie gerade in der Gegenwart die Front, sodaß ihre Forderungen nicht mehr durch die Verhältnisse in den alten handwerksmäßigen Betrieben, sondern durch die vom Großbetrieb drohenden Änderungen bestimmt sind. Ihnen erscheint also der letztere schon jetzt als der maßgebende Faktor im Gewerbe.

Die künftige Entwicklung des Gewerbes wird, soweit sich das voraussehen läßt, die Stellung der neu vorgedrungenen Betriebsweisen noch befestigen. Die kapitalkräftigsten Betriebe werden bei allen sicheren Aufträgen ihren Vorsprung mehr und mehr zur Geltung bringen. Der Großbetrieb wird ein noch größeres Arbeitsfeld an sich reißen. Durch ausgedehntere Verwendung von Specialisten für die kunstgewerblichen Arbeiten und von Anstreichern für die gewöhnlichen wird er seine Leistungen verbessern und gleichzeitig verbilligen können. Daneben behaupten sich die handwerksmäßigen Kleinbetriebe, deren Inhaber entweder über reichliches Kapital verfügen, um, wo es ihnen gut scheint, mit dem Großbetrieb konkurrieren zu können, oder in ihrem besonderen Geschick und ihrer Kunstfertigkeit ein natürliches Monopol besitzen. In manchen Fällen werden die alte Geschäftskundschaft, der kaufmännische Sinn und zugleich der erhöhte Fleiß Kleinhandwerker ohne Vermögen auch ferner konkurrenzfähig machen. Handwerker, die keinen der drei genannten Vorzüge besitzen, werden sich immer schwerer behaupten können, sodaß der Handwerksbetrieb an Umfang zurückgeht. Schon die Rekrutierung des Handwerks — zum kleineren Teil Meisterssöhne, die Meister werden wollen, zum größten Arbeitersöhne, die wieder Arbeiter werden — deutet darauf hin. Freilich bleibt, so lange die jetzige Art der Bauspekulation besteht, die Malerarbeit an Spekulationsbauten den Kleinmeistern, welche die Unsicherheit der Arbeit, die Gefahr der Verluste und das verminderte Ansehen bei eintretender Zahlungsunfähigkeit nicht scheuen. Außerdem ist die Stellung der Pfuscharbeit, der selbständigen Arbeit der Gehilfen, für kleine Aufträge, bei denen auf möglichste Billigkeit gesehen wird, ziemlich sicher, ja sie wird vielleicht auf Kosten der kleinen Geschäfte sich noch verbessern.

Das Urteil der einzelnen Interessentengruppen über die mutmaßliche Entwicklung des Gewerbes geht sehr auseinander. Die Vertreter der Großbetriebe sind sehr geneigt, schon für die Gegenwart ein entschiedenes Übergewicht der großen Geschäfte anzunehmen. Die kleinen Meister könnten bei allen Arbeiten, welche die Großbetriebe für vorteilhaft ansähen, nur in

beschränktem Umfange und je länger je weniger konkurrieren und würden immer mehr auf die unsicheren und schlecht bezahlten Arbeiten beschränkt. Ebenso sind die Arbeiter der Ansicht, daß der Großbetrieb allmählich allein das Feld behaupten werde; sie hoffen von dieser Entwicklung eine Besserung der wirtschaftlichen und damit auch der Lohnverhältnisse im Gewerbe. Nach Meinung vieler Handwerksmeister dagegen kann sich der handwerksmäßige Betrieb im Malergewerbe allen Anfechtungen gegenüber sehr wohl behaupten. Nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern nur vereinzelte Mißstände brächten ihn in eine schwierige Lage, und wirtschaftspolitische Maßnahmen gegen diese Mißstände seien geeignet, die volle Konkurrenzfähigkeit und das Gedeihen des alten Handwerks wieder zurückzuführen.

Welche Reformen werden nun zu diesem Zwecke vorgeschlagen, und wie werden sie voraussichtlich wirken? Die Innung tritt mit den anderen Zünften für Zwangsinnung und Befähigungsnachweis ein. Die Zwangsinnung ist im Malergewerbe durch das Privileg der Lehrlingshaltung den Großbetrieben gegenüber thatsächlich schon jetzt vorhanden. Daß sie einigen Firmenschilderfabrikanten, die Lehrlinge halten, gegenüber trotz gesetzlicher Handhaben nicht durchgeführt wird, erweckt für die künftigen Wirkungen der Zwangsinnung nach dieser Seite keine großen Hoffnungen. Zwangsinnung und Befähigungsnachweis würden sich hauptsächlich gegen das selbständige Arbeiten von Gehilfen kehren, denn auch der Befähigungsnachweis besteht schon jetzt für jeden Meister, der Lehrlinge halten will und daher zur Innung gehört. Aber die Gehilfen erhalten ihre Aufträge unter der Hand im Haus oder in der Nachbarschaft, ihre Arbeit wäre in den seltensten Fällen zu kontrollieren. Jetzt klagen viele Meister, ihre eigenen Arbeiter führten gelegentlich in der Zeit und mit den Farben des Meisters selbständig Aufträge aus, ohne daß dies im allgemeinen zu verhindern wäre. Wenn also nicht einmal solche Unterschlagungen mit Hilfe des Strafgesetzbuchs verhindert werden können, so darf man den Konventionalstrafen der künftigen Zwangsinnungen in dieser Hinsicht wohl kaum große Hoffnungen entgegenbringen.

Eine gute Lehrlingsausbildung, tüchtige Fachschule und Gelegenheit, sich in den Kursen des Kunstgewerbemuseums zu Kunsthandwerkern auszubilden, ist für die Maler schon jetzt vorhanden und von guten Erfolgen begleitet. Aber diese bessere Ausbildung kommt nicht allein dem kleinen Handwerk, sondern allen Betriebsweisen zu statten. In manchen Fällen wird freilich eine gute Ausbildung es gerade dem Kunsthandwerker ermöglichen, auf engem Gebiete erfolgreich mit jedem anderen zu konkurrieren und sich eine gute und gesicherte selbständige Existenz zu schaffen. Anderseits

aber liefert die gleiche Ausbildung dem Großbetrieb die geschickten und hochbezahlten Specialarbeiter für kunstgewerbliche Arbeiten, deren Verwendung ihm einen großen Vorsprung vor der Masse der Handwerker verschafft. Und ferner befähigt die gute Fachschulbildung die Gehilfen, die in ihrem Arbeitsverhältnis zu immer einfacheren Arbeiten herabgedrückt werden, in ihrer freien Zeit auch bessere Arbeiten selbständig zu übernehmen und so ihre Konkurrenz gegenüber dem Handwerk auszudehnen.

Unter Reform des Kreditwesens werden bei den Malern verschiedenartige Wünsche und Bestrebungen verstanden. Die gutsituierten Handwerker möchten gern die weitgehende Kreditgewährung seitens der Materialien-Lieferanten eingeschränkt sehen. Dadurch würde die Konkurrenz kapitalloser Meister sehr erschwert, und namentlich die Übernahme von Arbeiten unter dem Selbstkostenpreise in vielen Fällen verhindert werden. Doch ist keine Handhabe zur Erreichung dieses Zieles ersichtlich. Die Gründung von Einkaufsgenossenschaften würde die privaten Händler noch mehr zur Anpassung an die Bedürfnisse der schlechtest situierten Kleinmeister zwingen.

Sodann wird seitens der Handwerker allgemein gewünscht, daß ihre Kunden ihren Kredit nicht so lange wie bisher in Anspruch nähmen. Hat dieser Wunsch für behördliche Arbeiten Erfolge, so gewinnt dabei am meisten der Großbetrieb, der diese Arbeiten schon wegen seiner größeren technischen Leistungsfähigkeit überwiegend fest in Händen hat. Privaten Kunden gegenüber werden zu diesem Zwecke vorerst kaum durchgreifende Maßregeln zu finden sein. Denn wenn der Großbetrieb sich einer Organisation zur Erlangung rascherer Zahlungen nicht anschließt, so wird sich ihm die Kundschaft noch viel mehr als jetzt zuwenden. An seinem Widerstand scheitern alle derartigen Pläne, denn er wird den Vorteil, den ihm bei der Notwendigkeit, die Auslagen auf lange Zeit vorzuschießen, sein größerer Kapitalbesitz gewährt, schwerlich aufgeben, ehe sein Übergewicht unantastbar fest steht.

Endlich wird gewünscht, daß den Handwerkern ein billiger und leicht zu erlangender Kredit geschaffen werde. Ein solcher Produktionskredit könnte ja allerdings das Übergewicht des Großbetriebs und des kapitalkräftigen Mittelbetriebs zum großen Teil kompensieren und könnte so einer größeren Zahl von Handwerksmeistern wirksame Hilfe bringen. Aber die große Schwierigkeit liegt darin, daß für einen solchen Kredit die Sicherheit, die die Kleinmeister bieten, zu gering ist, daß die Gefahr nahe liegt, die Handwerker würden das fremde Geld ebenso wie ihre eigene Arbeit und Ersparnisse in Spekulationsbauten stecken, wo es dann oft verloren ginge. Da bei den kleinen Handwerkern ein Zusammenbruch ihres Geschäfts öfters

vorkommt, so könnte keine Kasse annehmen, daß sie mit dem fremden Gelde so vorsichtig sein würden, wie es jetzt die größeren Geschäfte mit dem eigenen sind. Eine bessere Kreditorganisation würde also zumeist nur denen Nutzen bringen, die durch eigenen Kapitalbesitz Sicherheit bieten, die also schon jetzt begünstigt sind.

Forderungen, die speciell das Baugewerbe angehen, sind zunächst die auf Änderung der Submissionen bezüglichen. Es soll nicht mehr schematisch dem niedrigsten Gebot der Zuschlag erteilt, sondern von unparteiischen Sachverständigen vorher geprüft werden, ob die Person und der Anschlag des Bietenden eine reelle Ausführung gewährleisten. Dadurch wird wiederum das Übergewicht des Großbetriebs verstärkt, der von unlauterem und leichtsinnigem Wettbewerb befreit wird. — Ferner soll bei Privatbauten der Ausfall der Bauhandwerkerforderungen dadurch vermieden werden, daß den Bauhandwerkern bevorrechtete Forderungen zugestanden werden. Die Einzelpläne sind verschieden, sie führen alle zu einer Erschwerung und daher Verminderung der Bauthätigkeit überhaupt. Aber abgesehen davon, werden den Vorteil von solchen Maßnahmen nicht die kleinen Handwerker haben, die jetzt bei privaten Bauten Verdienst und Arbeit suchen; sondern wenn das Risiko der Bauarbeiten verringert oder beseitigt ist, dann fällt für die kapitalkräftigen Betriebe der Grund fort, weshalb sie sich jetzt daran nicht beteiligen, und ihre überlegene Konkurrenz wird auch dort allmählich den Kleinbetrieb verdrängen. — Die Abschaffung der Bezahlung nach bebauter Fläche kann im einzelnen ganz nützlich sein, im allgemeinen wird das leichtsinnige oder unsolide Unterbieten dadurch nicht beseitigt.

Ein Mißstand, der von den Handwerkern als natürlich und gegeben hingenommen wird, und dessen Bekämpfung von den Arbeitern ausgeht, ist die große periodische Arbeitslosigkeit des Gewerbes. Nur zum Teil ist diese durch natürliche Ursachen, Witterungseinflüsse gegeben; großenteils kann sie dagegen beseitigt oder doch gemildert werden, z. B. durch geeignete Verteilung der behördlichen Arbeiten nach der Jahreszeit. Auch das polizeiliche Konzessionswesen für Bauten kann vielleicht zur Regulierung und besseren Verteilung der Bauthätigkeit über das Jahr hin benutzt werden. In nächster Zukunft freilich wird das keine Wirkung haben. Denn weil dadurch die Menge der Arbeiten nicht wächst, so werden auch nur die gleichen Arbeitsstunden zu ihrer Bewältigung gebraucht werden. In dem Maße also, wie die temporäre Arbeitslosigkeit abnimmt, wächst die Reservearmee der ständig Arbeitslosen. Wenn die Zahl der Maler sich der Regelung angepaßt haben würde, so hätte der Großbetrieb den Vorteil, der seine Arbeitsscharen dann das ganze Jahr beschäftigte. Den Nachteil hätten dagegen die kapital-

kräftigen Mittel- und Kleinbetriebe, denn deren große Konkurrenzfähigkeit beruht darauf, daß sie sich jetzt mit Benutzung der fast stets vorhandenen beschäftigungslosen Arbeiterscharen vielfach ohne besondere Schwierigkeiten zur Übernahme von besonders vorteilhaften Aufträgen in Großbetriebe verwandeln können. Auf der geschickten Wahrnehmung solcher Konjunkturen und der Vermeidung unlohnender Arbeiten beruht ihr hoher Gewinn. Wenn für solche Betriebe nicht mehr beständig Arbeitskräfte disponibel sind, so wird ihr Kapital nur noch in der Weise vorteilhaft verwandt werden können, daß sie sich entweder in Großbetriebe umwandeln oder daß das Kapital ganz aus dem Gewerbe zurückgezogen wird.

Aber eine Milderung der Arbeitslosigkeit liegt noch in weitem Felde. Die übrigen Reformen zur Verbesserung der gewerblichen Verhältnisse sind entweder für Erhaltung des Handwerks von minimalem Wert, oder sie begünstigen direkt den kapitalistischen Großbetrieb. Diesem fällt das Gewerbe zum größeren Teil anheim. Daneben hält sich in beschränktem Umfange das Handwerk, soweit ihm einige besonders günstige Bedingungen zu Hilfe kommen. So sehen wir, daß in jüngster Zeit der Großbetrieb auch in einem Gewerbe, das nur bestellte Arbeiten liefert, vordringt, und zwar zumeist durch die gleichen Vorteile, die schon in früherer Zeit, vor Verwendung der Maschinen, zuerst sein Übergewicht in der Warenproduktion bedingten: Kapitalbesitz und Arbeitszerlegung.

[illegible]

[illegible]

VI.

Das Berliner Klempnergewerbe.

Von

Dr. Karl Thieß.

1. Vorbemerkung.

Eine Untersuchung über die Klempnerei in Berlin wird durch mancherlei gedruckte Quellen erleichtert. Da die Geschichte des Handwerks erst seit etwa 1600 datiert, so geben die Innungsprivilegien und Encyklopädien eine ziemlich vollständige Geschichte; auch die amtlichen statistischen Nachweise liegen für dies Gewerbe reichlich und genau vor. Für die neuste Zeit, in der sich die Blechbearbeitung in eine ganze Reihe von Industrien spaltet, kommen als wichtige Quelle die jährlichen „Berichte über Handel und Industrie von Berlin" hinzu. Da zwei wichtige Rohmaterialien des Gewerbes, Zinn und Zink, Objekte der Börsenspekulation sind, und da ferner die Berliner Lampenindustrie, auch manche anderen Zweige der Blechindustrie, in sehr großem Umfange auf den Weltmarkt absetzen, so hat man den Gang des ganzen Gewerbes besonders genau verfolgt und der Kaufmannschaft von Berlin eingehende Berichte darüber erstatten können. Als weitere Quellen treten die drei Fachschriften, die „Illustrierte Zeitung für Blechindustrie", früher in Stuttgart, jetzt in Leipzig, die „Rundschau, Fachblatt für die gesamte Blech- und Metallindustrie" in Berlin und die „Deutsche Klempnerzeitung" in Berlin, ferner mehrere Fach-Kalender und ein Lehrbuch „Die Klempnerfachschule" hinzu.

Um mündliche Auskunft und nähere Angaben verschiedener Art ersuchte ich die Handwerker zuerst durch einige Artikel, die ich über Art und

Zweck der Untersuchung in der „Rundschau“, dem Organ der Berliner Klempnerinnung, schrieb. Diese hatten keine wesentlichen direkten Erfolge, wohl aber erleichterten sie die späteren mündlichen Umfragen, da die Befragten, über meine Absichten bereits orientiert, von Mißtrauen frei waren. In gleicher Richtung wirkten einige Artikel in dem verbreitetsten Lokalblatt, dem „Berliner Lokalanzeiger“, über den gleichen Gegenstand. Über die allgemeinen Verhältnisse der Handwerker gaben die Vorstandsmitglieder der Innung bereitwillig Auskunft. Ferner besuchte ich für jede Unterart des Gewerbes, für Bauklempnerei, für das Ladengeschäft, für Lampenfabrikation, Gas-, Wasser- und Heizungsanlagen, Blechemballagen- und Blechgeräte-Fabrikation mehrere größere und kleinere Betriebe. Mit verschwindenden Ausnahmen haben die Inhaber sämtlich in der bereitwilligsten Weise jede gewünschte Auskunft erteilt, soweit ihre Kenntnisse reichten. Dadurch daß jede einzelne Frage mehreren Betriebsleitern vorgelegt worden ist, wird hoffentlich in allen Fällen die Gefahr vermieden sein, daß die Darstellungen der vorliegenden Arbeit unter dem Einfluß subjektiv gefärbter und einseitiger Auskünfte stehen — eine Gefahr, welche ohne die gegenseitige Kontrolle der Antworten bei der großen Mehrzahl der Fälle allerdings sehr nahe gewesen wäre.

Eine weitere Kontrolle der gesamten Unternehmerangaben ermöglichte die Besprechung mit mehreren Arbeitern der Branche. Die Beamten der Ortskrankenkasse und die Leiter der Arbeiterorganisationen des Fachs gaben nicht nur über die Arbeiterverhältnisse, sondern auch über die wirtschaftliche Lage des Gesamtgewerbes Aufschluß. Ihre Mitteilungen über die Arbeiterverhältnisse wurden umgekehrt wieder durch die Angaben der Unternehmer kontrolliert.

Endlich sei noch darauf hingewiesen, daß durch die bereits herausgegebenen Abhandlungen über die Klempnerei in Salzwedel (Band 62), Leipzig (Band 63) und Karlsruhe (Band 64) diese Arbeit vielfach erleichtert und namentlich die nochmalige Darlegung mancher technischer Einzelheiten überflüssig wurde.

2. Geschichte und Statistik.

a. Geschichte. Ungefähr um 1600 ist das Verfahren zur Herstellung von Weißblech erfunden. Damit war die Grundlage zur Entstehung des Klempnergewerbes gegeben, dessen Hauptmaterial bis zur Verbreitung der Zinkverwendung in unserem Jahrhundert das Weißblech, d. i. verzinntes Eisenblech gewesen ist. Daneben wurde Messingblech ver-

arbeitet. Die Verarbeitung des unverzinnten Eisenbleches fiel früher Schlossern und Schmieden zu. Wo es in größeren Mengen gebraucht wurde, namentlich zum Röhrenlegen und Dachdecken, da bildeten seine Bearbeiter auch früher schon vereinzelt ein besonderes Handwerk. So berichtet Neudörfer[1] schon um 1500 von einem Meister im Röhrenlegen und im Steigen (Arbeiten auf Kirchtürmen), namens Röhren-Cunz, Tochtermann des alten Meisters Hanns Behaim. Seine Kunst im Röhrenlegen zu Wasserleitungen habe er niemanden gelehrt. Wo die Schwarzklempnerei schon bei Entstehung der Weißblechklempnerei vertreten war, da blieb sie eine besondere Abteilung der Schlosserinnungen und wurde von den anderen Klempnern nicht als gleichartig erachtet, weil sie nicht am Feuer arbeitete. Doch übernahmen die Klempner meist allmählich auch die Bauarbeiten und die Herstellung von Haushaltungsgeräten aus Schwarzblech nebenher. So finden wir diese Arbeiten in Berlin am Ende des vorigen Jahrhunderts mit der Klempnerei verbunden.

Die Weißklempnerei ist bald nach ihrer Erfindung nach Berlin gekommen. Schon 1619 ist die noch jetzt bestehende Klempnerinnung ins Leben getreten. Ihr Privileg ist am 17. Oktober 1698, dann am 13. Januar 1719 erneuert und hat schließlich bei der allgemeinen Regelung der brandenburgischen Zunftverhältnisse am 16. November 1734 eine neue Gestalt erhalten. Die Bestimmungen sind den sonst üblichen im allgemeinen analog: 3 Jahre Lehrzeit, 3 Jahre Wanderung, als Meisterstück 1. eine achteckige Laterne von mittlerer Größe für den Hausflur, 2. eine ordinäre dreieckige Straßenlaterne und 3. eine stehende Lampe. Das Klempnergewerbe war ungeschlossen, aber auf die Stadt beschränkt, die Gesellenzahl war nicht beschränkt. Hausierhandel mit Klempnerwaren war verboten, dagegen durften die Klempner schon damals zahlreiche Gegenstände, die nicht ihre eigene Arbeit waren, als Verkaufsgegenstände in ihrem Laden führen, z. B. Sicheln, Feuersorgen, ganz kleine Schlösser, Lichtputzen, Kellen, Bratpfannen, allerhand Messer, messingene Nägel und Plätteisen, Draht und eine ganze Reihe anderer Waren. Somit ist die neuzeitliche Erscheinung, daß der Klempnerladen überwiegend dem Handel mit fremden Fabrikaten dient, nur eine Fortentwicklung der im Zunftrecht liegenden Anfänge. Das Produktionsgebiet des Gewerbes war durch sein besonderes Material so fest abgegrenzt, daß es im Innungsprivilegium gar nicht erst näher bestimmt zu werden brauchte. Der Klempner verarbeitete im allgemeinen

---

[1] Nachrichten über Nürnberger Künstler und Werkleute, herausgegeben von Lochner, Wien 1875.

sein eigenes Material, mußte aber auch gelegentlich das ihm gebrachte Material verarbeiten, ja sogar ein angefangenes Stück fertig machen.

Im ganzen vorigen Jahrhundert blieb das Berliner Klempnergewerbe stabil und ohne erhebliche Fortschritte. Krünitz [1] teilt die Klemperarbeiten in drei Gruppen: 1. Bauarbeiten; Eindecken mit verzinntem oder schwarzem Eisenblech, namentlich bei Dächern von Kirchen, Türmen und großen Palästen, Wasserrinnen an den Dächern, Verschläge der Ecken bei anderen Bedachungsarten; 2. Arbeiten für Kriegszwecke: Pontons (wohl nur nebensächlich); 3. fast alle Haus- und Küchengeräte. Die letzteren bildeten im vorigen Jahrhundert durchaus das Hauptarbeitsgebiet des Gewerbes, neben ihnen traten die geringen Bauarbeiten zurück [2]. Von den Geräten nennt die Berliner Taxe von 1771 54 aus Messing- und 55 aus Eisenblech. Für alle diese setzt sie die Preise fest und zwar bei den meisten einen Maximal- und einen Minimalpreis, zwischen denen ein kleiner Spielraum bleibt. Aus Messingblech sind vor allem die Kirchengeräte, aus Eisenblech die meisten Hausgeräte hergestellt. Die Technik des Handwerks blieb einfach, die Kunstfertigkeit gering, und als zu Ende des Jahrhunderts ein Potsdamer Klempnermeister die Viktoria auf dem Brandenburger Thor in Kupfer trieb, so wurde das durchaus als Ausnahme empfunden [2].

Das Weißblech wurde zu jener Zeit in Deutschland nur mit der Hand gehämmert, in England seit 1728 mit Maschinen gewalzt. Seit Anfang dieses Jahrhunderts drang die Konkurrenz der praktischer und billiger hergestellten englischen Bleche in Deutschland siegreich vor, und es begann damit ein rascher und bedeutender Aufschwung der deutschen Klempnerei, der durch die Erfindung der Drehbank und anderer Maschinen noch beschleunigt wurde. In Zink und Kupfer gewann die Bauklempnerei zwei neue Rohmaterialien, von denen in Berlin namentlich das erstere seit etwa 1850 schnell vordrang und bald bei den Berliner Bauten fast ausschließlich verwandt wurde. Die starke Bauthätigkeit sorgte dafür, daß hier das Gebiet der Klempnerarbeit ganz gewaltig erweitert wurde. Schon durch Ministerialreskript vom 11. März 1805 war zu den Erfordernissen des Meisterstücks den Lampen und Laternen für die großen märkischen Städte „eine aus Blechtafeln zusammengesetzte Dachfensterberückung“, für die kleinen das „Machen und Einsetzen“ einer Dachrinne oder das Falzen von Zinnblech auf einem Brett hinzugetreten, ein Zeichen, wie die Bauarbeit an Wichtigkeit gewonnen hat. Die starke Bauthätigkeit und das Vordringen von Gas-, Wasser- und

[1] Ökonomisch-technologische Encyklopädie, 40. Band, Berlin 1787.

[2] Handbuch für Klempner, 6. Auflage, Weimar 1873.

Kanalisationsleitungen ließen die Anbringung der dazu nötigen Röhren aus einer untergeordneten Nebenbeschäftigung der Klempner zu einem eigenen großen Gewerbszweige aufblühen. Endlich schuf der gewaltige Fortschritt des Beleuchtungswesens eine eigene glänzende Lampenindustrie, für die Berlin der Hauptproduktionsort nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt wurde. Das Aufkommen des Lackierens und Metalldruckens trat hinzu, um anfangs dem Handwerk einen gewaltigen Aufschwung zu geben — ein Lehrbuch aus dem Jahre 1873 preist noch die Klempnerei wegen der Vielseitigkeit ihrer Arbeiten als eins der interessantesten Gewerbe — dann aber es alsbald vollständig zu zersplittern und eine größere Zahl von kapitalistischen Specialbetrieben von ihm loszutrennen. Diese neuen Erwerbszweige wurden dadurch noch besonders gefördert, daß Ende der 1860er Jahre die deutsche Weißblechfabrikation wieder mit der englischen konkurrieren konnte, und diese Konkurrenz zu ermäßigten Preisen führte. Das billigere Weißblech fand in mehreren neuen Artikeln eine massenhafte Verwendung und reizte auch zur verstärkten fabrikmäßigen Herstellung der anderen. Dadurch entstand eine Reihe von Specialfabriken für Blechwaren.

Alle die genannten neu entstehenden Industrien erwuchsen auf dem Boden des Handwerksbereichs der Klempner, überwiegend wurden und werden sie auch noch von gelernten Klempnern betrieben. Aber dennoch haben die neuen Zweige nicht mehr den Charakter des alten Handwerks; sie sind technisch und größtenteils auch ökonomisch dem Handwerk entwachsen. Letzteres ist auf die Bauarbeit, auf Ladenhaltung und Reparaturen beschränkt. Diese Absonderung ist so gründlich vollzogen, daß die Handwerker nicht einmal einen Versuch mehr machen, die Bewegung aufzuhalten. Ihre Innung besteht zwar noch und faßt rund die Hälfte der selbständigen Klempner, darunter die Mehrzahl der größeren Geschäfte, in sich. Aber ihre sehr geringe Thätigkeit beschränkt sich wesentlich auf eine gewisse Regulierung des Lehrlings- und Fachschulwesens und auf Einrichtungen für Bildung und Geselligkeit der Mitglieder; den wirtschaftspolitisch-zünftlerischen Bestrebungen der Neuzeit ist sie wie etwa 1/3 der Berliner Innungen (etwa 23 von 68, darunter auch die verwandten Gewerbe der Gürtler und Dachdecker) fern geblieben; dem Berliner Innungsausschuß, der diese Bestrebungen vertritt, gehört sie nicht an. Als das Gesetz von 1881 den Innungen wieder neue Rechte gab, da zögerte sie bis 1885, bis kurz vor Ablauf der gesetzlichen Frist, auf Grund dieses Gesetzes ihre Statuten umzuändern. Sie hat auch dann weder die Meisterprüfungen obligatorisch gemacht noch das Privilegium, allein Lehrlinge halten zu dürfen, erworben. Aus dem Verband Deutscher Klempnerinnungen (Sitz in Leipzig), der etwas

mehr die wirtschaftspolitischen Bestrebungen fördert, ist die Berliner Innung neuerdings ausgeschieden. Die Thätigkeit der Innungsmitglieder beschränkt sich zumeist auf den Besuch des altüberkommenen förmlichen „Innungsquartals". In den letzten Jahren nimmt die Mitgliederzahl der Innung stark ab. Sie zählte Mitglieder zu Ende der Jahre

1882	612	1889	602
1883	600	1890	646
1884	605	1891	630
1885	564	1892	519
1886	572	1893	506
1887	591	1894	530
1888	621		

Der wirtschaftliche Wert der Innung wird selbst von den führenden Mitgliedern äußerst gering angeschlagen, die meisten Mitglieder bleiben nur aus Gründen der Geselligkeit darin. Übrigens soll neuerdings etwas über die Hälfte der Handwerksmeister außerhalb der Innung stehen. Etwa 100 von den Mitgliedern wohnen noch außerhalb Berlins. Die beiden letzten Volkszählungen haben in Berlin nur 404 (1885) bezw. 336 (1890) Innungsmeister mit 1169 bezw. 1110 Abhängigen aufgefunden. Danach haben manche Meister nicht einmal so viel Interesse, sich auf den Fragebogen als zur Innung gehörig zu bezeichnen.

Etwas mehr wirtschaftspolitisches Interesse hat die 1888 neu gegründete Innung der Gas-, Wasser- und Heizungsfachmänner, zu der sich fast sämtliche mittleren und größeren Betriebe dieses neuen aus der alten Klempnerei fast völlig losgelösten Gewerbezweiges zusammengethan haben. Die Innung hatte an Mitgliedern

Anfang	1888	18	Ende	1891	55
Ende	1888	45	"	1892	51
"	1889	52	"	1893	49
"	1890	56	"	1894	69

Die Innung ist seit 1889 dem Innungsausschuß angeschlossen; sie hat es auch durchgesetzt, daß alle Lehrlingsangelegenheiten des Gewerbes der Anordnung der Innung, alle Lehrlingsstreitigkeiten ihrem Schiedsspruch unterliegen. Darüber hinaus hat auch sie eine wirtschaftspolitische Thätigkeit nicht entfaltet. Hauptsächlich sehen die Zugehörigen in ihr das Organ, welches die technischen Fachkenntnisse pflegt und ausbreitet und die Fortschritte im Fach durch gegenseitige Mitteilungen allgemein zugängig macht.

Auch zum Schutz gegen Schwindelbauten und ähnliches geschieht durch Mitteilungen und Aussprachen in den Innungssitzungen manches.

b. Statistik. Die historische Entwicklung des Handwerks und der wichtigsten daraus entwachsenen Specialbranchen prägt sich in der Bewegung der statistischen Zahlen aus. Ich habe ausgeführt, daß das Gewerbe im vorigen Jahrhundert stabil blieb, seit dem Anfang dieses Jahrhunderts dagegen bis in die neueste Zeit ständig gewachsen ist. Die folgende Tabelle bestätigt das, namentlich in den auf die gleiche Einwohnerzahl reduzierten Zahlen.

Die zahlenmäßige Entwicklung des Klempnergewerbes liegt seit dem zweiten Viertel des vorigen Jahrhunderts in geschlossenen Reihen vor. Nach einer statistischen Untersuchung O. Wiedfeldt's über das Berliner Gewerbe im 18. und 19. Jahrhundert war der Entwicklungsgang der Klempnerei ungefähr der folgende:

Jahr	Selbständige	Abhängige	Überhaupt Selbstthätige	Auf 1 Selbständigen kommen Abhängige	Auf 10000 Einw. kommen Selbstthätige
1729	19	25	44	1,32	6,15
1730	16	36	52	2,25	7,18
1755	36	47	83	1,31	6,55
1765	39	40	79	1,03	6,31
1784	44	25	69	0,57	4,76
1801	59	46	105	0,78	6,07
1810	61	45	106	0,74	6,50
1819	76	135	211	1,78	10,49
1828	109	201	310	1,84	13,11
1840	189	428	617	2,26	18,77
1849	287	489	776	1,70	18,89
1861	430	816	1246	1,90	22,75
1871	592	1267	1859	2,14	22,50
1875	781	2453	3234	3,27	33,45
1880	844	2492	3356	2,95	29,69
1882	889	2961	3850	3,33	32,18
1885	868	3235	4103	3,73	31,19
1890	869	3920	4789	4,51	30,33

Damit sind nur die großen Züge der Entwicklung gegeben; die Einzelbewegung in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, welche infolge äußerer politischer Ereignisse, wie der napoleonischen Kriege und der 1848er Bewegung,

vereinzelte Rückschläge zeigt, deren Verfolgung die zahlreicheren Aufnahmen in der Zeit von 1810—1860 ermöglichen würden, ist nicht wiedergegeben. Die Zahlen der letzten Jahre sind überall die der Berufszählung; die Gewerbezählung ergab etwas abweichende Zahlen, z. B. für 1882: 837 Betriebe mit 3075 Abhängigen, darunter 24 Betriebe mit 61 Personen zu Hause für fremde Rechnung. Die Zahlen für dies Jahrhundert zeigen in größeren Perioden durchweg auch im Verhältnis zu der Bevölkerung die schnell wachsenden Ziffern des aufblühenden Exportgewerbes, und wenn die relative Zunahme in den letzten Jahren nachgelassen zu haben scheint, so liegt das daran, daß zwei der Specialgewerbe sich aus der Klempnerei heraus so selbständig entwickelt haben, daß auch die Berufsstatistik sie gesondert zu führen sich veranlaßt sah. Die Lampenfabrikation wird seit 1843, die Anlage von Gas- und Wasserleitungen wird 1882 und 1890 besonders geführt, während die übrigen fabrikmäßigen Zweige der Blechbearbeitung noch jetzt bei den Klempnern stehen. Es kommen daher zu den Klempnern die folgenden Zahlen ergänzend hinzu:

a. für die Lampenfabrikation:

Jahr	Selbständige	Abhängige	Überhaupt Selbstthätige	Auf 10 000 Einwohner kommen Selbstthätige
1849	1	9	10	0,24
1861	8	144	152	2,78
1871	11	224	235	2,84
1875	52	—	52	0,54
1880	74	79	153	1,36
1882	82	650	732	6,21
1885	82	309	391	2,97
1890	110	240	350	2,22
b. für die Gas- und Wasseranlagen:				
1882	157	965	1122	9,53
1890	207	505	712	4,51

Beide Berufsarten hängen indes in der Auswahl ihrer Arbeitskräfte so sehr mit der Klempnerei zusammen, daß ihre Abhängigen sich in der Berufszählung oft als Klempner bezeichnet haben, was auch die gänzlich abweichenden Zahlen der Gewerbezählung von 1882 erklärt: 57 Betriebe der Lampenfabrikation mit 2186 Personen, 193 Betriebe der Gas- und Wasseranlagen mit 1864 Personen. Um die vollständigen, den früheren entsprechenden Zahlen des Berufs zu erhalten, muß man die beiden Specialisierungen bei den Klempnern einbeziehen. Man kommt dann zu folgendem Ergebnis:

Jahr	Selbständige	Abhängige	Überhaupt Selbstthätige	Auf 1 Selbst. kommen Abhängige	Auf 10000 Einw. kommen Selbstthätige
1849	288	498	786	1,73	19,13
1861	438	960	1398	2,19	25,53
1871	603	1491	2094	2,47	25,34
1875	833	2453	3286	2,94	33,99
1880	918	2571	3489	2,80	31,05
1882	1128	4576	5704	4,06	47,92
1885	950	3544	4494	3,73	34,16
1890	1186	4665	5851	3,93	37,06

Die im Verhältnis zur Einwohnerzahl außerordentlich hohen Zahlen von 1882 können zum kleineren Teil vielleicht auf genauere Zählung zurückzuführen sein — eine stärkere Beschäftigung im Juni gegenüber dem Dezember liegt ausweislich der Krankenkassentabelle (vergl. Abschnitt 8) nicht vor — im wesentlichen kennzeichnen sie unzweifelhaft einen relativen Höhepunkt sowohl in der Zahl wie in der Größe der Betriebe. Allerdings sind beide Verhältniszahlen nach einem erheblichen Nachlassen zu 1885 seitdem bis zur letzten Zählung wieder gestiegen; die durchschnittliche Betriebsgröße von 1882 ist sogar annähernd wieder erreicht. Die absoluten Zahlen von 1890 sind gegenüber denen von 1882 sogar gewachsen. Um die Entstehung der Durchschnittsgröße im einzelnen zu verfolgen, muß man die Zahlen der Gewerbestatistik zu Hilfe nehmen. Nach den Zusammenstellungen von O. Wiedfeldt waren im Klempnergewerbe ohne die beiden besonders gezählten Gewerbe 1890 vorhanden:

	mit 0	1—5	6—10	11—20	21—50	über 50 Arbeitern	zusammen
Betriebe	400	384	51	14	16	4[2]	869
mit Angestellten	—	772	404	210	539	446	2371
zus. mit Personen[1]	400	1156	455	224	555	450	3240
Von je 100 Personen kommen auf die obenstehende Betriebsgröße	12,4	35,7	14,0	6,9	17,1	13,9	100,0

[1] Für jeden Betrieb ist ein mitarbeitender Selbständiger gerechnet.

[2] Der größte Betrieb mit 250 Arbeitern.

Dazu kommen für Gas- und Wasseranlagen:

	mit 0	1—5	6—10	11—20	21—50	über 50 Arbeitern	zusammen
Betriebe	63	79	22	25	11	7 [2]	207
mit Angestellten	—	196	174	368	357	2240	3335
zus. mit Personen [1]	63	275	196	393	368	2247	3542
Personen in %	1,8	7,8	5,5	11,1	10,4	63,4	100,0

Ferner treten die Lampenfabriken hinzu mit

Betrieben	20	19	18	13	23	17 [3]	110
mit Angestellten	—	51	148	196	807	2624	3826
zus. mit Personen [1]	20	70	166	209	830	2641	3936
Personen in %	0,5	1,8	4,2	5,3	21,1	67,1	100,0

Während zur Erkenntnis der Verhältnisse der Gesamtindustrie innerhalb der ganzen Bevölkerung und für weite historische Rückblicke die Berufszählungen zuverlässiger und vergleichbarer sind, geben diese Gewerbezahlen die gegenwärtigen Zustände im Gewerbe klarer wieder. Wir sehen, daß die beiden größeren Drittel der dem ursprünglichen Handwerksgebiet Zugehörigen zwei Specialgebieten sich zugewandt haben, einem modernen Zweig der Baubranche und einer großenteils für den Export arbeitenden Fabrikindustrie. Diese abgetrennten Zweige werden meist großgewerblich betrieben. Das übrig bleibende knappe Drittel enthält neben einer Reihe kleinerer, nicht ausgeschiedener Specialfabrikationen das Gros des Handwerks. Die Zahlen der Klempner führt die Berufsstatistik noch immer in der Gruppe „Metallverarbeitung“, obwohl sie jetzt überwiegend dem Baugewerbe angehören.

Fassen wir die Hauptergebnisse der Zahlen ganz kurz zusammen, so ergiebt sich nicht nur eine riesige absolute Zunahme des Gewerbes, in 160 Jahren von 19 Meistern mit 25 Abhängigen auf 1186 Selbständige mit 4465 Abhängigen, sondern auch im Vergleich zur Bevölkerung seit 100 Jahren eine erhebliche relative Zunahme. Auf 10 000 Einwohner kamen vor jetzt (1895) 100 Jahren 5, vor 50 Jahren 20, vor 5 Jahren 30 Klempner. Daneben ist eine stete Vergrößerung der Betriebe zu beobachten, auf 10 Selbständige kamen vor 100 Jahren 6, vor 50 Jahren 20,

[1] Für jeden Betrieb ist ein mitarbeitender Selbständiger gerechnet.
[2] Der größte Betrieb mit 1075 Arbeitern.
[3] Der größte Betrieb mit 300 Arbeitern.

vor 5 Jahren 40 Abhängige. Beides, Besetzung des Berufs und Größe des Betriebs hat 1882 seinen Höhepunkt erreicht, ist dann gefallen und neuerdings wieder etwas gestiegen. Gegenwärtig — d. h. soweit die Zustände von 1890 noch fortbestehen — wird die Lampenfabrikation zu über $^2/_3$ in ganz großen Fabrikbetrieben, zu $^1/_5$ in größeren Mittelbetrieben (20 bis 50 Arbeiter) und zu verschwindend kleinen Teilen in Kleinbetrieben ausgeführt. Dabei ist die Leistungsfähigkeit des Betriebs parallel der Zahl der beschäftigten Personen, also für die Großbetriebe eher noch zu niedrig angenommen. Bei der Gas- und Wasseranlage liegen die Verhältnisse ganz ähnlich, nur daß dort die kleineren Betriebe mit 1—20 Arbeitern nicht ganz so schwach, sondern mit etwa $^1/_4$ an den Arbeiten dieser Branche beteiligt sind. Die Zahlen der Klempner, unter denen noch die zahlreichen Specialbetriebe enthalten sind, zeigen, daß dort die Betriebe mit 1—5 Arbeitern am stärksten vertreten sind und über $^1/_3$ aller Gezählten beschäftigen. Die übrigen Größenklassen sind dort ziemlich gleichmäßig besetzt.

Der weiteren Specialisierung des Gewerbes hat die Statistik bisher nicht nachkommen können. Die Zahlen des Adreßbuchs, die sehr unsicher sind, weil sie zahlreiche Abhängige einbegreifen, und weil die größeren, vielseitigen Geschäfte mehrmals, bei jeder ihrer Specialitäten, wiederkehren, können dafür nur einen sehr allgemeinen Anhalt geben. Sie deuten nur allgemein die Zersplitterung des Gewerbes an, und zeigen, welche Specialitäten sich allmählich selbständig gemacht haben. Im einzelnen sind die Zahlen durchaus nicht zuverlässig. Im Adreßbuch von 1895 sind als Klempner angegeben 858; unter Lampenfabriken 169, unter Laternenfabriken 76; ferner unter Gas-, Wasser- und Kanalisationsanlagen 441, Heizungs- und Ventilationsanlagen 95, als Unternehmer für Gas- und Wasserwerke 14, für Gas- und Wasserleitungsgegenstände 8, Gasapparate 14, Gasmesser 7, Fontänen 10, Zimmeraquarien 15, Klosetts 27, Badeartikel 58. Dazu kommen 13 Blechemballagenfabriken, 34 Blech- und Lackierwarenfabriken, 9 Schwarzblechwarenfabriken, 125 Betriebe und Handlungen für Haus- und Küchengeräte, 22 für Emaillewaren, 33 für Bierdruckapparate. Von den 14 Aluminiumwaren- und den 181 Spielwarenfabriken sind einige zugleich als Blechemballagefabriken bezeichnet, mehrere andere stellen ebenfalls Blechwaren her.

c. Überblick über den gegenwärtigen Zustand. Die Klempnerei ist, wie im einzelnen noch darzulegen sein wird, in keiner Weise mehr das alte vielseitige Gewerbe der Zunftzeit. Die Gegenstände ihrer Produktion sind fast sämtlich an Specialbetriebe gefallen, die noch einen gewissen äußeren Zusammenhang mit der Klempnerei gewahrt haben, tech-

nisch aber so getrennt sind, daß es in vieler Hinsicht praktischer ist, sie gesondert zu betrachten. Als Rest des Handwerks ist die Bauklempnerei verblieben, meist verbunden mit einem Verkaufsladen und einem Werkstattbetrieb für Reparaturen, selten für vereinzelte bestellte Neuarbeiten. Sie werden wir zunächst auf ihr Arbeits- und Absatzgebiet, ihre Produktionsbedingungen, Kapital u. s. w. und auf ihre geschäftliche Stellung zur Kundschaft hin zu untersuchen haben. Dann folgt die gleiche Untersuchung für die wichtigsten Specialgewerbe: Lampenfabrikation, Gas-, Wasser- u. s. w. Anlagen und Blechemballagenfabrikation, sodann kürzer für die übrigen Specialgebiete. Die Arbeiterverhältnisse haben die Specialisierung nur zum Teil mitgemacht; sie werden besser für die Gesamtheit der untersuchten Branchen nachträglich zusammen behandelt. Sie vervollständigen die Übersicht, die uns dann gezeigt hat, in welchen Zweigen noch Handwerker auf dem alten Handwerksgebiet der Klempnerei beschäftigt sind. Deren Einkommens- und sociale Verhältnisse bilden den letzten Punkt der Untersuchung. Alsdann ist das Material beisammen, auf Grund dessen die Lage des Handwerks in der Blechindustrie überschaut werden kann. Es ergiebt sich dann, welches Arbeitsgebiet das Handwerk jetzt noch immer hat, welches es noch verlieren, welches es eventuell wiedergewinnen könnte, welche Mittel seiner Erhaltung und Kräftigung heilsam sein können.

3. Die Bauklempnerei und das Ladengeschäft.

a. Arbeits- und Absatzgebiet. Die jetzigen Arbeiten der Bauklempner sind zunächst die gleichen wie in früheren Zeiten: die Anfertigung und das Anbringen von Dachrinnen aus Zink, Kupfer und verzinntem Eisenblech, von Abflußröhren, Ofenrohren, Blecheinfassungen von Dächern und Schornsteinen, Verwahrung der Dachkehlen mit Zink bei anderer als Zinkdeckung, die Abdeckung von Dächern und Gesimsen; in neuerer Zeit sind namentlich Zinkdächer Mode geworden, auch Kupferdächer. Wo eine sehr starke Haltbarkeit erfordert wird, wird verzinktes Wellblech genommen; ohne das letztere wären beispielsweise die großen Bahnhofshallen nicht zu erbauen gewesen. In einzelnen Fällen machen die Bauklempner auch seit jeher Holzcement- und selbst Schieferdächer, bei denen ja als Beschläge meist Bleche gebraucht werden. Andererseits aber kommt es noch häufiger vor, daß Dachdecker die Klempnerarbeiten durch eigene Klempnergesellen machen lassen, wodurch das Absatzgebiet und, da jene Arbeiten meist minderwertig ausfallen, auch der Ruf der Bauklempnerei geschädigt wird. Denn die

Zinkdeckung erfordert eine besonders erfahrene fachkundige Ausführung, weil Zink als weiches Metall sich in der Sonne dehnt und sich leicht „wirft", wenn es nicht durch geschicktes Falzen und Schichten der Stücke dagegen geschützt wird. Ferner hat der Verbrauch und die Anbringung von Zink- und Kupferornamenten, Verzierungen, Thürmen, Gesimsen, Pyramiden, Spitzen, Vasen, Balustraden, Wetterfahnen, Blitzableiterstangen, Blechblumen große Ausdehnung in Berlin erreicht. Diese Gegenstände werden teils getrieben, teils gestanzt, seltener gegossen. Die Thürme, Erker, Giebel u. s. w. an Schlössern und anderen Monumentalbauten, die von Klempnermeistern gearbeitet sind, sind bisweilen hervorragende künstlerische Leistungen, und Abbildungen von ihnen schmücken nicht selten als besondere Kunstblätter die Fachzeitungen. Im weiteren Sinne gehören auch die Gas- und Wasseranlagen zu den Bauklempnerarbeiten; sie werden auch bisweilen noch von denselben Meistern besorgt, meist aber von Specialgeschäften und sollen deshalb besonders behandelt werden.

Die Verwendung von Zinkblech bei Neubauten dringt in Berlin seit 1850 immer mehr vor und zwar in doppelter Weise, erstens zum Decken anstatt des Schiefers und zweitens bei Schieferdächern für Einfassungen, Rinnen u. s. w., auch für Rauchmäntel; die erstere Verwendungsart wurde besonders durch die Behörden eingebürgert, welche die öffentlichen Bauten, z. B. am Schloß, mit Zink decken ließen. In derselben Zeit begann man, getriebenes, gezogenes und gestanztes Zinkblech bei Ornamenten, Thürmen, Erkern, die leicht und dabei haltbar sein sollen, zu verwenden; ebenso wurden damals schon kanelierte Säulen, Konsolen, Figuren, Blätter, Köpfe, Einfassungen von Glasdächern bei Treibhäusern u. s. w. aus diesem Metall hergestellt. Die erste hervorragende Arbeit dieser Art war die Eindeckung an den Kuppeln der neuen Synagoge in der Oranienburgerstraße. Springbrunnen waren schon vorher von Klempnern vielfach aufgestellt worden. Ende der 60er Jahre nahmen trotz der im allgemeinen geringeren Bauthätigkeit die Aufträge zur Zinkbekleidung für Dächer, Bahnhofshallen und andere Oberlichtbauten noch zu. In der Folge wurden auch immer mehr Dächer mit gewelltem Zink gedeckt, so 1877 die Nationalgalerie und die Reichsbank. Die Ornamentarbeiten wurden um die gleiche Zeit von immer mehr Klempnern besorgt; ihre Fachschule nimmt darauf Bedacht, ihre Herstellung und Verwendung zu lehren. Das Jahr 1880 bedeutet für die Bauklempner einen Höhepunkt des Geschäfts; die Mehrzahl der großen öffentlichen Gebäude wurde mit Zinkblech gedeckt, und wenn daneben auch Kupfer zur Verwendung gelangte, so schadete ihnen das nichts, denn diese Bedachungsart liegt ebenfalls in ihrem Arbeitsgebiet.

Zwar wurde auch in den nächsten Jahren Zinkblech noch sehr viel zu Bauten gebraucht, mit kleinen Schwankungen, aber die Preise der Handwerkerarbeit wurden durch das Submissionswesen sehr gedrückt; schon für 1889 konstatiert der Bericht über Handel und Industrie von Berlin, für Bauklempner, so rührig sie auch sein mochten, sei der Jahresabschluß ungünstig gewesen. Dennoch wurde die Zahl der mit Bauarbeiten beschäftigten Klempner noch bis 1888 eine immer größere, obschon ihr Thätigkeitsgebiet manche Einschränkung erfuhr. Für die Ornamente wurde in den 80er Jahren allmählich Schmiedeeisen und Sandstein anstatt des Zinks Mode. Nur noch zu Thürmen, Dachfenstern und Mansardendächern wurden Zinkarbeiten in großem Maßstabe gebraucht, aber auch hier wirkte die neue Baupolizeiordnung von 1887 hemmend ein, die das Vortreten von Dachkonstruktionen: Thürmen, Erkern und anderen Ornamenten nur noch ausnahmsweise gestattet. Dem Zinkblech blieb vornehmlich die Verwendung für innere Ausschmückung, an Decken, Gesimsen, Kassetten, großen Lichthöfen, z. B. im Museum für Völkerkunde und im naturhistorischen Museum, wo die Leichtigkeit des Materials den Ausschlag giebt. Gleichzeitig mit dieser Umgestaltung in der Verwendung von Ornamenten wurden bei manchen Bauten die Zinkdächer von der Cementdachung verdrängt, doch hat auch diese an allen gefährdeten Stellen Zinkeinfassung nötig und wird in vielen Fällen von Bauklempnern angelegt, die zu dieser Arbeit zeitweise ungelernte Arbeiter annehmen.

Indes behauptete sich im ganzen die Zinkbedachung allen Anfechtungen zum Trotz. Ihre Vorzüge — sie ist billig, leicht, und die Haltbarkeit des Zinkblechs wird von den Baugeschäften allgemein gerühmt — ließen die Zinkbedachung bei Privatbauten und die Verwendung von Zinkornamenten schon Ende der 80er Jahre wieder zunehmen. Zwar die Erzeugnisse des Kunstgewerbes fanden wenig Absatz, da man in erhöhtem Maße anfing, auf größte Billigkeit zu sehen. Doch konnte die rege Bauthätigkeit und die immer allgemeinere Verwendung von Zink auf allen Dächern dies mehr als ausgleichen. Eine erneute Einschränkung des Zinkverbrauchs trat Anfang der 90er Jahre ein, als der neue Baustil hohe Ziegel- und Schieferdächer bevorzugte und wenig Zink verwandte. Ein neuer Anlauf, Kupfer zum Decken zu verwenden, hatte wegen der teuren Preise anfangs keine allgemeineren Erfolge. Nur das Reichstagsgebäude wurde mit Kupfer gedeckt. Doch fanden Zinkornamente und Zinkdächer noch immer guten Absatz. Jetzt scheint das Kupferblech doch allmählich die größeren Bauten zu erobern; z. B. bei Erneuerungsbauten des Schlosses und des Schauspielhauses wird es verwandt; doch hat dies auf die Lage der Bauklempnerei wenig Einfluß.

Zinkornamente werden als unmodern jetzt weniger gebraucht; die Bauthätigkeit ist gegenwärtig überhaupt zurückgegangen, und bei Zinkdächern macht sich das Bestreben geltend, die geringwertigsten Sorten zu bevorzugen.

Wenn von der Geschmacksrichtung und dem Baustil die Menge von Klempnerarbeit am einzelnen Bau abhängt, so wirkt auf die Zahl der Aufträge der Stand der Bauthätigkeit bestimmend ein. In Berlin ergeben die Zahlen der polizeilich genehmigten Neubauten seit der Mitte des Jahrhunderts ein starkes Ansteigen der Bauthätigkeit. In dem Revolutionsjahre war die Zahl der Neubauten von jährlich 1000 auf die Hälfte gesunken, sie stieg dann bis 1852 über 1000, bis 1858 über 2000, 1865 vorübergehend auf 4000, bewegte sich darauf im nächsten Jahrfünft zwischen 2500 und 3000. 1871 schnellt sie auf 4200, 1872 auf 6300 empor, hält sich drei Jahre auf dieser Höhe, sinkt dann zu 1880 schrittweise auf 3000, erreicht bis 1886 in regelmäßigen Steigungen wieder die Höhe von 7200. Das war bis jetzt der Höhepunkt der Bauthätigkeit. Nun folgen in den nächsten Jahren infolge der Spekulation sehr starke Schwankungen: 1887 Rückschlag auf 4200, dann 6200, 7100, 5400, 5100, 3700, 4200. Die letzten Jahre stehen sichtlich unter dem Druck der Überproduktion in der voraufgegangenen Periode.

Die Berliner Bauarbeiten werden allermeist von Berliner Handwerkern gemacht, nur ganz selten ist es vorgekommen, daß größere auswärtige Geschäfte einzelne Arbeiten in Berlin übernommen haben. Das waren dann größere staatliche u. s. w. Arbeiten, so z. B. ist die Klempnerarbeit in dem Empfangsgebäude auf dem Görlitzer Bahnhof von einem Kölner Geschäft gemacht. Häufiger dagegen kommt es vor, daß Berliner Firmen auswärts Arbeiten übernehmen. Auch diese auswärtigen Arbeiten sind meist größere Aufträge an öffentlichen Gebäuden, und nur eine geringere Zahl größerer Firmen übernimmt sie. Sehr selten sind die Aufträge aus dem Ausland, doch arbeiten Berliner Geschäfte bisweilen auch z. B. in Rußland.

Oft ist die Kundschaft der einzelnen Handwerker nicht nur auf die Stadt, sondern auf einen einzelnen Stadtteil beschränkt, und namentlich die Inhaber kleiner Läden, die mehr gelegentlich alle Arten von Bauarbeiten und Installationen übernehmen, haben ihre Kundschaft häufig in nächster Nähe ihres Ladens.

Mit dem Baugeschäft ist zunächst allgemein eine kleine Werkstatt verbunden, in der die zum Dachdecken oder zur Verzierung gebrauchten Materialien passend gemacht werden. Einige der größten Geschäfte haben einen eigenen Fabrikbetrieb mit Maschinen zum Metalldrücken, zum Stanzen, Gießen u. s. w., und diese stellen die von ihnen im Baugeschäft gebrauchten

Ornamente sämtlich oder teilweise selber her. Die maschinellen Einrichtungen sind hier überall die gleichen, wie auch in allen anderen Fabriken der Blechindustrie. Die vier Thätigkeiten des Ziehens, Stanzens, Prägens und Pressens durch Maschinen und Fallwerke haben die vor einigen Jahrzehnten ganz überwiegende Handarbeit größtenteils verdrängt. Ziehen ist das successive Ausdehnen und Passendmachen der Blechplatten, durch Stanzen erhalten dann die gezogenen Bleche bestimmte Formen (als Geräte, Badewannen u. s. w.). Durch Prägen und Pressen werden namentlich die Ornamente aller Art hergestellt. Außerdem ist mit den größeren Fabriken zuweilen eine Zinkgießerei verbunden. Die größeren Baugeschäfte fangen etzt auch in kleinerem Maßstabe wieder an, kunstgewerbliche Ornamente und Figuren besserer Art mit der Hand treiben zu lassen. Diese Gegenstände werden dann im groben mit der Maschine vorgearbeitet und darauf von besonders geschickten und hochbezahlten Specialarbeitern mit der Hand ausgeführt.

Die kleinen Bauklempner haben meist neben ihrem Baugeschäft noch einen Laden. Von den Innungsmeistern haben nach Schätzungen aus der Innung 2/3 bis 3/4, nach einer anderen genaueren Schätzung 70 Prozent einen Laden; von den übrigen werden es etwas weniger sein. Ursprünglich war der Laden mit eigenem Fabrikat gefüllt, und die Haus- und Küchengeräte, die hier hergestellt wurden, bildeten den Haupterwerb des Handwerkers. Aber wie wir sahen, führten die Klempnerläden schon im vorigen Jahrhundert auch einige fremde Waren und handelten mit ihnen. Jetzt sind die fremden Waren im Laden ausschließlich vertreten. Denn die ganze Fabrikation der Klempnerei auf Vorrat hat der Großbetrieb an sich gerissen. „Die ehemaligen Handwerker werden unter diesen Umständen zu Detailverkäufern, welche den Bedarf für ihre Kunden aus den großen Fabriken beziehen. Küchen- und Haushaltungsgegenstände kann kein Klempner mehr nutzbringend anfertigen", so schreibt ein Fachblatt, und kennzeichnet dadurch nicht nur die Zustände in Berlin, sondern auch an kleineren Orten. Die Klempner begnügen sich meist damit, alle Arten von gekauften Blechwaren aus Weiß-, Messing- und Eisenblech in ihren kleinen Läden zu halten, darunter vor allem auch Lampen und Lampenteile, ferner Geschirr aller Art, Vogelbauer, Eisschränke, Laternen, Petroleumkocher u. s. w. In dem Maße, wie Weißblechwaren durch Emaillewaren, die von vorn herein im Großbetrieb hergestellt wurden, ersetzt wurden, was seit 1880 ein Jahrzehnt hindurch immer zunehmend geschah, mußten die Klempner auch diese in ihren Läden führen, wollten sie sich nicht empfindlichen Ausfällen aussetzen.

Ähnlich wie die Emaillesachen eroberten auch die Geräte aus verzinntem und verzinktem Eisenblech ein großes Stück vom Absatzgebiet der Weißblechwaren. Sie werden aus Schwarzblech hergestellt und nachher in einem Zinn- oder Zinkbade überzogen. Auch die so hergestellten Gegenstände: Kasserollen, Eimer, Wannen, Gerätschaften für Schlächter, Milchhändler u. s. w. sind in dieser Weise von vorn herein nur im Großbetrieb gearbeitet worden. Zu den Lampen werden auch die Glasteile: Glocken, Cylinder im Klempnerladen gehandelt. Zu den Haus- und Küchengeräten aus Blech hält der Klempner, um dem Publikum den Ankauf bequemer zu machen, oft auch alle anderen: Besen, Bürsten, alle Arten von Holzgeräten für Haus und Küche vorrätig.

In der Werkstatt wird in erster Linie jetzt für den Bau gearbeitet, die Dachrinnen, Ornamente u. a., die von den größeren Betrieben selbst hergestellt, von den übrigen gekauft werden, werden gearbeitet oder passend gemacht. Manche Geräte, die eine für gewöhnlich nicht gebrauchte Stärke oder eine bestimmte Größe haben sollen und deshalb im Großbetrieb nicht hergestellt werden können, werden auf Bestellung noch in der Werkstatt gemacht. Oder fabrikmäßig hergestellte Sachen werden für besondere Zwecke in der Werkstatt passend gemacht. Namentlich für viele große Restaurationen, Hotels, Anstalten aller Art sind die fabrikmäßig hergestellten Haus- und Küchengeräte zu leicht. Sie lassen ihren Bedarf besonders herstellen und zwar beim Kleinmeister, da dieser solche Einzelbestellungen billiger ausführt als die Fabrik. Einzelne Handwerker, denen diese Aufträge zufließen, haben dadurch einen sehr befriedigenden Verdienst. Sodann ist ziemlich viel Reparaturarbeit zu machen, denn die Massenherstellung der Lampen und Blechwaren hat diese einmal in wenig solider Ausführung und dann in weit größeren Mengen unter die Leute gebracht, und beide Momente wirken auf Vermehrung der Flickarbeit hin, die fast ganz dem Handwerk zufällt und namentlich für die bauarbeitlose Winterzeit dort sehr willkommen ist. In dieser Winterzeit können seitens der größeren Betriebe auch viele der gangbarsten Ornamente hergestellt werden, doch ist die Arbeitslosigkeit des Winters dadurch nur wenig gemildert und keineswegs beseitigt.

b. Produktionsbedingungen. Wenn wir nun die Struktur der Betriebe, von denen die eben bezeichneten Arbeiten vollführt werden, näher betrachten, so ergiebt sich, daß wir es überwiegend mit handwerksmäßigen Betrieben zu thun haben. Darunter haben wir zwei Typen zu unterscheiden. Der erste umfaßt die an Zahl geringen größeren, ausschließlich auf die Bauthätigkeit beschränkten Betriebe, einige 20 an Zahl, mit durchschnittlich etwa 30—40, im Maximum vielleicht 80 Gehilfen für den Bau. Diese

haben bisweilen einen größeren Werkstattbetrieb mit Maschinen zur Metalldrückerei und -stanzerei, und sind so in der Lage, manche Ornamente u. s. w., die sie anbringen, selbst aus dem Rohmaterial herzustellen. Bei etwa 8 bis 10 Firmen ist dieser Werkstattbetrieb zur technisch vollkommen eingerichteten Fabrik ausgewachsen, welche die Ornamente meist nicht nur für den eigenen Betrieb, sondern vorzugsweise zum Verkauf an Handlungen und an die kleineren Bauhandwerker herstellt. Die übrigen größeren Baugeschäfte stellen mit einfacheren Maschinen nur einen kleinen Teil ihrer Materialien her und haben der Regel nach nur zum Passendmachen ihres Materials einfache Abbiege- und Wulstmaschinen. Auch die größeren und größten Baugeschäfte haben an ihrer Spitze regelmäßig einen gelernten Klempner, nie einen Kaufmann. Die kaufmännische Seite der Geschäfte ist sehr beschränkt; manche Geschäfte haben 1, auch 2 Buchhalter, vielleicht noch 1 Architekten, Ingenieur oder Zeichner, die meisten besorgen ihre geringe Buchführung nebenbei selber. Die Geschäfte von durchschnittlicher Größe haben bei voller Beschäftigung etwa 5—6 Neubauten zugleich in Arbeit, auf jedem arbeiten 4—5 Arbeiter ohne besondere Vorarbeiter, sie werden von dem Meister regelmäßig inspiziert. In der Werkstatt findet zeitweilig etwa 1/4 der Arbeiter Beschäftigung.

Den so beschriebenen größeren Geschäften treten, während die Zwischenstufen sehr schwach besetzt sind, die kleineren mit Laden verbundenen Betriebe hinzu, welche meist nur kleinere, einfachere Bauarbeiten machen und im Bedarfsfall alle Ornamente von den größeren Betrieben oder aus besonderen Handlungen entnehmen. Sie arbeiten bisweilen nur mit 1 Lehrling, öfters mit 1 bis 2 Gesellen und 1 bis 2 Lehrlingen. Die Beschäftigung von 4 Gesellen und 3 Lehrlingen in der Saison kennzeichnet schon die größten regelmäßig vorkommenden Betriebe dieser Art. Das Ladengeschäft wird meist von der Frau des Meisters besorgt, die Reparaturen an Geräten von dem Meister selbst, selten von einem besonders dazu qualifizierten Gesellen.

Außer den Klempnern selbst kommen für die Klempnerarbeiten fast keine Konkurrenten mehr in Betracht. Nur ausnahmsweise nehmen die Dachdecker einen oder einige Klempnergesellen an und machen Zinkdächer oder die Metallbeschläge an Holz-, Cement- und Schieferdächern selber. Große Baugeschäfte, die Arbeiter aller Baubranchen beschäftigen und somit auch die Klempnerarbeiten ohne Vermittlung selbständiger Meister machen würden, kommen in Berlin fast gar nicht vor. Höchstens machen Spekulanten bisweilen damit einen von vorn herein zum Zusammenbrechen verurteilten Versuch.

Das für die erste Einrichtung der Baugeschäfte notwendige Kapital ist in der Regel klein, da auch große Betriebe nur eine ganz kleine Werkstatt brauchen und besonders teure Maschinen und Geräte nicht erforderlich sind. Die Schutzvorrichtungen bei Bauarbeiten sind einfach und oft gar nicht in Anwendung, Maschinen sind meist nur 1 oder 2 sehr einfache vorhanden. Dagegen ist ein ziemlich bedeutendes Betriebskapital wegen der großen zu machenden Auslagen erforderlich. Die größte Auslage ist für Löhne und Materialien nötig. Die Zahlungen für geleistete Arbeit kommen in der Regel frühestens nach einem Vierteljahr ein. Bis dahin kann ein Geschäft mit 25 Arbeitern etwa 5—6000 Mk. für Zink und etwa 8000 Mk. für Arbeitslöhne ausgeben. In sehr vielen Fällen zieht sich aber die Bezahlung ein Jahr lang und länger hin, und selbst bei fiskalischen Bauten müssen die Handwerker ziemlich häufig ein und ein viertel Jahr auf Bezahlung warten. Daher rechnen die größeren Bauklempner, daß ein Geschäft mit 35 Arbeitern ein Betriebskapital von 60—80 000 Mk. nötig hat.

In kleinen Geschäften mit Reparaturwerkstatt und Laden halten erfahrene Praktiker zum mindesten ein Kapital von 1000—1500 Mk. zum Geschäftsbetrieb für notwendig, und in der That ergeben die Erfahrungen der Steuerbehörden, daß Geschäfte mit Betriebs- und Ladeneinrichtungen im Werte von weniger als 1000 Mk. nicht vorkommen. In vielen dieser Geschäfte steckt auch erheblich mehr Kapital, namentlich haben in den wohlhabenden Vierteln des Westens manche Ladengeschäfte einen Wert von 10—12 000 Mk.

Beim Rohstoffbezug kommen für das Baugeschäft natürlich vor allem Zink und Zinkbleche in Betracht; für die Ladenartikel sind namentlich die Preise für Weißblech von mitbestimmender Bedeutung. Die Preisgeschichte dieser beiden Metalle hat so viel verwandtes, daß sie zweckmäßig gleich hier zusammen behandelt wird. Der Bezug dieser Rohstoffe trägt eine schwere wirtschaftliche Gefahr in das Gewerbe hinein, die dem Handwerk schon in mancher Beziehung verhängnisvoll geworden ist und auch das Bauhandwerk schwer schädigt. Zinn, welches auch Weißblech im Preise maßgebend beeinflußt, und Zink sind beliebte Gegenstände der internationalen Börsenspekulation, und sie sind vielen starken und plötzlichen Preisschwankungen unterworfen. Diesen unterliegen natürlich auch die aus ihnen hergestellten Fabrikate, so daß dadurch die ganze Blechindustrie einen unsicheren, spekulativen Charakter erhält. Das macht sich auch im Baugeschäft geltend, hier allerdings weniger, weil in ihm mehr der Preis der Arbeit als der des Materials in Betracht kommt, erheblich mehr noch in der Blechwarenfabrikation. Wer auf Vorrat arbeitet, muß stets darauf ge-

faßt sein, daß die Rohmaterialien seines Vorrats im Preise fallen und er den ganzen Vorrat dann billiger verkaufen muß, so daß er umsonst oder gar mit Schaden gearbeitet hat. Und wer zu festem Preise eine Bauarbeit übernimmt, hat zu gewärtigen, daß die Materialienpreise alsbald höher stehen, als er sie berechnet hat, so daß er bei seiner Lieferung Schaden macht. Das Risiko kann der Handwerker nur schwer ertragen, dagegen verstärkt es die Überlegenheit des kapitalistischen Betriebes. Dieses Moment trug wesentlich dazu bei, dem Großbetrieb zum Siege zu verhelfen. Deshalb ist die Preisgeschichte der letzten 40 Jahre von wesentlicher Bedeutung zum Verständnis der Umgestaltungen in der Blechwarenfabrikation und Klempnerei.

Die Klempnerei beklagte schon in den 50er Jahren fortwährend die Preisschwankungen für Zinn und Zink und ihren Einfluß auf das ganze Gewerbe. Damals wurde das Weißblech ausschließlich von England geliefert, welches noch jetzt die größte Fabrikation in diesem Artikel hat. — 1890 waren dort 90—100 Fabriken, davon 3/4 in Südwales. England selbst brauchte 1884 von seiner Produktion 1,8 Millionen Kisten, führte aus nach den Vereinigten Staaten 3,5 (1889: 5,5) Millionen Kisten, nach anderen Ländern 1,65 Millionen Kisten. Die Bemühungen, diese großen Überschüsse unterzubringen, besonders seit Amerika als Absatzgebiet immer mehr verloren geht, sind es in erster Linie, welche die Weltmarktpreise fortwährend beunruhigen. — Das Rohzink dagegen wurde damals wie jetzt ausschließlich aus Schlesien nach Berlin eingeführt, daneben liefert nur noch Belgien dieses Metall in etwas größerem Umfang. Zu Ende der 50er Jahre fingen die rheinischen Weißblechwerke an, den englischen Fabriken auf dem Berliner Markte Konkurrenz zu machen. Die neue Konkurrenz bewirkte eine Preisherabsetzung, der man 1860 vergeblich durch Ringbildung ein Ende zu machen versuchte. Die Preise sanken soweit, daß das englische Fabrikat fast ganz vom Berliner Markte weichen mußte; nur einige Sorten, die in Deutschland noch nicht hergestellt werden konnten, wurden seitdem von dort bezogen. Ebenso fielen die Zinkpreise und das trug zu der oben erwähnten Verdrängung der Schiefer- und Ziegel- durch die Zinkdächer, die in jener Zeit stattfand, wesentlich bei. Mitte der 60er Jahre erhöhten sich die Zinn- und Zinkpreise wieder, der Gebrauch dieser Metalle war jetzt so eingebürgert, daß die Preisaufbesserung ihm keinen Abbruch that. Das englische Fabrikat war bis auf wenige Sorten verdrängt, und einige Jahre später hatten die Fortschritte der rheinischen Werke auch diese überflüssig gemacht. Die Nachfrage nach Zinnblechen stieg indes derart, daß um 1874 die ausländische Produktion wieder herangezogen werden mußte. Aus England kamen wieder Bleche, einige von vorzüglicher Qualität zu höheren Preisen

auch aus Steiermark. 1876 war die Konkurrenz zwischen englischem und deutschem Fabrikat wieder in vollem Gange; die deutschen Werke waren genötigt, eine Zollherabsetzung durch einen abermaligen Preisabschlag zu parieren. Zwei Jahre später war die Preisherabsetzung so weit gediehen, daß Weißblech vielfach an Stelle von Schwarzblech gebraucht wurde und daß die inländischen Werke ihre Produktion einschränken mußten, weil sie nichts mehr verdienten. Die Engländer deckten wieder den halben Bedarf, und die deutschen Fabrikanten verlangten zur Erzielung besserer Preise dringend nach einem Schutzzoll. Die Weißbleche machten in den nächsten Jahren weitere Fortschritte in der Verwendung: sie verdrängten stellenweise das Zink. Die deutschen Produzenten eroberten 1880 den Markt fast ganz zurück, gestützt auf Fortschritte in der Technik und auf den Schutz durch die neu eingeführten Zölle.

Zu Anfang der 80er Jahre mehrten sich die ungünstigen Wirkungen der plötzlichen Preisschwankungen für Zinn und Zink. Seit das Submissionswesen vordrang und die Bauhandwerker große Lieferungen auf Grund der beim Angebot bestehenden Preise übernahmen, schädigte jeder Preisaufschlag auch das Bauhandwerk in hohem Maße. Doch wurde Zinkblech auch jetzt noch in immer größeren Mengen abgesetzt. Auch der Weißblechverbrauch nahm noch immer zu. Um die Mitte der 80er Jahre kamen wieder bedeutende Posten aus England, und die englischen Werke beherrschten die Weißblechpreise durchaus. 1887 steigerte ein internationales Syndikat in Paris die Preise für Zinn zu ganz außerordentlicher Höhe, überhaupt trat vorübergehend eine Preishausse aller Rohmaterialien ein. Der zu hohe Preisaufschlag der deutschen Weißblechwerke, der die Folge davon war, führte im gleichen Jahre wieder erhebliche Mengen englischen Fabrikats auf den Markt, doch gelang es nach Zusammenbruch des Syndikats im Mai 1888, diese Konkurrenz wieder zu verdrängen. In den nächsten Jahren wurden Zinn- und Zinkbleche ebenfalls wieder in vermehrtem Maße gebraucht, selbst als 1890 eine Verminderung des Baugeschäfts eintrat; die Preise wurden für einige Zeit etwas gleichmäßiger. Erst 1892 verzeichnet nicht nur die englische Weißblechindustrie einen Niedergang, auch Zink wird weniger abgesetzt. „Hier kann nur eine Wiedererstarkung des Exports, namentlich von Erzeugnissen unserer einst so blühenden Lampenindustrie, Wandel schaffen[1]". Das Jahr 1893 bringt für Zinn große Preisschwankungen, aber im ganzen nur wenig Verbilligung, eine größere tritt für Zink ein. Das Zinkgeschäft ist zu einem unsicheren geworden, weil die Ab-

[1] Bericht über Handel und Industrie von Berlin im Jahre 1892.

nehmer, meist kleine Bauklempner, oft von der Bauspekulation um ihr alles betrogen werden und dann ihre Lieferanten nicht bezahlen können. Ende 1894 werden Zinn und Zink, letzteres nach Sprengung des internationalen Syndikats, erheblich im Preise gedrückt, auch Zinkblech und Weißblech wird billiger, und trotzdem werden größere Mengen englischen Weißblechs auf den deutschen Markt geworfen. Im Weißblechhandel liegen die Dinge jetzt so, daß die deutsche Industrie der englischen vollständig ebenbürtig geworden ist und auch kaufmännisch durch böse Erfahrungen soviel Geschicklichkeit gewonnen hat, um bei Beobachtung des Weltmarktes jeden Versuch eines ausländischen Wettbewerbs durch rechtzeitige Preisherabsetzung vereiteln zu können. So oft dies aber verabsäumt wird, ist die englische Ware sofort wieder auf dem deutschen Markt, und es sind größere Preisbeeinflussungen nötig, sie wieder zu verdrängen. Zinkbleche sind neuerdings ständig billig im Preise; sie werden bei verminderter Bauthätigkeit weniger als früher zu Bauten verwandt, und die billigsten Sorten werden bevorzugt. In letzter Zeit haben die Konventionen den ganzen Handel mit Rohmaterialien ziemlich fest in der Hand, so daß sie die Preise gegen unliebsame Schwankungen auf kürzere Zeit etwas stabiler halten können. Nur bisweilen durchbricht die veränderte wirtschaftliche Lage diese Verabredungen und bringt dann einen heftigen Preissturz hervor.

Seit 1879 hat die deutsche Reichsstatistik die Jahresdurchschnittspreise von Zink und Zinn im Großhandel zusammengestellt. Sie betrugen für 100 kg in Mk.:

	Zink		Zinn (Banca)	
	schlesisches in Hamburg	oberschlesisches in Breslau	Frankfurt a. M.	Hamburg
1879	35,14	31,89	153,25	157,04
1880	38,61	.	181,02	188,94
1881	32,57	30,83	193,87	201,04
1882	35,04	31,78	214,71	226,77
1883	31,68	28,86	195,08	208,81
1884	30,16	.	174,25	184,88
1885	28,60	26,37	179,13	193,28
1886	29,58	26,55	199,92	219,02
1887	31,23	28,93	229,17	241,71
1888	39,26	34,42	243,92	264,66
1889	41,55	39,34	193,29	203,46
1890	49,27	45,00	193,75	204,08
1891	48,95	.	186,25	196,90

	Zink		Zinn (Banca)	
	schlesisches in Hamburg	oberschlesisches in Breslau	Frankfurt a. M.	Hamburg
1892	45,30	.	191,88	201,06
1883	38,07	33,27	181,33	192,02
1894	34,33	30,01	144,42	154,23

Selbst in diesen Preisen, in denen die Schwankungen nach Monaten gar nicht wiedergegeben sind, zeigt sich die große Unsicherheit des Preisstandes. Die Schwankungen sind so erheblich, daß sie das ganze Geschäft von Jahr zu Jahr auf andere Grundlagen stellen. Die fortwährende Unsicherheit stört den Handwerker und schädigt ihn, während die kapitalistischen Specialbetriebe, die auf dem Boden des Klempnerhandwerks entstanden sind, dadurch in die Lage versetzt worden sind, durch spekulative Vorwegnahme der zu erwartenden Preise ihre Überlegenheit voll auszunutzen.

Die Berliner Baugeschäfte beziehen ihre Rohmaterialien aus einigen wenigen ganz großen Berliner Handlungen, welche direkt mit den Hüttenwerken abschließen und große Läger halten. Die größte und bekannteste der 4 Großhandlungen, die dabei wesentlich in Betracht kommen, ist das Geschäft von Jakob Ravené Söhne und Komp. Die Beziehungen der Berliner Großhandlungen zu den schlesischen Werken sind derart enge, daß die Handlungen zur Entnahme der gesamten Überproduktion der Werke verpflichtet sein sollen, so daß die Preisschwankungen für Berlin ungemildert zum Ausdruck kommen dürften. Dagegen sind die Hütten verpflichtet, niemals direkt an Berliner Bauklempner abzusetzen. So sind alle Bauklempnereien, große und kleine, genötigt, von den Berliner Handlungen ihren ganzen Bedarf zu entnehmen. Sie sind der Ansicht, daß diese Handlungen niemals übermäßige Preisaufschläge machen, sondern ihren Vorteil einzig in dem riesigen Umsatz suchen.

Die kleinen Geschäfte, die das Rohzink nicht selbst verarbeiten können, kaufen ihre Ornamente u. s. w. teils von den großen mit Fabrik verbundenen Baufirmen, teils von besonderen Metalldrückereien und -stanzereien, teils auch von Händlern, welche ihrerseits wieder die Abnehmer der vorgenannten Fabriken sind. Sie kaufen also aus dritter oder vierter Hand und wirtschaften deshalb teurer als die großen Geschäfte mit eigener Ornamentfabrik.

Die Waren, die seitens der Klempner im Ladengeschäft gekauft werden müssen, sind natürlich sehr mannigfaltig. Die in den Fachblättern den Klempnern angebotenen Waren sind zwar zur Hälfte Roh- und Hilfsstoffe, Werkzeuge und Maschinen, zur anderen Hälfte aber die mannigfachsten Klempnerwaren, die in Specialfabriken hergestellt sind, namentlich Lampen,

Laternen, Badewannen. Die Lampen werden aus den Berliner Fabriken oder Großhandlungen bezogen, und zwar müssen die Berliner Handwerker sehr gegen ihre Neigung vielfach schlechte, aber billige Ware abnehmen, da die guten Lampen der alten soliden Fabriken ihren Kunden meist zu teuer sind. — Die Haus- und Küchengeräte, in denen sonst Berlin jetzt den größten Teil seines Bedarfs deckt, werden gerade von den kleinen Klempnerläden aus Billigkeitsrücksichten häufig von auswärts genommen; so liefert eine Elbinger Fabrik diese Artikel in Mengen nach Berlin. Die kleineren Artikel kommen auch aus Dresden, dem Erzgebirge, Spielwaren aus Nürnberg, Löffel aus Thüringen und Schmalkalden. Diese Artikel werden vielfach noch von Hausindustriellen gemacht, namentlich im Erzgebirge, wo auch für Nürnberg gearbeitet werden soll. Die Hausindustriellen stellen dort mit einfachen Maschinen (Stanzen) und Formen stets ein und dasselbe Stück her. Mit der dadurch erzielten Geschicklichkeit und den geringen Lebensbedürfnissen dieser Leute können selbst die technisch vollkommensten Berliner Specialbetriebe, die doch hohe Löhne zahlen müssen, im Preise nicht immer konkurrieren. Die verzinnten und verzinkten Schwarzblechwaren kamen früher sämtlich von außerhalb (Neu-Wieder Geschirr), die Emaillegefäße noch jetzt (von Bernau, Dresden u. a.).

Der Bezug geschieht teils durch direkte Bestellungen der Berliner Klempner bei den ihnen bekannten soliden Firmen, nachdem ursprünglich der Geschäftsverkehr durch Reisende der auswärtigen Fabriken eingeleitet worden ist, teils werden noch immerfort durch Reisende Berliner und auswärtiger Firmen Geschäftsverbindungen gesucht.

Zur Befriedigung des Produktionskredits hatte die Innung früher eine eigene Kreditbank errichtet. Es war das in der Weise geschehen, daß die Klempnerinnung Mitglied der Stralauer Genossenschaftsbank wurde. Auf das größere Guthaben der Innung erhielten die Innungsmitglieder gegen Sichtwechsel bei dieser Bank einen Kredit bis zu 900 Mk. Doch ist dieses Institut der Innung am 1. April 1894 aufgelöst worden, weil einerseits viel Mißbrauch mit den Darlehen getrieben wurde — die Wechsel wurden grundsätzlich nie präsentiert, und infolge dessen blieben viele Mitglieder mit ihren Verpflichtungen stets im Rückstand: und anderseits die Kreditgelegenheit zu wenig benutzt wurde: die Mitglieder schämten sich, bei ihren Berufsgenossen zu borgen, und nahmen lieber den Kredit der Lieferanten reichlicher in Anspruch und verzichteten auf die besonderen Vorteile des Bareinkaufs. Jetzt wird einmal der Kredit der Lieferanten fast regelmäßig ein Vierteljahr in Anspruch genommen, außerdem gehören von den kleineren Meistern die meisten einer der zahlreichen Schulze-Delitzsch'schen

Kreditgenossenschaften in Berlin an, die größeren stehen mehrfach mit einer Privatbank in regelmäßiger Geschäftsverbindung.

Genossenschaften anderer Art, Rohstoff-, Produktiv- oder Verkaufsgenossenschaften, sind im ganzen Berliner Klempnergewerbe unbekannt. Ein Versuch der Innung, ein genossenschaftliches Rohstofflager einzurichten, ist an der erwähnten Abmachung zwischen den Zinkwerken und den Berliner Großhandlungen gescheitert. Auch sind in nächster Zukunft derartige Gründungen nicht zu erwarten, denn obwohl sich die Klempner der Einsicht von der Wohlthätigkeit dieser Einrichtungen nicht verschließen, und obwohl manche darin die beste Hilfe für das Handwerk sehen, ist doch die Überzeugung allgemein, daß bei dem scharfen und unlauteren Wettbewerb im Gewerbe, bei der geringen Einsicht und Hoffnungsfreudigkeit der Gewerbsgenossen jede solche Unternehmung scheitern wird.

c. Stellung zur Kundschaft. Liegen die Verhältnisse der Produktion im Durchschnitt der letzten 40 Jahre nicht ungünstig und ist im allgemeinen im Baugeschäft ein entschiedener Fortschritt zu konstatieren, so läßt sich von den wirtschaftlichen Ergebnissen der einzelnen Geschäfte nicht das gleiche sagen. Die Preise der Bauklempnerarbeiten sind im Vergleich zu den Produktionskosten allzusehr gedrückt worden, so daß fast alle Bauklempner mit einem sehr geringen, unzureichenden Verdienst arbeiten müssen. Die Ursache dieser Erscheinung ist das Aufkommen und die Ausbreitung des Submissionswesens für alle behördlichen Arbeiten und Lieferungen, welches Jahr für Jahr die Preise heruntergedrückt hat. Allein im Jahre 1885, so berichtet die Kaufmannschaft von Berlin, sind die Preise für Submissionen um 6—10 % gefallen, nachdem schon in den früheren Jahren Preisreduktionen eingetreten waren. Nachdem die Steigerung der Rohstoffpreise diese Entwicklung dann vorübergehend unterbrochen hatte, ist sie jetzt seit dem Jahre 1890 wieder sehr im Gang. Während man für ein Zinkdach (Zink Nr. 12) für den Quadratmeter bei festen Preisen 3.25 Mk. berechnet, wird bei Submissionen die gleiche Arbeit für 2.75 Mk. gemacht. Und wie sehr der Preisdruck noch weiter fortgeht, das zeigen namentlich die Submissionen seitens der Militärbehörde aus dem Jahre 1895. Selbst bei beschränkten Submissionen ist hier das höchste Angebot fast doppelt so hoch wie das niedrigste. Bei einer Ausschreibung betrug von 6 Geboten das höchste 10 986, das niedrigste 6 233 Mk., die übrigen lagen in gleichen Abständen dazwischen; bei einer anderen war das höchste 9 792, das niedrigste 5 743 Mk. Überhaupt soll die Militärbehörde mehr als alle Privatkunden die Preise drücken; bei einem Privatbau sind nach Meinung der Handwerker die Preise durchweg um 20—25 % höher. Bei einer Aus-

schreibung der Universität 1895 schwankten die Angebote nur zwischen 4785 und 4498 Mk., doch wird dieser Fall ausdrücklich als Ausnahme bezeichnet.

Wenn so die größeren Arbeiten der Konkurrenz wegen immer billiger und mit minimalen Verdiensten gemacht werden, so werden die Preise da, wo die kleineren Geschäfte mitbieten können, häufig noch weiter gedrückt, so daß dort die Arbeiten mit Schaden oder unreell gemacht werden müssen. Der Staat hat nach Aussage vieler Klempner oft Arbeiten für Preise vergeben, für die man kaum das Zink kaufen konnte. Er erteilt regelmäßig ohne jede Prüfung dem niedrigsten Angebot den Zuschlag.

In dieser Hinsicht wird das Fehlen kaufmännischer Qualitäten bei den Handwerkern allgemein beklagt. Die Kalkulation der Klempner sei mangelhaft, deshalb ihre Angebote zu ihrem Schaden oft weitaus zu niedrig. Der ärgste Preisdruck geht in der Regel weniger von den großen Geschäften, als von den kleinen „Pfuschern" aus, welche aus Mangel an gründlicher Ausbildung oder an Kapital kein ständiges Geschäft errichten können. Sie arbeiten bald als Meister, bald als Gehilfen, in ersterem Falle mit geborgten Materialien oder mit dem Gelde des Bauunternehmers. Sie machen dann die billigsten Angebote, sei es infolge ihrer Abhängigkeit vom Unternehmer, sei es, daß sie von vorn herein nicht die Absicht haben, Löhne und Materialien zu bezahlen. Ihre Arbeit gilt als minderwertig, wird aber gerade jetzt bei den gedrückten Preisverhältnissen doch vielfach begehrt.

Diese Erscheinung führt zu einem rapiden Herabgehen der Preise; dessen Folge ist dann wieder, daß immer schlechteres Material verwandt wird, daß die Lieferanten nicht bezahlt werden können u. a. Dazu kommt, daß bei Neubauten von Behörden, großen Geschäften, Anstalten größere Firmen bisweilen absichtlich und mit voller Berechnung unter die Selbstkosten herabgehen, um durch Ausführung dieser Arbeiten die Anwartschaft auf andere fest bezahlte Aufträge bei den gleichen Kunden zu erlangen. Es kommt auch vor, daß kleine Betriebe von großen kapitalkräftigen systematisch bei jeder Ausschreibung unterboten oder im Preise gedrückt und dadurch niederkonkurriert werden. Alles das drückt die Preise und verhindert es, daß die Handwerker das berechtigte Bestreben, die Preise den höheren Löhnen, teureren Wohnungen und Nahrungsmitteln entsprechend allgemein aufzubessern, nicht durchsetzen können.

Ganz ohne Reaktion ist die Preisherabsetzung freilich nicht geblieben; als Schutz gegen die Ringe der Rohmaterialien-Lieferanten mit ihren Preiserhöhungen werden in den Fachblättern bisweilen Ringe der Industriellen empfohlen, um ihrerseits wieder die Verkaufspreise zu erhöhen. In Berlin hat namentlich die Klempnerinnung wiederholt Schritte gegen den Preis-

druck für Bauarbeiten zu thun versucht. Sie hat im Januar 1888 die Berliner Baupreistaxe durchweg um 20 % erhöht, und im Januar 1890, wo die Lage der Industrie im allgemeinen noch günstig war, abermals um 20 %. Indes hat es bei diesen Anläufen sein Bewenden gehabt. Die geringe Preisaufbesserung, die durch das Steigen der Materialpreise ohnehin nötig war, hielt nicht vor, und bald ging der Preisrückgang wieder ganz wie früher an. Die Gewerbsgenossen hatten den Maßnahmen von vorn herein ein sehr geringes Vertrauen entgegengebracht, und wie der Erfolg erwies, mit Recht. Nach den Versicherungen der an der Spitze der Innung stehenden Männer ist die Erhöhung der Taxe ohne jeden dauernden Erfolg, ohne jede allgemeinere Beachtung geblieben, wie denn überhaupt durch die Schärfe der Konkurrenz jedes gemeinsame Vorgehen vereitelt, jede vorherige Verabredung auch nur bezüglich des Verhaltens bei einer einzelnen Submission gebrochen würde. Das unbedingte Festhalten der Behörden an dem Submissionswesen giebt diesem die besondere Stärke, und besonders wird geklagt, daß der Magistrat, der bei unbeschränkten Submissionen unter den drei Mindestfordernden einen aussucht, auf die Reformbestrebungen der Handwerker bezüglich dieses Punktes absolut keine Rücksicht nimmt. Außer Staat, Stadt und öffentlichen Korporationen wenden neuerdings auch Private bei größeren Bauten das Submissionsverfahren an.

Bei privaten Bauten kommt hinzu, daß die gesunkenen Baupreise gegenwärtig noch keineswegs sichere Einnahmen darstellen. Der größte Teil der Berliner Bauthätigkeit ist ständig so ungesund, daß die Bauhandwerker fast regelmäßig bei „verkrachten" Bauten mit ihren Forderungen ausfallen und dadurch große Verluste haben, die durch Preisaufschläge zur Versicherung des Risikos nicht entfernt gedeckt werden. Es ist in Berlin weitaus am häufigsten, daß der Bauhandwerker nicht mit privaten Bauherren, sondern mit Zwischenpersonen, mit Unternehmern (Bau- oder Maurermeistern), die gewerbsmäßig Häuser zur sofortigen Weiterveräußerung bauen, zu thun hat. Diese sind daher weniger an der Solidität als an möglichster Billigkeit des Baues interessiert. Sie drücken also die Preise oft bis zu einem Grade, daß dafür eine ordentliche Ausführung der Arbeiten unmöglich wird, und sie sehen dann darüber hinweg, wenn schlechteres Material genommen wird, als ausbedungen ist. Dadurch wird die Ausführung immer schlechter, und bisweilen werden jetzt Häuser mit Blechen gedeckt, die für keinen Eimer stark genug sind: dadurch wird natürlich einem soliden Handwerker das Konkurrieren vielfach unmöglich gemacht, und wenn er einen Bau ohne Betrug ausführen will, verdient er nichts, sondern setzt noch sein Geld zu.

Nur wenige kleine Meister, die in ihrem kleinen Laden und in einer

sicheren Kundschaft für kleine Bauarbeiten und Werkstattaufträge eine sichere Einnahmequelle haben, schützen sich vor solchen Verlusten, indem sie jeden Auftrag von Bauunternehmern strikte ablehnen und nur gelegentlich für private Bauherren die Arbeiten an einem Neubau übernehmen. Diese Meister machen auch kleinere Installationen von Gas und Wasser mit der gleichen Vorsicht und haben durch die Vereinigung dieser Arbeiten und durch ihre feste Kundschaft eine auskömmliche und sichere Einnahme. Im allgemeinen aber sind bedeutende Verluste im Klempnerhandwerk gar nicht zu vermeiden. Von größeren Geschäften sind auch die, die „nur mit ersten Firmen arbeiten", größeren Verlusten ausgesetzt, und es sollen hier bisweilen Verluste von 6000, ja von 15000 Mk. im Jahr vorkommen. Bei kleinen Geschäften geht durch einen Verlust von 3000 Mk. und darüber oft das Einkommen von Jahren verloren und ist durch die angestrengteste Arbeit in langer Zeit nicht wieder zu ersetzen.

Die Bezahlung der Bauarbeiten geschieht meist ratenweise, und in dieser Weise werden bei reellen Privatbauten bis zur Rohbauabnahme etwa 60—80 % des ganzen Betrages ausgezahlt. Die Abrechnung erfolgt bei größeren Geschäften am Schluß des Baues, und dann wird der Rest ausbezahlt. Doch bleiben manche Bauunternehmer diesen noch vielleicht ein Jahr schuldig. Bei unsicheren Bauten dringt der Handwerker auf häufige Abrechnung (jede Woche); namentlich der kleine Handwerker kann sich durch die fortwährenden kleinen Zahlungen am besten gegen übermäßige Verluste schützen. Größere Baugeschäfte lassen sich nur ein oder einige mal Abschlagszahlungen leisten, die einzelnen Posten nicht unter 1000, 1500 oder 2000 Mk. Staat und Stadt regulieren ihre Rechnungen erst nach Jahr und Tag, und die Handwerker, kleine und große, berechnen, daß sie durch diese verspätete Zahlung nicht selten 15 bis 20 % ihrer Forderung verlieren. Auch bei Privatbauten kommen so hohe Verluste der letzteren Art vor, zumal da dort die Baumeister ganz gewöhnlich 5 % der Forderung als Provision für sich beanspruchen, bisweilen auch 10 %, und da auch bei ihnen die Schlußzahlung nach Beendigung des Baues oft noch ein halbes oder ein ganzes Jahr auf sich warten läßt.

Die Reineinnahme der Geschäfte ist auch bei bedeutendem Umsatz an Baumaterialien u. s. w. sehr gering, bei den meisten kleineren Geschäften ungefähr nur 1800 bis 2000 Mk., also nicht viel mehr als der Verdienst eines tüchtigen Gesellen, der in einer Blechwarenfabrik ebenfalls 1800 Mk. verdienen kann. Nach den Ergebnissen der Steuer ist bei den kleineren Geschäften im Keller nicht allzu selten ein Jahreseinkommen von 600 Mk. zu konstatieren. Darin ist schon die Einnahme aus den Baureparaturen sowohl wie denen an Haushaltungsgegenständen und Lampen einbegriffen. Letztere

werden von den kleinsten Geschäften nicht allein im Auftrage von Privatkunden, sondern auch von Kaufleuten vorgenommen. Bei solcher Einnahme muß die Frau bisweilen außer Wahrnehmung des Ladenverkaufs noch für Konfektionsgeschäfte oder in anderer Weise arbeiten. Das durchschnittliche Einkommen der Klempner wird nach der gleichen Quelle, den Ergebnissen der Steuer, auf 2500 Mk. angegeben, doch sind in diesem Durchschnitt auch die bisweilen vorkommenden größeren Einkommen bis zu 10 000 Mk. einberechnet. Die letzteren kommen bei einigen Meistern durch eine sichere und zahlreiche Kundschaft für kleine Bauarbeiten heraus, bei einigen wenigen auch durch Kundschaft für besonders zu arbeitende Haus- und Küchengeräte. Bei einigen Handwerkern, namentlich in den wohlhabenden Stadtteilen des Westens, ergibt auch der Verkauf aus dem Laden eine erheblichere Einnahme. In den meisten Fällen bringt der Laden dieser Kleinmeister freilich nur die Ausgabe für die Miete ein.

Die Einnahme der größeren Geschäfte ist gleichfalls relativ gering; ein Baugeschäft soll im letzten Jahr bei 150 000 Mk. Umsatz nur etwa 5000 Mk. verdient haben. Ein so geringer Prozentsatz ist freilich nicht die Regel; die mit den größeren Baugeschäften verbundenen Fabrikbetriebe tragen zur Steigerung der Einnahmen, deren Höhe natürlich den Handwerkerverdienst weit übersteigt, bei, indes klagen auch diese Geschäfte über den Rückgang der Gewinne in den letzten Jahren. — Die Einnahmen der Bauklempner sind dadurch sehr beschränkt, daß sie mit einer längeren arbeitslosen Zeit im Winter rechnen müssen. Die Verwendung der Arbeiter für den Bau ist jetzt durchweg so einseitig, daß sie im Fabrikbetrieb während der baulosen Zeit nur selten beschäftigt werden. So werden die meisten Bauarbeiter zum Winter entlassen, die Meister sind ohne Beschäftigung.

Daß Klempner regelmäßig teilweise für eigene Bauten arbeiten, also selbst Bauspekulanten sind, und die übrigen Handwerkerarbeiten dann an solche Meister übertragen, die ebenfalls selbst bauen und ihnen dafür die Klempnerarbeiten zuwenden — dieses System der „Gegenarbeit“ kommt in Berlin nicht vor. Nur bisweilen, wenn ein Klempner selbst ein Haus für eigene Betriebs- und Wohnzwecke baut, benutzt er wohl die Gelegenheit, die Arbeiten von einem Bau- bezw. Maurermeister, von dem er Bezahlung nicht erlangen kann, in Gegenarbeit ausführen zu lassen.

Im Ladengeschäft, d. i. im Handel, hat die Konkurrenz anders, aber bisweilen nicht minder verheerend eingegriffen. Hier haben die Läden der Handwerker vor allem gegen die der Kaufleute zu kämpfen, mit denen sie in vieler Beziehung nur schwer konkurrieren können. Die meisten Ladengeschäfte der Klempner in Berlin sind für die Hauptstadt klein und un-

ansehnlich, meist nur mit einem Schaufenster, und sie liegen oft noch dazu im Keller. Sie können sich mit den reich ausgestatteten und vorteilhaft arrangierten Läden der Kurzwaren- und Hausgerät-Handlungen und mit den vielen Bazaren nur selten messen. In guten Stadtgegenden, wo sie reichlicher ausgestattet sind und zu guten Preisen verkaufen können, machen sie wohl zuweilen gute Geschäfte. Hier kommt ihnen ihre überlegene Warenkenntnis, vermöge deren sie die solidesten Waren führen, zu statten. In der Billigkeit kommen die Klempner mit den Bazaren nicht mit; sie klagen, diese verkauften die Waren an ihre Kunden mitunter so billig und billiger als die Fabrik an die Klempnerläden. Neuerdings sind ihnen die großen Kaufhäuser, die in den letzten Jahren hier für die ärmere Bevölkerung entstanden sind, voran die riesigen reich ausgestatteten Geschäftsräume von A. Wertheim, besonders gefährlich geworden. Denn diese haben sowohl die Waren, welche Klempnerarbeiten verdrängt haben und von denen die Klempnerläden notgedrungen die gangbarsten mit übernehmen mußten, als auch alle Klempnerarbeiten in reichhaltigster Auswahl und zu billigstem Preise auf Lager. Fast die ganze Arbeiterbevölkerung, die in Berlin von überall her zusammengeströmt ist und durch keinerlei alte Gewohnheit, Rücksichten auf persönlich bekannte Handwerker und lokale Einflüsse in der Wahl ihrer Bezugsquellen beeinflußt wird, kauft in diesen Geschäften mit großer Vorliebe. Schon die festen Preise jedes Gegenstandes lassen sie dem Arbeiter, der in der Beurteilung der Waren und überhaupt im Einkaufen nicht geübt ist, solider und billiger erscheinen. Anderseits kauft auch das wohlhabende Publikum in den besseren Großhandlungen, die reichere Auswahl und auch bessere Ware haben als die Handwerkerläden.

Dem gegenüber stützen sich die Klempnerläden auf die zum Teil noch erhaltene alte bürgerliche Gewohnheit, die Sachen nur dort zu kaufen, wo man sie im Notfall auch reparieren lassen kann, demnächst auf die Bequemlichkeit der nächsten Nachbarschaft, die bei Einkäufen nicht weit laufen will. Namentlich in Handwerkerkreisen fühlt man sich auch verpflichtet, den Klempnern, die ihrerseits wieder ihren Bedarf von den benachbarten Handwerkern entnehmen oder die öfters für diese Reparaturen ausführen, auch einmal neue Waren abzunehmen. Die alte Gewohnheit bringt es freilich auch mit sich, daß die Kunden der Klempner ihren Bedarf auf Borg nehmen, während in jenen konkurrierenden Geschäften ausnahmslos bar bezahlt wird. Dadurch strömt den Klempnern der unsicherste Teil der Kundschaft zu, von dem oft überhaupt keine Bezahlung zu erlangen ist. Das Überwuchern der Borgwirtschaft wird auch in der Berliner Klempnerei als ein Krebsschaden des Handwerks beklagt; selbst Beamte und regelmäßig

entlohnte Arbeiter, die in Klempnerläden kaufen, pflegen ihre Rechnung erst nach Jahresfrist oder noch später zu begleichen. Oft fragen solche Käufer bei der Entnahme der Waren gar nicht nach ihrem Preise, und daraus ergeben sich dann später beim Bezahlen die ärgerlichsten Streitigkeiten. Das Borgsystem nimmt alle Gelder der Handwerker in Anspruch und ist natürlich in den Läden, deren Waren die Klempner selbst zum größten Teil kaufen müssen, um so schlimmer. Es nötigt sie, auch ihrerseits zu borgen, verhindert sie, günstige Konjunkturen zum Ankaufen wahrzunehmen und den bei Barzahlung üblichen Rabatt zu verdienen. Im Gegenteil müssen sie ihre Anleihen noch verzinsen, während ihre Kundschaft natürlich an Zinszahlungen nicht denkt. Nur in ganz gut fundierten Geschäften, die sich ihre Kundschaft aussuchen, wird vierteljährlich bezahlt, wie es auch bei den Arbeiten für Geschäfte, Kaufleute u. s. w. die Regel ist.

In der Werkstattfabrikation des Handwerkers ist, wie erwähnt, von Konkurrenz nicht mehr viel die Rede. Die Reparaturen macht ihm niemand streitig, nur manche größere Fabrikwaren werden in besonderen Reparaturwerkstätten eben dieser Fabriken repariert; sie drohen in Zukunft nur dadurch abzunehmen, daß die Massenartikel der Fabriken immer billiger werden und schließlich eine Neuanschaffung billiger wird als eine Reparatur. So werden jetzt in billigen Bazaren minderwertige Lampen schon für 30 Pf. verkauft. Sie brennen nicht lange, und wenn sie der Klempner reparieren, d. i. mit einem soliden Brenner versehen soll, so muß er dafür etwa 50 Pf. nehmen. Da zieht es der Kunde meist vor, trotz seiner schlechten Erfahrungen es wieder mit einer neuen billigen Lampe zu versuchen.

Wo die Gegenstände im Laden noch selbst gemacht werden, und zwar nicht im technisch vollkommenen Specialbetrieb, für den die Verhältnisse anders liegen und der später besonders zu behandeln sein wird, sondern in alter Weise, da geschieht es ohne Verdienst und nur dann, wenn die Arbeitskraft gar nicht berechnet wird, z. B. in sonst arbeitsloser Zeit. Diese Fabrikation spielt auch in Berlin absolut keine Rolle; den meisten Fachgenossen ist gar kein Meister mehr bekannt, der noch solche Arbeiten macht. Auf Fachausstellungen, z. B. auf der letzten von 1895 in Leipzig, finden wir die Fabriken durchaus in der Mehrzahl; an sie fallen die meisten Preise; daneben finden sich nur noch einige kleine Specialbetriebe, aber keine handwerksmäßige Arbeit.

Der Verdienst im Ladengeschäft hält sich in weitaus den meisten Fällen in sehr mäßigen Grenzen. Man rechnet in Berlin ganz allgemein, daß der Laden den Betrag für die Miete (für Wohnung, Werkstatt und Laden)

einbringt, doch bringt auch von diesem Betrage der Verkauf aus dem Laden, der meist durch die Frau des Meisters erfolgt, den kleineren Teil; den größeren tragen die verschiedenartigen Reparaturen und Flickarbeiten ein.

4. Die Lampenfabrikation[1].

a. Arbeits- und Absatzgebiet. Die Arbeiten der Berliner Lampenindustrie bestehen vor allem in der Herstellung der verschiedenen Arten von Petroleumlampen, deren einzelne Teile jetzt oft von Fabriken mehrerer Teilbranchen hergestellt werden. Daneben werden die alten zünftlerischen Waren, Laternen und Küchenlampen, vereinzelt noch Lampen für Rüböl, auch wohl gelegentlich Leuchter für Wachskerzen hergestellt. Streng genommen versteht man unter Lampenindustrie nur die Herstellung von Beleuchtungskörpern, die mit fließenden, mineralischen oder vegetabilischen Ölen gespeist werden. Die neu entstandenen Beleuchtungskörper für Gas und Elektricität sind nicht in Anlehnung an die alte Lampenherstellung verfertigt worden. Ihre Herstellung fällt viel mehr in das Arbeitsgebiet der Gürtlerei und Broncefabrikation als in das der Klempnerei. Sie werden nur von wenigen größeren Lampenfabriken nebenher angefertigt. Ein sehr wichtiges Arbeitsgebiet der Berliner Lampenindustrie sind die Brenner der Petroleumlampen, also der wichtigste Gebrauchsteil der Lampe, den Berlin in größtem Maße exportiert. Die Glasteile der Lampen werden nach Bedarf in den Glashütten bestellt; ihre Herstellung wird nicht zur Lampenindustrie gerechnet.

Die Berliner Lampenfabrikation entwickelte sich nach weniger bedeutenden Anfängen in den 50er und 60er Jahren zu einer großen Specialindustrie mit interlokalem und internationalem Absatz. Seit Argand 1780 die Lampe mit doppeltem Luftzug erfunden hatte, war durch diesen großen Fortschritt der Übergang der Lampenherstellung vom Handwerk zum Großbetrieb ermöglicht. Er erfolgte zuerst in der Schweiz (Genf) und Frankreich (Paris). Erst mit der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts ging die Führung in der Lampenindustrie von Paris auf Berlin über, zumeist infolge der technischen Fortschritte der Berliner Firma Wild & Wessel. Die entstehenden Betriebe wurden sämtlich von vorn herein als Fabriken mit Arbeitern verschiedener Gewerbe, bald auch mit Dampfkraft eingerichtet.

---

[1] Dazu als wertvolle Quelle: Wild u. Wessel, 50 Jahre in der Berliner Lampenindustrie, Berlin 1894.

Das Vordringen des Petroleums für Beleuchtungszwecke war die Basis der neuen Berliner Industrie, die schon bald nach ihrer Begründung in großen Mengen exportierte. Schon 1864 wird berichtet, daß Berliner Lampenfüße aus Zink fabrikmäßig hergestellt und massenweise nach dem übrigen Deutschland und dem Auslande verkauft wurden. Bald darauf wurde auch zur Herstellung von Gaskronen Zink (statt Bronce) verwandt, so daß auch diese Fabrikation wenigstens teilweise in das Gebiet der früheren Klempnerarbeit fiel. Zu Anfang der 70er Jahre wurde die Lampenindustrie infolge billigerer Petroleumpreise und stärkeren Konsums — erst 1874 fand das Petroleum in der deutschen Armee Eingang — lebhafter, die Bestellungen im Inlande mehrten sich. Zu dieser Zeit erscheint die gesamte Lampenherstellung aus dem Klempnergewerbe schon vollständig losgelöst, ein Lehrbuch der Klempner von 1873 lehrt diese anscheinend weit weniger, wie sie Lampen machen, als wie sie Lampen kaufen und beurteilen sollen, damit sie mit Verständnis den Lampen*handel* betreiben können. Die Jahre 1873—75 zeigten ein riesiges Anwachsen der Betriebe. Aus dem Jahre 1875 berichtete die Kaufmannschaft über den Stand der Lampenfabrikation, die damals einen Höhepunkt erreicht hatte, ausführlicher. Es bestanden damals zwei große Fabriken mit über 250 Arbeitern, 12 mittlere mit über 30, 26 kleinere mit unter 30 Arbeitern, im ganzen 40 Fabriken mit etwa 1600 Arbeitern. Doch setzten diese schon damals nicht mehr alle Waren an die Kunden ab, einige 20 besondere Firmen hatten sich des Lampenhandels bemächtigt. Im Jahre 1875 kamen etwa 2 Millionen Berliner Lampen in den Handel, davon höchstens 4—5 Prozent für Berlin. Der Gesamtwert der Jahresfabrikation wurde auf 12 bis 14 Millionen Mark geschätzt, davon 1/3 für das Ausland. In der Folge wird Rußland für die Berliner Petroleumlampen ein neues wichtiges Absatzgebiet, im ganzen aber nötigt das zu schnelle Wachstum der letzten Jahre 1876 und noch mehr 1877 zu einer Einschränkung der Produktion. Der Wert der Fabrikation wird in dem letzten Jahre nur noch auf 9 bis 10 Millionen, von anderer Seite freilich immerhin noch auf 12 Millionen geschätzt.

Zu gleicher Zeit dringt nach einem Bericht an die Kaufmannschaft das Submissionswesen auch in diese Industrie störend und schädigend ein. Der Preisdruck, den es mit sich bringt, hindert für Kronleuchter und ähnliche Waren jede Verbesserung in der Qualität und im Geschmack. Es war das die Zeit erstmaliger großer Anschaffungen verschiedener Behörden, später hat das Submissionswesen in der Lampenindustrie keine nennenswerte Rolle mehr gespielt. Für kleinere Haushaltungslampen finden dagegen in den nächsten Jahren gerade geschmackvolle Produkte großen Absatz, namentlich

da gleichzeitig ein Herabgehen der Materialienpreise eine Verbilligung der Lampen ermöglicht. Um 1880 steigt die Nachfrage nach teuren Lampen weiter. Gleichzeitig beginnt allerdings die Überfüllung der Industrie ihre Wirkungen zu äußern. Die gesteigerte Konkurrenz führt zu größerer Specialisierung. Es entstehen viele kleine Werkstätten, welche nur bestimmte Lampenteile fertigen: Brenner, Füße, Hängelampen; nur wenige Fabriken stellen noch sämtliche Teile her. Durch diese neue Arbeitsteilung wird die Produktion verbilligt und ein Herabgehen der Preise veranlaßt; die Preise für Petroleumbrenner werden namentlich auch durch die im Zuchthaus gearbeiteten Brenner gedrückt. Die niedrigen Preise erhöhen aber die Konkurrenzfähigkeit Berlins auf dem Weltmarkte. Zu jener Zeit ist noch lebhaftere Nachfrage nach teueren und besseren Lampen vorhanden, doch findet der Hauptabsatz auch damals in billigeren Lampen statt. Billigere Hängelampen, bisher meist aus Eisenguß hergestellt, werden jetzt vielfach aus gegossenem Zink gemacht, welches Metall für Tischlampen das gewöhnliche ist.

Die kapitalistische Gestaltung und größere Leistungsfähigkeit der Fabriken wirkten dahin, daß der Absatz sich immer mehr in die Herbstmonate konzentrierte, weil wegen der großen Vorräte die Abnehmer sicher waren, ihren Bedarf auch bei später Bestellung noch voll decken zu können. Für bessere Ware wächst der Absatz von nun an nicht mehr, er nimmt in den nächsten Jahren sogar ab. Dagegen wächst der Weltruhm Berlins zu Anfang der 80er Jahre für billige und dabei doch haltbare Lampen. Die Berliner Brenner sind überall beliebt. Der Bericht von 1883 konstatiert, wohl etwas übertrieben: „Es läßt sich annehmen, daß, abgesehen von Nordamerika, sonst kein Platz von einigen Tausend Einwohnern auf dem Erdballe zu finden sein dürfte, wo nicht Berliner Lampen anzutreffen sind.“ Namentlich sind die Berliner Brenner überall im Gebrauch. Für die Rührigkeit der Berliner Betriebe spricht es, daß in Berlin mehr Arten von Petroleumbrennern vorhanden sind, als in allen anderen Orten des Weltballs zusammen. Die größte Berliner Lampenfabrik beschäftigt in diesem Jahre etwa 300 Arbeiter und fertigt jährlich 800 000 Lampenbrenner an. 1884 behauptet das Lampengeschäft seinen alten Absatz, 1885 dagegen geht der Export etwas zurück; seit diesem Jahre hat überhaupt keine wesentliche Produktionssteigerung mehr stattgefunden. Da trotzdem immer mehr Firmen entstehen, wird der Gewinn für jede einzelne immer geringer. Das Auslandsgeschäft wird wegen der fortwährenden Zollerhöhungen immer schwankender und in seinen Erträgen unsicherer. Der Absatz nach den Vereinigten Staaten hebt sich um die Mitte der 80er Jahre, dagegen geht die Ausfuhr

nach so wichtigen Exportländern wie Österreich und Rußland wegen der dortigen Zollerhöhungen zurück. Die Überproduktion bewirkt, daß fortwährend neue Muster ersonnen werden, die oft die Herstellungskosten nicht lohnen, oft aber, wenn sie einschlagen, der Firma neue lohnende Absatzwege ins Ausland eröffnen. Die Überproduktion führt aber ferner dahin, die Produktionskosten und damit die Preise stetig herabzusetzen. Die Folge ist einmal eine rasche Verbesserung der Technik, so daß nur noch Fabriken mit den denkbar vollkommensten technischen Einrichtungen einen Vorteil erzielen können, und zweitens eine Verschlechterung der Qualität für Brenner, so daß die ganz ordinäre billige Ware anfängt, dem Ruf der Berliner Industrie zu schaden.

Am Ende der 80er Jahre nimmt die Ausfuhr entschieden ab, und die Lage der Lampenindustrie ist ungünstig. Der Absatz drängt sich immer mehr auf die 4 Herbstmonate zusammen, die andere Zeit deckt nicht die Unkosten. Die Thatsache, daß verschiedene Lampengeschäfte zum Verkaufe ausgeboten wurden, zeigt an, daß die früher überwiegend günstige Lage der Industrie sich geändert hat. In Deutschland ist an billigen Lampen Überfluß, und teure Lampen werden erst wieder hergestellt, nachdem ihnen englisches Fabrikat 1890 neue Absatzwege erschlossen hat. Vom Ausland werden im Bericht der Kaufmannschaft Rußland, Skandinavien, Spanien, Italien, der Orient und Frankreich noch als gute Käufer genannt. In Frankreich werden die deutschen Lampen meist als inländisches Fabrikat verkauft. In den 90er Jahren hält die ungünstige Lage der Lampenindustrie bis zur Gegenwart (Sommer 1895) an; die immer noch neu entstehenden Fabriken und Bazare tragen zur weiteren Verschlechterung bei. Im Anfang des Jahres 1894 erreichte die Depression ihren Höhepunkt. Dann brachte aber dieses Jahr seit dem Frühjahr einen lebhaften Aufschwung, so daß schließlich das gesamte Ergebnis des Jahres um etwa 10 Prozent günstiger war als das des Vorjahres. Freilich wird von anderer Seite die Verbesserung weniger hoch eingeschätzt und behauptet, daß das Geschäft von 1894 im ganzen noch schlechter war als das von 1893. Zudem kam die Verbesserung nicht durch den inländischen Markt, der mit Lampen immer noch vollauf übersättigt ist, sondern durch den Export. Der russische Handelsvertrag brachte für die Berliner Lampen einigen Vorteil, der den Verlust des nordamerikanischen und des größten Teils des südamerikanischen Marktes, der eine Folge von Zollerhöhungen bezw. inneren Wirren gewesen ist, wenigstens in etwas wieder ausglich. Dagegen verschloß der Krieg in Ostasien den sonst ziemlich bedeutenden Markt in China. Teure Waren werden fortdauernd nur wenig und nur bei ganz vorzüglicher

Ausführung und neuem Muster gekauft. Das Hauptgeschäft betrifft durchaus die billigen und billigsten Waren, neben denen nur noch einige neue Specialitäten gut gekauft werden.

Die Lage in der Lampenindustrie ist also gegenwärtig so, daß Berlin immer noch die bedeutendste Industriestadt dafür ist, daß es auf dem deutschen und auch auf dem ausländischen Markte noch immer einen sehr erheblichen Absatz hat — in den Berliner Fachzeitschriften werden fortwährend Reisende für Südamerika, Finnland, Schweden und Norwegen u. a. gesucht, auch Arbeiter der Lampenindustrie z. B. für Schweden — trotzdem ist aber nicht zu verkennen, daß infolge der gedrückten wirtschaftlichen Lage und der Zollpolitik des Auslands ein Rückgang der Gewinne gegen die Zeit vor 10 und 20 Jahren stattgefunden hat. Der Absatz derselben Mengeneinheit wird unlohnender, weil die Preise durch die Konkurrenz zu sehr gedrückt sind und Jahr für Jahr mehr zurückgehen, und weil sich die ganze Nachfrage in die Herbstmonate zusammendrängt, in denen die Aufträge kaum zu bewältigen sind. In diesen aber lassen sich die Verluste der anderen Monate kaum einholen. Zudem ist der Absatz immer mehr nur für die billigsten Waren möglich, an denen am wenigsten verdient wird.

Die neueren Fortschritte der Beleuchtungsindustrie, das elektrische und das Gasglühlicht tragen immer von neuem eine lebhafte Beunruhigung in die Lampenindustrie. Infolgedessen werden jetzt keine neuen Fabriken mehr aufgemacht und alte sind kaum noch zu verkaufen.

Der Gesamtwert der Produktion wird gegenwärtig auf jährlich 15 Millionen Mark geschätzt, also nur unwesentlich höher als 1875, während sich die Zahl der hergestellten Fabrikate ganz erheblich vermehrt hat. Die Zahl der hergestellten Lampen, besonders der Millionen von Brennern entzieht sich der zuverlässigen Abschätzung. Von den Berliner Lampen geht immer noch $^1/_3$ — nach einer anderen Schätzung sogar noch beträchtlich mehr — ihren Weg ins Ausland; von dem Rest wird fast der ganze Berliner Bedarf gedeckt und auch in Deutschland findet ein sehr erheblicher Absatz statt. In Berlin setzen die Verkaufsstätten der Wiener und englischen Lampen vergleichsweise minimale Mengen ab, der früher erhebliche Absatz von Brennern aus Neheim an der Ruhr ist jetzt völlig beseitigt; in Deutschland machen Fabriken in Sachsen, Thüringen und besonders große westfälische Fabriken in Neheim den Berlinern eine fühlbare Konkurrenz, im Ausland decken die nordamerikanischen Fabriken den Bedarf des Landes, die englischen und Pariser Fabriken treten im eigenen Lande

in Wettbewerb mit den Berlinern, die Pariser kommen mit eigenen Lampen, die freilich mit Berliner Brennern versehen sind, auch auf den Weltmarkt.

b. Produktionsbedingungen. Die Lampenfabriken sind, wie aus der in Abschnitt 2 mitgeteilten Statistik ersichtlich, zu zwei Dritteln, der Arbeiterzahl nach, Großbetriebe, im übrigen Mittelbetriebe. Technisch sind sie sämtlich fabrikmäßig eingerichtet, sie greifen in ihrer Technik und in der Beschäftigung verschiedenartiger Arbeit weit über das Gebiet eines Handwerks hinaus. Historisch gehören sie ja zum Produktionsgebiet der Klempnerei; die älteren sind auch fast sämtlich aus ihr hervorgegangen. Die Inhaber sind meist gelernte Klempner und halten sich noch zur Innung; innerlich haben sie aber nur noch wenig Zusammenhang mit diesem Handwerk. Sie beschäftigen auch andere Handwerker: Gürtler, Schlosser, Gießer, Metalldrücker und Dreher, Lackierer u. a., und Meister des Gürtlergewerbes sind gleichfalls vereinzelt Lampenfabrikanten geworden. Hauptsächlich aber sprechen jetzt in diesem Betriebe kaufmännische Fähigkeiten mit, und daher treten mehr und mehr Kaufleute an die Spitze der Fabriken.

Daß handwerksmäßige Klempnerbetriebe in der Lampenfabrikation unmöglich konkurrieren konnten und können, versteht sich nach der Geschichte der Fabrikation von selber. Die Konkurrenz erfordert eine Jahr für Jahr verbesserte technische Ausrüstung, immer neue Muster und Specialitäten, eine feinsinnige und rasche Anpassung an alle Wandlungen des Geschmacks und der Kaufkraft, ein unaufhörliches Jagen nach neuen Absatzwegen, ein stetes Risiko beim Ankauf der im Preise schwankenden Rohprodukte, den Einsatz neunmonatlicher verdienstloser Arbeit und eines großen Kapitals für ein in seinen Erfolgen ungewisses Geschäft im letzten Vierteljahr. Das alles ist das genaue Gegenteil von den Existenzbedingungen, die der Handwerker braucht: stabile Technik, damit er aus dem, was er in jahrelangem Mühen gelernt hat, die Früchte ziehen kann, einen sicheren und festen Absatz, dessen Behauptung ihn nicht sehr von seiner gewerblichen Hauptthätigkeit abzieht, und feste beständige Preise für Rohstoffe und Fabrikate, die ihm eine sichere Existenz verschaffen. Schon als die Lampenindustrie aufblühte, vermochte kein Klempner mehr mit ihr zu konkurrieren; alle Meister, die Lampen mit Erfolg anfertigten, bildeten fabrikmäßig organisierte und nach kaufmännischen Grundsätzen geleitete Betriebe aus. Jetzt wo bei niedergehender Konjunktur die Industrie mit aller Zähigkeit und Gewandtheit, deren der Großbetrieb fähig ist, um ihren möglichst ungeschmälerten Bestand kämpft, ist für den Handwerker vollends keine Möglichkeit gegeben, zu konkurrieren.

Die Lampenfabrikation im größeren Stil betreiben nach einer Berechnung

aus dem Gewerbe heraus etwa 45 Fabriken. Das würde also die große Mehrzahl der in der Berliner Gewerbestatistik gezählten Fabriken mit über 10 Arbeitern sein. Die Zahl ist auch jetzt noch keine stabile, denn manche Fabriken, die in der letzten Zeit noch neu entstanden sind, verschwinden wieder, nachdem sie durch ihre verzweifelten Anstrengungen, Absatz zu erlangen, die Preise und die Rentabilität der Industrie erheblich gedrückt haben. Zu diesen großen Fabriken treten die Specialbetriebe, welche nur Brenner, oder nur Lampenfüße oder andere Teile machen, hinzu. Manche von ihnen sind trotz geringeren äußeren Umfangs doch durchaus selbständig, kapitalkräftig und leistungsfähig. Daneben sind unter den Kleinbetrieben auch solche vorhanden, die an der Grenze von Fabrik und Hausindustrie stehen. Auch sie sind mit Specialmaschinen für ihre Teilarbeit ausgerüstet und sind viel mehr kleine Fabriken als Handwerkerwerkstätten. Sie machen kleine Teile von Lampen für Großhandlungen und auch für Fabriken; denn da ihre Inhaber meist in mißlichen Vermögensverhältnissen sind, liefern sie billig und veranschlagen die eigene Arbeitskraft nur ganz unzureichend. Ihre Arbeiten sind daher zuweilen billiger als die der gelernten Arbeiter in der Fabrik. Sie arbeiten meist mit eigenem, bisweilen aber auch mit geliefertem Material. Ihre Arbeit wird zuweilen auch von den großen Fabriken in Anspruch genommen. Außer den Fabriken beschäftigen sich noch etwa 25 große Handlungen ausschließlich mit dem Lampenhandel, auch sie werden sich in der Statistik bisweilen als Fabriken bezeichnet haben, selbst wenn sie nur einen Klempnergesellen für vorkommende Reparaturen im Hause oder einen selbständigen außer dem Hause beschäftigen, weil sie durch diese Bezeichnung in den Augen vieler Käufer den Anstrich größerer Solidität und Billigkeit erhalten.

Die Begründer der Berliner Lampenfabriken sind in den ersten Jahren ihrer Entstehung ausnahmslos gelernte Handwerker gewesen und zwar zum größeren Teil Klempner, vereinzelt auch, namentlich bei Schiebelampen, Gürtler. In letzter Zeit sind aber daneben die Kaufleute als Betriebsleiter hervorgetreten, in einigen der größten und in mehreren kleineren Geschäften stehen jetzt Kaufleute an der Spitze. Handelsgesellschaften sind in der Leitung der Lampenfabriken nichts seltenes. Bisweilen haben von vornherein zwei Handwerker die Fabrik begründet, bisweilen ist der Sohn des Begründers als Teilhaber eingetreten; es ist auch vorgekommen, daß an Stelle eines ausscheidenden Handwerkers ein Kaufmann eingetreten ist. Die Ansichten, ob zweckmäßiger ein Handwerker oder ein Kaufmann an der Spitze steht, gehen gegenwärtig auseinander. In einem Großbetrieb, dessen Inhaber (Klempner) hervorragend organisatorisch, künstlerisch und technisch schöpferisch

thätig waren, meinen diese, ein Kaufmann sei viel leichter zu ersetzen als ein Techniker, was für diesen Betrieb zutrifft. In der Regel wird aber jetzt die Funktion des Kaufmanns für wichtiger, seine Eignung zum Betriebsleiter für größer gehalten. Bei den meisten größeren alten Geschäften ist jetzt die Streitfrage aufs glücklichste vermieden dadurch, daß die Söhne der Begründer, die jetzt das Geschäft leiten, sowohl handwerksmäßig wie kaufmännisch vorzüglich vorgebildet sind. Eine einzige große Lampenfabrik ist Aktiengesellschaft, und deren Geschäfte sollen nicht besonders gehen. Die einzige Produktivgenossenschaft, die im Fach hervorgetreten ist, eine Arbeitergenossenschaft für Petroleumbrenner, ist um 1860 begründet worden, hat aber von vornherein keinen Boden fassen können und ist bald wieder eingegangen.

Unter den Angestellten spielt das kaufmännische Personal eine ziemlich erhebliche Rolle. Bei einer Fabrik von 50—60 Leuten sind mindestens 5 Kaufleute nötig, die sich auf das Kontor und die Expedition verteilen. Die sonstige Zusammensetzung des Personals läßt sich an dem Beispiel eines großen Betriebes ersehen. Dort sind neben 15 Kaufleuten 65 Klempner, 35 Metalldrücker, 19 Gürtler, 1 Mechaniker, 7 Metalldreher, 13 Schraubendreher, 14 Schnittarbeiter, 2 Schlosser, 10 Galvaniseure, 6 Lackierer, 4 Gelbgießer und Former, 2 Zinkgießer, 2 Vernierer, 2 Maschinisten, mehrere Packer und Ladengehilfen beschäftigt. Diese Fabrik stellt alle Teile der von ihr gefertigten Lampen selbst her, außerdem noch erhebliche Mengen Brenner (520 000 Rund-, 35 000 Flachbrenner), von denen im ganzen $^1/_3$ für eigene, $^2/_3$ für fremde Lampen gebraucht werden. In den meisten Fabriken ist die Zusammensetzung der Arbeiterschaft ähnlich. Bei einigen, die nicht so viel Brenner herstellen, dagegen für andere kleinere Betriebe die Gußarbeiten liefern, treten die Klempner nicht so sehr hervor, vielmehr werden dort Klempner, Gürtler, Dreher und Drücker in ungefähr gleicher Zahl gebraucht. Bei anderen Betrieben, die nur billige Massenwaren herstellen, ist die gelernte Arbeit ganz durch Maschinen- und Frauenthätigkeit ersetzt; so beschäftigt eine Brennerfabrik mit 400 000 Mk. Jahresumsatz 1 Klempner und 50 „Klempnermädchen“. Ferner geschieht bei kleineren Betrieben das Lackieren oft außer dem Hause, und auch das Galvanisieren wird neuerdings wieder mehr an besondere Geschäfte abgegeben.

Über die Höhe des Betriebskapitals ist bei den großen und verschiedenartigen Fabriken schwer etwas allgemeingültiges zu sagen. Für einen Betrieb mit 50—60 Leuten wird einschließlich des Handelsgeschäfts ein Kapital von mindestens 100 000 Mk. für erforderlich gehalten. Die Kapitalanforderung ist so groß, weil seitens der Abnehmer ziemlich viel Kredit in Anspruch

genommen wird. Umgesetzt soll in diesen Geschäften nach Aussagen von Fabrikanten jährlich ein Wert von durchschnittlich vielleicht 150 000 Mk. werden, in den größten Betrieben mindestens 200 000 Mk. Von anderer Seite werden für den Umsatz noch höhere Summen genannt. Der Verdienst daran war in früheren Jahrzehnten ein sehr beträchtlicher, bis 50 Prozent und darüber, als die Konkurrenz noch nicht entwickelt war; jetzt beträgt er in der Regel nur 5—10 Prozent. Ein Reingewinn von 10 Prozent stellt schon die obere Grenze dar, die nur erreicht wird, wenn eine neue Specialität oder ein neu erschlossenes Absatzgebiet gut einschlägt. Sonst bleibt jetzt in manchen Jahren ein Gewinn gänzlich aus, namentlich auch in den großen vielseitigen Geschäften, die dem Ansturm des unlauteren Wettbewerbs die breiteste Angriffsfläche bieten, die freilich auch gesicherte Absatzgebiete haben und dadurch den kleinen neuen Betrieben überlegen sind.

Im Vergleich zu den Produktionsmengen sind die Anlagekosten geringer geworden. Zwar sind die Löhne der Arbeiter in 40 Jahren um das zwei- und dreifache gestiegen, aber ihre Leistungen sind durch die technischen Verbesserungen und durch die erworbene Geschicklichkeit auf das fünffache gestiegen, so daß der Preis der Arbeitseinheit gefallen ist. Ebenso sind die Materialpreise gefallen, der Hauptrohstoff: Messingblech bis auf 1/3 des früheren Preises. So sind die Herstellungskosten der Lampen allmählich bis auf 1/3 des ursprünglichen Kostenpreises gesunken. Auf dem Weltmarkt tritt dafür allerdings durch die Zölle eine Verteuerung ein.

In neuerer Zeit ist es in manchen Zweigen der Berliner Großindustrie üblich geworden, die Betriebe zur Verminderung der Produktionskosten aus Berlin heraus in die Umgegend zu verlegen, wo man billigere Löhne und Bodenpreise hat. Eine Lampenfabrik ist diesem Beispiel gefolgt, und hat nach anfänglichen Schwierigkeiten allerdings Vorteile davon gehabt. Im ganzen aber halten die Lampenfabrikanten diese Verlegung für höchst bedenklich, weil sie ihnen einen großen Teil ihres Arbeiterstamms nehmen würde. In der Geschicklichkeit dieser Arbeiter sehen sie aber trotz der höheren Löhne einen Hauptgrund ihrer Überlegenheit über die Betriebe in den Provinzen und im Ausland. Aus dem Wunsche, die ausgebildeten Arbeiter leicht zu erhalten, erklärt es sich auch, daß fast alle Lampenfabriken in derselben Stadtgegend, in einigen Straßen des Südens ihren Sitz gewählt haben. Je mehr die Maschine die gelernte Arbeit überflüssig macht, desto mehr wird freilich auch dies Bedenken schwinden und die Verlegung ermöglicht werden.

An Rohstoffen wird neben Messingblech für die Brenner namentlich noch Zink für die Füße gebraucht — 95 bis 99 Prozent der Lampenfüße sind

aus Zink hergestellt — außerdem in geringen Mengen andere Metalle. Das Messingblech wird von den Walzwerken direkt bezogen, alle anderen Metalle von den Berliner Großhandlungen. Dieser Modus hat sich stets am zweckmäßigsten für beide Teile erwiesen. Für Hängelampen wird außerdem in großem Maße Eisen gebraucht. Die Eisenteile werden regelmäßig nicht in den Lampenfabriken gemacht, sondern von besonderen Fabriken (2 sehr große Fabriken in Berlin und 2 im übrigen Deutschland) bezogen. Die Glasteile der Lampen werden bei den Hütten bestellt. Eine Preiskonvention dieser Hütten hat vor wenigen Jahren dazu geführt, daß die größte Lampenfabrik sich eine eigene Hütte in Schlesien mit 150 Arbeitern gekauft hat.

Der Kredit der Rohstofflieferanten wird möglichst wenig in Anspruch genommen, um die Vorteile des Bareinkaufs zu genießen. Überhaupt arbeiten die Fabriken ganz überwiegend mit eigenen Kapitalien. Für ihre regelmäßigen Geldgeschäfte stehen sie mit einem Bankhaus in Verbindung. Mittlere Betriebe gehören nicht selten auch einer der großen Berliner Genossenschaftsbanken an.

c. Stellung zur Kundschaft. Sind die Herstellungskosten der Petroleumlampe durch technische Vervollkommnung und billigeres Material seit 40 Jahren auf 1/3 der ursprünglichen Höhe herabgegangen, so sind es die Preise noch mehr. Die große Konkurrenz auf diesem Gebiete drückt gegenwärtig die Gewinne auf ein Minimum herab. Eine gewisse Entschädigung dafür ist die größere Ausbreitung der Lampen. Ihr billiger Preis und die Billigkeit des Petroleums — Rüböl würde sich jetzt 4—5 mal teurer stellen — haben das Lichtbedürfnis ungemein gesteigert. Die Ansprüche einer mittleren Bürgerfamilie an Licht sind seit 50 Jahren um das fünf- bis sechsfache größer geworden.

Ein Widerstand gegen das Sinken der Preise ist in der Lampenindustrie nicht organisiert worden. Preisverabredungen sind niemals vorgekommen und sind wegen der starken Konkurrenz unmöglich. Außerdem verhindert bei fertigen Lampen die Verschiedenheit in der Qualität Konventionen. Von Brennerfabrikanten ist einmal eine solche angestrebt worden, sie ist aber nie zur Durchführung gelangt. Nur die 4 großen Fabriken für die Eisenteile der Lampen unterhalten eine Verabredung über gleiche Lieferungsbedingungen.

Der Weg der großen Menge von gebrauchten Lampen vom Fabrikanten zum Konsumenten ist ein verschiedener. Von dem Berliner Absatz der Fabriken geht ein Teil durch die Hände der Großhändler, ein Teil auch mittels eigener großer Verkaufsläden direkt an die Konsumenten, sodaß die

Hälfte des kaufmännischen Personals in der Lampenbranche zur Expedition und zum Ladenverkauf gebraucht wird. An die Klempnerläden liefern hauptsächlich einige Fabriken, die in ihrer Fabrikation und in ihrem Geschäftsverkehr auf diese Art Kunden besonders eingerichtet sind, daneben Großhandlungen, die für den Klempner den Vorteil haben, daß er bei ihnen einen weit größeren Teil seines Bedarfs, namentlich den an Weißblech- und Emaillewaren, zugleich decken kann. Der Absatz in Deutschland wird durch Reisen der Geschäftsinhaber und durch besondere Reisende gefördert, auch durch ständige Vertreter für einzelne Landesteile, denen ein Kommissionslager und der Alleinverkauf für ihren Bezirk übertragen wird. Ferner spielen hier Annoncen eine große Rolle, und für gedruckte Kataloge, Offerten, Plakate u. a. wird schwerlich in einer anderen Branche so viel ausgegeben. Neuerdings sind auch die Berliner Messen von Einfluß auf den Absatz. In Deutschland wird von der einfachsten Küchenlampe bis zur reichsten Salonlampe alles abgesetzt. Im übrigen Europa sind in sämtlichen Landeshauptstädten Europas große Geschäfte, welche direkt von den Berliner Fabriken kaufen. Sie entnehmen zum kleinen Teil bessere Lampen, mehr schon Mittelware, der Menge nach überwiegend aber Brenner für die eigenen billigen Lampen ihrer Länder. Das nächstliegende Ausland und der Orient werden auch viel von Berlin aus bereist. Außerhalb Europas ist seit den 70er Jahren in allen Erdteilen Nachfrage nach Berliner Lampen. Hier verkaufen die Fabriken nur zum kleineren Teil durch direkte Geschäftsverbindungen, überwiegend vermitteln wegen der Schwierigkeiten, diesen Markt zu übersehen und hier die Geldgeschäfte zu regeln, große europäische Exporthäuser den Absatz. Diese kaufen und verkaufen meist für eigene Rechnung und nehmen so den Fabriken nicht nur die Erkundung der fremden Marktverhältnisse, sondern auch das Risiko ab. Große Musterlager in Hamburg, Antwerpen u. a. unterstützen dies Geschäft. Der überseeische Export betrifft überwiegend die billige und billigste Ware. Die Schwierigkeiten des Kreditgebens werden hier durch das Dazwischentreten der Exporthandlungen vermieden. In Europa wird im Westen wenig, im Osten viel Kredit in Anspruch genommen, doch erwachsen überall nur relativ geringe Verluste. Solche Verluste können wohl einem einzelnen Geschäft einmal empfindlichen Schaden zufügen, aber die überwiegend reelle Basis der ganzen Industrie wird dadurch nicht berührt.

Mehr noch als die Erfolge, welche die Industrie bei eigenen Bemühungen um den Absatz hat, sprechen die direkten von den Käufern angeknüpften Beziehungen für die Machtstellung der Berliner Lampenindustrie. Ein großer Teil der Geschäftsverbindungen ist in der Weise angeknüpft worden

und wird noch fortdauernd weiter angeknüpft, daß die Händler der europäischen und außereuropäischer Länder nach Berlin kommen, hier nach eigenem Umsehen ihre Bestellungen machen, und alsdann gewöhnlich fortwährend direkte Abnehmer ihrer ersten Lieferanten bleiben.

5. Die Gas-, Wasser-, Kanalisations- und Heizungsanlagen.

a. Arbeits- und Absatzgebiet. Die Anlagen von Gas-, Wasser-, Heizungs-, Ventilations-, Kanalisations- und Bade-Leitungen umfassen zwei ganz verschiedenartige und fast völlig getrennte Betriebsarten: erstens die Herstellung der dazu nötigen Rohre, Hähne u. a., und zweitens ihre Anbringung. Ursprünglich gehörten beide, soweit sie in früherer Zeit schon vorkamen, also für Wasserleitungen, zum Gebiet der Schwarzklempnerei, die ihrerseits wieder bald besondere Innung, bald ein Teil der Klempner- oder auch der Schlosserinnung war. Jetzt sind sie von dieser und unter sich fast durchweg getrennt. Die Herstellung der Röhren geschieht ganz ausschließlich im durchgebildeten Großbetrieb, und zwar in, größtenteils auswärtigen, Hüttenwerken und Maschinenfabriken. Diese Betriebe kommen für unsere Untersuchung fast nur noch als Lieferanten der Anbringungsgeschäfte in Betracht. Nur die 2 großen und 2 mittleren Berliner Fabriken und 2 oder 3 kleineren Specialbetriebe für Gasmesser sind aus Klempnerbetrieben entstanden und beschäftigen für diese aus Blech gefertigten Instrumente bis je 100 Klempner. Jedoch ist die Gasmesserherstellung, die bis etwa 1850 von englischen, dann von Berliner Firmen besorgt wurde, niemals handwerksmäßig, sondern von vorn herein in Specialfabriken betrieben worden. Die Anbringung der Leitungen geschieht in Berlin in den Straßen und bis an die Häuser in kommunalem Betriebe, in den Neubauten daneben durch Groß- und Mittelbetriebe; gelegentliche Neuanlagen und Reparaturen in fertigen Häusern geschehen durch Mittel- und besonders durch Kleinbetriebe. Die Anbringungsgeschäfte liefern alle Materialien auf eigene Rechnung, und die größeren fabrizieren auch einen Teil davon (Badeöfen, Badewannen u. s. w.) selbst. Das Berliner Anbringungsgeschäft ist seit lange ein interlokales und internationales; Berliner Firmen übernehmen die Lieferung und Anbringung von Installationen für deutsche und ausländische Städte, Anstalten u. a. Die modernen Betriebe für Wasserleitungen knüpfen mehrfach direkt an die alte Klempnerei an, desgleichen die meist mit ihnen verbundenen Betriebe für Gasleitungen. Heizungsanlagen fallen dagegen von vorn herein in das Gebiet der

Maschinenbauer, und sind hier nur deshalb mitzunennen, weil sie verschiedentlich von denselben Großbetrieben gemacht werden wie Gas- und Wasseranlagen.

Um die Mitte des Jahrhunderts bilden sich die besonderen Betriebe für Gas-, Wasser- u. s. w. Leitungen heraus, und bald wird Berlin der Mittelpunkt für dies Fach. Bereits im Jahre 1862 wird berichtet, daß Berliner Geschäfte die neuen Gas- und Wasserleitungseinrichtungen fast im ganzen Zollvereinsgebiete liefern. Und zwar werden zu Wasserleitungen im Haus meist Bleiröhren gebraucht, die leicht durch Löten zusammenzusetzen und zu reparieren sind. Für gerade Leitungen, z. B. in Gärten (Springbrunnen) nimmt man auch Gußeisen und Eisenblech. Bei Gasleitungen sind die Hauptröhren aus Gußeisen, die Zweigröhren in die Häuser aus Schmiedeeisen. 10 Jahre später hat die Herstellung von Gas- und Wasserleitungen und von Centralheizungen, sowie der Utensilien dazu große Ausdehnung gewonnen, sodaß die Materialpreise und Arbeitslöhne in dieser Branche steigen. Bedeutende Aufträge für solche Utensilien liegen in Berlin aus Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland, Schweden, gelegentlich auch aus Italien, England, Belgien und Egypten vor.

Für die Anbringung dieser Anlagen sind nach dem Berichte der Kaufmannschaft bis 1875 20 Fabriken und Hunderte von kleinen Geschäften entstanden; die größeren Geschäfte sind vielfach auch in anderen Städten beschäftigt, namentlich auch in Westdeutschland und in Schlesien. Manche ganz großen Fabriken beschäftigen freilich schon damals nur wenig Klempner, einige nur ca. 5 % der Arbeiter, viel mehr Gürtler, Drechsler, Gelbgießer, Schlosser und ungelernte Arbeiter. Seitdem ist aus allen diesen für die Zwecke der Installation eine neue Klasse von gelernten und angelernten Arbeitern, die Rohrleger, entstanden. Schon 2 Jahre später ist auch dies Geschäft ungünstig geworden, weil die Submissionen einen unerhörten Preisdruck herbeigeführt haben. Bei Submissionen erhalten in der Folge häufig auch bei größeren Arbeiten die unterbietenden kleinen Firmen den Zuschlag; diese müssen viel zu billig, oft ohne jeden Nutzen arbeiten, und sie thun es, weil sie sonst bei der großen Konkurrenz völlig ohne Beschäftigung blieben. Die größeren Firmen suchen mit Erfolg vielfach auswärts Beschäftigung. 1880 kommt eine Änderung in das Geschäft durch die Einfuhr von billigen Dampf- und Wasseranlagen aus Amerika und die Verschließung des russischen Marktes durch eine Zollerhöhung. Die großen Fabriken werden freilich in den nächsten Jahren durch große Aufträge für deutsche öffentliche Anlagen außerhalb Berlins reichlich beschäftigt. Dieser Fortschritt der inländischen Beschäftigung hält an. Gasmesser und Gas-

apparate werden in dem nächsten Jahrzehnt immer steigend abgesetzt, und bis in die Gegenwart bleibt der Absatz ohne Rückschlag.

In Berlin dagegen hält, begünstigt durch die Submissionen und die Überfüllung des Berufs, der Preisdruck in den ganzen 80er Jahren und bis zur Gegenwart an. Bei der häufigen Arbeitslosigkeit übernehmen bisweilen stellenlose Rohrlegergesellen die Arbeiten zu sehr gedrückten Preisen; sie arbeiten dann selbständig und engagieren nur einen stellenlosen Ingenieur, um den Anforderungen an die sachmäßige Beaufsichtigung der Arbeiten nachzukommen. Mit der Zeit geht die Arbeit des Anlegens in Berlin zu einem immer größeren Bruchteil auf kleine Monteure und frühere Arbeiter großer Firmen über, so daß dabei kaum die Arbeitslöhne gedeckt werden und große Firmen nicht konkurrieren können.

Der Konkurrenz der kleinen Geschäfte, denen sie es im Preisdruck nicht gleich thun können, versuchen die großen Firmen dadurch entgegenzutreten, daß sie ihr Gewerbe technisch immer mehr vervollkommnen und abrunden, um die „Pfuscher" durch überlegene Technik zu schlagen. Hauptsächlich in diesem Bestreben haben sie sich 1888 zu einer Innung zusammengeschlossen. Auch in dieser Branche versuchen große Firmen gelegentlich, ihre kleinen Konkurrenten durch systematisches Unterbieten (mit eigenen Verlusten) zu beseitigen.

Die Beschäftigung wird in nächster Zeit wahrscheinlich in Berlin wie in Deutschland und im Auslande ausreichend bleiben. Die Thatsache, daß Berlin und andere Städte in letzter Zeit ihre Preise für Nutzgas herabgesetzt haben, wird vermutlich dauernd einen stärkeren Verbrauch herbeiführen, der sich schon im Sommer 1895 durch eine erheblich gesteigerte Nachfrage nach Gasmessern bemerkbar macht. Im Jahre 1894 macht sich, einem Bericht an die Kaufmannschaft zufolge, „ein Bedarf an vollkommneren, luxuriöseren komfortablen Einrichtungen geltend"; aber wegen der großen Konkurrenz würden diese minderwertig hergestellt, und deshalb würde die Nachfrage keinen Bestand haben. Die Gewinne dürften überhaupt für die nächste Zeit allgemein gedrückt bleiben.

Die Ergebnisse der Berliner Arbeiten treten in der Berliner Wohnungsstatistik zu Tage, die somit eine Übersicht über die bisherige Thätigkeit in Berlin ermöglicht. Es waren in Berlin vorhanden

	Wohnungen überhaupt	Davon mit Wasserleitung	Badeeinrichtung	Waterklosett	Gaseinrichtung
1864	130 671	24 082	.	.	18 807
1867	152 641	49 439	.	.	25 118
1871	178 159	65 007	.	12 336	26 978

	Wohnungen überhaupt	Davon mit Wasserleitung	Badeeinrichtung	Waterklosett	Gaseinrichtung
1875	212 554	91 921	.	28 813	34 817
1880	269 929	204 604	8 878	74 079	.
1885	304 490	258 661	13 879	126 787	.
1890	367 842	343 008	22 224	297 669	.

Es hatten also in Prozent der Wohnungen

	Wasserleitung	Badeeinrichtung	Waterklosetts	Gaseinrichtung
1864	18,8	.	.	14,4
1867	32,4	.	.	16,4
1871	36,5	.	9,0	15,1
1875	43,2	.	13,6	16,4
1880	79,8	3,3	28,9	.
1885	85,0	4,6	41,6	.
1890	93,2	6,0	80,9	.

In diesen Anlagen stecken sehr beträchtliche Summen; in einem gewöhnlichen Berliner Wohnhaus kostet nach Schätzungen aus dem Fach die Wasserleitung 3—4000 Mk., eine Heizungsanlage 12—15 000 Mk., dazu noch die Gaseinrichtung durchschnittlich 1000 Mk. In größeren, z. B. Staatsgebäuden, steigen die Kosten der Installation manchmal auf insgesamt 50—100000 Mk. Die Berliner Arbeiten liegen zwar zum größten Teil in Händen der Berliner Firmen, doch fehlt es ihnen nicht an auswärtiger Konkurrenz. Große Geschäfte in Hannover, Hamburg, Augsburg, Dresden führen gar manche Aufträge in Berlin aus. Sie besorgen viele Heizungsanlagen, dagegen wenig Gas- und Wasseranlagen. Dem steht freilich ein sehr viel erheblicherer Anteil der größeren Berliner Firmen an auswärtigen Anlagen gegenüber.

Die kleinsten Geschäfte haben, so weit sie sich bei Bauten auf kleine Installationsarbeiten beschränken, größtenteils keinen Klempnerverkaufsladen mehr. Aber sie fließen in vielen Fällen mit den Bauklempnern zusammen, übernehmen dann Reparaturarbeiten auf Dächern und an Leitungen, und haben in diesem Falle, wie oben geschildert, außerdem noch einen kleinen Laden für Fabrikwaren und eine Reparaturwerkstatt.

b. Produktionsbedingungen. Die Betriebe für Gas- und Wasseranlagen zerfallen der Größe nach in mehrere Gruppen. Zunächst ist in der gewerbestatistischen Zusammenstellung (Abschn. 2) ein Geschäft mit 1075 Arbeitern genannt worden. Das sind nach Angabe der Fachgenossen wahrscheinlich die Gaswerke der Stadt Berlin, die ihre Gas-,

Wasser- und Kanalisationsleitungen in den Straßen bis an die Häuser durch eigene Arbeiter oder durch Privatbetriebe legen lassen. Die Gaswerke der Stadt haben alles in allem jetzt an 2000 Arbeiter, darunter freilich alle Arbeiter in den Anstalten und die Laternenanzünder. Eine dieser Anstalten besorgt die Anlage der Gasleitungen in den Straßen (bis an die Gasmesser in den Häusern) und die Anbringung der Gasmesser mit 197 Arbeitern, außerdem mit 219 Arbeitern einen großen Teil der Gasanlagen in den Häusern, letztere in Konkurrenz mit den privaten Geschäften; namentlich bewerkstelligt sie die Anlage in sämtlichen städtischen Gebäuden. Die städtischen Wasserwerke führen die Leitungen regelmäßig nur bis an die Wassermesser in den Häusern; ja sie lassen nicht selten auch ihre Leitungen in den Straßen durch Privatbetriebe ausführen und überlassen die Anlage in den Häusern ganz der privaten Thätigkeit. Noch häufiger läßt die Kanalisationsverwaltung die Röhrenleitungen in den Straßen und bis zu den Rieselfeldern auf dem Submissionswege durch private Geschäfte ausführen; die Kanalisationsleitungen in den Häusern werden regelmäßig mit der Wasseranlage zugleich durch private Geschäfte besorgt. Einen ähnlichen, nur kleineren Betrieb wie die städtischen Gaswerke entfaltet die englische Gasgesellschaft, der vertragsmäßig die Gasversorgung eines Teils der inneren Stadt überlassen worden ist. Sie führt die Leitungen ebenfalls bis an die Gasmesser, außerdem macht sie ihre Gasmesser in eigenem Betrieb.

Dann kommen 6 große Geschäfte mit je über 50 Arbeitern. Diese haben einen größeren Stamm von gelernten ständigen Arbeitern, meist ebenfalls über 50, und dazu nehmen sie je nach ihren Aufträgen zeitweise große Mengen von ungelernten Arbeitern an, nicht selten mehrere hundert. Sie haben durchschnittlich die eine Hälfte ihrer Arbeiten in Berlin, in einigen Geschäften sogar nur den entschieden kleineren Teil, hier fast ausschließlich an Neubauten, die andere Hälfte im übrigen Deutschland und im Ausland, wo sie die gesamten Anlagen für Schlösser, Anstalten u. s. w. oder die Gas- bezw. Wassereinrichtung einer ganzen Stadt übernehmen. Es kommt wohl vor, daß eine dieser Firmen gleichzeitig in Berlin, Westfalen, Rußland, in der Schweiz und am Adriatischen Meer Arbeiten ausführt. Die Begründer dieser großen und der mittleren Geschäfte waren teils Mechaniker oder Techniker, Ingenieure, teils Klempner oder Schlosser. Die jüngeren Geschäfte sind schon von gelernten Arbeitern der älteren, von Rohrlegern, gegründet. Die Großbetriebe sind in verschiedenen Fällen Handelsgesellschaften, deren Teilhaber gewöhnlich beide Ingenieure sind. Doch sollen auch vereinzelt Kaufleute als Teilhaber vorkommen. Eins der

großen Geschäfte ist eine Aktiengesellschaft, die gleichzeitig noch den Bronceguß im großen betreibt.

Zu den großen Geschäften treten die mittleren, nach der Statistik 36 mit 11—50 Arbeitern. Sie arbeiten überwiegend an Berliner Neubauten, übernehmen auch noch bisweilen die Einrichtung einer kleinen Stadt u. a., aber letzteres seltener. Ihre Inhaber sind aus ähnlichen Verhältnissen hervorgegangen wie die der größeren Geschäfte. Ihnen treten neuerdings einige wenige größere Bauklempnereien zur Seite. Während diese früher durchweg keine Installationen machten, haben in letzter Zeit einige angefangen, auch diese zu übernehmen, weil sie an ihnen mehr zu verdienen hoffen, als an Bauarbeiten, und weil sie damit dem Wunsche der Architekten, mit möglichst wenig Handwerkern zu thun zu haben, entgegenkommen, und so mehr Aufträge erhalten. Ob diese Vorteile den Nachteil geringerer Schulung und Erfahrung auf die Dauer ersetzen werden, erscheint bis jetzt zweifelhaft.

Auf der Grenze zwischen mittleren und kleineren Geschäften stehen die 22 mit 6—10 Arbeitern, die teils Neubauten, teils kleinere Arbeiten machen. Die 79 Geschäfte mit 1—5 Arbeitern und die 63 ohne Gehilfen leben größtenteils von gelegentlichen Einzelaufträgen und von Reparaturen. Da die Zahl der richtigen Fachmänner, welche die gesamte Technik des Fachs beherrschen und alle Arbeiten machen können, mit Bestimmtheit auf nur 80—90 geschätzt wird, so gehört der größte Teil der letzten Gruppen nicht mehr dazu. Bei diesen kleinen Meistern sind die Arbeiten nicht streng geschieden. Sie sind gelernte Klempner (für Arbeiten an Wasserleitungen überwiegend, an Gasleitungen etwa zur Hälfte) oder Schlosser, oder frühere Rohrleger (Arbeiter in den größeren Installationsbetrieben). Obwohl für diejenigen, die sich selbst Gas- und Wasseranleger nennen, die Reparaturen an solchen Anlagen das Hauptverdienst sind, so machen sie doch gelegentlich auch Reparaturen an Klempner- bezw. Schlosserarbeiten. Ihr Jahresverdienst ist im einzelnen von dem Umfang und der Sicherheit ihrer festen Kundschaft abhängig, im Durchschnitt ist er ebenso gering wie bei den kleinen Bauklempnern. Die Möglichkeit sicherer Gewinne, die sich durch Übernahme größerer Aufträge bietet, geht Hand in Hand mit der steigenden Unsicherheit des Verdienstes und der wachsenden Gefahr direkter Verluste. Einen Laden haben diese Handwerker selten, auch die gelernten Klempner. Umgekehrt macht fast jeder kleine Klempner, falls sich ihm die Gelegenheit bietet, gelegentlich kleine Anlagen bezw. Reparaturen an solchen, und einige der Bauklempner mit Ladengeschäft ziehen aus den Anlagen einen ganz erheblichen Teil ihres Verdienstes.

Eine Konkurrenz der Materiallieferanten im Anbringungsgeschäft kommt in Berlin nicht vor, etwa so daß die Röhrenfabrikanten ihre Röhren direkt an den Bauunternehmer verkauften und durch eigene Arbeiter anbringen ließen, oder daß die Gaskronenhändler die Gasleitung selbst anlegten u. s. w.

Das Betriebskapital der größeren Geschäfte ist ein sehr bedeutendes, auch relativ weit höher als bei allen anderen Baubranchen. Denn nicht nur, daß sie wie die Bauklempnerei oft sehr lange auf Bezahlung ihrer Lieferungen und Arbeiten warten müssen, nicht nur, daß sie im Berliner Baugeschäft regelmäßige große Ausfälle zu beklagen haben, sie haben auch in Röhren und Leitungsteilen aller Art, in Klosett- und Badeeinrichtungen und ähnlichen Waren stets ein erhebliches Kapital festgelegt, und dadurch, daß sie bei Neubauten alle diese Gegenstände mitliefern, wächst bei jedem Neubau die Höhe ihrer Auslagen riesig an. Die älteren Geschäfte werden daher durchweg mit sehr bedeutenden eigenen Kapitalien betrieben. Neue Geschäfte, die sich zumeist auf Kredit stützen wollen, gehen oft und leicht wieder zu Grunde. Das Kapitalerfordernis beschränkt die kleinen Handwerker durchaus und definitiv auf kleine Gelegenheitsarbeiten, und schließt sie von reeller Ausführung größerer Arbeiten aus. Die Reparatur- u. s. w. Arbeiten erfordern kein nennenswertes Kapital, zumal für diese auch leichter rasche Bezahlung zu erlangen und das Risiko sehr gering ist.

Die Anbringungsgeschäfte beziehen die schmiedeeisernen Rohre, die in besonderen Hüttenwerken hergestellt werden, durch einige Berliner Eisenhandlungen, selten direkt von den Walzwerken. Die Gußeisenrohre werden direkt aus den Werken (z. B. Freundsche Fabrik in Charlottenburg) bezogen, ebenso die zugehörigen Façonstücke, die Bleirohre aus hiesigen und rheinischen Fabriken. Die Becken, Ausgüsse, Klosetts, Badeeinrichtungen u. s. w. werden aus den verschiedenen Fabriken des In- und Auslands bezogen. In manchen Großbetrieben werden die Zinkbestandteile, namentlich Badeeinrichtungen, selbst hergestellt. Einige Betriebe fabrizieren auch Klosetts und geben diese an die kleineren Betriebe der Branche ab. Andere Geschäfte beziehen solche Einrichtungen oft auch aus England, seltener aus Amerika. Die Gasmesser werden zum allergrößten Teil von den Gasanstalten der Stadt Berlin und anderer Städte abgenommen und angebracht, doch kaufen auch die größeren Installationsgeschäfte, namentlich für auswärtige Anlagen, solche von den großen Specialfabriken, die dafür bestehen. Der Berliner Bedarf wird teils durch hiesige Fabriken, teils aber auch durch auswärtige (z. B. in Dessau) gedeckt.

Die Arbeiter der Branche sind jetzt zumeist Specialarbeiter, Rohrleger. Die älteren Rohrleger sind gelernte Klempner oder Schlosser, die jüngeren

vielfach Arbeitsleute, die von ersteren angelernt sind, oder regulär gelernte Rohrleger, die als solche in diesen Betrieben ausgebildet sind. Manche Geschäfte halten die letzteren, manche dagegen immer noch die gelernten Klempner für die besten Installationsarbeiter. Daneben werden namentlich in den ganz großen Geschäften, die einen Teil ihrer Einrichtungen selbst fabrizieren, auch jetzt noch Klempner, Schlosser, Dreher, Gürtler und Kupferschmiede in größerer Zahl eingestellt. In einem derartigen Geschäft machen die Klempner 8 Prozent der Arbeiterschaft aus, ohne die Rohrleger, die ursprünglich auch gelernte Klempner waren.

c. Stellung zur Kundschaft. Die Preise der Arbeiten sind sehr herunter gegangen. Die starke gegenseitige Konkurrenz der großen wie der kleinen Geschäfte drückt sie fortwährend weiter, und namentlich wenn, wie in den letzten Jahren, häufiger vollständige Beschäftigungslosigkeit droht, bieten Fabrikanten und Handwerker ihre Arbeit bisweilen zu Preisen an, bei denen ein Reingewinn ausgeschlossen ist. Die Submissionen haben hier wie im ganzen Baugewerbe die bei der Bauklempnerei geschilderte traurige Rolle gespielt. Auch in den gegenwärtigen billigen Materialpreisen wird eine Ursache des geringen Verdienstes gesehen, denn da es üblich ist, die Bezahlung der eigenen Arbeit, des Anbringens in Prozenten der Preise der angebrachten Gegenstände zu berechnen, so wirkt das Sinken der Materialpreise leicht in der Richtung, den Preis zu drücken. Preisverabredungen und einheitliche Festsetzungen zum Schutze gegen den Preisdruck sind nie vorgekommen; sie gelten wegen der Konkurrenz für unmöglich.

Die Submissionen gehen auch hier, wo die gleichmäßigen Preise der zahlreichen Materialien eine weitgehende Übereinstimmung ergeben müßten, bis 50 Prozent auseinander. Namentlich die Stadt nimmt auch bei diesen schwierigen Arbeiten keine Prüfung vor, ob von der betreffenden Firma und zu dem Mindestgebot die Arbeit überhaupt gemacht werden kann, sondern verfährt ganz mechanisch. Der Staat trifft durch die beschränkte Ausschreibung wenigstens eine gewisse Auswahl.

Die Ausfälle bei Schwindelbauten sind bei der Höhe der Objekte sehr große, in mittleren Geschäften zuweilen 50 Prozent des Verdienstes, in kleineren manchmal das Mehrfache des Jahresverdienstes. Eine ganze Reihe von kleineren und mittleren Geschäften ist schon an diesen Verlusten zu Grunde gegangen. Nur wenige ganz große Betriebe, die zumeist außerhalb arbeiten, machen gar keine Risikobauten.

6. Die Blechemballagenfabrikation.

a. Arbeits- und Absatzgebiet. Die Blechemballagenfabrikation stellt fabrikmäßig einfache Blechgefäße (Büchsen, Dosen, Schachteln) zur Verpackung von Konserven, Thee, Tabak, Droguen, Bonbons, Kakes, Kakao u. s. w. her. Ihr Material ist ganz überwiegend Weißblech, nur vereinzelt Zink- und Messingblech.

Die Weißblechverwendung für Dosen, Bonbonnièren, Thee- und Konservenbüchsen, geschmackvoll ausgestattete Behälter und alle Arten von Emballagen entwickelte sich in Berlin in den 70er Jahren. 1882 ist diese Industrie schon so ausgebildet, daß sie — zusammen mit den gleichzeitig aufkommenden Fabriken für Haushaltungsgegenstände — 30000 Kisten à 112 Tafeln Weißbleche verbrauchte. Im folgenden Jahre bürgern sich die Blechemballagen zur Verpackung von Nahrungs- und Genußmitteln, Droguen und Apothekerwaren und chemisch-technischen Präparaten immer mehr ein. Ihren Absatz haben diese Waren nicht mehr allein in Deutschland, sondern, während noch im Jahr zuvor Bemühungen, Absatz im Auslande zu finden, nur geringe Erfolge hatten, entsteht jetzt auch dort große Nachfrage für diese Artikel. Das dazu nötige Weißblech wird in den 80er Jahren größtenteils von England bezogen, weil deutsches Fabrikat sich nicht dazu eignet; doch machen die deutschen Werke im nächsten Jahrzehnt so große technische Anstrengungen, daß schon 1891 ausschließlich deutsches Weißblech verwandt werden kann. Damit werden die Fabriken von den Preisen des Weißblech-Verkaufs-Kontors zu Köln abhängig. Gleichzeitig sind in dieser Branche die Anläufe kleingewerblicher Konkurrenz vollständig beseitigt, und 1892 kann der Bericht der Kaufmannschaft die Erfahrung aussprechen, „daß hier wie in kaum einem anderen Betriebe die handwerksmäßige Herstellung der Erzeugnisse längst zu den hinter uns liegenden Erfahrungen gehört. Was nicht mit den technisch vollkommensten Hilfsmitteln hergestellt werden kann, wird vom Konsum nicht beachtet." Aber auch die Großbetriebe haben bei der gegenseitigen Konkurrenz unter einander einen schweren Stand. Der Bericht fährt fort: „Aber selbst die vervollkommnetste Technik erscheint für den Absatz noch nicht ausreichend, sobald nicht besondere Verbesserungen der Emballagen bei ihren Verschlüssen, der Deckelung, der Aufmachung u. s. w. den Käufer reizen, indem sie ihm den Inhalt besser erhaltende, handlichere praktische Neuheiten bieten."

Auch bis in die unmittelbare Gegenwart wächst das Produktionsgebiet; für Früchte, Gemüse, Delikatessen, Chemikalien und namentlich für

Cichorien werden immer mehr Emballagen gebraucht. Die gesteigerte Produktion der letzten Jahre hat einen Rückgang der Verkaufspreise kompensieren müssen. Wir sehen also auch hier die Erscheinung, daß einige Zeit nach Aufblühen des Erwerbszweiges die Konkurrenz einen erdrückenden Umfang annimmt und die technischen und kaufmännischen Bemühungen zu immer rascheren und größeren Anstrengungen treibt. Bei den Emballagen hat dies die Wirkung gehabt, daß die Enveloppen jetzt immer haltbarer und geschmackvoller hergestellt werden. Die Cichorienbüchsen werden so konstruiert, daß sie dauernd im Haushalt verwertet werden können. Sie werden oft in Form von Koffern, Büchern, Bonbonnièren sehr geschmackvoll hergestellt. Die Folge ist, daß sie wie die ähnlich vervollkommneten Büchsen für Kakes, Bonbons, Droguen im Auslande wie im Inlande guten Absatz finden. Neuerdings werden namentlich nach China und Mexiko Thee- und Tabakdosen abgesetzt.

Der Wert der Berliner Jahresfabrikation an Blechemballagen wird gegenwärtig auf 2—3 Millionen Mk. geschätzt; im übrigen Deutschland, namentlich auch in Sachsen und Süddeutschland blüht dieser Betriebszweig ebenfalls, und stellt insgesamt noch mehr Ware her als Berlin. Die auswärtigen Emballagen werden zum Teil auch in Berlin abgesetzt: die großen Fabriken in Stettin, Breslau, Dresden, Luckau, selbst englische Fabriken haben in Berlin ständige Vertreter und finden hier guten Absatz, da die Berliner Fabriken bei ihren großen Lieferungen für auswärts gar nicht in der Lage sind, den riesigen Bedarf der verschiedenartigen Berliner Industrien zu decken. Dafür führen die Berliner Fabriken aber erheblich größere Mengen aus; Berlin, das übrige Deutschland und das Ausland gelten für Berlin als drei ziemlich gleichwertige gute Absatzgebiete. Auf den übrigen deutschen Märkten findet Berlin die Konkurrenz der genannten inländischen Fabrikate, im Ausland namentlich die englischer und französischer Firmen, unter denen eine französische Gesellschaft am bedeutendsten ist, die mit 7 Millionen Francs Kapital und vielen hundert Arbeitern Fabriken in Paris, Lyon, Stettin, Moskau, Odessa und Santander betreibt.

b. Produktionsbedingungen. Die Blechemballagenfabrikation zeigt uns, wie ein Gegenstand der Klempnerarbeit ganz und gar vom vollkommensten, konzentriertesten Großbetrieb an sich gezogen ist. In Berlin arbeiten zur Zeit 4 Fabriken mit etwa 300, 150, 100 und 50 Arbeitern; die im Adreßbuch außerdem noch genannten Firmen sind nur Agenturen auswärtiger Betriebe oder Handlungen. Neben diesen Fabriken, in welchen Maschinen den weitaus größten Teil der Arbeit besorgen, hat weder Handwerksarbeit noch Hausindustrie eine Existenzmöglichkeit. Selbst der Teil

der Emballagen, den die eine der Berliner Fabriken im Brandenburger Zuchthaus arbeiten läßt, wird durchaus fabrikmäßig hergestellt. Die Zahl der Fabriken ist keine stabile, da öfters Betriebe neu eingerichtet werden, die bald wieder eingehen.

An der Spitze der Großbetriebe, die in dieser Branche meist Gesellschaften gehören, stehen Kaufleute, unter ihnen arbeitet ein ziemlich erhebliches kaufmännisches Personal; von dem technischen Personal besteht etwa die Hälfte aus Klempnern, die andere Hälfte sind ursprünglich ungelernte Arbeiter, die zur Bedienung der Maschinen angelernt sind. Die Werkzeugmaschinen sind sehr kompliziert, schwer zu handhaben und außerordentlich kostspielig, denn in diesen Fabriken wird thunlichst alles mechanisch unter Ersparnis von Menschenarbeit gemacht. Das Formen der Büchsen und Dosen geschieht ganz maschinell durch eine oder einige Bewegungen der vollkommen ausgestatteten Maschinen. Eine 1892 erfundene Blechfalzmaschine fügt mit einem Schlage die gebogenen Dosen unter Anbringung der verschiedenen dazu nötigen Biegungen ineinander, und erspart so das Löten gänzlich. Konservenbüchsen werden teils mit der Hand gelötet, teils aber auch mit der Maschine luftdicht gefalzt; kleinere Büchsen werden aus einem Stück unter Ersparung jedes Zusammenfügens gezogen.

Für das Bemalen war bis vor kurzem die Handarbeit, namentlich von Frauen in Verwendung, sonst wurden die lackierten Blechwaren auch durch die von Druckereien hergestellten Abziehbilder geschmückt. Neuerdings aber werden diese Arbeiten zum größten Teil durch die Blechdruckmaschinen verdrängt, welche solche Arbeiten technisch überlegen in großen Massen ausführen.

Die teueren Maschinen, Stanzen, Zugpressen, ohne welche die Betriebe nicht auskommen können, die Schnelldruckpressen, von welch' letzteren die kleinsten 5000 Mk. kosten und in den Großbetrieben mehrere aufgestellt sind, behalten dies ganze Produktionsgebiet ausschließlich dem Großbetrieb vor, und ebenso der Umstand, daß nur eine vollendete Organisation der Massenproduktion und des Massenabsatzes eine Rentabilität der Betriebe ermöglichen kann.

Diese Branche zeigt aber nicht nur, wie der Übergang zum Großbetrieb die Fabrikation umgestaltet, sondern vielleicht mehr als irgend ein anderer, wie er sie erweitert. Zur Zeit der handwerksmäßigen Herstellung wurden nur wenige Konservenbüchsen hergestellt. Glas, Holz, Papier, Pappe wurde damals zur Verpackung weit häufiger gebraucht als Blech. Erst die technischen Fortschritte, die große Billigkeit der Blechemballagenherstellung haben dieser nach und nach ihren großen Markt erobert, welcher der gleichen Vorteile halber noch heute im Wachsen begriffen ist.

c. Stellung zur Kundschaft. Die Preise sind auch für die Waren dieser Branche in den letzten Jahren infolge des gesteigerten Wettbewerbs erheblich gefallen, und zwar in weit stärkerem Maße als die Produktionskosten. So ist die Gewinnquote gesunken; doch bemühen sich die Fabriken bis jetzt meist mit Erfolg, durch immer steigende Produktion und das Jagen nach immer neuen Absatzwegen den absoluten Gewinn auf gleicher Höhe zu erhalten.

Konventionen zur Hemmung des Preisdrucks sind in der Branche nicht vorgekommen; sie sind hier um deswillen nicht durchzuführen, weil das Gedeihen der Betriebe von dem Erfinden immer neuer Betriebsverbesserungen und Artikel abhängt, und so eine Preisverabredung, welche zu einer Offenbarung dieser Betriebsgeheimnisse führen müßte, die Vorteile des Einzelnen den Konkurrenten gegenüber vernichten würde.

Der Absatz der Berliner Fabriken im Ausland wird durch Berliner Exportfirmen oder ständige Agenten vermittelt. Im Inland erfolgt der Absatz durch Agenten, besonders aber durch Reisende, und die letztere Art des Absatzes ist auch für Berlin die gebräuchlichste. Der Absatz erfolgt stets direkt an die Verbraucher der Emballagen; Zwischenhändler kommen nicht mehr vor. Die Abnehmer sind ziemlich sichere Kunden; große, außergewöhnliche Ausfälle sind beim Absatz nicht zu verzeichnen.

7. Sonstige Specialbetriebe für Blechwaren.

Alle Haus- und Küchengeräte und älteren oder neueren, größeren oder kleineren Gegenstände aus Blech, deren Herstellung früher den Mittelpunkt jedes Klempnereibetriebes bildete, sind jetzt fabrikmäßig organisierten Specialbetrieben anheimgefallen. Den Anstoß zu dieser Umwandlung hat das Ausland gegeben. Bevor in Berlin die Umbildung vor sich ging, erschien auf dem deutschen Markt französische, englische und amerikanische Fabrikware, die in siegreicher Konkurrenz gegen die deutsche, speciell Berliner Handwerksware vordrang. Erst in der Gegenwehr gegen diese Konkurrenz begannen sich in den 60er und noch mehr in den 70er Jahren in Berlin verschiedene Handwerkerwerkstätten in fabrikmäßige Specialbetriebe umzuwandeln. Langsam gelang es diesen, die ausländische Ware wieder vom Berliner Markte zu verdrängen, meist um das Jahr 1880 oder bald nachher. Zuletzt wurden die verzinnten Schüsseln aus England und Amerika, die Waagen aus England, die mannigfachsten Spielwaren und Dosen aus Frankreich durch heimische Waren ersetzt. Die Konkurrenz kleinerer deutscher

Orte ist bis zur Gegenwart noch nicht beseitigt; aus Elbing, Thüringen, Schmalkalden, Provinz und Königreich Sachsen, Nürnberg u. s. w. kommen noch heute manche Blechwaren in den Berliner Konsum. Und zwar konkurrieren, wie schon erwähnt, mit den Berliner Fabriken nicht nur auswärtige Fabrikwaren, sondern auch hausindustriell hergestellte Geräte, die namentlich im Erzgebirge hergestellt werden. Doch soll diese Herstellungsart neuerdings mehr und mehr den technisch höher stehenden Fabriken weichen müssen.

Allmählich entstand um 1875 in Berlin eine blühende Industrie von Küchengeräten aus Blech und Zink, die sich nach und nach aus dem Kleinhandwerk hervorarbeitete. Die handwerksmäßige Herstellung der Geräte konnte stets nur kurze Zeit Widerstand leisten. Sobald die Fabriken sich eines Artikels bemächtigt hatten, konnten ihn die Handwerker billiger dort kaufen als selbst herstellen; sie gaben daher seine Fabrikation auf. Seit die größte Fabrik für Haus- und Küchengeräte in Berlin anfing, Eimer in Massen herzustellen, die aus stärkerem Blech als die handwerksmäßigen gearbeitet und trotzdem billiger als diese waren, schwand den Klempnern der letzte lohnende Gegenstand, den sie für den Laden gearbeitet hatten. Damit war die Umwandlung ihres Ladengeschäfts in einen reinen Zwischenhandel abgeschlossen und definitiv geworden.

Die Herstellung von Berliner Haushaltungsartikeln vermehrte sich auch nach Eroberung des ganzen früheren Arbeitsgebiets der Handwerker schnell weiter. Anfangs war sie durch geschmacklosere Formen im Nachteil, doch überwand sie diesen Fehler bald. Die Fabrikation wuchs weit über den Berliner Bedarf hinaus, und namentlich die größeren Firmen exportieren sehr erheblich, und verkaufen auch nach dem übrigen Deutschland viel mehr, als von außerhalb nach Berlin an solchen Waren eingeführt wird. Vorübergehend trat schon 1891 Überproduktion an Küchengeräten und Waren aus Weißblech und verzinktem Schwarzblech ein. Infolgedessen wurden die Fortschritte der Produktion verlangsamt, aber nicht gehemmt. Noch 1894 fanden die gesamten Berliner Artikel aus Eisen- und Weißblech einen guten Markt, wenn auch die Preise, wie in den letzten Jahren regelmäßig, etwas zurückgingen.

Ganz große Betriebe für Haus- und Küchengeräte, die alle Arten davon herstellen, giebt es in Berlin etwa 6, jeder mit 80—400 Arbeitern. Die großen Firmen sind in der Regel Handelsgesellschaften; an ihrer Spitze stehen dann ein Kaufmann und ein Techniker (Klempner oder Maschinenbauer) oder 2 Techniker. Vorbedingung für das Gedeihen dieser Betriebe ist das Vorhandensein einer weitgehenden Arbeitsteilung und die Organisation

eines durchaus praktischen und billigen Ineinanderarbeitens. Ferner ist es für solche Betriebe durchaus nötig, die vollkommensten Maschinen zu besitzen und die neu erfundenen sofort zu beschaffen. Für manche Geschirrarten und Warenteile sind Maschinen hergestellt, die aus dem Blech durch einen Druck das ganze Stück fertig herstellen. Alle Maschinen sind sehr kompliziert und erfordern fortwährend Reparaturen und Neubeschaffungen; daher haben die größten Fabriken es praktisch gefunden, sie in eigenem Betriebe herzustellen und zu diesem Zweck eine Maschinenbauwerkstätte als Zubehör ihrer Fabrik einzurichten.

Die Menge und Vielseitigkeit der hergestellten Gegenstände, die teueren Maschinen u. a. bewirken, daß die großen Fabriken mit einem sehr bedeutenden Betriebskapital, das sie selbst auf etwa 100—200 000 Mk. beziffern, arbeiten. Sie haben ihr Hauptabsatzgebiet im Ausland, namentlich in Südamerika und neuerdings in Afrika. Hier können kleinere Betriebe nicht mit ihnen konkurrieren, wohl aber in Deutschland.

Denn technisch ist sehr wohl eine Beschränkung der Fabrikation auf einzelne Specialitäten möglich. Durch solche Beschränkung wird der Umfang und der Kapitalbedarf der Betriebe sehr eingeschränkt. Die Vorteile der persönlichen Tüchtigkeit und Arbeitskraft des Betriebsleiters kommen mehr zur Geltung. Daher kommt es, daß neben jenen großen Fabriken eine ganze Reihe kleinerer für einzelne Specialitäten (Badewannen, Eisschränke u. s. w.) entstanden ist und noch fortwährend entsteht. Es sind dies Fabriken mit durchschnittlich ca. 12—15 Arbeitern, die von gelernten Klempnern eingerichtet werden. Freilich bringt es die Leichtigkeit, solch kleinen Specialbetrieb zu begründen, auch mit sich, daß viele Betriebe begründet werden, die sich nicht halten können und bald wieder eingehen. So wechselt die Zahl und der Betriebsgegenstand dieser kleinen Fabriken fortwährend.

Sie können mit geringem Betriebskapital, mit 4—6000 Mk. eingerichtet werden. Sie suchen den lokalen Absatz der großen Geschäfte durch ein starkes Herabgehen mit den Preisen an sich zu bringen. Besonders suchen sie durch Stadtreisende ihren Absatz in den kleinen Ladengeschäften der Klempner und bei größeren Konsumenten. Nicht selten erreichen sie es, daß die großen Fabriken den einen oder anderen Gegenstand aufgeben müssen, weil sie ihn bei den gedrückten Preisen nicht mehr mit Nutzen herstellen können. Aber auch die Specialgeschäfte stehen unter sich in so lebhafter Konkurrenz, daß durch Überproduktion manche Artikel gänzlich unrentabel werden. Freilich kommt es im Gegenteil dazu auch vor, daß mit einem neuen Artikel, der

sich schnell, ehe die Konkurrenz ihn aufgreift, einführt, glänzende Geschäfte gemacht worden.

Weniger gefährlich, aber auch weniger selbständig und ohne die Hoffnung auf große Erfolge gestaltet sich das Geschäft der kleinen Fabriken, wenn diese in ihrem Absatz nicht mit den großen Fabriken in Konkurrenz treten, sondern ihre Artikel an diese oder an große Eisenhandlungen absetzen. Sie geraten dann leicht in ein Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Abnehmern und müssen sich vor allem mit niedrigeren Preisen begnügen. Dafür ersparen sie freilich die Kosten der eigenen Bemühungen um den Absatz (Reisende, Annoncen), und ihr Risiko ist geringer. Das Abhängigkeitsverhältnis hält sich indes in mäßigen Grenzen; denn die kleinen Betriebe arbeiten durchaus fabrikmäßig und in der gleichen Weise wie die großen Fabriken. Wenn ihre ständigen Abnehmer ihnen wesentlich schlechtere Bedingungen stellten, so würden sie fast stets in der Lage sein, wieder selbständig abzusetzen.

Während die Mehrzahl der Haus- und Küchengeräte im Wettbewerb gleichmäßig von vielseitigen Groß- und von Specialbetrieben hergestellt werden, ist die Herstellung anderer überwiegend dem Specialbetrieb zugefallen.

Berliner Waagen wurden in größerem Umfange zuerst um 1880 hergestellt, und schon wenige Jahre später bildeten diese einen beliebten Handelsartikel.

Badeeinrichtungen: Wannen, Brauseanlagen, Badeöfen, Leitungen werden, wie schon erwähnt, teils von den Gas- und Wasseranlage-Geschäften hergestellt, teils auch von den großen Fabriken für Haushaltungsgegenstände. Daneben hat sich aber eine Anzahl von Specialbetrieben dieses Artikels bemächtigt, und eine Reihe von mittleren und kleineren Geschäften beschränken sich ganz darauf.

Berliner Eisschränke sind seit 1887 ein begehrter Artikel geworden, so daß sich zahlreiche kleine Fabrikanten auf ihre Herstellung warfen. Einige Jahre hindurch wurden sie lebhaft abgesetzt; doch führte die Konkurrenz bald dahin, daß billige, schlechte Fabrikate auf dem Markt erschienen, und diese nahmen bei der Überzahl der Fabriken so überhand, daß sie jetzt dem gesamten Absatz von Berliner Eisschränken schaden.

Bauornamente werden außer von den großen Bauklempnereien noch von einigen großen Fabriken hergestellt. — Zinkguß wird zur Herstellung von Bauornamenten seltener verwandt, viel dagegen von den Berliner Lampenfabriken für Lampenfüße. Dieselben Betriebe und einige andere stellen auch andere Gegenstände aus Zinkguß: Kannen u. s. w. her, und diese Specialität wird von Berlin aus fast in die ganze Welt verkauft.

Andere Specialbetriebe stellen nur Gastwirtsartikel: Bierdruckapparate und ähnliches her, einige Fabriken nur Metallbuchstaben, 3 oder 4 größere Firmen Vogelbauer, einige andere Gasöfen, Gaskocher, Trockenöfen, Spirituskocher, Waschmaschinen, Waagen, Zinkgeräte als Zimmerschmuck u. s. w.

Spielwaren sind lange hausindustriell gearbeitet worden und werden es auch jetzt noch. Die meisten werden nach Berlin eingeführt, doch sind sie in letzter Zeit auch in Berlin wieder in größerem Umfang hergestellt worden. Einige kleinere Fabriken dafür gehen ganz gut, zumal für Spielwaren, die durch stets neue technische Fortschritte immer billiger und dennoch hübscher hergestellt werden, der Absatz noch immer ein guter ist. Doch hat diese Fabrikation mit der Konkurrenz der Zuchthausarbeit schwer zu kämpfen.

Das Aluminium, welches neuerdings mit den älteren Blechen in Wettbewerb getreten ist, ist von vornherein nur fabrikmäßig verarbeitet worden. Aluminiumwaren werden nach Berlin größtenteils von auswärts eingeführt, doch stellen auch in Berlin eine größere und einige kleinere Firmen solche her.

Die einzige Branche der Blechindustrie, die in Berlin nicht Fuß fassen konnte, ist die Herstellung von Emaillegeräten. Eine Fabrik, die in Berlin bestand, ist wieder eingegangen; jetzt wird fast der ganze Bedarf von außerhalb bezogen. Nur wenige ganz kleine Betriebe sollen noch existieren.

Der Absatz dieser gesamten Waren erfolgt im Auslande meist durch Exporthäuser, im Inlande durch Reisende, auch die Berliner Messen haben neuerdings einen ziemlich großen Einfluß auf den Absatz gewonnen. Von der Konkurrenz wird besonders die der Zuchthausarbeit sehr schwer empfunden, welche die Preise auf ein Minimum herabdrücke und die gewinnbringende Herstellung mancher Artikel völlig unmöglich mache.

8. Arbeiterverhältnisse.

Das Thätigkeitsgebiet der abhängigen Klempner ist noch entfernt nicht so fest in abgegrenzte Gebiete zerfallen wie das der selbständigen. Gelernte Klempner finden Beschäftigung durch das ganze weite Arbeitsfeld der Blechindustrie hin und darüber hinaus. Ihre Ausbildung für alle diese Branchen ist wesentlich noch die alte handwerksmäßige, und die Freiheit des Stellungswechsels hat ihnen auch überall ziemlich gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen gewahrt.

Nur zwischen Bauarbeitern auf der einen, allen anderen auf der anderen Seite bildet sich je länger je mehr eine gewisse Trennung in Ausbildung, Geschicklichkeit und Beschäftigung heraus, doch können gegenwärtig von den

Baugesellen noch mindestens 2/3 auch als gelernte Arbeiter in der Fabrik verwandt werden.

a. Lehrlingswesen. Die Lehrlinge lernen in Geschäften, wo noch einigermaßen die Möglichkeit einer vielseitigen Ausbildung geboten ist, nach alter Sitte 4 Jahre, doch ist die Lehrzeit sonst mehrfach auf 3 oder 3½ Jahre herabgesetzt; eine kürzere Lehrzeit kommt nicht vor. In etwas größeren Betrieben sind die Lehrlinge durchweg nicht mehr beim Meister in Wohnung und Kost; sie erhalten dafür im ersten Jahre etwa 3,50 Mk., im zweiten 4,50, im dritten 5,50, im vierten 7,50 Mk. Wochenlohn. Bei kleineren Meistern haben die Lehrlinge noch öfter Wohnung und Kost; sie bezahlen auch dann kein Lehrgeld, sondern erhalten vielfach sogar noch ein kleines Taschengeld vom Meister. Die von außerhalb kommenden Lehrlinge sind natürlich durchweg in dieser Weise untergebracht, während die Berliner Jungen, meist Arbeiterkinder, sich dagegen sträuben und gewöhnlich bei ihren Eltern wohnen. Um die Mitte der 80er Jahre wohnten noch über die Hälfte der von der Innung eingeschriebenen Lehrlinge beim Meister, 1889 nur noch etwa 1/3; jetzt sollen es relativ noch erheblich weniger sein. Da von der Ortskrankenkasse die Relativzahl der beim Meister wohnenden erheblich höher geschätzt wird, so ist anzunehmen, daß in den nicht zur Innung gehörenden ganz kleinen Betrieben die Beköstigung und Wohnung beim Meister ziemlich häufig vorkommt. Diese kleinen Betriebe haben einen relativ sehr hohen Stand von Lehrlingen. Fast kein Kleinmeister arbeitet ohne Lehrling; hat er noch einige Gehilfen, so stellt er gern in jedem Jahr einen Lehrling ein. Mancher Meister ohne Gehilfen hat 2—3 Lehrlinge. Diese sind für ihn billige Arbeitskräfte. Gegenwärtig sollen die hohen Ansprüche der „socialdemokratischen" Lehrlinge und ihre geringe Folgsamkeit vielen Kleinmeistern das Lehrlinghalten nicht mehr gestatten oder verleiden. Diese Thatsache, die durch die verringerte Zahl der Lehrlinge bestätigt, durch die verschlechterte Lage mancher Kleinmeister erklärt wird, macht in vielen Fällen nur einer unerfreulichen Ausnutzung billiger Arbeitskräfte ein Ende. In gleicher Richtung wie die größeren Ansprüche wirkt eine neue Polizeiverordnung, die für die Lehrlingswohnräume einen Minimalraum vorschreibt.

Die Ausbildung ist, da den jetzigen Meistern ihr erlerntes Arbeitsgebiet größtenteils unter den Händen geschwunden ist, notwendig eine einseitige. Als Gesellenstücke sieht man allermeist Arbeiten, die handwerksmäßig nie mehr mit Nutzen hergestellt werden können. Schon 1873 giebt ein Lehrbuch den Lehrlingen den Rat, nach ihrer Lehrzeit sofort in Fabriken zu gehen, um sich zu vervollkommnen. Indes lernen die Lehrlinge doch die wichtigsten

Handgriffe und die Behandlung der Materialien. Sie schicken sich größtenteils bald in andersartige, fabrikmäßige Thätigkeit und werden von den Fabriken sehr gesucht.

Infolge der Thatsache, daß die Fabriken der ganzen Blechindustrie, mit Ausnahme weniger kleinen Lampenfabriken, fast keine Lehrlinge ausbilden, die großen Baufirmen noch weniger, müssen die Kleinbetriebe für diese den ganzen Bedarf an gelernten Klempnern mit heranbilden. Dadurch wird in diesem Gewerbe die zahlreiche Lehrlingshaltung unschädlich, und eine eigentliche Überfüllung des Berufs tritt nicht ein. Daß bei der gegenwärtigen Depression des Erwerbslebens auch die Klempner unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben, ist eine voraussichtlich vorübergehende Erscheinung, die nicht in Übersetzung des Berufs ihre Ursache hat.

Von der Thatsache, daß die großen Fabriken keine Lehrlinge beschäftigen, sind allerdings einige bedauerliche Ausnahmen zu konstatieren. Vereinzelte Fabriken für einfache Blechgeräte verwenden zur Bedienung der Maschinen an Stelle der Arbeitsleute Lehrlinge, die dort nur einige Handgriffe lernen und nach Beendigung ihrer „Lehrzeit" Arbeitsleute werden müssen. Die Leiter der Fachschulen führen über diesen Mißbrauch bittere Klage.

Die Anzahl der bei Innungsmeistern beschäftigten Lehrlinge hat sich in den letzten 10 Jahren vermindert. Während sie in dem Jahrzehnt von 1880—90 zwischen 350 und 420 schwankte, ist sie jetzt unter 300 gesunken. Daneben werden außerhalb der Innung schätzungsweise noch etwa 100 Lehrlinge gehalten.

Die Innung der Gas-, Wasser- und Heizungsfachmänner hat in den ersten Jahren verschwindend wenig Lehrlinge: 4—9 im Jahre. Jetzt wird ihre Zahl auf 20 angegeben. Sie ist nicht größer, weil die Ausbildung in diesem Gewerbe sehr schwierig ist und mehreren Gehilfen nur immer ein Lehrling zugeteilt werden kann, und ferner, weil die Ausbildung hier nur für die beteiligten Geschäfte, nicht für andere Großbetriebe erfolgt, der Bedarf also beschränkt ist. Die Lehrlinge kommen häufig aus dem Fach selbst. Teils sind sie Söhne von Technikern und haben die Absicht, später Meister zu werden, teils Söhne von Rohrlegern, die auch ihre Kinder dieser relativ gutsituirten Arbeitergruppe zuführen wollen. Die Lehrzeit dauert 3—4 Jahre.

Als Fachschulen dienen den Klempnern die beiden Berliner Handwerkerschulen, in denen je eine besondere Fachklasse für Klempner eingerichtet ist und die von der Innung jährlich mit 600—1200 Mk. unterstützt werden. Außerdem gewährt die Innung den ihr zugehörenden Lehrlingen die Lehrmittel (Zeichenutensilien u. s. w.). Doch wird die Schule

durchaus nicht von allen Lehrlingen aufgesucht, denn nur im letzten Lehrjahr macht die Innung ihren Lehrlingen den Besuch zur Pflicht. Früher hatte die Innung eine eigene Fachschule, deren Schüler dann vor einigen Jahren den Handwerkerschulen überwiesen wurden.

Am Fachschulunterricht nahmen teil:

Jahr		Gesellen	Lehrlinge	Von letzteren beschäftigt bei Innungsmitgliedern	anderen Meistern
Winter	1882/83	—	69	58	11
=	1883/84	16	119	109	10
=	1884/85	12	96	79	17
=	1885/86	—	97	87	10
=	1886/87	9	90	82	8
=	1887/88	16	90	80	10
=	1888/89	15	69	63	6
=	1889/90	5	42	36	6
=	1890/91	7	91	84	7
=	1891/92	16	96	91	5
Sommer	1893	24	57	.	.
Winter	1893/94	38	72	.	.
Sommer	1894	33	59	.	.
Winter	1894/95	47	66	.	.

Die Schulen gewährten Unterricht durch gelernte Klempner im Flächenzeichnen, im Zeichnen von Gerätformen, Bauornamenten, Dachrinnen, Aufsätzen u. s. w. nach Modellen oder nach Anleitung des Lehrers. Für vorgerücktere Schüler tritt das Entwerfen von Ornamenten und kunstgewerblichen Gegenständen, ferner Kalkulation und Buchführung hinzu. Manche Lehrlinge mit geringer Schulbildung besuchen auch noch die Fortbildungsschulen und erhalten dort einfacheren Zeichenunterricht. — Daneben wird auch die Klempnerfachschule zu Aue in Sachsen, die von 640 Fachgenossen 1877 für ganz Deutschland ins Leben gerufen ist und bis 1894: 492 Schüler ausgebildet hat, von Berlin aus beschickt. — Gesellenprüfungen sind im letzten Jahrzehnt jährlich zwischen 42 und 96 abgehalten worden.

b. Lage der Klempnergesellen. Klempnergesellen sind in der ganzen Maschinen- und Metallindustrie zu finden. Die Arbeiter der Bauklempnereien sind fast sämtlich, die der Lampen- und Hausgerätefabriken etwa zur Hälfte, die der Gas- u. s. w. Anlagen zu einem kleineren Teile gelernte Klempner. Die Verteilung über so verschiedenartige Betriebe erschwert ihnen eine allgemeine Organisation sehr. Die bei Innungsmeistern

beschäftigten Gesellen sollten nach den Innungsstatuten aus ihrer Mitte einen siebengliedrigen Gesellenausschuß wählen, der ihre Interessen gegenüber der Innung vertreten und bei der Verwaltung des Herbergswesens und des Arbeitsnachweises mitwirken sollte. Indes ist diese Einrichtung wegen des einmütigen Widerstandes der Arbeiterschaft („Wir brauchen keinen Vormund") nicht zu stande gekommen.

Die Fachvereine der Berliner Klempner weisen alle Gegensätze der gewerkschaftlichen Verbände auf. Die nicht-socialistischen Arbeiter sind in 5 Ortsgruppen der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine vereinigt, die gegenwärtig etwa 500 Klempner, daneben noch eine Anzahl Gürtler, Rohrleger u. s. w., die mit Klempnern zusammenarbeiten, zu Mitgliedern haben. Bei den socialistischen Arbeitern war schon in den 80er Jahren der Gegensatz zwischen centralisierten und decentralisierten Verbänden vorhanden. Die Anhänger der Centralisation gehörten dem Deutschen Metallarbeiterverband an; die übrigen vereinigten sich um die Mitte der 80er Jahre im Fachverein der Klempner, dessen Mitgliederzahl auf 2000 stieg. Als der Halberstädter Gewerkschaftskongreß auf engeren Zusammenschluß in Industrieverbände hindrängte, löste sich der Fachverein der Klempner 1891 zu Gunsten des neugegründeten Verbandes der Metallarbeiter Berlins auf. Doch hat dieser nicht über 400 Klempner zu Mitgliedern gewonnen. Nach diesem Mißerfolg wurde der Fachverein der Klempner schon 1892 mit etwa 400 Mitgliedern wieder ins Leben gerufen. Mehr Mitglieder hat er auch jetzt noch nicht gewonnen. So sind die Klempner jetzt in vier verschiedenen Verbänden organisiert. Alle vertreten die wirtschaftlichen und Bildungsinteressen ihrer Mitglieder. Die Metallarbeiterverbände betonen vor allem den wirtschaftlichen Kampf; sie wirken durch Branchenversammlungen, Einschreiten gegen Mißbräuche in einzelnen Betrieben, partielle Streiks und ähnliches; der Fachverein legt das Hauptgewicht darauf, seine Mitglieder zu bilden und mit Klassenbewußtsein zu erfüllen. Die Ortsvereine, die seit 1869 existieren und seitdem langsam gewachsen sind, lassen die Bestrebungen nach Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zurücktreten neben den Unterstützungen der Mitglieder bei Krankheit, Reisen, Arbeitslosigkeit und in sonstigen Notfällen. Alle Ortsvereine unterhalten für ihre Mitglieder eine Arbeitsvermittelungseinrichtung.

Große wirtschaftliche Kämpfe zwischen Arbeitern und Arbeitgebern sind im Klempnergewerbe nicht vorgekommen; jetzt würde die große Verschiedenartigkeit der Beschäftigungsweise eine Zusammenfassung aller Arbeiter des Gewerbes zu Streiks u. a. kaum zulassen.

Die Löhne sind für die verschiedenen Branchen der Blechindustrie ziem-

lich ausgeglichen. Die Wochenlöhne betrugen nach den für das letzte Jahr durch persönliche Nachfrage ergänzten Erhebungen der Gewerbedeputation im Durchschnitt in Mark, wie folgt. Dabei sind die Angaben der Innung (J) als Vertretung der Unternehmer und die der Gehilfen-Kassen oder -Vereine (G) gegenübergestellt, die so je nach dem Grade ihrer Übereinstimmung zuverlässige und objektive Zahlen bieten. Die Löhne betrugen für

	Gesellen		jugendl. Arbeiter		jugendl. Arbeiterinnen		Lehrlinge	
	J.	G.	J.	G.	J.	G.	J.	G.
Mai 1882	18	17,50	.	.	.	.	.	.
Juli 1883	18	18	.	.	.	.	.	.
Febr. 1884	21	16	9	.	.	.	6	.
Mai 1885	18	18	7,50	6	9	.	7,50	4
Mai 1886	18	18	8	8	8	6	7	4
Mai 1887	21	18	7,50	8	.	8,50	6	4
Sept. 1888	21	18	.	8	7	8,50	.	4
Sept. 1889	22,50	21	12	8	15	8,50	.	5
Sept. 1891	24	20	12	.	10	.	.	.
Aug. 1895	24	21	12,50	11	10,50	6	5,20	7

Die Löhne sind in früheren Jahrzehnten mit dem Emporblühen der Industrie stark gewachsen: seit 50 Jahren sind sie allgemein um das doppelte gestiegen, bei den meisten gelernten Arbeitern um mehr als das dreifache.

Gegenwärtig sind sie seit einigen Jahren im Rückgang begriffen. Und zwar äußert sich das nicht so sehr in dem Fallen der Wochenlöhne, als vielmehr in seltenerer Arbeitsgelegenheit und im geringeren Accordverdienst. Die Accordlöhnung ist namentlich für größere Bauarbeiten und für Fabrikarbeit die üblichere, und der Accordverdienst stellt sich für eingearbeitete, geschickte Arbeiter etwas höher als der Wochenlohn. Gegenwärtig beträgt er beispielsweise für die gelernten Arbeiter der größten Lampenfabrik 29.85 Mk. im Durchschnitt. Vereinzelte kleine Handwerker, die ihrer Kundschaft wegen besonders exakte Arbeit liefern müssen und einen Gesellen zur selbständigen Ausführung aller ihrer Arbeiten brauchen, haben besondere Schwierigkeiten, Gehilfen zu finden, die neben der Bauarbeit auch die komplizierte und wenig gebrauchte handwerksmäßige Werkstatt-Technik für Reparaturen und bestellte Arbeiten und oft auch die Installations-Technik verstehen. Solche Gesellen sind jetzt selten und werden mit ca. 27 Mk. entlohnt. Das ist bisweilen mehr, als der Arbeitgeber verdient. Auch geschickte Gesellen, die ständig für Gas- und Wasseranlagen arbeiten, beziehen häufig

einen erhöhten Lohn von 27, ja selbst von 30 Mk. Andererseits aber nehmen Kleinmeister auch häufig minderwertige Gesellen, um zu sparen, und zahlen diesen einen unterdurchschnittlichen Lohn; die Mängel der Gesellenarbeit ersetzen sie dann durch doppelt angespannte eigene Thätigkeit. In solchen kleinen Werkstätten wird ein Wochenlohn von etwa 18 Mk. als ganz gewöhnlich bezeichnet. Die besseren Gehilfen gehen, auch abgesehen von den Lohndifferenzen, lieber in die Fabriken und die Großbetriebe des Baufachs als in kleine Werkstätten, weil sie sich dort in geringerer persönlicher Abhängigkeit fühlen und weil sie dort regelmäßigere und dauerndere Beschäftigung und stabilere Löhne zu finden hoffen. Die letztere Erwartung wird neuerdings freilich öfter als früher getäuscht. Die Arbeit bei kleinen Bauklempnern gilt auch deswegen für minderwertig, weil die kleinen Meister ihren Gesellen keine Arbeitsleute für die gewöhnlichen Arbeiten, zum Materialherbeischaffen u. s. w., stellen können und diese solche Arbeiten mitmachen müssen. Die Gesellen der Kleinbetriebe sind meist solche, die frisch aus der Provinz kommen und sich vor der unbekannten Arbeitsweise in großen Fabriken noch scheuen.

Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die in die Lohntabelle aufgenommen sind, werden in Fabriken, überwiegend der Lampen- und Spielwarenbranche, beschäftigt. Die angegebenen Lehrlingslöhne verstehen sich natürlich für den Fall, daß der Lehrling bei seinen Angehörigen wohnt. Sie stellen dann die Entschädigung für Kost, Wohnung, Wäsche und Arbeitskleidung dar.

Die große Schar der in Großbetrieben beschäftigten Klempner sind ihrer socialen Lage und ihrem Empfinden nach durchaus Fabrikarbeiter geworden. Sie bleiben auch meist ihr ganzes Leben lang Fabrikarbeiter. In einer großen Lampenfabrik war das Durchschnittsalter der Arbeiter 1868: 30 Jahre, 1893 dagegen 44 Jahre. Hier kommt es kaum noch vor, daß Arbeiter aus der Fabrik ausscheiden, um selbständig zu werden. Sie haben das Bewußtsein, als gut bezahlte Arbeiter günstiger dazustehen wie als kleine Handwerker.

Die Arbeitszeit währt seit Jahren im Sommer von 6 bis 6, im Winter von 7 bis 7 Uhr mit 2 Stunden Pause; selten wird eine Stunde länger, von 6—7 Uhr, gearbeitet. Für die Mehrzahl der Arbeiter ist seit 1891 die bisher übliche 14-tägige Kündigungsfrist abgeschafft worden. Die Kündigung wird meist ganz ausgeschlossen, nur wird der Sonnabend als Tag der Entlassungen und des Arbeitswechsels bisweilen durch Abrede festgestellt.

Die Arbeitsgelegenheit ist nicht gleichmäßig über das ganze Jahr ver-

teilt. Reichliche Arbeitsgelegenheit ist vom September bis Dezember, wo die Bauten ihrer Vollendung entgegengehen und wo zudem die Lampen- und Spielwarenindustrie ihre Saison haben. Die Arbeitslosigkeit im Gewerbe erscheint größer als im Durchschnitt der Berliner Gewerbe, wenn auch nicht so erheblich wie bei anderen Baugewerben, z. B. den Malern. Nimmt man die Bauklempner allein, die vielfach in Fabrikbetrieben nicht mehr zu verwenden sind, also die arbeitslose Winterzeit nicht ausfüllen können, so muß von diesen nach ihren Schätzungen durchschnittlich die Hälfte im Winter feiern. Manche Baubetriebe, die im Sommer 60 Leute beschäftigen, „futtern" im Winter den Stamm, vielleicht 15, „durch", die übrigen werden entlassen. Die Bewegung der Mitgliederzahl in der Ortskrankenkasse der Klempner giebt für die Bewegungen der Arbeitsgelegenheit einen ziemlich richtigen Anhalt, da die längere Zeit Arbeitslosen mit verschwindenden Ausnahmen sämtlich aus der Kasse ausscheiden, während sie bei Wiedererlangung von Arbeit sofort wieder eintreten müssen. Die Mitgliederzahl — darunter allerdings die im nächsten Abschnitt behandelten ungelernten Arbeiter u. s. w. — betrug im Jahre 1893:

		Mitglieder		Auf 100 Mitglieder im Jahresdurchschnitt kommen im nebenstehenden Monat			
		männl.	weibl.	Klempner		Berl. gewerbl. Arb. überh.[1]	
				m.	w.	m.	w.
Anf. Januar	1893	4319	442	92	88	94	90
„ Februar	„	4373	454	94	90	95	94
„ März	„	4399	469	94	94	96	95
„ April	„	4497	484	96	97	97	94
„ Mai	„	4585	499	98	100	102	100
„ Juni	„	4679	507	100	101	102	101
„ Juli	„	4667	514	100	103	103	102
„ August	„	4714	501	101	100	103	103
„ September	„	4878	521	104	104	103	104
„ Oktober	„	4993	532	107	106	103	102
„ November	„	5044	526	108	105	104	107
„ Dezember	„	4927	532	105	106	101	107
„ Januar	1894	4406	488	94	98	97	103
Durchschnitt	1893	4677	500	100	100	100	100

[1] Nach E. Hirschberg, Maßnahmen gegenüber der Arbeitslosigkeit. Berlin 1894.

Die 789 Arbeiter, die im Januar weniger als im November beschäftigt sind, kommen zur größeren Hälfte auf das Bauhandwerk, zur kleineren auf die Lampenindustrie u. a.

Etwas geringer ist die Arbeitslosigkeit im folgenden Jahre. Hier betrug die Zahl der Mitglieder

am	männliche	weibliche
1. Januar 1894	4406	488
1. Februar „	4622	482
1. März „	4739	493
1. April „	4792	492
1. Mai „	4825	519
1. Juni „	4825	543
1. Juli „	4726	530
1. August „	4748	542
1. Sept. „	4814	560
1. Oktober „	4779	692
1. Nov. „	4869	715
1. Dezember „	4864	702
1. Januar 1895	4312	655

Das Ausscheiden der Mitglieder aus dieser Kasse bedeutet nicht immer, daß sie arbeitslos werden; sie gehen bisweilen bei Wechsel der Arbeitsstellung in die Ortskrankenkassen der Gürtler, Drechsler, Maschinenbauer oder in die allgemeine Ortskrankenkasse, bei Eintritt in einige große Betriebe in die „Neue Maschinenbauerkasse" über. Trotzdem geben die Zahlen ein ziemlich zutreffendes Bild von den Schwankungen der Arbeitsgelegenheit im Gewerbe.

Der Arbeitsnachweis des Gewerbes war bis vor kurzem zersplittert, die Zahlen über seine Erfolge ganz unzuverlässig. Seit Ende Juni 1895 hat sich die Innung dem „Berliner Centralverein für Arbeitsnachweis" angeschlossen. Die Vermittelung für Klempner hat dort folgenden Umfang erreicht:

	Klempner	Offene Stellen	
	eingeschrieben	gemeldet	besetzt
am 24.—30. Juni 1895	29	17	16
im Juli „	236	152	144
im August „	133	135	134
am 1.—10. Sept. „	53	41	41

Die Tabelle zeigt, daß auch die große Nachfrage nach Arbeitern in

den Sommermonaten noch voll gedeckt werden kann, daß also reichlich Arbeitskräfte vorhanden sind.

Daneben haben, wie erwähnt, die Arbeitervereine noch eine besondere Arbeitsvermittelung für ihre Mitglieder.

Die hygienischen Verhältnisse des Gewerbes sind nicht besonders ungünstig, die darüber mitgeteilten Zahlen der Ortskrankenkasse lassen die Erkrankungs- u. s. w. Ziffern meist noch etwas niedriger als im Durchschnitt der gewerblichen Arbeiter erscheinen. Von je 100 Mitgliedern jedes Geschlechts sind im Jahre 1893

	erkrankt		gestorben	
	m.	w.	m.	w.
Klempner	36,8	38,0	1,11	1,00
Durchschn. d. gewerbl. Arbeiter	40,0	36,9	1,17	0,70

Auf ein Mitglied kamen im Jahr Krankheitstage

	männlich	weiblich
Klempner	8,55	8,64
Durchschnitt	9,68	10,27

Dem entsprechen auch die finanziellen Ergebnisse der Kasse. Es betrugen die

	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
	pro Kopf der Klempner in Mk.		pro Kopf der gewerbl. Arbeit. in Mk.	
1891	21,04	19,46	20,11	20,39
1892	21,17	19,71	20,93	21,41
1893	21,98	20,61	22,19	22,51

Unter den Ursachen der Erkrankungen treten in dieser Kasse die Verletzungen besonders hervor. 33—50 % von allen Erkrankungen gehen auf diese Ursache zurück. Namentlich in einigen Fabriken kommen viel solcher Unfälle vor. Innere Krankheiten dagegen (Schwindsucht u. s. w.) kommen bei den Klempnern weit weniger als im Durchschnitt der anderen Gewerbe vor.

c. Lage der Gehilfen anderer Gewerbe und der ungelernten Arbeiter in der Blechindustrie. Die Lage der Arbeiter anderer Branchen, welche in den Betrieben der Klempnerei und der Blechindustrie beschäftigt sind, fällt größtenteils schon außerhalb des Rahmens der vorliegenden Arbeit, denn deren Arbeitsbedingungen richten sich durchaus nach denen ihres gelernten Berufs.

Kaufmännisches Personal findet sich vereinzelt in den großen Bauklempnereien, häufiger schon in den Installationsgeschäften, den Blech-

emballagen- und Blechwarenfabriken, am zahlreichsten in der Lampenindustrie. Das Personal der Lampenfabriken hat einen Verein der Kaufleute in der Lampenbranche gegründet, als dessen Aufgaben technische Fortbildung, Stellenvermittlung, Unterstützung und Pflege der Geselligkeit bezeichnet werden. Die Lohnverhältnisse der Kaufleute sind die im Handel üblichen.

Die gelernten Arbeiter anderer Berufe, die Gürtler, Drechsler, Maschinenschlosser u. s. w., die namentlich in den Lampenfabriken, aber auch in den übrigen Fabriken vorkommen, stehen in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen den Klempnern sehr nahe. Wo Abweichungen vorkommen, da sind diese in den allgemeinen Lohnverhältnissen ihres Berufes begründet.

Die zahlreichen ungelernten Arbeiter werden in diesen wie in allen anderen Gewerbezweigen nach den üblichen Lohnsätzen für Arbeitsleute bezahlt. Wenn sie längere Zeit in ihren Betrieben beschäftigt sind, so steigt ihr Lohn auch darüber hinaus; in einer Lampenfabrik beträgt ihr durchschnittlicher Wochenlohn 19,74 Mk. In den Installationsgeschäften bilden sie sich allmählich zu Rohrlegern aus, und stehen alsdann mit einem Wochenlohn von 24—27 Mk. oft den gelernten Arbeitern durchaus gleich.

Die 500 weiblichen Arbeiter in der Ortskrankenkasse der Klempner sind teils Ladenmädchen, teils sind sie zum Polieren, Verpacken u. s. w. angestellt, meist in Lampenfabriken. Zum Teil ersetzen sie auch männliche gelernte Arbeiter, indem sie die von der Maschine hergestellten Waren fertig machen, zusammensetzen u. a. Das letztere kommt besonders in Lampenbrenner- und Spielwarenfabriken häufiger vor. Ihre Lohn-, Arbeits- und Gesundheitsverhältnisse sind schon in den vorhergehenden Tabellen berücksichtigt.

9. Einkommens- und sociale Verhältnisse der Handwerker.

Die selbständigen Produzenten des hier besprochenen Gewerbes sind auf allen Stufen der Einkommensverteilung und der socialen Stellung zu finden. Die großen Lampenfabriken, die größten Installationsgeschäfte und die Großbetriebe der Gasmesser-, Blechemballagen- und der Blechwarenfabrikation verschaffen ihren Inhabern einen Platz unter den angesehensten Großindustriellen Berlins. Ihre Einnahmen sind zum Teil noch jetzt trotz der schlechten Konjunktur sehr hohe, und wo sie heruntergegangen sind, da kommt es den Besitzern zu statten, daß die Geschäfte bei glänzendem Geschäftsgange hoch gekommen sind, und jetzt, da sie zu allermeist noch in der Hand des Begründers oder seiner Erben sich befinden, von den Gewinnen

früherer Jahrzehnte zehren können. Die Begründer der großen Fabriken sind zwar zum großen Teil aus dem Handwerk hervorgegangen, allein diese Entwicklung liegt fast regelmäßig schon einige Jahrzehnte zurück; sie wiederholt sich jetzt äußerst selten. Jetzt rekrutieren sich die Fabrikanten aus anderen Kreisen (Ingenieuren, Kaufleuten); alles das hat den früheren socialen Zusammenhang zwischen Fabrikanten und Handwerkern fast völlig verwischt.

An diese Großindustriellen schließen sich die wenigen Bauhandwerker, die einen großen Fabrikbetrieb von Bauornamenten eingerichtet haben, ihrer socialen Stellung nach an. Auch die Inhaber der mittleren Lampenfabriken gehören durchaus zu den Fabrikanten. Die ganze Organisation ihres Betriebs, ihr großes Kapital, das Risiko, neuerdings auch häufiger der ursprüngliche Beruf ihres Leiters, trennen sie ganz scharf vom Handwerk. Das gleiche gilt von mehreren mittleren Betrieben für Specialitäten in Haus- und Küchengeräten.

Daneben fehlt es aber auch nicht an mannigfachen Zwischenstufen zwischen Fabrik und Handwerk. Hier sind besonders die von Klempnern begründeten kleinen Specialbetriebe für Haus- und Küchengeräte zu nennen, die technisch durchaus Fabriken sind, deren Inhaber aber ihren Einnahmen, ihren Anschauungen und ihrer socialen Stellung nach ganz ähnlich stehen wie die Handwerker. Ja die kleinen Lampenfabriken, die für fremde Handlungen oder Fabriken arbeiten, gewähren ihren Inhabern oft noch eine weit schlechtere Position als die meisten Handwerkerwerkstätten.

Ihnen gegenüber stehen die größeren und mittleren Bauklempner- und die mittleren Installationsgeschäfte, die mit rein handwerksmäßiger Technik arbeiten. Ihre Inhaber sind Handwerker, oder sie stehen in ihren Einkommensverhältnissen den Fabrikbesitzern näher als den kleinen Klempnern; sie arbeiten nicht selber mit, sondern beschränken sich auf die Beaufsichtigung und kaufmännische Leitung ihres Betriebes.

Das Gros der eigentlichen Handwerker sind die kleinen Klempner, welche die Klempnerarbeiten an kleinen Neubauten, Baureparaturen, bestellte Blechgeräte, Gerätereparaturen machen und daneben mit Haus- und Küchengeräten handeln. Vereinzelte davon sind durch reichliche und sichere Beschäftigung in einer oder mehreren dieser Beschäftigungsarten in ziemlich günstiger Lage, die meisten erwerben durch Kombinationen aller dieser Arbeiten nur einen bescheidenen Verdienst. Ihr Gewinn sinkt nicht selten auf die Verdiensthöhe der gelernten Arbeiter ihres Gewerbes, in manchen Fällen auf und vereinzelt sogar unter den Lohn der ungelernten Arbeiter. In ähnlicher Lage wie die kleinen Klempner befinden sich die kleinen

Installateure, die aber, wie ausgeführt, zum größeren Teil einem neuen Specialgewerbe und nicht mehr der Klempnerei zugehören.

Für die große Mehrzahl der kleinen Klempner kann man gegenwärtig sagen, daß bei einem Einkommen, das dem Verdienst eines gelernten Arbeiters gleichkommt oder etwas höher ist, die Sicherheit des Erwerbs sehr viel geringer ist als bei den Abhängigen. Deshalb sind die abhängigen Klempner allgemein der Ansicht, daß ein Geselle in der Fabrik weit günstiger gestellt ist als ein Kleinmeister. Und dies Urteil hat um so mehr Gewicht, als unter den Abhängigen sehr viele sind, die früher einmal längere oder kürzere Zeit selbständig waren. In den Arbeiterversammlungen des Gewerbes sieht man auch nicht selten die Typen der kleinstädtischen Meister, die sich anfangs stets etwas unbehaglich fühlen, wenn sie von einem Fremden dort unter den Arbeitern angesprochen werden, bei näherer Bekanntschaft aber eifrig rühmen, wie reichlich, regelmäßig, sicher und behaglich sie seit ihrer Anstellung in der Fabrik leben, gegenüber jener Zeit, wo sie noch ihr Geschäft hatten. Die Arbeits- und Lohnbedingungen, welche die jüngere Arbeiterschaft, die nur in Großbetrieben gearbeitet hat, mit aller Kraft zu verbessern ringt, erscheinen ihnen gegenüber denen des selbständigen Kleinmeisters als glänzende.

Das Eintreten ehemals selbständiger Klempner in die Fabrikbetriebe, — ein Schritt, der ihnen wahrlich schwer genug geworden sein mag — zeigt, daß die wirtschaftliche Lage dieses Handwerks vielfach als unhaltbar empfunden wird. Das gleiche bestätigen die zahlreichen Verkaufsofferten von Berliner Klempnergeschäften in den Fachblättern. Das gleiche zeigt sich auch in der Weise, wie sich das Handwerk gegenwärtig rekrutiert. Daß Klempnersöhne wieder Klempner werden, kommt freilich sowohl bei großen Baugeschäften als auch bei kleineren noch vor, ist aber namentlich für die kleineren Betriebe durchaus nicht mehr die Regel. Wo es geschieht, ist vielfach die Rücksicht auf das bestehende Geschäft, in dem große Kapitalien stecken, die bei einem Verkauf nicht herauszubekommen sein würden, maßgebend. Sonst werden die Söhne oftmals Beamte, Techniker, ergreifen irgend einen der Berufe, die durch den Besuch höherer Schulen erschlossen werden. Bei meinen bezüglichen Fragen war es in jedem Falle ganz klar ersichtlich, daß die Meister dies als etwas unrechtes, gewissermaßen als eine Verletzung der Standesehre empfanden. Um so schwerer wiegt es, wenn sie für ihre Söhne trotzdem einen anderen Beruf wählen. Der sonstige Nachwuchs des Gewerbes wird zum allerkleinsten Teil durch Söhne anderer Handwerker gebildet; meist sind es Arbeiterkinder, auch Waisen, die wir in der Lehre bei Klempnern finden. Von den alten Meistern wird diese Herkunft der

Lehrlinge ausschließlich aus den ärmsten Kreisen der Bevölkerung als schädlich für das Handwerk angesehen, ohne daß ihnen jedoch eine Abhilfe dagegen möglich wäre. Jedenfalls spricht die Thatsache von geringer Zuversicht auf eine künftige Besserung der Handwerkerverhältnisse. Denn die Arbeiterkinder werden allermeist von vorn herein nicht eine selbständige Stellung, sondern einen guten Posten in einer Fabrik zu erlangen suchen.

10. Die Konkurrenzfähigkeit des Handwerks.

Die Betrachtung über die Konkurrenzfähigkeit des Handwerks muß von seiner jetzigen Position ausgehen, ein ins einzelne gehendes Zurückgreifen auf das zünftige Arbeitsgebiet würde zu weit führen. Denn der Hauptteil der damaligen Produktion, die Herstellung von Blechwaren, und insbesondere von Lampen, ist für das Handwerk unwiederbringlich verloren; darüber kann nach der eingehenden Betrachtung der dafür entstandenen Großbetriebe kein Zweifel sein.

Von der Warenproduktion ist dem Handwerk nur ein sehr bescheidener Rest geblieben, die Herstellung von bestellten Waren, die in der gewünschten Form, Größe oder Stärke nicht fabrikmäßig zu haben sind. Aber auf die Erweiterung dieses Produktionsgebietes ist nicht in der Weise zu bauen, wie man etwa für das Schuhmacherhandwerk von der Zunahme der Bestellarbeit eine Besserung erhofft. Denn wenn die Nachfrage nach derartigen Geräten, welche die Fabriken nicht liefern, in weitere Kreise dringt, so wird die Folge nicht sein, daß der Handwerker mehr solcher Aufträge bekommt, sondern daß die Fabriken sich auf den neu entstehenden Massenbedarf einrichten, und dem Handwerker noch einen Teil seiner bisherigen Arbeit nehmen. Auch bei gleichbleibendem Bedarf werden die Fabriken, wenn ihre gegenseitige Konkurrenz noch stärker wird, wahrscheinlich mehr darauf Bedacht nehmen, solche Einzelaufträge von Anstalten u. s. w. zu übernehmen und billiger auszuführen.

Wenn also hier eine Ausdehnung des handwerksmäßigen Arbeitsgebietes nicht in Frage kommt, so ist das ebensowenig durch das Kunsthandwerk der Fall. Das Kunstgewerbe kommt dem Handwerk überhaupt der Regel nach nur da zu statten, wo dafür kein teures Material gebraucht und keine großen Auslagen erfordert werden. Die neu entstehenden Erzeugnisse der Kunstklempnerei sind aber Statuen, Figuren, Ornamente ꝛc., die nach Modellen gearbeitet sind und meist mit den gewöhnlichen großen Maschinen der Ornamentenfabriken vorgearbeitet werden müssen, sollen sie nicht zu teuer werden. Sie fallen den bestehenden Ornamentenfabriken zu,

die solche Maschinen besitzen, und die für die Handarbeit ständig einen oder einige besondere hoch bezahlte Arbeiter annehmen können.

Die Reparaturarbeiten an Blechgeräten werden den kleinen Klempnern voraussichtlich größtenteils bleiben. Die Reparaturwerkstätten der Fabriken werden schwerlich so ausgebildet werden können, daß sie jedes kleine Stück mit größerem Vorteil reparieren können. Wohl aber droht eine Abnahme der Reparaturen dadurch, daß die Massenartikel der Fabriken immer billiger hergestellt werden, sodaß schließlich eine Neuanschaffung nicht teurer ist als eine Reparatur. Mit der größeren Billigkeit werden auch viele Waren so einfach oder so minderwertig fabriziert, daß eine Reparatur gar nicht möglich ist.

Das erheblichste Arbeitsgebiet, das den Klempnern noch geblieben ist, ist die Bauarbeit. Bei den größeren Aufträgen an Neubauten konkurrieren die ganz großen Geschäfte, die gleichzeitig in eigenem Betrieb ihre Ornamente herstellen, die größeren und mittleren Geschäfte ohne solche Fabriken und die kleinen Meister, die mit wenigen Gehilfen ebenfalls zuweilen größere Aufträge übernehmen. Soweit der Kleinhandwerker hier konkurriert, setzt er fast stets seine Existenz aufs Spiel, hat eine sehr unsichere und schwankende Einnahme und unvermeidliche Verluste. Denn übernimmt der solide Kleinmeister einmal sichere Bauten von Behörden oder größeren Privaten, so ist dies nur durch Unterbieten der großen Firmen möglich, und geschieht, weil er seine Kosten nur ungenügend veranschlagt: die Arbeit wird also ohne Verdienst oder mit Schaden ausgeführt. Bei privaten Bauten aber ist der kleine Meister am wenigsten in der Lage, die Kreditwürdigkeit des Bauunternehmers zu übersehen, und ist deshalb großen Ausfällen ausgesetzt. Bei all den größeren Aufträgen schlägt aber den soliden Handwerker noch dazu häufig der unsolide, der mit vollem Bewußtsein ein zu niedriges Angebot macht, weil er von vorn herein nicht die Absicht hat, die Materialien und die Arbeitslöhne zu zahlen. Die Handwerker fordern daher in erster Linie Maßregeln gegen die jetzige preisdrückende Art der Submissionen, besonders Prüfung der Submittenten und der Angebote darauf hin, ob die Persönlichkeit und das Gebot der Bietenden die Garantie einer ordentlichen Ausführung der Arbeit bietet; dazu Maßregeln zur Sicherung der Bauhandwerkerforderungen gegen die Bauunternehmer. Durch solche Reformen würden die kleinen Handwerker zwar sehr gekräftigt; ob sie aber infolgedessen in der Mehrzahl der Fälle mit den Großbetrieben konkurrieren könnten, das bleibt auch dann zweifelhaft. Denn jene Schäden werden auch vom Großbetrieb schwer empfunden; ihre Beseitigung wird auch ihn stärken, und er behält immer die Vorteile größerer Kapitalkraft, einer

besseren Verteilungs- und Ausnutzungs-Möglichkeit der Arbeitskräfte, und auch die bessere Übersicht über den Markt und den schärferen kaufmännischen Blick für die Rentabilität der einzelnen Geschäfte. In manchen Fällen aber würde gewiß die besondere Tüchtigkeit des Kleinmeisters diese Vorzüge kompensieren und ihm einen erfolgreichen Mitbewerb in dieser Branche ermöglichen können.

Von dem Befähigungsnachweis als Hilfsmittel hält man in den Kreisen der Berliner Klempner nichts. Man ist an den Wandel des eigenen Arbeitsgebiets schon so gewöhnt, daß man vor allem fürchtet, bei künftigen Änderungen der Technik an der Ausnutzung günstiger Konjunkturen durch Zunftschranken behindert zu werden. Im Baugewerbe würde der Nachweis nach Meinung der meisten Bauklempner nichts nützen. Die Innung hat sich unter Führung des Obermeisters noch neuerdings dagegen ausgesprochen. Auch die Zwangsinnung hält man für schädlich, weil die Innung durch die widerstrebenden neuen Mitglieder in ihren jetzigen Aufgaben (Förderung der Lehrlingsausbildung) nur gehemmt und in anderen nicht gefördert würde.

Die großen Geschäfte mit Ornamentenfabrik, welche sich mit den mittleren ohne solche in die Hauptmasse der neuen Bauarbeit teilen, werden voraussichtlich in dieser Form das größte Arbeitsgebiet behaupten. Denn für Großbetriebe ist die Verbindung mit solchen Fabriken zweckmäßig, weil eine Werkstätte zum Passendmachen der Ornamente mit einigen Maschinen im Baugeschäft ohnehin verbunden sein muß, also beide Betriebszweige sich in die Hände arbeiten. Daneben bleibt aber für mittlere Geschäfte gleichfalls Raum, denn bei ihnen kommt die persönliche Tüchtigkeit und Übersicht des Leiters mehr zur Geltung; sehr wesentlich ist der Nachteil, daß sie die Ornamente zukaufen müssen, nicht, und dafür arbeiten sie mit weit geringerem Kapital.

Überlegen ist dagegen der Kleinbetrieb bei gelegentlichen kleinen Privatbauten und bei Reparaturen. Wenn ein Privatbesitzer einen Schuppen, Stall oder sonstigen Anbau zu decken hat, so wendet er sich gern an ein kleines Geschäft, weil er von alters her ein größeres Zutrauen zu der Solidität und Billigkeit kleiner Meister hat als zu der Arbeit der Großbetriebe. Wenn auch in diesen Fällen das Zutrauen zu der Billigkeit trügt, so ist dafür bei kleinen Reparaturen am Dach, an den Fenstern u. s. w. der Kleinmeister in der That im stande, prompter und billiger zu arbeiten als ein großes Geschäft, weil über seine Zeit nicht so genau im voraus verfügt ist, und weil er seine Arbeitszeit nicht auf so bestimmte Stunden beschränkt wie der Gehilfe des großen Geschäfts. Reparaturen dieser Art

werden für einige kleinere Geschäfte, die sich einen größeren Kreis von sicheren Kunden zu erwerben verstehen, voraussichtlich stets eine auskömmliche Einnahmequelle bleiben.

Die Gas- und Wasseranleger sind, wie wir sahen, schon jetzt dem Klempnergewerbe größtenteils entfremdet; sie werden es mit fortschreitender Technik vollständig werden. Dort hat der vollendetste Großbetrieb seine Domäne in der Anlegung ganzer Leitungen für Städte, Anstalten u. s. w. Die Einrichtung einzelner Gebäude wird er wie bisher mit dem größeren Mittelbetrieb teilen. Die kleinen Betriebe dieses Fachs werden voraussichtlich, jemehr der Wettbewerb kapitalloser Spekulanten durch Gesetz ausgeschlossen wird, desto mehr auf die Reparaturen beschränkt werden, da sie der große Kapitalbedarf und die technischen Fortschritte des Großbetriebs immer mehr von Neubauten ausschließen werden. Die Reparaturen werden hier wie in der Bauklempnerei wahrscheinlich dem Kleinbetrieb verbleiben, wenngleich neue Änderungen der Technik auch dies Verhältnis umstoßen können.

Das Ladengeschäft der kleinen Handwerker ist schon jetzt den großen und kleinen Handelsgeschäften nur noch in sehr seltenen Fällen gewachsen, und es besteht bisweilen nur durch das unwirtschaftliche Mittel eines ungesunden Kreditgebens. Die Thatsache, daß der Bedarf an Blechgeräten mit dem zahlreicher anderer Haus- und Küchengeräte aus Holz, Eisen, Stahl, Steingut u. a. Hand in Hand geht, daß Lampen oft zugleich mit Möbeln, Broncewaren u. a. gekauft werden, macht es großen Handlungen leicht, den wichtigsten Absatz in diesen Waren an sich zu nehmen. Sind doch schon jetzt die Klempnerläden bisweilen nur eine Art von Aushängeschild, um Reparaturarbeiten zu erlangen. In beschränkter Zahl mögen die Läden vielleicht noch kümmerlich weiter bestehen, gestützt auf die Bequemlichkeit der nächsten Nachbarschaft; es mögen einige davon sich auch zu gut gehenden Specialgeschäften ausbilden; im ganzen aber hat das Ladengeschäft wenig Aussichten für die Zukunft, ein weiteres Zurückgehen ist ihm gewiß.

Welche Aussichten haben nun die Handwerker außerhalb des Handwerks? In den früheren Jahrzehnten sind zahlreiche Klempner durch eigene Tüchtigkeit und Regsamkeit an die Spitze der neuen Fabriken der Blechindustrie gekommen, noch jetzt sind die Inhaber der älteren Lampen-, Gasmesser-, Installations-, Blechwaren-Geschäfte vielfach gelernte Klempner. Diese Periode ist aber im wesentlichen abgeschlossen. Die Besitzer der neu entstehenden Fabriken des Fachs entstammen anderen Kreisen. Ganz unmöglich ist freilich auch heute ein Aufsteigen noch nicht. Unter den Specialbetrieben der Blechwarenbranche sind manche Fabriken, die erst in der letzten

Zeit von Handwerkern gegründet worden sind. Viele davon kommen zwar zu keinem rechten Gedeihen; sie bestehen in einer gewissen Abhängigkeit von großen Geschäften oder gehen allmählich wieder ein. Wer aber das Glück hat, auf eine gutgehende Specialität zu stoßen, und diese einzuführen, ehe die Konkurrenz dazwischen kommt, der kann auch heute noch gelegentlich aus einem Handwerksbetrieb eine große Fabrik machen. Indes sind dies seltene Ausnahmen. Sonst ist der Übergang vom Klein- zum Großbetrieb noch in der Baubranche möglich, allerdings ebenfalls sehr schwierig, da sich gegenwärtig auch die bestehenden großen Baugeschäfte mitunter nur durch die Reserven früherer besserer Zeiten über Wasser halten. Aber hie und da mag auch jetzt noch einem tüchtigen vom Glück begünstigten Handwerker die Gründung eines Großbetriebs gelingen. Jedoch auch das ist seltene Ausnahme. Aussichtslos ist es für die Handwerker auch, durch Zusammenschluß zu Produktivgenossenschaften fabrikmäßige Großbetriebe zu gründen, denn die Vorteile der Fabriken bestehen nicht nur im Ineinanderarbeiten vieler Arbeiter, nicht nur in der großen Kapitalkraft, sondern vor allem auch in der kaufmännischen Gewandtheit, ja in dem spekulativen Wagemut des Besitzers. Diese Eigenschaften aber erreichen die Handwerker auch in genossenschaftlicher Verbindung nicht.

Viel häufiger als das Aufsteigen zum Fabrikanten kommt für den Handwerker jetzt das Absteigen zum Arbeiter vor. Das ist, wie erwähnt, schon vielfach vorgekommen, wie bitter es auch den in den Anschauungen des selbständigen Handwerkerstandes Aufgewachsenen geworden sein mag. Es geschieht noch immer weiter dadurch, daß fortwährend durch Beschäftigungslosigkeit oder Bauschwindel selbständige Kleinbetriebe zusammenbrechen. Dann werden ihre Inhaber meist wieder Arbeiter. Am meisten aber kommt diese Bewegung dadurch zum Ausdruck, daß die eine Generation, die noch am Meistertitel und an der Selbständigkeit hängt, abstirbt, und eine andere, die deren Vorteile und Nachteile mehr nach dem Geldwert abschätzt, nachfolgt. So werden die nicht selten vorkommenden Klempnereien, die nach den Erfahrungen der Steuerbehörden ein Jahreseinkommen von 600—1200 Mk., also weniger als ein gelernter Arbeiter, haben, kaum auf die zweite Generation kommen, ebensowenig die hausindustriellen Betriebe in der Lampenfabrikation, die nur durch die weitgehendsten Einschränkungen der Inhaber konkurrenzfähig sind.

Bei alle dem bleibt, freilich in sehr verkleinertem Umfang, noch ein Teil des alten Klempnerhandwerks bestehen, solange die jetzigen allgemeinen technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse keine neuen großen Umgestaltungen erfahren. Größere und kleinere Bauklempnergeschäfte, einige Re-

paraturwerkstätten, wenige Ladengeschäfte werden auch in Zukunft noch die ältere gewerbliche Betriebsform darstellen und allein oder kombiniert eine Reihe von selbständigen Handwerkern ernähren. Aber die Hauptthätigkeit wird in Zukunft wie schon jetzt von der Fabrik geleistet werden. Das wissen auch die alten Handwerker recht wohl. „Wir kommen in unserem Gewerbe durchaus zu englischen Zuständen. Bald wird es nur noch Fabrikanten und Arbeiter bei uns geben, und das ist gut so; denn die Arbeiter werden in reinem Großbetrieb noch bessere Existenzbedingungen, als sie jetzt schon haben, erringen, und werden dann in ihrer besseren und gesicherten Lage dem alten Handwerk keine Thräne nachweinen." Solche und ähnliche Äußerungen hört man von den alten Meistern des Handwerks merkwürdig oft. Der unparteiische Beobachter wird ihnen im wesentlichen beipflichten müssen. Die breite Masse der Erwerbenden in unserem Gewerbe — früher die Meister mit ihren Gehilfen und Lehrlingen, die gleichfalls Meister werden wollten — werden in Zukunft die Scharen gutbezahlter Fabrikarbeiter sein.

VII.

Die Lage des Steinsetzergewerbes in Berlin.

Von

Eduard Wegener.

Vorbemerkung.

Das Steinsetzer- oder Pflasterer-Handwerk nimmt bei einer Betrachtung der zeitigen Lage des gesamten Handwerks in Deutschland ein ganz besonderes Interesse für sich in Anspruch, weil in diesem Gewerbe für die mittleren und kleinen Betriebe die Verhältnisse nicht annähernd so ungünstig liegen wie in den meisten anderen Handwerken. Die Ursachen für diese Erscheinung werden sich aus den folgenden Darlegungen ergeben. Die Grundlage für diese bilden in erster Linie die durch persönliche Information in den beteiligten Kreisen vom Verfasser angestellten Erhebungen. Dieselben fanden wertvolle Unterstützung durch das, aus den Kreisen der Berliner Steinsetzer-Innung dem Unternehmen geschenkte Entgegenkommen[1].

Da das Steinsetzerhandwerk in den Untersuchungen des Vereins für Socialpolitik außerhalb der hier vorliegenden Arbeit eine Behandlung nicht gefunden hat, so erschien es nicht unangebracht, an einzelnen Stellen über den Rahmen Berlins hinauszugehen und die Verhältnisse anderer Städte mit hinein zu ziehen. Mangels einer zusammenhängenden Schilderung

[1] Insbesondere schulde ich in dieser Beziehung großen Dank Herrn Obermeister Dellos, dem Verbandsvorsitzenden, Herrn Steinsetzmeister Kuhlbrodt, den Steinsetzmeistern Herren Baumann, Krüger nnd Appert sowie dem stellvertretenden Altgesellen Herrn Welz.

älterer Verhältnisse war dies besonders für den geschichtlichen Teil der Arbeit von Interesse.

Das Steinsetzer-Handwerk gehört, um dies gleich hier zu bemerken, seiner Technik nach in die Reihe der Baugewerbe, und hat sein engeres Arbeitsfeld auf dem Gebiete des städtischen Straßenbaus. Beim Landstraßenbau findet es nur ausnahmsweise Verwendung. Die Thätigkeit des Steinsetzers besteht vornehmlich darin, die Straßen zum Schutze gegen die Einflüsse der Witterung, zur Schonung des Wagen- und Zugtier-Materials sowie zur Erleichterung und Beschleunigung des gesamten Straßenverkehrs mit einer Steindecke zu versehen.

1. Geschichtliches.

Der Gedanke, den Straßen und Wegen durch Herstellung einer Steindecke eine, für den Verkehr geeignetere und dauerhaftere Form zu geben, ist an sich naheliegend und deshalb auch uralt. Nichtsdestoweniger setzt seine Verwirklichung bereits einen höheren Grad kultureller Entwicklung voraus, und die ersten Anfänge eines geordneten Straßen- und Wege-Bauwesens treten daher überall erst nach Errichtung von Städten auf. Der städtische Marktverkehr und die sich allmählich anbahnenden Handelsbeziehungen von Stadt zu Stadt, von Land zu Land führten dazu, an die Stelle der alten, durch die natürlichen Bodenverhältnisse gegebenen Wege künstliche, ihrem Ziele auf dem kürzesten Wege zustrebende Straßen zu setzen, diesen durch alle Mittel eine größere Widerstandskraft gegen die Einflüsse der Witterung und die Abnutzung durch den Verkehr zu verleihen und sie in diesem Zustande dauernd zu erhalten. Die konstruktive Zusammensetzung der Kunststraßen, seien es nun Landstraßen oder Stadtstraßen, hat in verschiedenen Zeitaltern und bei verschiedenen Völkern vielfach gewechselt. Welche Verschiedenheit zum Beispiel zwischen der eigentümlichen Konstruktion der altgriechischen Landstraßen mit ihren in den Fels oder den künstlichen Steinplattenweg eingehauenen Wagengeleisen[1], und den, durch verschiedene aufeinander gelegte Schichten gebildeten, mit einer starken massiven Steindecke versehenen Heerstraßen der Römer[2]; dem städtischen

[1] Ernst Curtius, Zur Geschichte des Wegebaus bei den Griechen. Berlin 1855.

[2] E. Dietrich, Die Baumaterialien der Steinstraßen, Beschaffenheit, Vorkommen und Gewinnen derselben. Preisschrift des Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes. Berlin 1885. S. 3 und 4.

Lava-Plattenpflaster, wie das alte Pompeji es aufweist und dem rechteck- oder würfelförmig behauenen Reihenpflaster der modernen Großstädte!

Besonders scharf hat sich von jeher die Zusammensetzung und Beschaffenheit der Stadtstraßen von derjenigen der Landstraßen unterschieden. Ursprünglich freilich mag die Behandlung beider überall eine gleichartige gewesen sein; aber schon sehr bald schuf die Rücksichtnahme auf den Fußgängerverkehr für die städtischen Straßen andere Bedingungen als für die Landstraßen.

Da das Steinsetzerhandwerk, wie bereits erwähnt wurde, sein eigentliches Arbeitsfeld auf dem Gebiete des städtischen Straßenbaus zu suchen hat, so würde es zu weit führen, auf den Landstraßenbau hier näher einzugehen. Beide haben bereits im Altertum einen hohen Grad von Vollkommenheit erreicht. Das sicherste Zeugnis über städtischen Straßenbau im Altertum ist uns durch die Ausgrabungen in Pompeji erhalten worden. Die Pflasterung der pompejanischen Straßen ist durch große Lavaplatten, wie sie noch heute in Italien zu demselben Zwecke üblich sind, hergestellt. An den Häuserseiten entlang ziehen sich erhöhte Wege für die Fußgänger, und das ganze Bild macht in dieser Beziehung einen modernen Eindruck.

Die deutschen Städte des Mittelalters beginnen erst verhältnismäßig spät damit, ihren Straßen durch Legung einer Steindecke stärkeren Halt und größere Dauerhaftigkeit zu geben.

In Italien dagegen mag diese Kunst wohl niemals ganz in Abgang gekommen sein, und im großen und ganzen waren es wohl auch italienische Vorbilder, die in Deutschland, teilweise schon im 13. Jahrhundert, besonders aber seit Beginn des 14. Jahrhunderts zu städtischen Steinpflasterungen führten. Bis dahin scheint man sich damit begnügt zu haben, die Straßen der Städte in derselben Weise wie die Landstraßen durch Aufschüttung von Erde, Kies, Sand oder kleinen Steinchen notdürftig zu befestigen. Da naturgemäß derartig kunstlos hergestellte Wege sich bei Regenwetter im Zustande völliger Aufweichung befinden mußten, so half man sich für den Fußgängerverkehr dadurch, daß man sogenannte Schreitsteine d. h. einzelne, in Schrittweite voneinander entfernte Steine an den Häuserseiten und an Kreuzungspunkten hinlegte. Auch Holzstapfen wurden zu diesem Zwecke lange verwendet. Da überhaupt die Mängel der ungepflasterten Stadtstraßen bei Regenwetter sich in erster Linie immer für den Verkehr der Fußgänger geltend machen mußten, so mag wohl hie und da schon früh die Straße an den Häuserseiten mit einem gepflasterten Fußsteige versehen worden sein. Seit dem Anfange des 14. Jahrhunderts wird

uns für eine große Anzahl deutscher Städte von Pflasterungen berichtet. So 1310 für Lübeck, 1322 für Straßburg, 1324 für Wesel, 1331 für Prag, 1334 für Aachen. Ulm, Hildesheim und viele andere Städte besaßen seit dieser Zeit gepflasterte Straßen bereits in größerer Zahl[1]. Um eine durchgängige Steinpflasterung in sämtlichen städtischen Straßen wird es sich freilich nirgends gehandelt haben; neben den Steinstraßen werden vielmehr noch lange die ungepflasterten Straßen vorherrschend geblieben sein[2].

Die damaligen Steinstraßen scheinen vielfach in der Art angelegt worden zu sein, daß die Straße nach einer in ihrer Mitte liegenden Gosse zu abfiel und daß ein besonders erhöhter Fußgängersteg nicht vorhanden war. Anderweit aber werden auch Bürgersteige erwähnt, die in der Mitte der Straße lagen und aus besonders großen und wohlgeformten Steinen bestanden. In diesem Falle mag sich an den beiden Straßenseiten je eine Gosse befunden haben[3].

Das Aufsichtsrecht über die städtischen Straßen, Wege und Brücken,

---

[1] Ernst Gasner, Zum deutschen Straßenwesen von der ältesten Zeit bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts. Leipzig 1889. S. 130 ff. — In einer spätestens 1349 zusammengestellten Sammlung braunschweigischer Stadtgesetze findet sich bereits die Bestimmung: wor de stenwech tobroken is, den scal men boten, bi V sol. Item cal nement enne nyen stenwech setten oder hoghen, de rad en si darbi. Urkundenbuch der Stadt Braunschweig, herausgegeben von Hänselmann, Bd. I, S. 44—49. Braunschweig 1873. — In Berlin war der hohe Steinweg die älteste gepflasterte Straße, wie schon Nicolai bezeugt. Er meint: „Die Benennung komme vermutlich daher, daß diese Straße eher als andere erhöhet und gepflastert wurde, welches zum Teil erst spät geschehen.“ Die Pflasterung des hohen Steinweges soll nach Nicolai schon etwa um 1320 erfolgt sein; ob letzteres richtig ist, mag dahin gestellt bleiben, jedenfalls muß die Straße lange vor 1451 bestanden haben, da ihre bessere Pflasterung zur Bequemlichkeit der Markgrafen dienen sollte, wenn sie durch das Spandauer Thor nach ihrer alten Residenz, dem hohen Hause in der Klosterstraße fuhren. Nicolai, Beschreibung der Königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam. Berlin 1786. Bd. I, S. 14, Anmerkung.

[2] Man darf sich auch dadurch, daß eine Straße in der Urkunde als Steinweg bezeichnet wird, nicht irre machen lassen, denn „Steinweg“ wurden häufig auch Straßen genannt, die durch einfache Aufschüttung einer losen Schicht kleiner Steinchen eine gewisse Befestigung erhalten hatten. Kriegk, Frankfurter Bürgerzwiste und Zustände im Mittelalter. Frankfurt a. M. 1862, S. 288.

[3] Für die Stadt Braunschweig werden in den Urkunden gelegentlich sogenannte „schilde“ erwähnt. Diese „schilde“ müssen dem ganzen Zusammenhang nach eine Art Bürgersteig, aus größeren Steinen oder Platten bestehend, gewesen sein. Der in Verbindung damit erwähnte „rucghen“ deutet dann vielleicht auf einen zur Mitte ansteigenden Fahrdamm hin. Vgl. Chroniken der niedersächsischen Städte. Bd. VI. Braunschweig I, S. 165.

welches in älterer Zeit den an der Spitze der Städte stehenden kaiserlichen oder grundherrlichen Vögten zugestanden hatte, ging schon in sehr früher Zeit auf die Stadtgemeinden über. So wird bereits im Jahre 1293 in Ratibor derjenige, welcher die Ausbesserung der Straßen und Brücken unterlassen hatte, vor den Rat, nicht vor den Vogt citiert[1]. Namentlich in kleineren Städten hat jedoch vielfach auch den Gerichten die Fürsorge für Straßen und Wege obgelegen.

Die Unterhaltung der Straßen selbst war wenigstens in älterer Zeit ausschließlich eine Pflicht der Anlieger. Zahlreiche Belege lassen hieran keinen Zweifel. Jeder Bürger war gehalten, die Straße vor seinem Hause dauernd in gutem Zustande zu bewahren, und der Rat hatte über die Erfüllung dieser Verpflichtung zu wachen. Aber schon früh unternimmt die Stadt selbst Straßenbauten, und zuerst wird dies jedenfalls bei Brücken und öffentlichen Plätzen, für welche keine Anlieger verantwortlich gemacht werden konnten, der Fall gewesen sein. Vielfach auch beteiligten sich die Stadtgemeinden an Straßenregulierungen durch Gewährung von Beiträgen zu den Pflasterungskosten.

Mit den Berichten über die Pflasterung städtischer Straßen tauchen in den Quellen auch die ersten Meldungen über ein besonderes Pflasterhandwerk auf. Im Jahre 1322 stehen im Dienste der Stadt Straßburg ein Pflästermeister und sein Knecht. Sie werden in erster Linie von der Stadt beschäftigt, doch dürfen sie auch Privatarbeit zu festgesetzter Taxe ausführen[2]. Nach einer aus dem 15. Jahrhundert stammenden Pflästermeisterordnung soll „meister Claus, der esterìcher" die Pflasterknechte bei der Arbeit beaufsichtigen. Er „soll ouch der stette geschirre getruwelich bewaren und gehalten tun und kein geschirre hinweg lihen, er habe danne gut pfant dafür, das semlich geschirre widerumb komme." Zur Arbeit soll er nur Knechte nehmen und „kein knaben me haben", „und diwile nu derselbe meister Claus vormals bekimberter gewesen ist danne hinnanfürder, deshalb das er allewegen muste die esterichstein usser den gruben alhar schaffen, so soll man im geben im sommer alle tag 18 Pf. und in dem winter zum tag 14 Pf., so es werktage sint, und nit me, und soll er ouch nit me vordern noch heischen von der stett wegen." Meister Claus war einem von der Stadt bestellten „lonmeister" unterstellt. Dieser hatte zu

---

[1] Tschoppe und Stenzel, Urkundensammlung zur Geschichte des Ursprungs der Städte in Schlesien. S. 421.

[2] Gasner, a. a. O. S. 130/131. — Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. XIX. S. 133 ff.

bestimmen, wann und wo gepflastert werden sollte; er allein hatte auch die Pflasterknechte zu dingen, zu entlassen und täglich zu lohnen. Die Heranschaffung des Steinmaterials zu den Pflasterungen war zuerst Sache des Pflastermeisters gewesen, und dieser hatte aus diesem Grunde, wie aus der oben angeführten Stelle hervorgeht, auch einen höheren Lohn bezogen. Später aber wurde dieses Geschäft dem Ziegelmeister übertragen, da dieser, wie es heißt, ohnehin in die Grube fahren müsse, um Steine zu holen, daraus man auf den Ziegelöfen Kalk brennt[1].

Die Hantierung des Pflastermeisters charakterisiert sich somit als reines Lohnwerk. Für dieselbe ist keinerlei Betriebskapital erforderlich, ja nicht einmal das Werkzeug ist Eigentum des Meisters. Das Steinmaterial wird durch die Stadt selbst beschafft und nur der Transport von der Grube nach der Baustelle war ursprünglich — gegen einen entsprechend höheren Lohn — Sache des Pflastermeisters gewesen. Wie angeführt, wurde ihm dieser Teil seiner Thätigkeit jedoch später wieder entzogen. Das gesamte Pflasterungswesen stand in städtischer Regie.

Ähnlich wie in Straßburg müssen die Verhältnisse in vieler Beziehung in Nürnberg gelegen haben. Eine sehr anschauliche Schilderung darüber befindet sich in Endres Tucher's Baumeisterbuch der Stadt Nürnberg (1464—1475). Es heißt dort, der Stadtbaumeister solle durch seinen Schaffner die Pflastermeister für das folgende Jahr bestellen. Zwei von diesen hätten das alte Pflaster im Stande zu halten und zu flicken. Wie in Straßburg, so ist auch in Nürnberg das Werkzeug ganz Eigentum der Stadt. Während dagegen für Straßburg das Halten von Lehrlingen nicht gestattet war, wird dasselbe für Nürnberg ausdrücklich bezeugt. Überhaupt scheint man dort auf eine handwerksmäßige Ausbildung der Pflasterer großen Wert gelegt zu haben, denn es findet sich die Bestimmung, kein fremder Pflasterer dürfe in Nürnberg arbeiten, „er soll kund thün, was einer kann und wo er gelernt hab und wie lange einer gepflastert habe und wem.“ Neben dem eigentlichen Pflasterer erscheint ein „Stössel,“ ein „starker Tagelöhner, der ihm nachstößt.“ Die Hantierung dieses Stössels ist offenbar völlig identisch mit der des heutigen Rammers. Es wird dann noch eines Knechtes gedacht, der den Boden aufhaut und die Steine zuträgt, auch dieselben zurechtschlägt — Arbeiten, die zum Teil an die des heutigen Handlangers erinnern.

Auch über die Herkunft und Lagerung des Stein-Materials wird uns

---

[1] Straßburger Zunft- und Polizei-Verordnungen des 14. und 15. Jahrhunderts, herausgegeben von Brucker. Straßburg 1889. S. 408 ff. Stadtordnungen vol. 19, fol. 68 und 71.

in diesem interessanten Bericht einiger Aufschluß gegeben. In der Hauptsache handelt es sich hier um Feldsteine, die von den Bauern der Umgegend aus ihren Feldern zusammengelesen und nach der Stadt gebracht wurden. Hier wurden sie in Haufen von bestimmter Größe — „10 Schuh Länge, 7 Schuh Höhe und 5 Schuh Breite“ — aufgeschichtet. Zur besseren Übersicht und zur Kontrolle wurden dann an den Steinhaufen gewisse Zeichen gemacht, wie dies auch heute noch allgemein üblich ist [1]. Offenbar bestand auch in Nürnberg dieselbe Art des Lohnwerks wie in Straßburg. Das Handwerkszeug ist Eigentum der Stadt, und durch diese erfolgt auch die Beschaffung des Steinmaterials. Für die Ausübung des Handwerks ist daher ein Betriebskapital nicht erforderlich.

Im Gegensatze zu Straßburg ist hier von mehreren Pflästermeistern die Rede. Die Arbeiten werden nach einem gewissen Turnus an die einzelnen Meister alljährlich vergeben, eine Einrichtung, die sich auch anderweit noch bis in unser Jahrhundert hinein erhalten hat.

Im großen und ganzen wird das Bild, welches wir so für Straßburg und Nürnberg erhalten, auch für die meisten anderen Städte zutreffend sein. Leider sind ältere Nachrichten über das Pflasterergewerbe aus andern Städten nur äußerst spärlich. Ulm hatte im Jahre 1397 einen Pflästermeister [2]. In Frankfurt am Main wird bereits 1387 ein wegemecher, welcher mit einem Sohne als Gehilfen arbeitete, erwähnt [3]. Da indessen erst 1399 in Frankfurt die erste Straßenpflasterung vorgenommen wurde [4], so kann dieser wegemecher noch nicht als Pflasterer bezeichnet werden. 1440 besitzt Frankfurt dann 3 in Sachsenhausen ansässige Wegemacher, die bezeichnenderweise wegeseczer genannt werden [5]. Das Ursehdebuch der Stadt Leipzig von 1390—1480 führt im Jahre 1436 einen „Steynsetzer“ auf [6]; mehrere Kölner Urkunden aus dieser Zeit weisen auf das Vorhandensein des Pflasterergewerbes hin [7]. Eine Reihe wertvoller Notizen enthalten

---

[1] Gasner, a. a. O. S. 133 ff.

[2] Jäger, Ulms Verfassung im Mittelalter. Heilbronn 1831. S. 440.

[3] Bücher, Die Bevölkerung von Frankfurt a. M. im 14. und 15. Jahrhundert. Tübingen 1886. S. 145.

[4] Kriegk, Frankfurter Bürgerzwiste und Zustände. S. 287 ff.

[5] Bücher, a. a. O. S. 220.

[6] Quellen zur Geschichte Leipzigs. Herausgegeben von G. Wustmann. Leipzig 1895. S. 8.

[7] Akten zur Geschichte der Verfassung und Verwaltung der Stadt Köln im 14. und 15. Jahrhundert. Bearbeitet von W. Stein. Bd. 1, S. 12 f., 40, 93, 292. Bd. 2, S. 138.

endlich die Kasseler Stadtrechnungen aus der Zeit von 1468 bis 1553. Das Stein- und Sandmaterial wird hier wie in Straßburg und Nürnberg von der Stadt selbst beschafft, und auch das Handwerkszeug wird Eigentum der Stadt gewesen sein. Der Arbeitslohn ist ausschließlich Accordlohn [1]. Besonders interessant ist der Umstand, daß einzelne Steinwegsetzer nach den Stadtrechnungen jährlich einen grauen Rock von der Stadt erhalten haben. Es deutet dies augenscheinlich auf ein dauerndes Dienstverhältnis hin, und es hat danach den Anschein, als ob auch in Kassel das Pflasterungswesen wie in Straßburg in städtischer Regie gestanden hat.

Zu einer zunftmäßigen Organisation dürfte es in damaliger Zeit nur in ganz vereinzelten Fällen gekommen sein. Dem Verfasser ist ein genauerer Bericht über eine solche nur für Hamburg bekannt geworden, welcher freilich auch erst in die zweite Hälfte des 16. und den Anfang des 17. Jahrhunderts fällt [2]. Es kann jedoch innerhalb des Rahmens dieser Arbeit auf die ganze Frage nicht näher eingegangen werden. Wir müssen uns jetzt vielmehr ausschließlich den Berliner Verhältnissen zuwenden.

Auch in Berlin hat die Aufsicht über den städtischen Straßenbau und zum großen Teil der Straßenbau selbst wie anderswo zweifellos in den Händen des Rats gelegen. Der hohe Steinweg, der, wie schon erwähnt, als die älteste mit besserem Pflaster versehene Straße angesehen werden muß, wird geraume Zeit auch die einzige derartige Straße geblieben sein. Nach und nach mögen dann andere wichtigere Straßen mit Steinpflaster versehen worden sein. Eine größere Vermehrung werden die Steinstraßen erfahren haben, nachdem die Städte Berlin-Cölln Residenz der Brandenburgischen Kurfürsten geworden waren. Namentlich werden viele Verbesserungen auf diesem Gebiete auf den praktischen und ordnungsliebenden Johann Georg (1571—1598) zurückzuführen sein. Nähere Daten aus dieser Zeit fehlen leider gänzlich. Den ersten Hinweis auf das Vorhandensein eines Pflasterergewerbes in Berlin-Cölln enthält erst die unterm 17. März 1623 für beide Städte erlassene Taxordnung. Nach derselben

---

[1] Kasseler Stadtrechnungen aus der Zeit von 1468—1553. Herausgegeben von A. Stölzel. Kassel 1871. S. 148, 177—178. S. 201, 233, 235.

[2] In Hamburg bestand seit dem Jahre 1567 eine Bruderschaft der „Steinbrücker." Die Bruderschaftsurkunde ist zwar nicht mehr vorhanden, aber wir besitzen einen aus dem Jahre 1607 stammenden Entwurf zu einer neuen „Ordnung der Steinbrücker." Dieser Entwurf, welcher dem Rate von Hamburg vorgelegt wurde, ohne dessen Genehmigung zu erhalten, und der daher keine Gesetzeskraft erlangte, enthält eine Reihe von interessanten Einzelheiten. Rüdiger, Die ältesten Hamburgischen Zunftrollen und Bruderschaftsstatuten. Hamburg 1874. S. 272—274.

erhält der „Steinleger" von 1 Rute 5 sgr., „wann er aber umbs Tagelohn arbeitet, Sommerszeit teglich 4 sgr., Winterszeit teglich 3½ sgr." [1]

Die hier gegebene Unterscheidung zwischen Stück- und Zeitlohn deutet immerhin bereits auf eine gewisse Entwicklung des Pflasterergewerbes hin, die leider durch den dreißigjährigen Krieg vollständig vernichtet wurde. Wie überall in Deutschland hatte dieser auch in den Residenzstädten Berlin und Cölln eine arge Verwahrlosung der städtischen Straßen und Wege mit sich geführt. Es ist bekannt, in welchem kläglichen Zustande der große Kurfürst diese Städte bei seinem Regierungsantritte vorfand. Nach Nicolai waren damals in Berlin 845 und in Cölln 364 Häuser vorhanden, zum großen Teil von Holz, alt und baufällig. Ein Teil der Straßen, — besonders die Fußgängerstege an den Häusern — war nicht gepflastert, oder das Pflaster war gänzlich verdorben [2].

Obwohl Friedrich Wilhelm ohne Zweifel schon von Anfang seiner Regierung an auch auf diese Zustände sein Augenmerk gerichtet haben mochte, so fand er doch erst später die Muße, sich näher damit zu beschäftigen. Als erste größere Maßregel nach dieser Richtung hin ist wohl die Brunnen- und Gassenordnung beyder Haupt- und Residenzstädte Berlin und Cölln an der Spree vom 14. August 1660 anzusehen. Sie bestimmt in Artikel V § I: „Ein jeder, der in diesen Churfürstlichen Residentz-Städten ein eigen Hauß hat, sol nach Publication dieser Ordnung inner 6 Wochen und so offte es Noth, bei zween Thaler Straffe daß Pflaster für seiner Thür, soweit sein Hauß gehet, biß an die Rönne inclusive dergestalt anfertigen lassen, damit bey Regenhafftigem Wetter daß Wasser ablauffen könne, und nicht daß eine hoch, daß andre niedrig oder grubicht seyn möge."

Über die traurige Lage, in der sich damals das Steinsetzerhandwerk befand, giebt Artikel VIII der erwähnten Brunnen- und Gassenordnung beredte Auskunft. Der Artikel handelt von der „Schuldigkeit des Marktmeisters, auch der Diener, und was ein jeder derselben bey dieser Brunnen- und Gassenordnung zu verrichten habe," und sein § 4 lautet: „Der Todtengräber, Steinsetzer und Hundepeitscher sollen bey Vermeidung eines Thalers Straffe diejenigen Rönnen, so sie aufreumen müssen, alle Woche reinigen und es fegen dieselbe Zeit thun, wann der Gassenmeister an den Ort fahren und den Schutt wegkarren wil, damit alsdann zugleich solche Unreinigkeit mit weg genommen werden könne."

---

[1] Mylius, Corpus constitutionum marchicarum.

[2] Nicolai, a. a. O. Bd. I. Einleitung. S. XLV.

Die §§ 5 und 6 handeln dann von den besonderen Geschäften des Steinsetzers: „§ 5. So sol auch der Steinsetzer, wann ihn die Leute das Pflaster auf den Gassen zu machen begehren, solches sofort thun und alle andere Arbeit so lange liegen lassen bey Vermeidung willkürlicher Straffe. § 6. Es sol auch der Steinsetzer überall dahin sehen, daß, wann er die Rönnen und Gassen anfertiget, selbige dauerhafftig und also zugerichtet werden, damit das Wasser einen rechten Abschoß habe. Solte er solches nicht thun, und darinn etwas von ihm versehen werden, sol er solche Arbeit ohn Entgeld zu ändern und dem Wirthe, so er die Arbeit gemacht, die Materialien zu bezahlen schuldig seyn[1]." Das Steinsetzerhandwerk war also auch hier ausschließlich Lohnwerk. Das Steinmaterial zu den Pflasterungsarbeiten wurde durch die, zur Pflasterung verpflichteten Wirte beschafft, und es ist auch kaum anzunehmen, daß das Handwerkszeug den Steinsetzern gehörte. Letzteres dürfte vielmehr Eigentum des Rates gewesen sein. Im übrigen war der Steinsetzer, wie aus den angeführten Stellen deutlich hervorgeht, zugleich ein städtischer Gassendiener, und seine Stellung muß nach der Gesellschaft, in der er genannt wird, eine ziemlich verachtete gewesen sein. Hält es doch die erwähnte Brunnen- und Gassenordnung für nötig, den Gassenmeister gegen Beschimpfungen seines zwar „ehrlichen", aber zu Hohn und Spott Veranlassung gebenden Amts halber ausdrücklich in Schutz zu nehmen.

Viel scheint mit der Brunnen- und Gassenordnung hinsichtlich der Pflasterung nicht erreicht worden zu sein. Denn im Jahre 1679 war der Platz hinter dem alten Dome an der heutigen Stechbahn, also in unmittelbarer Nähe des Schlosses noch ganz ohne Pflaster, und auch der neue Markt erhielt erst in diesem und in den folgenden Jahren neues Pflaster, nachdem er lange Zeit ohne solches gewesen war.

Im Jahre 1680 ließ der große Kurfürst, wie Nicolai erzählt, auf einmal alle tiefen Rennsteine und hohen Pflaster vor den Häusern wegnehmen und gleichmachen und befahl, daß alle Einwohner, vor deren Thüren noch kein Pflaster war, pflastern sollten, „und ob er dies gleich nicht erlangen konnte, so veranlaßte er doch die Pflasterung des neuen Marktes und der ganzen Gegend von der Brüderstraße bis ans Ende der Schloßfreiheit[2]."

Einen erneuten Aufschwung nahm das städtische Straßenwesen im

---

[1] Mylius, a. a. O. Teil V, Kapitel III, Nr. 1.

[2] Verordnung vom 1. Mai 1680 für Berlin. Dieselbe Verordnung für Cölln vom 10. März 1684. Mylius, a. a. O. Teil V, Kapitel III, Nr. IV und V. Nicolai, a. a. O. Bd. I, Einleitung, S. XLIX.

Jahre 1684. In diesem Jahre nahm der große Kurfürst die Pflasterung der Straßen unter seine eigene Aufsicht und Leitung, und im folgenden Jahre 1685 erhielten die meisten Straßen in Berlin und Cölln neues Pflaster.

Die rege Bauthätigkeit des großen Kurfürsten und seiner Nachfolger wurde überhaupt von großer Bedeutung für die Entwicklung des städtischen Straßenbauwesens. Für die nach dem dreißigjährigen Kriege wieder stetig anschwellende Bevölkerung legte der große Kurfürst zwei neue Städte an, den Friedrichswerder und die Dorotheenstadt, welche im Jahre 1709 durch Friedrich I. mit Berlin und Cölln zu einer Gemeinde vereint wurden. Friedrich I. selbst errichtete sodann die Friedrichstadt, deren Ausbau freilich erst von seinem Sohne Friedrich Wilhelm I. beendet wurde. Durch seine prunkvolle Hofhaltung sowie durch eine Reihe hervorragender Monumentalbauten hatte Friedrich I. der Stadt Berlin das Gepräge einer königlichen Residenz gegeben. Es kann kein Zweifel sein, daß bei dieser umfangreichen Bauthätigkeit auch die Sorge für den städtischen Straßenbau große Fortschritte machte. Ist es doch bekannt, welche große Fürsorge Friedrich Wilhelm I. dem weiteren Ausbau seiner Residenzstadt Berlin widmete, wie er selbst mit Hand anlegte, eigenhändig die Baustellen vermaß und verteilte, das Fortschreiten der Bauten beständig überwachte. Mit dem ihm eigenen scharfen Blicke für das Praktische und Nützliche hatte er auch den großen Wert eines guten Steinpflasters für den städtischen Verkehr klar erkannt, und er suchte das Steinsetzergewerbe, welches in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr zur Bedeutung gelangt war, auf jede Weise zu fördern.

Am besten glaubte er dies dadurch zu thun, daß er diesem Handwerk die bis dahin für dasselbe nicht vorhandene zunftmäßige Organisation verlieh. Die äußere Veranlassung hierzu bot der Erlaß der Reichszunftordnung vom 16. August 1731. Friedrich Wilhelm nahm im Anschluß an dieselbe eine Revision der alten Handwerksprivilegien vor und erteilte unterm 28. März 1736 dem Steinsetzerhandwerk in Berlin ein Innungs-Privileg und Gülde-Brief. Es wird in demselben „resolviret, die itzt hier in unserer Residentz Berlin arbeitenden Meister des Steinsetzer-Gewerks als zunftmäßig zu declarieren, dergestalt, daß sie Gesellen zu halten und Jungens auszulehren berechtigt seyen."

Wer das Meisterrecht erlangen will, muß nachweisen, daß er drei Jahre als Geselle in Berlin gearbeitet oder gewandert. Außerdem muß er ein Meisterstück anfertigen, „und zwar dergestalt: 1. daß er von einem ordentlich anzulegenden Pflaster einen Riß entwerfe, 2. daß er an einem

ihm aufzugebenden Orte das Pflaster nach der Grund-Waage tüchtig und gut anfertigen müsse."

Die Meistergelder betrugen 10 Thaler. Eine besondere Abgrenzung erfährt sodann das Steinsetzerhandwerk gegenüber den Maurern. Es heißt darüber (Art. 7): „Auch soll denen Maurern, wenn sie bey Jemand sonst einen Bau haben, die Fluhre und Höfe auch Brunnen daselbst, wie auch auf die Straße, soweit die Traufe fället, cumulative mit denen Steinsetzern zu bepflastern unbenommen seyn, auf denen Straßen selbst aber die Dämme zu pflastern, ist ihnen keineswegs erlaubt." In einem Nachtrage zum Innungs-Privilegium, datiert vom 26. Juli 1736 wird diese Bestimmung noch dahin ergänzt, daß die Maurer nur solche Pflasterungen vornehmen dürfen, wo sie Kelle und Hammer gebrauchen. Aus den Bestimmungen geht deutlich hervor, daß das Handwerk noch immer lediglich als Lohnwerk betrieben wurde. Für die □Rute im Verding erhält der Meister 10 Groschen, wovon er 7 Groschen an den Gesellen abzugeben und außerdem auch die Handlanger zu halten hat. Sand und Feldsteine werden ihm in nächster Nähe der Baustellen angefahren, und eine Lieferung dieser Materialien durch den Meister selbst scheint noch gänzlich unbekannt zu sein.

Tagelohn scheint nur für gewisse Reparaturarbeiten üblich gewesen zu sein.[1]

Bei Errichtung der Steinsetzerinnung im Jahre 1736 waren im ganzen nur 4 Meister vorhanden. Der eine von diesen war ein, erst wenige Jahre vorher vom Könige angesetzter Kolonist, welcher der Innung jedoch nur kurze Zeit angehörte, da er einige Jahre später Berlin wieder verließ.

Über die weitere Entwicklung der Innung geben die Akten für die Zeit bis in die Mitte unseres Jahrhunderts nur geringe Aufschlüsse. Das erste Schriftstück von größerem Interesse betrifft einen zwischen den 4 Innungsmeistern unterm 1. Dezember 1736 abgeschlossenen Vergleich. Jedenfalls auf Anregung des Königs war der Bau eines Innungshauses in der Friedrichstadt in der Weise beschlossen worden, daß der einzige, etwas mehr bemittelte Meister das Haus mit seinem eigenen Gelde baute, die übrigen Meister aber den auf sie entfallenden Anteil an den Kosten dem ersteren schuldig blieben. In dem erwähnten Schriftstück nun, welches vom 9. Februar 1742 datiert ist, erklären die mit ihrem Kostenanteil rückständig gebliebenen Meister, sie hätten ihren Beitrag wegen Armut bisher nicht aufbringen können, und könnten es auch jetzt nicht; der Meister, welcher den Vorschuß geleistet habe, solle das Haus als sein eigenes be-

[1] Artikel IX des Innungs-Privilegiums.

trachten und mit demselben schalten, wie ihm beliebe; sie machten keinerlei Ansprüche an dasselbe.

Es folgt eine Reihe von Schriftstücken, die sich auf die Konkurrenz des Maurerhandwerks beziehen. Die Steinsetzerinnung hatte sich darüber beschwert, daß ihnen die Maurer außerhalb Berlins in Dörfern und Landstädten in das Handwerk pfuschten. Diese Beschwerde wird unterm 17. Mai 1754 von der kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer abgelehnt, da in den betreffenden Landstädten und Dörfern Steinsetzer ohne große Kosten nicht zu beschaffen seien. Die Konkurrenz der Maurer scheint den Steinsetzern überhaupt viel zu schaffen gemacht zu haben. Unterm 2. September 1784 erlassen Präsident, Bürgermeister und Rat von Berlin eine gedruckte Verwarnung an die Meister des Maurer- und Brunnenmachergewerks wegen stattgehabter Eingriffe in das Steinsetzerhandwerk.

Das nächste Schriftstück von größerem Interesse ist eine Immediateingabe von 4 Dammsetzmeistern (augenscheinlich den einzigen vorhandenen) an den König Friedrich Wilhelm III. In dieser vom 6. Januar 1798 datierten Eingabe klagen die Meister über ungenügende Beschäftigung. Dies sei im allgemeinen um so mehr zu bedauern, als ein großer Teil der Berliner Straßen sich in sehr schlechtem Zustande befände, was bei Feuersgefahr sehr bedenklich sei, da große Löcher und Unebenheiten auf den Straßen das Vorwärtskommen der Spritzen und Löschgeräte behinderten. Darauf erhielten sie unterm 11. Januar 1798 den lakonischen Bescheid durch das Gouvernement hiesiger Königlicher Residenzen, welchem damals die Aufsicht über das Straßenwesen zustand, sie möchten sich bis auf weitere Bestimmungen beruhigen. Über diese weiteren Bestimmungen enthalten die Innungsakten jedoch nichts.

Fassen wir den gesamten Inhalt der Innungsakten bis zum Jahre 1798 kurz zusammen, so ergiebt sich folgendes Bild. Infolge der regen Bauthätigkeit der ersten beiden preußischen Könige hatte das Berliner Steinsetzergewerbe einen nicht unerheblichen Aufschwung genommen. Besonders Friedrich Wilhelm I. hatte es sich angelegen sein lassen, dies Gewerbe in jeder Beziehung zu fördern. Indessen kann von einer eigentlichen Blüte selbst in dieser Zeit nicht geredet werden; die erwähnte, zwischen den 3 Innungsmeistern im Jahre 1742 bezüglich des Eigentumsrechtes an dem Innungshause getroffene Vereinbarung ist nach dieser Richtung hin außerordentlich bezeichnend. Nur einem von den damals vorhandenen 3 Steinsetzmeistern scheint es gelungen zu sein, auf einen grünen Zweig zu kommen; die anderen beiden mögen vielleicht ihr notdürftiges Auskommen gehabt haben; aber zu Ersparnissen blieb ihnen nichts übrig. Von Bedeutung

erscheint mir in dieser Beziehung auch der Wiederabzug des im Jahre 1736 vorhanden gewesenen vierten Meisters, dessen Ursache wohl in dem Mangel an ausreichender Beschäftigung zu suchen ist. Es kommt hinzu, daß mit dem Tode Friedrich Wilhelms I. die Bauthätigkeit in Berlin einen gewissen Abschluß erreicht hatte.

Ganz besonders mag dies für den Straßenbau 'gelten. Die Straßen der neuerrichteten Stadtteile waren im großen und ganzen bereits unter der Regierung Friedrich Wilhelms I. mit Steinpflaster versehen worden, und die Thätigkeit der Steinsetzer muß, soweit Berlin in Frage kommt, sich in der Folgezeit mehr auf die Unterhaltung derselben, Reparaturen und kleine Privatarbeiten beschränkt haben. Daneben freilich kommt in Betracht, daß die Berliner Steinsetzer auch außerhalb Berlins Beschäftigung suchten und fanden. Es ist hier die Stelle, zum erstenmale der Bedeutung des Steinsetzerhandwerks als Wandergewerbes zu gedenken. Eine große Anzahl kleinerer Städte der Mark besaß keine Steinsetzer, und die bereits erwähnten unter Friedrich dem Großen von den Berliner Meistern gegen die Maurer erhobenen Beschwerden wegen Pfuscherei beziehen sich, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, gerade auf die Pflasterarbeiten in kleinen Städten und Dörfern der Umgegend — ein Beweis dafür, welche Wichtigkeit dieser Geschäftszweig für die Berliner Meister hatte. Zur näheren Beleuchtung dieser Thatsache dienen auch die folgenden, bei Bratring aufbewahrten Zahlen. Danach waren im Jahre 1750 in sämtlichen Städten der Kurmark nur 41 Stein- und Dammsetzer, einschließlich der Gesellen und Lehrlinge vorhanden, und noch im Jahre 1801 betrug in demselben Gebiet die Gesamtzahl der vorhandenen Steinsetzer nur 71, und zwar 18 Meister, 39 Gesellen und 14 Lehrlinge. Eine ganze Reihe von Städten war ohne Steinsetzmeister. In der Altmark waren nur 4, in der Uckermark 3 und in der ganzen Priegnitz nur 1 Steinsetzmeister ansässig. Die Mittelmark einschließlich Berlins besaß 10 Meister, 37 Gesellen und 13 Lehrlinge, wovon 4 Meister, 32 Gesellen und 12 Lehrlinge allein auf Berlin entfallen.[1]

Wir werden später sehen, daß das Berliner Steinsetzerhandwerk häufig in der Form des Wandergewerbes auftritt, und zwar mit Vorliebe in den Zeiten, wo in der städtischen Pflasterung ein zeitweiser Stillstand eingetreten ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein solcher Stillstand mit dem Tode Friedrich Wilhelms I. eingetreten war; und daß sich in diesem Zustande bis zum Beginn unseres Jahrhunderts wenig geändert haben kann, darauf

[1] Bratring, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg. Berlin 1804. Bd. I, S. 71.

deutet die im Jahre 1798 von den 4 Berliner Steinsetzmeistern erhobene Klage über Mangel an Beschäftigung zur Genüge hin. Zugleich blicken aus dieser Klage aber auch die Anzeichen einer gewissen Vernachlässigung des städtischen Straßenbaues.

Die Zeit der Napoleonischen Kriege, über welche die Akten der Berliner Innung gänzlich schweigen, kann auf diesem Gebiete eine Wendung zum Besseren kaum mit sich gebracht haben; wohl aber trat der auch von den Berliner Steinsetzmeistern lang ersehnte Aufschwung bald nach Beendigung der Freiheitskriege ein. Immerhin muß das Steinsetzerhandwerk schon in dieser Zeit ein gewisses Ansehen genossen haben, denn unter den im Jahre 1809 auf Grund der Städteordnung gewählten ersten Berliner Stadtverordneten befindet sich auch ein Steinsetzmeister.[1]

Mit dem Jahre 1832 setzen die Innungsakten wieder ein und berichten für dieses und das folgende Jahr von dem Vorhandensein von 8 Innungsmeistern. Die Zwischenzeit hatte zwar in den Edikten vom 2. November 1810 und vom 7. September 1811 die Aufhebung des Zunftzwanges gebracht; allein aus einem Schriftstück vom Jahre 1833 geht deutlich hervor, daß in diesem Jahre neben den 8 zünftigen nur ein einziger unzünftiger Meister vorhanden war, so daß die erwähnten Edikte in den bisherigen Verhältnissen nur wenig geändert haben können.

Die Lage des Berliner Steinsetzerhandwerks muß damals eine leidliche gewesen sein; wenigstens werden in dieser Zeit aus den Kreisen der Innung erhebliche Klagen nirgends laut. Zwar hatte das Straßennetz im großen und ganzen keine Erweiterung erfahren; allein der Ausbau der alten Straßen und die an vielen Stellen notwendig gewordenen größeren Reparaturen gewährten stets ausreichende Beschäftigung. Zudem stiegen auch in den umliegenden Städten und Dörfern die Ansprüche an die Beschaffenheit der Wege, und die Berliner Meister hatten auch hier für ihre Arbeiten reichliche Nachfrage.

In der Technik hatte sich wenig geändert. Als Material fanden noch immer so gut wie ausschließlich Feldsteine Verwendung, denen nur ausnahmsweise durch glattes Behauen der Kopffläche eine für die Ebenheit der Fahrstraße geeignetere Gestalt gegeben wurde. In kunstloser Weise wurden sie aneinander gereiht, und der damalige Zustand der Straßen wird ein ähnlicher gewesen sein, wie wir ihn heute noch vielfach in kleinen Städten finden. Der Gebrauch, die Gosse in die Mitte der Straße zu verlegen, wird schon so gut wie ganz verschwunden gewesen sein. Die Fahrbahn war

---

[1] Schwebel, Geschichte der Stadt Berlin. II. S. 453.

überall durch Rinnsteine von den Fußwegen getrennt, und auf letzteren war wenigstens in den besseren Straßen, zu größerer Bequemlichkeit bereits eine Reihe von Granitplatten gelegt.[1] Der übrige Teil der Seitenwege war jedoch nur mit gewöhnlichen Feldsteinen kleinen Formats gepflastert; Bordschwellen waren noch nicht vorhanden.

Auch für diese ganze Periode bieten die Innungsakten leider nur sehr wenig Anhalt. Einen Wendepunkt in der Entwicklung bildet das Jahr 1845. In diesem Jahre wurde die ganz auf dem Boden der Gewerbefreiheit stehende Gewerbeordnung erlassen. Dieses Gesetz führte zu der großen Handwerkerbewegung des Jahres 1848. Inwieweit sich die Steinsetzer Berlins dabei beteiligt haben, geht aus den Akten nicht hervor. Erst die nun folgende Gewerbeordnungsnovelle vom 9. Februar 1849, welche das Gesetz vom Jahre 1845 in vieler Beziehung zu Gunsten der Handwerker wieder einschränkte, führte, wie die Akten ergeben, auch innerhalb der Berliner Steinsetzerinnung zu einer starken Erhebung. Es war in der erwähnten Novelle für eine größere Anzahl namentlich bezeichneter Gewerbe die selbständige Ausübung des Betriebes von der Ablegung einer Meisterprüfung oder der Zugehörigkeit zu einer Innung abhängig gemacht worden. Das Steinsetzergewerbe war diesen Gewerben indessen nicht beigezählt worden, und die Berliner Steinsetzer versuchten daher in den folgenden Jahren, durch Petitionen und Beschwerden an alle möglichen Instanzen, für ihr Gewerbe die erwähnte Bevorzugung zu erlangen, freilich ohne jeden Erfolg. Der Magistrat, als die gewerbliche Aufsichtsbehörde, hatte anfangs diese Bestrebungen der Regierung zu Potsdam und dem Handelsminister gegenüber befürwortet; nichts destoweniger aber wurde die Innung mit ihrem Gesuch sowohl von der Regierung, wie vom Ministerium abgewiesen. Die Regierung zu Potsdam hatte u. a. eingewendet, „daß zur Ausübung des Steinsetzerhandwerks eine längere handwerksmäßige Ausbildung nicht erforderlich sei, und ein etwaiger ungeschickter Betrieb die Interessen des Publikums durch mangelhaft ausgebildete Gewerbetreibende, oder durch die bei diesen beschäftigten Lehrlinge nicht erheblich gefährden könne." Der Handelsminister hatte sich diesen Motiven angeschlossen.

Auch eine im Jahre 1859 an den Landtag gerichtete Eingabe blieb fruchtlos. Die Petition ging an eine Kommission von 14 Abgeordneten,

---

[1] So waren im Jahre 1825 auf Veranlassung Friedrich Wilhelms III. die Leipziger-, Jäger-, Neue Friedrichs- und Königstraße mit Trottoirs versehen worden. Schwebel a. a. O. II, S. 495.

welche das Verhalten der Regierung guthieß und vorschlug, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Dies geschah auch am 3. März 1860.

Gegen die Begründung der Regierung hatten die Steinsetzer vornehmlich eingewendet, sie müßten bei Ausübung ihres Gewerbes Kenntnis vom Bauwesen haben, einen richtigen Situations-Plan aufnehmen, das Niveau berechnen und die Traufe und das Gefälle abwägen können. Auch sei eine genaue Kenntnis des Straßen-Baumaterials und der Behandlung desselben erforderlich. In den letzten 5—6 Jahren hätte sich eine Menge Leute als Steinsetzer etabliert, denen die richtige Kenntnis des Handwerks fehle. Neben den 10 geprüften Meistern der Innung seien jetzt mehr als 20 Pfuscher vorhanden. Dieser Zustand werde seine Folgen bald in der schlechten Beschaffenheit der Straßen äußern u. s. w.

Nach einer mehrjährigen Pause richtet die Innung unterm 23. April 1863 ein erneutes Gesuch an den Handelsminister. Es solle eine gemischte Baudeputation ernannt werden, welche über das Anliegen des Gewerks entscheide. Die Zahl der Pfuscher wird in diesem Gesuche auf 28 angegeben.

Auch dieses Gesuch wurde unterm 9. November 1863 ablehnend beschieden. Bei dem neuen Verfahren hätten sich Mißstände nicht herausgestellt. Auch der Magistrat habe sich neuerdings gegen die Wünsche der Steinsetzer ausgesprochen.

Die Berliner Steinsetzerinnung fristete fortan bis zu ihrer Neuorganisation im Jahre 1885 nur ein Scheindasein, und wie aus dem Gesuche an den Handelsminister vom 23. April 1863 hervorgeht, war die Innung vom Magistrat in dessen Innungslisten sogar gestrichen worden. Nichtsdestoweniger war unter einer größeren Anzahl von Meistern in der ganzen Zeit ein beständiger und fester Zusammenhang bestehen geblieben, der nach außen hin seine Bethätigung in einer durch 16 Steinsetzmeister gebildeten Steinsetzmeister-Begräbniskasse fand.

Seit den vierziger Jahren hatte sich in der Technik des städtischen Straßenbaues vielerlei geändert. Während man sich bis dahin in Berlin noch damit begnügt hatte, die Fahrbahnen mit den natürlichen Rundsteinen, wie sie die norddeutsche Tiefebene in großen Massen darbietet, abzupflastern und die große Holperigkeit dieses Pflasters höchstens dadurch zu vermindern gesucht hatte, daß man die Steine an einer oder mehreren Seiten mit dem Spalthammer aufschlug und die glatte Spaltfläche als Kopffläche des Pflasters verwendete, begann man nun, um einen besseren Fugenschluß zu erzielen, die Kopfsteine vieleckig zu behauen, und ging schließlich dazu über, der Kopffläche eine quadratische oder rechteckige Gestalt zu geben. Die hierdurch erzielte gleichmäßige Beschaffenheit der Pflastersteine brachte eine

reihenförmige Anordnung des Pflasters an Stelle des bisherigen regellosen Aneinanderfügens desselben mit sich. In London hatte man derartige Pflasterungen schon sehr früh unternommen, und im Jahre 1825 war man dort bereits zu dem weiteren Fortschritt gelangt, dem Pflaster durch eine besondere Steinunterbettung einen größeren Halt zu geben. Bis dahin wurde es unmittelbar auf den natürlichen Untergrund gelegt, oder höchstens eine schwache Sandschicht als Unterlage verwendet.

Die meisten dieser Verbesserungen hatten nach und nach auch in Berlin Eingang gefunden. Freilich waren es nur bevorzugte Straßen, die man hierbei berücksichtigte, und das alte holperige Rundsteinpflaster blieb noch lange in einem großen Teil der Berliner Straßen vorherrschend. Überhaupt ließ der Zustand der Straßen bis in die siebziger Jahre hinein viel zu wünschen übrig, und besonders in den vierziger und fünfziger Jahren wurde mit Recht über die schlechte Beschaffenheit der Straßen, und die geringen Aufwendungen, welche von seiten des Fiskus nach dieser Richtung hin gemacht wurden, lebhaft Klage geführt. Bis zum Jahre 1876 lag nämlich die Verwaltung des städtischen Straßenbauwesens so gut wie ausschließlich in den Händen des Fiskus, und es muß hervorgehoben werden, daß die Fürsorge desselben für die städtischen Straßen keine besonders gute gewesen ist. So enthält auch das städtische Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik im Jahre 1872 lebhafte Klagen über den schlechten Zustand der Berliner Straßen und Brücken. In einer von dem deutschen Tierschutzverein ausgehenden Petition an den Handelsminister und den Magistrat war das Berliner Straßenpflaster als das schlechteste aller Großstädte bezeichnet worden.

Für die nach dem Kriege rasch emporblühende kaiserliche Residenzstadt war es daher eines der dringendsten Bedürfnisse geworden, den Straßen eine bessere Beschaffenheit zu geben. Diese Aufgabe zu lösen, fiel nun der Stadtgemeinde selber zu, nachdem die Straßen und Brücken Berlins am 12. Dezember 1875 durch Vertrag zwischen Fiskus und Gemeinde in die städtische Verwaltung übergegangen waren. Es muß in jeder Beziehung rühmend anerkannt werden, daß die Stadt in kurzer Zeit auf dem Gebiete des Straßenbaues großes geleistet hat. Gleich im Jahre 1876 wurde die Rosenthalerstraße als die erste mit dem sogenannten Wiener Pflaster versehen, und es wurde damit für den Berliner Straßenbau eine neue Ära eröffnet. Wie wir bereits erwähnt haben, hatte man als Steinmaterial bis dahin im großen und ganzen noch immer Feldsteine gewöhnlicher Art, die zahlreichen Granitfindlinge der Gegend, Flußgeschiebe u. dgl. verwendet. Durch sorgfältiges Behauen dieses Steinmaterials hatte man zwar einen besseren Fugen=

schluß und damit eine größere Ebenheit der Straßenbahn zu erreichen gesucht; darüber hinaus aber war man bisher im ganzen noch nicht gekommen. Mit der Einführung des Wiener Pflasters trat an die Stelle der natürlichen Feldsteine und Flußgeschiebe das aus Steinbrüchen gewonnene Material, welches vor den ersteren den Vorzug einer gleichmäßigen Härte hat. Das charakteristische Format des Wiener Pflasters ist der Würfel, und man pflegt diese Würfel nicht in quer die Straßenbreite durchschneidenden Reihen, (Querreihenpflaster), sondern in diagonalen, von beiden Straßenseiten ausgehenden, und sich in der Mitte rechtwinklig treffenden Reihen zu pflastern (Diagonalpflaster) — eine Anordnung, welche die Stoßwirkungen der Wagenräder und Pferdehufe abschwächen soll. Man giebt ferner dem Wiener Pflaster, wie überhaupt dem besseren Bruchsteinpflaster, eine feste Unterbettung durch Schotterung, Kies oder Betonschicht.

Der ersten derartigen Pflasterung in Berlin folgten bald weitere, und in wenigen Jahren bedeckten sich die Straßen der Reichshauptstadt mit einem Pflaster besserer und bester Qualität. Zugleich mit den alten Rinnsteinen, welche durch die Einführung der Kanalisation überflüssig geworden waren, verschwand überall das alte Rundsteinpflaster, und von den schlechteren Pflasterarten blieb im ganzen nur das Pflaster aus polygonalen Kopfsteinen, welches auch heute noch in den entfernteren, weniger verkehrsreichen Straßen vielfach beibehalten worden ist. Die Fußgängerwege an den Seiten der Häuser erhielten Granitplatten und nach dem Fahrdamm hin untermauerte granitene Bordschwellen; der übrige Teil des Bürgersteiges wurde durch Mosaikpflaster besserer Qualität ausgefüllt. Für die Einfahrten zu den Häusern wählte man härtere Steine großen Formats.

Es liegt auf der Hand, daß bei dieser lebhaften Thätigkeit, welche die Berliner Stadtverwaltung auf dem Gebiete des städtischen Straßenbaues entfaltete, das Steinsetzergewerbe einen großen Aufschwung nehmen mußte. Es gelang einer Reihe kleinerer Meister, sich in sehr gute Verhältnisse emporzuarbeiten, und auch die weniger vom Glücke begünstigten hatten ihr reichliches Auskommen. Das Betriebssystem hatte schon seit Beendigung der Freiheitskriege, hier und da wohl auch früher, eine Änderung dadurch erfahren, daß die Lieferung des Steinmaterials mehr und mehr Sache des Steinsetzmeisters wurde. Für die öffentlichen Pflasterarbeiten hatte sich seit den 40er Jahren an Stelle der bis dahin geübten freihändigen Vergebung der Gebrauch öffentlicher Submissionen eingebürgert. Dem Mindestfordernden wurde die Arbeit übertragen. Mehr und mehr hatte sich dieser Gebrauch auch auf private Lieferungen größeren oder kleineren Umfanges ausgedehnt; nur die Berliner Stadtverwaltung hielt auch nach der im Jahre

1875 erfolgten Übernahme des gesamten städtischen Straßenbauwesens, an der Einrichtung beschränkter Submissionen fest, und erst in allerneuster Zeit will man, wie es scheint, auch hier zu dem System der öffentlichen Submission übergehen. Die Stadt Berlin nahm auch von vornherein die Lieferung des Steinmaterials für Fahrstraßen, welche bisher von seiten des Fiskus meistens zugleich mit der Ausführung der Pflasterarbeiten vergeben worden war, in eigene Hand.

Wie bereits erwähnt, war der alte innungsmäßige Zusammenhang unter dem Berliner Steinsetzergewerbe bei aller Ungunst der Gesetzgebung doch nicht ganz erloschen. Wenn auch der Magistrat die Innung aus seinen Innungsregistern gestrichen hatte, so wurde bei der im Jahre 1885 erfolgenden Neuorganisation der Steinsetzerinnung, von der Regierung doch ausdrücklich festgestellt, daß das alte Steinsetzergewerk von 1736 rechtlich ohne Unterbrechung fortbestanden habe. Ein wirkliches Innungsleben hat jedoch in der Zeit von 1863 bis 1885 kaum stattgefunden; den einzigen Zusammenhang bildete die schon erwähnte Begräbniskasse. Im Jahre 1884 zählte diese Kasse 28 Mitglieder, und es geht aus den Innungsakten hervor, daß außer diesen überhaupt nur noch 3 Steinsetzmeister in Berlin vorhanden waren.

Im folgenden Jahre 1885, bei Neuerrichtung der Steinsetzerinnung gehörten derselben bereits 33 Meister an, und das Jahr 1886 brachte die Zahl der Mitglieder auf 40.

Die neue Innung, deren Statut vom 1. Oktober 1884 unterm 26. Mai 1885 die behördliche Genehmigung erhielt, entwickelte sich unter der Leitung einiger ganz besonders intelligenter Köpfe in den nächsten Jahren in außerordentlich günstiger Weise. Die Zahl der Mitglieder stieg im Jahre 1888 bis auf 46 und im Jahre 1889 auf 51. Seitdem ist eine Abnahme eingetreten, die zum Teil darauf zurückgeführt werden muß, daß der Ausbau des städtischen Straßennetzes inzwischen einen gewissen Abschluß erreicht, und damit eine Verminderung des Umfanges der Pflasterarbeiten hervorgerufen hat. Es kommt ferner hierbei in Betracht, daß auch die immer mehr in den Vordergrund tretende Konkurrenz anderer Pflasterarten, besonders des Asphaltpflasters, dem Steinsetzergewerbe einen Teil seines Absatzgebietes entzieht. Auch bei Miteinrechnung der außerhalb der Innung stehenden Steinsetzmeister, deren Zahl in den letzten Jahren übrigens nicht unerheblich gestiegen ist und gegenwärtig nach den von mir angestellten genauen Ermittelungen 12 — neben 36 Innungsmeistern — beträgt, ist eine kleine Abnahme in der Zahl der Betriebe nicht zu verkennen.

Über die allmähliche Entwicklung des Steinsetzergewerbes in Berlin giebt folgende Tabelle ein Bild.

Jahr	Innungsmeister	Sonstige Meister	Gesellen	Lehrlinge
1736	4	—	.	.
1742	3	—	.	.
1784	7	—	17	4
1798	4	—	.	.
1801	4	—	32	12
1831	8	—	.	.
1832	8	—	.	.
1833	8	1	.	.
1850	11	.	.	.
1855	10	12	. 134	.
1856	9	.	. .	.
1857	9	10	.	.
1858	10	10	. 128	.
1859	10	.	.	.
1884	28	3	.	.
1885	33	.	.	.
1886	40	.	392	71
1887	49	.	367	103
1888	46	.	410	119
1889	51	4	436	132
1890	42	10	456	151
1891	41	9	c. 450	163
1892	41	10	—	176
1895	36	12	c. 500	123

2. Die heutigen Produktions-Verhältnisse.

a. Das Rohmaterial und die Beschaffung desselben.

Der Steinsetzer hat es nur mit den Steinpflasterungen zu thun; eine Übernahme von anderen Pflasterungsarbeiten, wie Asphaltierungen, Holzpflasterungen u. s. w. durch Steinsetzer findet nur ganz ausnahmsweise statt[1]. Ebensowenig sind die Steinsetzer an der Ausführung von Chaussie-

[1] Mir ist für Berlin nur ein einziger Fall bekannt geworden, in dem Asphaltierungen von einem Steinsetzmeister ausgeführt wurden.

rungen beteiligt, und es ist die Anwendung dieser Art des Straßenbaues für städtische Straßen in Berlin überhaupt nicht üblich, auch niemals üblich gewesen.

In dem geschichtlichen Teil ist von mir schon darauf hingewiesen worden, daß bis in die neueste Zeit hinein — man kann sagen, bis zum Jahre 1876 — als Pflastersteinmaterial fast ganz ausschließlich die Findlinge der norddeutschen Tiefebene, Flußgeschiebe und Feldsteine aller Art Verwendung fanden. Diese Gesteinsarten, welche vorzugsweise aus Granit bestehen, finden sich in der näheren Umgebung Berlins in großer Menge. In älterer Zeit mag sich die Beschaffung derselben für Pflasterungszwecke in ähnlicher Weise gestaltet haben, wie wir es im mittelalterlichen Nürnberg kennen gelernt haben. Die Steine wurden von den Bauern auf den Feldern gesammelt und nach der Stadt gefahren. Die Beschaffungskosten können nur geringe gewesen sein; denn der Bauer war ohnehin genötigt, seinen Acker von den Steinen zu säubern, und es kamen im ganzen also nur die Fuhrkosten in Betracht. Eine weitere Bearbeitung des so gewonnenen Materials fand in der Regel gar nicht statt; allenfalls wurden größere Steine durch Zerschlagen in die geeignete Form gebracht.

Neben dieser Art der Steinbeschaffung mag freilich schon früh die Steingewinnung aus besonderen Steingruben Bedeutung erlangt haben. In der nächsten Nähe von Berlin befindet sich eine Anzahl von Massenlagern erratischer Gesteine, die aber zum großen Teil nicht freiliegen, sondern erst der Ausgrabung bedürfen. Bei Eberswalde und Chorin sowie bei Templin finden sich Steingruben dieser Art, und von alters her wird Berlin von daher mit Pflastersteinen versorgt. Auch durch die Kosten der Ausgrabung wird das Steinmaterial nicht erheblich verteuert, und der Bezug aus solchen Steingruben spielt noch heute wegen seiner Billigkeit auch für Berlin eine nicht ganz unbedeutende Rolle. Freilich bedarf das auf diese Art gewonnene Material heute einer besseren Vorbereitung und Bearbeitung, als früher. Seine Mängel liegen in der ungleichmäßigen Härte, und man hat daher in Berlin wie in anderen größeren Städten schon seit längerer Zeit für Neupflasterungen im großen und ganzen nur noch das aus Steinbrüchen kommende Steinmaterial genommen.

Die Anforderungen, die an einen guten Pflasterstein gestellt werden müssen, sind in einer gewissen Härte des Materials, die indessen nicht zu weit gehen und in Sprödigkeit ausarten darf, vor allen Dingen aber in einem möglichst gleichmäßigen Vorhandensein dieser Eigenschaft zu suchen. Auch der Bruchstein weist vielfach in dieser Beziehung Ungleichmäßigkeiten auf, und das Steinmaterial bedarf deshalb einer sorgfältigen Aussichtung

und Prüfung. Zu den Gesteinen, welche diesen Anforderungen in ausreichendem Maße entsprechen, gehört in erster Linie eine Reihe von Ur- und Eruptivgesteinen, wie Granit, Diorit, Diabas, Syenit, Gneis, Granulit, Quarzit, Gabbro, Porphyr, Melaphyr, Basalt, Trachyt und Lava. Erst in zweiter Linie kommen Sedimentärgesteine, Grauwacke, die festeren Sandsteine und Kalksteingebilde in Betracht.

Die meisten dieser Gesteinsarten kommen in ausgiebigem Maße in Deutschland vor[1]. Vor allem findet der Granit für Straßenbauzwecke Verwendung, was seine Erklärung zum Teil darin findet, daß diese Steinart den an ein gutes Steinpflaster hinsichtlich der gleichmäßigen Härte des Materials zu stellenden Anforderungen in weitestem Maße entspricht, sodann aber auch in dem häufigen, über alle Teile Europas verbreiteten Vorkommen. Für die Steinpflasterungen Berlins ist denn auch das am meisten herangezogene Material der Granit.

Von den zahlreichen Fundstätten dieses Gesteins in Deutschland sind Schlesien und das Königreich Sachsen besonders hervorzuheben. In Schlesien sind zu nennen die großen Granitbrüche bei Striegau, Strehlen, Fischbach (Reg.-Bez. Liegnitz) und zu Königshain bei Görlitz. Die Granitbrüche des Königreichs Sachsen liegen bei Bautzen und Bischofswerda, bei Kamenz und Gersdorf, bei Großenhain, Meißen, Berbersdorf, Saupersdorf, Schneeberg-Neustädtel und bei Crimmitzschau. Daneben kommen noch die Brüche des bayrischen Waldes, die Granitbrüche Badens und die des Großherzogtums Hessen in Betracht. Auch im Fichtelgebirge, in der Rheinpfalz und in den Vogesen an der elsässisch-französischen Grenze werden Granitbildungen häufig angetroffen. Für Norddeutschland sind neben Schlesien auch die Granitbildungen des Harzes nicht ohne Wichtigkeit.

Neben diesen heimischen Fundstätten sind aber speciell für Berlin die großen Granitbrüche Schwedens und Norwegens mit großem Erfolg als Konkurrenten aufgetreten. Es sind der Stadtverwaltung Berlins, welche ihr Pflastersteinmaterial fast ganz ausschließlich aus diesen ausländischen Steinbrüchen bezieht, wegen dieses Verfahrens nicht mit Unrecht große Vorwürfe gemacht worden. „Ist es nicht beschämend", so sagt Dietrich, „zu wissen, daß, da in den bedeutendsten Brüchen Schwedens die Pflastersteine durch schwedische Strafgefangene gearbeitet werden, freie deutsche Arbeiter mit ausländischen Gefangenarbeitern zu konkurrieren haben?" Der angebliche Vorzug des schwedischen Granits soll in seiner größeren Härte liegen; allein gerade für die in Berlin beliebten Würfelpflasterungen ist das

---

[1] Dietrich, a. a. O. S. 68 ff.

Verwenden eines allzu harten Materials in keiner Weise erwünscht, da Pflasterungen dieses Formats bei großer Härte des Gesteins sehr bald eine starke Abrundung der Steinköpfe erfahren, wodurch die Ebenheit der Straßen und die Geräuschlosigkeit derselben starke Einbuße erleiden. Es ist darum mit Freude zu begrüßen, daß die preußische Regierung neuerdings gegen diese ausländische Konkurrenz zu Gunsten der heimischen Industrie, soweit es in ihrer Macht lag, eingetreten ist.

Die offiziöse „Berliner Correspondenz" schrieb darüber vor einigen Wochen: „Aus Kreisen der deutschen Pflaster- und Hartstein-Industrie ist über den übermäßigen ausländischen Wettbewerb Klage geführt worden. Da die infolgedessen angestellten Ermittelungen ergeben haben, daß im Bereiche einzelner Verwaltungen die Verwendung ausländischer Steine in einem nicht gerechtfertigten Umfange stattzufinden scheint, hat der Minister des Innern die ihm nachgeordneten Behörden veranlaßt, auf thunlichste Berücksichtigung der deutschen Pflaster- und Hartstein-Industrie hinzuwirken".

Außer dem Granit werden in Berlin noch besonders Diorit und Grünstein, von den Sedimentärgebilden die Grauwacke, der Kulmsandstein und einige Kalksteinarten in größerem Umfange verwendet.

Der Diorit ist gleichfalls ein Eruptivgestein: er besteht aus einem krystallinisch körnigen Gemenge von Feldspath und Hornblende, häufig untermischt mit Chloritschüppchen und stellenweise mit einer Art grobkörnigen Quarzes. Wie der Granit besitzt er in hohem Maße die für ein gutes Pflastermaterial nötigen Eigenschaften. Als Fundstätten in Deutschland sind besonders zu nennen die Brüche bei Ruhla und Brotterode, an der Roßtrappe und am Kyffhäuser. Von außerdeutschen Fundorten kommt für Berlin das Material der großen Dioritbrüche in Quenast in Belgien besonders in Frage. Doch hat die Heranziehung dieses ausgezeichneten belgischen Steines in dem letzten Jahrzehnt wegen der durch die Transportkosten hervorgerufenen hohen Preise erheblich nachgelassen. Die Stadtverwaltung, welche früher in großem Umfange die Quenaster Steine zur Verpflasterung brauchte, besitzt gegenwärtig nur einen geringen Vorrat dieser Steinsorte.

Der Diabas, welcher gewöhnlich auch als Grünstein bezeichnet wird, ist ein dem Diorit nahe verwandtes Gestein. Er besteht aus einem krystallinisch körnigen Gemenge von Feldspath (Labradorit), von Augit und Chlorit, zu welchem sich gelegentlich auch Quarz gesellt. Seine für Berlin hauptsächlich in Betracht kommenden Fundorte sind die Gegend von Senftenberg in der Lausitz und von Kamenz im Königreich Sachsen, ferner aber auch der Harz und der Thüringer Wald.

Die Grauwacke ist ein Sedimentärgestein, das ein Konglomerat von Quarzkörnern, Trümmerfeldspath, Glimmer, Kieselschiefer und Thonschiefer bildet, verkittet durch ein Bindemittel kieseliger oder thoniger Art. Man unterscheidet die mehr grobkörnigen Grauwacke-Sandsteine von dem stark glimmerhaltigen, fein geschichteten Grauwackschiefer. Die erwähnte kieselige Bindemasse giebt dem Gestein häufig eine große Härte und Zähigkeit, derentwegen es für die Verwendung im Straßenbau ganz besonders geeignet ist. Die Fundstätten der Grauwacke sind in Deutschland der Harz und das rheinisch-westfälische Schiefergebirge.

Von den Sandsteinarten ist für Berlin neben der Grauwacke auch der Kohlensandstein oder Kulmsandstein noch von größerer Bedeutung. Seine Hauptfundstätte in Norddeutschland liegt in der Nähe von Plötzky bei Gommern (Prov. Sachsen), und der Stein wird deshalb kurzweg als Plötzky-Sandstein bezeichnet. Bis zum Jahre 1875, also bis zu dem Zeitpunkte, wo die Stadtgemeinde Berlin die Verwaltung der Straßen übernahm, fand der Plötzky-Sandstein in Berlin in größtem Umfange Verwendung. Seitdem ist er durch die Schweden stark zurückgedrängt worden, kommt indessen auch heute bei Bürgersteig-Pflasterungen und Thoreinfahrten noch häufig vor.

Es kommt sodann für Berlin noch eine Reihe von Kalksteinarten in Betracht, so der Kohlenkalkstein und der Zechstein, welcher letztere in nächster Nähe von Berlin, in Sperenberg sich findet, der Muschelkalkstein, der in Rüdersdorf gebrochen wird, und der Oolithkalkstein, dessen Hauptfundstätten für Norddeutschland auf der Insel Rügen und bei Bernburg an der Saale liegen. Namentlich die letztere Steinart findet für Bürgersteig- und Hofpflasterungen, sowie für Einfahrten, in Berlin häufig Verwendung.

Selbstverständlich ist mit diesen Gesteinsarten die Reihe der in Berlin verwendeten Pflastergesteine in keiner Weise erschöpft. Es würde aber zu weit führen, hier auf Einzelheiten einzugehen, und dies erübrigt auch um so mehr, als neben den vorstehend näher beschriebenen Gesteinen die anderen Steinarten nur eine relativ nebensächliche Bedeutung haben.

Das aus dem Steinbruch gewonnene Material wird zum weitaus größten Teil bereits im Bruche sogleich zu der für den Gebrauch geeigneten Form verarbeitet. Gleich an Ort und Stelle im Bruche werden hergestellt: 1. Pflastersteine im verschiedensten Format, 2. Trottoirplatten, 3. Bordschwellen, 4. Kleinschlag (Mosaikpflaster, Bettungsmaterial und Schotterungen aller Art).

Nur beim Kleinschlag kommt es gelegentlich vor, daß die Zerkleine-

rung des Materials erst durch den Abnehmer der Steine erfolgt; die Regel ist jedoch auch hier, daß dieselbe schon im Bruch vorgenommen wird.

Da der Stein bei der großen Verbreitung der für den Straßenbau geeigneten Steine, im Felsen nur einen ziemlich geringen Wert besitzt, so sind für den Preis der fertigen Pflastersteine im ganzen die Kosten der Gewinnung, Bearbeitung und des Transports ausschlaggebend. Von besonderem Einfluß auf die Preisbildung sind in dieser Beziehung die Löhne der Steinbrecher und Steinschläger und die Wasserfrachten. Da der Bedarf an Steinen außerdem ein ziemlich gleichmäßiger, großen Schwankungen nicht unterworfener ist, so sind die Steinpreise im allgemeinen auch ziemlich feste.

In Folge der ständig zunehmenden Neuaufschließung von Steinbrüchen und des dadurch steigenden Angebots an Bruchsteinmaterial ist indessen seit Jahren ein langsames Fallen der Steinpreise nicht zu verkennen. Nach den amtlichen Publikationen der Berliner Stadtverwaltung wurden von derselben durchschnittlich pro qm[1] bezahlt für:

im Jahre	Pflastersteine I. Klasse	Pflastersteine II. Klasse	Pflastersteine III. Klasse	Pflastersteine IV. Klasse	Pflastersteine V. Klasse	Pflastersteine VI.—IX. Klasse
1886/87	18,05	14,05	13,06	9,45	6,80	5,00
1887/88	17,00	13,00	11,65	9,61	6,80	5,00
1888/89	16,19	11,74	11,27	9,45	6,80	5,07
1889/90	14,72	10,71	10,57	9,29	7,25	5,68
1890/91	15,45	11,52	11,08	10,52	8,94	6,45

Die Tabelle zeigt für die Jahre 1886 bis 1890 ein beständiges Sinken der Preise für die Klassen I bis III; Klasse IV weist nur geringe Schwankungen auf, und die Klassen V bis IX zeigen eine Neigung zum Steigen. Das Jahr 1890/91 dagegen läßt für alle Klassen eine nicht un-

[1] Zu der Tabelle ist zu bemerken, daß die Berliner Stadtverwaltung eine Einteilung der Pflastersteine in 9 Klassen eingeführt hat. Die Klassen I—III enthalten das beste Steinbruchmaterial für Reihenpflasterungen. Dasselbe wird fast ausschließlich aus Schweden geliefert. Die Klassen IV und V begreifen die sogen. märkischen Quadratsteine in sich, welche aus Bruchmaterial inländischer Herkunft, und den Granitfindlingen der Mark Brandenburg geschlagen werden. Die Klassen VI bis VII umfassen verschiedene Qualitäten polygonaler Kopfsteine, und die IX. Klasse bildet das gewöhnliche Rundsteinpflaster.

erhebliche Preiserhöhung bemerken. Dieselbe ist indessen, wie mir von Steinhändlern versichert wurde, nur eine vorübergehende gewesen, und die Preise von 1890 haben sich bis heute zum Teil gehalten, zum Teil sind sie noch gesunken. Überhaupt haben die Schwankungen seit langen Jahren den Betrag von 1 Mk. bis 1,50 Mk. pro qm selten überstiegen.

Zur Zeit stellen sich die Preise der Pflasterstein-Materialien etwa wie folgt:

Pflastersteine	I. Klasse	pro □ Meter	Mk.	13,00—14,00
„	II. Klasse	„ „	„	11,00
„	III. Klasse	„ „	„	10,50
„	IV. Klasse	„ „	„	8,60
„	V./VI. Klasse	„ Kubikmeter	„	15,00
„	VII./VIII. Klasse	„ „	„	10,00—12,00
„	IX. Klasse	„ „	„	7,50—8,00
Granitplatten		pro □ Meter	„	8,30—8,75
Bordschwellen		pro lfd.-Meter	„	4,30—4,50
Mosaikpflaster		pro Kubikmeter	„	13,50—14,00
Unterbettungssteine		pro „	„	7,00.

Als Hilfsstoffe kommen beim städtischen Straßenbau in Betracht Sand, Kies, Cement, Mörtel und Pech.

Was die Beschaffung des Steinmaterials betrifft, so ist vor allen Dingen zu erwähnen, daß der Magistrat bei allen, für seine Rechnung erfolgenden Pflasterungsarbeiten, soweit sie Fahrstraßen betreffen, mithin für einen sehr großen Teil sämtlicher in Berlin überhaupt auszuführenden Arbeiten dieser Art, das gesamte Material, — also Steine, Sand, Kies, Cement, Beton und Mörtel — selbst beschafft. Er unterhält zu diesem Zwecke ständig 4 große Steindepotplätze.

Was die Herkunft dieses Materials betrifft, so waren nach dem statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin (Jahrg. XIX, Statistik des Jahres 1892) von dem gesamten Steinbestand

82,05 % aus Schweden,
1,68 % aus Belgien,
16,27 % aus dem Reichsinlande.

Die Steinlieferungen werden in öffentlicher Submission an den Mindestfordernden vergeben. Das gelieferte Material wird bei seiner Abnahme einer sehr sorgfältigen Prüfung unterzogen. Nach den Lieferungsbedingungen muß von seiten des Lieferanten über die Härte und Druckfestigkeit des angebotenen Steinmaterials ein glaubhaftes Attest von einer Versuchsstation

für Prüfung von Baumaterialien beigebracht werden. Um Verwechselungen vorzubeugen, muß jeder Stein in weißer Lackfarbe ein Zeichen erhalten, welches den Namen des Lieferanten kenntlich macht. Die endgültige Entscheidung über die Abnahme des gelieferten Steinmaterials liegt in der Hand des damit beauftragten Stadtbau-Inspektors. Der Lieferant hat als Garantie für die von ihm übernommenen Verbindlichkeiten eine Kaution von 5 % des Gesamtwertes der ihm übertragenen Lieferung in depositenmäßigen Papieren beim Magistrats-Depositorium zu hinterlegen, welche ihm nach Beendigung der Lieferung auf seinen bei der Bau-Inspektion einzureichenden Antrag zurückgegeben wird. Auch die sonstigen Hilfsstoffe, wie Sand, Kies, Cement und Mörtel werden von der Stadtverwaltung selbst beschafft. Nur der Pecheinguß, welchen bei den besseren Pflasterungsarten die Fugen zwischen den einzelnen Steinen erhalten, wird von seiten des Steinsetzmeisters geliefert.

Wenn man von den für Rechnung der Stadtverwaltung auszuführenden Pflasterarbeiten absieht, so bleibt immerhin noch ein nicht unerheblicher Teil solcher Arbeiten übrig, für welchen das gesamte Baumaterial von den Steinsetzmeistern, welchen die betreffenden Arbeiten übertragen worden sind, geliefert wird. Eine Anzahl von größeren Meistern hält sich zu diesem Zwecke dauernd ein ihrem Bedarf angemessenes Steinlager. Wenn sie auch gelegentlich von ihrem Steinbestande an kleinere Meister abgeben, so bleibt doch die Regel, daß diese Steinlager im großen und ganzen nur den eigenen Zwecken des betreffenden Betriebes dienen. Nur 3 höchstens 4 von den hiesigen Steinsetzmeistern treten geradezu als Steinhändler auf; sie beteiligen sich an den von der Stadtverwaltung ausgeschriebenen Pflasterstein-Lieferungen und unterhalten größere und reicher sortierte Steinlager. Die Mehrzahl aller Meister aber deckt ihren Bedarf an Pflastersteinen aller Art von den Steinhändlern oder den größeren Steinsetzmeistern, oder direkt aus dem Steinbruche. Die Zahl der mit Pflastersteinen Handeltreibenden in Berlin ist eine nicht unbeträchtliche. Der Adreßkalender für das Jahr 1896 führt 18 Steinhändler auf, welche sich ausdrücklich als Pflastersteinhändler bezeichnen. In dieser Zahl sind auch jene Steinsetzmeister mit inbegriffen, welche zugleich Steinhändler sind. Das Hauptfeld für die Steinhändler sind die Steinlieferungen an die Stadt und für den Fiskus. Daneben tritt eine ganze Anzahl von Händlern gleichzeitig auch als Mitbewerber bei den Submissionen für Steinsetzerarbeiten auf.

So ist es einem Steinlieferanten bereits gelungen, auf die Unternehmerliste des Magistrats für die beschränkte Submission auf Tiefbauarbeiten gesetzt zu werden; eine besonders scharfe Konkurrenz machen sie dem Stein-

setzergewerbe aber auf dem Gebiet der fiskalischen Submissionen, wo die Arbeit in der Regel ohne engere Auswahl, gleichzeitig mit der Steinlieferung an den Mindestfordernden vergeben wird.

Es haben aber auch mehrere größere Steinbrüche in Berlin Vertretungen, und es ist auf diese Weise auch dem kleineren Meister Gelegenheit gegeben, bei Beschaffung seines Steinmaterials mit dem Steinbruche direkt in Verbindung zu treten. Freilich ist der kleine Meister wegen seiner geringeren Kaufkraft im großen und ganzen auf den Zwischenhändler angewiesen. Die Zahlungsweise ist in der Regel der Wechsel, welcher je nach Größe der Lieferung und nach Übereinkommen gewöhnlich auf 4 bis 6 Wochen, und eventuell auch länger ausgestellt wird.

Rohstoffgenossenschaften sind nicht vorhanden und sind bei den geringen Schwankungen der Steinpreise, sowie bei den stets reichlichen Angeboten an Steinmaterial, als ein Bedürfnis bisher nicht empfunden worden.

b. Die Betriebs-Verhältnisse.

Da die Beschaffung der Rohmaterialien für die Steinsetzerarbeiten, welche die Berliner Stadtverwaltung zu vergeben hat, nicht Sache des Handwerkers ist, der letztere vielmehr — von dem Pecheinguß abgesehen — lediglich die Arbeit zu liefern hat, so könnte man versucht sein, das Berliner Steinsetzergewerbe als Lohnwerk zu bezeichnen. Man darf aber darum nicht glauben,daß zur Ausführung der betreffenden Arbeiten außer dem Handwerkszeuge kein Betriebskapital erforderlich wäre. Wie die meisten Baugewerbe kann auch das Steinsetzerhandwerk nicht anders, als mit einer großen Zahl von Hilfskräften arbeiten. Wenn nun auch die Berliner Stadtverwaltung auf submissionsmäßig gelieferte Pflasterarbeiten schon nach etwa 14 Tagen oder 4 Wochen Abschlagszahlungen leistet, so erfolgt die Abrechnung und die Schlußzahlung in den meisten Fällen doch erst sehr spät. Der Meister, welcher derartige Arbeiten übernimmt, muß daher imstande sein, für längere Zeit den Arbeitslohn verauslagen zu können. Da nun die städtischen Arbeiten gewöhnlich von größerem Umfange sind, so ist der Lohnfonds, über welchen ein Meister verfügen muß, sehr oft ein ganz beträchtlicher. Von einem Meister, der die Verhältnisse genau kennt, wurde mir gesagt, für größere Arbeiten sei oft die Summe von 50 000 Mk. als Betriebskapital erforderlich. Außer dem Arbeitslohn gehört zum Betriebskapital bei diesen Arbeiten die der Stadtverwaltung als Garantie zu hinterlegende Kaution, welche nach den geltenden Bestimmungen bis zu 3000 Mk. beträgt. Für alle übrigen, in Berlin zur Ausführung gelangenden Pflaster-

arbeiten wird fast durchweg das Material durch den Steinsetzmeister beschafft.

Es ist außerordentlich schwer, die einzelnen Betriebe ihrer Größe nach zu ordnen. Der Steinsetzer arbeitet lediglich auf Bestellung; eine Arbeit auf Vorrat ist bei der Eigenart dieses Gewerbes schlechterdings undenkbar; denn die Güter, welche es hervorbringt, können nicht als Verkaufsobjekt von Hand zu Hand gehen. Es kommt vor, daß ein Betrieb heute mit 10 bis 20 Gesellen arbeitet und dann morgen oder übermorgen nur 2 bis 3 beschäftigt. Ein Meister, der sonst nur 1 bis 2 Gesellen in seinem Betriebe hat, erhält dagegen unter Umständen heute einen größeren Auftrag und ist genötigt, 10 oder mehr Gesellen anzunehmen.

Die Zahl der Gehilfen, mit welchen ein Meister in diesem oder jenem Zeitpunkt arbeitet, ist daher als ein Maßstab für die Größe der Betriebe nur mit aller Vorsicht zu gebrauchen. Schon aus diesem Grunde sind die gewerblichen statistischen Aufnahmen hier wenig brauchbar. Hierzu kommt nun aber ferner der Umstand, daß die Reichsstatistik sowohl wie die Zählungen der Stadt Berlin das Steinsetzergewerbe mit anderen, wirtschaftlich und technisch erheblich verschiedenen Gewerben zusammen werfen. Die Reichsstatistik faßt das Steinsetzergewerbe mit dem Asphaltierergewerbe und dem Brunnenmachergewerbe zusammen, die städtische Berliner Statistik nur mit dem Asphaltierergewerbe. Nun ist aber das Asphaltierergewerbe seit seinem ersten Auftreten in Berlin überwiegend in der Form des Großbetriebes zu Tage getreten und zählt heute zu seinen Angehörigen bereits einige Aktiengesellschaften, während im Steinsetzergewerbe, wie wir zeigen werden, die mittleren und kleineren Betriebe überwiegen. Es wäre daher sehr gewagt, aus den Zahlen, welche Steinsetzer und Asphaltierer zusammen fassen, einen Schluß auf die Größe der Betriebe im Steinsetzerhandwerk zu ziehen. Dazu kommt, daß gerade die letzte vorliegende Zählung — diejenige der Stadt Berlin vom 1. Dezember 1890 — in einer Jahreszeit vorgenommen worden ist, welche für Aufnahme einer Betriebsstatistik über ein Baugewerbe besonders ungünstig ist. Es wurden in beiden Gewerben zusammen nur 47 Betriebe gezählt, darunter 20 Betriebe ohne Gehilfen. Letzteres ist aber nur denkbar, wenn man annimmt, daß diese Betriebe eben nur am 1. Dezember ohne Gehilfen waren, während sie im Sommer meistens mit einer mehr oder weniger großen Zahl von Gehilfen arbeiteten. Der ganzen Eigenart des Steinsetzerhandwerks nach kann bei der heutigen Entwicklung der Alleinbetrieb überhaupt nur zu den Ausnahmen gehören.

Aus allen diesen Gründen erschien ein Herbeiziehen des durch die Reichs- und Stadt-Statistik gegebenen Materials bei der Beurteilung der

Größe der Betriebe im Berliner Steinsetzergewerbe für die Zwecke dieser Untersuchung nicht nur unzulässig, sondern geradezu unmöglich. Um die Zahl der jetzt vorhandenen Betriebe und deren Größe annähernd richtig festzustellen, blieb dem Verfasser daher nichts weiter übrig, als sich selbst der Aufnahme einer Statistik über diese Verhältnisse zu unterziehen.

In der Innungsrolle der Berliner Steinsetzerinnung waren am 1. Januar 1896: 36 Steinsetzmeister verzeichnet. Diese 36 Meister verteilen sich auf 30 Betriebe. Nach den beiden Berliner Adreßkalendern für das Jahr 1896 waren neben den Innungsbetrieben im ganzen noch 12 außerhalb der Innung stehende Betriebe vorhanden[1]. Die Gesamtzahl aller am 1. Januar 1896 vorhandenen Betriebe betrug also 42.

Was die Größe der einzelnen Betriebe betrifft, so sind nach den übereinstimmenden Angaben meiner Gewährsmänner[2] von sämtlichen Betrieben:

14 als große
16 als mittlere und
12 als kleine

zu bezeichnen. Von den großen gehörten 9, von den mittleren 15 und von den kleineren 6 der Innung an.

Maßgebend für diese Klassifikation war nicht allein die ungefähre Zahl der in den Betrieben im Durchschnitt der letzten Jahre beschäftigten Gesellen, sondern auch die Größe des vorhandenen Betriebskapitals und die ganze pekuniäre Lage der Meister.

Hinsichtlich der Zahl der in den einzelnen Betriebskategorien durchschnittlich während der Saison beschäftigten Gesellen ist zu bemerken, daß die großen Betriebe bis zu 20 Gesellen und darüber beschäftigen, während die mittleren mit 3 bis 20 und die kleinen mit 1 bis 6, gelegentlich aber auch ganz ohne Gesellen arbeiten.

Das Handwerkszeug in der Steinsetzerei ist überaus einfach. Maschinelle Einrichtungen sind dem Steinsetzerhandwerk gänzlich fremd. Seiner ganzen jetzigen Technik nach ist auch kaum anzunehmen, daß an die Stelle

[1] In den Adreßkalendern stehen zwar außer den Innungsbetrieben im ganzen noch 31 weitere Betriebe verzeichnet. Von 19 derselben wurde indessen von seiten des Verfassers festgestellt, daß es sich hier nicht um selbständige Meister handle, sondern um Leute, welche als Poliere oder Gesellen bei Steinsetzmeistern arbeiteten. Der Grund für die Eintragung dieser Leute in das Register der Steinsetzergeschäfte ist nur darin zu suchen, daß die Betreffenden hoffen, es möchte sich auf diese Weise einmal Gelegenheit zu lohnender selbständiger Beschäftigung bieten.

[2] resp. nach den Angaben eines von mir versandten Fragebogens.

einzelner Handverrichtungen Maschinenarbeit treten könnte. Um die einzelnen Geräte namentlich aufzuführen, so sind zunächst zu nennen diejenigen, welche bei der Ausschachtung und Planierung der Straßen gebraucht werden. Es sind dies die Grundwage, Visiertafel und Piketstäbe (Fluchtstangen), der Meterstock und die Richtschnur. Letztere wird indessen gewöhnlich von den Gesellen gestellt. Es folgen die Rammwerkzeuge und zwar die sogenannte französische Ramme zum Rammen der Pflastersteine und die Mosaikramme zum Rammen der Mosaiksteine. Dann gehören zum Handwerkszeuge Brechstangen zum Aufbrechen des Pflasters, Schnurnägel zum Befestigen der Richtschnur, Picken zum Aufhauen des Untergrundes, Spaten, Schippen, Steinzange und Putzhammer. Endlich bedürfen der Erwähnung Schiebekarren, Wasserwagen und die Sperrtafel mit dem Vermerk: „Die Straße ist gesperrt." Die Hämmer, nämlich den sogenannten großen Hammer für die Pflastersteine und den Mosaikhammer für die Mosaiksteine muß jeder Geselle selbst besitzen.

Der Großbetrieb verwendet dieselben Werkzeuge und Geräte wie der mittlere und kleine Betrieb, wenn auch selbstverständlich in verschiedener Menge. Die Anschaffungskosten für die Werkzeuge in einem ganz kleinen Betrieb betragen immerhin etwa 500 Mk.

Die großen Betriebe im Berliner Steinsetzergewerbe arbeiten mit einem ständigen Betriebskapital von 50 bis 100 000 Mk. und darüber, wobei das in dem etwa betriebenen Steinhandel festliegende Kapital nicht mit eingerechnet ist. Die mittleren Betriebe verfügen in der Regel über ein Betriebskapital von 10 bis 50 000 Mk., und der kleine Meister bedarf mindestens eines solchen von 1000 Mk. Ein von mir an sämtliche Innungsmeister versandter Fragebogen[1] setzt mich in die Lage, von jeder der drei Betriebskategorien aus den wirklichen Verhältnissen heraus eine genaue Schilderung zu geben.

Betrieb I kennzeichnet sich als einer der größten Betriebe des Berliner Steinsetzergewerbes. Der Meister betreibt das Gewerbe seit dem Jahre 1862 selbständig, und ist auch seit diesem Jahre Mitglied der Berliner Steinsetzerinnung. In dem Zeitraum vom 15. März bis 15. November 1895, also der letztverflossenen Arbeitssaison, waren in diesem Betriebe beschäftigt: 20 bis 50 Gesellen, 20 bis 30 Rammer, 80 bis 100 Arbeiter, 2 bis 4 Steinmetzen, 2 bis 4 Steinschläger, 3 bis 6 Maurer. Außerdem standen 6 Burschen in der Lehre. In dem erwähnten Zeitraum wurden Pflasterungsarbeiten im Gesamtumfange von 128 000 m² ausgeführt. Davon entfielen

[1] Leider ist die Beantwortung desselben zum größeren Teile nicht erreicht worden.

allein auf Arbeiten für Rechnung der Berliner Stadtgemeinde 120 000 m², und zwar 50 000 m² Neuanlagen und 70 000 m² Reparaturen.

Außerdem wurden für Rechnung des Eisenbahn-Fiskus insgesamt 8000 m² gepflastert (ausschließlich in größeren Reparaturen bezw. Umpflasterungen). Das in diesem Betriebe vorhandene Steinlager setzt sich wie folgt zusammen:

Pflastersteine	3000	□ Meter
Bordschwellen	500	lfd. Meter
Platten	500	□ Meter
Mosaikpflaster (fertig behauen) . .	100	Kubikmeter
unbehauenes Material	250	Kubikmeter

Das Steinmaterial wurde direkt aus den Steinbrüchen oder Gruben bezogen.

Betrieb II ist ein mittlerer. Der Meister betreibt das Handwerk selbständig seit dem Jahre 1875 und ist seit 1886 Mitglied der Steinsetzerinnung. Er hat ganz klein angefangen. In der Zeit vom 15. März bis 15. November 1895 wurden in diesem Betriebe beschäftigt: 2 bis 11 Gesellen, 1 bis 8 Rammer, 2 bis 20 Arbeiter, 1 bis 4 Steinschläger, 1 Steinmetz, endlich 2 Lehrlinge. Insgesamt wurden in dem erwähnten Zeitraum 16 400 m² Pflasterungsarbeiten hergestellt. Davon entfielen: auf Rechnung des Berliner Magistrats 455 m², auf Rechnung einer Aktiengesellschaft 5066 m², auf Rechnung sonstiger Privatleute 10 879 m², letztere meist Bürgersteig- und Hofpflasterungen.

Auch in diesem Betriebe wird ein ständiges Lager direkt bezogener Steine unterhalten. Dasselbe hat gegenwärtig folgenden Bestand:

Bordschwellen	40	lfd. Meter
Platten	25	□ Meter
Mosaik (fertig behauen)	50	Kubikmeter
unbehauenes Material	100	Kubikmeter

Betrieb III gehört zu den kleinsten. Der Meister ist seit 1870 selbständig und gehört seit 1887 der Innung an. In dem in Rede stehenden Zeitraum beschäftigte der Meister: 1, höchstens 2 Gesellen, 1 Rammer, 1 bis 2 Arbeiter. Außerdem hält er einen Lehrling. Die ausgeführten Pflasterungsarbeiten umfaßten im ganzen 3000 m², ausschließlich Bürgersteig- und Hofpflasterungen für Rechnung Privater. Das für diese Arbeiten erforderliche Material wurde vom Steinhändler und nicht aus den Steinbrüchen selbst bezogen. Ein Steinlager wird nicht unterhalten.

Es wurde bereits oben betont, daß die Größen-Verhältnisse der Be-

triebe außerordentlich schwanken und es liegt mir daher fern, die vorstehend geschilderten 3 Betriebe für das Berliner Steinsetzergewerbe als durchaus typisch hinzustellen. Nichtsdestoweniger muß ich hervorheben, daß gerade diese drei Betriebe für die Frage der Konkurrenzfähigkeit der mittleren und kleineren Betriebe im Berliner Steinsetzgewerbe überaus charakteristisch sind.

Wir sehen den Großbetrieb (I) ganz ausschließlich mit Arbeiten für den Berliner Magistrat und den Fiskus beschäftigt, und es ist daher anzunehmen, daß es sich im ganzen um größere Aufträge handelt. Kleine Arbeiten für Rechnung Privater, Bürgersteig- und Hofpflasterungen sind in diesem Betriebe überhaupt nicht ausgeführt worden.

In dem mittleren Betrieb (II) betrugen die größeren Arbeiten für Rechnung des Magistrats und einer Aktiengesellschaft nur noch etwa $^{1}/_{3}$ sämtlicher Arbeiten. Zu $^{2}/_{3}$ ist dieser Betrieb mit kleinen Aufträgen für Rechnung Privater beschäftigt.

Für den Kleinbetrieb (III) kommen überhaupt nur noch Arbeiten letzterer Art in Frage, da hier das nötige Betriebskapital fehlt, um an größere Unternehmungen heranzugehen. Dabei ist zu beachten, daß der Kleinbetrieb und auch zum Teil der mittlere nicht nur an sich auf Arbeiten geringeren Umfanges angewiesen sind, sondern daß auch der große Betrieb den mittleren und kleinen Betrieben die kleine Privatarbeit gänzlich überläßt.

Die Gründe hierfür sind die einfachsten von der Welt. Arbeiten, wie Bürgersteig- und Hofpflasterungen bieten dem Großbetriebe keine Vorteile vor dem mittleren und kleinen Betriebe. Das technische Verfahren ist in allen Betriebsgrößen das gleiche, und der Nutzen der Arbeitsteilung tritt bei Aufträgen so kleinen Umfanges überhaupt nicht zu Tage. Auch der Vorteil des größeren Betriebskapitals kommt hier nur wenig in Frage.

Dagegen treten gerade bei diesen kleinen Steinsetzerarbeiten die Nachteile des Großbetriebes recht scharf hervor. Wenn der große Betrieb auf diesem Gebiete in weiterem Umfange, seinen Betriebsmitteln entsprechend, thätig sein will, so muß der Umstand der örtlichen Trennung vieler kleiner Baustellen zu einer großen Zersplitterung der Arbeitskräfte führen — gar nicht zu reden von den Schwierigkeiten der Beaufsichtigung und der Gefahr der Materialverschwendung. Hier ist der kleinere Meister dem großen völlig gewachsen, und es müssen aus diesem Grunde die mittleren und kleineren Betriebe im Berliner Steinsetzergewerbe den großen gegenüber als völlig lebensfähig bezeichnet werden.

Dieser Sachlage entsprechend ist auch die ganze sociale Stellung der

kleineren Meister durchaus keine ungünstige. Ich hatte Gelegenheit, auch kleine Meister in ihren Wohnungen aufzusuchen und muß hervorheben, daß auch bei diesen ein gewisser Wohlstand nicht zu verkennen war. Bei den wenigen Meistern, deren Lage als ungünstig bezeichnet werden muß, — es sind dies im ganzen etwa 3 oder 4 — sind die Ursachen des Geschäftsrückganges ausschließlich persönlicher Natur (Trunk, Leichtlebigkeit oder mangelnde Geschäftstüchtigkeit).

Die Lage der großen Meister ist zum Teil glänzend zu nennen. Eine ganze Anzahl von ihnen hat sich aus ganz kleinen Verhältnissen emporgearbeitet. Auch die Inhaber mittlerer Betriebe leben in sehr guten Verhältnissen und sind zum großen Teil Hauseigentümer.

c. Die Arbeits-Verhältnisse.

Der Betrieb des Steinsetzergewerbes ist auch in den großen Geschäften durchweg ein handwerksmäßiger. Der Meister ist überall selbst mit thätig. In dem Kleinbetriebe legt er sogar selbst mit Hand an. Bei den 5 großen, außerhalb der Innung stehenden Betrieben, welche in erster Linie sich mit Steinhandel beschäftigen, vertritt seine Stelle auf dem Werkplatze ein Steinsetzpolier.

Das gewerbliche Hilfspersonal ist ein sehr starkes. Wir haben oben gesehen, daß große Betriebe zu Zeiten über 200 Personen beschäftigen, und die Gesamtzahl aller im Steinsetzergewerbe thätigen Arbeitskräfte in Berlin wird gegenwärtig weit über 2000 betragen.

Unter dem Hilfspersonal sind in erster Linie die Gesellen zu erwähnen. Die Zahl derselben betrug nach den statistischen Jahrbüchern der Stadt Berlin in den Jahren:

1886: 392	1889: 436
1887: 367	1890: 456
1888: 410	1891: c. 450

Für die folgenden Jahre hat das statistische Amt der Stadt Berlin es aufgeben müssen, die Zahl der Steinsetzergesellen zu ermitteln, da dies nur mit größter Schwierigkeit, und auch dann nur annähernd möglich gewesen wäre. Die Zahl der durchschnittlich in Berlin und Umgegend thätigen Steinsetzergesellen wird zur Zeit nach Schätzung der Innung auf etwa 500—700 veranschlagt.

Die Berliner Steinsetzergesellen sind von altersher organisiert. Schon im Jahre 1732, also 4 Jahre vor Begründung der Innung selber, wurde

die Berliner Steinsetzergesellenschaft errichtet. Dieselbe besteht rechtlich in dem Gesellen-Ausschuß der Innung fort. Letzterer hat sich einen gewissen Einfluß auf alle die Gesellenschaft berührenden Fragen, der Meisterschaft gegenüber stets zu wahren gewußt. Namentlich ist es die Lohnfrage, über die alljährlich im Januar oder Februar, kurz vor Eröffnung der Saison zwischen ihm und den Meistern verhandelt wird. Das Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen ist von jeher ein gutes gewesen, und bis auf den heutigen Tag hat die socialdemokratische Parteiagitation nur einen Teil der Gesellenschaft an sich zu reißen vermocht.

Dieser socialdemokratische Teil der Gesellenschaft ist in Gemeinschaft mit dem übrigen Hilfspersonal in dem Ortsverbande der Steinsetzer und Berufsgenossen organisiert, welcher ein Glied des großen Central-Verbandes der Steinsetzer Deutschlands bildet. Der Central-Verband hat seinen Sitz in Berlin. In seinem Verlage wird ein in scharf socialdemokratischem Sinne geleitetes Fachblatt, die „Allgemeine Steinsetzer-Zeitung" herausgegeben.

Zu einer Lohnbewegung ist es bisher unter den Berliner Steinsetzern noch nicht gekommen, und gelegentlich entstandene Meinungsverschiedenheiten sind bis jetzt stets in Güte beigelegt worden. Die in der Innung organisierte Meisterschaft hat in Lohnfragen stets nachgegeben, und die Steinsetzergesellen gehören heute, wenn man die Minimallohnsätze vergleicht, zu den am besten bezahlten Arbeitskräften Berlins.

Seit dem Jahre 1886 sind die Löhne im Steigen begriffen, und seit 1889 ist den Gesellen von den Meistern ein Minimallohn von 55 Pf. für die Stunde zugebilligt worden. Der gute Geselle erhält 60 Pf., und der Polier 65—70 Pf. für die Stunde. Da die Arbeitszeit eine 10stündige ist, — mit $^1/_2$stündiger Frühstücks-, einstündiger Mittags- und $^1/_2$stündiger Vesperpause, — so stellt sich der Wochenlohn des Gesellen auf 33—36 Mk., der des Poliers auf 39—42 Mk.

Die Thätigkeit des Gesellen im Betriebe besteht darin, dem Stein seine richtige Lage zu geben und den ordnungsmäßigen Verband und Fugenschluß herzustellen. Das Steinmaterial wird ihm durch Handlanger in die nächste Nähe seines Arbeitsplatzes gebracht. Der Polier führt nach der Anweisung des Meisters die nötigen Vermessungen und das Abwägen des Gefälles aus und hat den ganzen Betrieb in Abwesenheit des Meisters zu überwachen.

Das Aufsteigen in den Meisterstand freilich ist heute dem größten Teil der Gesellenschaft verschlossen; immerhin aber liegt die Sache in dieser Beziehung günstiger als in irgend einem anderen Handwerk. Tüchtigen,

in ihrem Fach geschickten und gewandten Leuten bietet sich auch heute noch die Möglichkeit, Meister zu werden. Von einer ganzen Anzahl von Gesellen wurde mir gegenüber auf diese Möglichkeit verwiesen, und wenn man die persönlichen Verhältnisse einzelner Meister durchgeht, so findet man in der That, daß es einer ganzen Reihe ehemaliger Gesellen geglückt ist, ohne irgend ein erhebliches Betriebskapital sich selbständig zu machen und in bessere, zum Teil glänzende Verhältnisse zu gelangen. Bezeichnend hierfür ist auch der bereits erwähnte Umstand, daß in dem Adreßkalender Berlins sich eine Anzahl Gesellen in dem Verzeichnis selbständiger Steinsetzergeschäfte aufführen läßt. Es handelt sich hier nicht etwa um herabgesunkene Meister, welche genötigt sind, als Gesellen zu arbeiten[1], sondern um Anfänger, die mehr oder weniger von dem Wunsche beherrscht sind, sich möglichst bald selbständig zu machen. Wenn dies auch unter den heutigen Verhältnissen in Berlin nur wenigen gelingen dürfte, so ist diese Möglichkeit doch an anderen Orten gegeben. In den kleineren Provinzialstädten steigt das Bedürfnis nach besserem Steinpflaster mehr und mehr, und einem mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten Gesellen dürfte sich hier eine Gelegenheit zur Selbständigmachung nicht gar selten bieten. Im ganzen betrachtet, muß freilich ein solches Emporkommen von Steinsetzergesellen immerhin als Ausnahme bezeichnet werden.

Wie mir von dem Obermeister der Innung geklagt wurde, ist an guten Gesellen noch immer Mangel, und ein Hauptbestreben der Innung ist daher auf eine tüchtige Ausbildung der Lehrlinge gerichtet.

Wenn man auf irgend einem Gebiet den Bestrebungen der modernen Handwerker-Innungen sympathisch gegenüberstehen kann, so ist es auf dem Gebiet des Lehrlingswesens. Nur zu oft aber wird gerade dieser Teil ihrer Obliegenheiten als eine leere Form betrachtet, und häufig können nur mit Mühe den Meistern die allernotwendigsten Zugeständnisse für den Zweck einer besseren Ausbildung der Lehrlinge abgerungen werden. Es berührt daher sehr wohlthuend, wenn man das Verhalten der Berliner Steinsetzer-Innung nach dieser Richtung hin betrachtet. Der Innung steht auf Grund des § 100e der R.G.O. das alleinige Recht zur Ausbildung von Lehrlingen zu. Schon bald nach ihrer Neuerrichtung tauchte in Meisterkreisen der Wunsch nach Begründung einer Fachschule auf, und sehr bald kam der Gedanke, freilich unter großen Schwierigkeiten, zur Ausführung. Zunächst war es ein einsichtiger Meister, der seinen eigenen Lehrlingen Unterricht

[1] Von 19 Fällen ist mir nur ein einziger bekannt geworden, in dem ein Meister in den Gesellenstand zurückgekehrt ist.

in einigen Fortbildungsgegenständen und im Zeichnen erteilen ließ, und erst nach und nach gelang es, die übrigen für den gleichen Zweck zu gewinnen. Die Innungs-Fachschule untersteht einem aus mehreren Meistern gebildeten Kuratorium, welches alljährlich im März den Fachschulunterricht zu ordnen hat. Letzterer kann nur während der Arbeitssaison, also im Sommer stattfinden, da die Lehrlinge im Winter, mangels Beschäftigung ihren Eltern und Vormündern überlassen werden müssen. In der ersten Zeit fand der Unterricht an Sonntagen statt; seit einer Reihe von Jahren aber ist man dazu übergegangen, denselben in der Woche erteilen zu lassen. Im Jahre 1895 war die Unterrichtszeit auf die Dienstage und Freitage jeder zweiten Woche verlegt. Der Unterricht dauert von 2 bis 6 Uhr nachmittags. Die Lehrlinge müssen rechtzeitig von ihren Lehrherren aus der Arbeit entlassen werden, und die Zeit für den Unterricht muß ihnen ohne jede Lohnverkürzung freigegeben werden.

Nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse werden die Lehrlinge für den Unterricht in zwei Klassen eingeteilt. Der Unterricht umfaßt neben Lesen, Schreiben und Rechnen vornehmlich Zeichnen und Formenlehre, sodann aber auch den eigentlichen Fachunterricht über Straßenbau. Er wird von zwei Volksschullehrern erteilt.

Die Kosten der Schule (im letzten Sommer-Halbjahre 814,86 Mk.) wurden durch Beiträge der Meister aufgebracht (je 7,50 Mk. für den Lehrling). Der Meister, welcher seinen Lehrling vom Unterricht zurückhält, muß eine Ordnungsstrafe von 1,00 Mk. zahlen, und der Lehrling, welcher den Unterricht ohne Grund verabsäumt, wird durch Lohnabzug oder durch Verlängerung der Lehrzeit bestraft. Nichtsdestoweniger läßt der Schulbesuch noch sehr viel zu wünschen übrig, was zum Teil darauf zurückgeführt werden kann, daß die Lokalitäten, in welchen der Unterricht abgehalten wird, an einem entfernten Ende der Stadt belegen sind. Es wird daher beabsichtigt, das Schullokal mehr nach dem Innern der Stadt zu verlegen.

Die Zahl der Lehrlinge ist in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. Sie betrug in den Jahren:

1886: 71	1890: 151
1887: 103	1891: 163
1888: 119	1892: 176
1889: 132	

und beträgt gegenwärtig nur noch 123.

Die Lehrlinge rekrutieren sich zum größten Teil aus dem Berliner Proletariat. Der gute Verdienst der Steinsetzergesellen übt in dieser Be-

ziehung eine große Anziehungskraft aus. Daneben ist hervorzuheben, daß auch eine größere Anzahl von Meistersöhnen sich unter den Lehrlingen befindet.

Schon bei Begründung des alten Steinsetzer-Gewerkes im Jahre 1736 war es üblich, daß der Lehrling gelöhnt wurde. Die heutigen Lohnsätze betragen für die Woche durchschnittlich: im ersten Jahre 6 Mk., im zweiten Jahre 9 Mk., im dritten Jahre 12 Mk.

Die Zahl der Lehrlinge steht in angemessenem Verhältnisse zu der Größe der Betriebe. Gegenwärtig kommen bei einer Zahl von 123 Lehrlingen und 30 Betrieben, auf den einzelnen Meister durchschnittlich nicht mehr als 4 Lehrlinge. Nur 1 oder 2 Meister treiben Lehrlingszüchterei. Der eine von ihnen, der mit zu den größeren gehört und namentlich an den, bei Kabellegungen notwendig werdenden Steinsetzerarbeiten (Aufreißen der Bürgersteigpflasterungen und demnächstiger Wiederherstellung derselben) stark beteiligt ist, hat zeitweise 20 jugendliche Arbeiter und darüber bei diesen Arbeiten beschäftigt. Ob es sich hier durchweg um eingeschriebene Lehrlinge handelt, konnte ich leider nicht feststellen.

Auch die außerhalb der Innung stehenden Betriebe, denen das Recht zur Ausbildung von Lehrlingen nicht zusteht, helfen sich gelegentlich durch die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter. Dieselben erhalten dann einen der Löhnung der Lehrlinge entsprechenden Arbeitslohn.

Während des Winters pflegen die Lehrlinge, um etwas zu verdienen, in Fabriken zu arbeiten. Die Innung hat es früher einmal versucht, ihre Lehrlinge gemeinschaftlich während des Winters zu beschäftigen, hat damit aber schlechte Erfahrungen gemacht. Mangels geeigneter Arbeiten und einer geordneten Aufsicht, trieben die jungen Leute allerlei Thorheiten, sodaß die Innung einmal eine größere Summe für Glasfenster, welche in einer Gärtnerei von den Lehrlingen eingeworfen worden waren, bezahlen mußte.

Unter dem nicht handwerksmäßig ausgebildeten Hilfspersonal sind zuerst die Rammer zu nennen. Ihre Arbeit verlangt große Körperkraft und wird daher gut bezahlt. Die Löhne für Rammer betragen zur Zeit 35—40 Pf. pro Stunde, so daß sich bei 10stündiger Arbeitszeit ein Wochenlohn von 21—24 Mk. ergiebt.

Sodann sind die Handlanger zu erwähnen. Sie haben vor allem das Steinmaterial den arbeitenden Gesellen zuzutragen, Sand zu karren, den Untergrund aufzuhauen u. s. w. Da sie, wie die Rammer, ungelernte Arbeiter sind, aber nicht wie diese besonders große Körperkraft zu besitzen brauchen, so ist ihr Arbeitslohn der allgemein übliche Tagelohn. Zur

Zeit erhalten sie durchschnittlich 2.75 Mk.; die besseren und geschickteren 3 Mark.

In den größten Betrieben finden dann, und zwar vornehmlich für die Arbeit auf den Steinlagerplätzen auch Steinmetze und Steinschläger und für die Untermauerung der Vordschwellen Maurer Verwendung.

Die Lebenshaltung der gesamten Arbeiterschaft einschließlich der Gesellen und Lehrlinge ist die der besseren Handarbeiter. Die verhältnismäßig guten Löhne müssen indessen zu Ersparnissen für den Winter herhalten, da in dieser Jahreszeit die Thätigkeit im Steinsetzergewerbe so gut wie gänzlich ruht. Das Elend der Saison-Arbeit und das Gespenst der Arbeitslosigkeit sind die beiden großen Übelstände, unter denen die Arbeiterschaft des Steinsetzergewerbes zu leiden hat. Wenn auch der Geselle, namentlich der unverheiratete, bei seinem relativ hohen Lohn soviel Ersparnisse machen kann, um den Winter ohne Arbeit auszuhalten, so ist dies für den verheirateten Gesellen selbst bei geringen Lebensansprüchen nicht immer möglich, von den Rammern und dem sonstigen Hilfspersonal gar nicht zu reden. Gar erwünscht ist daher in dieser Zeit manchem der geringe Verdienst, den vorkommende Arbeitsgelegenheiten, wie Schneeschippen und dergleichen vorübergehend darbieten.

Die allgemein übliche Art des Arbeitsuchens ist für den Gesellen wie für das sonstige Personal so gut wie ausschließlich das Umfragen auf den Baustellen. Daneben unterhält die Innung einen Arbeitsnachweis, der aber fast gar nicht in Anspruch genommen wird. Im Jahre 1895 gingen bei derselben nur 18 Anfragen von Meistern und 2 von Gesellen ein. Im Vorjahre waren 4 Nachfragen von Meistern gestellt worden; Gesellen oder Arbeiter hatten sich dagegen überhaupt nicht gemeldet.

3. Die Innung.

Die Innung spielt im Berliner Steinsetzergewerbe noch immer eine hervorragende und in vielen Beziehungen maßgebende Rolle. Von insgesamt 42 Betrieben entfallen 30 auf die Innung, und wie wir aus der dem geschichtlichen Teil angehängten Tabelle deutlich ersehen können, haben bisher nur vorübergehend Betriebe in größerer Anzahl außerhalb der Innung gestanden. Es war dies besonders in den 50er Jahren nach Erlaß der Gewerbegesetze von 1848/49 der Fall. Im Jahre 1884 waren neben 28 Innungsmeistern nur 3 Meister vorhanden, welche nicht Mitglieder der Innung waren und im Jahre 1889 betrug die Zahl derselben nicht mehr als 4. Seitdem hat die Zahl der außerhalb der Innung stehenden Meister

wieder eine erhebliche Verstärkung gefunden, denn gegenwärtig sind 12 solcher Betriebe nachzuweisen.

Man könnte dies darauf zurückführen wollen, daß das Interesse an den Bestrebungen der Innung gesunken sei, und daß die Vorteile, welche die Mitgliedschaft verspricht, einen besonderen Ansporn zum Beitritt nicht mehr enthalten. Dem ist aber nicht so; denn nichts wird von einer Anzahl dieser Meister sehnlicher erwünscht, als die Erlangung des Meisterrechts von der Innung. Die Ursache des Nichtbeitritts liegt überhaupt nicht darin, daß die betreffenden Meister nicht beitreten wollen, sondern darin, daß ihre Aufnahme nicht erfolgen kann, weil sie mangels handwerksmäßiger Ausbildung zur Meisterprüfung nicht zugelassen werden können. Als Vorbedingung für die Ablegung der Meisterprüfung ist die Beibringung eines Lehrlingszeugnisses durch das Innungsstatut ausdrücklich vorgeschrieben. Die große Mehrzahl der außerhalb der Innung stehenden Meister ist aber nicht in der Lage, ein solches beizubringen. Da aber nichtsdestoweniger der Beitritt zur Innung von den Meistern lebhaft gewünscht wird, so will man dies jetzt dadurch zu erreichen suchen, daß man einen Steinsetzpolier als Mitinhaber in den Betrieb aufnimmt. Diesem wird die Innung nach Maßgabe ihrer Statuten den Beitritt auf die Dauer nicht versagen können. Besonders 2 hiesige Unternehmerfirmen, die sich in großem Maßstabe auch mit Steinlieferungen befassen, unterhandeln seit einiger Zeit mit der Innung über ihre Zulassung durch Vermittelung eines, in ihren Betrieb als Mitinhaber aufzunehmenden gelernten Steinsetzers. Der Grund für dieses Streben kann nur der sein, daß die Innungs-Mitgliedschaft ein besonders fachmännisches Ansehen sichert.

Der Fiskus, welcher seine Arbeiten in der Regel in öffentlicher Submission an den Mindestfordernden vergiebt, macht in der Auswahl der Unternehmer zwischen Innungsmeistern und andern keinen Unterschied. Die Berliner Stadtverwaltung dagegen vergiebt ihre Tiefbauarbeiten nicht in öffentlicher, sondern in beschränkter Submission und hat in die Liste derjenigen Unternehmer, welche für Zwecke des Tiefbaus herangezogen werden, bis vor kurzem ausschließlich solche Steinsetzmeister aufgenommen, welche der Innung angehören.[1] Es scheint, daß die Leistungen der Meister der hiesigen Steinsetzerinnung bei der Stadtverwaltung ein höheres Ansehen genießen, als die anderer Unternehmer, und dies allein kann der

[1] Erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit ist es der einen von den beiden vorhin erwähnten Firmen gelungen, gleichfalls an diesen Submissionen beteiligt zu werden.

Grund sein, welcher den außerhalb der Innung stehenden Unternehmern den Beitritt zur Innung so erstrebenswert macht.

Es wurde bereits an anderer Stelle erwähnt, daß von den 14 Großbetrieben 9, von den 16 mittleren Betrieben 15, und von den 12 kleinen Betrieben 6 auf die Innung entfallen. Besonders charakteristisch ist hierbei, daß der eigentliche handwerksmäßige Kern des Gewerbes, die mittleren Betriebe, fast ausschließlich der Innung angehören. Auch die überwiegende Mehrzahl der Großbetriebe gehört der Innung an, wobei zu bemerken ist, daß die 5 außerhalb der Innung stehenden Großbetriebe ausschließlich aus Unternehmern bestehen, deren ursprüngliches und eigentliches Geschäft der Steinhandel bildet. Von den kleinen Meistern gehört nur die Hälfte der Innung an, obwohl das Meistergeld von 30 Mk. nicht als hoch bezeichnet werden kann. Als Grund hierfür ist wohl anzusehen, daß für den kleinen Meister die Mitgliedschaft keinen erheblichen Vorteil bringt, insofern als ihm für die kleinen, von ihm auszuführenden Privatarbeiten ein besonderes fachmännisches Renommee nicht zur Seite zu stehen braucht, andererseits aber die vielen kleinen Verpflichtungen, Beiträge aller Art u. s. w. ihm lästig fallen.

Aber auch unter den Mitgliedern der Innung selbst läßt der Gemeinsinn viel zu wünschen übrig, und die führenden Männer haben oft Gelegenheit, sich über diesen Mangel lebhaft zu beklagen. Immerhin ist das Innungsleben im ganzen ein nicht unerfreuliches. Die Bestrebungen auf dem Gebiet des Lehrlingswesens sind bereits von mir erwähnt worden. Auch das persönliche Verhältnis der großen Meister zu den mittleren und kleinen ist, soweit mir bekannt geworden, ein gutes. Regelmäßige gesellige Zusammenkünfte sollen neben den Innungsversammlungen dazu beitragen, das gute Einvernehmen und den Gemeinsinn zu stärken. Auch Vorträge belehrender Art aus den dem Steinsetzerhandwerke naheliegenden Gebieten werden an Winterabenden gelegentlich veranstaltet.

Auch das Verhältnis zwischen Innungsvorstand und Gesellenausschuß ist bisher stets ein gutes gewesen. Der Gesellenausschuß hat eine Reihe wichtiger Anregungen gegeben. So hat er darauf hingewirkt und in gewissem Maße auch erreicht, daß das Verhältnis der Lehrlingszahl zur Zahl der Gesellen gegenwärtig günstiger ist, insofern als auf 4 bis 5 Gesellen erst 1 Lehrling kommt.

Die Innung hatte seit 1888 für ihre Gesellen und Lehrlinge auf Grund des § 97a der G. O. und des § 73 des Reichsgesetzes betr. die Krankenversicherung der Arbeiter eine besondere Innungskrankenkasse errichtet. Allein bei der verhältnismäßig großen Zahl von Krankheitsfällen, mit denen man

in dem der Unbill des Wetters stark ausgesetzten Steinsetzergewerbe zu rechnen hat, gelang es nicht, die Krankenkasse dauernd lebensfähig zu erhalten, und im Jahre 1894 mußte sie in Liquidation treten. Es ergab sich ein erhebliches Deficit, und von den einzelnen Meistern mußten zur Deckung desselben nicht unerhebliche Beiträge geleistet werden. [1]

Die Vermögensverhältnisse der Innung am 31. Dezember 1895 ergeben sich aus folgender Übersicht:

Bezeichnung der Kassen	Bestand in Wertpapieren		Bestand in bar		Gesamt-Summe	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1. Innungskasse . . .	—	—	624	88	624	88
2. Meister-Sterbekasse .	11 550	—	1214	73	12 764	73
3. „ -Unterstützungskasse	1 250	—	274	53	1 524	53
4. Neben-Kasse	—	—	9	80	9	80
Summe	12 800	—	2123	94	14 923	94

Noch heute wird von den Innungsmeistern gelegentlich bedauert, daß ihre Vorfahren in der Innung es versäumt haben, in älterer Zeit durch billige Erwerbung von Grundbesitz für die Innung eine bessere Vermögensgrundlage zu schaffen.

Der Erwähnung bedarf schließlich noch der „Bund deutscher Steinsetzer-Innungen", dessen Errichtung auf Grund des § 104 der G. O. hauptsächlich einer aus Berliner Steinsetzerkreisen hervorgehenden Anregung entsprang. Das Statut dieses Bundes vom 28. Oktober 1889 erhielt am 28. November 1889 die Genehmigung des Reichskanzlers. Zweck des Bundes ist, die Steinsetzer-Innungen im Deutschen Reich zur gemeinsamen Verfolgung ihrer Aufgaben sowie zur Pflege der gemeinsamen gewerblichen Interessen zu vereinigen. Unter den besonderen Aufgaben erwähnt das Statut die „Wiederbelebung" des Innungswesens innerhalb des Steinsetzergewerbes durch Hinwirkung auf die Errichtung neuer Innungen in Orten und Bezirken, welche einer Innung entbehren, sowie ferner die Vervollkommnung der gewerblichen Kenntnisse und Leistungen im Steinsetzergewerbe und die Unterstützung der darauf gerichteten Bestrebungen.

[1] Unter den Erkrankungen, welchen die Steinsetzer vornehmlich ausgesetzt sind, kann man den Rheumatismus fast als eine Berufskrankheit bezeichnen. Auch Bronchial-Katarrhe und Magenleiden sind überaus häufig.

Die Seele des Bundes ist der Vorsitzende desselben, ein Berliner Steinsetzmeister. Es ist ihm gelungen, sämtliche, überhaupt in Deutschland vorhandenen Steinsetzer-Innungen in dem Bunde zu vereinigen. Die Zahl derselben beträgt zur Zeit 24. Ich lasse eine kleine Tabelle über den Sitz der einzelnen Innungen und deren Mitgliederzahl hier folgen:

1.	Berlin	mit 36 Mitgliedern	13.	Potsdam	mit 19 Mitgliedern
2.	Cüstrin	= 3 =	14.	Glogau	= 9 =
3.	Königsberg i. P.	= 16 =	15.	Breslau	= 24 =
4.	Leipzig	= 11 =	16.	Liegnitz	= 5 =
5.	Prenzlau	= 7 =	17.	Erfurt	= 10 =
6.	Halle	= 14 =	18.	Görlitz	= 8 =
7.	Stettin	= 15 =	19.	Dessau	= 13 =
8.	Dresden	= 12 =	20.	Posen	= 8 =
9.	Magdeburg	= 10 =	21.	Halberstadt	= 19 =
10.	Eberswalde	= 9 =	22.	Calbe a. S.	= 6 =
11.	Frankfurt a. O.	= 9 =	23.	Wittenberg	= 4 =
12.	Cottbus	= 15 =	24.	Hannover	= 5 = [1]

Weitere Innungen sind von dem Bundesvorsitzenden, der zu diesem Zwecke sämtliche größere Städte bereist hat, in Deutschland nicht ermittelt worden. Mit alleiniger Ausnahme von Berlin ist keine einzige der vorerwähnten Innungen vor dem Jahre 1885 errichtet worden. Süddeutsche Städte sind in der Liste überhaupt nicht vertreten.

Der Bund deutscher Steinsetzer-Innungen, welcher seinen Sitz in Berlin hat, giebt auch ein Fachblatt heraus, das in Meisterkreisen viel gelesen wird, die „Deutsche Steinsetzer-Zeitung".

4. Absatz- und Konkurrenz-Verhältnisse.

Das Absatzgebiet ist keineswegs auf Berlin beschränkt. Neben den, wegen ihrer nahen Nachbarschaft eigentlich schon zu Berlin selbst gehörenden Vororten, ist auch die entferntere Umgegend zu dem Absatzgebiete des Berliner Steinsetzergewerbes zu rechnen. So werden von Berliner Steinsetzermeistern an Orten wie Potsdam und Spandau sehr häufig Arbeiten übernommen und ausgeführt. Freilich handelt es sich hierbei in der Regel nur um größere Unternehmungen, da bei kleineren Aufträgen die Fahrt- und Transportkosten die auswärtige Arbeit wenig lohnend machen.

In zwei Fällen ließ sich feststellen, daß von Berliner Steinsetzmeistern

[1] Für die Reihenfolge der hier namhaft gemachten Innungen ist der Tag der Errichtung derselben maßgebend.

Arbeiten sogar in weiter Entfernung von Berlin übernommen wurden. In dem einen handelte es sich um einen, der Innung angehörenden Großbetrieb, von welchem in Danzig und Stettin Arbeiten erheblichen Umfanges durchgeführt wurden. Die erforderlichen Gesellen wurden zum Teil von Berlin aus mit dem Handwerkszeug nach den betreffenden Orten geschickt, und nur das sonstige Hilfspersonal, wie Rammer und Handlanger, erst an Ort und Stelle gedungen. In dem andern Falle dagegen handelt es sich um einen kleineren Betrieb, der in der Form des Wandergewerbes ausgeübt wird. Der betreffende Meister, welcher hier in Berlin ansässig ist, gehört gleichfalls der Innung an. Er befindet sich bereits in vorgerückten Jahren und besitzt ein nicht unerhebliches Vermögen. Da er heute nur in ganz geringem Umfange arbeitet, so ist er oben von mir unter die Kleinbetriebe gesetzt worden. Sein Hauptabsatzgebiet war von jeher in Mecklenburg belegen, und noch heute bereist er dieses alljährlich im Sommer, um in kleineren Städten, welche ohne Steinsetzer sind, Pflasterungsarbeiten aller Art zu übernehmen. Die Gesellen nimmt er je nach Bedarf gleich aus Berlin mit, oder läßt sie, sobald er einen Auftrag erhalten hat, von dort oder anders woher nachkommen. Da in dortiger Gegend noch Mangel an Steinsetzern herrscht, soll das Geschäft ein ziemlich gewinnbringendes gewesen sein und die heutige pekuniäre Lage des Mannes bestätigt dies vollkommen.

Von einem in Meisterkreisen sehr einflußreichen, mit den Verhältnissen seines Gewerbes genau vertrauten hiesigen Steinsetzmeister wurde mir, als über die Konkurrenz des Asphaltpflasters gesprochen wurde, gesagt: „Wenn uns diese Konkurrenz zu scharf wird, so daß wir unser Berliner Absatzgebiet verlieren, so gehen wir wieder wie früher auf die Wanderschaft. Es giebt in der Provinz noch sehr viele kleine Städte, denen besseres Pflaster mangelt, und bei denen ein Bedürfnis nach solchem immer mehr empfunden wird.“

Immerhin bleibt heute die Stadt Berlin und ihre näheren Vororte noch immer das Hauptabsatzgebiet des hiesigen Steinsetzergewerbes. Innerhalb desselben kommen als Abnehmer vornehmlich in Betracht: 1. die Stadtverwaltung, 2. der Fiskus, 3. sonstige Behörden, Korporationen und Aktiengesellschaften, und 4. die eigentliche Privatkundschaft.

Die Arbeiten für Rechnung der Stadt Berlin werden, wie bereits erwähnt, im Wege der beschränkten Submission vergeben. Auf der bei der Stadtbauverwaltung geführten Liste derjeniger Unternehmer, welche für Tiefbauarbeiten zur Beteiligung an den Submissionen aufgefordert werden, stehen gegenwärtig 14 Personen, darunter 13 Innungsmeister. Die Arbeit erhält der Mindestfordernde, welcher indessen an gewisse, von der Stadt-

bauverwaltung vorher bekannt gegebene Sätze, welche nicht überschritten werden dürfen, gebunden ist. Da bis auf den Pecheinguß das gesamte Baumaterial für Fahrbahnen von der Stadt geliefert wird, so wird in den zugebilligten Preisen im ganzen nur die Arbeitsleistung bezahlt. Wenn dagegen Bürgersteigpflasterungen und ähnliche Arbeiten für Rechnung der Stadt vorzunehmen sind, so erfolgt die Lieferung des Materials durch den ausführenden Unternehmer.

Der Fiskus vergiebt die für ihn auszuführenden Pflasterungsarbeiten zum größten Teile in öffentlicher unbeschränkter Submission an den Mindestfordernden. Nur etwa 1/3 der Pflasterungsarbeiten werden im Wege der beschränkten Submission vergeben. Es werden in den Submissionsbedingungen gleichfalls bestimmte Maximal-Sätze angegeben. In die Preise ist in den meisten Fällen auch die Lieferung des Materials mit einbegriffen.

Von den hier in Betracht kommenden Behörden sind besonders zu nennen die Eisenbahn-, Post- und Militärbehörden (Garnisonverwaltungen), vor allem aber die Ministerial-, Militär- und Baukommission, welcher die fiskalischen Bauangelegenheiten in Berlin zum weitaus größten Teil unterstellt sind. Auch die Arbeiten für Rechnung des Fiskus sind meistens solche größeren Umfanges.

Zur dritten der oben unterschiedenen Abnehmergruppen gehören vor allem die großen Vorortsgemeinden, welche durchweg eine rege Bauthätigkeit entfalten und in der Sorge für gute Pflasterung die Hauptstadt stellenweise noch überbieten; ferner die große Berliner Pferdebahngesellschaft, welcher laut Vertrag mit der Stadtgemeinde die Herstellung und die Unterhaltung des zu den Pferdebahnschienen gehörigen Pflasters obliegt, endlich die Elektricitätsgesellschaft, die Aktiengesellschaft für Bauausführungen, eine Reihe von Baugesellschaften u. s. w. Auch für die Vergebung der in diese Gruppe fallenden meist umfangreichen Arbeiten ist die öffentliche Submission die Regel, und auch die Lieferung des Baumaterials liegt ausnahmslos in der Hand des ausführenden Steinsetzmeisters.

Die vierte Abnehmergruppe setzt sich in der Hauptsache zusammen aus der großen Zahl der Haus- und Grundbesitzer, und ich habe oben bereits darauf hingewiesen, welche Wichtigkeit diese Gruppe gerade für den Absatz der mittleren und kleinen Betriebe hat. Auch für die Aufträge dieser Art hat sich vielfach die Submission in der Form eingebürgert, daß der betreffende Auftraggeber eine Anzahl von Firmen zur Abgabe von Geboten auffordert. Fast ausschließlich handelt es sich um Bürgersteig- und Hofpflasterungen, bei denen der Meister das Material liefert.

Die Preise für Neupflasterungen, bei denen der Besteller das Material liefert, stellen sich zur Zeit etwa wie folgt:

Aufbruch des alten Pflasters	pro m^2	7 Pf.,
Ausschachtungsarbeit	= m^3	Mk. 3,00,
Pflasterungen I. u. II. Klasse (mit fester Unterbettung)	= m^2	= 1,50,
= III. Klasse (mit loser Unterbettung) . .	= m^2	= 1,20,
= IV. u. V. Klasse (märkische Quadratsteine).	= m^2	= 0,80,
= VI.—VIII. Klasse (polygonale Kopfsteine)	= m^2	= 0,60,
Mosaikpflasterungen	= m^2	= 1,20.

Ist in den Auftrag gleichzeitig die Materiallieferung mit eingeschlossen, so werden gegenwärtig etwa folgende Preise für den Quadratmeter berechnet:

Pflasterungen	I. u. II.	Klasse	Mk. 20—25,
=	III.	=	= 14—16,
=	IV. u. V.	=	= 7,50— 9,
=	VI.—VIII.	=	= 6— 7,
=	IX.	=	= 3— 5,
Platten			= 10,50,
Bordschwellen mit Untermauerung			= 8,50,
Mosaikpflasterung			= 2,50.

Selbstverständlich sind alle diese Preise nur Durchschnittssätze, die ich hier anführe, um ein annäherndes Bild von der Sache zu geben. In der Wirklichkeit sind dieselben, wie es sich bei dem Submissionsverfahren ganz von selbst versteht, durchaus unsicher und schwankend.

Alles in allem betrachtet, waren bisher die Absatzverhältnisse für das Steinsetzergewerbe in Berlin vorwiegend günstige. Die seit dem Jahre 1876 von der Stadtverwaltung auf dem Gebiet des Straßenbauwesens entfaltete umfangreiche Thätigkeit ist, wie weiter unten auch zahlenmäßig gezeigt werden soll, bis jetzt zum größten Teil dem Steinpflaster zu gute gekommen. Die Thätigkeit der Stadtverwaltung auf diesem Gebiete war auch auf die Entwicklung der Privatkundschaft von größtem Einfluß. Die Stadt sorgte durch genaue Vorschriften dafür, daß im Anschluß an die Neupflasterung der Straßendämme überall die Regulierung der Bürgersteige von seiten der Hauseigentümer vorgenommen wurde, und beteiligte sich an den Kosten derselben. Es liegt daher auf der Hand, daß für Steinsetzarbeiten in der ganzen Zeit seit 1876 stets reichliche Nachfrage vorhanden war. Seinen Ausdruck findet diese Geschäftslage auch in den seit den 80er Jahren ständig steigenden Arbeitslöhnen. Die Forderungen der Gesellen wurden von der

Meisterschaft stets ohne weiteres bewilligt. Daß diese Verhältnisse auf die Dauer so bleiben werden, ist mehr als zweifelhaft.

Bevor ich zu der Besprechung der Konkurrenzverhältnisse übergehen kann, ist es nötig, wenigstens mit einigen Worten einer Einrichtung zu gedenken, die für Berlin zwar bis jetzt noch nicht in Frage gekommen ist, in anderen Städten Deutschlands aber mit großem Erfolge angewendet wird. Sie besteht in der Ausführung von Pflasterungsarbeiten in eigener Regie der Stadtverwaltungen. Die letzteren beschränken sich also nicht darauf, das Baumaterial zu beschaffen; sie nehmen vielmehr auch eine größere oder kleinere Anzahl von Steinsetzern dauernd in ihren Dienst. Von den 25 größten deutschen Städten sind es nach meinen Ermittelungen bisher nur zwei, die in größerem Umfange den städtischen Straßenbau in dieser Weise bewerkstelligen, nämlich Hamburg und Dresden; aber in beiden Städten ist man nach den, von maßgebender Stelle mir gemachten Mitteilungen mit den Erfolgen dieser Einrichtung außerordentlich zufrieden. [1]

In Hamburg besteht dieselbe bereits seit langen Jahren, jedoch nur für Steinpflasterungen, während für Asphalt- und Holzpflasterungen ausnahmslos das Submissionsverfahren angewendet wird.

In Dresden war bis zum Jahre 1875 für sämtliche Pflasterungsarbeiten das Submissionsverfahren üblich. Die Gründe, welche hier bei Einführung des Regie-Betriebs maßgebend waren, sind im ganzen folgende. Das Interesse der Stadtgemeinde wurde nicht genügend gewahrt, da die Unternehmer in erster Linie darauf ausgingen, bei der Arbeit soviel als möglich zu verdienen. Die Pflasterungen waren infolgedessen mangelhaft und wenig preiswürdig. Die späteren Erfahrungen ergaben, daß die Arbeiten in Regie nicht nur billiger und besser, sondern auch schneller ausgeführt wurden, als beim Submissionsverfahren. Bei der besseren Qualität der Pflasterarbeiten stellten sich dann auch die Unterhaltungskosten erheblich niedriger, was bei der großen Abnutzung, welcher alle Tiefbauten ausgesetzt sind, ganz wesentlich mitspricht.

Ganz ähnlich sind die in Hamburg gemachten Erfahrungen.

In beiden Städten ist man der Ansicht, daß eine gut angeleitete, und stets zur Verfügung stehende eigene Mannschaft, welche mit den Anforderungen der Verwaltung genau vertraut, auch von der Behörde dienstlich abhängig ist und von den specifisch ausgebildeten Beamten des Straßenbaues

---

[1] Ich verdanke diese Mitteilungen der Güte des Herrn Senators Dr. Lehmann in Hamburg und des Herrn Stadtbaurats Klette in Dresden.

direkt geleitet wird, sparsamer, besser und prompter arbeitet, als Unternehmer, die in erster Linie ihren Gewinn im Auge haben. Als Nachteil, so wird aus Dresden berichtet, könnte höchstens der Umstand angesehen werden, daß beim Regie-Verfahren das Rechnungswesen mehr Zeit und Arbeitskraft erfordert als beim Submissionsverfahren.

Wie ich im geschichtlichen Teile bereits erwähnt habe, bildete die Ausführung von Pflasterarbeiten in eigener Regie in älterer Zeit in den deutschen Städten die Regel. Heute sind es neben Hamburg und Dresden, nach den von mir eingezogenen Erkundigungen, von den 25 größten deutschen Städten nur noch München und Frankfurt am Main, welche in erheblichem Umfange Pflasterungsarbeiten in eigener Regie ausführen.

Für Berlin ist die Sache bisher noch nicht ernstlich angeregt worden, und es ist nach Lage der Dinge auch nicht anzunehmen, daß man hier in absehbarer Zeit zur Einführung des Regie-Systems schreiten wird. Daß bei diesem Systeme der größte Teil des Berliner Steinsetzerhandwerks in seiner heutigen Gestalt nicht fortbestehen könnte, liegt auf der Hand.

Ich komme nun zur Besprechung der Konkurrenz-Verhältnisse. Was zunächst den Wettbewerb der Meister unter sich anbelangt, so tritt derselbe bei den städtischen Arbeiten, wo die Innungsmeister unter sich sind, nicht allzu schroff hervor. Ja es kommt hier gelegentlich vor, daß die größeren Meister einen kleineren sich mitbewerbenden Kollegen in der Weise unterstützen, daß sie höhere Preise machen, als dieser.

Schärfer tritt der Konkurrenzkampf bei den fiskalischen Submissionen zu Tage, die den Innungsmeistern zu ständigen Klagen Veranlassung geben, da der Fiskus seine Arbeiten ohne jede engere Auswahl an den Mindestfordernden vergiebt und zwischen Innungsmeistern und Unternehmern anderer Art keinerlei Unterschied macht. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß die Klagen der Handwerker nach dieser Richtung hin im ganzen berechtigt sind. Durch die fortwährenden Unterbietungen seitens unsolider Elemente wird auch der reelle Handwerker schließlich dahin getrieben, auch seinerseits durch schlechte Qualität der Arbeit sich seinen Verdienst zu sichern. Das System der öffentlichen unbeschränkten Submission ist in der That auf die Dauer gar nicht haltbar, und es ist sehr zu bedauern, daß der preußische Fiskus mit der Einführung anderer Systeme, für welche doch zahllose Vorschläge vorliegen, bis jetzt nicht einmal einen Versuch gemacht hat.

Da aber das Steinsetzerhandwerk bei seinem Absatz nicht ausschließlich auf diese Submissionen angewiesen ist, da vielmehr für die von der Stadt Berlin zu vergebenden Arbeiten, welche ihrem Umfange nach eine weit bedeutendere Rolle spielen, als die fiskalischen, die beschränkte Submission unter

offenbarer Bevorzugung der Innungsmeister besteht, und da ferner in der Privatkundschaft die Übelstände der Submission bei weitem nicht in der Schärfe hervortreten, wie bei dem Fiskus, so können die Konkurrenzverhältnisse im Berliner Steinsetzergewerbe bei dem zur Zeit noch immer reichlichen Bedarf an Pflasterungsarbeiten, nicht als besonders ungünstige bezeichnet werden.

Aber nach einer anderen Richtung hin erwächst unserem Gewerbe eine gefährliche Konkurrenz, nämlich durch die Einführung neuer Straßenbau-Systeme.

Bis um das Jahr 1870 kam eine solche Konkurrenz für das Berliner Steinsetzergewerbe überhaupt nicht in Frage. Seit den 70er Jahren aber, und namentlich seit der Zeit der Übernahme der Straßenverwaltung durch die Stadtgemeinde, ist besonders der Asphaltstraßenbau mit großem Erfolge in den Mitbewerb eingetreten.

Der Asphalt ist ein bituminöser Stoff, dessen Entstehungsart noch nicht ganz aufgeklärt ist. Schon im grauen Altertum bekannt und als Baumaterial weit verbreitet, im Mittelalter sodann gänzlich in Vergessenheit geraten, ist er erst in neuerer Zeit wieder zu Ehren gelangt. Im Straßenbau fand er seit dem Jahre 1838 Verwendung, und zwar zunächst ausschließlich für Trottoirs. Man unterscheidet Gußasphalt und Stampfasphalt. Der Gußasphalt ist die ältere Form, die heute im Straßenbau nur noch für Bürgersteige und Höfe in Anwendung kommt. Während die Herstellung des Rohmaterials für den Gußasphalt eine ziemlich umständliche ist, [1] wird das Material für den Stampfasphalt durch einfaches Pulverisieren des bituminösen Kalksteins gewonnen. Das Pulverisieren wird heute ausschließlich durch Desintegratoren besorgt.

Die Trottoirs von Gußasphalt, welche sich schon verhältnismäßig früh auch in Berlin eingebürgert hatten, sind nach und nach durch Granitplatten und das Mosaikpflaster so gut wie ganz wieder verdrängt worden. Zu großer Bedeutung aber sind die aus Stampfasphalt hergestellten Fahrstraßen gelangt. Bei diesen wird das Asphaltpulver auf eine Cementbetonschicht etwa 8 cm hoch in erhitztem Zustande aufgeschüttet und durch Stampfen und Walzen auf 5 cm zusammengepreßt. Als Unterbettung hat sich eine zu $^7/_8$ aus Grubenkies und zu $^1/_8$ aus Cement bestehende Betonschicht vorzüglich bewährt [2].

---

[1] Der eigentliche Asphalt wird mit dünnflüssigem Erdöl versetzt und dann durch Einkochen mit Asphaltsteinpulver zu den sogenannten Mastixbroten gestaltet, um in dieser Form durch Einkochen unter Beimischung scharfen Kieses die für die Verwendung als Gußasphalt geeignete Beschaffenheit zu erlangen.

[2] E. Dietrich, Die Asphaltstraßen. Berlin 1882. — L. Meyn, Der Asphalt und seine Bedeutung für den Straßenbau großer Städte. Halle 1872.

Der erste Versuch, in Berlin Asphaltpflaster einzuführen, datiert aus dem Jahre 1869. Damals wurde der am kronprinzlichen Palais belegene Teil der Oberwallstraße mit Stampfasphalt gepflastert. Der Versuch mißglückte, zum großen Teil deswegen, weil man als Unterbettung statt der Betonschicht eine Untermauerung von Ziegelsteinen in hydraulischem Kalkmörtel gewählt hatte, welche sich nicht bewährte. Besser gelangen zwei in den Jahren 1873 und 1875 noch unter dem fiskalischen Regime angestellte Versuche. In größerem Umfange wurden dann aber Asphaltpflasterungen unternommen, als die Stadtgemeinde die Verwaltung des Straßenbauwesens in ihre Hand genommen hatte.

Das allmähliche Anwachsen der Asphaltstraßen drückt sich deutlich in folgender Tabelle aus. Es waren von dem gesamten Fahrstraßenareal Berlins gepflastert (in Quadratmetern):

im Jahre	mit Asphalt	mit Holz	mit Steinen I. Klasse auf fester Unterbettung	mit Steinen II u. III. Klasse auf fester Unterbettung	mit Steinen II. u. III. Klasse auf Kies-Unterbettung	mit Steinen IV. Klasse	mit Steinen V. Klasse	mit Steinen VI. u. VII Klasse	mit Steinen VIII. u. IX. Klasse	überhaupt Steinpflaster
1884	253 586	36 179	166 976	132 361	545 256	242 608	575 749	1 440 270	973 302	4 076 522
1885	322 042	42 480	182 831	174 350	560 211	238 849	532 356	1 432 553	911 132	4 032 282
1886	359 409	44 082	214 127	210 508	595 627	219 469	521 426	1 420 208	1 069 168	4 250 533
1887	412 471	58 016	241 036	319 331	638 604	220 916	489 901	1 365 330	783 930	4 059 048
1888	487 966	61 999	282 319	341 052	685 847	215 901	464 342	1 331 250	728 956	4 049 667
1889	573 919	63 336	300 117	398 023	747 207	207 186	453 506	1 280 783	677 459	4 064 281
1893	963 518	66 655	402 210	642 570	1 011 020	173 074	379 945	1 050 417	462 717	4 121 953

Der Grund für diese ständig wachsende Verwendung des Asphaltpflasters im städtischen Straßenbau ist zunächst in seiner Geräuschlosigkeit zu suchen. Obwohl auch die Pflastersteine besserer Art, besonders bei kleinem Format die Eigenschaft der Geräuschlosigkeit in gewissem Grade besitzen, so ist in dieser Beziehung ein Vergleich mit dem Asphaltpflaster doch schwer zu ziehen. Auch ist die Straßenreinigung bei Asphaltpflaster eine weit bequemere und gründlichere, als bei Steinpflaster.

Auch das Holzpflaster ist innerhalb Berlins mit dem Steinpflaster in Konkurrenz getreten. Aus Rußland stammend, ist diese Pflasterart vornehmlich in London und Paris zu großer Bedeutung gelangt. In Deutschland und speciell in Berlin hat es sich dagegen in erheblichem Umfange bisher noch nicht eingebürgert. Nach Freese [1] liegt der Grund für das

[1] Heinrich Freese, Das Holzpflaster in Paris. Berlin 1891.

Mißlingen der bisher in Berlin mit Holzpflaster angestellten Versuche nicht, wie man vielfach annahm, an dem Klima, sondern an der Methode.

Auf Grund der von Freese in Paris gemachten Studien wurden in Berlin von neuem Versuche mit Holzpflaster aufgenommen, und wenn auch größere Erfolge bisher nicht zu verzeichnen gewesen sind, so ist die Möglichkeit trotzdem nicht ausgeschlossen, daß es auch dem Holzpflaster bestimmt ist, eine größere Rolle zu spielen. Aus der vorstehend aufgeführten Tabelle ist übrigens zu ersehen, daß die Verwendung des Holzpflasters zwar langsam, aber beständig steigt. Neuerdings wird es für Brückenpflasterungen sogar bevorzugt.

Dietrich meint mit Bezug auf Asphalt und Holzpflaster: „Hätte man niemals etwas anderes als diese Materialien gekannt, so würde man heute jeden Versuch, verkehrsreiche Straßen mit Steinen zu pflastern, sehr energisch unterdrücken."

Daß die Konkurrenz des Asphaltpflasters für das Steinsetzergewerbe bereits zu einer Gefahr geworden ist, kann schon nach obiger Tabelle nicht zweifelhaft sein. Nach einem vor kurzem von der städtischen Baudeputation des Berliner Magistrats gefaßten Beschlusse soll für die im Etatsjahr 1896/97 mit definitivem Pflaster zu versehenden Straßen überall Asphaltpflaster verwendet werden und Steinpflaster nur da, wo besondere Gründe, etwa die Steigungsverhältnisse der Straßen, oder ein starker Güterverkehr, eine solche Art des Pflasters geboten erscheinen lassen. Im übrigen soll für die Zukunft eine Vermehrung des Asphaltpflasters überhaupt angestrebt und die Herstellung desselben im Wege der öffentlichen Ausschreibung, nicht, wie bisher üblich, im Wege der engeren Submission vergeben werden.

In der That ist der Ausblick in die Zukunft, der dem Berliner Steinsetzergewerbe durch diesen Beschluß eröffnet wird, ein wenig erfreulicher. Bei den ausgezeichneten Erfahrungen, die mit dem Asphaltpflaster in Berlin gemacht worden sind, kann es in keinem Falle zweifelhaft sein, daß die Aufwärtsbewegung, welche das Berliner Steinsetzergewerbe in den letzten zwei Jahrzehnten genommen hat, ihren Höhepunkt überschritten hat, um vielleicht sehr bald einem raschen Rückgang Platz zu machen. Das Absatzgebiet wird mehr und mehr zusammenschrumpfen, die Zahl der Betriebe wird allmählich zurückgehen müssen; ob dann die Möglichkeit, außerhalb Berlins neue Absatzkreise zu finden, in ausreichendem Maße vorhanden sein wird, muß dahingestellt bleiben.

In ganz eigenartiger Weise hat die organisierte Gesellen- und Arbeiterschaft des Berliner Steinsetzergewerbes zu der Konkurrenzfrage bezüglich des

Asphaltpflasters Stellung genommen. Eine von ihr eingesetzte Kommission hat eine Petition an die städtische Baudeputation gerichtet und in dieser Eingabe als Grund für die steigende Beliebtheit des Asphaltpflasters angegeben, daß die Steinpflasterungen in Berlin sich von Jahr zu Jahr verschlechterten. Seinen Grund habe dies in den fortgesetzten Preisherabsetzungen der Meister. Letztere suchten die Differenzen zwischen den früheren und den jetzigen Preisen durch erhöhte Anspannung der Arbeitskräfte auszugleichen und zwar nicht ohne Erfolg. Bei gesteigerter quantitativer Arbeitsleistung sei aber naturgemäß die Qualität derselben zurückgegangen.

Um dem Steinpflaster wieder zu seinem früheren guten Rufe zu verhelfen, macht die Kommission den Vorschlag, für Berlin und Umgegend eine obligatorische Höchst-Arbeitsleistung für Steinsetzer und Rammer einzuführen, und zwar sollen folgende Arbeitsleistungen, bei 10stündiger Arbeitszeit pro Tag berechnet, von dem einzelnen Steinsetzer und Rammer nicht überschritten werden:

Kopfsteinpflaster I. bis III. Klasse:

a. auf fester Unterbettung:	Würfel	20 m^2
" " "	Prismen	15 m^2
b. auf loser Unterbettung:	Würfel	22 m^2
" " "	Prismen	17 m^2

Kopfsteinpflaster IV. und V. Klasse:

großes Format	22 m^2
kleines Format	16 m^2

Polygonales Kopfsteinpflaster (VI.—VIII. Klasse)	28 m^2
Rundsteinpflaster bis zu	24 m^2
Mosaikpflaster (gewöhnliches)	10 m^2

Es unterliegt keinem Zweifel, daß in den Ausführungen dieser Petition über die zunehmende Verschlechterung der Pflasterungen manches Korn Wahrheit enthalten ist. Es handelt sich hier um Übelstände, die sich aus unserem Submissionswesen zum Teil von selbst ergeben. Daß aber durch den vorgeschlagenen Tarif, vorausgesetzt, daß derselbe nach Lage der Dinge überhaupt durchführbar ist, die Konkurrenz des Asphaltpflasters beseitigt werden wird, dieser Hoffnung wird sich wohl niemand ernstlich hingeben.

Immerhin ist beachtenswert, daß der Gesellenausschuß der Innung, welcher sonst in den meisten Fragen im scharfen Gegensatze zu den Urhebern der Petition steht, sich dem Gesuche angeschlossen hat und namens der Gesellenschaft auch von den Meistern die Einführung des Tarifs verlangt hat. Während die städtische Baudeputation sich bisher zur Sache noch nicht ge-

äußert hat, ist der Vorschlag von der Meisterschaft rundweg abgelehnt worden, mit dem Bedeuten, wenn die Gesellenschaft auf ihrem Verlangen bestände, so würde die Innung unter Aufhebung des Minimallohnsatzes, es den einzelnen Meistern überlassen, die Löhne für ihre Gesellen festzusetzen. Wahrscheinlich wird die Gesellenschaft sich bei diesem Bescheide beruhigen.

Neben dem Asphalt- und dem Holzpflaster kommen für Berlin anderweitige Pflasterarten als Konkurrenz des Steinpflasters bis jetzt nicht in Betracht. So sind z. B. auch mit dem System der sogenannten Pech-Macadamisierung, welches in anderen deutschen Städten mit Erfolg angewandt worden ist, Versuche hier noch nicht gemacht worden.

Die Macadamisierung (so genannt nach dem Schotten Mac Adam, der ihr ums Jahr 1820 zuerst in größerem Umfange zur Anwendung verhalf) charakterisiert sich als ein System von zwei oder drei übereinander gelegten Schotterungsschichten, das durch Aufschüttung von Kies und sorgfältige Überwalzung einen hohen Grad von Festigkeit erlangt. Zuerst mehr auf dem Gebiete des Landstraßenbaues angewendet, wurde sie durch Napoleon III. in Paris in großem Umfange auch in den städtischen Straßenbau eingeführt, wie man sagt, aus Furcht vor den Steinbarrikaden der Revolution. Große Staub- und Schmutzentwicklung waren freilich bei dieser Art des Straßenbaues unvermeidlich. Eine wesentliche Verbesserung war es daher, als man — zuerst in Liverpool — diesen Übelständen durch Anwendung eines Pecheingusses in die Fugen abzuhelfen suchte. In dieser Form hat die Macadamisierung auch in einer Reihe deutscher Städte große Bedeutung erlangt.

So hatte München im Jahre 1892 bei einem Bestande von 24 506 Ar Straßenfläche allein 18 360 Ar Macadam. Auch sonst ist die Chaussierung für städtische Straßen in Deutschland außerordentlich beliebt. Ein großer Teil der Straßen von Frankfurt a. M. ist chaussiert, und ähnlich liegen die Verhältnisse in Düsseldorf, Chemnitz, Straßburg, Barmen u. a. m. Für Berlin ist die Anwendung von Macadamisierung oder sonstiger Chaussierung in absehbarer Zeit nicht wahrscheinlich.

Die folgende Tabelle, welche im Jahre 1882 von Dietrich aufgestellt worden ist, und die Kostspieligkeit der verschiedenen Pflasterungsarten mit einander vergleicht, giebt auch heute noch ein den Verhältnissen ziemlich entsprechendes Bild. Dieser, nach englischen Beobachtungen aufgenommenen Tabelle ist ein Jahres-Verkehr von etwa 100 000 Tons pro Meter Straßenbreite, also ein außerordentlich starker Verkehr, zu Grunde gelegt.

Pflasterungs-art	Neu-bau-preis Mk.	Jahresbetrag für Unterhaltung, Reinigung und Besprengung Mk.	Betrag der Hauptreparaturen und späteren Neubauten Mk.	Jahresabstand dieser Hauptreparaturen resp. Neubauten Jahre	Gesamt-Jahresaufwand pro 1 qm Straßenfläche Formel	Betrag Mk.
Chaussierung	6,00	2,50 + 1,00 = 3,50	—	—	$\frac{6}{25} + 3{,}50$	3,74
Pech-Macadam	6,00	2,00 + 1,00 = 3,00	—	—	$\frac{6}{25} + 3{,}00$	3,24
Kopfsteinpflaster	10,00	0,25 + 0,50 = 0,75	3 + 10 = 13,00	10	$\frac{10}{25} + 0{,}75 + \frac{13}{10}$	2,45
Holzpflaster	14,00	0,50 + 0,40 = 0,90	10,00	8	$\frac{14}{25} + 0{,}90 + \frac{10}{8}$	2,71
Asphaltpflaster	16,50	1,00 + 0,50 = 1,50	—	—	$\frac{16{,}5}{25} + 1{,}50$	2,16
Bestes Steinpflaster	20,00	$\frac{0{,}10 + 0{,}20}{2} + 0{,}40 = 0{,}55$	4 + 15 = 19	16	$\frac{20}{25} + 0{,}55 + \frac{19}{16}$	2,54

5. Ergebnis.

Die gegenwärtige Lage des Berliner Steinsetzergewerbes ist im ganzen betrachtet keine ungünstige.

Seit dem Beginn des vorigen Jahrhunderts in Berlin heimisch geworden, hat dieses Gewerbe eine eigentliche Blütezeit erst in den letzten Jahrzehnten, etwa seit dem Jahre 1875 erlebt. Während bis dahin die Zahl der lebensfähigen Betriebe nur langsam gestiegen war, wuchs sie seit dieser Zeit in schnellem Maße. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen in dem Anwachsen Berlins zur Weltstadt, dem dadurch hervorgerufenen großen Bedarf an Pflasterarbeiten, und den gleichfalls damit zusammenhängenden, steigenden Ansprüchen an die Beschaffenheit des Pflasters.

Da die Veränderungen in der Technik des Steinstraßenbaues eine Veränderung der Technik des Handwerks selber nicht nach sich zogen, da vielmehr das Handwerkszeug im Wechsel der Zeiten ziemlich unverändert dasselbe geblieben ist, insbesondere auch die Verwendung von Maschinen bis auf den heutigen Tag gänzlich ausgeschlossen blieb, so haben sich die mittleren und kleinen Betriebe dem Großbetriebe gegenüber vollständig lebensfähig erhalten. Das Vorhandensein eines größeren Betriebskapitals ermöglicht

zwar, den Betrieb im Umfange auszudehnen und schafft bei großen Unternehmungen dem Besitzer eines solchen Kapitals die sonstigen Vorteile des Großbetriebs; auf dem Gebiete der kleinen Privatkundschaft aber vermag der Großbetrieb die Konkurrenzfähigkeit des mittleren und auch des kleinen Betriebes bis jetzt nicht in Frage zu stellen. Bei gleichen Arbeitsbedingungen steht ihm hier als Hindernis entgegen, daß er seine Arbeitskräfte nicht auf wenige Punkte konzentrieren kann und daher mangels ausreichender Beaufsichtigung mit einer größeren Arbeits- und Material-Verschwendung rechnen muß.

Die socialen Verhältnisse der Meister sind durchweg befriedigende. Die Lage der Gehilfen und Arbeiter läßt zwar zu wünschen übrig, ist aber, an den Verhältnissen der meisten anderen Gewerbe gemessen, gleichfalls als eine günstige zu bezeichnen. Einen Schatten auf dieses Bild wirft nur der Übelstand der Saisonarbeit und die Arbeitslosigkeit.

Die Stellung der Innung ist in diesem Gewerbe noch durchaus eine beherrschende; bezeichnend hierfür ist das von der Berliner Stadtverwaltung geübte, fast ausschließlich auf die Innungsmeister beschränkte Submissionsverfahren. Ein reges Innungsleben und das Überwiegen der mittleren Betriebe weist auch hier auf gesunde Verhältnisse hin.

In der Entwicklung des Gewerbes ist aber seit kurzem, zunächst wenig bemerkbar, ein Stillstand eingetreten. Die Thätigkeit der Stadt Berlin auf dem Gebiete des Straßenbaues hat nach Jahrzehnte langer überreicher Arbeit heute doch einen gewissen Abschluß erreicht, und das Absatzgebiet des Steinsetzergewerbes hat dadurch ohne Zweifel schon jetzt eine gewisse Schmälerung erfahren.

Als eine sehr ernste und drohende Gefahr aber hat sich noch in den letzten Tagen die Konkurrenz des Asphaltpflasters gezeigt. Dieselbe wird selbst in Fachkreisen noch vielfach unterschätzt; sie ist in der That bedenklich und läßt einen tröstlichen Ausblick auf die weitere Entwicklung des Berliner Steinsetzergewerbes nicht zu. Gegen diese Gefahr werden weder Zwangsinnung noch Befähigungsnachweis, so sympathisch man wenigstens dem letzteren gerade bei dem Steinsetzergewerbe gegenüberstehen kann, etwas helfen, und auch der von der Gehilfen- und Arbeiterschaft vorgeschlagene Arbeitstarif wird dieselbe nicht abwenden.

VIII.

Die Berliner Buchbinderei.

Von

Arthur Spiethoff.

1. Geschichtliches.

Die Gründung der Berliner Buchbinder-Innung fällt in das Jahr 1595, also beinahe $1^1/_2$ Jahrhunderte nach Guttenbergs Kulturthat[1]. Der Binder des Ende des 14. Jahrhunderts angelegten Berliner Stadtbuches[2] ist unbekannt; auch weitere 120 Jahre hindurch wird kein Buchbinder genannt. Im Jahre 1518 erhält der erste in Berlin urkundlich nachweisbare Buchbindermeister das Bürgerrecht. Bevor jedoch der zweite Buchbinder Bürger wurde, that sich 1540 die erste Berliner Buchdruckerei auf. Ihr folgten 1545—1591 sechs Buchbindermeister. Erst 1595 traten die in Berlin und Cölln ansässigen Meister, an Zahl 4 oder 5, zu einer Innung zusammen, stellten Statuten auf und ließen dieselben vom Rate bestätigen.

Schon vor dieser Zeit betrieben die Buchbinder den Handel mit Büchern, besonders gebundenen, gemalten Briefen, Spielkarten und vielleicht auch weißem Schreibpapier; wenigstens sagt Krünitz in seiner ökonomischen Encyklopädie, daß die Buchbinder seit langem neben dem Monopol für den Verkauf gebundener Bücher auch das für Schreibpapier beanspruchen.

---

[1] Die Geschichte der Berliner Buchbinder-Innung während zweier Jahrhunderte (1595—1797), aus den Akten der Innungslade zusammengestellt von P. Richter, Berlin 1882. Dieses Büchlein liegt den Angaben über die Innung zu Grunde. Die Materialien für das 19. Jahrhundert verdanke ich der liebenswürdigen Vermittlung desselben Herrn.

[2] Berliner Stadtbuch. Neue Ausgabe 1883, S. XIV.

Eine der ersten Thaten der jungen Innung war das Vorgehen derselben gegen den (unberechtigten) Bücherverkauf von Handelsleuten und Hausierern; sie stellte 1597 dem Kurfürsten Johann Georg die Angelegenheit vor und erhielt im Juli dieses Jahres ein Privileg, welches das Recht des Bücherverkaufes bestätigte und landesherrlich zu schützen versprach.

Gefährlicher jedoch als der Bücherverkauf fremder Händler wurden der Innung ihre eigenen Mitglieder. Die Statuten sollen unklar gewesen sein und Uneinigkeiten veranlaßt haben; diese letzteren erstreckten sich, wie es scheint, auch auf die Ansprüche der einzelnen Mitglieder an das Innungsvermögen und führten zu einem plötzlichen, unfreiwilligen Ende, weil eines der Mitglieder mit dem baren Gelde verschwand.

Die drei zurückgelassenen Meister einigten sich jedoch zu einem neuen Statut, welches unter dem Beistande eines Notars aufgesetzt wurde und im Gegensatz zu dem ersten noch erhalten ist.

Wer Meister werden wollte, mußte von ehrlicher Geburt, unverheiratet und unverlobt sein. Als technische Vorbildung wurde verlangt: 1. Dreijährige Lehrzeit bei einem ehrlichen Meister. 2. Vierjähriges Wandern. Wer diese Vorbedingungen erfüllen konnte, hatte am Quartal vor versammelten Meistern öffentlich um Aufnahme in die Innung zu bitten. Nachdem dies an drei Quartalen geschehen, hatte der Geselle noch ein Jahr in der Werkstatt eines Berliner Meisters zu arbeiten, um gewissermaßen in die Funktionen eines Meisters allmählich hineinzuwachsen. Nachdem dies sogenannte Mutjahr erledigt und die Innung gegen die Frauensperson, welche der künftige Meister zu freien gedachte, nichts einzuwenden gefunden hatte, konnte das Meisterstück in Angriff genommen werden, welches innerhalb acht Tagen in Gegenwart von zwei Schaumeistern gefertigt werden mußte.

Das Meisterstück bestand aus:

1. einer Median-Bibel in Brettern, mit weiß Schweineleder überzogen, in folio;
2. einer Kosmographia auch in Brettern und weiß Schweineleder in folio;
3. einem deutschen Testament in oktavo gleicher Gestalt in Brettern und rot Leder vergult;
4. vier partes in lohgar gelb Leder;
5. einem Bethbuch in quarto in Pappen.

War das Meisterstück in der vorgeschriebenen Zeit zur Zufriedenheit

ausgefallen, so suchte der Geselle unter Überreichung des Gebetbuches (Nr. 5 des Meisterstückes) an den Rat das Bürgerrecht nach.

Wurde das Meisterstück nicht rechtzeitig fertig oder für nicht genügend befunden, so mußte er noch ein Jahr wandern, bevor er sich wieder bei der Innung melden konnte; hatte aber auch dann wieder von neuem zu muten.

Das Meisterwerden war mit folgenden baren Abgaben verknüpft:

1. Bei der ersten Meldung	—	Thlr 5	Gr.
2. An 3 Quartalen je 5 Gr. . . .	—	= 15	=
3. An 3 Quartalen je 6 Gr., wer keine Frau aus der Innung freien wollte	—	= 18	=
4. Nach erlangtem Bürgerrecht an die Innung	6	= —	=

Hierzu kam „je ein Stübchen Bier", welches er den beiden Schaumeistern spendete, und eine Tonne Bernauisch Bier, durch welche er sich als Jungmeister zur vollkommenen Meisterschaft einkaufte. Während die Meister an dieser Tonne tranken, mußte er sie selbst wie auch ihre Familien beköstigen.

Daß alle diese Erfordernisse in der Hauptsache Absperrungsmaßregeln waren, geht daraus hervor, daß Meisterssöhne oder diejenigen Gesellen, welche Meisters=Witwen oder =Töchter freien wollten, wesentliche Erleichterungen erhielten.

Der Lehrling sollte 4 Jahre lernen, konnte sich aber, wenn er nach 3 Jahren schon die gehörige Geschicklichkeit erlangt hatte, vom letzten Jahr durch Zahlung von 6 Thlrn. an seinen Meister loskaufen. Hatte er ausgelernt, so mußte er der gesamten Meisterschaft mit ihren Frauen und Kindern drei Gerichte einschließlich Butter und Käse, sowie eine Tonne Berlinisch Bier überantworten. Auch hier hatten die Meisterssöhne Erleichterungen; ihre Lehrzeit betrug nur 2 Jahre, wofür sie 1 Thlr. 8 Gr. an die Innung zahlten.

Obwohl die Innung nur von 1689—1702 geschlossen und nur vom Jahre 1767—1784 die Zahl der neu aufzunehmenden Meister auf einen pro Jahr beschränkt wurde, so erhellt doch aus vorstehendem, daß die geschaffenen Erschwernisse kräftig genug waren, einen unerwünschten Zuzug fern zu halten.

Um die Ausdehnung der einzelnen Betriebe zu beschneiden, war bestimmt, daß niemand mehr als eine Bude besitzen dürfe, mit Ausnahme der Jahrmarktszeit, in welcher 2 Buden nebeneinander erlaubt waren. Ebenso durfte der Meister nur einen Gesellen und zwei Lehrlinge oder einen Lehrling und zwei Gesellen beschäftigen. Die Buden, wie auch das Umher=

ziehen auf Jahrmärkten deuten darauf hin, daß der Handel bei den Buchbindern eine erhebliche Rolle spielte.

Die Arbeitszeit währte von 4 Uhr morgens bis 8 Uhr abends im Sommer und von 5 Uhr morgens bis 9 Uhr abends im Winter. Vier gute Montage waren bewilligt; wer mehr nahm, büßte dafür mit einem Wochenlohn.

Das Statut, dem diese Bestimmungen entnommen sind, bestand bis 1681, wo es erheblich verschärft wurde. Die Zwischenzeit ist durch innere und äußere Kämpfe ausgefüllt, besonders wieder durch Streitigkeit mit Händlern, welche Bücher verkaufen. Der Erfolg war geteilt; während die Innung 1606 ein obsiegendes Urteil des Kammergerichtes erstritt, war ihr 75 Jahre später dasselbe nicht mehr möglich. Was ihr auf dem Wege Rechtens nicht zugestanden wurde, suchte sie sich jetzt selbst zu verschaffen; sie weigerte sich, dem besonders verhaßten Buchhändler in Zukunft Bücher zu binden. Ein etwaiger Strikebrecher sollte als nicht mehr zur Innung gehörig betrachtet werden; die Gesellen erklärten sich mit den Meistern solidarisch und wollten den in Verruf erklären, welcher bei dem Buchhändler oder seinem Lieferanten arbeiten würde. Diese Maßregel erwies sich aber als vergeblich, denn es fand sich ein Meister, welcher mit seinen beiden Söhnen dem Buchhändler die Arbeiten anfertigte.

Die Ausübung des Verrufes brachte der Innung eine Klage des ausgestoßenen Meisters beim Kammergericht ein, welche sich selbst dann nicht mehr rückgängig machen ließ, als eine Versöhnung eintrat. Jeder Meister wurde zu 4 Thlr. Strafe verurteilt, weil er sich dem Strike angeschlossen. Dem Strikebrecher wurde für seine die Ordnung rettende That die Strafe auf 2 Thlr. ermäßigt, jeder Geselle sollte ebenfalls 2 Thlr. bezahlen.

An eine Bestrafung der Selbsthilfe hatte niemand gedacht; darob große Bestürzung und Gnadengesuch an den Kurfürsten wegen des „unverschuldeten Unglücks“. Dieses Vertrauen erwies sich als gerechtfertigt, denn der Kurfürst hob die Strafe auf.

Im Jahre 1650 errichtete der Große Kurfürst die Bibliothek, deren Arbeiten jedoch einem eigens hierfür nach Berlin berufenen Spandauer Meister übertragen wurden. Inzwischen hatte sich Berlin-Cölln um die beiden Städte Friedrichswerder und Dorotheenstadt vergrößert, und es mußten die Statuten so eingerichtet werden, daß die in den Vorstädten ansässigen Meister in die Innung aufgenommen werden konnten.

Auch andere Bestimmungen wurden revidiert und meist zu noch größeren Absperrungsmaßregeln erhoben. Das Meisterstück wurde erheblich erschwert; während bis dahin solide Bände genügt hatten, verlangte man jetzt Kunstwerke, zu deren Anfertigung allerdings 14 Tage Zeit gewährt

wurden. Gesellen, welche in der Innung freiten, machten von den fünf verlangten Büchern des Meisterstückes nur zwei, Meisterssöhne nur eines. Besondere Abänderungen erfuhr das Gesellen- und Lehrlingswesen. Der Gesellenwochenlohn betrug für eine Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis 9 Uhr abends im Sommer und 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends im Winter 12 Groschen. Aus den vier guten Montagen wurden deren zwei. Die Gesellen sollten nicht 14 Tage vor dem Jahrmarkt oder hohen Festen entlassen werden, „um sie in dieser Zeit vor Arbeitslosigkeit zu schützen"; andererseits waren sie auch gehalten, in der gleichen Zeit die Arbeit nicht zu verlassen. Wer die Arbeit bei einem Berliner Meister niederlegte, mußte 8 Wochen wandern, ehe er wieder eingestellt werden konnte. Das Aufwiegeln der Gesellen gegen den Meister oder Abwendigmachen derselben sollte mit 1 Thlr. bestraft werden, ebenso das Aufstellen von Gesellen und Lehrlingen vor der Ladenthür zum Zwecke des Anrufens der Kunden oder Käufer. Derjenige Meister, welcher keine Lehrlinge hielt, durfte 3 Gesellen beschäftigen.

Das alte Statut hatte 6 Thlr. festgesetzt als Abstandsgeld, welches der Lehrling für Erlaß des letzten Lehrjahres zahlte; jetzt wurden 12 Thlr. Lehrgeld, 4 Jahre Lehrzeit, für schwächliche oder unvermögende sogar 6 Jahre verlangt.

Das Festessen auf Kosten des neuen Gesellen wurde beibehalten, jedoch mit der Maßgabe, daß die Zahlung von 6 Thlrn. davon befreite. Die Erleichterung für den Meisterssohn blieb bestehen. Andere Erschwerungen, welche die Innung gewünscht hatte, wurden vom Landesherrn nicht genehmigt.

Die durch den Tod des Großen Kurfürsten nötig gewordene Neubestätigung der Privilegien wurde benutzt, um sich von neuem mit den verhaßten Buchhändlern auseinanderzusetzen. Der Streit dauerte bis 1697 und endete mit der Entscheidung, daß der Handel mit ungebundenen Büchern und Kupferstichen ausschließlich den vier Buchläden, die gebundenen Bibeln, Schulbücher und geringeren Gebetbücher aber den Buchbindern zu überlassen seien; andere gebundene Bücher blieben neutrales Gebiet. Gelegentlich dieser Neubestätigung erhielten auch die Statuten einzelne Abänderungen, namentlich verschärfte man die Verordnungen über das Gesellenwesen; entsprechend der Tendenz zur Geldwirtschaft wurden die Festschmausereien aufgehoben und alle derartigen Leistungen in Geldabgaben umgewandelt.

In diese Zeit fallen auch die bereits erwähnten 12 Jahre der Schließung (von 1689—1702). Im Zusammenhang damit steht vielleicht

eine im Jahre 1692 eingetretene Änderung der Statuten, nach welcher der Maximal-Umfang der Betriebe auf 4 Personen, nämlich 3 Gesellen und 1 Lehrling oder 2 Gesellen und 2 Lehrlinge, erweitert wurde.

Am 11. März 1704 wurde vom Landesherrn die Errichtung einer Miliz angeordnet; auch die Innungen mußten dazu beitragen, und zwar hatten sie für je zehn Meister einen Mann zu stellen; eine Verordnung, welche man auch wohl zu benutzen suchte, um unliebsame Anwärter auf das Meisterrecht kalt zu stellen.

Daneben liefen mit mehr oder weniger Erfolg eigentlich immer Streitigkeiten mit Gesellen, welche die Innung nicht zu Meistern machen wollte, oder Prozesse mit Refugiés oder Angehörigen deutscher Kleinstaaten, welche auf das ihnen bewilligte Recht der Handwerksfreiheit fußten und außerhalb der Innung zu „pfuschen" suchten.

Unter Friedrich Wilhelm I. hörten diese Reibereien auf; er gab der Innung so viel zu thun und paßte ihr so auf die Kreide, daß Lust und Zeit für Prozesse vergingen. Die Innungsetats, welche sich gewöhnlich durch besondere Ausgaben für Bier ausgezeichnet hatten, wurden jetzt von einem Königlichen Kommissar überwacht, der dafür sorgte, daß stets ein kleiner Ueberschuß blieb, obwohl nicht selten außerordentliche Ausgaben, wie Beiträge zur Pest- und Werbekasse, zu bestreiten waren.

Im Jahre 1713 wurde der erste Etuismacher, freilich erst durch ein Machtwort des Königs, in die Berliner Innung aufgenommen.

Anschließend an die Reichsverordnungen von 1731 nahm Friedrich Wilhelm 1734 eine Reorganisation der Zunftordnung vor. Während bis dahin alle Neuverordnungen erhöhte Absperrungsmaßregeln bedeuteten, beginnt mit 1734 das entgegengesetzte System, welches 1808 in der Aufhebung der obligatorischen Innung seinen Höhepunkt erlangt.

Mylius teilt im „Corpus constitutionum Marchicarum" Band 5, Abteilung 2 unter Nr. 28 das „General-Privilegium und Gülde-Brief des Buchbinder-Gewerbes in der Chur- und Mark Brandenburg dies- und jenseits der Oder und Elbe, insonderheit des kombinierten Buchbinder-Gewerbes in Berlin, de dato Berlin, den 24. Dezember 1734" mit, aus dem nur die den Buchbindern eigentümlichen Bestimmungen hier folgen.

Zunächst werden die Mutjahre aufgehoben und nur für den, welcher über sein Wohlverhalten kein Zeugnis beibringen kann, eine halbjährige Probezeit festgesetzt. Das Meisterstück wird auf drei Bücher herabgesetzt und soll nicht mehr vor einer Kommission, sondern in der Werkstatt eines Meisters und in Gegenwart desselben verfertigt werden. Alle Schmausereien, welche früher damit verbunden waren, werden verboten. Das Meisterstück soll

nur wegen wirklicher Hauptfehler zurückgewiesen werden können; für Streitigkeiten in dieser Beziehung wird der Magistrat als Schiedsrichter eingesetzt. Das Meisterstück soll angenommen oder ganz verworfen werden; etwaige Fehler oder gar Teile des Meisterstücks dürfen nicht mehr durch Geld abgekauft werden. Zwischen Fremden und Einheimischen, Meisterssöhnen und denen, welche Meistersfrauen oder -Töchter heiraten, wird jeder Unterschied aufgehoben. Wer in einer andern Buchbinder-Innung bereits Meister gewesen war, muß ohne Meisterstück aufgenommen werden. Die Aufnahme darf insgesamt nicht mehr als 10 Thaler kosten. Es soll genau darauf gesehen werden, daß keiner zum Gewerk zugelassen wird, der nicht die vorgeschriebene Tüchtigkeit besitzt, und daß keinem Untüchtigen die Heirat mit einer Meisterswitwe oder, daß er eines Meisters Sohn sei, zu statten komme. Jedem Meister wird freigestellt, soviel Gesellen und Lehrlinge zu halten, wie er für seine Arbeit nötig hat.

Den Gesellen wird die Lade, die schwarze Tafel und dergleichen sehr gemißbrauchte Dinge samt Gesellenbüchern und Siegeln im ganzen Lande weggenommen und dergleichen für die Zukunft verboten. Dem Meister wird eine Lade zur Aufbewahrung der Schriftstücke und Gelder gestattet. Jedoch werden alle altväterlichen und abergläubischen Ceremonien damit untersagt.

Was den Verkehr mit der Kundschaft betrifft, so soll Auftraggebern von ihren Materialien und Büchern nichts entwendet und anderweit verkauft werden. Die Anfertigung der Waren soll nicht in die Länge gezogen werden. Bei Strafe wird verboten, anderen Meistern Arbeit oder Gesellen abwendig zu machen. Auch das Anreißen vor den Ladenthüren wird verboten und das Halten einer Bude neben einer Verkaufsstätte im Hause untersagt. Kein Meister soll den Käufer im Preise übervorteilen; aufs schärfste wird verboten, daß sich einzelne Meister oder das ganze Gewerk heimlich unter einander bereden, ihre Arbeit auf einen höheren Preis zu setzen als sonst gebräuchlich, und diejenigen, so die Bücher wohlfeiler binden, für anstößig zu halten. Es steht einem jeden Meister frei, seine Arbeit, so wohlfeil er will, zu verfertigen.

Den Meisterwitwen bleibt das alte Recht, die Geschäfte ihres Mannes weiter fortzusetzen.

Der Lehrling soll nicht angenommen werden, bis er schreiben, deutsch und etwas lateinisch lesen und wenigstens die fünf Hauptstücke aus dem Katechismus kann, es wäre denn, daß der Meister ihn während der Lehrjahre wöchentlich 4 Stunden, so lange bis der Junge es gelernt, zur Schule schicke.

Eine achttägige Kündigungsfrist gilt für Gesellen und Meister. Den Gesellen ist erlaubt, mit Wissen des Altmeisters zwei Altgesellen zu wählen, die in nötigen Fällen für sie sprechen. Das Aufwiegeln der Gesellen wird besonders verboten und die Altgesellen dafür verantwortlich gemacht. Auflagen sind auch ferner gestattet, damit ein kleiner Geld-Vorrat vorhanden sei, woraus kranken und notdürftigen Gesellen unter die Arme gegriffen werden könne. Die Kasse steht unter gemeinsamer Verwaltung des Altmeisters und der Altgesellen und wird vom Altmeister aufbewahrt.

Den Meistern wird aufgegeben, sich mit den Gesellen über Lohn, Arbeitszeit und Beköstigung so gut sie können zu verständigen; es sind also Taxen zum Nachteile der letzteren ausgeschlossen.

Friedrich Wilhelm ließ es sich auch angelegen sein, die Innung zur Unterstützung allgemeiner Interessen und zur Verwirklichung seiner besonderen Pläne heranzuziehen. So wurde 1731 der Innung aufgetragen, gemeinsam mit den Pergamentenmachern auf das im gleichen Jahre zum ersten Male herausgekommene „Berliner Intelligenzblatt" zu abonnieren, was einen Kostenaufwand von jährlich 4 Thalern erforderte. 1734 wurde der Innung in der Friedrichstadt ein Bauplatz überwiesen mit dem Befehl, denselben zu bebauen. Aber die Innung mußte zu diesem Zwecke Schulden machen und außerdem von jedem neu eintretenden Meister eine besondere Abgabe von 6 Thalern erheben.

Anfangs des Jahres 1740 trat die Innung wieder mit neuen Absperrungsmaßregeln vor den König, die sie genehmigt haben wollte.

Das Meisterstück wollte man dadurch erschweren, daß die Bibel in selbstgefärbtem, rotem Leder gebunden und mit krummen Fileten, Goldschnitt sowie guten Klausuren verziert sein sollte. Die Lehrjahre sollten auf 4, die Wanderjahre auf 5 erhöht werden, das Meistergeld wollte man verdoppeln. Friedrich Wilhelm selbst nahm zu diesen Forderungen keine Stellung mehr; erst sein großer Sohn erledigte dieselben, indem er die gewünschte Ausstattung des Meisterstücks bestätigte, die anderen Erschwernisse aber ablehnte.

Nach dem siebenjährigen Kriege trat ein außerordentlicher Andrang zur Innung ein, jedoch genügte die vorhandene Nachfrage nicht, um dauernd die noch wachsende Zahl der Meister zu beschäftigen. Die Innung wurde deshalb wieder wegen Schließung vorstellig. Der Magistrat schlug vor, nur alle 2 Jahre einen Gesellen zur Meisterschaft zuzulassen, und der König kam diesem Vorschlage soweit entgegen, daß er 1767 die Zahl der jährlich aufzunehmenden Meister auf einen festsetzte.

Bis zum Jahre 1778 hatte sich durch die verfügte Maßregel die Zahl

der Betriebe gegen 1767 nur um neun vermindert (von 49 auf 40 Betriebe), was der Innung Veranlassung gab, von neuem die Schließung zu beantragen. Der König lehnte jedoch nicht nur weitere Ausnahmegesetze ab, sondern hob sogar die Beschränkung aus dem Jahre 1767 auf.

Im folgenden Jahre scheint urkundlich das erste Mal vom Papierverkauf der Buchbinder die Rede zu sein und zwar bei einem Angriff, den die Kaufmannschaft, vornehmlich die Materialisten, gegen die Buchbinder richteten. Die Krämer hatten ein Dokument von 1715 entdeckt, welches ihnen den Papierhandel erlaubte und sie jetzt lüstern machte, denselben als Monopol zu gewinnen. Der König entschied jedoch, daß der Papierhandel ein altes Handwerksrecht der Buchbinder sei, und daß den Materialisten in ihrem Privileg der ausschließliche Papierhandel nicht zugestanden sei.

Die ganze Regierungszeit Friedrich Wilhelm II. ist wieder mit Bitten der Innung um Beschränkung der Meisterzahl ausgefüllt, ohne daß jedoch irgend etwas erreicht worden wäre. Friedrich Wilhelm III. nahm ihr dann die letzte Hoffnung, indem er dekretierte, die Innung sei gänzlich und für immer abzuweisen.

Nach diesen Mißerfolgen griff die Innung dazu, die ihr zustehenden Absperrungsmaßregeln schärfer anzuwenden. Im Jahre 1787 wies sie das erste Mal einen Gesellen wegen mangelhaften Meisterstücks zurück, und dies scheint sich dann mehrfach wiederholt zu haben. In Verbindung damit steht es wohl, daß im Jahre 1800 dem Magistrat ein Verzeichnis derjenigen Mängel eingereicht wurde, welche als Hauptfehler angesehen werden sollten. 1805 folgte eine Neuordnung des Meisterstücks unter Herabsetzung der Ansprüche.

Die in der Gegenwart einen ziemlichen Raum einnehmenden Beschwerden gegen Lehrer, welche Schulhefte und Bücher verkaufen, finden sich schon im Jahre 1806. Eine Petition an den Magistrat um Abschaffung des Uebelstandes wurde mit der Begründung abgelehnt, daß gegen die Lehrer nur dann vorgegangen werden könne, wenn sie die Bücher selbst bänden oder durch Unberechtigte binden ließen.

Die Kriegsjahre gingen nicht spurlos an der Innung vorüber. Die Zahl der zuwandernden Gesellen ging auf die Hälfte herab, ja es mußten sogar Meister auf die Wanderschaft gehen. Auch von Kriegs-Kontributionen blieb die Innung als solche nicht verschont. Im Jahre 1808 hatte sie eine solche von 100 Thalern zu bezahlen, für die sie die Mittel vom Obermeister borgen mußte.

Die jetzt folgenden eingreifenden Gesetzesänderungen bewirkten zwar nicht die Auflösung der Innung, wohl aber ein Nichtbeitreten der neuen

Meister die sich nur bei der Ortsbehörde anzumelden und einen Gewerbeschein zu lösen hatten. Im Jahre 1821 bestand die Innung aus 48 Meistern und 5 Witwen, während im ganzen über 80 selbständige Betriebe in Berlin vorhanden waren.

Das Interesse für die Innung starb in der Folgezeit beinahe ganz ab; von 1826—1854 wurden überhaupt keine Beiträge erhoben. Die Innung deckte ihre Ausgaben durch Ein- und Ausschreibegelder der Lehrlinge und durch Gebühren der noch neu eintretenden Meister. 1825 und 1826 schieden 2 Mitglieder aus, weil man an sie das Ansinnen richtete, ein Innungsamt anzunehmen. Die Gesellenherberge bestand nach wie vor weiter.

Gelegentlich der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm IV. meldeten sich 107 bisher nicht zünftige Meister zum Eintritt, welche nach Verhandlungen mit dem Magistrat gegen Zahlung eines ermäßigten Eintrittsgeldes von 10 Thalern aufgenommen wurden; innerhalb eines Jahres sollten sie außerdem ein nach eigener Wahl gefertigtes Meisterstück nachliefern. Die Innung kam dadurch in den Besitz eines seit langer Zeit unerhörten Kassenbestandes und konnte sich bei dem bald darauf stattfindenden feierlichen Einzuge des Königs in hervorragender Weise beteiligen. Die großen Einnahmen wurden im folgenden Jahre zur Gründung einer noch heute bestehenden Sterbekasse benutzt, welche die Innung mit 500 Thalern dotierte. 1844 bestand die Innung aus 120 Meistern, während 1843 Berlin im ganzen 282 selbständige Buchbindereibetriebe hatte.

Das Jahr 1845 brachte die neue Gewerbeordnung und mit ihr die Wiedereinführung eines indirekten Zunftzwanges; denn nach ihr durften nur die durch eine Prüfung in die Innung aufgenommenen Meister Lehrlinge halten, wenn sie es nicht vorzogen, ihre Befähigung zur Lehrlingsausbildung anderweit nachzuweisen. Die Aufnahmeverhandlungen mit den nichtzünftigen Meistern zogen sich bis zur Novelle von 1849 hin, welche den Gewerbebetrieb nur den Angehörigen der Innung gestattete, oder aber den Nachweis der Befähigung vor einer Prüfungskommission verlangte. Nach längeren Auseinandersetzungen nahm die Innung um die Wende des Jahres 1849 128 Meister gegen ein Gesamteintrittsgeld von 400 Thalern auf. Im Laufe des Jahres 1850 gründete sie eine Darlehnskasse mit einem Stammkapital von 100 Thalern, welches in Beträgen von 10 Thalern an die Mitglieder ausgeliehen wurde. Die Führung der Geschäfte lag allein in den Händen des Obermeisters, der selbständig über die Kreditgesuche entschied. Die Darlehen sollten nach einem halben Jahr zurückgezahlt und während der Zeit der Name des Entleihers geheim gehalten werden. Auf nicht pünktliche Rückzahlung stand als Strafe die Veröffent-

lichung des Namens des säumigen Schuldners. Wie bei derartigen Bestimmungen nicht anders zu erwarten, wird die Kasse schon vom Jahre 1852 ab nicht mehr erwähnt. Nur ein Bruchteil der ausgeliehenen Gelder kam wieder ein.

Der Gewerberat, welcher die Ausführung der neuen Gewerbegesetze überwachen sollte, entschied 1852, daß die Etuis- und Lederarbeiter nicht unter die Buchbinder zu zählen, sondern als Mitglieder freier Gewerbe anzusehen seien. Das neue Statut auf Grund der veränderten Gesetzesbestimmung erschien 1853. 1856 wurde ein Anlauf zu einer Fachschule gemacht, ebenso 1862 der zu einer Krankenkasse. Die Innung war nicht mehr in der Lage, das Interesse ihrer Mitglieder wach zu erhalten, so daß die Wiedereinführung der Gewerbefreiheit 1869 eigentlich nur die gesetzliche Sanktion des bereits bestehenden Gefühls der Nichtzusammengehörigkeit bedeutete. Man hielt es nicht einmal für nötig, das Statut den neuen gesetzlichen Bestimmungen anzupassen. Das Jahr 1873 brachte gelegentlich eines 25 jährigen Meisterjubiläums die Gründung einer Unterstützungskasse. Es wurde ein Kapital von 700 Thalern gestiftet, durch dessen Zinsen hilfsbedürftige Innungsmeister oder deren Witwen unterstützt werden sollen. Die Unterstützungskasse besitzt heute ein Kapital von 17 000 Mk.

1880 bildete sich ein Verband deutscher selbständiger Buchbinder und Fachgenossen, welcher sich aus Innungen und solchen Meistern zusammensetzt, an deren Wohnort keine Innung besteht. Auch die Berliner Innung ist Mitglied dieses Vereins, welcher später den Namen „Innungs-Verband, Bund deutscher Buchbinder-Innungen“ annahm und 1890 die Rechte einer juristischen Person erhielt. Der Verband bemüht sich, die gemeinsamen Interessen der Buchbindermeister wahrzunehmen, giebt hierfür eine Fachzeitschrift heraus und hält alljährlich einen Verbandstag ab. Das Gesetz vom 18. Juli 1881 brachte der Innung unter dem 22. Oktober 1883 ein neues Statut; den § 97 a, 4 betreffend die Errichtung selbständiger Geschäftsbetriebe benutzt sie nicht.

Seit 1884 läßt die Innung ihre Lehrlinge wieder Gesellenstücke anfertigen. Im gleichen Jahre betrug die Zahl der Mitglieder 400, während sie gegenwärtig auf ungefähr 350 zurückgegangen ist. Außer der bereits erwähnten Sterbekasse, besteht in der Innung eine Krankenkasse, eine Unterstützungskasse, ein Arbeitsnachweis und ein Innungsschiedsgericht. Die Krankenkasse gewährt 13 Wochen hindurch je 9 Mk. Krankengeld bei einem Beitrag von monatlich 75 Pf.; den Gedanken, auch die Krankenversicherung der Gesellen in die Hand zu nehmen, hat man wieder aufgegeben. Das Innungsschiedsgericht hatte im vergangenen Berichtjahr

20 Streitfälle zwischen Meistern und Gesellen zu erledigen. Jeder nach Berlin zureisende Geselle, welcher bei einem Innungsmitgliede gelernt hat, oder zuletzt bei einem solchen in Arbeit war, erhält von der Innung ein sogenanntes Geschenk in Höhe von 1 Mk.

Unter den Mitgliedern der Berliner Buchbinder-Innung, namentlich in ihrem Vorstande, ist nicht nur ein großer Teil guter Wille, sondern auch Aufopferungsfreudigkeit und Sachkenntnis vorhanden. Die Früchte dieser Eigenschaften würden noch zahlreicher sein, wenn bessere Bedingungen für ihre Entfaltung vorlägen.

Mit einer Ausnahme gehören alle angesehenen Betriebe der Innung an; ebenso sind sämtliche achtzehn Buchbinder, die auf der „Berliner Gewerbeausstellung 1896" vertreten sein werden, Innungsmitglieder.

2. Die Specialisierung des Betriebs.

Bis 1808 fällt die Geschichte der Berliner Buchbinderei mit derjenigen der Innung zusammen. In der ersten Hälfte des Jahrhunderts beginnt eine weitergehende Specialisierung. Während die Pergamentmacher den Buchbindern lange vorausgingen, finden wir Etuismacher erst im Anfang des achtzehnten Jahrhunderts. 1801 [1] gab es in der Berliner Futteralmacherei insgesamt 16 Arbeiter. Die Bezeichnung Futteralmacher ist heute ausgestorben. Diese Handwerker waren aber nicht Kartonmacher, sondern Etuismacher; die Herstellung reiner Pappkartons lag noch in den Händen der Buchbinder.

Im Jahre 1806 erhalten wir Kunde von der ersten Brieftaschen- und Lederwarenfabrik. Ein bis dahin in einer Brieftaschen-, Lederwaren- und Reiseeffektenfabrik thätig gewesener Geselle bittet nämlich den König, ihm das Bürgerrecht umsonst verleihen zu wollen. Schon für 1801 giebt Bratring 33 Arbeiter in Brieftaschenfabriken an.

Im Jahre 1820 wird die erste Fabrik für Briefumschläge begründet. 1843 führt die preußische Fabriktabelle für Berlin drei einschlägige Großbetriebe von unerwarteter Ausdehnung an: 1 Galanteriewarenfabrik mit 200 männlichen Arbeitern, 1 Papierwarenfabrik mit 300 männlichen Arbeitern und 1 Papp- und Papierwarenfabrik mit 10 Männern und 20 Frauen. Für das nächste Erhebungsjahr 1846 fehlen Zahlen, obwohl eine Rubrik: „Bildmalerei, Buntpapier, Visitenkarten, Kartonnage, Porte-

[1] Bratring, Statistisch-topographische Beschreibung der Mark Brandenburg, Berlin 1809.

feuille=Goldbortenleisten=Fabrik" eingerichtet ist. Für 1849 sind unter derselben Rubrik, die noch um „Strick= und Stickmuster" verstärkt ist, 12 Betriebe mit nur 76 Männern und 9 Frauen aufgeführt.

Die Zahlen selbst scheinen ziemlich zweifelhaft; interessant ist jedoch, daß es zu jener Zeit bereits größere Betriebe für die angeführten Specialartikel gab.

Das erste Album zum Einstecken von Photographien wurde Anfang der 50er Jahre gefertigt; einige Jahre später bildeten sich Specialisten für diesen Artikel, in dem Berlin heute weltbeherrschend ist.

Ende der vierziger Jahre traten die ersten modernen Maschinen auf: z. B. die Walze, welche das alte Schlagen der Bücher ersetzte. Mitte der fünfziger Jahre erschien die Schneidemaschine, welche den Hobel verdrängte, und wohl schon etwas früher die Pappschere. Die vollkommeneren Maschinen sind neueren Datums, besonders die Heftmaschinen. Das Problem der Zwirnheft= und Falzmaschine ist noch nicht in befriedigender Weise gelöst. Die alten Maschinen, zu denen noch weitere getreten sind, haben bedeutende Vervollkommnungen erfahren; so hat man z. B. jetzt dreiseitige Beschneidemaschinen, Lederschärfmaschinen, Rundungsmaschinen (um den runden Rücken bezw. Schnitt zu gewinnen), Abpreßmaschinen u. s. w.; dieselben kommen jedoch in ihrer ganzen Bedeutung nur für Massenartikel in Betracht.

Heute haben wir auf dem weiteren Gebiete der Buchbinderei folgende Specialitäten zu unterscheiden:

A. eigentliche Buchbinderei:
   a. Betriebe oder Handlungen, welche hauptsächlich dem lokalen Bedürfnisse gewisser Straßen dienen und keine Partiewaren fertigen.
   b. Betriebe, welche hauptsächlich Massenartikel (Partiewaren) fabrizieren;

B. Kontobücherfabrikation;

C. Albumfabrikation;

D. Kartonnagefabrikation (Herstellung von Atrappen, Kotillonsachen u.s.w.);

E. Kartonfabrikation (Schachteln für Wäsche, Kleider, Hüte, Apothekerwaren u. s. w.);

F. Luxuspapierwarenfabrikation (Herstellung von Gratulations=, Menu= und anderen lithographischen Karten. Das Grundlegende ist hierbei die Steindruckerei, welche in eigener Regie ausgeführt wird). Als Unterabteilung: Papierausstattungsfabriken (Herstellung von Papierkassetten und Couverts, häufig in Verbindung mit einer kleinen Druckerei);

G. Musterkartenfabrikation (Herstellung von Karten, auf welche Tuch-Leinwand-, Spitzen- u. s. w. Muster aufgeklebt werden);

H. Lederwaren- und Galanteriewarenfabrikation (Herstellung von Brieftaschen, Portemonnaies, Briefmappen, Ordnungsbüchern, Reisenecessaires u. s. w. aus Leder, Seide, Plüsch oder gewöhnlichen Stoffen).

Im folgenden sind nur die unter A. genannten beiden Arten der engeren Buchbinderei genauer besprochen, teils um den zur Verfügung gestellten Raum nicht zu stark zu überschreiten, teils weil die Specialzweige in der Hauptsache unter B.—H. auf einer Stufe stehen, deren Besprechung weit über die vom Verein für Socialpolitik gestellten Fragen hinausgehen würde. Während nämlich die Buchbinderi ein Gewerbe ist, welches ein zum größten Teil schon fertiges Produkt nur vollendet und zum überwältigenden Teil aus Handwerkern besteht, die auf Bestellung arbeiten, befinden sich die angeführten Specialfabriken auf einem hiervon grundverschiedenen Boden. Bei ihnen spielt das Kapital eine überwiegende Rolle; sie fabrizieren die Waren mit Hilfe eines mehr oder weniger bedeutenden Materiallagers, welches ihnen nicht durch einen Auftraggeber geliefert wird; sie haben es in der Hauptsache mit Artikeln zu thun, welche auf einem weiten Markte, ja z. T. auf dem Weltmarkte durch einen kommerziellen Apparat abgesetzt werden müssen, der einen kaufmännisch geschulten Leiter erfordert. Bei einer Untersuchung über die Lebensfähigkeit des Handwerks kommen also diese Zweige der ursprünglichen Buchbinderei nicht mehr in Betracht[1].

Bisher wurden die Betriebe nach der Anzahl der Personen oder Maschinen, auch wohl nach der Beschäftigung oder Nichtbeschäftigung von

[1] Es ist hier vielleicht angebracht, einige Worte über die Art meiner Erhebungen zu sagen. Als ich an die Arbeit ging, hatte ich bereits die mehrjährige genaue Bekanntschaft mit einer Druckerei, welche als Nebenbetrieb eine Buchbinderei hat, hinter mir; auch hatte ich Gelegenheit gehabt, den Verkehr von Buchdruckern und Verlegern mit selbständigen Buchbindern aus nächster Nähe zu beobachten; ich war also im großen und ganzen über die Produktions-Bedingungen, wie über manche geschäftliche und sonstige Eigenart der Buchbinderei unterrichtet. Anfangs ließ ich bei meinen Besuchen einen Fragebogen mit der Bitte um Beantwortung zurück. Sehr bald kam ich hiervon ab, weil die Fragebogen nicht nur nicht ausgefüllt, sondern die Experten mißtrauisch und bei späteren Besuchen weniger zugänglich wurden. Mit der mündlichen Unterhaltung kam ich sehr gut aus, d. h. ich konnte mich darüber unterrichten lassen, wie weit die früher gewonnenen Eindrücke und Anschauungen auf das Gesamtgebiet der Berliner Buchbinderei zutreffen.

weiblichen Arbeitskräften oder ähnlichen Merkmalen geteilt; gerade angesichts der vom Verein für Socialpolitik aufgeworfenen Frage schien es angezeigter, die Teilung nach der Art der Absatzverhältnisse vorzunehmen, so daß auf der einen Seite stehen: die für einen engeren lokalen Kreis Einzelwaren anfertigenden Betriebe, ohne Berücksichtigung ihrer Größe, auf der anderen Seite Betriebe, welche Massenartikel fertigen.

3. Statistik.

Die vorhandenen statistischen Materialien sind außerordentlich mangelhaft, besonders was ihre Vergleichbarkeit betrifft. Da aber die Zahlen gesammelt sind und doch wenigstens etwas bieten, so mögen sie hier folgen. Von 1595 — 1792 reichen die Innungsmaterialien. Die Zahlen der Gewerbetabellen von 1819—1861 war erlaubt worden, den Akten des königlich preußischen Statistischen Bureaus zu entnehmen. Hierbei ist zu bemerken, daß seit 1846 mit den Buchbindern die Futteralmacher zusammengezählt sind, was immerhin einen Einfluß von etwa 10 % ausüben wird. Bratring führt für 1801 54 Buchbinder mit 51 Gesellen und 50 Lehrlingen = 155 Personen an und eine nicht genannte Anzahl von Futteralmacherbetrieben, welche 16 Personen beschäftigen. Böckh veröffentlicht in der vierten Abteilung des Volkszählungsberichtes für 1875 eine mit Anfang des Jahrhunderts beginnende, der unten mitgeteilten beinahe gleiche Tabelle; er schließt mit Zahlen für 1867 und 1871, welche aus seinen neueren Volkszählungsveröffentlichungen bis 1890 vervollständigt werden können. Für 1867 und 1871 war es nicht möglich, ein genaueres Verzeichnis der in unserer Gruppe aufgenommenen Gewerbe zu erlangen. 1875 sind unter „Buchbinder und Kartonnagefabrikation" folgende Gewerbe zusammengefaßt: Ballonmacherinnen, Briefcouvertsfabriken, Buchbinder, Kartonarbeiter, Kartonnagenmacher, Kartonnagenwarenfabriken, Kontobücherfabrikanten, Kotillonorden- und Devisenfabrikanten, Couvertsfabriken, Dütenfabriken, Enveloppenfabriken, Etiquettendrucker, Etiquettenfabrikanten, Etuisfabrikanten, Brillenetuisfabrikanten, Futteralmacher, Galanteriearbeiter, Galanteriewaren für Papier und Leder, Hutschachtelfabrikanten, Kapselmacher für Papierkapseln, Monogrammpräger, Papierhülsenfabrikanten, Papierkragen- und -Manschettenfabrikanten, Papierserviettenfabrikanten, Papierwarenfabrikanten, Papparbeiter, Pappwarenfertiger, Schachtelfabriken für Pappschachteln. Im Jahre 1880 heißt die Gruppe: „Buchbinder, Gummiarbeiter und Kartonnagefabrikation;" 1885 und 1890 sind unter Buchbinder folgende Fabrikationsarten verstanden: Buchbinder, Kartonnagen-

macher, Kartonnagenwarenfabrikanten, Papierkragen- und -Manschetten-, Papierserviettenfabrikanten, Schachtelfabriken für Pappschachteln. Im Jahre 1890 gaben die Betriebe 1529 Arbeiter an, während die Individualkarten für die gleiche Gruppe 3473 abhängige Selbstthätige aufwiesen, was eine Differenz in der Aufnahme von 1944 bedeutet. Die Zahlen lauten:

(Siehe Tabelle auf nebenstehender Seite.)

Die Aufnahmen der Gewerbezählungen von 1875 und 1882 erstrecken sich auf die Buchbinderei einschließlich der Papierverarbeitung, ohne daß die Buchbinder abgesondert werden können. Zur Rückwärtsverfolgung dieser Aufnahmen finden sich in den Akten des königlich Statistischen Bureaus Materialien, die sich aus der eben mitgeteilten Gewerbetabelle und einer Fabriktabelle „Gewerbetabelle der Fabrikanstalten und Fabrikunternehmungen aller Art, welche selbständig zunächst für den Großhandel arbeiten," zusammensetzen. Genau ist auch dieses Material nicht, da die für uns in Betracht kommende Aufnahmegruppe mehrfach verschoben ist. Besonders unklar ist die von 1861 zu 1875 vorgenommene Änderung. 1875 sind unter Papier- und Pappwaren zusammengefaßt die Buchbinder, Kartonnagenfabriken und Betriebe für Pappgalanteriewaren. Dieser Zusammensetzung entsprechen aus der Aufnahme von 1861:

1. Buchbinder und Futteralmacher. (Gewerbetabelle).

2. Fabriken für Lederwaren, Kartonnagen, Portefeuilles, Visitenkarten (Fabriktabelle). In einer Anmerkung heißt es, daß zu „Lederwaren" auch Sattler, Ledergalanteriewaren, Peitschen, Polsterwaren, Tapezierer, zu „Visitenkarten" auch Kupfer, Stahl, Zink, Liniieranstalten, Metallographen gehören. Wie stark die Zahlen durch diese Verschiedenartigkeit der Aufnahmen beeinflußt worden sind, läßt sich natürlich nicht einmal annähernd sagen. Die Zahlen lauten:

(Siehe Tabelle auf Seite 394.)

Bei den angeführten Differenzen und den vielfachen Veränderungen in den Aufnahmegruppen scheint es unzulässig, aus den Zahlen irgend welche Schlüsse zu ziehen. Aus denselben Gründen ist es unterlassen, den relativen Wert der Zahlen durch Vergleich mit der Einwohnerzahl Berlins festzustellen. Für die letzten 20—30 Jahre hätte dies auch bei genaueren Zahlen keine Bedeutung, da die größten Betriebe in ihrem Absatz nicht auf Berlin beschränkt sind, und andrerseits viele in Berlin konsumierte Ware außerhalb gefertigt wird.

Sind schon die älteren Zahlen sehr dürftig, so war zu befürchten, daß eine für den Augenblick zutreffende Aufstellung noch unzuverlässiger aus-

Jahr	Betriebe	Gesellen	Lehrlinge	Arbeiter männl.	Arbeiter weiblich	zusammen Arbeiter
1595	4—5	.	.	.	.	.
1602	4	.	.	.	.	.
1603	3	.	.	.	.	.
1648	3	.	.	.	.	.
1681	9	10	.	.	.	.
1688[1]	15	.	.	.	.	.
1716	15	.	.	.	.	.
1767[2]	49	.	.	.	.	.
1778	40	.	.	.	.	.
1784	39	36	20	.	.	.
1792	40	.	.	.	.	.
1801[3]	54	51	50	.	.	.
1811[4]	52	.	.	.	.	.
1812[5]	57	.	.	.	.	.
1819	67	.	.	.	.	.
1822	89	.	.	.	.	.
1825	81	.	.	.	.	.
1828	110	.	.	.	.	.
1831	154	.	.	.	.	.
1834	176	.	.	.	.	.
1837	207	344		.	.	.
1840	224	401		.	.	.
1843	282	533		.	.	.
1846	325	656		.	.	.
1849	312	553		.	.	.
1852	374	728		.	.	.
1855	413	756		.	.	.
1858	463	617	210	.	.	.
1861	494	674	224	.	.	.
1867	574	1660		.	.	1660
1871	623	2490		.	.	2490
1875	709	1438	149	.	976	2563
1880	799	2079	388	93	125	2685
1885	622	2405	424	30	148	3007
1890	660	1529				(3473)

1 1689—1702 war die Innung geschlossen, 1691 war der Umfang der Betriebe von 3 auf 4 Personen erweitert.

2 In dieser Zeit brauchte jährlich nur ein Meister aufgenommen zu werden.

3 Bratring, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, Berlin 1809.

4 Allgemeines (Industrie) Adreßbuch der königl. Haupt- und Residenzstadt Berlin auf das Jahr 1811.

5 Allgemeiner Straßen- und Wohnungsanzeiger für die Residenzstadt Berlin. Herausgegeben von S. Sachs, Berlin 1812.

Jahr	Gewerbetabelle: Buchbinder-Betriebe	Gewerbetabelle: Gehilfen Lehrlinge	Fabriktabelle: Art des Betriebs	Fabriktabelle: Männliche Arbeiter	Fabriktabelle: Weibl. Arbeiter	Gewerbezählung resp. Summe der beiden nebenstehenden: Betriebe	Gewerbezählung resp. Summe der beiden nebenstehenden: Männliche Arbeiter	Gewerbezählung resp. Summe der beiden nebenstehenden: Weibl. Arbeiter
1837	207	344		Zahlen fehlen				
1840	224	401						
1843	282	533	1 Galanteriewarenfabrik	200		285	1043	20
			1 Papierwarenfabrik	300				
			1 Pappen- u. Papierwarenfabrik	10	20			
1846	325	·656	Bildermalerei und Buntpapier, Visitenkarten, Kartonnagen, Portefeuilles, Goldborten und Leisten-Fabriken	Zahlen	fehlen			
			Dieselben u. Strick- u. Stickmuster					
1849	312	553	12	76	9	324	629	9
1852	374	728	27	365	94	401	1093	94
1855	413	756	50	610	180	463	1366	180
1858	463	837	55	419	144	518	1256	144
			Fabriken für Lederwaren, Kartonnagen, Portefeuilles und Visitenkarten	Männliche Arbeiter und Direktionspersonal				
1861	494	898	56	552	177	550	1440	177
1875	.	.	.	.	.	697	2288	1227
1882	.	.	.	.	.	899	2714	2260

fallen würde. Das Augenmerk wurde zunächst auf das Adreßbuch gelenkt. Um eine Analogie für diese Zahlen zu gewinnen, wurden die Resultate der Gewerbetabellen den Zahlen gegenübergestellt, welche das seit 1848 erscheinende Adreßbuch für die gleichen Jahre angiebt. Die Namen der verschiedenen Adreßbuchrubriken wurden mit einander verglichen, um zu vermeiden, daß manche zwei oder nochmals gezählt würden. Meistens waren

die Zahlen des Adreßbuches höher als die der Gewerbe- und Fabriktabellen bezw. der Gewerbezählung und zwar 10—15 %, nur einmal niedriger. Wenn diese Abweichungen schon mißlich waren, so wurde die Richtigkeit des Resultates dadurch noch mehr in Frage gestellt, daß die Adreßbuchangaben von autoritativer Seite für vollständig unzuverlässig angesehen werden. Um so dankenswerter war es, daß die Beamten der Ortskrankenkasse ihre Materialien und Kenntnisse in liebenswürdigster Weise zur Verfügung stellten, so daß für den 1. Januar 1895, soweit überhaupt möglich, genaue Angaben beschafft werden konnten. Die Werkstätten mit Arbeitern sind aus den „Heberegistern" ausgezogen, die genauere Art ihrer Beschäftigung mit Hilfe der Kassierer festgestellt, welche allmonatlich in sämtliche Betriebe Einblick erhalten. Außerdem wurden die im Adreßbuch aufgeführten Namen nach der Art ihres Betriebes geordnet, die unbekannten behufs Feststellung eigens besucht und auf diese Weise die Zahl der Alleinbetriebe gewonnen.

	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter
Betriebe für reine Massenfabrikation . . .	33	1027
„ „ Einzelwaren und Massenfabrikate	15	189
„ „ reine Einzelware mit über 5 Pers.	43	}
„ „ „ „ „ 1—5 „	223	}
„ „ „ „ ohne Arbeiter	83	} 945
„ verbunden mit Ladengeschäft . .	136	}
zusammen	533	2161

Ueber die Einkommensverhältnisse der unter 2 (Specialisierung des Betriebs) aufgeführten Gesamtbuchbinderei hat die Direktion der Verwaltung der direkten Steuern die Güte gehabt, aus den Gewerbesteuerrollen Materialien zur Verfügung zu stellen, welche in folgender Tabelle Ausdruck finden mögen:

Steuerklasse	Papier-, Schreib- und Zeichenmaterialien-Handlungen	Buchbinder	Kontobücherfabriken	Kartonnagefabriken	Kartonfabriken	Luxuspapierfabriken	Papierausstattungsfabriken	Musterkartenfabriken	Albumfabriken	Leder- und Galanteriewarenfabriken
IV	297	229	14	36	34	35	37	7	16	301
III	114	37	16	15	10	30	26	2	17	131
II	17	2	2	1	1	12	5	1	1	10
I	8	—	1	1	—	4	1	—	—	5

Zur Erläuterung dieser Zahlen sei folgendes hinzugefügt. Die Veranlagung zur Gewerbesteuer beruht nicht auf Selbsteinschätzung, sondern wird von einer Steuereinschätzungskommission vorgenommen. Es sind

		Betriebe mit einem jährl. Ertrage von	oder einem Betriebs-(Anlage)-Kapital von
in Klasse	I	50 000 Mk. oder mehr	1 000 000 Mk. und mehr
= =	II	20 000—50 000 Mk.	150 000—1 000 000 Mk.
= =	III	4 000—20 000 =	30 000— 150 000 =
= =	IV	1 500— 4 000 =	3 000— 30 000 =

Betriebe, welche weniger als 1500 Mk. einbringen oder mit einem Anlage- oder Betriebskapital von weniger als 3000 Mk. arbeiten, kommen also in obiger Tabelle nicht zum Ausdruck.

Die Verquickung von Ertrag und Betriebskapital macht die Erkennung des Einkommens etwas ungewiß. Es können Betriebe aufgenommen sein mit unter 1500 Mk. Einkommen. Am meisten ist dies zu befürchten bei den Papier-, Schreib- und Zeichenmaterialienhandlungen, da hier selbst das kleinste Geschäft, das weniger als 1500 Mk. einbringen kann, mehr als 3000 Mk. Betriebskapital erfordert. Es können Betriebe zu niedrig eingeschätzt sein, was bei den Einzelware fertigenden Buchbindereien für eine nicht geringe Anzahl zutreffen dürfte.

Es ist angenommen, daß die in der I. und II. Klasse besteuerten Papier-, Schreib- und Zeichenmaterialienhändler Grossisten sind, welche für uns nicht in Betracht kommen, daß in den beiden anderen Klassen jedoch 136 Buchbinder enthalten sind, welche ein Ladengeschäft betreiben. Bei Vergleichung der in Kolumne „Buchbinder" angeführten Betriebe mit der Gesamtzahl der existierenden Betriebe sind diese 136 also bei letzter Zahl in Abzug zu bringen.

Selbständige Buchbindereien insgesamt	533
Davon zu subtrahieren, da schon in Kolumne I berücksichtigt .	136
verbleiben . .	397
Nach Kolumne II haben ein Einkommen von mehr als 1500 Mk.	268
Es hätten also ein Einkommen von unter 1500 Mk. . . .	129

Wie schon angedeutet, wird unter diesen 129 ein beträchtlicher Teil zu niedrig eingeschätzt sein. Dies zugegeben, kann man die Lage der Berliner Buchbinder nicht als besonders schlecht bezeichnen. Für die größeren Betriebe wirkt allerdings das Hineinspielen des Betriebskapitals

störend, so daß in Bezug auf diese ein sicherer Schluß nicht zulässig ist. Bei den kleinen Werkstuben spielt dieses Moment jedoch nicht mit. Die Lage der kleineren Meister rückt in ein noch besseres Licht, wenn man sie mit dem Durchschnitt der Gehilfen vergleicht. Der durchschnittliche Wochenlohn der letzteren beträgt 21 Mk. in der weiteren Buchbinderei, in der engeren nur 19 Mk. Hierbei ist Arbeitslosigkeit nicht berücksichtigt, welche durchschnittlich 9 % des Lohnes bei gleichbleibender Lebenshaltung absorbieren würde, so daß, diese in Rechnung gezogen, durchschnittlich nur 19,10 Mk. resp. 17,30 Mk. pro Woche verbleiben würde. Von den Meistern, welche thatsächlich wöchentlich unter 28,85 Mk. d. h. jährlich unter 1500 Mk. verdienen, wird sicherlich noch der stärkste Bruchteil ein höheres Einkommen erzielen, als der Durchschnitt der Gehilfen. Selbst wenn wir für den Durchschnitt der Gehilfen den der verheirateten Gehilfen mit 24,14 Mk. einsetzen, ändert sich das Resultat nicht beträchtlich. Bemerkt sei noch, daß bei letzterer Zahl die Arbeitslosigkeit unberücksichtigt blieb, und daß in den Durchschnittszahlen für Gehilfen die höheren Einkommen der Werkmeister, Kunstarbeiter u. s. w. inbegriffen sind, und dadurch der Verdienst der wirklichen Gehilfen höher erscheint, als er thatsächlich ist.

4. Die Produktionsarten.

A. Betriebe, welche hauptsächlich dem lokalen Bedürfnisse dienen und keine Partiewaren fertigen.

Die Betriebe dieser Klasse, welche numerisch die erste Stelle in Berlin einnimmt, zerfallen in hauptsächlich drei Arten:

a. Buchbinder, welche neben dem Ladengeschäft eine eigene Werkstätte betreiben,

b. Nichtbuchbinder, (in seltenen Fällen auch Buchbinder), welche nur ein Ladengeschäft führen,

c. Buchbinder, welche nur eine Werkstätte ohne Laden und Handel betreiben.

In den meisten Straßen Berlins sieht man Ladengeschäfte, welche die Überschrift tragen „Buchbinderei, Schreib- und Zeichenmaterialien-Handlung" oder ähnlich. Man findet in diesen Läden alles, was zum Schreiben und Zeichnen nötig ist, vornehmlich Schulbedarfsartikel, aber noch manches andere, z. B. Poesie- und Photographiealbums, Portemonnaies und sonstige Leder- und Galanteriewaren, Bijouteriewaren, Spielwaren, gewisse buchhändlerische

Artikel, als da sind: Schulbücher, Gesangbücher, Märchenbücher, Indianergeschichten, Kochbücher, Briefsteller, weiter Kalender, Buntpapier- und Luxuspapiersachen, wie Gratulations- und Menukarten, Fliegenbüschel u. s. w. Papierwäsche, einfache Arten von Kontobüchern, kleine Kisten ꝛc.

Man sieht hieraus, daß die alten Grenzstreitigkeiten zwischen Buchbindern und Buchhändlern wegen des Verkaufs von Büchern noch immer bestehen, nur mit dem Unterschiede, daß heute der Bücherverkauf der Buchbinder von den Buchhändlern für ungerechtfertigt erklärt wird, und nicht umgekehrt. Der Sortimentsbuchhändler rächt sich übrigens, wie wir nachher sehen werden, allerdings weniger an den Ladengeschäften als an den kleinen Buchbindereien.

Selbst wenn der Ladeninhaber nicht Buchbinder ist und keine Werkstätte hat, trägt die Ladenüberschrift doch irgend eine diesbezügliche Mitteilung. Wenn auch nicht immer gerade das Wort „Buchbinderei" gebraucht wird, so liest man doch: Hier werden Bücher zum Binden angenommen, oder ähnlich. Viele besonders findige Köpfe fügen zu der thatsächlich fehlenden Buchbinderei noch eine Buchdruckerei hinzu, wohl auch eine Lithographische Anstalt. Manche derartige Geschäfte besitzen allerdings eine kleine Boston- oder Tiegeldruckpresse, mit der sie Visiten- und Geschäftskarten herstellen können. Die allermeisten Ladengeschäfte nehmen aber Drucksachen an und erhalten auch Aufträge, besonders von Leuten, welche wenig Bedarf daran haben und sich nicht eigens mit einer Buchdruckerei in Verbindung setzen wollen. Es verdient dies besonders bemerkt zu werden, um die Arbeit sammelnde Kraft des Ladens hervorzuheben.

Die Inhaber dieser Läden sind meistens verheiratet und bedienen dieselben in der Regel selbst mit Hilfe der Frau oder heranwachsender Familienmitglieder. In den selteneren Fällen, höchstens in den sehr großen und eleganten Geschäften der verkehrreichsten Straßen Berlins, oder wenn besondere Umstände vorliegen, sind Commis oder Verkäuferinnen angestellt.

Mit dem Laden ist gewöhnlich eine bescheidene Wohnung verbunden. Der Preis einer solchen ist je nach der Stadtgegend verschieden. In der Friedrich- und Leipzigerstraße ist für 3600 Mk. jährlich der Laden nicht allzu groß, die Wohnung aber meistens geradezu beschränkt. Teuerere Lokalitäten werden so selten für die hier in Betracht kommenden Geschäfte gewählt, daß sie füglich außer Acht gelassen werden können. Der Durchschnittspreis eines Ladens mit Wohnung, bestehend aus Zimmer und Küche, darf auf 1300—1600 Mk. angenommen werden, wobei gewöhnlich 900—1100 Mk. auf den Laden entfallen.

Während die in den belebten Straßen gelegenen Geschäfte einigermaßen

auf Laufkundschaft rechnen können, ist die Mehrzahl auf den Konsum der engsten Umgebung angewiesen. Eine regelmäßige Ausnahme bilden nur diejenigen, welche in allernächster Nähe von Schulen liegen.

Zur Einrichtung eines Ladens gehören durchschnittlich 5000—6000 Mk. Die Ladeneinrichtung, sowie die wichtigsten Waren, stellen sich auf 4000—5000 Mk., so daß ein Anfänger mit obigem Kapital etwa 1000 Mk. bar in Händen behalten würde. Besondere Geschäftsgenies werden vielleicht einwenden, daß eine derartige Geschäftsgründung von vornherein fehlerhaft sei; man müsse die Ladeneinrichtung mit einem gewissen Warenlager im Konkurse oder bei anderen Notlagen für $1/8$ des Wertes kaufen, um so das neue Geschäft gleich mit 1—$1^1/_2$ Tausend Mark Gewinn zu beginnen. Derartige Fälle kommen häufig vor und ermuntern gar oft Personen, sich überhaupt zu etablieren. Als normal wird man aber einen solchen Anfang nicht bezeichnen können.

Die oben namentlich klassifizierten Verkaufsgegenstände werden mit wenigen Ausnahmen, von denen noch zu sprechen sein wird, in kaufmännisch geleiteten Großbetrieben fabriziert, die jedoch keineswegs in Berlin sein müssen, sondern in allen Teilen Deutschlands zu suchen sind. Manche Fabriken lassen die Geschäfte durch Reisende besuchen und setzen so ihre Waren direkt ab; es bezieht sich dies aber vornehmlich auf Artikel, welche stark gehen, von denen größere Quantitäten benötigt werden, z. B. Schulbedarf. Der größere Teil der Waren wird jedoch von Grossisten bezogen, welche von den meisten Artikeln Lager halten und so jeden Augenblick jede Quantität abgeben können. Besonders gewandte Leute werden manchen Vorteil herausfinden, den andere nicht wahrzunehmen verstehen. So kostet z. B. eine Kassette mit 25 Briefbogen und Couverts beim Grossisten 35 Pf., Verkaufspreis 50 Pf. Die Kartons kann man sich selbst machen lassen für 7 Pf. pro Stück, die Briefbogen kosten apart gekauft 8 Pf., die Couverts 10 Pf., so daß die ganze Kassette sich auf 25 Pf. stellt. Dies geht allerdings nur bei etwas Kapital und einem festen Absatz, da mindestens einige Hundert Kartons bestellt werden müssen. Außerdem muß der Ladeninhaber die Briefbogen selbst einlegen.

Der kleine Geschäftsinhaber ist durch den Zwischenhandel in der Regel nicht benachteiligt, denn der Fabrikant liefert die Waren zu Fabrikpreisen nur dann, wenn größere Posten abgenommen werden; man kann vielmehr sagen, daß der Zwischenhandel dem kleinen Ladeninhaber den Einkauf vereinfacht, sich selbst aber durch Wahrnehmung der Fabrikpreise bezahlt macht. Ob nicht auch dieser Nutzen dem Kleingeschäftstreibenden zugeführt werden kann, ist eine andere Frage, von der aber noch gesprochen werden soll.

Die Waren werden an Anfänger von Fabrikanten wie von Grossisten nur gegen bar abgegeben. Nachdem der Kunde seine Vertrauenswürdigkeit eine Zeit lang erwiesen, erhält er, wenn er es wünscht, einen Dreimonats-Kredit auf 2/3 der Ware, während er 1/3 bei Empfang bar bezahlen muß. Wenn irgend möglich, wird der Kredit nicht in Anspruch genommen, weil der Kunde dadurch an einen Lieferanten gebunden wird, der ihm dann im Gefühl seiner Macht häufig minderwertige Ware verabreicht. Die im Buchhandel übliche Lieferung à condition findet bei anderen hier in Betracht kommenden Artikeln in der Regel nicht statt. Die allergrößte Vorsicht ist deshalb bei der Auswahl der Waren anzuwenden; es dürfen nur Sachen gekauft werden, von denen sicher ist, daß sie abgehen und nicht Ladenhüter werden. Dies gilt vornehmlich von Luxuspapierwaren, in denen viel Geld stecken kann und die schnell an Aussehen verlieren. Besonders Anfänger verstoßen häufig hiergegen und bereiten sich dann große Schwierigkeiten, nicht selten auch Verluste.

Hat der Anfänger das oben genannte Kapital nicht ganz, so muß er den Laden weniger vollständig ausstatten, wodurch er sich natürlich die Gewinnung einer Kundschaft erschwert und außerdem manchen Verdienst entgehen läßt, weil er Verschiedenes nicht wird liefern können. Der Kapitalmangel ist aber deshalb geradezu existenzgefährdend, weil er den Groß-Einkauf derjenigen Artikel zu Fabrikpreisen verhindert, welche massenhaft gehen und die den eigentlichen Verdienst bringen. Ein derartiger Mann, der durch den Mangel von 500 Mk. am Großeinkauf verhindert war, büßte dadurch jährlich 300 Mk. ein. Hier könnten Kreditvereine helfen, wenn sie nicht Sicherheiten verlangen müßten, welche der Bedürftige meistens nicht beschaffen kann.

Der Verkauf der Waren erfolgt mit einem durchschnittlichen Brutto-Gewinn von 33 1/3 Prozent. Manche Artikel, besonders die 5- und 10 Pf.-Waren, erfahren Aufschläge von mehreren 100 Prozent. Eine nicht geringe Anzahl von Geschäften kann trotzdem die Unkosten, hauptsächlich die Miete, nicht herauswirtschaften, das Geschäft hält sich so lange, als der Inhaber etwas zuzusetzen hat, um dann für 1/3 des Inventar-Wertes in andere Hände überzugehen. Ein Geschäft in der Friedrichstraße, welches über 3000 Mk. Miete tragen mußte, hat in 8 Jahren einen Zuschuß von 20 000 Mk. verschlungen, so daß der Inhaber jetzt ruiniert ist. Nehmen wir die jährliche Miete mit 1400 Mk. an und rechnen wir dazu noch 200 Mk. für Gas und Steuern (120 Mk. und 80 Mk.), 100 Mk. für kleine Reparaturen und andere Unkosten, so müssen bei 33 1/3 Prozent Bruttogewinn allein für 5100 Mk. (d. h. bei 300 Verkaufstagen für täglich

17 Mk.) Waren verkauft werden, um die Unkosten decken zu können. Bei obiger Miete ist der augenblickliche Gesamtjahresumsatz mit 9000 Mk. reichlich angesetzt, so daß dem Inhaber außer freier Wohnung durchschnittlich 1300 Mk. aus dem Ladengeschäft jährlich verbleiben. Wohlgemerkt wird bei dieser Berechnung vorausgesetzt, daß der Inhaber keine fremde Hilfe in Anspruch nimmt, also auch alle Gänge, welche nicht unerheblich sind, selbst besorgt oder durch Familienmitglieder erledigen läßt.

Dies ist das Bild eines gutgehenden Geschäftes, womit nicht gesagt sein soll, daß der Jahresumsatz unter besonderen Verhältnissen, wenn z. B. persönliche Beziehungen zu Behörden oder größeren Geschäften bestehen, oder wenn wenig Konkurrenz in der Umgegend ist, kein größerer sein könne. In der Regel wird aber, besonders wenn Konkurrenz in der Umgegend fehlt, der Hauswirt seine Ansprüche so einrichten, daß der Ladeninhaber keine zu großen Reichtümer sammelt. Auf alle Fälle ist die Zahl der unter diesem Netto-Resultat bleibenden Geschäfte größer als die der darüber hinausgehenden.

Eine nicht unerhebliche Konkurrenz erwächst diesen Geschäften durch den Handel der Lehrer oder anderer Schulangestellten mit Heften u. s. w. Ebenso wird darüber geklagt, daß manche Lehrer bestimmte Geschäfte empfehlen oder der Einheitlichkeit halber die Hefte einer bestimmten Bezugsquelle verlangen. Hierdurch fühlen sich dann andere veranlaßt, die Kinder durch kleine Geschenke anzulocken, so daß ein Unwesen aus dem andern entsteht. Vor einigen Jahren eröffnete ein Lehrer sogar ein offenes Geschäft in der Friedrichstraße und stellte in dem Schaufenster eine Menge Kleinigkeiten aus mit der Überschrift, daß er dieselben als Zugabe verschenke. Seit Jahren geht die Innung hiergegen energisch vor und hat mehrere diesbezügliche Verordnungen resp. Verbote von seiten der vorgesetzten Behörden erlangt.

Von ungefähr 400 Ladengeschäften sind 136 in Händen von Buchbindern und mit Werkstuben verbunden. Die Werkstube, meist ein nicht zu großes, helles Zimmer, ist sehr einfach eingerichtet, obwohl nicht ganz ohne Maschinen gearbeitet wird. Schneidemaschine und Pappschere sind überall anzutreffen; hierzu kommen noch einige Heftladen, Stockpresse und sonstige primitive Handwerkszeuge. Die Gesamteinrichtung einer solchen Werkstatt wird mit 1000 Mk. bestritten. Der Meister arbeitet oft ohne Gehilfen, dagegen meistenteils mit Lehrlingen; wenn besonders viel zu thun ist, stellt er wohl einen Gesellen ein. Es giebt jedoch auch Werkstuben, die regelmäßig mit Gehilfen arbeiten; größere mit 7—10 Personen bilden aber seltene Ausnahmen. Meistenteils hilft die Frau in der Werkstatt;

sie heftet, nimmt alte Bücher auseinander u. s. w. Manche Meister halten sich ein Dienstmädchen, damit sich die Frau mehr um den Laden bekümmern kann; auch das Mädchen wird für einfache Arbeiten angelernt, um sich in der freien Zeit nützlich machen zu können.

Wie schon die Beschreibung der Werkstätte ergiebt, werden die besseren Bücher daselbst nicht vollständig fertiggestellt; in der Regel läßt der kleine Meister Vergoldung und bessere Schnitte in Special-Betrieben machen. Der kleine Meister hat weder die Werkzeuge noch die Übung, vielfach auch nicht die Kenntnis und Geschicklichkeit, um solche Arbeiten ausführen zu können; aber selbst wenn dies alles der Fall wäre, thäte er doch besser, sie nicht selbst zu machen, da bei ihrer Seltenheit von einer Arbeit zur anderen mehr Material verderben würde, als er dabei verdienen kann. Dazu kommt noch, daß die Schriften, welche zum Vergolden verwendet werden, besonders die größeren Zierschriften, schnell amortisiert werden müssen, da sie nach einigen Jahren unmodern sind. Für eine gewöhnliche Rückenvergoldung wird in diesen Specialgeschäften gewöhnlich 20—25 Pf. bezahlt.

Solche kleine, neben vielen Ladengeschäften hergehende Betriebe liefern beinah ausschließlich Einzel-Arbeiten und keine Partiewaren. Alle zu bindenden Bücher sind von verschiedener Größe und Stärke. Die Kunden, vornehmlich die Schulkinder, haben sich daran gewöhnt, ihre Bücher da binden zu lassen, wo sie die Schreibmaterialien kaufen; es ist deshalb natürlich, daß den Läden die Mehrzahl der für das Publikum zu bindenden Einzelbücher zufällt.

Sowohl privat- als volkswirtschaftlich ist es als wünschenswert zu bezeichnen, daß die Inhaber von „Schreib- und Zeichen-Materialien-Handlungen" gelernte Buchbinder sind und nebenher eine Werkstube betreiben. Bei den kleinen Verhältnissen, mit denen ein solcher Mann zu rechnen hat, muß es darauf ankommen, daß das wenige Geld, welches einkommt, wirklich der Familie verbleibt, daß also die vorkommenden Buchbinderarbeiten ohne Hilfe von Lohnarbeitern erledigt werden können. Unter diesem Gesichtspunkte ist diese Art von Werkstuben zu beurteilen. Der Einwand, daß der kleine Meister die vorkommenden Arbeiten bei einem Großbetriebe billiger hergestellt bekommen würde, ist nicht stichhaltig, weil der Großbetrieb bei diesen Büchern, die sämtlich verschieden sind, nicht im Vorteil ist; es geht dies auch daraus überzeugend hervor, daß die Großbetriebe derartige Arbeiten nur aus Gefälligkeit ihren sonstigen Kunden fertigen, daß ihnen an denselben aber durchaus nichts gelegen ist.

Wie oben schon gesagt, fallen den Läden, gleichgültig ob mit Werkstube verbunden oder nicht, Einzelbände zu; derjenige Ladeninhaber, welcher

keine Werkstatt hat, läßt die Bücher anderweit binden, und das geschieht erfahrungsgemäß bei den wirtschaftlich Schwächsten unter Preisdrückungen, die sich nur der gefallen läßt, welcher von der Hand in den Mund lebt. Deshalb sind die bloßen Händler mit Recht als Vampyre bei den kleinen Meistern verschrieen, obwohl vom Standpunkt der ersteren gegen ein derartiges Verfahren nichts einzuwenden ist. Der Bucheinband ist für sie ein Handelsartikel wie jeder andere, den sie möglichst billig einzukaufen suchen müssen. Die kleinen Meister führen es zuweilen als ein Zeichen für die Güte ihres Geschäftes an, daß sie nicht in der Zwangslage sind, für Schreibwarenhändler arbeiten zu müssen. Außer dem kleinen Buchbinder wird aber auch das Publikum durch diesen Zwischenhandel, wie man ihn wohl nennen darf, geschädigt. Es liegt auf der Hand, daß der Meister auf einen Band, der zum denkbar niedrigsten Preise gemacht werden muß, keine Sorgfalt verwendet, daß er froh ist, wenn er ihn äußerlich zusammengebaut hat. Der Händler ist natürlich unfähig, das zu beurteilen, ebenso der Kunde; letzterer sieht erst im Gebrauch, welches Machwerk er in Händen hat, versäumt aber nicht, auf schlechte Arbeit und Liederlichkeit der Handwerker zu schelten, ohne der Angelegenheit auf den Grund gegangen zu sein. Daß der Durchschnitts-Buchbindermeister ohne Schädigung des Ladengeschäftes der Werkstube vorstehen kann, ist durch die Thatsachen erwiesen; dazu kommt, daß durch diese Verbindung der Laden als solcher manchen Vorteil erfährt. Der kleine Meister vermag sich z. B. anstatt der fertigen Schulhefte liniiertes Papier und die anderen Materialien zu kaufen, aus denen er billigere Hefte herstellt als er sie fertig kaufen kann.[1] Diese Arbeit kann selbst in der einfachsten Werkstube ausgeführt werden, besonders auch deshalb, weil in den letzten Jahren das Publikum keine mit Draht (also mit Hilfe von Maschinen, welche der kleine Meister nicht besitzt) geklammerten Hefte annimmt, sondern mit der Hand und Zwirn geheftete verlangt. Vor allem ist es hierbei möglich, sich besseres Papier zu beschaffen, als gewöhnlich

[1] In Berlin werden solche in Halle gefertigten Hefte pro Dutzend ohne Löschblätter mit 75 Pfg. bezahlt. Bei Selbstanfertigung stellen sich 1000 Hefte gleicher Qualität, mit Zwirn geheftet, wie folgt:

Arbeitslohn	9 Mk.
Papier	36 =
Deckelpappe	4 =
Papier zum Kachieren	6 =
	55 Mk.

Es ergiebt dies 5,5 Pf. bei Selbstanfertigung gegen 6,25 Pf. für das Exemplar bei Anschaffung durch den Fabrikanten.

verwendet wird, uud so eine bevorzugte Ware zu liefern. Macht sich der Händler denselben Vorteil zu nutze, so geschieht es wieder unter der angeführten Preisdrückerei.

Im Anschluß an die mit Ladengeschäften verbundenen Werkstuben sind jetzt ähnliche Werkstätten zu behandeln, deren Inhaber sich ausschließlich seinem Handwerk widmet, aber in der Hauptsache ebenfalls nur Einzelbände fertigt. Die Anzahl derartiger Betriebe mag augenblicklich 349 betragen. Sie befinden sich gewöhnlich in Hofwohnungen (aber nicht Fabrikgebäuden) oder im Keller eines Vorderhauses; in vielen Fällen haben sie an der Straße einen Schaukasten mit schönen Einbänden angebracht. Die besser Gestellten erfreuen sich einer alten Kundschaft, die für gute Arbeit einen guten Preis zahlt. Der eine hat eine Behörde oder ein großes Geschäft, der andere arbeitet für eine Bibliothek, ein Museum oder einen wohlhabenden Bücherliebhaber, wieder andere für gute Sortimentsbuchhandlungen. E i n derartiger Kunde genügt häufig, um dem Geschäft einen gewissen Rückgrat zu geben.

Die Zahl dieser behäbigeren Geschäfte wird aber immer geringer; das Submissionswesen mit seinen Auswüchsen zieht spekulative, meist fachmännisch ungebildete Elemente heran, welche in Unkenntnis der thatsächlichen Verhältnisse das Gewerbe herunter bringen. Leider existiert keine Sammlung von Submissionsofferten. Fast jeder Meister weiß davon zu erzählen; doch sind die Angaben nicht exakt genug, um hier, wenigstens beispielsweise, mitgeteilt werden zu können. Einzelne Angebote sind derart, daß jeder Fachmann sprachlos ist. Bei einer kürzlich stattgehabten Submission, in der das Aktenheften einer der größten Behörden vergeben wurde, war die Arbeitsstunde mit 25 Pf. offeriert, obwohl die Gewerkschaftsorganisation den Minimalstundenlohn auf 35 Pf. für einen Arbeiter festgesetzt hat. Zuweilen sind aber derartig niedrige Offerten planvoll angelegte Spekulationen; es ist den Betreffenden bekannt, daß außer den Arbeiten, welche in Submission vergeben werden, noch freihändig zu vergebende Aufträge da sind, bei denen im Trüben gefischt werden kann, und die alles ausgleichen. Neuerdings beginnen Behörden und große Geschäfte damit, eigene Buchbindergehilfen für das Aktenheften anzunehmen.

Die Größe der hier zu besprechenden Betriebe ist verschieden. Die älteren haben zeitweise 7—10 Personen, die meisten sind jedoch kleiner, d. h. bestehen nur aus dem Meister und seiner Frau oder 1—2 Gehilfen und 1—2 Lehrlingen. Mädchen werden in der Regel nicht beschäftigt. Alle diese Betriebe sind annähernd so eingerichtet, wie die eben beschriebenen Laden-Werkstuben; für eine Mehrzahl von Mitarbeitern ist eine Mehrzahl

der einfachen Handwerkszeuge vorhanden, zu denen noch eine Spindelpresse, eine Walze treten können. Auch diese Betriebe lassen Vergoldung und bessere Schnitte in den schon erwähnten Specialbetrieben anfertigen. Vor 30 Jahren soll es in Berlin nur einen derartigen Betrieb gegeben haben, während es heute deren ungefähr 20 giebt.

Marmorierte Schnitte werden vom kleinen Meister gewöhnlich an eine Massenbuchbinderei weiter gegeben, die mit geübten Arbeitskräften und entsprechender Einrichtung versehen ist. Für die Anfertigung goldener und farbiger Schnitte giebt es Specialbetriebe, welche auch meistens mit Schnitten versehene Notizbücher und Einlagen für Brieftaschen auf Lager arbeiten und selbst an Händler vertreiben. Soweit das Vergolden Hilfsgewerbe der Buchbinderei ist, findet man Hand- und Preßvergoldung stets vereinigt. Diese Betriebe gehören zu den einträglichsten und bequemsten; sie übersteigen nicht 4—6 Personen; die Aufträge werden ihnen ins Haus gebracht und meistens gegen sofortige bare Bezahlung wieder abgeholt. Die Inhaber zeichnen sich durch persönliche Kunstfertigkeit aus, die ihnen nicht selten 15 Mk. pro Tag für ihre eigene Leistung einbringt. Die Gehilfen dieser Werkstätten verdienen stets über 30 Mk. Wochenlohn. Ein Betrieb von 5—6 Personen, drei Vergoldepressen und der Einrichtung für Handvergoldung beansprucht etwa 8000—10 000 Mk. Anlagekapital. Jedoch genügen zum Anfangen für den Meister und einen Gesellen schon 3000 bis 4000 Mk. Außer diesen Hilfsbetrieben giebt es Vergoldeanstalten, die nur für Preßarbeiten eingerichtet sind. Dieselben kommen für die Buchbinderei aber kaum in Betracht, da sie meist Hutfutter, Kranzschleifen und Schlipse bedrucken.

Es existieren noch Leute der verschiedensten Erwerbsarten, namentlich Buchbindergesellen, welche neben ihrem eigentlichen Beruf in den Mußestunden einfache Bücher binden, vornehmlich für Bekannte und ärmere Volksschichten. Zur Hochhaltung der Preise trägt dies gewiß nicht bei.

Die kleinen Einzelbetriebe führen oft ein dürftiges Dasein. Im günstigsten Fall fängt der kleine Meister mit einer schuldenfreien Wohnungs- und Werkstubeneinrichtung und einigen hundert Mark bar Geld an. Er mietet eine Hof- oder Kellerwohnung, bestehend aus einer Werkstube, einer gemeinsamen Schlaf- und Wohnstube und einer Küche. In ganz abgelegenen Straßen darf er nicht wohnen, weil sonst überhaupt niemand zu ihm kommt; die Miete wird hier in der Regel zwischen 400—500 Mk. schwanken. Um anfangs überhaupt Beschäftigung zu haben, bewirbt er sich bei einem Schreibwarenhändler oder Sortimentsbuchhändler um Arbeiten, für die er die geschilderten Preise erhält. Meistenteils haben aber Gehilfen, welche

sich etablieren, irgend eine gute Aussicht, die ihnen ein gewisses Fundament bietet. Sie haben bei ihren Berührungen mit dem Publikum eine Persönlichkeit kennen gelernt, die ihnen eine Behörde, ein größeres Geschäft oder sonst einen Kunden zuführt, der einen regelmäßig eintretenden Bedarf hat und einen soliden Preis bezahlt. Wer etwas derartiges nicht hat, ist von vornherein verloren, da er das allmähliche Ansammeln einer Kundschaft den Anforderungen des Wirtes und der Familie gegenüber nicht wird abwarten können. Hat der Meister neben einer festen Arbeit in der Zeit, für die seine Barschaft zum Unterhalt ausreichte, so viel kleine Kundschaft erworben, daß er eben die Miete bezahlen kann, so hat er alles mögliche erreicht. Der Verdienst ist so gering, daß ihm nach Bestreitung des Lebensunterhaltes nichts übrig bleibt. Es herrschen stets Sorgen; um die Miete bezahlen zu können, müssen alle Groschen und Außenstände zusammengerafft werden. Häufig ist kein Pfennig Geld im Hause; wie es in einer solchen Häuslichkeit aussieht, wenn ein Krankheitsfall eintritt, braucht wohl nicht beschrieben zu werden. Einer der Specialisten, welche für kleine Betriebe Vergoldungen liefern, teilte mit, daß er oft belagert werde von Frauen und Kindern, welche ihn um Beschleunigung bäten, damit etwas abgeliefert werden könne und einiges Geld eingenommen werde. Häufig täuscht sich der kleine Meister dann noch; wenn er seine Ware schickt, erhält er kein Geld, er muß zwei-, dreimal schicken und dabei noch vorsichtig zu Werke gehen, um die Kundschaft nicht zu beleidigen. Derartige Situationen sind es dann, die ihn in die Hände seiner Ausbeuter, der Zwischenhändler, treiben; er kann hier wenigstens darauf rechnen, bei Ablieferung bezahlt zu werden. Dieselben Scenen sind auch bei den etwas größeren, welche Sonnabends Löhne zu zahlen haben, nicht ungewöhnlich. Wenn nichts abzuliefern ist, oder wenn keine Außenstände vorhanden sind, läuft man angsterfüllt bei Bekannten und Kollegen herum, um wenigstens die Lohnzahlung zu ermöglichen. [1]

Aus derartigen Verhältnissen wird es erklärlich, wenn Gesellen und Lehrlinge ausgebeutet und im Lohne gedrückt werden, oder wenn Lehrlingszüchterei einreißt. Zuweilen ist in den Betrieben ohne Gehilfen so viel Arbeit vorhanden, daß ein Geselle beschäftigt werden müßte; es fehlt aber an Betriebskapital, um ihn Sonnabends bezahlen zu können. Jetzt kann die Kundschaft nicht schnell genug bedient werden, und manch einer springt vielleicht ab.

---

[1] Besonders schmerzlich ist es vielen kleinen Leuten, daß die Behörden nur vierteljährlich bezahlen; man kann dem aber auch seine gute Seite abgewinnen, denn es kommt dadurch einige Mal im Jahre eine Summe ins Haus, welche es ermöglicht, die ausgegangenen Materialien zu ersetzen.

Manche dieser kleinen Leute machen für einen bestimmten Kunden irgend einen Specialartikel, der sie besser stellt; andere haben Einnahmen aus Beschäftigungen, welche zu der Buchbinderei in keiner Beziehung stehen; sie sind Hausverwalter, sogenannte Vicewirte, Portiers, vermieten Schlafstellen oder auch Zimmer.

Die traurige Lage, in welcher sich ein Teil dieser Klasse befindet, ist hauptsächlich auf den Mangel an gut bezahlter Arbeit zurückzuführen, die zum großen Teil vom Zwischenhandel, von Schreibwarenhändlern und Sortimentsbuchhändlern abgefangen wird. Durch den Mangel eines Ladens kommt der kleine Meister eben zu wenig mit dem Konsumenten in Berührung, welch' letzterer durch gefällige Ladeninhaber der bezeichneten Art auch der Mühe überhoben wird, sich nach einem wirklichen Buchbinder umzusehen.

Die Meister sind gewöhnlich von ihrer Gesellenzeit her noch Mitglieder der Ortskrankenkasse; diejenigen, welche der Innung angehören, beteiligen sich auch meistens mit ihren Frauen an der Sterbekasse des Innungsverbandes „Bund deutscher Buchbinder-Innungen". Die Prämien betragen hier je nach dem Beitrittsalter 2,10—5,90 Mk. für 100 Mk. versichertes Sterbegeld. Vielseitig bedauert man, daß es nicht auch Krankenkassen für Frau und Kinder giebt, ebenso, daß sich der kleine Meister nicht fakultativ an der Invaliditäts- und Altersversicherung beteiligen darf.

Der Erhaltung dieser kleinen Betriebe und der wirtschaftlichen Hebung ihrer Inhaber ist das Bemühen der Innung hauptsächlich gewidmet, ein Bestreben, das durchaus nicht, wie von vielen Seiten behauptet wird, unter allen Umständen aussichtslos erscheint. Zunächst muß festgestellt werden, daß der große mit Maschinen aller Art ausgestattete Betrieb dem kleinen am allerwenigsten in Bezug auf Dauerhaftigkeit, aber auch nicht in Bezug auf Wohlfeilheit überlegen ist. Die Maschinen kommen für die Preisbestimmung wenig in Betracht, denn die bis heute existierenden sind nur für Massenartikel berechnet, sie müssen auf alle Stärken oder Größen jedesmal besonders eingestellt werden.

Es könnte noch der Einwand erhoben werden, daß bei der größeren Arbeitsteilung des Großbetriebs von dem einzelnen Arbeiter mehr geleistet wird. Aus folgenden Gründen ist das nicht stichhaltig. Die Arbeiten, die bei einem Bucheinbande vorkommen, sind, besonders da der kleine Betrieb das Kniffliche und Schwierige auch heute schon von Specialisten machen läßt, nicht so vielseitige und verschiedene, daß ein tüchtiger Durchschnittsarbeiter sie nicht alle gewandt handhaben könnte. Aber selbst zugegeben, daß eine Überlegenheit dadurch einträte, daß eine Person jahrelang einen Handgriff übte, was bei dem häufigen Wechsel des Personals thatsächlich selten

vorkommt, so wird dies reichlich dadurch ausgeglichen, daß ein Durchschnitsmeister in viel höherem Maße sein Personal beaufsichtigen und ausnutzen kann (worin nichts Ungerechtfertigtes zu liegen braucht) als ein Durchschnittsfabrikant. Es ist dies von sämtlichen Inhabern großer Buchbindereien zugestanden, mit denen es besprochen wurde, ebenso von dem socialistischen Vertrauensmann der Gewerkschaftsorganisation, mit dem darüber verhandelt werden konnte. Die Benutzung ungelernter Arbeitskräfte würde im Großbetriebe dieses Teiles der Buchbinderei, der ohne Maschinen arbeitet, keine große Rolle spielen. Zudem ist der Lohn der Gehilfen in der Buchbinderei so niedrig, daß man ihn kaum als solchen für gelernte Arbeiter bezeichnen kann.

Hiernach scheint die Annahme gerechtfertigt, daß technische Bedenken nicht vorliegen. Anders könnte es mit der Bedarfsfrage stehen. Wird in Zukunft noch ein wesentliches Bedürfnis beim Publikum hervortreten, einzelne Bücher binden zu lassen? Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Nachfrage in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Die meisten Bücher kommen neuerdings bereits gebunden in den Buchhandel, so daß der Bücherkäufer keinen Buchbinder mehr aufzusuchen braucht; selbst wo dies anders liegt z. B. bei Lieferungswerken, wird eine Einbanddecke mit bezogen, welche die Arbeit des kleinen Buchbinders verringert. Dieses System haben die Verleger neben dem Streben, dabei etwas zu verdienen, besonders deshalb eingeführt, um durch einen äußerlich anziehenden Einband zum Kauf zu reizen. Die Bequemlichkeit bildet ein weiteres Moment auf seiten des Publikums. Wer ein Buch kauft, wünscht, es gleich lesen zu können und zwar der Annehmlichkeit halber gebunden; daß der Gang zum Buchbinder fortfällt, wirkt ebenfalls nicht unangenehm. Bei Schulbüchern spielt die sofortige Benutzung eine wichtige Rolle; es ist jedoch unrichtig, dieses Bedürfnis zu mißbrauchen, und diese stark strapazierten Bücher meistens in ganz leichte, ungenügende Einbände zu bringen. Das Publikum hat bisher, veranlaßt durch Bequemlichkeit, oder geblendet durch die wirklich künstlerische Vollendung der Deckel-Pressung, diese Einbände angenommen; ob dies fernerhin geschehen wird, ist durchaus nicht zu verbürgen. Zum Ansehen und Auslegen auf Putztischen sind diese Bände gewiß in hohem Grade geeignet, nicht aber zum Gebrauch. Abgesehen von ihrer unter Umständen sehr geringen Festigkeit, greift sich ein buntgepreßter Deckel im Gebrauch leicht ab; wenn aber der Glanz der Neuheit verschwunden ist, sieht ein solcher Band schlechter aus, als jeder andere. Bei den fertig bezogenen Einbanddecken kommt noch hinzu, daß die Deckel zum Buche häufig nur unvollkommen passen. Oeffentliche Bibliotheken, in denen Bücher wirklich gebraucht zu

werden pflegen, nehmen diese Bände nicht an, sondern lassen ihre Bücher mit der Hand in einen soliden Band bringen.

Jedenfalls sieht die Berliner Buchbinder-Innung der Entwicklung nicht mit verschränkten Armen entgegen, sondern bemüht sich eifrig, das Verständnis für einen guten Einband zu heben. In diesem Jahr wird sie eine größere Ausstellung veranstalten; vor allem aber ist sie bestrebt, durch ihre in vieler Hinsicht mustergültige Fachschule Buchbinder zu bilden, welche wirklich auf der Höhe stehen.

Ungebundene Bücher werden nicht ganz zu umgehen sein; Bibliotheken, auch manche Private lassen sich die Bücher gern zur Ansicht schicken. Hierzu werden besser brochierte Exemplare verwendet, um Beschädigungen des Einbandes zu vermeiden, welche Unverkäuflichkeit des Buches oder Reparaturen herbeiführen würden. Ein zur Ansicht gegebenes unaufgeschnittenes Buch unterstützt das Verkaufsbestreben auch insofern, als der Kunde dasselbe nicht gut lesen kann, ohne es aufzuschneiden, d. h. zu erwerben, eine Zwangslage, die beim gebundenen Buche fortfällt.

Von großer Bedeutung ist allerdings der sehr billige Preis der Masseneinbände. Ein Einband mit bunt und gold gepreßtem Deckel kostet für ein 500—600 Seiten starkes Buch in der Regel 1—1,50 Mk., ebenso sogen. Halbfranzbände. So stellt sich, um ein Paar bekannte Beispiele zu nennen, der Einband von Georges: Kleines lateinisch-deutsches Handwörterbuch (über 2700 Seiten) auf 1,75 Mk., von Mommsens Römischer Geschichte auf 1,50 Mk. pro Band; beim kleinen Buchbinder würden diese Bücher 2,50 Mk. bez. 2 Mk. im Halbfranzband kosten. Diese außerordentlich billigen Preise sind aber mit Hintansetzung der Fabrikatsgüte ermöglicht. Statt mit Zwirn auf Bünde, sind diese Bücher mit Draht auf Gaze geheftet, das benutzte Leder ist schlecht, die Ecken sind mit Leinwand und nicht mit Leder überzogen, die Vorsatzfalze sind schmal, die Pappe ist dünn, das Überzugpapier, von Kaliko zu schweigen, schlecht. Trotzdem genügen die Bände augenblicklich dem Publikum und werden gekauft.

Die Entwicklung auf den Absatz fertig gebundener Bücher scheint jedoch ungefähr auf ihrem Höhepunkt angelangt; man denke an das große Kontingent der Schulbücher; selbst wissenschaftliche Bücher werden heute gebunden in den Buchhandel gebracht, und es giebt wohl kein Buch, das nicht gebunden zu haben wäre.

Jedenfalls liegen für Berlin mit seinen vielen Bibliotheken, Behörden, Geschäften und seiner im raschen Wachsen begriffenen Bevölkerung die Verhältnisse nicht so, daß man für absehbare Zeit ein Bedürfnis nach zahlreichen Kleinbetrieben wird leugnen können.

Nach Schilderung dieser thatsächlichen Zustände scheint es, daß die hier besprochene Art der Buchbinderei alle Anforderungen erfüllt, welche z. B. Professor Schmoller an ein Handwerk stellt, das Anspruch machen kann, in seiner Erhaltung als solches vom Staate durch Specialgesetze unterstützt zu werden. Zunächst unterliegt es keinem Zweifel, daß das Publikum ein Interesse daran hat, seine Bücher in allernächster Nähe seiner Wohnung zum Einbinden geben zu können. Daß dieses für die Erhaltung des Kleingewerbes außerordentlich wichtige Lokalbedürfnis durch einen wucherischen Zwischenhandel ausgebeutet und der eigentliche Handwerker dadurch schwer geschädigt wird, ist ein Mißstand, dessen Abstellung durch staatlichen Eingriff wohl niemand als unberechtigt bezeichnen wird. Weiter kann man bejahen, daß die Verhältnisse in diesen kleinen Buchbindereien so liegen, daß jeder Durchschnittsgeselle einen brauchbaren Meister abgeben kann; auch scheint es, daß durch das Lokalbedürfnis ein zu starkes Anschwellen des einzelnen Betriebes im allgemeinen ausgeschlossen ist und deshalb das Zahlenverhältnis zwischen Meister und Geselle ein solches bleiben wird, wie es für ein gesundes Kleinhandwerk wünschenswert ist.

Weiter trifft bei der Buchbinderei der Punkt zu, daß das Verschwinden kleiner Meister dann zu beklagen ist, wenn die Lebenshaltung eines Kleinmeisters durchschnittlich immer noch besser ist, als die eines im Großbetriebe thätigen Lohnarbeiters. Wir haben im vorstehenden zwar gesehen, daß die Lage einzelner kleiner Meister keine rosige ist, wir werden aber weiter finden, daß diejenige der Buchbindergehilfen noch schlechter ist. Wenn mancher Kleinmeister auch ärmlich und in Sorgen lebt, so ist er doch im großen und ganzen vor der vollständigen Arbeitslosigkeit bewahrt. Der verheiratete Geselle lebt in traurigen Familienverhältnissen; er arbeitet häufig weit entfernt von seiner Wohnung, so daß er den ganzen Tag nicht nach Hause kommt und das sogenannte Mittagessen abends einnehmen muß. Bei den erbärmlichen Lohnverhältnissen muß die Frau ebenfalls auf Arbeit gehen, so daß die Kinder sich selbst überlassen sind. Man hat diesen Zustand nicht weiter auszumalen, um ihn in Gegensatz zu einer noch so bedürftigen Kleinmeisterfamilie bringen zu können. Hierbei ist der Unterschied des Bareinkommens und die bessere Wohnung noch garnicht in die Wagschale geworfen. Wenn durch den Lohnkampf sich die Lage der Arbeiter auch immer bessert und zweifellos in absehbarer Zeit eine erträgliche werden wird, so ist es ebenso sicher, daß bei dem Fortfall des Zwischenhandels die Kleinmeister bedeutend besser gestellt sein werden.

Hierzu kommt, daß eine Zwangsorganisation, auf die ein staatlicher Eingriff wohl hinauslaufen würde, selbst bei Unterdrückung aller Mono=

polisierungsgelüste wirksame Hilfsmittel für Unterstützung ihrer Mitglieder zur Verfügung hat. Um bei dem Monopolgedanken noch einen Augenblick zu verweilen, würde folgerichtig erscheinen, daß, ebenso wie im alten Zunftwesen, die Größe der Betriebe auf einen gewissen, die technische Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigenden Umfang festgesetzt würde. Weiter könnte die Innung den gemeinsamen Einkauf der Rohstoffe in die Hand nehmen, welche in der Buchbinderei allerdings nicht die große Rolle spielen, wie in anderen Erwerbszweigen. Bei Bezügen größerer Materialienposten tritt eine Ermäßigung von mindestens 15 Prozent ein; selbst wenn die Innung hiervon für Verwaltungsunkosten 5 Prozent behielte, so kämen dem Mitgliede immerhin noch 10 Prozent zu gute; das bedeutet bei einem jährlichen Materialbedarf von 200—400 Mk. einen Nutzen von 20—40 Mk. Bei der Massenfabrikation sind diese Summen natürlich größer. Ebenso verhält es sich mit der Ersetzung der Grossisten, welche den Ladeninhabern ihre Ware liefern.

Eine sehr wichtige Rolle fiele der Innung in der Befriedigung des augenblicklich fast gänzlich unterdrückten Kreditbedürfnisses zu. Kredit ist bei den hier in Betracht kommenden Kassen nur zu haben gegen gute Geschäftswechsel, unter zwei Bürgschaften, oder in Höhe der Summe, welche der Kredit-Nachsuchende als Spareinlage stehen hat. Wenn ein Mann mit einer schuldenfreien Ladeneinrichtung und einem ebensolchen bescheidenen Warenlager neben persönlicher Tüchtigkeit und einem gutgehenden Geschäft keine 500 Mk. bekommen kann, so hat man kein Recht zu sagen, daß das heutige Bankwesen seine volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllt. Es ist nicht ein einzelner Fall, der hier generalisiert wird; man hört von allen Seiten dieselben Klagen. Selbst den Inhabern größerer Betriebe geht es nicht besser. Dieselben helfen sich dann durch ganz ungesunde Wechselreiterei. Soll auch zugegeben werden, daß die Bonitätsverhältnisse in den Kreisen der Klein-Gewerbetreibenden sehr undurchsichtig sind, so kann hier gerade die Zwangsorganisation einsetzen, weil ihren Beamten die speciellen Verhältnisse genau bekannt sein werden. Vor allem liegt in der noch völlig unausgenutzten Kreditversicherung[1] ein Hebelwerk, welches nach einem Rodbertusschen Worte „die Kapital schaffende Kraft des Kredites" noch zu erweisen berufen ist.

In dem beschreibenden Teile ist erwähnt, daß ein Meister zuweilen mehr zu thun habe, als er bei pünktlicher Bedienung leisten könne. Auch hier müßte die Innung planvoll vorgehen. Sie müßte Listen von Mei-

---

[1] Dernburg, Über Kredit- und Verlustversicherung in der Zeitschrift „Pionier". Jahrgang 1890 Nr. 12.

stern führen, die noch Arbeit annehmen können, und so eine Überweisung erleichtern. Diese Einrichtung würde allen Teilen, den Meistern, den Gesellen (die nicht durch Überstunden geplagt zu werden brauchten) und dem Publikum zum Vorteil gereichen. Dieser Punkt spielt bei der Massenfabrikation eine noch größere Rolle.

Es sind hier nur einige Punkte angeführt, in denen die Zwangsorganisation im Interesse der Meister einsetzen könnte; in der Praxis werden sich noch weit mehr ergeben. Die Zwangsorganisation wird allerdings nicht zu umgehen sein; fakultative Organisationen müssen den größten Teil ihrer Kraft einsetzen, um den fehlenden Zwang zu ersetzen, d. h. um Mitglieder anzuwerben und die vorhandenen Mitglieder bei guter Laune zu erhalten, so daß für die Hauptzwecke nur noch ein Kraftrest übrig bleibt. Ebenso wird man sich entscheiden müssen, auf welche Weise der Zwischenhandel beseitigt werden soll; ob man den Mitgliedern der Zwangsorganisation den Schreib- und Zeichenwarenhandel gänzlich überlassen, oder ob man diesen Handlungen die Annahme von Bucheinbänden entziehen will.

B. Betriebe, welche hauptsächlich Massenartikel fabrizieren.

Während bisher nur Betriebe besprochen worden sind, welche das Bedürfnis eines meist eng begrenzten lokalen Kreises nach Einzelarbeit befriedigen, kommen wir nunmehr zu solchen, welche hauptsächlich Massenartikel fabrizieren. Es ist wohl selbstverständlich, daß die thatsächliche Trennung nicht so scharf ist, wie sie der Uebersichtlichkeit wegen vorgenommen ist. Viele der in dieser Klasse zu behandelnden Betriebe fertigen nebenher auch Einzelwaren an. Für diesen Zweck haben sie dann gewöhnlich bestimmte Leute, welche den Namen Sortimenter tragen. Die großen buchhändlerischen Geschäfte, namentlich die Sortimentsbuchhändler, haben auch Einzelbücher zu binden, die sie ebenfalls ihrem Groß-Buchbinder übertragen. Wie wiederholt von Inhabern solcher Betriebe versichert wurde, liegt ihnen an derartigen Arbeiten gar nichts; sie erledigen dieselben nur aus Gefälligkeit für ihre sonstigen Kunden; andere Leute weisen sie mit diesen Aufträgen ab. Das letztere gilt in dieser Schärfe besonders von den wirklich großen Betrieben, während derartige Arbeiten den kleineren als Lückenbüßer willkommen sind.

Die Zahl der in dieser Klasse zu besprechenden Betriebe mag in Berlin etwa fünfzig betragen. Die beiden größten davon beschäftigen durchschnittlich ungefähr 70 Personen. Diese Betriebe stehen jedoch ziemlich vereinzelt da, denn die nächst folgenden beschäftigen durchschnittlich nur

40—50 Personen. Die übrigen gehen stufenweise bis auf 10 Personen herunter. Es giebt auch Geschäfte, die noch kleiner sind; dieselben nehmen aber eine Zwitterstellung ein und können sich auf die Dauer für die Fabrikation von Massenartikeln nicht halten. Die Betriebe sind mit Maschinen jeder Art ausgestattet. Ein Betrieb kleinster Art muß, wenn er konkurrenzfähig sein will, mindestens haben: 2 Schneidemaschinen, 1 Pappschere, 1 Spindelpresse, 1 Walze, 1 Heftmaschine, 1 Abpreßmaschine, 1 Rundmachmaschine.

Der Preis dieser Maschinen beträgt etwa 6000 Mk. Thatsächlich ist in den meisten Betrieben noch mindestens eine Vergoldepresse anzutreffen.

Beinahe alle besseren Betriebe haben ihre Specialität, auf die sie besonders eingerichtet sind. Der eine macht hauptsächlich Broschüren; in diesem Falle wird er neben einer oder mehreren Buchheftmaschinen noch einfache Heftmaschinen haben und je nach der Größe des Betriebes die anderen Maschinen in Mehrzahl. Andere machen besonders gebundene Bücher und sind dann meistenteils mit mehreren Vergoldepressen versehen. Die Einrichtungen zum Handvergolden haben gewöhnlich nur diejenigen, welche eine Specialität darin besitzen, nebenher für kleine Buchbindereien diese Arbeiten zu liefern. Eine weitere Eigenart ist es, für kleine Buchdruckereien zu paginieren oder zu perforieren. Unter den Bücherspecialisten giebt es noch Unterabteilungen. Der eine macht hauptsächlich gepreßte Deckel, der andere Märchenbücher und Jugendschriften, die mit bunt lithographierten Bildern überzogen werden, wieder andere fertigen hauptsächlich Gesangbücher und Bibeln, welch' letztere sie zuweilen auch selbst an Detaillisten vertreiben. Von den Geschäften, welche als Specialität besonders Einbände mit gepreßten Deckeln fertigen, sind 4—5, welche das eigentliche Kunsthandwerk betreiben, d. h. Handvergoldungen, Mosaikbände, Adressen, überhaupt Liebhaberbände aller Art direkt für das kauffähige Publikum herstellen.

Die Lokalmiete für einen Betrieb von 10 Personen mag 700 Mk. durchschnittlich betragen. Es entfallen auf den Mann also ca. 70 Mk. pro Jahr. Ein Betrieb von durchschnittlich 15 Personen wird 1200 Mk. bezahlen, das macht pro Mann und pro Jahr 80 Mk. In einem der bereits erwähnten größten Betriebe von durchschnittlich 70 Personen kommen auf den Mann 91,50 Mk. Miete. Diese Steigerung nach oben hin erklärt sich dadurch, daß die großen Betriebe einen erheblichen Lagerraum für die Bücher, welche in ihrer ganzen Auflage nicht sofort gefertigt werden, halten müssen. Von diesem Vorrat arbeiten sie in der sogen. toten Zeit, in welcher Aufträge nicht zahlreich vorliegen, da es ihnen daran gelegen

ist, den einmal eingearbeiteten Mechanismus aufrecht zu erhalten. Die tote Zeit währt in den Sommermonaten Juli bis Ende September und einige Zeit um Ostern. Besonders stark zu thun ist von Ende September bis Anfang Dezember und Ende Januar bis Ende Februar.

In diesen Betrieben werden ziemlich viel Mädchen beschäftigt. Das Falzen, Kleben und Heften auch sogen. Holländern mit der Hand, ist teils ausschließlich, teils vornehmlich Frauenarbeit. Außerdem werden Mädchen dazu verwendet, die Farbe auf die Vergoldepresse aufzutragen. Die Broschürenheftmaschine wird meistenteils von Frauen bedient, auch wenn sie getreten werden muß. Es gehört hierzu allerdings eine kräftige Person, für welche die Arbeit aber sehr lohnend ist. Die Buchheftmaschine wird nur dann von Frauen bedient, wenn sie durch motorische Kraft getrieben oder wenn eine besondere Person zum Drehen angestellt ist. Durchschnittlich werden in den größeren Betrieben etwas mehr Frauen als Männer beschäftigt. Ein weitgehendes Stücklohnsystem ist nur bei der Frauenarbeit durchgeführt, die Männer stehen meistens im Zeitlohn. Lehrlinge werden in den großen Betrieben gar nicht, in den mittleren in geringer Anzahl ausgebildet. Kleine Betriebe, vornehmlich solche mit unter 10 Personen, treiben zuweilen Lehrlingszüchterei, d. h. bilden die jungen Leute einseitig aus und drücken mit Hilfe dieser billigen Arbeitskräfte die Preise auf ein ungesundes Niveau.

Eine besondere Klasse von Unternehmern sucht seine Stärke in der Benutzung ungelernter Arbeitskräfte, welche sie auf wenige Handgriffe einüben.

Zu einer gewissen Berühmtheit haben es Betriebe gebracht, welche junge Mädchen mehrere Wochen umsonst mit Falzen beschäftigen, nachdem sie ihnen bei Beginn der sogen. Lehrzeit in Aussicht gestellt haben, nach einer Anzahl von Wochen einen gewissen Lohn verdienen zu können. Ist die abgemachte Ausbeutungszeit verstrichen, so können die Lehrmädchen in einem anderen Betriebe versuchen, etwas zu verdienen, wobei ihnen allerdings die vorhergangene Beschäftigung nicht sehr zu nutze kommen wird.

Während die in dem vorigen Abschnitte behandelten kleinen Werkstuben ausschließlich in den Händen von gelernten Buchbindern sind und nur ausnahmsweise von Meisterwitwen fortgesetzt werden, nehmen die Nichtfachleute in der hier besprochenen Klasse einen breiteren Raum ein. Die kaufmännische Seite des Geschäfts tritt natürlich stärker in den Vordergrund, spielt aber doch keine so große Rolle, daß kaufmännische Leiter dadurch bedingt würden; im Gegenteil ist die technische Seite die ausschlaggebende. Die Betriebe sind nicht so groß, daß die kaufmännischen Arbeiten nicht

von einem intelligenten Handwerker mit Hilfe eines Buchhalters, der ihn eventuell nur einige Stunden in der Woche unterstützt, erledigt werden könnten. Eine pünktliche und sachgemäße, d. h. möglichst zweckmäßige und billige Arbeitsleistung zu erzielen, ist die Hauptsache, weshalb ein gelernter Buchbinder in der Regel der geeignetste Leiter ist. Die kaufmännisch geleiteten Betriebe sind vielmehr dadurch großgezogen worden, daß die Kundschaft längere Kredite verlangt, häufig bis zu einem Jahre. Nicht allen Handwerkerfirmen fehlt diese Kapitalkraft, obwohl die Quelle hierfür wohl selten dem Handwerksbetriebe allein entsprang; einige haben z. B. bei der schnellen Entwicklung Berlins durch günstige Grundstücksverkäufe Vermögen erworben, andere haben durch beliebte Massen-Specialartikel z. B. mit Klassikerausgaben, besonders gute Geschäfte gemacht, wieder anderen ist es gelungen, fremdes Kapital in irgend einer Form heranzuziehen. Den kapitalschwächeren Handwerkern wird durch die Kreditgewährung kapitalkräftiger Firmen die Konkurrenzfähigkeit sehr erschwert, ja in manchen Fällen unmöglich gemacht; auch drücken nicht selten kaufmännisch geleitete Betriebe durch ungenügender Sachkenntnis entspringende Schleuderpreise das allgemeine Preisniveau. Daß die Kreditgewährung nicht ohne Verluste abgeht, braucht wohl kaum hervorgehoben zu werden.

Vielfach ist der Hergang der, daß große Werkstuben plötzlich eingerichtet worden sind, und die Inhaber nun unter allen Umständen Arbeit schaffen müssen. Sie können sich bei den Konsumenten nur dadurch einführen, daß sie billigere Preise anbieten, als bisher üblich waren. Solide Firmen verlangen für tausend Bogen zu falzen, zu heften und zu beschneiden 2 Mk. Von anderer Seite wird dieselbe Arbeit heute für 1,50 Mk. offeriert. Das Falzen, Heften und Beschneiden von 1000 Bogen erfordert folgende bare Auslagen an Lohn:

Falzen	0,50	Mk.
Heften inkl. Material	0,45	=
2maliger Transport und Einpacken .	0,20	=
Beschneiden	0,10	=
Zusammen	1,25	Mk.

Angenommen, es handelt sich um einen Betrieb von durchschnittlich 25 Personen, der täglich 50 000 Bogen liefern kann, so repräsentierte diese Arbeitsleistung einen täglichen Brutto-Ueberschuß von 12,50 Mk. Hiervon sind folgende Unkosten zu bestreiten:

Miete, auf 300 Arbeitstage verteilt .	7,00	Mk.
$4^1/_2$ % Zinsen von 30 000 Mk. Kapital	4,50	
10 % Amortisation von 20 000 Mk. Maschineninventar	6,65	=
Gasverbrauch durchschnittlich . . .	2,50	=
Werkführer	6,00	=
Altersversicherung	0,50	=
Krankenversicherung	0,60	=
Unfallversicherung	0,16	=
Generalunkosten inkl. Steuern . . .	3,00	=
Zusammen	30,91	Mk.

Während bei dem Preise von 1,50 Mk. der eine Arbeitstag einen Verlust von 18,41 Mk. gebracht hat, sind bei 2,00 Mk., 6,50 Mk. von dem Unternehmer rein verdient; ist dieser Unternehmer Handwerker, so erspart er außerdem 6,00 Mk. für einen Werkmeister, so daß er aus dieser Tagesarbeit 12,50 Mk. erübrigt hat.

Dieses Rechen-Exempel ist aufgestellt, um an einem Beispiel zu zeigen, daß bei gewissen Preisen, die heute gestellt werden, unter gewöhnlichen Umständen zugesetzt wird. Es soll hiermit nicht behauptet werden, daß diese Rechnung für alle Betriebe genau zutrifft, vor allem nicht, daß die betreffenden Geschäfte nur mit derartigen Preisen arbeiten. Einzelne Fachleute, denen dieses Exempel vorgelegt wurde, wiesen die Möglichkeit einer derartigen genauen Berechnung zurück, worauf nochmals betont sei, daß sie keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit erhebt. Mancher Betrieb wird billigeres Geld, billigere Miete, vor allem niedrigere Löhne haben [1], andere dagegen auch höhere Sätze. Die hier angenommenen werden aber einem gewissen Durchschnitt entsprechen.

Daraus erklärt sich denn, daß es sehr vielen Geschäften nicht möglich ist, sich auf die Dauer zu halten. Daneben giebt es andere Unternehmer, welche gewohnheitsgemäß alle paar Jahre Bankerott machen oder accordieren. Ungesunde Gründungen werden hauptsächlich auch durch die weitgehenden Erleichterungen ermöglicht, welche die großen Maschinenfabriken in Form ausgedehnter Kredite anbieten. So günstig und segensreich diese Kreditgewährungen auf den ersten Blick erscheinen können, so verderblich

[1] Besonders bei Benutzung von Lehrlingen oder ungelernten Arbeitern. Aber auch bei gelernten Buchbindern sind Lohndrückungen möglich, da die Buchbinder-Organisation zur Zeit noch nicht sehr kräftig ist.

sind dieselben, wo sie nicht als vorübergehende Erleichterung, sondern als grundlegendes und einziges Mittel zur Einrichtung des Betriebes dienen. Hierfür sind sie nämlich noch bei weitem zu kurzsichtig, da gewöhnlich der Kredit in 2—3 Jahren getilgt werden muß, eine Leistung, zu welcher die regelmäßigen Einnahmen nur in Ausnahmefällen hinreichen werden. Diese Art von Hilfe, wie die meisten anderen, welche von Lieferanten ausgehen, dient schließlich nur dazu, den Anfänger in vollständige Abhängigkeit zu bringen, oder ihn die geringen Barmittel, die er besaß, verlieren zu lassen.

Eine dritte Art von billigen Leuten sind die, welche feste, große Arbeiten haben, die zwar einen bestimmten Apparat erfordern, denselben aber die ganze Woche nicht gleichmäßig beschäftigen. Wenn derartige Betriebe als Lückenbüßer Arbeiten zu schlechten Preisen annehmen, so haben sie noch immer mehr verdient, als wenn sie ihr Personal die Wände ansehen lassen.

Während die alten eingeführten Geschäfte zur Erlangung von Arbeit gar keine Unkosten aufzuwenden haben und während andere solide Meister, die sich allmählich entwickelt und vergrößert haben, an einigen Vormittagen der Woche einige Stunden aufwenden, um sich bei ihrer Kundschaft in Erinnerung zu erhalten, müssen die als Großbetriebe plötzlich aus der Erde geschossenen Unternehmungen außer den bereits gekennzeichneten niedrigen Preisen noch weitere Anstrengungen machen; sie verschicken Prospekte, Musterbände u. s. w., außerdem macht der Inhaber den größten Teil des Tages Besuche, während er den Betrieb einem Werkführer überläßt.

Aus alledem sieht man, daß an diesen Großbetrieben und ihren billigen Preisen nicht alles Gold ist, was glänzt; von mehreren wird behauptet, daß sie bei ihren Geschäften zusetzen. Es ist keine Seltenheit, daß die Arbeiter Sonnabends garnicht oder nur teilweise gelohnt werden können; es giebt sogar Unternehmungen, die sich wegen der Krankengelder pfänden lassen.

In den letzten Jahrzehnten ist es üblich geworden, daß die größeren Berliner Buchdruckereien sich eigene Buchbindereien als Nebenbetriebe einrichten. Diese Nebenbetriebe sind teilweise größer, als die selbständigen bedeutenderen Geschäfte. Die Reichsdruckerei beschäftigt z. B. in ihrer Buchbinderei über 100 Personen. Andere große Buchdrucker beschäftigen 50 bis 70; die Gesamtzahl dieser Nebenbetriebe ganz genau festzustellen, ist nicht möglich gewesen; es existieren deren aber gewiß mit mehr oder weniger vollkommener Einrichtung ungefähr 100. Diese Zahl hat Herr H. Kretschmann, der Vertreter der dominierenden Maschinenfabrik von C. Krause in Leipzig, angegeben, welcher die meisten mit Buchbinderei verbundenen Buchdruckereien kennt.

Obwohl die zünftigen Meister diese Nebenbetriebe für durchaus ungerechtfertigt erachten, muß doch hervorgehoben werden, daß dieselben zum großen Teil durch die Eigentümlichkeit des Buchdruckereibetriebes bedingt sind. Gewisse Buchbinder-Maschinen, z. B. die Schneidemaschine, kann selbst die kleinste Druckerei, ein gewisses Buchbinderpersonal die größeren überhaupt nicht entbehren. Hat eine Buchdruckerei bedeutendere Zeitschriften in nicht zu großen Zwischenräumen herzustellen, so ist es meistens erforderlich, daß die Expedition von der Druckerei aus erfolgt, weil keine Zeit verloren werden darf. Hierfür muß die Druckerei ein bestimmtes Personal haben, welches durch diese Arbeiten aber nicht fortwährend beschäftigt werden kann. Was ist natürlicher, als daß sie die freie Zeit durch Selbstanfertigung auch anderer Buchbinderarbeiten, die sie sonst vergeben hätte, ausfüllt? Ist so einmal der erste Grundstein zu einer Buchbinderei gelegt, so folgt das Weitere bald nach. Ein Werkführer ist für den kleineren wie für den größeren Betrieb nötig.

Die zweite Mißlichkeit, unter der die Berliner Groß-Buchbinder zu leiden haben, hängt ebenfalls mit den Besonderheiten der Berliner Buchdruckereien zusammen. Bekanntlich werden in Berlin die höchsten Mieten bezahlt; dazu kommt, daß die Buchdruckergehilfen für Berlin einen Lokalzuschlag zum Lohn von 25 % erhalten. Es wird hieraus erklärlich, daß die Berliner Druckereien gegen die anderer Orte, in denen weder die hohe Miete noch der Lokalzuschlag die Preise hochtreibt, wesentlich teurer sein müssen. Dies ist der Grund, weshalb die meisten Berliner Verlagsbuchhändler nicht in Berlin, sondern in kleinen Orten, die häufig bedeutende Druckereien aufweisen, arbeiten lassen. Da die Verlagsartikel zur buchhändlerischen Auslieferung nach Leipzig müssen, so wäre es unökonomisch, dieselben zum Binden nach Berlin zu transportieren und sie dann erst nach Leipzig zu expedieren. Sie werden vielmehr direkt nach Leipzig befördert und dort gebunden. Infolge dieses Zusammenströmens der meisten deutschen Bücher in Leipzig haben sich daselbst sehr bedeutende Buchbindereien, je 2 mit bis 400 Arbeitern, ausgebildet[1]. Diese wirklichen Großbetriebe begnügen sich jedoch nicht mit dem Vorteil, den ihnen ihre örtliche Lage bringt, sondern bewerben sich zum Teil durch Berliner Vertreter auch um weitere Arbeiten[2]. So hat z. B. in den letzten Jahren ein förmlicher Kampf um

[1] Vergl. in diesen Untersuchungen Bd. V, S. 318 ff.

[2] Die Leipziger Konkurrenz scheint jetzt insofern in ein neues Stadium zu treten, als eine der größten Leipziger Firmen hierselbst kürzlich eine Filialwerkstätte errichtet hat. Mitte Januar 1896.

das Berliner Adreßbuch stattgefunden. Der Verleger des letztern wollte den Buchbindern keine Preiserhöhung gewähren, obgleich die Arbeit in jedem Jahre um mindestens 10 Bogen umfangreicher geworden war. Die sechs Berliner Buchbinder, unter welche die Arbeit verteilt wurde, weil sie sehr schnell erledigt werden mußte, hatten sich auf Anregung der Innung dieser gegenüber bei einer Konventionalstrafe von 1000 Mk. verpflichtet, in Zukunft das Adreßbuch nicht unter 15 % Aufschlag zu fertigen. Obwohl die Innung auch die Leipziger Innung gebeten hatte, sie in diesem Lohnkampf zu unterstützen, fanden sich doch einige Leipziger und Berliner Buchbinder, welche es dem Verleger ermöglichten, ohne die Berliner Innungsmeister fertig zu werden. Ob allerdings der Verleger einen Vorteil dabei gehabt hat, ist sehr zu bezweifeln, da außer dem zweimaligen Transport allein die Kosten für die Verpackung 600 Mk. betragen haben sollen[1].

Im darauf folgenden Jahre wurde das Adreßbuch wieder von den alten Berliner Buchbindern, ausgenommen zwei, gebunden und zwar zum alten Preise, der auch heute noch besteht, obwohl der Umfang der Arbeit von Jahr zu Jahr zunimmt. Ohne die Leipziger Konkurrenz dürfte dem Verleger dergleichen nicht möglich sein.

Die größten Leipziger Buchbindereien haben vielfach eigene Zeichner und pflegen mit ihren Offerten zugleich Entwürfe einzuliefern. Dadurch werden die Berliner Konsumenten verwöhnt, und die Berliner Buchbinder zu denselben luxuriösen Reizmitteln gezwungen. Ein Berliner Großbuchbinder erzählte, daß er eine sehr bedeutende Arbeit schon beinahe abgeschlossen hatte, als bei seinem Auftraggeber der Vertreter einer Leipziger Firma mit Entwürfen erschien. Hierauf wurde der Gewährsmann aufgefordert, ebenfalls derartige Vorlagen zu liefern, welche ihm einen Kostenaufwand von 100 Mk. verursachten. Ich habe die Leipziger Verhältnisse nicht untersuchen können und kann deshalb nicht darüber urteilen, ob die Leipziger Buchbinderei der Berliner überlegen ist; vermutlich sind die Leipziger Mieten billiger. Die Angaben über die Lohnverhältnisse gehen auseinander; während die Berliner Fabrikanten behaupten, daß die Leipziger Löhne schlechter seien, halten die Organe der Berliner Gewerkschaft sie teilweise in Leipzig für höher. Die allerneuesten Maschinen, Falzmaschinen, Zwirnheftmaschinen zum Holländern und Heften auf Bünde, sind

[1] Charakteristisch hierbei ist, daß der Verleger, dem das Unternehmen beiläufig bemerkt 50000 Mk. abwerfen soll, einem Groß-Buchbinder, der ihn darauf aufmerksam machte, daß die dicken Bände solide hergestellt sein müßten, und es deshalb auf ein paar Pfennige nicht ankommen dürfe, antwortete: „Das Adreßbuch geht gegen bar aus dem Hause und kommt nicht wieder“.

in Berlin noch ziemlich selten, sollen in Leipzigs größeren Buchdruckereien aber an der Tagesordnung sein.

Wenn der Groß-Betrieb einen gewissen Umfang erreicht hat und dadurch nicht zugleich ein gewisses Monopol, so arbeitet er entschieden unvorteilhafter, als andere Betriebe. In Berlin konnten derartige Riesenbuchbindereien nicht untersucht werden, weil dieselben hier nicht existieren, dagegen kann vielleicht ein Schluß aus den ziemlich analogen Verhältnissen der Buchdruckereien gezogen werden. In informierten Kreisen spricht man davon, daß der Gewinn, welchen Besitzer der größten Betriebe erzielen, in einer 3 % Verzinsung ihres Anlagekapitals besteht. Zur Zeit guter Konjunkturen oder bei Gelegenheit besonderer Arbeiten, die aus irgend einem Grunde nicht wiedergekehrt sind, haben sich die Betriebe außerordentlich vergrößert, so daß sie Arbeiten zu jedem Preise annehmen, um Verluste zu vermeiden. Der Riesenbetrieb muß unter allen Umständen beschäftigt werden.

In Bezug auf die Buchbinderei Berlins kann man sagen, daß ein Betrieb von durchschnittlich 10—12 Personen und den im Anfange dieses Kapitels aufgeführten Mindestmaschinen für die meisten Fälle konkurrenzfähig sein wird. Es sei ausdrücklich hervorgehoben, daß dies für den augenblicklichen Stand der Berliner Buchbinderei gilt; wenn die neuerdings erfundenen Falz- und Zwirnheft- Maschinen noch vervollkommnet und von den kapitalkräftigeren Firmen allgemeiner eingeführt werden, ändert sich das vielleicht. Jedenfalls würde durch eine derartige Verschiebung des allgemeinen Niveaus die Mindestzahl an Arbeitern heruntergesetzt, das Kapitalerfordernis dagegen erhöht werden. Es gelten hier für den Kampf zwischen Groß- und Kleinbetrieb dieselben Argumente, welche im vorigen Abschnitt angeführt wurden. Die Inhaber größerer Buchbindereien haben zugestanden, daß sie mit 10 % Nutzen arbeiten gegen 25 % beim kleineren Betriebe, der durch die Person des Meisters allein überwacht wird. Mit der Größe des Betriebes fällt also die relative Höhe des Gewinnes.

Schon heute ist es bei wirklich großen Arbeiten erforderlich, zu schneller Herstellung mehrere Betriebe gleichzeitig in Anspruch zu nehmen. Als Beispiel sei nur das Berliner Adreßbuch und das Reichs-Kursbuch angeführt. Was heute mancher Konsument schon thun muß, könnte planvoll ausgebaut werden; wenn die Zwangsorganisation nicht als solche die Arbeiten der Konsumenten annehmen und an ihre Mitglieder weitergeben will, weil dieselben eine ungleichmäßige Verteilung befürchten, so könnte die Organisation doch wenigstens, wie schon angedeutet, Listen über diejenigen Betriebe führen, welche Arbeit annehmen bezw. vergeben können.

Mit einer derartigen Einrichtung würde es kleineren Betrieben möglich sein, selbst den weitgehendsten Anforderungen zu genügen.

Die Existenzfähigkeit von Betrieben der angedeuteten Größe würde weiter dadurch erhöht werden, daß eine möglichst große Specialisierung, wie sie heute schon im Entstehen begriffen ist, eintritt. Auch hierbei könnte die Arbeitsverteilung der Organisation eine Hauptrolle spielen. Der Konsument wird lieber mit einem Betriebe verkehren, der ihm alle Aufträge erledigt, als mit mehreren Specialbetrieben; diese Schwierigkeit würde den kleineren Betrieben durch die Organisation erleichtert bezw. abgenommen werden können.

Der Ausspruch Werner von Siemens', daß durch die elektrische kleinmotorische Kraft das Schicksal der Großbetriebe besiegelt sei, giebt Veranlassung, diesen Punkt hier zu berühren. Größere Buchbindereien lassen heute bereits zuweilen ihre Maschinen durch motorische Kraft treiben. Entweder haben sie hierfür einen kleinen Gasmotor, oder sie befinden sich in einem Fabrikgebäude mit Dampfkraft. Die bereits mehrfach angeführte Großbuchbinderei hat eine achtpferdige Dampfmaschine, mit der sie einen Fahrstuhl und 14 Maschinen bewegt. Der abströmende Dampf heizt im Winter das ganze dreistöckige Gebäude. In neuerer Zeit bürgert sich die elektrische Kraft in Berlin mehr ein, besonders bei Buchdruckereien, die dann auch ihre Buchbindereien damit versehen. Eine Buchbinderei als Hauptbetrieb mit elektrischer Kraft ist bis jetzt nicht zu verzeichnen[1]. Die motorische Kraft ist für die Buchbinderei nicht ohne Bedeutung. Die Schneidemaschinen brauchen bei anhaltender Benutzung einen besonderen Menschen zum Drehen. Ebenso ist es bei den größeren Heftmaschinen. Die kleineren Heftmaschinen werden zwar in der Regel von der heftenden Person selbst getreten; es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die betreffende Person mit derselben Maschine mehr oder bessere Arbeit leisten würde, wenn sie nicht zu treten brauchte. Hierzu kommt noch, daß die Arbeiter ein Anrecht haben auf Gewährung der technisch möglichen Arbeitserleichterung. Die seither zur Verfügung stehende motorische Kraft hatte, besonders bei der Eigenart der Buchbinderei, verschiedene Unzulänglichkeiten. Zunächst waren die Anlagekosten nicht unerheblich. Während ein zweipferdiger Motor, der für gewöhnliche Betriebe wohl in Betracht kommt, bei Gasbetrieb incl. Einrichtung ungefähr 2000 Mk. kosten wird, kostet die gleiche elektrische Anlage nur etwa die Hälfte[2]. Erfahrungsgemäß

[1] Neuerdings sind etwa 7 derartige Betriebe vorhanden. Mitte Januar 1896.

[2] Die diesbezüglichen Angaben verdanke ich Herrn Ingenieur Opitz von der Allgemeinen Berliner Elektricitätsgesellschaft.

laufen nicht alle Maschinen eines Buchbinderei-Betriebes gleichviel und gleichzeitig. Bei den bisherigen Anlagen mußte es deshalb so eingerichtet werden, daß die dem Motor angeschlossenen Maschinen zu bestimmten Stunden gemeinsam liefen, was natürlich nicht ohne Unzuträglichkeiten durchzuführen war, oder aber der Motor bezw. die Dampfmaschine lief zum großen Teil leer, d. h. nur mit den gerade gebrauchten Maschinen. Dieser letztere Fall ist sehr kostspielig, da der Unterschied im Kraftverbrauch bei vollständiger oder nur teilweiser Belastung kein großer ist.

Beim Elektromotor ist das anders. Derselbe gebraucht, wenn er nur zum 3. Teil belastet ist, auch nur ungefähr den 3. Teil Strom. Dieser Umstand ist für Betriebe wie Buchbindereien, in denen nicht, wie in gewissen anderen Fabrikationszweigen, alle Maschinen fortwährend laufen, von großer Bedeutung, da er ohne Sonderkosten eine beliebige Benutzung jeder Maschine ermöglicht. Während die Dampfmaschine und der Gasmotor erhebliche Wartung, Aufwendung an Öl, letzterer auch noch an Wasser für Kühlung erfordert, schrumpft dies beim Elektromotor auf ein Minimum zusammen. Wenn die Maschinen fünf Minuten nicht gebraucht werden, kann der Elektromotor durch einen Handgriff ein- und ausgeschaltet werden, also die größte Sparsamkeit platzgreifen, was bei den anderen Betriebsarten in der Regel wegen der damit verbundenen Umstände nicht geschieht. Im Betriebe soll der Elektromotor etwa 1/3 billiger sein, als andere Betriebsarten. Ein Elektromotor soll bei der erfahrungsgemäßen, durchschnittlichen Inanspruchnahme pro Tag für 50—60 Pf. Strom auf eine Pferdekraft verbrauchen. Diese Unkosten würden schon reichlich gedeckt durch Ersparung des Lohnes für die Drehjungen, welche für die Beschneidemaschinen erforderlich sind; alle anderen Leistungen wären also Gewinn.

Da leider eine Aktiengesellschaft für Berlin das Strommonopol hat, sind die Anschaffungsbedingungen für den Handwerksmeister noch ziemlich schwere. Die Kosten für Transmissionen in Höhe von 200—300 Mk. müssen sofort bezahlt werden, ebenso 50 Mk. als einmalige Beisteuer zur Hausleitung. Der Motor wird auf Wunsch vermietet, aber gegen einen Jahreszins, der 25 % des Preises gleichkommt. Innerhalb eines Jahres kann der Motor unter Anrechnung der gezahlten Miete und Zuschlag von 5 % Zinsen gegen bar (Preis 695 Mk.) gekauft werden. Zu den täglichen Stromkosten treten noch jährlich 60—100 Mk., monatlich zahlbar, als Amortisation und Zins für die Hausleitung. Nach zehnjähriger Benutzung fällt jedoch diese Abgabe fort, und die Zuleitung wird Eigentum des Hauses.

Alle diese Angaben beziehen sich auf den für einen kleineren Betrieb in Betracht kommenden 2pferdigen Motor.

Es ist zu erwarten, daß diese Preise noch heruntergehen werden, vor allem, daß die Anlage und der Erwerb der Motoren noch erleichtert wird, so daß Meister, welche jetzt nicht in der Lage sind, sich mit motorischer Kraft zu versorgen, die elektrische Kraft sich nutzbar machen können.

Hiernach ist in den elektrischen Kleinmotoren ein weiterer Faktor erwachsen, welcher kleinere Betriebe Vorteile genießen läßt, die bisher Monopol der Großbetriebe waren.

Wenn aus der Betrachtung über Groß- und Kleinbetrieb bei Buchbindereien, die hauptsächlich Massenartikel fertigen, ein Resultat gezogen wird, so lautet es, daß der Großbetrieb einem mit gewissen Hilfsmitteln ausgestatteten Kleinbetriebe technisch in den überwiegenden Fällen nichts voraus hat, daß technisch aber kaum etwas existiert, was eine zweckmäßige Organisation nicht ersetzen könnte. Man muß sich beim Betreten eines Großbetriebes die Frage vorlegen, wird die Größe der Anlage durch die technische und handelsgewerbliche Leistungsfähigkeit gefordert, oder folgt sie aus der Kapitalkraft des Besitzers? Was würde der Betrieb verhältnismäßig weniger leisten, wenn er ein halb, ein drittel, ein viertel mal so groß wäre, was würde er verhältnismäßig mehr leisten, wenn ein Meister den ganzen Betrieb jeden Augenblick übersehen, überall eingreifen und anleiten könnte, was würde erspart werden, wenn der fachmännisch gebildete Inhaber keine technischen Hilfsleiter, kein kaufmännisches Verwaltungs- und Acquisitionspersonal nötig hätte? Die Antwort fällt für den Großbetrieb der Buchbinderei negativ aus, besonders wenn die heute schon bestehende Specialisierung noch weiter fortschreitet.

Augenblicklich ist aber ausschlaggebend das Kapital, welches durch Kreditgewährung und sonstige Erleichterungen die Kundschaft anzieht, während da, wo es mangelt, nicht nur diese Hilfsmittel des Absatzes entbehrt werden müssen, sondern auch nötige technische Einrichtungen. Diese Übermacht des Kapitals wird weiter gesteigert werden, wenn noch mehr Maschinen auf dem Markt erscheinen, und dadurch die Einrichtung des kleinsten konkurrenzfähigen Betriebes immer teurer wird.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, geht die Entwicklung auf die Aufsaugung der Massenbuchbinderei durch die Nebenbetriebe der Buchdruckereien hin. Die Innungsleute befürworten natürlich, den Druckereien das Betreiben von Buchbindereien zu untersagen; es ist das technisch jedoch undurchführbar, soweit die Nebenbetriebe zur schnellen Fertigstellung und

Expedition von Zeitschriften und anderen eiligen periodischen Arbeiten erforderlich sind. Über Buchbinderarbeiten, die hierüber hinausgehen, könnte man geteilter Ansicht sein. Vom Standpunkt der Druckereien wäre anzuführen, daß die Nebenbetriebe in der für bestimmte Zwecke nötigen Größe auch dann vollständig beschäftigt werden müssen, wenn die eiligen periodischen Arbeiten Pausen eintreten lassen.

5. Lehrlingsverhältnisse.

Während im Zunftwesen der Lehrling regelmäßig ein Mitglied der Meistersfamilie war, kommt dieses Verhältnis heute in Berlin nur vereinzelt vor. Der Lehrling wohnt gewöhnlich bei seinen Eltern und erhält ein sogen. Kostgeld von 3 bis 4 Mk. pro Woche im ersten Jahre, in den späteren Jahren erhöht sich dasselbe bis auf 5 bis 7 Mk. Im Statut der Berliner Innung sind die Lehrjahre auf mindestens drei festgesetzt, betragen sehr oft jedoch vier. Die Innung verlangt, daß die in die Lehre Tretenden nicht an körperlichen oder geistigen Gebrechen leiden, welche zur Erlernung des Handwerks untüchtig machen. Wenn diese schlimmsten Fälle auch vermieden werden, so findet man doch, daß der körperliche Durchschnitt der Buchbinderlehrlinge ein auffallend schlechter ist. Das Buchbinderhandwerk wird für leicht gehalten, und deshalb laufen ihm besonders viel schwächliche Elemente zu. Einem Vortrag, den kürzlich Professor Leyden im Nationalverein zur Hebung der Volksgesundheit hielt, entnehme ich, daß 50 Prozent aller Buchbinder an der Schwindsucht sterben. Von den 70 Todesfällen, die im Jahre 1894 in der „Ortskrankenkasse der Buchbinder u. s. w." in Berlin vorkamen, erfolgten 39 durch Schwindsucht oder andere Lungenleiden. Diese ungünstige Ziffer wird zum nicht geringen Teil auf der schlechten Konstitution der sich der Buchbinderei Zuwendenden beruhen. Berlin zeigt die hygienischen Schattenseiten einer Großstadt in mancher Beziehung besonders grell. Die Wohnungen der Lehrlinge sind häufig so weit von der Werkstube entfernt, daß die jungen Leute in der Mittagszeit zum Essen nicht nach Hause gehen können. Oft genug wird in der Häuslichkeit des Lehrlings mittags gar nicht gekocht, weil die Mutter außer dem Hause arbeiten muß. Der Junge ißt dann tagsüber Butterbrote, um abends das sogen. Mittagbrot einzunehmen; bisweilen erhält er auch einen Topf mit Essen morgens mit, was er dann mittags zu wärmen hat. Gegen die Volksküchen besteht ein allgemeines Vorurteil, was von ihrer Benutzung abhält.

Die Unzulänglichkeit der Berliner Arbeiterwohnungen ist hinlänglich bekannt. Die Innung hat einen Lehrlingsausschuß eingesetzt, bestehend aus dem Obermeister, zwei Meistern und zwei Gesellen; derselbe soll den Wohnungen der nicht bei den Meistern wohnenden jungen Leute „besondere Beachtung schenken" und sich alljährlich durch eines seiner Meistermitglieder davon überzeugen, daß die Lehrlinge einen ihrer Lehrzeit angemessenen Stand der Ausbildung erreicht haben.

Wie in den beiden vorhergehenden Teilen erörtert, haben die meisten Betriebe irgend eine Specialität; die besseren Arbeiten, als Handvergolden, eingelegte Bände, Marmorieren u. s. w., werden nur in einigen Werkstätten ausgeübt. Es ist deshalb erklärlich, daß die Werkstubenausbildung vielfach einseitig sein muß, ganz abgesehen davon, daß der Meister in den überwiegenden Fällen den Lehrjungen mit Vorliebe Arbeiten verrichten läßt, die ihm etwas einbringen, und daß er erst in zweiter Reihe an die technische Ausbildung des Lehrlings denkt. Im Gegensatz hierzu hat die Innung eine Werkstätte geschaffen, in welcher Lehren und Lernen einziger Zweck ist, welche dem Lehrjungen eine allseitige Ausbildung gewährt, ihn aber besonders in den Fächern unterrichtet, die er bei seinem Meister nur unvollkommen oder gar nicht zu lernen Gelegenheit hat. Diese Lehrwerkstätte oder Fachschule trat am 15. August 1888 ins Leben, zunächst mit zwei Kursen und 15 Lehrlingen beginnend.

Sie umfaßt heute sechs Kurse und wurde im Winter-Semester 1895/96 von 115 Schülern, darunter 31 Gesellen, besucht.

Die Kurse umfassen:

1. Handvergolden, Sonntags von 9—12 Uhr (stark von Gesellen besucht: 2 Lehrer).
2. Feine Buchbinderei zur selben Zeit (1 Lehrer).
3. Preßvergolden einmal wöchentlich abends 2 Stunden (1 Lehrer).
4. Allgemeine Buchbinderei (Anfangs-Kursus) zweimal wöchentlich abends je 2 Stunden (1 Lehrer).
5. Gold- und farbige Schnitte, einmal wöchentlich abends 2 Stunden (1 Lehrer).
6. Marmorieren und Kontobücher-Anfertigung, einmal wöchentlich abends 2 Stunden (1 Lehrer).

Die Lehrer erhalten für die Stunde 3 Mk. Honorar.

Aus dem Regulativ der Fachschule sei folgendes mitgeteilt.

Der Unterricht umfaßt: Zeichnen, Farbenlehre, sowie Vorträge in den Fachwissenschaften, Materialienkunde, Demonstrationen und praktische Übungen in der Lehrwerkstätte. Die Schule ist ein Unternehmen der Buch-

binder-Innung und wird unterhalten durch einen jährlichen Beitrag derselben von mindestens 400—500 Mk., sowie durch Zuschüsse der Stadt und ev. des Staates. Das Handwerkszeug und die Maschinen der bereits bestehenden Lehrwerkstatt stellt die Buchbinder-Innung der Fachschule zur Verfügung. Änderungen des Lehrplanes und der Einrichtungen der Fachschule können nur unter Zustimmung des Ministers für Handel und Gewerbe und der städtischen Gewerbedeputation erfolgen. Das Kuratorium der Fachschule wird von der Buchbinder-Innung gewählt. Der Minister für Handel und Gewerbe und die städtische Gewerbedeputation können sich durch je einen Kommissar in demselben vertreten lassen. Das Kuratorium verwaltet die Schule und wählt den Dirigenten und die Lehrer. Der Dirigent wird auf ein Jahr gewählt, ist wieder wählbar, muß aber vom Handelsminister und der Gewerbedeputation bestätigt werden. Der Dirigent besorgt die Geschäftsführung; der Etat bedarf der Genehmigung der Kommunalbehörden und wird durch den Stadthaushaltetat festgesetzt. Lokal, Heizung und Beleuchtung liefert die Stadt.

Für die Lehrlinge der Innungsmeister ist der Unterricht unentgeltlich. Andere Lehrlinge und Gehilfen können, soweit Plätze frei sind, gegen ein Schulgeld von 5 Mk. für die Lehrlinge und 9 Mk. für die Gesellen halbjährlich (auch zahlbar in monatlichen Raten von 2 Mk.) aufgenommen werden. In der Regel sollen nur solche Schüler eintreten, welche sich im letzten Jahre ihrer Lehrzeit befinden. Welchen Kursus neu eintretende Schüler zu besuchen haben, bestimmt bei ihrer Aufnahme der Dirigent.

Das Lokal befindet sich augenblicklich Blumenstraße 63a und besteht aus einem zweifenstrigen und drei größeren einfenstrigen Zimmern. Durch Zuwendungen von seiten der Maschinenfabrikanten und anderer Freunde haben sich sehr hübsche Lehrmittel angesammelt. Ich habe mehreren Unterrichtskursen beigewohnt und war erstaunt über die hohe Stufe, auf welche die Fachschule durch ihren ausgezeichneten Leiter, Obermeister Slaby, und eine Anzahl sehr tüchtiger Lehrer gebracht worden ist.

Neben dieser Fachschule laufen die bekannten kaufmännischen Fortbildungsschulen. Soweit beobachtet werden konnte, werden dieselben von den Buchbinderlehrlingen wenig besucht, obwohl gerade dem Buchbinder die Bekanntschaft mit den kaufmännischen Kenntnissen und Gebräuchen u. s. w. sehr dienlich ist. Es würde zweckmäßig sein, in die Fachschule einige speciell auf Buchbinder zugeschnittene Fortbildungskurse, z. B. zur Erlernung der Aufstellung von Kalkulationen, aufzunehmen. Von mancher Seite wird das in Anbetracht der vorzüglichen Berliner Volksschulen für überflüssig erachtet, wobei man die Volksschule aber doch wohl überschätzt.

Neben diesen Bildungsanstalten dürfen die socialdemokratischen Arbeiterbildungsschulen nicht vergessen werden, welche sowohl die allgemeinen Elementarwissenschaften, als auch die volkswirtschaftlichen Fragen behandeln.

Auf die Höhe der Leistungsfähigkeit können alle diese Anstalten erst kommen, wenn jeder Lehrling gezwungen ist, dieselben zu besuchen. In Bayern und Sachsen besteht ein derartiger Zwang in Bezug auf die Fortbildungsschulen. Da mit dem allgemeinen Schulzwange der erste Schritt gethan ist, sollte man nicht zögern, das Gebäude einer systematischen Fachausbildung zu vollenden. Die persönliche Leistungsfähigkeit ist überall der wichtigste Faktor, nicht nur im kleinen für das Fortkommen des Einzelnen, sondern auch volkswirtschaftlich für die Ermöglichung von hinlänglich leistungs- und widerstandsfähigen Kleinbetrieben. In den vorgehenden Abschnitten ist dieser Punkt nicht besonders betont, weil er selbstverständlich sein sollte, hier ist aber der Ort, nachdrücklich darauf hinzuweisen.

Bis jetzt ist die körperliche Ausbildung der jungen Leute vernachlässigt worden, denn die Turnvereine können hierbei nicht in Betracht kommen, da sie ein sehr zweischneidiges Mittel sind. Die Fachschulung und Fortbildung allgemeiner Kenntnisse muß mit Einrichtungen zur körperlichen Stählung organisch verbunden werden und zwar zwangsweise. Nach den oben angegebenen Sterblichkeitsziffern ist zur Begründung dieser Forderung wohl weiter nichts zu sagen.

Eine derartige Ausbildung wird nicht möglich sein ohne Beschränkung der Zeit, welche der Arbeitgeber augenblicklich den Lehrling in Anspruch nimmt. Es ist nicht richtig, daß der junge Körper, nachdem er bereits eine Tagesarbeit hinter sich hat, noch mehrere Stunden für eine Lernthätigkeit herangezogen wird. Ebenso wie die Fachausbildung, müssen auch die körperlichen Übungen auf das specielle Gewerbe zugeschnitten sein, denn es leuchtet ein, daß dem Zimmerlehrling andere Bewegungen zuträglich sein werden, als dem Buchbinderlehrling.

Eine derartige Reform, die aber unumgänglich scheint, läuft zunächst wieder auf eine höhere Inanspruchnahme des Arbeitgebers hinaus; ob derselbe unter den augenblicklichen Verhältnissen in allen Fällen zu weiteren Leistungen fähig ist, muß bezweifelt werden. Die ganze Lehrlingsfrage scheint vielmehr eine derjenigen Angelegenheiten zu sein, welche nur dann zu einer befriedigenden Lösung gebracht werden können, wenn der Staat sie im Rahmen einer großen Organisation, in welcher auch der Arbeitgeber nicht unberücksichtigt bleibt, in die Hand nimmt.

6. Arbeiterverhältnisse.

A. Lohnstatistik.

Die Großbetriebe und Maschinen aller Art haben es mit sich gebracht, daß nicht alle in der Buchbinderei beschäftigten Arbeiter gelernte Buchbinder sind. Zur Bedienung gewisser Maschinen oder zur Ausübung bestimmter Handgriffe werden irgend welche Arbeiter angelernt, die auf diesem engen Thätigkeitsgebiete eine große Fertigkeit erlangen und schließlich selbst zu Maschinen werden. Die Eigenart der Großbuchbinderei begünstigt ein derartiges System in hohem Maße, welches natürlich in der Werkstube eines Kleinmeisters nicht durchzuführen ist.

Dieses leichte Eindringen ungelernter Elemente erschwert den wirklichen Buchbindern ihre Position erheblich; nicht nur, daß es auf die Höhe der Löhne drückt, erleichtert es auch bei Lohnkämpfen die Ersetzung der Strikenden.

So wird es denn nicht Wunder nehmen, daß die äußere Lage der Buchbinder-Gehilfen eine schlechte ist und derjenigen anderer Gewerbe bedeutend nachsteht.

Über die Lohnverhältnisse sei dem statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin folgendes entnommen.

(Siehe nebenstehende Tabelle.)

Am 1. Mai 1892 ist von der Gewerkschaft[1] eine Lohnstatistik aufgenommen worden, die sich auf 225 Betriebe mit 3522 Personen erstreckt. Es erhielten von den 1052 Gehilfen im Zeitlohn wöchentlich:

4	unter	12 Mk.	67	je	17 Mk.	17	je	23 Mk.
8	je	12 „	247	„	18 „	100	„	24 „
3	„	13 „	111	„	19 „	30	„	25 „
2	„	14 „	106	„	20 „	40	„	27 „
67	„	15 „	111	„	21 „	21	„	30 „
50	„	16 „	49	„	22 „	19	über	30 „

In dieser Aufnahme sind die Löhne der Werkführer mit enthalten, was natürlich den Durchschnittslohn, der sich auf ungefähr 20 Mark stellt, hebt.

Von den 398 Gehilfen im Stücklohn erzielten als wöchentliche Lohnhöhe:

[1] Buchbinder-Zeitung, Jahrgang 1892, Nr. 25.

	Lohn pro Stunde Pfg.	Lohn pro Überstunde Pfg.	Wochenlohn niedrigster Mk.	Wochenlohn mittlerer Mk.	Wochenlohn höchster Mk.	Accordlohn für eine Woche Mk. niedrigster	Accordlohn für eine Woche Mk. mittlerer	Accordlohn für eine Woche Mk. höchster	Tägliche Arbeitszeit Stunden
1879 Buchbinder Gesellen	.	20—35	10—12	.	18—21		.		11
" " Lehrlinge	.	.	3	.	6		.		11
" Frauen u. Mädchen	.	.	6	.	12		.		11
1881 Angabe der Innung: Gesellen	.	20—50	10,50	17,25	24		10—30		11
Lehrlinge	.	10—20	3,50	4,75	6		.		11
Arbeitsburschen	.	.	6	9	12		.		11
Mädchen	.	.	6	9	12		6—15		11
Angabe des Ortsvereins: Gesellen	.	.	12	15	18—21		.		10—11
Lehrlinge	.	.	3	4,50	6		.		10—11
Frauen u. Mädchen	.	.	.	.	.		3,9—12		10—11
1885 Angabe der Ortskrankenkasse:				durchschnittlicher		niedrigster Mk.	mittlerer Mk.	höchster Mk.	
Buchbinder Ges.	0,30	.	12	17	27	17	20	27	7—7
Buchbindereien mit Dampfbetrieb: Buchbinder Ges.	.	.	15	17,37	27	.	.	.	
Arbeitsburschen	.	.	.	10,50	.	.	.	.	
Arbeiterin	.	.	6	11,67	14,50	6	11	15	

14 unter 12 Mk.	22 je 18 Mk.	72 je 24 Mk.
5 je 12 =	9 = 19 =	15 = 25 =
2 = 14 =	49 = 20 =	34 = 26 =
14 = 15 =	24 = 21 =	20 = 27 =
8 = 16 =	42 = 22 =	9 = 28 =
9 = 17 =	7 = 23 =	34 = 30 =
		9 über 30 =

Der Durchschnittswochenlohn stellt sich hier auf 22,40 Mk. Die Hilfsarbeiter stehen sämtlich im Zeitlohn. Von 207 Personen dieser Kategorie verdienten wöchentlich:

22 bis 10 Mk.	11 je 16 Mk.	4 je 22 Mk.
6 je 11 =	4 = 17 =	2 = 23 =
12 = 12 =	34 = 18 =	2 = 24 =
11 = 13 =	5 = 19 =	7 = 27 =
6 = 14 =	19 = 20 =	3 = 30 =
23 = 15 =	36 = 21	

Der Durchschnittswochenlohn beträgt hier 16,75 Mk., jedoch wird angenommen, daß die unter und mit 12 Mk. Entlohnten jugendliche Arbeiter seien, sodaß der Durchschnittswochenlohn der übrigen 18,70 Mk. betragen würde.

Arbeiterinnen sind beschäftigt im Zeitlohn 904, im Stücklohn 771. Von den ersteren erhielten wöchentlich:

41 bis 5 Mk.	214 je 10 Mk.	30 je 15 Mk.
20 je 6 =	50 = 11 =	8 = 16 =
74 = 7 =	50 = 12 =	7 = 18 =
129 = 8 =	28 = 13 =	3 über 18 =
227 = 9 =	23 = 14 =	

Der Durchschnittswochenlohn beträgt hier 9,50 Mk. Die Lohnskala der Arbeiterinnen im Stücklohn zeigt folgende Zahlen:

38 bis 5 Mk.	193 je 10 Mk.	53 je 15 Mk.
40 je 6 =	57 = 11 =	12 = 16 =
41 = 7 =	125 = 12 =	10 = 18 =
85 = 8 =	16 = 13 =	5 über 18 =
61 = 9 =	35 = 14 =	

Der Durchschnittswochenlohn beträgt hier 10,25 Mk. Die Länge der Arbeitszeit geht aus folgender Tabelle hervor:

Dauer der Arbeitszeit in Stunden einschließlich der im Geschäft verbrachten Pausen	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Personen	Pro Betrieb durchschnittlich Personen
8	2	7	3,5
9	14	309	22,0
$9^1/_2$	28	462	16,5
10	56	1052	18,75
$10^1/_2$	83	1316	15,85
11	38	361	9,5
$11^1/_2$	2	10	5,0
12	2	5	2,5

Es ergäbe das durchschnittlich auf die Person 10 Stunden 9 Minuten einschließlich Frühstück- und Vesperpausen.

Die Buchbinder Zeitung meint, „daß diese Tabelle mit sinnenfälliger Deutlichkeit zeige, daß das Kleinhandwerk sich nur durch maßlose Ausbeutung der Arbeitskraft am Leben erhält und das Fehlen guter Produktionsmittel wett zu machen sucht auf Kosten der Arbeiter.“ Es erscheint sehr erklärlich, wenn die Verminderung der Arbeitszeit, die unstreitig durch den Kampf der Gewerkschaftsorganisation herbeigeführt worden ist, in den Kleinbetrieben zuletzt zum Durchbruch kommt, weil die Aufmerksamkeit der Gewerkschaft sich naturgemäß zunächst auf die größeren Betriebe richtet; des weiteren werden die kürzeren Arbeitszeiten zum nicht geringen Teil auf die Nebenbetriebe solcher Hauptbetriebe fallen, in denen stärkere Organisationen, z. B. die Buchdrucker, einen kürzeren Arbeitstag durchgesetzt haben. Gewiß giebt es zahlreiche Fälle, in denen technische Unzulänglichkeit durch Überanstrengung der Arbeitskräfte ausgeglichen werden soll. Speciell für die Massenbuchbinderei jedoch ist die Ausbeutung der Arbeiter durchaus keine notwendige Begleiterscheinung des handwerksmäßigen Betriebes. Eine Werkstätte von 10—12 Personen nebst gewissen Maschinen steht vielmehr technisch vollkommen auf der Höhe und braucht die Arbeiter nicht auszubeuten. Die Beweiskraft der Tabelle mag unerörtert bleiben.

Vom April bis Mai 1894 hat die Gewerkschaft eine neue Lohnstatistik aufgenommen[1]. Mit Bezug auf die Vergleichbarkeit sagt der betr. Bericht folgendes: „Von wenigen Ausnahmen abgesehen, die allerdings meist große Betriebe betreffen, sind in der diesjährigen Statistik die gleichen

[1] Buchbinder-Zeitung, Jahrgang 1894, Nr. 35 und folgende.

Betriebe enthalten, wie bei der letzten vor zwei Jahren; ein Vergleich ist darum wohl angebracht und zulässig."

Das Resultat ist beinahe das nämliche, nur geringe Schwankungen sind zu verzeichnen. Es mögen bloß die Durchschnittsverdienste hier folgen unter gleichzeitiger Wiederholung derjenigen von 1892.

Der Lohn der Gehilfen betrug

im Zeitlohn		im Stücklohn	
1892	20,00 Mk.	1892	22,40 Mk.
1894	21,15 "	1894	20,93 "
1894 mehr	1,15 Mk.	1894 weniger	1,47 Mk.

Der Lohn der Arbeiterinnen betrug

im Zeitlohn		im Stücklohn	
1892	9,50 Mk.	1892	10,25 Mk.
1894	9,45 "	1894	11,64 "
1894 weniger	0,05 Mk.	1894 mehr	1,39 Mk.

Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit betrug inkl. Frühstück- und Vesperpausen 1892: 10 Stunden 9 Minuten: 1894: 10 Stunden 2 Minuten; ohne Pausen 1894: 9 Stunden 26 Minuten. Den Lohnunterschieden ist kaum Bedeutung beizumessen, vielmehr werden sie auf Zufälligkeiten bei der Aufnahme zurückzuführen sein, besonders da sich die beiden Löhnungsmethoden bei den beiden Geschlechtern in ungleichartiger Richtung verändert haben. Zur Erläuterung ist noch hinzuzufügen, daß Arbeitslosigkeit und Krankheit nicht berücksichtigt sind.

Der Nachweis des Vereins der Buchbinder ergiebt für 1891 pro Mitglied 27 Tage Arbeitslosigkeit. Für das 3. und 4. Quartal 1893 und das 1. und 2. Quartal 1894, also in einem Jahr, betrug die Arbeitslosigkeit 26,66 Tage auf den Arbeiter. Teilweise Arbeitslosigkeit (beim Aussetzen, verkürzte Zeit Arbeiten u. s. w.) und Krankheiten sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Die flaue Zeit macht sich durch Beschränkung der Arbeit auf halbe und dreiviertel Tage bemerkbar. In der Albumbranche ist dieselbe besonders stark; denn sie währt etwa 7 Monate im Jahre; in der eigentlichen Buchbinderei sind die Monate Oktober-Dezember, Januar-März die sogen. flotten. Die Löhne über 24 Mk. beziehen fast ausnahmslos Werkführer, Kolonnenführer, Presser und Schnittmacher, bei den Stücklohnarbeitern besonders tüchtige Kräfte. Die besser entlohnten Arbeiterinnen sind meist 10, 15 und noch mehr Jahre in der Branche oder gar in demselben Geschäft thätig. Wie die niedrigste Arbeitszeit, so herrscht auch der

höchste Lohn in den Nebenbetrieben. Im weiteren Gebiete der Buchbinderei sind die besten Löhne in der Kontobücher- und Albumfabrikation. Ein Zuschlag für Überstunden wird in weniger als der Hälfte aller ermittelten Betriebe gewährt.

Um den relativen Wert der ermittelten Lohnsätze für Berliner Verhältnisse zu veranschaulichen, folgen hier einige je auf einen Monat berechnete Arbeiterbudgets aus der Papierindustrie. Das erste und dritte ist auf Grund von sieben mehr oder weniger vollständigen Aufzeichnungen gewonnen, welche Frau Dr. Gnauck-Kühne[1] die Güte hatte, zur Verfügung zu stellen. Das andere Budget ist gemeinsam mit dem Vertrauensmann Herrn Wittrisch aufgestellt, welcher es noch von mehreren Personen hat nachprüfen lassen.

Alleinstehende Arbeiterin.

Miete für Schlafstelle (2—3 Personen im Zimmer)		6,—	Mk.
Morgenkaffee		3,—	"
Mittagbrot 30 Pfg. pro Tag		9,—	"
Zweites Frühstück, Vesper und Abendbrot	Brot u. Butter	4,50	"
	Belag	6,—	"
	Kaffee	1,50	"
	Petroleum	0,20	"
Wäsche		4,35	"
Beitrag zum Verband		0,65	"
Krankenkasse und Alters-Versicherung		1,30	"
Vergnügungen		2,—	"
Zusammen		38,50	Mk.

Bei einem durchschnittlichen Lohn von wöchentlich 10,50 Mk., monatlich 45,50 Mk., — bleiben also für Kleidung und Nebenausgaben etwa 7 Mk. monatlich übrig. Da eine Statistik über Arbeitslosigkeit der Arbeiterinnen fehlt, wäre eine diesbezügliche Quote im Budget ohne Unterlage gewesen. Es sei also betont, daß von den 7 Mk. noch ein Spargroschen für Arbeitslosigkeit zurückgelegt werden muß, denn die Arbeitslosen-Unterstützung des Verbandes beträgt nur 50 Pfg. pro Tag. Häufig, vielleicht meistens, haben die Arbeiterinnen ein sogen. „Verhältnis“, wodurch mindestens ihre Ausgaben für Vergnügungen auf ein Minimum beschränkt werden.

[1] Aus einer demnächst in Schmollers Jahrbuch erscheinenden Abhandlung über die Lage der Arbeiterinnen in der Berliner Papierindustrie.

Unverheirateter Arbeiter.

Schlafstelle (zwei Personen im Zimmer)	7,50	Mk.
Morgenkaffee	3,—	=
Mittagbrot	16,—	=
Brot und Butter 6,— Mk. / Belag 10,50 = } zweites Frühstück, Vesper, Abendbrot	16,50	=
Bier	9,—	=
Wäsche	2,—	=
Steuer	1,—	=
Verbands=Abgabe	1,10	=
Krankenkasse und Alters=Versicherung	2,—	=
Mitgliedschaft für einen anderen Verein	0,40	=
Vergnügungen an 5 Sonntagen	10,—	=
Versammlungen und Sonnabend=Abende	3,—	=
Quote für Arbeitslosigkeit {9 Proz. vom Jahreseinkommen 1092 Mk. = 98 Mk. minus 27 Mk. Arbeitslosenunterstützung=71 Mk. jährlich}	6,—	=
Zusammen	77,50	Mk.

Bei einem durchschnittlichen Lohn von wöchentlich 21 Mk., — monatlich 91 Mk. — bleiben also 13,50 Mk. monatlich für Kleidung und Nebenausgaben. Eine Quote, entsprechend der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit für Buchbindergehilfen, ist im Budget vorgesehen. Hat der Gehilfe ein „Verhältnis", was in der Mehrzahl der Fälle zutrifft, so wird der Vergnügungsposten oft höher sein. Der wöchentliche Durchschnittslohn für ledige Gehilfen in den Hauptbetrieben der engeren Buchbinderei betrug nur 18,09 Mk. Speciell für diese würden also Einschränkungen an obigem Budget erforderlich sein.

Verhe'rateter Arbeiter (Familie mit 4—5 Köpfen).

Wohnung (einfenstrige Küche, zweifenstrige Stube) .	22,50	Mk.
Lebensunterhalt[1] inkl. Licht und Feuerung . . .	80,—	=

[1] In einem Sommermonat setzten sich diese Ausgaben so zusammen:

Butter und Schmalz	9,10 Mk.	Eier	5,40 Mk.
Brot	8,70 =	Reis, Kartoffeln, Obst und	
Fleisch und Heringe	11,70 =	Hülsenfrüchte	6,45 =
		Übertrag	41,35 Mk.

Schuh und Stiefel	6,—	Mk.
Kleidung und Wäsche	15,75	=
Sterbekasse, zwei Krankenkassen, Alters-Versicherung	5,10	=
Arzthonorar und Arzneien für Familie	4,—	=
Vereinsbeiträge	1,50	=
Zeitungen und Lektüre	1,85	=
Versammlungen und Sonntagsausflüge	6,—	=
Steuern	4,—	=
Zusammen	146,70	Mk.

Der durchschnittliche Wochenlohn für verheiratete Gesellen betrug 1894 24,14 Mk. Vorstehendes Budget trifft in der Regel also nur zu, wenn die Ehefrau und vielleicht noch andere Familienmitglieder verdienen helfen, denn es setzt eine wöchentliche Einnahme von etwa 36 Mk. voraus. Der monatliche Verdienst würde demnach 156 Mk. betragen, mithin für Unvorhergesehenes und Arbeitslosigkeit nicht ganz 10 Mk. monatlich übrig bleiben. Wenn man 9 Prozent des Jahres durchgängig als arbeitslos annimmt, so müßten unter Berücksichtigung der Arbeitslosenunterstützung des Mannes 12 Mk. monatlich zurückgelegt werden, um während der Arbeitslosigkeit die gewöhnliche Lebenshaltung aufrecht erhalten zu können. Eine Arbeitslosigkeit muß oft im wahrsten Sinne des Wortes durchgehungert werden; meistens werden Schulden gemacht, die dann von dem bis zur nächsten Arbeitslosigkeit zu Erübrigenden bezahlt werden. Hiernach kann man sagen, daß die Durchschnittslöhne bei sehr bescheidenen Ansprüchen gerade ausreichen, jedoch immer unter der Einschränkung, daß nichts Außergewöhnliches eintreten darf, keine besonderen Krankheiten und keine Arbeitslosigkeit. Was jedoch die unter dem Durchschnittslohn Arbeitenden, z. B. Arbeiterinnen mit unter 5 Mk. anfangen, kann sich jeder selbst ausmalen.

Übertrag	41,35	Mk.	Plättgeld	1,70	Mk.
Milch	6,90	=	Briefbogen und Porto	0,40	=
Kaffee	3,90	=	Fahrgeld	4,30	=
Bier	3,65	=	Cigarren	1,50	=
Käse	0,35	=	Wirtschaftsergänzungen	2,10	=
Zucker	0,50	=	Nähzeug und Wolle	1,70	=
Öl und Essig	0,35	=	Ein Herrenbad	0,50	=
Holz, Kohlen, Petroleum	1,90	=	Spielzeug und Taschengeld für die Kinder	1,05	=
Seife	0,70	=			
Gewürz	0,30	=	Lotterie	1,40	=
			Zusammen	74,55	Mk.

Aus der vergleichenden Lohnaufstellung geht hervor, daß die Frauen nur ungefähr die Hälfte des Gesellenlohnes erreichen. Wenn die niedrigere Bewertung der Frauenarbeit irgendwo ungerechtfertigt ist, so ist dies in der Buchbinderei der Fall, denn sie ist der Mannesleistung da, wo sie Verwendung findet, bei weitem überlegen. Kein noch so geschickter Geselle wird eine eingearbeitete Frau im Falzen oder anderen Arbeiten, bei denen es auf Schnelligkeit ankommt, erreichen. Zudem sind diese sogen. leichten Frauenarbeiten sehr anstrengend.

Das Zahlenverhältnis zwischen männlicher und weiblicher Arbeit stellt sich so, daß in den größeren Betrieben mehr Frauen, in den kleineren mehr Männer Verwendung finden. Von den sogen. Gehilfen ist in der Album- und Karton-Branche jedenfalls mehr als die Hälfte ungelernt. Die Hausindustrie in der Form, daß Arbeiter und Arbeiterinnen nach Feierabend in ihrer Wohnung für das Geschäft thätig sind, ist in großem Umfange in der Luxuspapier-[1] und Lederwaren-Industrie vorhanden, wodurch der gesetzliche 11stündige Arbeitstag für Arbeiterinnen illusorisch wird. Neben dieser Form, die man „Omnibusziehen“ nennt, überwiegt in der Lederwarenbranche die reine Form, bei welcher der Arbeiter nur in seinem Heim arbeitet. In der Werkstätte werden nur noch der Zuschnitt und einzelne feine Tresors, Necessaires u. s. w. hergestellt. Die Statistik der Gewerkschaft giebt aus 11 Betrieben mit 90 Gehilfen die Zahl der Hausarbeiter mit zusammen 152 an. Viele derselben sind Zwischenmeister, die einzelne Gehilfen und Arbeiterinnen, vor allem aber sehr viel Lehrlinge beschäftigen.

Gewisse Arbeiten, wie z. B. Falzen, Heften u. s. w., werden fast nur im Stücklohn angefertigt, trotzdem arbeitet der größere Teil aller Arbeiter und Arbeiterinnen im Zeitlohn.

B. Gesundheitliche, Wohnungs- und Familienverhältnisse.

Auf die schlechte Körperkonstitution der meisten Buchbinder ist schon hingewiesen worden, leider existiert keine Statistik über ihre Militärbrauchbarkeit; persönliche Nachfrage wie auch die Erfahrung genauer Kenner geht dahin, daß die meisten Buchbinder militäruntauglich sind. Daß 50 Prozent aller Buchbinder an der Schwindsucht sterben, wurde schon erwähnt.

Die Gewerkschaft hat aus den Materialien der Ortskrankenkasse für 1892 und 1893 folgende Tabelle über den Gesundheitszustand der Männer aufgestellt.

---

[1] Vergl. Buchbinder-Zeitung 1894, Nr. 37.

	1892	1891
Durchschnittliche Mitgliederzahl . . .	4 203	4 165
Erkrankungsfälle im Laufe des Jahres	968	947
" auf 100 Mitglieder .	23	22,7
Krankheitstage im Laufe des Jahres .	27 124	27 136
" auf eine Erkrankung . .	28,02	29,7
" " ein Mitglied . .	6,45	6,28
Sterbefälle im Laufe des Jahres . .	54	48
" auf 100 Erkrankungen . .	5,58	5,1
" " 100 Mitglieder . . .	1,28	1,2

Das Durchschnittsalter der im Jahre 1893 Verstorbenen betrug 33 Jahre 8 Monate 12 Tage.

Die sanitären Verhältnisse der Arbeitsstätten sind häufig sehr mangelhaft, besonders was Licht und Luft anbetrifft; Ventilationsvorrichtungen sind spärlich und bestehen meistenteils nur im Öffnen der Fenster; Temperaturverhältnisse, wie auch manche Arbeiten (mit Leim, Gold u. s. w.) machen dasselbe häufig unmöglich. Dazu kommt, daß die Räume während der Pausen meistens nicht verlassen werden, und ein zeitweises Durchlüften dadurch unmöglich wird. Wenn die große Menge der Arbeiter und namentlich der Arbeiterinnen verständiger wäre und die Pausen zum Luftschöpfen und Lüften der Räumlichkeiten verwendete, könnten diese Übelstände leicht gemildert werden; aber das enthebt natürlich die Geschäftsinhaber nicht der Verpflichtung, für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen. Auch über Unzulänglichkeit der Klosetts wird häufig geklagt. Ebenso sind die Arbeiterinnen oft in Verlegenheit, wo sie sich nach Feierabend umziehen können. Am traurigsten sind die Werkstuben kleiner Meister, welche gewöhnlich nach dem Hof liegen und nicht selten die in der Ecke liegenden berüchtigten „Berliner Stuben" sind. Auch Kellerwerkstätten findet man häufig. Alle diese Uebelstände sind jedoch im Abnehmen begriffen; die neuen Berliner Häuser enthalten Arbeitsräume, welche von vornherein als solche gedacht sind und allen Anforderungen entsprechen, ganz zu schweigen von den Arbeitspalästen großer Firmen.

Die vollkommene Unzulänglichkeit der Berliner Arbeiterwohnungen ist bekannt; besonders die Arbeiter-Sanitätskommission hat sich große Verdienste erworben, diese Zustände an die Öffentlichkeit zu bringen. Nichtsdestoweniger kann sich niemand eine Vorstellung machen, der diese menschenunwürdigen Behausungen nicht gesehen hat. Häufig fehlen alle Möbel: man schläft auf einer alten Decke oder einem Strohsack auf der Erde. Eine

besondere Erscheinung sind die sogen. Kochstuben d. h. Küchen, welche zugleich als Wohn- und gar Schlafraum dienen. Der Dunst in einem solchen Raum schlägt beim Eintreten förmlich auf die Lunge. Derartige Löcher dienen sogar als Krankenstuben. Gehilfen, welche gesicherte, gute Stellen haben und von Schicksalsschlägen verschont bleiben, haben freilich bessere Wohnungen, zuweilen 3 Gelasse. Wenn ein Gehilfe jedoch alt wird, oder häufig an Arbeitslosigkeit leidet, so sind die obigen Zustände durchaus an der Tagesordnung. Heizung existiert nicht, ebenso warmes Essen; zum Ersatz beider dient Kaffee, eventuell Schnaps und das sogen. Bett. Es sind verheiratete Gehilfen angetroffen worden, die mehrere Jahre hindurch keine feste Arbeit gehabt hatten. Die unverheirateten Gehilfen und Arbeiterinnen haben gewöhnlich Schlafstellen. Die sittlichen Schäden dieser Einrichtung sind schon häufig beleuchtet. Den Beteiligten fehlt es jedoch an einem Ersatz. Die unverheirateten Arbeiterinnen wohnen, so weit ich höre, in der Mehrzahl bei den Eltern[1].

Die sittlichen Zustände unter den Arbeiterinnen sind in der Buchbinderbranche im weiteren Sinne ganz besonders schlechte. Ein großer Prozentsatz fröhnt der Prostitution, was bei Löhnen von unter 5 Mk. die Woche nicht Wunder nehmen wird. Es darf jedoch andrerseits auch nicht verschwiegen bleiben, daß gewerbsmäßige, arbeitsscheue Prostituierte häufig eine Scheinarbeit entfalten, um der polizeilichen Kontrolle zu entgehen. Die niedrigen Verdienste gewisser Personen sind also nicht ernsthaft zu nehmen. Die Eigenart, nämlich die Schnelligkeit der Arbeit, welche die höchsten Anforderungen an die Kraft der Mädchen stellt, macht sie gegen Versuchungen besonders widerstandslos. Unsittlicher Gebrauch durch Arbeitgeber und Werkführer findet namentlich in der Luxuspapier- und Karton-Industrie nicht selten statt. Die Gewerkschaftsorganisation ist derartig sauberen Helden in letzter Zeit mehrfach energisch zu Leibe gerückt; leider klagen die betreffenden Organe über unzulängliche Unterstützung der Polizei.

Die Mehrzahl der Arbeiter ist nicht verheiratet mit 25 Jahren, wohl aber mit 30 Jahren. Man glaubt jedoch auch hier die Bemerkung zu machen, daß sich die Eheschließungen von Jahr zu Jahr vermindern.

Die verheirateten Frauen arbeiten meistenteils außerhalb des Hauses. Die Arbeitsstätte ist in der Regel so weit von der Wohnung entfernt, daß

[1] Frau Dr. Gnauck-Kühne teilt hierüber folgendes mit: von den 812 befragten Arbeiterinnen haben 26 Prozent eigene Wohnungen, 59 Prozent wohnen bei den Eltern, 15 Prozent sind bei fremden Leuten in Schlafstelle. Die ganze Papierindustrie beschäftigt etwa 3800 Arbeiterinnen.

weder Mann noch Frau zum Mittagessen gehen können. Es wird dann entweder abends gegessen, oder man wärmt das am Abend vorher gekochte und mitgenommene Essen. Da die Frauen in der Regel als Mädchen nichts vom Hausstand gelernt haben, so wirtschaften sie schlecht und verhältnismäßig teuer. Die unverheirateten Gehilfen haben es in dieser Beziehung angenehmer, da sie regelmäßig ihr warmes Essen in einem bescheidenen Restaurant einnehmen können. Gegen die ausgezeichnetes und sehr billiges Essen liefernden Volksküchen besteht ein Vorurteil; es wird als halbe Schmach angesehen, daselbst zu speisen. In neuerer Zeit ist deshalb der Vorschlag gemacht worden, derartige Institute unter die Selbstverwaltung der Arbeiter zu stellen und gleichzeitig dafür zu benutzen, junge Arbeiterinnen, die in die Ehe treten wollen, für die Haushaltung anzuleiten. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung zum Schutze der Arbeiterinnen werden durchaus nicht überall inne gehalten. Von 100 Betrieben der Aufnahme von 1894, welche Arbeiterinnen beschäftigen, gewährten sechzehn eine Mittagspause von unter 1 Stunde, während achtzehn die Arbeit Sonnabends über 5½ Uhr ausdehnten.

Es muß hier mit Andeutungen aller dieser Punkte sein Bewenden haben, da eine ausführliche Darstellung nicht zur Aufgabe gehört.

C. Organisationen.

Die Führer der heutigen Gewerkschaftsorganisation erblicken den Anfang ihrer Bewegung in einer „Vereinigten Buchbinder-Gesellenschaft“, welche von 1847—1852 bestand. Dieselbe beteiligte sich an der Revolution und verlor auf den Barrikaden und in Straßenkämpfen sieben Mitglieder, denen sie ein Gedenkblatt widmete, welches heute noch vorhanden ist[1].

1868 gründete sich im Anschluß an die Hirsch-Dunckersche Gruppe ein „Ortsverein deutscher Buchbinder“ als lokale Berliner Vereinigung. Neben der allgemeinen Hebung der Arbeiterklasse betrieb er eine Kranken- und Invalidenkasse. 1881 löste sich dieser Ortsverein von der Hirsch-Duncker'schen Organisation los und taufte sich in einen „Verein deutscher Buchbinder“ um. Dies geschah, weil die Mitglieder sich von den

---

[1] Die nachstehenden Daten verdanke ich durch die liebenswürdige Vermittlung von Herrn R. Wittrisch mündlichen Mitteilungen älterer Gehilfen. Schriftliche Materialien sind beinahe gar nicht vorhanden; dieselben sollen, soweit sie existierten, unter dem Socialistengesetz auf die eine oder andere Weise verloren gegangen sein.

Beiträgen zum allgemeinen Verband befreien wollten. Socialistische Mitglieder waren in diesem Verein gar nicht. Nachdem er noch einige Male socialistischen Organisationen entgegengetreten war, ging er um das Jahr 1885 ein.

Im Gegensatz zu Hirsch-Duncker trat Ende der 60er Jahre eine „Buchbinder-Vereinigung" im Sinne der heutigen Gewerkschaften zum Zwecke der Lohnverbesserung zusammen. Die Organisation kam jedoch nicht zur Thätigkeit, sie zersplitterte sich vielmehr, weil zu verschiedene politische Ansichten darin vertreten waren. Hier ist auch ein „internationaler Verein für Buchbinder und verwandte Geschäftszweige" mit seinem Sitz in Leipzig zu nennen, der 1869 in's Leben trat. Die nächste Anregung ging dann im Jahre 1870 von einer Versammlung aus, die von einem Witzbold nach der Grünstraße berufen wurde. Da kein Einberufer zur Eröffnung schritt, wählte die Versammlung eine Anzahl von Personen, welche den Gegenstand verfolgen und weitere Versammlungen berufen sollte.

Der Organisationsgedanke hatte Wurzel gefaßt und unter Mitwirkung der Eisenacher Führer konnte am 1. Mai 1873 der „Verein deutscher Buchbinder und Fachgenossen" begründet werden. Die Mitgliederzahl soll anfangs 500—600 betragen haben, später aber auf 200 zurückgegangen sein. Die Leute aus dem Jahre 1869 spielten sich hier als Gegner auf. Von einem der Hauptmitarbeiter an diesem Verein wird die Anlehnung desselben an die Eisenacher Führer in Abrede gestellt. Gleichzeitig wurde in Nürnberg eine Centralorganisation mit ihrem Sitz daselbst unter dem Namen: „Verband der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige" begründet. Aus den vorliegenden Verhandlungen des konstituierenden „Allgemeinen Buchbindertages zu Nürnberg" geht hervor, daß starke Abneigung gegen die Anlehnung an eine politische Partei bestand. Zweck des Verbandes war, die materielle Besserstellung und geistige Hebung seiner Mitglieder mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu erstreben. Der besonderen Thätigkeit des Verbandes sollten nach § 4 des Statutes unterliegen: a. Arbeitspreise, b. Arbeitszeit, Feierabend und Sonntagsarbeit, c. Frauenarbeit, d. Lehrlingswesen, e. Gesundheits- und Wohnungsverhältnisse, f. Wesen der Unterstützungskassen durch Aufstellung von Normal-Bestimmungen und Gründung neuer Kassen, g. Produktivgenossenschaften, welche in ausgedehntester Weise den Arbeiterinteressen entsprechen, h. Statistische Erhebungen über Höhe der Löhne, Arbeitszeit, Lebensmittelpreise und Kassenwesen u. s. w. Es wurde eine Reiseunterstützung von 15—20 Pf. für die Meile, mit täglich jedoch höchstens 3 Mk., bezahlt, die bei Arbeitserhalt zurückerstattet werden mußte. Im Jahre 1877

wurde diese Rückerstattung aufgehoben; der Beitritt zur Reiseunterstützungskasse war obligatorisch, während bei einer Invalidenkasse die Benutzung frei stand. Der Verband gab auch eine Buchbinder-Zeitung heraus, welche wöchentlich erschien. Die Mitglieder zahlten wöchentlich 25 Pf., wovon 5 Pf. dem Ortsverein verblieben, 5 Pf. an die Viatikumskasse, 10 Pf. an den Verband fielen, während 5 Pf. für Lieferung der Zeitung verwendet wurden. Die Bewegung soll allerorten Anklang gefunden haben und besonders durch wandernde Gesellen eifrig verbreitet worden sein.

Auch in Berlin entwickelte sich eine rege Thätigkeit; man führte einen heftigen Kampf mit dem Hirsch-Duncker'schen Verein, der in stürmischen Versammlungen zum Austrag kam. Joh. Most, der bekanntlich Buchbinder war, gehörte zu den Mitgliedern und hielt die letzte Rede vor dem Socialistengesetze im Mai 1878. Am 12. Oktober beschloß man, den Verein als aufgelöst zu betrachten, falls das Socialistengesetz angenommen werden sollte. Am 24. Dezember erfolgte die polizeiliche Auflösung des Verbandes. 1876 hatte der Verband eine Krankenkasse ins Leben gerufen, welche bei wöchentlich 20 bezw. 40 Pf. Beitrag 9 Mk. resp. 15 Mk. Unterstützung 26 Wochen hindurch gewährte. Als das Socialistengesetz im Anzuge war, löste man diese Krankenkasse vom Verbande los und machte sie selbständig. Unmittelbar nach Annahme des Socialistengesetzes berief der Hirsch-Duncker'sche Ortsverein eine Versammlung, um die Mitglieder der aufgelösten Organisation zu sich hinüber zu ziehen. Das Vorhaben scheiterte jedoch, da die Socialisten die Versammlung sprengten.

Von nun an war die Krankenkasse bis zum Jahre 1883 der Krystallisationspunkt der socialistischen Mitglieder. Mit diesem Jahre begannen die Gewerkschaftsbestrebungen sich wieder zu regen und führten zur Bildung eines „Unterstützungs-Vereins für Buchbinder." Dieser Verein war gemeinsam konstituiert durch den von Hirsch-Duncker abgefallenen „Verein deutscher Buchbinder" und die socialistisch gesinnten Elemente. Er suchte die wirtschaftliche Lage der Buchbinder durch partielle Strikes zu heben, deren mehrere namentlich in der Albumbranche glückten. Ein Strike der Etuismacher führte jedoch 1886 zur vollkommenen Leerung der Kassen. Dieser Berliner Verein war nicht der erste seiner Art unter dem Socialisten-Gesetze gewesen; vielmehr bestand schon seit 1882 ein Kartellverband ähnlicher lokaler Organisationen mit seinem Sitz in Stuttgart, der eine Reiseunterstützungskasse unterhielt. Der Kartellverband, dessen Hauptaufgabe diese Hilfskasse war, bildete sich 1884 in einen Verband um, der die Leitung aller Bestrebungen übernahm und seinen Sitz in Stuttgart beließ. Aus diesem Verbande wurde der „Berliner Unterstützungsverein für Buch-

binder" im Jahre 1886 ausgestoßen, da er infolge des durch den Etuismacherstrike herbeigeführten Bankerotts die Verbands-Abgaben nicht leisten konnte; formell bestand er noch etwa ein Jahr weiter. Eine größere Anzahl Mitglieder meldete sich bei der Ruppiner Zahlstelle, um ihre Anrechte an den Verband nicht zu verlieren.

Im folgenden Jahre gründete sich ein neuer „Fachverein der Buchbinder", welcher dem Verbande beitrat, und zu dessen Gunsten sich der alte Unterstützungsverein formell am 5. Dezember 1887 auflöste. In seiner Blütezeit im Jahre 1884 hatte der Unterstützungsverein gegen 1000 Mitglieder gehabt, die aber durch verschiedene verunglückte Strikes auf 250 zurückgegangen waren; der neue Fachverein begann mit 30 Mitgliedern. Der Unterstützungsverein hatte eine „Allgemeine Buchbinder-Zeitung" herausgegeben, welche an den Verband überging und noch heute als Verbandsorgan in Stuttgart erscheint.

Wie vielen anderen Gewerkschaften wollte man 1885—86 auch dem Unterstützungsverein behördlicherseits beikommen, indem man ihn als Versicherungsgesellschaft auffaßte und deshalb ministerielle Genehmigung und Ueberwachung verlangte. Der Verein ließ es nicht zu richterlicher Entscheidung kommen, sondern entzog sich dieser Handhabe der Ueberwachungsbehörde, indem er alle Ansprüche der Mitglieder aufhob und die Unterstützungen in das Belieben des Vorstandes stellte.

Der Fachverein hatte die Reiseunterstützungskasse übernommen und sollte deshalb auch den Bestimmungen für die Versicherungsgesellschaften unterworfen werden; er beschritt jedoch den vom Unterstützungsverein eingeschlagenen Weg nicht, sondern erstritt 1888 ein obsiegendes Urteil.

Im gleichen Jahre tauchte der Gedanke lokaler Branchenorganisationen auf, ohne jedoch durchzuschlagen. Es kam nur zur Bildung von Vereinen für Album-, Karton- und Lederarbeiter, die keine rechte Thätigkeit entwickelten, sondern bald einschliefen. Neben dem „Fachverein der Buchbinder" bestand noch eine „Freie Vereinigung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Papierbranche" sowie eine Frauenorganisation; diese drei bildeten unter eigener Auflösung am 27. Juli 1892 den „Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Buch-, Papier- und Lederindustrie."

Am 1. Mai 1894 hob der Verein seinen lokal Berliner Charakter auf und ging nach dem Vorgang anderer Gewerbe in einen über ganz Deutschland verbreiteten Verband auf, der den Namen trägt: „Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands." Der Verband hatte im Januar 1894 in Berlin 940

männliche und 210 weibliche Mitglieder, ungefähr 11,5 % der Berufsangehörigen. Im letzten Jahre hat sich die Zahl mehr als verdoppelt. Im Vergleich zu anderen Organisationen ist die Beteiligung schwach zu nennen; dieselbe beträgt z. B. bei den Böttchern 72 %, den Schriftgießern 65,3 %, den Buchdruckern 60 % u. s. w.

Der Zweck des Verbandes ist nach § 1 des Statuts die Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und die allseitige Vertretung der Interessen seiner Mitglieder. Dieser Zweck soll erreicht werden durch:

a. einheitlichen Zusammenschluß möglichst vieler Berufsgenossen zu gemeinsamem Handeln;
b. Unterstützung arbeitsloser und reisender, sowie solcher Mitglieder, welche infolge ihrer Mitgliedschaft, durch ihre Thätigkeit für den Verband oder durch von demselben getroffene Maßnahmen arbeitslos (ausgesperrt, gemaßregelt) werden;
c. Gewährung von unentgeltlichem Rechtsschutz in allen gewerblichen und den aus den Arbeiterschutzgesetzen hervorgehenden Streitfällen;
d. Regelung des Arbeitsnachweis- und Herbergswesens;
e. Pflege der Berufsstatistik.

Die Mitglieder erhalten die wöchentlich erscheinende „Buchbinder-Zeitung" unentgeltlich. Der wöchentliche Beitrag beträgt für Arbeiter 25 Pf., für Arbeiterinnen 15 Pf.; während der Dauer von Krankheiten, nachweisbarer Arbeitslosigkeit, Reise oder Militärdienst sind die Mitglieder von den Beiträgen befreit. Der Verband ist in Gaue eingeteilt. Sämtliche Unterstützungen sind freiwillige, ein klagbares Recht der Mitglieder besteht nicht.

Verbandsmitgliedern, welche 26 Wochenbeiträge entrichtet haben, kann vom Verbandsvorstand eine Reiseunterstützung gewährt werden. Ihre Höhe bestimmt der Vorstand, jedoch darf sie in den Monaten November, Dezember, Januar und Februar die Höhe von 2½ Pf., in den übrigen Monaten die von 2 Pf. für den Kilometer nicht übersteigen. Mehr als 120 Kilometer können in einer Mitgliedschaft nicht erhoben werden.

Bei 13 wöchentlicher Mitgliedschaft ist die Abgabe von Reiseunterstützung ebenfalls zulässig; doch darf die Auszahlung die Hälfte obiger Beiträge nicht übersteigen.

Mitgliedern, welche 60 Wochen ihre Beiträge entrichtet haben, kann im Falle der Arbeitslosigkeit eine Unterstützung gewährt werden. Die Höhe derselben darf den Betrag von 1 Mk. für männliche und 50 Pf. für weibliche Mitglieder täglich nicht übersteigen. Die Unterstützung wird

30 Tage gewährt und beginnt wieder von neuem, nachdem mindestens 50 Wochenbeiträge entrichtet sind. Diese 30tägige Unterstützung entspricht der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von etwa 27 Tagen im Jahr. Die Höhe der Unterstützung, welche Gemaßregelte und ausgesperrte Mitglieder erhalten, soll sich nach den jeweiligen Verhältnissen der Gemaßregelten und der Kasse des Verbandes richten. Alle Mitglieder, die mindestens 13 Wochen Beiträge entrichtet haben, erhalten in gewerblichen und den aus den Arbeiterschutzgesetzen hervorgehenden Streitfällen unentgeltlichen Rechtsschutz.

Der Verband unterhält einen Centralarbeitsnachweis mit dem Sitz in Berlin, der Arbeitsvermittelung für Prinzipal und Personal unentgeltlich besorgt. Auch Nichtverbandsmitglieder dürfen sich beim Arbeitsnachweis melden, doch werden Verbandsmitglieder in erster Reihe berücksichtigt.

Größere Arbeitseinstellungen sind in den letzten Jahren vermieden worden. 1890 ging ein Strike in der Kartonbranche verloren, der 12 000 Mk. kostete. Der Strike war ohne die nötige Überlegung proklamiert. Man verlangte den achtstündigen Arbeitstag und schlug das Anerbieten der Prinzipale, eine neunstündige Arbeitszeit (gegen augenblicklich durchschnittlich 10 Stunden) aus. Auf die Forderung einer bestimmten Lohnerhöhung wollten die Arbeitgeber allerdings nur eine „thunlichste Erhöhung" eintreten lassen. Bei Erklärung des Strikes sollen aber 25 Prozent Lohnerhöhung zugesagt gewesen sein. Die heutigen Führer geben zu, daß man auf einmal zuviel habe erreichen wollen, führen aber das Mißlingen auf den Wankelmut der Arbeiter zurück; sie meinen, daß der Strike gewonnen worden wäre, wenn die Arbeiter so fest gestanden hätten wie die Arbeiterinnen. Die Niederlage war eine vollständige; denn man nahm die Arbeit bedingungslos wieder auf. Es ist jedoch zuweilen der Gewerkschaft gelungen, auf gütlichem Wege eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen.

Der Organisationsgedanke hat unter den Buchbindereiarbeitern, wie man aus der schwachen Beteiligung ersieht, noch keinen besonderen Wiederhall gefunden; es ist vorläufig eine kleine Schar ideal gesinnter Männer und Frauen, welche denselben hoch hält und unablässig dafür arbeitet. Die gelieferte Berufsstatistik wie auch die Versammlungsthätigkeit und das Wirken im stillen legen für die uneigennützige Arbeit dieses kleinen Häufleins ein glänzendes Zeugnis ab. Es würde zu weit führen, die einzelnen mir entgegengetretenen Momente hier aufzuzählen, es finden sich darin Züge, welche die Angreifer tief beschämen müßten. Man wirft den Socialdemokraten (sämtliche führende Personen in der Bewegung gehören zu dieser Partei) vor, daß sie die Heiligkeit der Ehe und das Familienleben unter-

graben; wie paßt es zu diesem Vorwurf, daß diese Angegriffenen eifrig bemüht sind, Männer, welche ihre mit Kindern beglückten Geliebten verlassen, zur Eingehung der Ehe zu bewegen?

Neben den Einrichtungen der Gewerkschaft sind noch einige Institutionen für Arbeiter zu erwähnen, welche von der Innung ausgegangen sind: Arbeitsnachweis, Gesellenherberge, Schiedsgericht. Dieselben erfreuen sich bei der organisierten Arbeiterschaft der größten Nichtachtung; gegen die Urteile des Innungsschiedsgerichtes rufen die Organisierten, wenn es sie verurteilt, stets richterliche Entscheidung an. Die Gehilfen haben das wohl richtige Gefühl, in diesen Institutionen der Innung von den Meistern bevormundet zu werden. In neuester Zeit ist die Innung dem Gedanken näher getreten, die Krankenversicherung der Gehilfen in die Hand zu nehmen, was den heftigsten Protest derselben hervorgerufen hat. Die Innungsmeister und Gewerkschaftsmitglieder zeigen wenig Verständnis für die Bestrebungen des anderen Teiles. Die Anhänger der Gewerkschaft schwärmen gemäß der socialistischen Doktrin für Riesenbetriebe, ohne zu individualisieren und die speciellen Verhältnisse der Buchbinderei in Betracht zu ziehen; die Innungsmeister wollen nicht einsehen, daß eine starke Gewerkschaftsorganisation augenblicklich für sie das wirksamste Hilfsmittel zur Unterdrückung von Schleuderkonkurrenz ist. Die Gemüter sind so erregt, daß für die nächste Zeit ein ersprießliches Zusammenwirken auf dem Boden der Interessengemeinschaft nicht zu erwarten ist.

7. Schluß-Bemerkungen.

Auf seiten der Arbeiter wie der Meister erblickt man in der Organisation die Rettung aus der gegenwärtigen Not. Daß die Arbeiter ihr gewerkschaftliches Ziel erreichen werden, unterliegt wohl keinem Zweifel mehr; schwieriger ist die Lage für die Meister. Dieselben haben die höheren Löhne und andere neue Lasten zu tragen, ohne daß sie selbst bei möglichster Einmütigkeit aus eigener Kraft ihre Existenzbedingungen hinlänglich verbessern können. Sie besitzen keine Machtmittel, eine schwindelhafte oder durch Sachunkenntnis und Existenzangst hervorgerufene Schleuderkonkurrenz fern zu halten; sie sind zum größten Teil nicht in der Lage, mit den volkswirtschaftlich wertlosen Kunststücken des Kapitals (Reklamewesen ꝛc.) Schritt zu halten.

Der eine Teil der Buchbindereien befriedigt das Bedürfnis nach Einzelware, welches in absehbarer Zeit nicht erlöschen wird. Das Fundament

ist also gegeben und wird so leicht nicht schwinden. Für derartige Arbeiten kommen die neuesten Errungenschaften der Maschinentechnik nicht in Betracht. Die gesunde natürliche Grundlage, welche diese Betriebe haben, wird heute dadurch erschüttert, daß Ladengeschäfte (Buchhändler und Schreibmaterialien-Handlungen) einen nicht unbeträchtlichen Teil der Aufträge abfangen und mit unerhörten Preisdrückungen bei kleinen Handwerkern anfertigen lassen.

Die zweite Art von Buchbindereien, welche hauptsächlich der Massenfabrikation dient, erscheint in Berlin bei einem Betriebe von 10—12 Personen und mit den erforderlichen Maschinen in der überwiegenden Zahl der Fälle technisch leistungs- und geschäftlich lebensfähig. Es scheint sogar sicher, daß ein derartiger Buchbinderei-Betrieb, der vom Meister ohne kaufmännische und technisch beaufsichtigende Hilfskräfte selbst geleitet werden kann, mit höherem Gewinn arbeitet, als ein Großbetrieb mit diesen Hilfsmannschaften. Dies würde in erhöhtem Maße zutreffen, wenn die heute schon unleugbare Specialisierung sich mit Hilfe einer Organisation noch weiter entwickeln könnte. Der Umstand, daß der Buchbinder selbst nicht auf Lager, sondern nur auf Bestellung arbeitet, keine kostspieligen Vorräte an Rohstoffen hält, auch keinen ausgedehnten, mehr oder weniger verwickelten Absatzmarkt vor sich hat, läßt höhere kaufmännische Schulung bei aller ihrer Wichtigkeit hinter persönliche, technische Tüchtigkeit in zweite Linie treten.

Bei alledem kann die Befürchtung nicht unterdrückt werden, daß diesem Zweige der Buchbinderei durch die Nebenbetriebe der Buchdruckereien allmählich in noch höherem Maße der Nährboden entzogen werden wird, als es schon der Fall ist. Speciell für Berlin kommt noch die höchst gefährliche Leipziger Konkurrenz hinzu. Eine gesetzliche Beschränkung der Nebenbetriebe könnte nur zum Teil erfolgen, da manche Buchdruckereien für bestimmte eilige, periodische Arbeiten eine gewisse Buchbinderei-Einrichtung nötig haben, die auch in der Zwischenzeit beschäftigt werden muß. Es werden hierfür jedoch in der Regel weibliche und einfachere männliche Arbeitskräfte in Betracht kommen, die höchstens für Broschüren und andere gewöhnliche Arbeiten zu verwenden sind, so daß gebundene und bessere Ware den Buchbindereien vorbehalten bleiben könnte.

Es scheint richtig, daß die Buchbinder an der zwangsweisen Organisation festhalten; sie sollten sich aber weniger mit Monopolisierungsgelüsten tragen und nicht zu viel an die alte Zunft denken, sondern die Verhältnisse der Gegenwart ins Auge fassen und die Organisation zu dem Mittel zu gestalten trachten, welches ihnen die Vorteile des Großbetriebes zuführen und die Übermacht des Kapitals brechen kann. Der Befähigungsnachweis und andere Absperrungsmaßregeln thun es jedenfalls nicht allein; denn in

den gelehrten Berufen giebt es trotz dieser Mittel ein, wie es scheint, sogar wachsendes Proletariat.

Zum Schluß danke ich allen, die mich in freundlicher Weise bei der Enquete unterstützt haben. Zu besonderem Danke fühle ich mich verpflichtet Herrn Professor Dr. Schmoller, in dessen Seminar die Arbeit entstand, und der mir durch gütige Empfehlung viele Thüren öffnete; sodann den Herren H. Kretschmann, Rendant Lindstädt, Ingenieur Opitz und Rechnungsrat Wernicke, Herrn Obermeister Slaby, den Herren Buchbindermeistern Collin, Engelmann, Freese, Germerdonk, Langhein, Probst, P. Richter und P. Schulze, ebenso den Leitern der Gewerkschaftsorganisation, besonders Herrn Richard Wittrisch.

IX.

Das Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Gewerbe in Berlin.

Von

Leo Eger.

1. Geschichtliches.

Das deutsche Barbiergewerbe ist hervorgegangen aus der Vereinigung zweier ursprünglich ganz getrennten Berufe, demjenigen des Baders und dem des Barbiers.

Die warmen Bäder wurden von den Römern nach Deutschland gebracht, welche überall in ihren Niederlassungen prächtige Badeanstalten bauten. Einen größeren Aufschwung nahm das Badewesen in Deutschland [1] aber erst zur Zeit der Kreuzzüge, als der Aussatz nach Europa kam und nur peinlichste Sauberkeit Schutz gegen das furchtbare Übel gewährte. Im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert finden wir schon in allen Städten Deutschlands Badestuben. Sie waren entweder im Besitze der Städte, oder sie gehörten Klöstern oder einzelnen Bürgern. Diese stellten Badeknechte und Mägde an, oder sie verpachteten die Stuben an selbständige Bader. Wo das erstere der Fall war, waren die Bader natürlich unzünftig und galten als unehrlich. Unter dieser gesellschaftlichen Mißachtung, die später auch auf die berufsverwandten Barbiere überging, hatten sie wie einige

[1] S. unter anderen: Heffner, Über die Baderzunft im Mittelalter und später, besonders in Franken im Archiv des hist. Vereins von Unterfranken. Bd. 17. 1865. Zappert, Über das Badewesen im Mittelalter u. s. w. im Archiv für Kunde österr. Geschichtsquellen. Bd. 21. Wien 1859.

andere Stände, das ganze Mittelalter hindurch zu leiden. Ein Ehrenretter erstand den Badern in König Wenzel, der durch die Bademagd Susanne aus der Gefangenschaft in Schloß Wiltberg gerettet worden sein soll. Aus Dankbarkeit ließ er im Jahre 1406 „allen Badern einen ehrlichen und herzlichen Brief verfertigen," in dem er ihr Handwerk allen andern Handwerken gleich erklärte und bestimmte, daß jeder, der sie künftig schmähen würde, seines Kopfes und Vermögens für verlustig gelten sollte [1]. Da Wenzel jedoch schon 1400 abgesetzt worden war, erhielt diese Bestimmung erst 1548 durch den Beschluß des Reichstages zu Augsburg und durch die Reichspolizeiordnung von 1577 rechtliche Gültigkeit [2].

Zu den Obliegenheiten der Bader gehörte außer dem Baden auch noch das Scheren ihrer Badegäste und das Haarschneiden.

Die alten Deutschen ließen Haar und Bart lang wachsen. Der barbae tonsor, später barberius, Barbier, Scherer, fand sich zuerst in den Klöstern, nachdem den Geistlichen das Tragen langer Haare verboten worden war. Von da aus drang die Sitte auch in das Volk. Bader und Barbiere machten sich nun eifrige Konkurrenz. Das ganze Mittelalter hindurch dauern die Streitigkeiten zwischen ihnen, die in manchen Städten zu langwierigen Prozessen und selbst zu Thätlichkeiten führten. [3] Die Barbiere wollten den Badern das Aushängen von Becken nicht gestatten, sie wollten ihnen das Rasieren „auf truckenen Stühlen", d. h. außer dem Hause, verbieten [4], sie wollten ihnen schließlich auch die Ausübung der Chirurgie untersagen. Diese Kunst hatten sich nämlich Bader und Barbiere, begünstigt durch die geringe Verbreitung der Ärzte im deutschen Mittelalter und das Verbot des Blutvergießens und der Ausübung der Chirurgie bei den Geistlichen, schon frühzeitig angeeignet; die eigentlichen Chirurgen aber waren die Barbiere, welche durch ihre Beziehungen zu Fürstlichkeiten, deren Leibbarbiere sie waren und dadurch, daß sie als Feldscherer mit in den Krieg zogen, sich eine bessere Ausbildung verschaffen konnten [5]. Im Laufe der Zeit verschmolzen beide Gewerbe immer mehr zu einem, begünstigt dadurch, daß die Badestuben vielfach an Barbiere in Pacht gegeben wurden. Im vierzehnten Jahrhun-

---

[1] Abgedruckt bei Goldast, Reichshandlung u. s. w. 1609. Teil II, S. 82.

[2] R.-A. von Augsburg 1548, Tit. 37, § 1, R.-P.-O. von 1577, Titel 38, § 1, abgedruckt bei Emminghaus, corpus juris Germanici.

[3] Vergl. z. B. Benecke, Von unehrlichen Leuten. Hamburg 1863.

[4] G. L. Kriegk, Deutsches Bürgertum im Mittelalter. Neue Folge.

[5] Haeser, Geschichte der Medizin, Bd. 2. — G. H. Zincke, Teutsches Real-Manufactur- und Handwercks-Lexicon 1745 unter „Bader".

dert waren sie in den meisten Städten vereinigt zur Zunft der Scherer, zur Zunft der Bader und Barbierer oder der Barbierer und Wundärzte[1]. 1686 erteilte Kaiser Leopold den Barbieren ein privilegium chirurgicum, worin er ihre Verrichtung als eine Kunst erklärte und statt des bisher üblichen Scheren- und Messerschleifens die Verfertigung verschiedener Pflaster und Salben als Meisterstück vorschrieb[2]. Die Vernachlässigung des Badens im achtzehnten Jahrhundert brachte es mit sich, daß der Baderberuf fast ganz verschwand und das Barbieren, Scheren u. s. w. zur alleinigen Thätigkeit des Meisters wurde.

Im Folgenden will ich nun die Entwicklung unseres Gewerbes in Berlin kurz darlegen.

Das Baden wurde in Berlin früh gepflegt. Es gab öffentliche Badeanstalten, welche unter Aufsicht des Rates standen. Im Jahre 1664 betrug das Badegeld acht gute Pfennige und ein Trinkgeld, zusammen zwei Groschen[3]. 1462 erhielten die Bader das erste Privileg von Friedrich II.[4]

Neben den Badern finden wir frühzeitig — urkundlich zuerst 1356 — die Barbiere erwähnt. Da die Heilkunde in der Mark Brandenburg, selbst Jahrhunderte nachdem sie im übrigen Deutschland das Stadium der handwerksmäßigen Ausübung schon überwunden hatte, noch sehr im Argen lag und sich Meisterärzte höchstens um die Person des Landesherrn befanden, hatten die Barbiere als Ausüber der Chirurgie dort noch eine größere Bedeutung als anderswo[5]. Die Städte Berlin und Cölln pflegten seit alter Zeit einen gemeinsamen Wundarzt zu halten, dem sie Sold und Kleidung gaben. Außerdem hatte er das Recht des „ersten Verbandes". Dieses Recht bestand in der Erhebung gewisser Gebühren vom Kranken und vermutlich auch in der polizeilichen Aufsicht über die von den Barbieren später besorgten Verbände[6]. Die Verleihung dieses Rechtes ging dann auf die Kurfürsten über, die den „ersten Verband" gewöhnlich ihrem Hofbarbier gaben[7].

---

[1] L. v. Maurer, Geschichte der Städteverfassung in Deutschland. — Mascher, Das deutsche Gewerbewesen.

[2] Ersch und Gruber, Encyklopädie 1830 unter „Barbier".

[3] Fidicin, Historisch-diplomatische Beiträge zur Geschichte der Stadt Berlin, V.

[4] Leider ist nur die Bestätigung durch Johann v. J. 1486 noch vorhanden, s. Riedel, codex diplomaticus Brandenburgensis, Suppl.-Bd. 346, CLXVI.

[5] Fidicin, a. a. O., V.

[6] Anton Balthasar König, Versuch einer historischen Schilderung der Hauptveränderungen der Religion, Sitten u. s. w. der Residenzstadt Berlin 1792. V, 1, S. 275.

[7] Die Kurfürsten Joachim und Albrecht betonen 1509 in einer Urkunde, daß

Das erste Statut erhielten die Meister des Barbier- und Wundarzt-Handwerkes im Jahre 1526 durch Bürgermeister und Räte der Stadt Berlin[1]. Darin heißt es, daß die Meister sich über die einkommenden Winkelärzte beschwert und um ein Statut gebeten hätten. Der erste Verband steht Reinold Seger, Kurfürstlich Gnaden Balbierer und Wundarzt zu oder wem der Kurfürst dies nach seinem Tode sonst verleihen würde; auf Unterschlagung des ersten Verbandes steht eine Strafe von zehn Gulden. Wer Meister werden will, muß zuvor das Bürgerrecht erwerben und sich von vier geschworenen Meistern prüfen lassen, ob er auch „erfahrenheit von geschlagen, gestochen, gehouwen oder gefallenen Wunden, wo die am Leibe oder sonst andern geliedern sein mögen", habe. Erst später erhielten auch die Bader — trotz Widerspruches der Barbiere — von Joachim II. in einem Statut aus dem Jahre 1538[2] das Recht zur Ausübung der Chirurgie. Sie mußten sich durch zwei Doktoren der Arznei und durch die beiden ältesten Meister des Baderhandwerkes zu Berlin und Cölln ihrer Geschicklichkeit halber verhören lassen; und wer befunden würde, daß er gemeine Wunden zu heilen tüchtig, dem sollten auch alte und neue Schäden zu heilen nachgegeben sein.

Wie im übrigen Deutschland waren die Barbiere auch in Berlin zugleich „Franzosenärzte", d. h. sie hatten die an venerischen Leiden Erkrankten zu behandeln; seit den großen Pestepidemien, die Berlin im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert heimsuchten, wurden ferner ein oder zwei Barbiere als „Pestchirurgen" vereidigt, welche die Behandlung der Pestkranken sowie gerichtliche Leichenöffnungen zu besorgen hatten. Vielfach übten die Barbiere auch die Hebammenkunst aus.

Das Amt der Barbiere war ein streng geschlossenes. Wer sich niederlassen wollte, mußte sich eine Barbierstubengerechtigkeit verschaffen, die nicht unter mehreren hundert Thalern zu haben war. Die Zahl der Gerechtigkeiten wurde nur sehr langsam vermehrt. Häufiger machten die Kurfürsten von ihrem Rechte, Freimeister, Konzessionarii, anzusetzen, Gebrauch, aber niemals, ohne daß sich ein lebhafter Widerspruch der Barbiere erhoben hätte: es seien ihrer schon zu viele, sie könnten nicht bestehen. Seit der Aufnahme

„unns unser Herschafft aus fürstlicher obrickeyt und altem Herkumen der erste bannd eyns yden verwundeten In unsern Stetten Berlin und Collen vor allen andern zusteht und zu verleihen geburt"; sie übertragen dieses Recht dem Barbiermeister Eyben, der dafür die Hofjunker Joachims und Albrechts alle Wochen zwei Mal waschen und kämmen muß. S. v. Ledebur, Archiv IV, 77.

[1] Fidicin, a. a. O. II, 325.

[2] Moehse, Geschichte der Wissenschaften in der Mark Brandenburg, bes. der Arzneiwissenschaft. 1781.

der französischen Flüchtlinge beschweren sich die Barbiere auch ohne Unterlaß über die Konkurrenz durch die fremden Chirurgen; ebenso giebt die große Zahl der Pfuscher Anlaß zu fortwährenden Klagen beim Kurfürsten oder bei den Magistraten. Besonders heftig aber war der von beiden Teilen mit gleicher Zähigkeit fortgeführte Kleinkrieg zwischen Barbieren und Badern. Es würde zu weit führen, die verschiedenen Phasen dieses Kampfes und die vielfach wechselnde Abgrenzung der Berufsgebiete beider Gewerbe hier vorzuführen.

Durch das Medizinal-Edikt des Großen Kurfürsten wurden Barbiere und Bader dem neu zu gründenden Kollegium medicum unterstellt, bei dem sie sich künftig einer Prüfung unterziehen mußten, bevor sie sich niederlassen durften. In den späteren Edikten finden sich jedesmal auch Bestimmungen über die Barbiere und Bader[1].

Am 16. August 1731 erließ Karl VI. das Reichsgesetz wegen der Mißbräuche bei den Zünften, das von Friedrich Wilhelm I. am 6. August 1732 für die Kurmark publiziert wurde. Der König setzte darauf eine Kommission nieder, welche die Innungsbriefe sämtlicher Zünfte revidieren und nach den Grundsätzen des Reichsgesetzes umarbeiten sollte. Das Privileg[2] der Barbiere trägt das Datum 15. März 1736. Ich führe einige Bestimmungen daraus an:

Wer praktizieren will, muß sich beim Ober-Kollegium medicum melden. Er muß richtigen Lehrbrief, auch andere gute Atteste haben, sieben Jahre serviert oder als Feldscher gedient haben und von dem Physikus ordinarius und den Ältesten des Amts examiniert werden.

Kein Barbier darf sich in zu großer Nähe eines andern niederlassen, wenigstens muß er auf jeder Seite zwölf Häuser von dem nächsten Barbier entfernt wohnen.

Die Bader, die vom Ober-Kollegium medicum als Wundärzte approbiert sind, dürfen zwar frische und leichte Fleischwunden heilen, auch barbieren, schröpfen, klystieren, zur Ader lassen, sonst aber keine chirurgischen Kuren und Operationen übernehmen, ebenso wenig Winkelärzte, Landfahrer, Scharfrichter, Schäfer, alte Weiber.

Innerliche Kuren, Präparieren und Dispensieren von Medikamenten ist verboten.

Eine Witwe darf die Barbierstube ihres Mannes behalten.

---

[1] Sie sind sämtlich abgedruckt bei Mylius, corpus constitutionum Marchicarum V, 4.

[2] Es findet sich in der Sammlung von Mylius.

Ein Barbierlehrling muß gute Kenntnisse im Lesen und Schreiben und notdürftige im Lateinischen haben. Die Lehrzeit beträgt vier Jahre. Während derselben sollen die Lehrlinge die öffentlichen Vorlesungen auf dem anatomischen Theater anhören.

Ein Jahr darauf — 1737 — erhielten auch die Perückenmacher und Friseure ihr erstes Statut. Seitdem im Beginn des siebenzehnten Jahrhunderts in Frankreich die Perücken aufgekommen waren, nimmt die Mode auch bald in Deutschland überhand. 1663 werden zum erstenmale Perückenmacher in Berlin erwähnt[1]. Das Berliner Perückenmachergewerbe nahm einen raschen Aufschwung, besonders seit der Einwanderung der Franzosen, die, wie auf so vielen anderen Gebieten des preußischen Gewerbfleißes, so auch hier einen höchst bedeutsamen und fördernden Einfluß ausübten. Die glänzendste Zeit der Perückenmacher war die Regierungszeit Friedrichs III., des nachmaligen Königs Friedrichs I. Der Luxus mit Perücken[2] war damals so groß, daß der Kurfürst eine besondere Perückensteuer schuf und einen Perückeninspektor einsetzte, welcher über die Eintreibung und genaue Beobachtung der Steuer zu wachen hatte. Die Perückenmacher arbeiteten teils auf Bestellung, teils verkauften sie fertige Perücken in den Marktbuden und im Hausierhandel.

Unter Friedrich Wilhelm I. wurden die Haarmoden einfacher; an die Stelle der mächtigen Allongeperücke trat infolge des Beispiels, das der König selbst gab, mehr und mehr der schlichte Soldatenzopf. Der Perückenmacher wandelte sich daher mehr zum Friseur um. Als solcher war er bis zur Zeit der Sturm- und Drangperiode eine wichtige Persönlichkeit, da auf das Frisieren großer Wert gelegt wurde, besonders von den Damen, welche die Mode zwang, kunstvolle mit Blumen und Bändern verzierte Gebäude auf ihrem Kopfe aufführen zu lassen. Trotzdem sich das Bedürfnis nach zünftiger Organisation des Gewerbes schon vorher herausgestellt hatte, kam es doch erst, wie gesagt, am 15. Mai 1737 zur Errichtung einer Innung. Im Folgenden einige der wichtigsten Bestimmungen des Statuts[3]:

---

[1] Krünitz, Oekonomische Encyklopädie 1778, Teil 108, unter „Perrückenmacher".

[2] Eine große Staatsperücke kostete damals bis 300 Thlr. Halle, Werkstatt der heutigen Künste u. s. w. 1761. Bd. 1 Der Perückenmacher.

[3] Das Statut ist bisher nirgends gedruckt; ich habe es aus den Akten der hiesigen Perückenmacher- und Friseur-Innung entnommen. Einen Auszug nebst einigen später ergangenen Bestimmungen findet man bei G. F. v. Lamprecht, Von der Kameralverfassung und Verwaltung der Handwerke, Fabriken und Manufakturen, besonders in der Kurmark Brandenburg. Berlin 1797/98.

Als Meisterstücke sind anzufertigen: 1. eine Quarrée-Perücke, 2. eine spanische Perücke, 3. eine Abbéperücke.

Es sollen so viel Meister, als sich ehrlich ernähren können, gegen Erstattung der festgesetzten Kosten angenommen werden. Jeder Meister kann beliebig viel Gesellen und eine Friseusin halten. Falls einer schon zwei Gesellen hat, bekommt er keinen weiteren, bis die anderen Meister ebenso viel haben oder keinen mehr verlangen, es sei denn, daß er vom Altmeister besondere Erlaubnis erhielte.

Barbiere und Bader durften bei Strafe der Konfiskation und Geldstrafe weder zum Verkaufe noch für sich Perückenmacherarbeit verfertigen, auch nicht für Quartalgeld oder einzeln Perücken accomodieren oder austragen lassen.

Meister in einer anderen Stadt acht Meilen um Berlin herum, in der keine Innung ist, dürfen Mitglieder werden.

Ein Lehrjunge muß schreiben und lesen können und im Christentum Bescheid wissen; sonst muß ihn der Meister wöchentlich vier Stunden zur Schule gehen lassen. Die Lehrzeit beträgt vier Jahre.

Im Jahre 1761 beklagten sich die Perückenmacher beim Könige über Mangel an Nahrung. Dieser bestimmte zur Abhilfe unter anderem, daß im nächsten Jahre niemand, in den folgenden Jahren nur drei jährlich das Meisterrecht erlangen sollten[1]. Jeder Geselle, der von seinem Meister abging, sollte drei Monate aus der Stadt wandern. Den Friseuren, die das Perückenmachen nicht gelernt hätten, sollte es verboten sein, Perücken zu verfertigen und zu accomodieren.

Auch sonst haben wir Zeichen, daß es damals schon anfing dem Perückenmachergewerbe schlechter zu gehen. Die Preise für die Perücken waren bedeutend gesunken. Die Konkurrenz war sehr groß, — bis zum Jahre 1801 wuchs die Zahl der Perückenmacher und Friseure schneller als die Einwohnerschaft Berlins — dazu kam noch die Konkurrenz durch weibliche Personen, denen das Frisieren weiblicher Haare ohne Gehilfen ebenfalls gestattet worden war[2]. Daher suchten manche Meister nachzuhelfen, indem sie eine Gastwirtschaft oder einen Bierschank neben dem Perückenmachergewerbe betrieben.

---

[1] Oft genug wurde jedoch die Innung durch den König gezwungen, auch Meister außer der Tour aufzunehmen, bis schließlich 1782 für die Buchbinder, Schneider, Knopfmacher, Schuhmacher, Gelbgießer, Gürtler, Posamentierer, Sattler, Glaser und Perückenmacher bestimmt wurde, daß jeder außer der Tour Meister werden könne und daß das Geselleneinschreiben aufgehoben sei.

[2] Lamprecht a. a. O.

Den Barbieren und Badern brachte das letzte Viertel des vorigen Jahrhunderts endlich die schon längst nötig gewordene Vereinigung. Thatsächlich war zwischen beiden Gewerben kaum noch ein Unterschied. Der Unterschied zwischen Badern und Wundärzten — so heißt es in dem königlichen Patent vom 10. Juli 1779 [1] — sei den jetzigen Zeiten nicht mehr angemessen und werde daher aufgehoben. Alle bereits approbierten Bader sind Mitglieder des Amtes der Chirurgen, dürfen sich Chirurgen nennen, fünf Becken aushängen und haben dieselben Vorrechte wie jene.

Noch immer bestand die unwürdige und unnatürliche Verbindung der wundärztlichen Kunst mit der Barbierthätigkeit, trotz der großen Fortschritte, welche die Chirurgie unterdessen gemacht hatte. Schon seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts mehren sich die Stimmen aus ärztlichen und Laienkreisen, welche eine Reform auf diesem Gebiete verlangen; aber erst dem neunzehnten Jahrhundert gelang es, mit diesen Überbleibseln aus dem Mittelalter völlig aufzuräumen. Das Gesetz über die polizeilichen Verhältnisse ꝛc. vom 7. September 1811 bestimmte in seinem § 78: „Der Barbiergewerbschein giebt kein Recht, die Wundarzneikunst zu treiben und der Wundarztgewerbschein kein Recht zu barbieren“. Schon ein Jahr vorher waren durch das Edikt vom 2. November 1810 über die Einführung einer allgemeinen Gewerbesteuer die Barbierstubengerechtigkeiten aufgehoben worden [2].

Die vom Gesetze vorgeschriebene Ablösung der Gerechtigkeiten machte viele Schwierigkeiten [3]. Es waren damals 45 Gerechtigkeiten vorhanden, von denen die älteste aus dem Jahre 1699, die jüngste aus dem Jahre 1762 stammte. Der Erwerbspreis schwankte zwischen 660 und 2770 Thalern. Es wurde bestimmt, jeder Barbier solle für sich, für jeden Gehilfen und Lehrling je sechs Thaler jährlich bezahlen; dies sollte eine Summe

---

[1] Mylius, novum corpus constitutionum Marchicarum, Bd. VI, S. 1594.

[2] Schon 1805 gestattete eine Verordnung des General-Direktoriums und des Medizinal-Departements vom 14. Februar bedingungsweise die Konzessionen zum Barbieren an andere als Barbierstubenbesitzer, und eine Kabinettsordre vom 8. November 1809 bestimmte, daß „das Bartscheren durch Jedermann und an jedem Orte betrieben werden könne, wo nicht ausdrückliche Privilegien diese Verrichtung zu einem ausschließlichen Gewerbe machen.“ L. v. Roenne und H. Simon, Die Verf. u. Verwaltung des preuß. Staates, Teil VI, Bd. 3, Abteilung 1, S. 512.

[3] Die folgenden näheren Angaben über die Ablösung nach Bloch, Zur Geschichte der Berliner Innung seit 1462 (Beilage zum Katalog der XVI. Fachausstellung des Verbandes „Bund deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innungen“ 1888).

von 1400 Thalern ergeben, das Übrige wollte die Stadt zuschießen. Für die einzelnen Gerechtigkeiten wurden 756 bis 1553 Thaler bezahlt; alles in allem erforderte die Ablösung 85 262 Thaler. Die Einziehung der Beträge ging sehr langsam von statten und führte zu so vielen Umgehungen, Zahlungsverweigerungen u. s. w., daß der Magistrat 1838 kurzerhand die ganze Ablösung für beendigt erklärte.

Nach der Einführung der Gewerbefreiheit hatte die Barbierinnung ihre Bedeutung im wesentlichen eingebüßt; sie vegetierte noch einige Jahre und ging dann ein.

Die neugewonnene Freiheit schien zuerst den Barbieren sehr willkommen. Es gab eine große Zahl älterer und verheirateter Barbiergehilfen, die bisher keine Möglichkeit gehabt hatten, sich eine Barbiergerechtigkeit zu verschaffen und selbständig zu werden [1]. Jetzt richteten sich alle diese eigene Barbierstuben ein, so daß schon 1812 die Zahl der selbständigen Meister 73 betrug, d. h. einen Meister auf 2304 Einwohner, 1821 119, d. h. einen auf 1731 Einwohner, während es 1805 erst 49 Meister gab, je einen auf 3412 Einwohner. In 16 Jahren stieg also die absolute Zahl der Barbiere fast auf das Zweiundeinhalbfache, während zugleich die durchschnittliche Kundenzahl sich auf die Hälfte verminderte. Die Folge war aber nun ein bisher ungeahnter Konkurrenzkampf und ein Herabgehen der Preise für das Barbieren bis auf fünf Pfennige, während vorher ein Groschen der allgemein feststehende Preis gewesen war [2].

Für die Perückenmacher- und Friseur-Innung brachte das neue Jahrhundert ebenfalls keine glücklichen Zeiten. Aus den seit 1788 bis zum Jahre 1849 vorhandenen Neujahrslisten der Innung können wir ersehen, wie rapide die Zahl ihrer Mitglieder zurückging. 1800 hatte die Innung ihren Höhepunkt mit 266 deutschen Herren, 135 französischen Herren und

---

[1] So gab es 1784 46 Amtschirurgen mit 160 Gehilfen und 31 Lehrlingen, 1795 49 Amtschirurgen mit 125 Gehilfen und 21 Lehrlingen, 1801 gab es 51 Meister mit 159 Gehilfen und 10 Lehrlingen, also immer ungefähr drei Mal so viel Gehilfen als selbständige Meister.

[2] Recht bezeichnend für jene Verhältnisse und den kleinlichen gegenseitigen Brotneid ist eine Petition, die im Jahre 1834 von mehreren Barbieren an den König gerichtet wurde: es sollte den abgehenden Barbiergehilfen und -Lehrlingen bei harter Strafe untersagt werden, Kunden ihrer früheren Lehr- oder Brotherren zu bedienen. Natürlich wurde sie abschlägig beschieden. S. L. v. Rönne u. Simon a. a. O. Teil VII, Bd. 2, S. 511.

24 Witwen, insgesamt 425 Mitgliedern[1], 20 Jahre später zählte sie nur noch 177 Mitglieder, 1840 war sie zusammengeschmolzen auf 34 Meister und 24 Witwen. Am 1. Mai 1849 hatte die Innung nur noch 14 Meister und 5 Witwen. Die Sterbekasse der Innung löste sich auf; die Krankenkasse war schon einige Jahre vorher eingegangen. Dagegen nimmt die Zahl der „Patentbürger", der außerhalb der Innung stehenden Perückenmacher und Friseure, seit der Gewerbefreiheit ständig zu. 1830 gab es schon 13 (dies ist die erste Zahl, die ich ermitteln konnte), 1840 39, 1845 52 patentierte Friseure und Perückenmacher. Rechnen wir Zünftige und Unzünftige zusammen, so finden wir doch, daß die absolute und relative Zahl der Friseure und Perückenmacher sehr zurückgegangen war.

	Zahl der Meister	Ein Meister auf Einwohner
1800	414	415,8
1810	327	498,4
1820	174	1160,4
1830	116	2137,6
1840	96	3424,0

Die Friseure verstanden es aber, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Während sie bisher nur Privatwohnungen innegehabt hatten, fingen sie seit Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre an, nach französischem Vorbild Friseurläden einzurichten. In diesen wurden Herren und Damen frisiert, die Haare wurden geschnitten, und allmählich fing man — zum Ärger der Barbiere — in einigen an auch zu rasieren. Außerdem pflegten sie den Verkauf von Parfümerien und Toilettengegenständen.

Durch die Gesetze von 1845 und 1849 trat eine Neubelebung des Innungswesens in unserem Gewerbe ein. Auf Grund der Bestimmungen der Allgemeinen Gewerbeordnung von 1845 über die Errichtung neuer Innungen bildete sich im Jahre 1846 wieder eine Barbier-Innung, aus der die noch jetzt bestehende „Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung" erwachsen ist.

Die Verordnung, betr. die Errichtung von Gewerberäten und verschiedene Abänderungen der Allgem. Gewerbe-Ordnung von 1849 zählt auch die Perückenmacher auf unter den Handwerkern, welchen fortan der

---

[1] Hier sind die „Landmeister", die im Umkreise von acht Meilen um Berlin wohnenden Innungsmitglieder, auch mitgezählt.

Beginn des selbständigen Gewerbebetriebes nur gestattet ist, wenn sie entweder in eine Innung nach vorgängigem Nachweise der Befähigung zum Betriebe ihres Gewerbes aufgenommen sind oder diese Befähigung vor einer Prüfungskommission nachgewiesen haben. Infolgedessen erwachte die Perückenmacher- und Friseur-Innung, deren völliges Einschlafen nur noch eine Frage der Zeit zu sein schien, noch einmal zu neuem Leben [1].

Der allgemeine Aufschwung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem französischen Kriege brachte auch für das Barbier- und Friseur-Gewerbe große Veränderungen. Die Barbiergeschäfte waren bisher meist in Kellern betrieben worden. Seit 1870 wurde das anders. Auch die Barbiere stiegen jetzt aus den Kellern in die Läden hinauf, und an die Stelle der alten sehr bescheiden eingerichteten Barbierstube trat der luxuriös und den neuzeitlichen Anforderungen der Bequemlichkeit und der Gesundheitspflege entsprechend ausgestattete Barbier- und Haarschneide-Salon. Im Zusammenhang damit wurden die Preise fast überall von fünf auf zehn Pfennige erhöht [2]. Eine leicht erklärliche Folge war ferner die, daß auch die Bessergestellten jetzt anfingen, die Barbierläden aufzusuchen, um sich dort rasieren zu lassen, während dies früher fast nur die Ärmeren thaten und jeder einigermaßen Wohlhabende den Barbier zu sich in's Haus kommen ließ.

---

[1] Ich schließe gleich hier einige Nachrichten über die weitere Entwicklung der Innungen an. Die Barbierinnung nahm später den Namen „Barbier- und Friseur-Innung" und seit 1890 „Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung" an. 1882 gab sie sich auf Grund der Gewerbenovelle von 1881 ein neues Statut. 1883 verschmolz sich die 1871 gegründete „Freie Vereinigung der Barbiere", mit der Innung. Seit 1872 gehört sie dem „Bunde Deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innungen" an, der im selben Jahre gegründet, 1887 Korporationsrechte erhielt und jetzt 310 Innungen umfaßt. Der Vorort des Bundes ist Berlin. Die Perückenmacher- und Friseur-Innung erstreckt sich seit 1886 über die ganze Provinz Brandenburg. Sie gründete 1873 mit einigen anderen Innungen die „Vereinigung deutscher Perückenmacher und Friseure", die sich infolge der Innungsgesetze von 1881 und 1884 zu dem „Bunde der deutschen Perückenmacher- und Friseur-Innungen" konstituierte. — Eine dritte Innung zweigte sich 1883 von der „Barbier- und Friseur-Innung" ab und nahm den Namen „Innung Altdeutscher Barbierherren und Friseure" an, seit 1895 umgewandelt in „Barbier-, Friseur- und Heilgehilfen-Innung." Sie gehört zu keinem Verbande.

[2] Nächst dem Einfluß der Zeitverhältnisse sind diese Veränderungen nicht zum geringsten der Initiative des um das Barbiergewerbe sehr verdienten Obermeisters der Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung, Fritz Wollschläger, zu verdanken.

Um jene Zeit war aus Frankreich die Mode der großen Haarfrisuren zu uns gekommen. Nur wenige Damen besaßen genug eigenes Haar, um daraus die großen Zopfdiademe und Lockengebäude herstellen zu können, wie sie die Mode von den Frauen aller Stände verlangte. Die Anfertigung von Haararbeiten, von Zöpfen, Strähnen, Locken, Chignons, nahm einen ungeahnten Aufschwung. Zum Ärger der Friseure und Perückenmacher bemächtigten sich aber auch die Barbiere jetzt dieses einträglichen Erwerbszweiges. Man kann nun den Barbieren den Vorwurf nicht ersparen, daß sie, um besser Konkurrenz bieten zu können, die Preise für die Haararbeiten schmählich herunterdrückten und Zöpfe, Flechten u. s. w. zu wahren Spottpreisen anfertigten. — Damals hatten die Barbiere und die Friseure die besten Zeiten. Wieviel sich seitdem geändert hat, werden wir bei der Beschreibung der gegenwärtigen Lage des Gewerbes sehen, zu der wir uns nun wenden.

2. Statistisches.

Nachstehend gebe ich eine Übersicht über die Zahl der Berliner Barbiere und Friseure, soweit es mir gelungen ist, genauere Angaben dafür zu erhalten. In der Tabelle ist die Zahl der Feldscherer nicht angegeben, die ja ebenfalls barbierten. Ihre Zahl schwankt während des vorigen Jahrhunderts zwischen 11 und 13; dazu kommen noch einige pensionierte Feldscherer. Zahlreicher sind die Pfuscher und Störer; aber zuverlässige Angaben über ihre Zahl sind schwer zu finden. Schließlich haben wir auch die Konzessionarii, die Freimeister, zu addieren, deren Zahl ebenfalls schwer zu ermitteln war. Wo ich nichts ausdrücklich bemerkt habe, geben die Ziffern unter der Rubrik Barbiermeister die Anzahl der geschworenen Amtschirurgen an, die Zahlen nach 1811 die der Barbiere überhaupt. Auch zu den Perückenmachern und Friseuren müßte man, um ein ganz genaues Bild zu erhalten, die Zahl der Pfuscher, der frisierenden Soldaten, der weiblichen Friseure hinzufügen. Aber diese Zahlen sind wohl nicht so groß, um das Ergebnis wesentlich zu verändern. Unsere Tabelle enthält die Anzahl der jeweiligen Mitglieder der Berliner Innung (natürlich abzüglich der „Landmeister", der nicht in Berlin wohnenden Perückenmacher und Friseure), seit 1830 unter Hinzurechnung der „Patentbürger", welche damals 13 betrug.

Die Quellen, aus denen die Zahlen gewonnen wurden, sind ziemlich verschieden. Die Angaben für die Jahre 1689, 1691, 1714, 1765, 1821

beruhen auf Urkunden des Geh. Staatsarchivs, die in der schon erwähnten Arbeit von Bloch angeführt sind. Für die Jahre 1835 und 1842 benutzte ich die Angaben von Engel, „Industrie der großen Städte" (im Gemeinde-Kalender der Stadt Berlin 1868); die Zahlen für 1729 und 1730 fand ich bei Küster, Altes und Neues Berlin, für 1776 (Perückenmacher) und 1795 bei Lamprecht, Von der Kameralverfassung u. s. w., für 1784 bei Nicolai, Beschreibung Berlins, für 1812, bei Sachs, Straßen- und Wohnungsanzeiger, für 1801 bei Bratring, Statistisch-topographische Beschreibung u. s. w. Über die Zahl der privilegierten Amtschirurgen, bisweilen auch der Bader, in den Jahren 1703—1807 gab mir der Adreßkalender der Residenzstädte Berlin u. s. w. Aufschluß; für die Perückenmacher und Friseure benutzte ich ferner, wie schon erwähnt, die Neujahrslisten der Innung, die von 1786—1849 gehen. Die Zahlen von 1846 an sind den vom Statistischen Amte der Stadt Berlin herausgegebenen Arbeiten von Boeckh über die Ergebnisse der Berliner Volkszählungen von 1867, 1871, 1875, 1880, 1885, 1890 entnommen.

Jahr	Bader-meister	Barbier-meister	Perücken-macher und Friseure	Barbier-		Perückenmacher- und Friseur-	
				Gehilfen	Lehrlinge	Gehilfen	Lehr-linge
1689	.	12	.	.	.	.	.
1691	5	19	.	.	.	.	.
		8 Refug.					
1704	.	24	.	.	.	.	.
1707	.	23	.	.	.	.	.
1710	.	22	.	.	.	.	.
1712	7	22	.	.	.	.	.
1714	.	20	.	.	.	.	.
		8 Konzess.					
		13 Pfuscher					
1717	.	21	.	.	.	.	.
1720	.	20	.	.	.	.	.
1723	.	23	.	.	.	.	.
1725	.	27	.	.	.	.	.
		53 Pfuscher					
1727	.	28	.	.	.	.	.
1729	6	28	48	33	15	8	23
				(11 Bader)	(2 Bader)		
1730	6	27	50	36	13	18	26
				(11 Bader)	(1 Bader)	.	.

Jahr	Badermeister	Barbiermeister	Perückenmacher und Friseure	Barbier-Gehilfen	Barbier-Lehrlinge	Perückenmacher und Friseur-Gehilfen	Perückenmacher und Friseur-Lehrlinge
1733	.	27	.	.	.	.	.
1734	.	21					
		6 Konzess.	.	.	.	.	.
1735	.	25	.	.	.	.	.
		4 Konzess.					.
1737	.	29	40	.	.	40	.
1739	.	30	.	.	.	.	.
1744	.	28	.	.	.	.	.
1747	.	30	.	.	.	.	.
1750	.	26	.	.	.	.	.
1753	8	34	.	.	.	.	.
1756	8	35	.	.	.	.	.
1759	8	34	.	.	.	.	.
1762	8	34	.	.	.	.	.
1765	9	36	.	.	.	.	.
		12 Konzess.					
1768	9	37	.	.	.	.	.
1771	9	40	.	.	.	.	.
1774	9	40	.	.	.	.	.
1776	9	39	172	.	.	143	172
1779	9	39	.	.	.	.	.
1782	47		.	.	.	.	.
1784	46		242	160	31	122	.
1787	45		.	.	.	.	.
1790	46		320	.	.	.	.
1793	47		332	.	.	.	.
1795	49		380	125	21	136	91
1798	50		403	.	.	.	.
1801	51		419	159	10	.	.
1804	49		406	.	.	.	.
1807	48		385	.	.	.	.
1810	.		327	.	.	.	.
1812	73		309	.	.	.	.
1815	.		219	.	.	.	.
1818	.		195	.	.	.	.
1821	119		162	.	.	.	.
1824	.		140	.	.	.	.
1827	.		126	.	.	.	.
1830	.		116	.	.	22	22
1833	.		109	.	.	30	18

Jahr	Badermeister	Barbieremeister	Perückenmacher und Friseure	Barbier-		Perückenmacher- und Friseur-	
				Gehilfen	Lehrling	Gehilfen	Lehrlinge
1835	130 (?)		105	.	.	41	32
1838	.		100	.	.	.	.
1842	279 (?)		98	.	.	38	16
1846	314		81	.	.	.	.
1849	357		85	.	.	.	.
1852	371		82	.	.	.	.
1855	360		92	.	.	.	.
1858	398		97	.	.	.	.
1861	476		106	593		70	23
1867	606			1302			
1871	731			1786			

Haar- und Bartpflege.

Jahr	Selbständige Gewerbetreibende		Abhängige Gewerbetreibende							
			Angestellte Beamte		Gehilfen, Gesellen		Lehrlinge		Arbeiter	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1875	819	556	1	2	941					
1880	995	420	zu Gehilfen		831	53	245	37	—	—
1885	1124	451	2	—	1155	10	300	7	—	5
1890	1264	545	3	—	1264	49	476	13	5	13

3. Die heutige Lage des Gewerbes.

a. Ausdehnung und Gliederung des Gewerbes.

Welche Ausdehnung das Barbier- und Friseurgewerbe in Berlin hat, das lehrt uns schon eine kleine Wanderung durch die Straßen der Reichshauptstadt. Es wird wenig Straßen geben, in denen sich nicht mindestens ein Barbier- oder Friseurladen befindet, und oft genug werden wir nicht mehr als hundert Schritte brauchen, um an dreien oder vieren vorbei-

zugehen. Dazu kommt noch eine kleine Zahl von Friseuren und das große Heer der weiblichen Friseure, die kein offenes Geschäftslokal haben. Am zahlreichsten und elegantesten sind die Geschäfte im Innern der Stadt, besonders in der Friedrichs- und Dorotheenstadt, und sie werden um so einfacher und spärlicher, je mehr wir uns der Grenze des städtischen Weichbildes nähern. Die folgende Tabelle aus dem Jahre 1880 — das Verhältnis der einzelnen Stadtteile zu einander hat sich seither nicht wesentlich geändert — möge dies veranschaulichen. Von 1000 selbstthätigen Berufsangehörigen fielen auf die Haar- und Bartpflege (nach den Veröffentlichungen des Stat. Amts d. Stadt Berlin):

Stadtteil	Selbständige	Abhängige
Berlin	3,7	2,8
Alt-Cölln	3,8	3,1
Neu-Cölln	4,6	1,9
Friedrichs-Werder	3,5	4,4
Dorotheenstadt	4,4	3,3
Tiergarten	1,0	—
Friedrichstadt	3,9	3,1
Obere Friedrichvorstadt	2,7	2,3
Untere Friedrichvorstadt	1,4	1,2
Schöneberger Vorstadt	2,7	1,6
Tempelhofer Vorstadt	1,7	1,6
Luisenstadt jens. des Kanals	1,9	1,5
Luisenstadt diess. des Kanals	3,0	2,2
Stralauer Viertel	1,9	1,8
Königsviertel	2,6	2,6
Spandauer Viertel	3,7	2,8
Rosenthaler Vorstadt	2,2	1,9
Oranienburger Vorstadt	1,8	2,1
Moabit	1,9	2,2
Wedding	1,5	0,8
Stadt Berlin	2,5	2,1

Wenn wir die heutige Zahl der Berliner Barbiere und Friseure sowie der wenigen Haarkünstler und Perückenmacher, die nicht auch zur erstgenannten Kategorie gehören, feststellen wollen, so müssen wir uns beschränken auf die den Forderungen statistischer Genauigkeit allerdings nicht

durchaus entsprechenden Angaben des Berliner Adreßbuchs vom Jahre 1896. Danach betrug am Ende des Jahres 1895 die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden der Haar- und Bartpflege — abzüglich der Hauskundschaft besuchenden Friseurinnen ohne offenes Geschäft — 1700. Weibliche Friseure zählt das Adreßbuch, das natürlich die große Zahl der Aftermieterinnen nicht enthält, nur 404 auf; nehmen wir an, daß sie seit 1890 in demselben Maße zugenommen haben, wie ihre männlichen Berufsgenossen, so beträgt ihre Zahl jetzt mindestens 800.

Die Größe der Betriebe ist in den letzten Jahren ziemlich konstant geblieben, wie folgende Tabelle[1] zeigt:

Jahre	Betriebe								
	ohne Arb.	mit 1 Arb.	mit 2 Arb.	mit 3 Arb.	mit 4 Arb.	mit 5 Arb.	mit 6 Arb.	mit 7 Arb.	mit 14 Arb.
1880 m.	510	485						.	.
w.	391	29						.	.
1885 m.	415	487	167	35	7	4	9		
w.	411	22	17	1	.	.	.	.	.
1890 m.	410	546	229	44	18	6	6	2	1
w.	504	15	20	5	.	.	.	1	.

Die Betriebe ohne Arbeiter machten 1880: 63,7, 1885: 52,5, 1890: 50,5 % aller Betriebe aus. Darnach ist eine Abnahme der relativen Zahl der Betriebe ohne Arbeiter nicht zu verkennen.

Es ist schon in unserem geschichtlichen Teil gezeigt worden, wie im Laufe der Zeit die Berufe des Barbiers und des Friseurs einander näherkamen, indem die Friseure anfingen zu rasieren und die Haare zu schneiden, die Barbiere zu frisieren und Haararbeiten anzufertigen. Diese Vereinigung hat immer mehr Fortschritte gemacht. Während aber z. B. in Frankreich schon vor zwei und einem halben Jahrhundert der barbier-baigneur-étuviste-perruquier e i n e Person war, giebt es in Berlin noch heute eine Minderheit, welche die Verschiedenheit des Barbiers vom Friseur- und Perückenmacher durchaus betont und von einer Verschmelzung beider Berufe nichts wissen will. Die große Mehrheit wird vertreten von der Barbier-, Friseur-

[1] Nach den von B o e c k h bearbeiteten Berichten über die Ergebnisse der Berliner Volkszählungen.

und Perückenmacher-Innung, die am Ende des Jahres 1894 1017, jetzt ungefähr 1100 Mitglieder hat, d. h. 64% aller Berliner Barbiere und Friseure.

In der Fachschule der Innung werden die Lehrlinge zu Barbieren, Friseuren und Perückenmachern ausgebildet. Thatsächlich hat aber nur der kleinste Teil Gelegenheit, die im Damenfrisieren und Perückenmachen erlangten Kenntnisse auch anzuwenden; die Mehrzahl thut eben nichts anderes, als daß sie rasiert, die Haare schneidet und die verhältnismäßig einfachste Thätigkeit des Friseurs, das Herrenfrisieren, ausübt. Nicht mit Unrecht behaupten nun die Friseure und Perückenmacher, daß der Fachschulunterricht zur Ausbildung eines auf der Höhe seines Berufes stehenden Friseurs nicht ausreiche, daß dazu vielmehr eine mehrjährige Thätigkeit in einem Geschäfte gehöre, in welchem das Damenfrisieren, die Anfertigung von Haararbeiten und Perücken wirklich noch ausgeübt werde.

Der Kampf zwischen beiden Berufszweigen hat in letzter Zeit an Heftigkeit eher zu- als abgenommen. Die Friseure und Perückenmacher werfen den Barbieren Pfuscherei vor, während die Barbiere behaupten, beide Berufe seien heute schon so völlig zu einem verschmolzen, daß jede Trennung künstlich und unnatürlich wäre; die Friseure und Perückenmacher wollten sie nur nicht aufkommen lassen. Zu der Friseur- und Perückenmacher-Innung gehören nach dem letzten Jahresbericht (Januar 1896) 116 Mitglieder; alles in allem wird es 200 Friseure und Perückenmacher[1] geben. Man teilt die Friseure in Herrenfriseure (auch cabinetiers), Damenfriseure und Theaterfriseure, Tischarbeiter (posticheurs)[2]. Diese Berufsarten sind aber in der Regel heute vereint.

Der größte Teil aller Friseure, vielleicht 150, hat ein offenes Geschäft; in diesem wird heute — mit einer einzigen Ausnahme — durchweg auch rasiert; das Hauptgewicht wird jedoch auf die Frisierthätigkeit gelegt. Daneben giebt es vielleicht zwanzig Damenfriseure, die keinen offenen Laden haben, einige wenige, die als Theaterfriseure angestellt sind und noch einige Perückenmacher, die diese Thätigkeit als ausschließliche ausüben.

Das Barbier- und Friseurgewerbe scheint auf den ersten Blick sich in einer durchaus günstigen Lage zu befinden. Wie kaum in einem anderen Gewerbe hat sich der alte handwerksmäßige Betrieb hier noch erhalten.

---

[1] Das Berliner Adreßbuch verzeichnet allerdings nicht weniger als 725 Namen unter der Rubrik „Friseur", weil sehr viele sich als Friseur bezeichnen, die thatsächlich nur den Barbierberuf ausüben.

[2] Postiche ist die Anfertigung von Haararbeiten und Perücken.

Einen Großbetrieb giebt es nicht; man kann nicht fabrikmäßig rasieren oder frisieren, wie man Schuhe oder Möbel fabrikmäßig herstellt. Die schwindelnde Entwicklung der modernen Technik, die so manchem kleinen Handwerker die Existenzmöglichkeit genommen hat, hat unser Gewerbe nicht berührt. Wer in einem elegant eingerichteten „salon pour la coupe des cheveux“ oder „hair cutting room“, wie der gebildete Berliner seinen Laden zu nennen liebt, von dem gutgekleideten und geschwätzig von dem Ausfall des letzten Rennens erzählenden Gehilfen sich bedienen läßt, der bedenkt nicht, daß auch hier nicht alles Gold ist, was glänzt.

Der Barbier und Friseur ist eigentlich nur zufällig in die Reihe der Handwerker gekommen, weil er schon im Mittelalter zunftmäßig organisiert war. Thatsächlich wäre es viel richtiger, ihn unter die Berufskategorie der persönlichen Dienstleistungen zu rechnen. Das Barbier- und Friseurgewerbe ist ein ganz eigenartiges und von dem anderer Handwerker durchaus verschiedenes. Mannigfache Vorzüge und Schwächen des Berufes selbst beruhen hierauf. Wir werden daher vieles ganz außer Acht lassen können, was bei der Beurteilung der Lage anderer Handwerker von schwerwiegender Bedeutung ist und andererseits auf manche Punkte unser Augenmerk richten müssen, die sonst erst in zweiter oder dritter Linie zur Betrachtung heranzuziehen sind.

b. Die Geschäftsräume.

Der wichtigste Teil in dem Gewerbebetrieb des Barbiers ist sein Laden. Lage und Beschaffenheit desselben ist von der größten Wichtigkeit für ihn. Wir haben schon geschildert, wie die Barbiere in den siebziger Jahren aus den Kellern in die Läden emporstiegen und so dem allgemeinen Luxusbedürfnis Rechnung trugen. Infolge dessen haben die Kunden sich immer mehr daran gewöhnt, den Barbier selbst aufzusuchen und sich nicht im Hause barbieren zu lassen. Nur wenige Barbiere gehen wegen des damit verbundenen Zeitverlustes viel „auf Kundschaft“, oder sind imstande, einen Gehilfen damit zu beschäftigen. So ist der Hauptort der Thätigkeit des Meisters seine Barbierstube geworden.

Der Barbier ist auf einen lokalen Kundenkreis angewiesen und muß daher suchen, möglichst in einer lebhaften, nicht zu ärmlichen Gegend zu wohnen. Sein Geschäftsraum darf nicht zu klein sein und muß den Anforderungen an Luxus und Bequemlichkeit, die selbst der den ärmeren Volksschichten Angehörige heute zu stellen pflegt, entsprechen. Wenn auch der Unterschied zwischen dem einfachen Barbierkeller draußen in der Vor-

stadt und dem eleganten Friseurladen in der Friedrichstraße noch ein sehr großer ist, so hat doch zweifellos die durchschnittliche Eleganz in den letzten fünfundzwanzig Jahren ständig zugenommen, obschon immerhin der trotz alles Weltstädtischen kleinbürgerliche und sparsame Sinn der Berliner es bisher nicht entfernt zu dem Luxus kommen ließ, wie er z. B. in den pariser Friseursalons entfaltet wird.

Nur der bei weitem kleinere Teil aller Barbiergeschäfte wird, wie schon erwähnt, heute noch in Kellern betrieben. Am zahlreichsten finden wir sie in der nördlichen und östlichen Peripherie, seltener im Innern der Stadt. Am häufigsten ist das Ladengeschäft. Der Keller weist in der Regel nur einen Spiegel mit der dazu gehörigen Einrichtung auf, der Laden fast immer zwei, oftmals drei und mehr. Die Friseurläden haben in der Regel drei Räume, einen Verkaufsraum, einen Herrensalon, einen Damensalon, die aber vielfach aus einem einzigen Ladenraum hergestellt werden, indem man ihn durch Bretterwände teilt.

Die Berliner Mieten sind bekanntlich recht hoch. Ein Keller mit einer oder zwei Stuben und Küche kostet zwischen 300 und 500 Mk. Ein Laden ist unter 6—700 Mk. schwerlich zu bekommen, im Centrum kostet er 1100—1500 Mk., und in feineren Gegenden steigen die Preise bis auf 2000, 3000 und mehr Mark jährliche Miete. Die Ladenmiete macht so einen großen, mitunter den größten Teil der Geschäftsunkosten aus. Der Meister sucht dies wieder einzubringen, indem er an der übrigen Wohnung möglichst spart. Wo Wohnung und Laden zusammen liegen, was bei dem kleineren Barbier meist der Fall ist, wird auch der letztere oft als Wohnstätte mitbenutzt, jedenfalls bei Nacht, aber auch gelegentlich bei Tag; ein oder zwei Zimmer werden an Aftermieter vergeben, und die Familie begnügt sich mitunter mit sehr bescheidenen Räumlichkeiten.

c. Arbeitsgebiet und Arbeitsverteilung.

Die Thätigkeiten, welche in den Berufskreis des Barbiers fallen, sind das Rasieren, das Haarschneiden und das Herrenfrisieren[1]; meist tritt noch

[1] Ein gewisser Rückgang ist hier in den letzten Jahren nicht zu verkennen; dank wohl auch dem herrschenden Streben der Mode nach Einfachheit wird jetzt das Haar weit häufiger als früher einfach kurz geschnitten und hochstehend getragen, und die kunstvoll gebrannten und gekräuselten Frisuren haben abgenommen. Daß die Einführung der sogen. Haarschneidemaschine, welche das Haarschneiden weit weniger zeitraubend und unbequem machte als bisher, an der Zunahme dieser Mode schuld sei, ist wohl nur zu einem geringen Grade richtig.

das Kopfwaschen hinzu. Diese Thätigkeit wird ihm auch für absehbare Zeit unbeschränkt verbleiben. Dagegen ist ihm eine gute Einnahmequelle in den letzten beiden Jahrzehnten mit dem Wechsel der Mode fast gänzlich verloren gegangen, die Anfertigung von Haararbeiten. Die Kosten von Material und Zuthaten sind hierin sehr gering, die Arbeit ist eine verhältnismäßig leichte und kann bequem die Arbeitspausen ausfüllen, in denen Meister und Gehilfe sonst die Hände in den Schoß legen. Was also auch für Haararbeiten gezahlt wird, ist ohne Anstrengung und ohne große Kosten verdient. Seitdem die Mode so völlig gewechselt hat[1], beschränkt sich der Gebrauch falscher Haare auf die oberen Volksschichten und ist auch hier immer mehr zurückgegangen, da die heutigen Damenfrisuren so einfach sind, daß jede Dame sie aus ihrem eigenen Haar herstellen kann. Für andere Arbeiten aus Haaren, z. B. Uhrketten, wie sie früher sehr beliebt waren, hat unsere Zeit den Geschmack gänzlich verloren. Wenn heute ein Barbier anzeigt, daß er Haararbeiten anfertigt, so ist das meistens nichts mehr als eine schöne Aufschrift; thatsächlich mögen Monate vergehen, ehe er einmal einen Auftrag bekommt, und die paar Muster, die mitunter in den Schaufenstern zu sehen sind, schauen recht trübselig drein, als sehnten sie sich endlich einmal von ihrem Platze fortzukommen. Aber auch unter den Friseurgeschäften sind nur zwei Drittel, die noch eine nennenswerte Thätigkeit auf diesem Gebiete ausüben.

Noch mehr gilt das von den Perücken. Die Produktion beschränkt sich im wesentlichen auf Theater- und Charakterperücken, das Tragen von Straßenperücken nimmt immer mehr ab. Nur wenige Friseure, die ihr Geschäft schon längere Zeit haben und gleichsam noch in die alte Zeit hinüberragen, haben sich eine feste Perückenkundschaft erhalten. Barbiere und auch viele Friseure, die einen Auftrag zur Anfertigung einer Perücke erhalten, nehmen mitunter bloß das Maß und lassen die Perücke bei einem der zwei oder drei Perückenmacher anfertigen, die dieses Gewerbe in ausgedehnterem Maße betreiben; sodann verkaufen sie sie mit einem kleinen Zuschlag als eigenes Fabrikat.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung und Ursache mannigfacher wirtschaftlicher Schäden ist die unglückliche Arbeitsverteilung, unter der der Barbier zu leiden hat wie kein zweiter Beruf.

Auf wenige Stunden drängt sich die ganze Arbeitslast zusammen.

---

[1] Dieser Umschwung trat ziemlich plötzlich nach dem Gründerkrach ein und war ein vollständiger. Von einer der größten damaligen Haarhandlungen Deutschlands, einer Hamburger Firma, ist mir bekannt geworden, daß er ihr das Leben kostete.

Während in den ersten Nachmittagsstunden Meister und Gehilfe manchmal ganz unthätig dasitzen und die Zeitung lesen, erfordern die Vormittags- und die Abendstunden nach Schluß der Geschäfte die Anspannung aller Kräfte, um alle Kunden befriedigen zu können. Oft genug geht ein Kunde wieder fort, weil er keine Zeit hat zu warten, oder schreckt zurück, wenn er den Kopf durch die Thüre steckt und die vielen Wartenden im Laden sieht. Könnte der Barbier seine Arbeit sich einteilen, wie es ein anderer Handwerker kann, so würde er dieselbe Leistung ohne übermäßige körperliche Anstrengung allein erledigen können, zu der er jetzt ein oder zwei Gehilfen braucht, und es würde ihm kein Verdienst verloren gehen.

In der Großstadt mit ihren großen Entfernungen, ihrem ruhelosen sich überstürzenden Hasten und Treiben, in der man nach Minuten rechnet und die Zeit genau abwägt, die man dem Barbier schenken kann, ist diese Konzentration des Betriebs auf wenige Stunden unvermeidlich, während in einer kleinen Stadt alles viel gemütlicher zugeht, der Kunde viel eher warten kann, oder etwas später „wieder mit heran kommt." Hier ist auch noch in größerem Maße das Besuchen der Kunden durch den Barbier Sitte, während in Berlin die Hausarbeit immer mehr in Abnahme kommt. Nur bei Kasernen, großen Fabriketablissements und ähnlichen Anstalten ist es gebräuchlich und lohnend für den Barbier, allmorgendlich oder mehrmals in der Woche einen Gehilfen zu schicken.

Wie die Stunden eines jeden Tages, so sind auch die Tage der Woche selbst ungleich belastet. Auf den Wochenschluß, besonders auf Sonnabend, drängt sich die Hauptarbeit zusammen; während vorher oft genug Tage vorkommen, in denen der Barbier nicht soviel einnimmt, um seine Geschäftsunkosten zu decken, beträgt der Verdienst am Sonnabend und Sonntag vier- und fünfmal so viel als der Wochentagsdurchschnitt. Vielfach sind die Barbiere wieder genötigt, für diese Tage eine „Aushilfe" zu engagieren, was die Geschäftsspesen steigert.

Gleichmäßiger verteilt sich die Arbeit des Barbiers über das ganze Jahr hin. Eine „tote Zeit" im eigentlichen Sinne giebt es nicht. Wohl aber läßt sich in den Monaten November bis Februar eine erhebliche Abnahme der Einkünfte bemerken, weil die weniger wohlhabenden Volksklassen in dieser Zeit sich weit eher den Bart stehen und die Haare länger wachsen lassen. Bei den Geschäften, deren Kundenkreis dem Mittelstande und den wohlhabenderen Klassen angehört, besonders den Friseurgeschäften, wird dieser Ausfall freilich durch die erhöhte Frisierthätigkeit, welche die winterlichen Vergnügungen veranlassen, wieder ausgeglichen; der kleine Meister in der Arbeitergegend bekommt ihn aber oft recht erheblich zu

fühlen, sodaß er sich sogar genötigt sieht, seinen Gehilfen zu entlassen. Überhaupt sind die Unterschiede in der Arbeitsbelastung und die daraus entspringenden Mißstände um so weniger groß, je mehr ein Geschäft Angehörige der wohlhabenderen Klassen zu seinen Kunden zählt; vorhanden sind sie aber mit ganz wenigen Ausnahmen auch hier.

Die Arbeitszeit ist eine recht lange. Die meisten Barbiergeschäfte öffnen im Sommer schon um 6 Uhr morgen, im Winter um 7 Uhr und bleiben bis 10 Uhr im Sommer, 11 Uhr im Winter durchschnittlich geöffnet. Kürzer ist die Arbeitszeit in den Friseurgeschäften, wo sie von $^1/_2$ 8 Uhr im Sommer, 8 Uhr im Winter bis 8 oder 9 Uhr des Abends dauert. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit des Barbiers beträgt also nicht weniger als 16 Stunden und wird, wie wir später sehen werden, oftmals noch weiter ausgedehnt. Das ist eine ganz ansehnliche Arbeitsleistung. Wenn wir auch die mehrfachen Pausen abrechnen müssen, so ist der Meister oder Gehilfe in der übrigen Zeit dafür um so mehr angespannt. Das Rasieren erfordert zwar keinen großen Aufwand von Muskelkraft, aber es strengt den Gesichtssinn und vor allem den Tastsinn ungemein an und ermüdet auch durch das damit verbundene lange Stehen.

d. Einnahmen und Ausgaben.

Wohl in keinem Gewerbe wird dieselbe Thätigkeit so verschieden gewertet wie im Barbiergewerbe. Der Effekt ist, wenigstens beim Rasieren und Haarschneiden und den einfacheren Thätigkeiten des Barbiers und Friseurs, derselbe, ob man nun 25 oder 50 Pfennige für die Einzelleistung bezahlt. Was die höheren Preise bedingt, ist der größere Luxus, die elegantere Ausstattung des Kabinetts, vor allem aber die Geschäftslage und die gesellschaftliche Stellung des Kundenkreises des einzelnen Meisters. Es kommt selbst vor, — allerdings gilt dies als unreell — daß die Preise in demselben Geschäfte schwanken und daß das Aussehen des Kunden entscheidet, ob man ihm etwas mehr abnimmt. Es läßt sich ungefähr folgende Tabelle der Preise in verschiedenen Geschäften aufstellen:

	I.	II.	III.	IV.	V.
Rasieren	5	10	15 (20)	25	50
Frisieren (Herren)	10	15	25	35	50
Haarschneiden	15—20	25	35	50	75—100
Haar und Bartschneiden	—	40	50	75	100
Damenfrisieren	—	50	75	100	150
Champoonieren	—	75	100	150	200

Im Abonnement sind die Preise natürlich geringer, ebenso in manchen Geschäften für Kinder.

Die Preise in der zweiten und dritten Reihe (mit Ausschluß des Damenfrisierens) sind die durchschnittlichen für Barbiergeschäfte, während für die Friseurgeschäfte meist III und IV in Betracht kommen. Die Preise der fünften Reihe gelten nur für eine beschränkte Anzahl von Friseurgeschäften, vornehmlich in der Friedrich- und in der Dorotheenstadt, die hauptsächlich auf den Fremdenverkehr angewiesen sind. Ball- und Theaterfrisuren werden mit zwei bis drei Mark durchschnittlich bezahlt, für Haarfärben und andere Specialitäten sind die Preise fast individuell verschieden. Größere Gleichmäßigkeit zwischen den einzelnen Geschäften herrscht in den Preisen für Haararbeiten und Perücken; diese selbst haben nach Material und Arbeit einen sehr verschiedenen Wert, dessen genauere Specifizierung uns hier nicht interessiert.

Diese Preise sind bisher noch tote Zahlen für uns; sehen wir einmal zu, was der Barbier und Friseur dafür zu leisten hat. Der wesentliche Faktor, welcher seit Jahren auf die Lage unseres Gewerbes einwirkt, sind die steigenden Ansprüche des Publikums. Absolut genommen, sind die Preise seit den 70er Jahren gestiegen. In gar keinem Verhältnis dazu steht aber die Steigerung der Geschäftsunkosten. Wer vor 25 Jahren für fünf Pfennige sich rasieren ließ, wurde auf einen einfachen Holzstuhl gesetzt, von der Frau des Barbiers eingeseift und so gut oder schlecht es ging, von dem Meister oder Gehilfen ohne viel Ceremonien abgekratzt. Zum Abtrocknen bediente man sich selbst eines Handtuchs, inbezug auf dessen Aussehen man nicht allzu penibel sein durfte. Heute nimmt der Kunde auf einem eleganten Frisierstuhl Platz. Er wird mit parfümierter Seife bestrichen, nicht einmal, sondern zweimal[1] rasiert; Serviette und Handtuch müssen von peinlicher Sauberkeit sein. Dann werden Kopf und Wangen mit Kölnischem Wasser oder einer anderen wohlriechenden Essenz bespritzt, das Haar wird in die Höhe gebürstet oder leicht frisiert, der Schnurrbart wird mit Brillantine angefeuchtet und an den Enden in zwei Spitzen gedreht: und das alles für fünfzehn oder gar zehn Pfennige. In derselben Zeit, in der der Barbier früher drei Personen rasieren konnte, kann er jetzt höchstens zwei abfertigen, ganz abgesehen von den größeren

[1] Einmal „mit dem Strich", einmal „gegen den Strich", wie der Barbier sagt, um jedes überflüssige Härchen wegzunehmen. Das zweimalige Rasieren, das erst seit einigen Jahren allgemein üblich ist, kam aus Wien hierher, wie auch jetzt noch manche Barbiere ihre Läden als „Wiener Barbiersalon" bezeichnen.

Kosten an Material. Natürlich wird man bescheidenere Ansprüche stellen müssen, wenn man sich für fünf Pfennige rasieren läßt. Aber auch hier haben sich die Verhältnisse geändert, auch hier sind die Ansprüche, die selbst der Ärmere stellen zu dürfen glaubt, bedeutend gestiegen. Dazu kommt die Erhöhung der Mietpreise. Derselbe Barbier, der heute 800 Mk. für einen Laden zu zahlen hat, zahlte vor zwanzig Jahren 300 Mk. Wie hoch die Geschäftsspesen sich belaufen, möge folgende Aufstellung zeigen, die sich auf ein besseres Barbiergeschäft in einer verkehrsreichen Geschäftsstraße des Centrums bezieht.

Danach betragen die jährlichen Ausgaben für

Ladenmiete (ohne Wohnung) . . .	1500	Mk.
Lohn für einen Gehilfen	884	=
Wäsche	364	=
Beleuchtung und Heizung	180	=
Materialien	365	=
Abnutzung der Geschäftseinrichtung ca.	75	=
Zeitungen	48	=
Schleifgeld	15	=
Diverses	75	=
Zusammen	3506	Mk.

Das ergiebt ungefähr 9,60 Mk. Auslagen für den Tag. Ein einfaches Divisionsexempel macht uns klar, wie viel Leute ein solcher Barbier, der vielleicht 15 Pfennige, im Abonnement 10 Pfennige, für Rasieren nimmt, täglich zu barbieren hat, um nur die Geschäftsunkosten herauszuschlagen.

Einer vor einigen Jahren erschienenen Broschüre[1] entnehme ich folgende Gegenüberstellung der Ausgaben für ein kleineres Geschäft im Jahre 1891 und im Jahre 1871.

	1891	1871
Ladenmiete	700 Mk.	500 Mk.
Beleuchtung	100 =	50 =
Wäsche und Ladenscheuern . . .	200 =	100 =
Übertrag	1000 Mk.	650 Mk.

[1] E. Greb, Die Lage des Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Gewerbes u. s. w. Hamburg. Wir haben hier allerdings eine für die politische Agitation verfaßte Schrift vor uns, in der vielfach übertrieben und zu sehr verallgemeinert wird; das hier Angeführte halte ich aber für durchaus zutreffend.

	1891	1871
Übertrag	1000 Mk.	650 Mk.
Heizung, Materialien, Handwerkszeug, Steuern, Altersversicherung, Krankenkasse, Zeitung u. s. w. .	250 =	100 =
Abnutzung der Geschäftseinrichtung .	50 =	50 =
Diverses	50 =	50 =
Zusammen	1350 Mk.	850 Mk.

Die Zunahme der Geschäftsunkosten betrug also von 1871 bis 1891 mehr als 58 Prozent und ist seitdem zweifellos noch gestiegen. Der Ausdehnung und dem Umfange des Betriebes entsprechend, wachsen auch die Spesen. Das einzige, worin der kapitalkräftige Barbier oder Friseur einen Vorzug hat vor seinem schwächeren Berufsgenossen, ist der Einkauf von Materialien, die der erstere en gros und direkt vom Fabrikanten sich verschafft, während der kleinere Barbier seine Seifen, Parfümerien u. s. w. meist im Hausierhandel bezieht.

e. Die wachsende Konkurrenz.

Das Hinaufgehen der Unkosten wäre zu ertragen, wenn nur auch die Einnahmen entsprechend gewachsen wären. Das ist aber keineswegs der Fall. Von der Verkleinerung des Arbeitsgebietes haben wir schon gesprochen. Die Verschlechterung der allgemeinen socialen Verhältnisse hat natürlich auf den Barbier und Friseur auch Einfluß. Besonders der Barbier, der auf Arbeiterkundschaft angewiesen ist, bekommt es am ehesten zu fühlen, wenn die Zeiten schlecht sind und Arbeitsmangel herrscht; denn an Bart und Haar wird zu allererst gespart, wenn das Geld knapp ist. In Gegenden, wo besonders kleine Beamte, Lehrer u. s. w. wohnen, klagen die Barbiere mitunter, daß das Selbstrasieren so zunehme.

Vor allem aber wirkt auf die Verringerung der Einnahmen und die Verschlechterung der Lage unseres Gewerbes die ungeheuer zunehmende Konkurrenz. Leider läßt uns die Statistik bei dem Nachweis hierfür ziemlich in Stich; denn für die letzten Jahre, in welchen die Zunahme der Barbiere und Friseure besonders stark war, sind wir auf die ungenügenden Angaben des Adreßbuches angewiesen.

Es gehörten der Haar- und Bartpflege an:

Jahr	Selbstdg.[1] männl. Gewtr.	1 selbstdg. m. Gewtr. auf Einwohner	Selbstdg. weibl. Gewtr.	Selbstdg. Gewtr. überh.	1 Selbstdg. Gewtr. auf Einwohner	Selbst-thätige	1 Selbstth. auf Ein-wohner
1875	819	1168,3	556	1375	708,3	2466	392,8
1880	995	1122,5	420	1415	789,2	2581	432,7
1885	1124	1259,2	451	1575	835,1	3054	430,7
1890	1264	1245	545	1809	872,7	3990	395,7
1891	1086	1495,8	.	.	.	.	.
1893	1277	1306,3	.	.	.	.	.
1895	1700	1014,5	.	.	.	.	.

Bis 1890 wächst die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden allmählich und wird in der Schnelligkeit ihres Wachstums sogar zeitweilig von der rapide sich vergrößernden Riesenstadt überholt. Die drei letzten, durch Auszählung aus dem Adreßbuch gewonnenen Zahlen sind entschieden zu niedrig und dürfen daher nicht mit den Zahlen der amtlichen Statistik, wohl aber ohne große Fehler unter sich verglichen werden. Da sehen wir denn, daß die absolute Zahl der männlichen Gewerbetreibenden (hier habe ich auch die Witwen mitgezählt, welche das Barbiergeschäft ihres verstorbenen Gatten weiterführen und deren es ungefähr 40 giebt) in vier Jahren um 57,45 Prozent zugenommen hat, während die relative Zahl der Bevölkerung auf einen Betrieb um 32,2 Prozent gefallen ist. Für einen Berliner bedarf es nicht erst der Statistik, weil ein jeder sieht, wie die Barbier- und Friseurgeschäfte wie Pilze aus der Erde schießen und in manchen Gegenden schon anfangen, den ja ebenfalls in Berlin nicht seltenen Wirtshäusern an Zahl ernstlich Konkurrenz zu machen.

Die Gründe für dieses schnelle Wachstum sind nicht schwer zu finden. Ein Barbiergeschäft aufzumachen erfordert verhältnismäßig wenig Kapital. Nehmen wir einmal dasselbe Barbiergeschäft, dessen jährliche Betriebskosten wir oben mit 3506 Mk. berechneten. Die vollkommene Einrichtung und Ausstattung eines solchen Geschäftes würde ungefähr folgende Aufwendungen erfordern:

---

[1] Die Zahl der selbständigen männlichen Gewerbetreibenden entspricht — 1890 ziemlich genau der Zahl der offenen Geschäfte, da hier einerseits die Witwen, welche Barbiergeschäfte haben, nicht mitgezählt sind, andererseits ebensoviel Friseure, die keinen offenen Laden haben, zuviel gezählt.

3 Spiegel à 52 Mk.	156	Mk.
3 Frisierstühle à 20 Mk.	60	=
Waschapparat	90	=
Wasserleitung	30	=
Gaseinrichtung	85	=
Waschtoilette	85	=
Marmorplatten	50	=
Messer, Scheren, Haarschneidemaschinen, Bürsten, Spritzen, Puderbehälter u. s. w.	80	=
Wäsche	55	=
Tisch	20	=
6 kleine Stühle à 5 Mk.	30	=
Beckenspind	15	=
3 Fußtritte à 3 Mk.	9	=
Linoleum	50	=
Kleiderriegel	10	=
Schilder	126	=
Metallene Becken zum Aushängen	13	=
Verschiedene andere Kleinigkeiten	100	=
Zusammen	1064	Mk.

Die Einrichtung ist eine durchaus gute, und die Zahlen sind eher zu hoch als zu niedrig genommen; trotzdem beträgt die ganze Ausgabe nur 1064 Mk., eine Summe, die im Vergleich zu den Einrichtungskosten, welche andere Handwerksbetriebe erfordern, um nur einigermaßen konkurrenzfähig zu sein, eine sehr geringe ist. Allerdings müssen wir noch die erste vierteljährliche Mietsrate zu dem Anlagekapital hinzurechnen, wodurch es auf 1439 Mk. anwächst. Nun ist aber eine große Zahl von Barbiergeschäften viel einfacher eingerichtet und liegt auch in einer billigeren Gegend, sodaß zur Einrichtung eines solchen schon 700 Mk. ausreichen würden. Viele Gehilfen, die sich selbständig machen, besitzen nicht einmal soviel. Diese wenden sich an eines der Geschäfte für Barbier-Bedarfsartikel. Gegen eine kleine Anzahlung und die Verpflichtung wöchentlicher oder monatlicher Abzahlung richtet ein solches Geschäft eine Barbierstube fix und fertig ein, sodaß der junge Meister weiter nichts zu thun hat, als auf die Kunden zu warten. In den letzten Jahren hat sich noch eine neue Praxis herausgebildet. Die Wirte neuerbauter Häuser mit leerstehendem Laden — und die Bauthätigkeit in Berlin ist bekanntlich eine sehr rege — strecken oftmals jungen Barbieren das Geld zur Einrichtung eines Ladens vor, wo-

für diese sich dann für mehrere Jahre verpflichten müssen, bei ihnen zu wohnen.

So ist heute die Verlockung für einen Barbiergehilfen, selbständig zu werden, eine sehr große. Dazu kommt allerdings noch, daß er durch die eigentümlichen Verhältnisse des Gewerbes dazu getrieben wird. Ein Barbiergehilfe, der über dreiundzwanzig Jahre alt ist, hat schon einige Schwierigkeit, eine Stelle zu finden, da überall möglichst junge Kräfte verlangt werden, und diese Schwierigkeit wird immer größer, je älter er wird. So kommt es, daß 20—22 Jahre das durchschnittliche Alter sind, in welchem der Barbier zur Selbständigkeit kommt, ja wir finden noch jüngere Meister. Diese rasieren nun frisch darauf los und sehen zu, wie sie durchkommen. Mitunter glückt es, oft genug aber auch nicht. Im letzteren Falle macht der Meister einfach den Laden zu und wird wieder Gehilfe. Mir sind Fälle bekannt, wo ein Barbier fünf, sechs Mal und öfter abwechselnd Meister gewesen war oder Gehilfe.

Dieses zu frühe Selbständigwerden der Gehilfen ist von großem Schaden für das Gewerbe, denn begreiflicherweise entsteht durch die vielen jungen Meister, die keinen finanziellen Rückhalt haben und um jeden Preis suchen müssen etwas zu verdienen, ein erbitterter Konkurrenzkampf. Wo zwei Barbiere Nachbarn sind, sucht einer immer den andern zu überbieten in dem, was er für den einen Groschen leistet. Der erste hat bisher vielleicht nur rasiert für 10 Pf., sein Konkurrent thut aber noch gratis Bartwichse in den Schnurrbart. Der Kunde verlangt jetzt von jenem dasselbe, und wohl oder übel muß der Meister folgen, will er nicht seinen Kunden an den Nachbar verlieren. Die leichte Aussicht, Meister zu werden, verlockt Eltern aus den unbemitteltsten Ständen, ihre Söhne dem Barbierberufe zuzuführen, zumal die Lehre wenig kostspielig, das Handwerkszeug sehr billig ist. Außerdem wird die Zahl der Konkurrenten noch vermehrt durch zahlreiche Pfuscher, die ohne jemals das Handwerk gelernt zu haben, sich ein Barbiergeschäft einrichten, einen Gehilfen anstellen und selbst höchstens einseifen. Besonders zahlreich sind diese Elemente unter den „Fünfpfennigbarbieren", die größtenteils in den Kellern der Vorstädte wohnen.

Besser ist es in dieser Hinsicht mit den Friseuren bestellt. Zur Anlage eines Friseurgeschäftes gehört mehr Geld. Die Miete ist höher, da die Räumlichkeiten größer sein müssen, und da ein Friseurgeschäft nur in einer wohlhabenderen Gegend Aussicht auf Verdienst hat; die Ausstattung ist durchschnittlich eleganter und kostspieliger. Es gehört demnach doch ein Kapital von 2500—3000 Mk. zur Etablierung. Das durchschnittliche Alter, in dem der Friseur selbständig wird, ist das 25.—30. Lebensjahr.

Die Konkurrenz ist daher hier noch nicht so groß, aber dennoch ist die Zahl der Friseure schon eine sehr hohe.

f. Das Verkaufsgeschäft. Der Heilgehilfenberuf.

Seit langer Zeit ist mit dem Barbier- und besonders mit dem Friseurgeschäft auch ein Verkaufsgeschäft verbunden. Es erstreckt sich bei dem Durchschnittsbarbier auf Pomaden, Seifen, Bartwichse, Parfüms, Haarwasser, mitunter auch auf kleine Toilettengegenstände, schließlich auch auf Gummi-Artikel. Dieses Verkaufsgeschäft ist immer mehr zurückgegangen und von den meisten berliner Barbieren auf wenige Gegenstände beschränkt oder ganz aufgegeben worden. Der Grund dafür ist in erster Linie die zweifellos herabgegangene Konsumtionsfähigkeit unseres Mittelstandes, in zweiter Linie die Konkurrenz der billigen Bazare, deren Preise sich nach der neuesten Entwicklung unserer Industrie bekanntlich zwischen dreizehn und siebenundzwanzig Pfennigen bewegen und die billiger verkaufen als unser Meister einkaufen kann.

Der Verdienst des Barbiers ist daher naturgemäß ein sehr geringer. Wenn er ein Stück Pomade für 15 Pf. verkauft, von dem das Dutzend ihm 1,50 Mk. kostet, so verdient er am Verkaufe eines Dutzends gerade 30 Pf. Viel mehr wird verdient durch den Verkauf von Gummi-Artikeln (100—150 %). Das kommt aber nur einer Minderheit zu gute; in den ärmeren Vorstädten werden sie gar nicht verkauft. Dafür findet man hier wieder den Handel mit Cigarren bei den Barbieren; natürlich ist auch hier der Verdienst ein minimaler.

Eine viel größere Bedeutung hatte und hat das Verkaufsgeschäft bei den Friseuren. Diese haben ein Publikum, das etwas mehr bezahlen kann. Bei einigen Friseuren ist das Verkaufsgeschäft erweitert zu einem förmlichen Luxuslager, in dem man Hüte und Kravatten, Fächer und Spazierstöcke, Parfümerien und Nippes erhält. Diese Geschäfte sind hauptsächlich auf den Fremdenverkehr angewiesen und finden sich daher ausschließlich in den Straßen, in denen sich die zehntausend Fremden, die Berlin durchschnittlich täglich hat, zu bewegen pflegen, vielfach auch in den großen Hotels.

Der Verdienst ist hier natürlich ein sehr hoher. Eine Flasche Parfüm, die ihm 1 Mk. kostet, verkauft der Friseur oder Coiffeur, wie er sich nun auch bezeichnet, für 2 oder 3 Mk. Zudem hält sich jeder Friseur für verpflichtet, mindestens ein neues Haarelixir oder eine neue Bartwichse zu erfinden, die das arme Opfer, welches sich ahnungslos einseifen läßt, aufgeschwatzt bekommt, ob es will oder nicht. Bei den letztgeschilderten

Friseuren ist das ursprüngliche Nebengeschäft eigentlich zur Hauptsache geworden. Es ist ein offenkundiges Geheimnis, daß eine ganze Anzahl von ihnen trotz der hohen Preise aus dem Gewinn der eigentlichen Handwerksthätigkeit kaum die Miete bezahlen könnte. Bezeichnend ist, daß die Gehilfen vielfach nur unter der Voraussetzung angenommen werden, daß sie gute Verkäufer sind, oder daß sie sich verpflichten müssen, für eine bestimmte Summe monatlich zu verkaufen, wenn sie nicht ihre Stelle verlieren wollen; sie erhalten auch in vielen Geschäften 8²/₃—10 Prozent Provision von der erzielten Verkaufssumme.

Mit dem Barbierberuf ist noch heute vielfach die Thätigkeit als Heilgehilfe verbunden. Nach dem Adreßbuch sind 421 Barbiere zugleich Heilgehilfen, ungefähr 29 Prozent aller Barbiere überhaupt. Zu ihrer Thätigkeit gehört die Ausübung der kleinen Chirurgie, die erste Hilfe bei plötzlichen Unglücksfällen, Schröpfen, Zahnziehen, Massieren, auch Krankenwachen. In kleinen Städten und auf dem Lande ist diese Thätigkeit mitunter noch eine ganz einträgliche, in Berlin ist der Verdienst des Heilgehilfen gegen früher sehr zurückgegangen. Die Gründe sind mehrfache: Die Polikliniken, in denen unentgeltlich behandelt wird, die Zahntechniker, die Konkurrenz durch die vielen Krankenwärter, die sich ausschließlich diesem Berufe widmen. „Das kommt gar nicht mehr vor", erhielt ich oft genug zur Antwort, wenn ich einen Heilgehilfen fragte, ob er öfter noch einen Verband zu machen, einen Zahn zu ziehen habe. „Seit zwei Jahren habe ich keine Krankenwache mehr gehabt", klagte mir ein Heilgehilfe, der seit neunzehn Jahren schon in derselben Gegend ansässig ist.

g. Die Sonntagsruhe.

Wir haben oben gesehen, daß die Hauptthätigkeit des Barbiers und Friseurs auf den Sonntag fällt und daß er an diesem Tage nicht nur alle verfügbaren Kräfte aufwenden muß, sondern meist noch genötigt ist, eine Aushilfe anzunehmen. Durch die neuen Bestimmungen über die Sonntagsruhe wird die Arbeitslast noch mehr auf wenige Stunden zusammengedrängt. Besonders zeigt sich dies im Winter. Vor zehn Uhr kommt kaum ein Kunde, um zwei Uhr muß der Barbier seine Gehilfen schon entlassen; es bleiben also nur vier Stunden übrig, welche Meister und Gehilfen zu angestrengtester Thätigkeit zwingen.

Nun kann zwar der Meister ohne Gehilfen noch nach zwei Uhr weiterarbeiten. Da es aber unter den Barbieren viele ältere Leute giebt, die nicht mehr selbst rasieren, ebenso Witwen, die auf ihre Gehilfen angewiesen

sind, so hat die Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung beschlossen, die Geschäfte allgemein um zwei Uhr zu schließen, damit jenen keine Konkurrenz gemacht werde. Auch eine große Zahl von Nichtinnungsmitgliedern schließt um zwei Uhr. Andere dagegen, die weniger skrupulös sind — und wer kann es ihnen übel nehmen, wenn sie noch ein paar Pfennige mehr verdienen möchten? — ziehen womöglich Frau und Kinder zu Hilfe und arbeiten bis in den Abend hinein.

Dies hat schon zu vielen Gehässigkeiten Anlaß gegeben. Zahlreiche Fälle sind mir bekannt geworden, wo die Gesetzesbestimmungen einfach übertreten werden, indem die Meister den Gehilfen auch nachmittags beschäftigen; weigert sich der Gehilfe zu bleiben, so ist er überhaupt entlassen. Eine Haupteinnahmequelle war bisher das Frisieren am Sonntag; dies hat jetzt sehr nachgelassen, da die Zeit zu kurz ist und viele sich überhaupt nicht frisieren lassen, wenn sie es nicht nachmittags in aller Bequemlichkeit thun können.

Fast überall wird geklagt, daß die Einnahmen infolge der Sonntagsruhe bedeutend zurückgegangen sind; die Erhöhung der Preise für Haarschneiden und Frisieren, die in den meisten Geschäften eingeführt ist, kann daran nicht viel ändern. Auch auf die Vermehrung der Arbeitslast am Sonnabend und Verlängerung der Arbeitszeit an diesem Tage hat die Sonntagsruhe gewirkt. Daß die Barbiere am Sonnabend ihre Läden bis zwölf Uhr nachts offen halten, um den Ausfall durch den Sonntag auszugleichen, ist keine Seltenheit mehr.

Für die wenigen Stunden, welche der Gehilfe am Sonntag über drei Stunden beschäftigt ist, muß ihm der Meister einen Nachmittag in der Woche ganz freigeben; denn die anderen beiden Alternativen des Gesetzes — Freigabe an jedem dritten Sonntag für 36 Stunden oder an jedem zweiten Sonntag von sechs Uhr morgens bis sechs Uhr abends — sind für den Barbier ganz undenkbar.

Etwas weniger fühlbar macht sich die Sonntagsruhe in besseren Friseurgeschäften, wo ja überhaupt die Arbeitsverteilung weniger ungünstig ist. Ich halte die Petition durchaus für berechtigt, welche die Berliner Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung an den Reichstag gerichtet hat, dahingehend, daß als Zeitpunkt für den Geschäftsschluß vier Uhr Nachmittags festgesetzt werde, wenigstens im Winter, und daß dann alle Geschäfte gleichmäßig schließen müssen.

h. Specialbetriebe.

Unter den Berliner Friseuren giebt es, wie erwähnt, noch ungefähr fünfzehn bis zwanzig Damenfriseure, die keinen offenen Laden haben. Sie haben ihren festen Kreis von Kundinnen, zu denen sie ins Haus gehen oder die zu ihnen kommen. Sie wohnen in der Regel im ersten oder zweiten Stock eines Hauses in einem der wohlhabenderen Stadtteile. Alle fertigen zugleich Haararbeiten und Perücken an. Die Lage dieser Friseure, bei denen sich die alte Form des Betriebes, wie sie einst die ausschließliche im Friseurgewerbe war, noch erhalten hat, ist eine fast durchweg günstige. Die großen Ausgaben für Ladenmiete fallen weg, und die Leistungen, besonders Ball-, Theater-, Brautfrisuren, werden recht gut bezahlt. Wenn sie klagen, so geschieht es vornehmlich über die zunehmende Konkurrenz der Friseurinnen.

An den meisten Theatern Berlins sind einer oder mehrere Theaterfriseure fest angestellt, an manchen besondere Herrenfriseure und Damenfriseure. In den königlichen Theatern sind sie pensionsberechtigt und beziehen gewöhnlich 120 Mk. Monatsgehalt. Ebenso haben die großen Panoptiken festangestellte Friseure mit einem Monatsgehalt von 80 Mk. und mehr. Die letzteren müssen auch das Einstecken von Haaren in Wachsbüsten verstehen, eine Kunst, die besonders gelernt sein will und nur von Wenigen ausgeübt wird.

Soweit es noch Perückenmacher giebt, haben sie sich auf Massenartikel specialisiert. Das sind vor allem Theater- und Charakterperücken und Puppenperücken. So giebt es in Berlin eine Perückenfabrik, die in erster Linie für den Großbedarf der Theater arbeitet und auch einen bedeutenden Export nach allen Ländern der Welt hat. Diese Fabrik, die übrigens die größte in Deutschland ist, beschäftigt 30 Arbeiterinnen und einige Arbeiter im Hause, während die Treffen für die Perücken meist von Mädchen außer dem Hause angefertigt werden. Einige Geschäfte (3—4) fertigen speciell Puppenperücken an. Diese haben dann gewöhnlich auch alle anderen Puppenartikel zu verkaufen[1].

Die Zahl der Friseurinnen in Berlin ist eine sehr große und nimmt stetig zu. Ein großes Kontingent stellen die Frauen und Töchter der Barbiere und Friseure selbst, ferner viele Frauen subalterner Beamter,

---

[1] Der deutsche Handel mit solchen Waren ist nicht ganz unbedeutend. Es betrug 1893 die Ausfuhr in Perückenmacherarbeiten, Arbeiten aus Menschenhaaren &c. 4000 kg im Werte von 240 000 Mk.; die Einfuhr 400 kg im Werte von 19 200 Mk. Frisierte Puppenköpfe wurden 72 kg im Werte von 15 120 Mk. ausgeführt.

junge Mädchen, die sich durch das Frisieren ein Taschengeld erwerben wollen u. s. w. Gelegenheit zur Ausbildung bieten: die Fachschule der „Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung", manche Friseurgeschäfte, einige von Frauen geleitete Frisierschulen; aber auch jede Friseurin wird aus einer Lernenden meist bald zur Lehrenden. Schon für wenig Geld und in wenig Wochen eignen sich die jungen Mädchen oder Frauen die paar gebräuchlichsten Frisuren an und suchen sich dann Kundinnen zu verschaffen. Infolge der großen Konkurrenz, besonders auch durch solche, die nicht gerade darauf angewiesen sind, sind die Preise sehr heruntergedrückt. Für tägliches Frisieren, wobei die Friseurin ins Haus kommt, zahlt man monatlich von 20 Mk. bis zu 3 Mk. herab. Kein Wunder, daß die Friseure recht ungehalten auf ihre weiblichen Berufsgenossen sind, denen sie noch außerdem Unkenntnis und Pfuschertum vorwerfen, was ja auch bei vielen zutreffen mag.

i. Schlußwort.

Die allgemeine Lage der Barbiere und Friseure läßt sich nun kurz folgendermaßen kennzeichnen. Es läßt sich nicht verkennen, daß es in unserem Gewerbe noch immer eine ganze Anzahl von auskömmlichen Existenzen und von solchen, die dem wohlsituierten Mittelstande angehören, giebt. Das trifft vornehmlich bei den Friseuren zu, von denen aber auch, wie wir zeigten, ein Teil weit mehr schon dem Kaufmanns- als dem Handwerkerstande angehört. Jedoch dürfen wir ebenso wenig verkennen, daß die große Masse von Jahr zu Jahr mehr Mühe hat, um sich nur notdürftig über Wasser zu halten. Die Kosten werden größer, die Einnahmen geringer, und es ist keine Übertreibung, wenn ich sage, daß ein stets größer werdender Teil mit einem jährlichen Deficit abschließt, das man durch die verschiedensten Nebenbeschäftigungen, durch Mitarbeit der Frau als Friseurin, Wäscherin, Hebamme, Handelsfrau u. s. w. zu decken sucht. Nach einer Statistik der in Frankfurt a. M. erscheinenden Zeitung „Der Barbier und Friseur" [1], welche sich über 15 Städte erstreckt, betrug

	die Durchschnitts-Einnahme	die Durchschnitts-Ausgabe
bei 18 Meistern	1238,50 Mk.	1718,45 Mk.
„ 8 „	1881,70 „	1980,79 „
„ 7 „	2226,40 „	2333,40 „
„ 6 „	2822,80 „	2719,35 „
„ 5 „	3710,30 „	3849,84 „

[1] Jahrgang 1893, Nr. 4.

Das ergiebt in 5 Fällen ein Deficit und nur in einem einen Überschuß. Daß die Ausgaben nicht zu verschwenderisch aufgestellt sind, ersieht man daraus, daß ein Meister für seine Familie von acht Köpfen wöchentlich 25 Mk. Haushaltungskosten berechnet. In einer Großstadt wie Berlin ist die durchschnittliche Lage noch schlimmer als in kleineren Städten.

Den Schäden, welche dem Barbiergewerbe als solchem anhaften, ist kaum abzuhelfen. Gegen das zu frühe Selbständigwerden der Gehilfen, das eine Hauptursache der übergroßen Konkurrenz und mannigfacher Mißstände ist, wird verschiedentlich eine Zwangsorganisation vorgeschlagen, durch die den jungen Leuten das Meisterwerden vor einem bestimmten Alter verboten wird. Viel könnte geschehen, wenn die Meister einiger wären und gemeinsam z. B. eine Erhöhung der Preise eintreten ließen. Wo das Rasieren heute 10 Pfennige kostet, könnten fast überall ebenso gut 15 Pfennige verlangt werden, ohne daß der Kundenkreis sich wesentlich verringerte und ohne daß sich der Einzelne seltener rasieren ließe. Ob die launische Göttin der Mode vielleicht über kurz oder lang durch Wiederaufkommen der großen Frisuren und falschen Haare dem Gewerbe eine gute Einnahmequelle wieder erschließt, darüber können wir nicht einmal Vermutungen haben. Gelegenheit zu unmittelbarem gesetzlichem Eingreifen ist in der Frage der Sonntagsruhe gegeben.

4. Die Lage der Arbeiter.

Die Lage der Gehilfen ist bei Barbieren und Friseuren durchaus verschieden. Bei den Barbieren ist es fast ohne Ausnahme noch Sitte, daß der Gehilfe beim Meister wohnt und ganze oder halbe Kost (d. h. kein Mittagbrot) bei ihm empfängt; der Lohn wird wöchentlich ausgezahlt. In den Friseurgeschäften wohnt der Gehilfe niemals beim Meister, beköstigt sich selbst und empfängt seinen Lohn monatlich.

Das System des teilweisen Naturallohnes, wie es bei den Barbieren üblich ist, hat seine Vorteile, aber auch seine Nachteile. Ein Vorteil ist, daß dadurch das alte patriarchalische Verhältnis zwischen Meister und Gehilfen noch aufrechterhalten wird. Dagegen ist oft eine übermäßige Ausnutzung der Arbeitskraft des Gehilfen damit verbunden, sodaß selbst die Essenszeit sehr eingeschränkt wird. Auch die Schlafräume lassen mitunter zu wünschen übrig. In den meisten Fällen wird ein Teil des Ladens durch eine Bretterwand abgegrenzt und zum Schlafraum eingerichtet; die Luft des Raumes, in dem sich tagüber so viel Menschen aufhalten, ent-

spricht aber den gesundheitlichen Anforderungen gewöhnlich nicht. Vereinzelt kommt es auch vor, daß der Gehilfe auf dem Boden, in ungeheizten und zugigen Räumen schlafen muß; aber man muß anerkennen, daß im allgemeinen in Berlin die Schlafräume besser sind als anderswo.

Die Löhne im Barbiergewerbe schwanken heute zwischen 6 und 12 Mk. wöchentlich, verbunden mit halber Kost und Logis oder auch ganzer Kost und Logis. In den Friseurgeschäften steigt der Lohn von 70 bis 150 Mk. monatlich. Außerdem erhalten die Gehilfen, wie wir schon erwähnten, vielfach 8²/₃—10 % Provision für die von ihnen verkauften Waren — bei einem gewandten Verkäufer mitunter eine nicht unbeträchtliche Summe. Die älteren Gehilfen sind in manchen Geschäften auch direkt am Geschäftsgewinn mit einem Anteil beteiligt.

Einen Nebenverdienst, der in manchen Geschäften eine große Bedeutung hat, bilden die Trinkgelder. Allerdings entsteht durch die Aussicht auf ein Trinkgeld vielfach ein häßlicher Streit unter den Gehilfen, von denen jeder sich dazu drängt, einen Kunden, dessen Freigebigkeit bekannt ist, zu bedienen. Um das zu vermeiden, ist in vielen Friseur- und Barbiergeschäften eine Büchse angebracht, in die das Trinkgeld von dem Kunden geworfen wird. Der wöchentliche Inhalt der Büchse wird dann in gleichem oder auch in einem nach der Anciennetät der Einzelnen verschiedenen Verhältnisse unter die Gehilfen verteilt. In den Geschäften dagegen, deren Inhaber der „Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung“ angehören, ist das Trinkgeldnehmen neuerdings verboten. Die Löhne sind ziemlich konstant geblieben in den letzten Jahren. Nach den Erhebungen der Berliner Gewerbe-Deputation über die Lohnverhältnisse betrug der Lohn:

(Siehe Tabelle auf nebenstehender Seite.)

Die Lage der Friseurgehilfen ist im großen und ganzen als eine günstige zu bezeichnen. Ein Gehilfe in einem großen berliner Friseurgeschäft steht weit besser als die große Mehrzahl seiner selbständigen Berufsgenossen. Wir haben schon erwähnt, daß wir daher auch ältere und verheiratete Leute unter ihnen finden.

Anders bei den Barbieren. Wo die Trinkgelder spärlich oder garnicht fließen und bei dem Meister oft selbst Schmalhans Küchenmeister ist, hat der Gehilfe sehr große Mühe durchzukommen, um so mehr, als er immer verhältnismäßig gut gekleidet sein muß (in den meisten Geschäften werden allerdings jetzt die billigeren Blusen getragen). Verheiratete Barbiergehilfen findet man gar nicht.

Die Fluktuation unter den Gehilfen unseres Gewerbes ist sehr groß, besonders unter den Barbiergehilfen. Das Arbeitsverhältnis wird ebenso

Jahr	Gewerbe	pro Woche niedrigster Lohn	pro Woche durchschnittl. Lohn	pro Woche höchster Lohn	Kost und Logis
1845	Barbiere	3 Sgr. pro Tag; Nebenverdienst 10 Sgr. pro Woche			K. u. L.
	Friseure und Perückenmacher	6 Sgr. pro Tag			
1879	Barbiere		5—6½		K. u. L.
			7½—9		H. K. u. L.
			12—14½		L.
	Friseure		60—90*		K. u. L.
			90—100*		
1882	Barbiere	5	7,50—10	12	K. u. L.
	Friseure	12	16—20	30	
1884	Barbiere	5	7—8	11	H. K. u. L.
		4	5	6	K. u. L.
	Friseure	15	20	24	
1886	Barbiere	6	9	12	H. K. u. L.
	Friseure	15	20	35	
1888	Barbiere	6	9	12	H. K. u. L.
	Friseure	18	24	28	
1889	Barbiere	6	8/9	12	K. u. L.
		4	5,50	7	H. K. u. L.
	Friseure	80*	100*	150*	[1]

leicht gelöst, wie es eingegangen wird, bisweilen mit bloß dreitägiger Kündigung. Es giebt mindestens zwölf Arbeitsnachweise in Berlin. Der größte ist der Centralarbeitsnachweis des „Bundes deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innungen", der sich über ganz Deutschland erstreckt. Auch die „Perückenmacher- und Friseur-Innung", „die Barbier-, Friseur- und Heilgehilfen-Innung" unterhalten Arbeitsnachweise, ebenso die „Freie Vereinigung selbständiger Barbiere, Friseure und Perückenmacher", der „Verein der Barbier- und Friseurgehilfen" u. s. w.; dazu kommt noch eine Anzahl privater Arbeitsnachweise.

[1] Die Zahlen der verschiedenen Erhebungsquellen (Innung, Ortskrankenkasse 2c.) habe ich der Übersichtlichkeit halber gewöhnlich kombiniert. * bedeutet „monatlich", K. = Kost, L. = Logis, H. K. = Halbe Kost. Wo nichts anderes bemerkt, beziehen sich die Zahlen auf Mk. — Die Zahl für 1845 stammt aus dem Buche von Fr. Saß, Berlin in seiner neuesten Zeit und Entwicklung 1846.

Am besten um die Arbeitsgelegenheit ist es im Sommer bestellt zur Reisezeit. Die Geschäfte in den Bädern und in den Sommerfrischen ziehen eine erhöhte Zahl von Gehilfen an sich, ohne daß die Betriebe in den großen Städten ihre Gehilfen entließen. Im Winter dagegen ist meist ein Überangebot von Arbeitskräften vorhanden, und wer dann arbeitslos wird, bleibt unter Umständen vier, sechs Wochen und länger außer Stellung. Aber auch während dieser Zeit ist in Berlin ein Jeder in der Lage, Sonnabends oder Sonntags eine „Aushilfe" zu bekommen, wofür 2—2,50 Mk. pro Tag nebst Kost und Logis gezahlt werden, sodaß er vor der äußersten Not geschützt ist.

Ein Zusammengehörigkeitsgefühl und ein Klassenbewußtsein gegenüber den Meistern findet man bei den Barbier- und Friseurgehilfen so gut wie garnicht, wie überall, wo jeder Gehilfe die Aussicht hat, über kurz oder lang selbst Meister zu werden. Die Beteiligung der Gehilfen an den socialdemokratischen Gehilfenvereinen ist deshalb sehr gering. Die Furcht, die Stelle zu verlieren und keine andere zu bekommen, wenn die politische Thätigkeit des Betreffenden bekannt wird, ist meist bestimmend dafür. Aber der Barbier ist überhaupt einer der politisch indifferentesten Berufe. Er hält sich gewöhnlich ängstlich von jeder politischen Meinungsäußerung zurück, um es mit keinem seiner Kunden zu verderben; höchstens findet man in den Arbeitervierteln in der Peripherie ausgesprochen socialdemokratische Barbiere, deren Kunden größtenteils Gesinnungsgenossen sind.

Die Lehrzeit in unserem Gewerbe beträgt drei Jahre. Bei den Barbieren wohnt der Lehrling beim Meister; Lehrgeld wird nach Übereinkunft gezahlt, gewöhnlich 100 Mk. Bei den Friseuren wohnt der Lehrling in der Mehrzahl der Fälle nicht beim Meister; wo es doch der Fall ist, beträgt die Lehrzeit vier Jahre; Lehrgeld wird nicht bezahlt. Die „Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung" und die „Friseur- und Perückenmacher-Innung" haben die Rechte des § 100e Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung. Da ein Barbier-Lehrling schon im zweiten Jahre einen Gehilfen ersetzt, ist das Lehrlinghalten ein sehr einträgliches Geschäft.

Das Fachschulwesen ist sehr gut eingerichtet[1]. In der Fachschule der „Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung" wird Unterricht im Haarschneiden und Frisieren, in künstlichen Haararbeiten, auch in der

---

[1] Vornehmlich diesem Umstande ist es zu danken, daß die Berliner Innungen über 75 Prozent der Berliner Barbiere und Friseure umfassen, während im ganzen Deutschland von 32000 Gewerbetreibenden unseres Berufes nur ungefähr 8000, d. h. 25 Prozent, Innungsmitglieder sind.

kleinen Chirurgie erteilt. In der Unterrichtsperiode September 1894 bis April 1895 wurde die Schule von 492 Schülern, darunter 393 Lehrlingen und 66 Gehilfen besucht. Auch die „Barbier-, Friseur- und Heilgehilfen-Innung" hat eine Fachschule.

Weibliche Angestellte finden wir in einer Anzahl von Friseurgeschäften als Friseurinnen, als Kassiererinnen und Buchhalterinnen; ihr Gehalt bewegt sich durchschnittlich zwischen 70 und 90 Mk. monatlich. In der oben erwähnten Perückenfabrik und bei einigen wenigen Perückenmachern werden auch Mädchen mit Perückenmachen beschäftigt. Sie erhalten, während sie lernen, 15 Mk. monatlich, später kommen sie bis auf 15 Mk. die Woche.

X.

Tischlerei und Drechslerei in einigen Orten bei Berlin und im Spreewald.

Von

Paul Voigt.

A. Die Tischlerei in der Umgegend von Berlin.

1. Allgemeiner Charakter des Gewerbes.

Die Tischlerei in den unmittelbar an das Weichbild Berlins angrenzenden Vororten, wie Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf, Rummelsburg u. s. w., hat in der Hauptsache den Berliner Charakter. Alle Zweige des Gewerbes sind vertreten; doch hat die Möbeltischlerei relativ geringere Bedeutung, die Bautischlerei herrscht vor. Eine besondere Stellung nimmt Weißensee ein, wo hauptsächlich Küchenmöbel hergestellt werden. Auch Lohnschneidereien sind schon vielfach vorhanden; Löhne, Arbeitszeit u. s. w. sind ähnlich wie in Berlin[1]. Eine genauere Darstellung der Verhältnisse erübrigt sich, da alle einschlägigen Fragen bereits in meiner Arbeit über das Tischlergewerbe in Berlin behandelt sind.

In einem zweiten Kreise von Vororten, die etwa 1—3 Meilen von der Peripherie entfernt sind, tritt die Möbeltischlerei immer mehr zurück, da einerseits der Verkehr mit den Berliner Magazinen und Holzbearbeitungsfabriken durch die Entfernung erschwert ist und andererseits der örtliche

[1] Nach den Erhebungen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes betrug 1893 der durchschnittliche Wochenlohn in Berlin 22,04 Mk., in Charlottenburg 22,22 Mk., in Rixdorf 22,78 Mk. (Die Lage der Holzarbeiter. Stuttgart 1895. S. 32 ff.)

Möbelbedarf von Berlin aus fast vollständig gedeckt wird. Die Schilderung der Tischlerei in diesen Vororten hat sich deshalb fast ausschließlich mit der Bautischlerei zu befassen.

Das Baugeschäft ist hier weit solider als in Berlin. In vielen Dörfern dieser Vorortzone, die sich den ländlichen Charakter bewahrt haben, ist das Baugewerbe von kapitalistisch-spekulativen Tendenzen fast ganz unberührt geblieben; und auch in den Vororten mit städtischem Charakter sind die Bauten besonders zahlreich, die Privatleute aufführen, um sie selbst zu benutzen. Daneben finden wir hier freilich in sehr beträchtlichem Umfange die Spekulationsbauten von Baugesellschaften oder einzelner Kapitalisten, und in ihrem Gefolge tritt auch schon der Bauschwindel auf. Außer mit der Aufführung von einzelnen Neubauten in den bestehenden Vororten befassen sich die großen Baugesellschaften besonders gern damit, überhaupt ganz neue Villenkolonien zu schaffen. So sind in den letzten Jahren plötzlich entstanden Baumschulenweg, Karlshorst, Wilhelmshagen, Grunewald, Schlachtensee u. a. m.

Die Tischlerarbeiten werden in der verschiedensten Weise vergeben.

Die Baugesellschaften übertragen die Einrichtung einer ganzen Villenkolonie oder einer Reihe von Neubauten meistens an eine oder mehrere große Tischlereien. Gewöhnlich sind es Berliner Maschinentischlereien, die vielfach schon infolge von persönlichen Beziehungen diese Aufträge erhalten. Daneben werden größere Tischlermeister der nächsten Umgegend beschäftigt; aber auch entferntere Orte, besonders große maschinelle Betriebe in Luckenwalde, machen infolge ihrer billigen Löhne vielfach Konkurrenz[1]. Das örtliche Kleinhandwerk hat im allgemeinen von diesen Bauten nur geringen Vorteil.

Dagegen bildete die Ausstattung der von Privaten aufgeführten Einzelbauten, besonders der zahlreichen kleinen Landhäuser, Villen und Bauernhäuser bis vor einigen Jahren die fast unbestrittene Domäne der handwerksmäßigen kleineren und mittleren Tischlereien in den größeren Vororten. Nur die eleganten Bauten wurden gewöhnlich von Berliner Werkstätten eingerichtet. Seit dem Ende der 80er Jahre jedoch haben die großen Zimmereien, die gewöhnlich noch mit einer Nutzholzhandlung und einer Schneidemühle verbunden sind, in steigendem Maße angefangen,

---

[1] Der durchschnittliche Wochenlohn in Luckenwalde beträgt 14,31 Mk., die durchschnittliche Arbeitszeit 66 Stunden wöchentlich. (Die Lage der Holzarbeiter. S. 36.)

sich Tischlereimaschinen anzuschaffen und Bautischlergesellen in Arbeit zu nehmen. Da sie die Dampfkraft schon haben, so sind nur wenige Änderungen im Betrieb und nur ein geringer Kapitalaufwand hierzu erforderlich. Bei der Übernahme von Bauten bedingen sich die Zimmermeister gewöhnlich gleich aus, daß ihnen alle Holzarbeiten übertragen werden. Es ist ziemlich leicht für sie, Arbeit zu bekommen, schon weil der Bauherr lieber mit einem als mit zwei Meistern abschließt; der Betrieb läßt sich einheitlicher gestalten, und weniger lohnende Artikel werden von besser bezahlten getragen. Vor allem aber giebt der billige Holzbezug und die Verwendung von Maschinen diesen Unternehmungen eine das Handwerk erdrückende Überlegenheit.

Dafür nur ein konkretes Beispiel: Bei der auf Einheimische beschränkten Submission für die Tischlerarbeiten am neuen Schulhaus in Friedrichshagen verlangten zwei Tischlermeister, die ohne Maschinen arbeiteten, 4581 und 3917 Mk., während die beiden großen Zimmermeister nur 3410 und 3258 Mk. forderten. Nach meiner ziemlich genauen Kenntnis der Sachlage haben wir es hier mit durchaus reellen und sorgfältig berechneten Angeboten zu thun. Die Differenzen erklären sich aus der verschiedenen Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe. Das Angebot des zweiten Tischlers ist das denkbar niedrigste; er hat sich kaum noch einen Profit, sondern nur seinen Arbeitslohn berechnet. In den Abgeboten der Zimmereien erblicken die Friedrichshagener Tischler nur den zahlenmäßigen Ausdruck der großen Überlegenheit ihrer Konkurrenten.

Aber nicht nur von dieser Seite droht den Tischlermeistern in den größeren Vororten Gefahr; sie erleiden eine weitere Einschränkung ihres Absatzgebietes auch durch die sich stetig vermehrenden Kleinmeister, welche sich auf den Dörfern und anderen kleinen Ortschaften niederlassen und vielfach ein eigenartiges Mittelding zwischen Unternehmer und Arbeiter darstellen. Meist sind es Gesellen, die aus den betreffenden Orten stammen oder im Auftrage ihres Meisters dort gearbeitet haben und so bekannt geworden sind. Gewöhnlich entschließen sie sich zur Etablierung erst dann, wenn sie längere Zeit arbeitslos geworden sind. Oft mit Hilfe ihrer Angehörigen, jedenfalls unter ausgiebigster Benutzung des von den Holzhändlern nur allzu leicht gewährten Kredits, gelingt es ihnen, sich selbständig zu machen. Eine besondere Werkstatt wird nicht eingerichtet, sondern zunächst gewöhnlich in der Wohnung gearbeitet; auch die Werkzeuge werden vielfach auf Abzahlung genommen. Manche sind anfangs als Lohnwerker thätig; denn es kommt öfter vor, daß ein privater Bau-

herr sich das nötige Holz selbst besorgt und die Arbeiten im Bau gegen den üblichen Tagelohn herstellen läßt.

Neben den Bauarbeiten werden Särge verfertigt und Reparaturen vorgenommen. Ist die Bauthätigkeit rege, so kann man im Sommer einige Wochen einen, vielleicht auch zwei Gesellen beschäftigen. Im Winter dagegen arbeitet der Meister manchmal als Geselle in Berlin.

Nur diejenigen, die von ihren Eltern eine Wirtschaft erben oder sich sonst ansässig machen können, pflegen im Dorfe zu bleiben. Die übrigen betrachten ihre Selbständigkeit selten als einen dauernden Zustand. Von dem Holzhändler völlig abhängig und von ihm maßlos überteuert, nach Arbeit umhersuchend, zu immer gedrückteren Preisen arbeitend, mit Sorgen überhäuft, stehen sie sich als Meister fast immer schlechter denn als Gesellen. Gelingt es ihnen, wieder eine gute Stelle zu bekommen, so verzichten sie gewöhnlich wieder mit Freuden auf ihre Meisterschaft, die ihnen nur die Not aufgezwungen hatte.

Bedrängt auf der einen Seite von der Maschine, auf der andern von diesen Dorftischlern, die ihnen beinahe alle Arbeiten auf dem Lande fortnehmen, gestaltet sich die Lage der Tischlermeister in den größeren Vororten immer ungünstiger, und ihr Untergang kann nur noch eine Frage der Zeit sein. Um ihr Unglück voll zu machen, hat seit 1893 die Bauthätigkeit fast überall stark nachgelassen.

Im folgenden soll nunmehr dargelegt werden, wie weit unter der Einwirkung der geschilderten Faktoren der Zersetzungsprozeß des Tischlerhandwerks in zwei größeren Vororten dieser Zone, in Köpenick und Friedrichshagen, bereits gediehen ist; weitere Orte in die Betrachtung einzubeziehen, ist unnötig, da man überall ähnlichen Erscheinungen begegnet.

2. Die Tischlerei in Köpenick und Friedrichshagen.

Köpenick ist eine Stadt im Osten von Berlin, 12 km vom Schlesischen Bahnhof entfernt; 60 Vorortzüge täglich (je 30 in jeder Richtung) vermitteln den Verkehr mit der Hauptstadt. Die Bevölkerung besteht zum größten Teil aus Lohnarbeitern, die in den zahlreichen Fabriken der Umgegend oder in Berlin beschäftigt sind. Die Handwerke sind wegen der Nähe Berlins schwach besetzt: der Mittelstand wird hauptsächlich durch die Geschäftsleute, Hausbesitzer und eine Anzahl Fischer repräsentiert, die meist alteingesessen und durch verwandtschaftliche und nachbarliche Beziehungen und gegenseitige Geschäftsrücksichten unter einander verbunden sind. Dieses

Zusammenhalten ist für die Handwerker, besonders für die Bautischler, günstig, da es das Eindringen der fremden Konkurrenz erschwert. Aber bei der Schwäche des Köpenicker Mittelstandes hat die dadurch gewährte Unterstützung nur geringe Bedeutung, und außerdem werden diese Beziehungen durch das Eindringen fremder Elemente mehr und mehr gelockert.

Die Stadt ist besonders in den 70er und 80er Jahren schnell gewachsen; 1801 zählte sie erst 1467 Bewohner[1], 1861 etwa 3400; 1885 hatte sie 11357, 1890 14622 und 1895 etwa 17300 Seelen. Die starke Bauthätigkeit hat eine ganze Anzahl Tischlereien ins Leben gerufen, die bis zum Anfang dieses Jahrzehnts auch reichlich zu thun hatten. 1891/92 waren 12 oder 13 Tischlermeister vorhanden, die fast alle mehrere Gesellen und Lehrlinge hatten; drei beschäftigen regelmäßig 4 Gesellen, zwei sogar 10 und mehr Arbeiter.

Im August dieses Jahres waren noch 9 Meister in Köpenick, von denen die beiden größten je 8 Gesellen hatten; einer von diesen beschäftigte außerdem noch 4 Lehrlinge. Zwei Meister arbeiteten allein; die andern hatten einen Gesellen und gewöhnlich noch einen oder zwei Lehrlinge. Im ganzen wurden von den Köpenicker Meistern etwa 20 Gesellen und 10 bis 12 Lehrlinge beschäftigt.

Der Betrieb ist bei fast allen noch rein handwerksmäßig; einen Gasmotor und die erforderlichen Arbeitsmaschinen hat nur einer der beiden großen Meister[2]. Die andern lassen noch alles mit der Hand verfertigen; nur das Fräsen wird maschinell in einem Großbetrieb besorgt, der in der erwähnten Weise Holzhandlung, Zimmerei und Schneidemühle vereinigt. Von ihm beziehen die Tischler Köpenicks und der Umgegend zum großen Teil ihren Holzbedarf. Seit einiger Zeit hat dieser Betrieb auch begonnen, Bautischlerarbeiten anzufertigen. Da er jedoch auf die Tischler wegen seines Holzhandels Rücksicht nehmen muß, so hält sich die Entwicklung seiner Bautischlerei in gewissen Grenzen; immerhin ist seine Konkurrenz für die Köpenicker recht fühlbar. Beschäftigt werden in diesem Betriebe 15 Zimmer-

---

[1] Wie sehr sich die Verhältnisse im Handwerk geändert haben, lehren folgende Zahlen. 1801 waren in Köpenick 6 Tischlermeister, 4 Drechslermeister, 2 Böttchermeister, 1895 bei einer 11mal größeren Bevölkerung 9 Tischlermeister, 2 Drechslermeister, 3 Böttchermeister (vgl. Bratring II, S. 337).

[2] Der zweite ist ein älterer Mann, der sein Geschäft aufzugeben gedenkt und deshalb keine Maschine mehr anschaffen will.

leute, 6 Bautischler und 45 Arbeiter an den Maschinen und auf dem Holzplatz.

Während die Gefahr, die ihnen von dieser Seite droht, noch nicht akut geworden ist, haben die Köpenicker die Dörfer der Umgegend, Rudow, Glienicke, Schönefeld, Grünau u. a., in denen sie früher gute Beschäftigung fanden, bereits fast ganz verloren, da sich überall Kleinmeister der geschilderten Art niedergelassen haben.

Produziert werden in Köpenick außer den Bauarbeiten noch Särge; wegen des schlechten Geschäftsgangs in der Bautischlerei haben sich immer mehr Meister auf diesen noch lohnenden Artikel geworfen, sodaß der Umsatz jedes einzelnen jetzt nur ein ganz geringer ist. Neue Möbel werden am Ort so gut wie gar nicht verfertigt; die beiden Alleinmeister leben hauptsächlich von Reparaturen, die aber auch die andern Meister nicht zurückweisen.

Eine gewisse Hilfe wird den kleineren Meistern durch das erwähnte Zusammenhalten der älteren Köpenicker zu teil; bei der geringen Bauthätigkeit vergiebt der Bauherr jetzt vielfach einen Bau (gewöhnlich stockwerkweise) an mehrere Meister, um jedem etwas zukommen zu lassen. Trotzdem werden sich die Kleinmeister auf die Dauer nicht halten können, zumal sie — mit einer Ausnahme — keine eigenen Häuser besitzen. Günstiger stehen die großen Meister da, die auch beide Hausbesitzer sind.

Während die Zahl der Lehrlinge in den 80er Jahren augenscheinlich normal war, ist sie in den letzten Jahren seit der Verschlechterung der Lage bedeutend gewachsen. Der Köpenicker Tischlerinnung, welche die Orte Köpenick, Friedrichsfelde, Grünau und Glienicke umfaßt, gehören 17 Tischlermeister an. Diese 17 Meister haben in den 4 Jahren von 1891—94 34 Lehrlinge, also das Doppelte der Meisterzahl, zu Gesellen ausgebildet.

Die Lehrlinge rekrutieren sich aus der Arbeiterbevölkerung; die Lehrzeit beträgt 4 Jahre, Lehrgeld wird nicht bezahlt. Die Lehrlinge stehen meistens noch beim Meister in Kost und Logis; doch beabsichtigen die Meister das abzuschaffen und wollen lieber Kostgeld zahlen, weil sie dann billiger wegkommen. Die städtische Fortbildungsschule wird von den Tischlerlehrlingen nicht besucht; auch der Obermeister schickt seinen Lehrling nicht hin, weil er es für überflüssig hält.

Der Innung gehören in Köpenick 7 Meister an; nur die beiden Alleinmeister sind ihr nicht beigetreten. Das Eintrittsgeld beträgt 10 Mk., der jährliche Beitrag 1 Mk. Die Thätigkeit der Innung beschränkt sich auf die Lehrlingsprüfungen; das Einschreiben des Lehrlings kostet 1,50 Mk., das Ausschreiben 4,50 Mk. Vorrechte hat die Innung nicht.

In Köpenick besteht ein Kreditverein mit 170 Mitgliedern, dessen jährlicher Umsatz 7 Millionen Mark beträgt und der im letzten Jahre 9 Prozent Dividende verteilt hat. Er ist gut verwaltet und arbeitet nur mit ganz sicheren Kunden im Ort und der weiteren Umgegend. Das Maximalguthaben eines Mitglieds beträgt 1000 Mk., die in monatlichen Raten zu 5 Mk. eingezahlt werden können. Die Bedingungen, unter denen er seinen Mitgliedern Kredit gewährt, sind ungemein günstig, er verleiht Geld zu 6 Prozent einschließlich der Provision auf $2^{1}/_{2}$ Jahre; die Rückzahlung kann in 10 Vierteljahrsraten à 10 Prozent der geliehenen Summe erfolgen. Von den Tischlermeistern Köpenicks und der Umgegend dürften bei der Vorsicht der Verwaltung nur einige der besser gestellten Mitglieder sein. —

Friedrichshagen liegt 3 km östlich von Köpenick an der selben Bahnlinie. Der Ort ist 1753 von Friedrich dem Großen gegründet und mit 100 böhmischen Wollspinnerfamilien besiedelt worden. 1801 hatte Friedrichshagen 502, 1870 schon 2300 Einwohner, die sich bis 1886 auf 5112 vermehrt hatten. Im letzten Decennium ist es besonders rasch gewachsen; seine Bevölkerung betrug 1889 6826, 1892 8427 und 1895 etwa 10000 Einwohner. Sehr viele Bewohner sind in Berlin als Beamte, Kaufleute, Arbeiter u. s. w. thätig; im Sommer beherbergt Friedrichshagen wegen seiner schönen Lage am Müggelsee über 1000 Sommergäste, Ruderer und Segler. Fast die ganze Bevölkerung gravitiert mit ihren Interessen nach Berlin, die Alteingesessenen sind noch viel schwächer als in Köpenick vertreten; kein nachbarliches Zusammenhalten bietet mehr Schutz gegen die billiger arbeitende Konkurrenz.

Der Zersetzungsprozeß des Tischlerhandwerks ist deshalb hier auch schon weiter gediehen als in Köpenick. In den letzten Jahren sind mehrere Meister bankerott geworden und haben den Ort verlassen, die übrigen arbeiten mit sehr verringerter Gehilfenzahl. Während von den noch vorhandenen Tischlern drei früher im Sommer regelmäßig 7—8, zwei andere 4—6, alle 5 zusammen also etwa 30 Gesellen beschäftigten, hatten in diesem Jahre vier nur einen und einer gar keinen Gesellen. Die Lehrlingszahl ist ziemlich die gleiche geblieben[1]; ein Meister hatte einen und zwei andere je zwei Lehrlinge. Außerdem hat sich in diesem Frühjahr ein neuer Tischlermeister etabliert, der zeitweilig 3 Gesellen beschäftigte. Zu-

[1] Es wird in Friedrichshagen schwerer sein, Lehrlinge zu bekommen als in Köpenick, dessen Bevölkerung ärmer ist.

sammen waren also in Friedrichshagen im August 1895 bei Bautischlermeistern nur 7 Gesellen und 5 Lehrlinge thätig.

Dagegen beschäftigte von den beiden Zimmermeistern, die seit 1890 bez. 1893 Bautischlerarbeiten maschinell ausführen, in diesem Sommer der eine 9 Gesellen, 2 Lehrlinge, der andere 3 Gesellen und 1 Lehrling, deren Leistungsfähigkeit durch die trefflichen maschinellen Einrichtungen beider Betriebe verdoppelt wird; sie repräsentieren die Leistungsfähigkeit von etwa 30 Handtischlern. Der größere der beiden Meister hatte außerdem noch 20 Zimmerleute und 15 Arbeiter an den Maschinen und auf dem Holzplatz.

Der Umsatz eines Tischlermeisters[1], der im Sommer 6 bis 8 Gesellen beschäftigt, beträgt jährlich etwa 10—15 000 Mk., wofür er gewöhnlich 5—6 kleinere Bauten auszustatten hat. Da die Arbeiten an diesen kleinen Gebäuden sich sehr bald anfertigen lassen, so erhalten die Tischler selten schon im Winter die nötigen Aufträge. Außerdem ist ihr Betriebskapital meistens nicht so groß, daß sie auf Vorrat arbeiten könnten. So betrug z. B. das gesamte Anlage- und Betriebskapital bei einem der größten Friedrichshagener Tischler nur 1600 Mk., die er sich noch dazu geliehen hatte.

Das Einkommen der Meister war auch in der guten Zeit, in den 80er Jahren, nicht so groß, daß sich Reichtümer dabei hätten erübrigen lassen. Wer von ihnen Vermögen besitzt, hat es sicherlich schon vor längerer Zeit oder auf andere Weise (durch Wertsteigerung des Grundstücks u. dergl.) erworben. Der Meister rechnet, daß er auf den Gesellen etwa 3 Mk. wöchentlich verdient[2]. Da ein Bautischler in den Vororten selten alle seine Gesellen das ganze Jahr hindurch beschäftigen kann, so wird man einer Berechnung des Einkommens eines Meisters, der im Sommer 8 Gesellen beschäftigt, eine jährliche Durchschnittszahl von nur 5 Gesellen zu Grunde legen müssen; an diesen würde er ungefähr 750 Mk. verdienen. Seinen persönlichen Arbeitslohn kann man auf etwa 12—1300 Mk. schätzen, sodaß selbst die größten Tischlermeister in Friedrichshagen kaum mehr als 2000 Mk. jährliches Einkommen in der besten Zeit gehabt haben mögen. Jetzt, wo sie oft für sich selbst keine Arbeit haben und jedenfalls nur wenige Gesellen beschäftigen, ist ihr Einkommen natürlich noch weit

---

[1] Die folgenden Ausführungen gelten natürlich nicht nur für Friedrichshagen sondern mehr oder weniger für alle Vororte dieser zweiten Zone.

[2] Anders liegt die Sache bei kapitalkräftigen Unternehmern, die schon am Material große Extraprofite machen; in Friedrichshagen giebt es solche Meister aber garnicht, in Köpenick einen oder zwei.

geringer geworden, und die Behauptung des vielleicht noch am besten gestellten Meisters, sein Einkommen aus der Tischlerei habe im letzten Jahre noch nicht 1200 Mk. betragen, erscheint mir durchaus glaublich[1]. Er ist seit mehr als 20 Jahren selbständig, erklärte mir aber, er werde nächstens wieder als Einsetzer in Berlin auf Lohnarbeit gehen; er sei noch rüstig genug, um genügend zu verdienen, und an der Meisterschaft liege ihm garnichts; vor allen Dingen komme es darauf an, daß er sein Auskommen habe, ob als Geselle oder als Meister, sei gleichgültig.

Sonderlich fest fundiert scheint mir keiner der Friedrichshagener Meister zu sein, obwohl sie fast alle kleine Häuser besitzen. Wenn auch ein neuer Aufschwung der Bauthätigkeit ihre Lage vorübergehend wieder bessern dürfte, so wird meines Erachtens doch keiner auf die Dauer wesentlich emporkommen und seinen Betrieb zum maschinellen erweitern können. Das ist auch ihr eigenes Empfinden, und sie geben sich über die Aussichtslosigkeit ihrer Position keinen Illusionen hin.

Ein Zusammenhalten hat unter ihnen nie bestanden, obwohl einige der Bauhandwerker-Innung in Friedrichshagen angehören.

Die Arbeiterverhältnisse sind in Köpenick und Friedrichshagen ungefähr so wie in Berlin. Bei 10stündiger Arbeit verdient der Geselle im Accordlohn etwa 4 Mk. täglich.

Da in beiden Orten keine Möbeltischlerei vorhanden ist, so ist auch für die Hilfsgewerbe des Tischlerhandwerks, für die Drechslerei und Bildhauerei, hier kein günstiger Boden. Bildhauer findet man überhaupt nicht, und die Drechslerei ist durch wenige Alleinmeister vertreten, die zu ungemein gedrückten Preisen als Heimarbeiter für Berliner Firmen einige Specialartikel verfertigen.

Dagegen spielt der Möbelhandel in beiden Orten eine ziemliche Rolle. Das wohlhabende Publikum bezieht seine Möbel direkt aus Berlin; nur die minder gut situierte Bevölkerung kauft im allgemeinen bei den heimischen Möbelhändlern, gewöhnlich auf Abzahlung. In Köpenick bestand bisher nur ein eigentliches Magazin, das ausschließlich mit neuen Möbeln, die es aus Berlin bezieht, handelt. Der jährliche Umsatz betrug in den letzten Jahren etwa 18000 Mk.; da der Händler, ein früherer Berliner Tischlermeister, 2000 Mk. Miete für Ladenraum, Stube und Küche zu zahlen hat, so bleibt ihm nur ein Einkommen von etwa 1000 Mk., das

[1] Eingeschätzt war er auf 2100—2400 Mk.; er meinte, das sei früher auch richtig gewesen, zumal er noch etwas Kapitalvermögen besitze.

für ihn und seine Frau (Kinder haben sie nicht mehr zu versorgen) eben ausreicht.

Ende August dieses Jahres hat eine jüdische Firma, die schon in Spandau, Charlottenburg, Rathenow und Neu-Ruppin Filialen besitzt, ein zweites Magazin eröffnet. Der wilde Haß, mit dem es von dem älteren Händler begrüßt wurde, zeigte mir deutlich, daß er sich dem neuen Konkurrenten nicht gewachsen fühlte und seinen Untergang vor Augen sah.

Außerdem befinden sich in Köpenick noch zwei Geschäfte, die teils neue, teils gebrauchte Möbel vertreiben und deren Inhaber auch Reparaturen besorgen.

Auch in Friedrichshagen besteht neben einem solchen Trödelgeschäft ein wirkliches Magazin, dessen Umsatz in den letzten Jahren von 18000 auf 10—12000 Mk. zurückgegangen ist, da man immer mehr direkt in Berlin kauft. Mit dem Magazin ist eine Werkstatt verbunden, in der ein Geselle Reparaturen vornimmt und vor allem Särge verfertigt; außerdem hat der Händler einen Leichenwagen und benutzt sein Pferd auch zu Lohnfuhren. Da er ein eigenes Haus besitzt, steht er sich weit besser als sein Köpenicker Kollege. Er ist seit 1873 in Friedrichshagen ansässig und ebenfalls gelernter Tischler. Zuerst arbeitete er nur auf Bestellung mit 4—5 Gesellen, später eröffnete er einen Laden, in dem er hauptsächlich selbst produzierte Möbel vertrieb; seit 1885 hat er aber kein Stück mehr angefertigt.

Zum Schluß dieses Abschnitts will ich noch kurz auf ein Gewerbe eingehen, das vielfach Tischlergesellen beschäftigt und eine Specialität verschiedener Berliner Vororte bildet. Es ist die Bootbauerei, die in Friedrichshagen durch drei, in Köpenick durch zwei Betriebe vertreten ist[1]. Maschinen werden nicht gebraucht, und auch Großbetriebe sind noch unbekannt. Die Bootbauerei ist ein Saisongewerbe; die ganze Arbeit drängt sich in ein oder zwei Frühjahrsmonate zusammen, in denen ein solcher Bedarf an Arbeitern ist, daß die gelernten Bootbauer bei weitem nicht ausreichen, sondern Tischler und Stellmacher herangezogen werden müssen. In dieser Zeit beschäftigt die größte Bootbauerei in Friedrichshagen etwa 15 bis 20 Gesellen und 3 Lehrlinge, sonst nur die Lehrlinge und einen oder gar keinen Gesellen. In der Saison ist eine Arbeitszeit von 15 Stunden die Regel; oft wird auch die Nacht durchgearbeitet.

Produziert werden, fast ausschließlich auf Bestellung, Ruder- und

---

[1] Außerdem befinden sich Bootbauereien in Zeuthen (1), Grünau (4), Schmöckwitz (2), Stralau (10) u. s. w.

Segelboote, bisweilen auch kleine Dampfer[1]. Diese Bestellungen häufen sich im Frühjahr; außerdem müssen jetzt Reparaturen an den Booten vorgenommen werden, die dem Bootbauer gewöhnlich für den Winter gegen Entgelt in Verwahrung gegeben werden.

Die Bootbauerei ist für den Meister noch ein lohnendes Gewerbe. Die Gesellen haben sehr unter der Saisonarbeit zu leiden, da sie vielfach den größten Teil des Jahres arbeitslos sind und sich nach anderer Beschäftigung umsehen müssen. Der Lohn wird stundenweise berechnet und schwankt zwischen 30—50 Pfennig. Die Arbeitszeit außer der Saison beträgt 10 Stunden. Die Lehrlinge müssen 3 Jahre lernen, haben kein Lehrgeld zu bezahlen und erhalten Kostgeld.

3. Das Tischlerhandwerk in drei Schifferdörfern bei Erkner.

Auch in einer dritten Zone von Vororten, die mehr als drei Meilen von der Hauptstadt entfernt sind und die den allmählichen Übergang zu den Provinzorten vermitteln, ist der Berliner Einfluß in ununterbrochenem Wachsen begriffen. Das Baugeschäft ist schon vielfach kapitalistisch organisiert; Berliner Maschinentischlereien machen auch hier erhebliche Konkurrenz. In den größeren Vororten finden wir Möbelmagazine, welche die Dörfer in weitem Umkreise versorgen und die örtliche Möbelproduktion immer mehr zurückdrängen.

Doch ist der Umwandlungsprozeß naturgemäß noch nicht soweit gediehen wie in den näher bei Berlin gelegenen Orten. Am schwächsten ist der Berliner Einfluß auf die Arbeiterverhältnisse gewesen. Trotzdem der billige Vororttarif auch die entfernteren Orte enger mit Berlin verbunden hat, sind die Löhne überall wesentlich niedriger als dort und in den nächsten Vororten. Die durchschnittlichen Wochenlöhne betragen in Erkner (24,2 km von Berlin entfernt) 18 Mk.; in Nowawes (25,8 km) 17,13 Mk.; in Potsdam (27,4 km) 17,68 Mk.; in Oranienburg (29,3 km) 17,75 Mk.

In den Orten, die weiter als 4—5 Meilen von Berlin entfernt sind, ist überhaupt von einem Einfluß der höheren Berliner Löhne keine Rede mehr, sondern die Löhne sind dort so niedrig, wie in den übrigen Teilen der Mark[2].

---

[1] Der größte Bootbauer in Friedrichshagen verfertigte 1894 50 Ruderboote, 7 Segelboote und einen kleinen Dampfer.

[2] Die durchschnittlichen Wochenlöhne betragen in Fürstenwalde (47 km) 14,67 Mk.;

Da die Zustände in den größeren Vororten dieser Zone denen in Köpenick oder Friedrichshagen sich mehr oder weniger annähern, so erübrigt sich eine eingehende Darstellung. Dagegen scheint es mir angebracht, die Verhältnisse in drei Schifferdörfern näher zu schildern, die trotz des gemeinsamen Grundcharakters im einzelnen wichtige Verschiedenheiten aufweisen. Wegen der Kleinheit der Verhältnisse bin ich hierbei zur Detailmalerei gezwungen. Das Bild, das die Tischlerei in diesen Ortschaften bietet, dürfte für die meisten Dörfer dieser Vorortzone mit geringen Änderungen zutreffen.

Die drei Dörfer Werlsee-Gemeinde, Neu-Zittau und Gosen liegen im Halbkreise östlich und südlich um Erkner herum; jedes Dorf ist ungefähr eine Stunde von diesem letzten großen Vorort des Ostens entfernt, 4 Meilen etwa beträgt ihre Entfernung von Berlin.

Die Einwohner in den drei Dörfern sind meistens ziemlich arme Leute. Die Schiffer, die den Hauptbestandteil der Bevölkerung bilden, sollen gewöhnlich nur 5—700 Mk. im Jahre mit ihrem Gewerbe verdienen[1]. Im Winter sind sie vielfach als Waldarbeiter gegen einen Tagelohn von 1 Mk. thätig; die meisten haben auch etwas Landwirtschaft nebenbei, doch selten mehr als 4—5 Morgen ziemlich schlechten Bodens. Größere Wirtschaften (bis höchstens 50 Morgen) finden sich nur ganz vereinzelt.

Der Berliner Einfluß ist am stärksten in der Werlsee-Gemeinde, die aus 5 Ortschaften[2] und einigen zerstreuten Gehöften besteht und jetzt 1430 Einwohner zählt (1895). Mitten im weiten Rüdersdorfer Forst, den die liebliche Löcknitz durchschlängelt, und rings um den Werlsee idyllisch gelagert, sind diese Orte eine beliebte Sommerfrische der Berliner geworden, zahlreiche Villen sind hier in den letzten Jahren erstanden, und viele Bewohner haben einigen Verdienst durch die Sommergäste, an die sie ihre „gute Stube" vermieten.

---

in Luckenwalde (49,6 km) 14,31 Mk. (s. o.); in Neu-Ruppin (77,2 km) 12,92 Mk.; in Rathenow (78 km) 14,73 Mk.; in Perleberg (137 km) 13,03 Mk.

[1] Nach den Angaben von Herrn Karl Marx, Ortsvorsteher in Neu-Zittau. — Die Organisation der Schiffahrt ist folgende: Kleinbetrieb herrscht vor; auf jedem Kahne befindet sich gewöhnlich der Besitzer mit seiner Familie; außerdem wird noch ein Bootsmann angenommen. Wenn er in Lohn steht, erhält er 300—360 Mk. bei freier Station. Meist wird aber auf Anteil gefahren; der Ertrag wird gedrittelt: ein Drittel der Schiffer, ein Drittel der Bootsmann, ein Drittel der Kahn. Das letzte Drittel geht zum größten Teil für Schiffahrtsabgaben, Reparaturen u. s. w. auf. Im allgemeinen soll der Schiffer dabei 6—700, der Bootsmann etwa 500 Mk. verdienen.

[2] Fangschleuse, Bergluch, Gottesbrück, Grünehaide und Alt-Buchhorst.

In der ganzen Gemeinde sind jetzt zwei Tischlermeister, von denen einer in Fangschleuse und einer in Bergluch wohnt. Der erste hat sich im September 1894 als Meister hier niedergelassen; er hatte in Erkner als Geselle gearbeitet, wurde arbeitslos und suchte ein Vierteljahr lang vergeblich nach einer neuen Stelle. Mit dem Rest seines ersparten Geldes kaufte er sich etwas Holz, lieh sich einige Werkzeuge von seinem früheren Meister, zog nach Fangschleuse und begann in seiner Stube zu arbeiten. Zunächst verfertigte er gewöhnliche Möbel, Särge und Reparaturen. Im Frühjahr hatte er das Glück, vier Bauten zu bekommen, sodaß er zunächst einen und nach einigen Monaten auch noch einen zweiten Gesellen einstellen konnte.

Er wohnt zur Miete und bezahlt für Werkstatt (3 Bänke), Bodenraum, Stube, Kammer und Küche 180 Mk. Sein Holz bezieht er gewöhnlich vom Holzhändler in Erkner; er kauft bei ihm 20—30 % teurer als bei der Schneidemühle in Hangelsberg, an die er aber wegen seiner geringen Mittel nur selten sich wenden kann.

Er betrachtet seine Meisterschaft nur als ein Provisorium und ist bereit, sie jederzeit wieder aufzugeben, da er sich als Geselle weit besser gestanden hat als jetzt. Er ist ein junger verheirateter Mann und hat drei Kinder.

Der Tischler in Bergluch ist seit 3 Jahren ansässig[1] und hat ein eigenes Haus (Grundstück 1/2 Morgen), auf dem nach seiner Angabe 4000 Mk. Hypotheken lasten und das mit 6000 Mk. zur Feuerkasse eingeschätzt ist. Er hat sonst das ganze Jahr hindurch einen Gesellen beschäftigt, weil er im Winter Särge auf Vorrat und einige kienene Möbel auf Bestellung anfertigte; zur Zeit (August 1895) hatte er keinen Gesellen, da der erste Meister ihm viele Arbeit weggenommen hatte. Früher hatte er im Sommer zeitweilig 2—3 Gesellen. Neben der Bautischlerei ist das Sarggeschäft bei ihm die Hauptsache. Außer der Tischlerei betreibt er noch einen Kramladen. Er ist verheiratet, hat aber keine Kinder.

Sein Holzverbrauch beträgt 1200 Mk. im Jahre; er kauft sein Holz auf einmal gegen bar direkt von der Mühle. Sein Einkommen giebt er (nach Abzug der Hypothekenzinsen) auf etwa 900—1000 Mk. an, von denen der dritte Teil aus dem Kramladen herrührt; bei seinem geringen Holzverbrauch erscheint diese Angabe auch durchaus glaublich.

---

[1] Vor ihm war lange Jahre hindurch überhaupt kein Tischler am Orte, sondern alle Arbeiten wurden von Erkner aus besorgt. Vor 15 Jahren ist ein Meister bankerott geworden.

Das Einkommen des ersten Tischlers ist jedenfalls noch geringer. Dabei sind die Lebensmittel in der Werlsee-Gemeinde wie auch in den anderen beiden Dörfern noch teurer als in Berlin, da die Ortschaften sich nicht selbst ernähren können und die Zufuhr mangelhaft geregelt ist.

Die Gesellen, die meist nur vorübergehend beschäftigt werden, erhalten bei einer täglichen Arbeitszeit von 11 Stunden etwa 17 Mk. wöchentlich; sie müssen sich selbst beköstigen, wohnen aber beim Meister, der ihnen dafür noch 1 Mk. wöchentlich abzieht. Die Gesellen werden meist aus Fürstenwalde geholt, da die Berliner wegen der geringen Löhne hier nicht arbeiten mögen.

Die beiden Dörfer, denen ich mich jetzt zuwende, sind wie Friedrichshagen 1753 von Friedrich dem Großen gegründet und ebenfalls mit Spinnern besiedelt worden. Jeder Kolonist erhielt 3 Morgen Ackerland, 1 Morgen Wiese und 1/2 Morgen Gartenland und Hofraum. Trotz mannigfaltiger Änderungen ist diese Besitzverteilung in der Hauptsache geblieben. Die meisten Hausbesitzer haben noch ihre 4 1/2 Morgen. Durch die Umwälzungen in der Textilindustrie wurden die Bewohner gezwungen, sich anderen Beschäftigungen zuzuwenden. Die meisten sind, wie gesagt, Schiffer geworden; sehr viele sind aber auch als Tagelöhner in der Landwirtschaft, bei der Bahn und in den Fabriken in Erkner beschäftigt.

Neu-Zittau wird, aber weit weniger als die Werlsee-Gemeinde, von Berliner Sommergästen besucht. Der Name Gosen dagegen dürfte den meisten Berlinern nur aus dem alten Testament bekannt sein. Das Dorf hat sich deshalb auch seinen ländlichen Charakter vollständig bewahrt. Beide Ortschaften haben keine so starke Vermehrung der Bevölkerung wie die Werlsee-Gemeinde, die sich seit 1801 verfünffacht hat. Neu-Zittau und Gosen haben sich seitdem noch nicht einmal verdoppelt; jeder der beiden Orte zählt jetzt etwa 900—1000 Einwohner[1].

Tischlermeister sind in Neu-Zittau vier, in Gosen zwei vorhanden. Alle sind mit einer Ausnahme richtige Dorftischler, wie man sie in fast jedem märkischen Dorfe findet.

Ein Meister dagegen nimmt eine besondere Stellung ein. Er war früher in Berlin selbständig, gehört auch noch der Berliner Innung an und ist vor sieben Jahren durch eigenartige Zufälle hierher verschlagen worden, wo er sich angekauft hat. Sein Haus ist mit 11 000 Mk. zur Feuerkasse

---

[1] Die 5 Ortschaften der Werlsee-Gemeinde hatten 1801 zusammen etwa 300, Neu-Zittau 548 und Gosen 506 Einwohner (Bratring II, S. 249 ff.)

eingeschätzt und mit 6000 Mk. Hypothekenschulden belastet. Landwirtschaft betreibt er nicht; er hat nur einen kleinen Garten. Er arbeitet mit seinen zwei erwachsenen Söhnen, drei Lehrlingen und einem, manchmal auch zwei Gesellen, die nach Stück bezahlt werden und 14—15 Mk. wöchentlich verdienen. Er verfertigt hauptsächlich fournierte Möbel, die er an Magazine in Berlin und in den Vororten absetzt. Für den Ort selbst arbeitet er nur wenig; doch macht er immerhin den übrigen Meistern eine recht fühlbare Konkurrenz. Sein Holz bezieht er bereits gesägt (aber noch nicht gehobelt) vom Köpenicker Holzhändler; außerdem besitzt er selbst eine Bandsäge mit Fußbetrieb. Nur das Zusammentreffen einer ganzen Reihe besonders günstiger Umstände (billige Löhne, lange Arbeitszeit, Lehrlingszüchtung, billige Miete, augenscheinlich auch einiges Betriebskapital) ermöglicht es ihm, mit Berlin zu konkurrieren und seine kleine Familie (unerwachsene Kinder sind nicht vorhanden) zu erhalten.

Die andern Meister können von der Tischlerei allein nicht leben. Alle haben Landwirtschaft nebenbei und einige auch noch anderen Nebenerwerb und sonstige Einnahmequellen. Sie verfertigen Bauarbeiten, gewöhnliche kienene Möbel, Särge und Reparaturen, ausschließlich auf Bestellung; ihr Holz beziehen sie durchweg in kleinen Posten vom Holzhändler. Da die Bauthätigkeit ganz gering ist und Möbel und Särge in steigendem Maße aus Erkner, wo sich seit einigen Jahren ein Möbelmagazin befindet, bezogen werden, so verschlechtert sich ihre schon so wie so ziemlich ungünstige Lage mehr und mehr. In Neu-Zittau ist das Handwerk außerdem entschieden übersetzt.

Die Tischler haben alle eigene Häuschen, die gewöhnlich stark mit Hypotheken belastet sind, und meist das zugehörige Kolonistenland; einige haben sich auch noch etwas hinzugekauft oder gepachtet. Bestellt wird das Land zur Hälfte mit Kartoffeln, zur Hälfte mit Roggen. Der Boden ist ziemlich schlecht, der Morgen bringt durchschnittlich nur 3—4 Scheffel Roggen[1]. Jeder hält sich mindestens zwei Schweine, von denen eins geschlachtet und eins verkauft wird. Der Roggen wird gewöhnlich vermahlen und verbacken; in Gosen existiert noch ein Gemeindebackofen.

Von den Tischlern in Neu-Zittau hat einer das Handwerk seit kurzem fast ganz an den Nagel gehängt, da es ihm in den letzten Jahren selten

[1] Der Grundsteuerreinertrag beträgt

	in Neu-Zittau,	in Gosen
auf den Hektar Ackerland	2,74 Mk.	2,55 Mk.
" " " Wiesenland	18,80 "	18,41 "

mehr als 2—300 Mk. jährlich einbrachte. Dafür ist er jetzt Agent einer Versicherungsgesellschaft geworden. Nebenbei bekleidet er den Posten eines Ortsvorstehers, der ihm jährlich 210 Mk. abwirft. Zu seinem Kolonistenlande hat er $3^1/_2$ Morgen Ackerland zugepachtet. Die Kartoffeln reichen gewöhnlich für ihn und seine Familie (6 Kinder unter 14 Jahren) aus; doch muß er bisweilen Futterkartoffeln zukaufen. Roggen hat er im letzten Jahre 10 Scheffel ausgedroschen, mit denen er kaum ein Vierteljahr auskommt. Er mästet alle Jahre drei Schweine, von denen er zwei schlachtet.

Der dritte Tischler ist ein alter Mann, der auch nicht mehr als etwa 300 Mk. mit der Tischlerei verdienen wird. Er hat etwas Privatvermögen, dessen Zinsen ihm einen Zuschuß zu seinem sonstigen Einkommen gewähren. Zu seinem Kolonistenlande hat er drei Morgen Wiese zugekauft, kann eine Kuh halten und etwas Milch verkaufen. Da er mit seiner Frau keine Kinder hat, kommt er leidlich durch. Er will den Ort verlassen und nach seiner Heimat (Pommern) übersiedeln.

Der letzte Tischler in Neu-Zittau hat etwas mehr als die beiden andern zu thun; aber über 5—600 Mk. jährlich nimmt er gewöhnlich auch nicht ein. Seine Beschäftigung ist, wie die der übrigen, sehr unregelmäßig; es kommt vor, daß er in einem Monat keine 5 Mk. verdient. Früher hat er zeitweilig einen Gesellen beschäftigt, der dann bei freier Station 8 Mk. Lohn erhielt. Am glänzendsten ist für ihn seit langer Zeit das verflossene Jahr gewesen, in dem er 8 Monate in Freienbrinck, über eine Stunde von Neu-Zittau entfernt, gearbeitet hat, um als Lohnwerker für einen Wochenlohn von 20 Mk. einem Berliner eine kleine Villa einzurichten. Nur Sonnabends kehrte er zu seiner Familie zurück, bei der er bis Montag Morgen verweilte. Er hat in dieser Zeit fast 700 Mk. verdient. An Land hat er den gewöhnlichen Kolonistenanteil; seinen Roggen verfüttert er an die Schweine und kauft das Brot. Seine Frau ist Hebamme und verdient ungefähr halb soviel wie ihr Mann. Er hat 2 Töchter von 13 und 15 Jahren, die in der Wirtschaft helfen, und einen 19jährigen Sohn, der in einer Berliner Klavierfabrik arbeitet und wöchentlich 30—36 Mk., also bald dreimal so viel wie sein Vater, verdient. Auf dem Häuschen (Feuerkassenwert 4100 Mk.) ruhen 4000 Mk. Hypothekenschulden.

Auch die beiden Tischler in Gosen befinden sich in recht schlechter Lage. Beide arbeiten seit einigen Jahren allein; früher hat einer von ihnen dauernd einen, der andere zeitweilig zwei Gesellen beschäftigt. Sie haben beide jetzt oft wochenlang absolut nichts zu thun. Der eine besitzt einen Morgen Ackerland und hat 3 Morgen zugepachtet (darunter 1 Morgen Wiese);

der andere hat das Kolonistenland; der erste ist nebenbei auch Brunnenbauer. Auf die Frage nach seinem Einkommen antwortete er mir: „Wenn ich wöchentlich 4 Thaler hätte, käme ich schön durch", ein Ausspruch, der seine schlechte Lage wie seine Genügsamkeit beweist. Beide Tischler haben nur eine kleine Familie.

Die Tischler in beiden Orten sind an eine niedrige Lebenshaltung gewöhnt, da sie inmitten einer fast durchweg armen Bevölkerung leben. Auch einschließlich der Erträge ihrer Landwirtschaft wird sich das Einkommen der meisten nur auf 6—800 Mk. jährlich belaufen. Da ist denn natürlich Schmalhans Küchenmeister, und Kartoffeln bilden die Hauptnahrung. Auch die Wohnungen sind meist ziemlich klein, obwohl die Verhältnisse hier noch günstig liegen. Die einstöckigen Häuschen enthalten gewöhnlich zwei niedrige Stuben, Kammer und Küche. Eine Stube dient als Werkstatt, Wohnzimmer und Schlafzimmer [1], während die andere, die berühmte „gute Stube" meist ein unantastbares Heiligtum ist. Die Einrichtung ist durchweg sehr einfach; fast immer gewöhnliche kienene Möbel.

Das Bedenklichste ist aber nicht die Niedrigkeit der Lebenshaltung an sich, sondern der Umstand, daß die Position dieser Tischler sich unter dem weiteren Vordringen der durch die Magazine vertriebenen Möbel beständig verschlechtert. Dabei sind die großen Zimmereien in beiden Dörfern noch garnicht erschienen, um den Tischlern auch noch die Bauarbeiten fortzunehmen. Eine Besserung der Lage dieser Meister ist nicht abzusehen.

Während aber früher die Bevölkerung ihr arbeitsreiches und freudenarmes Dasein zufrieden ertrug und als etwas Selbstverständliches hinnahm, ist dieser Geist der Resignation jetzt im Schwinden begriffen; bei den letzten Reichstagswahlen wurden in allen drei Dörfern zahlreiche socialdemokratische Stimmzettel in der Urne gefunden.

B. Die Tischlerei und Drechslerei im Spreewald.

Meine Untersuchungen beziehen sich auf die Städte Lübben, Lübbenau und Vetschau und auf die Dorfgemeinden Burg, Lehde und Schlepzig. Neben dem Tischlerhandwerk wurde die für den Export arbeitende Galanteriemöbelfabrikation in den Kreis der Ermittelungen einbezogen, wobei auch die Drechslerei berücksichtigt werden mußte.

[1] Bei einem Meister trieb sich auch ein niedliches Ferkel in dieser Stube herum.

1. Das Tischlerhandwerk in den Städten Lübben, Lübbenau und Vetschau.

Die genannten drei Städte liegen an der Berlin—Görlitzer Bahn, zwischen Berlin und Kottbus, Lübben im gleichnamigen Kreise, die anderen beiden Städte im Kreise Kalau. Die Entfernung von Berlin beträgt bis Lübben 77, bis Lübbenau 88 und bis Vetschau 100 km; von dort sind es nur noch 17 km bis Kottbus.

In allen drei Städten befindet sich das Tischlerhandwerk in einer ungünstigen Lage, die überall durch dieselben Ursachen hervorgerufen wird.

Die auswärtige Konkurrenz engt den Möbelmarkt wie den Baumarkt ein. Berliner Möbel werden vielfach direkt aus Berlin bezogen; einige Restaurateure spielen hierbei die Vermittler, soweit sie das besser gestellte Publikum nicht selbst in Berlin kauft. Auch durch die Magazine des nahen Kottbus werden vielfach die Produkte der Hauptstadt vertrieben. Endlich beziehen die Tischlermeister selbst auswärtige Möbel, besonders Polstergestelle, Stühle und Spiegelrahmen; das ist vor allem bei zwei Lübbener Meistern der Fall, die einen offenen Laden besitzen. Eigentliche Möbelmagazine, die sich ausschließlich mit dem Handel befassen, sind in allen drei Orten unbekannt. Die große Masse der hier produzierten Möbel bilden gewöhnliche kienene (nichtfournierte) Möbel; doch werden auch, besonders in Lübben, fournierte Möbel immer noch in nicht unbeträchtlicher Menge angefertigt.

Auch in der Bautischlerei erscheinen bei Submissionen vielfach fremde Firmen auf dem Plane, und sie haben schon öfter, besonders bei großen Bauten, den Zuschlag erhalten. Dagegen haben die Zimmermeister noch nicht begonnen, die Bautischlerarbeiten von ihren eignen Gesellen ausführen zu lassen[1]. Doch wird ihnen schon vielfach die Besorgung aller Holzarbeiten übertragen, und sie zwingen die Tischlermeister, an die sie die Arbeit weiter vergeben, von ihnen das nötige Holz zu höherem Preise zu beziehen. — Der Bauschwindel ist glücklicherweise unbekannt.

Außer durch die auswärtige Konkurrenz wird der Absatz der städtischen Tischler auch hier, wie in der Umgegend von Berlin, durch die sich stets vermehrende Zahl der Dorftischler geschmälert. Diese Rute haben sich die städtischen Tischler durch ihre Lehrlingszüchterei selbst aufgebunden.

---

[1] Dagegen soll das schon in umfangreichem Maße in Kottbus, Spremberg &c. der Fall sein, wo Bautischlerei und Zimmerei meist in maschinellen Betrieben vereinigt ist.

Die vielen Gesellen, die sie ausbildeten, konnten in der Stadt keine Arbeit finden und besetzten sich in ihren heimischen Dörfern; besonders im letzten Jahrzehnt soll ihre Zahl ungemein gewachsen sein.

Zu diesen beiden schon länger wirksamen Konkurrenten ist in den letzten Jahren die Notlage der Landwirtschaft hinzugekommen, welche die Kaufkraft der Landbevölkerung verringert. Kein Wunder, daß das Tischlerhandwerk in allen drei Orten zurückgeht. Freilich der Grad und das Tempo des Niedergangs ist nicht überall gleich, da besondere örtliche Umstände hier hemmend, dort beschleunigend eingreifen.

Relativ noch günstig ist die Lage der Tischlerei in Lübben, einer Kreisstadt von 6000 Einwohnern. Da sie die einzige Station der Berlin-Görlitzer Bahn im ganzen Kreise ist und gerade im Schnittpunkt dreier Straßen liegt, so besteht ein lebhafter Verkehr zwischen ihr und ihrem Hinterlande. Handel und Handwerk ernähren ein zahlreiches Kleinbürgertum; daneben betreiben die Bewohner zum großen Teil noch Landwirtschaft. Die Bedingungen für das Gedeihen des Handwerks sind also noch vorhanden. Nachbarliche Beziehungen spielen überall mit, und niemand darf dem andern „die Kundschaft vertragen."

Das Handwerk deckt hier auch noch zum guten Teile den örtlichen Bedarf. Infolge der Garnison (3. Jäger-Bataillon) sind Heiraten ziemlich häufig, und die Tischler haben vielfach ganze Ausstattungen anzufertigen. Einige Meister befinden sich in ganz guter Lage und glauben, dem Ansturm der auswärtigen Konkurrenz die Spitze bieten zu können; andere freilich sind pessimistischer gestimmt. Es herrscht im allgemeinen ein guter kameradschaftlicher Geist unter den Lübbener Tischlern; Klagen über Schleuderkonkurrenz wurden nur vereinzelt laut.

Mit zwei Ausnahmen gehören alle Meister der Innung an, die auch einige Dörfer der Umgegend umfaßt und im ganzen 22 Mitglieder zählt. Sie hat die Vorrechte des § 100e und macht von ihnen auch eifrig Gebrauch; ein Meister, der nicht zur Innung gehört, darf keinen Lehrling halten. Außerdem hat sie ein Innungsschiedsgericht eingerichtet. Das ungewöhnlich hohe Eintrittsgeld beträgt 36 Mk.; ferner muß der Eintretende eine Meisterprüfung ablegen. Der jährliche Beitrag beträgt nur 1 Mk.; das Einschreiben und Ausschreiben der Lehrlinge kostet 6 Mk.

Ein Rohstoffverein ist oft geplant, aber nie ausgeführt worden. Ein Vorschußverein nach Schulze-Delitzsch giebt zu $5^{1}/_{2}$—6 % (ohne Provision) Darlehen.

Im September 1895 nannten sich 15 Personen in Lübben Tischlermeister, von denen jedoch vier kaum noch als solche anzusehen sind. Sie

arbeiten meist als Gesellen bei den andern Tischlern oder bei Drechslern; nur gelegentlich verfertigen sie Arbeit auf eigne Rechnung. Alle sind früher wirkliche Meister gewesen, die Gesellen beschäftigten. Drei von ihnen gehören noch der Innung an, zwei sind schon betagte Männer. Außerdem sind zwei Tischler in den letzten Jahren gestorben, ohne daß sich für sie ein Ersatz gefunden hätte. Wie man sieht, haben sich die Meister nicht unbeträchtlich vermindert, und auch die Gehilfenzahl scheint zurückgegangen zu sein.

Von den 11 wirklichen Meistern, die übrig bleiben, verfertigen 6 fast ausschließlich Möbel und zwei Bausachen und Särge; die drei übrigen haben keine Specialität. Einige Meister liefern sehr gute Arbeit. Produziert wird meist auf Bestellung; doch lassen einige, die das nötige Kapital besitzen, auch auf Vorrat arbeiten. Das Blindholz wird von den Mühlen (in Luckau, Müllrose, Brand) oder von den Zimmermeistern, die zugleich Holzhändler sind, gekauft. Fourniere werden aus Berlin oder aus Kottbus vom Händler bezogen. Fast alle Meister sind Hausbesitzer.

Maschinen und einen kleinen Gasmotor hat nur einer; die übrigen lassen noch alles mit der Hand verfertigen. Großbetrieb ist unbekannt; mehr als 7 Bänke sind in keiner Werkstatt besetzt.

Die Zahl der Lehrlinge ist im Verhältnis zu der Zahl der Gesellen ungewöhnlich groß. Während kein Meister mehr als 2 Gesellen beschäftigt, halten drei Meister je 4, zwei je 3 und drei je 2 Lehrlinge; ein Meister hat nur gelegentlich einen Gesellen, dafür aber 4 Lehrlinge. Im ganzen waren bei den 10 Innungsmeistern 11 Gesellen und 25 Lehrlinge beschäftigt[1]; außerdem hatte noch ein außerhalb der Innung stehender Meister 2 Gesellen. Die Lübbener Meister bilden also in zwei Jahren mehr Lehrlinge aus, als ihre eigne Zahl beträgt.

In wesentlich schlechterer Lage befindet sich das Tischlerhandwerk in Lübbenau und Vetschau, da hier nicht ein zahlreiches Kleinbürgertum, das sich gegenseitig stützt und hält, das Eindringen der fremden Konkurrenz erschwert.

Vetschau ist eine Stadt von etwa 3500 Einwohnern, die meist in den dortigen großen Fabriken[2], von denen eine 700 Arbeiter hat, thätig sind. Mit der Armut der Bevölkerung vereinigt sich die größere Nähe

---

[1] September 1895. — In anderen Jahreszeiten ist die Zahl der Gesellen noch geringer.

[2] Zwei Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, eine Garnweberei und eine Spinnerei.

von Kottbus, das scharfe Konkurrenz macht, um die Lage der Vetschauer Tischler recht unbefriedigend zu gestalten.

Es sind 6 Tischlermeister am Orte, von denen einer Galanteriemöbel verfertigt und deshalb hier vorläufig außer Betracht bleibt; er hat maschinelle Einrichtung (4 pferdigen Gasmotor) und beschäftigt 3 Gesellen und 3 Lehrlinge. Die übrigen 5 beschäftigen zusammen 7 Gesellen und 12 Lehrlinge; zwei haben je 3 Gesellen und 3 Lehrlinge, zwei je 3 Lehrlinge und keinen Gesellen und einer zeitweilig einen Gesellen. Obwohl noch alle Hausbesitzer sind, scheint doch nur einer der beiden größeren Meister, ein Bautischler, sich in befriedigenden Verhältnissen zu befinden. Die übrigen sind Möbeltischler, die einen verzweifelten Kampf um ihre Existenz kämpfen. Durch Schleuderkonkurrenz suchen sie sich über Wasser zu halten, und sie sind deswegen bei ihren Handwerksgenossen in den Nachbarstädten, vor allem in Lübbenau, berüchtigt.

In Vetschau besteht eine gemischte Innung, welche die Tischler, Böttcher, Glaser und Drechsler umfaßt; es herrscht aber solche Zwietracht unter den Meistern, daß, wie mir gesagt wurde, oft genug nicht einmal die Lehrlingsprüfungen zu stande kommen.

Lübbenau ist eine Stadt von etwa 3700 Einwohnern, die meist vom Bau von Handelsgewächsen leben. Zwiebeln, Bohnen, Meerrettich, Sellerie, vor allem aber saure Gurken werden weithin versandt. Der Ort unterhält rege Handelsbeziehungen, und fremde Waren werden hier vielfach abgesetzt, da die Bewohner kein besonderes Interesse daran haben, bei den heimischen Handwerkern zu kaufen.

Obwohl Lübbenau kaum größer als Vetschau ist, hat es doch 12 Tischlermeister, von denen freilich 4 ohne Gesellen und Lehrlinge arbeiten und außerdem einen Nebenerwerb haben; zwei gehen nämlich nebenbei als Tagelöhner auf Feldarbeit, einer ist im Sommer Kahnführer im Spreewald; der vierte verrichtet Botengänge und ist zeitweilig als Hilfsbriefträger beschäftigt.

Die Zahl der Tischlermeister geht in Lübbenau beständig zurück; vor 12 Jahren waren ihrer noch 18 ansässig. Einige sind gestorben und nur zum Teil durch neue Meister ersetzt worden; einer ist jetzt Küfer, einer Zeitungsbote, und drei arbeiten als Gesellen in einer großen Galanteriemöbelfabrik in Lübbenau, auf die ich unten näher eingehen werde.

Die beiden größten Meister haben einen bezw. zwei Gesellen und je 3 Lehrlinge; die übrigen beschäftigen zeitweilig einen Gesellen und einen oder zwei Lehrlinge. Zusammen wurden von 8 Meistern 8 Gesellen und 14 Lehrlinge beschäftigt. Die Lübbenauer Tischler befinden sich meist in einer

recht üblen Lage. Auch von denen, welche noch als wirkliche Meister gelten dürfen, könnten einige ohne Nebenerwerb überhaupt nicht bestehen. Einer hat eine Kriegspension; einer handelt nebenbei mit Obst u. a. m. Nur 6 haben ein eignes Haus, mit dem bei 4 etwas Landwirtschaft verbunden ist. Die übrigen 6 sitzen zur Miete; Wohnung und Werkstatt sind unter 200 Mk. Miete kaum zu beschaffen.

Da durchweg auf Bestellung von Privatkunden gearbeitet wird, so ist die Arbeitsgelegenheit und damit das Einkommen sehr unregelmäßig. Nur die beiden größten Meister befinden sich in gesicherter Position; der eine betreibt nebenbei einen Holzhandel, und von ihm beziehen die übrigen ihr Holz. Aber beide sind alte Leute, die einen festen Stamm von Kunden haben, der mit ihnen absterben wird. Und auch sie sind, wie alle übrigen, von tiefer Resignation erfüllt: „Wer es in der Jugend wahrgenommen hat, der kann es im Alter eben aushalten; aber die jungen Leute können nichts mehr in der Tischlerei werden", meinten beide übereinstimmend [1].

Aus ihrer pessimistischen Stimmung heraus haben die Lübbenauer Tischler vor 10 Jahren die Innung aufgelöst, „weil sie nichts helfen kann und nur Geld kostet." Alle sind überzeugt, daß dem Tischlerhandwerk überhaupt nicht zu helfen ist. Die hoffnungslose Stimmung ist nicht nur als Symptom für die Lage der Handwerker beachtenswert; sie lähmt auch ihre Energie und beschleunigt somit ihren Untergang.

Das Lehrlingswesen bietet in allen drei Städten ein sehr unerfreuliches Bild. Die Zahl der Lehrlinge überschreitet das zulässige Maß bei weitem, und man kann von einer systematisch betriebenen Lehrlingszüchterei sprechen. Insgesamt waren bei 24 Meistern 51 Lehrlinge beschäftigt, während die Gesamtzahl der Gesellen nur 28 betrug und in anderen Monaten sich noch verringert. Wie erwähnt, halten einige Meister 3—4 Lehrlinge, ohne auch nur einen Gesellen zu beschäftigen. Ein Vetschauer Meister hat in den 12 Jahren seiner Meisterschaft bereits 13 Lehrlinge ausgebildet, sein Vater aber konnte in dem Jahre, in dem er das Jubiläum seiner 50jährigen Meisterschaft feierte, den 60. Lehrling freisprechen lassen!

Die Lehrlinge stammen meist aus den umliegenden Dörfern. Da Lehrgeld selten bezahlt wird, so beträgt die Lehrzeit gewöhnlich 4 Jahre.

---

[1] Der Sohn des einen (der andere ist kinderlos), der in Berlin als Geselle in einer großen Möbelfabrik gearbeitet hat und sich damals zufällig in L. befand, erklärte mir unter Zustimmung des Vaters, er werde das Geschäft nicht übernehmen, da er viel lieber als Geselle in Berlin arbeite.

Für die theoretische Ausbildung des Lehrlings ist nur in Lübbenau gut gesorgt, wo seit 1875 eine gewerbliche Fortbildungsschule besteht, die mit einer Fachschule verbunden ist. Das Institut ist durch den früheren Reichstagsabgeordneten Hirschberger [1] ins Leben gerufen worden, der auch jetzt noch seine Lehrkraft dem Unternehmen unentgeltlich zur Verfügung stellt. Die Lehrfächer in der Fortbildungsschule sind Deutsch, Geometrie, Rechnen, Schreiben, Buchführung und Freihandzeichnen; wer die Elemente des Zeichenunterrichts erfaßt hat, kann in die Fachschule eintreten, wo geometrisches und Fachzeichnen gelehrt wird. Der Unterricht wird unentgeltlich erteilt; die Stadt leistet die nötigen Zuschüsse. Der Besuch der Fortbildungsschule ist vor drei Jahren obligatorisch gemacht worden, da die Meister ihre Lehrlinge nicht schicken wollten. Der Besuch der Fachschule ist dagegen fakultativ geblieben; 6 von 15 Tischlerlehrlingen nehmen am Unterricht teil. Die Zahl der Schüler in der Fortbildungsschule betrug 115, in der Fachschule 25.

Einen Nutzen hat das örtliche Handwerk von dem Unternehmen übrigens nur in geringem Maße. Denn die Lehrlinge, die etwas tüchtiges gelernt haben, gehen ausnahmslos nach den großen Städten, wo sie ein besseres Fortkommen finden.

In den Betrieben lassen sich die Lehrlinge sehr gut verwenden, da jede Werkstatt einfache und schwierigere Möbel herstellt. Zuerst muß der Lehrling Kindersärge machen, später einfache Bettstellen, Schemel, dann kienene Schränke, Kommoden u. s. w. Im letzten Jahre fertigt er fournierte Möbel an, wobei ihn der Meister oder Geselle unterstützt, welche sich mit den einfachen Sachen überhaupt nicht abgeben. So schreitet der Lehrling allmählich fort, und seine praktische Ausbildung dürfte im großen und ganzen nicht schlecht sein.

Doch finden wir hier auch schon sehr bedenkliche Erscheinungen. Da die Berliner Konkurrenz den Provinztischlern vor allem die Produktion fournierter Möbel entreißt, so haben die Lehrlinge immer weniger Gelegenheit, sich in der Anfertigung besserer Stücke zu üben. Es liegt außerdem nahe, etwas ungeschickte Lehrlinge zu den besseren Arbeiten überhaupt nicht heranzuziehen. Die vielen geradezu erbärmlich ausgebildeten Dorftischler, die man überall trifft, beweisen, daß diese Methode schon seit längerer Zeit in bedeutendem Umfange angewendet worden ist. Ein Übelstand ist es

[1] Er hat in Lübbenau auch noch einen Vorschuß-Verein nach Schulze-Delitzsch gegründet.

auch, daß bei einigen Meistern mit größerer Landwirtschaft die Lehrlinge sehr stark bei den landwirtschaftlichen Arbeiten helfen müssen.

Versuche, der Lehrlingszüchterei zu steuern, sind stets erfolglos geblieben, obwohl die Meister selbst genau wissen, daß ihnen dadurch die Landkundschaft immer mehr entzogen wird. Ihr kurzsichtiger Egoismus beschleunigt ihren Untergang. Zu ihrer Entschuldigung pflegen sie anzuführen, daß sie keine Gesellen bekommen könnten und sich deshalb mit Lehrlingen behelfen müßten. Dabei wandern jährlich allein durch Lübben, wo nur 13 Gesellen beschäftigt sind, etwa 200 Tischler[1] und übernachten in der dortigen Herberge; die meisten würden sicherlich gern in Arbeit treten.

Die Gesellen des Tischlerhandwerks sind in allen drei Orten junge unverheiratete Leute, die sich von der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung fast ausnahmslos ganz fernhalten.

Das Verhältnis zwischen Meister und Gesellen hat noch einen patriarchalischen Anstrich; Gesellen und Lehrlinge essen mit am Tische des Meisters, wohnen bei ihm und teilen so seine Freuden und Leiden. Es ist aber bezeichnend für die Lage, daß die Gesellen mit dem Essen[2] nur bei den größeren Meistern zufrieden sind, während die Ernährung bei den kleinen Meistern ihren gewiß niedrigen Ansprüchen schon vielfach nicht mehr entspricht. Besonders lebhaft wird über die Schlafräume geklagt; sie sind meist zu klein, niedrig, schlecht ventiliert und im Winter häufig zu kalt. Vielfach wird auch der Bretterboden als Schlafstelle benutzt; in Lübbenau z. B. hatten die Gesellen nur bei 2 Meistern eine besondere Schlafkammer, bei allen übrigen schliefen sie auf dem Bretterboden.

Die Arbeitszeit ist nur bei den größeren Meistern geregelt; gewöhnlich dauert sie 11 Stunden, von 6—7 Uhr, wobei 2 Stunden für Pausen abgehen. Bei den kleinen Meistern richtet sie sich nach der schwankenden Arbeitsgelegenheit; oft genug wird bis in die Nacht hinein und auch Sonntags gearbeitet.

Das ausschließlich herrschende Lohnsystem ist der Zeitlohn, der sich

---

[1] Die Zahl ist durch Schätzung gewonnen. Die Innung giebt in jedem Winter (Oktober—April) etwa 60—80 Gesellen das übliche „Geschenk" (20 Pfennig), das aber nur die erhalten, deren Papiere völlig in Ordnung sind. Da im Frühjahr am meisten gewandert wird, so dürfte die Zahl der Durchreisenden fürs ganze Jahr mit 200 nicht zu hoch gegriffen sein.

[2] Gewöhnlich giebt es frühmorgens Kaffee und eine trockene Semmel, zum zweiten Frühstück eine belegte Stulle, nachmittags Kaffee und zwei unbelegte Butter- oder Schmalzstullen, alles natürlich, besonders das Mittagessen, von verschiedener Qualität bei den einzelnen Meistern.

nach der verschiedenen Lage der Tischlerei in den drei Städten abstuft. Der durchschnittliche Wochenlohn beträgt in Lübben 6—7, in Vetschau 5—6 und in Lübbenau 3—4 Mk. Das Maximum des Barlohnes war in Vetschau und Lübben 8, in Lübbenau 6 Mk.

Bei diesen geringen Löhnen müßten, sollte man meinen, die Tischler der Berliner Konkurrenz gewachsen sein. Ich muß deshalb hier auf die Frage der Produktionskosten in Berlin und in den Kleinstädten eingehen, die ich in meiner früheren Arbeit nicht erschöpfend behandeln konnte, weil mir die Zustände in der Provinz unbekannt waren.

Der bekannten Thatsache, daß dem höheren Arbeitslohn auch eine weit größere Arbeitsleistung entspricht, begegnen wir auch hier. Der Berliner Geselle liefert in weit kürzerer Arbeitszeit ein viel größeres Quantum, da seine Leistungsfähigkeit unter dem Zwange des Stücklohns und infolge der Specialisierung des Gewerbes ungemein gesteigert ist.

An anderer Stelle[1] bin ich zu dem Schlusse gelangt, daß die Arbeit in der Tischlerei durch die Specialisierung ungefähr um $^1/_4$—$^1/_3$ intensiver werde. Diese Bemerkung bezog sich aber nur auf Berlin, wo einmal die Gesellen überhaupt schon an eine weit intensivere Thätigkeit gewöhnt sind, und außerdem eine gewisse Arbeitsteilung stets vorhanden ist. Vergleicht man dagegen die Arbeitsleistung des ohne jede Arbeitsteilung und auf Zeitlohn arbeitenden Provinztischlers mit der des Berliner Specialisten, so erscheint die Wirkung der Specialisierung beträchtlich größer. Obwohl es sehr schwer ist, hier vergleichbare Zahlen zu erhalten, glaube ich doch, daß die folgenden Angaben, die ich nach sorgfältiger Rücksprache mit sachkundigen Leuten festgestellt habe, ein ausreichendes Bild der Sachlage geben werden.

Das Jahresprodukt eines Berliner Gesellen wird in der Möbeltischlerei auf etwa 4500, in der Bautischlerei auf 6000 Mk. veranschlagt. Auf Rechnung der Wirkung der Maschine sind 1500 bezw. 3000 Mk. zu setzen[2], sodaß als Produkt der jährlichen Handarbeit rund 3000 Mk. übrig bleiben. Hiervon ist aber in der Möbeltischlerei noch $^1/_6$ für das Polieren in Abzug zu bringen, das der Berliner Geselle nicht selbst besorgt. Die wirkliche Jahresleistung der Handarbeit, die in Vergleich mit der in der Kleinstadt gestellt werden kann, beträgt demnach in der Bautischlerei 3000 und in der Möbeltischlerei 2500 Mk. In der Provinz beträgt die entsprechende Jahresleistung 1800 bezw. 1500 Mk.; sehr häufig ist sie aber noch ge-

[1] Schriften u. s. w., Bd. 65, S. 380.

[2] Vgl. P. Voigt, Schriften u. s. w., Bd. 65, S. 424 und 428.

ringer, da tüchtige Gesellen in kleinen Orten selten sind. Die Specialisierung und der Accordlohn zusammen erhöhen also die Arbeitsleistung um 66%! Bei einem Barlohn von 6 und einem Naturallohn von 7 Mk. stellt sich demnach die Leistung des Provinztischlers durchaus nicht billiger als die des Berliner Gesellen, der 20—22 Mk. erhält; die Bezahlung ist im Gegenteil in geradezu frappanter Weise gleich.

Dazu kommen nun noch die anderen sehr beträchtlichen Vorteile der Berliner Tischlerei: maschineller Betrieb, größere Kapitalkraft, geringe Modellkosten infolge der Massenproduktion, geschicktere Arbeiter, bessere Organisation der Hilfsgewerbe der Polierer, Drechsler, Bildhauer[1], Tapezierer u. s. w.; alles vereinigt sich, um die Konkurrenz der Provinztischlerei gegen die Berliner Möbel zu einer aussichtslosen zu gestalten.

Für das Einkommen der Tischler ist es nicht unwichtig, ob sie ein eignes Haus besitzen und etwas Landwirtschaft treiben. Wie erwähnt, haben in Vetschau alle und in Lübben die meisten Tischler ein eignes Haus, während in Lübbenau die Hälfte zur Miete sitzt. Die Häuser repräsentieren meist einen Wert von 6—15000 Mk. und sind durchweg mit Hypotheken belastet. Doch wohnen manche Meister fast ganz mietefrei, da die anderen vermieteten Räume die Hypothekenzinsen einbringen.

In Lübben ist seit der Separation (1859) mit jedem Hause ein Wiesenplan von 6 Morgen untrennbar verbunden, der meist für 40 Mk. jährlich verpachtet wird. Etwas Gartenland haben fast alle Hausbesitzer; eigne Landwirtschaft betrieben in Lübben 6, in Lübbenau 4 und in Vetschau 3 Tischler. Meist haben sie nur 2—4 Morgen mittleren Bodens, die in Lübben und Vetschau mit Korn und Kartoffeln, in Lübbenau mit Gurken und Gemüse bestellt werden. Nur wenige haben größere Betriebe; der größte Betrieb eines Tischlers (in Lübben) umfaßt 5 Morgen Ackerland und 8 Morgen Wiese, auf denen 2 Kühe und 2 Schweine gehalten werden. Außerdem hat ein Lübbener Meister 15 Morgen Acker und Wiese, die er für 130 Mk. jährlich verpachtet hat[2]. Mehr als höchstens 3000 Mk. dürfte keines Tischlers Landbesitz wert sein.

Mit Hilfe der obigen Angaben über die Produktionsmenge läßt sich ein ziemlich genaues Schema für die Einkommensverhältnisse aufstellen. Die größten Meister in den drei Städten beschäftigen 3 Gesellen und

---

[1] Bildhauer fehlen in fast allen Kleinstädten, sodaß die Tischler alle Bildhauerarbeiten in Berlin anfertigen lassen müssen; deshalb können sie bessere Möbel manchmal garnicht übernehmen.

[2] In Lübbenau bringt ein Morgen 45 Mk. Pacht.

3 Lehrlinge. Diese 7 Arbeiter (inkl. Meister) liefern ein Jahresprodukt von etwa 9000 Mk.[1].

Die Unkosten belaufen sich

für Blindholz, Fourniere auf . .	2500—3000 Mk.
„ Leim, Beschläge, Zierraten, Drechsler, Bildhauer u. s. w.	1000 „
„ Miete, Steuern, Verluste . .	400—800 „
Geldlohn der drei Gesellen . . .	600—1000 „
Naturallohn der drei Gesellen und 3 Lehrlinge	1500—2000 „
zusammen	6000—7800 Mk.

Das Einkommen des Meisters würde sich also auf 1200—3000 Mk. belaufen; wenn man für ihn einen Gesellenlohn von 700 Mk. einsetzt, so beträgt sein Unternehmergewinn 500—2300 Mk. Alle diese Zahlen sind natürlich nur Näherungswerte. Nach der Größe seines Betriebskapitals, nach den Holzpreisen in den einzelnen Ortschaften, nach dem verschiedenen Aufwand für die Ernährung der Arbeiter, nach der Höhe der Hypothekenzinsen oder der Miete, nach dem Umfange seines etwaigen landwirtschaftlichen Nebenbetriebs stellt sich das Einkommen des Meisters höher oder niedriger; die obigen Zahlen dürften aber das Maximum und Minimum bezeichnen.

Doch wird das Maximum nur selten erreicht werden, da die Gesellen an der besseren Lebenshaltung des gut gestellten Meisters teilnehmen und auch wohl gewöhnlich hier einen höheren Geldlohn erhalten. Thatsächlich wird das Einkommen eines Meisters mit 6 Gehilfen 2500 Mk. nur selten übersteigen[2], meist aber noch darunter bleiben. Die Lage der größten Meister ist also in diesen Provinzstädten ähnlich wie in den Berliner Vororten (Köpenick und Friedrichshagen). Ein Meister mit einem Gesellen und 3 Lehrlingen wird für etwa 6000 Mk. produzieren und ein Einkommen von höchstens 1500 Mk. haben. Ein Meister mit einem tüchtigen Lehrling wird, wenn er stets Beschäftigung hat, für etwa 2500 Mk. Ware fertigstellen; für Material, Miete u. s. w. würden etwa 13—1500 Mk. aufgewendet werden, der Lehrling würde etwa 250—300 Mk. kosten, sodaß

---

[1] Der größte Umsatz eines dieser Meister betrug 10000 Mk., wobei aber noch etwa 1000 Mk. für gekaufte Möbel in Abrechnung zu bringen sind.

[2] Der größte Meister in Lübben (10000 Mk. Umsatz) ist auf 2400 Mk. Einkommen eingeschätzt, dabei hat er noch etwas eigenes Vermögen.

sich das Einkommen des Meisters auf 700—900 Mk. belaufen würde. Hat er, was nicht selten vorkommt, wenig Beschäftigung, so sinkt sein Einkommen noch tiefer. Ein Alleinmeister vollends führt eine Existenz, die fast immer viel schlechter als die eines Gesellen ist. Alleinmeister, die es nicht vorziehen, als Gesellen zu arbeiten, sind entweder zu alt oder zu untüchtig dazu.

Soweit ich die Verhältnisse überschaue, haben von den 32 Tischlermeistern der drei Städte nur 5—6 mehr als 2000 Mk. Einkommen, das aber z. B. auch noch aus anderen Quellen herrührt; 20 haben weniger als 1000 Mk., in Lübbenau wohl alle mit zwei Ausnahmen. Der Küster in Lübbenau hat nur 900 Mk. Einkommen; er pries sich aber glücklich, daß er der Tischlerei entronnen sei.

In Lübbenau und Vetschau liegt das Tischlerhandwerk schon völlig darnieder, in Lübben halten es günstige örtliche Verhältnisse noch aufrecht; aber auch diese Stützen können mit der Zeit zusammenbrechen.

2. Das Tischlerhandwerk in den Dörfern des Spreewalds.

Obwohl die Großindustrie in den am Rande des Spreewalds gelegenen Städten sich festgesetzt hat, haben die Dörfer des Oberspreewalds ihren alten wirtschaftlichen Charakter noch zum größten Teil bewahrt. Bei der Gleichheit der ökonomischen und socialen Verfassung in den einzelnen Ortschaften werde ich mich eingehender nur mit dem größten Dorfe, Burg, befassen.

Burg hat über 4500 Einwohner, die jedoch nur in Burg-Dorf um die Kirche herum dicht bei einander wohnen, in Burg-Kolonie und in der Kauper-Gemeinde aber in Einzelhöfen siedeln. Das Ganze bedeckt mehr als eine Quadratmeile, und die letzten Häuser sind von der Kirche fast zwei Stunden entfernt. Burg-Dorf wird meist von Häuslern und Tagelöhnern bewohnt, während die größeren Besitzer mehr auf den Einzelhöfen hausen. Zu dem eignen Lande pachten die Bauern noch vielfach Wiesen von den reichbegüterten Grafen von Lynar und Houwald. 20—40 Morgen kann als Durchschnittsgröße der Güter gelten; mehr als 100 Morgen dürfte kein Bauer besitzen. Der Boden ist ziemlich gut und wird meist mit dem Spaten bearbeitet; Getreide, Meerrettig, Kohlrüben und Gurken werden vorzugsweise gebaut. Die ausgedehnten Wiesen werden von zahlreichen mit Erlen und Eichen besäumten Wasserarmen durchzogen, auf denen der Spreewälder mit dem Stoßruder seinen Kahn dahintreibt. Ein loses Gehege von Büschen und Bäumen umgiebt die einzelnen Höfe.

Die meisten Handwerke werden im Spreewald noch in der Form des Lohnwerks und auf der Stör betrieben. Eigenes Leder gerbt der Bauer zwar nicht mehr, und auch der Schuster kommt nicht mehr in sein Haus, sondern die Schuhe werden bestellt oder fertig gekauft. Aber alle Kleidungsstücke[1] werden vom Schneider im Hause des Kunden gefertigt. Sein Korn läßt der Bauer beim Müller mahlen, der sich dafür eine Metze vom Scheffel abzieht; sein Brot bäckt ihm der Bäcker und er erhält für jedes Brot (12—30 Pfund) nur 10 Pfennig. Auch der Fleischer ist meist ein gewerblicher Arbeiter, der von Hof zu Hof zieht. Freilich wird Bäckerei und Schlächterei auch schon als wirkliches Handwerk betrieben. Baut der Spreewälder ein Haus, so kauft er Steine und Holz und nimmt Maurer und Zimmerer in seinen Dienst. Auch sein Leinöl läßt er sich selbst auf der Mühle[2] gegen Lohn bereiten.

Der Tischler ist hier ebenfalls noch Lohnwerker. Wenn des Bauern Tochter eingesegnet wird, läßt der Vater einige von den Erlen und Eichen fällen, die seinen Hof umgeben, und sie auf der Mühle zu Brettern schneiden. Hat sie sich verlobt, so ruft er den Tischler in sein Haus, der von dem gut getrockneten und abgelagerten Holze den nötigen Hausrat fertigen muß. Die Möbel sind einfach, derb, nicht fourniert; zu städtischer Ware hat der Spreewälder kein Zutrauen. Wochenlang oft bleibt der Tischler auf dem Hofe. Von 6 Uhr frühmorgens bis 8 Uhr abends muß er arbeiten, und der Bauer paßt gut auf, daß er nicht faulenzt. Bringt er sich Gehilfen mit, so erhalten sie wie er selbst volle Beköstigung. An barem Gelde bekam der Meister früher für sich selbst täglich 2 Mk., für den Gesellen 1,50 Mk. und für den Lehrling 0,50—1,25 Mk. Nicht nur ganze Ausstattungen, auch einzelne Möbelstücke und besonders Bauarbeiten werden im Hause des Kunden gefertigt.

Solange sie nicht zu zahlreich waren, befanden sich die Tischler unter diesem System recht wohl. Frau und Kinder bestellten zu Hause den eigenen oder gepachteten Acker; der Meister und seine Gehilfen hatten gute und reichliche Ernährung, und auch das Geldeinkommen des Meisters war nicht gering.

Da aber der Tischler beim Lohnwerk keinerlei Betriebskapital nötig hat, so ist es ungemein leicht, sich zu etablieren, und damit ist die Gefahr

---

[1] Auch die berühmten Spreewälder Frauenkleider werden vom Schneider, nicht von der Schneiderin gemacht.

[2] Die Mühlen im Spreewald sind gewöhnlich zugleich Mehl-, Öl- und Brettschneidemühlen.

der Übersetzung gegeben. Und diese Gefahr ist auch in den 70er und besonders in den 80er Jahren zur Wirklichkeit geworden. Zahlreiche in den Städten ausgebildete Gesellen besetzten sich im Spreewald; auch die heimischen Meister hielten viele Lehrlinge, die nach oft ungenügender Ausbildung selbständig zu arbeiten begannen. So entspann sich ein verzweifelter Konkurrenzkampf, dessen Resultat eine allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen war. Die Löhne wurden herabgedrückt; mehr als 1,50 für den Meister, 1—1,25 Mk. für den Gesellen wird selten noch als Tagelohn gezahlt. Viele Meister lassen sich sogar bereit finden, von 6 Uhr morgens bis abends 10 Uhr zu arbeiten.

In Burg-Dorf kam es überhaupt außer Übung, den Meister ins Haus zu nehmen. Die Stör wurde durch die andere Form des Lohnwerks, das Heimwerk, verdrängt, wobei der Tischler nach dem Stück bezahlt wird. Dabei steht er sich viel schlechter als früher, zumal die Konkurrenz im Dorf besonders heftig ist. „Die Arbeit zu Hause geht betteln", meinte ein Meister, der sich nach den Fleischtöpfen der Bauern zurücksehnte. In den Kaupen und in der Kolonie dagegen ist die Störarbeit noch meistens gebräuchlich. Die kleinen Meister suchen sie möglichst zu erhalten, während die wenigen größeren Meister das Lohnwerk in beiden Formen nicht lieben und sich in wirkliche Handwerker mit eigenen Betriebsmitteln umzuwandeln trachten; denn „wer bei den Leuten arbeitet, ist ein Tagelöhner, kein Professionist."

In Burg sind jetzt etwa 27—30 Meister vorhanden, von denen 15 zur Innung gehören, die seit 1854 besteht, im ganzen 30 Mitglieder zählt und außer Burg noch 22 Dörfer umfaßt. Es ist ihr in den letzten Jahren gelungen, die Lehrlingszüchterei, die vorher in Blüte stand, einzuengen, da sie 1892 das Privileg des § 100e bekommen hat. Da jetzt nur Innungsmitglieder Lehrlinge halten dürfen, viele der „Meister" aber zu schlecht ausgebildet sind, als daß sie die zur Aufnahme nötige Meisterprüfung bestehen könnten, so hat sich die Zahl der Lehrlinge bedeutend verringert[1]. Nur 6 Meister halten zusammen 8 Lehrlinge; 4 je einen und 2 je 2.

Die Zahl der Gesellen ist gering; 5 Meister (4 Innungsmeister) haben zusammen 7 Gesellen; 3 je einen und 2 je 2. Gesellen sind schwer

[1] Diese Innung muß als rühmliche Ausnahme gelten; die übrigen Innungen (in Köpenick, Lübben und Vetschau) haben gegen die Lehrlingszüchterei nichts gethan. Der Erfolg in Burg erklärt sich hauptsächlich aus der ungewöhnlich großen Zahl thatsächlicher „Pfuscher".

zu bekommen, da sich alle sofort „selbständig“ zu machen suchen. Der Barlohn des Gesellen beträgt 3—6 Mk. wöchentlich.

Alle Meister betreiben nebenbei die Landwirtschaft. In den Kaupen und in der Kolonie haben die Tischler gewöhnlich 5—12 Morgen Ackerland und Wiese, während sie im Dorf großenteils zur Miete[1] sitzen und nur etwas Pachtland (1—2 Morgen) bestellen.

Die Höhe der Lebenshaltung hängt meist vom Umfang der Landwirtschaft ab; die zahlreichen Alleinmeister befinden sich gewöhnlich in sehr trauriger Lage. Da sie nur selten das ganze Jahr hindurch Arbeit haben, wird der Wert ihres Jahresprodukts 1000 Mk. nur ausnahmsweise übersteigen und gewöhnlich noch darunter bleiben, was ein Einkommen von höchstens 4—500 Mk. bedeutet. Deshalb suchen sie sich meist als Tagelöhner, Kahnführer u. dergl. einen Nebenverdienst zu verschaffen. Manche wenden sich ganz von der Tischlerei ab und schlagen sich als Landwirte auf Pachtacker oder als bloße Tagelöhner durch; andere haben in den Vetschauer Fabriken ein Unterkommen gefunden.

Selten kann ein solcher Tischler jährlich mehr als ein Schwein schlachten; dann giebt es ungefähr ein halbes Jahr lang dreimal wöchentlich Fleisch; ist das Schwein aufgegessen, so kommt nur noch Sonntags Fleisch auf den Tisch. Mehlspeisen, Kartoffeln und Brot sind die Hauptnahrungsmittel. Der sogenannte „Kaffee“ wird meist aus gebrannter Gerste bereitet.

Ziemlich günstig liegen im allgemeinen noch die Wohnungsverhältnisse.

Ein unnötig großer Luxus wird von den Spreewälderinnen in ihrer Kleidung getrieben. Manche Familie würde sich weit besser ernähren können, wenn die bekannte Volkstracht der Frau und der Töchter nicht so viel Geld verschlänge.

In allen Dörfern des Oberspreewaldes, in Byhlegure, Saccasne, Schmogrow, Dlugy, Leipe, Müschen u. s. w. haben sich wie in Burg die Zustände in der Tischlerei infolge der Übersetzung des Handwerks sehr ungünstig entwickelt, ohne daß maschinelle auswärtige Konkurrenz schon irgendwie eingegriffen hätte.

In Lehde befaßt sich der Tischlermeister ausschließlich mit dem Bau der im Spreewald üblichen Kähne, während die wirklichen Tischlerarbeiten aus dem nur 1/4 Stunde entfernten Lübbenau bezogen werden.

Im Unterspreewald werden schon vielfach auswärtige Möbel gebraucht, die teils aus Lübben, teils aus Berlin stammen. In dem Haupt-

[1] Die Miete für 2 Stuben und Küche beträgt 60—75 Mk.

dorf des Unterspreewaldes, in Schlepzig (1000 Einwohner) sind drei Tischler, von denen aber nur einer, ein ganz junger Mann, etwas leistet. Die beiden andern sind Lohnwerker und Pfuscher von der traurigsten Sorte; sie sind mehr als ländliche Tagelöhner denn als Tischlermeister anzusehen. Auch in den übrigen Dörfern des Unterspreewalds (Wasserburg, Leibsch u. s. w.) ist diese Kategorie verbreitet.

3. Die Galanteriemöbelfabrikation und die Drechslerei.

Neben dem für den lokalen Bedarf arbeitenden Tischlerhandwerk existiert in den drei Städten eine ziemlich ansehnliche Galanteriemöbelfabrikation, die ihre Produkte an Berliner Magazine und Händler liefert, von denen sie dann teils im Inlande, teils im Auslande abgesetzt werden. Lübben und Lübbenau sind ihre Hauptsitze, während in Vetschau nur ein solcher Betrieb vorhanden ist.

Diese Industrie ist durch den Reichtum des Spreewalds an Erlenholz hervorgerufen worden, das für ihre Produkte besonders geeignet ist. Rauchtische, Salonsäulen, Vogelbauer, Schirmständer sind die beliebtesten Artikel. Hauptsächlich werden Drechsler beschäftigt, zu denen fast überall noch Tischler hinzutreten; in einigen Werkstätten finden wir auch Bildhauer. Die kleineren Meister fertigen gewöhnlich nur einen Specialartikel an.

In Lübben ist das Gewerbe durch 6 Mittelbetriebe vertreten, deren Technik noch rein handwerksmäßig ist. Ihre Gesellenzahl ist erheblichen Schwankungen unterworfen; zur Zeit meiner Untersuchungen zählte der kleinste Betrieb 5, der größte 11 Gehilfen. Drechslergesellen wurden am meisten beschäftigt (23), Tischler waren im ganzen 5 und Bildhauer nur einer vorhanden. Vier Betriebe hatten unverhältnismäßig viel Drechslerlehrlinge[1]. Einer beschäftigt auf 4 Drechslergesellen 4 Lehrlinge, ein zweiter auf 3 Gesellen 5, ein dritter auf 2 Gesellen 3 und der Obermeister der Innung endlich auf nur einen Gesellen ebenfalls 4 Lehrlinge; diese vier Meister hatten also auf 10 Gesellen 16 Lehrlinge. Die anderen beiden Betriebe hatten je einen Lehrling und 9 resp. 4 Drechslergesellen, sodaß im ganzen auf 23 Drechslergesellen 18 Lehrlinge kamen. Das Gewerbe beschäftigte

[1] Tischlerlehrlinge werden — außer in Vetschau — in dieser ganzen Industrie nicht beschäftigt, da die Betriebsleiter fast durchweg gelernte Drechsler sind; einer ist gelernter Klempner, was ihn nicht hindert, 3 Drechslerlehrlinge auszubilden.

also in Lübben zusammen etwa 50 Arbeiter; es hat aber auch schon Zeiten gegeben, wo fast die doppelte Arbeiterzahl thätig war.

In Lübbenau besteht eine Fabrik, deren 24pferdige Dampfmaschine eine Gattersäge, 3 Kreissägen, 2 Decoupiersägen, eine Bandsäge, eine Fräse, eine Bohrmaschine, zwei Hobelmaschinen und eine der Drechslerzahl entsprechende Anzahl Drehbänke treibt. Beschäftigt wurden 24 Drechslergesellen, 8 Lehrlinge, 16 Tischler, 3 Bildhauer, 9 Maschinenarbeiter, 2 gewöhnliche Arbeiter, 2 Mädchen zum Einpacken und ein Buchhalter, zusammen also 65 Personen. Außerdem beschäftigt die Fabrik in Lübbenau noch 5 Alleinmeister als Heimarbeiter (3 Drechsler und 2 Tischler); und auch von den Lübbener Drechslermeistern stehen einige zu ihr in gleichem Verhältnis. Neben ihr besteht in Lübbenau noch ein Mittelbetrieb, der 5 Tischler, 4 Drechslergesellen und 4 Lehrlinge beschäftigte; er hat eine Bandsäge und eine Fräse, die mit motorischer Kraft bewegt werden, während für die Drehbänke augenblicklich noch Fußbetrieb üblich ist.

Endlich sind hier noch 2 Tischlermeister anzuführen, einer (mit 3 Gehilfen) in einem Vorort von Lübbenau und der oben erwähnte Meister in Vetschau (3 Gesellen, 3 Lehrlinge). Beide waren ursprünglich Möbeltischler, die für Privatkunden auf Bestellung arbeiteten. Beide hofften, durch Anschaffung von Maschinen ihre Lage zu verbessern. Da sie aber nicht genügend Absatz hatten, so sahen sie sich, um ihre Maschinen besser ausnützen zu können, gezwungen, sich auf die Galanterietischlerei zu legen. Ihr Jahresprodukt hat sich zwar vergrößert, ihre Lage aber kaum gebessert; und jedenfalls sind sie, die früher selbständige Handwerker waren, in die Abhängigkeit vom Verleger gekommen.

Die Absatzverhältnisse der Galanteriemöbelbranche und ihre ungünstige Entwicklung in den letzten Jahren habe ich an anderer Stelle erörtert[1]. Schnelle Veränderung der Konjunktur und rascher Wechsel der Mode sind mit dieser Industrie unzertrennlich verbunden. Es ist deshalb schwer, auf Lager zu arbeiten; die Artikel werden meist auf Bestellung der Berliner Firmen produziert, die durch ihre Reisenden gewöhnlich im Spätsommer ihre Aufträge erteilen. Die Bezahlung erfolgt fast immer erst 6 bis 13 Wochen nach Ablieferung der bestellten Waren.

Die kapitalschwachen Kleinbetriebe befinden sich in drückender Abhängigkeit von den Berliner Großhändlern. Außerdem sind sie seit den 70er Jahren einer sich stets verschärfenden maschinellen Konkurrenz aus-

---

[1] Vgl. Tischlergewerbe in Berlin, S. 462.

gesetzt. Da infolge beider Umstände die Preise beständig sinken[1], so kämpft das Kleingewerbe einen verzweifelten, aber aussichtslosen Kampf um seine Existenz. Nur durch möglichst niedrige Löhne und starke Lehrlingszüchterei hält es sich noch einigermaßen über Wasser. Besonders bedenklich ist die Lage der Kleinmeister in den drei Städten geworden, seitdem sich die Fabrik in Lübbenau aufgethan hat. Dadurch ist die maschinelle Konkurrenz, die sie bisher nur aus der Ferne zu spüren hatten, zu einer lokalen geworden.

Der Fabrikant in Lübbenau war früher ein kleiner Drechslermeister, dem es geglückt ist, seinen Betrieb beständig zu vergrößern, bis er ihn vor zwei Jahren zu einer vollständigen Fabrik erweitert hat. Das Etablissement zeigt schon in seinem Äußern die Entstehungsgeschichte. An der Straße liegt ein kleines, ärmlich aussehendes, einstöckiges Haus, das jetzt noch als Wohnhaus dient und außerdem die Comptoirräume enthält. Wenn man es durchschreitet, so ist man ganz erstaunt, auf dem Hof ein großes schönes zweistöckiges Fabrikgebäude zu finden, das in technischer und hygienischer Hinsicht durchaus praktisch eingerichtet ist. Der Fabrikant und seine Angehörigen sind einfache Leute geblieben; Frau und Tochter helfen auch jetzt noch wie früher[2] beim Einpacken der fertigen Waren; auch jetzt noch giebt die Frau den 8 Lehrlingen in der Küche selber ihr Frühstück und ihren Vesperkaffee.

Die große Überlegenheit dieser Fabrik über den Kleinbetrieb beruht vor allem auf der Kombination von Brettschneidemühle, Tischlerei und Drechslerei. Der Besitzer kauft keine Bretter, sondern rohe Fichten- und Erlenstämme auf der Auktion im Walde, die in der Fabrik zu gebrauchsfertigen Gegenständen verarbeitet werden. Die mechanischen Drehbänke allein würden keine beträchtliche Überlegenheit begründen, da die durch sie hervorgerufene Produktionssteigerung nur bei den größeren Objekten, die auch größeren Kraftaufwand erfordern, entscheidend ins Gewicht fällt, während sie bei der Masse der kleineren Artikel nicht so erheblich ist, um einen Wettbewerb der schlecht gelohnten Handarbeit mit der teueren Maschinenarbeit gänzlich auszuschließen[3]. Bandsäge, Fräse, Kreissäge und

[1] Der gangbarste Artikel, Rauchtische, kostete pro Dutzend anfangs der 80er Jahre noch 36, jetzt 24 Mk. (Ladenpreis pro Stück früher 4,50, jetzt 3 Mk.) Die Lübbenauer Fabrik bietet sie neuerdings den Händlern schon mit 21 Mk. an. Eine Verschlechterung der Qualität soll nicht stattgefunden haben.

[2] Bei allen diesen Drechslermeistern haben Frau und Kinder das Sortieren und Einpacken zu besorgen.

[3] Nach den Angaben des Fabrikanten sind die Stücklohnsätze nach Einführung

Hobelmaschinen bringen einen weit größeren Nutzen, weshalb es auch begreiflich ist, daß der andere Betrieb in Lübbenau Fräse und Bandsäge mit motorischer Kraft treiben läßt, bei seinen Drehbänken aber vorläufig noch am Fußbetrieb festhält. Noch weit besser ist natürlich derjenige gestellt, welcher eine Gattersäge anschaffen und seine Bretter selbst schneiden kann. Die Vereinigung aller dieser Maschinen bedingt die absolute technische Überlegenheit des großen Etablissements.

Für den eigentlichen Kleinbetrieb in der Drechslerei ergiebt sich daraus die Unmöglichkeit, seine Lage durch Einführung von Kleinmotoren zu verbessern. Da die motorisch bewegten Drehbänke, die er sich allenfalls anschaffen kann, nicht entscheidend sind, so müßte er mindestens auch Fräse und Bandsäge haben. Dazu wäre aber schon ein ansehnliches Kapital erforderlich, und der Betrieb rückte in die Kategorie der fabrikmäßigen Mittelbetriebe empor, ohne daß es damit ausgemacht wäre, ob er sich auch dauernd gegen die große Fabrik halten könnte [1].

Die Arbeiterverhältnisse sind in der Galanteriemöbelbranche von denen im Handwerk sehr verschieden. Die Gesellen gehören nicht dem Haushalt des Meisters an, sondern werden in Geld entlohnt. Stücklohn überwiegt auch in den kleineren Werkstätten, in der Fabrik ist er ausschließlich gebräuchlich. In Lübben verdienen die Drechslergesellen 10 bis 14 Mk. wöchentlich, 12—13 Mk. kann als Durchschnitt gelten; Tischler erhalten 13 — 17 Mk. Die effektive Arbeitszeit beträgt gewöhnlich 11 Stunden, in der Saison (Oktober-Dezember) 14 Stunden (von 7—11 einschließlich 2 Stunden Pause). In Lübbenau sind die Arbeitsbedingungen besser [2]. 14—16 Mk. kann als Durchschnittslohn gelten; auch Löhne von 18—19 Mk. kommen vereinzelt vor. Die Arbeitszeit ist um eine halbe Stunde kürzer und wird auch in der Saison meist innegehalten. Die alte Erfahrung, daß die Großindustrie ihre Arbeiter im allgemeinen besser bezahlt als das Handwerk, findet sich auch hier bestätigt.

Die Gesellen sind vielfach ältere und verheiratete Leute. Im Gegensatz zu den jugendlichen Gesellen des Tischlerhandwerks gehören sie zum

---

der Maschinen bei ihm für die kleineren Artikel um 10 Prozent, für die größeren um etwa 20 Prozent herabgesetzt worden. Man sieht daraus, daß bei den großen Anlage- und Betriebskosten der maschinellen Einrichtung die mechanische Drehbank allein nicht viel billiger produzieren kann als die Drehbank mit Fußbetrieb. Dieses Resultat würde auch im wesentlichen bestehen bleiben, selbst wenn in anderen Fabriken eine etwas größere Herabsetzung der Stücklöhne eingetreten sein sollte.

[1] Vgl. auch Neu, Drechslerei in Leipzig. Schriften, Bd. 63, S. 65 u. 86 ff.

[2] Im Tischlerhandwerk ist es gerade umgekehrt.

großen Teil (in Lübben 25, in Lübbenau 16) dem socialdemokratischen Holzarbeiter-Verbande an, der in beiden Städten Zahlstellen hat[1]. Die Organisation der Gesellen ist in Lübben, wo sie zeitweilig schon 45 Mitglieder umfaßte, ziemlich stark, da die Widerstandskraft der Meister gering ist; eine Sperre macht sie leicht bankerott. Sie müssen deshalb auch den Arbeitsnachweis der Gesellen benutzen, während die Tischlerinnung ihren eigenen hat.

Bei den statistischen Erhebungen des Holzarbeiter-Verbandes (1893) haben in Lübben 3 verheiratete und 7 ledige Gesellen die Fragebogen ausgefüllt[2]. Der Durchschnittswochenlohn betrug 13,23 Mk.; die Verheirateten hatten einen Jahresverdienst von durchschnittlich 679, die Ledigen von 655 Mk. Die Ausgaben der Verheirateten betrugen für Wohnung 97, für Nahrung 523 und für „Sonstiges“ 107 Mk., zusammen also 727 Mk., sodaß ein Deficit von 48 Mk. verblieb, das durch Nebenbeschäftigung gedeckt werden mußte. Die Ledigen verausgabten für Wohnung 45 und für Nahrung 392 Mk.; für „Sonstiges“ blieben ihnen 187 Mk., außerdem hatten sie einen Überschuß von 31 Mk.

Die Lehrlinge lernen ohne Lehrgeld $3\frac{1}{2}$ Jahr. Sie essen im Kleinbetrieb gewöhnlich am Tische des Meisters, schlafen aber vielfach zu Hause; in der Fabrik erhalten sie Kostgeld[3]. Die Arbeit in der Fabrik ist leichter als im Handwerk, da das Treten wegfällt; doch wird größere manuelle Geschicklichkeit gefordert. Die Ausbildung ist in der Fabrik vielseitiger als in den kleinen Werkstätten, wo nur ein Specialartikel gefertigt wird.

Über das Einkommen der Kleinmeister lassen sich bestimmte Zahlenangaben nicht beibringen; einer der größeren Lübbener Meister (8 Gehilfen) bezifferte sein Einkommen auf 1200 Mk. jährlich. Jedenfalls befinden sie sich alle in recht dürftigen Verhältnissen, die sich seit 1890 beständig verschlechtert haben. In Lübben haben nur drei ein eigenes Haus, drei sitzen zur Miete, die für Werkstatt, Stube, Kammer und Küche mindestens 200 Mk. beträgt.

Schon heute hat die eine Fabrik mehr Arbeiter als sämtliche Handwerksmeister zusammen, deren völliger Untergang nicht allzu lange auf sich warten lassen dürfte. Einige hat sich die Fabrik bereits als Heimarbeiter dienstbar gemacht, und andere gänzlich bankerotte Meister haben in ihr

---

[1] Auch in Vetschau ist eine.

[2] Lage der deutschen Holzarbeiter, S. 36.

[3] Außerdem 2. Frühstück und Vesperkaffee.

als Arbeiter eine Zuflucht gefunden. Drei früher selbständige Tischler und die beiden Bildhauer in Lübbenau, einige Dorftischler und einige Drechslermeister sind jetzt in ihr als Gesellen thätig. So kommt die Überlegenheit der Großindustrie und die Proletarisierung des Handwerks allen deutlich zum Bewußtsein. —

Bis in die 70er Jahre blühte in Lübben und Vetschau die Pfeifendrechslerei, die hier von 4, dort von 6—7 Meistern betrieben wurde, von denen einige 2—3 Gesellen beschäftigten. Die Pfeifen wurden meist versandt, und ein Meister zeigte mir aus seinen Büchern, daß er damals jährlich für 900—1200 Thaler Ware verschickte. Heute ist das Geschäft völlig tot; nicht mehr für 100 Mk. kann er jährlich verschicken.

In Lübben sind noch 5, in Vetschau 2 Pfeifendrechsler, deren Thätigkeit als Drechsler kaum noch erwähnenswert ist. Es sind durchweg ältere Leute, die keinen einzigen Gesellen oder Lehrling beschäftigen; irgend welcher Nachwuchs ist nicht vorhanden, und das Handwerk wird in einigen Jahren gänzlich ausgestorben sein. Alle besitzen ein Haus und ein Ladengeschäft, in dem sie mit Pantoffeln, Körben, Bürsten, Galanteriewaren, gekauften Pfeifen u. s. w. handeln; außerdem haben sie noch alle Nebeneinnahmen der mannigfaltigsten Art[1].

Der Untergang des Gewerbes ist durch die Verringerung der Nachfrage nach Pfeifen und durch die Konkurrenz der billiger arbeitenden böhmischen Pfeifenindustrie (Rumburg) herbeigeführt worden.

Außerdem giebt es in Lübben noch einen Horndrechsler, der Manschettenknöpfe, Broschen u. s. w. verfertigt und 2 Lehrlinge und 3 Gesellen beschäftigt. Seine Konkurrenzfähigkeit sucht er durch die denkbar niedrigsten Löhne aufrecht zu erhalten; seine Gesellen müssen selbst für Kost und Logis sorgen und erhalten nur 8 Mk. wöchentlich.

Großen Umfang hatte früher auch die Spinnraddrechslerei, die in den Dörfern des Spreewalds von den ärmeren Landleuten und den Tagelöhnern als eine Art Hausfleiß im Winter betrieben wurde. Ihre Drehbänke waren sehr primitiv, und gelernte Drechsler gab es unter ihnen kaum. Ihre Produkte wurden von den städtischen Kaufleuten versandt, da sie der Spreewald nur zum kleinsten Teil konsumieren konnte. Das fast völlige Verschwinden der Hausspinnerei hat natürlich auch der Spinnrad-

---

[1] Zwei sind Landwirte, einer ist Spritzen- und Schützenmeister und besorgt außerdem noch die Leichenwagen, einer hat eine Gärtnerei und Kranzbinderei, einer hält Pensionäre und vermietet möblierte Zimmer, bei einem schneidert die Frau, und der letzte endlich hat eine gute Erbschaft gemacht.

drechslerei ein Ende bereitet, und damit sind die ärmeren Spreewäldler um eine lohnende Winterarbeit gekommen. Doch giebt es noch einige, die gelegentlich Spinnräder, besonders aber Naben und Ruderknöpfe drechseln.

Endlich muß auch noch erwähnt werden, daß die beiden Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen in Vetschau eine große Anzahl (etwa 100) Tischler und andere Holzarbeiter beschäftigen, die 15—16 Mk. wöchentlich verdienen. Zahlreiche frühere Dorftischler aus der weiteren Umgegend, besonders auch aus den Dörfern des Spreewalds, sind hier als Gesellen thätig.

C. Schlußbetrachtungen.

Ein recht trübes Bild von der Lage beider Handwerke haben die vorstehenden Untersuchungen entrollt.

Hinsichtlich der Drechslerei haben sie das Ergebnis bestätigt, zu dem schon Neu[1] gekommen war. Das Handwerk ist in völligem Verfall begriffen; sein Produktionsgebiet ist durch Änderungen in der Technik und in der Mode eingeengt worden, auf dem verbliebenen Felde dringt die Fabrik siegreich vor. Vom Verfall der handwerksmäßigen Möbeltischlerei wird es aufs schwerste getroffen.

Wenn man die Resultate dieser Arbeit mit denen der bisherigen Forschungen vergleicht, so ergiebt sich für die Tischlerei folgende Perspektive:

In der Bautischlerei sind dem Handwerk zwei Feinde erwachsen. Die großen Fabriken in den Walddistrikten werden die Verfertigung aller Massenartikel (gewöhnliche Thüren, Fenster u. s. w.) an sich reißen. Zur Zeit ist ihre Konkurrenz erst in den Großstädten aufgetreten; aber mit der weiteren Entwicklung dieser noch jungen Industrie wird sie auch in den Kleinstädten fühlbar werden. In den Großstädten werden für die besseren Bauarbeiten maschinelle Großbetriebe sich behaupten können, die auch das Anbringen und Einsetzen der fertig bezogenen Massenartikel besorgen werden, soweit ihnen das nicht von den eigenen Filialen der auswärtigen Fabriken bestritten werden wird.

In den Mittel- und Kleinstädten und schließlich auch in den Dörfern

[1] Drechslerei in Leipzig. Schriften, Bd. 63, S. 91 ff.

wird das Bautischlerhandwerk von den Zimmereien verdrängt werden, welche die individuelle Bauausstattung wie das Anbringen der fertig bezogenen Teile besorgen werden. Diese Betriebe werden meist als Kombination von Brettschneidemühle, Zimmerei, Bautischlerei und Holzhandlung auftreten[1]. Auch für die Großstädte dürften diese kombinierten Betriebe Bedeutung gewinnen. Von den Fabriken und den Zimmereien in die Mitte genommen, wird das Bautischlerhandwerk schließlich völlig zerrieben werden.

In der Möbeltischlerei ist die Fabrikation der Kunstmöbel bereits an Großbetriebe und kapitalkräftige fabrikmäßige Mittelbetriebe übergegangen. In der Stuhlfabrikation ist die Fabrik ebenfalls schon siegreich geblieben. Für die fournierten Gebrauchsmöbel ist Berlin auf dem besten Wege, das vollständige Monopol zu erlangen. Das Tempo, in dem das provinzielle Handwerk aus diesem wichtigsten Zweige der Möbeltischlerei verdrängt wird, beschleunigt sich von Jahr zu Jahr, da die Verringerung der Produktion fournierter Möbel auch die Ausbildung der Lehrlinge ungünstig beeinflußt, sodaß die Position des Kleinmeisters immer schwächer werden muß. Seine Thätigkeit beschränkt sich mehr und mehr auf die nichtfournierten kienenen Möbel. Aber auch hier vollzieht sich die Entwicklung in einer für das Handwerk sehr ungünstigen Weise. Wo das Magazin Fuß faßt, schädigt es die Tischler nicht nur durch den Vertrieb der Berliner Möbel, es drückt die Kleinmeister auch zu Heimarbeitern herab, die ihm seine kienenen Möbel hausindustriell fertigen müssen; außerdem hält der Händler fast stets noch eine Reparaturwerkstatt, um dem Handwerker auch noch den letzten Verdienst zu nehmen[2]. Endlich ist auf dem Gebiete der kienenen Möbel eine große Überlegenheit der Maschine vorhanden, die aber bis jetzt nur in den Großstädten zur Ausbildung maschineller Betriebe geführt hat. Das Versandgeschäft ist noch nicht bedeutend, da die Transportkosten für diese geringwertigen Möbel zu hoch sind. Es ist aber wahrscheinlich, daß diese noch sehr junge Industrie wie in Amerika, sich in den Waldgegenden niederlassen und nicht fertige Möbel,

---

[1] In Amerika und in England ist diese Kombination von Zimmerei und Bautischlerei bereits allgemein üblich; deshalb sind auch Zimmerleute (carpenters) und Bautischler (joiners) in gemeinsamen Gewerkvereinen organisiert, während die Möbeltischler (cabinet-makers) besondere Vereine haben.

[2] Diese Herrschaft des Magazins finden wir auch schon in ziemlich kleinen Orten; z. B. in Konitz (10 000 Einwohner). Vgl. Lubnow, Tischlergewerbe in Konitz, Schriften, Bd. 65.

sondern nur die Teilstücke produzieren und versenden wird, die dann in den Werkstätten der Magazine nur zusammengesetzt und gestrichen zu werden brauchen. Sobald diese Entwicklung einmal eintritt, wird sie reißende Fortschritte machen, da durch die zahlreichen Möbelmagazine in der Provinz der Absatz leicht organisiert werden kann [1]. Damit würde das einst so stolze Tischlerhandwerk aus seiner letzten Stellung vertrieben werden.

[1] Vgl. Tischlergewerbe in Berlin, S. 427, 434 f.

XI.

Die Schwarz- und Schönfärber der Priegnitz.

Von

Dr. Richard Zimmermann.

1. Die Priegnitz und ihre Städte.

Die Priegnitz bildet den westlichsten Teil der Provinz Brandenburg. Sie liegt in dem Tieflande Norddeutschlands, wird im Norden vom Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin, im Osten von der Grafschaft Ruppin, im Süden von der Altmark und Hannover, im Westen von Hannover und Mecklenburg begrenzt. Das kleine Ländchen zerfällt gegenwärtig in zwe Kreise, in die Westpriegnitz (27,49 Q.-Ml. und 72000 Einwohner) und die Ostpriegnitz (35,35 Q.-Ml. und 67000 Einwohner). Es zeigt im allgemeinen eine wellige Oberfläche, die, von Thälern und Rinnen durchfurcht, einer ganzen Anzahl von Wasserläufen den Durchzug gestattet. Die Elbe, die Havel, die Stepenitz, die Jägelitz, die Löcknitz, die Dosse bewässern das Gebiet; ziemlich große Seen finden sich vor; somit ist das Wasser, ein unentbehrliches Erfordernis für den Färber, in genügender Menge vorhanden, und das Gewerbe der Färber hat denn auch von alters her in kräftigster Blüte gestanden.

Die ältesten Bewohner der Priegnitz waren, soviel wir wissen, Deutsche; sie wurden zur Zeit der Völkerwanderung von den Wenden verdrängt; die letzteren mußten aber später den Deutschen wieder Platz machen, die großenteils die wendischen Niederlassungen, von welchen Spuren bis auf die heutige Zeit (in der Bauart, in Begräbnisplätzen) erhalten geblieben sind, in Besitz nahmen oder neue Niederlassungen gründeten. Die meisten Priegnitzer

Städte haben sich in der räumlichen Ausdehnung früherer Decennien erhalten bis auf Wittenberge, das durch den Einfluß der Berlin-Hamburger Eisenbahn sich ungeahnt schnell ausgebreitet hat. Die Haupt- und Kreisstadt der Westpriegnitz ist die alte Hansastadt Perleberg; bekannt wegen seines alten Doms ist Havelberg, weiter sind noch Lenzen, Putlitz, Wilsnack, letzteres als Wallfahrtsort im Mittelalter weit berühmt, und Wittenberge zu nennen. Die Haupt- und Kreisstadt der Ostpriegnitz ist Wittstock, andere Städte sind Kyritz, Meyenburg, Pritzwalk; es gehören dazu die Flecken Freienstein und Zechlin. Zwei weitere Städte, Neustadt a. D. und Wusterhausen, zählten in früherer Zeit mehrfach zu dem Ländchen der Priegnitz; wir erwähnen sie hier, weil wir ihnen in den statistischen Ziffern über die Ausdehnung des Färbergewerbes wieder begegnen werden.

In fast allen diesen Städten waren die Färber vom 17. Jahrhundert an zahlreich vertreten. Auch auf dem platten Lande waren sie angesessen (im Dorfe Kunow arbeitet noch jetzt ein Färber); aber die noch vor 30 bis 40 Jahren ziemlich beträchtliche Zahl der Gewerbsgenossen ist in der Gegenwart ungemein zusammengeschrumpft, und es wird die Aufgabe der folgenden Ausführungen sein, die interessante Entwicklung, welche zu diesem Ergebnis geführt hat, näher zu verfolgen.

2. Die Schwarz- und Schönfärber der Priegnitz seit 1645.

In der Innungslade der Priegnitzer Schwarz- und Schönfärber, welche bei den Obermeistern in Perleberg als Vorort des Gewerbes zuletzt in Verwahrung blieb, ist als ältestes Dokument ein Innungsbrief aus dem Jahre 1645 erhalten, in dem Friedrich Wilhelm, Markgraf zu Brandenburg, genehmigt, daß den Schwarzfärbern der Priegnitz, welche bisher mit denen der Altmark zusammen ein Corpus bildeten, eine eigene Lade zugebilligt wurde. Neben Festsetzungen über die Zulassung zum Schwarzfärbergewerbe und den Betrieb des letzteren, über Haltung von Lehrlingen und Zahlungen an die Lade, wird mit Bezug auf die Meisterprüfung in Art. 5 erwähnt, daß sich diese bei den Schwarzfärbern auf drei Farben: Schwarz, Rot und Blau zu erstrecken habe.

Es ist dies insofern von Wichtigkeit, als älteren Nachrichten zufolge die Schwarzfärber ursprünglich nur schwarz gefärbt haben sollen. Es wird dies damit erklärt, daß, wie Schmoller in seiner Arbeit über die Straßburger Tucher- und Weberzunft annehmen zu können glaubt, die Schwarzfärber aus dem Tuchmachergewerk hervorgegangen sind. Traditionellen

Überlieferungen zufolge wird der Ursprung des Färbergewerbes in der Priegnitz aber darauf zurückgeführt, daß Schwarzfärber aus Italien und den Niederlanden eingewandert seien und von jeher eine selbständige Position, unabhängig von den Tuchmachern, inne gehabt hätten. Für die Schmollersche Anschauung spricht gewiß der Umstand, daß die Tuchmacher früher selbst gefärbt haben, ja daß es auch heute noch in Malchow in Mecklenburg Tuchmacher giebt, welche ihre schwarzen Tuche färben und auch noch einige wenige andere Farben in Wolle selbst sich besorgen.

Aus der Schwarzfärbergilde wurde später eine solche der Schwarz- und Schönfärber. Ein Erlaß des Bürgermeisters und Rates von Berlin vom 7. Februar 1720 weist nämlich folgenden Passus auf:

„Nachdem Sr. Königl. Maj. in Preussen 2c. Unser allergnädigster Herr sub Dato 27. Martii 1717 denen Schwartz- und Schön-Färbern dieser Residentzien und den mit ihnen haltenden Städten der Chur- und Mark-Brandenburg ihre Privilegia und sonderlich deren 14. Articul dergestalt allergnädigst confirmiret, daß die Tuchfärber sich nicht unterstehen sollen, Leinen und halb Wollene Zeuge zu färben, desgleichen die Rasch-, Tuch-, Huth- und Creponmacher auch Leinenweber iingleichen alle anderen Professionen, sie haben Namen wie sie wollen, es wäre denn, daß Jemand darüber eine absonderliche Concession oder Privilegium erlangt hätte, sich enthalten sollen, weder Wollene noch Leinen Zeuge, als worüber das Schwartz- und Schön-Färber-Gewerk im ganzen Römischen Reiche privative et cum jure prohibendi privilegiret ist, für andere Leute um Lohn zu färben, nicht weniger andere, so das Handwerk nicht ehrlich gelernet noch bei der Lade nach Handwerks-Gebrauch als redliche Meister recipiret worden, sich dessen ferner unternehmen."

Ein Schreiben des verordneten Kriegs- und Domänenrats in der Priegnitz vom 1. Mai 1733 bestätigt, daß das unlängst eingesandte Schön- und Schwarzfärber-Privilegium des Priegnitzischen Kreises nun konfirmiert sei und den sämtlichen Meistern bekannt gemacht werden soll. Ein weiterer Ausweis über dieses Privileg ist nicht vorhanden, indessen war ein „General-Privilegium und Gülde-Brieff des Schwartz- und Schönfärber-Gewerks in der Chur-Mark und zwar desselben zu Perleberg und alle mit selbigem Gewerk haltenden Priegnitzischen Städten, de dato Berlin, den 14. Februar 1743", welches den beiden in Perleberg ansässigen Tuchmachern am 2. Oktober 1744 zu ihrer Nachricht und Achtung publiziert wurde, behördlicherseits zu erlassen für nötig befunden worden, weil „die vielfältige, bey denen Gülden und Handwerkern eingeschlichene Mißbräuche, und die eigenwillige bey denselben sogar wieder allgemeine Reichsgesetze, teils neu eingeführte, teils beybehaltene alte schädliche Gewohnheiten, dergestalt überhand genommen, und dermaßen viele und große Unordnungen nach sich gezogen" u. s. w. Wer Meister werden wollte, mußte „eine echte blau Küpe an-

setzen, und solche in Zeit von 24 Stunden in völligem Stand bringen", außerdem blau in Leinwand, in Schürzen, in Glantz, desgl. Stücke in rot und Wollenzeuge eventuell in schwarz, rot und blau auf wollene Zeuge anfertigen können. Den Meistern in Land=Städten konnten hiervon einige Stücke nachgelassen werden. In das Gewerk sollten so viel Meister aufgenommen werden, als sich ehrlich ernähren konnten.

Die schon erwähnte Bestimmung über das Arbeitsgebiet der Schwarz= und Schönfärber wurde noch dadurch ergänzt, daß nun auch „die Rasch=, Tuch=, Huth=, Crepon=Macher und Leinweber, wie auch alle andere Professiones sich enthalten sollten, weder Wollen, halb Wollen, noch Leinen=Zeug, und Garn", zu färben, aber es stand den obengenannten und anderen Handwerkern wie auch sämtlichen Fabrikanten nach wie vor frei, ihre selbst verfertigten Waren zu färben. Es sollte aber „dem Schwartz= und Schönfärber=Gewerk in der Stadt, wo keine Tuch=Färberei ist, und kein Waid= und Schönfärber wohnt" erlaubt sein, auch Tücher zu färben, wenn die Probe des Könnens hierfür vor zwei Magistrats=Deputierten abgelegt war. Hingegen war auch den Tuchfärbern in den Städten ohne Schwarz= und Schönfärber erlaubt, Leinen zu färben. Wohnten in einer Stadt aber Schwarz= und Schönfärber zusammen und zugleich Waid=, Schön= oder Tuchfärber, so sollten die letzteren keine Leinwand, Leinen=Garn und halbwollene Zeuge färben, die ersteren in der Regel nur diese Artikel.

Ein Entwurf aus dem Jahre 1850 zu einem Special=Statut der Färber=Innung zu Perleberg, wie von nun an das Schwarz= und Schönfärber=Gewerk der Priegnitz heißt, kann unser Interesse wenig fesseln, da es über die Abgrenzung des Betriebs und die Art desselben nichts enthält.

Eine große Umwandlung erfuhr die Färberei durch die Entdeckung der Anilinfarben. Das Special=Statut der Färber=Innung in Perleberg vom 15. Januar 1868 sollte wohl den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen; aber der Verfall der Innung war nur noch kurze Zeit aufzuhalten. Nominell existiert die Innung noch; aber thatsächlich kümmert sich kein Färbermeister der Priegnitz mehr um die alte Lade. Die neue Zeit hat auch hier aufgeräumt.

3. Der Aufschwung in der Färberei.

Wenn seit dem 17. Jahrhundert genau abgegrenzt war, was die Schwarzfärber alles zu färben hatten und durch den Hinzutritt der Schön=

färber zu dem Schwarzfärbergewerk das Arbeitsfeld erweitert wurde, so war mit der Umtaufe des Schwarz- und Schönfärbergewerks der Priegnitz in die Färber-Innung gewissermaßen angedeutet, daß die strenge Scheidung in den Arbeitsgebieten aufgehört habe. Nunmehr kommt es vor, daß ein Färber Tuche, Leinen, Wolle und Seide färbt, die Lappenfärberei und später die chemische und Naßwäsche betreibt.

Den Umfang des Betriebes in den einzelnen Perioden illustrieren die folgenden Zahlen; in der Priegnitz waren an Färbern (Schön- und Schwarzfärbern) vorhanden:

	in den Städten				auf dem Lande	
	Meister	Gesellen	Lehrlinge	Arbeiter	Meister	Gesellen
1750[1]	25	4	4	—	5	—
1801[1]	16	7	5	—	1	—
1855/65[2]	46	52—66	7—8	25	2	1
1896	23	5	1	3	1	—

Die Küpenfärberei bildete einen der ältesten Zweige der Färberei und bezeichnet noch jetzt das hauptsächlichste Arbeitsgebiet. Sie hat sich ihren guten Ruf bewahren können, wennschon in der Färberbranche Neuerungen in fast jedem Jahre wenigstens der letzten Jahrzehnte aufkamen und so schnell wechselten, wie in keinem anderen Gewerbe. In Gebrauch war die kalte Küpe (Vitriolküpe) für die vegetabilische Faser: Baumwolle, Leinwand, Jute, Hanf und die warme Küpe, auch Waidküpe genannt, welche ihren Ursprung aus dem Orient herleitete, und zur Färbung der wollenen Gewebe dienend, immer die Hauptgrundlage der alten Färberei gewesen ist. Die neue Zeit räumte zwar nicht mit der Art des Färbens auf; aber sie erfand neue Rohstoffe, welche ein rascheres Färben ermöglichten; sie schuf Maschinen, welche wirtschaftlich vorteilhafter arbeiteten, als es bisher hatte geschehen können. So sind denn die Errungenschaften der modernen Technik Mitte unseres Jahrhunderts, das Wecken von erweiterten Bedürfnissen bei den Menschen, die Erfindung der künstlichen Farbstoffe und die zeitweise Verteuerung der Baumwollenstoffe durch den amerikanischen Befreiungskrieg in den ersten 60er Jahren die Beförderungsmittel des Aufschwungs der Färberei gewesen, wie er sich auch in den Zahlen aus den 50er und 60er Jahren dieses Jahrhunderts wiederspiegelt.

---

[1] Bratring, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg. Berlin 1804.

[2] Einschließlich Wusterhausen und Neustadt.

Die Hauptursache des Aufschwungs in der Färberei und der Umwandlung derselben war die Entdeckung der Anilinfarben im Jahre 1859, welche die Hervorbringung so ziemlich jeder Farbennuance gestatten und als substantive Farben sich unmittelbar mit der Faser verbinden, während bei den bisher bekannten Färbemitteln (adjektiven Farben) die Farbe erst in der zu färbenden Faser durch chemische Zersetzung gebildet wurde, was eine Beize als Befestigungsmittel der Farbe voraussetzte. „Kein Zweig der Textilindustrie hat eine derartige Umwandlung erhalten, als eben die Druckerei und Färberei. Cochenille und Krapp, vor 10 Jahren noch als die wichtigsten Farbstoffe in der Färberei betrachtet, sind heutzutage absolut verschwunden und werden gar nicht mehr angewendet, anderer Farbstoffe wie Lac-dye, Lac-lac, Ginster, Scharte, Wau und Waid gar nicht zu gedenken[1].

Während durch diese Veränderungen ganze Erwerbszweige völlig verschwanden (ich erwähne nur den Krappbau in Schlesien und im Elsaß, die Zurichtung der Cochenillelaus auf den canarischen Inseln und in Mexiko), entstanden dagegen großartige Industrien, welche die künstlichen Farbstoffe erzeugen. Es werden von Jahr zu Jahr neue Serien von solchen auf den Markt gebracht, sodaß in absehbarer Zeit das vollständige Verschwinden sämtlicher natürlicher Pigmente" in Aussicht gestellt wird[2]. Thatsächlich bürgerten sich die künstlichen Farbstoffe (Anilinfarben) in den 60er Jahren rasch ein; aber es scheint doch ein wenig vorschnell geurteilt, wenn etwa schon für die nächste Zeit die Beseitigung aller alten Farbstoffe prophezeit wird. Vor allen Dingen ist das Hauptfärbemittel, der vielangefeindete, zeitweise in Deutschland bei harter Strafe verbotene Indigo, noch ungemein häufig in Gebrauch. Andere Färbemittel sind durch die Anilinfarben allerdings abgelöst, und das hat mit die Veranlassung zu dem Aufblühen der Färberei in der Priegnitz gegeben, da die Produktionskosten sich verbilligten, während die Preise des Färbens nicht sanken. Daneben aber spielte seit den 60er Jahren das Aufkommen der Lappenfärberei eine Rolle, indem nunmehr getragene Sachen vielfach zum Auffärben gegeben wurden, wo dies früher nicht geschehen war.

Es betrug vor 30—40 Jahren[3]:

---

[1] Waid und Krapp werden in kleinen Quantitäten noch immer in den Priegnitzer Färbereien verwandt; letzteres ist durch das Alizarin in der baumw. Türkisch-Rot-Färberei sehr verdrängt, wo früher der Krapp in Unmassen verbraucht wurde.

[2] Soxhlet, Die Praxis der Anilin-Färberei und Druckerei. Leipzig 1890.

[3] Die Zahl der Lehrlinge in der Ostpriegnitz konnte nicht ermittelt werden.

in den Städten	die Zahl der Färbereien	die Zahl der Gesellen	die Zahl der Lehrlinge	die Zahl der Arbeiter
Perleberg	9	14—16	3	6
Wittenberge	3	3	2	—
Lenzen	3	2—3	—	—
Wilsnack	3	3—4	—	3
Havelberg	4	3—4	1—2	4
Sandau	2	1—2	—	—
Neustadt	2	1—2	—	—
Wusterhausen	2	1—2	—	—
Kyritz	3	5—6	—	—
Pritzwalk	5	8—10	—	5
Wittstock	5	8—10	—	5
Freyenstein (Flecken)	1	1	—	—
Meyenberg	2	1—2	—	—
Putlitz	3	2	—	2
Kunow (Dorf)	1	—	—	—

Einen Großbetrieb gab es sonach in der Priegnitz selbst in den besten Zeiten nicht, und ein solcher ist auch gegenwärtig nicht vorhanden. Die Färberei war Landfärberei, d. h. das wollene und leinene Garn, welches die Landleute spannen, die selbst gewebte Leinwand aus Stadt und Land wurde gefärbt; die Kleider und Bänder, welche meist die Stadtkundschaft brachte, wurden gereinigt, gefärbt, durch Naßwäsche wurde die Lappenfärberei betrieben; der sogenannte Blaudruck (bedruckte Nessel) wurde vom Färber hergestellt und bildete den einzigen Artikel, den er zum Verkauf feil hielt.

Es war eine schöne Zeit, in der viel verdient wurde, wo es schwer hielt die Arbeit zu bewältigen und, was sonst Gebrauch war, Gesellen und Lehrling als Arbeitskräfte zeitweilig zu dem landwirtschaftlichen Nebengewerbe, das fast ein Jeder in mäßigem Umfange betrieb, heranzuziehen.

4. Der Niedergang der Färberei.

a. Der gegenwärtige Zustand.

Wer Gelegenheit hat, tiefer und länger in die Vorkommnisse einer Färberei der Priegnitz hineinzusehen, dem wird zunächst der Umstand auffallen, daß unter den zugereisten Gesellen, welche um Arbeit nachfragen, fast nie jüngere Persönlichkeiten sind; es handelt sich mit geringen Aus-

nahmen immer um Leute in den 40er und 50er Jahren, denen das Geld und oft auch die passende Gelegenheit gefehlt hat, sich selbständig zu machen, zumal in einer Zeit, wo es doch mit dem Gewerbe bergab ging und der Wagemut demgemäß tiefer und tiefer sank. Es gehörte immer schon eine erhebliche Summe Geldes dazu, eine Färberei zu erwerben, und es ist dies ein Zeichen dafür, daß die Färber sich nicht aus den niedrigsten, weil wenigst bemittelten Volksschichten, wie der Direktor der Berliner Färber-Akademie in einer Unterredung behaupten wollte, rekrutieren konnten. Es spricht gegen diese Annahme, die sich sonderbarer Weise auf die Thatsache stützen soll, daß Leute besserer bürgerlicher Herkunft nicht gern mit schmutzigen Händen herumliefen, die verständnisvolle Bereitwilligkeit, die uns bei unseren Erkundigungen entgegengebracht wurde, sodann die persönliche Bekanntschaft mit einigen alten Färberfamilien und die Kenntnis ihres Ursprungs, weiter der Umstand, daß die Färber in den Städten stets zu den angesehensten Bürgern gehörten.

Schon jetzt sind manchmal in der Priegnitz Gesellen schwer zu haben, so wenig ihrer auch gebraucht werden. Es beruht dies auf der Thatsache, daß Lehrlinge nach 1880 fast nicht mehr angenommen wurden. Die Ziffern über die Zahl der Färbereien in der Priegnitz spiegeln das Ebengesagte wieder, es sind 1896 vorhanden:

	Färbereien	Gesellen	Lehrlinge	Arbeiter
Perleberg	3	1	—	—
Wittenberge	2	1	—	—
Lenzen a. Elbe	2	—	—	—
Wilsnack	4	—	—	—
Havelberg	2	—	—	—
Sandau	1	—	—	—
Neustadt	1	1	—	—
Wusterhausen	2	—	—	—
Kyritz	2	—	—	—
Pritzwalk	2	1	—	1
Wittstock	2	2	—	2
Freyenstein	—	—	—	—
Meyenburg	1	—	—	—
Putlitz	2	—	1	—
Dorf Kunow	1	—	—	—

Die Gesamtzahl der Färbereien in diesen Orten hat sich gegen die Blütezeit von 48 auf 27 vermindert, und es ist fast der Stand vom Anfang

des Jahrhunderts wieder erreicht; indessen ist doch ein Unterschied insofern bemerkbar, als die Färbereien am Anfang des Jahrhunderts gut beschäftigt waren, während sie das jetzt nicht mehr sind, vielmehr das Ladengeschäft manche sonstige Einnahmequelle ersetzen helfen muß. Zu berücksichtigen bleibt auch, daß das Geschäft erst seit den letzten 12 Jahren etwa von Jahr zu Jahr abgenommen hat. Am auffälligsten tritt uns das Eingehen der Betriebe in den hauptsächlichsten Städten der Priegnitz, Perleberg, Pritzwalk und Wittstock vor Augen; auch in Wittenberge ist trotz der so bedeutenden Vergrößerung der Stadt eine Abnahme zu verzeichnen. Nehmen wir noch hinzu, daß die eine Färberei Perlebergs eigentlich wenig zu rechnen, die zweite mit einer Wollspinnerei verbunden ist und ihre Beschäftigung dieser mit zu verdanken hat, so bleibt in der 8000 Einwohner zählenden Hauptstadt der Priegnitz nicht viel mehr von Färbereien übrig. Die größte Färberei Perlebergs zählt zwei ausübende Personen; während sie in der Blütezeit neben dem Meister 5—6 Gesellen und einige Arbeiter beschäftigte.

Ein einziger Schönfärber wohnt noch in Wittstock; vor 30—40 Jahren waren deren in Perleberg 4, in Pritzwalk 4 und in Wittstock 3, welche allerdings auch alle anderen Sachen mitfärbten, die man ihnen in das Haus brachte. Da aber die kleinen Tuchmacher meist eingegangen sind, sind ihnen die Färbereien nachgefolgt. Der Schönfärber Wittstocks färbt die Tuche, welche einige kleine Tuchmacher, die in genossenschaftlicher Vereinigung ihre Walkmühle u. s. w. haben, fabrizieren; er nimmt übrigens auch alle anderen Artikel an; so erklärt sich die Gesellen- und Arbeiterzahl. Die eine Pritzwalker Färberei hat als Neben- oder besser schon Hauptbetrieb eine Garn-Spinnerei; sonst existiert in Wittstock und Pritzwalk je eine Tuchfabrik, deren Hauptarbeitsfeld die Lieferung von Marinetuchen ist; auch etwas Flanell wird hergestellt. Diese beiden Fabriken haben ihren eigenen Färber, welcher ihnen die Waidküpen führt und die Chemikalien und Farben zusammensetzt, während die andere Arbeit von ungelernten Arbeitern besorgt wird. Wie erwähnt, werden die blauen Tuche in der Waid- oder Sodaküpe gefärbt. Das Gehalt eines tüchtigen zum Anstellen dieser Küpen geeigneten Färbers ist auf 1200—1800 Mk. bei freier Wohnung in der Fabrik, aber ohne Kost bemessen. Der einzige noch vorhandene Lehrling ist der Sohn eines Meisters, welcher nach beendeter Lehrzeit im Vaterhause eine Färberschule besuchen soll. Es mag hinzugefügt werden, daß die Lehrzeit früher 3½—4 Jahre dauerte bei freier Station ohne Lehrgeld. Der Gesellenlohn beträgt jetzt 4,50—6 Mk. die Woche bei freier Station. Einen Stellennachweis giebt es nicht; bei großem Mangel schafft ein Inserat in den Färberzeitungen auch schon Abhilfe;

sonst ist die alte Umfrage üblich, welche von Durchreisenden schon des Geschenkes wegen nicht versäumt wird.

Im Verhältnis zu den größeren Städten Perleberg und Pritzwalk ist die Zahl der Färbereien in Wilsnack eigentlich hoch. Dies findet darin seine Erklärung, daß sich 3 Färber aus Wilsnack, wie auch 1 Färber aus Wittstock, der Dorffärber aus Kunow und 1 Färber aus Neustadt durch Hausieren auf dem Lande die Arbeit zusammensuchen, um sie dann späterhin den Leuten wieder ins Haus zu liefern.

Wenn wir betonen, daß außer der geringen Zahl der Gesellen (die überdem meist bejahrte Leute sind), das Fehlen der Lehrlinge und die Beschäftigung von nur noch wenigen Arbeitern laute Zeugen für den Niedergang des Gewerbes in der Priegnitz sind, so legt uns das auch noch den Gedanken nahe, zu untersuchen, welche Veränderungen in dem ganzen Betriebe vor sich gegangen sind. Eine Färberei schaut gegenwärtig anders aus als vor 50 Jahren. Gehen wir von einem Betrieb aus, in welchem 2 arbeitende Leute für die Färberei, darunter 1 Geselle, vorhanden sind, so werden die gleichen Räume, wie vor einem halben Jahrhundert noch benutzt, nur daß dort damals sich 6—8 Personen tummelten und von früh bis spät die Arbeit nicht zu schaffen vermochten. Es sind noch vorhanden, werden aber zum Teil nicht benutzt: ein Färberaum mit 2 warmen Küpen (kupferne Kessel), die recht häufig Reparaturen erfordern, die Heizanlage etwas unter dem Fußboden, und 4 kalten Küpen, der Trockenraum mit einer Presse und einer Schleudermaschine, der etwa einen Tag in der Woche für eine Person benutzte Druck- und Appretierraum und die Farbekammer. An Bodenräumen zum Trocknen der Leinwand bei schlechtem Wetter und freier Trockengelegenheit bei guter Witterung fehlt es nicht, sodaß die benötigten Arbeits- und Nebenräume einer kleinen Färberei schon einen ziemlichen Flächenraum beanspruchen. Die Kosten einer Färberei mögen für die Anlage 5000 Mk., für den Betrieb 3000 Mk. und für das Ladengeschäft an Warenvorrat 4—5000 Mk. betragen. Die Färberei liegt im Anbau nach hinten hinaus; vorn im Hause ist ein prächtiger und umfangreicher Laden herausgebrochen; das ist eben das Produkt der Neuzeit.

Vor 50 Jahren führte der Färber nur Blaudruck; dazu hatte er in der Hausflur an langen Stangen in Vorrat gefärbtes buntes Wollengarn hängen. Die Stücke lagen in seiner guten Stube aus, in welcher die Käufer vom Lande zugleich an Markttagen mit Kaffee und oft auch Kuchen bewirtet wurden. Gegenwärtig ist der Laden mit großem Schaufenster für den Färber der kleineren Provinzstadt unbedingte Notwendigkeit geworden; er muß in jetziger Zeit ein gut Teil Kaufmann sein.

Um das zu beweisen, brauchen wir nur den Inhalt des Ladens Revue passieren lassen. Ein guter Färber, dem ein noch mäßiges Kapital zur Verfügung steht, führt schon ein großes Schnittgeschäft in Stapelsachen, welche der Mode nicht so unterworfen sind, als da sind: Inlettte und Bezüge, bedruckte leinene Schürzen, Nessel zu Kleidern, Gingan, Kleider-Warp, Barchent u. s. w. Es giebt indessen auch schon Färber, welche sich große Manufakturgeschäfte zugelegt haben. Die Blaudrucke (bedruckte Nessel), welche der Färber früher selbst fertig stellte, werden jetzt zum Teil gekauft; blaue Leinwand, neben der Wollengarnfärberei ehemals das Hauptprodukt der Färber, ist fertig zum Verkauf vom Fabrikanten erstanden. Der Färber ist hierzu gezwungen, weil das Publikum erstlich die Leinwand möglichst breit liegend wünscht, die Bauernleinwand aber von alten Zeiten her nur eine Elle breit ist, zweitens weil auch nicht annähernd genug von dem Landmann mehr zum Verkauf angeboten wird. Selbst für den Eigenkonsum wird oft nicht genügend oder gar nicht mehr Leinwand im Bauernhause gewebt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Verbrauch gegen früher erstaunlich abgenommen hat. Blauleinene Schürzen sind ja noch immer im Gebrauch, aber blauleinene Hosen und Jacken sind außer Mode gekommen. Weiter weist der Laden Strick- und Warpgarne auf, die auch aus Fabriken bezogen werden. Gleich der Leinwand bringen die Landleute diese Garne nicht mehr zum Färber, um ihnen die gewünschte Farbennüance geben zu lassen: man kauft sie fertig aus dem Färberladen, weil man sie nicht mehr spinnt. Die Webewolle kauft der Landmann jetzt fast ausnahmslos fertig beim Färber; sehr vereinzelt nur bringt er noch einmal ein paar Pfund zum Färben. Dadurch ist der Färber aber gezwungen, ein großes Lager in Webewolle zu halten, wobei der Nachteil entsteht, daß er dafür nicht mehr erhält, als was der Färbelohn ausmacht, sodaß für das beim Einkauf des rohen Garns verauslagte Kapital sogar die Zinsvergütung verloren geht. Mit dem Einkauf der Webewolle wird schon Ende August angefangen; sie wird dann langsam mit aufgefärbt, je nachdem die Zeit es zuläßt, weil die Konsumenten schon im Januar beginnen, ihren Bedarf zu decken, und gerade in den strengen Wintermonaten die Witterung dem Färber vielfach nicht günstig ist. Der Verkauf geht am flottsten in den Monaten März, April und Mai, und läßt dann rasch nach. Endlich werden im Laden noch fertige Schürzen, wollene und baumwollene Hemden, Tücher, Chemisetts, wollene und baumwollene Strümpfe, Taschentücher u. s. w. geführt.

Fragen wir, was denn nun von all diesen Sachen Eigenproduktion des Färbers ist, d. h. insofern Eigenproduktion, als der Färbeprozeß in

Frage kommt, so ist hierauf herzlich wenig zu nennen. In erster Linie die Warpgarne, an welchen nur der Färbeverdienst haftet, gegenwärtig das beste Geschäft des Färbers überhaupt; sodann ein bis zwei Fächer Wollengarn und ebensoviel an blauer Leinwand, meist vom Lande stammend, um gefärbt zu werden, aber bis zum Abholen noch lagernd, da die Fertigstellung einer Ware durchschnittlich 14 Tage dauert, bei dem einen Artikel mehr, bei dem andern weniger, weil nur immer eine oder doch wenige Farben pro Tag durchgenommen werden können und gewartet werden muß, bis sich das zu einander passende Material einigermaßen angesammelt hat. Dazu werden Kleider, ein Kessel voll etwa alle 14 Tage, gefärbt und lagern bis zur Abholung im Laden, nachdem sie aufgeglättet oder appretiert sind. Das ist ungefähr das Arbeitspensum eines guten Färbers in einer Kreisstadt der Priegnitz, wo die Landbevölkerung eine wohlhabende ist.

Es wird nunmehr verständlich sein, daß der Färber auf das Ladengeschäft angewiesen ist. Natürlich ist dasselbe bei dem einen Färber ausgedehnter, bei einem anderen kleiner. Bei einem gutgestellten Färber der Priegnitz repräsentiert der Ladeninhalt sicher einen Wert von 4—6000 Mk.; die kleinen Färber mögen darin 1—2000 Mk. stecken haben. Je nach seinem Kapital bezw. Kredit erwirbt der Färber die Waren, welche er als Händler für seine Kunden führt, von Fabrikanten, welche regelmäßig ihre Reisenden schicken. Die zum Betrieb nötigen Rohstoffe ersteht er von Großhändlern aus Berlin, Magdeburg, Hamburg, Stettin, Oldenburg. Die Aniline kommen vielfach vom Rhein; der Indigo wird aus Frankfurt a. M. bezogen (gegenwärtig gute Bengals das Pfund zu 6—6½ Mk. gegen 9—11½ Mk. in den siebenziger Jahren.) Die Preise der Rohstoffe sind im Laufe der Jahre und unter dem Druck der Teerfarbprodukte billiger geworden, während die Färbepreise die gleichen geblieben, oder gar noch gestiegen sind. Der Entgelt für die Färbung beträgt für

	früher		jetzt	
1 Pfund blau Wollen= oder Baumwollengarn	50	Pf.	60	Pf.
" " dunkelblau " "	75	"	75—100	"
" " braun Wollengarn	75	"	75	"
" " schönrot . "	100	"	75	"
1 Elle blau Leinwand	0,20	"	0,20	"
" " " " einseitig bedruckt . . .	0,30	"	0,30	"
" " " " zweiseitig " . . .	0,35	"	0,35	"
" " grün und dunkelblau Leinwand . . .	0,30	"	0,30	"
" " kornblau Leinwand	0,25	"	0,25	"

Das Angewiesensein auf das Ladengeschäft macht sich auch insofern geltend, als das Bestreben vorherrscht, den landwirtschaftlichen Nebenbetrieb, den fast jede Färberei hat, mehr und mehr abzuschaffen. Ob dies eine Wirkung des mehr kaufmännischen Charakters des Geschäfts im allgemeinen ist, läßt sich nicht entscheiden; genug die Tendenz, die Ländereien zu verpachten oder zu verkaufen, um nur nicht selbst mehr wirtschaften zu müssen, ist vorhanden. Wo das Ladengeschäft einigermaßen gut geht, wird ein Ladenmädchen zur Bedienung des Publikums gehalten, welches in seiner vielen freien Zeit die Plätterei der gefärbten Kleider und gewaschenen Anzüge mit zu besorgen hat.

Einen Zweig des Färbergewerbes haben wir uns noch zur Besprechung vorbehalten, die wenig umfangreiche Naßwäsche, d. h. die Reinigung von getragener Garderobe. Herren-Anzüge werden mit einer guten Ölseife gewaschen, getrocknet und dann über dem Dampfbügelbrett gedämpft (gebügelt). Damengarderobe wird zunächst mit Benzin von Flecken gereinigt, dann mit Benzin durchgewaschen und nachgesehen, eventuell noch vorhandene Flecke detachirt (retouchirt), endlich gebügelt. Diese Proceduren werden auf die allereinfachste Weise mit der Hand vollzogen; eine chemische oder Kunst-Waschanstalt befindet sich im ganzen Priegnitzland nur in einer Färberei Wittenberges, die überwiegend mit der Wäscherei beschäftigt ist, aber auch nicht übermäßig zu thun hat, da das Publikum sich eben daran gewöhnt hat, die zu reinigenden Kleider in die großen Berliner chemischen Waschanstalten von Judlin, Spindler u. a. zu senden, die ihm vertrauenswürdiger erscheinen. Ein Motorbetrieb ist nirgends vorhanden.

b. Die Ursachen des Niedergangs.

Es sind im wesentlichen 3 Umstände, welche den Niedergang des Färbergewerbes in der Priegnitz verschuldet haben: der Rückgang des Hausfleißes bei den Landleuten, der Großbetrieb und die chemische Wäscherei. Bei der priegnitzischen Landbevölkerung hat sich die Entwicklung wohl so vollzogen, daß man zum Teil aus Bequemlichkeit, zum Teil aus Mangel an Arbeitskraft, auch wohl aus der Einsicht heraus, daß man die bisher selbstgefertigten Waren zu billigeren Kosten erstehen könne, dazu überging, die Spinn- und Webestühle bei Seite zu stellen, also kein Garn, keine Leinwand mehr zu produzieren und somit dem Färber die Gelegenheit zu nehmen, für sie die früheren Selbstfabrikate zu färben. Wollengarn und Leinwand werden jetzt vielfach gekauft; dadurch aber kommt der frühere Verdienst der Färber den großen Webereien und Spinnereien zu Gute.

Die Landleute spinnen und weben ja noch hie und da, aber doch nicht viel, sodaß die Zeit abzusehen ist, in welcher die Landfärberei, dies eigentliche und älteste Arbeitsgebiet der Priegnitzer Färberei, ganz und gar einschläft. Dazu kommt, daß durch die Verbilligung der Baumwoll- und Wollstoffe der Bedarf an Leinenwaren in der Landbevölkerung zurückgegangen ist. Man ist luxuriöser geworden; man vererbt auch nicht mehr einen Anzug, nachdem er aufgefärbt ist, vom Vater auf den Sohn, wozu bei der dauerhaften Arbeit früherer Zeiten die Möglichkeit vorhanden war, während die Stoffe jetzt lange nicht mehr die Haltbarkeit älterer Zeiten aufweisen. Man beansprucht das auch gar nicht; es gilt als nobel, möglichst häufig in neuen Kleidern zu erscheinen. Als Beleg für die Vergrößerung des Luxus möge angeführt werden, daß, wie uns glaubhaft versichert wird, Bauerntöchter in der Priegnitz zu ihrer Hochzeit sich mehrere seidene Kleider direkt von Herzog aus Berlin haben schicken lassen.

Ein schmaler Rest der Landfärberei ist den Färbern allerdings geblieben; ein anderer Teil des früher blühenden Arbeitsfeldes ist denselben durch die Großindustrie entrissen.

Was man im allgemeinen über die Vorteile des Maschinenbetriebes sagen kann, trifft völlig auf das Färbergewerbe der Priegnitz zu. Die Fabriken haben den Färbereien den Blaudruck unmöglich gemacht, weil sie die Arbeit billiger und schöner herzustellen in der Lage sind; sie haben ihren Betrieb auf die Garne ausgedehnt und liefern dem Färber dieselben bereits fix und fertig in allen Nüancen zum Verkauf; sie haben die wollenen Kleider verbilligt und machen dadurch die Auffärbung derselben (Lappenfärberei) unvorteilhaft.

Die gegenwärtigen Inhaber der Färbereien in der Priegnitz sind noch Meister alten Schlages, welche ihre Wanderzeit, wie ehedem unter dem Zunftzwange, durchgemacht und nach den alten Recepten die Färbekunst sich angeeignet haben, aber mit der Zeit doch nicht so fortgeschritten sind, daß sie den Kampf mit dem Großbetrieb, den Spinnereien und Webereien, welche zugleich die Färbung mitbesorgen, energisch und zweckmäßig aufnehmen konnten. Sie verstehen, durch Geruch und Gefühl es nach alter Weise regulierend, eine Küpe anzustellen, und ein Mißlingen verhindert hier die lange Übung. Sollte ein solches aber eintreten, so besitzen sie nicht die chemischen Kenntnisse, sich zu erklären, warum das Unglück geschehen mußte und wie dem abzuhelfen ist. Eine solche Küpe kann dann nicht ausgenützt werden. Der Unterschied zwischen substantiven und adjektiven Farben ist selten jemand bekannt; die Fachlitteratur ist noch

verhältnismäßig zu neu; die Färberschulen in Berlin, Aachen, Elberfeld u. s. w. werden erst der jetzt aufkommenden Generation von Nutzen sein.

Der dritte Punkt, welcher hier zu erwähnen ist, besteht in der Entziehung eines Arbeitsfeldes durch die chemische Wäscherei. Die kunstgemäße Reinigung der Garderobe ist ein Produkt der Neuzeit; sie datiert erst seit Mitte der 60er Jahre, hat sich aber so weit ausgebildet, daß sie der Lappenfärberei erheblich schadete. Ein unansehnlich gewordenes Kleid brachte man früher zum Auffärben oder zur Naßwäsche; jetzt giebt man es zum chemisch Reinigen und schickt es in einen Großbetrieb, der hierfür Specialität ist. Die Garderobenwäscherei ist ein alter Zweig des Arbeitsfeldes der Färber; sie erhielt aber erst ihren eigentlichen Aufschwung durch die von dem Franzosen Judlin in Deutschland zuerst im großen eingeführte, sogenannte chemische (Benzin-) Wäscherei. Diese, rationell betrieben, ist nicht sehr kostspielig (die wenigen gebrauchten Farbennüancen und das Benzin erfordern samt der Einrichtung nur ein Kapital von 2000—3000 Mk.), und gewährt überdem unschätzbare Vorteile vor der Naßwäscherei dadurch, daß selbst die unechten Farben keine Veränderung erleiden, die empfindlichsten Gegenstände nicht verlaufen oder brechen und überdem ihre volle Appretur behalten. Nach dem Aufkommen der chemischen Reinigung hat die Kleiderfärberei in der Priegnitz um $^2/_3$ nachgelassen. Die Färberei in Wittenberge, welche allein in der Priegnitz diesen Zweig betreibt, hat gegen das Vorurteil, daß der Großbetrieb leistungsfähiger ist, schwer zu kämpfen.

c. Die Möglichkeit teilweiser Abhilfe.

Wenn wir uns die Frage vorlegen, ob das Färbergewerbe der Priegnitz gegenüber dem Großbetrieb sich auf die Dauer wird halten können oder ob es dem Untergang geweiht ist, so kommen wesentlich zwei Dinge in Betracht, welche die Antwort günstiger lauten lassen, als man nach dem Vorstehenden vermuten sollte. In den Betrieben der Priegnitz wird man in der Zukunft Färbermeister haben, welche den modernen Anforderungen entsprechend ausgebildet sind, und diese werden es zweifellos verstehen, zu dem alten noch vorhandenen Arbeitsfeld einen neuen Erwerb sich zu schaffen. Zwei Söhne Priegnitzer Färbermeister sind augenblicklich in der Lehre; sie sollen später Färberschulen besuchen und werden sich in der Kunst der chemischen Wäscherei vornehmlich ausbilden. Diesen jungen Leuten wird die Gelegenheit geboten, sich mit den modernen Erfindungen bekannt zu machen; sie gehen anders vorbereitet als ihre Väter in den Betrieb hinein. Unbedingt erforderlich ist es natürlich, daß sie sich auch eine kaufmännische Bildung aneignen, weil das Ladengeschäft weiter an Ausdehnung gewinnen

wird. Die Aufgabe der Meister der neuen Generation wird es sein, die bisherige Landfärberei sich möglichst zu erhalten, und das wird ihnen wohl eine Zeit lang auch gelingen. Sind sie doch mit technischen Kenntnissen ausgerüstet, welche ihnen bei der Bemessung ihrer Produktionskosten, eventuell in der Richtung einer Herabsetzung derselben gut zu statten kommen werden. Wir glauben allerdings nicht, daß die Landfärberei sich noch sehr lange in dem beschriebenen Bezirk halten wird; ihren Mann ernährt sie schon heute nicht mehr; zu tiefe Wunden hat dem Färbergewerbe der Großbetrieb geschlagen. Ein Feld, auf dem noch Erfolge zu erzielen wären, ist aber unserer Meinung nach die chemische Wäscherei. Das Arbeitsfeld ist aber erst zu erobern; wir zweifeln indessen nicht an der Möglichkeit, weil nach Ansicht Sachverständiger der Verdienst an dem Artikel noch ein sehr hoher ist und in den Provinzstädten reduziert werden könnte. Das Ladengeschäft wird dem jungen Färber auch ferner bei seiner Existenz unentbehrlich sein.

So kommen wir zu dem Resultat: der priegnitzer Färber der neuen Zeit wird die Landfärberei noch pflegen können, namentlich solange die Warpgarne noch gekauft werden; auch die Lappenfärberei in mäßigem Umfange bleibt ihm gewiß; er wird aber überwiegend Wäscher und Kaufmann sein müssen. Die Färberei in der Priegnitz in ihrer alten Form ist im Aussterben begriffen; der Prozeß vollzieht sich langsam, wird sich hie und da noch aufhalten lassen, ist aber unvermeidlich.

Ein praktischer Färbermeister[1] beurteilt die Lage des Färbergewerbes dahin, daß die Landfärberei allerorts in steter und unaufhaltsamer Abnahme begriffen ist, sodaß in Gegenden, wo noch eine blühende Landfärberei vor einem Menschenalter existierte, sich heute die Einrichtung dazu nicht mehr lohnt. Er weist darauf hin, daß der kleine Färber immer mehr auf die Lappenfärberei angewiesen ist; da diese aber in der Priegnitz durch die chemische Wäscherei so ungemein abgenommen hat, so sind wir zu obigem Urteil vollberechtigt.

Die Färberei folgt dem ihr voraufgegangenen Gewerbe der Tuchmacher, welche dem Großbetrieb schon erlegen sind. Es gab in der Priegnitz 1719: 363 Tuchmachermeister, 1801: 310 Meister, 65 Gesellen, 34 Lehrlinge; gegenwärtig sind kein Dutzend Kleingewerbtreibende dieser Art mehr (in Wittstock) vorhanden. Auch diese müssen ihr Gewerbe nach und nach eingehen lassen trotz ihrer Anstrengungen, sich auf genossenschaftlichem Wege gegen den Großbetrieb konkurrenzkräftig zu erhalten.

---

[1] Louis Lau: Praktischer Unterricht in der heutigen Lappenfärberei. Leipzig 1890.

XII.

Das Buchdruckgewerbe in Posen.

Von

Franz Kantorowicz.

1. Geschichtliches.

Während der Stoff für eine Geschichte der Buchdruckerkunst im allgemeinen und besonders für Deutschland ein überaus reicher ist, fließen die Quellen für Posen nur spärlich.

Thatsächlich fand die Buchdruckerkunst verhältnismäßig spät — erst im Jahre 1577 — in Posen Eingang. Dieser befremdlichen Thatsache gegenüber, — denn Posen war damals eine sehr reiche und bevölkerte Stadt, nach Krakau der Sitz der polnischen Kunst und Wissenschaft — versuchen einige polnische Schriftsteller den ersten Buchdrucker bereits ins Jahr 1539 zu versetzen.

Als solcher gilt Johann von Soncz, der im Jahre 1539 in Posen eine Buchdruckerei errichtet haben soll. Als zweiter wird Petrus Sextilis aus Obrżycko genannt, der 1550—1560 in Posen gewirkt haben soll.

Die eigentliche Buchdruckergeschichte beginnt aber erst mit dem Jahre 1577, in welchem sich der Lutheraner Melchior Neringk als Drucker in Posen niederließ. Schon im folgenden Jahre entsteht eine neue Druckerei, die Wolrabsche, die zu den bedeutendsten in ganz Polen gehörte. In der Folgezeit entsteht noch eine Anzahl von Druckereien, sie konnten sich aber nicht halten; denn am Anfange des 18. Jahrhunderts existiert in der Stadt keine Privatdruckerei, sondern nur zwei Anstalts-Druckereien, von denen die eine einer höheren, von Geistlichen geleiteten Bildungsanstalt (Lubrańskischen Stift), die andere dem Jesuiten-Kollegium gehörte.

Während die erstere bereits vor 1780 eingegangen war, wird die letztere 1792 in öffentlicher Versteigerung von dem bekannten Berliner Drucker Decker erstanden. Damit entstand die erste deutsche Buchdruckerei und gleichzeitig auch die erste deutsche Zeitung, unter dem Titel: „Süd-preußische Zeitung." Erster Redakteur derselben war der damals bekannte Nassauer Friedrich Schöll.

Für das Privileg zur Anlegung einer deutschen Druckerei mußte der Besitzer eine jährliche Abgabe von 25 Thalern an die Domainenkasse entrichten, ferner sich verpflichten, nichts zu drucken, was antipreußisch und unreligiös wäre, endlich alle obrigkeitlichen Verfügungen unentgeltlich aufzunehmen.

Unter der preußischen Herrschaft beginnt das darniederliegende Gewerbe sich wieder zu heben, so daß wir im Jahre 1848 bereits 4 Posener Buchdruckereien finden, von denen zwei eine beträchtliche Größe hatten.

Leider war es mir unmöglich, Quellen ausfindig zu machen, aus denen ich näheres über die Arbeitsbedingungen und über die Stellung der Arbeitnehmer in den früheren Perioden hätte erfahren können. Erst das Jahr 1848 bringt darüber eingehende Nachrichten. Die größte damalige Druckerei beschäftigte an 4 Pressen, einer einfachen und einer doppelten Maschine 31 Setzer und Drucker sowie 4 Burschen. Sämtliche Arbeiter standen in „Gewissem Gelde", welches 4 Thaler betrug. Die Arbeitszeit dauerte im Sommer von 6—11¾ Uhr vormittags und von 1—5¾ Uhr nachmittags; während des Winters von 7—11¾ Uhr vormittags und von 1—6¾ Uhr nachmittags, des Sonnabends eine Stunde weniger. Überstunden wurden mit 2½ Sgr. vergütet.

In den beiden anderen Druckereien finden wir neben dem „Gewissen Gelde" auch Accordlohn vertreten; er betrug im Durchschnitt 3 Sgr. für 1000 Buchstaben, während der vom „Gutenberg-Verein" verlangte Minimaltarif 2 Sgr. 7 Pf. betrug.

Die Lehrlinge hatten bis zur feierlichen Freisprechung 4—4½ Jahre zu lernen, nach 1849 im allgemeinen sogar 5 Jahre; für ihre Lehrzeit hatten sie Lehrgeld zu zahlen. Wie viele Lehrlinge den damals beschäftigten 61 Setzern gegenüberstanden, läßt sich nicht ermitteln; man kann aber aus den Berichten des „Gutenberg" von 1848 und 1849 entnehmen, daß das Verhältnis ein gutes war.

Überhaupt läßt sich die damalige geschäftliche Lage des Buchdruckergewerbes und die Stellung der in demselben beschäftigten Personen als eine äußerst günstige bezeichnen. Die Druckereien hatten soviel zu thun, daß sie sogar oftmals Mangel an Setzern litten.

Für die Arbeitnehmer wurde in humaner Weise von den Prinzipalen gesorgt. Bereits 1820 war von Decker eine Krankenkasse gegründet worden, zu der der Prinzipal jährlich 30 Thaler beisteuerte, während die Mitglieder wöchentlich 5 Sgr. Beitrag zahlen sollten, bis ein ansehnlicher Unterstützungsfonds vorhanden wäre. Später wurden nur 2½ Sgr. wöchentlich gezahlt. Michaelis 1848 betrug der Fonds 362 Thlr. 15 Sgr. 3 Pf. Jeder Kranke erhielt wöchentlich 3½ Thlr. nebst freier ärztlicher Behandlung, ein halbes Jahr lang; nach Ablauf dieser Zeit blieb es den Mitgliedern der Kasse überlassen, ob sie den Kranken noch weiter unterstützen wollten. 1848 gründeten die Besitzer der beiden anderen Druckereien — anscheinend auf Verlangen der Gehilfen — gleichfalls eine Krankenkasse.

In beiden Kassen war für Invaliden allerdings nur sehr spärlich gesorgt, indem für diese aus der, mit der Krankenkasse verbundenen, Invalidenkasse nur 5 Thlr. monatliche Unterstützung gewährt wurden. Endlich wurde an die Hinterbliebenen ein Sterbegeld von 15 Thlr. bezahlt.

Die Höhe des Viaticums gilt damals als einzig dastehend in Deutschland; es betrug 10 Sgr. von seiten des Prinzipals, von seiten der Mitglieder 15 Sgr.; ja es stieg sogar bis auf 1 Thlr.[1].

Während sonst in Deutschland 1848 infolge der Preßfreiheit und des Fortfalls von Kautionen und Stempelpflicht sich eine ganz bedeutende Vermehrung und Vergrößerung der Druckereien bemerkbar machte, um allerdings 1851 mit Aufhebung der achtundvierziger Errungenschaften wieder einen Stillstand zu erfahren, ist in Posen nur wenig davon zu spüren. Es entstand damals nur eine neue Druckerei. Die Zahl der Druckereien betrug sodann:

1855	5	1885	14
1865	6	1890	16
1875	13	1895	16.

Diese rapide Vermehrung zwischen 1865 und 1875 ist eine Folge des Preßgesetzes, womit in Preußen der Zeitungsstempel aufgehoben wurde.

Seit 1870 hat das Buchdruckergewerbe auch in technischer Beziehung einen großen Aufschwung zu verzeichnen. Das kann man erkennen, wenn man die Anzahl der in den verschiedenen Jahren betriebenen Schnellpressen vergleicht. Ihre Zahl war

1873	22
1883	29
1893	38.

[1] Nach den Berichten der Buchdrucker-Zeitschrift „Gutenberg“ vom Jahre 1848 und 1849.

Dazu kommen noch 20 Trittpressen. Die Anwendung des Dampfes ist in den hiesigen Druckereien auffallend gering. Mit Dampfmaschinen wird nur in 2 Großbetrieben gearbeitet, elektrischer Betrieb ist nirgends vorhanden, Gasmotoren sind in 5 Betrieben in Anwendung. Alle anderen Druckereien setzen ihre Maschinen durch Drehen oder Treten in Bewegung. Im Jahre 1875 wurde nur in den 2 größten Druckereien mit Dampfkraft gearbeitet, während Motoren noch nicht in Anwendung waren; die 5 Motoren, die jetzt in Betrieb sind, wurden erst innerhalb der letzten 10 Jahre aufgestellt. Die Technik in der Motorenherstellung ist jetzt soweit vorgeschritten, daß selbst Betriebe größeren Umfangs nur noch, sei es nun Benzin-, Gas- oder Petroleummotoren, anwenden, da eine specielle Dampfmaschinenanlage zu kostspielig ist und nicht gern in Mietsräumen gestattet wird.

Auch eine Vergleichung mit dem Wachstum der Stadt Posen bezeugt uns den Aufschwung, den gerade in den letzten 10 Jahren das Buchdruckergewerbe daselbst genommen hat. Es entfiel im Durchschnitt

	1883	1895
je eine Buchdruckerei auf Einwohner	4571	4375
= = Schnellpresse = =	2207	1842
= ein Setzer = =	427	412.

Die durch technische und wirtschaftliche Gründe bedingte intensive Betriebsweise des Buchdruckergewerbes konnte nie gestatten, es rationell als Nebengewerbe zu betreiben, wenn anders es nicht zur Ergänzung des Hauptbetriebes, — gewöhnlich der Steindruckerei, — diente, und als solche sind auch zum größten Teile die in der Gewerbestatistik angegebenen Nebenbetriebe anzusehen.

Es standen im Deutschen Reiche 1882: 6762 Hauptbetriebe 402 Nebenbetrieben gegenüber, in Posen 14 Hauptbetriebe gegen 3 Nebenbetriebe als Ergänzung von Steindruckereien, die je eine Handpresse hatten; jetzt ist das Verhältnis 16 zu 5.

Zur Unterscheidung zwischen Klein- und Großbetrieben im Buchdruckergewerbe wird im allgemeinen auf die Anzahl der in den einzelnen Betrieben beschäftigten Personen zurückgegangen, indem man Betriebe mit 1 bis 5 Gehilfen als Kleinbetriebe, die mit einer größeren Anzahl von Gehilfen als Großbetriebe ansieht. Und mit Recht, denn gerade im Druckereigewerbe kann die Anzahl der darin beschäftigten Setzer als Maßstab für den Betriebsumfang gelten; gerade hier hat, im Gegensatz zu andern Gewerben, die Handthätigkeit die Herrschaft über die Produktion im wesentlichen behauptet.

In Posen stehen 8 Großbetrieben 8 Kleinbetriebe gegenüber; als Nebenbetriebe können wir 5 ansehen. Es sind dies Steindruckereien, in denen ein Setzer dauernd oder auch nur vorübergehend an einer Handpresse die notwendigsten einfachen Druckarbeiten besorgt.

2. Die Arbeiterverhältnisse.

Seit 1876 hat sich die Anzahl der in Posen beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge nicht sonderlich geändert: sie schwankt für erstere zwischen 130 und 180, für die Lehrlinge zwischen 50 und 70. 1894 finden wir im Durchschnitt 176 Gehilfen und 66 Lehrlinge, davon in Großbetrieben: 155 Setzer und 46 Lehrlinge, in Kleinbetrieben 21 Setzer und 20 Lehrlinge.

Damit berühren wir einen Punkt, der in unserm Gewerbe von jeher eine große Rolle gespielt hat und noch spielt, nämlich das Verhältnis der beschäftigten Lehrlinge zu dem der Gehilfen. „Gegen Lehrlingsausbeutung und Lehrlingszüchterei!" hieß stets die Parole der gegen die Prinzipale kämpfenden Gehilfen. Und in der That wird in diesem Punkte von seiten der Prinzipale sehr gesündigt, speciell von den Besitzern kleiner Druckereien. Durch die rührige Agitation des „Verbandes Deutscher Buchdrucker" haben sich die Verhältnisse aber schon bedeutend gebessert. Nach Gerstenberg [1] kam im Jahre 1887 in Deutschland 1 Lehrling auf 3,9 Gehilfen, in Preußen auf 4,1; dies sind im allgemeinen recht erfreuliche Zahlen. Klimsch berechnet, daß nach der vorgeschriebenen Lehrlingsskala auf je 4,24 Gehilfen ein Lehrling kommen dürfe. In Posen ist ihr Verhältnis zu einander ein bedeutend schlechteres. Es stehen 176 Gehilfen 66 Lehrlinge gegenüber, d. h. auf 1 Lehrling kommen durchschnittlich 2,6 Gehilfen.

Machen wir aber eine Scheidung zwischen Groß- und Kleinbetrieb, so ändert sich das Bild ganz erheblich, und wir sehen, daß diese niedrige Zahl durch die wahrhaft erschreckende Lehrlingszüchterei der kleinen Druckereien herbeigeführt wird. Während in den Großbetrieben auf einen Lehrling 3,37 Gehilfen kommen, entfällt in den Kleinbetrieben auf 1 Lehrling nur 1,05 Gehilfen.

Die Lehrzeit beträgt durchschnittlich 4—5 Jahre; Lehrgeld wird nicht bezahlt. Will ein Lehrling eher freigesprochen werden, so muß er 100 bis 200 Mk. an seinen Prinzipal zahlen. Nach vollendeter Lehrzeit galt früher

---

[1] Die neuere Entwicklung des deutschen Buchdruckgewerbes in statistischer und socialer Beziehung. Jena 1892.

in den größeren Betrieben der Brauch, der jetzt nur noch in einer Druckerei sich erhalten hat, daß der Freigesprochene ungefähr 45 Mk. zu Gunsten der Gehilfen zahlt, die mitsamt einer kleinen Beisteuer des Prinzipals am Sonnabend Abend vertrunken wurden.

Bei der Lehrlingszüchterei werden die Lehrlinge, nachdem sie „ausgelernt" haben, in der Regel entlassen und vermehren so die Armee der Arbeitslosen. „Ihr Unterricht ist viel zu mangelhaft, läßt alles zu wünschen übrig, sodaß sie in einer ordentlichen Offizin den Anforderungen nicht entfernt gewachsen sind und schon deshalb zu Grunde gehen müssen[1]".

Das Buchdruckergewerbe bietet im allgemeinen der Frauenarbeit ein großes Feld. Bei der Maschinenbedienung, wo es vielmehr auf Anstelligkeit als auf Ausdauer und Kraft ankommt, nimmt die Beschäftigung von Frauen stetig zu. In den 8 Großbetrieben Posens wurden 1895: 46 Anlege- und Arbeitsmädchen neben 155 männlichen Gehilfen und 46 Lehrlingen und — was noch immer zu den Seltenheiten gehört — auch 2 Setzerinnen beschäftigt. Im Kleinbetriebe finden wir dagegen auf 21 Gehilfen und 20 Lehrlinge nur 5 Mädchen. Dieser Unterschied läßt sich zum Teil dadurch erklären, daß viel mit Trittpressen gearbeitet wird, für welche die Frauenarbeit nicht ausreicht; außerdem werden hier vielfach Setzerlehrlinge von ihren Prinzipalen zum Anlegen, Auffangen, Falzen u. s. w. benutzt. Es zeigt sich hier, wie Gerstenberg sehr richtig bemerkt, die auch anderwärts beobachtete Tendenz des Großbetriebes, wenn irgend möglich, durch billige weibliche Hilfskräfte die männliche Arbeitskraft zu ersetzen.

Einen der wichtigsten Streitpunkte im Kampfe der Gehilfen gegen die Prinzipale, bildete die Festsetzung eines Lohnminimums für die auf gewisses Geld arbeitenden Gehilfen. Man unterscheidet nämlich Gehilfen, die auf „gewisses Geld" und solche, die auf Accordlohn angestellt sind. Es überwiegt allerdings ganz bedeutend die erstere Lohnform; denn während nach der vom „Verband Deutscher Buchdrucker" am 15. Oktober 1894 aufgenommenen Statistik in Deutschland 22 406 Gehilfen auf „Gewisses Geld" arbeiten, sind nur 5414 Gehilfen auf Accordlohn angestellt. Nach dem von der vereinigten Tarifkommission des „Deutschen Buchdrucker-Vereins" und des „Verbandes Deutscher Buchdrucker" festgesetzten allgemeinen deutschen Buchdruckertarif, der am 1. Januar 1890 in Kraft trat, sollte das Lohnminimum für Gewißgeld-Gehilfen 20,50 Mk. wöchentlich betragen. Durch

[1] Aus der „Statistik der Personal- und Arbeitsverhältnisse in den Buchdruckereien Deutschlands, aufgenommen vom Verbande der deutschen Buchdrucker am 15. Oktober 1894."

den großen Buchdruckerstreik vom Herbst 1891 wurde die Tarifgemeinschaft allerdings wieder aufgehoben, aber trotzdem gilt der Satz von 20,50 Mk. als Lohnminimum fort, und alle Betrachtungen, welche die Lohnfrage der Buchdrucker zum Gegenstand haben, werden von diesem Punkte auszugehen haben.

In Posen betrug der Lohn im Durchschnitt

	im Accord	im gewissen Gelde
1857:	2 Sgr. 6 Pf.	4—5 Thlr. wöchentlich
1865:	2 Sgr. 6 Pf.	5—5½ Thlr.
1875:	30 Pf. und 20 % Lokalzuschlag	15—20 Mk.
1885:	30 = = 10 % =	18—20 Mk.
1890:	32 Pf.	20,50—24 Mk.

Von den in gewissem Gelde arbeitenden Gehilfen erhielten nach der Statistik des Verbandes am 15. Oktober 1894

	im Deutschen Reiche %	im Gau Posen %
über den Minimallohn	54,4	41,5
das Minimum	22,1	33,9
unter dem Minimum	23,5	24,6.

Wir finden also in Posen bei diesen eine weit schlechtere Entlohnung als im Durchschnitt in Deutschland. Die auf Accordlohn arbeitenden Gehilfen dagegen scheinen sich in der Regel besser zu stehen; wenigstens kommt es außer dem Gau Posen nur noch im Gau Nordwest vor, daß kein Accordlohngehilfe unter den von der Tarifkommission von 1890 festgesetzten Satzpreisen arbeitet, wonach der Grundpreis für 1000 Buchstaben 32 Pfennige beträgt. Bei der Unvollständigkeit jener Verbandsstatistik ist daraus aber ein Schluß auf die Gesamtlage der Arbeiter nicht zu ziehen. Lokalzuschlag, welcher noch in den größeren Städten Deutschlands gezahlt wird, ist für Posen bereits seit einer Reihe von Jahren in Wegfall gekommen. Veranlassung hierzu war nicht etwa die Verbilligung des Lebensunterhaltes in Posen, sondern es soll vielmehr die eingetretene ungünstige Geschäftslage und die vergrößerte Konkurrenz die Ursache zu dieser Maßregel gewesen sein. Da Ende der 70er Jahre bei einem Grundpreise von 30 Pf. der Lokalzuschlag 20 Prozent und später noch 10 Prozent betrug, so ist durch den Fortfall desselben vor etwa 10 Jahren der Verdienst der berechnenden Setzer um ein bedeutendes (3—6 Mk. pro Woche) zurückgegangen. Ein tüchtiger Accordarbeiter kommt heute im Durchschnitt auf ungefähr 25 Mk.; es giebt allerdings auch einige Ausnahmefälle, in denen bis 35 Mk. die

Woche verdient wird. Eine ganz genaue Angabe ist aber nicht möglich, da die Verhältnisse sich fortwährend ändern.

Besonders ungünstig liegen diese Dinge in den Kleinbetrieben. Während in allen Großbetrieben mindestens mit dem Minimaltarife gelohnt wird, arbeiten in den Kleinbetrieben ausgelernte Setzer sogar für 14 Mk. die Woche. Sehr ungünstig sind die Lohnverhältnisse in den polnischen Druckereien, mit Ausnahme der zwei größeren Zeitungsdruckereien, in welchen die Bezahlung denjenigen in den deutschen Druckereien gleichkommt; hier sind auch die Fälle zu suchen, in denen das tarifmäßige Minimum von 20,50 Mk. nicht gezahlt wird. Der Grund liegt in der Überproduktion von Lehrlingen, die, wenn sie freigesprochen sind, nicht die nötigen technischen Fertigkeiten besitzen und infolgedessen auch den Mut nicht in sich fühlen, es in einer anderen Stadt zu versuchen, und lieber in der Heimat zu jedem Preise arbeiten. Die Accordarbeiter kommen hauptsächlich bei den Druckereien vor, in denen Zeitungen gedruckt werden, bei denen mehr auf Schnelligkeit als auf Genauigkeit gesehen wird.

Hier hat sich die vervollkommnete Technik zum Schaden der Arbeiter geltend gemacht. Die Ziehungen der Klassenlotterie wurden früher in jeder Zeitung gesetzt und als Ziffernsatz mit einem Aufschlag von 75 Prozent bezahlt; jetzt werden sie in ganzen Platten von Berlin fertig bezogen.

Eine Folge des Nebeneinanderlebens zweier Nationalitäten in Posen ist die verhältnismäßig sehr große Anzahl von Zeitungen. Dadurch hat sich das Verhältnis der Accordgehilfen zu den Gewißgeldgehilfen in Posen im Vergleich zu ganz Deutschland sehr zu Gunsten der ersteren verschoben. Während sich das Verhältnis in Deutschland wie 1 : 4 stellt, ist es in Posen wie 1 : 2. Das gewisse Geld kommt zur Anwendung bei Accidenzen und beim Druck von Werken. Letztere werden aber nur sehr selten in Posen gedruckt.

In gewisser Beziehung stehen sich die polnischen Buchdrucker besser als die deutschen. Da jene die deutsche Sprache in der Schule lernen, sind sie auch in der Lage, im späteren Leben hiervon Nutzen zu ziehen. Praktisch bethätigen sie dies dadurch, daß sie in deutschen Druckereien Stellungen annehmen und diese auch mehr oder minder ausfüllen — sogar im Zeitungsfache. Während in sämtlichen polnischen Druckereien kein Deutscher beschäftigt ist, besteht in den größeren deutschen Druckereien ein Drittel des Personals aus Polen.

Der Lohn der Mädchen beginnt bei 3 Mk. und beträgt im Durchschnitt 4,50—5,00 Mk. wöchentlich. Bewähren sie sich als tüchtige Arbeiterinnen, so steigt der Lohn bedeutend, und es kommt in den großen

Druckereien vor, daß sie bis auf 10 Mk. zu stehen kommen. Die als Setzerinnen beschäftigten Frauen erhalten wöchentlich ungefähr 12 Mk., die Lehrlinge ein Kostgeld, das im Laufe der Lehrjahre von 3 auf 6 Mk. steigt.

Während früher in Posen 10½—11 Stunden gearbeitet wurde, haben sich jetzt die Verhältnisse derartig geändert, daß, abgesehen von einigen kleineren Druckereien, in denen 10½ und 11 Stunden gearbeitet wird, der Zehnstundentag als durchgeführt gelten kann. Im Sommer und Winter dauert die Arbeitszeit von 7 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 7 Uhr nachmittags, während gewöhnlich von 9—9¼ Uhr Frühstückspause und von 4—4¼ Uhr Vesperpause ist. In einer kleinen Druckerei wird in der Übergangszeit vom Winter zum Frühling und vom Sommer zum Winter, um nicht Gas anzünden zu müssen, sogar schon um 6 Uhr geschlossen. Englische Arbeitszeit (von 7 Uhr morgens bis 4½ Uhr nachmittags mit ¼ Stunde Frühstück- und ½ Stunde Mittagspause) wurde einmal versuchsweise eingeführt, hat sich aber nicht bewährt. Überstunden werden im Durchschnitt mit 35—42 Pf. die Stunde bezahlt; im Accord wird ein entsprechender Zuschlag bewilligt.

In mancher kleinen Druckerei versucht man allerdings die Lehrlinge während der Mittagspause noch zu beschäftigen, indem man sie dann zu Kunden schickt, um Drucksachen auszutragen, Rechnungen einzuziehen und dergleichen. Dies sind allerdings grobe Übelstände; im allgemeinen aber sind die Verhältnisse, soweit die Länge der Arbeitszeit in Frage kommt, sehr gute, und ich habe auch kaum darüber klagen hören.

Auch die Arbeitsräume sind im allgemeinen zweckentsprechend; nur fehlt in manchen die genügende Säuberung und Lüftung nach gethaner Arbeit. Die bekannten Berufskrankheiten der Buchdrucker scheinen in Posen wenigstens nicht häufiger vorzukommen als an andern Orten. Im vergangenen Jahre sind die Buchdruckereibesitzer von der Buchdruckerkrankenkasse aufgefordert worden, alle sich zum Eintritt meldenden Lehrlinge vorher vom Kassenarzt daraufhin untersuchen zu lassen, ob sie kräftig genug seien, sich dem Buchdruckergewerbe zu widmen. Die Kosten der Untersuchung trägt die Krankenkasse. Diese Untersuchungen werden streng geführt, und in letzter Zeit sind verschiedene Lehrlinge von den Buchdruckereien infolge der ärztlichen Untersuchung zurückgewiesen worden.

Fassen wir noch einmal die Arbeitsbedingungen der Posener Buchdrucker zusammen ins Auge, so können sie im allgemeinen noch als erträglich bezeichnet werden, wären nicht die hohen Wohnungsmieten. Posen ist Festung. Für eine im 4. Stock gelegene Arbeiterwohnung, bestehend aus 2 Stuben und Kammer müssen im Durchschnitt 200 Mk. jährlich bezahlt werden.

In den bis an die Thore der Stadt reichenden Dörfern, welche gewissermaßen als Vorstädte gelten, sind die Mietspreise allerdings niedriger; aber der Weg hierher vom Centrum der Stadt, in welchem die meisten Druckereien belegen sind, ist für diejenigen, welche ihn des Tages vier Mal zu machen haben, zu weit. Im übrigen sind auch dort in den letzten Jahren die Preise für Wohnungen bedeutend gestiegen, und die Steuern sind auch nicht viel niedriger als in Posen, wo der Kommunalsteuerzuschlag in den letzten drei Jahren 132—200 % betrug.

Daß die Verhältnisse der Gehilfen nicht so rosig sind, ersieht man auch aus folgender Thatsache. Obwohl der Buchdrucker vor andern Handwerkern und Lohnarbeitern das Streben hat, seine Söhne etwas „Besseres“ werden zu lassen, ist er hier durch seine schlechte materielle Lage höchst selten dazu im stande, ihm eine bessere Ausbildung zu geben. Statt ihn aber dann wenigstens auch Buchdrucker werden zu lassen, bringt er ihn gewöhnlich lieber beim Schlosser, Mechaniker oder einem andern Handwerker unter, und das ist ihm bei den Formen, in denen in vielen Posener Buchdruckereien die Lehrlingszüchterei betrieben wird, gewiß auch nicht zu verdenken.

3. Die selbständigen Betriebe.

Von jeher ist das Kapitalerfordernis in unserem Gewerbe ein recht bedeutendes gewesen. Heute kann man die Einrichtung einer mittleren Druckerei nicht unter 10—15 000 Mk. beschaffen; während ein kleinerer Betrieb (für 2—3 beschäftigte Personen) immer noch 5—8000 Mk. beanspruchen würde.

In der Wirklichkeit werden aber die meisten Betriebe mit einem viel zu geringen Kapital begonnen.

Während die Großbetriebe in der Regel ihre Maschinen gegen bar oder 3 Monate Ziel mit 2 % Sconto beziehen, muß der ältere Setzer, welcher mit einigen hundert Mark Ersparnissen sich selbständig zu machen sucht, die Maschinen auf Abzahlung, also zu erhöhtem Preise kaufen. Noch ungünstiger gestaltet sich das Verhältnis bei der Beschaffung von Schriften und Papier, wo der Bezug des kleinen Druckers oft aus zweiter oder dritter Hand erfolgt. Die dadurch hervorgebrachte Verteuerung der Produktion suchen die kleinen Druckereien, wie oben gezeigt wurde, durch Verkürzung der Löhne ihrer Angestellten und durch Lehrlingsausbeutung wett zu machen.

Die Maschinen und Schriften werden durchweg aus deutschen Fabriken

bezogen. Dasselbe gilt auch vom Papier; nur die beiden größten Druckereien beziehen bisweilen feinere Papiere aus Österreich.

Auch in den Produktionsverhältnissen finden wir einen großen Unterschied zwischen Groß- und Kleinbetrieb. Jenen ist es möglich, sich Specialmaschinen anzuschaffen, durch die sie in der Lage sind, eine größere Vielseitigkeit in ihre Produktion hineinzubringen, feinere und genauere Arbeiten zu liefern. So wird in letzter Zeit von einigen Großbetrieben geradezu vorzügliches im Buntdruck und in der Herstellung von Wertpapieren geleistet, wozu die Kleinbetriebe eben nicht im stande sein können. Ferner können die Kleinbetriebe sich nicht darauf einlassen, auf Vorrat zu drucken; denn sie müssen stets darauf bedacht sein, ihr Kapital so oft als möglich umzusetzen. Sie drucken infolgedessen nur auf Bestellung, während die Großbetriebe zum großen Teil sogenannte Formularmagazine unterhalten, in denen sie Formulare für die Behörden, Kassen, Distriktskommissarien u. s. w., gangbare Etiquettes für Flaschen und dergl. zum jederzeitigen Bezug bereit halten.

Mit nur 3 Ausnahmen haben alle Posener Druckereien Zeitungen herzustellen und damit regelmäßige Beschäftigung, so daß man von völlig toten Zeiten nicht reden kann. Die schlechteste Periode fällt in die Monate Juni, Juli, August, wo durch die Schul- und Gerichtsferien die Nachfrage nach Drucksachen ganz bedeutend gemindert wird.

Von Oktober bis März ist die Hauptsaison; es beginnen die Parlamentsverhandlungen; zu Weihnachten und Neujahr, wo die Geschäfte Rechnungen schicken, neue Formulare einführen u. s. w., werden viele Drucksachen gebraucht; in der einen großen Druckerei wird das Adreßbuch hergestellt, zu welchem Zwecke die Zahl der Gehilfen um etwa 10 vermehrt wird.

Der Absatzkreis für Posener Druckwaren ist nur ein sehr enger; selten kommen sie über die Grenzen der Provinz hinaus. Groß- und Kleinbetrieb macht hier keinen Unterschied. Im übrigen ist der Verkehr mit der Provinz kein so großer mehr, wie er es früher bis um 1875 war. Seitdem sind auch dort große, gut geleitete Druckereien begründet worden, welche den Posenern große Konkurrenz machen. Der Lokalabsatz ist für die letzteren jetzt die Hauptsache.

Die Buchdrucker haben ihr Gewerbe nie zum Handwerk rechnen wollen, und heute trifft diese Bezeichnung weniger als je auf dasselbe zu. Selbst wo sich noch reine Kundenproduktion erhalten hat und keine Zeitung erscheint, ist die Art der Geschäftsführung eine durchaus kaufmännische. Aber auch beim Produktionsbetrieb verbieten die fabrikmäßige Gliederung der

Arbeitsverwendung, die maschinelle Ausrüstung, die Größe des Kapitals, das sowohl zur Gründung als zum Betriebe notwendig ist, das Buchdruckergewerbe noch zum Handwerk zu rechnen.

Danach möchte es scheinen, als ob der Großbetrieb allein lebensfähig sei. In Posen treffen zwar die allgemeinen Vorteile für den Großbetrieb gleichfalls zu; trotzdem können sich die Kleinbetriebe halten, ohne allerdings besonders lukrativ zu sein. Dies verursachen wiederum die beiden in Posen wohnenden Nationalitäten. Es giebt nämlich in der Stadt Posen 3 täglich erscheinende deutsche, und 5 täglich erscheinende polnische Zeitungen; außerdem kommen hier noch 12 deutsche und 14 polnische Druckschriften, teils politischen, teils amtlichen und technischen Inhalts heraus, die in längeren Zeitfristen erscheinen. Infolgedessen drucken 13 von den 16 Druckereien mindestens periodisch erscheinende Blätter. Von diesen haben die kleineren ein großes Absatzgebiet in den um Posen gelegenen Dörfern, die etwa 25 000 Einwohner zählen und mit Posen ein wirtschaftliches Ganzes bilden. Sie erscheinen darum bisweilen in bedeutend größerer Auflage als die großen Zeitungen und haben bei weitem kleinere Spesen als diese. Den letzteren, insbesondere den deutschen, wird in letzter Zeit durch die Berliner Zeitungen große Konkurrenz gemacht.

Auch für andere Druckarbeiten macht sich der Wettbewerb auswärtiger Buchdruckereien, besonders solcher in Berlin und Leipzig, in neuerer Zeit bemerkbar. Diese schicken ihre Reisenden nach Posen, welche die größeren Geschäfte aufsuchen und dort nach Druckaufträgen fragen. Dadurch gehen viele Bestellungen, die vielleicht ebenso billig in Posen hätten ausgeführt werden können, wenn sich die Auftraggeber vorher mit einem Posener Drucker ins Benehmen gesetzt hätten, den hiesigen Druckern verloren. Allerdings sind jene auswärtigen Geschäfte zum Teil Special-Druckereien, wie sie natürlich nur in den großen Verkehrscentren existieren können. Diese sind wegen der Massenerzeugung einzelner Arten von Drucksachen im stande, billiger zu liefern, als die Posener Druckereien, welche die verschiedensten Druckaufträge annehmen müssen. Ein Beispiel dafür ist der Druck von illustrierten Geschäftskatalogen, Geschäfts- und Visitenkarten. Während im allgemeinen 1—1,75 Mk. je nach der Größe und Güte des Kartons für das Hundert Visitenkarten gefordert werden, liefern Specialgeschäfte dieselben für 50 Pf. bis 1 Mk. Eine Berliner Druckerei empfängt täglich aus ganz Deutschland derartige Aufträge und ist dadurch in der Lage, die Karten so billig herzustellen. In der Herstellung geschmackvoll ausgestatteter Geschäftskataloge beherrschen Leipziger Firmen den Markt.

Selbst von Behörden werden bisweilen große Druckaufträge nach aus-

wärts gegeben, obwohl die Posener Drucker sie zu denselben Preisen in gleich guter Qualität ausführen könnten. So schreibt der diesjährige Handelskammerbericht:

„Zu bedauern ist es, daß die Provinzialverwaltung zwei hervorragende Veröffentlichungen, die auf Kosten der Provinz hergestellt werden, nicht in Posen, sondern in Leipzig bezw. Berlin hat verlegen und drucken lassen. Ähnliche Veröffentlichungen gelehrter Gesellschaften und Behörden sind in Posen hergestellt und verlegt worden, ohne daß dadurch die Form und der Absatz eine Einbuße erlitten hätte. Unsere Druckereien sind wohl geeignet, derartige Veröffentlichungen zu drucken. Das Ansehen unserer Buchdruckereien wird dadurch nach außen sehr geschädigt und es wird ihnen die Gelegenheit entzogen, etwas tüchtiges zu leisten."

Auch wurde verschiedentlich darüber geklagt, daß die Behörden den Druckereien selbst Konkurrenz machen, indem sie eigene Druckereien einrichten. So ist z. B. seit einigen Jahren in der Strafanstalt Bojanowo eine derartige Druckerei im Gange, in welcher 12 Leute beschäftigt sind, von denen nur der Leiter ein gelernter Setzer ist. Dort werden viele Veröffentlichungen der Provinzialverwaltung hergestellt, die ehemals an Privatdruckereien vergeben wurden. Dagegen sind die Klagen über das Submissionsverfahren in neuerer Zeit nicht mehr zu hören. Während früher sehr darüber geklagt wurde, daß stets dem Niedrigstbietenden der Zuschlag erteilt wurde, hat sich jetzt allmählich die Überzeugung Bahn gebrochen, daß man dadurch nur der „Schmutzkonkurrenz" und dem unreellen Betriebe Vorschub leistete. So wird jetzt von den Behörden im allgemeinen einer preiswerten Berechnung der Vorzug gegeben. —

In wenige Worte das Ergebnis unserer Untersuchung zusammenfassend, kommen wir zu folgendem Schlusse. Diejenigen kleinen Betriebe, welche mit genügendem Kapital und kaufmännischem Verständnis betrieben werden, sind wohl im stande, in der Ausführung einfacherer Druckarbeiten erfolgreich mit den Großbetrieben zu konkurrieren. Die Besitzer können sich aus den Erträgnissen ihres Gewerbes anständig ernähren; zu Vermögen dürften sie es aber nur selten bringen. Der andere Teil der Kleinbetriebe sucht sein Heil in der Lehrlingszüchterei und der „Schmutzkonkurrenz". Es ist nicht zu beklagen, wenn an Stelle dieser wirtschaftlich ungesunden Betriebe, deren Fortbestehen nur durch Ausbeutung von Arbeit und Gesundheit ihrer Angestellten möglich ist, lebensfähige Großbetriebe treten, wodurch den beklagten Mängeln abgeholfen, und eine Gesundung der Verhältnisse herbeigeführt werden könnte.

4. Berufsorganisation.

Es ist schon oft gesagt worden, daß die Buchdrucker zur Elite der Lohnarbeiter gehören. Und mit Recht. Sehen wir doch bei ihnen das Solidaritätsgefühl zuerst und am schärfsten ausgeprägt. Schon 1848 versuchten die Gehilfen einen „Nationalbuchdruckerbund" zu gründen, zu dem sie auch die Prinzipale aufforderten. Auch Posener Gehilfen beteiligten sich daran[1]; ebenso nahmen ihre Delegierten an der Gründung des Deutschen Buchdrucker-Verbandes im Jahre 1866 teil. Noch in dasselbe Jahr fällt die Bildung von zwei Gauverbänden der Provinz Posen, denen Deutsche und Polen zugleich angehörten. 1872 vereinigten sich dieselben zum Gau Posen, der in die zwei Bezirke Posen und Bromberg zerfällt. Letzterer zählte im Jahre 1871 31 Mitglieder; ersterer, bei dem hauptsächlich die Stadt Posen in Betracht kommt, mag kaum zahlreicher gewesen sein.

Heute hat der Posener Verein ungefähr 40 Mitglieder; er hat durch den letzten großen Streik vom Jahre 1891 etwa 20 Mitglieder verloren, die Posen verlassen mußten, da verschiedene Druckereien allen Verbandsmitgliedern kündigten und nur unorganisierte Arbeiter neu einstellten. Der Nationalität nach besteht der Bezirksverband in der Mehrzahl aus Deutschen, hat aber auch eine ganze Anzahl polnischer Mitglieder.

Der Verband gewährt außer den allgemeinen Kranken-, Konditionslosen-, Invaliden- und Reiseunterstützungen für Konditionslose noch einen wöchentlichen Zuschuß von 3,30 Mk.

Um die Mitte des Jahres 1871 wurde in Posen auch ein „Polnischer Buchdrucker-Verein" (Towarzystwo Druckarzy polski) gegründet. Die ursprüngliche Absicht war, erst die polnischen Buchdrucker zu organisieren und dann eine Gruppe in dem allgemeinen deutschen Buchdrucker-Verbande zu bilden. Dieser Plan hat sich jedoch nicht verwirklicht; im Gegenteil stehen sich beide Vereine in den letzten Jahren schroff gegenüber. Die Mitgliederzahl der polnischen Organisation schwankt zwischen 50 und 60. Sie gewährt Kranken- und Konditionslosengeld (beides pro Tag 1 Mk.). Der Beitrag beträgt 0,50 Mk. wöchentlich. Bei den verhältnismäßig hohen Beiträgen und geringen Leistungen ist es nicht verwunderlich, wenn er bereits ein Vermögen von 6000 Mk. besitzt. Außerdem pflegt er in hervorragendem Maße die Geselligkeit.

Von Ende der 70er bis Ende der 80er Jahre bestand in Posen auch eine „Freie Vereinigung", deren Organ die „Berliner Buchdrucker-Zeitung" war.

---

[1] Aus der Zeitschrift „Gutenberg" vom Jahre 1848.

Im September 1892 wurde hauptsächlich von den, infolge des Streiks, aus dem Verbande deutscher Buchdrucker ausgetretenen und einigen Mitgliedern der früheren „Freien Vereinigung", der „Gewerkverein der graphischen Berufe", der dem „Hirsch-Dunckerschen Verbande" angehört, gegründet. Bei seiner Entstehung zählte er 18 Mitglieder, jetzt 32; doch gehören einige andern Berufen an. Er zahlt Krankenunterstützung gemäß den Bestimmungen der eingeschriebenen Hilfskassen. Die Reiseunterstützung beträgt 2 Pf. pro Kilometer bis 500 Kilometer im Jahre. Doch soll auf der zu Ostern 1896 zu Berlin stattfindenden General-Versammlung des Vereins eine Änderung der Reisegeldfrage im Sinne täglicher Unterstützung nach Analogie des Verbandes Deutscher Buchdrucker stattfinden. Auch wird vom Verein 4 Wochen lang eine Aussperrungsunterstützung von 1,50 Mk. täglich gewährt.

Endlich existiert seit Mai 1894 ein „Maschinenmeister-Verein", der sich nur mit technischen Fragen beschäftigt; Unterstützungen werden nicht gewährt. Er zählt augenblicklich 12 Mitglieder.

Der Gehilfenorganisation steht seit 1894 ein Prinzipal-Verein gegenüber, der „Provinzial-Verein Posener Buchdruckereibesitzer", dessen Mitglieder mit wenigen Ausnahmen Deutsche sind. Er erstreckt sich über die ganze Provinz und zählt in der Stadt Posen 10 Mitglieder. Sein Verhältnis zu den Gehilfen ist ein freundliches. — Eine Buchdrucker-Innung hat in Posen nie bestanden.

XIII.

Das Barbiergewerbe

unter besonderer Berücksichtigung der Posener Verhältnisse.

Von

Gustav Tietze.

Das Barbiergewerbe ist eines von denjenigen Handwerken, welche sich wegen seiner Eigenartigkeit mit keinem anderen vergleichen lassen. Hier giebt es keinen Bezug von Rohstoffen, auch keinen Zwischenhändler, keine Produktion, keine besonderen Absatzkreise, von einem Betriebskapital ist wenig die Rede, und doch ernährt dieser Beruf seinen Mann verhältnismäßig noch nicht am schlechtesten.

In der Stadt Posen bestand eine Perückenmacher-Innung um das Jahr 1800. Sie zählte bei einer Einwohnerzahl von 15 253 Seelen 8 Mitglieder, während die Barbier-Innung 9 Mitglieder aufwies; erstere bestand bis zum Jahre 1885, da sie aber nur noch 5 Mitglieder zählte, löste sie sich dann auf; eine besondere Bedeutung hatte sie für Posen niemals. Etwas anderes war dies mit der Barbier-Innung, die bereits in den Anfang des 16. Jahrhunderts zurück datiert. Welche Bedeutung sie schon damals hatte, beweist das erste Statut, welches der Posener Magistrat der „Feldscheerer-Innung" im Jahre 1517 verlieh. König Sigismund I. von Polen bestätigte sodann das in lateinischer Sprache verfaßte Statut im Jahre 1519 auf dem Reichstage in Thorn. Erst im Jahre 1593 wurde dieses Statut in die polnische Sprache übertragen und lautet in deutscher Übersetzung folgendermaßen:

„Wer in Posen Meister werden will, muß zunächst 10 Gulden Eintrittsgeld in polnischer Münze und Währung an die Innungskasse zahlen und dabei eine Bescheinigung seiner legitimen Geburt, sowie einen Lehrbrief vorzeigen. Sodann soll jeder Meister folgende Meisterstücke machen: erstens dasjenige, was man lateinisch gratia Dei nennt; zweitens ein emplastrum de lapide calaminari; drittens unguentum fuscum; viertens pulvis ossium; fünftens unguentum corosivum; sechstens soll er ein neues Rasiermesser, einen Schnepper und eine Scheere von Grund aus in Ordnung bringen und schleifen; siebentens eine zum Haarschneiden bestimmte Scheere sauber schleifen; achtens einen neuen zum Aderlaß bestimmten Schnepper fein schleifen. Mit diesen Meisterstücken soll derjenige, welcher Meister werden will, am Dienstage nach dem Frohnleichnamsfeste anfangen und ihm das dazu erforderliche Material nebst schriftlicher Angabe des Gewichts von den Mitgliedern der Innung überreicht werden. Hierauf hat er sie allen Innungsmeistern vorzuzeigen; sollte er sie aber weder anfertigen noch vorzeigen können, dann soll er der besseren Ausbildung und Übung wegen anders wohin wandern und wenn er nach Verlauf eines halben Jahres wiedergekehrt ist, die oben genannten Meisterstücke noch einmal machen und vorzeigen, und wenn sie ihm nunmehr gelungen sind, so soll er dem städtischen Amte durch die Senioren empfohlen werden und das Bürgerrecht erhalten, gleichzeitig aber dem Brauche gemäß für Alle ein Abendbrot ausrichten.

Item wer sich in diese Anordnungen nicht fügen will, darf nicht eher seine Becken aushängen und einen Gesellen halten, ehe nicht ein Ausgleich zwischen ihm und der Innung stattgefunden hat.

Item soll sich niemand in das Gewerk eindrängen, so lange er nicht dasselbe was ein anderer Meister gemacht hat, aufzuweisen vermag. Jeder Meister soll vierteljährlich 6 Groschen; jeder Geselle 3 Groschen an die Innungskasse zahlen.

Item wenn ein Meister einen übelberüchtigten, seinem Gewerbe Schande machenden Gesellen hält, darf er, so lange dieser bei ihm ist, bei einer Strafe von 5 Mk., die an die Innung zu entrichten sind, keine Becken heraushängen.

Item jeder, er sei Meister oder Geselle oder Diener, der trotz des an ihn ergangenen Befehls in der Sitzung nicht erscheint, soll mit einem Pfund Wachs bestraft werden. So oft Jemand zur Teilnahme an Totenmessen aufgefordert wird und das erste Offertorium versäumte, zahlt er zur Strafe 3 Groschen, hat er aber beide Offertorien versäumt, entweder ein Pfund Wachs oder eine entsprechende Geldsumme, es sei denn, daß jemand nach vorhergegangener Anzeige bei der Innung verreist war.

Ferner soll niemand mit versteckten oder sichtbaren Waffen in die Versammlung kommen; sollte es aber dennoch jemand thun, so soll er dem Bürgermeister und dem Stadtrate zur Anzeige gebracht und von ihnen für jede neue Spitze oder jedes Messer mit 3 Groschen bestraft werden.

Item wenn ein Meister dem andern einen Lehrburschen abspenstig macht, zahlt er zur Strafe zwei Stein Wachs oder das entsprechende Geld.

Item sind die jüngeren Meister bei Strafe zum Tragen der Innungsfahne verpflichtet. Auch soll alle Quartale für die Verstorbenen eine Messe gelesen werden und bei dieser Gelegenheit sowohl der jüngste wie der älteste Geselle die Totenbahre aufstellen und mit Tüchern bedecken, nach der Messe aber die Gerätschaften samt den Lichtern wieder aufbewahren.

Item soll jeder Lehrling dieses Gewerks 3 volle Jahre lernen und einen Gulden Einschreibegebühren bezahlen und nach Beendigung seiner Lehrzeit ein halbes Jahr als Halbgeselle bei demselben Meister arbeiten.

Item jeder Geselle soll einen Groschen Wochenlohn für Anlegung des ersten Verbandes, einen halben Groschen für die Pflege eines Kranken, 3 Groschen von jedem Gulden, den der Herr bekömmt, für einen Aderlaß und für das Ausreißen eines Zahnes je die Hälfte, und für die Öffnung von Geschwüren oder geschwollenen Beulen ebenfalls die Hälfte vom Verdienst des Meisters erhalten. Wenn ein Diener oder Gehilfe ohne vorherige Anzeige des Nachts nicht zu Hause schlafen sollte, so muß er zur Strafe ein Pfund Wachs an die Innung zahlen, erhält aber, falls der Meister in dieser Zeit einen Verwundeten verbinden mußte, als fauler Diener nichts von dem Verdienste.

Item hat ein Diener, wenn er einen ganzen Tag lang sich im Hause des Meisters nicht sehen läßt, ein Pfund Wachs als Strafe zu zahlen.

Item muß ein Meister, wenn er einen Gesellen oder Diener entlassen will, es ihm vier Wochen vorher anzeigen, der Geselle aber bis zur festgesetzten Zeit beim Meister aushalten, und zwar bei Strafe von 8 Groschen.

Item wenn ein Meister stirbt, so kann die Witwe mit einem Gesellen das Handwerk 1 Jahr und 6 Wochen lang fortsetzen, die Verlängerung dieses Termins aber soll von der Entscheidung des Stadtrats oder der Herren Bürgermeister und der anwesenden Senioren abhängig sein.

Item jeder, der vor einem Meister und Gesellen sich beklagt und in der Sitzung die Mütze nicht ehrerbietig abnimmt, zahlt ein Pfund Wachs, und wenn er ein anderes Mitglied der Innung mit gemeinen Worten schimpft, drei Pfund zur Strafe. Das für die Gesellen bestimmte Biergelage soll auf Rechnung des Fremden veranstaltet werden und dann jeder Geselle, der nicht dabei erschienen ist oder nicht erscheinen konnte, den Altgesellen die Hälfte des im Fall der Anwesenheit ihm gebührenden Anteils zu geben verpflichtet sein. Und wenn ein Geselle den anderen bei den Haaren zieht, so hat er sechs Pfund Wachs an die Innung zu zahlen und darf bei Strafe von einem Pfund Wachs nicht bewaffnet zum Gelage gehen.

Wenn aber einer von den Gesellen in eine Krankheit verfällt und kein Geld hat, sich kurieren zu lassen, so muß die Innung für ihn Sorge tragen; doch ist jener verpflichtet, im Fall der Genesung derselben die Auslagen wiederzuerstatten, im Fall des Todes aber seine Sachen der Innung zu belassen.

Item jeder Geselle, der einen Anderen beim Einschenken den Kopf oder die Augen mit Bier begießt, soll zwei Pfund Wachs bezahlen.

Item sollen die Meister und Gesellen je einen Schlüssel zur Lade und Büchse der Innung haben.

Item kein Meister darf bei Strafe eines Steines Wachs den Verband eines anderen Meisters von der Wunde nehmen und einen neuen anlegen, bevor nicht der erstere befriedigt worden ist. Item wenn ein Meister einen Schwerverwundeten zu heilen hat, so soll er einen der Senioren zuziehen.

Item wenn ein Geselle in einen neuen Dienst eintritt, so soll er ohne Widerspruch 3 Groschen zahlen. Schließlich soll unerschütterlich daran festgehalten werden, daß niemand auf Grund irgend welcher Empfehlungsschreiben oder Reskripte des In-

oder Auslandes, sondern nur auf Grund der in dieser Innung geltenden Verpflichtungen, Artikel und Gebräuche in die Zahl der Meister aufgenommen werde.

Item niemand, weder Christ noch Jude, welcher Nation er auch angehören möge, darf Geschäfte, welche den zur Innung gehörigen Wundärzten zukommen, ausüben und offen oder heimlich dieses Gewerbe betreiben, d. h. Kranke irgend welchen Standes innerlich oder äußerlich behandeln, zur Ader lassen, rasieren, Haare schneiden und andern den Wundärzten zukommenden Geschäfte verrichten. Wenn aber die jüngeren Meister oder Gesellen hiervon Kunde erhalten, so können sie ihnen an jeder Stelle, wo sie bemerkt oder ertappt worden sind, ihre Instrumente und Medikamente wegnehmen und konfiszieren (ausgenommen in Pest oder einem anderen Notfall, während deren sie verpflichtet sind, ex gremio suo einen zu wählen, der den Kranken behilflich sein und sie nach Bedürfnis kurieren könne). Pfuschern, Herumtreibern und Landstreichern jeder Art, die zu keiner Innung gehören, aber dennoch heimlich dieses Handwerk betreiben, soll die Ausübung desselben verboten und ihnen eine Strafe auferlegt werden."

Dieses Statut wurde von König Sigismund III. im Jahre 1593, von Ladislaus IV. im Jahre 1632, von Johann Casimir im Jahre 1653, von Michael Korybut im Jahre 1676, von Johann III. in demselben Jahre und endlich von August II. im Jahre 1701 bestätigt.

Durch die im 17. und 18. Jahrhundert eingetretenen politischen Wirren und die wiederholten Invasionen des Landes durch Schweden, Russen, Sachsen und Preußen wurden naturgemäß auch die verschiedenen Gewerbe sehr in Mitleidenschaft gezogen, so daß die Innungen die ihnen durch die Statuten verliehene Autorität nicht mehr zur gewünschten Geltung bringen konnten. Die in späteren Jahren infolge der Epidemien entstandenen ungünstigen gesundheitlichen Verhältnisse veranlaßten endlich im Jahre 1780 die damalige Regierung, den Feldscheerern ein neues, aus 39 Paragraphen bestehendes Statut zu geben, welches den Zeitverhältnissen mehr entsprach und demgemäß verordnet, daß alle Feldscheerer, welche Mitglieder dieser Innung zu werden wünschen, durch den ältesten hiesigen Arzt examiniert und erst dann, wenn sie von diesem ein schriftliches Zeugnis über ihre Befähigung erhalten hätten, in dieselbe aufgenommen werden sollen; außerdem verlangt dasselbe von ihnen Kenntnisse in der Anatomie. Um das Jahr 1780 waren in Posen 6 Feldscheerer. Die politischen Wirren am Ende des vorigen und am Anfange dieses Jahrhunderts, welchen erst durch die Einführung der preußischen Verwaltung in den polnischen Landesteilen ein Ende gemacht wurde, waren für die gewerbliche Entwicklung nicht günstig. Erst vom Jahre 1820 an kam nach und nach etwas mehr Leben in den Handwerkerstand. Die erste amtliche Statistik über die verschiedenen Gewerbe im Regierungsbezirk Posen datiert vom Jahre 1822; doch erst im Jahre 1846 fand eine statistische Aufnahme

über das Barbiergewerbe statt. Danach gab es in diesem Jahre im hiesigen Bezirke 146 Meister mit 76 Gehilfen, bei der zweiten Zählung im Jahre 1861 belief sich die Zahl der Meister auf 155 mit 145 Gehilfen; Friseure gab es im Jahre 1846 im Reg.-Bez. Posen 7 mit 6 Gehilfen, im Jahre 1861 16 mit 15 Gehilfen.

Das Friseur- und Perückenmachergewerbe, welches, wie die Zahlen beweisen, in den 40er Jahren noch weit zurück war, nahm mit der Zeit einen kleinen Aufschwung und verhinderte dadurch eine Angliederung an das Barbiergewerbe; ähnlich wie in anderen Provinzen wollte man auch hier die speciellen beruflichen Interessen durch eine eigene Innung fördern, doch blieb der Erfolg aus. Die wenigen Mitglieder, welche in der Stadt Posen ihren Wohnsitz hatten, hielten zwar gelegentliche Zusammenkünfte ab; aber die im Reg.-Bez. Wohnenden kümmerten sich wenig um ihre Posener Kollegen. Nachdem die Einführung der Gewerbefreiheit die Schranken beseitigt hatte, welche den Einzelnen hinderten, seine Fähigkeiten nach Neigung und Geschick zur Geltung zu bringen, vereinigte sich hier bald das Geschäft des Rasierens, Frisierens und des Perückenmachens zu einem Gewerbe. Während aber vor Einführung der Gewerbefreiheit in dem Innungs- resp. Zunftwesen immer noch ein gewisser Zusammenhang der Berufskreise vorhanden war, wurde dieser in der neuen Ära sehr gelockert.

Ein neues Leben begann in dem Gewerbe erst, als im Jahre 1871 der Gesamtverband deutscher Barbierherren gegründet wurde. Welche Sympathien in den beteiligten Kreisen diesem Unternehmen entgegengebracht wurden, beweist am besten die Thatsache, daß sich ihm bald der größte Teil der Berufsgenossen anschloß, ebenso auch die noch in einzelnen Orten existierenden Innungen, welche bis dahin für sich allein bloß vegetiert hatten, da ihnen jede centrale Organisation fehlte. Als Fachorgan wurde die gegenwärtig im 24. Jahrgange stehende, monatlich zweimal erscheinende Zeitung „Der deutsche Barbier, Friseur- und Perückenmacher" ins Leben gerufen, in welcher die Interessen des Gewerbes würdige Vertretung finden. Der Centralverband gliedert sich in die einzelnen Provinzial- und Bezirksverbände, deren es 24 in Deutschland giebt. Alljährlich wählen diese Verbände ihre Delegierten zu der Generalversammlung des Centralverbandes, welche die Ansichten und Wünsche ihrer Auftraggeber in betreff eines besseren Ausbaues der Gesamtorganisation zur Geltung zu bringen, wie auch gewissen Fragen der Gesetzgebung gegenüber, beispielsweise bezüglich des § 100e der Reichsgewerbeordnung über das Halten von Lehrlingen und des Gesetzes über die Sonntagsruhe durch gegenseitige Verständigung

in möglichst gleicher Weise Stellung zu nehmen haben. Es ist in hohem Grade anerkennenswert, daß der Verband der Barbier rc.-Innungen sich eine Organisation geschaffen hat, wie sie kaum ein zweites Gewerbe in Deutschland aufzuweisen hat, indem Prinzipale und Gehilfen hier vereint zusammenwirken, um bessere Existenzbedingungen zu erhalten und das Standesbewußtsein zu heben. Eine ähnliche Organisation haben nur noch die Buchdrucker, doch gehen hier sowohl die Meinungen unter den Prinzipalen wie Gehilfen derart auseinander, daß in beiden Parteien verschiedene Organisationen bestehen und auch dem entsprechende Organe erscheinen — leider nicht zum Vorteile des Gesamtgewerbes.

Der Beitrag zur Innung beträgt für jedes Mitglied jährlich 2 Mk., während jede Innung an die Centralkasse pro Jahr und Mitglied 10 Pf. zu zahlen hat. In welcher Weise sich diese Organisation aber immer mehr vervollkommnet, beweist die stetig steigende Mitgliederzahl; gegenwärtig bestehen in Deutschland 310 Innungen mit 9721 Meistern, 7357 Gehilfen und 6499 Lehrlingen; 171 Fachschulen sorgen für die Aus- und Fortbildung der Lehrlinge. Die nachfolgende Statistik gewährt ein interessantes Bild über die Verhältnisse im Posener Bezirksverband im Vergleich zu denen im übrigen Deutschland. Der Bezirksverband Posen besteht aus 7 Innungen mit zusammen 143 Mitgliedern, davon sind:

	Innungsmeister	Gehilfen	Lehrlinge
1. Posen	59	70	75
2. Krotoschin	19	4	37
3. Lissa	24	6	36
4. Meseritz	16	6	16
5. Rawitsch	12	5	18
6. Ostrowo	7	0	18
7. Kempen	6	4	7

Zu den genannten Städten gehören auch die in dem betreffenden Kreise belegenen kleineren Ortschaften. Von 143 Innungsmeistern des Regierungsbezirks werden insgesamt 95 Gehilfen und 207 Lehrlinge beschäftigt. In der Stadt Posen gehören zur Innung 30 Meister, 28 Gehilfen mit 39 Lehrlingen; außerhalb derselben stehen noch 26 Meister, 18 Gehilfen mit 32 Lehrlingen. Hiernach ist ersichtlich, daß in den meisten Fällen, namentlich in der Provinz, der Meister die Kundschaft mit den Lehrlingen allein versorgt und nur die besseren Geschäfte Gehilfen halten. Im Jahre 1861 kam im Bezirke 1 Barbier auf 3186 Menschen, im Jahre 1895 1 Barbier auf 2870, während in der Stadt Posen bereits 1 Barbier auf 405 Menschen kommt.

Eine statistische Übersicht der übrigen Verbände Deutschlands ergiebt folgendes veränderte Bild:

Verbände	Innungen	Meister	Gehilfen	Lehrlinge
Ostpreußen	7	260	138	229
Westpreußen	6	144	95	114
Brandenburg	40	1852	1783	1020
Pommern	16	303	168	241
Posen	12	308	205	406
Schlesien	30	809	786	924
Magdeburg	19	524	260	305
Hannover	13	344	198	214
Westfalen	16	379	213	255
Rheinland	15	532	378	314
Oberlausitz	3	106	69	81
Dresden	8	376	358	159
Chemnitz	2	145	66	58
Leipzig	8	390	355	254
Erzgebirge-Voigtland	14	355	221	260
Hanseatischer Verband	27	983	678	391
Mecklenburg	7	177	83	181
Braunschweig	4	173	133	106
Anhalt	18	482	291	353
Thüringen	20	345	168	243
Hessen	3	79	92	29
Süddeutschland	22	655	619	362
Zusammen	310	9721	7357	6499

Nach dieser dem vorjährigen Verbandsprotokoll entnommenen Statistik zeigt der Osten in betreff der Lehrlingszahl das ungünstigste Verhältnis, allen voran die Provinz Posen, während je weiter wir nach Westen und nach Süden gelangen, auch die Zahlen eine auffallende Besserung aufweisen; so zählt die Innung München allein 70 Meister, 81 Gehilfen und nur 24 Lehrlinge, während der Bezirk Bromberg bei 165 Meistern 110 Gehilfen und 199 Lehrlinge aufweist. — Durch die Gründung eines eigenen Organs war man nun auch in den Stand gesetzt, eine Aussprache über verschiedene, das Gewerbe betreffende Angelegenheiten zu ermöglichen, in welchen Norden und Süden, Osten und Westen unseres Vaterlandes noch weit auseinander gingen; namentlich war dies bei der Frage des Preises für Rasieren, Frisieren und Haarschneiden der Fall. In Stettin beschloß der

dortige Delegiertentag bereits im Jahre 1876, den Minimalpreis für Rasieren auf 10 Pf. festzustellen, unter Umständen aber auch 15 Pf. zu nehmen. Dieser Preis hat auch im übrigen Deutschland durchschnittlich Anwendung gefunden, während für Rasieren und Frisieren 30, 40 und 50 Pf., je nach der Arbeit — wird beispielsweise der Kopf gewaschen, kostet es mehr — gezahlt werden.

Ein zweiter Punkt von wesentlicher Bedeutung, den unsere neuere Gesetzgebung als Zankapfel in das Gewerbe geworfen hatte, war der § 100e der Reichsgewerbeordnung, wonach den Innungen unter bestimmten Voraussetzungen gewisse Vorrechte in Bezug auf das Lehrlingswesen gewährt werden können. Da die Innungen nach dem Gesetz aber nur fakultativ sind, ein Zwang auf die außerhalb derselben Stehenden mithin nicht ausgeübt werden kann, so zögerte man eine Zeitlang, bevor man zum äußersten Mittel griff, das der Gesetzgeber an die Hand gab. Da dieses Verhalten von den Posener Gegnern vielfach als Schwäche gedeutet wurde, wurde Ende vorigen Jahres der Antrag an die Posener Regierung gestellt, „wonach diejenigen Arbeitgeber, welche ein in der hiesigen Barbier- und Friseur-Innung vertretenes Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sein würden, gleichwohl derselben aber nicht angehören, vom 1. April 1896 an Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen." Da derartige Anträge von den meisten Innungen Deutschlands bereits gestellt sind und nach ihrem Wunsche ihre Erledigung gefunden haben, so erwartet man auch hier eine Antwort in günstigem Sinne. Sollte dieser Wunsch der Innung erfüllt werden, so hat der § 100e insofern seinen Zweck erfüllt, als die bisher außerhalb der Innung Stehenden im eigenen Interesse ihre Aufnahme in dieselbe veranlassen werden. Die Zahl der Innungsmitglieder wird dadurch vermehrt und die Kasse gestärkt. Mit dieser Maßnahme wird aber auch zugleich ein höherer Zweck verbunden, da nach einem neuerlichen Beschluß der Innungsversammlung ein gewisses Verhältnis zwischen der Gehilfen- und Lehrlingszahl festgesetzt worden ist, und zwar darf kein Meister mehr als drei Lehrlinge halten. Im ganzen sind bisher an 176 Innungen die Rechte aus § 100e Ziff. 3 und an 2 Innungen die Rechte aus § 100f der R.-G.-O. verliehen.

Von einschneidender Bedeutung für das Barbiergewerbe ist ferner das Gesetz über die Sonntagsruhe. In diesem Gewerbe kannte man bisher keinen Sonntag, da auch die Kundschaft von alters her daran gewöhnt war, an diesem Tage jederzeit bedient zu werden. Einzelne Geschäfte schlossen dann abends etwas früher, um ihrem Personal wenigstens eine

kleine Sonntagsruhe zu gönnen. Dies hat sich nun nach Erlaß jenes Gesetzes mit einem Schlage geändert. Allerdings hat die ungleichmäßige Behandlung der Frage des Schlusses der Geschäfte in den verschiedenen Orten auch verschiedene von einander abweichende behördliche Verordnungen zu Tage gefördert; aber auch in diesem Falle hat die Centralisation Gutes gestiftet, indem von Berlin der Anfang gemacht wurde, die Geschäfte an Sonn- und Festtagen von 2 Uhr nachmittags an zu schließen und diesem Beschlusse auch die Innungen in den Provinzen beitraten. Denjenigen Geschäftsinhabern aber, welche trotzdem an den Sonntag-Nachmittagen ihre Geschäfte länger offen halten, erwächst aus diesem selbstsüchtigen Verhalten kein besonderer Vorteil mehr, da auch das Publikum im großen Ganzen sich an die neue Ordnung der Dinge bereits gewöhnt hat. Fast in jedem Geschäft sieht man das von der Innung angefertigte und den Mitgliedern zur Verfügung gestellte Plakat über den Geschäftsschluß an Sonn- und Feiertagen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Haarschneiden am Sonntag. In dieser Beziehung hat eine außerordentliche Innungsversammlung in Berlin am 22. März 1895 eingegriffen. Es wurde beschlossen, Plakate anzufertigen, welche folgenden Wortlaut haben:

„Bitte an meine geehrte Kundschaft! Nachdem nunmehr die Sonntagsruhe im Barbier- und Friseur-Gewerbe gesetzlich eingeführt und damit die Arbeitszeit an den Sonn- und Feiertagen erheblich eingeschränkt ist, richte ich an meine geehrten Kunden die ergebene Bitte, sich das Haar an den Wochentagen schneiden zu lassen. Bei dem großen Andrange der Kundschaft an den Sonntagen wird es mir in Zukunft infolge der gekürzten Arbeitszeit unmöglich, das zeitraubende Geschäft des Haarschneidens zu demselben Preise wie an den Wochentagen auszuführen. Ich sehe mich deshalb genötigt, den Preis für Haarschneiden an den Sonn- und Feiertagen zu erhöhen."

Dieses Vorgehen der Berliner hat in zahlreichen anderen Orten des Deutschen Reiches, wie in Magdeburg, Stettin, Breslau u. s. w. Nachahmung gefunden, während in Posen ein dahingehender Antrag trotz aller Würdigung der Vorteile desselben abgelehnt wurde. Eine Normierung des Preises mußte allerdings auch in Berlin unterbleiben, da die Preise in größeren und kleineren Geschäften und Städten verschiedene sind; es handelte sich nicht um eine einheitliche Feststellung, sondern um eine Erhöhung desselben überhaupt. Durch die Fassung des Plakats aber wird es selbst den Geschäften mit hohen Preisen ermöglicht, an den Sonn- und Feiertagen einen Aufschlag für Haarschneiden eintreten zu lassen.

Das Geschäft eines Barbiers und Friseurs ist bekanntlich ein sehr vielseitiges, denn es vereinigt in sich die Geschäfte des Barbierens, Haar-

schneidens, Zahnziehens, Schröpfens, Blutegelsetzens und sonstige chirurgische Assistenzleistungen, ferner das Frisieren und die Anfertigung künstlicher Haararbeiten; vorausgesetzt ist natürlich bei einigen der erwähnten Arbeiten die Qualifikation der Heilgehilfen. Nach Einführung der obligatorischen Fleischschau hat sich noch ein neues Erwerbsfeld eröffnet, so daß dem Barbier, sofern ihm ein angenehmes und sympathisches Äußere eigen ist und er genügend Intelligenz und Gewandtheit besitzt, um auch in der Chirurgie behilflich sein zu können, immer noch eher wie mancher andere Handwerker sein Fortkommen finden kann. Es giebt zahlreiche Barbiere, welche nur das Geschäft als Heilgehilfe betreiben und nicht ohne Erfolg. Auch das Publikum, namentlich in den kleineren Städten, hat sich daran gewöhnt, in vielen Fällen, wo es sich um äußere Wunden, Verrenkungen u. s. w. handelt, den Heilgehilfen eher als den Arzt zu Rate zu ziehen, teils der geringeren Kosten wegen, teils aber auch, weil man in einen tüchtigen Heilgehilfen das Vertrauen setzt, daß er die verschiedenen kleineren Übel des menschlichen Körpers einer sachgemäßen Behandlung unterzieht.

Das Lehrlingsverhältnis dürfte im Barbiergewerbe als ein günstiges zu betrachten sein, da die Lehrlinge noch als Familienglieder betrachtet werden und Kost und Logis im Hause des Lehrherrn erhalten. Die Lehrzeit dauert 3—4 Jahre; die Zahlung eines Lehrgeldes wird nach gegenseitiger Übereinkunft geregelt; für technische und theoretische Ausbildung wird in ausreichendem Maße gesorgt, da nach dem Innungsstatut alle Innungen in Städten von 10 000 Einwohner und darüber verpflichtet sind, Fachschulen zu unterhalten. Im Posener Bezirksverbande bestehen solche in Posen, Krotoschin und Ostrowo. Daß in größeren Städten auch größere Aufwendungen zur Fortbildung der Lehrlinge und Gehilfen gemacht werden, ist wohl selbstverständlich. So bestehen beispielsweise in der Reichshauptstadt nachfolgende Fortbildungsschulen: 1. Eine Lehrlings- und eine Gehilfenschule für Haarschneiden und Frisieren; 2. eine Schule für Tisch- und Knüpfarbeit (Perückenfabrikation); 3. eine Schule für Damen-Frisieren; 4. eine Schule zur Ausbildung von Heilgehilfen und 5. eine Schule zur Ausbildung in der Zahntechnik. Daß diese Schulen von wirklichem Erfolge für ihre Besucher sind, beweisen die jährlichen Prüfungen und Ausstellungen der Arbeiten von Lehrlingen, welche gelegentlich der Kongresse dem Publikum vorgeführt werden. Beim Schluß des Semesters, das in Posen von Oktober bis April dauert, werden an die besten Schüler Diplome und Prämien verteilt. Daß auch die Staatsregierung diesen Schulen ihr Interesse zuwendet, beweist sie durch Gewährung von Staatsprämien, ebenso wie

auch die kommunalen Behörden verschiedener deutscher Residenzstädte einen namhaften Zuschuß für diese Institute leisten.

Die Lohnzahlung ist eine wöchentliche und sehr verschiedenartige; die Lohnhöhe schwankt in der Stadt Posen zwischen 4 und 6 Mk. bei freier Station, je nach der Leistungsfähigkeit des Gehilfen; in kleineren Städten geht der Wochenlohn bis auf 3 Mk. herunter. Daß vielfach auch noch ein kleiner Nebenverdienst für die Gehilfen abfällt, ist als bekannt vorauszusetzen.

Die Unterstützung für reisende Gehilfen ist derartig geregelt, daß der Reisende von Innung zu Innung ein sogenanntes Viatikum erhält, das je nach der Größe der Innung 50, 75 Pf. und 1 Mk. beträgt; in Posen werden 75 Pf. gezahlt. Diese Unkosten werden von den Meistern allein getragen.

Von einer eigentlichen Gehilfen-Organisation ist im Barbiergewerbe keine Rede. Wohl bestehen in den größeren Städten Vereinigungen, in denen Fragen aus der Praxis diskutiert und die Geselligkeit gepflegt wird; doch haben diese nur einen privaten Charakter und reichen gewöhnlich nicht über das Weichbild des betreffenden Ortes hinaus. Es ist dies auch erklärlich, da die Gehilfen gewöhnlich bis zum 25. Lebensjahre zur Gründung eines eigenen Betriebes gelangen und die Gehilfenzeit lediglich als eine Durchgangsstation zur Selbständigkeit zu betrachten ist. So wurde bei der gelegentlichen Aufnahme einer Statistik konstatiert, daß innerhalb des gesamten Berufs nur sehr wenige Gehilfen zu ermitteln waren, welche das 40. Jahr erreicht hatten; im Alter von 50 Jahren war nur einer. Gehilfen aber, welche dasjenige Alter erreichten, das sie zum Bezug der Alters- oder Invalidenrente berechtigt, giebt es überhaupt nicht. Daß in Ausübung des Berufs ein Barbiergehilfe invalide würde, erscheint fast ausgeschlossen.

In einer dieserhalb vom Bundesvorstand der Barbier- u. s. w. Innungen an den Bundesrat gesandten Petition wird bemerkt, daß nach einer von ihm aufgenommmen Statistik, welche sich auf 265 Innungen erstreckt, im Verlauf der letzten 5 Jahre nur 52 Unfälle zu verzeichnen gewesen sind, an welchen 25 Meister, 17 Gehilfen und 10 Lehrlinge beteiligt waren; von diesen 52 Unfällen passierten 25 im Geschäft, 27 außerhalb desselben. In keinem Falle war dauernder, in einem einzigen Falle vorübergehender Berufswechsel nötig. Nachdem der Berufszweig seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Invaliditäts- und Altersversicherung bereits 500000 Mk. beigesteuert hat, seine Mitglieder von diesen Beiträgen aber nicht den

mindesten Nutzen haben, wünscht der Bundesvorstand, daß bei einer etwaigen Umgestaltung des Gesetzes auf die eigenartigen Verhältnisse des Gewerbes Rücksicht genommen werden möchte, und bittet, damit von den beigesteuerten Leistungen auch in Wirklichkeit dem Berufe etwas zu Gute käme, eine Alters- und Invalidenkasse für Meister wie für Gehilfen zu schaffen. Es wird dabei geltend gemacht, daß die Erwerbsfähigkeit der Barbiere schon in einem Alter aufhört, in dem andere Berufe noch in vollster Arbeitsfähigkeit sich befinden, es auch in vielen Fällen selbst der strebsamsten Kraft nicht gelingt, sich so viel zu erübrigen, um im Alter davon leben zu können.

Die Sterbekasse des Verbandes hat einen Fonds von 7600 Mk.; doch ist die Mitgliederzahl keine allzu starke. In Posen gehört meines Wissens kein Mitglied zu derselben.

Der Wunsch eines jeden strebsamen Menschen, sich eine eigene Existenz zu gründen, ist beim Barbiergewerbe leichter zu erfüllen wie bei jedem anderen und mit verhältnismäßig geringen Mitteln zu erreichen, vorausgesetzt, daß man auf gewöhnliche Kundschaft rechnet und die Ansprüche an die Eleganz und die Ausstattung der Geschäftsräume in bescheidenen Grenzen bleiben. Kann die Frau des angehenden Meisters die Bedienung der Damenkundschaft übernehmen, so wird sie ihrem Manne auch in geschäftlicher Hinsicht eine wesentliche Stütze.

Freilich auch hier beginnt das Kapital schon eine Rolle zu spielen: derjenige, dessen Finanzen es gestatten, in einer größeren Stadt einen eleganten Frisier-Salon mit Laden und Schaufenster in belebter Gegend zu etablieren, wird sich auch eine bessere Kundschaft heranziehen, und den erhöhten Ausgaben werden auch meist größere Einnahmen folgen. Dem Zuge der Zeit folgend, begnügt diese Art von Geschäft sich in vielen Fällen auch nicht mehr mit den ihnen eigenen Specialitäten der Barbier- und Perücken-Branche, wie mit dem Verkaufe von Parfümerien, Seifen, Puder, Perücken u. s. w., sondern erweitern ihr Geschäft zu ganzen Waren-Bazaren, in denen nicht nur die Haut des Menschen verschönert wird, sondern in denen derselbe auch vom Cylinderhut bis zum Stiefel eingekleidet werden kann. Nach dem Vorbilde einer ganzen Anzahl anderer Handwerke hat eben auch das Barbiergewerbe in vielen Fällen bereits einen kaufmännischen Charakter angenommen; die ursprüngliche einfache Barbierstube wird immer seltener. Es ist dies die letzte Konsequenz der Gewerbefreiheit, die nun wieder zu beschränken von verschiedenen Seiten die größten Anstrengungen gemacht werden; ob mit Erfolg und ob zum Vorteil der Interessenten, wird die Zukunft lehren.

XIV.

Die Handwerksbetriebe eines ostfriesischen Marschdorfes.

Von

Chr. Jasper Klumker.

Das Dorf Loquard im Kreis Emden ist eins der größten und reichsten Dörfer des Krummhörn, dessen Boden zum größten Teile aus altem Marschboden besteht, untermischt mit leichterem Meedland (tiefliegendem Weideland) und lehm-, sand- und kalkhaltigerem Eschergrund. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind dieselben, wie in den umliegenden Dörfern, sodaß der Ort wohl als Typus eines Marschdorfes mit vorwiegender Ackerwirtschaft gelten kann. Letzteres ist für die Handwerkerverhältnisse von besonderer Bedeutung, weil z. B. Stellmacher und Schmied in einer Marschgegend mit reiner Viehzucht viel weniger Arbeit finden.

Die Bevölkerung zerfällt nach hiesigem Sprachgebrauch in drei Klassen: Bauern, Bürger und Arbeiter. Seit etwa 200 Jahren zählt das Dorf etwa 15 Plätze (Bauerngüter), und trotzdem seit den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts fast der ganze Grundbesitz in neue Hände übergegangen ist, ist jene Zahl sich gleich geblieben. Eine Beschreibung des Amtes Pewsum von 1735 zählt 80 Häuser, darunter 16 Plätze mit 2500 Grasen Landes; dieselbe nennt für das Jahr 1774 92 Häuser mit 15 Plätzen. Vier von den 14 Plätzen gehören heute auswärtigen Besitzern, zwei sind Domänen, die übrigen werden von den Eigentümern selbst bewirtschaftet. Von dem Gesamtgrundbesitz „1017 ha 24 ar 41 qm“ mit einem Grundsteuerreinertrag von 18 726,36 Thalern und einer Grundsteuer von 5127,94 Mk. entfallen auf die 14 Plätze:

Grundbesitz	789 ha 03 ar 40 qm
Grundsteuerreinertrag . . .	11 118,24 Thlr.
Grundsteuer	4 515,25 Mk.

Der Rest des Grund und Bodens gehört zum größten Teil in kleinen Parzellen auswärtigen Besitzern, sowie der Kirchengemeinde, nur wenige kleinere Stücke gehören Einheimischen; daher ist ein landwirtschaftlicher Betrieb eigentlich nur jenen größeren Besitzern möglich. Der Wert eines Hektar Landes ist durchschnittlich 2500—2800 Mk.; doch werden bessere Stücke bis zu 4000 Mk. bezahlt. Ein Platz von 70 ha im Nachbardorfe wurde auf 195 000 Mk. berechnet. Die Größe der einzelnen Besitzungen schwankt zwischen 39 und 75 Hektar; doch pflegen die Bauern noch möglichst Land zu pachten und daher gewöhnlich eine größere Fläche zu bewirtschaften. Die Plätze sind im Laufe der letzten Jahre durchschnittlich größer geworden, besonders seit in den siebziger Jahren die Regierung einen großen Teil ihres Grundbesitzes billig veräußert hat. Die Pachten gehen infolge der starken Konkurrenz noch immer in die Höhe; sie betragen jetzt für einen Hektar etwa 100 Mk.

Die Landwirtschaft hat sich nach den schlechten Zeiten der großen Flut von 1825 zu neuer Blüte entfaltet. Zu Anfang dieses Jahrhunderts war nur etwa die Hälfte der Feldmark unter dem Pfluge, das übrige war zum Teil sehr minderwertiges Meedland (Weide). Durch bessere Entwässerung, Errichtung von Wasserschöpfmühlen, Verbesserung von Kanälen (sog. Tiefen) und Sielen ist fast die ganze Meede anbaufähig geworden und durch stets wiederholtes Wühlen in sehr ertragreiches Ackerland verwandelt. Beim Wühlen werden breite Gräben gezogen, die obere Erdschicht nach unten, die untere, fruchtbare nach oben gebracht. Da die fruchtbare Erdschicht stellenweise mehrere Meter tief geht, kann dies Verfahren mit immer tieferen Gräben mehrmals wiederholt werden. Zur Zeit wird etwa $^4/_5$ der Feldmark bebaut. Gebaut wird vor allem Weizen, Roggen, Hafer, daneben Gerste, Futterbohnen und Erbsen; der Rapsbau nimmt in der letzten Zeit mehr und mehr ab und kommt nur noch vereinzelt vor. Alle 6 Jahre tritt ein Jahr Brache oder einige Jahre Weide ein; Dünger wird wenig gebraucht. Ein Platz von 70 ha benutzt etwa 200 Fuder Stalldünger und künstlichen Dünger so gut wie gar nicht.

Den wenigen Bauern steht die große Menge Arbeiter gegenüber, welche die Mehrzahl der Bevölkerung ausmachen. Nur wenige von ihnen besitzen ein kleines Stück Land, ein großer Teil allerdings kleine eigene Häuser. Dagegen pachten alle kleine Parzellen, um Gartenfrüchte und vor allem Kartoffeln zu bauen. Da die hiesigen Kartoffeln sich eines besonderen

Rufes erfreuen und in der Stadt reichlichen Absatz finden, so gewinnt manche Arbeiterfamilie daraus ein nettes Sümmchen. Jeder Arbeiter hält sich mehrere Milchschafe, die im Sommer auf den Gemeindewegen und am Deich, im Herbst und Winter auf den Stoppeln und Grünlanden der Bauern weiden; die meisten Arbeiter füttern auch ein oder zwei Schweine. Der Barverdienst schwankt zwischen 450—600 Mk. jährlich. Daneben verdienen die Frauen manches; in der kurzen Erntezeit erhält eine gute Binderin im Accord bis 3 Mk. den Tag. Da noch mancherlei kleine Naturalleistungen und Vergünstigungen hinzukommen, da auch im Winter stets einige Arbeit vorhanden ist, so hat der Arbeiter sein wenn auch mäßiges, doch sicheres Auskommen. Das Aufblühen der Landwirtschaft im Laufe des Jahrhunderts hat zunächst auch ein Anwachsen der Arbeiterbevölkerung zur Folge gehabt; denn die Vermehrung von 577 Einwohnern im Jahre 1818 auf 688 im Jahre 1852 und 699 im Jahre 1867 entfällt entschieden fast ausschließlich auf diese Klasse. Seit den fünfziger Jahren aber wirkt die Auswanderung nach Amerika diesem Anwachsen entgegen, und es sind fast ausschließlich Arbeiter, die die Aussicht auf eine eigene Wirtschaft und eigenen Besitz hinüberzieht. Die Ergebnisse der Volkszählungen seit 1867 geben ein ungefähres Bild der Sache. Die Bevölkerung betrug

1867	699	1885	622
1871	601	1890	608
1875	609	1895	577.
1880	661		

Genauer wird das Bild, wenn wir die Zahl der Ausgewanderten und den Überschuß der Geburten über die Sterbefälle für denselben Zeitraum nebeneinanderstellen.

	Auswanderer	Geburtsüberschuß
1867—1875	82	50
1875—1880	71	55
1880—1885	97	50
1885—1890	42	35
1890—1895	50	31
1867—1895	342	221
Abnahme	121	

Zwischen Bauern und Arbeitern stehen die Bürger, 30—40 Familien. Dazu gehören Pastor, Lehrer, Arzt, Apotheker und sämtliche Gewerbetreibende, Gastwirte, Fuhrleute, Schiffer und Handwerker. Ihre Zahl ist

wie die der Bauern nur geringen Schwankungen unterworfen. Gesellschaftlich stehen sie über den Arbeitern, ihrer wirtschaftlichen Lage nach nähern sie sich bald dem Arbeiter, bald dem Bauern. Die Handwerker im besondern standen früher den Bauern gesellschaftlich gleich; da sie aber den steigenden Luxus der Bauern nicht mitmachen konnten, so sind sie jetzt scharf von diesen geschieden, wenn sie auch immer noch ihnen gegenüber eine ganz andere Stellung einnehmen als die Arbeiter.

Die Zahl der Handwerker hat sich seit 30 Jahren kaum geändert. Ein Verzeichnis der Gewerbetreibenden von 1862, das der Ortsvorsteher anlegte, weil seit 1848 der Befähigungsnachweis vor ihm geführt werden mußte, giebt die Meister für jenes Jahr an. Ich stelle die Zahlen von 1867 nach der Klassensteuerrolle, die von 1889 nach der Steuerliste und den gegenwärtigen Bestand daneben:

	1862	1867		1889	1895		
	Meister	Meister	Gesellen	Meister	Meister	Gesellen	Lehrl.
Schmiede	4	3	1	2	2	1	1
Zimmerleute	6	2	5	4	4	3	1
Schuster	3	3	1	2	3	2	—
Bäcker	3	3	—	3	3	1	1
Schneider	2	3	1	2	2	—	1
Stellmacher	1	1	—	1	1	—	1
Maler	1	1	—	2	2	1	—
	20	16	8	16	17	8	5

Die beachtenswerteste Änderung ist bei den Zimmerleuten vorgegangen; die 6 Meister, die 1862 6 selbständige Betriebe hatten, sind auf 4 in 3 Betrieben zusammengeschmolzen. Dies hängt eng mit der Entwicklung dieses Handwerks zusammen.

Die 113 Haushaltungen der letzten Volkszählung verteilen sich auf die drei Klassen der Bevölkerung wie folgt:

14 Bauern,
35 Bürger,
64 Arbeiter.

Von der Einkommensverteilung gewinnt man ein ungefähres Bild, wenn man bedenkt, daß nach der neuesten Steuerliste 33 Personen ein Einkommen von über 900 Mk. hatten. Sie bezahlten zusammen 1558 Mk. Einkommens- und 602 Mk. Ergänzungssteuer. 109 Personen mit einem Einkommen von unter 900 Mk. waren dann noch zum Zweck der Gemeindelastenverteilung zusammen zu einem fingierten Satze von 196 Mk. ver-

anlagt. Im Jahre 1888/89 waren von den Handwerkern veranlagt zur Klassensteuer mit einem Einkommen von 1800—2100 Mk. ein Maler, der zugleich Gastwirt und Krämer ist, mit einem Einkommen von 1050 bis 1200 Mk. ein Schmied und ein Bäcker, mit einem Einkommen von 900 bis 1050 Mk. ein Zimmermann, mit einem Einkommen von 660 bis 900 Mk. 2 Zimmerleute, 2 Bäcker, 1 Stellmacher, 2 Schuster, 1 Schmied, mit einem Einkommen von 420—660 Mk. ein Schneider; unter dem Minimaleinkommen von 420 Mk. blieb ein Schneider.

Von Bedeutung für die Änderungen im Handwerksbetriebe ist noch die Entwicklung der Verkehrsverhältnisse. Da die Marschwege im Herbst und Frühling sowie im größten Teil des Winters unpassierbar sind, so war bis zum Anfang der 70er Jahre ein regelmäßiger Verkehr nur auf dem Kanal möglich, der das Dorf mit der 3 Stunden entfernten Stadt Emden verbindet. Die Loog- oder Beurtschiffer besorgten damals nicht nur den Frachtverkehr, sondern einen großen Teil des Jahres die Personenbeförderung. Jeder Bauer besaß eine Kajüte, die in das Loogschiff eingesetzt werden konnte. Um 1870 entstanden die Steinpfade, schmale Pfade aus Backsteinen, die den Verkehr zu Fuß und den Botenverkehr mit der Stadt sehr förderten. Um 1880 wurde dann das Landstraßennetz des Krummhörn mehr und mehr ausgebaut, und seitdem besteht eine regelmäßige Post- und Omnibusverbindung — morgens und abends — mit der Stadt Emden. Seit 10 Jahren ist außer der Poststation auch eine Telephonstation am Orte.

Zwei Handwerke, die früher hier bestanden haben, sind jetzt verschwunden. Bis 1825 etwa gab es hier eine Brauerei, die einer jetzt aussterbenden Familie den Namen gegeben hat. Später pflegte ein Gastwirt eine Art leichtes Bier, Saatbier, zu brauen, das besonders bei der Ernte des Rapssamens (Saat) getrunken wurde. Wenn er sich einmal zum Brauen eines besseren Bieres verstieg, wurde dies Ereignis durch Ausrufen bekannt gemacht. Seit etwa 20 Jahren hat auch dies aufgehört.

Im vorigen Jahrhundert und in diesem bis 1840 gab es einen Küfer. Später pflegte ein Küfer aus einem 2 Stunden entfernten Dorfe im Frühling und Herbst mit seinen Erzeugnissen zu hausieren. In neuerer Zeit wird ein Teil des Bedarfes beim Böttcher in der Stadt gedeckt; von da bezieht z. B. die Bauernfrau die Butterfässer, die sie zum Versand ihrer Butter gebraucht. Einen Teil Böttcherarbeit haben Zimmermann und Stellmacher übernommen; sie fertigen im Winter Eimer, Waschbaljen,

Karrnen u. dergl. Ein Teil des Bedarfes ist verschwunden, weil die hölzernen Milchgefäße durch solche aus verzinktem Eisen ersetzt werden.

Einen Sattler hat es im Orte nie gegeben; es giebt auch in den andern Marschdörfern keine. Die Geschirrflickerei, die bei etwa 15 Pferden auf einem mittleren Platz nicht geringfügig ist, besorgt zum Teil ein Emder Sattler, der mit Sielen, Tauen u. a. hausiert und daneben auf der Stör arbeitet. Er verrichtet außer der Geschirrflickerei auch andere Sattlerarbeit im Hause und erhält einen Tagelohn von 3 Mk. und die Kost. Doch ist diese Arbeit nicht sonderlich beliebt. Das Kutschgeschirr wird mehr und mehr zu größeren Reparaturen in die Stadt geschickt; kleinere Schäden bessert der Schuster. Das Ackergeschirr ist meist überhaupt keine größere Sattlerreparatur wert.

Über die am Orte vertretenen Handwerke gebe ich zunächst einige allgemeine Bemerkungen. Vor 1892 brachte das Dorf durchschnittlich 180 Mk. Gewerbesteuer auf. Dazu trugen ein Maler (zugleich Gastwirt) und ein Zimmermann je 15 Mk., die drei Bäcker je 6 Mk. bei, die übrigen zahlten keine Gewerbesteuer. Nach dem neuen Gesetz vom 24. Juni 1891 zahlen nur noch der Apotheker und der Müller Gewerbesteuer, dagegen keiner der Handwerker. Kein Betrieb braucht also 3000 Mk. Betriebskapital, keiner bringt über 1500 Mk. Ertrag. Diese Einschätzung entspricht auch den thatsächlichen Verhältnissen. Genaue Zahlen lassen sich allerdings nicht gewinnen; nicht so sehr weil die Handwerker keine genaue Auskunft über ihren Verdienst und keinen Einblick in ihre Bücher gewähren wollen, sondern weil die meisten selbst keinen Überblick über ihre Verhältnisse haben und ihre Buchführung gewöhnlich ungenügend ist. Da bei allen mit Ausnahme der Bäcker die Zahlungen zu Neujahr erfolgen, so ist das einzige Zeichen für die auskömmliche Existenz eines Handwerkers, ob er zu Neujahr mit seinen Einnahmen seine Rechnungen decken kann. Die meisten wissen nur ungefähr, was sie zu zahlen haben und da sie weder einen Rechnungsabschluß machen noch ihre Bücher aufbewahren, so fehlt ihnen jeder genaue Anhalt zu Vergleichen. Nur sehr wenige bilden hierbei eine Ausnahme.

Sehr günstig ist dagegen für sie, daß jeder eigenes oder gemietetes Gartenland besitzt, das von der Frau und von ihm in freien Stunden bearbeitet wird. Jeder schlachtet ein oder mehrere Schweine, verkauft auch das eine oder andere oder verkauft Speck und Schinken. Alle halten sich Milchschafe, die besser gestellten auch eine oder zwei Kühe. Bei den schlechter gestellten verdient die Frau als Aufwärterin oder Erntearbeiterin. Alle diese Nebeneinnahmen sind ganz unberechenbar, tragen aber wesentlich dazu bei, die wirtschaftliche Lage der Familie zu heben.

Die Arbeitszeit — soweit von einer bestimmten Arbeitszeit geredet werden kann — geht im Sommer von 6—8 Uhr, im Winter von 7—8 Uhr. Diese Zeit mit den nötigen Eßpausen wird bei den Lehrlingen nie überschritten; der Geselle dagegen muß in arbeitsreicher Zeit unentgeltlich Überstunden machen. Bei besonders eiliger Erntearbeit pflegt der Bauer auch die Lehrlinge und Gesellen mit heranzuziehen; dieser Gefälligkeit entziehen sich nur wenige Handwerker. Was im Sommer so mehr gearbeitet wird, fällt im Winter mit seiner geringeren Arbeitsmenge wieder aus.

Ein Betrieb, der nur das Anhängsel eines anderen bildet, ist die Schlächterei, die von drei jüdischen Brüdern neben dem Viehhandel betrieben wird. Sie schlachten jährlich 20—40 Kühe, deren Fleisch im Ort und den beiden Nachbardörfern verbraucht wird. Vielfach pflegt ihnen der Bauer eine Kuh unter der Bedingung zu verkaufen, daß sie ihm den größten Teil des Fleisches zu einem festgesetzten Preise zurückliefern. Dies Verfahren ist dem Bauern lieber, als wenn er nach früherem Brauche selbst schlachten oder im Hause schlachten lassen müßte. Daneben schlachten die Juden jährlich 120—130 Hammel und Schafe, sowie bis zu 100 Kälbern; von diesen wird das wenigste am Ort verkauft, das meiste wird nach der Stadt Emden gebracht und von dort durch andere Händler nach ganz Deutschland versandt. Seitdem vor einem halben Jahre in Emden ein Schlachthaus gebaut ist, schlachten sie das zum Versand bestimmte Vieh nicht mehr zu Hause, sondern im Emder Schlachthause, wo für ein Schaf 40 Pf., für ein Kalb 1,50 Mk. bezahlt werden. Es ist dies weit bequemer, weil das in Loquard geschlachtete Fleisch doch vorm Versand im Schlachthause untersucht werden muß. Den Talg von allen Tieren verkaufen sie an die kleinen Leute auf dem Lande. Das Geschäft befindet sich hier seit 25 Jahren und hat mit einigen Schwankungen stets denselben Umfang gehabt. Die drei Brüder arbeiten bald gemeinsam, bald getrennt; da sie hauptsächlich mit Vieh und allem möglichen sonst — Fellen, altem Blei und Kupfer, Stoffen u. s. w., je nach Gelegenheit — handeln und nur nebenbei schlachten, läßt sich die Rentabilität der Schlächterei nicht feststellen. Sie liefern ihren ständigen Kunden meist gute Ware, allerdings zu den höchsten Marktpreisen.

Von den eigentlichen Handwerkern stehen sich die Bäcker am besten, wenigstens die zwei alteingesessenen, die den Ortsbedarf ziemlich allein befriedigen. Beide besitzen ein eigenes Haus mit Garten. Das des einen ist zu 3600 Mk., das andere zu 2690 Mk. versichert. Der älteste von beiden, der 30 Jahre am Ort ist, besitzt noch 1 ha 97 ar Land, die zu 63,87 Mk. Reinertrag im Grundbuch veranschlagt sind. Da er auch ein

Nachbardorf mit Konditorwaren versorgt, ist sein Geschäft die zweitgrößte Bäckerei des Krummhörn.

Die Hauptarbeit für beide ist die Schwarzbrotbäckerei. Die Bauern liefern dem Bäcker das Korn, erhalten dafür eine bestimmte Zahl Brote und bezahlen für jedes Brot 7 Pf. Backgeld. Ein mittlerer Platz verbraucht so 20 Sack, je zu 150 Pfund = 3000 Pfund Roggen jährlich. Dafür liefert der Bäcker 22 Brote für den Sack, macht 440 Brote zu 8 Pfund und somit 30,80 Backgeld. Da beide Bäcker gleichviel zu thun haben, giebt dies für jeden jährlich etwa 220 Mk. Backgeld. Im Durchschnitt gebraucht jeder wöchentlich im Sommer 8—10 Sack, im Winter 6 Sack Roggen, das wären etwa 9000 Brote jährlich. Da wöchentlich dreimal Schwarzbrot gebacken wird und der Ofen bis 70 Brote faßt, kämen 11 000 Brote heraus. Das Mittel beider Berechnungen, 10 000, wird etwa zutreffen. Davon gehen etwa 3200 Bauernbrote ab, für die jene 220 Mk. Backgeld gezahlt werden, ferner vielleicht 1000 Pferdebrote, die nur je 5 Pf. Backgeld, also zusammen 50 Mk. einbringen. Dann bleiben noch 5800 Brote, die auf dem gewöhnlichen Wege durch den Laden verkauft werden. An diesen pflegen die Bäcker nach ihrer Aussage je 10 Pf. zu verdienen, also zusammen 580 Mk. Darnach verdiente jeder Bäcker am Schwarzbrot:

Bauernbrote	220	Mk.	Backgeld
Pferdebrote	50	=	=
Ladenverkauf	580	=	Verdienst
Zusammen	850	Mk.	

Dazu kommt dann die Feinbäckerei und Konditorwaren. Hierbei ist der eine, wie gesagt, durch den Absatz im Nachbardorfe sehr im Vorteil. Er verbraucht jährlich 50 Sack Weizenmehl, je zu 200 Pfund, also 10 000 Pfund. Der andere konnte keine genaue Angabe machen, er verbraucht aber jedenfalls nicht soviel. Ein ziemlicher Prozentsatz muß jedoch von jenen 10 000 Pfund wieder abgezogen werden, weil viel Mehl im Laden verkauft wird. Dieser Umstand macht auch eine nur annähernde Gewinnberechnung unmöglich. Doch ist der Verdienst in den letzten Jahren durch die niedrigen Preise von Mehl, Zucker, Korinthen bedeutend besser als früher gewesen. Ein besonderer kleiner Verdienst ist das Backen der Bollen, einer Art Weißbrot, die am Sylvestertage von den Bauern an die Arbeiterkinder verteilt wird. Hierzu liefert der Bauer Weizenmehl und Milch und giebt dann für jedes Pfund Mehl 7 Pf. Backgeld.

Die Einrichtung seiner Bäckerei taxiert der eine auf 4—500 Mk.; bei dem anderen ergab eine genauere Aufnahme:

Backofen	200 Mk.
Backtrog	70 =
Werktisch	30 =
Gaffeln (Schiebebretter)	27 =
Platten	30 =
Wagen, Gewichte u. s. w.	50 =
Gärkessel	15 =
Aschkessel	6 =
Backbretter	7 =
Sonstiges	65 =
Zusammen	500 Mk.

Den nötigen Roggen kaufen die Bäcker am Ort und in der Nachbarschaft; ihre Vorräte sind natürlich im Herbst, wo die Bauern ihren Roggen liefern, sehr groß, während sie im Sommer oft nur das nötigste vorrätig haben. Gemahlen wird der Roggen auf der Mühle beim Dorf oder in einer 2 Stunden entfernten. Beides sind Mattmühlen, die gegen 1/16 vom Mehl mahlen. Sie holen selbst das Korn ab und bringen das Mehl zurück. Weizenmehl kauft der Bäcker nie beim Müller, da dieser kein so gutes Erzeugnis wie die Dampfmühlen liefert; er bezieht es vielmehr von 3—4 verschiedenen Händlern in der Stadt. Diese schicken alle 2 bis 3 Monate ihre Reisenden, welche die Zahlung für das gelieferte und die neuen Bestellungen annehmen. Besonders gelobt wird ungarisches Weizenmehl.

Der eine Bäcker hält selber eine Kuh, die ihm die nötige Milch liefert, der andere erhält die Milch gegen einige Dienstleistungen von seinen Schwiegereltern. Der Bedarf ist sehr schwankend.

Als Brennmaterial wird Torf benutzt; der Vorrat fürs Haus und für die Bäckerei wird zusammen gekauft und läßt sich nicht scheiden.

Kauf und Verkauf geschieht vorwiegend gegen bar oder auf kurze Fristen. Die Arbeiter zahlen vielfach von ihrem Wochenlohn am Sonnabend für die ganze vergangene Woche. Der Bäcker steht nur mit den Geschäftsleuten am Ort, bei denen er kauft oder arbeiten läßt, in Gegenrechnung, die zu Neujahr beglichen wird. Zu dieser Zeit wird auch das Backgeld für die Bauernbrote bezahlt. Dem steht dann die Rechnung der Schiffer für Mehlfrachten von Emden gegenüber. Die Folge der Bar=

zahlung ist, daß der Bäcker nur selten Verluste durch faule Kunden zu beklagen hat.

Beide gehören zu einer Innung, der erste zur Bäckerinnung Emden, der andere zur Innung Krummhörn, die beide in dem Verbande deutscher Bäckerinnungen Germania sind. Jeder Meister zahlt dazu jährlich 50 Pf. Beitrag. Daß sie verschiedenen Innungen angehören, beruht nur auf zufälligen Umständen. Die Innung Emden setzt je nach den Kornpreisen den Schwarzbrotpreis für beide Innungen bindend fest. Der eine Bäcker hat als Gesellen seinen Sohn, der in der Innung sein Gesellenstück gemacht hat, während der zweite einen Sohn als Lehrling beschäftigt.

Diese beiden Konkurrenten stehen in einem freundlichen Verhältnisse zu einander, sie helfen sich im Notfall mit Material, Korn, Hefe und dergleichen aus. Dagegen stehen sie dem dritten Bäcker schroff feindlich gegenüber. Dieser ist erst vor 6 Jahren hergekommen und betreibt sein Geschäft ganz anders. Vor ihm war auch stets ein dritter am Ort, der ebenso wie die anderen arbeitete. Seine zwei letzten Vorgänger haben aber beide Bankrott gemacht. Der neue ist vor längerer Zeit an einem benachbarten Flecken in einer Brotfabrik thätig gewesen und deshalb aus der Innung ausgetreten. Nachdem die Fabrik eingegangen war, hat er sich an mehreren Orten erfolglos als Bäcker und Krämer versucht, bis er hierher in ein Haus zog, das Verwandten gehört und das er mietfrei bewohnt. Sein Handwerksgerät hat er sich auf der Auktion seines Vorgängers gekauft. Es berechnet sich etwa so:

1 Backtrog	78	Mk.
36 Platten	18	=
1 kleiner Backtrog	4	=
1 Gärkessel	9	=
1 Aschkessel	4	=
Zwiebackfässer	9	=

Dazu kommen verschiedene Kuchenformen, Körbe, ein Hundewagen, Wachstuchdecken u. a. Der einfach gebaute Backofen hat 30 Mk. gekostet; alles in allem darf man auf über 200 Mk. veranschlagen.

Er hat am Orte sehr wenig Kundschaft; darin ist es vor allem begründet, daß er fast gar kein Schwarzbrot zu backen hat. So verbraucht er nur sehr wenig Roggenmehl; dagegen alle 14 Tage 200 Pfd. Weizenmehl zu 23 Mk., also jährlich etwa 5000 Pfd. und dementsprechend Milch, Zucker, Korinthen u. a., die sich nicht berechnen lassen, weil er zugleich einen Kramladen hat.

Er backt, allein ohne Gehilfen, allerlei Weißbrot und Kuchen; mit diesen hausieren er und seine Frau. In der Nähe tragen sie die Ware in Armkörben; gehen sie weiter bis zu 1½ Stunden, so gebrauchen sie einen kleinen Hundewagen. Im Sommer, vor allem in der Erntezeit, machen sie gute Geschäfte, da dann viel auf dem Felde verkauft wird. Auch die Festzeit von St. Niklas bis Neujahr bringt einen guten Verdienst.

Vor 6 Jahren hat er nur mühsam das Geld für die erste Einrichtung zusammengebracht, doch er ist langsam vorangekommen. Von den gelegentlichen Überschüssen der Bäckerei hat er sich eine Ware nach der andern für einen kleinen Kramladen zugelegt, der sich leidlich entwickelt. Da er und die Frau bald 60 Jahre alt sind und ihnen das Hausieren nicht mehr leicht wird, wollen sie sich aus dem Kramladen nach und nach einen Rückhalt für ihr Alter schaffen. Kauf und Verkauf geschehen im Bäckergeschäft gegen bar: in der Krämerei muß er oft Kredit geben, der die Ausdehnung des Betriebes hindert.

Wie viel kleiner sein Geschäft ist als das der anderen Bäcker, zeigt sich schon darin, daß er keinerlei Staatssteuern zahlt. Mit der Entwicklung seines Betriebes seit 6 Jahren ist er ganz zufrieden, doch steht das ganze auf ziemlich schwachen Füßen.

Von den anderen Handwerkern sind Stellmacher, Zimmerleute und Schmiede am meisten von der Landwirtschaft abhängig. Ein größerer Platz, der 50 ha unter dem Pfluge hat, braucht an Reparaturarbeit

vom Stellmacher für	80	Mk.
vom Zimmermann für	200	„
vom Schmied	200	„

Infolgedessen ist der Stellmacher natürlich auch auf auswärtige Kundschaft angewiesen; er arbeitet für drei, vier Dörfer und findet auch darüber hinaus noch einige Kunden. Seinem Handwerk hat das letzte Menschenalter mancherlei Veränderungen gebracht. Den Bau von Kutschwagen hat der Stellmacher auf dem Lande wohl selten betrieben; dagegen baute er früher viel die beliebten zweirädrigen Chaisen, die in den Marschwegen bequemer waren als vierrädrige Kutschen. Mit dem Ausbau des Landstraßennetzes sind sie mehr und mehr in Abgang gekommen. Ferner haben die eisernen Pflüge die hölzernen verdrängt. Dagegen kommen die hölzernen Eggen wieder neben den eisernen in Aufnahme, weil der Gebrauch beider Arten zusammen gewisse Vorzüge besitzt. Geringer geworden ist auch die Arbeit in kleineren Sachen wie Spatenstielen, Schlittschuhhölzern, Axtstielen, Forkenstielen, Heugaffeln, Harken, hölzernen Schaufeln, die in der Hausindustrie holzreicher Sandgegenden hergestellt und von Geschäften in

der Stadt so billig verkauft werden, daß der Stellmacher kaum den Holzwert bezahlt erhalten würde. Nur eins dieser Art macht der Stellmacher noch stets, die sogenannten Sichtholten (eine Art Sensenstiele) für die Erntesichten. Obgleich er 1,10 Mk. dafür nimmt und sie in der Stadt 50—60 Pf. kosten, kauft der Arbeiter lieber seine Ware, weil sie ihm handgerechter ist. Trotz dieser Veränderungen ist das Geschäft aber nicht schlechter geworden.

Der vorige Stellmacher zahlte 1889 6 Mk. Klassensteuer, doch keine Gewerbesteuer. Er besaß ein Haus mit Werkstatt und Scheune von 90 Mk. Gebäudesteuernutzungswert, das mit 3600 Mk. versichert ist. Dazu gehörte ein Garten von 15,61 Ar. Alles zusammen hat er 1892 an seinen Nachfolger für 4000 Mk. verkauft. Dieser taxiert die Einrichtung seiner Werkstatt auf etwa 900 Mk. Neuere Maschinen lassen sich in einem solchen Betriebe nicht gehörig ausnutzen. Er verbraucht vor allem Eichenholz, das er durch Emder Händler aus dem Oldenburgischen bezieht. Vieles wie Deichseln, Felgen, Speichen kauft er roh vorgearbeitet. Er hat 1894 für 16—1700 Mk. Holz verbraucht, 1895 für 11—1200 Mk. Er beschäftigt einen Lehrling, der 3 Jahre lernt und im letzten Jahre 120 Mk. verdient.

Die größere Hälfte seiner Arbeit sind Reparaturen. Diese fallen besonders in die Monate Mai bis September, während im Winter Reparaturen fast nur für die paar Fuhrleute der Gegend zu machen sind. Die größeren Neuarbeiten, Ackerwagen, Erdkarren, Eggen werden auf Bestellung geliefert; so hat er in den beiden letzten Jahren je 8 Wagen gebaut. In den toten Monaten November, Dezember arbeitet er Wagenteile im voraus; so hat er in den letzten Monaten sämtliche Teile für 5 Wagen fertig gestellt, sodaß diese nur zusammengesetzt zu werden brauchen. Die Bauern bestellen vor Mitte Januar keine Wagen, damit diese erst auf die Rechnung des nächsten Jahres kommen. Der Bauer pflegt entweder die Stellmacher- und die Schmiedearbeit gesondert zu vergeben, oder dem Schmied den Wagenbau in Accord zu geben. Der Stellmacher übernimmt das ganze nur selten, da es ihm zu unbequem ist. Der Verdienst an der Neuarbeit ist geringer geworden, seit 1870 vielleicht um 25 %; der Grund scheint in der Konkurrenz der benachbarten (2—3 Stunden entfernten) Stellmacher zu liegen, die an gelegentliche Kunden in der Ferne billige, aber schlechte Arbeit liefern. Da er im Winter seine Zeit durch Arbeit auf Vorrat gut ausfüllen kann, empfindet unser Meister den Verlust der oben genannten kleineren Arbeiten nicht schwer; er ist froh, wenn sie ihn nicht an den größeren hindern. Er fertigt öfter Dreschmaschinenräder, die er zur Hälfte

des Fabrikpreises liefern kann. Eigentliche tote Zeiten kennt er bisher nicht.

Sein Verdienst reicht zur Verzinsung und langsamen Abtragung der Schulden aus. Auf die Schwankungen im Betriebe weisen schon die Unterschiede im Holzverbrauch hin; sie hängen wesentlich von der Witterung ab, ein dürrer Sommer bringt dem Stellmacher mehr Arbeit. Seine einzige Klage ist die erwähnte, unreelle Konkurrenz seiner Fachgenossen.

Die charakteristischste Erscheinung unter den Handwerkern des Dorfes bildet der Zimmermann. Die Grundlage seiner Thätigkeit bildet die Vereinigung von Maurer- und Zimmerergewerbe, die in Ostfriesland auf dem Lande und in Holland allgemein üblich ist. Ein Zimmermann macht jegliche Arbeit, die ein geschickter Mann nach einiger Übung leisten kann, wenn sie nicht einem andern Handwerke im Dorfe zukommt. Er ist Maurer, Zimmerer, Tischler, Klempner, Sattler, Schornsteinfeger, zum teil auch Drechsler und Küfer. Auf Verlangen rahmt er Bilder ein, repariert Uhren, setzt Öfen, schlachtet Schweine u. a. m. Diese Nebenbeschäftigungen verteilen sich zum Teil auf die verschiedenen Zimmerleute des Dorfes; so schlachtet der eine Schweine, während ein anderer Uhren repariert. Die Hauptbeschäftigung ist die Bauarbeit. Diese macht seit 40 Jahren eine klar erkennbare Entwicklung durch.

Ursprünglich lieferte der Auftraggeber zu einem Bau sämtliche Materialien und ließ den Zimmermann in Tagelohn arbeiten. Dieses Verhältnis hat sich in den Nachbardörfern allgemein erhalten, in Loquard findet es sich nur noch vereinzelt. Die Lieferung der Baumaterialien übernimmt hier jetzt der Handwerker. Außerhalb des Dorfes liegende Plätze pflegen zu Reparaturen nach den Frühjahrs- und Herbststürmen Dachziegel vorrätig zu haben, weil der Transport dann oft schwierig ist; ebenso hat ein Bauer, dessen Haus mit Falzziegeln gedeckt ist, diese stets auf Vorrat, weil sie sonst nicht gebraucht werden und der Zimmermann sie deshalb nicht hat. Sonst aber liefert dieser alles Material. Dieser Neuerung steht in den anderen Orten das alte Mißtrauen des Bauern entgegen, der dabei die genaue Kontrolle über den Handwerker vermißt. Dies ist aber hier durch die großen Vorteile der Änderung besiegt und verschwindet auch außerhalb langsam. Denn der Handwerker erhält vom Händler bessere Ware zu angemesseneren Preisen, weil er die Ware zu beurteilen versteht und weil er regelmäßig größere Posten kauft, während der Bauer, der nur gelegentlich zum Händler kommt, naturgemäß schlechter bedient wird. Dem Zimmermann fällt es auch leichter, für die rechtzeitige Anfuhr des Materials zu sorgen, damit keine Stockungen im Bau entstehen.

Dies ist ihm noch von besonderem Wert, wenn die zweite Neuerung eingetreten und der Tagelohn durch die Accordarbeit ersetzt ist. Diese ist aber lange nicht so allgemein angenommen, wie die Materiallieferung durch den Handwerker. Die Zimmerleute selbst sehen diese Änderung sehr gern. Sie sind bei der Accordarbeit von den Wünschen und Forderungen der Bauherrn unabhängig, sie können gelegentlich auch einen Tag aussetzen, wenn sie dringendere Arbeit vorhaben. Vor allem ist der Verdienst beim Accord bedeutend größer; das zeigt schon der Umstand, daß der Meister hierbei Gesellen auf Tagelohn anstellen kann. Dies ist ihm, wenn er in Tagelohn arbeitet, unmöglich. Er kann doch nicht für den Gesellen einen höheren Tagelohn berechnen als für sich selbst. Nun erhält er selbst für die Stunde 25 Pf., ein Maurergeselle aber bekommt 3,50 Mk., wenn er auf den Tag arbeitet, und dazu muß ihm der Meister noch den üblichen Schnaps und Kaffee liefern. Der Verdienst bei Accordarbeit ist soviel höher, daß solche Gesellen gehalten werden können. Dabei kommt dem Bauherrn der Bau nicht teurer zu stehen, weil der Handwerker durch Zeitersparnis und größeren Fleiß sich entschädigt. Trotzdem erhält sich die alte Tagelohnarbeit aus zwei Gründen: die meisten Bauern wollen gern ganz nach ihrem Belieben bauen und während des Baues noch Änderungen vornehmen können; manchen Handwerkern aber fehlt auch die Ausbildung, um einen größeren Bau veranschlagen und berechnen zu können. So finden sich alle möglichen Kombinationen neben einander: Materiallieferung durch den Bauherrn mit Tagelohn oder Accord und Materiallieferung durch den Zimmermann mit Tagelohn oder Accord.

Accordarbeit mit Materiallieferung durch den Bauherrn sieht der Zimmermann sehr ungern, weil er keine Bürgschaft für rechtzeitige Lieferung hat. Doch giebt es Ausnahmen: bei abgelegenen Platzgebäuden mit schlechter Zuwegung verteuert der Transport dem Zimmermann das Material sehr, während der Bauer seine eigenen Gespanne dazu benutzen kann. Der Zimmermann pflegt bei allen Sachen, die nicht Accord sind, in seiner Rechnung Tagelohn und Material gesondert aufzuführen, auch so weit möglich, bei kleinen Reparaturen. Ein besonderer Brauch hat sich bei den oft vorkommenden Umbauten in Accord ausgebildet: Das alte Material wird zu einem bestimmten Satz veranschlagt und in den Accord aufgenommen. Erweist es sich beim Abbruch viel schlechter als angenommen, so pflegt diesen Verlust der Bauherr zu ersetzen. In der Zunahme der Accordarbeit und der Materiallieferung durch den Zimmermann, also dem Übergange vom Lohnwerk zum Handwerk liegt der Grund für die Verminderung der selbständigen Betriebe von 6 im Jahre 1862 auf 3.

Dabei wirkt noch die ungünstigere Gestaltung der Arbeitsperioden mit.

Neben der Bauarbeit des Sommers stand früher im Winter die Zubereitung des rauh gekauften Holzes und die Möbelarbeit. Allein heute kostet vorgearbeitetes Danziger und Memeler Holz kaum mehr wie rauhes nordisches Holz, das früher allgemein gebraucht wurde. Das Hobeln und Vorrichten des Dielenholzes für einen Neubau gab sonst einem Mann den Winter hindurch Beschäftigung, jetzt arbeiten einzelne Fabriken auch die Falze und Nuten der Dielen so sauber, daß nicht einmal ein Nachhobeln nötig ist. Nur der kleinste der drei Betriebe verbraucht rauhes Holz, die andern beiden kaufen sämtliches Dielenholz vorgearbeitet.

Über eine starke Abnahme der Möbelarbeit, die auch in den Winter fiel, klagen alle Zimmerleute. Die Gründe dafür sind nicht ganz klar. Feinere Möbel haben die Zimmerleute auf dem Lande schon seit Mitte des Jahrhunderts nur ausnahmsweise gemacht; die besseren Möbel der Bauern stammen, soweit ich sie kenne, vom Tischler in der Stadt oder in neuerer Zeit aus den Möbellagern, besonders der Tapezierer. Von den Loquarder Zimmerleuten ist wohl nur der tüchtigste im stande, wirklich bessere Sachen zu liefern. Wenn aber auch einfachere Sachen in den letzten Jahren wenig bestellt wurden, so liegt dies nicht allein an der Konkurrenz der billigen städtischen Waren, vor allem der Gewerbehalle der Emder Tischler, auf welche die Handwerker selbst alle hinwiesen. Denn was diese Ware an Billigkeit voraus hat, fehlt ihr an Gediegenheit. Viel mehr wirken hier die vielfachen Auktionen der Auswanderer; die Hauptkunden für einfache Möbel, die kleinen Leute, pflegen ihren Bedarf, so weit irgend möglich, auf solchen Auktionen zu decken, wozu in den letzten Jahren überreichlich Gelegenheit war.

Daß hier der Dorfhandwerker doch noch konkurrenzfähig ist, beweist die Klage eines Zimmermanns im Nachbardorfe, daß er im Winter so viel Möbel zu arbeiten habe, daß ihm die Zeit zu den Vorarbeiten für einen Bau fehle. Freilich kann der Verdienst nur bei sehr eifriger Arbeit einigermaßen genügen. Ein Zimmermann zeigte mir einen Eckschrank, den er für 18 Mk. liefern mußte. Dazu brauchte er für etwa 10 Mk. Holz und er arbeitete mit seinem Gesellen 3 Tage daran: das gäbe noch nicht 1,50 Mk. Tagelohn. Selbst wenn 2 Mk. Tagelohn herauskämen, wäre der Verdienst gering, und die Arbeit könnte eben nur zur Ausfüllung einer toten Zeit dienen.

Wenn so der Winterarbeit entschieden weniger geworden ist, so fehlt es doch nicht ganz daran, weil eben ein Zimmermann sehr vielseitig ist. Da sind die Vorarbeiten für die Bauten des kommenden Sommers, Fenster und Thüren werden im voraus gemacht. Ferner eine Menge kleiner

Arbeiten, je nachdem Bestellungen da sind, Roßhaar=, Seegras= oder Springfedermatratzen, Klempnerarbeit, Böttcherarbeit wie Eimer, Baljen, Besenstiele, ferner die großen Leitern (Kreiten) für Erntewagen, Feuer„stoven“, Stühle, dann das Schornsteinfegen, die nötige Arbeit für den eigenen Bedarf u. a. Das ist freilich zusammen noch nicht ausreichend für den ganzen Winter, und der Verdienst daran ist gering.

Verbraucht wird vor allem Tannen= und Kiefernholz, daneben im Winter etwas Eichen und Buchen.

Die größte Arbeit, die einem Zimmermann vorkommt, ist der Bau eines Bauernplatzes; ein mittleres Platzgebäude kostet 23—24000 Mk. Der Zimmermann übernimmt das Ganze und läßt Maler=, Schmiede= und Kupferschmiedearbeit auf seine Rechnung ausführen. Die alte Bauweise auf Tagelohn ist in Loquard seit langem nicht mehr vorgekommen.

In Loquard ist nur der tüchtigste der Zimmerleute fähig, die Anschläge und Berechnungen für ein solches Unternehmen genau zu machen. Er ist seit 1848 seßhaft am Orte und arbeitet zusammen mit seinem verheirateten Sohne, der die Baugewerkschule in Buxtehude einen Winter besucht hat. Vor einigen Jahren hat er sich vor dem Kreisbaurat einer Prüfung unterzogen, und seitdem ist ihm die bautechnische Aufsicht über die Kirchen= und Schulgebäude in Loquard und einem Nachbarorte übertragen. Er ist wegen seiner gediegenen Arbeit in der Gegend berühmt und übernimmt oft auch Bauten in entfernteren Orten. Wenn Accordarbeit bei guter Ausführung keinen ausreichenden Verdienst gewähren kann, nimmt er sie nicht an. Im Dorf und in den Nachbarorten findet er trotzdem keinen Konkurrenten, der gegen seine genaue Berechnung und seinen großen Arbeitseifer, den er trotz seiner 72 Jahre bethätigt, aufkommen könnte. Vor einigen Jahren hat er sich eine Sägemaschine gekauft (Kreis= und Bandsäge), die ihm mit neueren Verbesserungen 450 Mk. gekostet hat. Durch selbsterfundene Verbesserungen hat er ihren Betrieb wesentlich vereinfacht. Sie spart viel Holz, da sie genauer sägt als es mit der Hand möglich ist. Da sich manche Hohlkehlen und Gehrungen, die sonst gehobelt werden, mit ihr aussägen und vorarbeiten lassen, da der Meister sie auch durch kleine Hilfsapparate verbessert hat, so findet sie eine vielseitige Verwendung und macht sich gut bezahlt.

Über das Verhältnis der drei Betriebe zueinander, lassen sich folgende Angaben machen:

1. Besitz. Jeder besitzt ein eigenes Haus. Dieses ist versichert
   bei A. mit 5790 Mk.
   „ B. „ 3680 „
   „ C. „ 2350 Mk.

Dazu besitzt
A. 7,97 Ar Gartenland
B. 7,96 " "
C. 4,41 " "

2. An Staatssteuern zahlte 1889
A. 9 Mk. Klassensteuer, 15 Mk. Gewerbesteuer.
B. und C. je 6 Mk. Klassensteuer.

3. Wert des Werkzeuges ist taxiert:
A. über 1000 Mk. (4 Hobelbänke, 1 Drehbank, Sägemaschine u. a.)
B. und C. 400—500 Mk. (je 2 Hobelbänke u. s. w.).

4. Materialverbrauch:
A. Minimum, wenn kein Neubau da ist: für 1300 Mk. Holz.
Durchschnitt für 2—3000 Mk. Holz.
B. Minimum: 800 Mk. Holz.
Maximum: 3000 Mk. Holz.

Der Verbrauch von Steinen, Kalk u. s. w. schwankt sehr nach dem Bedarf in den einzelnen Jahren. C. macht folgende Schätzung seines Bedarfs:

Holz	600 Mk.
Steine	70 "
Dachziegel	45 "
Kalk	40 "
Cement	70 "
Zusammen	825 Mk.

5. Arbeitsweise:
A. arbeitet in größeren Bausachen nur in Accord;
B. arbeitet 1/10 Accord, 9/10 Tagelohn;
C. arbeitet nur ausnahmsweise Accord.

6. Hilfskräfte:
A. hat ständig einen Gesellen mit 240 Mk. Jahrlohn und einen Lehrling, der in dreijähriger Lehrzeit 60 Mk. verdient. Er hat im Sommer stets Gesellen und Handlanger nötig. Nach der Lohnnachweisung für die Unfallversicherung zahlte er im Jahre 1894 an Lohn: an 5 Gesellen und Arbeiter für 628 Arbeitstage 1417,10 Mk., an 2 Lehrlinge für 546 Tage 170 Mk.

B. hat einen Gesellen mit 240 Mk. Jahrlohn, braucht aber im Sommer meist 1 oder 2 Hilfskräfte daneben.

C. hat einen Gesellen mit 300 Mk. Jahrlohn und kann mit dem im Sommer wie im Winter die Arbeit gut bewältigen.

Zu beachten ist noch, daß B. der einzige Schweineschlachter (Haus=

schlachter) am Ort ist. Da fast jede Familie ein Schwein, die Bauern oft 5—6 schlachten lassen, so hat er im Winter durchschnittlich 80 bis 90 Schweine zu schlachten. Er bekommt für ein großes Tier 2 Mk., für ein kleines 1,50 Mk. C. befaßt sich mit dem Reparieren von Uhren, dessen Ertrag sich der Berechnung entzieht.

Alle Zahlungen und Rechnungen laufen auf Neujahr, doch pflegen die Holzhändler in Emden bei Barzahlung Rabatt zu geben, was z. B. die Eisenhändler nicht thun. Ob oft davon Gebrauch gemacht wird, ließ sich nicht feststellen. Wahrscheinlich ist es nicht, da dem Zimmermann außer zu Neujahr selten nur der eine oder andere Accord bezahlt wird.

Schwer empfinden alle das Steigen der Löhne. Der Tagelohn für sich selbst beköstigende Gesellen ist seit 20 Jahren von 2 Mk. auf 3,50 Mk. gestiegen. Als Gesellenlohn der fünfziger Jahre wurde 108 Mk. und als besonders hoch 126 Mk. genannt. Jetzt ist 240 Mk. allgemein Brauch. Handlanger müssen bisweilen fast ebenso hohen Tagelohn wie die Gesellen erhalten, weil die Arbeiter beim Bauern im Sommer Arbeit genug finden und dort zeitweise 3 Mk. täglich verdienen.

Bei den Schmieden, die hier mit den Schlossern zusammenfallen, ist die alte Arbeitsordnung: im Sommer Reparatur, im Winter Neuarbeit, ebenfalls ins Schwanken gekommen. Das Gebiet der Neuarbeit ist viel enger geworden. Kleinere Sachen wie sämtliche Baubeschläge, eiserne Hausgeräte, eisernes Arbeitszeug, Ofenrohre, Ketten, werden zum großen Teil fertig gekauft. Hufnägel selbst zu machen, lohnt sich nicht, da die Fabrikware billig und bedeutend besser als die Handarbeit ist. Der eine Geselle hat diese Arbeit überhaupt gar nicht erlernt. Im Arbeitsgebiet des Schmiedes nimmt deshalb die Reparatur einen größeren Raum ein als noch vor 20 Jahren. Dazu wirkt mit, daß die schwerste Arbeit, wie das Ausschmieden der Eisenstücke zu Blechen und Reifen wegfällt, weil beides als Halbfabrikat gekauft wird. An Neuarbeit hat der Schmied behalten: Pflüge und Eggen, die fast alle im Dorfe gemacht werden, und ebenso den Beschlag der Acker- und Erntewagen und mancher anderer landwirtschaftlicher Geräte. Zu den Pflügen bezieht er manchmal den gußeisernen Pflugkörper vom Eisenhändler und fertigt dann die Ausrüstung selbst. Eiserne Radachsen werden fertig in der Stadt gekauft, bei den hölzernen dagegen, die noch sehr viel in Gebrauch sind, fertigt der Schmied den eisernen Schenkel. Der Umfang der Neuarbeit schwankt sehr. In einzelnen Jahren kommen auf beide Schmiede zusammen 4—5 Pflüge, 8—10 Eggen, 6 und mehr Wagen und Erdkarren; in anderen giebt es vielleicht die Hälfte oder noch weniger zu thun. Der eine Schmied hat im letzten Jahre gar keine

Egge verkauft; eine, die er im vorigen Winter auf Vorrat gearbeitet hatte, hing noch unverkauft da. Diese Arbeit geschieht deshalb fast nur auf Bestellung, weil Vorratsproduktion zu unsicher ist.

Die Reparaturarbeit, die jetzt vielleicht 3/4 der Gesamtarbeit ausmacht, ist eine andere als früher geworden; die neuen eisernen Pflüge, Säemaschinen, Dreschmaschinen erfordern viele Ausbesserungen, die mit den alten Gerätschaften des Schmiedes gar nicht oder nicht schnell genug ausgeführt werden können. So müssen neue Werkzeuge, vor allem Bohrmaschinen und Schneideckluppen angeschafft werden. Der eine besitzt 4 Bohrmaschinen, von denen die älteste schon außer Gebrauch ist, weil sie den neuen Ansprüchen nicht mehr genügt. Das Werkzeug ist in den letzten 30 Jahren viel teurer geworden; jährliche Neuanschaffungen im Betrage von 10—50 Mk. sind notwendig. Beide versicherten, daß sie vor 30 Jahren mit Amboß, Blasebalg, Vorhammer, einigen Handhämmern und kleineren Gerätschaften gereicht hätten; erst im Lauf der Jahre sei eine Erweiterung nötig geworden. Der eine taxiert seine Einrichtung so:

1 Amboß	130 Mk.
1 Blasebalg	100 "
2 Schraubstöcke	60 "
1 Bohrmaschine	150 "
4 Schneidkluppen	100 "
Hämmer, Zangen u. a.	200 "
Zusammen	740 Mk.

Der zweite besitzt außerdem einen weiteren kleineren Amboß, 2 Bohrmaschinen und eine selbstgebaute Maschine zum Schneiden starker Bleche und Platten, sodaß er alles mit 900—1000 Mk. wohl richtig veranschlagt.

Auch der Hufbeschlag soll weniger geworden sein, weil der Bauer seine Pferde nicht mehr regelmäßig wie früher alle 6 Wochen, sondern nur nach Bedarf beschlagen läßt. Da beide Schmiede keine geprüften Hufschmiede sind, so werden Pferde, die verkauft werden sollen, bei einem Hufschmied im Nachbardorfe beschlagen. Doch geschieht dies nur bei besseren Tieren; mit den übrigen geht man zum Dorfschmied, der dadurch doch so viel Beschlag hat, daß er einen Teil des arbeitsleeren Winters Hufeisen aus altem Eisen schmieden kann. Hufeisen aus der Fabrik werden nicht benutzt, weil die Verteilung der Nägel bei ihnen für den Marschboden ungeeignet sein soll.

Das Arbeitsgebiet verteilt sich nicht gleichmäßig auf beide Schmiede. A. hat mehr für Bauern zu arbeiten, fertigt deshalb mehr größere Sachen

und verbraucht mehr Eisen. B. arbeitet nur für 4 Bauern; seine Hauptkundschaft sind Arbeiter, auch manche aus den Nachbardörfern, für die er Spaten, Beile, Äxte, Sichten, Thürbeschläge u. a. liefert. Außerdem arbeitet er genauer und sauberer als der andere und bekommt darum mehr kleine Arbeit, die eine sorgfältigere Behandlung erfordert. Er verbraucht weniger Eisen, aber mehr Kohlen. Im übrigen stehen sich beide ziemlich gleich im Geschäft; B. hat etwas Vermögen und seine Frau leitet einen gutgehenden Kramladen. Daraus erklären sich die Ungleichheiten in der folgenden Zusammenstellung:

1. Besitz:

A. Ein Haus mit 9,75 Ar Garten, das seit 1771 Schmiedehaus ist. Er hat es 1863 für 1100 Thlr. gekauft; das Haus ist für 1800 Mk. bei der Brandkasse versichert. Dazu 35,18 Ar Land.

B. Ein Haus mit großer Scheune und 8,90 Ar Garten. Haus und Scheune mit 4100 Mk. versichert. 29,06 Ar Land.

2. Staatssteuern 1889:

A.	6 Mk. Klassensteuer,	3,— Mk. Gebäude-,	2,36 Mk. Grundsteuer.
B.	12 " "	5,40 " "	2,29 " "

3. Eisenverbrauch:

A. etwa 3000 Pfund jährlich.

B. etwa 1000—1500 Pfund, wenn wenig Neuarbeit. Im letzten Jahre 4 Wagen, dazu 3500 Pfund Eisen.

4. Kohlenverbrauch:

A. 8000 Pfund jährlich = etwa 60 Mk.

B. 9600 " " = " 73 "

Beide halten einen Gesellen zu 240 und 285 Mk.; B. auch noch einen Lehrling, der $2^1/_2$ Jahr lernt.

Das Handwerk der Schneider hat soeben den Übergang von der Stör zum Heimwerk hinter sich. Der letzte Störer hat schon vor zehn Jahren sein Geschäft aufgegeben, weil er zu alt wurde. Zu derselben Zeit hat ein anderer ebenfalls die Stör aufgesteckt und sich auf das Heimwerk beschränkt. Im Nachbardorfe hat das Stören der Schneider erst jetzt aufgehört. Die Kunden sehen diese Änderung sehr ungern; allein da bei der Stör höchstens 1 Mk. täglich verdient wurde, läßt sich kein Schneider mehr darauf ein, besonders da ja die Arbeit daheim viel angenehmer ist. Ein Übergang vom Lohnwerk zum Handwerk zeigt sich bei dem zweiten Schneider, aber nur in schwachen Anfängen, die nicht sehr aussichtsvoll sind.

Der frühere Störer hat für 48 Mk. (früher 54 Mk.) eine Wohnung

von zwei Zimmern mit geräumigem Vorplatz gemietet. Eine eigene Werkstatt hat er nicht. Im Winter dient das eine Zimmer mit seinen Butzenbetten als Wohnzimmer, Küche und Schlafzimmer, wie dies allgemein üblich ist. Er benutzt es zugleich als Werkstatt. Im Sommer wird das zweite Zimmer als Wohnzimmer und Werkstatt gebraucht. Die Größe entspricht den ortsüblichen Verhältnissen. Er liefert weder Stoff noch Zuthaten selbst. Bei ganz sichern Kunden macht er gelegentlich eine Ausnahme; in der Regel aber hält er dies für eine Spekulation, die dem Handwerker nicht ziemt. Dies ist in einem so kleinen Betriebe auch wohl berechtigt. Sein Werkzeug besteht aus einer Handnähmaschine für 60 Mk., einem Bügeleisen für 6 Mk. und einigen sonstigen Kleinigkeiten. Seine Preise pflegt er der Qualität des Stoffes und des Kunden anzupassen; er berechnet für einen Anzug 10—12 Mk., für eine Hose 1,75—2 Mk., für eine Arbeiterhose aus englischem Leder 1,50 Mk. An Arbeiter, die viele Kinder haben, liefert er sie für 1,25 Mk. Doch scheint dies fast ein Vorwand für gelegentliche Schleuderpreise zu sein. Denn bei strammer Arbeit kann ein Mann in zwei Tagen drei solche Hosen fertig stellen; da nun noch für jede 20 Pf. Zuthaten zu rechnen sind, so macht das bei einem Preise von 1,50 Mk. etwa 1,95 Mk. Tagelohn, bei 1,25 Mk. aber nur 1,57 Mk. Dies stimmt nicht recht zu dem durchschnittlichen Tagelohn von 1,50—2 Mk. Seine Arbeit ist meist neues Zeug; die sehr schlecht bezahlte Flickarbeit bildet nur einen ganz kleinen Bruchteil. Seine Frau hat viel Beschäftigung als Aufwärterin und in der Erntezeit auch als Binderin; dadurch findet der Haushalt mit zwei Kindern noch sein Auskommen, trotzdem der Mann manchen Groschen vertrinkt. Er ist mit seinem Verdienst zufrieden und hat stets ausreichende Arbeit.

Bedeutend besser steht sich der andere Schneider. Er ist vor 3½ Jahren als Hausvater des Armenhauses nach Loquard gekommen und hat dann soviel Arbeit in seinem Handwerk gefunden, daß er diese Stellung aufgegeben hat und nun in einem Hause von 1800 Mk. Brandversicherung mit einem Garten von 5,20 Ar für 80 Mk. zur Miete wohnt. Er kann allen Ansprüchen, die hier an einen Schneider gemacht werden, genügen, was bei dem andern nicht der Fall ist. Seine Preise sind ziemlich dieselben: ein Anzug um 11 Mk., eine Hose um 2,25 Mk., englisch-lederne 1,50 Mk. Eine Arbeit zu 1,25 erklärt er entschieden für Schleuderei. Sein Werkzeug mit einer Tretnähmaschine taxiert er auf 150 Mk. Er hat eine eigene Werkstatt; da sie aber nicht heizbar ist, muß er im Winter in der Wohnküche arbeiten. Er hat einen Lehrling aus dem Dorfe, der bei seinen Eltern ißt, aber beim Meister schläft. Dieser erhält im ersten

Jahre 25 Mk., im zweiten 50 Mk., im dritten 75 Mk. Lohn. Die Arbeitszeit für den Lehrling geht von 7—7 Uhr; der Meister aber ist, wie der erst erwähnte Schneider, bei drängender Arbeit viel länger im Werk. Beschäftigung ist das ganze Jahr reichlich vorhanden, auch aus zwei benachbarten Dörfern; vor den Festzeiten, besonders vor Ostern, häuft sie sich sehr.

Seinen Verdienst berechnet dieser Schneider auf 15 Mk. die Woche, also 780 Mk. jährlich. Davon müssen nun alle Unkosten bestritten werden, vor allem etwa 100 Mk. für Zuthaten. Auch bei ihm überwiegt weit die Neuarbeit; von dieser pflegt er zu etwa einem Fünftel den Stoff selbst zu liefern. Er hat die Muster einer Dessauer Versandfirma. Von März bis Dezember 1895 hat er 30 Packete im Werte von durchschnittlich 15 Mk. bezogen, also etwa für 450 Mk. Daran verdient er 10 Prozent, mithin 45 Mk., im Jahre etwa 50—60 Mk. Wenn eine Bestellung den für die freie Zusendung festgesetzten Wert nicht erreicht, läßt er sich wohl ein Stück Stoff oder Futter auf Vorrat kommen; doch sind das verschwindende Ausnahmen. Diese Sendungen werden sofort bezahlt; dies ist ihm dadurch ermöglicht, daß ihn auch ein Teil seiner Kunden bald zu bezahlen pflegt. Sehr vieles geht freilich noch auf Neujahrsrechnung. Sein Konkurrent dagegen, dessen Kunden vorwiegend kleine Leute sind, erhält das meiste bar bezahlt, nur das Bauerngesinde wartet öfter bis zur Lohnabrechnung um Ostern.

Die Stofflieferung des zweiten Schneiders kann sich nicht recht entwickeln, weil ihm die Hausierer und die Reisenden städtischer Firmen das Feld streitig machen. Längere Zeit hatte auch ein Kaufmann im Dorfe eine ähnliche Musterkollektion, die unter derselben Konkurrenz litt. Dagegen fühlt der Schneider den Wettbewerb städtischer Kollegen, die das Land bereisen oder bereisen lassen, sehr wenig. Er ist ihnen durch seine billigen Preise bei guter Arbeit weit überlegen. Ein großes Konfektionsgeschäft in Norden pflegt zwar ganz Ostfriesland zu bereisen, Muster und Stoffe im Hause vorzulegen, Maß zu nehmen und die fertigen Anzüge zu schicken. Aber auch ihm gewinnt unser Schneider den Boden ab, besonders seit der Chef der Firma nicht mehr selbst reist.

Während diese Konkurrenz dem kleineren Schneider, der meist Arbeiter zu Kunden hat, wenig schadet, werden beide durch den Vertrieb fertiger Ware gleichmäßig bedroht. Doch einmal ist das Absatzgebiet groß genug, um dies ertragen zu können, sodann aber sind fertige Kleidungsstücke wenig beliebt. Arbeitsjacken werden zwar viel gekauft, aber sonst liebt man eine handfeste Ware, wie sie der Handel nicht liefert. Bei den Hosen kommt

die Sitte in Betracht, welche die Latzhosen bevorzugt, während im Handel nur Schlitzhosen vorkommen. Ein Jude hat durch massenhaften Vertrieb schlechter Ware zu enorm billigen Preisen einmal Absatz gefunden, ihn aber fast ganz wieder verloren. Es handelte sich dabei um ein Hausieren mit großen Massen, wie es vorher hier nicht versucht war.

Während bei den bisher genannten Handwerkern von einer Bedrängung durch die Fabrik-Industrie nicht die Rede sein konnte, macht sich diese doch bei den Schustern geltend. Hier muß zwischen der gewöhnlichen Arbeit und den besseren Erzeugnissen geschieden werden. Alle Arten groben Schuhwerks, die bei der Außenarbeit gebraucht werden, sind im wesentlichen dem Dorfschuster geblieben. Besonders die sehr zahlungsfähige Kundschaft des Bauerngesindes ist ihm sicher, weil sie auf festes Schuhwerk hält. Die feineren Schuhe aber liefert die Fabrik und der Händler in der Stadt in immer größerem Umfang. Bessere Stiefel, sogen. Sonntagsstiefel hat ein Schuster, der 30 Jahre am Ort ist, früher wohl 50 Paar jährlich anzufertigen gehabt, jetzt werden nur noch 3—5 Paar verlangt. Einen Teil der besseren Kundschaft erhält sich der Schuster dadurch, daß er die Oberleder fertig von einem Emder Händler und Schuhmacher bezieht. Der Verlust der feineren Arbeit ist um so empfindlicher, als bei ihr durchschnittlich 1 Mk. am Paar mehr verdient wird. Bei Stückarbeit erhält z. B. ein Geselle in Emden für ein Paar gewöhnlicher, niedriger Schnürschuhe, ganz Handarbeit, 1,50 Mk., dagegen für hohe, feine Schnürschuhe, deren Oberteil Fabrikarbeit ist, die also trotz der sorgfältigeren Behandlung lange nicht die doppelte Arbeit erfordern, 3 Mk. Diese Verschiebung des Arbeitsgebietes hat die unangenehme Folge, daß zwei der Schuster ihre Nähmaschinen, die sie früher gekauft haben, nicht mehr gebrauchen. Es ist nicht genug feine Arbeit da, die allein mit besonderem Nutzen darauf gearbeitet werden kann. Der dritte Schuster benutzt seine Nähmaschine noch, weil sein Geschäft mit dem des Vaters im Nachbarorte eng zusammenhängt und er die feine Ware zweier Geschäfte damit verarbeiten kann. Ob sich die Sache hier wirklich bezahlt macht, ist bei der Verquickung beider Betriebe nicht festzustellen.

Die steigenden Lederpreise des letzten Jahres haben die drei Schuster am Ort und die drei des Nachbardorfes Rysum veranlaßt, gemeinsam eine Erhöhung der Preise vorzunehmen. Die Preise der gewöhnlichen Erzeugnisse betragen:

	sonst	jetzt
Niedrige Schnürschuhe, sog. Ackerschuhe .	6,— Mk.	6,50 Mk.
Große Wasserstiefel, Schlöterstiefel . .	15,— =	17,— =

	sonst	jetzt
Niedrige Frauenschuhe, Pantoffelschuhe .	4,— Mk.	4,50 Mk.
Sogen. Sonntagsstiefel	11,— „	12,— „

Als Fabrikware kosten Wasserstiefel etwa 9 Mk.; trotzdem kann hier die Handarbeit gut konkurrieren, weil jene nie so sorgfältig wasserdicht gearbeitet sind und ihnen auch die Solidität fehlt, die im schweren Marschboden erforderlich ist. Doch ist der Verdienst des Schusters dabei nicht groß. Ein Paar Ackerschuhe erfordert gut einen Tag Arbeit; nun gehören dazu 2 Pfund Leder im Werte von 2,50 Mk., bleiben also 2 Mk. Tagesverdienst, von denen natürlich noch die Geschäftsunkosten abgerechnet werden müssen. Jene Abmachung der 6 Schuster scheint aber wenig Wert zu haben, denn keiner von ihnen traut dem andern; wahrscheinlich werden die Preise trotzdem wieder hinuntergehen.

Neben den bisher genannten Arbeiten steht auf der einen Seite die wenig lohnende Flickerei, welche die Hälfte aller Arbeit ausmacht. Bei vielen, besonders kleineren Reparaturen läßt sich der Preis garnicht der verbrauchten Zeit entsprechend festsetzen. Sie wird nur gemacht, um den Kunden zu behalten. Auf der anderen Seite ist der Verdienst sehr gut bei Pantoffeln aus Plüsch, mit denen Knechte und Mägde eine Art Luxus treiben. Sie kosten für Männer 6,50 Mk., für Frauen 5,50 Mk. Der eine Schuster arbeitet wenig Pantoffeln; ein anderer versicherte, er habe, das Fertigstellen gestickter mit eingerechnet, oft 5 Paar wöchentlich zu liefern. Ein thätiger Schuster wird bei 12stündiger Arbeitszeit durchschnittlich 2 Mk. Tagesverdienst haben. Besonders zu leiden hat er durch faule Kunden, weil da nicht nur die Arbeit, sondern auch das Material verloren geht. So viel als möglich suchen sie sich dadurch zu sichern, daß sie bei unsichern Bestellern Barzahlung verlangen. Doch ist dies nur selten angängig, weil meist zu Neujahr, vom Gesinde zu Ostern bezahlt wird. Die drei Betriebe sind so verschieden, daß ein Vergleich zwischen ihnen nicht möglich ist, sondern jeder für sich betrachtet werden muß.

Der Besitzer des ältesten, der seit 30 Jahren im Dorfe wohnt, ist mit folgenden Summen, die ziemlich dem Werte entsprechen, gegen Feuersgefahr versichert:

Ein halbes Haus mit	690	Mk.
Mobiliar mit	1421	„
Handwerkszeug mit	60	„
Gewöhnlicher Ledervorrat mit . .	210	„
Neuer Vorrat vom Herbst mit . .	620	„

Den neuen besonderen Vorrat an Leder hat er sich angeschafft, weil er ein weiteres Steigen der Lederpreise befürchtete. Das Leder wird von einem Lohgerber in Emden bezogen, der zugleich Lederhändler ist. Mit 1000 Mk. wird der Schuhmacher seinen jährlichen Bedarf decken können. Daneben hat er gewöhnlich für 15—20 Mk. Plüsch vorrätig. Sein Verdienst taxiert er auf 2 Mk. täglich. Er hat einen Gesellen, der 189 Mk. Lohn erhält. Außerdem hat er das Recht, sich 4 Paar Schuhe beim Meister zu machen, die er meist wieder verkauft. Seine Kundschaft reicht über das Dorf hinaus, da manche Dienstboten, die auswärts dienen und manche Bekannte und Verwandte in andern Dörfern bei ihm arbeiten lassen. Dies scheint bei den meisten Handwerkern so zu sein.

Die arbeitsreichste Zeit ist von Ostern bis Pfingsten. Das Gesinde läßt nach dem Dienstwechsel sein Schuhzeug in Stand setzen; zugleich beginnt auch die Außenarbeit, zu der alles Schuhwerk in Ordnung gebracht wird. Während der Erntezeit ist wenig zu thun; bis Neujahr giebt es noch genügend Bestellungen, von Neujahr an macht er Oberteile von Schuhen und Stiefeln auf Vorrat. Abgesehen davon arbeitet er nur für Kunden auf Bestellung. Wenn sich die Aufträge häufen, muß auch der Geselle Überstunden machen, die ihm nicht besonders vergütet werden.

Er hält durchschnittlich 4 Milchschafe und schlachtet jährlich ein oder zwei Schweine. Seine Frau besorgt nicht nur Haus und Garten, sondern arbeitet auch außer dem Hause, besonders in der Erntezeit. Er hat sein sicheres Auskommen und ist mit seiner Lage zufrieden.

Die zweite Schuhmacherei gehört der Witwe eines Meisters, die einen Kramladen hält und außerdem zwei Häuser besitzt, die zusammen mit 5800 Mk. versichert sind. Daneben hat sie einen Garten von 10,91 Ar. Die Schuhmacherei leitet ein Geselle als sog. Meisterknecht, der seit 19 Jahren in dieser Stelle ist. Er erhält jährlich 120 Mk. neben Kost und Wohnung. Er klagt sehr über die schlechten Zeiten, ist aber selbst entschieden mit Schuld an dem mäßigen Geschäftsgang. Er arbeitet z. B. im Winter keine Oberleder auf Vorrat, weil „er die unverkaufte Ware nicht hängen sehen mag.“ Da alles Leder nur in kleinen Posten gekauft wird, ist ein Überblick über die Größe des Umsatzes nicht möglich; jedesfalls ist der Betrieb viel kleiner als der vorige, da der Geselle alle Arbeit allein bewältigen kann.

Der dritte Schuhmacher ist seit 2 Jahren am Orte. Er ist unverheiratet; seinen Haushalt besorgt eine Schwester. Im Sommer pflegt er mit dem Gesellen bei seinem Vater, der in dem 20 Minuten entfernten Nachbarorte Schuster ist, zu essen. Überhaupt ist sein Geschäft mit dem des

Vaters so eng verbunden, daß an eine reinliche Scheidung garnicht zu denken ist und alle Angaben höchst ungenaue Schätzungen bleiben. Er hat ein Haus mit 7,86 Ar Garten für 1500 Mk. gekauft, trotzdem das Haus im letzten Jahre mit 4000 Mk. gegen Brand versichert ist. Sein Geselle erhält 150 Mk. und ein Paar Stiefel. Das Handwerkszeug ist mit 100 Mk. versichert, doch hat die Nähmaschine allein 95 Mk. gekostet. Beim Beginn des Sommers hat er wegen der hohen Preise für 800 Mk. Leder gekauft, wovon noch etwa für 300 Mk. vorrätig ist. Darnach taxiert er den jährlichen Lederverbrauch mit 1500 Mk. sicher zu hoch. Im übrigen stimmen seine Angaben mit denen des ältesten Schusters überein.

Das letzte Handwerk, das noch zu nennen ist, das der Maler, hat unter einer eigenartigen Konkurrenz zu leiden. Seitdem die Fabriken fertige, flüssige Farben liefern, die bei jedem Droguisten zu haben sind, bildet sich eine Art Hausfleiß aus. Der Bauer läßt im Frühjahr sein Ackergerät durch einen Knecht oder eine Magd, die es verstehen, streichen. Dasselbe geschieht mit vielen andern Dingen im Hause. Ein verstorbener Schuster pflegte alle Malerarbeit selbst zu verrichten. Einen Teil seines Arbeitsgebietes hat der Maler auch durch das Verschwinden der hölzernen Milchgeräte verloren. In welchem Maße diese Änderungen auf das Geschäft der Maler, die zugleich Glaser und Tapezierer sind, schädigend eingewirkt hat, ließ sich leider nicht feststellen.

Der eine, dessen Großvater sich 1790 als Maler in demselben Hause niedergelassen hat, das der Enkel bewohnt, war sehr mißtrauisch, sodaß sich über seinen Betrieb nur wenig Angaben machen lassen. Da er nebenbei Schankwirtschaft und Krämerei betreibt, steht er sich sehr gut. Er zahlte 1889 42 Mk. Klassensteuer und 15 Mk. Gewerbesteuer. Ihm gehören zwei Häuser, die zu 6300 Mk. versichert sind, und 2 Hektar 9,81 Ar Land. Sein Geselle erhält 165 Mk. Lohn.

Über den Wert des Werkzeugs und des verbrauchten Materials war nichts zu erfahren. Der Geselle hat nach der Lohnnachweisung für 1894 55 Tage gearbeitet und der Meister ziemlich ebenso oft. Das macht bei 2,50 Mk. Tagelohn eine Einnahme von 275 Mk. Der Hauptverdienst wird an den Farben gemacht, die er sich neben dem Tagelohn besonders berechnet.

Seine Arbeit geht zur Hälfte auf Tagelohn. Der Berechnung der Accordarbeit legt er als einfachen Satz zu Grunde: Ein Quadratmeter dreimal streichen 40—50 Pf. Bei Neubauten ist er meist vom Zimmermann abhängig, der den ganzen Bau annimmt.

Neben ihm ist seit 20 Jahren stets ein zweiter Maler da gewesen, der

sich aber nie sonderlich gestanden hat. Der letzte ist seit 6 Jahren hier und stützt sich besonders auf die Kundschaft eines Nachbarortes von 350 Einwohnern, wo kein Maler ist. Er wohnt für 75 Mk. zur Miete. Im vorigen Jahre hatte er einen Gesellen für 105 Mk. Jahreslohn; im letzten Sommer hat er dafür einen Gesellen gegen 7 Mk. Wochenlohn angenommen, den er nicht im Winter zu unterhalten hat.

Sein Werkzeug veranschlagt er:

Farbenmühle	80	Mk.
4 Dutzend Farbentöpfe	40	=
Pinsel	30	=
Diamant	14	=
Spachtel	5	=
Werktisch u. a.	50	=

Dazu kommen noch 2 Steine zum Farbereiben, sodaß alles zusammen etwa 250 Mk. wert ist.

An Material verbraucht er jährlich: Öl für 100 Mk., Farben für 3—400 Mk., Lack für 100 Mk.

Seine Aussage, daß er ziemlich auskommen könne, ist wenig wert, da er sehr stark verschuldet ist und sich wahrscheinlich nur mühsam über Wasser hält. Freilich kann man ihm auch keinen übermäßigen Arbeitseifer nachsagen.

Bei beiden ist die Arbeit als Tapezierer und Glaser nur geringfügig; sie kommt wesentlich nur bei Neubauten in Betracht. Die schwache Seite des Geschäftes liegt darin, daß es reines Saisongewerbe ist und daß sich die Arbeit in der Saison so häuft, daß ohne Gesellen nicht auszukommen ist. Am meisten schädigen sich beide aber durch die gegenseitige Konkurrenz, die bei der erwähnten Einengung des Arbeitsgebietes erklärlich ist. Indem sie zu billige Accordsätze durch schlechte Ausführung auszugleichen suchen, arbeiten sie selbst wieder dem Hausfleiß in die Hände. Da auch der Farbenverkauf ihnen durch die städtischen Droguisten entzogen wird, so gilt dies Handwerk wohl mit Recht als das schlechteste im Dorfe, wenn auch eine sichere Aussage darüber nicht möglich ist.

Die Stellung der Handwerks-Gesellen in unserer Gegend entspricht ganz der des bäuerlichen Gesindes. Dies kommt schon im Sprachgebrauch zum Ausdruck, der hier die Gesellen einfach als „Knechte" bezeichnet. Wo sie nicht das ganze Jahr hindurch im Handwerk thätig sein können, z. B. bei den Malern, verrichten sie in der übrigen Zeit allerlei Haus- und Gartenarbeit. Sie erhalten Jahreslohn und gehören ganz zum Haushalt des Meisters. Ihre Schlafstätte finden sie manchmal in einem

Verschlag in oder an der Werkstätte. Ihr Verdienst ist nicht so hoch wie bei den Bauernknechten. Der Großknecht eines Bauern, etwa im Alter von 19, 20 Jahren erhält jährlich 300 Mk. bar. Dazu hat er soviel Nebenbezüge, besonders das Recht, einige Lämmer zu weiden, daß er davon Kleidung und sonstige kleine Ausgaben bestreiten kann. Nur ein Zimmer- und ein Schmiedegeselle erreichen etwa denselben Lohn, sonst sind die gebräuchlichen Sätze bei Zimmerleuten und Schmieden 240 Mk., bei Schustern 180 Mk., bei Malern 150 Mk. Dies Verhältnis ist freilich erst in den letzten Jahren so ungünstig geworden, weil die Gesindelöhne sehr gestiegen sind.

Für die Lehrlinge werden Lehrkontrakte geschlossen, die meist einen gewissen Verdienst fürs letzte Jahr festsetzen. Stammt der Lehrling aus dem Orte, so tritt er oft nicht ganz in die Familie des Meisters ein, sondern er ißt oder schläft noch bei seinen Eltern. Dem entsprechend erhält er dann auch einen höheren Lohn. Die Ausbildung der Lehrlinge ist so gut wie sie der Meister gewähren kann.

Trotz der mancherlei Klagen über die schlechte Lage des Handwerks, finden sich bei den Handwerkern kaum Gedanken darüber, wie eine Besserung eintreten könne. Der Wunsch, die unreelle Konkurrenz beseitigt zu sehen, gestaltet sich bei einigen zu dem Schlagwort: „Befähigungsnachweis", ohne daß eine Anschauung von Zweck und Wirkung dieser Maßregel vorläge. Die Zwangsinnung findet bei den tüchtigeren wenig Anklang — die beiden Bäcker natürlich ausgenommen. Einer erklärte, der Zweck der Innung sei, „dat sei einmal in't Jahr een grot Gelag hebben." Andere fanden sie wünschenswert, damit feste Preise gesetzt würden, bei denen man bestehen könne.

Sieht man von den beiden Bäckern ab, so darf man vielleicht sagen, daß die Gesamtlage der Handwerker etwas schlechter geworden ist. Die Erwerbsmöglichkeit ist verringert, aber nirgends in dem Maße, daß das Bestehen eines Handwerkers bedroht wäre. Vielmehr haben fast alle ein sicheres Auskommen, wenngleich dies bei manchen nicht mehr so behäbig und bequem ist, wie es früher zeitweise war. Das Gesamturteil läßt sich in die Worte des ältesten Handwerkers im Dorfe zusammenfassen: „Reich werden kann ein Handwerker nicht, aber wenn er tüchtig und eifrig ist, kann er gut bestehen."

Anhang.

Erwiderung

von

Paul Voigt.

Meine Bemerkungen über die Berliner Kreditgenossenschaften nach Schulze-Delitzsch im IV. Bande der Untersuchungen S. 408 f. haben den Unwillen des Herrn L. Parisius erregt. In einem Artikel in Nr. 3 der „Blätter für Genossenschaftswesen" (1896) wirft er mir unter heftigen persönlichen Angriffen mangelhafte Information vor und bemängelt besonders meine Ausführungen über die Höhe der Zinsen und über die relativ geringe Bedeutung der Genossenschaften für den Handwerkerstand in seiner Gesamtheit. Ich bin deshalb genötigt, mein Urteil in beiden Punkten ausführlicher zu begründen[1].

Ueber die Zahl und die Größe der Berliner Kreditgenossenschaften liegen genaue Mitteilungen nicht vor. Nach dem „Statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin" waren 1867 28, 1872 33, 1873 57, 1876 64, 1878 59, 1882 55, 1885 61, 1889 56, 1890 54 Kreditgenossenschaften vorhanden. Diese Angaben sind zwar nicht ganz zuverlässig, sie zeigen aber doch, daß die Zahl der Vereine erheblich schwankt und daß von einer gleichmäßigen Weiterentwicklung schon seit der Mitte der 70er Jahre keine Rede mehr ist. Wie wenig festgefügt viele Vereine sind, ersieht man aus folgenden Zahlen: Beim Amtsgericht waren Ende 1889 46 Vereine eingetragen; neu eingetragen wurden 1890 7, 1891 sogar 12 Vereine, gelöscht 1890 7, 1891 1 Verein, sodaß Ende 1891 57 Vereine eingetragen waren[2]. Ihre Zahl hat sich aber schon wieder beträchtlich verringert; 1893 waren nur 46 eingetragen[3].

---

[1] Dagegen halte ich es für überflüssig, auf die mehrfach schiefe Darstellung meiner Ansichten, die jeder Leser meiner Arbeit selbst leicht korrigieren kann, und auf die persönlichen Ausfälle („Überhebung, oft widerlegte Unwahrheiten, Unwissenheit, Mangel an Takt 2c.") näher einzugehen. Ich gedenke in meiner litterarischen Thätigkeit stets an dem Grundsatz festzuhalten, daß wissenschaftliche Diskussionen nur mit sachlichen Argumenten geführt werden dürfen.

[2] Statistisches Jahrbuch 1894.

[3] Blätter für Genossenschaftswesen, Jahrgang 1894, S. 108.

Von diesen 46 Vereinen erstatteten 1893 Bericht an die Anwaltschaft 18 zum Unterverband Berlin gehörige Vereine mit 5393 Mitgliedern. Da das die bedeutendsten Berliner Vereine sind, so dürfte meines Erachtens die Mitgliederzahl aller 46 Vereine etwa 10000 betragen.

Es ist mir unverständlich, wie man angesichts dieser Thatsachen von der glänzenden Entwicklung der Berliner Kreditvereine sprechen kann. Berlin bleibt im Gegenteil in einer geradezu beschämenden Weise hinter dem übrigen Deutschland zurück. Es giebt einzelne Vereine in andern Städten, die weit mehr Mitglieder haben als die 18 Berliner Vereine zusammen; die Genossenschaft in Augsburg hat 11427, die Volksbank in Hamburg 9579, die Genossenschaft in Wiesbaden 5896 Mitglieder. Im Deutschen Reich existieren etliche 90 Kreditvereine mit mehr als 1000 Mitgliedern, in Berlin ein einziger[1]!

Über den Stand der Mitglieder entnehme ich dem Statistischen Jahrbuch folgende Angaben: 1891 waren in 22 Vereinen mit 6700 Mitgliedern selbständige Handwerker 2607 (38,9 %), Kaufleute 1586 (23,7 %), Fabrikanten ꝛc. 812 (12,1 %). Die beiden letzten Kategorien zusammen blieben also in ihrer Zahl hinter den Handwerkern nicht weit zurück. Zu allen 46 Genossenschaften dürften demnach nur etwa 4000 Berliner Handwerksmeister gehören. Das ist ein kleiner Bruchteil aller Berliner Handwerker, der jedenfalls nur die Elite, die besser gestellten, repräsentiert.

Als den normalen Diskontosatz der Berliner Kreditvereine habe ich 7—8 % angegeben und hinzugefügt, daß bisweilen auch 10 % und mehr verlangt würden. Herr Parisius hält das für falsch. Demgegenüber verweise ich zunächst auf das „Statistische Jahrbuch“, das in seinen früheren Jahrgängen Mitteilungen über die Höhe der Zinsen und Provisionen der berichtenden Vereine brachte. 1883 betrugen die Zinsen 5—10 %, die Provisionen 1/6—1/2 %, der Zuschlag zum Bankdiskont 1—3 %. 1885 schwankte der Zinsfuß zwischen Bankdiskont + 1 % und 10 %, die Provision zwischen 1/4 und 1/2 %; 1886 war der Zinsfuß 5—10 %, Provision 1/6—1/2 %, Zuschlag zum Bankdiskont 1—2 %. Man sieht, daß der wirkliche Zinsfuß, da die Provision sich nach der Laufzeit des Wechsels richtet, selbst im günstigsten Falle und bei 3 % Bankdiskonto fast 6 % beträgt. Viel besser aber, als diese Zahlen, ist eine Aufstellung des Unterverbandes Berlin zu gebrauchen, die nach Meinung des Herrn Parisius mich widerlegt, nach meiner Ansicht dagegen meine Behauptungen aufs schlagendste beweist[2]. 11 Vereine geben die Höhe des Zinsfußes für Geschäftswechsel, Lombarddarlehen und Vorschüsse direkt in Zahlen an, 6 erklären, daß sie Bankdiskont (resp. Banklombard) mit bestimmten Zuschlägen fordern. Von den ersteren verlangten: einer 5 %; einer 6—8 %; einer 5—6 % + 1/6 % Provision (jedenfalls pro Monat 1/6) = 7—8 %; einer 6 % + 1/3 % Provision (jedenfalls für 3 Monate 1/3) = 7 1/3 %; drei 8 %; einer 8—9 %; einer 8 % + 1/5 % Provision, also jedenfalls etwa 9—10 %; einer 10 %; einer 6—12 %. Von den Vereinen der zweiten Kategorie diskontierte die größte Genossenschaft am billigsten[3]: Bankdiskont + 1/2 % Zuschlag; doch mindestens 3 1/2 %[4]. Die Provision betrug bei Wechseln mit 1—30 Tagen Laufzeit 1/6 %, bei solchen mit 31—90 Tagen 1/3 %, und bei Wechseln bis zu 4 Monaten 1/2 %; also

---

[1] In Ostpreußen 7, in Schlesien 11, in Hessen-Nassau 16 (Blätter ꝛc., Jahrg. 1894).
[2] Blätter ꝛc., Jahrg. 1894, S. 108. (In dem Artikel: Irrige Ansichten.)
[3] Mitteilungen der Genossenschaftsbank des Stralauer Stadtviertels. Berlin 1893.
[4] Seit dem 1. Januar 1894; früher mindestens 4 %.

5—6% kommen auch bei dieser billigsten Genossenschaft und im günstigsten Falle (2—3% Bankdiskont) heraus. Die übrigen Vereine fordern durchweg 1%, einer sogar 1½% Zuschlag zum Bankdiskont; die Provision beziffert sich je nach der Laufzeit[1] auf ⅛, ⅙, ⅕, ¼, ⅓, ½%. Unter 6% dürfte also nur ausnahmsweise diskontiert oder kreditiert werden; sobald der Bankdiskont 4% beträgt, werden auch diese Genossenschaften meist 7% verlangen. Dabei darf man aber nicht vergessen, daß es für den Handwerker ziemlich schwer ist, Mitglied eines Kreditvereins, besonders eines größeren, zu werden, da seine Kredit„würdigkeit" einer sehr scharfen Prüfung unterliegt. In den übrigen meist kleineren Vereinen, die nicht berichtet haben, sind die Verhältnisse jedenfalls noch ungünstiger.

Ich glaube also, daß ich den Satz: „Jedenfalls steht fest, daß die Genossenschaften nur den besser gestellten Handwerkern zugänglich sind und auch deren Kreditbedürfnis gegen recht hohe Zinsen befriedigen" in vollem Umfange aufrecht erhalten kann.

Zur Rechtfertigung des hohen Zinsfußes verweist man gewöhnlich auf das große Risiko des Geschäftsverkehrs in Berlin. Ich gebe zu, daß das bis zu einem gewissen Grade mitwirkt; aber ich glaube, der Hauptgrund ist darin zu suchen, daß die Schulze'schen Vereine im Gegensatz zu den Raiffeisen'schen Vereinen kapitalistischer organisiert sind. Während hier principiell darauf hingewirkt wird, die Dividendenjagd unmöglich zu machen, ist dort stets die Gefahr einer kapitalistischen Entartung vorhanden, die „das genossenschaftliche Princip in sein Gegenteil verkehrt"[2]. In der Provinz verhindert meist der Einfluß der zahlreicheren Kleinhandwerker diese ungünstige Entwicklung, und deshalb sind die Zinsen dort gewöhnlich niedriger als in der Großstadt, wo die kapitalistischen Tendenzen eher zur vollen Geltung kommen. Es ist hier aber nicht der Ort, in eine Diskussion über die Vorzüge und Schattenseiten beider genossenschaftlichen Systeme einzutreten. Ich muß mich deshalb mit dem Gesagten begnügen und füge nur noch hinzu, daß in ganz Deutschland die Bedeutung der Kreditvereine für das Handwerk relativ immer geringer wird. Die selbständigen Handwerker machten aus in Prozenten der Gesamtzahl der Mitglieder der berichtenden Vereine: 1870: 38,4; 1871: 36,8; 1877: 32,7; 1882: 31,2; 1888: 29,0; 1889: 28,1; 1892: 27,3; 1895: 26%. Ihre relative Bedeutung hat sich also um ⅓ etwa verringert.

---

[1] Der Verfasser des Artikels meint zwar, die Provision „werde ohne Rücksicht auf die Dauer des Darlehens von dem Betrage desselben erhoben"; das ist aber meines Erachtens ein Irrtum.

[2] Herr Parisius behauptet, ich hätte Schulze-Delitzsch selbst eine „Verkehrung des genossenschaftlichen Princips ꝛc." vorgeworfen; selbstverständlich bezieht sich diese Bemerkung nur auf die entarteten Vereine.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Schriften

des

Vereins für Socialpolitik.

LXVIII.

Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland. Siebenter Band.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1896.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland mit besonderer Rü
cksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie

Bd.: 7 : Königreich Preußen ; Teil 3

1896